Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

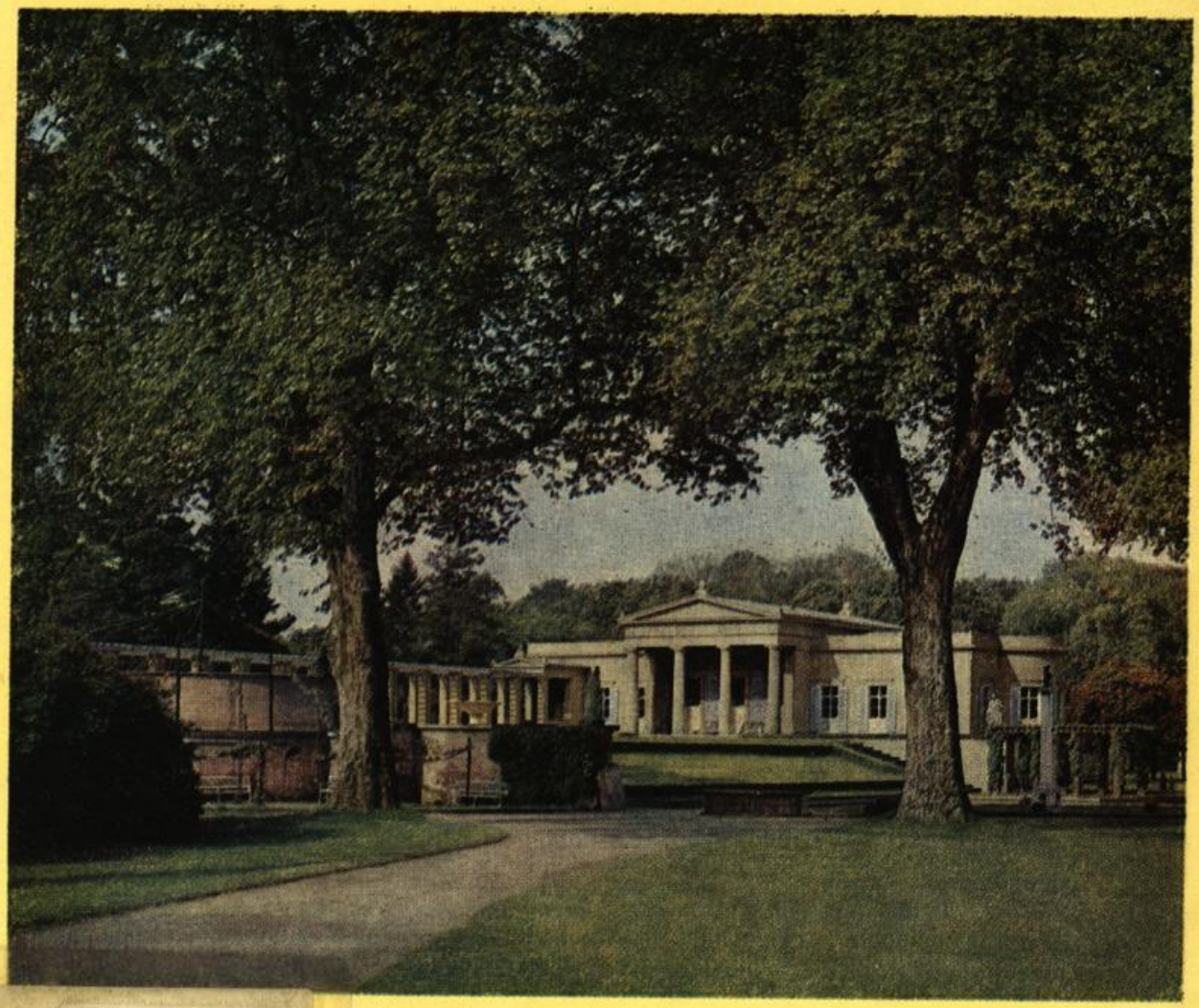
Märkische Heimat

Potsdam, 1982

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878

Visual Library

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1982



Z
5183
PH Potsdam

Märkische Heimat

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 1

Potsdam 1982

„Märkische Heimat"
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 1
Potsdam 1982

83/85/2

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

2200

Präsenzbestand

83:105 -2-

Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee Geßner, Helmut Langner

Bilder und Dokumente:
Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam-Museum, Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett und Sammlung der Zeichnungen, Beyer

Redaktionsschluß: 31. März 1982. Manuskriptsendungen an Redaktion „Märkische Heimat", 1500 Potsdam, Mangerstraße 34/36

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin

Druck:
Druckerei „Franz Maecker" Neuruppin I-14-1 464 – F 27/82

EVP: 5,00 M

Inhalt

Seite

Zum Geleit 4
Von Hans-Joachim Schreckenbach

Karl Friedrich Schinkel 1781 – 1841 7
Gedanken zum 200. Geburtstag
von Hans-Joachim Giersberg

Kein Requiem für Preußen 24
Betrachtungen zur Geschichte Preußens und des Preußentums
von Klaus Vetter

Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortchronik

Bei der Arbeit an der Chronik neu entdeckt. 35
Zur Arbeit an der Chronik der Stadt Brandenburg 1945 bis 1952
von Heinz Beutel

Das faschistische Vernichtungslager der Gestapo in Großbeeren 40
und der antifaschistische Widerstandskampf
von Lothar Wand

Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde

Zeichen und Namen an märkischen Segel- und Schleppkähnen 56
von Ulrich Buchholz

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte

Dem verdienstvollen Heimatforscher Richard Hoffmann 65
zum 90. Geburtstag
von Heinz-Joachim Vogt

Aus dem Fachbereich Numismatik

Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der 69
Mark Brandenburg
von Wolfgang Fried

Aus dem Fachbereich kulturhistorische Zinnfiguren

Zinnfiguren in unserer Zeit 76
von Detlef Kotsch

Bibliographie 82

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte 96

Geleitwort

Seit einer Reihe von Jahren wächst in unserer Republik das Interesse für Geschichte, werden Fragen des Geschichtsbildes und Geschichtsbewußtseins, des Erbes und der Tradition diskutiert.

Geschichtliche Kenntnisse sind eine notwendige Voraussetzung für die Meisterung gegenwärtiger und künftiger Aufgaben. Nur wenn wir die Vergangenheit kennen, ist es uns möglich, die großen Leistungen der sozialistischen Gesellschaft unserer Gegenwart zu würdigen, den erreichten Stand richtig einzuschätzen und die Zukunft zu meistern.

Auf diesen Zusammenhang wies Erich Honecker in seinem Referat vor den 1. Kreissekretären der SED am 25. Januar 1980 hin und führte u. a. aus: „Jede Stadt, jeder Kreis und jede Gemeinde verfügen über Traditionen, die zu unserer nationalen Identität, zur progressiven und humanistischen Geschichte unseres gehören. . . . Das Wohlbefinden der Bürger in unserem sozialistischen Staat wird nicht wesentlich davon beeinflußt, wie sie sich mit ihrer Gemeinde oder ihrer Stadt und deren Geschichte verbunden fühlen. Auch das wirkt auf ihr Bewußtsein, auf die Bereitschaft, zu schützen und zu erhalten, wofür unsere Väter gekämpft und was wir alle gemeinsam geschaffen haben."

Deshalb ist es notwendig, sich noch stärker als bisher mit unserem kulturellen Erbe zu befassen und alle revolutionären, demokratischen, progressiven humanistischen Traditionen zu pflegen. Sie gibt es sowohl in der Heimatgemeinde und der Heimatstadt als auch im Kreis und im Bezirk.

Die Heimatgeschichte konfrontiert uns unmittelbar und außerordentlich anschaulichen mit konkreten Erscheinungsformen und Zeugnissen historischer Ereignisse, Prozesse und Persönlichkeiten, mit geschichtlichen Traditionen und Ergebnissen historischer Entwicklungen im täglichen Lebens- und Arbeitsbereich. Über die Heimatgeschichte gewinnen wir tiefere Einsichten und größeres Verständnis für die allgemeine deutsche Geschichte und die spezifische Geschichte unserer Republik. Wichtiger als je zuvor ist es heute, unsere Geschichte intensiver, differenzierter, umfassender als bisher zu erforschen und zu propagieren.

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR will mit der Publikation von Sammelbänden, die unter dem Titel „Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam" in unregelmäßiger Folge erscheinen sollen, dazu einen eigenen Beitrag leisten. Es geht in erster Linie um die Darstellung historischer Ereignisse und Prozesse unter

dem Gesichtspunkt der Heimatgeschichte, um die Erforschung und Propagierung von revolutionären, demokratischen, progressiven und humanistischen Traditionen in unserem Bezirk. In den Sammelbänden sollen Beiträge aus der Ur- und Frühgeschichte, aus der Zeit des Feudalismus und Kapitalismus und besonders aus den Jahren seit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus enthalten sein, und zwar immer unter dem Aspekt der Heimatgeschichte. Eine besondere Rolle spielt dabei die Auseinandersetzung mit der preußischen Geschichte und die kritische Aneignung des uns überkommenen Erbes Preußens, zumal das Gebiet des heutigen Bezirkes Potsdam ehemals zum Kernland des preußischen Staates gehörte.

Die Vielfalt der in der Gesellschaft für Heimatgeschichte zusammengefaßten Fachbereiche muß sich auch in den Artikeln und Berichten der Sammelbände widerspiegeln. Darstellungen aus den Gebieten Heimatgeschichte und Ortschronik, Ur- und Frühgeschichte, Kulturgeschichte/Volkskunde, Numismatik und kulturhistorische Zinnfiguren geben ein farbiges vielfältiges Bild von Vergangenheit und Gegenwart unseres Bezirkes.

Der Titel „Märkische Heimat" knüpft an eine bis 1962 herausgegebene Publikationsreihe des Kulturbundes an und betont damit zugleich die Notwendigkeit einer stärkeren Pflege märkischer Traditionen. Gleichberechtigt neben Sachsen, Thüringen oder Mecklenburg steht als eine historisch gewachsene geographische Einheit die Mark Brandenburg, von Theodor Fontane und vielen anderen einfach als „Mark" bezeichnet. Im Juli/August 1952 wurde das Land Brandenburg, das nach 1945 aus der ehemaligen preußischen Provinz Mark Brandenburg hervorgegangen war, in die drei Bezirke Cottbus, Frankfurt und Potsdam umgebildet. Seitdem haben sich diese Bezirke als stabile territoriale Einheiten erwiesen und immer stärker eigenständige Züge entwickelt.

Der Bezirk Cottbus, Kohle- und Energiebezirk der DDR, beruft sich immer mehr auf Lausitzer Traditionen, die ja weit in sein Territorium hineinreichen. Der Bezirk Frankfurt versteht sich vor allem als der „Oderbezirk". Für den Bezirk Potsdam wird oft der Begriff „Havelbezirk" verwendet. Er deckt das geographische Zentrum des Bezirkes ab. Aus historischer Sicht liegen jedoch Teile des Bezirkes, wie Fläming, Zauche, Teltow, Prignitz und Ruppin, außerhalb des Havellandes. So erscheint es richtig, den Begriff Mark, der alle diese Landschaften und Landesteile umfaßt, weiterhin zu verwenden.

Die märkische Tradition wird im Titel der Bezirkszeitung der SED „Märkische Volksstimme" betont. In Berlin ist das „Märkische Museum" ein Zentrum der Traditionspflege und der Vermittlung geschichtlicher Kenntnisse

über Berlin und die Mark, wobei die Mark Brandenburg in ihrer ursprünglichen Größe im Blickpunkt der Betrachtung steht. Erst kürzlich veröffentlichte die Schriftstellerin Gisela Heller ein Buch mit dem Titel „Märkischer Bilderbogen", und der Klub der Künstler und Architekten „Eduard Claudius" in Potsdam hat eine Veranstaltungsreihe unter Bezeichnung „Märkische Reihe" eröffnet. So ist der Begriff „Märkische Heimat" eine durchaus angemessene und zeitgemäße Bezeichnung der Sammelbände.
Wir hoffen, daß Inhalt und Form der geplanten Sammelbände viele Interessenten finden und sie zu eigener Beschäftigung mit der Geschichte anregen werden. Wir wünschen uns eine aktive Mitarbeit der Geschichts- und Heimatfreunde, die hier ihre Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen können. Der vorliegende Band soll ein Anfang sein.

Potsdam, im Dezember 1981

Dr. Hans-Joachim Schreckenbach
Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam
der Gesellschaft für Heimatgeschichte
im Kulturbund der DDR

Karl Friedrich Schinkel

Von Hans-Joachim Giersberg

„Er war von mittlerer Größe und schlankem Körperbau; zu seiner gesunden Gesichtsfarbe paßte das früh schon silbergrau glänzende lockige Haupthaar vortrefflich. Meist trug er einen blauen Überrock und jederzeit weißeste Wäsche. Er war nicht schön, aber der ernst-milde Ausdruck seines unregelmäßig geformten Gesichts, dabei sein schöner elastischer Gang verrieten den Mann höherer Begabung."

So beschreibt Fontane die äußere Erscheinung eines Mannes, der durch die Vielseitigkeit seines Schaffens als Baumeister, Maler, Bühnenbildner, Denkmalpfleger, Innenraumgestalter, Theoretiker und Staatsbeamter nahezu aller künstlerischen Gebiete in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beeinflußt hat: Karl Friedrich Schinkel.

Im Todesjahr 1841 sagte ein Zeitgenosse von ihm:

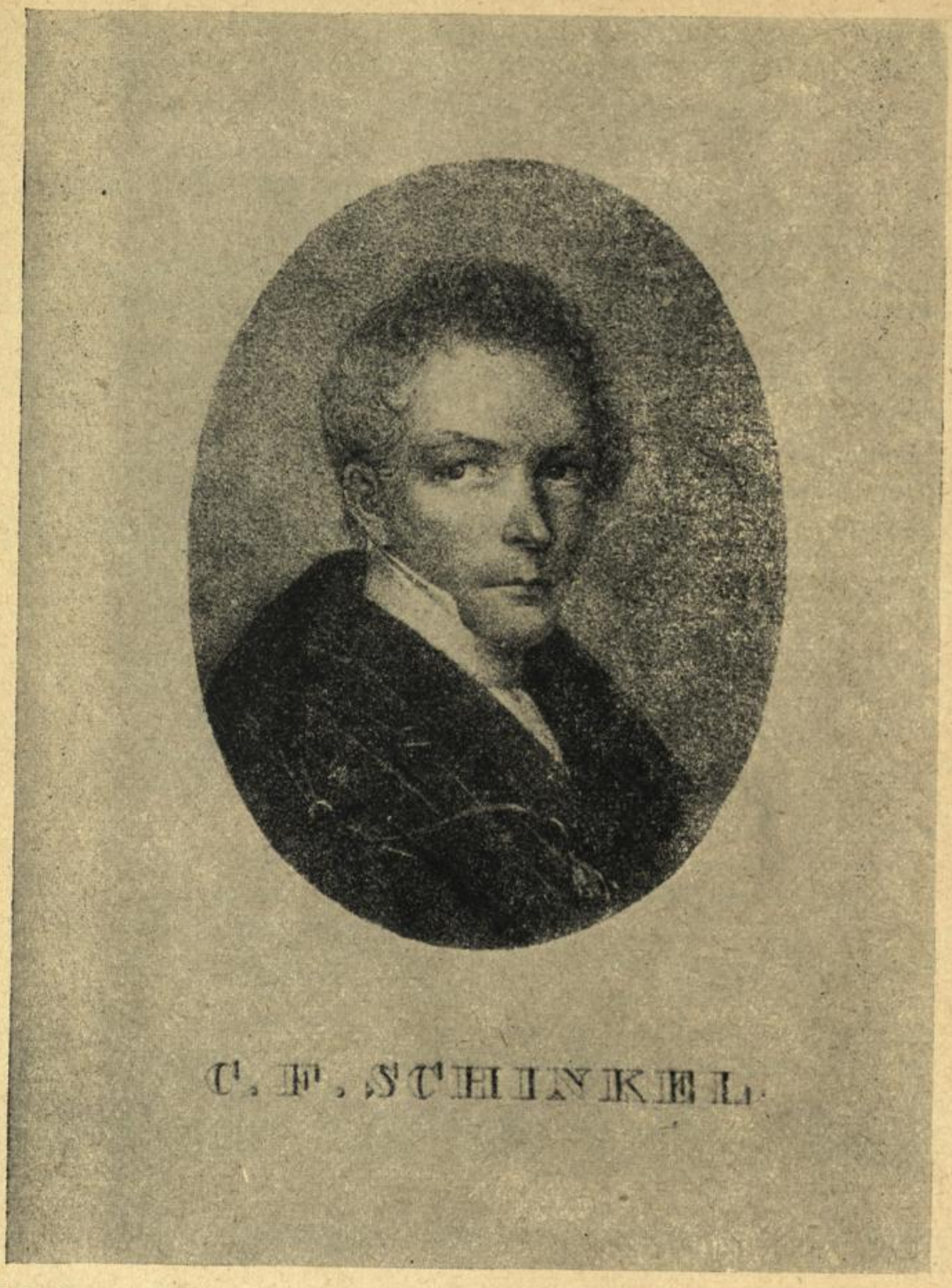
„Schinkel ist die Quelle, aus welcher der gegenwärtige in unserem Lande herrschende Geschmack herfließt". Aber noch weit über den Tod hinaus ist sein Wirken namentlich in der Baukunst spürbar. Die Neue Wache Unter den Linden, das Alte Museum und das Schauspielhaus in Berlin, aber auch das Schloß Charlottenhof und die Nikolaikirche in Potsdam sind noch heute Lehrbeispiele Schinkelscher Architekturauffassung.

Noch in der Regierungszeit Friedrichs II. geboren, fuhr am Ende seines Lebens bereits die Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam. Dazwischen liegen die Große Französische Revolution, die Niederlage Preußens, die Befreiungskriege und die nachfolgende Restauration, die jedoch eine Zeit großer künstlerischer Leistungen war. Schinkels Name ist dabei an vorderster Stelle zu nennen und steht gleichbedeutend neben denen der Philosophie, Dichtung, Geschichts- und Naturwissenschaften jener Zeit in Preußen wie Kant, Hegel, Wilhelm und Alexander von Humboldt, Fichte, Schelling, Ranke, Brentano, Kleist, Eichendorff, Chamisso, Achim und Bettina von Arnim.

Jugend in Neuruppin

Schinkel wurde am 13. März 1781 in Neuruppin geboren. Der Vater war Archidiakon und Inspektor der Kirchen und Schulen der Stadt, die Mutter stammt aus einer alten Neuruppiner Kaufmannsfamilie. Karl Friedrich war das zweite von fünf Kindern.

Am 26. 8. 1787 verheerte eine Feuersbrunst den größten Teil der Stadt Neuruppin. Der Vater zog sich bei den Rettungsarbeiten eine „Erhitzung" zu, in deren Folge er am 25. Oktober 1787 starb. Da das Wohnhaus der Familie Schinkel auch zerstört worden war, zog die Mutter nach dem Tode des Vaters mit den Kindern in das erhalten gebliebene und auch heute noch



Karl Friedrich Schinkel im Alter von 45 Jahren. Lithographie nach F. Jentzen

stehende Predigerwitwenhaus in der Fischbänkenstraße. Hier verlebte Schinkel seine Kindheit bis zum 13. Lebensjahr.

Der Knabe wird als bescheiden, zurückhaltend und gemütvoll, aber auch schnell aufbrausend geschildert. Er war kein hervorragender Schüler; seine besondere Vorliebe galt jedoch den Künsten. Es wird berichtet, daß er sehr musikalisch war und ausgezeichnet Klavier spielte. Auch das Theater machte ihm große Freude; seine älteste Schwester schrieb die Stücke, während



Im ehemaligen Predigerwitwenhaus in Neuruppin, erstes Haus links, verlebte der Baumeister K. F. Schinkel seine Kinderjahre (ältere Aufnahme)

er die Dekorationen und Figuren malte. Am Abend fanden dann Puppenspiele statt. Theaterdekorationen sollten später auch zu seinem Betätigungsfeld gehören und zu seinem Ruhm beitragen.

Nach dem Brande Neuruppins im Jahre 1787 begann sehr bald der Neuaufbau unter Leitung des Bauinspektors Bernhard Matthias Brasch (1741–1821). Immer wieder ist die Frage gestellt worden, inwieweit dieses Werden einer neuen Stadt, das Schinkel täglich bei seinem Schulweg in das schon 1790 fertgigestellte Gymnasium beobachten konnte, seine spätere Hinwendung zur Architektur mit beeinfluß hat. In seinen Schriften und Briefen findet sich keine Äußerung darüber, doch werden Brand, Tod des Vaters und das kaum zu übersehende Bauen in der Stadt unauslöschliche Eindrücke bei den jungen Menschen hinterlassen haben, von dem wir wissen, daß er zeit seines Lebens ein „bewundernswertes Gedächtnis und phantastisches Erinnerungsvermögen" besaß. Den Bauinspektor Brasch wird Schinkel mit großer Wahrscheinlichkeit persönlich gekannt haben, waren doch sein Schwager, der Pfarrer Wagner aus dem bei Neuruppin gelegenen Ort Kränzlin und auch dessen Frau – Schinkels Schwester – Paten von Braschs Kindern. Zu den Konstrukteuren, die beim Aufbau Neuruppins mithalfen, gehörte auch zeitweilig der junge Friedrich Gilly (1772 – 1800), Schinkels späterer

Lehrer. Ein Zusammentreffen beider eventuell im Hause von Brasch ist wohl denkbar, aber nirgens belegt.
1794 übersiedelte die Mutter nach Berlin in das Predigerwitwenhaus der Marienkirche, und Schinkel besuchte nur noch selten seine Vaterstadt, mehr noch das nahe Kränzlin, wo seine ältere Schwester wohnte und wohin er auch Briefe der ersten Italienreise adressierte.

Lehrjahre in Berlin 1794 – 1803

Friedrich II. hatte bis zu seinem Tode 1786 vor allem in den Residenzen Berlin und Potsdam an den spätbarocken Architekturvorstellungen festgehalten, jedoch in den Provinzen waren nahezu unbemerkt neue Wege beschritten worden. Die wichtigsten Vertreter – C. G. Langhans (1733 – 1808) in Breslau und David Gilly (1748 – 1808) in Stettin – kamen 1788 nach Berlin und lösten die ältere Architekturgeneration ab. Zu nennen ist auch noch F. W. v. Erdmannsdorff, der Baumeister des Wörlitzer Schlosses, der schon Ende 1786 aus Dessau kam, aber nach Arbeiten im Schloß Sanssouci (Umgestaltung des Arbeits- und Schlafzimmers Friedrichs II.) und im Berliner Schloß 1789 Preußen wieder verließ. In den letzten Jahren von 1800 muß noch der junge Friedrich Gilly (1772 – 1800) hinzugerechnet werden. Sie alle prägten einen neuen, von der Einfachheit und Klarheit der Antike durchdrungenen Stil des Berliner frühen Klassizismus, der mit der Niederlage Preußens in der Schlacht bei Jena und Auerstedt endete.
Auftakt und Wahrzeichen des neuen antikischen Bauens war das von Langhans 1788/89 errichtete Brandenburger Tor in Berlin. Der junge Schinkel, Schüler des berühmten Gymnasiums zum Grauen Kloster, muß das alles wachen Auges und Sinnes registriert haben.
Seit 1784 veranstaltete die Berliner Akademie der Künste jährlich Ausstellungen der neuesten Werke der bildenden und angewandten Kunst. Auf der Akademie-Ausstellung des Jahres 1797 zeigte man auch einen Entwurf des jungen Friedrich Gilly zu einem Denkmal des preußischen Königs Friedrich II. in der Form eines dorischen Tempels auf hohem Unterbau. Schinkel war wie viele seiner Zeitgenossen von der Monumentalität dieses Entwurfes so beeindruckt, daß er beschloß, Baumeister zu werden. In der Geschichte der Architektur gibt es wohl nur wenige solcher Beispiele, daß ein Entwurf so anregend und ausstrahlend gewirkt hat und einen jungen Menschen dadurch seinen Beruf finden ließ. Schinkel verließ Ostern 1798 das Gymnasium mit der Obersekundareife und trat nach der Rückkehr Friedrich Gillys von einer Studienreise nach England, Frankreich und Süddeutschland Ende dieses Jahres in dessen Atelier ein – er wohnte auch im Hause der Gillys –, um die Grundbegriffe der Baukunst zu erlernen. Durch das Kopieren seiner Zeichnungen machte sich Schinkel mit dem Stil des jungen Gilly vertraut.
Auch seine eigenen Zeichnungen dieser Zeit, wie der „Entwurf zu einem Mausoleum“ (1799) – er stammt aus dem Besitz Theodor Fontanes und wird seit 1932 im Heimatmuseum Neuruppin aufbewahrt – lassen den Einfluß seines Lehrmeisters deutlich erkennen.

Im Juli 1799 wurde die Bauakademie gegründet, und zu den ersten 95 Eleven („Baubeflissene") zählte auch der 18jährige Schinkel. Ein Vorschlag zur Preisverleihung vom 17. 11. 1800 nennt ihn an der Spitze der besten 18 Bauschüler. Mit dem Tode Friedrich Gillys (18. 3. 1800) schied er aus der Bauakademie aus und führte einige dessen Aufträge weiter. Als erstes selbständigen Bau errichtete Schinkel 1800/01 den Pomona-Tempel auf dem Pfingstberg bei Potsdam. Es folgten dann 1801/03 Dorf- und Wirtschaftsgebäude im heutigen Marxwalde (Bez. Frankfurt/O.), das Schloß in Buckow bei Berlin (1945 zerstört) und das Haus für den Zimmerermeister Steinmeyer in der Berliner Friedrichstraße 103 (1892 abgebrochen).
Von der umfangreichen Planung für ein Schloß des Grafen Heinrich XLIII. Reuß – Schleiz – Köstritz haben sich über 30 zum Teil großformatige und bildähnliche Entwürfe aus den Jahren 1802/03 erhalten. Das Bauwerk ist nicht ausgeführt worden.

Reisen nach Italien

Am 1. Mai 1803 trat der 22jährige Schinkel mit seinen Freund und Architektenkollegen Johann Gottfried Steinmeyer (1780 – 1851) eine Reise nach Italien an. Ein kleines bescheidenes Vermögen und der ersparte Verdienst der ersten Tätigkeit erlaubten ihm, diese Reise aus eigenen Mitteln zu bestreiten, ohne wie viele andere Italienreisende auf ein adliges oder königliches Stipendium angewiesen zu sein.
Seit der Renaissance waren derartige Reisen üblich, nahmen aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, angeregt durch Kupferstiche und eine immer zahlreicher erscheinende Reiseliteratur zu. Vor allem war es Winkelmann, der 1752 nach Italien gegangen war, und dessen Werke über die „Kunst des Altertums" ein ungeahntes großes Interesse ausgelöst hatte. 1786 bereiste Goethe Italien; ihm folgten 1788/89 Herder und die Maler Johann Philipp Hackert und Heinrich Wilhelm Tischbein, der Bildhauer Bertel Thorwaldsen, 1792 dann Schinkels späterer Lehrer an der Berliner Bauakademie Heinrich Gentz u. v. a.
Fontane schreibt in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" (Grafschaft Ruppin), daß Friedrich Gilly Schinkel zweierlei hinterlassen habe: „den ausgesprochenen Wunsch, seine Arbeiten durch ihn (Schinkel) vollendet zu sehen, dann aber die Sehnsucht nach Italien".
Den zweiten Wunsch erfüllte sich Schinkel im Jahre 1803. Die Reise führte von Berlin aus über Dresden, Prag, Wien, Triest nach Rom, wo er und Steinmeyer Anfang Oktober ankamen. Im April 1804 reiste man nach Neapel und Mai/Juni 1804 weiter bis nach Sizilien. Die Rückreise erfolgte über Rom, Genua, Mailand, Paris; Ende März 1805 war man wieder in Berlin.
Schinkels Tagebuchaufzeichnungen und Briefe an Verwandte und Freunde geben nicht nur genaue Auskunft über den Reiseverlauf, sondern spiegeln vor allem seine vielfältigen Eindrücke und die Begeisterung über Land und Leute wieder. Aber noch mehr sind es die von ihm während der Reise angefertigten über 400 Zeichnungen, die seine intensive Beschäftigung mit der südländischen Landschaft und ihrer Architektur deutlich machen. Kein Wun-

der, daß seine Freunde in ihm gegen seinen Willen weniger den Architekten als vielmehr den Maler sahen. Natürlich interessierte den Zweiundzwanzigjährigen die antike Baukunst, wie sie ihm besonders in Rom, Süditalien und auf Sizilien begegnete, doch bedeutete das für Schinkel nichts grundlegend Neues, hatten ihn doch an der Bauakademie die Professoren Sulzer und Hirt darin unterwiesen und außerdem war er, wie er Ende 1804 an David Gilly schrieb „von Jugend auf damit bekannt". Trotzdem hielt er natürlich die antiken Bauwerke in Rom, Taormina, Agrigent genauso mit seiner Zeichenfeder fest, wie den Aufstieg zum Ätna oder die ländlichen Wohnungen in Sizilien, die mit ihren flachen Dächern und weinbewachsenen Lauben später Eingang in sein Bauen finden sollten.

Das besondere Erlebnis aber war die Begegnung mit der mittelalterlichen Baukunst Italiens. Hatte er schon die Dome in Prag und Wien bewundert, die Bauten in Florenz, Venedig und in Mailand begeisterten ihn noch stärker. An David Gilly schrieb er im Dezember 1804: „Italien enthält noch einige Werke gotischer, sarazenischer oder spätmittelalterlicher Baukunst, die bisher zu wenig betrachtet und geschätzt wurden und in denen ein Charakter liegt, der Ehrfurcht für das Zeitalter ihrer Entstehung erregt. Sie zeigen uns deutlich, daß Sorgfalt und Fleiß bei jedem Werke verbunden mit einem unverdrängbaren Gesetz der Wahrheit, den höchsten Grad der Anwendung erhielt. Hierher gehören Dome von Mailand, Florenz, Pisa, Orvieto, Siena, Palermo, Monreale, die alten Paläste Venedigs, Genuas, Palermos".
Schinkel hatte die Absicht, ein Stichwerk über die mittelalterlichen Bauten Italiens herauszugeben und schon 1804 von Neapel aus mit dem Berliner Verleger Unger korrespondiert, doch dessen Tod verhinderte die Ausführung des Planes.

In Rom, wo sich Schinkel am längsten aufhielt, lernte er u. a. den Maler Joseph Koch kennen – „der mir eine Menge Künstler ins Haus geführt" (Schinkel) –, der seine Malerei beeinflußte, und Wilhelm von Humboldt, der seit 1802 der Botschafter am Vatikan war und ihn später in Berlin förderte.
Bei allem Erlebnisreichtum war solch eine Reise jedoch nicht ohne Gefahren. Schlechte Wege, Naturgewalten, Krankheiten, Geldsorgen und auch Räuber zwangen immer wieder zu unfreiwilligen Aufenthalten. Schinkel schildert auch derartige Situationen in seinen Aufzeichnungen.

Diese erste große Reise nach Italien war für den angehenden Architekten von weitreichender Bedeutung. Sie hatte ihm die Begegnung mit den klassischen Stätten gebracht und das mittelalterliche Italien entdecken lassen; aus allem wollte er, nun wieder heimgekehrt, „den Nutzen für die Folge meiner Arbeit" (Schinkel) ziehen.

Noch zweimal reiste Schinkel nach Italien: 1824 für fünf Monate zusammen mit dem Kunsthistoriker Gustav Friedrich Waagen, dem Medailleur Henri Brandt und dem Finanzrat August Kerll.

Auch von dieser Reise sind wir durch Tagebucheintragungen, Briefe und Zeichnungen unterrichtet.



Arbeitszimmer des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (IV.) im Schloß Charlottenhof.

Zum dritten Mal fuhr er dann 1830 mit seiner Familie nach Venedig und Verona; Aufzeichnungen dieser Italienreise fehlen aber.

Der Maler

1805 war Schinkel von seiner Italienreise wieder nach Berlin zurückgekehrt. Voller Eindrücke und Ideen glaubte er nun, als Architekt arbeiten zu können, doch an eine größere Bautätigkeit konnte in dieser politisch bewegten Zeit in Preußen kaum jemand denken. Ein Jahr später, 1806, wurde die preußische Armee bei Jena und Auerstedt von Napoleon vernichtend geschlagen. Es folgten die Jahre der französischen Besetzung mit der Last der Kriegskontributionen, aber auch mit den Reformen der Verwaltung und des Heeres durch Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau u. a. An den Befreiungskriegen 1813/15 nahm Schinkel, wie auch Savigny und von Arnim, zeitweilig als Mitglied des Landsturmes teil.

1809 heiratete er die Stettiner Kaufmannstochter Susanne Berger, mit der er drei Töchter und einen Sohn hatte. In der Wohnung Schinkels am Berliner Alexanderplatz, vor allem aber nach 1814 in der Friedrichstraße, „pflegte sich oft ganz ohne alle Vorbereitung eine höchst interessante, geistvolle fröhliche Gesellschaft Abends bei ihm zusammenzufinden, die sich in der Regel erst gegen Mitternacht trennte" (Wolzogen). Dazu gehörte Clemens Brentano, Bettina von Arnim, Rugenhagen, Samuel Rösel, Carl Gropius u. a. Schinkel saß dabei meist ruhig und zeichnete.

Da die Architektur ihm keine Möglichkeit der Betätigung bot, widmete sich Schinkel der Malerei. In diesem Fach war er Autodidakt, seine malerischen und zeichnerischen Fähigkeiten hatte er jedoch nicht zuletzt schon durch die Reiseskizzen unter Beweis gestellt. Die Tätigkeit als Maler beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf das Jahrzehnt zwischen 1805 und 1815. An erster Stelle ist die Tafelmalerei zu nennen, die vornehmlich in den Jahren um 1810 entstand und nur vereinzelt auch noch in späterer Zeit. Die Ölgemälde schuf Schinkel wohl mehr zum eigenen Vergnügen und für Freunde und Bekannte, zu denen Gneisenau und der Konsul Wagener gehörten.

Seine Bilder sind vornehmlich ideale Landschaften mit einem historischen Bauwerk im Mittelpunkt. Nicht umsonst wird von ihm berichtet, „daß er architektonisch malte und malerisch baute" (Fontane). Die Architektur auf den Bildern ist entweder mittelalterlich oder klassisch-antik, wobei das Gotische eindeutig das Übergewicht hat. Hierbei spielt die „vaterländische Begeisterung", die auch Schinkel um 1813 erfaßt hatte, eine wesentliche Rolle, sah doch auch er die Gotik als deutschen Stil an; erst später wurde erkannt, daß die Gotik in Frankreich ihre Wurzeln hat.

Betrachtet man Schinkels Architekturlandschaften genauer, stellt man fest, daß die wiedergegebene mittelalterliche Kathedrale oder der antike Tempel Mittelpunkt einer Stadt tätiger Menschen ist. Die Darstellung eines intakten idealen Gemeinwesens, dessen äußeres Sinnbild bei Schinkel die alles überragende Architektur ist, muß als typisch für das Bemühen der romantischen Kunst angesehen werden, mit Hilfe von Rückgriffen auf die Vergangenheit die Gegenwart zu erneuern. Hätte sich Schinkel ausschließlich

als Maler betätigt, so würde er „ohne Zweifel als der größte Landschaftsmaler aller Zeiten dastehen", wie bereits sein erster Biograph Waagen 1844 festgestellt hat.

Den Lebensunterhalt verdiente Schinkel in dieser Zeit aber mit den sogenannten „optisch-perspektivischen Bildern". Das waren großformatige Panoramen oder Dioramen, die am Ende des 18. Jahrhunderts in England in Mode gekommen waren und im Jahre 1800 zum ersten Mal auch in Berlin bei den Weihnachtsausstellungen der Konditoren, Buchhändler und Spielzeughändler zur Belebung des Geschäfts und zur Anlockung von Käufern nicht selten mit Staffagen, Beleuchtungseffekten und Musikbegleitung gezeigt wurden.

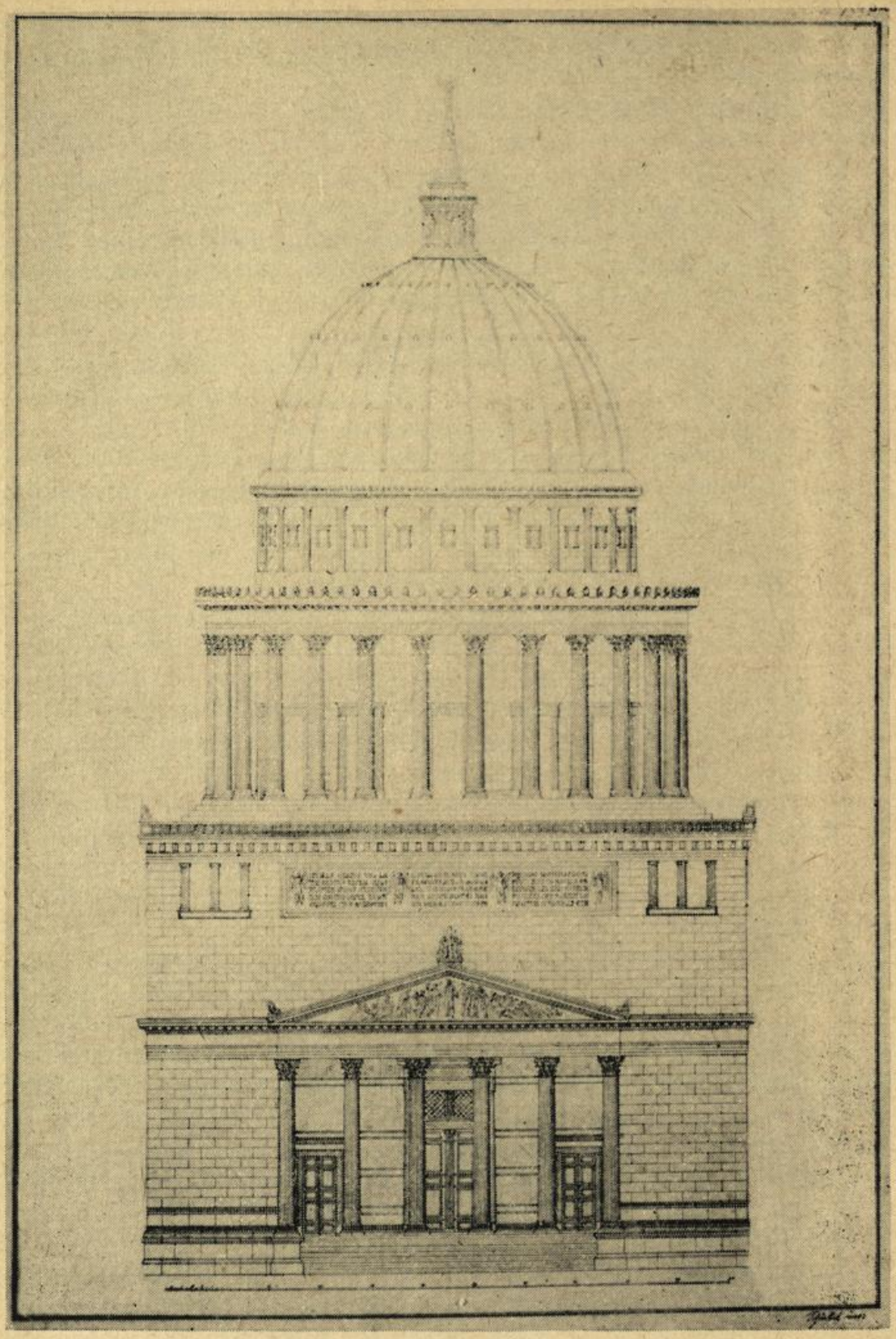
Schinkel malte vor allem für Wilhelm und dessen Sohn Carl Gropius – Fabrikanten von Masken und Theaterkostümen – bis 1816 etwa 40 Prospekte mit Landschaften und berühmten Bauwerken. Dabei griff er nicht selten auf seine Italienskizzen zurück. Für Schinkel war diese Tätigkeit nicht allein Broterwerb, sondern er verband damit wie bei seinen späteren Arbeiten das pädagogischen Anliegen, durch eine künstlerisch hochstehende Darstellung Natur und Kunstdenkmäler fremder Länder und Völker einem breiten Publikum nahezubringen und verständlich zu machen.

1808 schuf Schinkel auf eigene Kosten in nur drei Monaten ein großformatiges „Panorama von Palermo", das eine Höhe von 4,5 m und eine Länge von 27 m hatte. Im August des gleichen Jahres war es in einem eigens errichteten Rundbau an der Hedwigskirche zu sehen und machte ihn mit einem Schlag bekannt. Am 23. Dezember 1809 besuchte das nach Berlin zurückgekehrte Königspaar die Vorführung des Zyklus von „merkwürdigen Gegenständen und berühmten Bauwerk" mit Musikbegleitung. „Die Königin (Luise) wünschte die Erklärung aus Schinkels Munde zu hören, und es war dies die Gelegenheit, von wo ab Schinkels bisher beschränkte Stellung eine andere wurde" (Wolzogen). 1810 erhielt er seine Anstellung an der Oberbaudeputation.

Zu den erfolgreichsten Dioramen gehörten die 1812 ausgestellten „Sieben Weltwunder" und das wegen seiner Zeitbezogenheit besonders gefragte Bild „des Brandes von Moskau", das in der Gropiusschen Weihnachtsausstellung 1813 zu sehen war. Der Kunsthisoriker Franz Kugler berichtet darüber: „Schon um sechs Uhr des Abends waren alle Straßen in der Nähe der Ausstellung mit Equipagen gefüllt und nur mit wahrer Lebensgefahr vermochte man zum Eingang zu gelangen".

Keines der großformatigen Bilder hat die Zeit überdauert; es gibt nur noch einige Skizzen und von dem „Panorama von Palermo" eine um 1816 angefertigte Radierung.

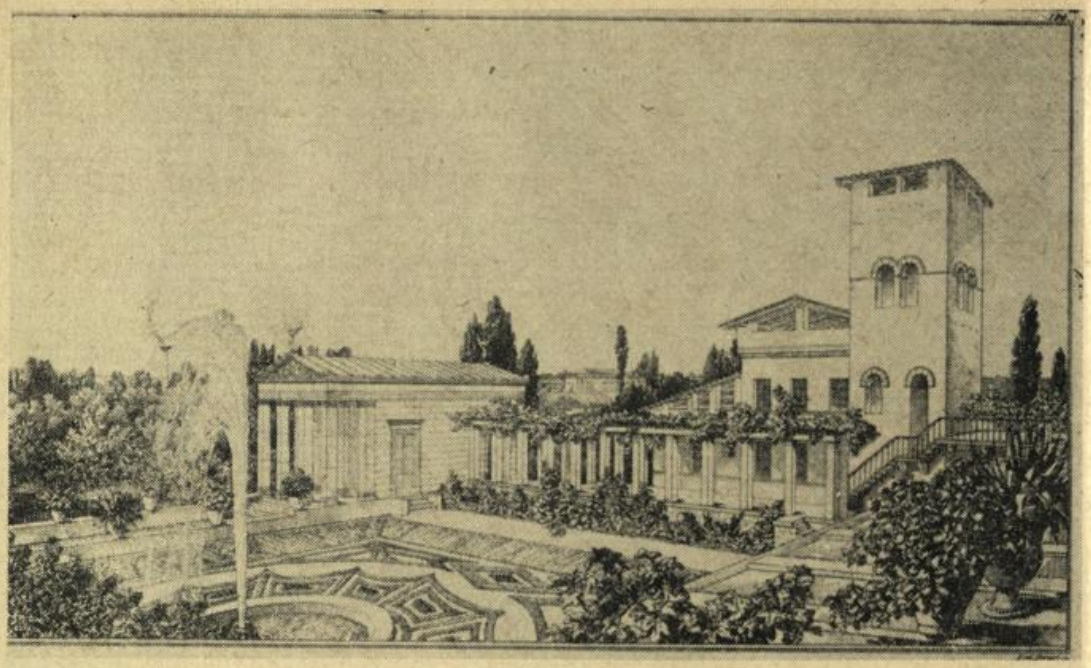
Die bei dem Malen der Dioramen gemachten Erfahrungen waren aber für Schinkel eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Tätigkeit, die 1815 begann und seine bereits als Kind festgestellte Liebe zum Theater wiederspiegelt: Gemeint sind die Entwürfe zu Bühnenbildern. Schon in der Akademieausstellung des Jahres 1802 war ein erster Entwurf zu Goethes „Iphigenie" zu sehen, doch erst als der Graf Brühl die Intendanz der Berliner Theater übernahm, fand Schinkel einen geeigneten Partner für die Verwirk-



Entwurf K. F. Schinkels für die Nikolaikirche in Potsdam 1829, Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett und Sammlung der Zeichnungen



Nikolaikirche in Potsdam nach der Wiederherstellung 1981.



Zeichnung K. F. Schinkels der Römischen Bäder im Park Sanssouci. Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett und Sammlung der Zeichnungen

lichung seiner Vorstellungen. Bis 1829 schuf Schinkel zu über 40 Bühnenstücken mehr als 100 (erhaltene) Entwürfe, von denen die zu Mozarts „Zauberflöte" (1816) und zur Oper „Undine" (1817) mit der Musik von E. T. A. Hoffmann nach dem Märchen von de la Motte-Fouqué zu den bekanntesten gehörten. Weitere Entwürfe fertigte er für Goethes „Faust", Kleists „Kätchen von Heilbronn" u. a. an. Wie die „Sammlung Architektonischer Entwürfe", sind seit 1819 auch die Bühnenbildentwürfe Schinkels in 5 Heften bei Ludwig Wittig in Berlin erschienen. Eine zweite Ausgabe brachte dann der Potsdamer Buchhändler Riegel 1847 – 1849 heraus. Wenn in den Entwürfen auch das Architektonische dominiert, so zeigen sie vor allem Schinkels Phantasiereichtum und seinen Sinn für eine historische Atmosphäre. E. T. A. Hoffmann bezeichnet sie als das „Genialischte der Art", was er jemals gesehen hat.

Der Baumeister

Am 15. Mai 1810 trat Schinkel durch Vermittlung Wilhelm von Humboldts als Geheimer Oberbauassessor in die Technische Oberbaudeputation ein. Diese 1804 gegründete oberste preußische Baubehörde hatte die Aufgabe, die Entwürfe und Kostenanschläge sämtlicher Bauvorhaben des Hofes und des Staates (über 500 Thaler) zu prüfen und zu begutachten. Schinkel erhielt als besonderes Fachgebiet den ästhetischen Teil übertragen, d. h. künstlerische Gutachten über die öffentlichen Prachtgebäude, zu denen alle Kirchenbauten gehörten, anzufertigen, sich um die Erhaltung der alten Bau-

denkmäler zu kümmern und die Hofbauangelegenheiten zu überwachen. Später gehörte auch die „Abhaltung der Examina sämtlicher Baumeister in Beziehung auf die schöne Architektur" zu seinen Aufgaben.
Dreißig Jahre bis zu seinem Tode im Jahre 1841 war Schinkel Beamter dieser Behörde, wurde 1815 zum Geheimen Oberbaurat ernannt und übernahm 1830 als Geheimer Oberbaudirektor die Leitung der Oberbaudeputation.
Wenn auch zwischen 1810 und 1815 kaum größere Bauaufgaben möglich waren, so zeigen doch Schinkels Arbeiten dieser Zeit sowohl als Maler als auch als Architekt – Entwürfe für ein Mausoleum der Königin Luise, Denkmal der Königin Luise in Gransee (1811), Entwurf zu einem Dom als Denkmal der Befreiungskriege (1814) – seine große Begabung. Bereits 1811 wurde er in die Königliche Preußische Akademie der Künste aufgenommen, die ihn 1820 zum Professor der Baukunst und zum Mitglied des Senats ernannte. Vorlesungen hat Schinkel aber nicht gehalten.
Schinkels Schaffen als Architekt ist von zwei Aufgabenbereichen geprägt. Als Mitglied der Oberbaudeputation prüfte und begutachtete er Entwürfe und Anschläge von Architekten aus allen Provinzen. Dadurch hatte er die Möglichkeit, mittelbar und auch unmittelbar auf das gesamte preußische Bauwesen einzuwirken und stilbildend zu sein, eine Tatsache, die in ihrer großen Tragweite bisher noch nicht genügend untersucht worden ist. Schinkel nahm diese Aufgabe, die nicht zuletzt durch die Dienstreisen die meiste Zeit seines Arbeitstages in Anspruch nahm, sehr ernst. Umso erstaunlicher ist es, daß er noch „nebenbei" vornehmlich im Auftrage des Staates und des preußischen Königshauses Entwürfe für eine Vielzahl von Bauten unterschiedlicher Funktionen von Wohnhäusern über Schlösser, Theater, Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kirchen, Museen, Militärbauten bis zu Brücken anfertigte. Nicht zu vergessen sind seine Entwürfe zu Denk- und Grabmälern in Berlin, Großbeeren, Dennewitz, Neuruppin, Saalfeld u. a. Da auch diese Entwürfe der Oberbaudeputation vorgelegt werden mußten, begutachtete Schinkel nicht selten seine eigenen Arbeiten. Bei wichtigen Bauten wurde ihm außerdem noch die direkte Bauleitung oder aber die Oberaufsicht übertragen.
Seinen Weltruhm begründeten drei Bauten in Berlin: Die Neue Wache Unter den Linden (1816/17), das Schauspielhaus auf dem Platz der Akademie (1819/21) und das Museum am Lustgarten(1823/30).
Berlin blieb auch weiterhin die bevorzugte Domäne Schinkelscher Bautätigkeit. Etwa 50 Vorhaben, nicht eingerechnet die städtebaulichen Entwürfe, lassen sich für diese Stadt nachweisen. An zweiter Stelle steht zweifellos Potsdam und seine Umgebung (Zivilkasino 1818/21, Schloß Charlottenhof und die Römischen Bäder 1826/35, Nikolaikirche 1830/49).
In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts war Schinkel eine europäische Berühmtheit geworden. In schneller Folge wurde er Mitglied der Kunstakademien von München, Paris, Rom, Kopenhagen, London, Wien und Petersburg. Es häuften sich aber auch die ausländischen Aufträge. So fertigte er 1834 Entwürfe für einen Palast auf der Akropolis und 1838 zu einem Schloß in Orianda auf der Krim, die jedoch beide nicht ausgeführt wurden.

Schinkel verwendete für seine Bauten klassisch-antike, aber auch gotische Formen. Das ist für ihn keine formale Entscheidung, sondern nach seiner Auffassung wird das Aussehen eines Gebäudes von seiner Bestimmung geprägt, denn „das Ideal in der Baukunst ist nur dann völlig erreicht, wenn ein Gebäude seinem Zweck in allen Teilen und im Ganzen in geistiger und physischer Rücksicht vollkommen entspricht".

Eine Synthese der Stile hat Schinkel bei der 1831 bis 1835 errichteten und leider zerstörten Bauakademie in Berlin angestrebt, indem er konstruktive Prinzipien der Gotik mit der Flächengliederung und Formensprache klassischer Herkunft verband. Dazu wird der unverputzte Ziegel in einer bis dahin kaum gekannten Art verwendet. Wenn auch die Berliner spotteten – „Kasten dieser Stadt, ringsum glatt und platt" –, so fand bei vielen Zeitgenossen gerade dieses Bauwerk große Anerkennung und höchstes Lob. Schinkel wünschte sich, „daß diese dauerhafte schöne und wahrhafte Architektur aus gebranntem Tone ohne Übertünchung' recht viele Nachahmung finden möge". In der Tat sind danach in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele Bauten wie Schulen, Kasernen, Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen in dieser haltbaren Technik entstanden. Die besonders bei der Bauakademie deutlich gewordenen neuen Gestaltungsauffassungen resultieren auch aus der auf der Reise von 1826 gewonnenen Kenntnis der englischen Architektur. So fertigte Schinkel durch den Englandaufenthalt angeregt, 1827 einen Entwurf für ein Kaufhaus Unter den Linden in Berlin an. Dieser neue Baugedanke kam ebensowenig zur Ausführung wie die 1835 geplante Bibliothek für eine halbe Millionen Bücher.

Die Grundzüge seiner Baulehre dachte er in einem Buch niederzulegen, zu welchem er zahlreiche Vorarbeiten machte, das aber nie vollendet wurde. Seit 1819 erschien jedoch die „Sammlung Architektonischer Entwürfe, enthaltend theils Werke, welche ausgeführt sind, theils Gegenstände, deren Ausführung beabsichtigt wurde". Bis 1840 sorgten 27 Hefte mit insgesamt 174 Tafeln für die Verbreitung Schinkelscher Bauauffassung. Dem Architekten ging es dabei nicht nur um eine schnelle Verbreitung seiner Bauten in Wort und Bild, sondern vor allem durch Beispiele „den sittlichen Fortschritt im Menschen zu fördern." Darin spiegelt sich seine Vorstellung von der hohen und universellen Verantwortung des Architekten wieder, die er in folgenden Worten zusammenfaßte: „Der Architekt ist seinem Begriff nach ein Veredler aller menschlichen Verhältnisse, er muß in seinem Wirkungskreis die gesamte schöne Kunst umfassen. Plastik, Malerei und die Kunst der Raumverhältnisse nach Bedingungen des sittlichen und vernunftgemäßen Lebens des Menschen schmelzen bei ihm in einer Kunst zusammen."

Der Denkmalpfleger

Zu Schinkels Aufgaben in der Oberbaudeputation gehörte auch die „Erhaltung und Pflege der vaterländischen Monumente und Altertümer". Das Interesse am historischen Erbe, besonders an der Architektur, erwachte in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts. 1772 hatte Goethe in seinem Hymnus „Von deutscher Baukunst" das Straßburger Münster gefeiert und

1799 festgestellt: „Alle Kunstwerke gehören als solche der gebildeten Menschheit an, und der Besitz derselben ist mit der Pflicht verbunden, Sorge für ihre Erhaltung zu tragen". Diese Forderung erhob auch die junge Architektengeneration, unterstützt von einer romantischen Literatur, kurz vor 1800, allen voran Friedrich Gilly, der Lehrer Schinkels, dessen 1794 angefertigten Zeichnungen von der Marienburg enthusiastisch aufgenommen wurden. Die patriotische Begeisterung der Befreiungskriege 1813/15 wurzelte nicht zuletzt in einem neuen Geschichtsbewußtsein und -verständnis, was wiederum die allgemeine Forderung nach der Erhaltung der „vaterländischen Denkmäler", womit man im wesentlichen die mittelalterlichen Bauwerke meinte, nach sich zog. Mit „Denkmal" wurden nun nicht mehr nur jene bewußt errichteten Erinnerungszeichen für Personen und Ereignisse bezeichnet, sondern auch allgemein Bauten, in denen sich Geschichte und künstlerische Leistungen früherer Zeiten vergegenständlicht dokumentieren. (Der Begriff „Denkmalpflege" ist erst seit den 1880er Jahren gebräuchlich). Untersuchungen an Einzelfällen führten 1815 zur Abfassung eines ausführlichen Berichts über die „Grundsätze zur Erhaltung alter Denkmäler und Altertümer in unserem Lande", der von der Oberbaudeputation dem preußischen König zugeleitet wurde. Schinkel, forderte darin eine staatlich gelenkte Denkmalpflege, formuliert deren zukünftige Aufgaben und schlug eine genaue Erfassung des wertvollen Denkmalbestandes vor. In dem Bericht heißt es u. a.: „Um nun zuförderst erst zur Kenntnis des Vorhandenen zu kommen, würde, nachdem die Organisation der nötigen Schutzdeputation vollendet ist, deren erstes Geschäft sein: Verzeichnisse alles dessen anzufertigen, was sich in ihrem Bezirk vorfindet und diese Verzeichnisse mit einem Gutachten über den Zustand der Gegenstände und über die Art, wie man sie erhalten könne, zu begleiten. Nachdem man durch diese Verzeichnisse eine Übersicht erlangt, ließe sich nun ein Plan machen, wie diese Monumente gehalten werden könnten, um das Volk anzusprechen, nationale Bildung und Interesse an das frühere Schicksal des Vaterlandes zu fördern".

Die große Bedeutung der Denkmale klar erkennend, möchte sie Schinkel „auf eine geschickte Weise, so weit es bei diesem sehr schwierigen und für den Wert der Sachen selbst gefährlichen Geschäft möglich ist, wieder in ihrem alten Glanz herstellen". Wenn auch die originale Wiederherstellung oberstes Prinzip war, so schloß das nicht zurückhaltend eingefügte Ergänzungen mit eigenen stilistischen Auffassungen aus. Schinkel ließ sich dabei in hohem Maße von zweckmäßigen Erwägungen leiten. Seine Gutachten über den schlechten Zustand des Wittenberger Schlosses und des ehemaligen Berliner Pontonhofes waren bereits 1815 ausschlaggebend für den Erlaß einer Kabinettsorder, in der alle Behörden Preußens angewiesen wurden, bei wesentlichen Veränderungen an öffentlichen Gebäuden und Denkmälern die Oberbaudeputation zu konsultieren. Wichtige Entscheidungen behielt sich Friedrich Wilhelm III. selbst vor. 1821 erließ der Staatskanzler von Hardenberg auf Veranlassung Schinkels weitere spezielle Instruktionen an die Regierungsbezirke, in denen noch einmal auf die Pflicht staatlicher Aufsicht hingewiesen wird. Schinkels ganzes Bemühen war darauf gerichtet, „das Wertvollste früher Zeitalter innerlich unverfälscht unter uns lebendig

zu erhalten und das Maß der Anwendung für die Gegenwart zu finden". Darin sah er „eine Hauptbestimmung eines Architekten".
Im Sinne seines Berichtes von 1815 gelang es Schinkel in relativ kurzer Zeit, durch wichtige Verordnungen Abrisse oder stilwidrige Veränderungen an Baudenkmälern zu verhindern und klare Verantwortlichkeiten für deren Erhaltung festzulegen. 1822 begann auch die geforderte Inventarisierung im Regierungsbezirk Minden, aber erst nach Schinkels Tod erfolgte die Veröffentlichung der einzelnen Inventare.

Seit 1816 waren der Weiterbau des Kölner Domes unter der Mitwirkung Schinkels und ab 1819 die Wiederherstellung der Marienburg (Małbork/VR Polen) die größten und populärsten denkmalpflegerischen Vorhaben. Daneben ist aber die Erhaltung so vieler bedeutender Denkmale in Berlin, Magdeburg, Frankfurt/Oder, Brandenburg/Havel, Havelberg, Chorin, Neuruppin, Belzig, Potsdam u. v. a. mit dem Namen Schinkels für immer verbunden.
Die Forderung nach Einsetzung eines obersten Konservators der Kunstdenkmäler des preußischen Staates wurde jedoch erst 1843, zwei Jahre nach seinem Tode, mit der Berufung seines Schülers, dem aus Radensleben bei Neuruppin stammenden Alexander Ferdinand v. Quast (1807 – 1877) erfüllt. Durch die Schaffung einer straffen staatlichen Ordnung, die Entwicklung einer entsperchenden Methodik und vor allem durch eine eigene, umfangreiche und beispielgebende Tätigkeit wurde Schinkel zum Vater der Denkmalpflege in Preußen.

Entwürfe für das Kunsthandwerk

Schon vor seiner 1803 angetretenen Italienreise hatte Schinkel für die Berliner Eckardtsteinsche Fayence-Fabrik Entwürfe angefertigt und sogar Teller, Vasen u. a. selbst bemalt. Das 1810 übernommene Amt in der Oberbaudeputation sowie die umfangreiche Entwurfstätigkeit boten ihm dann vielfältige Möglichkeiten, auf die Form und Gestaltung kunsthandwerklicher Gegenstände Einfluß zu nehmen und seine Fähigkeiten auch auf diesem künstlerischen Gebiet unter Beweis zu stellen.
Nicht selten war Schinkel bei der Verwirklichung großer Bauaufgaben auch für den Innenausbau und die Ausstattung, namentlich bei den Palais der preußischen Prinzen, in Berlin und Potsdam verantwortlich. Dabei nehmen seine Möbelentwürfe einen besonderen Platz ein und fanden durch die 1835 bis 1837 erfolgte Veröffentlichung („Schinkels Möbel-Entwürfe, welche bei Einrichtung prinzlicher Wohnungen in den letzten zehn Jahren ausgeführt wurden", herausgegeben von Ludwig Lohde) eine große Verbreitung. Zu den vorzüglichsten Beispielen Schinkelscher Innenraumkunst zählt das Schloß Charlottenhof im Park Sanssouci. Viele der Einrichtungsgegenstände gehen hier auf seine unmittelbaren Entwürfe zurück.
Die für die Architektur Schinkels verbindlichen Leitbilder – Antike, Gotik und England – sind ebenfalls bei seinem Kunsthandwerk, insbesondere bei den Möbeln, spürbar, doch entwickelte er auch hier eine nur ihm eigene unverwechselbare Handschrift.

1819 wurde Schinkel als Mitglied in die „Technische Organisation für Handel und Gewerbe" berufen, die das entsprechende Ministerium beriet und die Aufgabe hatte, „die wissenschaftlich-technischen Kenntnisse im Gebiet der Gewerbsamkeit zu sammeln und zu verbreiten". Letzteres geschah durch die Herausgabe der „Vorbilder für Fabrikanten und Handwerker" mit einem hohen Anteil Schinkelscher Entwürfe für Möbel, Gefäße, Kandelaber, Bilderrahmen, Metallgüsse und Textilien.

Der Direktor der „Deputation" und Freund Schinkels, Christian Peter Wilhelm Beuth (1781–1853) gründete 1821 weiterhin den „Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes", in dem Schinkel Vorsteher der „Abteilung III für die Baukunst und die schönen Künste" wurde und der für die wirtschaftliche und künstlerische Entwicklung Preußens von großer Bedeutung war.

Schinkels Einfluß richtete sich vornehmlich auf die Gegenstände, „welche einer ästhetischen Hilfe bedürfen". Dazu zählte für ihn alles, was den Menschen täglich umgab. Vor allem reizte ihn die Verwendung neuartiger Materialien. So setzte er sich besonders für den Zinkguß sowie für den Bronze- und Eisenguß ein. Seine dafür angefertigten Entwürfe für Ornamente, Architekturteile, Geräte u. v. a. m. wurden u. a. von der Fa. Moritz Geiß in Berlin und der Königlichen Eisengießerei Berlin umgesetzt und in entsprechenden Katalogen auch weit verbreitet.

Eine langjährige Freundschaft verband Schinkel mit dem Berliner Ofenfabrikanten Tobias Feilner, für den er zahlreiche Entwürfe besonders für Öfen, Kamine, z. B. für Charlottenhof, und für eine vielseitig verwendbare Baukeramik aus Terrakotta fertigte.

In der Feilnerschen Fabrik entstanden übrigens auch die berühmten „Berliner Kachelöfen" mit einer hellen porzellanartigen Oberfläche. Das war eine absolute Neuheit gegenüber den vorher üblichen Öfen mit dunklen Kacheln oder denen aus Gußeisen.

Die führenden Kunsthandwerker der Zeit arbeiten nach den Vorlagen Schinkels: die Tischler Gebrüder Wanschaff, der Goldschmied Hossauer, der Tapezierer Hiltl, der Seidenweber Gabain und der Damastweber Hohenwald. Seine Kunst hatte somit nahezu allen Lebensbereiche durchdrungen vom aufwendigen Theaterbau bis zur Serviette, vom reichverzierten Goldpokal bis zum einfachen Kamin aus Gußeisen.

Als Schinkel nach einjähriger schwerer Krankheit am 9. Oktober 1841 starb und drei Tage später auf dem Berliner Dorotheenstädtischen Friedhof zu Grabe getragen wurde, folgte dem Sarg eine unübersehbare Menschenmenge. Es waren vor allem die einzelnen handwerklichen Gewerke, die Künstler- und Architektenvereine, die Amtskollegen sowie viele Freunde, die dem großen Künstler die letzte Ehre erwiesen.

Sie alle wußten um seine überragende Bedeutung, die O. F. Gruppe in einer ersten, 1842 in der „Allgemeinen Bauzeichnung" erschienenen Würdigung in die Worte faßte: „Schinkel ist ein Mensch, dessen Sendung an das Jahrhundert eine bedeutende war; seine Wirksamkeit ist mit seinem Tode nicht beschlossen und sein Einfluß kann nie erlöschen, so lange wahrer und echter Kunstsinn nicht ausstirbt. Indem wir sein Wesen und seinen künstlerischen

Lebenslauf uns klar machen, begreifen wir einen wichtigen Teil der inneren Kunstgeschichte unseres Jahrhunderts".
Diese Feststellung hat ihre Gültigkeit bis heute behalten. Die Beschäftigung mit dem Werk und der Person Karl Friedrich Schinkels ermöglicht uns ein besseres und tieferes Verständnis sowohl der Kunst als auch der Geschichte – vornehmlich Preußens – des 19. Jahrhunderts.

Kein Requiem für Preußen

Betrachtungen zur Geschichte Preußens und des Preußentums

Von Klaus Vetter

Ortsnamen wie Brandenburg, Fehrbellin, Großbeeren, Kremmen, Lehnin, Neuruppin, Oranienburg und Rheinsberg sind eng mit der brandenburgisch-preußischen Geschichte verbunden. Bei einem Spaziergang durch Potsdam wird man fast auf Schritt und Tritt mit ihren steinernen Zeugnissen konfrontiert. Das ist kein Wunder, denn die ehemalige Mark Brandenburg (etwa das Territorium der heutigen Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) mit südlichen Teilen von Neubrandenburg und Schwerin) war das Kerngebiet des preußischen Staates.
Da die Pflege der Regionalgeschichte eine wesentliche Voraussetzung zur Vertiefung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes und damit zur Festigung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins ist, müssen wir uns zwangsläufig mit der Geschichte Preußens beschäftigen. Die folgenden Betrachtungen sollen Anregungen dafür geben.

Werden und Untergang des preußischen Staates

Im Jahre 1415 wurde der Burggraf von Nürnberg, Friedrich von Hohenzollern, von König Sigismund zum Kurfürsten und Marktgrafen von Brandenburg erhoben und 1417 förmlich mit der Mark Brandenburg belehnt. Vor allem durch Erbverträge und Landkauf, aber auch durch Kriege gewannen die Hohenzollern bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts Territorien hinzu, die sich vom Herzogtum Preußen, dem ehemaligen Ordensritterstaat, bis westlich des Rheins erstreckten. Schon um diese verstreut liegenden Gebiete vor dem Zugriff umliegender Feudalstaaten zu sichern, hätten die Hohenzollern ein starkes Heer benötigt. Sie betrieben aber – wie andere Feudalstaaten auch – eine expansionistische dynastische Machtpolitik, die nur mit militärischer Gewalt durchzusetzen war.
Um die nötigen Truppen aufzustellen und die Eroberungskriege führen zu

können, wurde ein straff organisiertes Verwaltungssystem zur Steuereintreibung und zur Rekrutenaushebung geschaffen, das alle Reserven des Landes erfassen sollte. Auch die Förderung der Binnenkolonisation und die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige geschah aus militärischen Absichten. Das damals übliche Verhältnis zwischen Armeestärke und Einwohnerzahl war völlig zugunsten der Armee verschoben, was unvermeidlich erhebliche Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft haben mußte. So entstand in Preußen, das in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Europa nach der Bevölkerungszahl an dreizehnter und nach dem Flächeninhalt an zehnter Stelle stand, unter der Regierung König Friedrich Wilhelm I., (des „Soldatenkönigs"), bis 1740 das viertgrößte Heer Europas. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens waren dem Militär untergeordnet, militärischer Geist und militärische Normen bestimmten alle Lebenssphären. Preußen war damit *der* feudale Militärstaat Europas geworden, der unter König Friedrich II. durch die Eroberung Schlesiens und durch die Beteiligung an der Aufteilung Polens zu einer europäischen Großmacht aufstieg.

Im 19. Jahrhundert schließlich wurde unter Führung Preußens im Ergebnis dreier Kriege (1864, 1866 und 1870/71) die Gründung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates auf dem Wege „von oben" vollzogen. Die Bildung eines bürgerlichen deutschen Nationalstaates und die damit verbundene Überwindung der staatlichen Zersplitterung Deutschlands stellten einen wesentlichen Fortschritt dar und entsprachen den objektiven Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung. Aber dieses Deutsche Reich wurde im Kampf gegen die demokratischen Kräfte geschaffen und durch die Unterdrückung des eigenen Volkes und anderer Völker nach der Bismarckschen Devise mit „Blut und Eisen" zusammengeschweißt. Das Bündnis von Monopolbourgeoisie, reaktionärem Preußentum und Militarismus hatte für die weitere Entwicklung Deutschlands verhängnisvolle Folgen. Es führte letzten Endes zu den beiden Weltkriegen und zur Zerschlagung des faschistischen Staates durch die Alliierten der Antihitler-Koalition im Jahre 1945.

Die Auflösung des Staates Preußen durch das Gesetz Nr. 46 des Aliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947 zog einen endgültigen Schlußstrich unter die preußische Geschichte.

Es geht nicht um ein neues Preußenbild

Nicht selten hört man im Gespräch mit historisch Interessierten die Meinung, es sei doch nun an der Zeit, ein abgewogeneres Bild von Preußen zu entwerfen. Zielt diese Auffordeurng auf eine Überprüfung oder gar Korrektur der schon von Marx, Engels und Mehring gegebenen grundsätzlichen Einschätzung des Klassencharakters des preußischen Staates und der Rolle des reaktionären Preußentums in der deutschen Geschichte, so sei rundheraus gesagt, daß dazu keinerlei Anlaß besteht. Diese Einschätzung wurde durch die Detailforschung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft und auch durch Arbeiten bürgerlicher Historiker erhärtet, an ihr ist nicht zu rütteln.

Zielt diese Aufforderung aber dahin, nicht nur die reaktionäre Politik der in Preußen herrschenden Ausbeuterklassen, nicht nur das Unwesen des preu-



König Friedrich II. von Preußen mit Windspielen.
Kleinplastik (Bronze) von Christian Daniel Rauch 1821.
Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam

ßischen Militarismus, sondern alle in der preußischen Geschichte wirksamen Klassenkräfte und Entwicklungstendenzen in die Betrachtung einzubeziehen, dann ist sie berechtigt. Es geht darum, das von Marx, Engels und Mehring entwickelte Bild über Preußen und seine Geschichte zu ergänzen, auszubauen und zu differenzieren. Marx, Engels und Mehring mußten im 19. Jahrhundert zwangsläufig die Auseinandersetzung mit dem reaktionären Preußentum und die insgesamt fortschrittsfeindliche Rolle des preußischen Staates in den Mittelpunkt ihrer Aussagen stellen, befanden sie sich doch im harten Klassenkampf gegen Bourgeoisie und Junkertum, deren Hauptstütze in Deutschland Preußen war. Nach dem opferreichen Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den faschistischen deutschen Imperialismus im Jahre 1945 war es wiederum selbstverständlich, daß eine gründliche Abrechnung mit dem preußisch-deutschen Militarismus erfolgte. Dessen Tradition hatten wesentlich dazu beigetragen, das deutsche Volk für den faschistischen Raubkrieg freizumachen. Die deutschen Faschisten waren von den preußischen Konservativen der Weimarer Republik als willkommener Bündnispartner begrüßt worden. Diese gingen, soweit sie sich nicht direkt den Nazis anschlossen, eine enge Allianz mit ihnen ein. Der „Tag von Potsdam" im März 1933 besiegelte demonstrativ dieses Bündnis. Grundlage für die allmähliche Verschmelzung von reaktionärem Preußentum und Faschismus war das Streben der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen der herrschenden Klasse nach Vernichtung der Arbeiterbewegung und nach einer imperialistischen Neuaufteilung der Welt.

Aber natürlich gibt es auch aus der preußischen Geschichte progressive Ereignisse und Überlieferungen, die wir bewußt in unsere Traditionspflege aufnehmen. Dazu gehört vor allem der Kampf der Arbeiterklasse in Preußen gegen die junkerlich-bourgeoise Klassenherrschaft.

Erinnert sei hier nur an den Kampf der Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz oder an das Wirken Karl Liebknechts im preußischen Abgeordnetenhaus und als Vertreter des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland im Deutschen Reichstag.

Auch bei der Überwindung der Feudalgesellschaft und der Durchsetzung des bürgerlichen Fortschritts spielte Preußen eine besondere Rolle unter den deutschen Staaten. Die Stein-Hardenbergschen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts öffneten den Weg für die bürgerliche Umgestaltung in Deutschland. Da mit dem Rhein-Ruhr-Gebiet, Westfalen und Schlesien wichtige Zentren der gewerblichen Produktion im 19. Jahrhundert zu seinem Territorium gehörten, gingen von Preußen auch entscheidende Impulse für die Durchsetzung der Industriellen Revolution in Deutschland aus.

Der antinapoleonische Befreiungskampf des deutschen Volkes, der wesentlich von der werktätigen Bevölkerung Preußens getragen wurde, gehört ohne Frage zu den Sternstunden der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert, seine Traditionen sind lebendig und werden von uns mit Recht gepflegt. Auch im Bezirk Potsdam erinnern Denkmäler an den opferreichen Kampf preußischer Bauern, Handwerker und Studenten in den Jahren 1813/14.

Preußen war ein Hauptschauplatz der bürgerlich-demokratischen Revolution

von 1848/49. In den Märztagen des Jahres 1848 erkämpften in Berlin Arbeiter, Handwerksgesellen und Kleinbürger der Bourgeoisie die Macht, die diese jedoch nicht zum völligen Sturz der Feudalordnung nutzte, sondern aus Angst vor der Arbeiterklasse in einen Klassenkompromiß mit den Junkern zum großen Teil wieder preisgab. Der Potsdamer Max Dortu fiel als Soldat der Revolution unter den Kugeln eines konterrevolutionären Hinrichtungskommandos.

Zu den beachtenswerten Überlieferungen aus der preußischen Geschichte gehören jedoch nicht nur solche markanten Ereignisse. Dazu gehört auch der über Jahrhunderte hartnäckig geführte Klassenkampf der Bauern gegen die Feudalherren. Diese Klassenkämpfe mündeten nur selten in größeren Unruhen. Die niederen Formen des Klassenkampfes – schlechte Verrichtung der Frondienste, Dienstverweigerung einzelner Bauern, Fronstreiks ganzer Dörfer, Prozessieren gegen die feudalen Ausbeuter – trugen jedoch dazu bei, die feudale Gesellschaftsordnung zu untergraben und für die bürgerliche Umwälzung reif zu machen.

In Preußen fanden teils zur Befriedigung des Repräsentationsbedürfnisses der Herrschenden, teils zur Bewältigung notwendiger Aufgaben im Staatsapparat und in der Wirtschaft bedeutende Persönlichkeiten der Kultur und Wissenschaft eine Wirkungsstätte. Immanuel Kant lebte und wirkte im ostpreußischen Königsberg, Gottfried Wilhelm Leibniz wurde 1700 als erster Präsident der Akademie der Wissenschaften nach Berlin berufen, an der 1810 gegründeten Berliner Universität wirkten schon in den ersten Jahren ihres Bestehens solche wissenschaftlichen Größen wie die Gebrüder Humboldt, der Mediziner Hufeland, und der Begründer der Landwirtschaftswissenschaften Thaer. Es braucht nur angedeutet zu werden, daß Baumeister und Bildhauer wie Schlüter, Schadow, Gontard, Langhans, Rauch und Schinkel Werke von bleibender Bedeutung schufen.

Auch Angehörige des herrschenden Adels haben Leistungen vollbracht, die objektiv der Durchsetzung des historischen Fortschrittes dienten, obwohl sie dem subjektiven Wollen nach zumeist zur Festigung der Feudalordnung gedacht waren. Zu diesen Adligen gehören Friedrich Eberhard von Rochow auf Reckahn mit der Förderung des Bildungsgedankens auf dem Lande, Friedrich August Ludwig von der Marwitz und Hans Joachim von Ziethen mit der Bewirtschaftung ihrer Güter nach neuen Methoden. Auch einzelne Herrscher aus dem Hohenzollernhaus haben sich durch die Anregung und Förderung von Projekten, die natürlich der Stärkung der dynastischen Macht dienen sollten, Verdienste erworben und objektiv zum gesellschaftlichen Fortschritt beigetragen. Zu ihnen gehört auch Friedrich II. (1740-1786), während dessen Regierungszeit durch die Entwässerung des Niederoderbruchs und des Warthebruchs 400 000 Morgen fruchtbaren Ackerlandes gewonnen wurden.

Es sei wiederholt: Die Politik der herrschenden Klassen in Preußen war insgesamt reaktionär. Durch die „Verpreußung" des bürgerlichen deutschen Nationalstaates hat das reaktionäre Preußentum in der Geschichte unseres Volkes eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Aber man darf die Geschichte Preußens nicht mit der Geschichte der Hohenzollern gleichsetzen, man muß

auch beachten, daß nicht alle gesellschaftlich wirksamen Handlungen der Repräsentanten der herrschenden Klasse den gesellschaftlichen Fortschritt hemmten.

Die „Preußenrenaissance" in der BRD

Über Jahrhunderte hinweg hat das reaktionäre Preußentum einen verhängnisvollen Einfluß auf die Geschichte des deutschen Volkes ausgeübt. Bei ihm handelt es sich um eine spezifische Form des Militarismus, dessen Wurzeln in der ostelbischen Agrarentwicklung und später in der Symbiose zwischen Junkertum und Bourgeoisie liegen. Vorrang des Militärischen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Anspannung aller Kräfte für die Durchsetzung der Politik der herrschenden Ausbeuterklassen, Konzentration der Politik auf die Realisierung aggressiver Pläne gegenüber anderen Staaten und eine entsprechende Ideologie waren Grundcharakteristika des preußischen Militarismus.

In der DDR wurde durch die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Monopolbourgeoisie und der Junker die gesellschaftliche Grundlage des reaktionären Preußentums beseitigt. Anders in der BRD, wo sich nach 1945 zwar die Staatsform verändert hat, wo der Grundcharakter des Staates aber der gleiche geblieben ist. Nach einiger Zurückhaltung in den Nachkriegsjahren, als der preußische Militarismus durch seine Integration in den faschistischen Machtmechanismus allzu sehr diskreditiert war, feierte auch das Preußentum in der BRD fröhliche Urstände. „Preußen gestern und morgen", „Preußen – Porträt einer politischen Kultur", „Besinnung auf Preußen", „Preußen – Eckpfeiler Europas", „Ein Requiem für Preußen" – das sind einige Titel der in der BRD aufgelegten Preußenliteratur. Auch die Bundeswehrführung griff bei der politischen Ausbildung direkt auf Leitbilder des preußischen Militarismus zurück. Aus der preußischen „Tradition" leiten Apologeten des Preußentums Führungsansprüche in Westeuropa und eine „europäische Mission" der BRD in Mittel- und Osteuropa ab. Nun soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als sei die Renaissance des reaktionären Preußentums die wichtigste ideologische Waffe des BRD-Imperialismus. Die herrschende Klasse in der BRD nutzt aber alle Mittel und Möglichkeiten, ihre Herrschaft ideologisch zu untermauern, auch das reaktionäre Preußentum.

Friedrich II. als historische Persönlichkeit

Von bürgerlichen Historikern wurde und wird die Rolle Preußens bei der Entstehung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates zum Anlaß genommen, durch Legendenbildung die Hohenzollernherrschaft als in ihrem Wesen progressiv und nationalen Interessen dienend darzustellen. Dazu kommt die Behauptung, mit dem preußischen Staat und dem Preußentum seien allgemeingültige moralische Werte und eine ewige sittliche Idee verbunden. Zumeist wird Friedrich II., den schon seine Zeitgenossen „den Großen" nannten, als Symbolfigur für diese Behauptung herangezogen. Aber war König

EXAMEN
DU PRINCE
DE
MACHIAVEL,
AVEC DES NOTES
Hiſtoriques & Politiques.



A LA HAYE,
Chez JEAN VAN DUREN,
M. D. CC. XLI.
Avec Privilége.

Vollständiger Titel des „Antimachiavell" von Friedrich II., der im Geiste der Aufklärung ein Bekenntnis zur Lehre vom Gesellschaftsvertrag enthält, 1741

Friedrich II., der „Philosoph von Sanssouci", der Vertreter der religiösen Toleranz und der Gegner der Folter, der mit der Trockenlegung des Oderbruchs „eine Provinz im Frieden gewonnen hat" und der als Feldherr den Bestand Preußens gegen eine Welt von Feinden behauptete, nicht tatsächlich eine bedeutende historische Persönlichkeit?

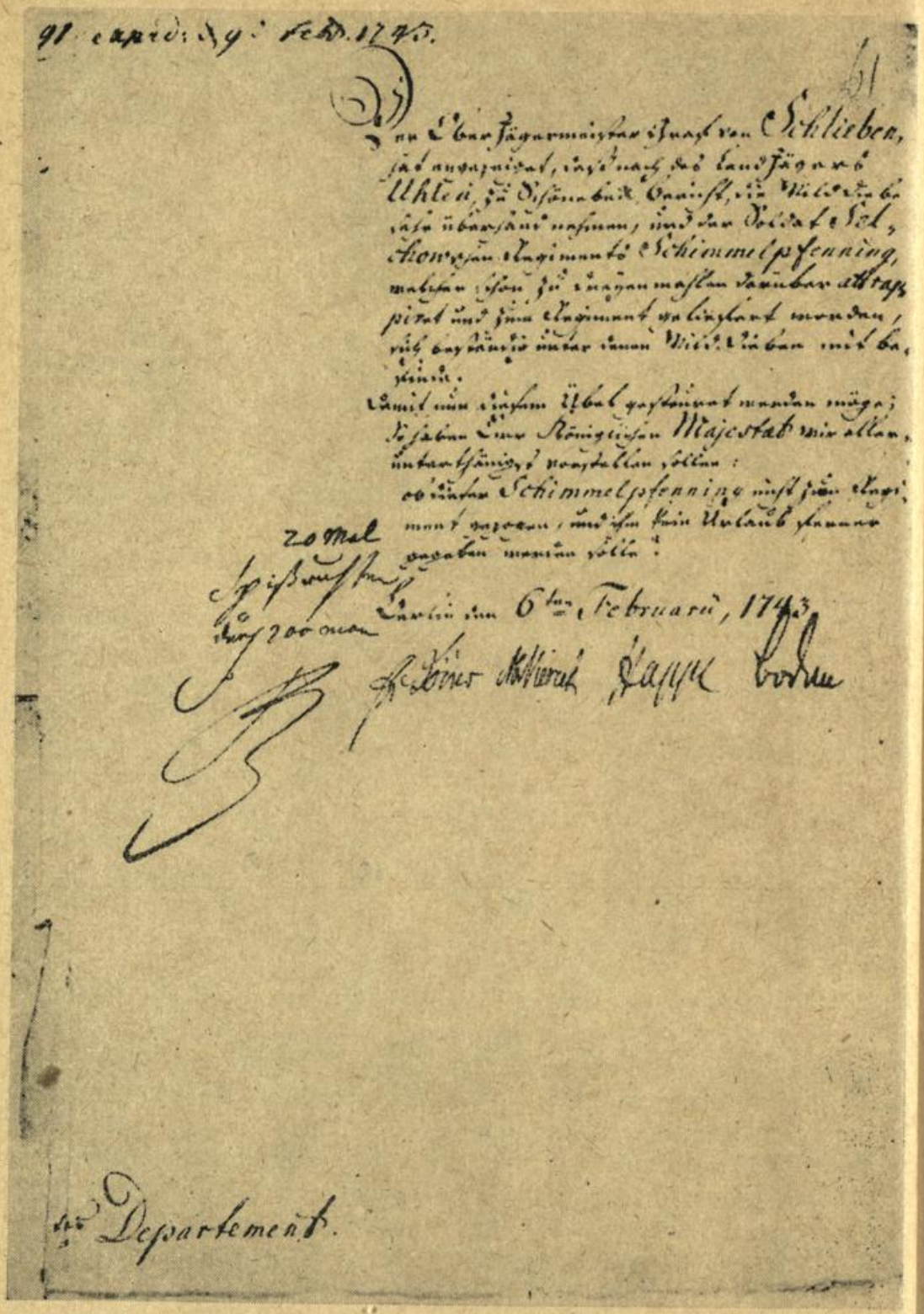
Ohne Zweifel besaß Friedrich II. eine Reihe faszinierender persönlicher Eigenschaften. Er war für seine Zeit hochgebildet, interessierte sich für Literatur und Philosophie, war ein kunstverständiger Mann, und vielen der in seinem Auftrag geschaffenen Kunstwerke lagen eigenhändige Entwürfe zugrunde. Er besaß eine eiserne Energie und bewältigte bei der Regierung seines Staates täglich ein erstaunliches Arbeitspensum. Dabei versuchte er, bestimmte Forderungen der Aufklärung zu verwirklichen, etwa mit der Abschaffung der Folter und der zeitweiligen Lockerung der Zensur.

Zugleich verbindet sich mit der Person Friedrichs II. aber die Perfektionierung des preußischen Militarismus. Mit Friedrich II. verbindet sich die Erinnerung an vier von ihm ausgelöste Eroberungskriege zur Durchsetzung seiner dynastischen Machtpolitik (Erster Schlesischer Krieg 1740-1742, Zweiter Schlesischer Krieg 1744-1745, Siebenjähriger Krieg 1756-1763, Bayrischer Erbfolgekrieg 1778-1779).

An die Bewertung Friedrichs II. als historische Persönlichkeit kann man nicht vom moralisierenden Standpunkt gehen. Die „Größe" einer Persönlichkeit hängt davon ab, in welchem Maße sie Einsicht in den Entwicklungsgang des Zeitgeschehens gewinnt und, diese Einsicht in ihrem politischen Handeln umsetzend, der Durchsetzung des historischen Fortschritts dient. In diesem Sinne war Zar Peter I. von Rußland „groß". Seine oft mit menschenverachtender Brutalität durchgesetzte Politik diente ganz offensichtlich dem Durchbruch des historischen Fortschritts in Rußland, vor allem durch die Festigung des russischen Nationalstaates. Die Schaffung von Nationalstaaten war im 18. Jahrhundert historischer Fortschritt, da ein durch feste Grenzen gesicherter nationaler Markt die günstigsten Entwicklungsbedingungen für den Kapitalismus bot. Die Politik Friedrich II. diente nicht der Schaffung eines deutschen Nationalstaates sondern war ausschließlich dynastische Machtpolitik und vertiefte letzten Endes die staatliche Zersplitterung Deutschlands.

Historischer Fortschritt war im 18. Jahrhundert die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, die Ablösung der überlebten Feudalordnung durch den Kapitalismus. Die Politik des aufgeklärten Absolutismus, wie sie Friedrich II. betrieb, sollte den Staat an die sich verändernden ökonomischen Verhältnisse anpassen und dadurch die Klassenherrschaft des Adels erhalten. Diesem Ziel dienten aucht die Zugeständnisse an die Handels- und Manufakturunternehmer, deren Opposition der König mit begrenzten Reformmaßnahmen abfangen wollte.

So war, nüchtern betrachtet, Friedrich II. ein persönlich hochbegabter feudaler Herrscher, der manche Zeichen seiner Zeit erkannt hatte, diese Erkenntnis aber zu nutzen suchte, um die historisch überlebte Herrschaft seiner Klasse, des Feudaladels, zu verlängern. Wie Franz Mehring schon 1906 im Vorwort zur zweiten Auflage seiner „Lessing-Legende" formulierte, ist es falsch, Friedrich II. „bald zu einem kompletten Narren, bald zum majestätisch –



Antrag des Departements (Ministeriums), den Soldaten Schimmelpfennig wegen Wilddieberei zu seinem Regiment einzuziehen und ihm keinen Urlaub mehr zu geben.
Urteil des Königs: „20 mal Spießruten durch 200 Mann. Friedrich." 1743.
Staatsarchiv Potsdam

Lit. G.

39

Nachdem Seine Königl. Majestät in Preussen / ꝛc. Unser allergnädigster König und Herr / so fort nach Antritt Dero Regierung allergnädigst intentioniret gewesen / das so genannte Haveländer- Bredau- und Rauensche Luch / sambt denen übrigen Lüchern und Brüchern / so von dem Brieselang und Rohrbeck ab / zwischen dem Havellande / Glien / und Fehrbellinischen Creyse bis im Rien / und nach der Havel bey Hohen Rauen gelegen / zu des Landes und derer interessirten Besten durch Abzapffung des darauf stehenden Wassers uhrbar machen zu lassen / und Sie denn nunmehro solche Dero allergnädigste Intention umb so vielmehr fest gesetzet / auch dienemnach Dero Ober-Jägermeister / ꝛc. dem von Hertevelt / solche mit Zuziehung derer darzu nöthigen Personen zur würcklichen Execution zu bringen / und bey sothaner Uhrbarmachung die völlige Direction Allergnädigst aufgetragen haben / weil sich

Edikt König Friedrich Wilhelm I. zur Melioration des Havelländischen Luches, Seite 1, vom 14. März 1718. Staatsarchiv Potsdam

tragischen Phantom" zu machen, „während er tatsächlich nichts war als ein dynastischer Despot des achtzehnten Jahrhunderts, in all seiner Gescheitheit und in all seiner Beschränktheit".

Kein Requiem für Preußen

Seit die außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge der DDR unübersehbar sind und auch von den böswilligsten Meinungsmachern des BRD-Imperialismus nicht mehr geleugnet werden können, werden die abenteuerlichsten „Erklärungen" für dieses „Phänomen" gesucht, um die wahre Ursache nicht nennen zu müssen: die angestrengte und zielgerichtete Arbeit der Werktätigen der DDR unter Führung der Partei der Arbeiterklasse. Wenn man schon Erfolge der DDR konstatieren muß, dann wurden diese, bitte schön, nicht durch, sondern trotz der führenden Rolle der SED errungen. Zur Untermauerung dieses Angriffes auf die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse im Sozialismus wird auch das Preußentum herangezogen, das angeblich in der DDR traditionell weiterwirken und deren Erfolge in entscheidendem Maße verursacht haben soll. Diese Konstruktion wird dann noch zuweilen etwas variiert mit der Behauptung, in der DDR seinen preußisches Pflichtgefühl und preußische Disziplin mit der „sächsischen Behendigkeit" eine ideale Symbiose eingegangen, und diese sei es, der die DDR ihre beeindruckenden Erfolge verdanke. Nun kann nicht geleugnet werden, daß ein beträchtlicher Teil des Territoriums der DDR einst zu Preußen gehörte und daß viele ältere DDR-Bürger noch im Sinne preußischer Tradition erzogen wurden. Aber ist die DDR darum ein „rotes Preußen"?

Die imperialistischen Ideologen gehen bei ihrer Behauptung von der selbsterfundenen Existenz klassenindifferenter ethischer Werte des Preußentums aus: Zurückstellen individueller hinter gesamtgesellschaftliche Interessen, Dienen und Gehorchen, Sparsamkeit und Disziplin, Pflichttreue und Uneigennützigkeit, Gerechtigkeit und Toleranz; (daß dabei die politische Rolle des reaktionären Preußentums völlig ausgeklammert wird und unberücksichtigt bleibt, sei hier nur am Rande vermerkt). Schon der Ausgangspunkt ist unhaltbar: Es gibt keine klassenindifferenten, ewig gültigen Werte, sondern die Moral ist immer klassengebunden, und die in einem Staat gültigen Wertvorstellungen werden immer von der Moral der herrschenden Klasse geprägt. Für einen Sklavenhalter war es moralisch, einen Menschen zu kaufen oder zu verkaufen. Für einen feudalen Gutsherrn war es moralisch, einen Bauern „zu legen" und ihn von Grund und Boden zu vertreiben oder in einen abhängigen Kossäten zu verwandeln. Für einen kapitalistischen Ausbeuter ist es moralisch, Arbeiter auszubeuten und sie auf die Straße zu werfen, wenn er ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt. Ebenso sind die „Werte des Preußentums" klassengebunden. Es ging in Preußen und im preußisch-deutschen Reich um das Zurückstellen persönlicher Interessen hinter das junkerlich-bourgeoise Gesamtinteresse, um Disziplin und Sparsamkeit, Uneigennützigkeit und Toleranz im Interesse der Junker und der Bourgeoisie.

Schon als ausgebeutete Klasse hat das Proletariat seine eigenen Wertvorstellungen. Die im Sozialismus die Macht ausübende Arbeiterklasse hat ihre im

Marxismus-Leninismus begründete Ideologie, aus der sich ihre Moralnormen und ihre Wertvorstellungen ergeben; Moralnormen und Wertvorstellungen einer herrschenden Klasse, die keine Ausbeuterklasse ist.

In der DDR hat das reaktionäre Preußentum keinen Platz. Seine sozialen Grundlagen sind vernichtet, seine Ideologie überwunden. Diese grundsätzliche Gegnerschaft zum reaktionären Preußentum hindert uns jedoch nicht daran, ein objektives Verhältnis zur preußischen Geschichte zu haben, die ein Stück unserer Nationalgeschichte ist. Preußen ist aus der Geschichte unseres Volkes nicht wegzudenken. Darum sind wir verpflichtet, uns mit dem von Preußen übernommenen Erbe auseinanderzusetzen und alles Fortschrittliche und Humanistische aus der preußischen Geschichte in unsere Traditionspflege einzubeziehen.

Bei der Arbeit an der Chronik neu entdeckt

Zur Arbeit an der Chronik der Stadt Brandenburg 1945–1952

Von Heinz Beutel

Brandenburg an der Havel – eine herausragende Industriestadt der DDR mit über 92 000 Einwohnern und ehemals Hauptstadt der „Chur- und Mark Brandenburg – ist über 1000 Jahre alt, eine Stadt mit reicher Geschichte und von großer historischer Bedeutung.

Brandenburg besitzt wertvolle Archive. Das Stadtarchiv und das Domarchiv verwahren Archivdokumente und archivische Sammlungen aus der Geschichte der Stadt von 948 bis zur Gegenwart. Fast alle Ereignisse und Prozesse städtischer Entwicklung haben in Urkunden, Stadtbüchern und Akten sowie in Bilddokumenten ihren Niederschlag gefunden. Der Benutzer findet in den Archiven eine Fülle aussagekräftiger Materialien über die Vergangenheit und Gegenwart unserer Stadt.

Brandenburg ist eine traditionsreiche Stadt der Arbeiterbewegung. Unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse wurde der sozialistische deutsche Staat aufgebaut und mit ihm das neue Brandenburg, die Stadt der Aktivisten. Davon zeugen die hervorragenden Produktionsergebnisse in leistungsfähigen Industriebetrieben und zudem fas 17 000 neue Wohnungen, Schulen, Sport- und Kulturstätten.

Unsere Aufgabe im Stadtarchiv sehen wir darin, die Geschichte der Stadt und ihrer Betriebe durch Aufbereitung und Bereitstellen von archivalischen Quellen erforschen zu helfen und selbst daran mitzuwirken. Stadt- und Betriebsgeschichtsforschung sind zu einer Notwendigkeit geworden, sie sind Teil der Forschungsvorhaben zur Geschichte unseres Volkes und im beson-

deren der deutschen Arbeiterbewegung. Das Geschichtsbewußtsein gilt es zu festigen. Es ist ein wesentliches Element des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und wichtiger Bestandteil des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen. Deshalb messen wir der Geschichtsforschung und -propaganda und in diesem Rahmen der Stadt- und Betriebsgeschichtsschreibung erhöhte Bedeutung zu. Für das Verstehen der Gegenwart ist es unerläßlich, die geschichtlichen Voraussetzungen zu kennen, auf denen unsere sozialistische Entwicklung aufbaut, und das um so mehr, als unsere junge Generation weder Kapitalismus noch Faschismus, die Spaltung Deutschlands durch den Imperialismus und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus nicht selbst miterlebt hat. Alles das verpflichtet uns, die geschichtlichen Erfahrungen in den Dienst des ideologischen Kampfes zu stellen.

In Brandenburg werden vom Rat der Stadt und seinem Stadtarchiv in enger Zusammenarbeit mit der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED zielgerichtet Untersuchungen zur Stadt- und Betriebsgeschichte durchgeführt.

Dabei wird der Arbeit an der Chronik besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Über die Arbeit mit der Chronik auf der Grundlage der neuen Verordnung wird an anderer Stelle zu berichten sein (gemeint ist die Verordnung des Ministerrates, Gesetzblatt Teil I, vom 14. Januar 1982. Die Red.).

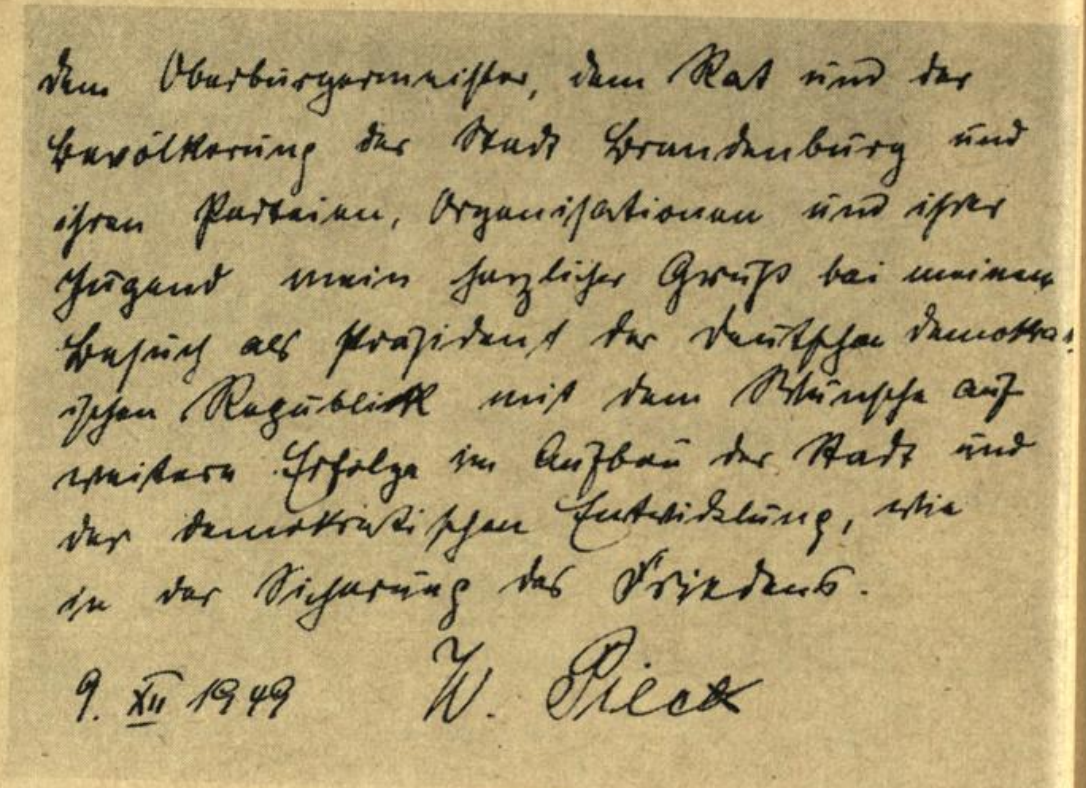


Aufmarsch der Kundgebungsteilnehmer zum Weltfriedenstag am 1. September 1949 auf dem Neustädtischen Markt in Brandenburg (Havel). An der Spitze fährt der 100. Schlepper „Aktivist" aus dem VEB Brandenburger Schlepperwerk. Im Hintergrund ist deutlich die „Aktivistensäule" zu erkennen, an der Bilder und Begründungen für die Auszeichnung als Aktivist veröffentlicht wurden. Foto: Stadtarchiv Brandenburg

Wir kamen sehr bald zu der Erkenntnis, daß uns für alle weitergehenden Forschungen eine Chronik der Ereignisse besonders aus den ersten Jahren nach 1945 außerordentlich fehlte.
Daß eine solche Chronik jetzt für die Jahre 1945 bis Juli 1952 vorliegt ist ein besonderes Verdienst der beiden Stadtchronisten Fritz Köpernick und Vera Langnickel, die sich – unterstützt durch das Stadtarchiv – dieser Aufgabe widmeten.
Werfen wir einen Blick in die Chronik.
Für die Woche vom 11. bis 17. Juni 1945 gab es folgende Lebensmittelzuteilungen:

1500 g Brot
62,5 g Kaffee-Ersatz
100 g Salz
500 g Frischgemüse
100 g Fleisch oder 200 g Pferdefleisch (für die Woche!)
50 g Schmelzkäse oder 62,5 g Sauermilchkäse.

Zusätzlich erhielten Kinder bis zu einem Jahr $\frac{1}{2}$ l Vollmilch und von einem bis zu drei Jahren $\frac{1}{2}$ l Magermilch täglich.
Für das Stadtbauamt galt es zunächst, durch gelenkte Aufräumungsarbeiten Platz für den Wiederaufbau zu schaffen, wobei die Wiederherstellung der schwerbeschädigten Kanalisation den Vorrang hatte.
Ein nicht leicht zu lösendes Problem war die Neuerrichtung der von den Faschisten sinnlos zerstörten Brücken. Im Mai 1945 erbauten sowjetische Pioniere eine Notbrücke am Städtischen Hallenbad; das ist eine äußerst wichtige Maßnahme, um den innerstädtischen Verkehr zu gewährleisten. Die Brücke wird am 2. Juli 1945 durch den Ing.-Kapitän Berdischafsky offiziell übergeben. Die in massiver Bauweise wiederhergestellte Luckenberger Brücke wird am 9. Dezember 1945 eingeweiht. Am 20. April 1946 folgt die Steintorbrücke. Im gleichen Monat wird auch die beschädigte Hubbrücke in der Potsdamer Straße wieder dem Verkehr übergeben. Am 20. Juli 1946 ist die von den Nazis gesprengte Homeyenbrücke wiederhergestellt und wird dem Verkehr übergeben. Im Juni 1947 ist die Neujahrsgrabenbrücke fertig. Am 4. Oktober 1947 wird die in moderner und breiter Ausführung wiederaufgebaute Jahrtausendbrücke eingeweiht. Die Festrede hält der Landtagspräsident Friedrich Ebert. Mit der Wiederherstellung dieser Brücke ist eine wichtige Aufgabe auf dem Sektor des Brückenbaus in Brandenburg gelöst, die als „Brückenstadt" auf den ständigen Verkehr über die Wasserläufe angewiesen ist.
Die Reihenfolge des Baus wurde durch die vordringlichen Verkehrsbedürfnisse diktiert. Mit den Brückenbauten Hand in Hand begann die Instandsetzung zerstörter Häuser, wobei zunächst die wichtigsten Versorgungsbetriebe, die Schulen und leichter beschädigte Wohnungen an der Reihe waren.
Zur Herbeischaffung von Lebensmitteln, zum Transport von Baumaterial und Rohstoffen für die Industrie waren Kraftfahrzeuge erforderlich. Der Bestand an Kraftfahrzeugen war aber nach Kriegsende derartig dezimiert, daß von dem ursprünglichen Bestand von 380 PKW nur noch 5 und von 465 LKW nur noch 2 zur Verfügung standen. Durch die tatkräftige Hilfe sowje-



dem Oberbürgermeister, dem Rat und der
Bevölkerung der Stadt Brandenburg und
ihren Parteien, Organisationen und ihrer
Jugend mein herzlicher Gruß bei meinem
Besuch als Präsident der Deutschen Demokra-
tischen Republik mit dem Wunsche auf
weitere Erfolge im Aufbau der Stadt und
der demokratischen Entwicklung, wie
in der Sicherung des Friedens.

9. XII 1949 W. Pieck

Eintragung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck in das Gästebuch der Stadt Brandenburg (Havel), 9. Dezember 1949.
Foto: Stadtarchiv Brandenburg

tischer Militärbehörden wurde der Fahrzeugpark nach und nach wieder erhöht.

Entsprechend den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens wurden auch die Brandenburger Rüstungsbetriebe demontiert. Das betraf die Mitteldeutschen Stahlwerke (Flick-Konzern), die Arado-Werke (Flugzeug-Konzern), die Brennabor-Werke und die Brandenburger Eisenwerke. Im August 1945 waren 1571 Personen mit Abbau- und Abbrucharbeiten beschäftigt.

Zugleich waren in 53 Betrieben der Stadt 2155 Arbeiter und Angestellte tätig, die einen Produktionswert von 1 250 060 RM erbrachten.

Zur Beschlagnahme der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern und ihre Überführung in Volkseigentum nahm eine Kreiskommission in Brandenburg im Mai 1946 ihre Arbeit auf. Sie macht nach eingehender objektiver Prüfung Vorschläge über die künftigen Eigentumsverhältnisse der Betriebe und der sonstigen Vermögensobjekte von Kriegs- und Naziverbrechern. Erst nachdem in zum Teil langwierigen Ermittlungsverfahren alle Eigentumsverhältnisse an dem früheren Vermögen der Kriegs- und Naziverbrecher geklärt sind, werden die Sequesterkommissionen im März 1948 nach fast zweijähriger Tätigkeit aufgelöst.

Im Stadtkreis Brandenburg werden im Verlaufe dieser Aktion 70 betriebliche Vermögensobjekte enteignet.

Die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum ist mit einem Produktionsaufschwung verbunden. Im Juni 1946 hat sich die Anzahl der Betriebe auf 117 erhöht, in ihnen erarbeiten 5527 Werksangehörige einen Produktionswert von 5 008 717,– RM.

Dafür einige Beispiele. Auf der Schiffswerft Gebrüder Wiemann wird nach vorausgegangenen Verhandlungen mit der Sowjetischen Militärkommandantur das erste Schiff auf Kiel gelegt. Damit ist die Werft die erste auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, die mit dem Bau von neuen Objekten beginnt. Das war am 1. Oktober 1946. Am 29. April begeht der in Treuhand befindliche Betrieb, die spätere Volkswerft „Ernst Thälmann" in festlicher Form den Stapellauf des ersten Schiffsneubaus nach dem Kriege.

Ebenso charakteristisch ist die Produktionsaufnahme im demontierten ehemaligen Rüstungsbetrieb Brennabor. Am 27. November 1946 fordert der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Militärkommandantur den Magistrat auf, die Arbeitsgemeinschaft „Brennabor" anzuweisen, einen Kinderwagen als Muster anzufertigen und vorzuführen. Gleichzeitig ist zu ermitteln, an welchen Materialien es für die Massenproduktion mangelt.

Im Oktober 1947 erteilt die Landesregierung den Auftrag für die Entwicklung eines Gasgeneratorschleppers. Zum gleichen Zeitpunkt beschäftigt sie sich mit dem Problem der Beschaffung von Fertigungsräumen für ein neu zu errichtendes Schlepperwerk; gedacht ist an das Gelände der ehemaligen Brennaborwerke, von dem noch ein Teil der Fabrikgebäude – wenn auch in mehr oder weniger beschädigtem Zustand – vorhanden ist. Am 10. August 1948 beschließt die Landesregierung die Gründung des „VEB Brandenburger Traktorenwerke". Zweck des Unternehmens ist die Fertigung von kompletten Schleppern für die Landwirtschaft und den Straßenverkehr. Bereits am 26. August beginnen drei Baufirmen mit der Arbeit am ersten Fertigungsgebäude.

Am 3. Januar 1949 wird im VEB Brandenburger Traktorenwerk eine Lehrwerkstatt ihrer Bestimmung übergeben. Diese Maßnahme ist im Interesse einer schnellen Entwicklung des Werkes, verbunden mit dem ständig steigenden Bedarf an Facharbeitern, notwendig.

Am 2. Mai nimmt das Brandenburger Traktorenwerk die Serienfertigung des Schleppers „Aktivist" auf, nachdem die vorausgegangenen Erprobungen des Fahrzeuges zufriedenstellend verlaufen waren.

Auf einer Großkundgebung zum Friedenstag am 1. September 1949 fährt der 100. Schlepper „Aktivist" an der Spitze des Demonstrationszuges zur Kundgebung der 25 000 Brandenburger, zu denen die Genossin Friedel Malter spricht. Während der Kundgebung werden 50 Schlepper dem Leiter der Zentralen Maschinenausleihstation (MAS) übergeben. (Vergleiche auch unser Bild)

So ist es denn auch kein Zufall, daß der erste Besuch des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, unseres Genossen Wilhelm Pieck, ihn in das Brandenburger Traktorenwerk führt. Wilhelm Pieck trägt sich in das Ehrenbuch der Stadt Brandenburg ein, (siehe unser Bild).

In den Tagen des Besuches Wilhelm Piecks faßt die Regierung den Beschluß in Brandenburg mit dem Bau eines Stahl- und Walzwerkes zu beginnen.

Der Beginn der Arbeit an der Erforschung der Stadtgeschichte und von Betriebsgeschichten hat mit der „Chronik der Stadt Brandenburg" ein konzeptionelle Grundlage erhalten und weitere Initiativen ausgelöst. Das gesammelte Material ist eine gute Grundlage für weitergehende Untersuchungen. Die Erfahrungen bei der Erarbeitung dieser Chronik sind es wert, allen Orts-Chronisten vermittelt zu werden.

Chronik der Stadt Brandenburg (Havel)
Herausgeber: Rat der Stadt Brandenburg, Stadtarchiv
Teil I : 1945–1946
Teil II : 1947–1949
Teil III: Januar 1950–Juli 1952

Das faschistische Vernichtungslager der Gestapo in Großbeeren und der antifaschistische Widerstandskampf

Von Lothar Wand.

Am Rande des Ortes Großbeeren im Kreis Zossen liegt in einer Bodensenke ein stiller Ehrenhain mit einer internationalen Mahn- und Gedenkstätte der Opfer des Faschismus.
Sie erinnert an eine nazistische Mordstätte, an ein ehemaliges Lager der Berliner Geheimen Staatspolizei (Gestapo) bei Großbeeren.
Die Mahn- und Gedenkstätte wurde 1949 auf dem Gelände einer Kiesgrube errichtet. Hier befinden sich die Massengräber der Lageropfer. Das ehemalige Lager stand etwa 1 km davon in nordwestlicher Richtung. Vom ehemaligen „Arbeitserziehungslager" sind kaum noch Spuren vorhanden. Das Lagergelände ist heute mit Sträuchern, Bäumen und Gras überwachsen und ungenutztes Ödland. Die vergangenen Jahrzehnte haben diese Mordstätte der Hitlerfaschisten zugedeckt.
An der Wand des Gedenkmonuments sind in Stein eingegraben die Zahlen

der 1197 Opfer aus 16 Nationen und Ländern. Sie künden von den Verbrechen der faschistischen Ära.

Zweimal ist der Name des Ortes Großbeeren in die Geschichte eingegangen. Einmal hängt es mit der siegreichen Schlacht über Napoleons Soldaten 1813 zusammen. Daran erinnert der Gedenkturm und die Bülowpyramide.
Das andere Mal sorgte in unrühmlicher Weise das faschistische Gestapolager dafür. Davon kündet die Mahn- und Gedenkstätte.

Beide Seiten und Tatsachen gehören zum Geschichtsbewußtsein unserer Menschen, vor allem der jungen Generation.

Die Sprache der Mahn- und Gedenkstätte darf man nicht vergessen, sie ist lebendige Geschichte des Leidens und antifaschistischen Widerstandskampfes. Das Gestapolager Großbeeren war nur eines der vielen Gefangenenlager des Hitlerfaschismus. Die Namen für diese Lager waren sehr unterschiedlich.

Die großen Konzentrationslager nannte man Schutzhaftlager. Das Lager Großbeeren hatte den getarnten Namen „Arbeitserziehungslager". Im Wesen waren sie aber alle gleich und dienten der massenweisen Ermordung und Ausrottung der politischen Gegner. Die Lager waren ein Bestandteil des Terrorapparates des Hitlerfaschismus. Erbarmungslos rottete man Hunderttausende und Millionen Menschen aus, nur weil sie Antifaschisten und sonstige Regimegegner waren.

Es gab bei den vielen KZ-Lagern Unterschiede in der Zahl der Opfer. Bei den bekannten Todesfabriken Auschwitz, Maidanek und Lublin gingen sie in die Millionen. Bei anderen KZ-Lagern wie Sachsenhausen waren es 100 000, in Mauthausen 123 000 und in Buchenwald 56 000 Ermordete. In dem KZ-Lager Großbeeren waren es 1 200 von etwa 24 000 durchgegangenen Häftlingen. Die Zahlen sprechen für sich, sie zeigen die Größe der begangenen Verbrechen.

Das Gestapolager Großbeeren gehörte der Größenordnung nach zu den kleinen KZ-Lagern. Die Gestapo nannte es getarnt nur „Arbeitserziehungslager" und nicht KZ. Unter dieser Bezeichnung finden wir es etwa 1200 mal in den Blättern der Sterbebücher von Großbeeren eingetragen.

Die Gestapo unterhielt von dieser Art „Arbeitserziehungslagern" auf ehemaligen deutschen Gebiet rund 28 Lager. Allein 2 solcher Lager gehörten zum Bereich der Berliner Gestapoleitstelle. Es waren die Lager Wuhlheide und Großbeeren.

Wie und wo entstand das „Arbeitserziehungslager" Großbeeren?

Das Barackenlager bei Großbeeren entstand nicht ursprünglich als ein Gefangenenlager der Berliner Gestapo. Diese Aufgabe erhielt es erst im Sommer 1942.
Die Deutsche Reichsbahn plante während der Nazizeit südlich von Berlin,



Ehrenmal für die Opfer des faschistischen Gestapolagers Großbeeret, Kreis Zossen

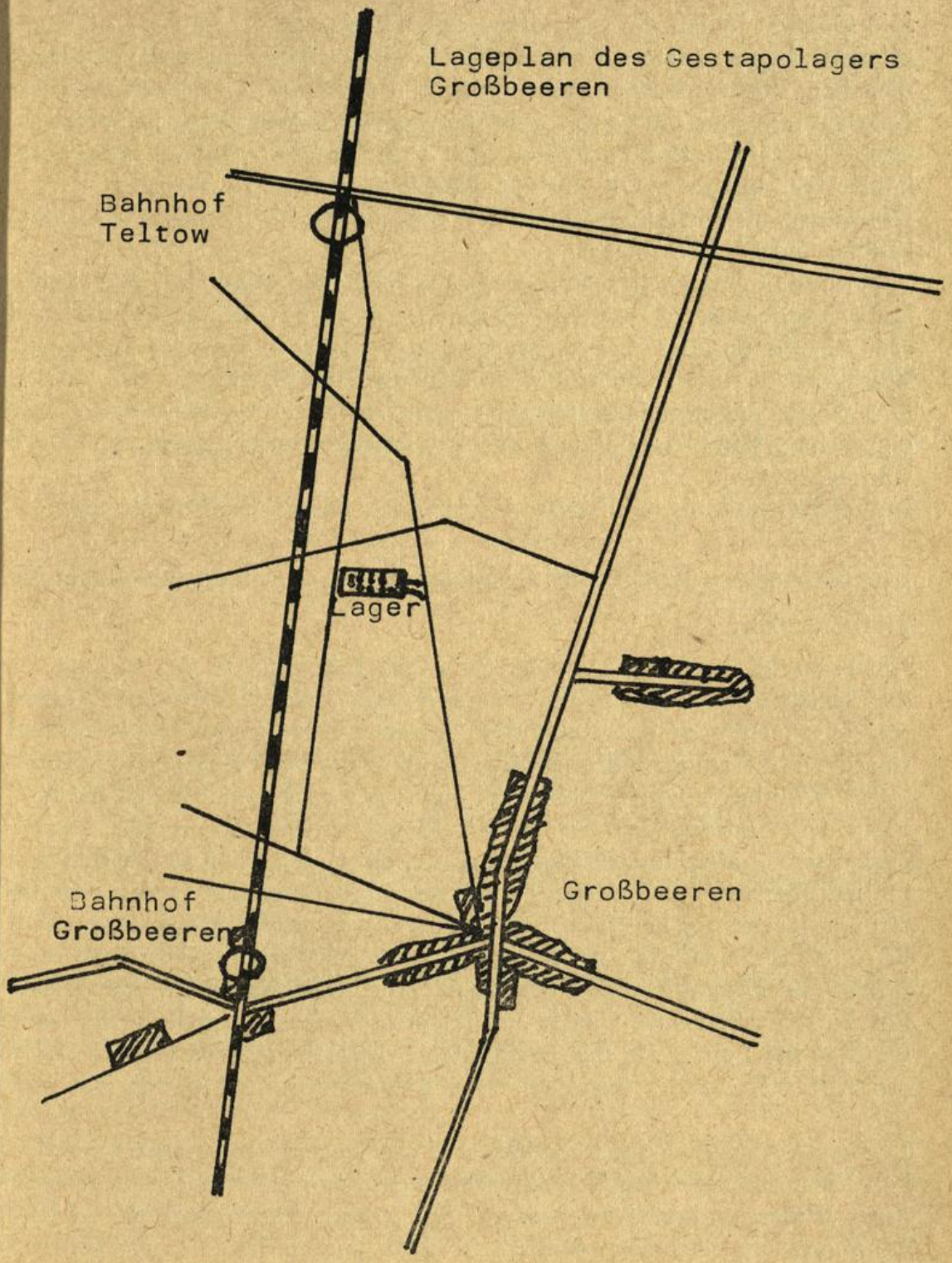
und zwar im Raum von Teltow und Großbeeren, die Errichtung eines großen Verschiebebahnhofes. Zur Unterbringung einer größeren Anzahl von Arbeitskräften der Reichsbahn baute man 1938 ein Unterkunftslager für die Arbeitskräfte aus Holzbaracken. Als Standort wählte man einen Platz zwischen Teltow und Großbeeren, nahe der Bahnstrecke. Der Standort des Barackenlagers hing also unmittelbar mit dem Bauvorhaben der Reichsbahn zusammen.

Als Baugelände stand Ödland zur Verfügung. Mit Hilfe von Arbeitskräften des Arbeitsdienstes und der Organisation Todt wurde das Gelände planiert und hergerichtet zur Aufstellung von 10 Holzbaracken. Erhalten gebliebene Fotoaufnahmen aus dieser Zeit zeigen den Aufbau des Barackenlagers.

Von den 10 Baracken dienten eine Reihe als Unterkunftsbaracken für die Arbeiter. Der andere Teil der Holzbaracken wurde für Wirtschafts- und Verwaltungszwecke sowie zur Unterstellung von Arbeitsgeräten benötigt.
Das Barackenlager war in seiner Gesamtanlage sehr primitiv, da es nur ein zeitweiliges Wohnlager für Arbeitskräfte sein sollte.

Von 1938 bis 1942 wurde es entsprechend der Zweckbestimmung als Arbeiterwohnlager genutzt.

Die Berliner Gestapoleitstelle übernahm im Sommer 1942 das Barackenlager bei Großbeeren von der Reichsbahndirektion Berlin und wandelte es in ein Häftlingslager um. Beide Stellen waren an einem neuen Gestapolager inte-


Lageplan des Gestapolagers
Großbeeren
Bahnhof
Teltow
Lager
Großbeeren
Bahnhof
Großbeeren

ressiert. Die Gestapo Berlins, weil das Hauptlager in der Wuhlheide nicht mehr für die vielen Inhaftierten ausreichte, und die Reichsbahndirektion, weil sie billige Arbeitskräfte für ihr steckengebliebenes Bauvorhaben brauchte.

Die Gestapo beließ die Grundlage des Barackenlagers. Der Barackenkomplex wurde mit einem 3 Meter hohen Zaun aus Maschen- und Stacheldraht umgeben. Für die Bewachung sorgten starke Postenketten. Das eingezäunte Lagergelände war etwa 150 x 250 Meter groß. Es wurde zur Aufnahme von etwa 800 Häftlingen hergerichtet. Nur 4 der 10 Holzbaracken waren Unterkünfte für Häftlinge. Die übrigen Baracken dienten der Lagerführung, den Bewachern, als Bekleidungs- und Wäschekammer, als Lagerküche, als Krankenbau und für Werkstätten.

1943 wurden noch zwei weitere Baracken im Lager aufgestellt, aber nicht als Häftlingsunterkünfte, sondern für den Lagerwirtschaftsbetrieb. Zur stärkeren Absicherung des Lagers wurden an den vier Ecken des Lagerzaunes Wachtürme errichtet und mit Maschinengewehren bestückt.

Das Barackenlager befand sich auf freiem Gelände und war von allen Seiten einzusehen. Eine Annäherung der Zivilbevölkerung verhinderten die Bewachungsposten.

In dieser Grundanlage blieb das Gestapolager bis zur Auflösung 1945.

Die besondere Rolle und Aufgabe des „Arbeitserziehungslagers" Großbeeren.

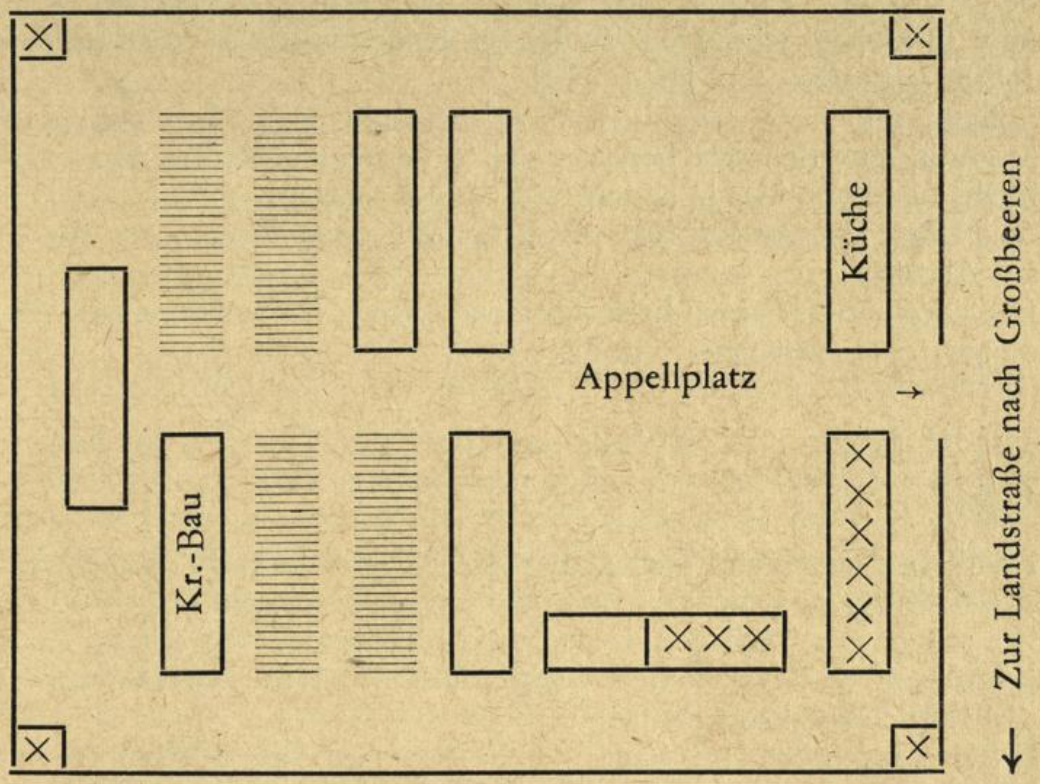
Entsprechend einer Anordnung Himmlers, Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei, von 1940 wurden „Arbeitserziehungslager" eingerichtet, sie unterstanden der Regie der Gestapo. Der Berliner Gestapo unterstanden alle Berliner Polizeigefängnisse und die beiden „Arbeitserziehungslager" Wuhlheide und Großbeeren. Sie waren außergerichtliche Organe.

Nach den Anordnungen des RSHA (Reichssicherheitshauptamt, Leitstelle Himmlers für alle Unterdrückungsorgane, Doppelfunktion als Reichsamt der SS und oberste Polizeibehörde) sollte der Lageraufenthalt in den Arbeitserziehungslagern nur kurzfristig sein. Es entsprach einer Abmachung mit den Rüstungsbetrieben, die eine Bestrafung der ausländischen Zwangsarbeiter als Mittel zur Einschüchterung brauchten, aber andererseits die Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie wieder zurückhaben wollten. Trotzdem handelte die Gestapo bei Festlegung der Lageraufenthaltsdauer sehr willkürlich. Es waren 2 bis 8 Wochen vorgesehen. Aber 8 Wochen sollte sie nicht überschreiten.

Das eindeutige Ziel der Lagerhaft und der Lagerzwangsarbeit war, die rebellischen ausländischen Zwangsarbeiter gefügig und mürbe zu machen und ihren Widerstandsgeist zu brechen. Die brutalen und unmenschlichen Behandlungs- und Arbeitsmethoden im Lager nannte die Gestapo „Arbeitserziehung".

In einem Vermerk über eine Absprache vom 20. 1. 1940 zwischen dem SS-Sturmbannführer und Kriminalrat Erich Möller von der Berliner Gestapoleitstelle mit den Vertretern der Reichsbahndirektion Berlin ist festgehal-

Gestapolager Großbeeren



ten: „Möller forderte, die Häftlinge aus erzieherischen Gründen mit einfachen, aber ausgesprochen schweren körperlichen Arbeiten zu beschäftigen".
Die sogenannte „Arbeitserziehungshaft" war nur eine Seite des Gestapolagers Großbeeren. Das Lager hatte weiterhin die Funktion, als „Durchgangs- und Sammellager" zu dienen. Das ergab sich aus der üblichen Praxis der Gestapoleitstellen.
1942 und danach hatte die Gestapo durch die zunehmenden Massenverhaftungen in Berlin immer überfüllte Polizeigefängnisse. Durch schubweisen Transport in die Durchgangslager Wuhlheide und Großbeeren schaffte sie sich neue Aufnahmemöglichkeiten. Eine erhalten gebliebene Angabe der Berliner Gestapo vom März 1943 besagt, daß allein in diesem Monat 2663 Personen in Berlin verhaftet wurden, darunter waren wegen Arbeitsniederlegung 1919 Personen. Einige Hunderte waren auch Antifaschisten. Für neue Zugänge aus Berlin mußte laufend im Lager Großbeeren Platz gemacht werden. Der ehemalige Lagerinsasse Gen. Gerhard Rast erinnert sich: „Die Häftlinge blieben in der Regel nur 3 bis 6 Wochen im Lager Großbeeren und gingen dann auf Transport."
Auch während des kurzfristigen Aufenthaltes im Lager Großbeeren mußten alle Häftlinge harte Zwangsarbeit unter Lagerbedingungen leisten. Das bedeutete für viele Gefangene bereits den Tod.
Das Gestapolager Großbeeren hatte als eine weitere Funktion die Polizeiverwahrung deutscher Antifaschisten als Schutzhäftlinge vor der eigentlichen

gerichtlichen Untersuchungshaft. Hier galt für die Aufenthaltsdauer ein anderer Maßstab. Sie konnte 6 Monate, aber auch 9 Monate und schließlich über 12 Monate sein, wie z. B. bei den Kommunisten Werner Seelenbinder, Johannes Zoschke und Heinz Neth.
Schließlich kamen auch politische Gefangene ins Lager Großbeeren, die ihre Strafe in Zuchthäusern bereits verbüßt hatten und weiter danach in Haft blieben und von hier in andere KZ verlegt wurden.
Das Lager Großbeeren war damit für alle Lagerinsassen nur eine Station auf Abruf.
Die angeführten Fakten beleuchteten die Rolle, die Funktion und den Charakter des Gestapolagers Großbeeren.

Lagerführung und Willkürherrschaft der Gestapo im Lager Großbeeren

Das Lager unterstand unmittelbar der Berliner Gestapo. Von hier kamen alle Anordnungen. Sie setzte auch die Lagerführung und ihren Stab ein.
Häuptlinge der Berliner Gestapoleitstelle waren der berüchtigte SS-Sturmbannführer und Kriminalrat Erich Möller und der SS-Hauptsturmführer und Polizeirat August Rottau.
Erster Lagerführer im Lager Großbeeren war der SS-Hauptsturmführer Schöne. Sein Stellvertreter war der Obersturmführer Scholz. Beide kamen aus dem Lager Wuhlheide und waren berüchtigte SS-Banditen und Menschenschinder. Dort hatten sie schon einige Jahre ihr Unwesen getrieben.
Den Innendienst versah eine kleine Gruppe auserwählter SD- und SS-Leute. Sie waren für die Bereiche Küche, Krankenbau, Bekleidungs- und Wäschekammer, Werkstätten und Arbeitskommandos zuständig. Die Bewachungsmannschaft hatte die Stärke von 60 SD- und SS-Leuten und unterstand dem SS-Obersturmführer Bärensee. Sie trugen die berüchtigten schwarzen SS Uniformen, weil sie Polizeitruppe waren. 1944 wurde sie durch Landesschützen ersetzt.
Die Diensträume der Gestapolagerführung, der SD-Innendienstleute und Unterkünfte der Bewachungsmannschaften waren im Lager, innerhalb des Drahtzaunes. Hier gab es keine Bauten und Baracken außerhalb des Lagers.
Die Gestapo- und SD-Leute waren grausam und brutal und mißhandelten die Gefangenen des Lagers, besonders auf den Außenarbeitskommandos. Im Lager standen auf der Tagesordnung solche Strafen wie Essensentzug, öffentliches Auspeitschen der Häftlinge und stundenlanges Stehen bei den Abendappellen. Besonders Lagerzugänge wurden bei der Einlieferung mißhandelt.
Für die Gestapo waren die Häftlinge des Lagers billiges Arbeitsvieh, das man rücksichtslos ausbeuten und zu Tode schinden konnte. Mit der Reichsbahn und anderen Bauunternehmern gab es Verträge für die Lieferung von Arbeitssklaven. Für die ausgeliehenen Arbeitssklaven ließ sich die Gestapo täglich pro Häftling 3 bis 4 M zahlen. Dieses Häftlingsverleihgeschäft war in allen Lagern üblich und ging auf eine Anordnung des SS-Gruppenführers Pohl vom RSHA zurück.

Es war ein sehr einträgliches Geschäft für die Gestapo. Der Häftling erhielt ja für seine Arbeit keinen Lohn. Jährlich brachte das kleine Lager Großbeeren der Gestapo eine Einnahme von 800 000 bis 900 000 M ein. Den Hauptprofit machten doch die Deutsche Reichsbahn und die Bauunternehmer, für die die Häftlinge arbeiten mußten. Sie verlangten hohe Arbeitsleistungen. Die rücksichtslose Antreiberei durch Zivilmeister und Wachposten sicherte ihnen beachtliche Arbeitsergebnisse. Auf die Arbeitskraft der Häftlinge brauchte man keine Rücksicht zu nehmen. Ausfall wurde durch neue Häftlinge ersetzt. Es kamen ja laufend neue Gefangene ins Lager.

Wer waren die Häftlinge – wo kamen sie her und wohin gingen sie?

Das Gestapolager Großbeeren hatte ein normales Fassungsvermögen für 800 Häftlinge. Das Lager war immer voll belegt. Dafür sorgte die Berliner Gestapo. Unterlagen über Belegung, Zugänge, Abgänge und Transportverschickungen existieren nicht mehr. Sie wurden von der Gestapolagerführung vor Aufgabe des Lagers vernichtet.

Wir können uns nur auf Berichte und Angaben der Berliner Genossen, die ehemalige Lagerinsassen waren, stützen. Es gibt Möglichkeiten für Schätzungen, die der Wahrheit nahe kommen.

Der Gesamtdurchgang an Häftlingen von 1942 bis 1945 kann mit 24 000 bis 25 000 Gefangene angenommen werden. Sie ergeben sich aus der durchschnittlichen Belegungszahl von 800 Häftlingen bei einem durchschnittlichen Aufenthalt im Lager von 4 Wochen. Es heißt jährlich kamen 9600 Häftlinge neu ins Lager, aber auch die gleiche Anzahl ging wieder woanders hin. Vom Sept. 1942 bis April 1945 bestand das Lager. Es sind 32 Monate.

Woher die Häftlinge kamen läßt sich ebenfalls ermitteln. In den Sterbebüchern sind Lagertote aus 16 Nationen und Ländern registriert. Daher müssen die Lagerinsassen aus mindestens 16 Nationen gekommen sein.

Nach Berichten ehemaliger Lagerinsassen waren durchschnittlich immer 90 % Häftlinge ausländische Zwangsarbeiter und 10 % deutsche Häftlinge im Lager.

Die ausländischen Häftlinge waren deportierte Zwangsarbeiter, die strafweise ins Lager Großbeeren kamen. Hier ist der Anteil der nationalen Gruppen sehr unterschiedlich. Einen großen Anteil stellten ständig die Sowjetbürger mit über 25 %. Nicht viel geringer war der Anteil der Polen – auch etwa bis 25 %. Dann folgen Franzosen mit etwa 15 % und CSR-Bürger mit 10–12 %. Die restlichen 15 % der Häftlinge kamen aus den Ländern Belgien, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Spanien, Bulgarien, Griechenland, Dänemark, Ungarn, Türkei und schließlich England. Dabei waren die Belgier, Italiener, Jugoslawen und Niederländer mit stärkeren Gruppen vertreten.

Die Masse der ausländischen Häftlinge kam ins Lager, weil sie sich gegen die Arbeit für die faschistische Kriegsindustrie auflehnten. Sie wurden von den Bossen der Berliner Rüstungsbetriebe der Gestapo gemeldet, die sie ins Lager nach Großbeeren und Wuhlheide verschickte.

Die 10 % deutsche Häftlinge im Lager setzten sich aus Antifaschisten und rassisch Verfolgten zusammen. Die Zahl der deutschen Antifaschisten war nicht groß. Es waren zahlenmäßig vielleicht etwa 40 Häftlinge. Sie blieben im Durchschnitt ungefähr 6 Monate im Lager. Im Jahr gingen etwa 70 bis 80 deutsche Antifaschisten durchs Lager. In den 32 Monaten des Bestehen des Lagers sind es nicht mehr als 200 deutsche Antifaschisten gewesen. Dagegen war die Zahl der rassisch Verfolgten, die durchs Lager gingen, etwa 1200 bis 1400.
Die größere Zahl erklärt sich daher, daß die rassisch Verfolgten nur wenige Wochen im Lager waren und dann unwiderruflich nach Auschwitz oder Maidanek gingen.
Wir betonten schon, daß der Aufenthalt der Häftlinge im Lager Großbeeren nur kurzfristig, einige Wochen war. Wo gingen sie dann hin? Unterlagen darüber gibt es nicht. Der Weg der deutschen Antifaschisten ist bekannt. Sie gingen entweder in Untersuchungshaft oder in die KZ Sachsenhausen, Buchenwald oder Mauthausen.
Bei den rassisch Verfolgten war der Weg eindeutig. Vorgezeichnet waren die Todesfabriken von Auschwitz usw.
Die Masse der ausländischen Häftlinge, die deportierte Zwangsarbeiter waren, gingen mit Transportschubs ebenfalls nach östlichen KZ.
Die französischen Widerstandsorganisationen geben an, daß 1000 Häftlinge, die nachweislich in das Lager Großbeeren gingen, nach 1945 nicht wieder in ihre Heimat zurückkamen. Das Sterberegister weist aber nur 182 verstorbene Franzosen aus. Es bleibt nur die Schlußfolgerung übrig, die dazwischen liegenden 800 französischen Häftlinge gingen in andere Lager und kamen dort um.
Die Transportverschickung vom Lager Großbeeren in andere KZ erfolgte von der Berliner Gestapo angeordnet nach namentlichen Listen. Der Gestapolagerführung oblag nur die Durchführung und hier war sie ein zuverläßliches Organ.

Lebens- und Arbeitsbedingungen im Lager Großbeeren

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren im Gestapolager Großbeeren genau so hart, barbarisch und unmenschlich wie in allen anderen KZ-Lagern. Sie waren auf systematische Vernichtung der Lagerinsassen abgestimmt.
Die 4 Holzbaracken mit je 200 Insassen nannte man Häftlingsunterkünfte. Hier mußten die Häftlinge schlafen und sich aufhalten, wenn sie nicht auf dem Arbeitsplatz tätig waren. Betten waren 3stöckige Holzkästen mit etwas Stroh und 2 schäbigen Schlafdecken.
Die tägliche Verpflegungsration von 200 gr. Kleiebrot und dünnen Wassersuppen, ohne Fleisch und Fett, waren Hungerrationen. Man konnte schon ohne Arbeit dabei nicht existieren. Bei 12 stündiger schwerer Arbeit erfolgte nach kurzer Zeit der vollkommene Verschleiß der körperlichen Kräfte.
Die Bekleidung waren verschlissene Uniformen. Mehr Lumpen, als Bekleidungsstücke.
Die Läuse-, Wanzen- und Rattenplage gehörte zum Alltag des Lagerlebens.

Es gab zwar einen Krankenbau mit 60 Betten. Er war aber von der Gestapo nicht als Pflegestation für Kranke geplant, sondern als Sterbebaracke. Dafür spricht die Tatsache, daß das Lager Wuhlheide regelmäßig körperlich entkräftete Häftlinge, die nicht mehr arbeitseinsatzfähig waren, nach Großbeeren abschob, damit sie dort sterben sollten. Die Gestapoleute machten daraus kein Geheimnis. Die Häftlingssanitäter konnten nur wenigen kranken Häftlingen helfen. Die meisten starben auch im Krankenbau.

Der Tagesablauf war:

4.30 Uhr	Aufstehen
5.00 Uhr	Zählappell
5.30 Uhr	Ausrücken zur Arbeitsstelle
bis 20.00 Uhr	Arbeit und Einrücken ins Lager
20.00 Uhr	bis 21.00 Uhr Abendzählappell
21.00 Uhr	bis 22.00 Uhr Zeit zum Essen und Freizeit
22.00 Uhr	Schlafenszeit

Welche Zeit blieb da zum Ausruhen?

Rund 700 Häftlinge arbeiteten täglich auf Außenarbeitskommandos. Es waren Baustellen der Deutschen Reichsbahn und anderer Bauunternehmer. Zu den Arbeiten gehörten: Streckenarbeiten, Anlegen von Bahndämmen, Brückenbau, Betonierungsarbeiten, Kanalisationsarbeiten, Straßen- und Wegebauarbeiten, Transportarbeiten usw. Die Bauplätze und Arbeitsstellen lagen oft weit weg vom Lager. So in Teltow, Stahnsdorf, Lichterfelde, Anhalter Bahnhof und schließlich auch im Bereich des Bahnhofes Großbeeren. Die Haupttätigkeit waren Erdbewegungsarbeiten. Baufacharbeiter und Zivilmeister waren die Aufsichtspersonen und leiteten die Arbeiten.

Die Arbeitstrupps waren 20 Häftlinge stark und hatten als Arbeitstruppführer einen Häftling. Jeweilig mit einem Arbeitstrupp zog ein SD-Mann als Begleitposten.

Zivilmeister und SD-Posten trieben die Häftlinge zur Arbeit an und schlugen sie oft. Die Posten benutzten dazu auch ihre Gewehrkolben.

Die abendlichen Zählappelle waren eine besondere Schikane im Lager. Man ließ die Häftlinge oft eine Stunde und mehr auf dem Appellplatz stehen. Fehlten Häftlinge durch Flucht, so mußten alle Lagerinsassen solange stehen bis sie tot oder lebend wieder kamen. Häftlinge, die dabei zusammenbrachen, wurden meistens als Tote vom Appellplatz getragen.

Selten kam ein geflüchteter Häftling wieder lebend zurück. Gewöhnlich wurden sie von den SD Suchkommandos vorher zusammengeschossen.

Der Parteiveteran Willi Zeidler, der damals in Großbeeren wohnte, berichtet darüber schriftlich: „ . . . In einem Fall gelang es uns, 3 geflohene Häftlinge einige Tage zu verstecken. Da sich die geflohenen Häftlinge jedoch selbst Nahrungsmittel beschafften, wurden sie von der Gestapo entdeckt. Bei ihrer Ergreifung wurde einer der Gefangenen von dem Polizeiwachtmeister Bötchen im Beisein vieler Großbeerener Bürger durch Genickschuß ermordet. . . .“

Es gab viele spontane Fluchtversuche von Häftlingen, weil man der Lagerhölle entkommen wollte. Sie mißlangen und endeten in den meisten Fällen mit dem Tod des Häftlings.

Der Gen. Heinz Neth, ehemaliger Lagerinsasse, sagt in einem schriftlichen Bericht: „. . . Im Juni oder Juli 1943 kam ein Transport von 25 bis 30 jüdischen Häftlingen ins Lager. In kurzer Zeit lebte keiner mehr von ihnen." Kurze Zeit, daß waren etwa 2 Wochen. Denn rassisch Verfolgte gingen in der Regel umgehend auf Transport in andere Lager.
Es lassen sich noch viele solche Fakten aneinanderreihen, die zeigen wie grausam die Lagerbedingungen waren.

Die Front des antifaschistischen Widerstandskampfes im Lager

Antifaschistischen Widerstandskampf gab es in allen nazistischen KZ-Lagern. Die Bedingungen waren in den einzelnen Lagern sehr unterschiedlich.
Die Funktion „Durchgangslager" für das Lager Großbeeren brachte für den Widerstandskampf ungünstige Bedingungen. Der ständige Wechsel der Häftlinge im Lager erschwerte die Widerstandsarbeit. In der illegalen Lagerarbeit erfahrene Genossen gingen plötzlich und es war nicht immer der geeignete Ersatz dafür da. Außerdem war die Zahl der deutschen Antifaschisten, die länger im Lager blieben, nicht groß. Die ausländischen Häftlinge blieben noch kürzere Zeit im Lager als die deutschen Antifaschisten. Ihre Einbeziehung in die Widerstandsarbeit war darum noch schwieriger. Es gab da nur lose Gruppen.
Besonders 1942 und 1943 gab es im Lager Großbeeren eine aktive und erfolgreiche Widerstandsarbeit. Um diese Zeit hielten sich im Lager eine größere Anzahl inhaftierter Genossen der bekannten Berliner Widerstandsorganisation Robert Uhrig auf. Es waren erfahrene und mutige Kommunisten, die im Lager aktiv in Erscheinung traten. Die Mehrzahl von ihnen kam aus dem Hauptlager Wuhlheide nach dem Lager Großbeeren und hatte sich auch in Wuhlheide an der Lagerwiderstandsarbeit beteiligt. Von ihnen sind uns die Kommunisten Werner Seelenbinder, Johannes Zoschke, Kurt Nelke, Gerhard Rast, Heinz Neth, Karl Pahl, Alex Kock und andere bekannt.
Der aktive Kern dieser Widerstandsgruppe bestand aus ungefähr 30 Antifaschisten. Die Namen der anderen waren nicht mehr zu ermitteln. Sie hatten beachtlichen Einfluß im Lager und veränderten die Lageratmosphäre sichtbar zugunsten der anderen Mitgefangenen.
Der Kopf dieser illegalen Widerstandsgruppe war 1943 Werner Seelenbinder, Johannes Zoschke und Kurt Nelke. Sie hatten einen guten Namen unter den anderen Mitgefangenen. Ihr Einfluß auf das Lagergeschehen erhöhte sich, weil sie gleichzeitig auch wichtige Häftlingsfunktionen im Lager ausübten. Sie waren Lagerälteste und Schreibstubenmitarbeiter. In ihren Händen lagen damit auch wichtige Schlüsselfunktionen für das Lager. Gerhard Rast sagt in einem mündlichen Bericht „Wir hatten Vertrauen zu ihnen und wußten, sie handelten immer im Interesse der anderen Mitgefangenen." Der Schriftsteller Peter Edel, der die Bekanntschaft mit Werner Seelenbinder im Lager Großbeeren machte, weist in seinen Erinnerungsbüchern auf die Rolle Werner Seelenbinders hin.
Der Einfluß Werner Seelenbinders erstreckte sich nicht nur auf das Häft-

lingslager, sondern auch bis zur Gestapolagerführung und die Bewacher. Es hatte seine Gründe darin, daß sie wider ihren Willen ihn als bedeutenden Spitzensportler kannten und die Achtung nicht versagten. Außerdem war er für die Gestapolagerführung ein guter Organisator, der den Lagerbetrieb in Ordnung hielt. Natürlich kannten sie nicht seine illegale Arbeit.

Gemeinsam mit den anderen Genossen bemühte sich Werner Seelenbinder darum, dem Lagerleben eine Reihe Härten zu nehmen und das schwere Los der Häftlinge zu verbessern. Natürlich hatten solche Bestrebungen immer einen begrenzten Raum.

Die Widerstandsgruppe um Werner Seelenbinder entwickelte zielstrebig im Lager Großbeeren eine breite Widerstandsarbeit. Sie bezogen auch die ausländischen Häftlinge in diese Arbeit soweit wie möglich ein. Die gesamte Widerstandsarbeit mußte konspirativ sein. Nur in dieser Form konnte sie erfolgreich bestehen.

Eine wichtige Aufgabe blieb immer, die Widerstandskraft der Häftlinge zu stärken und das Überleben zu sichern. Hier gab es sichtbare Erfolge. Es wurde verhindert, daß Häftlinge sich als Büttel der Gestapo mißbrauchen ließen. Die Gestapolagerführung brauchte immer Häftlinge, die als Fouriere, Arbeitstruppführer und Barackenälteste die anderen Häftlinge bespitzelten und schlugen. Solche Häftlingskreaturen kamen im Lager Großbeeren nicht auf, weil die Widerstandsarbeit sie unmöglich machte. Die Arbeitstruppführer wurden die Freunde der anderen Mitgefangenen und nahmen sie oft in Schutz gegen brutale Wachposten und Zivilmeister. Auch die Solidarität wurde breit entwickelt. Die Formen waren vielseitig. Es fing bei dem Stück Brot an, daß man anderen Kameraden gab und ging weiter über die Hilfe, die man anderen Kameraden leistete, damit sie im Lager durchhielten. Körperlich geschwächten Häftlingen vermittelte man leichtere Arbeit, damit sie nicht zugrunde gingen. Die Sanitäter nahmen auch geschwächte Häftlinge in den Krankenbau und bemühten sich, sie wieder auf die Beine zu bringen. Hierzu organisierten sie von der Küche zusätzliche Verpflegung und auch helfende Medikamente, die sie auch über Außenkommandos ins Lager bringen ließen. Sie gaben den anderen Mitgefangenen das Bewußtsein, daß im Lager jeder den anderen helfen muß, damit er die Lagerhölle übersteht.

Über die Außenarbeitskommandos hielt die illegale Widerstandsorganisation die Verbindung zur Außenwelt. Vor allem die Arbeitstruppführer kamen mit Zivilarbeitern auf den Arbeitsstellen zusammen und konnten Kontakte anknüpfen. Für die ausländischen Häftlinge war die Kontaktaufnahme aus sprachlichen Gründen schwieriger. Sie veranlaßten Zivilarbeiter dazu, daß sie den Gefangenen Brot und andere Dinge gaben. Nicht alle Wachposten und Zivilarbeiter waren stramme Nazis. Manche Wachposten wollten das Zustecken von Brot usw. nicht sehen.

Über Zivilarbeiter schmuggelten die Arbeitstruppführer auch Briefe aus dem Lager, die dann ihren Weg in die Briefkästen der Post fanden. Nach draußen konnten die Briefe leichter gehen. Dagegen war der Rücklauf von Briefen und Kassibern in das Lager schwieriger. Dazu fehlten sichere Übergabestellen. Über den Briefschmuggel berichten uns alle noch lebenden Berliner Lagerinsassen.

Die Außenarbeitskommandos boten auch die Möglichkeit zum Empfang von politischen Informationen über die Lage an den Kriegsfronten und im faschistischen Deutschland. Solche politischen Informationen brauchte die illegale Widerstandsorganisation für die politische Arbeit im Lager. Mit Hilfe dieser politischen Informationen konnte sie die wirkliche politische Lage einschätzen und geeignete Propaganda im Lager entfalten.

Neben diesen Informationsstellen sicherte die illegale Widerstandsgruppe auch einige Quellen im Lager. Gen. Gerhard Rast berichtet, daß man dazu Radiogeräte der Bewachungsmannschaften und der SD-Innendienstleute benutzte. Zutrittsmöglichkeiten zu ihnen gab es. Das Abhören mußte nur gut organisiert und gesichert werden. Auch hier fand man die Wege.

Über die angegebenen Stellen und Quellen war die Widerstandsorganisation über die wahre politische Lage verhältnismäßig gut informiert.

Zur illegalen Arbeit gehörte auch die politische Zersetzungsarbeit unter den Bewachern. Es gab Bewacher, die ihren Dienst nur recht und schlecht versahen. Solche Bewacherleute wurden ausfindig gemacht und systematisch beeinflußt. Es gab auch hier bestimmte Erfolge. Posten wurden bewogen, keine Meldungen über Häftlinge an die Lagerführung zu machen oder auch zu dulden, daß Häftlinge bei der Arbeit ihre Norm untererfüllten. Genosse Neth berichtet, daß sie ihren Posten dazu bewogen, daß er stillschweigend einen ganzen Sack voll Kartoffeln sie mit ins Lager nehmen ließ.

Peter Edel berichtet, daß Werner Seelenbinder den SD-Mann Burow bestach und gewann, Kassiber an Angehörige von Häftlingen nach Berlin zu bringen. Über solche Kassiberübermittlung mit Rückantwort kamen Besuche von Angehörigen mit den Lagergefangenen außerhalb des Lagers in Straßengräben zustande. Auch Peter Edel erhielt so den Besuch seiner Mutter. Der SD-Mann Burow sicherte selbst diese Treffen gegen Entdeckung.

Es sind nur einige Beispiele. Es gab sicher noch mehr. Die späteren Bewachungsmannschaften, die Landesschützen, waren der politisch-moralischen Zersetzung noch mehr zugänglich.

Ein anderes Beispiel der Widerstandsarbeit ist die organisierte Flucht des deutschen Kommunisten Eberhard Harry Decken, der am 11. 2. 1944 über ein Außenarbeitskommando erfolgreich aus dem Lager Großbeeren fliehen konnte. Er lebte danach bis 1. Mai 1945 illegal im Berliner Bereich. Ohne Helfer und Anlaufstellen wäre eine solche Flucht nicht möglich gewesen.

1943 steht Werner Seelenbinder immer an der Spitze und im Mittelpunkt der antifaschistischen Widerstandsarbeit des Lagers Großbeeren. Er gab durch sein mutiges Verhalten den anderen das Beispiel. Den Mitgefangenen war er ein helfender Kamerad. Davon sprechen Peter Edel wie auch Gerhard Rast und andere. In seiner Haltung war er immer zuversichtlich, obwohl er bereits im Lager Großbeeren wußte, daß er mit dem Todesurteil und der Hinrichtung rechnen mußte. In seinem neunmonatigen Aufenthalt im Lager Großbeeren führte er den antifaschistischen Widerstandskampf mit voller Kraft. 30 Monate war er bis zur Hinrichtung in Haft. Davon waren die 9 Monate Großbeeren nur eine Station.

Der antifaschistische Widerstandskampf der Antifaschisten im Lager Großbeeren bleibt das Ruhmesblatt des Lagers selbst.

Was die Sterbebücher von Großbeeren und die Massengräber in der Kiesgrube berichten

Die Gestapolagerführung ließ im Ort Großbeeren über die im Lager umgekommenen Häftlinge Buch führen. Sie meldete regelmäßig die Lagertoten namentlich mit einer Reihe Personenangaben nach Großbeeren, wo sie von Urkundspersonen vom September 1942 bis Mitte April 1945 in die Sterbebücher eingetragen wurden. Die Sterbebücher blieben erhalten.

Die Sterbebücher weisen 1197 Lagertote mit Namen, Geburtstag, Geburtsort, Heimatland, Beruf, Todeszeit, Todesort und Todesursache aus.
Weitere im Vordruck verlangte Angaben wurden mit dem Vermerk „Unbekannt" registriert.
Diese Angaben geben uns korrekte Auskunft darüber, wer im Lager Großbeeren ermordet wurde. Die Eintragungen brechen am 13./14. April 1945 ab. Das Lager bestand aber bis zum 20. 4. 1945. Tote kamen aber auch nach dem 14.4. 1945 noch in die Kiesgrube. Daher muß die Totenzahl höher als 1200 gewesen sein.

Nach den Angaben der Sterbebücher kamen im Lager um:

340 Sowjetbürger	28 Italiener	4 Dänen
334 Polen	28 Jugoslawen	4 Ungarn
182 Franzosen	18 Niederländer	2 Türken
99 CSR Bürger	8 Spanier	1 Engländer
97 Deutsche	6 Bulgaren	
40 Belgier	5 Griechen	

Die persönlichen Datenangaben über die Toten kann man als wahr unterstellen. Dagegen trifft es bei den Todesursachen nicht zu. Gleichgültig, ob da steht, Herzversagen, körperliche Schwäche oder Kreislaufversagen, sie wurden von den Gestapoleuten bewußt zu Tode geschunden und ermordet.
Die Zahlen der Toten waren in den einzelnen Jahren unterschiedlich hoch.

Vom September 1942 bis Dezember 1942 sind registriert 109 Tote
1943 sind registriert 185 Tote
1944 sind registriert 680 Tote
Von Januar 1945 bis April 1945 sind registriert 224 Tote

Die Totenmeldungen beginnen mit den ersten Tagen des Bestehens des Lagers. Man muß den monatlichen Durchschnitt beachten:

1942 war er 27 Tote
1943 war er 15 Tote
1944 war er 56 Tote
1945 war er 60 bis 65 Tote.

Es gibt ab 1944 ein sprunghaftes Anwachsen. Die Ausrottung erfolgte in dieser Zeit noch rücksichtsloser.
Das Gestapolager und die Kiesgrube lagen räumlich etwa 1,5 km auseinander. Dagegen befand sich der Friedhof von Großbeeren nur wenige Schritte von der Kiesgrube entfernt. Die Kiesgrube wurde damals schon als Müllkippe verwendet.
Die Bestattung der Lagertoten auf dem Friedhof wurde von der Gestapo

nicht zugelassen. Sie wählte die Kiesgrube mit der Müllkippe als Platz für die Massengräber. Die Gründe waren, in der Kiesgrube gab es Platz für viele Massengräber. Sie waren außerdem billiger als die Leichenverbrennung im Krematorium.

Die Leichentransporte mußten Häftlingstransportkommandos auf Plattenwagen, bewaffnet mit Hacken, Spaten und Schippen, unter SD Bewachung vornehmen. Sie mußten große Gruben ausheben, die Leichen hineinkippen und wieder zuwerfen.

Wer in den einzelnen Gruben lag, wußten weder die Gestapoleute noch die Häftlinge des Leichenkommandos oder die Sterberegisterschreiber. Die Hinterbliebenen der deutschen Lagertoten wollten, nachdem sie vom Tod benachrichtigt waren, die Gräber der Toten sehen, um sie zu pflegen.

Um einen Schein von Humanität zu wahren, griffen die Gestapoleute vom Lager zu Täuschungsmanövern. Man ließ von Häftlingen eine Reihe Grabhügel herrichten und steckte Holzkreuze darauf. Bei Nachfrage erklärte man den Hinterbliebenen, daß ein bestimmter Grabhügel das Grab sei. In Wirklichkeit gab es darunter überhaupt keine Gräber. Die Massengräber lagen woanders.

Es gab auf dem Gelände hunderte Massengräber. Über das Verscharren der Lagertoten berichtet der bereits erwähnte Parteiveteran Gen. Willi Zeidler: „Mit Schaudern denke ich an die zahllosen ermordeten Häftlinge des Lagers in Großbeeren, die in den Massengräbern der ehemaligen Kiesgrube, die schon damals als Müllkippe benutzt wurde, verscharrt worden sind. Ich war zu dieser Zeit Invalidenrentner und vom Rat der Gemeinde beauftragt, in unmittelbarer Nähe dieser Kiesgrube Obstbäume zu pflanzen. Dadurch hatte ich die Möglichkeit, fast täglich zu beobachten, wie die Leichen der Ermordeten auf einen Plattenwagen wie Holzstücke aufgeschichtet antransportiert und in die Massengräber geworfen wurden."

Nicht nur Gen. Willi Zeidler nahm davon Kenntnis. Die Kiesgrube lag am Rande des Ortes Großbeeren. 32 Monate lang gingen die Leichentransporte zur Kiesgrube. Viele andere Bürger von Großbeeren nahmen ebenfalls davon Kenntnis.

Das Ende des Lagers und der Weg in die Freiheit

Der Weg der gefangenen Lagerinsassen vom Lager Großbeeren in die Freiheit ging nicht über einen Todesmarsch oder eine Selbstbefreiung, sondern vollzog sich durch das Räumen und Absetzen der Gestapolagerführung und Bewachungsmannschaften. Die Flucht der Nazibanditen brachte den Häftlingen einen günstigen Umstand für die Beendigung der Lagerzeit.

Der schnelle Vormarsch der Panzerspitzen der Roten Armee verhinderte alle Lagervernichtungspläne der Gestapo. Der Arm der Berliner Gestapo reichte nicht mehr bis nach Großbeeren. Das war das Signal für die Gestapolagerführung, ihre Positionen im Lager Großbeeren schnell aufzugeben.

Am 19. April 1945 verließ die Gestapolagerführung und ihr gesamter Stab überstürzt das Lager. Man dachte nur an die eigene Rettung. Schließlich waren sie mit vielen Verbrechen schwer belastet.

Die Bewachungstruppe der Landesschützen zog danach auch ein schnelles Absetzen vom Lager vor. Am 20. April 1945 zogen sie ihre Bewachungsposten ein, öffneten das Lagertor und erklärten vor ihrem Abrücken den Häftlingen, sie wären wieder frei und könnten das Lager ungehindert verlassen. Die Bewachungsmannschaften zogen ab und verschwanden für immer.

Die Häftlinge sahen nunmehr keinen Grund noch länger in dem unfreundlichen Lager zu bleiben und rüsteten ebenfalls zum Abmarsch. Truppweise zogen sie in die Freiheit. Sie zogen im Schutz der Wälder und befreiten Ortschaften weiter. Bereits am 21. April 1945 war das Lager vollkommen geräumt. Man kann mit 900 bis 1000 Gefangenen rechnen, die so in Freiheit kamen, denn das Lager war in den letzten Monaten vor Ende der Naziherrschaft überbelegt.

Im Barackenlager von Großbeeren gab es danach nichts mehr zu holen, außer altem Holz. Es verschwand darum rasch aus dem Landschaftsbild von Großbeeren.

Die ehemalige Kiesgrube wurde ein würdiger Ehrenhain mit internationaler Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus. Damit erhielten die Opfer des Vernichtungslagers eine würdige Grabstätte.

Bisher wurde noch kein Material über das Gestapolager Großbeeren veröffentlicht. Eine größere Dokumentation darüber wird zur Zeit erarbeitet. Von der Existenz dieses Lagers wußte man nur durch die vorhandene Mahn- und Gedenkstätte. Dieser Beitrag ist nur ein kurzer Abriß davon.

Quellenangaben:

- Sterberegister von Großbeeren von 1942 bis 1945. Sie befinden sich im Kreisarchiv Rat des Kreises Zossen.
- Schriftliche Berichte der ehemaligen Lagerinsassen Gerhard Rast, Heinz Neth, Karl Pahl. Sie befinden sich im Besitz des Verfassers.
- Werke des Schriftstellers Peter Edel „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ und „Wenn es ans Leben geht“.

Zeichen und Namen an märkischen Segel- und Schleppkähnen 1812-1930

Von Ulrich Buchholz

Die Schiffahrt hat im märkischen Gebiet schon im Mittelalter eine wichtige Rolle gespielt. Vor allem wurde Korn nach Hamburg verschifft, Ziegelerde von Glindow geholt und Steine nach Berlin gebracht. Die Schiffe gehörten den Städten oder den Domkapiteln.

Einen großen Aufschwung bekam die Schiffahrt seit dem 17. Jahrhundert durch die Verbindung von Oder und Spree durch den Friedrich-Wilhelm- oder Müllroser Kanal (1669) und von Oder und Havel durch den Finow-Kanal (1746). Die Zahl der Einzelschiffer nahm gegenüber den städtischen oder staatlichen Einrichtungen, zu denen die königlichen Salzschiffe gehörten, mehr und mehr zu. Sie waren seit 1716 in der Churmärkischen Elbschiffergilde vereinigt und hatten ihren Sitz in den verkehrsmäßig günstig gelegenen Städten wie Berlin, Brandenburg oder Rathenow. Die Zahl der Gildemitglieder konnte nicht willkürlich erweitert werden, der Bedarf an Schiffsraum nahm aber zu, so besaßen einzelne Gildemitglieder mehrere Kähne.(1)

Die in den Städten lebenden Arbeitskräfte reichten nach 1750 offensichtlich nicht mehr aus, um die Schiffsmannschaft aufzufüllen. Einwohner der umliegenden Dörfer fanden Beschäftigung als Schiffahrer oder Schiffarbeiter, aber auch als Steuerleute.(2) Es gab daneben vereinzelte dörfliche oder kleinstädtische Schiffseigner. Wir wissen nicht, in welchem Verhältnis sie zu den Gilden standen oder ob sie nur die Havel befuhren, wie überhaupt das ganze Gebiet der Churmärkischen Elbschiffergilde u. W. noch ganz unerschlossen ist.

Mit der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen (1807) setzte ein zunehmender Aufschwung in Handel und Gewerbe ein. Durch die Elbschiffahrtsakte von 1821 und die Additionalakte von 1844 wurde der Verkehr erleichtert und die Wasserstraßenverhältnisse verbessert. Die Anliegerstaaten mußten ihre vielfältigen Flußzölle aufgeben und den Elbstrom regulieren. Das Schiff wurde für den Transport von Rohstoffen und Fertigprodukten unerläßlich. Daher entstanden die Produktionsstätten fast immer an schiffbaren Flußläufen oder wurden durch Stichkanäle mit ihnen verbunden.

So erreichte die Zahl der Einzelschiffer mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine ungeahnte Höhe. Seit 1830 stieg die Zahl der Schiffseigner in den Dörfern und Kleinstädten, die in der Nähe von Wasserstraßen lagen stetig an. Der zunehmende Verbrauch an Ziegelsteinen und die in Havelnähe nun aus dem Boden schießenden Ziegeleien förderten die Entwicklung entscheidend. Es gab Dörfer, in denen zwanzig, dreißig und mehr Schiffseigner wohnten, in Lehnin stieg ihre Zahl auf weit über hundert Kahnbesitzer an.

Schiffbauereien entstanden, meist immer gleich zwei Betriebe an einem Ort. Dort wurden in der Regel in jedem Jahr zwei neue Kähne zu Wasser gelassen, die in solider handwerklicher Zimmermannsarbeit angefertigt waren. Der ständig zunehmende Verkehr erreichte eine große Dichte auf den Flüssen und Kanälen. Differenzierte Vorschriften hinsichtlich der Schiffsführung und der Ausrüstung der Schiffe wurden erforderlich.

Zu diesen notwendig werdenden Neuerungen gehörte die genaue Bezeichnung der einzelnen Kähne. Die Entwicklung der Bezeichnungen und Beschilderungen läßt uns ein Stück Schiffahrtsgeschichte miterleben und erschließt uns den Inhalt alter Schiffsfotos zu einem lebendigen Verständnis. Es handelt sich dabei um Fahrzeuge, die im märkischen Gebiet entstanden und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in der Mehrzahl im Bereich der märkischen Wasserstraßen blieben. Sie wurden durch Segeln oder Treideln fortbewegt. Die Schleppdampfer, die nach 1850 aufkamen, wurden bis zur Jahrhundertwende nur in Anspruch genommen, wenn der Wind nicht ausreichte. Aber auch nach 1900 wurde das Segel beibehalten und – wenn auch selten – in der Flußschiffahrt benutzt. Neue eiserne Schleppkähne wurden noch bis 1930 mit Mast und Segel ausgerüstet. In der Stromfahrt war es bis zum Aufhören der Schleppfahrt üblich, daß der Kahn elbe- und oderabwärts mit der Strömung schwamm. Dabei wurde bei günstigem Wind das Segel gesetzt.

1. Das Kennzeichen des Schiffes

Es scheint so, als habe es bis 1812 keinerlei Kennzeichnung der Flußschiffe gegeben. In Preußen erschien die Anordnung „um diejenigen Schiffe sogleich zu erkennen, durch deren Mannschaft an den kostbaren Wasserbauwerken Beschädigungen verursacht" wurden. Im Amtsblatt der Königlichen Kurmärkischen Regierung zu Potsdam wurde bekannt gemacht, daß die Schiffe „einen Buchstaben, welcher die Provinz andeutet und eine Nummer, die dem Gefäß eigen" war, tragen sollten. Beide waren weiß auf schwarzem Grund aufzutragen. Sie mußten mindestens sechs Zoll (= 16 cm) hoch sein und aus „gewöhnlichen, nicht römischen Zahlen" bestehen. Als Ort des Kennzeichens war „das Hintertheil der Schiffskajüte" vorgesehen. Es mußte auch bei geöffneter Kajütentür sichtbar sein.[3] Mit der Vergabe der Nummern wurden in Berlin der Schiffahrtsinspektor, in Brandenburg und Frankfurt die Polizeidirektoren und in Schwedt, Spandau, Wittenberge, Lentzen, Parey, Oderberg, Eberswalde und Neuhaus die Zollämter beauftragt. In die anzulegenden Verzeichnisse sollten neben der Nummer auch die Bauart der Schiffe, „ob es nämlich ein Oder- oder Elbkahn, Gelle, Schute etc. sei" aufgenommen werden.[4]

Nach der oben genannten Verordnung mußten bis zum 1. 4. 1813 alle Schiffe mit einem Kennzeichen versehen sein. Der Termin konnte nicht eingehalten werden, „weil durch die belagerten Vestungen an Oder und Elbe die Wasserkommunikation ganz gehemmt war."[5] Doch auch 1815 war man noch nicht viel weiter gekommen. Das Amtsblatt mahnte: „Es ist seit einiger Zeit häufig bemerkt worden, daß die wegen der Bezeichnung der Schiffsge-



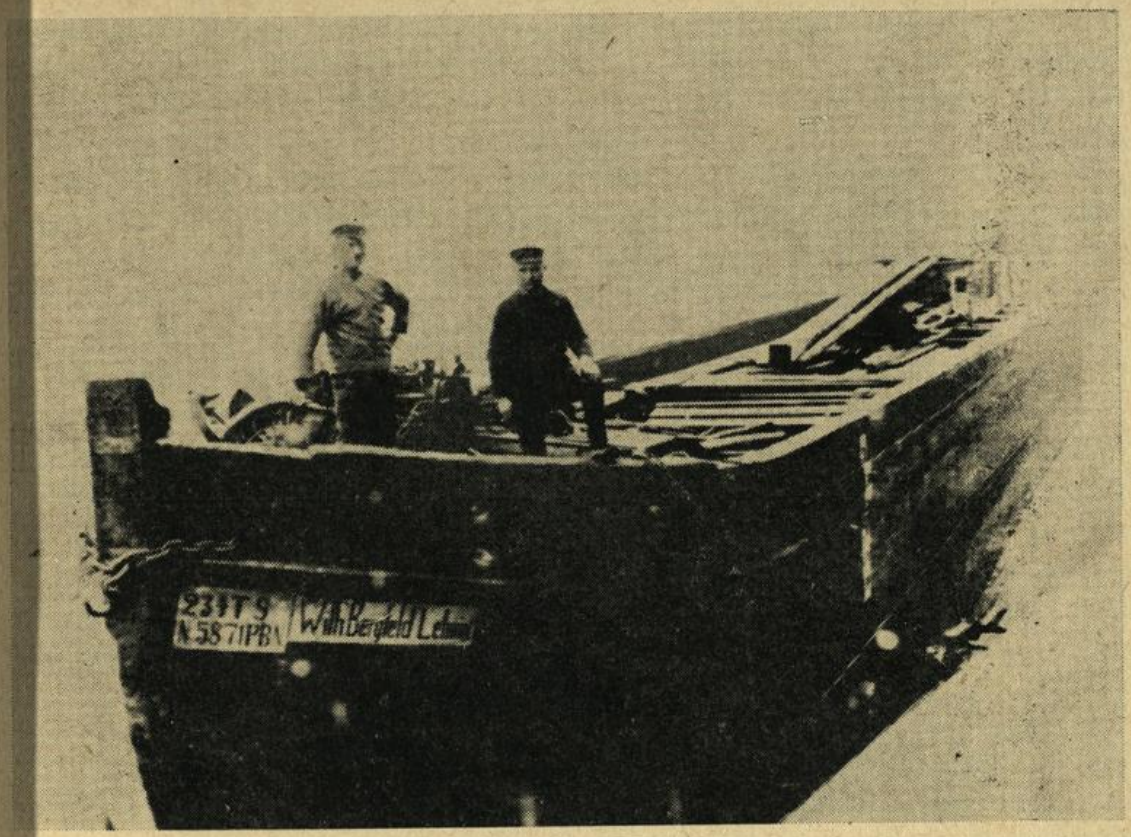
Brandenburger Havelschiffer, 1904–1906. Gut ist das Eichzeichen mit Ladegehalt, Eichnummer, Flußgebiet, Heimatstaat sowie dem Sitz der Eichbehörde zu erkennen

fäße ergangenen Vorschriften von den Schiffern keineswegs pünktlich befolgt werden".[6] Daher sollte jedes unbezeichnete Gefäß vom passierten Wasserzollamt mit dem schon lange angedrohten Strafgeld in Höhe von 5 Reichstalern belegt werden. In den folgenden Jahren waren die Schiffe endlich hinreichend kenntlich gemacht worden. Die Legitimierung des Schiffers selbst erfolgte durch den Gewerbeschein, in dem ebenfalls die Nummer des Kahnes verzeichnet sein mußte.[7] Den Schiffern wurde „zur Pflicht gemacht, an Bord jeden Schiffes die dazugehörende Bescheinigung mitzuführen, um sich im Laufe des Jahres überall damit legitimieren zu können."[8] Die Bescheinigung diente natürlich auch zum Nachweis, daß die Gewerbesteuer entrichtet worden war.

Seit 1842 waren Buchstaben und Nummern mit schwarzer Farbe auf weißen Grund zu malen. Bei Kähnen ohne Kajüte sollten sie an beiden Seiten des Steuerruders an der Hinterkaffe angebracht werden. Es kamen z. B. folgende Buchstaben zur Anwendung:

Regierungsbezirk Potsdam	K	(Kurmark)
Regierungsbezirk Frankfurt	N	(Neumark)
Regierungsbezirk Merseburg	S	(Saalekreis)
Regierungsbezirk Magdeburg	AM	(Altmark?)
	BM	(Börde?)[9]

Ebenfalls 1842 wurden die ersten sehr ins Einzelne gehende Sicherheits- und Verkehrsvorschriften im Elbeverkehr eingeführt.[10]



Havelkahn um 1914. Zu dem Eichzeichen ist der Name des Schiffseigners gekommen

2. Das Eichzeichen

Nach 1870 übernahmen die den Wasserbauämtern unterstehenden Schiffseichämter die Registrierung und die Vergabe der Nummern. Das Eichzeichen wurde auf beiden Seiten des Vorderstevens angebracht. Es enthielt den Ladegehalt, die Eichnummer, das Flußgebiet, den Heimatstaat und den Sitz der Eichbehörde. Hier sind zwei Beispiele:

215 T		S	=	215 Tonnen	Spree
Nr. 3010	P	BN		Nr. 3010	Preußen Berlin
216 T		H	=	216 Tonnen	Havel
Nr. 979	P	Ee		Nr. 979	Preußen Eberswalde

Die Eichordnung von 1913 schrieb keinen bestimmten Platz mehr vor. Doch wurde bei den Holzkähnen weiterhin die Anbringung am Steven bevorzugt.[11]

Mit dem Wechsel des Ortes vom Hinterschiff zum Steven hatte sich auch die Bedeutung des Kennzeichens gewandelt. Ursprünglich sollte es die Schiffer namhaft machen, deren Fahrzeuge Beschädigungen verursacht hatten. Das Zeichen war so angebracht, daß man das sich entfernende Schiff identifizieren konnte. Schon bald diente die Nummer auch zur steueramtlichen Registrierung. Als Eichnummer wurde sie dann bei der Vermessung des Laderaumes erteilt. Als solche rückte sie an den Steven. Das Eichzeichen

stand dort, wo bei Seeschiffen und Dampfern der Name zu lesen war. Einen Namen trugen die hölzernen Kähne unseres Gebietes nicht. Es ist uns jedenfalls kein Beispiel bisher bekannt geworden. Der Name war auch nicht vorgesehen. Der Vordruck für Schiffspatente, die Zulassungsurkunde, lautet noch bis in unser Jahrhundert: „Das dem August Storch zu Lehnin zugehörige Segelschiff ohne besonderen Namen (Dampfschiff N.N.) mit der Nummer 223 versehen und unter solcher im hiesigen Schiffsverzeichnis eingetragen von 219 t Tragfähigkeit, und im Jahre 1909 neu gebaut, ist sorgfältig geprüft und zur Schiffahrt auf der Elbe vollkommen gut und tüchtig befunden worden".

Die Dampfer waren gegenüber den hölzernen Schleppkähnen etwas Besonderes. Ihre Zahl war überschaubar. Sie wurden im Schiffspatent mit ihrem Namen aufgeführt. Bei der Vielzahl der Kähne dagegen wären die sich doch ständig wiederholenden Namen kein gutes Unterscheidungsmerkmal gewesen.

Die Eichnummer diente der näheren Kennzeichnung und zur Legitimierung des Schiffers sowie der genauen Ortsbestimmung. Auch hierfür einige Beispiele:

Im Dienstbuch für den Schiffsgesellen Hermann Schulze wird bescheinigt, daß er vom 4. 2. bis zum 3. 8. 1880 mit sehr gutem Betragen bei dem Schiffseigner Wilhelm Eichbrodt aus Brandenburg/H. *Kahn Nr. I. 7643* beschäftigt war.

In die Geburtsregister der Standesämter wird folgendes eingetragen: „Vor



Das Schiff hat einen Namen bekommen: „Hoffnung". Ob sie sich wohl erfüllt? Darunter der Name des Schiffseigners (Aufnahme um 1930)

dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach durch Heiratsurkunde und *Meßbrief Nr. 10283 XIII 3721* anerkannt der Schiffseigner August Haberland wohnhaft in Ravensbrück, Kr. Templin, evangelischer Religion und zeigte an, daß von der Marie Haberland geb. Siebert, seiner Ehefrau, evangelischer Religion, wohnhaft bei ihm, zu Eberswalde, *auf dem Fahrzeug XIII 3721 kurz unterhalb der Eberswalder Schleusen* am dritten Dezember 1897 nachmittags Uhr ein Mädchen geboren worden sei und das Kind die Vornamen Elisabeth Frieda Marie erhalten habe." „Am 11. März 1902 erscheint der Schiffseigner Alexander Adolf Theodor Pöthke und zeigt an, „Daß von der Marie Luise Wilhelmine Pöthke geb. Brügger, seiner Ehefrau, evangelischer Religion, wohnhaft bei ihm, *zu Spandau auf seinem Fahrzeug No. 2264* am Lindenufer am 10. März um drei Uhr Nachmittags ein Knabe geboren sei und das Kind die Vornamen Erich Theodor Alexander erhalten habe."

Den Ort des Eichamtes konnte der Schiffer selbst wählen. Er ließ in der Regel den Kahn dort eichen, wo er am häufigsten Ladung bekam. Die Pritzerber Schiffer ließen sich fast alle in Hamburg oder Harburg registrieren. Sie holten mit ihren großen Deckkähnen (Breslauer Maß 55 x 8 m 550 t oder Plauer Maß 65 x 8 m 700 t) ihre Ladung meist von dort. Nur zwei Kähne waren in Rathenow oder Berlin eingetragen. Sie hatten einen offenen Laderaum und blieben meist im Bereich der märkischen Wasserstraßen.

Die Schiffer aus Lehnin dagegen hatten mit einer Ausnahme eine Rathenower, Potsdamer oder Berliner Nummer. Sie besaßen alle offene Kähne und blieben, abgesehen von vereinzelten weiteren Fahrten, auf Oder oder Elbe und Saale, ebenfalls im heimatlichen Bereich. Der einzige im Oderhafen Cosel registrierte Schiffer hatte einen größeren Kahn und fuhr meist Steinkohle zwischen Cosel und Berlin.

So lassen sich anhand des Eichortes Größe und Beschaffenheit der Fahrzeuge erschließen. Diese Beobachtung wird durch das Klassifikationsregister bestätigt. Zum Vergleich seien auch die Eichämter Magdeburg und Halle erwähnt. Dort waren fast nur eiserne Deckkähne eingetragen. Sie fuhren vielfach Zucker und Getreide, also landwirtschaftstypische Güter. Daneben transportierten die Schiffer auch Kohle oder Kali, obwohl der Kahn danach mühevoll gereinigt werden mußte, denn jede Pause bedeutete Verlust. Die Elbefahrt erlaubte jede Größe. Es gab schon um die Jahrhundertwende Elbkähne, die mehr als 1.000 t Ladegehalt und Steuerdielen von gewaltigen Ausmaßen hatten. Daneben gab es in diesem Gebiet auch Finowmaß und Mittelmaßkähne (200–350 t), um die Saale und Unstrut befahren zu können. In Zehdenick besaßen die Schiffer um 1930 noch überwiegend offene Holzkähne. Sie transportierten hauptsächlich Ziegelsteine nach Berlin. Die Fracht erbrachte keinen großen Gewinn. In Eberswalde waren die eisernen Kähne in der Überzahl, aber auch sie fast ausschließlich offen. Die Ladung fanden sie in den Massengütern Kies, Steine und Kohlen. Die vielen Transporte zwischen Oder und Berlin hatten einen lohnenden Verdienst zur Folge. An beiden Orten herrschte das Finow- (40 x 4,6 m) und Großfinowmaß

(42 x 5,10 m) vor, um auch die kleinen Kanäle befahren zu können, deren Schleusen kein größeres Schiff zuließen.[12]

3. Der Name des Schiffes

Mit der Einführung des Eisenschiffbaues wurde es vielfach üblich, dem Kahn einen Namen zu geben. Ein Eisenkahn war um die Jahrhundertwende noch eine seltene Erscheinung. Er stellte den vielfachen Wert eines Holzkahnes dar. Wie die Schiffspapiere nachweisen, kostete ein offener Finowmaßkahn aus Holz zu dieser Zeit 7.000,– M, ein eiserner Kahn in der gleichen Größe aber fast 20.000,– M. Für einen Plauer Maßkahn mit Plattendeck zahlte man ungefähr 50.000,– M. Dazu kam, daß die Lebensdauer eines eisernen Schiffes fast unbegrenzt war. Nach zwanzig Jahren wurde es beim Weiterverkauf fast mit dem Neupreis bewertet.

Auch die äußere Form hatte sich allmählich verändert. Das Deck wurde höher gelegt, das vordere und hintere Schanzkleid aufgesetzt und der Laderaum mit dem Süllrand versehen. Man erzielte damit mehr Lade- und Wohnraum.

Das vordere Schanzkleid bot einen guten Platz für den Schiffsnamen. Die Eichnummer kam weniger auffällig an den Süllrand. Der Name des Schiffes konnte allerdings auch an der Budenwand zwischen den Fenstern Platz finden. Messingbuchstaben waren auf einem Brett befestigt. Es konnte zum Putzen des Metalls abgenommen werden. Der Schiffer wählte gerne den Namen seiner Frau, z. B. „Olga“ oder „Toni“ oder der Tochter, z. B. „Clara“. Daneben wurden auch symbolische Bezeichnungen wie „Hoffnung“ oder „Glückauf“ gewählt. Auch Besonderheiten des Heimatortes, „Roland“ auf die Stadt Brandenburg, oder „Emstertal“, auf die Lehniner Landschaft bezogen, kamen in Anwendung.[13] Die Schrift brachte ein Maler in kunstvollen Buchstaben am Schanzkleid an. Der Schiffsname hatte so an Bedeutung gewonnen, daß er in das Schiffszeugnis eingetragen wurde. Es war ein sehr wichtiges Dokument, das den Namen des Eigentümers, die Bauart, das Baujahr, die Nummer des Eichscheines und die genaue Vermessung, die Ausrüstungsgegenstände[14] und die Revisionsatteste enthielt.

4. Der Name des Schiffers

Es konnte nicht mehr ergründet werden, seit wann und in welcher Weise der Name des Schiffers am Schiff angebracht wurde. Gesetzliche Vorschriften bestanden dafür nicht. Den ältesten Beleg bietet ein Schiffsmodell im Museum Brandenburg aus dem Jahre 1875. Bei ihm ist Name des Erbauers an der Seitenwand der Bude, der hinteren Kajüte, in der der Schiffer wohnte, zu finden. Namentlich bei älteren Kähnen war dort bis in unsere Zeit hinein ein bevorzugter Platz für das Namensschild, das neben Vor- und Zunamen auch den Wohnort auswies. Es bestand aus Holz. Die Länge betrug etwa einen Meter. Die Buchstaben wurden vom Schiffer selbst mit freier Hand aufgemalt oder mit einer Schablone aufgebracht. Er schnitt diese aus Pappe

aus, wenn im Winter Zeit dazu war, oder kaufte Blechschablonen. Als Verzierung diente ein aufgemalter Anker.
Wer besonders geschickt war, schnitt die Buchstaben aus Metall und befestigte sie am Brett. Sehr häufig wurde auch das Namensschild am Helmholz, mit dem das Ruder bewegt wurde, befestigt. Der Name, hier gut sichtbar, war zuweilen in das Brett eingeschnitzt.
Nach der Eichordnung von 1913 sollte der Name neben das Eichzeichen gesetzt werden. Er konnte also ebenfalls am Steven angebracht werden, wenn das Zeichen sich dort befand. Doch ist uns dafür nur ein Beispiel bekannt geworden. In einigen Fällen rückte das Eichzeichen bei den älteren Deck-Kähnen vom Steven weg und fand seinen Platz am Brummstall, dem vorderen Teil des verdeckten Laderaumes, oder bei modernen Kähnen am Süllrand.
Diese Anordnung ist nur vereinzelt befolgt worden. Das Eichzeichen verlor zwar mehr und mehr seine bevorzugte Stelle, doch der Name behielt in den meisten Fällen weiterhin seinen Platz an der Bude oder am Helmholz. Bei den Kähnen mit Schanzkleid konnte er die Stelle des Schiffsnamens einnehmen, soweit dieser nicht vorhanden war oder an anderer Stelle stand.
Es kam auch häufig vor, daß der Name des Schiffers am Ende des Schanzkleides stand und am Steven ein Zeichen, z. B. eine Flagge, angebracht wurde.
Zum Abschluß sei noch einmal zusammenfassend gesagt: Das amtliche Zeichen für den Kahn war das Eichzeichen,[15] dessen Form und Ort bis zur Jahrhundertwende vorgeschrieben wurde. Seitdem trat diese Kennzeichnung sichtlich zugunsten des Namens des Schiffers oder des Schiffes zurück, deren Art und Anbringung ganz in das Belieben und den Erfindungsreichtum des Schiffers gestellt wurde.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts war der sich schnell verbreitende Schifferberuf noch etwas Vorläufiges. Tagelöhner und Bauernsöhne wurden zu Schiffern und Schiffseignern. Schiffer wurden wieder zu Tagelöhnern. Viele erwarben eine Büdnerstelle und suchten in der nahen Stadt Arbeit. Mit der weiteren Ausbreitung der Schiffahrt bildeten sich Traditionen heraus. Der Schifferberuf vererbte sich. Die Kähne wurden leistungsfähiger und sicherer. Schiffhypotheken ermöglichten die Anschaffung besserer Fahrzeuge, Schiffsversicherungen schafften Sicherheit in der Erhaltung des Bestandes. Die Holzkähne verschwanden allmählich von den Wasserstraßen.
Die Zahl der Einzelschiffer ging zwar zurück, aber sie konnten mit größeren und leistungsfähigeren Fahrzeugen ihren Fahrtbereich ausdehnen.
Das alles hob das Selbstbewußtsein des Schiffers. Er wurde sich mit dem steigenden Wert seines Schiffes auch seines eigenen Wertes bewußt. Das fand seinen Ausdruck nicht zuletzt darin, daß er dem Schiff auch äußerlich einen Wert verlieh durch farbige Gestaltung der Bordwände, durch bunte Wimpel und durch einen gleichfarbigen Ring, der das Ofenrohr zierte, das aus der Kajüte kam und schließlich durch den Namen des Schiffes oder durch seinen eigenen Namen, der an die Stelle der Nummer trat.[16]

Anmerkungen

1 Vgl. U. Buchholz, Schiffahrt im Havelgebiet um Brandenburg, in: Brandenburger Blätter Band 3, Hrg. Museum Brandenburg

2 1800 gab es in Brandenburg 52 Schiffer und 15 Steuerleute. Es ist mit einer Zahl von mindestens 67 Schiffen zu rechnen. Demgegenüber stehen nur 69 Schiffsknechte. Da wohl zu dieser Zeit mit einer Besatzung von wenigstens drei Mann gerechnet werden muß, kam das fehlende Drittel der Schiffsmannschaft aus den Dörfern.

3 Amtsblatt der Königlichen Kurmärkischen Regierung zu Potsdam (= Amtsblatt) 1812 S. 203 und 1813 S. 80 und 1815 S. 43

4 Amtsblatt 1814 S. 93

5 Amtsblatt 1814 S. 93

6 Amtsblatt 1815 S. 43

7 Amtsblatt 1811 S. 22 „Auf die ehemals erforderliche Qualifikation der Schiffer ist, nachdem sämtliche Berechtigungen der Schiffergilde aufgehoben sind, nicht mehr zu sehen, sondern, jeden Schiffer, der sich durch einen Gewerbeschein legitimiert, müssen die Zollämter nach Berichtigung der Gefälle ohne Anstand passieren lassen." Die Elbschiffahrtsakte führte für die Elbfahrt dann das Elbschifferpatent ein, für dessen Erlangung auch der Gewerbeschein vorliegen mußte.

8 Amtsblatt 1822 S. 301

9 Amtsblatt 1842, Beilage zu Stück 27 v. 8. 7. 42 „Reglement die polizeiliche Bezeichnung der Flußfahrzeuge betreffend."
vgl. auch Amtsblatt 1815 S. 43 und 1834 S. 115. Steueramtliche und Polizeiliche Kennzeichnung standen nebeneinander und sollten nun koordiniert werden. Daher diese neue Anordnung.

10 Amtsblatt 1842 Beilage zum 46. Stück. „Polizei Reglement für den Schiffsverkehr auf der Elbe, soweit Preußen über das Strombette die Landeshoheit zusteht." Das Reglement umfaßt 22 Paragraphen auf sechs Seiten und nimmt auch schon auf die Dampfschiffahrt Bezug.

11 Bei den Holzkähnen lagen das Deck von Vor- und Hinterschiff (Schoff und Stand) tiefer als die Bordwand. Die ersten Eisenkähne waren noch ebenso gebaut. Die eiserne Bordwand schloß mit dem hölzernen Schandeckel ab. Später wurde das Deck angehoben und mit dem Schanzkleid versehen. Der Laderaum wurde mit dem Stringer und dem Süllrand umgeben. Ältere Kähne ließen sich nachträglich mit dem Schanzkleid versehen.

12 Klassifikations-Register für die östlichen Wasserstraßen 1935, Berlin

13 Bei den Dampfern diente der Name von Anfang an als Unterscheidungsmerkmal. Viele Namen stammten aus der Mythologie wie Neptun, Fortuna, Nixe, Uranus und Nordstern. Bei den kleineren Dampfern blieb man auch gern im Bereich der Familie. Sie hießen Auguste, Margareta, Alwine, Gustav und Andreas. Um 1930 wurden Doppelnamen häufig, wobei gleich zwei Familienmitglieder genannt wurden z. B. Luise-Edith (Frau und Tochter), Kurt-Heinz (Söhne) oder Jörg-Bernd (Enkel, die Brüder Jörg und Bernd Landvoigt, Olympiasieger im Rudern)

14 Zu den Ausrüstungsgegenständen eines Kahnes, die für die Sicherheit des Schiffahrtsbetriebes notwendig waren, gehörten: 2 Schlepptaue, 5 Anker, 4 Boberdrähte, 4 Ankerketten, 2 Drahtleinen, 7 Ztr. Schleppkette, 6 Bundstaken, 6 Handstaken, 4 Bootshaken, 5 Laternen, 2 Pumpen, Segel mit Mast und Zubehör, 2 Peilstangen, 2 Rettungsringe mit Leine, 2 Steuerleinen, 1 Landsteg, 1 Beiboot.

15 Die Entwicklung vom polizeilichen Kennzeichen über steueramtliche Bezeichnung ist hier mit umfaßt.

16 Natürlich waren auch im vorigen Jahrhundert die Kähne nicht schmucklos. Gerade Schiffer, die ihr Brot in der Stromfahrt fanden, legten Wert auf äußeren Schmuck.

Das Helmholz wurde abgeschliffen, so daß das Naturholz (Eiche) zur Geltung kam, ebenso wurden die oberen Planken an Bug und Heck behandelt (Riesbord,), die ebenfalls z. T. aus Eichenholz bestand. Aber das prägte nicht das Bild der märkischen Schiffahrt, die in der Hauptsache mit der Steinefahrt beschäftigt und auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet war.
Es fehlte zwar der zwei Meter lange Wimpel am Mast (rot mit weißer Spitze) nicht, auch wurde das Helmholz wohl besonders gepflegt, aber eine wirkliche Ausgestaltung hat wohl erst in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts Verbreitung gefunden.

Die Fotos verdanke ich Schifferfamilien aus Lehnin und Brandenburg. Die Reproduktionen fertigte Wolfgang Fried – Brandenburg an. Auch ihm sei an dieser Stelle gedankt.

(Der Verfasser)

Dem verdienstvollen Heimatforscher Richard Hoffmann zum 90. Geburtstag

Von Heinz-Joachim Vogt

Es stand dem Sohn eines Potsdamer Schuhmachers nicht an der Wiege geschrieben, daß er nunmehr neunzigjährig, als hochbetagter Mann, einen würdigen Platz in der Reihe jener Potsdamer Bürger einnehmen wird, die sich der besonderen Wertschätzung ihrer Mitbürger erfreuen können. Es war allerdings auch ein langer Weg, der von ihm bis zu diesem Tage zurückzulegen war. Er war geprägt durch den 1. Weltkrieg, den er als aktiver Teilnehmer miterleben mußte und der in seinem Körper jene Spuren hinterließ, die ihn jahrzehntelang zu hoher Selbstdisziplin zwangen, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.
Seine besondere Liebe galt von Anbeginn an der engeren Heimat, dabei der Botanik und Volkskunde, aber speziell doch der Geschichte seiner Heimatstadt Potsdam und deren Umgebung. So nimmt es nicht wunder, daß er, als junger Mitarbeiter beim Magistrat der Stadt Potsdam, begeisterter Akteur wurde, als bei einem extremen Niedrigwasser der Havel im Jahre 1911 – Richard Hoffmann war also gerade 19jährig – die Uferbefestigung der Heilig-Geist-Kirche erneuert wird und dabei die Reste der Holzkonstruktion einer altslawischen Holz-Erde-Mauer, zur 993 erwähnten Burg Pozdupimi gehörig, gefunden wurde.
Die Dokumentation dieser damals im ostelbischen Raum einmaligen Befunde wird Richard Hoffmann verdankt. Und von nun an begann eine intensive, den beruflichen Aufgaben parallel verlaufende Beschäftigung mit der einheimischen Ur- und Frühgeschichte. Das weitere Potsdamer Havelland wur-



Richard Hoffman bei der Arbeit am Alten Markt in Potsdam

de von nun an sein Betätigungsfeld. So wuchs er neben dem damaligen Museumsleiter Dr. Friedrich Bestehorn zu einem der profiliertesten Laienarchäologen im damaligen Deutschland heran. Vor allem in den dreißiger Jahren, nunmehr bereits Stadtinspektor, gewann diese Tätigkeit immer mehr an Bedeutung und Substanz. Fundplätze in Phöben, Plötzin, Töplitz, Krampnitz, Döberitz-Olympisches Dorf, Neufahrland und Fahrland wurden von ihm erforscht, und diese Beschäftigung trug auch für die Ur- und Frühgeschichtsforschung reiche Früchte. Zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften der deutschen Ur- und Frühgeschichtsforschung machten ihn weit über die Grenzen des Havellandes hinaus bekannt. Dabei prägten bedeutende Gelehrte dieser Jahrzehnte wie die Archäologen Alfred Götze, Alfred Kiekebusch und Wilhelm Unverzagt, aber auch Naturwissenschaftler wie der Geologe Friedrich Solger und der Pharmazeut A. v. Stokar seinen weiteren Weg. Aus dieser Kenntnis heraus wird auch verständlich, daß er den jungen Menschen, die er an seiner Seite in den 50iger Jahren für die Archäologie begeisterte, von Anfang an einprägte, sich neben der archäologischen Methoden auch der Naturwissenschaften als unentbehrlichen Helfer zu bedienen. Das Mikroskop als Begleiter des Archäologen war lange Jahre sein Leitsatz. Daß die archäologischen Ur- und Frühgeschichtsforschung diesen qualitativen Sprung gründlicher tun würde, indem Spezialisten verschiedener naturwissenschaftlicher Fächer direkt archäologische Problemstellungen bearbeiten, war damals noch nicht abzusehen, zeigt aber seinen Blick für anstehende Fachprobleme.

Die Jahre nach 1945 boten ihm, nunmehr hauptamtlicher Abteilungsleiter am Heimatmuseum Potsdam, die im Grunde bittere Chance, den geschichtlichen Anfängen seiner Heimatstadt Potsdam in die Tiefe zu folgen, lag doch das Altstadtzentrum in Schutt und Asche. In dem Maße, wie der Schutt beseitigt und die Ruinen Neubauten weichen mußten, ergaben sich durch die Schachtarbeiten Einblicke in die Vergangenheit, die Richard Hoffmann sachkundig nutzte. Diese im Jahre 1948 begonnene archäologische Stadtkernforschung reiht sich würdig ein in die Reihe ähnlicher Unternehmungen in historisch bedeutsamen Städten wie Leipzig, Dresden oder Magdeburg, führten sie doch auch in Potsdam zu einer Vielzahl neuer Erkenntnisse zur Frühgeschichte der Stadt. Auch wenn diese immense Forschungsarbeit, von einigen Übersichten in der Zeitschrift „Ausgrabungen und Funde" von seiner Hand abgesehen, noch nicht zusammenfassend veröffentlicht werden konnten, steht ihr wissenschaftlicher Wert außer Frage und bildet bereits jetzt die Basis für spezielle, weiterführende Forschungen.

Bevor sich Richard Hoffmann nach 1945 voll seiner geliebten Ur- und Frühgeschichtsforschung widmen konnte, war er als einer der Aktivisten der ersten Stunde im unmittelbaren Interesse seiner Potsdamer Mitbürger tätig. Ihm wurde in den ersten Nachkriegstagen als einem der wenigen integren Mitarbeiter des alten Magistrats von der neuen Stadtverwaltung der Aufbau und die Verwaltung der Stadtkasse übertragen. Diese Tätigkeit übte er unter den damaligen schweren Bedingungen bis zum Übernahme der Museumsfunktion aus.

Nun begannen für ihn Jahre intensiver, subtiler Kleinarbeit, denn wesentliche Teile der eigenen Forschungsarbeit aber auch andere museale Bestände wurden Opfer des Krieges, waren vernichtet oder mußten erst identifiziert werden. Nur durch die jahrelange Arbeit an den Restbeständen einschließlich der notwendigen Inventarisation von seiner Hand und unter seiner Anleitung war es möglich, wertvolle Museumsbestände für die wissenschaftliche Forschung zu retten. So bildeten die archäologischen Materialien die Basis für eine von ihm gestaltete erfolgreiche Ausstellung zur Ur- und Frühgeschichte des Potsdamer Havellandes. Bedeutende Zuarbeiten zum Archiv des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam leistete er jahrzehntelang, nachdem er nun als Rentner, Mitarbeiter dieser Einrichtung wurde. Bis heute verdankt ihm diese Einrichtung wertvolle Beobachtungen, die er dem Museum übermittelt.

Seine stete, vorbildliche Einsatzbereitschaft und das besondere pädagogische Geschick, den relativ spröden archäologischen Fundstoff in die richtigen geschichtlichen und heimatgeschichtlichen Zusammenhänge zu stellen, schuf ihm eine treue Anhängerschar unter jung und alt. Bei Exkursionen, Grabungsführungen und vor allem in zahlreichen Vorträgen im Rahmen der Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes, in dessen Reihen er jahrzehntelang erfolgreich wirkte, hat er sein reiches Wissen weitergegeben und damit wertvolle kulturpolitische Arbeit geleistet. Als Leiter der Pionierarbeitsgemeinschaft „Junge Archäologen" machte er junge Menschen mit der Geschichte ihrer Heimat bekannt, weckte Verständnis für sinnvolle, planmäßige, außerschulische Betätigung und legte in mehreren Fällen den Grundstein für den

künftigen Beruf dieser jungen Menschen. Sein großes Verständnis für die Jugend und gleichzeitig die ihm eigene Bescheidenheit verdeutlicht die Tatsache, daß er jungen Wissenschaftlern Resultate eigener langjähriger Forschungen zur Auswertung und Publikation überließ.

Gleichermaßen bewirkten seine zahlreichen Veröffentlichungen in der Potsdamer Tagespresse, vornehmlich in den Brandenburgischen Neuesten Nachrichten – der Zeitung seiner Partei, der NDPD –, daß die Ergebnisse archäologischer und heimatkundlicher Forschungen breiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt wurden. Diese Artikel, aber vor allem sein Kontakt mit den Bauleuten und Einwohnern, trugen maßgeblich dazu bei, daß er bei vielen älteren Potsdamer Bürgern den liebevoll gemeinten Spitznamen „Knochen-Hoffmann" trug. Sein kollegiales Verhalten gegenüber seinen Fachkollegen und den Mitarbeitern anderer musealer Einrichtungen, mit denen er stets einen offenen Gedankenaustausch bevorzugte, prägten seine Persönlichkeit und so genießt er bei den heimatgeschichtlichen Interessenten weit über die Grenzen Potsdams hinaus hohe Wertschätzung. Auch heute noch wertet er die Ergebnisse neuerer Heimatgeschichtsforschung sehr kritisch und diese bietet ihm genügend Anlaß zu polemischer Auseinandersetzung.

Das große Engagement für seine Arbeit wurde ihm aber auch dadurch erleichtert, daß ihm viele Jahrzehnte eine Lebensgefährtin zur Seite stand, die unter Zurückstellung eigener Interessen, seine Arbeit in selbstloser Weise unterstützte. Gemeinsame Wanderungen und botanische Interessen erwiesen sich dabei als wichtigstes Bindeglied seiner Ehe.

Der Lebensweg Richard Hoffmanns gestaltete sich so, daß es ihm nicht vergönnt war, in jungen Jahren ein Archäologiestudium zu absolvieren. Umso höher ist zu bewerten, daß er sich trotzdem hoher Wertschätzung der Fachkollegen erfreuen kann. So verlieh ihm die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, als einen der ersten überhaupt, 1959 die Leibniz-Medaille, damit sein umfangreiches und erfolgreiches Schaffen auf dem Gebiet der Ur- und Frühgeschichtsforschung im Potsdamer Havelland würdigend. Es schlossen sich andere Ehrungen an und jeder der ihn kennt, freut sich mit ihm über diese Anerkennung durch unsere sozialistische Gesellschaft.

Die Wissenschaften, so auch die Ur- und Frühgeschichtsforschung – entwickeln sich weiter, neue Theorien ergänzen und vervollständigen unser Bild von der Vergangenheit und bieten neue Fragestellungen. Sie fußen aber in jedem Fall auf der minutiösen Kleinarbeit jener Menschen, die die Fakten – die Bausteine eines theoretischen Gebäudes – erst einmal zusammen tragen mußten. Künftige Generationen von Wissenschaftlern – nicht nur der Ur- und Frühgeschichte, sondern auch aller anderen mit Territorialgeschichte befaßten Disziplinen, werden immer wieder auf seine Arbeiten zurückgreifen müssen, sind doch seine Interessen und der Wille zur Dokumentation neuer Erkenntnisse breiter und größer als das hier darzustellen war.

Alle Freunde und Kollegen Richard Hoffmanns sind sich einig in dem Wunsche, daß er uns noch lange seine vielseitigen Kenntnisse und Erfahrungen weitergeben wird, sie so in den Dienst der Wissenschaft stellend.

Für die kommenden Lebensjahre gelten ihm all unsere guten Wünsche.

Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der Mark Brandenburg

Die Stadt Brandenburg

Von Wolfgang Fried

In den Bemerkungen soll über die mittelalterlichen Münzstätten (bis zum 16. Jahrhundert) im heutigen Territorium des Bezirkes Potsdam berichtet werden. Mit der Aufnahme der Münzstätte Havelberg wurde eine Ausnahme gemacht, die obgleich dem Bezirk Magdeburg zugehörig, doch durch die bedeutende Münzprägung Markgraf Otto I. hervorragt und m. W. in den letzten Jahrzehnten nicht wieder beschrieben wurde.

Einleitung

Von den Karolingern bis in das späte Mittelalter hat es in Deutschland nur eine Münzsorte, den silbernen Pfennig, den Denar, gegeben.
Das alte römische Silberpfund zu 327,45 g wurde zu 20 Schilling als Rechenmünze aufgeteilt und der Schilling zu 12 Pfennigen berechnet. Es wurden 240 Pfennige mit einem Durschnittsgewicht von 1,5–1,7 g ausgeprägt. Das Pfund als Gewichtseinheit wurde im Laufe des 10. und im frühen 11. Jahrhundert von der Gewichtsmark abgelöst, deren 240 Pfennige mit örtlich verschiedenem Gewichtsstandard gerechnet wurden. Der Denar wurde zweiseitig ausgeprägt. In den Gebieten östlich der Weser prägte man seit der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts den einseitig geprägten Denar, der später den Namen Brakteat oder Hohlpfennig erhielt. Von beiden Münzsorten gab es Obole oder halbe Pfennige, die durchweg selten sind. Es war üblich, bei Kleingeldmangel ganze Pfennige zu teilen.
Für die Berechnung von Abgaben und Steuern von Liegenschaften wurde in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts nach Frusta oder Stücken Geldes gerechnet. Ein Frustum rechnet gleich einem Wispel Roggen oder zwei Wispel Hafer (1 Wispel = 24 Scheffel, 1 Scheffel = 55 Liter), oder 2 Schock Hühner (1 Schock = 60 Stück) oder einem Pfund Pfennigen. In der Zeit des 12.–13. Jahrhunderts waren die Pfennige lokale, auf regionale Geltungsbereiche beschränkte Währungen. Der Umlauf der Münzen war nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich begrenzt. Es bedeutete für den Münzherren eine entsprechende Steigerung des Gewinns, wenn er oft und viel prägen ließ. In den Gebieten östlich der Weser war der Brauch der Münzverrufung üblich, der zwangsweise die Umwechslung alter Münzen gegen neue verfügte. Das wurde oft jährlich, manchmal sogar häufiger durchgeführt. Zu bestimmten Terminen mußten die für ungültig erklärten Pfennige im Verhältnis 16 zu 12 oder 12 zu 9 gegen gültige eingetauscht werden, wobei der Münzherr den Gewinn einsteckte. Allerdings beweisen



Nachprägung eines Niederelbischen Agrippiners aus der Zeit des Slawenfürsten Pribislaw-Heinrich (1127–1150). Erste bekanntgewordene Münzprägung in Brandenburg. Durchmesser: 18 mm. Abbildung nach dem Gipsabdruck des Münzkabinetts Berlin

die Münzfunde mit ihren sich über Jahre, ja Jahrzehnte verteilenden Prägungen, daß die verrufenen Pfennige durchaus nicht alle abgeliefert worden sind.

Die Münzstätte Brandenburg

Brandenburg ist der Hauptort und Fürstensitz des slawischen Gaues der Stoderanen (deutsch Heveldun oder Heveller) gewesen. Bis zum 1. Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts ist eine gesicherte Münzprägung in Brandenburg bisher nicht nachweisbar. Ganz so einfach ist diese Tatsache nicht zu akzeptieren. G. Hatz[1] schreibt dazu: „Von der Fundüberlieferung her gesehen, scheint das westliche Slawengebiet eine Zone gewesen zu sein, in der die Nachahmung deutscher Münzen bevorzugt auftraten, und zwar von vielfältigen Imitationen der magdeburgischen Sachsenpfennige über die niederelbischen Agrippiner bis hin zu derartig entstellten Nachproduktionen, daß die Vorbilder kaum noch zu erahnen sind." Die „Brandenburg" war der Ort der Münzproduktion, in der Marktsiedlung Parduin ist der Ort des Handelsverkehrs zu suchen. Diese These, die P. M. Meyer und A. Suhle vertraten, haben durch neuere Forschungsergebnisse über vordeutsche Marktsiedlungen im westslawischen Raum in der Nähe von Burgen eine deutliche Stütze gefunden.

Erste Münzprägungen

Die erste gesicherte Münzprägung in Brandenburg ist die Imitation eines niederelbischen Agrippiners des Hevellerfürsten Prbislav-Heinrich (1127–

1150) nach leichtem Münzfuß ca. 1129–1130 geprägt. Dieser Denartyp ist in zwei Exemplaren bekannt und von Hävernick erstmals beschrieben worden. Das Stück fand weder bei Bahrfeldt („Das Münzwesen der Mark Brandenburg", I, 1889) noch in der späteren brandenburgischen Münzliteratur eine Berücksichtigung.(2)

Die weiteren Münzprägungen sind Dünnpfennige (beschrieben bei Bahrfeldt I, 4 und 1–3).

Nach dem Tode des letzten Hevellerfürsten im Jahre 1150 kam durch Erbfall Albrecht der Bär aus askanischem Hause in den Besitz der Brandenburg. Der Fürst setzte die Münzprägung des Hevellerfürsten Pribislav-Heinrich fort, bekannt ist ein Dünnpfennig (Bahrfeldt I, 12) ein Brakteat (Bahrfeldt I, 13 a). Auch der Brakteat Bahrfeldt I, 14 mit der Legende „BRANDEBVRG" ist wohl von Albrecht dem Bären ausgegangen.

Sein Sohn Otto I. (1170–1184), seit 1157 in Brandenburg, ließ eine Reihe von Brakteaten prägten (Bahrfeldt I, 37–62). Brandenburg-Altstadt, aus der Marktsiedlung Parduin entstanden, erhielt von Markgraf Otto 1. die Zollfreiheit. Das Wappen der Altstadt bestand aus Torturm, Mauer und Türmen. Die Havel bildete die natürliche Grenze zu der um 1190 entstandenen Neustadt Brandenburg. Das neustädtische Wappen bestand aus Torturm zwischen Mauer und zwei Türmen, im Tor der Markgraf mit Adlerschild.

Um 1260 wurde die Altstadt bei der Landesteilung der askanischen Markgrafen der johanneischen, die Neustadt der ottonischen Linie zugesprochen.

Zersplitterung der Münzprägung

Nach der Teilung wurde nunmehr in beiden Städten bis 1320 Brakteaten und Denare geprägt. Urkundlich nachweisbar wird die Münzstätte Brandenburg erst im Jahre 1286 durch die Erwähnung eines Münzmeisters Rogosen (3). Gesicherte Münzgepräge sind nicht nachweisbar. Die Münzstätte Brandenburg – Neustadt prägte in der Zeit der bayrischen Markgrafen (1325–1373) bis zum Ende der Zeit der Luxemburgischen Markgrafen (1373–1415). Auch aus dieser Zeit sind keine für Brandenburg sicher nachweisbare Prägungen bekannt.

Im Jahre 1306 berichtet eine Urkunde von einem Münzmeister Rudolf, der Ratsherr der Neustadt war. In einer weiteren Urkunde vom 25. August 1377 heißt es „in der neyen Staat tu Brandenburg in der alten Münter-Strate." Es ist zu vermuten, daß die Münzstätte Brandenburg-Neustadt, die alsbald die führende Rolle übernahm, sich in dem großen Steinhaus Hauptstraße 9, Ecke Münzenstraße (heute Joliot-Curie-Straße) befand.

Am 13. August 1322 beschlossen die Städte Brandenburg und Berlin eine Münzordnung, in der Bestimmungen über den Münzfuß, über Münzpolizei, über den Silberkauf und über den Münzwechsel enthalten sind.(4)

Unter der Herrschaft der bayrischen Markgrafen wurde mit der Verpachtung der Münzstätten an reiche Privatunternehmer begonnen, die finanziell in der Lage waren, die Pachtsummen auf Jahre im voraus zu entrichten. Am 21. Juli 1333 verpachtete Ludwig I. die Münzstätte Brandenburg an mehrere Bürger auf sechs Jahre, an Albert Bringenau, Hildebrand und Nicolaus

Becker.[5] Das gleiche Datum trug die Urkunde der Verpachtung bis 1345 an Hildebrand und Johann Winhus.[6] Auf zwölf Jahre wurde die Münze an die Brüder Rudolf und Marcellius von Luschin in Stendal verpachtet.[7] Am 13. November 1343 verpachtete der Markgraf die Münze auf zwölf Jahre von 1357–1369 an die Brüder Wolff. 1369 belehnt der Markgraf die von Prütze unter anderem mit „in unser muntze zu Brandenburg 13 Stücke geldern jerlichen tzinses mit allen rechtin".

Die privaten Pächter nutzten ihre Privilegien durch laufende Verschlechterung des Feingehaltes der Münzen und bereicherten sich auf Kosten der Bevölkerung. Um diesem Unwesen Einhalt zu gebieten, schlossen sich Adlige und Städte zu Münzbezirken zusammen, wie schon 1314 Salzwedel und die Grafschaft Lüchow. Der 1369 gebildete Berliner Münzbezirk umfaßte die Städte Berlin, Cölln, Frankfurt, Spandau und Bernau. Es ist anzunehmen, daß ähnliche Münzbezirke auch für Brandenburg, die Prignitz (Perleberg) und Kyritz bestanden haben. Mutmaßen läßt sich daraus, daß die späteren Pfennige nicht überall den gleichen Wert hatten. Die Brandenburgische Währung war die Beste, galten doch 6 brandenburgische Pfennige gleich 7 stendalischen und 8 berlinischen.

Ausgeprägt wurde in der Mark Brandenburg bis ca. 1460 nur der Pfennig. Daneben war der böhmische Groschen in der Mark von hoher währungspolitischer Bedeutung. So wurde das Lösegeld für einen Gefolgsmann der Quitzows, der bei einem versuchten Überfall in die Hände der Brandenburger gefallen war, nach böhmischen Groschen berechnet.[8]

Auch der Bischof von Brandenburg besaß das Recht der Münzprägung. Am 19. März 1051 verlieh Kaiser Heinrich III. (1046–1056) dem brandenburgischen Exilbischof Thankward (gest. um 1063) für den Ort Uhrsleben im alten Nordthüringengau, Kreis Haldenleben, Münze, Zoll, Gerichtsbarkeit,



Münzprägung aus der Zeit des Markgrafen Otto I. (1170–1184, seit 1157 in Brandenburg). Deutlich ist neben der Figur der Name „OTTO" sowie die Umschrift „BRANDEBVRGENSIS" zu erkennen.
Durchmesser: 28 mm



Münzprägung des Münzmeisters Giese Brewitz, der dieses Amt von 1440 bis mindestens 1467 ausübte, Vorderseite (l) und Rückseite (r). Durchmesser: 24 mm

die Anlage eines Marktes sowie sonstiges Zubehör. Kaiser Friedrich I. bestätigte diese Rechte 1161, Papst Clemens III. 1188. Erzeugnisse aus der bischöflichen Münzstätte Uhrsleben sind bisher nicht bekannt geworden. Über eine Münzprägung das Bistums in Brandenburg ist keine weitere Nachricht überliefert, lediglich einige außerordentlich seltene Brakteaten und Denare, die Bahrfeldt in seinem brandenburgischen Münzwerk verzeichnet hat. H. D. Kahl schreibt dazu: „Er scheint dabei zu vermuten, daß sie in Brandenburg geprägt worden seinen; bei der Stellung, die die Bischöfe an diesem Ort neben den Markgrafen einnahmen – sie zogen sich bekanntlich im Laufe der Zeit ganz nach Ziesar zurück – scheint mir dies fraglich."[9]
Die bisher bekannte älteste bischöflich brandenburgische Münze ist ein Brakteat, der mit einiger Sicherheit dem Bischof Otto von Mehringen (1251–1260) zugewiesen wird, (Bahrfeldt I, 738).
Die letzte bekannte Münzprägung ist ein Denar, der von Bischof Ludwig von Niendorf (1327–1347) ausgegangen ist. (Bahrfeldt I, 742)

Zunehmender landesherrlicher Einfluß

Ein neuer Abschnitt des märkischen Münzwesens begann mit der Herrschaft der Hohenzollern. Im Jahre 1427 verlieh Markgraf Johann (ein Bruder des Kurfürsten Friedrich I.), dem Claus Münzer die Münzprägestätte in Brandenburg mit dem Auftrag, Pfennige zu prägen, 43 auf ein Lot.[10] 1431 folgte der Münzmeister Caspar Fuchs.[11] Es wurde ihm befohlen, so zu prägen wie in Berlin und Frankfurt. Im Jahre 1436 bestellte man Heinrich Salig als Münzmeister in Brandenburg, der wieder nach Maßgabe von Berlin und Frankfurt Pfennige und Scherfe (halbe Pfennige) prägen sollte.[12]
Unter der Herrschaft Kurfürst Friedrich II. (1440–1470) wurde seit 1440

Giese Brewitz zum Münzmeister in Brandenburg bestellt. Die von Brewitz geschlagenen Pfennige müssen zu 60 Schilling – 720 Pfennige aus einer Mark geschlagen worden sein. Der Münzmeister Brewitz war 1465 noch im Amt. Seine Münzwerkstatt befand sich (1467) in der Abtstraße. Bei den geprägten Münzen muß es sich um Adlerhohlpfennige handeln, die in ungeheuren Mengen in unzähligen Varianten mit und ohne Beizeichen geprägt worden sind.

Die Groschenprägung in Brandenburg muß 1460 schon in Betrieb gewesen sein, wie aus der Urkunde über die Schätzung märkischer Groschen und Pfennige, darunter brandenburgische und magdeburger Art, hervorgeht.[13] Die älteste Urkunde über die Groschenprägung in Brandenburg ist datiert vom Jahre 1463. Man befahl dem Münzmeister Giese Brewitz 92 Stück Groschen aus der 6-lötigen Mark (375 Teile Feinsilber) zu prägen, (1459/60-61 Kreuztyp Bahrfeldt II, 28 - 30; ca. 1463 Schildtyp Bahrfeldt II, 31-32; ab ca. 1463 Schildtyp Bahrfeldt II, 33).

Unter der Herrschaft des Kurfürsten Albrecht Achilles (1470–1486) ist in der Mark nur eine spärliche Münzprägung nachweisbar. In der Brandenburger Münze prägte man einen heute seltenen Groschen (Bahrfeldt II, 40).

Erst unter dem Kurfürsten Joachim I. (1499–1535) fand die Münzstätte Brandenburg in der bedeutenden Urkunde von 1511 wieder Erwähnung. Dem Münzmeister Hermann Meyse wurde befohlen in der Neustadt Brandenburg folgende Münzsorten zu prägen:

Pfennige 43 auf 1 Lot und 5 ½ Lot fein
Groschen 100 aus 1 Mark und 6 ½ Lot fein
Halbgroschen 188 aus 1 Mark und 5 ⅛ Lot fein
Golgulden 71 aus 1 Mark und 18 Karat

Die außerordentlich seltenen einseitigen Pfennige, die auch in Crossen geprägt wurden, sind glatt und nicht mehr in der Hohlform. Trotz der Urkunde von 1511 sind für Brandenburg schon Groschen von 1507 und vor 1511 von einem unbekannten Münzmeister ausgegangen. Die Groschenprägung, teils von Joachim I. allein, teils gemeinsam mit seinem Bruder Albrecht, reichte bis zum Jahre 1517. Fast sämtliche Jahrgänge dieser Prägungen sind selten. Sehr selten sind Halbgroschen Jahrgang 1507 und ohne Jahreszahl. Die urkundlich ausgewiesenen Goldgulden sind aus einem Stempel in zwei Exemplaren bekannt.

In die Regierungszeit Joachim I. fiel auch, seit 1521, der Schlag grober Münzsorten, der Taler und Vierteltaler. Die Prägung solcher Münzen ist für Brandenburg nicht nachzuweisen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten. daß die Münzstätte von keinem märkischen Taler Joachims bekannt ist.

Den Abschluß der landesherrlichen Münzprägung in Brandenburg bildet ein Achteltaler oder Engelgroschen von 1514. Der Engelgroschen schließt sich dem Feingehalt und Äußeren den sächsischen Engelgroschen, sog. Schreckenbergern, an. Zwischen 1510 und 1520 fanden zwischen Joachim I. und den sächsischen Fürsten Verhandlungen statt, um eine Übereinstimmung zwischen dem märkischen und dem sächsischen Münzfuß zu erreichen. Der Brandenburger Engelgroschen, möglicherweise eine Probeprägung, galt als kostbares Unikum im Münzkabinett Gotha; er ist heute verschollen.

Um den Kleingeldmangel in der Mark Brandenburg zu beheben, ordnete Kurfürst Johann Georg (1571–1598) im Jahre 1594 an, daß in den märkischen Städten, die von alters her geprägt haben, Pfennige geprägt werden sollten. Die Vorderseite sollte das kurbrandenburgische Zepter zeigen, die Rückseite das jeweilige Stadtwappen. Die Ausprägung dieser Pfennige hat stattgefunden, leider ist bisher kein Exemplar bekannt geworden. Bald danach tritt die Brandenburger Münze noch ein letztes Mal in Erscheinung. In der berüchtigten Zeit der Kipper und Wipper beteiligte sich natürlich auch die Stadt an der Münzprägung. Am Anfang des Jahres 1621 erteilte der Kurfürst Georg Wilhelm (1619–1640) der Neustadt und bald danach auch der Altstadt die Genehmigung zum Prägen von Pfennigen. Die Städte prägten kleine einseitige kupferne Pfennige mit dem Stadtwappen (Bahrfeldt II, 694 A, 695/6 N), zuerst 16 Stück auf den Groschen, dann mit kurfürstlicher Genehmigung 12 auf den Groschen gerechnet. Diese Pfennige sind alle selten.

Anmerkungen

1. G. Hatz, Deutsche Münzen des 11. Jahrhunderts. HBN Heft 24–26, 1970–1972, S. 57–60. Hamburg 1977
2. H. D. Kahl, Die Herrschaft Pribislaw-Heinrichs im Spiegel seiner Münzprägungen. Mitteldeutsche Forschungen, 30 I und II, S. 273–326 und 794–820, Böhlau-Verlag Köln-Graz 1964
3. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A VIII, 176
4. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A IX, 20
5. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A IX, 30
6. Gerken c. d. II p. 532 CCC
7. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A IX, 34
8. O. Tschirch, Des Engelbert Wusterwitz märkische Chronik, JHVB 43/44, S. 28, Brandenburg 1912
9. Vgl. H. D. Kahl, Slawen und Deutsche in der Brandenburgischen Geschichte des zwölften Jahrhunderts, Bd. II, S. 808
10. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis AIV, 130
11. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A VII, 220
12. Raumer, Codex Diplomaticus Brandenburgensis cont. I, 128
13. Bode, Das ältere Münzwesen der Staaten und Städte Niedersachsens, S. 191

Zinnfiguren in unserer Zeit

Von Detlef Kotsch

Zu den zweifellos faszinierendsten Gegenständen unserer Kulturgeschichte dürfte die Zinnfigur zu rechnen sein. Denn wer kann sich schon dem Reiz eines meisterlich gestalteten Dioramas entziehen? Wer hat nicht schon vor solchen mit Zinnfiguren gestalteten Szenen gestanden und bestaunt, wie wirklichkeitsnah das Leben in kleinen Kästen engefangen ist und uns die Geschichte lebendig in die Gegenwart gerückt wird.

Nicht selten wird bei diesem Verweilen auch Anerkennung für diejenigen aufkommen, die diese Dioramen geschaffen haben. Denn bei der Anfertigung eines Zinnfigurendioramas vereinigen sich künstlerisches Talent und handwerkliche Fertigkeiten mit allgemeiner Geschichtskenntnis und Wissen um das historische Detail. Und so mancher Betrachter wird sich die Frage gestellt haben, wer denn nun eigendlich diese Dioramen anfertigt.

Es handelte sich hierbei um volkskünstlerische Laienarbeit, die von Hobby-Zinnfigurensammlern geleistet wird. Das Zinnfigurensammeln ist eine Leidenschaft, der sich nicht wenige verschrieben haben; und die Popularität dessen ist ständig im Steigen begriffen. Im Kulturbund der DDR sind gegenwärtig rund 1000 Sammler vereinigt, die auf örtlicher Basis in Fachgruppen zusammenarbeiten. Dort trifft man sich, tauscht Zinnfiguren und Zubehör, stellt seine neuesten Errungenschaften vor, um das Urteil der anderen zu erfahren, oder befaßt sich mit Themen, die die Kenntnisse um das Zinnfigurensammeln vervollkommnen. Diese Fachgruppen vereinen Sammler aller Altersstufen, vom Oberschüler bis zum Rentner; dort tauscht der Facharbeiter mit dem Arzt seine Erfahrungen aus, dort betrachtet der Ingenieur und der Wissenschaftler kritisch die neuesten Arbeiten und dort berichtet der Lehrer dem Offizier vom erfolgreichen Einsatz von Zinnfiguren im Geschichtsunterricht.

Die Intensität des Sammelns und des Beschäftigens mit Zinnfiguren ist unterschiedlich. Der eine füllt damit seine gesamte Freizeit aus, der andere betreibt dies lediglich als interessanten Ausgleich zu anderen Dingen. Bei weitem nicht jeder Sammler baut Dioramen. Denn das erfordert viele Kenntnisse, Geschick und einige Zeit. Die meisten jedoch bemalen ihre Figuren selbst. Dazu ist es notwendig, die vom Hersteller neu angefertigte Figur zu entgraten und in mehreren Arbeitsgängen die Farben aufzutragen. Vorher jedoch muß entschieden werden, ob die Figur für ein Diorama verwendet werden soll oder nicht, denn danach richtet sich die Art des Bemalens. Um eine optimale Natürlichkeit zu erzielen, müssen u. a. Schatten aufgetragen werden; dazu muß man vorher wissen, von wo das Licht im Diorama einfallen soll. Darüber hinaus gilt es, noch vieles zu beachten. Ganz wichtig ist die genaue Kenntnis der Kleidung und der Architektur jener Zeit, in der die betreffenden Zinnfiguren angesiedelt sind. Da Militärfiguren ein be-



Zinnfigur, Offizin Meyerheine: Oberst der Garde-Jäger. Höhe der Figur: 6 cm.
Foto: Claus Herrmann

liebtes Sammelobjekt sind, sollte man sich als Sammler in Uniform und Bewaffnung, aber auch in Fragen des Reglements und der Kriegskunst sowie in vielen militärischen Details auskennen. Aber Dioramenbau erfordert auch genaueste Kenntnis der Natur. Es ist z. B. für einen Menschen unserer modernen Zeit, besonders für einen Städter, gar nicht so einfach, ein Pferd zu bemalen – denn woher nimmt er das Anschauungsmodell?

Hiermit sollten nur einige Probleme angedeutet werden, mit denen ein Sammler konfrontiert ist. Das gilt natürlich ebenso – oder noch mehr – für den Zinnfigurenhersteller, denn er legt den Grundstein für das Gelingen des Endprodukts – der bemalten Einzelfigur oder des Dioramas. Es gibt Hersteller, die zeichnen, gravieren und gießen die Figuren selbst. Häufig jedoch findet eine Arbeitsteilung statt. Insgesamt ist das Zinnfigurenherstellen ebenfalls eine Hobbytätigkeit, die allerdings höchste Meisterschaft verlangt. In der DDR gibt es etwa 50 Zinnfigurenhersteller. Der Sammler bezieht in der Regel seine Figuren direkt vom Hersteller, wofür ihm ein umfangreicher Katalog zur Verfügung steht, der vom Zentralen Fachausschuß Zinnfiguren der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik in Zusammenarbeit mit der „offizin zinnfigur" am Stadtmuseum Weimar herausgegeben und regelmäßig ergänzt wird. Dem Sammler steht eine Auswahl bereit, die von der Höhlenjagd am Ende der Altsteinzeit bis zum Fahnenblock der Freien Deutschen Jugend reicht. Der überwiegende Teil aller Zinnfiguren sind Flachfiguren mit der Bezugsgröße von drei Zentimetern in Augenhöhe. Durch dieses typische Maß ergibt sich eine große Kombinationsfähigkeit auch mit unterschiedlichen Serien von den verschiedensten Herstellern. Darüber hinaus existieren aber auch andere Maße für Flachfiguren. Sehr beliebt als Einzelstücke für den Sammler sind vollplastische Figuren.

Bekannt ist, daß mit dem Zinnfigurensammeln nicht erst in den letzten Jahren begonnen wurde. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, daß es Zinnfiguren schon vor mehreren Jahrtausenden gab, die vorwiegend als Kult- und Schmuckgegenstände Verwendung fanden. Von einigen Beispielen im Mittelalter abgesehen begann die umfangreiche Zinnfigurenproduktion im 17. Jahrhundert, vorwiegend in Frankreich. Der erste Höhepunkt in Deutschland, der eng mit der Stadt Nürnberg verbunden war, wurde im 18. Jahrhundert erreicht; dafür steht vor allem der Name der Familie Hilpert. Zu jener Zeit handelte es sich vorwiegend um Kinderspielzeug, doch gerade die Hilperts waren es, die sich um eine künstlerisch wertvolle Gestaltung bemühten. Von der Popularität der Zinnfiguren Anfang des 19. Jahrhunderts zeugt z. B., daß der „standhafte Zinnsoldat" zu Titelfigur und Hauptheld eines Märchens von Hans Christian Andersen wurde. Das 19. Jahrhundert wurde dann die Zeit der berühmten Offizinen, also der Zinnfigurenfabriken bzw. -manufakturen. Hervorzuheben ist dabei vor allem Ernst Heinrichsen, der 1848 die schon erwähnte Größe von drei Zentimetern für Flachfiguren einführte; Sohn Wilhelm und Enkel Ernst Wilhelm führten die berühmte Werkstatt des Meisters fort. Die Zinnfigurenherstellung beschränkte sich nun schon lange nicht mehr nur auf den süddeutschen Raum, sondern erfaßte das gesamte Land einschließlich Berlin und Potsdam. Nicht unbekannt ist auch



Zinnfigur, Dr. Peter Hoch: Der Potsdamer Revolutionär Max Dortu. Größe der Figur: 3 cm. Foto: Claus Herrman

die Offizin der Familie Meyerheine, die 1821 bis 1896 in mehreren Generationen die Zinngießerei in Potsdam betrieb. Heute befinden sich die noch vorhandenen Formen im Besitz des Bezirksheimatmuseums und werden sorgfältig restauriert.

Besonders setzte sich die Zinnfigurenherstellung aufgrund der günstigen Rohstofflage im Erzgebirge durch. Doch Zinnfigurenproduktion unter kapitalistischen Verhältnissen bedeutete auch brutalste Ausbeutung gerade derer, für die die Zinnfiguren gemacht wurden: der Kinder. Sie wurden als billige Arbeitskräfte, vor allem für die Massenbemalung, unter primitivsten Arbeitsbedingungen ausgenutzt. Ob ein solches Kind dann noch Freude fand am Spiel mit Zinnfiguren? –

Immer mehr begann die Zinnfigur zum Gegenstand von Sammlern zu werden, deren Einfluß schließlich bewirkte, daß die Zinnfigur zu dem wurde, was sie heute ist – zum kulturhistorischen Gegenstand. Nach und nach beeinflußten die Sammler nun direkt die Zinnfigurenherstellung, die Auswahl der Typen und deren Gestaltung. Schließlich begnügte man sich nicht mehr mit dem angebotenen Sortiment und begann selbst mit der Herstellung. Genannt sei der Name Ludwig Frank, dessen Figuren noch heute ein begehrtes Sammlerobjekt sind. Schließlich organisierten sich die Sammler in ihrem Mitte der 20er Jahre gegründeten Verein „CLIO". Und 1930 fand schon die erste Internationale Ausstellung kulturhistorischer Zinnfiguren in Leipzig statt.

Die Zinnfigurensammler, die in Fachgruppen beim Kulturbund der DDR zusammengeschlossen sind und dort einen nicht unbedeutenden Teil der Gesellschaft für Heimatgeschichte bilden, leisten eine aktive Arbeit. Regelmäßige öffentliche Ausstellungen auf örtlicher und zentraler Ebene stellen Höhepunkte dar; erinnert sei an die zentrale Ausstellung in Weimar im Jahre 1976, die in der Öffentlichkeit großen Anklang fand.

Bedeutungsvoll ist die Unterstützung, die die Sammler durch den Kulturbund und speziell durch den zentralen Fachausschuß Zinnfiguren erhalten. Hervorzuheben sind die gedruckten Arbeitsmaterialien, die regelmäßig herausgegeben werden, sowie zentrale Lehrgänge für Graveure oder zur Vervollkommnung der Fertigkeiten beim Bemalen und Dioramenbau.

Die Fachgruppe Zinnfiguren in Potsdam wurde erst vor wenigen Jahren gegründet. Sie faßte jene zusammen, die schon seit geraumer Zeit selbständig sammelten, und gewann eine beträchtliche Zahl neuer Sammler. Heute vereinigt die Gruppe weit über 20 Mitglieder. Im Februar 1980 führte sie eine Ausstellung unter Beteiligung von Sammlern aus Berlin durch, die mit über 14 000 Besuchern in nur neun Tagen eine gewaltige Publikumswirksamkeit entwickelte. Durch eine niveauvolle, ausgewogene und interessante Gestaltung wurde mit dieser Ausstellung für viele Werktätige ein kulturelles Erlebnis geschaffen. Die Fachgruppe konnte damit einen kleinen Beitrag zur Geschichtspropaganda und Ausbildung des Traditionsbewußtseins leisten. Dem diente vor allem die kollektive Anfertigung eines großen Dioramas, das eine Begebenheit aus der Revolution von 1848/49 darstellt: Potsdamer Bürger unter Führung von Maximilian Dortu unterbrechen die Eisenbahnlinie Potsdam-Berlin, um die Verlegung von Truppen der Potsdamer Garnison

zur Niederschlagung der Revolutionäre in der preußischen Hauptstadt zu verhindern.
Mit diesem Thema griff die Gruppe nicht irgendein historisches Thema auf, sondern widmete sich bewußt den progressiven Traditionen der Stadt Potsdam selbst. Denn allzu oft wird Potsdam undifferenziert mit Hohenzollernmonarchie und „Langen Kerls" identifiziert. Dabei hat die Stadt bedeutende fortschrittliche Traditionen aufzuweisen; es gilt, diese noch verstärkter in ihrer gesamten Dialektik in den Vordergrund zu rücken. Potsdam gehörte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts lange nicht zu den Zentren der industriellen und sozialen Vorwärtsentwicklung. Doch Potsdam stand auch nicht außerhalb dieses Prozesses, wobei die frühzeitige Einbeziehung der Stadt in das schnell wachsende Eisenbahnnetz sicher keine untergeordnete Rolle gespielt haben dürfte. Unbedingt erwähnt werden muß die Gründung der Eisenbahnwerkstätten auf dem Gelände des Potsdamer Gutes in der Teltower Vorstadt. Doch insgesamt barg die soziale Struktur noch nicht die Potenzen für ein konsequentes revolutionäres Vorwärtsdrängen in sich. Die 400 Weber aus Nowawes stellten schließlich noch kein Proletariat dar. So kam es während der Revolution auch zu keinen bedeutenden eigenständigen Aktionen. Aber die demokratischen Kräfte der Stadt standen nicht abseits von den revolutionären Ereignissen. Sie entschlossen sich unter der Leitung des erst 22jährigen Dortu, einen Beitrag zur Abwehr des Konterrevolutionären Gegenschlages im Herbst 1848 zu leisten, indem sie die militärische Verstärkung der Konterrevolution durch die Verhinderung von Truppentransporten nach Berlin blockieren wollten. Es ging um die Rettung der preußischen Nationalversammlung. Die Eisenbahnlinie vor Potsdam wurde aufgerissen, die Telegraphenmasten umgelegt. Doch der Sieg der Konterrevolution konnte damit nicht mehr aufgehalten werden. Dortu mußte nach Brüssel und Paris emigrieren, wo er mit Karl Marx bekannt wurde. Später nahm Dortu an der Reichsverfassungskampagne teil. Er wurde zum Führer des Volksaufstandes in Freiburg. In der badischen Volksarmee kämpfte er als Offizier gegen die militärische Macht der Konterrevolution und gehörte zu den Verteidigern der Festung Rastatt. Gemeinsam mit 27 anderen Revolutionären wurde er am 31. Juli 1849 von preußischem Militär hingerichtet. Insgesamt war Dortu die wohl herrausragendste Persönlichkeit, die Potsdam in der Revolution von 1848/49 hervorgebracht hatte.
Um das Diorama möglichst wirklichkeitsnah anfertigen zu können, wurde vor allem eine Figur des Maximilian Dortu benötigt. Diese Aufgabe löste Bundesfreund Dr. Peter Hoch, der eine Zeichnung nach den wenigen vorhandenen Abbildungen anfertigte und die Gravur besorgte. Das Diorama wird mit der Neueröffnung des Potsdamer Bezirksmuseums dort seinen ständigen Platz finden.
Zinnfiguren sind heute kein Gegenstand für Geschichtstümelei. Sie stellen vielmehr eine interessante Form der Freizeitbeschäftigung dar, die sowohl künstlerische Meisterschaft fordert und fördert als auch interessante Einblicke in das Leben der Menschen in Geschichte und Gegenwart eröffnet.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner und Joachim Schulz

Bibliographische Informationsmittel zur Regionalgeschichte der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam:

- Brandenburgische Literatur, Regionalbibliographie für die Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, Potsdam 1 (1958) ff.
- 30 Jahre Bodenreform (1975)
- Potsdams Partnergebiete im sozialistischen Ausland (1976)
- 30 Jahre SED (1976)
- Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Postdam (1977)
- Die Novemberrevolution in Deutschland und die Gründung der KPD (1978)
- Potsdamer Straßennamen (1978) – Waldstadt I, Zentrum Ost, Am Stern
- Potsdam-Literatur (1979)
- Potsdamer Straßennamen (1980) Babelsberg
- Das Havelländische Obstanbaugebiet (1980)
- Preußische Geschichte in der Literatur (1980)
- Bilanzen. 30 Jahre Verwaltungsreform in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam (1982)

Für weitergehende Studien wird empfohlen:

Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg. Bearbeitung: H.-J. Schreckenbach

Teil I Allgemeines, 452 S., Weimar 1970

Teil II Einz. Landschaften, Familien und Personen, 433 S., Weimar 1971

Teil III Orte A – M, 584 S., Weimar 1972

Teil IV Orte N – Z, 398 S., Weimar 1974

Historisches Ortslexikon für Brandenburg. Bearbeitung: L. Enders

Teil I Prignitz. XVI, 463 S., Weimar 1962

Teil II Ruppin. XIX, 327 S., Weimar 1970

Teil III Havelland. XX, 452 S., Weimar 1972

Teil IV Teltow. XX, 396 S., Weimar 1976

Teil V Zauch - Belzig. XXII, 527 S., Weimar 1977

Teil VI Barnim. XIX, 676 S., Weimar 1980

Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR, Bezirk Potsdam. Hrsg. Institut für Denkmalspflege. Berlin, Henschelverlag Kunst und Gesellschaft, 1979. 475 S., Abb.

Quellenpublikationen, Dokumentationen und Erinnerungsbände über den Bezirk Potsdam

Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1871 bis 1917. Hrsg.: Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Staatsarchiv Potsdam, Institut für Geschichte der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Potsdam 1968, 191 S. Beiheft, Potsdam 1967, 117 S.

Dokumente und Materialien zu den sozialistischen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1917 bis 1923.
Hrsg.: Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Staatsarchiv Potsdam, Institut für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Potsdam 1968, 272 S.

Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1924 bis 1929.
Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Abteilung Agitation und Propaganda, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Sektion Germanistik-Geschichte, Lehrkollektiv Deutsche Geschichte, der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam, Potsdam 1975, 327 S.

Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1929 bis 1933.
Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Abteilung Agitation und Propaganda, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam, Sektion Germanistik-Geschichte, Lehrkollektiv Deutsche Geschichte, Potsdam 1974, 351 S.

Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933–1939.
Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, in Verbindung mit den Bezirkskomitees Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Staatsarchiv Potsdam, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam, Sektion Germanistik, Geschichte, Musikerziehung, Fachrichtung Geschichte, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Potsdam 1978, 548 S.

Solidaridad Pasaremos. Erlebnisberichte von Interbrigadisten des Bezirkes Potsdam.
Hrsg.: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Bezirkskomitee Potsdam und Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1981, 191 S.
Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg.

Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Bezirksleitung Potsdam der SED, Potsdam 1966, 143 S.

Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg. Abriß der Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg von Karl Urban. Dokumentation zur Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg von Joachim Schulz, Karl Urban und Werner Wölk.
Hrsg.: SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirksparteiarchiv, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Bezirkskabinett für die Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1976, 332 S., Abb.

Freundschaft – Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem Territorium des ehemaligen Landes Brandenburg, Teil 1 1945–1949.
Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam in Verbindung mit der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirkskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Potsdam, Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Potsdam 1975, 377 S., Abb.

Freundschaft – Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem Territorium des Bezirkes Potsdam. Teil 2 1949–1962.
Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam in Verbindung mit der Bezirksleitung Potsdam der SED – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirkskomitee Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Potsdam 1977, 372 S., Abb.

30 Jahre DDR – 30 Jahre sozialistische Staatsmacht. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht. Dargestellt an Beispielen aus den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam.
Hrsg.: Rat des Bezirkes Cottbus, Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder, Rat des Bezirkes Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1979, 44 S. (Sammelmappe mit Bildern und Dokumenten).

Der Bezirk Potsdam in 30 Jahren DDR. (Umschlagtitel: Der Havelbezirk in unseren Tagen.)
Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit.-Prop., Potsdam 1979, 144 S., Abb.

Bilanz auf gutem Weg.
Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit.-Prop., Potsdam 1975, 20 Bl. (Bildmappe).

Bilanz auf gutem Weg. 1976–1980 Bezirk Potsdam.
Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit.-Prop., Potsdam 1981, 23 Bl. (Bildmappe)

Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht im Bezirk Potsdam. 1952–1982 Dreißig Jahre Bezirk Potsdam.
Hrsg.: Rat des Bezirkes Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1982, 47 Bl., III. (Sammelmappe).

Geschichtskalender

1976. 30 Jahre Vereinigung von KPD und SPD Provinz Brandenburg.
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1976, 26 S., Abb.

1977. 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – 30. Jahrestag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1917-1977, 1947-1977,
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1977, 26 Bl., Abb.

1978. 60 Jahre Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für Frieden und Sozialismus.
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1978, 26 Bl., Abb.

1979. Die DDR – unser sozialistisches Vaterland. 30 Jahre sozialistische Entwicklung im Bezirk Potsdam.
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1979, 26 Bl., Abb.

1980. 35 Jahre erfolgreiche Agrarpolitik im Bezirk Potsdam,
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1980, 26 Bl., Abb.

1981. Aktivisten, Neuerer, Wettbewerbsinitiatoren im Bezirk Potsdam.
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1981, 12 Bl., Abb.

1982. Politische Plakate.
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1982, 12 Bl., Abb.

Darstellungen über den Bezirk Potsdam

Rückert, Otto: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (1871–1917) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Karl Liebknechts. (Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam Heft 8)
Hrsg.: Bezirksheimatmuseum Potsdam, Bezirksleitung der SED Potsdam. Teil 1 bis 3, Potsdam 1965

Rückert, Otto: Karl Liebknecht (1871–1971) – Führer der Parteiorganisation des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland, Potsdam 1971, 75 S., Abb.

Adamy, Kurt: Die Eltern Karl Liebknechts. Zwei biographische Skizzen mit einem Anhang von Karl-Liebknecht-Gedenk- und Einnerungsstätten im Bezirk Potsdam.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Potsdam – Kommission zur Erfoschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1975, 32 S., Abb.

Der wehrhafte Kampf der deutschen Arbeiterklasse im Roten Frontkämpferbund – eine hervorragende Kampftradition für die sozialistische Wehrerziehung. Gekürztes Protokoll einer propagandistischen Konferenz am 30. Mai 1974 in Potsdam.
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Abt. Agit.-Prop., Militärgeschichtliches Institut der DDR, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam, Sektion Geschichte/Germanistik, Lehrkollektiv Deutsche Geschichte, Potsdam 1974, 36 S., Abb.

Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952–1961 (Abriß, Erinnerungsberichte, Statistiken, Chronik, Karten, Bilder).
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam – Sektion Germanistik/Geschichte/Musikerziehung, Fachrichtung Geschichte, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Potsdam 1977, 91 S., Abb.

Franz, Werner: Zur Geschichte der Kampfgruppen des Bezirkes Potsdam von 1953 bis zur Gegenwart.
Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, 1978, 212 S.

Schüller, Herbert: Die Entwicklung der Volkssolidarität im Bezirk Potsdam.
Hrsg.: Bezirksausschuß der Volkssolidarität Potsdam, Potsdam 1979, 56 S., Abb.

Minsk – Potsdam.
Hrsg.: SED Bezirksleitung Potsdam, Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Rat des Bezirkes Potsdam, FDGB Bezirksvorstand Potsdam, Potsdam 1975, 60 S., Abb.

30 Jahre DDR. Entwicklung der Berufsausbildung im Bezirk Potsdam.
Hrsg.: Bezirkskabinett für Weiterbildung der Kader der Berufsausbildung, (als Manuskript gedruckt) Potsdam 1979, 116 S.

Kreise des Bezirkes Potsdam

Brandenburg (Stadt- und Landkreis)

Heß, K., Bogedein, B.: Beiträge zum antifaschistischen Widerstandskampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD in der Stadt Brandenburg in den Jahren 1933 bis 1945. Teil 1: 1933–1939, 35 S., Abb.; Teil 2: 1939–1945, 64 S., Abb.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Brandenburg, Brandenburg 1975.

Zeittafel. 30 Jahre Deutsche Demokratische Republik – 30 Jahre VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg.
Hrsg.: Zentrale Parteileitung der BPO des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg, Brandenburg 1979, 56 S.

Beiträge zur Geschichte von Kloster und Ort Lehnin (1180–1980). Axel Goldmann, Friedrich Karl Grasow, Günter Mangelsdorf.
Hrsg.: Rat der Gemeinde Lehnin, Lehnin 1980, 48 S., Abb.

1000 Jahre Zitz, 973 bis 1973.
Hrsg.: Rat der Gemeinde Zitz, 1973

Chronik der Stadt Brandenburg (Havel). 1979.
Hrsg.: Stadtarchiv Brandenburg. Teil 1: 1945–1946; Teil 2: 1947–1949; 1979. Teil 3: Januar 1950–Juli 1952, Brandenburg 1981

Das Wort des VIII. Parteitages wurde eingelöst!
Hrsg.: SED Betriebsparteiorganisation des VEB IFA Getriebewerke Brandenburg, (1976), 40 S.

Brandenburg Stadtführer (Brandenburger Blätter – Band 1). Günter Mangelsdorf, Günter Weigelt.
Hrsg.: Museum der Stadt Brandenburg. Brandenburg 1977, 104 S., Abb.

Beiträge zur Regionalgeschichte des Brandenburger Havellandes. (Brandenburger Blätter – Band 2)
Hrsg.: Günter Mangelsdorf im Auftrag des Museums Brandenburg, Brandenburg/Havel 1979, 96 S., Abb.

Brandenburger Blätter, Band 3.
Hrsg.: Museum der Stadt Brandenburg, Brandenburg 1981, 96 S.

Gransee

Kreis Gransee – Befreiung vom Faschismus.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, (Revolutionäre Traditionen – Heft 1 –), (1981), 39. S., Abb.
Abb.

Die führende Rolle der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Gransee 1952–1961.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung der SED Gransee, (Revolutionäre Traditionen – Heft 2 –), (1981), 69 S.

Jüterbog

Die schwerste Prüfung, ungebrochen und in Ehren bestanden. Aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands Ortsgruppe Jüterbog und dem revolutionären Wirken des Vorsitzenden der KPD-Ortsgruppe Erich Jeserick. Autor: Willi Hahmann. (Umschlagtitel: Die schwerste Prüfung).

Hrsg.: SED Kreisleitung Jüterbog, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, (1979), 123 S., Abb.

800 Jahre Stadtrecht Jüterbog, 1174–1974.
Hrsg.: Rat der Stadt Jüterbog, 1974, 38 S., 1 Kt.

Königs Wusterhausen

Petzold, W., Piel, E.: Wir tragen eine Fahne. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die militaristische Reaktion in Schenkendorf und anderen Orten des heutigen Kreises Königs Wusterhausen im März 1920.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Königs Wusterhausen der SED (Reihe Lebendige Geschichte, Heft I), 1975

Höhne, J.: An keinem Tage ruhte der Kampf. Der antifaschistische Widerstandksampf im Wildauer Werk der Berliner Maschinenbau AG, vormals Schwartzkopff.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Königs Wusterhausen, (Reihe Lebendige Geschichte, Heft 2), 1976, 48 S.

... denn das alles tat ich für euch. Helden des antifaschistischen Widerstandes aus dem heutigen Kreis Königs Wusterhausen (Lebensbilder – Briefe – Erinnerungen – Dokumente).
Hrsg.: Kommisison zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Königs Wusterhausen, (Reihe Lebendige Geschichte, Heft 3, 1977, 40 S., Abb.

Sußmann, H.: Teupitz und das Schenkenländchen. Eine chronistische Betrachtung zur 600-Jahr-Feier der Stadt Teupitz.
Hrsg.: Rat der Stadt Teupitz, 1974, 100 S.

Wir schützen unsere sozialistische Heimat. Zur Geschichte der Kampfgruppen der Arbeiterklasse im VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau" Wildau, Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit. Sonderdruck der Betriebszeitung „Schwungrad" im Auftrage der Leitung der BPO des VEB Schwermaschinenbau Wildau, 1978, 67 S., Abb.

Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. Dietz Verlag Berlin 1981, 126 S., Abb.

Zwischen dem VIII. und IX. (Parteitag). Fünf erfolgreiche Jahre im Kreis Königs Wusterhausen.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Königs Wusterhausen, 1976, 29 S., Abb.

Kyritz

Stephan, H.: Die demokratische Bodenreform – erster Schritt auf dem Wege zur endgültigen Befreiung der Bauern (dargestellt am Beispiel des Landkreises Ostprignitz im ehemaligen Land Brandenburg).
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Kyritz der SED, Kyritz 1965, 83 S., Abb.

Beiträge zur Geschichte der demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg (Referate und Diskussionsbeiträge der am 29. September 1965 in Kyritz veranstalteten wissenschaftlichen Konferenz „20 Jahre Bodenreform – 20 Jahre sozialistische Agrarpolitik").
Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam und SED-Bezirksleitung, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1966, 76 S.

Gebhard, H.: Zur Geschichte unserer Kreisstadt Kyritz. Von den Anfängen bis 1945.
Hrsg.: Kreiskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Kyritz, 1972, 18 S.

Luckenwalde

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten. Dem 30. Jahrestag der Befreiung des Gebietes Luckenwalde vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee gewidmet.
Hrsg.: Kreiskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Luckenwalde-Jüterbog, 1975, 36 S.

Fiedler, H.: Zehn Schritte unseres Weges. Episoden und Erlebnisse aus der Geschichte der Freien Deutschen Jugend und der Entwicklung der Volksbildung.
Hrsg.: Abt. Volksbildung beim Rat des Kreises Luckenwalde, (1979), 52 S., Abb.

100 Jahre Luckenwalder Beschläge 1878–1978.
Bilanz zwischen zwei Parteitagen. Kreis Luckenwalde Januar 1981.
Hrsg.: Agitationskommission bei der SED Kreisleitung Luckenwalde, (1981), 20 S., Abb.

Nauen

Döbbelin, W.: Versuch einer Würdigung des Jungkommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfers Erich Meier.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Verbindung mit dem Kreiskomitee Nauen der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, FDGB-Kreisvorstand Nauen, 1979, 54 S., Abb.

Neuruppin

Vom schweren Anfang. Erlebtes und Unvergessenes aus den ersten Jahren aufgezeichnet von Lisa Riedel, Kurt Rienaß, Ernst Metz, Günter Modrow, Werner Stahlbaum.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Neuruppin, Kulturbund der DDR. (Schriftenreihe: Revolutionäre Traditionen – lebendige Geschichte, Heft 1/1978), 39 S., Abb.

Kämpfende Klasse. Ein Beitrag zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im Kreis Ruppin seit 1848.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung der SED Neuruppin, (Schriftenreihe Revolutionäre Traditionen – lebendige Geschichte, Heft 2/1980), 16. S.

Ruppiner Landarbeiterstreik 1922. Damals rechtlose, ausgebeutete, kämpfende Landarbeiter – heute Herren ihres sozialistischen Landes.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Neuruppin, (Schriftenreihe Revolutionäre Traditionen – lebendige Geschichte, Heft 3/1982), 40 S., Karten, Abb.

Unser Werk: Gewachsen mit unserer Republik. 25 Jahre VEB Elektro-Physikalische Werke Neuruppin.
Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation und Betriebsleitung des VEB Elektro-Physikalische Werke Neuruppin, Betrieb im Kombinat VEB Elektronische Bauelemente, Neuruppin 1976, 32 S., Abb.

30 Jahre DDR. Bilanz des Kreises Neuruppin. Für unser eigenes Wohl – zum Nutzen des Ganzen.
Hrsg.: Kreisleitung Neuruppin der SED und Rat des Kreises Neuruppin, Neuruppin 1979, 40 S.

Oranienburg

25 Jahre LPG im Kreis Oranienburg.
Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, 1978, 14 S.

Katzorreck, S., Wehner, G.: Der illegale Kampf in den Jahren 1933–1945 auf dem Territorium des heutigen Kreises Oranienburg.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, Oranienburg 1973, 61 S., Abb.

Glienicke – unser Heimatort. Aus Vergangenheit und sozialistischer Gegenwart.
Hrsg.: Ortsparteileitung der SED Glienicke, 1979, 96 S., Abb.

Potsdam (Stadt- und Landkreis)

Potsdam /Brockhaus-Stadtführer/ von Hans-Joachim Giersberg und Hartmut Knitter,
Hrsg.: VEB F. A. Brockhaus Verlag Leipzig 1974, 184 S., Abb., Karten, Lit.-Angaben

Potsdam.
Hrsg.: Potsdam-Information, 96 S., (Bildband, Einleitung und textliche Gestaltung Ursula Müller, Otto Höchst), 1981

Die lebendige Bewahrung der revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse an den Schulen im Stadt- und Kreisgebiet Potsdam.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Heft 1 Potsdam 1970, Heft 2 Potsdam 1972

Zur Geschichte des Roten Frontkämpferbundes (RFB) und seiner Entwicklung in Potsdam-Nowawes. Mit Beiträgen von K. Finker, K. Vogel, F. Schwuchow, W. Schmidtke.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Potsdam 1974, 51 S.

K. Adamy, H. Jordan, J. Kirst: Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung in der Stadt und im Kreis Potsdam, Potsdam 1976, 72 S.

A. van Pee, H.-J. Schreckenbach: 20 Jahre sozialistische Entwicklung im Havelländischen Obstanbaugebiet. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur sozialistischen Umgestaltung unter Führung der Kreisparteiorganisation der SED.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Teil 1: 1957–1962, Potsdam 1977; Teil 2: 1963–1975, Potsdam 1979

Im Auftrag der Partei. Aus den Anfängen der FDJ-Arbeit in Potsdam 1946–1949. Mit einem Vorwort von A. Köttig und Beiträgen von: K. Adamy, W. Bergemann, W. Dornbusch, G. P. Fedorjak, M. Grüttner, G. Horn, K.-H. Michael, A. Schlegel, H.-L. Stark, F. Staufenbiel, K. J. Stroilowa, H. Wegner.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Potsdam 1977, 144 S.

Potsdam im Bild der Geschichte. Schulte, Dieter, Knitter, Hartmut,: Teil I: Von den Anfängen bis zum Jahre 1945.
Hrsg.: Bezirksmuseum Potsdam, 104 S., Potsdam 1979

VEB Autobahnkombinat, Betrieb Nord, Potsdam. 20 Jahre im Dienste des Verkehrsbaus, Potsdam 1973, 48 S., Abb.

20 Jahre Betriebsschule „Bruno Kühn". (VEB Elektronische Bauelemente Teltow), Teltow 1972, 51 S., Abb.

Unser Werk. Wachsen und Wirken des Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam unter den Bedingungen von 25 Jahren Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR.
Hrsg.: BPO der SED des RAW Postdam, Potsdam 1974, 48 S.

Wandtke, Achim: 10 Jahre VEB (K) Wohnungsbaukombinat Potsdam 1964–1974, Potsdam 1974, 68 S., Abb.

VEB Energiekombinat Mitte, Energieversorgung Potsdam.
Hrsg.: VEB Energiekombinat Mitte, EV Potsdam, (1979)

Geschichte der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. Die ersten Schritte der Deutschen Verwaltungsakademie. Teil 1: 1947–1950. Ausgearbeitet von der Kommission der Akademieparteileitung der SED

zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte. Potsdam-Babelsberg 1981, 90 S.

25 Jahre Fachschule für Archivwesen Potsdam.
Hrsg.: Fachschule für Archivwesen, Potsdam 1980, 44 S., Abb.

25 Jahre Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam. Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam, Sonderdruck.
Hrsg.: Rektor der Hochschule, Potsdam 1973, 192 S., Abb.

Vom Werden und Wirken der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam.
Hrsg.: Rektor der Hochschule. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1976.

25 Jahre Hochschule für Film und Fernsehen. Versuch einer historischen Bilanz. (Aufsätze und Dokumentationen über Film und Fernsehen, Sonderband 1/79).
Hrsg.: Hochschule für Film und Fernsehen der DDR, (1979), 409 S., Abb.

Zur DEFA-Geschichte. Spielfilme 1946–1949. (Aufsätze und Dokumentationen über Film und Fernsehen, Sonderband 1/81).
Hrsg.: Hochschule für Film und Fernsehen der DDR, (1981), 380 S.

Unsere Karl-Marx-Werker im 25. Jahr der Republik. Notizen aus unserem Alltag. Aufgeschrieben von einem Autorenkollektiv der BPO des Karl-Marx-Werkes.
Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED, (1974), 32 S., Abb.

Chronik der FDJ-GO „Anton Saefkow" VEB GRW Teltow STW „Wilhelm Pieck", o. J. (1976), 60 S.

Potsdam – Bilanz zwischen zwei Parteitagen.
Hrsg.: Rat der Stadt Potsdam, 1976, 53 S., Abb.

750 Jahre Bergholz – Rehbrücke. Rat der Gemeinde Bergholz-Rehbrücke, 1978, 48 S.

Blütenstadt Werder. Heimatgeschichtliche Beiträge.
Hrsg.: Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, in Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt Werder, Werder 1981

30 Jahre zuverlässiger Partner der Volkswirtschaft. Zeittafel 30 Jahre Güterkraftverkehr Potsdam.
Hrsg.: SED Parteileitung des VEB Güterkraftverkehr Potsdam, o. O. (1981), 44 S.

Pritzwalk

Vom Ich zum Wir. Sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Erinnerungen an die Jahre 1952–1960 im Kreis Pritzwalk.
Hrsg.: Kreisleitung Pritzwalk der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Pritzwalk 1980, 39 S., Abb.

Rathenow

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten. Die Tage der Befreiung des Kreises Rathenow durch die ruhmreiche Sowjetarmee.
Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Rathenow, 1975, 23 S.

Im Kampf geboren. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Rathenow Mai 1945 bis April 1946. Autoren: W. Hamann, K. Keil, K. Schuster.
Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Rathenow, 1976, 71 S., Abb.

Müller, K.-H., Dittrich, W.: Polyester contra Pulver. Zur Geschichte des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" Premnitz.
Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission im Auftrage der Betriebsparteiorganisation der SED, Berlin 1971, 342 S. Abb.

Bilanz unserer Erfolge – Polyester 1979. Das Chemiefaserwerk „Friedrich Engels" Premnitz im 30. Jahr der DDR.
Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED, Betriebsgeschichtskommission, 1979, 55 S., Abb.

Rathenower Heimatkalender (erscheint jährlich)
Hrsg.: Kulturbund der DDR, Rathenow 1957 ff.

Wittstock

Wittstocker Lesebogen.
Hrsg.: Rat der Stadt Wittstock, 1973, 16 S.

Sommerfeld, H.: Belower Wald in der Wittstocker Heide. 23.–29. April 1945. Ein Teil der Geschichte des Todesmarsches aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Wittstock, Wittstock 1978, 29 S., Abb.

Zossen

Wietstruk, S.: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg und für den Übergang zum Sozialismus. Kreis Teltow von 1932–1948.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1976, 116 S.

Wietstruk, S.: Frei ward der Bauer. 1945-1975. 30 Jahre marxistisch-leninistische Agrarpolitik – 30 Jahre Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1975, 52 S.

Wietstruk, S.: Vom Kreis Teltow zum Kreis Zossen 1949–1952.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1978, 79 S.

Wietstruk, S.: Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Zossen 1952–1962.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1981, 151 S., Abb.

Unseres eigenen Glückes Schmied.
Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, (1981), 91 Bl. (Bildmappe, Bild-Text-Chronik, Bilanz zum X. Parteitag der SED)

Was des Volkes Hände schufen, ist des Volkes Eigentum. Beiträge aus der Betriebsgeschichte des VEB IFA-Automobilwerkes Ludwigsfelde.
Hrsg.: Parteileitung der SED, 1973, 30 S.

Bilanz des Autowerkes zwischen dem VIII. und IX. Parteitag.
Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED, Ludwigsfelde 1975, 23 S., Abb.

Peters, J.: 600 Jahre Blankenfelde (Kreis Zossen).
Hrsg.: Rat der Gemeinde Blankenfelde, 1975, 67 S., Abb.

600 Jahre Rangsdorf (Festschrift).
Hrsg.: Rat der Gemeinde Rangsdorf, 1975, 101 S.

550 Jahre Kallinchen 1430–1980.
Hrsg.: Rat der Gemeinde Kallinchen, 1980, 32 S.

Zossener Heimatkalender (erscheint jährlich)
Hrsg.: Rat des Kreises Zossen 1957 ff.

Wietstruk, S.: Gedenkstätte Baruth – Erinnerung und Verpflichtung.
Hrsg.: Kreisvorstand Zossen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft und Rat der Stadt Baruth, Zossen 1981, 16 S., Abb.

Biographien

Mitgestalter der Geschichte – Wegbereiter unserer Zeit.
Biographische Skizzen. (Werner Abel, Paul Bismark, Bruno Brockhoff, Franz Brüning, Ferdinand Effenberger, Georg Fickelscheer, Otto Gramm, Paula Gürth, Hans Hein, Willy Jentsch, Walter Junker, Walter Klausch, Albert Klink, Heinrich Luther, Otto Meier, Robert Neddermeyer, Fritz Perlitz, Kurt Poltiniak, Lotte Pulewka, Bruno Rehdorf, Erich Reimer, Herbert Ritter, Fritz Schmenkel, Fritz Seiffert, Wilhelm Staab, Antonie Stemmler, Albert Wiebach, Arthur Wölk, Martha Wölk, Wilhelm Zimdars).
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Potsdam in Verbindung mit dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR – Bezirks- und Kreiskomitee Potsdam, Potsdam 1980, 203 S., Abb.

Adamy, K. *Wilhelm Liebknecht,* 1826–1900. Daten aus seinem Leben und seiner politischen Tätigkeit. Mit einem Anhang von Wilhelm-Liebknecht-Gedenkstätten in der DDR.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Potsdam, Potsdam 1976, 96 S., Abb.

Biographische Dokumentation über das Leben des Genossen *Peter Lamberz* 1897–1968. Erarbeitet von der Arbeitsgemeinschaft Junge Historiker der Peter-Lamberz-Oberschule Bergfelde.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, Oranienburg 1976, 40 S.

Heinz Bartsch 1906–1944.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Oranienburg in Zusammenarbeit mit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Oranienburg 1979, 40 S., Abb.

Katzorrek. S.: Aus dem Leben des Arbeiterfunktionärs *Otto Scharfschwerdt.*
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, 1972, 16 S.

Pätzold, G., Barnth, H.: Kämpfer seiner Klasse. Erinnerungen aus dem Leben und dem Kampf des Genossen *Max Herm* und seiner engsten Kampfgefährten.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Brandenburg. Brandenburg 1974, 64 S., Abb.

Versuch der Würdigung des Jungkommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfers *Erich Meier.*
Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Nauen, 1979, 54 S.

Ernst Lück – ein Leben des Kampfes für die Ziele der Arbeiterklasse.
Hrsg.: VEB Obertrikotagenbetrieb „Ernst Lück" Wittstock, o. J.,

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR wurde am 17. Januar 1979 gegründet. Das Präsidium des Kulturbundes der DDR berief Prof. Dr. Willibald Gutsche zum Vorsitzenden der Gesellschaft für Heimatgeschichte.

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR vereinigt Bürger aller Berufe und Generationen, die an der Beschäftigung mit der Heimatgeschichte, an ihrer Erforschung und Propagierung, an der Nutzung ihrer Erkenntnisse, Erfahrungen und Traditionen interessiert sind. In ihr wirken die Mitglieder des Kulturbundes zusammen, die sich in ihrer Freizeit bereits mit der Heimatgeschichte, der Führung von Chroniken, der Ur- und Frühgeschichte, der Volkskunde und heimatbezogenen Kulturgeschichte, der Numismatik und der Zinnfigur beschäftigen.

Die Gesellschaft ist offen für weitere heimatgeschichtliche Interessengebiete. Sie fördert die Herausbildung neuer mannigfacher Betätigungsmöglichkeiten in der ganzen Breite regionaler Geschichte.

Die Erschließung der geschichtlichen Entwicklung der Heimat ist für das Verständnis des historischen Weges der Entstehung, des Wachstums und und der Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik, unseres sozialistischen Vaterlandes, für ihre Gestaltung unerläßlich. (Aus den Leitsätzen der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR)

Am 7. November 1979 übergab Prof. Dr. Albert Wilkening an 22 Kulturbundmitglieder die Berufungsurkunden als Mitglied des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte wurde Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Abteilungsleiter im Staatsarchiv Potsdam. Am 11. April 1981 wurde die erste Bezirkskonferenz der Gesellschaft durchgeführt. Von den 66 Delegierten wurde der Bezirksvorstand der Gesellschaft gewählt. Vorsitzender des Bezirksvorstandes wurde wiederum Dr. Hans-Joachim Schreckenbach. Der Bezirksvorstand hat seinen Sitz im Bernhard-Kellermann-Haus.

Anschrift:

Kulturbund der DDR
Gesellschaft für Heimatgeschichte
Bezirksvorstand Potsdam
1500 Potsdam
Mangerstr. 34/36

Autoren:

Heinz Beutel, Stadtarchiv Brandenburg (Havel),

Ulrich Buckholz, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kulturgeschichte/Volkskunde Brandenburg (Havel),

Wolfgang Fried, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Numismatik Brandenburg (Havel),

Dorothee Geßner, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte,

Dr. Hans-Joachim Giersberg, Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam, Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Denkmalpflege,

Detlef Kotsch, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kulturhistorische Zinnfiguren Potsdam,

Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Staatsarchiv Potsdam, Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR,

Joachim Schulz, Bezirksparteiarchiv der Bezirksleitung der SED Potsdam, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte,

Dr. sc. Klaus Vetter, Humboldt-Universität Berlin,

Dr. Heinz-Joachim Vogt, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Lothar Wand, Mitglied des Kreiskomitees Zossen der Antifaschistischen Widerstandskämpfer

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam

Heft 2

Potsdam 1983

„Märkische Heimat"
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 2
Potsdam 1983

1983
137

Universität Potsdam
Universitäts-bibliothek
Inventarnr.
05017134

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:
Karl-Marx-Werk Potsdam-Babelsberg, Wegener-Korfes, Staude, Dost, Eulenstein, Fried, Darr

Reproduktionen: Foto-Herrmann, Foto-Lemcke

Redaktionsschluß: 27. September 1983. Manuskriptsendungen an Redaktion „Märkische Heimat", 1500 Potsdam, Mangerstr. 34/36

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin

Druck: Druckerei „Franz Maecker" Neuruppin I-14-1 P 197/83
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam

F18/83

EVP: 5,– M

Inhalt

Seite

Im Geiste von Karl Marx 5
von Hans Gallinat und Joachim Schulz

Martin Luther und die Mark Brandenburg 13
von Joachim Schulz

Der „Tag von Potsdam am 21. März 1933" – Ausdruck der Allianz des deutschen Faschismus mit dem preußischen Militarismus 22
von Hans Baruth

Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik

Neue Kreise – alte Kreise. Regionalgeschichtliche Forschungen und Veränderungen der Verwaltungsstruktur, dargestellt am Beispiel der demokratischen Verwaltungsreform von 1952 32
von Hans-Joachim Schreckenbach

Territorialkundliche Quellen in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam 41
von Dorothee Geßner

Neue Überlegungen zur Entstehung von Burg und Stadt Potsdam im 12./13. Jahrhundert 43
von Helmut Assing

Die Bibliothek Clara Zetkins in Birkenwerder 54
von Fritz Staude

Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde

Sagen aus der östlichen Prignitz (Kreis Wittstock) 63
von Wolfgang Dost

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte
Zur Ausgrabung einer germanischen Siedlung der römischen Kaiserzeit bis Völkerwanderungszeit im Dahme-Seengebiet 72
von Sven Gustavs

Aus dem Fachbereich Numismatik
Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der Mark Brandenburg. II. Teil: Städte im Territorium des heutigen Bezirkes Potsdam (ohne Brandenburg) 78
von Wolfgang Fried

Aus dem Fachbereich kulturhistorische Zinnfiguren
Zinnfiguren erzählen Geschichte 84
von Hans Eulenstein

Bibliographie/Annotationen 90

Im Geiste von Karl Marx

Von Hans Gallinat und Joachim Schulz

Vor 35 Jahren, am 18. März 1948, erhielt der ehemalige Konzernbetrieb Orenstein & Koppel in Potsdam-Babelsberg den ehrenvollen Namen „Volkseigener Betrieb des Landes Brandenburg, Lokomotivfabrik 'Karl Marx' Babelsberg".

Bis zu diesem Tag hatten die Arbeiter dieses Betriebes schon eine beachtliche Aufbauarbeit geleistet. Unmittelbar nach der Befreiung durch die Sowjetarmee hatten die Aktivisten der ersten Stunde die Arbeit aufgenommen. Zu ihnen gehörten Paul Klopsch, Paul Neumann, Hermann Grabow, Otto Fenger, Kurt Dombrowski, Paul Schmiedicke, Reinhold Kiesel, Arthur Berkholz, Karl Deppe, Paul Riedel, Paul Köppe, Alma Handtke, Ulrich Bandow, Fritz Biste, Emil Kroffke, Bruno Laß und viele andere. Der Anfang war schwer. Teile des Betriebes waren zerstört, das Verwaltungsgebäude zur Hälfte niedergebrannt. Da der Betrieb für die faschistische Rüstung pro-



Ergebnis des faschistischen Krieges: Blick in eine schwer beschädigte Werkhalle des Konzernbetriebes Orenstein & Koppel 1945

duziert hatte, wurde ein Teil der Maschinen als Wiedergutmachung demontiert. Zugleich gaben jedoch die sowjetischen Genossen die Anregung, dringend benötigte Reparaturarbeiten an Lokomotiven und Waggons durchzuführen. Bereits am 30. August 1945 konnte die erste reparierte Lokomotive mit 30 Waggons übergeben werden. Der Stadtkommandant von Potsdam Oberst Werin besuchte das Werk, um sich über den Stand der Produktion zu informieren.



Genosse Arthur Berkholz,
einer der Aktivisten der ersten Stunde,
Mitglied der KPD seit 1922,
Träger des Vaterländischen
Verdienstordens in Silber

Zur gleichen Zeit hatten auch die gesellschaftlichen Kräfte mit der Arbeit begonnen. Schon am 11. Mai 1945 kamen Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, unter ihnen die Genossen Max Bolz und Arthur Berkholz, zu einer ersten Beratung zusammen. Einen Tag später trafen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, unter ihnen der Genosse Walter Höstermann, zur Versammlung zusammen. Als sich KPD und SPD im Frühjahr 1946 zur SED vereinigen, zählte die Betriebsgruppe bereits 150 Mitglieder; die Genossen Max Bolz und Walter Höstermann werden zu Vorsitzenden gewählt. Am Vereinigungsparteitag in Berlin nahm als Delegierter der Genosse Rudolf Krohse teil.
Der erste Großauftrag für das Werk ist für die Sowjetunion bestimmt. Es sind 500 Lokomotiven der Type GR, 250 PS, Schmalspur, für die sowjetische Forstwirtschaft.



Zur ersten Produktion gehörten Kochherde für die Häuser der Neubauern (1946)

Bei der feierlichen Namensgebung des Betriebes zu Ehren des 100. Jahrestages der Revolution von 1848/49, des 100. Jahrestages des Erscheinens des Kommunistischen Manifestes und des II. Deutschen Volkskongresses im März 1948 wird bereits die 100. Lokomotive der Baureihe GR übergeben. Mit der Produktion von Siedlerherden hat das Werk auch einen Beitrag zur Unterstützung des Bodenreformbauprogramms geleistet.

Der Name „Karl-Marx-Werk" war eine Auszeichnung, die von den Arbeitern zugleich als Verpflichtung verstanden wurde. Am 13. Oktober 1949 wurden erstmalig Aktivisten ausgezeichnet. Zu den zwanzig Ausgezeichneten gehörten:

Paul Köppe, Meister in der Mechanischen Werkstatt,

Paul Jock, Arbeiter im Zuschnitt,

Fritz Biste, Meister in der Montage,

Josef Schubert, Konstrukteur,

Fritz Vogel, Arbeiter in der Montage,

Otto Triebener, Leiter der Berufsschule,

Paul Gerth, Arbeiter im Tenderbau.

Von den 56 eingereichten Verbesserungsvorschlägen konnten 31 mit einem Nutzen von 64 248 Mark realisiert werden.

Neuen Auftrieb erhielt die Aktivistenbewegung durch den Besuch des sowjetischen Schnelldrehers Pawel Bykow. Schon vorher hatten sich Mitglieder der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, unserer heutigen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, zu einer Betriebsgruppe zusammengeschlossen. Der Besuch Pawel Bykows leitete eine vielfältige Zusammenarbeit mit sowjetischen Arbeitern ein. Besonders nachhaltig wirkte der Besuch des Genossen Nikolai Kusmin (1954), der das Werk 1966 noch einmal besuchte und seine hohe Wertschätzung für die erreichten Erfolge zum Ausdruck brachte.

Ende der fünfziger Jahre machte der technische Fortschritt eine Umstellung der Produktion erforderlich. Bald nach der Auslieferung der 3000. Lokomotive aus der Produktion seit 1947 beschließt der RGW die Empfehlung an die DDR, schrittweise mit dem Bau von Großdiesellokomotiven zu begin-



Bereit zum Export in die Sowjetunion: Schmalspurlokomotiven der Type GR zum Einsatz in der Land- und Forstwirtschaft (Produktion von 1947 bis 1954)

nen. Das Karl-Marx-Werk erhält einen entsprechenden Auftrag, am 30. November 1958 beginnt die Fertigung des 1. Baumusters der Lokomotive V 180 B' B'. Für das Jahrzehnt der sechziger Jahre sind Diesel-Loks die Hauptproduktion des Karl-Marx-Werkes. Das ist einfach gesagt. Aber wieviel Schweiß und Arbeit verbirgt sich hinter diesem Ergebnis! Für die neue Produktion war eine neue Qualität der Arbeit erforderlich. Moderne Anlagen, neue Fertigungsprinzipien und -verfahren gaben der Produktion jetzt das Gepräge.



Brigade „German Titow" aus der Lokmontage, 1964. In der Mitte der obersten Reihe Genosse Erhard Radtke, der Brigadier. Genosse Radtke ist Kandidat des Zentralkomitees der SED, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold. Heute arbeitet er als Meister im Rationalisierungsmittelbau

Mit den Aufgaben wuchsen auch die Menschen. Genosse Günter Heidebrecht gehörte zu ihnen. Seine Tätigkeit als Leiter begann 1956 als Jugendbrigadier. Während dieser Zeit entwickelten sich solche hervorragenden Kollektive wie die Jugendbrigaden „Walter Klausch", „John Schehr" und „Wostok IV", die alle unter seiner Leitung standen. Günter Heidebrecht konzentrierte sich besonders auf die technisch-technologische Erneuerung von Arbeitsprozessen. Das Ergebnis: 122 Neuerervorschläge mit einem Nutzen von 140 000 Mark. Für diese Leistungen wurde Genosse Günter Heidebrecht mit dem Titel „Held der Arbeit" geehrt. Durch intensives Studium qualifizierte er sich zum Meister und zum Ingenieur.

Der 1. Januar 1970 ist ein denkwürdiger Tag in der Betriebsgeschichte des Karl-Marx-Werkes. Es wurde der VVB Luft- und Kältetechnische Anlagen angeschlossen. Die neuen Wachstumsbedingungen erforderten Schlußfolgerungen, um die Vorzüge der Kooperation und Spezialisierung besser nutzen zu können.

Als einer der ersten übernahm Genosse Erhard Radtke, bisher mit seiner Brigade „German Titow" leidenschaftlicher Diesellokbauer, mit seinem Kollektiv die neue Produktion von Klimablöcken. Viele Probleme und Schwie-

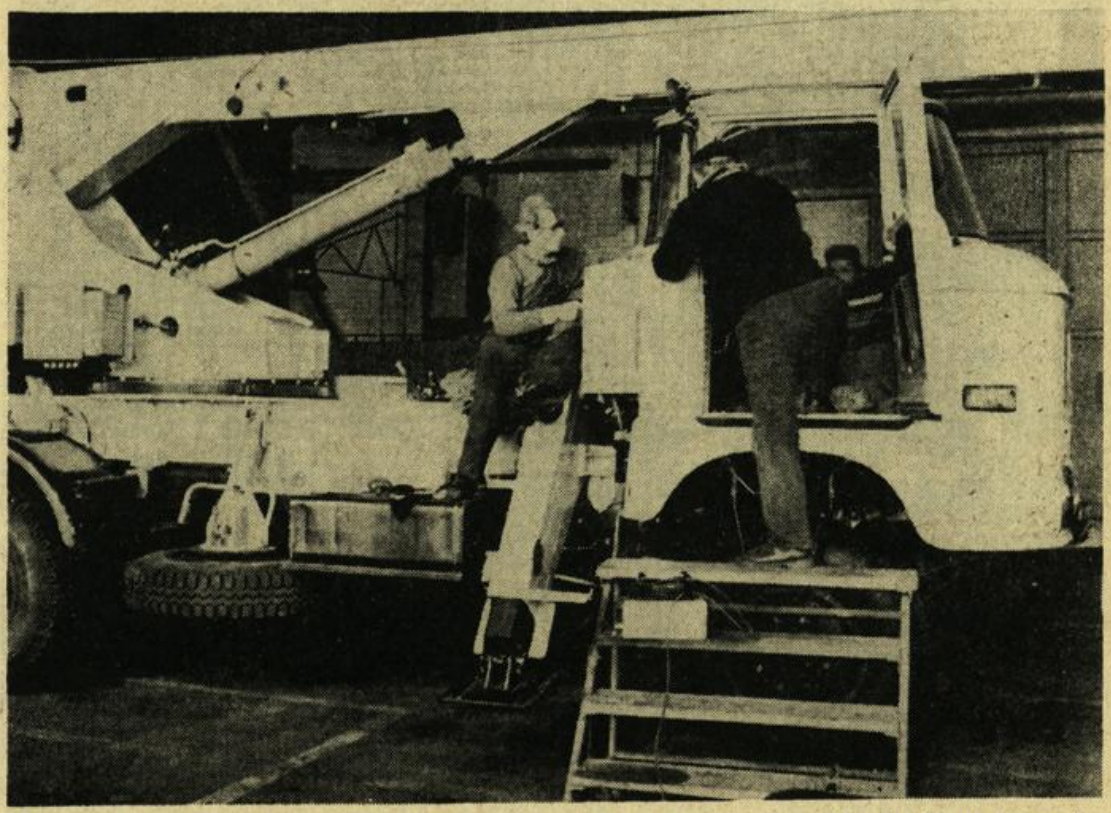


Die V 180, eine Diesellok mit 2000 PS, war viele Jahre die Hauptproduktion des Karl-Marx-Werkes. Blick in die neue Montagehalle, 1965

rigkeiten mußten überwunden werden, bis der Produktionsfluß bei den Klimablöcken, Klimageräten und Dampfbefeuchtungsgeräten klappte. Mit dem Erzeugnis, welches in seiner Fertigung besondere Ansprüche an Sauberkeit stellte, veränderten sich auch die Hallen, Produktionsabschnitte und Ar-



Mitglieder der Brigade „Karl Marx", in der Mitte vorn der Brigadier, Genosse Heinz Gensicke. Seit 30 Jahren gehört er zur Kampfgruppe, um zuverlässig zu schützen, was er erarbeitet. Genosse Gensicke wurde mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.



Montage des Autodrehkranes ADK 80. Immer enger verbindet sich die Produktion des Karl-Marx-Werkes mit dem Autowerk Ludwigsfelde

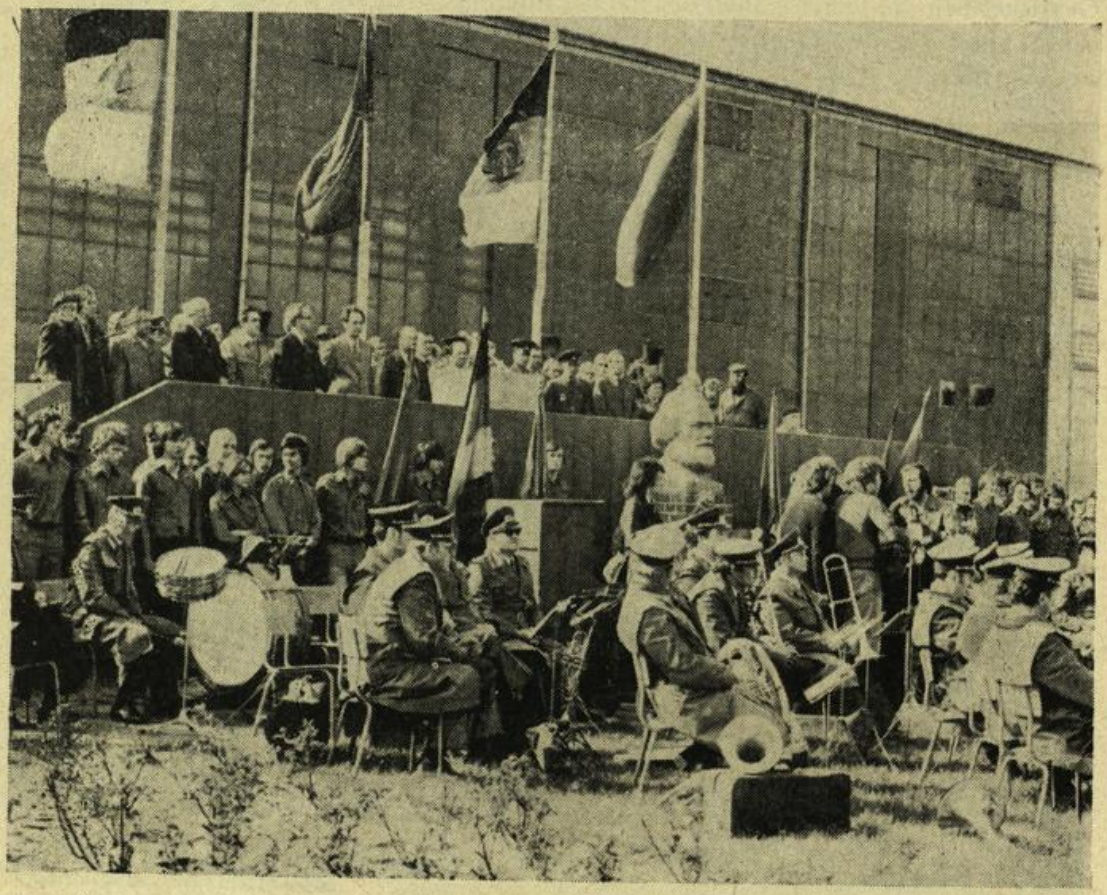
Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

beitsplätze in bezug auf Ordnung und Sauberkeit. Es fiel Erhard Radtke nicht leicht, denn auch das Meisterstudium wollte bewältigt sein. Aber das Kollektiv der Karl-Marx-Werker schaffte es. Im Dezember 1973 wurde der Betrieb für die Produktion von luft- und klimatechnischen Erzeugnissen als „Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit" ausgezeichnet.

Genosse Erhard Radtke erhielt den Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Das Vertrauen seiner Genossen delegierte ihn zum IX. Parteitag der SED. Er wurde zum Kandidat des Zentralkomitees der SED gewählt. So beantwortete Genosse Erhard Radtke die Frage, die er 1967 in einer Pressediskussion in der „Märkischen Volksstimme" aufgeworfen hatte: „Was machst Du mit Deiner Macht, Kollege?"

Die Machtausübung ist für viele Karl-Marx-Werker fester Bestandteil ihrer Arbeit. In vielen Jahren standen die Namen der Genossen Emil Kroffke und Klaus Hildebrandt in der Liste der Potsdamer Stadtverordneten.

Die siebziger Jahre brachten eine erneute Produktionsumstellung. Die veränderte Investitionsstruktur verringerte den ursprünglich vorgesehenen Bedarf an Klimatechnik. Diese neue Produktionsumstellung erforderte viel



Kampfmeeting zum Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 1978. Zu seinen Kollegen spricht der Kandidat des Zentralkomitees der SED, Genosse Erhard Radtke

Verständnis. Aber die Karl-Marx-Werker haben sich seit jeher davon leiten lassen: Was zur Stärkung der Republik notwendig ist, muß getan werden – auch wenn es manchmal nicht angenehm ist und zusätzliche Kräfte und Anstrengungen abverlangt.

Als dann an einem Novembermorgen 1973 das erste Mal ein Autodrehkran, ein ADK 125, im Werk stand und ihn die Genossen und Kollegen aus allen Bereichen in Augenschein nahmen, da wurden bereits solche Stimmen laut: „Jungs, das ist was für uns! Hier ist noch manches herauszuholen!"

Wie die Karl-Marx-Werker diese Aufgabe gelöst haben? Am 6. Februar 1974 wurde dem Betrieb für gute Wettbewerbsleistungen die höchste Auszeichnung unseres Staates, der Karl-Marx-Orden, verliehen!

Über all dem steht einfach aber gewichtig ein Wort, das der Genosse Heinz Gensicke für sich, für seine Brigade „Karl Marx" und für den gesamten Betrieb geprägt hat: „Wir ehren Karl Marx, indem wir hohe Taten für die Produktion vollbringen."

Heinz Gensicke – Arbeiter, Brigadier, seit 30 Jahren Mitglied der Kampfgruppe, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold – sein Name steht für alle Karl-Marx-Werker. Der Geist von Karl Marx lebt in ihren Taten.

Martin Luther und die Mark Brandenburg

Von Joachim Schulz

Die Luther-Ehrung in der Deutschen Demokratischen Republik hat zu einem vertieften Verständnis der Größe Luthers als Initiator der Reformation geführt. Luthers progressives Erbe ist aufgehoben in der sozialistischen deutschen Nationalkultur.

Aus der Pflege des lutherischen Erbes ergeben sich auch vielfältige Anregungen für die Heimatgeschichtsforschung, denn die meisten Stätten seines Wirkens – Eisleben, Magdeburg, Eisenach, Erfurt und Wittenberg – liegen auf dem Territorium unseres Staates. Der Bezirk Potsdam hat solche historisch bedeutsamen Stätten nicht. Luther visitierte im Auftrage seines Lan-

desherren die kirchlichen Verhältnisse in den Städten Belzig und Brück, die damals dem Kurfürsten von Sachsen unterstanden (1530).
Am 8. August 1532 weilte Luther anläßlich einer Taufe bei seinem Freund Konrad Cordatus in Niemegk, dort hat er auch gepredigt. Schließlich gibt es eine nicht schriftlich belegbare Überlieferung, wonach Luther auf einer seiner Reisen, wohl nicht 1530, sondern nach 1537, angeblich aus einem Brunnen bei Dietersdorf, jetzt Kreis Jüterbog, während der Rast getrunken



Martin Luther als Augustinermönch. Nach einem Holzschnitt von Lukas Cranach

haben soll. So entstand hier der Ortsteil Luttersbrunn oder Luherbrunnen.[1] Es bestehen aber vielfältige Wechselbeziehungen zwischen der Mark (dem Kurfürstentum) Brandenburg und Martin Luther. Sie sollen hier näher betrachtet werden, weil sie das politische und gesellschaftliche Umfeld beleuchten, in dem Martin Luther wirkte.[2]

In der Mark Brandenburg regierten die Hohenzollern. Nach dem Tod des Kurfürsten Johann war 1499 der erst fünfzehnjährige Joachim I. zur Regierung gekommen. Unter den Fürsten ragte er durch seine Bildung, die er unter dem Einfluß des Abtes Trittenheim erworben hatte, hervor; sie brachte ihm den Beinamen Nestor ein. Joachim hatte noch einen sechs Jahre jüngeren Bruder, Albrecht. Die Erbfolge im Hause Hohenzollern war 1473 so geregelt, daß beim Vorhandensein mehrerer Erben die Mark Brandenburg stets ungeteilt dem Erstgeborenen zufallen sollte. Der Zweitgeborene sollte die fränkischen Besitzungen erhalten. Dort regierte aber Friedrich, der jüngere Bruder des verstorbenen Kurfürsten Johann, erfreute sich bester Gesundheit und hatte acht Söhne. (Auf einen der Söhne, Albrecht, werden wir noch einmal zurückkommen.) Eine Übertragung der fränktischen Besitzungen auf Albrecht war also aus „Familiären Gründen" nicht opportun. So sah sich Bruder Joachim nach einer anderen Laufbahn für seinen jüngeren Bruder um. Sein Blick richtete sich auf die Kirche; viele Söhne und Töchter der Fürsten und des Adels wurden bereits in kirchlichen Ämtern gut versorgt. So trat Albrecht schon 1502 in den geistlichen Stand, wurde 1506 im Alter von 16 Jahren bei der Einweihung der Universität Frankfurt durch den Bischof von Lebus, Dietrich von Bülow, zum Priester geweiht und bald danach Domherr. Aber das genügte dem kurfürstlichen Bruder noch nicht. Mit etwas diplomatischem Geschick und reichlich Geld waren selbst hohe kirchliche Ämter käuflich (sog. Simonie). Durch Joachims Einfluß wurde Albrecht 1513 Bischof von Halberstadt und Erzbischof von Magdeburg, ein Jahr später auch Erzbischof von Mainz. Der Erzbischof von Mainz war Primas der Kirche in Deutschland, er war einer der sieben Kurfürsten und Erzkanzler des Deutschen Reiches. Diese Funktionen übte Albrecht mit 24 Jahren aus. Sie bedeuteten einen Machtzuwachs für das Haus Hohenzollern, in dessen Hand sich nunmehr zwei der sieben kurfürstlichen Stimmen für die nächste Kaiserwahl befanden.

Nach der Wahl zum Erzbischof von Mainz mußte Albrecht die päpstliche Bestätigung und das geweihte Pallium (den Mantel) für die außerordentlich große Summe von 30 000 Dukaten von Rom einholen. Papst Leo X. wußte, was diese Stellung den Hohenzollern wert war. Aber eine solche Summe baren Geldes hatte weder Albrecht noch Joachim, sie wandten sich an das Bankhaus Fugger, das bereitwillig half. Erzbischof Albrecht machte den Vorschlag, für seinen Amtsbereich und die Mark Brandenburg einen neuen Ablaß auszuschreiben, um durch seinen Verkauf an die Gläubigen das Geld für das Pallium wieder einzutreiben. Der Vorschlag fand die päpstliche Zu-

stimmung, das Bankhaus Fugger überwachte den Geldeingang und sicherte sich dadurch die Rückzahlung des Kredites einschließlich der Zinsen, der Dominikanermönch Johann Tetzel wurde mit der Vertreibung des Ablasses beautragt. Er hatte darin Erfahrung.

Bekanntlich hat nun der Ablaßhandel Tetzels, die marktschreierische Art und das nur auf Geldeinnahme gerichtete Auftreten, den eigentlichen Anlaß für den Thesenanschlag Martin Luthers und damit für den Beginn der Reformation gegeben. Es hat auch schon vordem Ablässe, verbunden mit Geldschneiderei, gegeben, auch kritische Stimmen dagegen (z. B. durch den 1481 verstorbenen humanistischen Professor Johann von Wesel). Aber 1517 war der gesellschaftliche Zustand erreicht, wo man sagte: Das Maß ist voll.



Berühmtes Flugblatt über den Ablaßkrämer Johannes Tetzel

Tetzels Geschrei brachte es zum Überlaufen. Martin Luthers Thesenanschlag fand schnell gewaltigen Widerhall.

Nun gehörte Wittenberg, obwohl kursächsisch, zum Sprengel des Bischofs von Brandenburg, dieser wiederum unterstand dem Erzbischof von Magdeburg. Bischof Hieronymus Scultetus (Schulz), Sohn eines Freischulzen aus Gramschütz bei Glogau, war zudem enger Vertrauter des Kurfürsten Joachim, den er auf vielen Reisen, vor allem zu den Reichstagen, begleitete. Bei dieser Struktur ist es nicht verwunderlich, daß Luther seinen Thesenanschlag als Aufforderung zu einer Disputation seinen unmittelbaren Vorgesetzten, Bischof Hieronymus und Erzbischof Albrecht, zur Kenntnis brachte.

Unsere Kenntnis der internen Vorgänge in der Kirchenführung sind unzureichend; die Überlieferung in Brandenburg über den Bischof Hieronymus sagt darüber nichts aus.

Es ist bekannt, daß Luther überrascht war, als der Abt des berühmten und reichen Zisterzienserklosters Lehnin bei ihm mit einem Brief des Bischofs erschien und freundlich mit ihm redete. Anfang des Jahres 1519 bemühte sich sogar der Bischof Hieronymus selbst nach Wittenberg, um den freiherzigen Mönch väterlich zu ermahnen, ein so gewagtes Spiel mit dem Papst und der Kirche nicht zu unternehmen.

Wie kann diese Haltung des Bischofs Hieronymus von Brandenburg erklärt werden? Sympathisierte er selbst mit der Reformation? Aus seiner späteren Haltung wissen wir, daß das nicht der Fall war. Was war es dann? Es ist nur die Erklärung möglich, daß die Machtmittel des Bischofs von Brandenburg nicht ausreichten, um die lutherische Ketzerei im Keime zu ersticken, so wie das in vorhergehenden Zeiten möglich war. Betrachten wir die Umstände genauer. Der Bischof war machtlos ohne das weltliche Schwert. Wittenberg aber war kursächsisch, und Kurfürst Friedrich von Sachsen (der Weise); hielt seine starke Hand über sein Territorium. Er hatte dafür gesorgt, daß die von ihm gegründete Universität Wittenberg (1502) mit den vom Papst bestätigten Privilegien ausgestattet worden war, die ihre Angehörigen schützte („akademische Freiheit"). Selbst der Rat der Stadt Wittenberg hatte sich wenige Jahre zuvor (1512) über die Befugnisse des Bischofs hinweggesetzt und einen unliebsamen Geistlichen kurzerhand ins Gefängnis geworfen. Und endlich gehörte Martin Luther dem Mönchsorden der Augustinereremiten an, der eine privilegierte Stellung einahm; der Orden übertrug Luther 1510 die Klärung von Ordensangelegenheiten in Rom; sein Ordensvorgesetzter von Staupitz förderte seine Berufung nach Wittenberg und seine Promotion zum Doktor der Theologie. Es blieb also dem Bischof von Brandenburg nicht viel mehr als väterliche Ermahnung.

Die Hohenzollern versuchten einen anderen Weg. Die 1506 gegründete Universität Frankfurt an der Oder griff zugunsten des Kurfürsten und seines erzbischöflichen Bruders in den Streit um den Ablaß ein. Wir können nicht

nachweisen, ob ein „Wink von oben" den Anstoß gegeben hat oder allein schon der Konkurrenzneid gegenüber der auf einen Schlag berühmt gewordenen Universität Wittenberg genügte. Jedenfalls kam die Initiative Joachim und Albrecht sehr entgegen. Der Rektor der Universität, der scholastische Theologe Conrad Koch, gewöhnlich Wimpina (nach der Stadt Wimpfen am Neckar, wo er die Jugend verbrachte) genannt, verfaßte 156 Sätze, womit die 95 Thesen Luthers bekämpft werden sollten. In einer großen Disputation an der Universität sollte Tetzel die Thesen verteidigen. Der Franziskanermönch Johann Knipstrow trat als Verteidiger Luthers auf, allein selbst in diesem Scheingefecht ließ sich Tetzel in seiner Unwissenheit in die Enge treiben. Trotzdem erkannte ihm die theologische Fakultät die Würde eines Doktors der Gottesgelahrtheit und der Heiligen Schrift zu. Der Aufwand lohnte sich jedoch nicht, die Zahl der Anhänger Luthers nahm weiter zu. Kurfürst Joachim mußte seinen Kampf gegen Luther, der die Geldgeschäfte des Hauses Hohenzollern so arg gestört hatte, auf anderer Ebene führen. Auf dem Reichstag in Worms sah der Kurfürst Martin Luther (wahrscheinlich das einzige Mal) persönlich. Kurfürst Joachim gehörte auch der eigens gebildeten Kommission an, die Luther zum Widerruf bewegen sollte (an der Seite des Kurfürsten der Bischof von Brandenburg Hieronymus Scultetus.) Kurfürst Joachim gehörte zu den Reichsfürsten, die den Reichsabschied, welcher Luther mit allen seinen Anhängern für offenbare Ketzer erklärte, voll unterstützten. Er unterschrieb ihn sogar eigenhändig. Das hielt den Kurfürsten aber nicht ab, sich denjenigen Fürsten anzuschließen, welche dem Kaiser Karl V. die 101 Beschwerden deutscher Nation übergaben, in denen die arge Willkür des Römischen Hofes scharf gerügt und überhaupt der erbärmliche Zustand der Kirche nachdrücklichst bezeichnet wurde. Offenbar war Joachim Realist genug, um zu erkennen, daß das Geschäft mit dem Ablaß eine Sache war, die Ausnutzung der Reformation zur Stärkung der landesherrlichen Gewalt jedoch eine andere. Zunächst versprach sich der Kurfürst jedoch mehr von einem Zusammengehen mit dem Kaiser und dem Papst. 1524 erneuerte Kurfürst Joachim sein früheres Verbot gegen das Lesen der Schriften Luthers, mit namentlicher Aufführung der verdeutschten Bibel. Dagegen gestattete er den Gebrauch einer von katholischen Gelehrten übersetzten Bibel. Er nahm diese Erlaubnis auch nicht zurück, als der Papst ihn darum ersuchte, womit er offenbar seine Selbständigkeit hervorheben wollte.

Aber nicht nur bei der märkischen Bevölkerung, Adel und Geistlichkeit eingeschlossen, sondern in der Familie der Hohenzollern selbst setzte sich der lutherische Geist immer stärker durch.

1525 trat Markgraf Georg von Brandenburg, ein Cousin des Kurfürsten Joachim, mit seinen fränkischen und schlesischen Besitztümern (Herzogtum Jägerndorf) zur evangelischen Lehre über.

Ihm folgte sein Bruder Albrecht, seit 1511 (er war damals 21 Jahre alt!)

Hochmeister des Deutschen Ritterordens in Preußen. Er wandelte den katholischen Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum um, dessen Herzog – selbstverständlich – er selbst wurde. Als Dank für die Absicherung mußte er die polnische Oberhoheit anerkennen; da der König von Polen sein Onkel war, ließ sich das bewerkstelligen. Eine Konsultation mit Luther beruhigte auch das Gewissen des ehemaligen Hochmeisters. Das war, wie der Leib-Historiker der Hohenzollern, Heinrich von Treitschke, sagte, der „verwegenste Griff" des Protestantismus, ein „Raub", den die römische Kurie niemals verzeihen konnte. Persönlich schmerzhaft war es für Joachim, daß sich auch seine Gemahlin Elisabeth, eine dänische Prinzessin, Luther anschloß, sich von ihm trennte und in Kursachsen Wohnung nahm. Um diesen Übertritt Elisabeths hat die Legende viele Ranken geschlungen.

Selbst Joachims Bruder, Erzbischof – jetzt auch Kardinal – Albrecht, fand inzwischen die Reformation so unübel nicht.

Albrecht spielte mit dem Gedanken oder dem Plan, sich nach einem völligen Bruch Deutschlands mit Rom zum Haupte einer deutschen Nationalkirche zu machen. Wenn selbst Bruder Joachim sagt, daß Albrecht „nur Geld und Gewinn suchte durch alle Mittel", dann können wir darin Hintergründe dieser Gedanken oder Pläne erkennen. Jedenfalls schickte er zu Luthers Hochzeit – man bedenke: ein Kardinal zur Hochzeit eines eidbrüchigen Mönches mit einer eidbrüchigen Nonne! – zwanzig Goldgulden. Auch nahm Albrecht Luthers Ermahnung, sein unzüchtiges Zölibat aufzugeben, zu heiraten und sein Bistum zu säkularisieren, mit einer Nachsicht auf, welche in Rom ernste Besorgnis erweckte. Erst später erkannte Luther, daß Albrecht „auf zwei Achseln trug", sowohl seinen Vorteil aus seiner Stellung als Kardinal zog als auch gegen hohe Geldsummen das lutherische Bekenntnis gestattete. Auf keinen seiner Gegner hat Luther so heftig geschimpft wie auf das „Früchtlein zu Halle", (der Lieblingsresidenz Albrechts), dem ein Galgen gebühre, dreimal so hoch wie der Giebichenstein.

Kurfürst Joachim blieb seiner Linie treu. Auf dem Reichstag zu Augsburg sprach er sich für Papst und Kaiser und gegen Luther aus. Wie sehr seine Auffassung sich aber schon von den Bedürfnissen des Landes entfernt hatte, zeigte das Verhalten seiner Söhne Joachim II. und Johann. Sie reisten vorzeitig aus Augsburg ab und widmeten sich in Vertretung ihres Vaters der Verwaltung des Landes, nicht ohne vorher ihrer Mutter in der kursächsischen Emigration und auch Martin Luther einen Besuch abgestattet zu haben. Der Umschwung in der Mark Brandenburg kündigte sich an. 1535 starb Joachim im Alter von 52 Jahren in Stendal, er wurde in Lehnin beigesetzt. Kurfürst wurde sein Sohn Joachim II., in den östlichen Landesteilen regierte sein Bruder Johann (Hans von Köpenick) mit dem Titel eines Markgrafen. Trotzdem sollten noch vier Jahre bis zur Einführung der Reformation vergehen. Joachim II. hatte Rücksichten zu nehmen. Sein Onkel Albrecht war immer noch der erste geistliche Fürst des Reiches, auch wollte er sich die

Gunst des Kaisers erhalten. Noch komplizierter war das Verhältnis zu seinem Schwiegervater, dem streng katholischen König Sigismund von Polen. Joachim wollte Herzog von Preußen werden, dazu mußte er zum protestantischen Glauben schwören; wollte er es werden, mußte er katholisch wie sein schwiegerväterlicher Lehnsherr sein. Unzweifelhaft eine schwierige Aufgabe. Bruder Hans hatte nicht so viel Rücksichten zu nehmen, deshalb ging die Einführung der Reformation in den östlichen Landesteilen schneller voran. Trotz des Umsichgreifens des lutherischen Glaubens hatte die katholische Kirche in der Mark Brandenburg immer noch erhebliche Positionen inne. In der Mark gab es 9 Dom- und Kollegiatstifte, etwa 85 Klöster und zahlreiche Pfarrämter. Die reichsten Klöster waren Lehnin mit 113 Besitzungen, Diesdorf mit 82 und Chorin mit 68; aber auch die Stifte und Pfarreien hatten erheblichen Landbesitz. Die Zahl der Mönche wird um 1535 mit etwa 850, die der Nonnen mit 1000 angegeben. In Wusterhausen, einer Stadt, die damals 250 Häuser zählte, befanden sich 13 Nebenaltäre, in Treuenbrietzen 14, in Ruppin verteilten sich auf die Marienkirche und 6 Kapellen etwa 48 Altäre, entsprechend groß war die Anzahl der Priester, Kapläne, Altaristen und Kommendisten. Das kleine Ruppin hatte mit den priesterlichen Mönchen fast 100 Geistliche.

Bauern und Bürger stöhnten unter der Last der Abgaben; der Adel schaute begehrlich auf die reichen Kirchenpfründe. Den größten Vorteil von einer Säkularisation der Kirchengüter hatte jedoch der Landesfürst. Er setzte die Visitationskommissionen ein, die endgültig über das Vermögen der Stifte, Klöster und Pfarreien zu entscheiden hatten und dafür Sorge trugen, daß der Landesherr nicht zu kurz kam.

Am 1. November 1539 nahm Kurfürst Joachim II. in der Nikolaikirche zu Spandau das Abendmahl in beiderlei Gestalt, dieses Datum steht für die Einführung der Reformation in der Mark.

Sie breitete sich, im Familienkreis schon häufig praktiziert, schnell aus.

Mit der Ausarbeitung einer neuen Kirchenordnung wurden Georg Buchholtzer und Jakob Stratner betraut. In Hinblick auf die Lehre folgte man der sächsischen Kirchenordnung, auf Wunsch des Kurfürsten wurden jedoch die Gebräuche des Gottesdienstes soweit an die römisch-katholischen herangeführt, wie das nur mit den evangelischen Grundsätzen vereinbar war. Wir gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß politische Rücksichten Joachim dazu veranlaßten.

Der Entwurf der Kirchenordnung wurde auch Martin Luther zur Begutachtung übersandt. Am 4. Dezember 1539 antwortete er, machte in seiner freimütigen Art aus seiner Abneigung gegen verschiedene Zeremonien keinen Hehl, gab aber doch seine Zustimmung. So stellt die 1540 bestätigte Kirchenordnung der Mark einen Kompromiß dar, mit dem Kurfürst Joachim II. versuchte, seine widerstreitenden Interessen und Absichten durchzusetzen und abzusichern. „Auf diese Weise erreichte Joachim II., was er

wollte: er wurde 'protestantisch' soweit, um das kirchliche Vermögen einziehen und gegebenenfalls Herzog von Preußen werden zu können, er blieb aber auch 'katholisch' soweit, um Kaiser Karl und König Sigismund nicht vor den Kopf zu stoßen." (Franz Mehring)

Für die Durchführung der Säkularisation mit Hilfe der Visitationsordnung von 1540 brauchte Joachim den geistlichen Rat Luthers nicht mehr.

In den Thesen über Martin Luther[3] wird festgestellt:

„Anfang 1523 begründete Luther das Säkularisationsprogramm der bürgerlich-gemäßigten Reformation. Dieses Programm verfolgte das Ziel, das geistliche Eigentum in weltlichen Besitz zu überführen, und zwar vorwiegend zum Nutzen der weltlichen Feudalherren, bürgerlicher Oberschichten und der Gemeinde."

Die Betrachtung des Verhältnisses Martin Luthers zur Mark Brandenburg zeigt die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen politischen Forderungen und ideologischen Auffassungen in der antirömischen Bewegung, die im Verlauf der Reformation immer deutlicher hervortreten. Die Kämpfe und Widersprüche des Zeitalters der Reformation machen die Größe Martin Luthers deutlich, der als Wegbereiter der großen geistigen und politischen Auseinandersetzungen wirkte, mit denen Deutschland und Europa in die Epoche des Zerfalls des Feudalismus, der Herausbildung des Manufakturkapitalismus und der ersten bürgerlichen Revolution eintrat.

1 Der Autor dankt dem Bdfr. Dr. Gebhard Falk, Staatsarchiv Potsdam, für die Belege über die Besuche Luthers

2 Weitere Literatur zu diesem Thema:
Franz Mehring, Die Hohenzollern und die Reformation, in: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Berlin 1964, S. 259
Spieker, Christian Wilhelm, Geschichte der Einführung der Reformation in die Mark Brandenburg, Berlin 1839
L. Oberheim, Die Einführung der Reformation in der Mark Brandenburg, Landsberg a/W. 1839
Steinmüller, Paul, Einführung der Reformation in die Kurmark Brandenburg durch Joachim II., Halle 1903 (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Schrift 76)
Müller, Adolph, Geschichte der Reformation in der Mark Brandenburg, Berlin 1839
Rosenow, Emil, Wider die Pfaffenherrschaft, Berlin Buchhandlung Vorwärts, o. J.
Holtze jun., Friedrich, Zur Geschichte der märkischen Reformation, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Leipzig 1889

3 Thesen über Martin Luther, in: Einheit 9/81, S. 890; Zitat S. 895

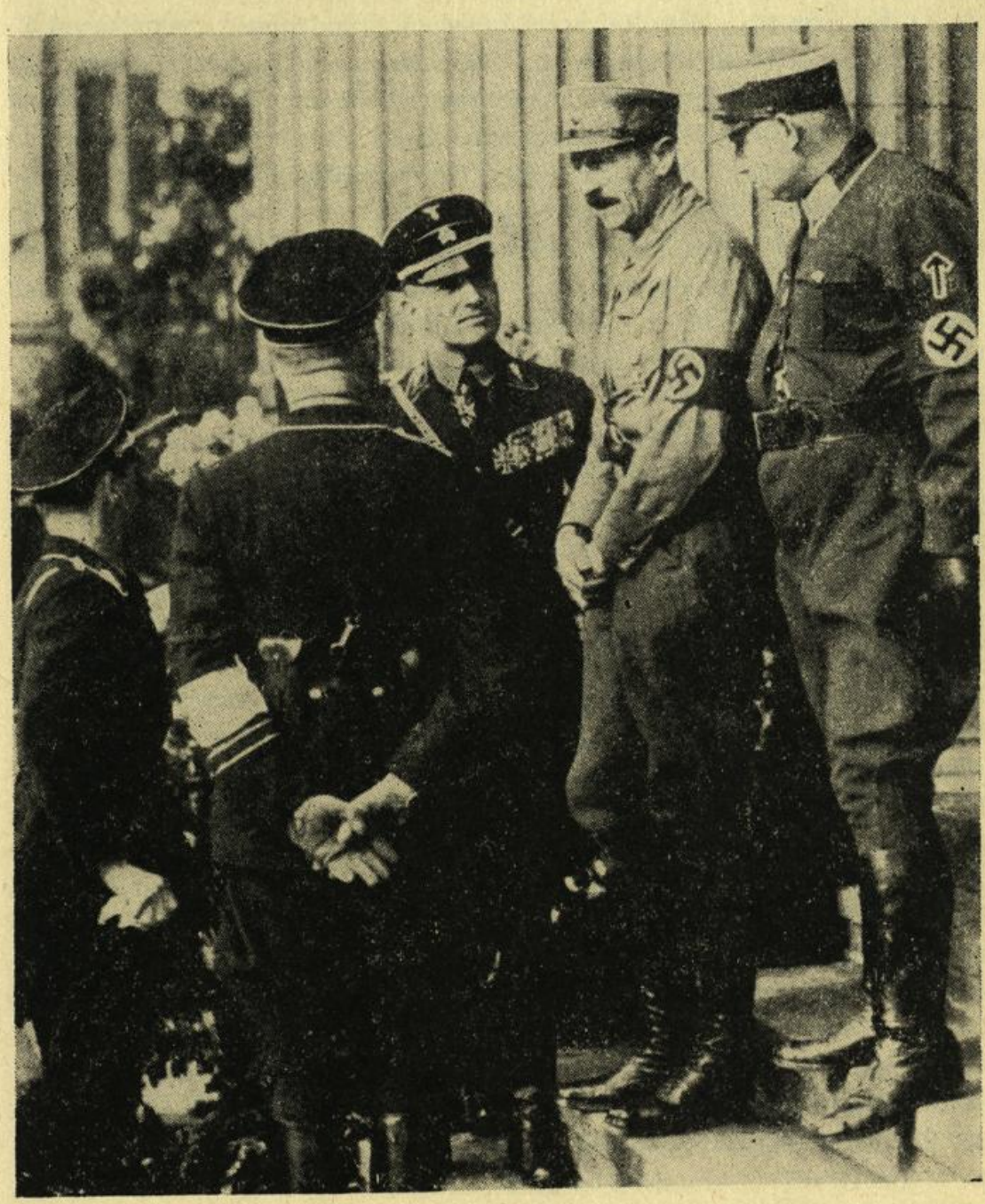
Der „Tag von Potsdam" am 21. März 1933 – Ausdruck der Allianz des deutschen Faschismus mit dem preußischen Militarismus

Von Hans Baruth

Am 30. Januar 1933 ernannte der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg in seiner Eigenschaft als Reichspräsident den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler.

Mit der Bildung einer Reichsregierung aus Naziführern und Konservativen konstituierte die Führungsschicht der deutschen Monopolbourgeoisie ihre faschistische Diktatur. Die Ernennung Hitlers erfolgte im Auftrage der reaktionärsten, aggressivsten und am meisten chauvinistischen Elemente des deutschen Finanzkapitals. Mit der faschistischen Diktatur sollten die Lasten der Weltwirtschaftskrise auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt und der in Deutschland vor sich gehende Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung liquidiert werden. Damit sollte der Weg frei gemacht werden für die Verwirklichung des Kriegsprogramms des deutschen Imperialismus. Die KPD unter Führung Ernst Thälmanns hatte frühzeitig das Klassenwesen des Faschismus entlarvt. Mit ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" von August 1930, mit ihrem Arbeitsbeschaffungsplan und dem Bauernhilfsprogramm von 1931, mit ihrer Orientierung auf ein breites antifaschistisches Kampfbündnis in der Antifaschistischen Aktion wies die KPD als einzige Partei den Werktätigen den Weg aus sozialer Notlage. Sie gab damit eine klare Alternative zum Faschismus. Am 25. Januar 1933 folgten 130 000 Berliner dem Ruf der KPD

zu einer gewaltigen antifaschistischen Demonstration zur „Einheitsfront der Tat gegen faschistischen Generalangriff". Doch die rechten sozialdemokratischen Führer lehnten auch diesen Vorschlag ab, so daß die deutsche Arbeiterklasse weiterhin gespalten blieb. Selbst am 30. Januar 1933, als das Zen-



Prinz August Wilhelm („Auwi") von Hohenzollern mit seinem Stab auf der Freitreppe der Nikolaikirche am „Tag von Potsdam"

tralkomitee der KPD der SPD und den Gewerkschaften den Vorschlag unterbreitete, die Errichtung der faschistischen Diktatur als „die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen" mit einem Generalstreik zu beantworten, lehnten die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften diesen Vorschlag ab. Wäre es zu der von der KPD und vielen einfachen Mitgliedern der SPD angestrebten gemeinsamen Aktion der Arbeiterklasse gegen den Faschismus gekommen, hätte die verhängnisvolle Entwicklung verhindert werden können. Unendlich viel Leid wäre den Völkern und auch dem deutschen Volk erspart geblieben.

Am 1. Februar 1933 löste Reichspräsident von Hindenburg entsprechend einem Antrag der Hitlerregierung den Reichstag auf. Für den 5. März 1933 wurden Neuwahlen festgesetzt. Diese Neuwahlen standen im Zeichen einer ständigen Eskalierung des faschistischen Terrors – besonders gegen die KPD und alle fortschrittlichen Kräfte – und einer sozialen Demagogie ohnegleichen.

Ernst Thälmann hat auf der bereits illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD, die am 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen stattfand, das Hitler-Hugenberg-Papen-Kabinett als offene faschistische Diktatur gekennzeichnet, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, als Regierung des imperialistischen Krieges, die die letzten spärlichen Rechte der Arbeiter vernichten und alle Formen des faschistischen Terrors anwenden werde. „Schon die ersten Taten der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation", sagte Ernst Thälmann. „Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden. Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann als ihren revolutionären Sturz." Thälmann traf in dieser Rede aber auch die wichtige Feststellung: „Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein müssen." Als wichtigste Aufgabe nannte Thälmann die Auslösung einer „Kette ununterbrochener miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und des Massenkampfes." Die Nazis boten alles auf, um den Wahlkampf der KPD zu behindern. Eine „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" brachte faktisch ganz Deutschland unter den Ausnahmezustand. Legal zu arbeiten war für die KPD kaum mehr möglich. Trotzdem kamen 15 000 Berliner in den Sportpalast zu einer Wahlkundgebung der KPD, auf der Wilhelm Pieck als Hauptredner den zunehmenden faschistischen Terror geißelte und die Werktätigen aufrief, die KPD zu wählen. Am 22. Februar erhielten die faschistischen Terrororganisationen und der Stahlhelm auf Betreiben Hermann Görings hilfspolizeiliche Befugnisse. Sie wurden nicht nur ermächtigt, sondern ausdrücklich angewiesen, rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Aber alles das genügte den Faschisten noch nicht. Sie erwarteten von den Wahlen am 5. März eine solche Mehrheit im Reichstag, die es ihnen gestattete, die Hitlerregierung mit weitgehenden Vollmachten auszustatten. Dazu brauchten sie die wohlwollende Unterstützung der Reichswehr, d. h. ihrer konservativ eingestellten Führungsspitze.

In dieser Situation führten die Nazis eine systematisch vorbereitete Provokation durch. In den Abendstunden des 27. Februar 1933 stand das Reichstagsgebäude in hellen Flammen. Die Polizei verhaftete einen Holländer, van der Lubbe, als angeblichen Brandstifter. Tatsächlich war es gar nicht möglich, daß ein einzelner das Riesengebäude anzünden konnte; durch einen unterirdischen Gang, der das Reichstagsgebäude mit dem Palais des Reichstagspräsidenten Hermann Göring verband, werden die wirklichen Täter, vermutlich Angehörige eines ausgesuchten SA-Trupps, vielmehr entkommen sein. Göring hat sich später selbst dieses Verbrechens gerühmt. Für die Wahlen am 5. März wurde damit eine Progromstimmung gegen die Kommunisten erzeugt. Von der Vorbereitung der Provokation zeugt die Tatsache, daß noch in der Brandnacht in Deutschland über 10 000 Gegner des Faschismus nach vorbereiteten Listen verhaftet wurden, allein in Berlin 1 500, darunter führende Funktionäre der KPD wie Walter Stoecker, bekannte Schriftfteller und Publizisten wie Egon Erwin Kisch, Erich Mühsam und Carl von Ossietzky und – ungeachtet ihrer parlamentarischen Immunität – Reichstagsabgeordnete der KPD wie Ernst Schneller und der SPD wie Carl Mierendorff. Am Tage darauf erließ Hindenburg unter Berufung auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat", in der alle Grundrechte der Bürger außer Kraft gesetzt wurden, das Recht auf persönliche Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht und das Brief-, Post- und Fernsprechgeheimnis. Diese Notverordnung blieb bis 1945 in Kraft. Sie sollte Massenverhaftungen, Mißhandlungen und Mord legalisieren, unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wurden die ersten Konzentrationslager errichtet. Am 3. März 1933 fiel auch Ernst Thälmann in die Hände der Faschisten.

In dieser Atmosphäre der Hetze und des Terrors fanden am 5. März die Reichstagswahlen statt. Trotzdem stimmten 4,85 Millionen Wähler für die KPD, 7,18 Millionen für die SPD. Trotz Stimmengewinn erreichte die NSDAP mit 43,3 % der Stimmen weder die absolute noch die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit.

Um das vorbereitete „Ermächtigungsgesetz" durchzusetzen und die faschistische Diktatur zu konsolidieren, wurden zunächst die 81 Reichstagsmandate der KPD annulliert. Aber das reichte nicht aus. Betrugsmanöver und Versprechungen sollten die Parteien der bürgerlichen Mitte veranlassen, ihre Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz" zu geben. Die faschistischen Führer suchten nach einer Möglichkeit, durch eine Propagandaschau den Eindruck



Tribüne der Ehrengäste vor dem Vorbeimarsch, davor der Kronprinz (mit Pelzmütze), Generalfeldmarschall von Mackensen und General von Seeckt

der Unterstützung der Hitlerregierung durch das ganze Volk zu erwecken und das Einschwenken der bürgerlichen und konservativen Politiker auf die faschistische Linie äußerlich zu rechtfertigen.
Bereits am 1. März (also noch vor den Wahlen) bestand die Absicht, den Reichstag in Potsdam zu eröffnen, da das Reichstagsgebäude nach dem Brand nicht mehr zur Verfügung stand.
Am 1. März 1933 um 3 Uhr nachmittags erhielt der Potsdamer Magistratsbeamte für Fragen des Fremdenverkehrs, Dr. Friedrich Bestehorn, einen Anruf des Ministerialrates im Reichsinnenministerium Dr. Kaisenberg mit etwa folgenden Worten: „Der Reichskanzler hat die Absicht, den neuen Reichstag in der Stadt Potsdam zu eröffnen. Wir haben uns bereits an die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Berlin gewandt mit der Bitte, hierfür in Potsdam einen Saal zur Verfügung zu stellen. Die Schlösserverwaltung hat dies als unmöglich bezeichnet. Bei diesen Verhandlungen hat der Amtsrat Backschat auf Sie als alten Potsdamer aufmerksam gemacht, der vielleicht Rat schaffen könnte. Darum bitte ich nun." Diese Darstellung gibt Bestehorn 1937 und die faschistischen Machthaber haben ihm nicht widersprochen. Bestehorn berichtet weiter, daß er sich Bedenkzeit erbeten hätte und dabei zu dem Schluß gekommen wäre, daß hinsichtlich der Schlösser tatsächlich kein geeigneter Raum der erforderlichen Größe vorhanden sei. „Da schoß mir im letzten Augenblick der Gedanke an die Garnisonkirche durchs Gehirn". Nach Ablauf der halben Stunde Bedenkzeit meldete Bestehorn dem Ministerialrat: „Es gibt in ganz Preußen-Deutschland nur einen Ort, an dem der erste Reichstag des nationalsozialistischen Staates eröffnet werden kann, nämlich die Garnisonkirche in Potsdam." Auf diese Meldung blieb Bestehorn lange ohne jede Antwort. Dann aber fielen nur die Worte: „Ich gehe sofort zum Minister, halten Sie sich weiter bereit."[1] Am Mittag des nächsten Tages wurde öffentlich bekanntgegeben, daß die Reichstagseröffnung in der Garnisonkirche in Potsdam stattfindet.
Hitler, Göring und Goebbels hatten offensichtlich sofort erkannt, welchen Propagandawert die Reichstagseröffnung in der Garnisonkirche für sie haben würde, welcher Eindruck damit besonders auf die „Herren" der Reichswehr, die deutsch-nationalen Kräfte und die Konservativen, die monarchistisch eingestellt waren, zu machen sei. Zunächst wurde für die Garnisonkirche eine strenge polizeiliche Überwachung angeordnet. Der Polizeipräsident von Potsdam, Graf Helldorf, berichtet über „vorbereitende Maßnahmen": „Mehrfache genaue Durchsuchungen der Garnison-Nikolai- und katholischen Kirche auf Feuersgefahr, Sabotage, Einschleichmöglichkeiten usw.. Kontrolle der besonders unter der Garnison- und Nikolaikirche befindlichen Kanäle und noch nicht vermauerten unterirdischen Gänge. Beobachtungen der Lokale, Bahnhöfe, Hotels, Gasthöfe und besonders eingehende Kontrolle der Herbergen, sowie Absteigequartiere usw. Die kommunistischen Funktionäre sind bis jetzt in einer Zahl von ca. 50 bereits festgesetzt, trotz-

Tribüne der Ehrengäste vor dem Vorbeimarsch, davor der Kronprinz (mit Pelzmütze), Generalfeldmarschall von Mackensen und General von Seeckt

dem weitere Beobachtung nach Neuernennung von 5 Männer-Gruppenführer op. – Razzien in den großen Laubengeländen in Nowawes und im Sonnenland haben bereits stattgefunden, weitere Beobachtung des Verkehrs in diesen verdächtigen Gebieten. – Die Potsdamer SA und SS ist angewiesen, auf Neuzuziehende in den einzelnen Häusern zu achten und beim Auftauchen verdächtiger Gestalten sofort hierher Mitteilung zu machen. Die Landespolizeibehörde ist veranlaßt worden, durch einen besonders hierfür bestimmten Offizier für möglichst starkes Aufstellen von Hilfspolizei und sofortige Inhaftierung aller verdächtigen staatsfeindlichen Elemente, die sich in der näheren oder weiteren Umgebung Potsdams bemerkbar machen, zu sorgen. Diese Maßnahme hat bereits zur Festnahme von etwa 30 Funktionären der KPD im Kreis Zauch-Belzig geführt."[2] Auch für den 21. März wurden umfangreiche Sicherungsmaßnahmen eingeleitet, einschließlich der Stationierung polizeilicher Scharfschützen auf den Dächern.

Daneben liefen die organisatorischen und propagandistischen Vorbereitungen auf Hochtouren. Zunächst ging es der Naziführung darum, den Widerstand der Vertreter des Oberkirchenrates, geführt von dem damaligen Generalsuperintendenten der Kurmark Dr. Otto Dibelius, zu überwinden. Dibelius sträubte sich dagegen, den Faschisten die Kirche ohne weiteres zur Verfügung zu stellen. Niemals würde die oberste Kirchenbehörde zulassen, daß ein Reichstag das Gotteshaus zu einer Versammlung benutzen dürfe. Der Widerstand des Oberkirchenrates war so heftig, daß selbst die Presse jener Tage darüber berichten mußte. So mußte der ursprüngliche Plan dahingehend modifiziert werden, daß nur der eigentliche Festakt in der Kirche vor sich gehen sollte, während die erste Sitzung im Anschluß hieran im Langen Saal (unmittelbar neben der Garnisonkirche, durch den Bombenangriff zerstört; das Portal wurde kürzlich restauriert,) stattfinden könnte. Der Lange Saal erwies sich aber als ungeeignet, deshalb wurde für die erste Sitzung die Krolloper in Berlin vorbereitet.

Der Eröffnung des Reichstages sollte ein evangelischer und ein katholischer Gottesdienst vorangehen. Hierfür wurde die Nikolaikirche und die katholische Kirche St. Peter und Paul ausgewählt. Für die propagandistische Vorbereitung hatte Hitler die Grundrichtung angegeben: „Es gibt kein höheres Symbol, als daß nach dem Verbrechen im Reichstage jetzt die nationale Regierung nach Potsdam geht, um an der Bahre des großen, unsterblichen Königs in der Garnisonkirche das neue Werk des deutschen Wiederaufbaus zu beginnen." Goebbels hatte für die entsprechende Menschenmenge und für die Übertragung durch alle Rundfunksender zu sorgen.

Zum 21. März 1933 versammelte sich in Potsdam alles, was „Rang und Namen" hatte.

Um 10.30 Uhr beginnt der Gottesdienst in der Nikolaikirche, an dem von Hindenburg, Hermann Göring und auch Prinz August Wilhelm von Hohen-

zollern (in SA-Uniform, unser Bild) teilnehmen. Die Predigt hält Generalsuperintendent Dr. D. Otto Dibelius, der sich noch vor kurzem, um seine Unabhängigkeit zu zeigen, gesträubt hatte, über das Wort „Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?" (Römer 8, Vers 31) In seiner Predigt sagte er: „Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. Denn der Staat ist Macht. Neue Entscheidungen, neue Orientierungen, Wandlungen und Umwälzungen bedeuten immer den Sieg des einen über den anderen. Und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dann muß die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden, es sei nach außen oder nach innen. Wir haben von Dr. Martin Luther gelernt, daß die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wir kennen die furchtbaren Worte, mit denen Luther im Bauernkrieg die Obrigkeit aufgerufen hat, schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung in Deutschland werde. Aber wir wissen auch, daß Luther mit demselben Ernst die christliche Obrigkeit aufgerufen hat, ihr gottgewolltes Amt nicht zu verfälschen durch Rachsucht und Dünkel, daß er Gerechtigkeit und Barmherzigkeit gefordert hat, sobald die Ordnung wiederhergestellt war."[3]) Für den Faschismus war diese Rede eine Unterstützung, ja, eine Ermunterung. Nach der Zerschlagung des Faschismus hat Dr. Dibelius den Eindruck zu erwecken versucht, daß der letzte Abschnitt der zitierten Stelle seiner Predigt als Kritik gemeint war. Die Tatsachen zeigen aber, daß sie z. B. Hermann Göring, der in der Nikolaikirche diese Predigt hörte, sie keinswegs so verstanden hat.

An der katholischen Feier in der St. Peter- und Paul-Pfarrkirche nehmen der päpstliche Nuntius, Monsignore Orsenigo, Doyen des Diplomatischen Korps, der Vizekanzler von Papen und auch der Reichsführer SS Heinrich Himmler teil. Das Leviten-Hochamt zelebriert Domkapitular Prälat Dr. Bannasch.

Hitler nimmt nicht teil. Schwerwiegende Gründe, so heißt es, haben ihn ferngehalten. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß die Schwierigkeiten bei der „Gleichschaltung" der vom Zentrum geführten bayrischen Landesregierung den Entschluß Hitlers beeinflußt haben.

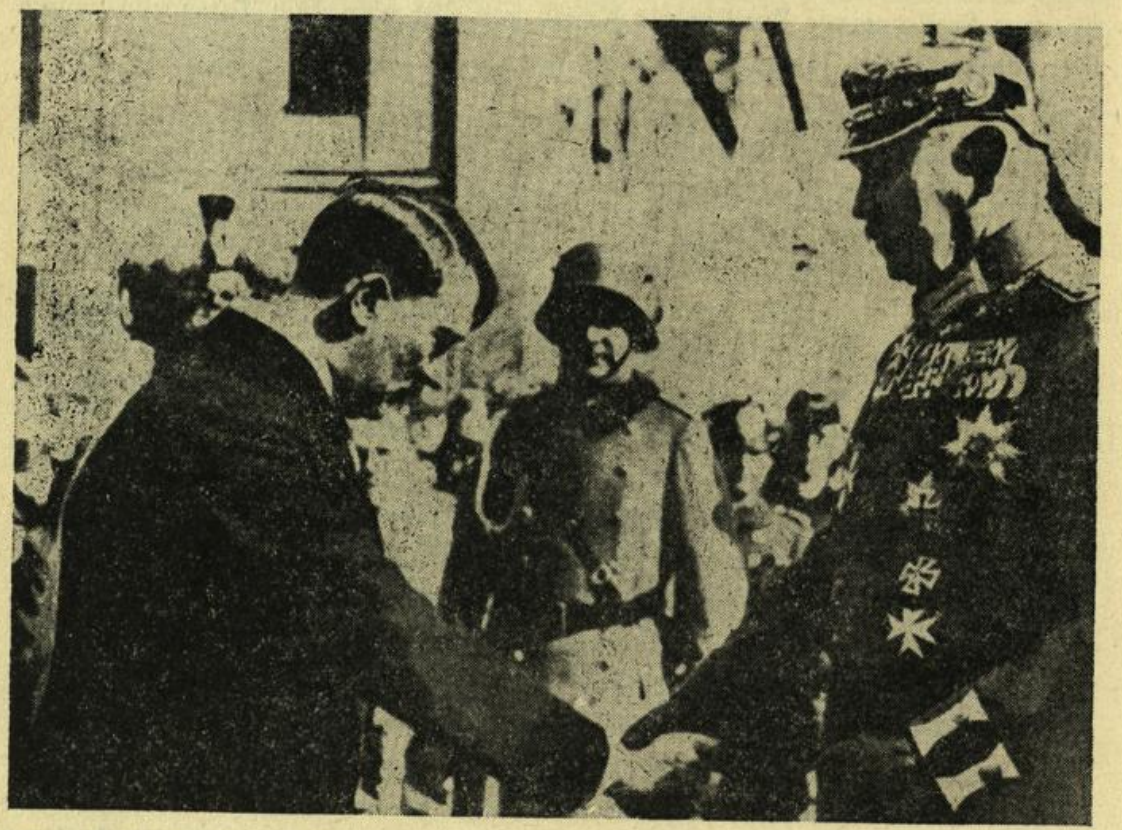
Nach den Gottesdiensten gehen die Mitglieder des Reichstages zur Garnisonkirche. Wem fällt in der Menge schon auf, daß die 81 kommunistischen Abgeordneten, denen das Mandat noch vor dem Zusammentritt des Reichstages entzogen wurde, und auch einige sozialdemokratische Abegordnete, die verhaftet sind, fehlen? Wer *will* es bemerken?

Die Garnisonkirche ist voll besetzt. Neben dem Schiff, in der alten Kaiserinloge, hat der ehemalige Kronprinz Platz genommen. Er ist natürlich über die Kontakte seines Vaters, des abgedankten Kaisers Wilhelm II., zu Hitler informiert. Aber jetzt ist nicht er die Hauptperson.

Im Sessel gegenüber dem Altar nimmt der Reichspräsident von Hindenburg Platz, der „Ersatzkaiser", der mit der Ernennung des Führers der faschisti-

schen Partei eine schwere historische Schuld auf sich genommen hat. Durch das Orgelspiel von Professor Otto Becker und den Choral des Staats- und Domchores, durch das Geschrei der spalierbildenden SA- und SS-Leute und Stahlhelmer ist das Glockenspiel der Kirche „Üb' immer Treu und Redlichkeit" wohl kaum zu hören. Über den Sinn der Worte hat wohl kaum jemand zu dieser Stunde in der Garnisonkirche nachgedacht.

Hindenburg eröffnet die Veranstaltung und verspricht der Hitlerregierung seine Unterstützung. Dann spricht Hitler. Es ist eine Zusammenfassung der demagogischen Reden, die er zu hunderten vorher auf Wahlversammlungen und Kundgebungen gehalten hat. Zu den wirklichen Zielen seiner Regierung sagt er nichts. Er verschweigt den Inhalt seiner Unterredung mit der Spitze der Reichswehr vom 3. Februar 1933, in der er von seinem Hauptziel sprach, den Krieg vor allem im Osten, gegen die Sowjetunion, zu führen, um „Lebensraum" zu erobern und zu kolonisieren. Er verschweigt auch den Inhalt der Unterredung mit den einflußreichsten Großindustriellen am 20. Februar, in der er die Bestätigung für sein Kriegsprogramm erhielt. Mit seiner Rede will er vor allem die noch zögernden Kräfte der bürgerlichen Parteien, der deutschnationalen und konservativ-monarchistischen Verbände überzeugen, dem bereits im Entwurf veröffentlichten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Dazu wird der Geist Bismarcks angerufen, der ebenfalls am 21. März den



Ein unheilvoller Händedruck zwischen Hitler und Hindenburg besiegelte das Bündnis zwischen Faschismus und Militarismus

ersten Reichstag des Kaiserreiches eröffnet hatte. Dazu legt Hindenburg in der Königsgruft an den Särgen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. einen Kranz nieder.

Der Händedruck zwischen dem „greisen Feldmarschall" und dem „unbekannten Gefreiten" soll der Öffentlichkeit die Allianz zwischen dem Faschismus und dem preußischen Militarismus symbolisieren. Dann nimmt die Prominenz auf einer Tribüne Aufstellung. Die Reichswehr eröffnet die Parade, dann folgt die Schutzpolizei, die SA, der Stahlhelm und die Kriegervereine.

Das gesamte Zeremoniell wird vom Rundfunk übertragen. Hitler und seine Gefolgsleute können zufrieden sein. Zwei Tage später, am 23. März 1933, beschließt der Reichstag das „Ermächtigungsgesetz". Die Regierung kann nun ohne Zustimmung des Reichstages Gesetze erlassen – auch solche verfassungsändernden Charakters. Der Reichstag verzichtet auf das Haushaltsrecht. Er ermächtigt die Regierung schließlich, Verträge mit anderen Staaten auch ohne seine Zustimmung abzuschließen. Dieses „Ermächtigungsgesetz", mit dem die Naziregierung fast unbeschränkte Vollmachten erhielt, fand die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte gegen das Gesetz. Das war eine mutige Tat. Aber der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der Parteivorsitzende Otto Wels, minderte ihren Wert, indem er der Forderung Hitlers nach „Gleichberechtigung" des imperialistischen Deutschlands zustimmte und darüber hinaus behauptete, die ausländische Presse übertreibe in der Berichterstattung über die faschistischen Grausamkeiten in Deutschland.

Auf der Grundlage des „Ermächtigungsgesetzes" konnte nunmehr eine zeitweilige Konsolidierung der faschistischen Diktatur erfolgen, der die unmittelbare Kriegsvorbereitung und der zweite Weltkrieg folgten.

Das Hitlerregime wurde durch die ruhmreiche Sowjetarmee und ihre Verbündeten zerschlagen. Die Garnisonkirche wurde durch den englischen Bombenangriff vom 14. April 1945 zerstört, der Rest später abgetragen. Die Wilhelm-Külz-Straße ist heute eine Magistrale des neuen sozialistischen Potsdam. Die Gedanken der Potsdamer Bevölkerung brachte Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, in seiner Rede bei der Friedensdemonstration der Jugend am 22. Mai 1983 zum Ausdruck: „Potsdam erinnert besonders eindringlich an die Lehren der Geschichte. Einst war es Zentrum des deutschen Militarismus, ein Symbol des Machtantritts der Nazis. Heute hat sein Name einen ganz anderen Klang. Hier, wo heute 'Frieden, Freundschaft, Solidarität' gerufen wird, zogen vor 38 Jahren die Sowjetunion und andere Staaten der Antihitlerkoalition mit dem Potsdamer Abkommen den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg und eröffneten auch unserem Volk den Weg in eine bessere Zukunft, in eine Zukunft die erfüllt ist und erfüllt sein soll von Frieden und Sozialismus."

Anmerkungen:

1 Dr. Friedrich Bestehorn: Der „Tag von Potsdam" und seine Vorgeschichte. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Potsdams, Neue Folge, Heft 4. Potsdam 1937. S. 219 f. (Festschrift zur Feier der 75. Wiederkehr der Gründung des Vereins (1862)

2 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A Nr. 627/2, Bl. 89

3 Reichstags-Eröffnungsfeier in Potsdam.
Hrsg.: Hans Hupfeld. Verlag A. W. Hayns Erben, Potsdam 1933, S. 29/30

Neue Kreise - alte Kreise

Regionalgeschichtliche Forschungen und Veränderungen der Verwaltungsstruktur, dargestellt am Beispiel der demokratischen Verwaltungsreform von 1952.

Von Hans-Joachim Schreckenbach

Viele Bürger, die sich für Orts- und Heimatgeschichte interessieren, stellen die Frage nach gedrucktem und ungedrucktem Material, nach Quellen, die ihnen Auskunft über historische Fakten und Ereignisse geben. Um diese Frage beantworten zu können, sollte der erste Weg immer in eine Bibliothek führen, entweder zur Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek in Potsdam oder zu einer Kreis-, Stadt- oder Museumsbibliothek. Dort kann an Hand der vorliegenden Bibliographien und Kataloge geprüft werden, welche Literatur zu dem gesuchten Thema bereits vorliegt.[1] Auf diese Weise ist eine schnelle Information möglich, unnötige Arbeiten und Irrwege werden vermieden.

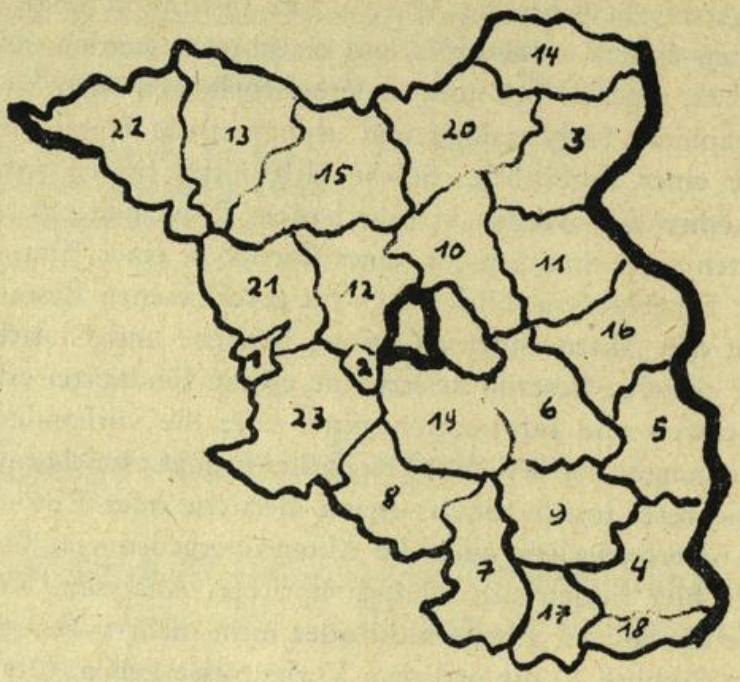
Bei intensiverem Befassen mit der Geschichte, bei Forschungen zu konkreten Ereignissen und Prozessen aus dem Bereich der Orts- und Heimatgeschichte ist es jedoch notwendig, auch auf unveröffentlichte, noch nicht ausgewertete Quellen, insbesondere aus den Archiven, zurückzugreifen. Dabei sind einige Besonderheiten zu beachten, die sich aus der Art und Weise der Entstehung, Überlieferung und Erschließung archivalischer Quellen ergeben. Um das gesuchte Material zielsicher suchen und auch finden zu können, muß der Benutzer wissen, daß in Archiven in der Regel das Schriftgut (Akten, Urkunden, Karten u. a. m.) von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, von Betrieben und einzelnen Personen oder Familien aufbewahrt wird. Er muß deshalb – meist mit Hilfe des Archivars – zwei Fragen klären:

1. Welche Institutionen können sich mit dem Forschungsgegenstand (Ort, Person, Sache, Ereignis) befaßt haben?
2. Welches Archiv bewahrt die Akten dieser Institution heute auf?

Da Archivalien anders aufbewahrt und erschlossen werden als die Bücher einer Bibliothek, ergeben sich auch andere Arbeitsmethoden für den Benutzer. Bibliographien, Sachkataloge und alphabetische Kataloge erschließen die Bestände einer Bibliothek. Solche Hilfsmittel finden sich im Archiv nicht. Die Archivalien werden hier nach dem Provenienzprinzip geordnet, d. h. die Akten eines Staatsorgans, eines Betriebes, einer Einrichtung, einer Familie oder Einzelperson, bilden e i n e n geschlossenen Bestand und werden nicht mit den Akten anderer Organe, Betriebe und Einrichtungen vermischt. Jeder einzelne Bestand besitzt eine eigene Findkartei oder ein Findbuch als Nachweis und Informationsmittel über die vorhandenen Unterlagen. Bei Forschungen zur örtlichen Geschichte genügt es nicht, nur die Akten eines oder mehrerer lokaler Staatsorgane, Betriebe oder Einrichtungen einzusehen. Es ist erforderlich, auch die Akten übergeordneter Organe zu benutzen. Denn hier finden sich vielfach Berichte, Analysen, Korrespondenzen usw., die auf lokaler Ebene nicht oder nicht mehr vorhanden sind und die ebenfalls Einblick in die örtlichen Verhältnisse geben. Oft ermöglichen sie auch Vergleiche mit anderen Orten und anderen Sachzusammenhängen. Insgesamt ist es also notwendig, bestimmte Kenntnisse über Struktur, Organisation und Funktion der Staatsmacht zu besitzen oder zu erwerben. Veränderungen in der territorialen Gliederung des Staatsgebietes oder im Aufgabenbereich einzelner Staatsorgane, Betriebe oder Einrichtungen müssen gerade bei regionalgeschichtlichen Forschungen beachtet werden, um Fehlerquellen und unnötige Arbeit zu vermeiden. Am Beispiel der demokratischen Verwaltungsreform des Jahres 1952 soll dies kurz erläutert werden. Nach der Zerschlagung des Faschismus im Jahre 1945 hatte sich der Aufbau antifaschistisch-demokratischer Staatsorgane innerhalb der gegebenen territorialen Gliederung vollzogen. Die in ihren Grundzügen im Jahr 1816 geschaffene Kreiseinteilung der ehemaligen preußischen Provinz Mark Brandenburg blieb zunächst auch in den Jahren nach 1945 im wesentlichen bestehen. Mit Beginn der zentralen Wirtschaftsplanung 1948[2] und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 wurden jedoch die Unzulänglichkeiten der bisherigen territorial-administrativen Gliederung mehr und mehr deutlich. Sie genügte nicht mehr den gesellschaftlichen Anforderungen.

Erste umfangreiche Veränderungen sind im Verlauf des Jahres 1950 durchgeführt worden. Am 28. April 1950 beschloß der brandenburgische Landtag das „Gesetz über die Änderungen zur Verbesserung der Kreis- und Gemeindegrenzen".[3] Zwei Monate später, am 28. Juni 1950 verabschiedete die Provisorische Volkskammer der DDR das „Gesetz über Änderung von Grenzen der Länder"[4], dem am 13. Juli 1950 eine ergänzende Verordnung der

Verwaltungsgliederung des Landes Brandenburg nach dem Stand von September 1951



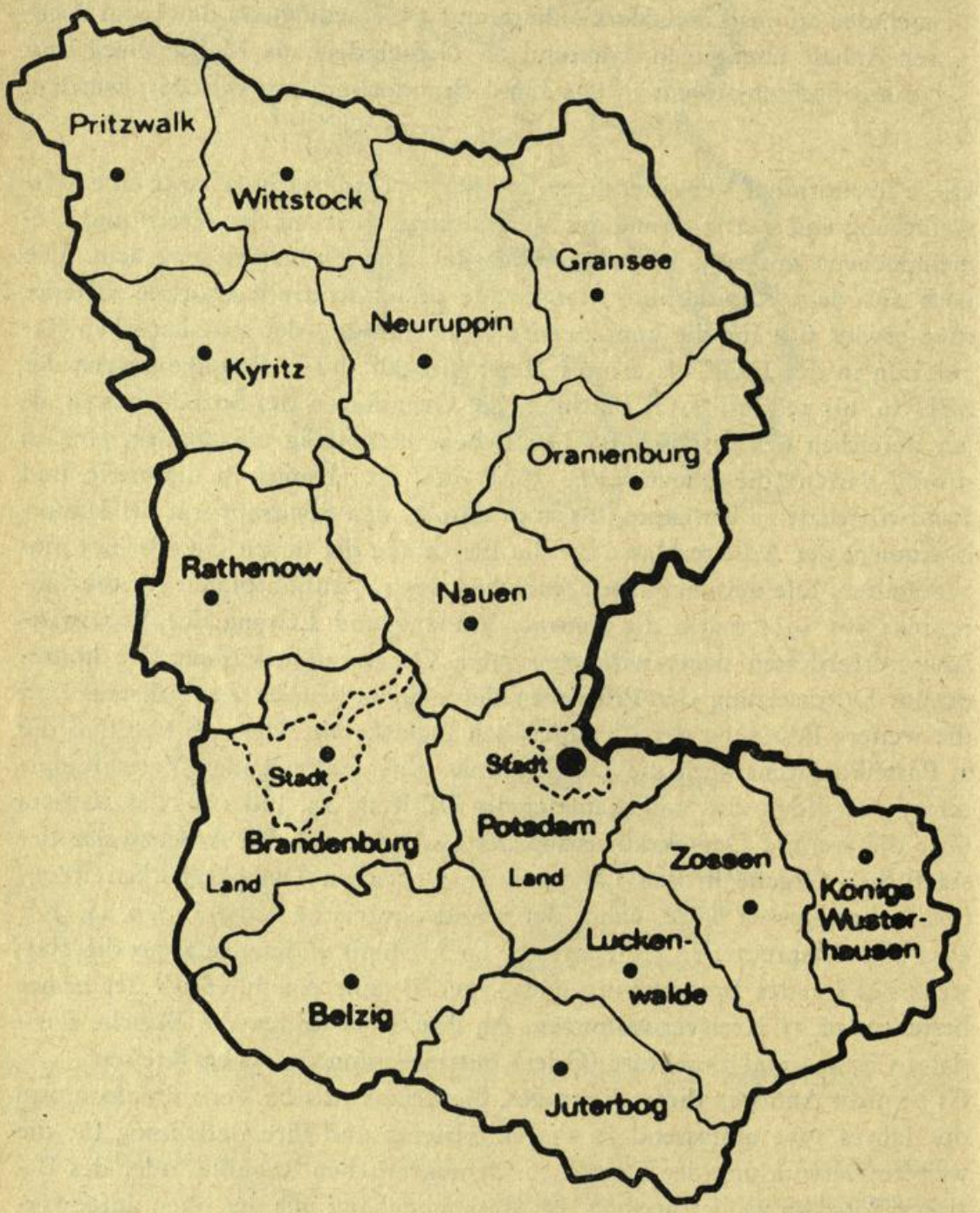
1 Stadtkr. Brandenburg
2 Stadtkr. Potsdam
3 Landkr. Angermünde
4 Landkr. Cottbus
5 Landkr. Frankfurt
6 Landkr. Fürstenwalde
7 Landkr. Luckau
8 Landkr. Luckenwalde
9 Landkr. Lübben
10 Landkr. Niederbarnim
11 Landkr. Oberbarnim
12 Landkr. Osthavelland
13 Landkr. Ostprignitz
14 Landkr. Prenzlau
15 Landkr. Ruppin
16 Landkr. Seelow
17 Landkr. Senftenberg
18 Landkr. Spremberg
19 Landkr. Teltow
20 Landkr. Templin
21 Landkr. Westhavelland
22 Landkr. Westprignitz
23 Landkr. Zauch-Belzig
——— Staatsgrenze

Regierung der DDR folgte.[5)] Im Ergebnis dieser gesetzgeberischen Akte wurden

- die Stadtkreise Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Forst, Guben Rathenow und Wittenberge aufgelöst und die Städte in die umgebenden Landkreise eingegliedert,
- die Landkreise Beeskow-Storkow, Lebus und Calau umbenannt, der Landkreis Guben aufgelöst und dafür der Landkreis Frankfurt (Oder) neu gebildet,
- zahlreiche Gemeinden zusammengelegt,

- die Grenzen der Landkreise – und damit die Kreiszugehörigkeit vieler Gemeinden – in beträchtlichem Umfang verändert,
- Gebietsaustausche mit anderen Ländern vorgenommen, wobei 24 Gemeinden an das Land Mecklenburg und 2 Gemeinden an das Land Sachsen-Anhalt übergingen, während 46 Gemeinden aus Mecklenburg und 10 aus Sachsen-Anhalt in das Land Brandenburg eingegliedert wurden.

Diese territorialen Veränderungen des Jahres 1950 brachten zwar eine Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltungsarbeit auf der Kreis- und Gemeindeebene mit sich, konnten jedoch nur eine Zwischenlösung sein. Die noch aus dem Kapitalismus stammende administrativ-territoriale Gliederung erwies sich für die konsequente Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR als ernstes Hemmnis. Als die 2. Parteikonferenz der SED (9. bis 12. Juli 1952) beschloß, die Grundlagen des Sozialismus in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens planmäßig aufzubauen, ging es sowohl darum, die ökonomische Basis des Sozialismus in Industrie und Landwirtschaft zu erweitern, als auch darum, den Staatsapparat als Hauptinstrument der Arbeiterklasse für die Errichtung der neuen Gesellschaft umzugestalten. Die umfangreichen Aufgaben des 1. Fünfjahrplanes für die Jahre 1951 bis 1955 sowie die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft erforderten neue, wirkungsvollere Organisationsformen, die konsequente Durchsetzung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und die weitere Festigung der sozialistischen Demokratie. Deshalb beschloß die 2. Parteikonferenz auch die Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform. Nachdem die Volkskammer der DDR am 23. Juli 1952 das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik“[6] beschlossen hatte, nahm der brandenburgische Landtag am 25. Juli 1952 das entsprechende Landesgesetz an.[7] Damit endete de facto die Existenz des Landes Brandenburg und seiner Organe einschließlich der bisher bestehenden 21 Kreisverwaltungen. An ihre Stelle traten die Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) mit insgesamt 41 neuen Kreisen.
Es ist nicht Anliegen dieses Beitrages, die demokratische Verwaltungsreform des Jahres 1952 umfassend zu charakterisieren und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik oder des Bezirkes Potsdam zu beschreiben. Im Zusammenhang mit der oben aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis zwischen regionalgeschichtlichen Forschungen und der Organisation der Staatsmacht interessieren hier nur die territorialen Aspekte der Verwaltungsreform. Durch die Gesetze vom Juli 1952 wurde eine solche administrativ-territoriale Gliederung des Staatsgebietes geschaffen, die den Anforderungen für den Aufbau und die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen



Verwaltungsgliederung des Bezirkes Potsdam

Republik entsprach. Diese Gliederung hat sich im Verlauf der seitdem vergangenen 31 Jahre als äußerst stabil erwiesen.
Im Bereich des ehemaligen Landes Brandenburg sind 1952 folgende territoriale Veränderungen vorgenommen worden:

1. Auflösung der 21 Landkreise des Landes Brandenburg.
2. Schaffung von 41 neuen Kreisen im Bereich der drei Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder), die erheblich kleiner – und dadurch überschaubarer – als die alten Kreise sind, und Aufteilung der zu einem alten Kreis gehörenden Gemeinden auf zwei oder mehr neue Kreise. Bei der Kreiseinteilung spielten sowohl ökonomische als auch verkehrspolitische Gesichtspunkte eine Rolle.
3. Im Bezirk Potsdam wurden 15 Landkreise und 2 Stadtkreise (Brandenburg und Potsdam) gebildet. Nur 6 der 15 Kreisstädte waren schon vor 1952 Sitz einer Kreisverwaltung gewesen, und zwar Belzig (Kreis Zauch-Belzig), Luckenwalde (ab 1945 Kreis Jüterbog-Luckenwalde), Nauen (Kreis Osthavelland), Kyritz (Kreis Ostprignitz), Neuruppin (Kreis Ruppin) und Rathenow (Kreis Westhavelland). Neun Kreisverwaltungen wurden in die neuen Kreisstädte Brandenburg, Gransee, Jüterbog (das bis 1945 Kreisstadt gewesen war), Königs Wusterhausen, Oranienburg, Potsdam, Pritzwalk, Wittstock und Zossen verlegt.
   Zwischen diesen neuen Kreisstädten und Kreisverwaltungen sowie den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mußten neue verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, verkehrsmäßige und kulturelle Beziehungen aufgebaut und entwickelt werden.
4. Insgesamt 290 ehemals brandenburgische Städte und Gemeinden wurden den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin und Magdeburg angegliedert. Andererseits kamen 325 Städte und Gemeinden aus den ehemaligen Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt an die Bezirke Potsdam und Cottbus.

Die als Anhang angefügten Übersichten lassen den Umfang der territorialen Veränderungen erkennen. Sie machen auch deutlich, wie wichtig für alle orts- und heimatgeschichtlichen Forschungen die Feststellung der territorialen Zuständigkeit ist, d. h. wann und wie lange eine Stadt oder Gemeinde zu einem bestimmten Kreis (oder auch Amtsbezirk, Amt usw.) gehört hat. Danach richtet sich auch die Zuordnung der in den Archiven aufbewahrten Quellen. So finden sich z. B. die Unterlagen der Kreisverwaltungen für die Zeit bis 1952 im Staatsarchiv Potsdam, (sofern es sich um ehem. brandenburgische Kreise handelt), für die Zeit nach 1952 aber im jeweiligen Kreisarchiv.

Anhang

Übersicht A: Aufteilung der Gemeinden des Landes Brandenburg

Zahl der Gemeinden insgesamt		2 121	
davon an Bezirk	Potsdam	841	1 831
	Frankfurt (Oder)	506	
	Cottbus	484	
	Neubrandenburg	155	290
	Schwerin	129	
	Magdeburg	6	

Übersicht B: Zusammensetzung der neuen Bezirke

Bezirk Potsdam:		
Zahl der Gemeinden	883	
davon aus Land Brandenburg	850	
aus Land Sachsen-Anhalt	33	
Bezirk Frankfurt (Oder):		
Zahl der Gemeinden (alle aus Land Brandenburg)	506	
Bezirk Cottbus:		
Zahl der Gemeinden	776	
davon aus Land Brandenburg	484	
aus Land Sachsen-Anhalt	189	292
aus Land Sachsen	103	
Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) insgesamt:[8]		
Zahl der Gemeinden	2 165	
davon aus Land Brandenburg	1 840	
aus Land Sachsen-Anhalt	222	325
aus Land Sachsen	103	

Übersicht C: Übersicht über die Veränderungen der Kreiseinteilung im Bezirk Potsdam[9)]

Neuer Kreis	Zahl der Gemeinden 1981	Zusammensetzung nach der alten Kreiszugehörigkeit: alter Kreis	Zahl der 1952 übernommenen Gemeinden	
Belzig	56	Zauch-Belzig	65	= 67
		Burg	2	
Brandenburg-Land	57	Zauch-Belzig	25	
		Westhavelland	16	
		Burg	12	= 61
		Genthin	5	
		Brandenburg (Stadt)	3	
Gransee	51	Ruppin	32	
		Templin	27	= 60
		Niederbarnim	1	
Jüterbog	46	Luckenwalde	48	
		Zauch-Belzig	7	= 65
		Wittenberg	6	
		Herzberg	4	
Königs Wusterhausen	47	Teltow	41	
		Fürstenwalde	14	= 60
		Lübben	5	
Kyritz	49	Ostprignitz	42	= 76
		Ruppin	34	
Luckenwalde	42	Luckenwalde	36	
		Teltow	8	= 47
		Zauch-Belzig	3	
Nauen	48	Osthavelland	30	= 49
		Westhavelland	19	
Neuruppin	73	Ruppin	68	
		Osthavelland	11	= 80
		Westhavelland	1	
Oranienburg	45	Niederbarnim	28	
		Osthavelland	17	= 47
		Ruppin	2	

Neuer Kreis	Zahl der Gemeinden 1981	Zusammensetzung nach der alten Kreiszugehörigkeit: alter Kreis	Zahl der 1952 übernommenen Gemeinden	
Potsdam-Land	60	Zauch-Belzig	38	
		Osthavelland	11	= 67
		Teltow	10	
		Potsdam	8	
Pritzwalk	50	Ostprignitz	59	= 65
		Westprignitz	6	
Rathenow	47	Westhavelland	40	= 44
		Genthin	4	
Wittstock	30	Ostprignitz	31	= 32
		Ruppin	1	
Zossen	51	Teltow	51	= 61
		Luckenwalde	10	
Stadtkreis Potsdam	1	Potsdam (Stadt)	1	= 1
Stadtkreis Brandenburg	1	Brandenburg (Stadt)	1	= 3
		Westhavelland	2	

Anmerkungen:

1) Vgl. die von D. Geßner und J. Schulz bearbeitete Bibliographie zur Regionalgeschichte in „Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam" 1, 1982, S. 82–95.
2) Halbjahrplan für das 2. Halbjahr 1948 und Zweijahrplan 1949/50.
3) GVOBl Land Brandenburg T. I 1950, S. 9.
Beschlüsse der Landesregierung Brandenburg vom 6. Juni, 18. Juli, 2. September und 3. Oktober 1950 dienten der Ausführung des Gesetzes. (Abgedr. in: GVOBl Land Brandenburg T. II 1950, S. 269–276, 342 f., 418 f., 452 f.).
4) GBl 1950, S. 631.
5) GBl 1950, S. 659 f.
6) GBl 1952, S. 613 f.
7) GVOBl Land Brandenburg T. I 1952, S. 15–28 (Sonderausgabe). In der Anlage A zu diesem Gesetz (S. 17–28) ist ein genaues Kreis- und Ortsverzeichnis der drei Bezirke nach der neuen Verwaltungsstruktur mit Angabe der ehem. Kreiszugehörigkeit der Orte abgedruckt.
8) Die unterschiedlichen Angaben über die Gesamtzahl der brandenburgischen Gemeinden in den Übersichten A und B ergibt sich aus Eingemeindungen, die im Verlauf der Verwaltungsreform vorgenommen worden sind.
9) Durch Eingemeindungen hat sich die Zahl der selbständigen Gemeinden zwischen 1952 und 1981 erheblich verringert.

Territorialkundliche Quellen in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam

Von Dorothee Geßner

Die Beschäftigung mit der märkischen Heimatgeschichte vereint eine große Zahl von Bürgern aller Schichten, die in Verbundenheit mit ihrer engeren und weiteren Heimat die Geschichte und Entwicklung einzelner Territorien, Städte und Gemeinden erforschen. Heimatforschung kann sowohl Hobby und gesellschaftlich-ehrenamtliche Tätigkeit als auch ein beruflicher Auftrag sein.

Da am Anfang jedes Forschungsvorhabens und lange, bevor Ergebnisse in irgendeiner Form aufbereitet werden, die Frage nach der Quellen- und Forschungsbasis steht, sollen hier einige Hinweise für die Beschäftigung mit territorialkundlichen Quellen – insbesondere den bibliotheksmäßig aufbereiteten – vermittelt werden.

Im wesentlichen zählen wir zu denjenigen Quellen, die der Heimatforscher in Anspruch nehmen kann 1. archivalische Quellen, 2. gedruckte Quellen, 3. materielle Sachzeugen.

In der Reihenfolge der Auswertung dieser Forschungsmaterialien ist der Heimatforscher gut beraten, wenn er zunächst die gedruckten (sekundären) Quellen erfaßt und auswertet, um bereits Aufgearbeitetes und Überliefertes für seine Zwecke zu verwenden. Zusätzlich kann die Möglichkeit der Archivbenutzung und des Museumsbesuches etc. ins Auge gefaßt werden. Zu empfehlen ist, daß zu Beginn einer Recherche der Weg in die zuständige örtliche Bibliothek (Staatliche Allgemeinbibliothek) führen sollte, die je nach Größe und Bedeutung des Ortes über einen entsprechenden Bestand verfügt. Die Frage nach territorialkundlichen Quellen wird hier bereits am Bestand oder auch bibliographisch entschieden bzw. an leistungsfähigere Bibliothekseinrichtung weitergeleitet. Der Bibliotheksbenutzer kann von jeder örtlichen Bibliothekseinrichtungen aus den Leihverkehr in Anspruch nehmen, wobei exakte Literaturangaben den Bestellvorgang abkürzen helfen.

Das territorialkundliche Bestandszentrum für die märkische Heimatliteratur in den Grenzen der heutigen Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam befindet sich in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam, die im Jahre 1969 aus der Vereinigung der ehemaligen Landes- und Hochschulbibliothek mit der Stadt- und Bezirksbibliothek Potsdam hervorging (im folgenden: WAB (B) Potsdam). Diese neugeschaffene Bibliothekseinrichtung, die die Funktion des bezirklichen Bestands- und

Informationszentrums übernahm, verfügt auf der Grundlage von weiterreichenden Bibliothekstraditionen und zielgerichteter Erwerbungstätigkeit auch über einen umfassenden landeskundlichen Bestand zur Mark Brandenburg mit wertvollen, interessanten Quellen zur ältesten, neueren und Zeitgeschichte.

Wichtiger gesetzlicher Rückhalt für den Bestandsaufbau des Sammelschwerpunktes „Brandenburgica" der WAB (B) Potsdam war und ist die Pflichtexemplar-Anordnung zur Erfassung und Sammlung von in der Region der drei märkischen Bezirke erschienenen Schriften, deren sporadisches Erscheinen und differenzierte Vertriebspraktiken eine kontinuierliche Beschaffung problemreich werden lassen. Wir richten bei dieser Gelegenheit an alle Heimatfreunde und -forscher den Appell, mit Hinweisen die Sammeltätigkeit der WAB (B) Potsdam zu unterstützen. Da aber auch die örtlichen Bibliotheken auf der Grundlage entsprechender Bibliotheksverordnungen zu territorialkundlichen Bestandszentren profiliert werden sollen, sind zweckdienliche Hinweise auf territoriale Neuerscheinungen auch an die Adresse dieser Bibliotheken von Wichtigkeit.

Die unter die Abgabepflicht fallenden territorialen (überwiegend territorialkundlichen) Schriften von Urhebern aus dem Territorium besitzen eine große Vielfalt und befinden sich gegenüber den territorialkundlichen Schriften der Verlagsproduktion in der Überzahl. Im einzelnen erfaßt und sammelt die WAB (B) Potsdam folgende Schriften außerhalb der Verlagsproduktion: Agitationsmaterial, Ausstellungskataloge, Betriebskollektivverträge, Betriebszeitungen, Betriebsgeschichten, Bilddokumente, Chroniken, Dissertationen, Fahrpläne, Fernsprechbücher, Festschriften, Firmenschriften, Führer (über Einrichtungen), Haushaltspläne, Heimatkalender, Kalender, Karten, Kulturspiegel, Lehrmaterialien, Mitteilungsblätter, Ortsbeschreibungen, Ortssatzungen, Programme, Prospekte, Tageszeitungen, Touristeninformationen, Veranstaltungsmaterialien, Volkswirtschaftspläne, Wettbewerbspläne.

Der territorialkundliche (landeskundliche) Bestand der WAB (B) Potsdam wird als Archivbestand geführt und unterliegt differenzierten Benutzungsbestimmungen im Sinne seiner physischen und quellenkundlichen Erhaltung für die Nachwelt.

Die bibliothekarische Erschließung der territorialkundlichen Quellen in der WAB (B) Potsdam umfaßt nicht nur die monographische Beschreibung einzelner Titel, sondern auch eine inhaltliche (analytische) Beschreibung, um insbesondere lokalgeschichtliche Einzelprobleme, wie sie uns in Sammelwerken (Heimatkalender, mehrbändige Werke) und in der Fach- und Tagespresse begegnen, katalogmäßig zu erfassen. Die Erschließung der sogenannten versteckten Literatur sichert dem Heimatforscher den schnellen Zugriff zur lokalen Literatur einerseits und fördert die publizistischen Initiativen einzelner Forscher andererseits.

Seit 1959 erfolgt für die territorialkundlichen Quellen der WAB (B) Potsdam (seinerzeit: Landes- und Hochschulbibliothek) auch eine laufende bibliographische Erschließung und damit umfassende Propagierung. In Mehrjahres-, neuerdings Jahresbänden, werden alle Neuerscheinungen, selbständige wie unselbständige Schriften, in systematisch gegliederten Verzeichnissen und mit Autoren- und Sachregistern versehen, zusammengefaßt. Interessenten für die Bibliographie, die unter dem Titel „Brandenburgische Literatur" erscheint, haben die Möglichkeit, sich an die Adresse der Bibliothek zu wenden.

Eine retrospektive bibliographische Propagierung der territorialkundlichen Quellen erfolgte aus aktuellem Anlaß zu folgenden Themen: 30 Jahre Bodenreform, 30 Jahre SED, Sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam, Novemberrevolution und Gründung der KPD, Havelländisches Obstbaugebiet, Preußische Geschichte in der Literatur (auch Belletristik), 30 Jahre Verwaltungsreform, Potsdam (Auswahl), Potsdamer Straßennamen, Potsdams Partnergebiete, Ökonomische Geographie.

Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, daß die territorialkundlichen Sammelaufgaben zunächst noch schwerpunktmäßig in traditionsreichen Bibliothekseinrichtungen der DDR angesiedelt sind. Ehemals märkische Gebiete, die außerhalb der Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam liegen, sind Sammelgegenstand der für diese Gebiete zuständigen Regionalbibliotheken, z. B. die Universitäts- und Landesbibliothek Halle, die Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Schwerin, die Sächsische Landesbibliothek Dresden, die Ratsbibliothek Berlin (Fachabt. der Berliner Stadtbibliothek).

Die Vermittlerfunktion der Bibliotheken bei der Erschließung gedruckter territorialkundlicher Quellen dient der Verbreitung heimatgeschichtlicher Kenntnisse und Überlieferungen und wirkt unmittelbar mit bei der Bewußtseinsbildung der Bürger.

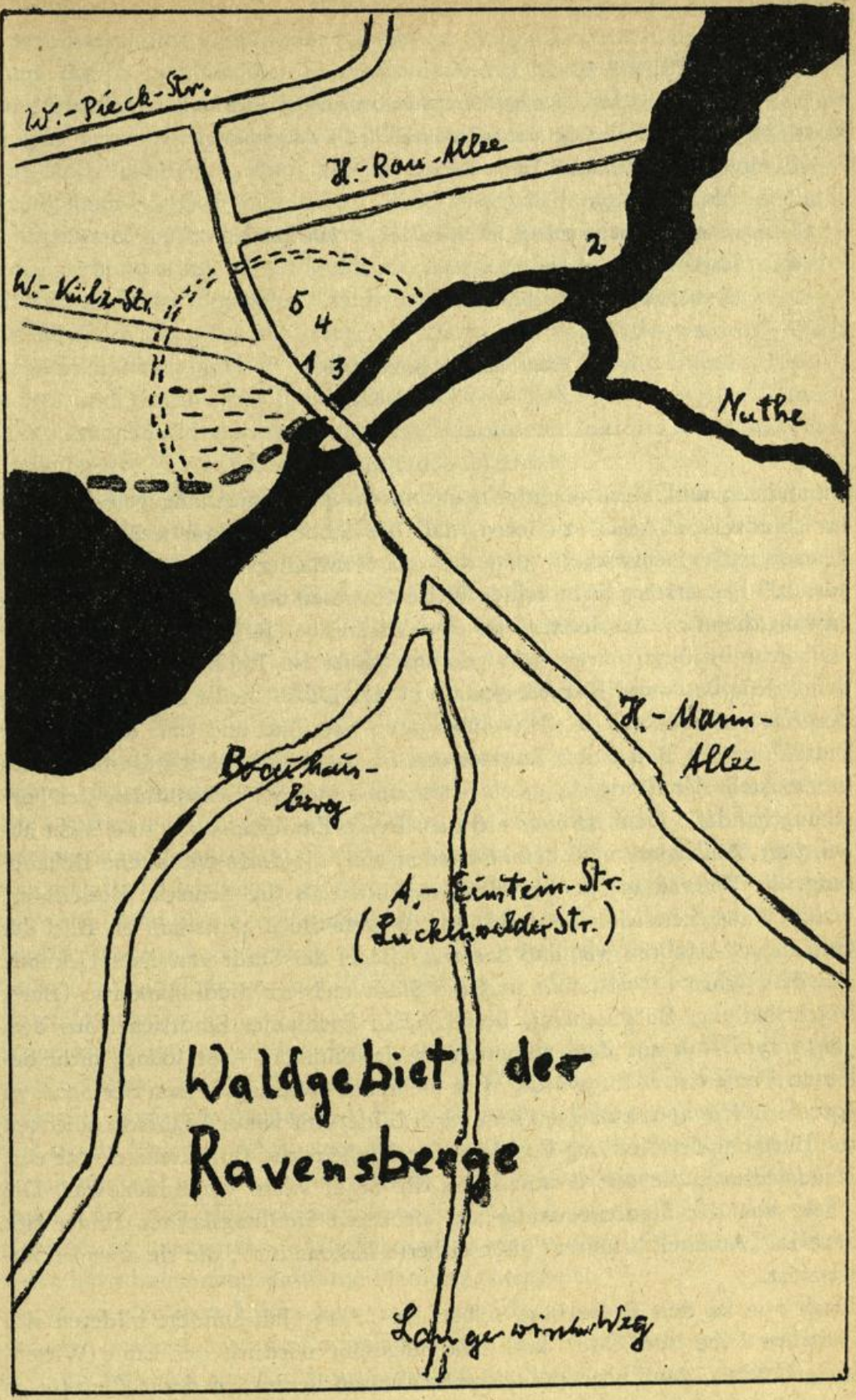
Neue Überlegungen zur Entstehung von Burg und Stadt Potsdam im 12./13. Jahrhundert

Von Helmut Assing

Die Anfänge der Stadt Potsdam und der auf ihrem Territorium gelegenen deutschen Burg[1] sind auch heute noch weitgehend in Dunkel gehüllt. Abgesehen von der vereinzelten Urkunde aus dem Jahre 993, die die slawische Siedlung in vorstädtischer Zeit erwähnt, beginnt die schriftliche Überliefe-

rung für Potsdam leider erst mit dem 14. Jahrhundert, als der Ort schon zu einer kleinen Stadt geworden war. Aus dem 12. und 13. Jahrhundert, die für die Stadtentstehung entscheidend waren, liegen aber dank der verdienstvollen Ausgrabungen und Sammlungen R. Hoffmanns recht umfangreiche archäologische Materialien vor; ferner erlauben schriftliche Quellen dieser Jahrhunderte, die Ereignisse in Randgebieten betreffen, gewisse Analogieschlüsse. Schließlich ist es möglich, aus späteren Quellen unterschiedlichster Art Rückschlüsse auf das 12. und 13. Jahrhundert zu ziehen. Trotzdem darf – vor allem im Vergleich zu anderen Städten – von einer relativ ungünstigen Quellenlage gesprochen werden. Neben der geringfügigen Bedeutung, die Potsdam bis in das 17. Jahrhundert hinein besaß, ist darin wohl ein Hauptgrund zu sehen, daß die Forschung der Stadtwerdung Potsdams und dem Alter der deutschen Burg bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Im vorigen Jahrhundert legten nur E. Fidicin und G. Sello gründlichere Untersuchungen dazu vor.[2] Nach den Ausgrabungen von 1911/12 und 1921, als erstmals Überbleibsel des slawischen Burgwalls zutage traten, nahm zwar das Interesse für Potsdams frühe Zeit zu, doch waren lediglich zahlreiche Zeitungsartikel und einige Ausführungen in allgemeineren Darstellungen – z. T. mit sehr eigenwilligen Quelleninterpretationen und voreiligen Schlußfolgerungen – bis 1945 die wissenschaftliche Ausbeute.[3] Die Zerstörung des Potsdamer Stadtkerns im April 1945 gab die Möglichkeit zu neuen archäologischen Untersuchungen, die auch die Stadtentstehung betrafen. R. Hoffmann, in dessen Händen die Grabungen lagen, veröffentlichte in den 50er und 60er Jahren mehrere Zeitschriftenartikel, in denen er seine Grabungsergebnisse auswertete.[4] Diese Artikel enthalten neue Tatsachen und Gedanken zu den Anfängen der Stadt Potsdam, ohne jedoch – und das hatte R. Hoffmann auch gar nicht beabsichtigt – eine zufriedenstellende Theorie über den Stadtentstehungsprozeß zu liefern. Seitdem sind gut 20 Jahre vergangen, in denen die Geschichtsschreibung zur mittelalterlichen Mark Brandenburg beachtliche Fortschritte erzielte und dabei Theorien und Hypothesen aufstellte, die für die Potsdamer Geschichte ebenfalls von Bedeutung sind. Die Erforschung der Anfänge Potsdams ruhte jedoch in dieser Zeit fast ganz. Erst in den letzten Jahren wurden hierzu im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer Gesamtdarstellung der Geschichte Potsdams wieder Studien betrieben, die sich in dem vorliegenden Artikel fortsetzen.[5]

Bevor wir uns der eigentlichen Problematik zuwenden, muß ein Wort zu den Potsdam betreffenden populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen gesagt werden, die in den letzten Jahren erschienen sind. Die mittelalterliche Geschichte Potsdams kommt darin sehr kurz weg; trotzdem enthalten die Ausführungen aber Fehler und vor allem sehr sicher vorgetragene Behauptungen, die oft nicht nur umstritten, sondern sogar unwahrscheinlich sind. Hier wurden doch etwas kritiklos der älteren Literatur einige Ansichten


W.-Pieck-Str.
H.-Rau-Allee
W.-Külz-Str.
2
5
4
1
3
Nuthe
H.-Marin-Allee
Brauhaus-berg
A.-Einstein-Str.
(Luckenwalder Str.)
Waldgebiet der Ravensberge
Langewirsch Weg

Potsdam im frühen Mittelalter

Legende: zu Karte Seite 45

– – – vermutetes Havelufer im Mittelalter (womöglich noch weiter nördlich)
= = = vermuteter Verlauf des mittelalterlichen Stadtgrabens
1 deutsche Burg bzw. Turmanlage
2 slawischer Burgwall
3 vermutete spätslawische Siedlung des 12. Jahrhunderts
4 Markt der mittelalterlichen Stadt
5 Kirche der mittelalterlichen Stadt
nasses Gelände

Nicht maßstabgerecht
Zeichnung: H. Assing

---

entnommen und diese obendrein aus ihrem Zusammenhang gelöst. So ist im „Stadtführer-Atlas" zu lesen, daß die Stadt Potsdam sich aus einem deutschen Dorf entwickelte und daß zur Potsdamer Burg zwei Kietze gehörten.[6] Das erstere ist in keiner Weise bewiesen und darüber hinaus völlig unwahrscheinlich, das letztere ist eine Vermutung R. Hoffmanns, die aber als solche im Stadtführer nicht gekennzeichnet ist. Im Band „Bezirk Potsdam" der „Bau- und Kunstdenkmale in der DDR" heißt es, daß Albrecht der Bär um 1160 (!) den Havelübergang befestigte und daß die deutsche Besiedlung des Potsdamer Raumes erst im 13. Jahrhundert begann.[7] Auch hier entsteht der Eindruck, als ob es sich um gesicherte Erkenntnisse der Forschung handele. Dem ist aber nicht so. Beide Zahlenangaben sind nicht abgesichert. Außerdem muß betont werden, daß die darin enthaltene Behauptung, die Wehranlage an der Havel sei älter als die deutsche Besiedlung, wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat. In dem Buch „Potsdam im Bild der Geschichte" erfahren wir, daß das erste Siegel der Stadt von einer Urkunde aus dem Jahre 1317 stammt und die Stadt mehrere Siedlungskerne (Burg, Marktsiedlung, Burgfischerei) besaß.[8] Ein Potsdamer Stadtsiegel aus dem Jahre 1317 – ja aus dem gesamten 14. Jahrhundert – ist jedoch nicht bekannt. Ferner ist es fragwürdig, von mehreren Siedlungskernen der *Stadt* zu sprechen. Wie noch zu zeigen sein wird, bildet mit hoher Wahrscheinlichkeit die Burg mit der Siedlung Potsdam eine Einheit; die Burgfischerei war eine Randsiedlung, die erst entstand, als die Stadt schon vorhanden war. Die These von der Stadtentstehung aus mehreren Siedlungskernen findet sich auch im „Architekturführer" als gesicherte Erkenntnis[9], die sie aber keineswegs ist.

Doch nun zu den Ereignissen selbst. Im 12./13. Jahrhundert bildeten sich zwischen Elbe und Oder, und zwar ungefähr nördlich der Linie Wittenberg–Cottbus, ganz neue politische Strukturen heraus, in deren Gefolge es

zu bedeutsamen ethnischen Bewegungen kam und sich das Siedlungsbild nicht unwesentlich veränderte. Zu diesem Zeitpunkt bewohnten Slawen das Land, die in unabhängigen Stammesverbänden lebten und oft einer lockeren Herrschaft eigener Fürsten unterworfen waren. Unter günstigen Bedingungen waren einige vorstädtische Zentren entstanden – z. B. in Brandenburg und Spandau –, doch gab es noch keine Städte wie im damaligen Deutschland westlich der Elbe. Diese slawischen Stammesverbände und Fürstentümer gerieten jetzt durch Gewalt, Erpressungen und Versprechungen – verbunden mit Zugeständnissen an die slawische Oberschicht – in die Abhängigkeit des deutschen, dänischen oder polnischen Staates bzw. wurden direkt in diese Staaten integriert. Dabei war von Bedeutung, daß dem expansiven Feudaladel in großer Zahl vor allem deutsche Bauern, Handwerker und Kaufleute folgten, die von da an gemeinsam mit den Slawen Dörfer und Städte gründeten und die Hauptarbeit leisteten, aber auch zur Festigung der Herrschaft des Feudaladels beitrugen.

Der Potsdamer Raum wurde zum Interessenfeld zweier bedeutender deutscher Feudalgewalten. Albrecht dem Bären aus dem Geschlecht der Askanier war es 1157 nach Überwindung slawischer Gegenwehr endgültig gelungen, die Nachfolge des slawischen Fürsten Pribislaw anzutreten, der seinen Sitz in Brandenburg hatte. Von dort aus bemühte sich Albrecht, seine Macht weiter nach Osten auszudehnen. Fast zur gleichen Zeit okkupierte der Erzbischof Wichmann von Magdeburg die Gegend um Jüterbog und begründete hier eine Jahrhunderte währende Herrschaft des Erzbistums. Jüterbog wurde zum Ausgangspunkt neuer Expansionen, die sich u. a. an der Nuthe entlang nach Norden richteten. Notgedrungen mußten deshalb die territorialen Interessen Albrechts und Wichmanns bzw. die ihrer Nachfolger bei Potsdam zusammenstoßen. Doch ehe wir uns der Frage zuwenden, wer in Potsdam der slawischen Unabhängigkeit ein Ende bereitete, unter wessen Regie sich dann also der Stadtentstehungsprozeß vollzog, soll – soweit dies beurteilt werden kann – kurz die Situation gekennzeichnet werden, die in Potsdam unmittelbar vor der Einbeziehung in den deutschen Feudalstaat vorhanden war.

In der Mitte des 12. Jahrhunderts bestand in Potsdam, wie die Grabungen ergeben haben, auf dem Gelände der im 2. Weltkrieg zerstörten Heiliggeistkirche ein slawischer Burgwall. Vermutlich gehörte dazu auch eine Siedlung, über deren Lage und Aussehen wir aber nicht genau informiert sind. Im 10. Jahrhundert schloß sich nördlich an den Burgwall eine Siedlung an, die bis zur Türk- und Holzmarktstraße reichte. Ob sie im 12. Jahrhundert noch existierte, ist umstritten.[10] Möglicherweise war südlich des Alten Marktes an der Havel eine neue slawische Siedlung entstanden.[11]

Einmal wurden dort Hüttenreste und zahlreiche spätslawische Scherben gefunden[12], zweitens war die Rechtslage in diesem Teil der Stadt später schlechter als in dem sich nördlich anschließenden Stadtgelände[13] und drittens las-

sen die ältesten Potsdam betreffenden Karten aus dem 17. Jahrhundert[14], auf denen das mittelalterliche Potsdam noch zu erkennen ist[15], den Schluß zu, daß die Stadtanlage südlich des Alten Marktes recht unregelmäßig war. Natürlich darf die Möglichkeit, daß nach dem Übergang der Herrschaft an den deutschen Feudaladel dort Slawen angesiedelt wurden, die ursprünglich vielleicht in der Nähe des slawischen Burgwalls lebten, nicht ausgeschlossen werden. Aber dann ist es sonderbar, daß die Slawen in das städtische Territorium übernommen wurden und nicht eine gesonderte Siedlung bildeten. Das war nicht üblich. Die Vereinigung einer schon bestehenden Siedlung mit der Niederlassung deutscher Handwerker und Kaufleute ist dagegen, wie u. a. das Beispiel der Altstadt Brandenburg zeigt, überliefert. Auch erklärt sich so am besten, daß durch den Bau der deutschen Burg Hüttenreste zerstört wurden.[16] Wären diese Hütten erst auf Anordnung der deutschen Herren errichtet worden, dann müßte die Burg eine erhebliche Zeit nach 1157 entstanden sein. Das läßt sich aber schlecht mit anderen Indizien vereinbaren, wie noch zu zeigen sein wird. Die Annahme einer selbständigen spätslawischen Siedlung ist daher nicht von der Hand zu weisen. Welchen Charakter diese mutmaßliche Siedlung jedoch hatte, ist nicht zu sagen. Auf keinen Fall handelte es sich um eine ausgebildete Stadt.

Damit kämen wir zu der Frage, wer diese Verhältnisse vorfand und sie seiner Herrschaft unterwarf. Die bisherige stadtgeschichtliche Forschung zu Potsdam ging ohne sicheren Beweis einhellig davon aus, daß die Macht des in Brandenburg residierenden slawischen Fürsten im Osten bis an die Nuthe und Havel zwischen Saarmund, Potsdam und Spandau gereicht hätte und daß demzufolge die Potsdamer Gegend und die sog. Ostzauche zwischen Treuenbrietzen, Beelitz, Saarmund und Potsdam bald nach 1157 an Albrecht den Bären gekommen sein müßten. Als Indiz zählte eigentlich nur, daß das Siedlungsgebiet der Heveller Brandenburg, Potsdam und Spandau umfaßte und daß im 13. Jahrhundert zweifellos Potsdam, Spandau und Teile der Ostzauche zur Mark Brandenburg gehörten, die von Albrecht dem Bären 1157 als neues deutsches Fürstentum gegründet worden war. Doch dürfen Stammesgrenzen nicht unbedingt mit politischen Grenzen gleichgesetzt und politische Verhältnisse nicht einfach von einem Jahrhundert ins andere projiziert werden. Jedenfalls sprechen mehrere Anzeichen dafür, daß das Erzbistum Magdeburg von Jüterbog aus bis in den Potsdamer Raum hinein Territorialpolitik betrieb. So tritt in den mitellalterlichen Quellen für die Gegend um Beelitz eine Abgabe auf, die nur Parallelen in Dörfern des Jüterboger Landes hat.[17] 1233 gehörte Trebbin einem Ministerialen des Erzbistums.[18] 1228 ging Drewitz – nun schon ganz in der Nähe von Potsdam – zwar vom brandenburgischen Markgrafen zu Lehen, doch der Besitzer des Dorfes wurde als Ministeriale des Erzbistums bezeichnet.[19] Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß die Lehnsoberhoheit des Markgrafen von Brandenburg nachträglich entstanden war und das Dorf ursprünglich einmal dem

Erzbischof gehört hatte. Weitere Indizien liefern die mittelalterlichen Wegeverhältnisse, die nicht selten gerade der Zeit der deutschen Expansion und der damit verbundenen siedlungsmäßigen Erschließung neuer Gebiete im 12./13. Jahrhundert ihren Ursprung verdanken und oft über Jahrhunderte konstant blieben. Aus der Ostzauche führten, wie wir aus späteren Quellen wissen, zwei Straßen nach Potsdam: Eine kam von Saarmund und zog sich an den Ravensbergen entlang, die andere erreichte Potsdam von Beelitz bzw. Luckenwalde aus und verlief über Wildenbruch und Langerwisch durch die Ravensberge. Noch heute erinnert der dortige Langerwischer Weg daran, während das letzte Ende dieser Straße, die jetzige Albert-Einstein-Straße, bis vor kurzem den Namen „Luckenwalder Straße" trug. Er könnte alt sein und den mittelalterlichen Ursprung der Straße zu erkennen geben. Denn zumindest vom 14. Jahrhundert an war der Haupthandelsweg, der aus dem Süden in Potsdam eintraf, der von Wittenberg über Treuenbrietzen und Beelitz. Er vereinigte sich vermutlich in Wildenbruch mit der Straße aus Luckenwalde, ohne – trotz der jahrhundertelangen Bedeutung – in Potsdam einen Namenszug hinterlassen zu haben. Das verwundert jedoch dann nicht, wenn die Straße schon einen Namen trug. Die Namensbezeichnung „Luckenwalder Straße" und die relativ geradlinige Straßenführung zwischen Potsdam und Luckenwalde machen es deshalb wahrscheinlich, daß dies die ältere Straße war, die schon vor dem 14. Jahrhundert vorhanden war. Da aber Luckenwalde eindeutig zum Magdeburger Territorium um Jüterbog gehörte, darf erwogen werden, daß die Straße im Zuge einer magdeburgischen Expansion, die auf Potsdam zielte, angelegt wurde. In dem Zusammenhang sollte die Wildenbrucher Kirche näher baugeschichtlich untersucht werden. Das große Rundfenster über dem Westeingang deutet eventuell auf magdeburgischen Einfluß hin.

Die Anzeichen für ein Vordringen des Erzbistums bis Potsdam erstrecken sich sogar bis in das Zentrum der mittelalterlichen Stadt. Wie schon kurz erwähnt wurde, entstand nach der Inbesitznahme dieser Gegend durch den deutschen Adel in der Nähe des Alten Marktes und der Langen Brücke eine Burg oder eine wehrhafte Turmanlage. Die Fundamente des Turmes wurden nach 1945 von R. Hoffmann untersucht.[20] Sie weisen in Übereinstimmung mit einer Grundrißzeichnung aus dem 17. Jahrhundert[21] eindeutig auf einen viereckigen Bau hin. Der Turm gehört nach den Ausgrabungsbefunden zumindest dem 13. Jahrhundert an. Nach dem heutigen Forschungsstand haben aber die Burgtürme, die mit Sicherheit im 12./13. Jahrhundert im askanischen Machtbereich erbaut wurden, stets eine runde Gestalt. Doch südlich von Potsdam, im vermuteten oder quellenmäßig bestätigten Einflußbereich des Magdeburger Erzbistums, finden sich eckige Türme oder Hinweise auf solche Türme. So besaßen die Neueburg bei Drewitz und die Burg bei Trebbin – beides Orte, für die bekanntlich magdeburgische Ministerialen überliefert sind – mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eckige Tür-

me[22]. Am Rande des Marktplatzes in Luckenwalde steht heute noch ein eckiger Turm, dessen ursprüngliche Funktion nicht geklärt ist und der durchaus der Rest einer alten Wehranlage sein kann. Neben dem Marktplatz in Jüterbog befand sich ebenfalls ein eckiger Turm, der heute mit im Rathaus verbaut ist und 1432 die Bezeichnung „Burgfried" trug.[23] Die eckigen Türme – in Potsdam, Luckenwalde und Jüterbog einheitlich neben dem Markt errichtet – unterstützen demnach ebenfalls die Hypothese, daß die Anfänge der Stadt Potsdam nicht mit den Askaniern, sondern mit dem Erzbistum Magdeburg in Verbindung zu bringen sind.

Gäbe es nur die bisher erörterten Indizien, wäre die landläufige Auffassung vom „askanischen" Potsdam schwer erschüttert. Doch noch ist die wichtige Frage nach der Zeit, zu der das Erzbistum im Raum Potsdam gewesen sein könnte, nicht behandelt. Läßt sich auch hierfür eine plausible Hypothese finden?

Das Erzbistum Magdeburg hat die Potsdamer Gegend, wenn es wirklich dort Herrschaftsrechte ausgeübt haben sollte, nicht behauptet. Die schriftlichen Quellen, die das Auftreten der Askanier in diesem Raum bezeugen, setzen um 1200 ein. Die beiden ältesten Belege sind die schon erwähnte Urkunde von 1228, in der Markgraf Johann I. Drewitz im Auftrage des bisherigen Besitzers dem Kloster Lehnin übergab, und eine Urkunde von 1197, in der ein askanischer Vogt in Fahrland genannt ist.[24] Anzeichen dafür, daß das Erzbistum nach 1228 noch Rechte in oder bei Potsdam wahrnahm, fehlen, während andererseits vereinzelte Urkunden für Dörfer östlich des Grunewaldes auf die Anwesenheit der Askanier in Potsdam hindeuten.[25] Es kann deshalb auf Grund der schriftlichen Quellen gesagt werden, daß spätestens um 1200 der Potsdamer Raum in die Markgrafschaft Brandenburg eingegliedert war. Damit bliebe aber noch genug Spielraum für eine eventuelle magdeburgische Herrschaft in Potsdam, die ungefähr zwischen 1160 und 1190 angesetzt werden könnte. Doch neueste archäologische Untersuchungen im Nordwestteltow am Rande des Grunewaldes lassen eine derart große Zeitspanne nicht zu. Das archäologische Material ergab deutliche Spuren einer frühen deutsch-slawischen Siedelbewegung, die im wesentlichen wahrscheinlich von den Askaniern geleitet wurde.[26] Ein Teil der Dörfer, die im Rahmen dieses Siedlungsvorganges entstanden, wurde vor 1220 schon wieder aufgegeben, so daß die Dorfgründung – ein Verbleib von 1-2 Generationen vorausgesetzt – spätestens in die letzten Jahrzehnte des 12. Jahrhunderts gelegt werden muß. Soweit deutsche Bauern daran beteiligt waren, kann der Zuzug in den Nordwestteltow nur von Potsdam aus erfolgt sein. Die Gegend um Potsdam ist demzufolge noch eher in der Hand der Askanier gewesen, und man geht sicher nicht fehl, dafür ungefähr die 70er Jahre des 12. Jahrhunderts als äußersten Termin zu veranschlagen. Damit wird jedoch die mögliche magdeburgische Herrschaft in Potsdam auf 10-15 Jahre eingeengt, also auf eine Zeit, die doch wohl zu gering ist, um

von Jüterbog aus bis Potsdam vorzustoßen, in Potsdam eine Burg oder eine Turmanlage zu bauen und außerdem die Voraussetzungen für eine städtische Siedlung zu schaffen.

Als Ausweg würde sich jetzt nur noch die Variante anbieten, daß das Erzbistum zwar für den Bau der Burg oder des Turmes in Frage käme, aber nicht für die Gründung der Stadt. Danach wäre die Burg älter als die Stadt, wogegen sich von vornherein nichts sagen ließe, da dies bei vielen Städten der Fall war. Doch für die Potsdamer Verhältnisse trifft es wahrscheinlich nicht zu. Wie schon erwähnt, lag die Burg nach der Stadtentstehung auf dem Territorium der Stadt, die eine kleine, von der Havel und von Sumpfrinnen umgebene Talsandinsel rund um den heutigen Alten Markt einnahm und mit Wall und Graben gesichert war. Die archäologischen Untersuchungen brachten den interessanten und für unsere Frage sehr wichtigen Nachweis, daß diese Burg keinen Graben besaß. Denn daraus folgt mit einer recht hohen Wahrscheinlichkeit – da isoliert liegende Burgen oder Türme ohne Graben im Flachland nicht üblich waren –, daß es hier keine ursprüngliche Wehranlage gab, um die sich nachfolgend eine Siedlung bildete, sondern daß die Stadt zumindest zusammen mit der Burg oder dem Turm entstand. Da andererseits kaum damit zu rechnen ist, daß in eine schon vorhandene Stadt nachträglich noch eine Burg gesetzt wurde, ist die Annahme einer gleichzeitigen Entstehung von Stadt und Burg wohl die wahrscheinlichste Lösung. Diese Gleichzeitigkeit zwingt uns, die eben erwogene Variante fallenzulassen und somit auch die Hypothese vom „magdeburgischen" Potsdam. Der augenblickliche Forschungsstand legt es nahe, die Entstehung von Stadt und Burg Potsdam unter askanischer Herrschaft anzunehmen. Die Indizien, die für einen Vorstoß des Erzbistums bis in den Potsdamer Raum sprechen, sind aber damit nicht aus der Welt geschafft und verlangen – so oder so – eine Erklärung.

Die Untersuchung der Herrschaftsverhältnisse im Potsdamer Raum gibt noch keine Antwort auf die Frage, wann die Stadt entstanden sein könnte, da Herrschaftsbildung und Stadtgründung nicht unbedingt zur selben Zeit erfolgen mußten. Weitere Überlegungen sind also erforderlich. Einen wichtigen Anhaltspunkt liefert die vermutlich gleichzeitige Entstehung von Stadt und Burg. Daraus darf sicher der Schluß gezogen werden, daß die Wehrfunktion der ganzen Anlage relativ stark ausgeprägt war. Das würde wiederum mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit bedeuten, daß die Stadt in einer Zeit entstand, als der Potsdamer Raum unmittelbar an der Grenze des askanischen Herrschaftsbereiches lag. Somit kämen wir für die Anfänge der Stadt auf die Jahre oder Jahrzehnte vor 1228, da für das Jahr urkundlich bezeugt ist, daß die Gegend südlich von Potsdam askanisches Territorium war, während die östlich der unteren Nuthe gelegenen Gebiete ja schon in der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts askanische Besiedlung aufwiesen. Dieser Zeitansatz wird auch noch durch andere Indizien unterstützt. Die eine

Zeichnung von Memhardt zeigt die Potsdamer Kirche mit einem breiten Westturm, wie er für die romanische Bauperiode typisch ist. Dieser Baustil endete in der Mark Brandenburg etwa um 1250, so daß die Stadt Potsdam zu der Zeit schon existiert haben muß. Weiter wissen wir, daß die Markgrafen Johann I. und Otto III., die in den Jahrzehnten vor 1250 die Regierung ausübten, viele Städte gründeten bzw. ausbauen ließen, jedoch jeder Stadt eine größere Feldmark zulegten. Potsdam besaß im Mittelalter aber nur eine kleine Feldmark, so daß es von daher nicht wahrscheinlich ist, daß die Stadt Potsdam Johann I. oder Otto III. ihr Entstehen verdankt. Johann I. als der ältere der beiden Brüder wurde 1225 mündig. Auch aus dieser Sicht gibt sich also ungefähr die gleiche obere zeitliche Begrenzung.

Die Möglichkeiten einer Zeitbestimmung sind hiermit noch nicht ausgeschöpft, denn der feudale Kontrahent der Askanier, das Erzbistum Magdeburg, wurde bisher nicht berücksichtigt. Dazu der folgende Gedanke: Wäre die Ostzauche, als die Askanier in den Potsdamer Raum kamen – nach unseren Berechnungen spätestens in den 70er Jahren des 12. Jahrhunderts–, noch nicht im Einflußbereich des Erzbistums gewesen, wäre sie sicher von den Askaniern siedlungsmäßig erschlossen worden. Dann wäre Potsdam aber nie in Grenzlage mit einem Konkurrenten der Askanier gewesen, und es wäre schwer, Gründe dafür zu finden, warum Potsdam als Einheit von Stadt und Burg angelegt worden ist. Es ist demnach nicht unwahrscheinlich, daß die Ostzauche, als die Askanier Potsdam erreichten, schon im Einflußbereich des Erzbistums lag und daß die Gründung von Stadt und Burg Potsdam eine Ausdehnung der Magdeburger Herrschaft über die Havel hinaus verhindern sollte.

Fassen wir die Ergebnisse zusammen. In Abwägung der überlieferten Tatsachen und der erörterten Indizien erblicken wir in Potsdam – mit aller Vorsicht sei es gesagt – eine der frühesten Städte der Mark Brandenburg, die nach 1157 im 3. Viertel des 12. Jahrhunderts entstand in Einheit mit einer Wehranlage und als Grenzbefestigung gegen das Erzbistum Magdeburg, das in der damaligen Zeit von Jüterbog aus über Luckenwalde nach Norden vordrang, um im Nuthegebiet eine Territorialherrschaft zu errichten.

Anmerkungen:

1 Diese Burg ist in der Überschrift gemeint. Außerdem existierte in Potsdam ein slawischer Burgwall, der nach der Stadtentstehung seine Bedeutung verlor.

2 E. Fidicin, Die Territorien der Mark Brandenburg, Bd. 2/1: Potsdam, Berlin 1858; G. Sello, Potsdam und Sanssouci, Breslau 1888.

3 Außer den Zeitungsartikeln, die hier nicht aufgezählt werden können, wären zu nennen:
K. Schäfer, Potsdams tausendjährige Geschichte 928/29–1929, Berlin 1929; J. Mahnkopf, Entstehung und ältere Geschichte der havelländischen Städte, Rathenow 1933.

4 Die wichtigsten Beiträge R. Hoffmanns sind:
Die Stadtkernforschungen in Potsdam, in: Märkische Heimat, Bd. 1 (1956), S. 22-29;

Die Stadtkernforschungen in der Altstadt von Potsdam, in: Ausgrabungen und Funde, Bd. I (1956), S. 32-40; Die Stadtkernforschungen in Potsdam in den Jahren 1958 bis 1960, in: Ausgrabungen und Funde, Bd. 6 (1961), S. 145-153.

5 Die Gesamtdarstellung der Potsdamer Geschichte erscheint im Laufe des Jahres 1984. Die dort zu findenden Erörterungen über die Anfänge der Stadt sind älter als die hier vorliegenden Gedanken.

6 H.-J. Giersberg/H. Knitter, Potsdam. Stadtführer-Atlas „Tourist", Berlin-Leipzig 1978, S. 7.

7 Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Bezirk Potsdam, hrsg. vom Institut für Denkmalpflege, Berlin 1979, S. 285.

8 D. Schulte/H. Knitter, Potsdam im Bild der Geschichte, Teil I: Von den Anfängen bis zum Jahre 1945, Potsdam 1979, S. 4.

9 Architekturführer DDR. Bezirk Potsdam, Berlin 1981, S. 16.

10 R. Hoffmann, Die Stadtkernforschungen in Potsdam, 1962, Manuskript (im Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam), S. 29 ff., hält das slawische Dorf im 12. Jahrhundert nicht mehr für existent; die demnächst erscheinende Gesamtdarstellung der Geschichte Potsdams geht dagegen auf Grund einiger Funde, die nach 1962 gemacht wurden, davon aus, daß es die Siedlung noch gab. Das Ende des dazugehörigen Friedhofes, der sich unmittelbar östlich des heutigen Alten Marktes befand, wird aber auf das 11. Jahrhundert datiert (Ch. Plathe, Slawische Gräberfelder im Potsdamer Havelland, in: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, Bd. 10 (1976), S. 239), so daß m. E. mit Siedlungsveränderungen zu rechnen ist.

11 Deren Friedhof ist aber, wenn Plates Datierung stimmt, ebenso unbekannt wie der der Burgwallbewohner des 12. Jahrhunderts.

12 R. Hoffmann, Manuskript, S. 181 ff. Seiner Meinung nach siedelten dort zwar Slawen, aber erst nach dem Übergang der Macht an den deutschen Feudaladel, d. h., er rechnet mit einer Zwangsumsiedlung. Siehe dazu die folgenden Ausführungen! B. Krüger, Der Kietz und die Burgfischergemeinde in Potsdam, in: Märkische Heimat, Sonderheft 2 (1961), S. 68, deutet die Überreste dagegen als selbständige spätslawische Siedlung, doch ohne weitergehende Beweise.

13 Nur auf zwei Momente sei hingewiesen: Inhaber von Marktbuden auf der nördlichen Seite des Marktes zahlten ihr Stättegeld an die Stadt, die auf der südlichen Seite an die Burg; die persönlichen Rechte der Potsdamer Fischer, die mit Sicherheit dort wohnten, wo eventuell im 12. Jahrhundert die slawische Siedlung lag, waren geringer als die der übrigen Stadtbewohner. Vgl. G. Sello, Potsdam und Sanssouci, S. 85 ff. Es ist unwahrscheinlich, daß nach der Stadtentstehung solche „Rechtsteilungen" vorgenommen worden sein sollen.

14 Es handelt sich um zwei Zeichnungen, die J. G. Memhardt 1672 anfertigte. Bis 1945 befanden sie sich im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin. Ihr jetziger Standort konnte nicht ermittelt werden; vielleicht sind sie verschollen. Reproduktionen u. a. bei G. Sello, Potsdam und Sanssouci.

15 Das mittelalterliche Potsdam wurde ja vom Ende des 17. Jahrhunderts an systematisch abgerissen, um den Bauten einer „modernen" Residenzstadt Platz zu machen.

16 R. Hoffmann, Manuskript, S. 85.

17 Vgl. O. Liebchen, Siedlungsanfänge im Teltow und in der Ostzauche, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 53 (1941), S. 222 ff.

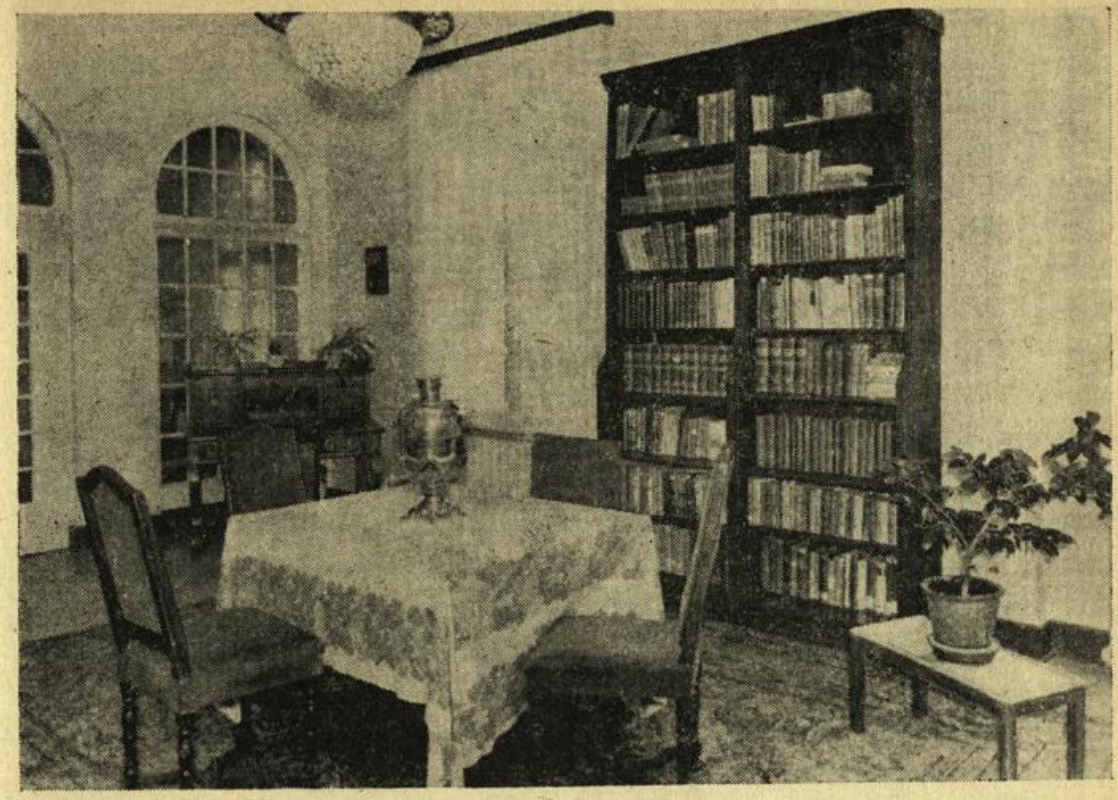
18 Codex diplomaticus Brandenburgensis, hrsg. von A. F. Riedel, 1. Hauptteil, Bd 10, Berlin 1856, S. 198. Die Ministerialen waren höhergestellte Dienstmannen eines Fürsten oder des Königs, denen mitunter – wie es hier auch der Fall war – Burgbezirke unterstellt waren. In jener Zeit vollzog sich ihr Aufstieg in den Adel. Teilweise verselbständigten sie sich und wechselten den Herrn.

19 Ebenda, S. 196/97.
20 Manuskript, S. 86 ff.
21 Sie befand sich zusammen mit den Zeichnungen Memhardts im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin und teilt deren Schicksal. Siehe Anm. 14! Auch diese Zeichnung ist bei Sello, Potsdam und Sanssouci, wiedergegeben.
22 R. Hoffmann, Manuskript, S. 46.
23 Vgl. C. Ch. Heffter, Urkundliche Chronik der alten Kreisstadt Jüterbock und ihrer Umgebungen, Jüterbog 1851, S. 182.
24 Codex diplomaticus Brandenburgensis, 1. Hauptteil, Bd. 7, Berlin 1847, S. 469.
25 Die nächsten Erwähnungen nach 1228 sind: 1239 erhält Kloster Spandau Lankwitz (Urkundeninventar von Kloster Spandau, hrsg. von F. Curschmann in: Jahrbuch für brandenburgische Kirchengeschichte, Bd. 1 (1904), S. 41. 1242 erhält Kloster Lehnin Zehlendorf und das in dessen Nähe liegende Slatdorf (Codex, 1. Hauptteil, Bd. 10, S. 201).
26 Die Ergebnisse sind an vielen Stellen veröffentlicht worden. Stellvertretend sei genannt: A. v. Müller, Zur hochmittelalterlichen Besiedlung des Teltow, in: Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte, Sigmaringen 1975, S. 311-332.

Die Bibliothek Clara Zetkins in Birkenwerder

Von Fritz Staude

August 1929 zog Clara Zetkin von Stuttgart nach Birkenwerder bei Berlin. um für ihre Verpflichtungen als Mitglied der Parteiführung, als Redakteurin und Reichstagsabgeordnete günstigere Bedingungen zu haben.
Sie bezieht ihr Haus gemeinsam mit ihrem Sohn Kostja. In Birkenwerder verbleibt Clara Zetkin bis Ende 1931. Soweit es ihr gesundheitlich möglich ist, nimmt sie aktiv an der Parteiarbeit teil und wirkt im Deutschen Reichstag. Ende 1931 reist sie nach Moskau, um ihren internationalistischen Verpflichtungen nachzukommen. Obwohl äußerst schwach, kommt sie dem Ruf der Partei nach und eröffnet am 30. August 1932 als Alterspräsidentin den Deutschen Reichstag. In ihrer bedeutungsvollen Rede fordert sie die Werktätigen Deutschlands auf, in der antifaschistischen Einheitsfront das Gebot der Stunde zu erkennen. Dabei müßten alle politischen und weltanschaulichen Differenzen zurücktreten, um der faschistischen Gefahr zu begegnen. Es sollte der letzte Aufenthalt Clara Zetkins in Deutschland sein. Nunmehr nahm sie auch ihre Möbel und die Bibliothek mit nach Moskau. Es waren mehr als 3000 Bücher. Sie waren Quell, aus dem sie schöpfte, sich



Arbeits- und Wohnzimmer in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder bei Berlin mit einem Teil der Bibliothek

theoretisch vertiefte und aus dem sie Schlüsse für den politischen Kampf zog. So ist es auch verständlich, daß die Werke von Marx, Engels und Lenin in ihrem Umfang an erster Stelle stehen, aber auch A. Bebel, F. Mehring, K. Kautsky, R. Luxemburg haben einen vorderen Platz in der Bibliothek. Unter der schöngeistigen Literatur sind J. W. Goethe, F. Schiller, Ch. Dickens, H. Heine, F. Freiligrath und M. Gorki anteilig stark vertreten. Über 150 Bücher enthalten Widmungen der Verfasser, von denen G. Alexander, M. Cauer, E. Drahn, S. Katajama, K. Kautsky, N. Krupskaja, P. Lafargue, B. Lask, F. Leßner, K. Liebknecht, R. Luxemburg, J. Marchlewski, F. Mehring, E. Meyer, E. Mühsam, A. Popp, H. Rau, F. Rubiner, O. Rühle, B. Schönlank, H. Schulz, E. Stöcker, M. Wittich, M. Wurm besonders zu erwähnen sind.

Clara Zetkin hat nach unseren Untersuchungen nicht die vollständige Bibliothek mit nach Moskau genommen. Sie ließ einen Teil der Bücher und Schriftgut zurück, das in der Dachkammer ihres Hauses in Birkenwerder abgestellt war.

Nach der Reichstagsbrandprovokation fand am 3. März 1933 im Zuge der umfassenden Verfolgungswelle der Nazis gegen Kommunisten und Antifaschisten auch im Hause Clara Zetkins eine Durchsuchung statt. Darüber berichtet der Polizei-Hauptwachtmeister von Birkenwerder:

„Frau Zetkin ist bereits seit einem Jahr von hier nach Rußland verzogen und sind sämtliche Wohnräume von ihr geräumt worden. Nur in der Dachkammer befinden sich noch eine größere Anzahl von Büchern und Druckschriften. Diese sind ordnunggemäß bei dem Auszuge gebündelt und sind daher in diesem Zustand belassen worden. Die Dachkammer wurde versiegelt und verplombt. Es wird gebeten, die Druckschriften der Zetkin evtl. von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin einer Durchsicht unterziehen lassen zu wollen."[1] Zu vermerken ist, daß am gleichen Tage auch die Verhaftung Ernst Thälmanns erfolgte.

In diesem Zusammenhange ist noch eine Information des Polizei-Hauptwachtmeisters von Birkenwerder vom 22. April 1933 von Interesse: „Zetkin hat sich hier nicht sehen lassen. Die Kammer in der Villa Z. ist noch versiegelt."[2] Nach Aussagen der Sekretärin Clara Zetkins, Frau Maria Segner, die von Oktober 1932 bis zum Tode der großen Revolutionärin bei ihr in Archangelskoje für die Internationale Rote Hilfe arbeitete, sei Kostja Zetkin unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 nach Deutschland gereist. Die Mutter sei in den ersten Wochen sehr in Sorge um ihren Sohn gewesen. Was Kostja in Deutschland noch erledigen wollte, kann Frau Segner nicht sagen. Diese Information machte Frau Segner schon, ehe wir die archivalische Quelle fanden, die den Tatbestand bestätigt.

Am 14. Mai 1933 berichtet der Landjägerposten Birkenwerder II, daß er am 12. Mai auf Anordnung des Abteilungsleiters Naujoks nach vorheriger Sichtung durch die Oberlandjäger Koslowski und Funnat die beschlagnahmten Druckschriften aus der Kammer geholt und bei der Ortspolizei-Behörde Birkenwerder abgeliefert hat. Im Bericht darüber heißt es: „Einige medizinische Bücher und ein Karton mit Privatschriftverkehr des Sohnes wurden nach Sichtung zurückgelassen. Unter den abgeholten Druckschriften der Clara Zetkin befand sich ein Teil handschriftlicher Arbeiten, die besonders gelegt wurden, um sie zu sichten. Es handelt sich im ganzen um etwa 15 Zentner Schriften." Auf dem Schreiben vermerkt der Amtsvorsteher von Birkenwerder, daß die noch zu sichtenden Druckschriften im Nebengebäude des Rathauses untergebracht sind und die übrigen dem Konzentrationslager Oranienburg zugeführt wurden.[3] Darüber wird noch zu berichten sein.

Am 8. September 1933 sandte der Leiter der Staatspolizeistelle Potsdam, Graf von Helldorf, an die Landräte ein Rundschreiben. Danach war beabsichtigt, „die Prozeßführung des Reichsgerichts in der bevorstehenden Hauptverhandlung gegen die Reichstagsbrandstifter, die sich naturgemäß über den eigentlichen Brandstiftungsvorgang hinaus auf die gesamten kommunistischen Umsturzvorbereitungen der Zeit vor dem Reichstagsbrand erstrecken wird, nicht nur durch bereits angeordnete Überweisung von einschlägigem Tatsachenmaterial zu fördern, sondern gleichzeitig auch in einer größeren Ausstellung der Öffentlichkeit das seit dem 30. 1. 1933 erfaßte Material zugänglich zu machen." Zu diesem Zwecke sandte der Landrat die Auf-

forderung abschriftlich an die Ortspolizeibehörden des Kreises Niederbarnim.[4] Dieser Aufforderung entsprach der Polizei-Hauptwachtmeister von Birkenwerder mit Schreiben vom 18. September 1933.[5] Ihm erschien das beschlagnahmte Schriftgut Clara Zetkins von Wichtigkeit, und er wollte es deshalb der Geheimen Staatspolizei übersenden. Das Schriftgut wurde in neun Paketen gebündelt und in zwei Paketen verpackt an die Geheime Staatspolizei geliefert. Es machte etwa drei Zentner aus. Dabei handelte es sich um Druckschriften, Briefwechsel, Manuskripte u. a. Die Aufstellung eines genauen Verzeichnisses war unmöglich. Am 23. September 1933 bestätigte das Geheime Staatspolizeiamt IIIc in Berlin den Empfang von zwei Kisten und zehn Paketen Schriftmaterial. Dieses Material war der Geheimen Staatspolizei wahrscheinlich nicht aussagekräftig genug. So schrieb der Polizeipräsident in Potsdam am 30. April 1934 an den Potsdamer Regierungspräsidenten, daß der Amtsvorsteher in Birkenwerder ihm die beschlagnahmten Bücher und Schriften Clara Zetkins übersandt hatte.[6] Er nahm an, daß sich unter diesen „möglicherweise Schriftstücke" befinden, „die für das Preußische Geheime Staatsarchiv von Interesse sind. Auch unter den zahlreichen sonstigen Druckschriften, die noch hier liegen, könnten sich historisch wertvolle Korrespondenzen befinden." Daraufhin schrieb der Regierungspräsident von Potsdam am 8. September 1934 an das Geheime Preußische Staatsarchiv in Berlin Dahlem im obigen Sinne. Zugleich fragte er an, „ob die Sichtung des Materials durch den Beamten des Archivs demnächst vorgenommen werden kann."[7] Für die folgende Woche wurde ein Beamter zugesagt[8], der die Sichtung am 7. Juni 1934 in Birkenwerder vornahm. „Dabei konnten keinerlei Schriften ermittelt werden, die für das Geheime Staatsarchiv von Bedeutung sind. Auch unter den sonstigen beschlagnahmten Schriftstücken und Büchern waren keine derartige Schriften vorhanden."[9] Zugleich wurde der Antrag gestellt, „das gesamte eingezogene Druckschriftenmaterial staatsfeindlichen Inhalts nunmehr vernichten zu dürfen."[10] Am 19. Juni genehmigte der Potsdamer Regierungspräsident der dortigen Staatspolizeistelle die Vernichtung des eingezogenen Druckschriftenmaterials[11], die unmittelbar danach erfolgte.

Im Unterschied zu dem Schicksal des Schriftgutes besteht über den Verbleib der neun Zentner Bücher, die dem KZ Oranienburg übergeben wurden, noch Unklarheit.

Genosse Gerhard Albrecht, jetzt Parteiveteran in Kleinmachnow, war 1933 politischer Gefangener im KZ Oranienburg. Er berichtet, daß im Oktober 1933 auf dem Hof des KZ Bücher und Zeitschriften verbrannt wurden, unter denen sich auch einige von Clara Zetkin befanden. Genosse Albrecht hatte den Auftrag, in einem Raum, wo Fahnen der Arbeiterbewegung, Zeitungen, Schreibmaschinen und Abziehapparate und eine Menge Bücher wild auf Haufen durcheinanderlagen, Bücher Clara Zetkins zu sortieren, die später in dem sogenannten Museum aufgestellt wurden. Es mögen etwa, so er-



Clara Zetkin im Gespräch mit dem führenden Funktionär der KPD Theodor Neubauer in Birkenwerder, 1931

innert sich Genosse Albrecht, 500 bis 600 Bücher gewesen sein, unter ihnen viele Bände der damaligen Lenin-Ausgabe mit dem roten Einband, aber auch viele andere wissenschaftliche Bücher. Einige waren mit Eintragungen von Kalinin und Krupskaja. Bei der Durchsicht und Erfassung der Titel fand Genosse Albrecht auch eine Fotografie Clara Zetkins im Kreise sowjetischer Genossen. Genosse Albrecht hatte die Bücher im späteren Museum so aufgestapelt, daß vorn die belletristischen Werke und dahinter die marxistischen Bücher standen. Sie nahmen einen Raum von zwei mal drei Metern ein. Ein sowjetischer Mitgefangener hatte die Aufgabe, die russischen Titel zur Bestandsaufnahme zu übersetzen.

Schließlich vermerkt Genosse Albrecht noch, daß die Nazi-Größen in der Umgebung von Berlin des öfteren das Museum besuchten, u. a. Graf Helldorf, Schulze-Wetzungen und Gruppenführer Ernst.

In der „Rathenower Zeitung" vom 8. Juli 1933 wird über eine Presseführung berichtet, bei der im Ergebnis von Haussuchungen beschlagnahmte Gegenstände vorgeführt wurden. Darin heißt es: „Daneben liegen die Doktorbriefe des Marxisten Zetkin und die gesamte Bibliothek seiner berüchtigten Mutter, in kulturpolitischer Hinsicht eine bibliophile Kostbarkeit."

Diese Information findet sich auch in dem von dem Lagerkommandanten des KZ Oranienburg, SA-Sturmbannführer Schäfer, veröffentlichtem Buch „KZ Oranienburg", das er als sogenanntes „Antibraunbuch" über das erste deutsche Konzentrationslager 1934 schrieb. Darin heißt es: „Das Wichtigste ist das Zimmer des Lagerkommandanten. Hier läuft alles zusammen, und hier befindet sich das Museum, eine Sehenswürdigkeit für sich. ... Fangen wir mit der Literatur an ... Einen großen Raum nimmt die beschlagnahmte Bibliothek der Clara Zetkin ein."

Bei den beschlagnahmten und im KZ Oranienburg (Brauerei) ausgestellten Druckschriften dürfte es sich wohl kaum um die gesamte Bibliothek Clara Zetkins gehandelt haben. Die Menge von neun Zentern und die stets gebrauchte Formulierung „beschlagnahmte Druckschriften und handschriftliche Schriften" sprechen dagegen. Nimmt man ein durchschnittliches Gewicht für ein Buch von 500 Gramm an, so könnten es maximal 900 Bücher gewesen sein. Darunter haben sich sicher Broschüren befunden. Es kann sich bei den Buchbeständen nur um einen Teil gehandelt haben, dem Clara Zetkin keine besondere Bedeutung bei ihrem Umzug nach Moskau beigemessen hat. Tatsache ist, daß der überwiegende Teil der Bibliothek mit nach Moskau gegangen ist. So berichtet Frau Segner, daß sie bei einem Besuch Maxim Zetkins in Moskau eine Fülle von Büchern gesehen hat, die die Wohnung geradezu erdrückte. Clara Zetkin lebte zu dieser Zeit bereits in Archangelskoje. Maxim Zetkin übergab die Bibliothek seiner Mutter 1938 dem Revolutionsmuseum der Sowjetunion in Moskau, dessen Bibliothek diese Büchersammlung aus dem Besitz der großen Revolutionärin verwaltet und im Juni 1956 der Botschaft der DDR in Moskau zur Weiterleitung an das Zentral-

komitee der SED übergab.[12] In dem Brief des Revolutionsmuseums vom 30. November 1981 an den Verfasser wird zugleich vermerkt, daß die 1933 beschlagnahmten Bücher nicht nach Moskau gekommen sind.
Das im KZ Oranienburg gelagerte Schriftgut wurde im Winter in der Lokomobile verbrannt, wie sich Genosse Albrecht erinnert.
Heute befindet sich die Bibliothek Clara Zetkins als wertvoller Sonderbestand in der Verwaltung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Sie stellt eine besondere Kostbarkeit dar. 1957 erhielt die Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder einen Teil der Sammlung als Leihgabe. Sie umfaßt 1325 Titel. Auch die Einrichtung des Arbeitszimmers Clara Zetkins wurde von Moskau in die Gedenkstätte überführt.
Wir werteten den Buchbestand in Birkenwerder aus. Wenngleich der bedeutendere Teil im Institut für Marxismus-Leninismus noch der Auswertung harrt, läßt der Birkenwerder Bestand interessante Schlüsse zu. So ist es möglich, nachzuzeichnen, wie sich die Bibliothek entwickelte, vergrößerte und wie sie zur geistigen und theoretischen Grundlage des Schaffens Clara Zetkins wurde. Die Gesichtspunkte für die Zusammenstellung der Leihgabe für Birkenwerder sind uns nicht völlig bekannt. Wahrscheinlich sind es teilweise Dupla und ein wesentlicher Bestand schöngeistiger Literatur.
In der Häufigkeit stehen die Werke von Marx, Engels und Lenin an der Spitze. Ihnen folgt Karl Kautsky – anfangs Lehrer und Freund; später setzte sie sich mit dem sich zum Zentristen wandelnden Arbeiterführer und Renegaten kritisch auseinander. Einen breiten Raum nehmen die Schriften des marxistischen Historikers und Publizisten Franz Mehring ein. Das Studium seiner Arbeiten dürfte wesentlich zur Herausbildung und Festigung des marxistischen Geschichtsbildes Clara Zetkins beigetragen haben. Zwischen Clara Zetkin und Franz Mehring bestand eine tiefe geistige Übereinstimmung, die sich zu einer wunderbaren Freundschaft entwickelte, in die auch Eva Mehring einbezogen war. Einen weiteren gewichtigen Platz nehmen die Arbeiten von August Bebel und Rosa Luxemburg ein, mit der sie eng und herzlich verbunden war, auch in ihrem entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus, gegen Bernsteins Revisionismus.
Neben der politischen Literatur kristallisieren sich auch die meistgelesenen Autoren der Belletristik heraus: Maxim Gorki, der leidenschaftliche Sturmvogel, Jean Paul, der das Leben der einfachen Menschen so trefflich schildert, Heinrich Heine, den Clara Zetkin besonders liebte. So berichtet Frau Segner, daß Clara Zetkin ganze Passagen von Heines Wintermärchen auswendig zitierte. Natürlich gehörten Goethe und Schiller zum Bestand der Bibliothek. Von der Weltliteratur besaß sie u. a. Werke von Büchner, Casanova, Dickens, Droste-Hülshoff, Fedin, Fontane, France, Freiligrath, Gladkow, Gogol, Grimm, Hauptmann, Hebbel, Hegel, Herder, Hoffmann, Hölderlin, Humboldt, Ibsen, H. Mann, Mörike, Nekrassow, Andersen Nexö, Platon, Raabe, F. Reuter, R. M. Rilke, Rolland, Shakespeare, Shaw, Storm,

Strindberg, Tacitus, Spinoza, Stendhal, Vergil, Voltaire, L. Tolstoi, Tschechow, Zola. Damit sind nur die Bedeutendsten aus dem Buchbestand genannt. Die erwähnten Schriftsteller weisen aus, daß Clara Zetkin bei der ständigen Erweiterung ihres Buchbestandes auch die Entwicklung und das Interesse ihrer Söhne mitbeachtete.

Neben den Klassikern des Marxismus-Leninismus ist eine breite Palette politischer Literatur vorhanden, die insbesondere dem politischen Tageskampf diente.

Auch auf musischem Gebiet ist ein relativ breiter Bestand vorhanden: Beethoven, Bach, Grieg, Mozart, Offenbach, Rembrandt, C. M. v. Weber, Wagner, Hugo Wolff, Sänger und Komponist, war mit der Familie befreundet.

Durch die Ehe mit Friedrich Zundel, den Clara Zetkin 1899 heiratete, einem Kunstmaler und Anhänger der Sozialdemokratie, war oft eine „Künstlerkolonie" bei Zetkin-Zundels anzutreffen, was sich auch auf Clara Zetkins-Entwicklung auswirkte, wie das beispielsweise ihre Arbeit „Kunst und Proletariat" ausweist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß allein der Birkenwerder Bestand – obwohl es sich nicht um die vollständige Bibliothek handelt – einen soliden Fundus theoretischer und politischer Literatur, aber zugleich auch einen nicht unwesentlichen Bestand der Weltliteratur und des allgemeinbildenden Genres enthält, wie das beispielsweise 79 Reclam-Hefte bestätigen.

Einen gesonderten Platz in der Bibliothek nimmt die fremdsprachige Literatur ein. Allein 77 Bücher sind in russischer Sprache, darunter Werke von Lenin und die erste Marx-Engels-Gesamtausgabe. 34 Bücher sind in englischer und ebenfalls 34 in französischer Sprache. Hier überwiegt die Belletristik. Aber auch altsprachige Werke finden sich: 14 Titel in Latein und vier in Griechisch. Alle fremdsprachigen Werke zeigen Benutzungsspuren, wie eingeschriebene deutsche Vokabeln über dem entsprechenden Wort, Fragezeichen, Unterstreichungen u. a. Ein Teil der Bemerkungen stammt mit Sicherheit von den Söhnen Maxim und Kostja.

Bei der Belletristik zeichnet sich eine Vorliebe für den großen Roman ab. Die Werke der kleinen Form, der Dramatik und Lyrik, sind auch vorhanden, fallen aber gegenüber dem großen Roman deutlich ab. Clara Zetkin vertiefte sich nicht nur selbst in die Weltliteratur, sie hat auch alles getan, um der Proletarierin das Schaffen bedeutender Dichter zu vermitteln. So brachte sie in der „Gleichheit" Auszüge aus Werken der Weltliteratur, Buchbesprechungen als Anregungen zur selbständigen Lektüre.

Großes Interesse brachte Clara Zetkin biographischer Literatur entgegen. In der Birkenwerder Bibliothek befinden sich 49 Schriften biographischen Inhalts. Sie ließ es sich auch niemals nehmen, bei gegebenen Anlässen in der

„Gleichheit" oder auch in anderen Zeitungen über hervorragende Persönlichkeiten und Kampfgefährten einen biographischen Beitrag zu schreiben.
Im Familienleben der Zetkins spielte die Literatur eine bedeutende Rolle. Darüber berichtet Maxim Zetkin in seinen Erinnerungen. Für Clara Zetkin war das Buch ein ständiger Begleiter und Kampfgefährte, und das bis zu ihrem Lebensende. So erzählt Lenka v. Koerber: „Im Herbst 1931 besuchte ich Clara Zetkin zum erstenmal in ihrem Haus in Birkenwerder. Sie war damals schon schwerkrank und lag auf ihrem Ruhebett im Erker ihres großen, hellen Arbeitszimmers, umgeben von ihren Büchern."[13]
Die Arbeit mit dem Buch wirkte sich auch auf den eigenen Stil Clara Zetkins aus. Sie „gewann einen Stil von persönlicher Prägung, der in der Kombination seiner Mittel eine eigene funktionelle Bedeutung besitzt. Er verbindet bündige Sachlichkeit mit rethorischer Intensität und erfrischender, kräftiger Volkstümlichkeit. Er verrät die Schulung an der Weltliteratur, der deutschen Klassik wie an der polemischen Schärfe der Klassiker des Marxismus, die auch in Fragen des Stils neue Maßstäbe gesetzt haben."[14] Franz Mehring wertete Clara Zetkins Redaktionsarbeit sehr hoch. Danach sind die Jahrgänge der „Gleichheit" das unvergängliche Denkmal Clara Zetkins. Sie standen durchaus auf der Höhe des sozialistischen Prinzips. „. . . Nicht der geringste Vorzug der 'Gleichheit' war, daß sie ihre Leserinnen nicht nur zum praktischen Handeln und theoretischen Erkennen, sondern nicht minder zum künstlerischen Schauen anregte: ihre Beiträge waren mit dem erlesensten Geschmack redigiert."[15]
Aus dem Geschilderten ist ersichtlich, daß die Bibliothek in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte Birkenwerder nicht nur schmückendes und raumfüllendes Utensil ist, sondern lebendiger Quell, ein Mittel der Zwiesprache mit der großen Revolutionärin und ein Gegenstand, der sie uns nahebringt.

Anmerkungen:

1 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 41, Amtsbereich Birkenwerder, Nr. 7. Bl. 47
2 Ebenda, Bl. 47 R.
3 Ebenda, Bl. 93 u. 93 R.
4 Ebenda, Bl. 91
5 Ebenda, Bl. 91 R.
6 Ebenda, Bl. 28
7 Ebenda, Bl. 29
8 Ebenda, Brief vom 23. Mai 1934, Bl. 30
9 Ebenda, Bl. 32
10 Ebenda
11 Ebenda, Bl. 33
12 Brief des Zentralen Museums der Revolution der UdSSR Moskau, vom 30. 11. 1982 an Vf.
13 L. v. Koerber: Erinnerungen an Clara Zetkin. In: Leipziger Volkszeitung vom 5. Juli 1957, S. 3
14 D. Reetz: Clara Zetkin als sozialistische Rednerin. Diss. Berlin 1973, S. 111
15 F. Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Berlin 1963, S. 506 .

Sagen aus der östlichen Prignitz (Kreis Wittstock)

Von Wolfgang Dost

Immer wenn auf der Kreisseite der „Märkischen Volksstimme" ein Beitrag der Reihe „Aus der Heimatgeschichte" veröffentlicht wird, ist das Interesse der Leser in besonderer Weise geweckt. Nicht nur Ältere sind begeistert, auch Kinder und Jugendliche zeigen ungewöhnliche Aufgeschlossenheit.
Woran liegt das? Was gibt einem modernen Menschen eine Sage von irgendeinem zweifelhaften Teufelsspuk, was eine Geschichte über Friedrich II. oder einen Wittstocker Bischof?
Es ist nicht leicht, darauf eine Antwort zu geben, zumal sich selbst der engagierte Leser oft nicht im klaren ist, warum ihn längst Vergangenes so sehr beschäftigt. Sicher liegt es vorzüglich daran, daß der unmittelbare Arbeits- und Lebensbereich des Menschen, in dem sich sein Verhältnis zu den Mitmenschen, zur Natur und Umwelt besonders ausprägt, sein „Zuhause" ist, daß sich hier enge und tiefe rationale und emotionale Beziehungen herausbilden. Diese vielfältigen Beziehungen der Bürger zur Geschichte (und Gegenwart) ihres Territoriums sind natürlich und positiv, gehört doch zum sozialistischen Nationalbewußtsein auch die Bindung an die engere Heimat als einen Teil des sozialistischen Vaterlandes.

Ein Heimatheft wird vorbereitet

1979 wurde an die AG Heimatgeschichte des Kulturbundes die Bitte herangetragen, für den Schulunterricht des Kreises Wittstock, besonders für die Fächer Kunsterziehung und Heimatkundlicher Deutschunterricht Sagen aus dem Territorium zu sammeln und zu publizieren. Da der Wunsch auch von zahlreichen Bürgern geäußert wurde, entschloß sich die AG, zwei Heimathefte mit Sagen aus der östlichen Prignitz vorzubereiten. Sie liegen seit Ende 1982 druckfertig vor und sind im Dezember 1983 erschienen.
Die Arbeitsweise beim Sammeln der Sagen, bei der Aufbereitung und Druckvorbereitung des Materials sollen im folgenden dargestellt werden, ebenso bestimmte Arbeitsphasen, die sich abheben lassen. Insofern soll dieser Aufsatz auch Anregung und Hilfe für Laienforscher sein.

Das Auffinden spezifischer Quellen

Für das Sammeln volkskundlichen Materials bieten sich zwei grundsätzliche Verfahrensweisen an. Zum einen ist es möglich, die mündlichen Darlegungen von zumeist älteren Gewährsleuten aufzuzeichnen. Zum zweiten kann man schriftliche Quellen sichten. Diese Variante ist – wie in unserem Falle – dann vorzuziehen, wenn es keine oder nur noch gering entwickelte mündliche Erzähltraditionen gibt, also Sagen, Märchen, Schwänke usw. nicht mehr in genügendem Maße bekannt sind.

Die Arbeit der Gruppe orientierte sich zunächst auf regionale Veröffentlichungen zum gleichen Gegenstand. Dazu gehörten die „Prignitzer Volksbücher", die zwischen 1900 und 1914 herausgegeben wurden und vereinzelt Sagen enthielten, die – mit geringfügigen Veränderungen von R. Heuer übernommen und ergänzt – 1922 als „Prignitzer Sagen und Geschichten" gedruckt wurden. 11 Sagen, die dem heutigen Kreis Wittstock zugeordnet werden können, sind darin enthalten, davon zwei in niederdeutscher Mundart.

Neben Heuer gab es besonders unter den Lehrern zahlreiche Sammler. So konnte allein E. Müller aus Dranse und Umgebung 5 Sagen in Mundart beisteuern. Der Vorzug seiner Tätigkeit bestand in dem Bemühen, die Erzählungen seiner Gewährsleute wortgetreu und vollständig wiederzugeben.

Auch überregionale Publikationen enthielten Sagen unseres Territoriums, so z. B. die „Landeskunde der Provinz Brandenburg" (Band 3). In der gedrängten Darstellung wurden die Sagen zwar mancher Details entkleidet und auf den Kern reduziert, dafür aber nach Verwandtschaft der Sagenmotive geordnet. Ähnliches gilt für W. Matthes „Urgeschichte der Ostprignitz", der – entsprechend seinem Anliegen – lediglich Sagen berücksichtigt, die mit Bodendenkmalen und Bodenfunden verbunden sind.

Die meisten der gesammelten Sagen sind zwischen 1905 und 1926 erschienen; eine beachtenswerte Ausnahme bildet die Sage vom „Gottlosen Krüger" aus Schweinrich, 1868 von Engelien/Lahn veröffentlicht. Beim Vergleich der ältesten Fassung mit späteren aus den Jahren 1922 und 1926 wird deutlich, wie sehr Sagen mitunter über einen längeren Zeitraum variiert werden können.[1)] Wird 1868 noch auf 11 Seiten mit dem gottlosen Krüger ein Teufelsbündner dargestellt, dessen lästerliches Leben breiten Raum einnimmt und der ruhelos als Kobold sein Unwesen treiben muß, so ist später – nur noch auf einer Seite – lediglich von einem Kobold die Rede, der die Bewohner des Dorfes schrecklich peinigt und schließlich gebannt wird. Auch heißt die Sage jetzt „Der Kobold in Schweinrich".

Solche gravierenden Veränderungen, die sogar den Kern der Sage berühren, sind allerdings selten, häufiger sind – vor allem bei spontaner mündlicher

1 In mehreren Fällen haben Sammler die Sagen durch ausschmückende Passagen verändert, oft sogar entstellt. Eine solche Praxis ist auch bei der sehr umfangreichen Fassung von 1868 nicht auszuschließen.

Wiedergabe – Unsicherheiten und Abweichungen, wenn Angaben zur meist namentlich genannten Person, zur Zeit oder zum genauen Handlungsort der Sage gemacht werden müssen. Stets ist aber die Absicht des Erzählers zu erkennen, genaue Angaben über den Handelnden zu machen, weil davon die Glaubwürdigkeit der Sage abhängt.
Das Ergebnis 2 ½jähriger Arbeit sind 27 Sagen aus der östlichen Prignitz, darunter

- 4 Orts(entstehungs)sagen
- 5 Teufelssagen (bzw. über Stellvertretergestalten oder Teufelsbündner)
- 2 Sagen über die „wilde Jagd"
- 6 Wundersagen
- 2 Sagen über historische Persönlichkeiten (Friedrich II., den Wittstocker Bischof Konrad)
- 2 Sagen, die Bauernschwänken nahestehen

Die Sage von den „Unnererdschen" (Unterirdischen) war ebensowenig zu lokalisieren wie 2 Sagenrelikte über die „wilde Jagd".

Überprüfen, inwieweit die überlieferten Sagen heute noch lebendig sind

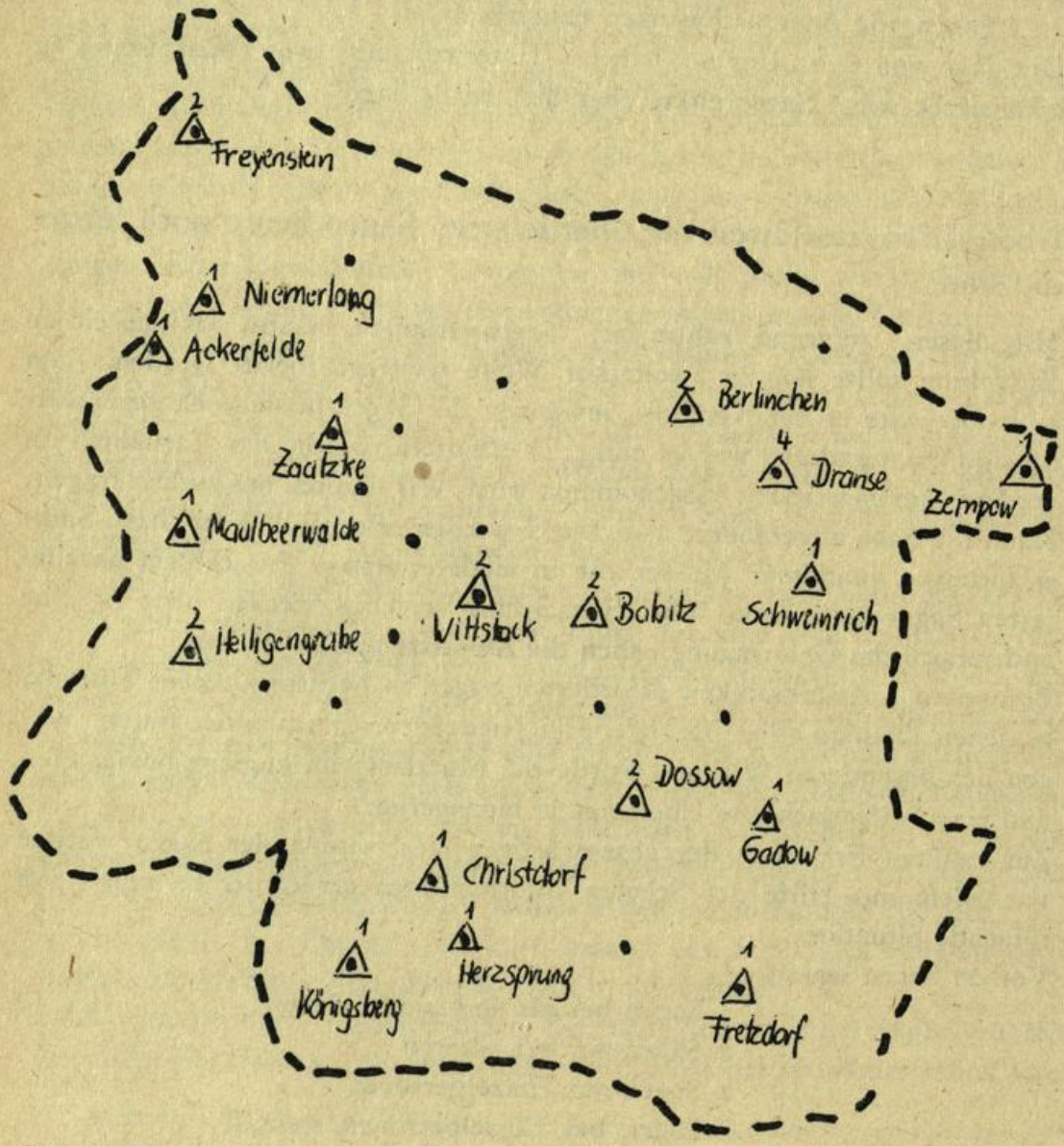
Mit dieser, aufgrund zahlreicher Sagenvarianten relativ umfangreichen Sammlung sollte nun in zweifacher Weise weitergearbeitet werden. Zum einen bedurfte es der Kenntnis, inwieweit die Sagen heute noch gegenwärtig sind, zum anderen war es nötig, zu ermitteln, welche der Varietäten einer Sage am günstigsten aufgenommen wird. Wir mußten uns zudem fragen: Kann die Sage unverändert abgedruckt werden oder sind Wort- bzw. Sacherklärungen vonnöten? Müssen die in niederdeutscher Sprachform überlieferten Sagen mit einem Wörterverzeichnis versehen werden oder ist eine hochsprachliche Übertragung neben die Mundartsage zu stellen?
Besondere Aufmerksamkeit erforderten Sagen in hochsprachlicher Fassung, in denen Dialoge oder Dialogteile in Niederdeutsch enthalten waren. Wegen der besonderen Wirkung wurde die Mundart hier zumeist beibehalten und eine hochsprachliche Übertragung hinzugefügt.
Zur exakten Erfassung der gegenwärtigen Verbreitung der Sagen wurden vor allem mit Hilfe der Schulen Informationen eingeholt. Es ergab sich folgende Situation:
Von 27 Sagen waren

- 5 Sagen bei alt und jung bekannt
- 8 Sagen nur bei Älteren
- 2 Sagen nur Einzelpersonen
- 2 Sagen bei Einzelpersonen resthaft
- 10 Sagen nicht mehr bekannt.

Die Sagen wurden hauptsächlich durch Lehrer (besonders in den Anfangsklassen) und ältere Bürger (sehr häufig Großeltern) weiterverbreitet. Das Vorlesen dominierte gegenüber dem Erzählen. Sagen in niederdeutscher Sprachform wurden von Schülern der Landschulen in den Anfangsklassen, in Wittstock auch von älteren Schülern und von Erwachsenen nicht ohne größere Hilfe verstanden.

Probleme der Bewahrung und Pflege volkskundlicher Überlieferung

Sollte unsere Sagensammlung günstig aufgenommen werden, so mußten sowohl Sprache als auch Inhalt verständlich sein. Bereits bei den Vorlese- und



Überlieferung von Sagen in Orten des Kreises Wittstock

Erzählproben vor Schülern und Erwachsenen wurden „Störfaktoren" ausgesondert, indem geringfügige sprachliche Veränderungen vorgenommen wurden. Bei einer größeren Zahl von Sagen reichte das jedoch nicht aus. Je nachdem, ob Anmerkungen, Worterklärungen oder Übertragungen in eine andere Sprachform nötig waren, wurden die gesammelten Sagen in 4 Gruppen eingeteilt:

1. Gruppe
Sagen, die ohne wesentliche Hinweise in ursprünglicher Form abgedruckt werden können

2. Gruppe
Sagen, bei denen Anmerkungen zum Zwecke besseren Verständnisses erforderlich sind

3. Gruppe
Sagen in niederdeutscher Sprachform, die mit einem Wörterverzeichnis versehen werden

4. Gruppe
Sagen in niederdeutscher Sprachform, denen hochsprachliche Übertragungen beigefügt werden.

Wie die Babitzer zu ihren Wiesen kamen

(Beispiel für Sagen der ersten Gruppe)

Zwischen Babitz und Wittstock zieht sich von Norden nach Süden ein etwa 400 m breiter Wiesenstreifen hin. Er gehört den Babitzer Bauern, soll aber ehemals Wittstocker Besitz gewesen sein, wofür man als Beweis die zwischen den Wiesen und Babitz gelegene Landwehr ansieht (ein tiefer Graben, der vermutlich die ursprüngliche Grenze bezeichnet).

Um diese Wiesen soll es viel Streit gegeben haben. Und um ihn zu beenden, kam man schließlich überein, daß die Wiesen der Partei gehören sollten, deren Oberhaupt an einem bestimmten Tag dem anderen zuerst „Guten Morgen" sagen würde.

Der Tag kam, und kaum war die Sonne aufgegangen, da war der Bürgermeister von Wittstock schon auf dem Wege nach Babitz, begleitet von den guten Wünschen seiner braven Wittstocker.

Er schritt tüchtig aus. Bald hatte er die Wiesen erreicht und sah Babitz vor sich. Noch war kein Schulze (Dorfbürgermeister) zu sehen. „Alle Wetter", denkt der Bürgermeister, „den werd' ich aus den Federn trommeln!" Da schallt es fröhlich von oben herab: „Goden Morjen, Herr Börjermeister!"

Sitzt da der schlaue Schulze lachend im Astwinkel einer Pappel, von wo aus er seit geraumer Zeit schmunzelnd beobachtet, wie der Wittstocker im Schweiße seines Angesichts auf Babitz zumarschierte.

Der Wittstocker Bürgermeister mußte sich fügen, und seither gehören die Wiesen den Babitzern.

Die Gründung des Klosters Heiligengrabe[1]

Im Mai des Jahres 1286 wurde eines Nachts aus der Kirche des Dorfes Techow (heute Heiligengrabe) kostbares Kirchengerät geraubt, darunter auch eine geweihte Hostie[2]. Der Verdacht fiel auf einen Juden[3], der in der Herberge eingekehrt, dann aber verschwunden war. Er wurde zwar in Pritzwalk gefaßt und ins Gefängnis gesteckt; man konnte ihm aber nichts beweisen.

Erst als ein Bürger, als Priester verkleidet, ihn häufig im Gefängnis besuchte, gab er seine Tat zu und erzählte den ganzen Hergang.



Bildliche Darstellung der Sage von der Entstehung des Klosters Heiligengrabe



Er hatte heimlich die Herberge verlassen, die Kirchentür aufgebrochen und den Raub ausgeführt. Dann war er in großer Hast nach Pritzwalk geflohen, denn er wußte, daß der Galgen auf ihn wartete, wenn man ihn ertappte. Da er aber plötzlich Angst vor der geweihten Hostie bekam, zerbrach er sie und verscharrte sie.

Nach diesem Geständnis wurde er zu der Stelle geführt, wo er die Hostie vergraben hatte. Als man sie ausgrub, war sie wie auch die Erde ringsum vom Blut gerötet.

Die Teile der Hostie wurden aufgesammelt und zunächst in Pritzwalk aufbewahrt. Der Jude aber wurde öffentlich hingerichtet. Nicht lange danach

geschahen an der blutgetränkten Stelle, wo die Hostie gelegen hatte mancherlei Wunder.
Bischof Heinrich von Havelberg, der zunächst nicht an das Wunder glaubte, erkrankte in der Nähe von Techow schwer und wurde erst gesund, als er an der Stelle, wo die blutige Hostie gelegen hatte, betete. Er ordnete deshalb an, daß an dieser heiligen Stätte eine Kapelle gebaut werden sollte.
Markgraf Otto mit dem Pfeile (1267–1308) wollte in der Nähe von Techow ein Jagdschloß bauen. Als er jedoch in der Nähe der heiligen Stätte rastete, wurden alle mitgeführten Speisen zu Blut und in der Nacht befahl eine Stimme, ein Nonnenkloster zu gründen. Sehr bald wurde mit dem Bau begonnen und eine Kapelle errichtet, an deren Wände der Hostiendiebstahl dargestellt wurde. Als die Kapelle fertig war, wurden die Teile der Hostie sowie die blutgetränkte Erde unter einer Grabplatte in der Kapelle verwahrt. Diese Stelle nannte man fortan das „Heilige Grab" und die Kapelle die „Blutskapelle".
Die Teile der blutigen Hostie sollen noch 1517 ihre Wunderkraft besessen haben.

1 Die Entstehungssage ist auf 6 Bildern in der Blutskapelle des Klosters dargestellt. Der Text ist in niederdeutscher Mundart abgefaßt – vgl. auch die beiden Fotos.
2 geweihte Hostie: Nach Vorstellung der kath. Kirche wurde das Abendmahlsbrot, wenn es vom Priester geweiht war, zum Leib Christi. Deshalb färben sich die Teile der Hostie und die Erde um die Hostie auch blutrot. Der Hostiendiebstahl verlangte schwere Bestrafung, hier sogar den Tod.
3 Diese Sage widerspiegelt feindliche Hetze und Haß gegenüber den Juden. Der Antisemitismus wurde von den Faschisten bewußt hervorgehoben.

De Kobold in Schwinrich

(Beispiel für Sagen der dritten Gruppe)

Ne schnurrige Geschicht is't mütn Kobold west[1], de früher in Schwinrich sien Wesen har[2]. Et was man een lütt Männken as[3] de Hand lang, un rode Hosen hadd de Kerl an as-n Franzos. Ärjern dät he de Lüd un't Vieh alltohop[4], öwers faten künn em keen.
Johann Kobers Peer hett he öwer Nacht so dull reeden[5], dät's noch am annern Morgen schümt[6] hem. Bi Lehsch ult Zorgon (Zadrian) un bi Buer Lemk wört ahnlich so. Un wenn de Lüd ok no'n Kobold schlohn dähn, husch wär he furt; un nem oll Kober ok de Flint un schütt no em, den Schlingel was nich bitokoom.
Do keem een Scharprichter no Schwinrich, de künn mehr as anner Lüd, de dät den Kobold bann. Un darmit det ganz sicher wär, spunt he em in't Fat, wo züs to Aust[7] de Schluck rinkeem, un hängt em in de Bärkendrift bi de Zechliner Stroot an'n Boom.

Nu was Schwinrich den Düwel los west, wenn nich twee Hannwarksburschen, de dis se Stroot keemen un wie ümmer groten Dost hadden, dät Fat upkorkt hadden. Fffst, fohr de Kobold rut un wärer hen in Kober sien Stall. Dort dreewt[8] he gewiß hüt noch sien Wesen, weer nich de Bärenführer koom. De stellt sien twee brunen Gesellen in'n Perdstall. As nu de Kobold ok disse reeden un luusen[9] wull, keem he an de falsche Adress'. De Bären packten unzwackten em, det he schreech[10] un bebberte. Daröwer keem Kober und de Noborn in'n Stall. As se de Dör upmokten, sprung de Kobold rut un schreech: „Bi ju koom ik in't Lewen nich wärer!" (Zu euch komme ich im Leben nicht wieder!)

1) gewesen
2) sein Wesen treiben
3) wie
4) überall und ständig
5) geritten
6) schäumten
7) zur Erntezeit
8) treibt
9) Läuse absammeln
10) schrie

De Uphocker

(Beispiel für Sagen der vierten Gruppe)

Von Berlinken no Drans' föhrt obends een Mann. Ünnerwägens fangen de Peer ümmer schworer un schworer an to trecken, as ob een grotn Packen upn Wogen licht. Müt eens kiekt sich de Buer üm un sieht een Kalw up den Wogen liejen. He nich ful un schleiht det Dert düchtig mit de Wogenrung dörch. Do bien ersten Schlooch röpt dät Kalw, dät wärer niks is as de Düwel sülwst: „Dät is een!" un bi den tweeten: „Dät sünd twee!" Un nu glieksen: „Un nu noch een!" Öwers de Buer is klok un secht: „Ne, nu kehr'k erst min Rung üm." Schlimm wär dät em gohn, har he drei Schlööch mit dät sülwichst En' utdeelt. De Düwel har denn sien Macht öwer em har.

Der Aufhocker

Eines Abends fährt ein Mann von Berlinchen nach Dranse. Unterwegs fangen die Pferde an, immer schwerer und schwerer zu ziehen, als ob sie eine große Last auf dem Wagen hätten. Als sich der Bauer einmal umschaut, sieht er ein Kalb auf dem Wagen liegen. Er, nicht faul, schlägt das Vieh tüchtig mit der Wagenrunge durch. Beim ersten Schlag ruft das Kalb, das weiter nichts ist als der Teufel selbst: „Das war der erste!" Beim zweiten Schlag: „Das ist der zweite!" und nun fordert es: „Und nun noch einen!"

Aber der Bauer ist klug und sagt: „Nein, nun kehre ich erst meine Runge um."
Schlimm wäre es ihm ergangen, hätte er drei Schläge mit dem selben Ende ausgeteilt. Der Teufel hätte dann seine Macht über ihn gehabt.

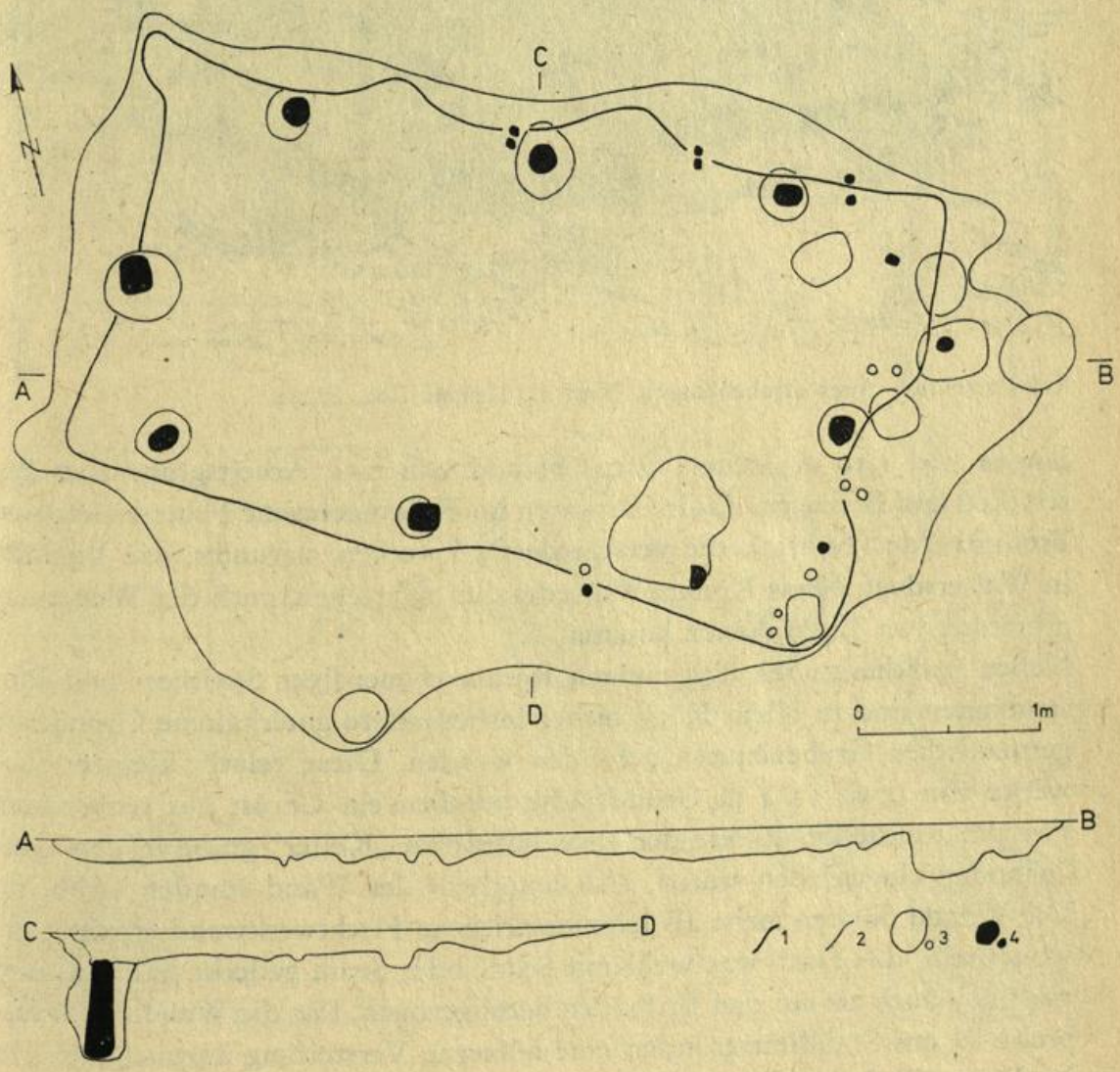
Literaturangaben
Woeller, Waltraud: Volkssagen zwischen Hiddensee und Wartburg, Berlin 1979
Matthes, Walter: Urgeschichte des Kreises Ostprignitz, Leipzig 1925
Heuer, R.: Prignitzer Sagen und Geschichten, Pritzwalk 1922
Autorenkollektiv: Landeskunde der Provinz Brandenburg, III. Teil: Die Volkskunde, Berlin 1912
Engelien, A./Lahn, W.: Der Volksmund in der Mark Brandenburg, Berlin 1868 (Teil I)
Kopp, W. (Herausgeber): Prignitzer Volksbücher (1-100), Pritzwalk o. J.

Zur Ausgrabung einer germanischen Siedlung der römischen Kaiserzeit bis Völkerwanderungszeit im Dahme-Seengebiet

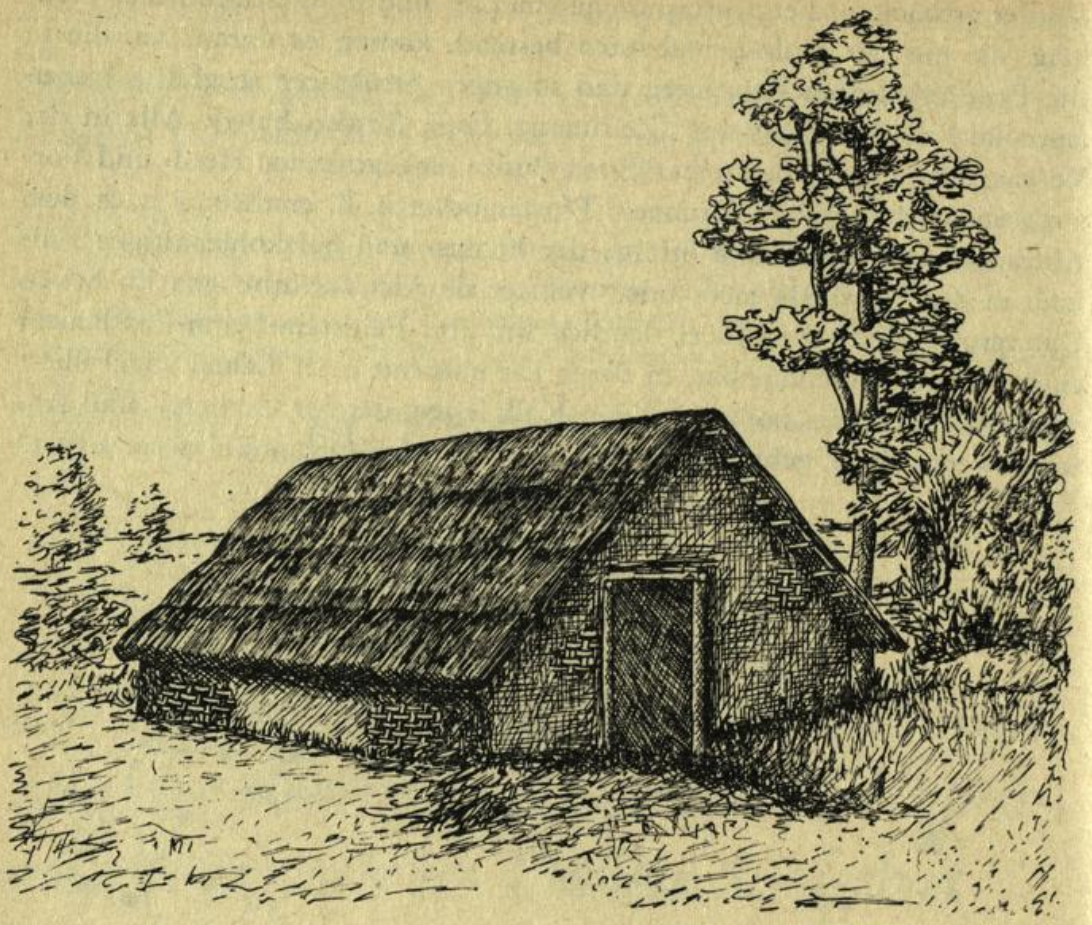
Von Sven Gustavs

Alljährlich belebt sich in Klein Köris, Kreis Königs Wusterhausen, das Grabungsgelände des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. Fleißige Helfer, darunter Mitglieder von Schülerarbeitsgemeinschaften, ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger und weitere Interessenten, wirken bei den hier durchgeführten Forschungsarbeiten mit. Diese Entdecker-Arbeit verlangt zwar streckenweise einigen körperlichen Einsatz und dazu Ausdauer, Sorgfalt und gute Auffassungsgabe, bietet den Grabungsteilnehmern aber auch viel Interessantes und manche Überraschung.
Anlaß für erste Untersuchungen des Museums an dieser Stelle im Frühjahr des Jahres 1976 war eine Meldung des ehrenamtlichen Kreisbodendenkmalpflegers für den Kreis Königs Wusterhausen, Herrn B. Fischer, über eine großflächige Erdentnahme auf dem erst 1971 entdeckten Fundplatz. Die Fundstelle hatte in ihrem Zentrum bereits beträchtlichen Schaden erlitten. Zur Sicherung der noch erhaltenen Bauspuren und Fundstücke wurde eine Rettungsgrabung erforderlich, die wegen der guten Erhaltungsbedingungen am Fundplatz vorerst zumindest auf der gestörten Fläche fortzuführen war.

Bei der archäologischen Untersuchung einer ur- und frühgeschichtlichen Siedlung, die nur aus Holz-Lehmbauten bestand, kommt es darauf an, die in der Erde erhaltenen Bauspuren und sonstigen Strukturen sorgfältig freizulegen und zu dokumentieren (Zeichnung, Foto, Beschreibung). Alle in der Vergangenheit bis in den unberührten Boden eingegrabenen Herd- und Vorratsgruben, Hausgruben, Brunnen, Pfostenlöcher u. ä. erscheinen nach dem Abtragen der Ackerkrume infolge der humus- und holzkohlehaltigen Füllung in der Regel als mehr oder weniger dunkle Verfärbungen im hellen Untergrund. Ganz besonders deutlich war das Feldstein-Lehm-Fundament einer Ofenanlage erkennbar, in deren ehemals mit einer Lehmkuppel überwölbtem Innenraum noch Reste von Kalk lagen, der für Gerberei- und Anstrichzwecke darin gebrannt worden war. Vor der Öffnung des ca. 2,70 m



Klein Köris. Germanisches Grubenhaus. Grabungsbefund vereinfacht und ergänzt.
1 – innere Kontur der Hausgrube; 2 – äußere Kontur; 3 – Pfostengrube/Stangenloch; 4 – Holzpfosten-/Stangenrest

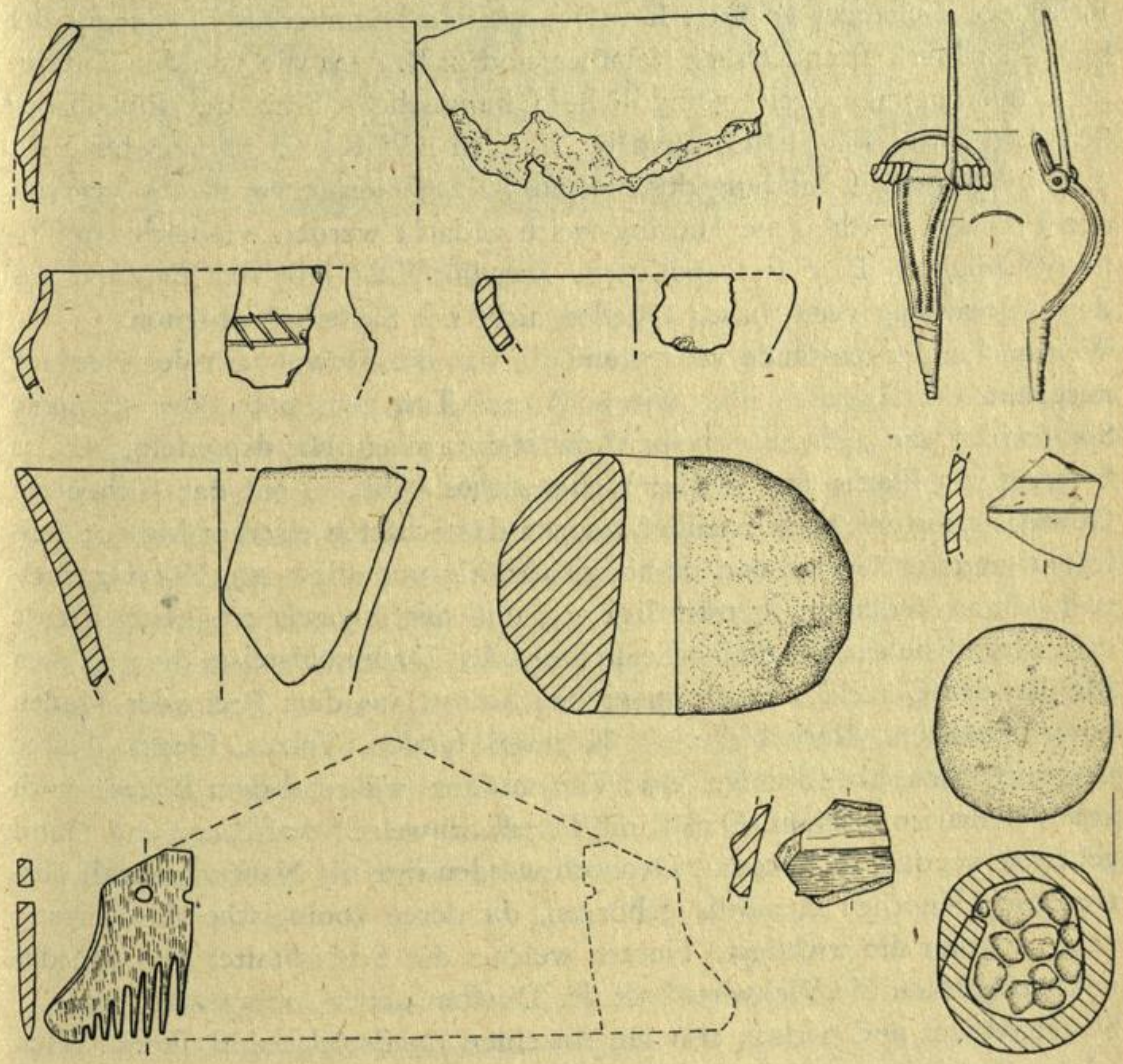


Rekonstruktion eines Grubenhauses. Nach B. Krüger 1982, S. 152

langen und 1,50 m breiten Ofens befand sich eine Arbeitsgrube zum Beschicken und Befeuern. Zahlreich waren im Freien gelegene Feuerstellen, sog. Freiluftherde (Abb. 4), die verschiedenen Zwecken, darunter, wie Befunde in Waltersdorf, Kreis Königs Wusterhausen nahelegen, auch der Weiterverarbeitung von Eisen dienen konnten.

Neben Speichergruben und einigen Resten ebenerdiger Speicher- und Pfostenbauten sind in Klein Köris bisher insbesondere guterhaltene Grundrisse germanischer Grubenbauten gefunden worden. Diese relativ kleinen Bauwerke von etwa 3 x 4 m Grundfläche besaßen ein Gerüst aus senkrechten Pfosten, welche am Rande der etwa hüfttiefen „Keller"-grube in den Grubenboden eingegraben waren, also innerhalb der Wand standen (Abb. 1). Die Wände dürften meist als lehmverstrichene Flechtwerkwand errichtet gewesen sein, das Dach war wohl mit Schilf oder Stroh gedeckt (Abb. 2) und eventuell auch bis auf den Erdboden herabgezogen. Für die Wand der Hausgrube ist aus Stabilitätsgründen eine hölzerne Versteifung anzunehmen. Da in diesen Grubenhütten oft Hinweise auf verschiedene Tätigkeiten, besonders Spinnen und Weben, gefunden wurden, spricht man sie meist als Wirtschafts- oder Nebengebäude an.

Von besonderer Bedeutung für eine Siedlung dieser Zeitstufe ist der in der DDR bisher einmalige Umstand, daß infolge eines hohen bzw. seit jener Zeit angestiegenen Grundwasserstandes z. T. auch organische Materialien, z. B. die Basisenden der z. T. absichtlich angekohlten Hauspfosten (Abb. 1), erhalten geblieben sind. Daher bestehen sehr günstige Voraussetzungen für verschiedene, inzwischen in Angriff genommene naturwissenschaftliche, besonders botanische Spezialuntersuchungen. Unter ihnen verspricht beispielsweise die Pollenanalyse Erkenntnisse über die allgemeine Landschaftsentwicklung und die Landwirtschaft zur Zeit der Besiedlung.
Die Frage nach dem Alter der Klein Köriser Siedlung läßt sich anhand der archäologischen Funde beantworten (Abb. 3). Gebrannter Lehm, scharf-



Klein Köris. Keramik, kleine Drehscheibengefäßfragmente, Webgewicht, Fibel und Kammrest aus dem Grubenhaus sowie Tonrassel (Lesefund). Fibel, Kamm und Rassel $^1/_2$, sonst $^1/_4$ nat. Größe

kantig zersprungene Herdsteine, Holzkohle und unverzierte Wandungsscherben sind auf jeder Siedlungsstelle vorhanden. Doch Randscherben, verzierte Gefäßfragmente und technisch bedingte Merkmale, z. B. an den Scherben von Gefäßen, die auf der schnellrotierenden Töpferscheibe hergestellt worden sind, geben bereits deutliche Hinweise. Die genauesten Rückschlüsse auf die zeitliche Einordnung lassen in der Regel metallene Fundstücke zu, besonders die Gewandspangen (Fibeln), die einem raschen, modebedingten Formwandel unterlagen. So stellt die Bronzeblechfibel (Abb. 3) aus dem Grubenhaus (Abb. 1) die jüngere Ausprägung einer als „Niemberger Fibel" bezeichneten Fibelgruppe dar, die ihre Hauptverbreitung im Gebiet zwischen Saale, Mulde, Weißer Elster und Elbe hat. Unser Stück ist um 400 und in die erste Hälfte des 5. Jh. u. Z. zu datieren – ebenso das Kammfragment (Abb. 3) – und belegt für den jüngeren Abschnitt der Siedlung von Klein Köris Verbindungen zu einem Territorium, das in dieser Zeit zum Reich der Thüringer gehörte. Da noch weitere Niemberger Fibeln aus der südlichen Mark Brandenburg stammen und z. B. auch die von den Thüringern übernommene reiternomadische („hunnische") Sitte der künstlichen Schädeldeformation aus Gräbern bei Phöben und Ketzin nachgewiesen ist, muß wohl an eine Bindung der hier ansässigen Germanen an das 531 von den Franken zerschlagene Thüringerreich gedacht werden, vielleicht an Tributpflichtigkeit. Eine feste politische Zugehörigkeit läßt sich dagegen aus den gegenwärtig verfügbaren Quellen nicht mit Sicherheit ableiten.

Weitere Fundgegenstände weisen auf die von den Bewohnern der Siedlung ausgeübten Tätigkeiten hin, wie z. B. aus Ton gebrannte oder steinerne Spinnwirtel, die „Schwungscheiben" der stabförmigen Handspindeln, auf das Spinnen von Flachs und Wolle; Webgewichte (Abb. 3) auf das Weben am Gewichtswebstuhl. Schleifsteine bezeugen das Schärfen eiserner Messer, Beile und anderer Geräte und damit gleichzeitig vor allem die Holzverarbeitung, deren Bedeutung beträchtlich war und nur mangels erhaltener Funde ungenügend belegt ist. Steinerne Reibe- oder Drehmühlsteine dienten dem Mahlen des Getreides zu einem groben Schrot, aus dem Brei oder Fladen bereitet wurden. Nach bisheriger Kenntnis fanden Weizen, Gerste, Hafer und auch Hirse als „Brot"getreide Verwendung, während dem Roggen noch kaum Bedeutung zukam. Daß Rind, Pferd, Schwein, Schaf/Ziege und Hund gehalten wurden, ist bekannt. Dennoch werden ihre als Nahrungsabfall auftretenden Knochen ebenfalls geborgen, da deren zoologische Auswertung zeigt, welches die wichtigste Tierart, welches das Schlachtalter und wie danach zu urteilen die Viehwirtschaft der Dorfbewohner „organisiert" war.

So interessant und wichtig also die einzelnen Fundstücke sind, ihren vollen wissenschaftlichen und historischen Wert erlangen sie erst in Verbindung mit dem archäologischen Befund, also ihrer gesicherten Zugehörigkeit zu einem ehemaligen Bauwerk, zu einer bestimmten Ablagerung. Aus diesem Grund spielt die schon erwähnte genaue Dokumentation der Befunde (Abb.



Bei der zeichnerischen Dokumentation einer Feuerstelle

1 und 4) eine wesentliche Rolle, zumal erst auf ihrer Basis ein Übersichtsplan zum Anlageschema des germanischen Dorfes entworfen werden kann. Die Größe der innerhalb von gut 200 Jahren besiedelten Flächen ist nach den Ergebnissen einer ausgedehnten magnetischen Erkundung auf 2–2½ ha und damit als nicht allzu groß zu veranschlagen. Bisher ist davon erst ein kleiner Teil ausgegraben, und die Untersuchungen gehen weiter. Es wäre angesichts der in Klein Köris sehr günstigen Voraussetzungen zu wünschen, daß eines Tages nach vollständiger Ausgrabung ein lückenloser Plan der Siedlung vorliegt. Dieser Plan und die gewonnenen archäologischen Belege zu Wirtschaft und materieller Kultur würden gut begründete Rückschlüsse auch auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status einer germanischen Dorfgemeinschaft im Raum südlich Berlins zulassen, was nicht nur im regionalen Rahmen von Interesse ist.

Literatur

F. Schlette, Germanen zwischen Thorsberg und Ravenna. Leipzig–Jena–Berlin 1972

Geschichte und Kultur der germanischen Stämme in Mitteleuropa. Handbuch. Band 1, Berlin 1978, Band 2 bei Redaktionsschluß noch nicht erschienen.

S. Gustavs, Untersuchungen auf der spätkaiserzeitlich-frühvölkerwanderungszeitlichen Siedlung von Klein Köris, Kr. Königs Wusterhausen, in: Ausgrabungen und Funde 23, 1978, S. 78-86

B. Krüger, Eine germanische Siedlung des 3.-5. Jahrhunderts am südlichen Stadtrand von Berlin, in: Das Altertum 28, 1982, S. 149-157
B. Krüger, Frühvölkerwanderungszeitliche Siedlungsanteile in der Siedlung von Waltersdorf, Kr. Königs Wusterhausen, in: Zeitschrift für Archäologie 16, 1982, S. 243-248.
J. Görsdorf, S. Gustavs, Magnetische Erkundungen auf einer germanischen Siedlung bei Klein Köris, Kr. Königs Wusterhausen, in: Ausgrabungen und Funde 28, 1983 S. 79-85.

Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der Mark Brandenburg

II. Teil: Städte im Territorium des heutigen Bezirkes Potsdam (ohne Brandenburg)

Von Wolfgang Fried

Unzweifelhaft war die Stadt Brandenburg mit ihren Münzprägungen die bedeutendste mittelalterliche Münzstätte im Territorium des heutigen Bezirkes Potsdam. Die feudale Zersplitterung und der lokale Charakter der Märkte brachten jedoch noch eine Reihe anderer Münzstätten hervor. Havelberg wird einbezogen, weil es durch die bedeutende Münzprägung des Markgrafen Otto I. hervorragt. (Vgl. „Märkische Heimat", Heft 1, 1982)

Münzstätte Görzke

Seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ist die Herrschaft der askanischen Markgrafen in dem alten Burgwardhauptort Görzke bezeugt Als märkische Grenzfestung gegenüber dem Territorium des Erzbischofs von Magdeburg und der Herzöge von Sachsen kam dem Ort eine hohe strategische Bedeutung zu. In einer Urkunde vom 16. April 1293 (alle Angaben zu Urkunden beziehen sich auf Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis) sichern die askanischen Markgrafen der johanneischen Linie Otto IV. und Conrad aus der gemeinschaftlichen Herrschaft (1281–1304) der Stadt Görzke eine jährliche Rente aus der Münze daselbst zu. Gesicherte Münzprägungen aus dieser Münzstätte sind nicht bekannt.

Münzstätte Rathenow

In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurde die markgräfliche brandenburgische Stadt Rathenow ausgebaut und erweitert. Sie kam durch ihre günstige Lage als Havelübergang zu bedeutendem Wohlstand. In einer Urkunde wird berichtet, daß der Kurfürst Friedrich II. (1440–1470) für den Verzicht auf die Gerechtsame und Gewässer der Stadt 3000 rheinische Goldgulden erhielt.

Für die Münzstätte Rathenow ist nur eine Urkunde auf unsere Zeit gekommen. Am 25. Dezember 1466 wurde der Münzmeister Michel Hemelporte angewiesen in Rathenow Groschen zu prägen:



Münzstätte Rathenow, Münze aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich II. (1440–1470).
Inschrift: Vorderseite FREDERICUS · DG · IIN · ELEKTOR
Rückseite: MONETA NOVA MARCH ROTENAW
Durchmesser: 26 mm

„Item in der abgeschriben Form (bezieht sich auf den Wortlaut der Bestallung des Giese Brewitz als Münzmeister in Brandenburg 1463, W. F.) ist dem Müntzemeister ein brif gegeben das er zu Rathenow furbass mehr muntzen sal, in massen er bissher zu Havelberg gethan hat . . ."

In der Münzstätte prägte man ab 1466 zwei Groschentypen in vielen Varianten. Sie wurden von Bahrfeldt, Das Münzwesen in der Mark Brandenburg, II, Berlin 1895, beschrieben.

Unsere Abbildung zeigt den Typ mit Tatzenkreuz, in den Winkeln Wappen (Bahrfeldt II, 38 a-z) und dem Adlerschild. (Aufnahmen des Verfassers).

Münzstätte Havelberg

In Havelberg wurde im Jahre 948 durch eine bald verlorengegangene Urkunde von König Otto I. ein Bistum errichtet, welches aber bald nach dem Slawenaufstand von 983 wieder verlorenging. Es ist möglich, daß die Feld-



Münzstätte Havelberg, Münze aus der Zeit Otto I. (1157–1184) Inschrift: OTTO M HAVELBERG. Durchmesser: 25 mm (Aus dem Fund von Bardewik 44)

züge Albrecht des Bären 1136/37 zur Rückeroberung führten. König Konrad II. bestätigte im Jahre 1150 dem Bistum den Besitz der von Otto I. übereigneten Gebiete östlich der Elbe. Markgraf Otto I. von Brandenburg erwies dem Bistum anläßlich der Domweihe am 16. August 1170 seine Gunst durch umfangreiche Schenkungen und Einkünfte zur Erhaltung der Kirche. Neben dem Dombezirk bestand seit der Mitte des 12. Jahrhunderts die Stadt Havelberg, die sich in markgräflichem Besitz befand. Außer dem Stadtrecht erhielt die Stadt zur Belebung ihres Marktes durch Markgraf Otto I. eine Münzstätte.

Im Münzschatzfund von Bardewik (beschrieben von E. Bahrfeldt/W. Reineke, Der Bordewitzer Münzfund, Berlin 1913), der eine Fülle hervorragender Brakteaten verschiedener Feudalherren und Fürsten enthielt, fand sich ein bis dahin unbekannter Brakteat Otto I. von Brandenburg in sieben Exemplaren und mehreren Hälften.

Beschreibung: Das gepanzerte Hüftbild des Markgrafen mit Schwert und wehender Fahne hinter einem mehrtürmigen Mauerwerk. Umschrift: HAVELBERG · OTTO MA (RCHIO). Das Bild zeigt eine symbolische Stadtdarstellung, die perspektivisch nicht geglückt ist.

Dieser Havelberger Brakteat, der zwischen 1162 und 1165 mit dem Bardewiker Münzfund verborgen wurde, zeigt, daß die Münzstätte für ihre Bildvorlagen magdeburger Vorbilder benutzt hat. (Abbildung) Möglicherweise befinden sich unter den Pfennigen Otto I., die die Münzstätte nicht nennen, solche die in Havelberg geprägt worden sind. Die Münzstätte Havelberg wird in einer Urkunde vom 11. November 1460 über die Schätzung märkischer Münzen nach magdeburger Währung wieder erwähnt. In zwei Urkunden von 1464 und 1466 wird der Münzmeister Michel Hemelporte genannt.

Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg (1440–1470) ließ in Havelberg Groschen prägen. Bahrfeldt II, 34-36 in vielen Varianten; 1459/60–1464

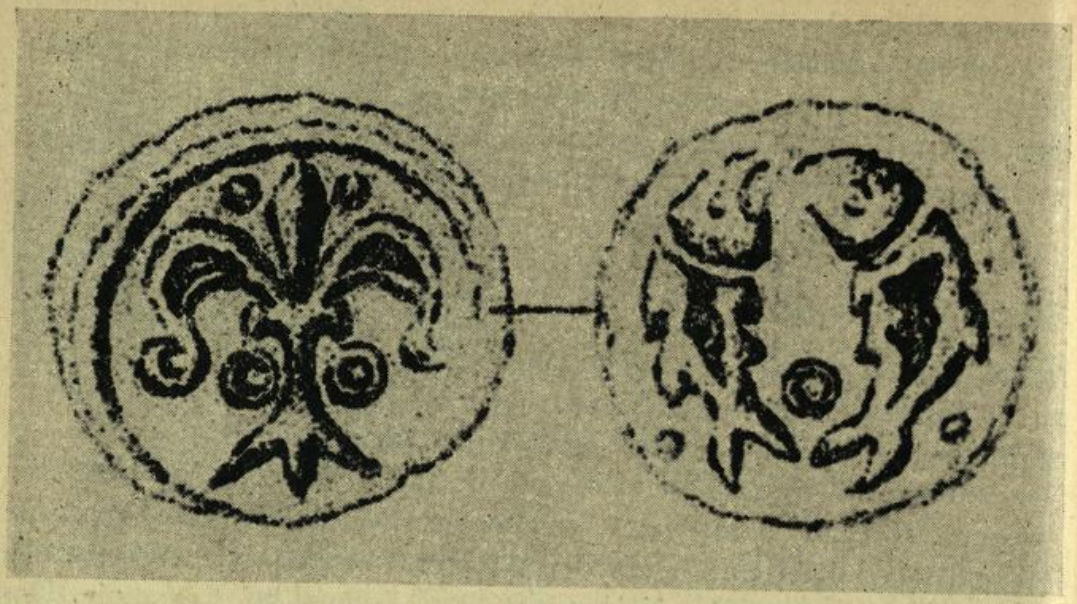
Kreuztyp, Tatzenkreuz, in den Winkeln Wappen, Rv. Adler; Bahrfeldt II, 37 in vielen Varianten, Schildtyp, Adlerschild, Rv. vierfeldiges Wappen.
Danach ist in Havelberg keine Münzprägung nachweisbar.
Eine Münzprägung der Bischöfe von Havelberg ist weder durch urkundliches noch numismatisches Material nachweisbar.

Münzstätte Friesack

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts kam das Ländchen Friesack in den Besitz der Familie von Jerichow, einem magdeburgischen Ministerialengeschlecht. Richard von Friesack gilt als der Gründer der Seitenlinie des Hauses Jerichow, die den Namen Friesack annahmen und hier eine Burg anlegten. In einer Urkunde vom 8. Februar 1256 schenkten Richard von Friesack und sein Sohn Heinrich dem Domkapitel Brandenburg zur Erinnerung an ihre Vorfahren die Vogtei über das Dorf Bamme bei Rathenow. Das Hauptwappen der Edelherren von Friesack ist das Seeblatt. Die Kenntnis einer Münzstätte in Friesack ist nur aus dem Münzmaterial nachweisbar.
Als erste Münzprägung ist ein gemeinschaftlich geprägter Denar der Familien von Friesack und von Plotho nachweisbar. Bahrfeldt I, 757, Av. Seeblatt, Umschrift: RICHARDVS DE VRIES = Richard von Friesack (gest. 1261); Rv. Plothosche Lilie, Umschrift: JOHNNCS DE PLOVC = Johannes von Plotho.
Heinrich von Friesack, der Sohn Richards, kommt allein häufig von 1272 bis 1290 in Urkunden vor. Von ihm geht ein gemeinschaftlicher Denar mit Ludolf von Plotho (1279–1290) aus (beschrieben nach R. Gaettens, Der Pfennigfund von Pratau, Halle 1940, Nr. 107): Av. Zwei mit Bärten nach außen stehende Schlüssel, zu den Seiten zwei Seeblätter; Rv. Kreuz, Umschrift: LVDV.
Hier liegt die Nachahmung eines salzwedeler Denars (Bahrfeldt I, 649) vor, nur sind die beiden Helme durch Seeblätter ersetzt. Die abgekürzte Legende ist in Ludolfus von Plotho aufzulösen. R. Gaethens veröffentlichte einen undatierten Brakteat Heinrich von Friesacks mit dem Seeblatt als Wappen, (Münzen der Hohenstaufenzeit, Nr. 515).
Bahrfeldt beschreibt unter den Nummern 759-761 drei Denare, die er mit einiger Wahrscheinlichkeit den Herren von Friesack zuweist und die in der Zeit Heinrich von Friesacks geprägt sein mögen.
Bald nach 1290 ist das Geschlecht ausgestorben.

Münzstätte Kyritz

Anfang des 13. Jahrhunderts befand sich das Kyritzer Gebiet zusammen mit dem Ländchen Wusterhausen im Besitz der Familie von Plotho, die in der



Münzstätte Kyritz. Münze aus der Zeit der Herren von Plotho, Ludolf (1279–1290). Durchmesser: 14 mm. (Bahrfeldt, I, 758)

Mitte des 12. Jahrhunderts als Ministeriale des Erzbistums Magdeburg in die Prignitz vordrangen und eine unabhängige Herrschaft gründen konnte. Die Stadt Kyritz, die in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts entstand, erhielt 1237 das Stendaler Recht. In einer Urkunde von 1245 wird ein Münzmeister Herbord erwähnt, ein urkundlicher Nachweis für Kyritz als Münzstätte.

Ludolf von Plotho (1279–1290) ließ in der Münzstätte Kyritz Denare prägen. Denar: Bahrfeldt I, 758: Av: Das Wappen, die Plothosche Lilie, zwischen zwei Ringeln. Rv: zwei zueinander gekehrte Fische. Das bisher ungeklärte Münzbild ist heraldisch nicht deutbar. (Abbildung)

Denar: Bahrfeldt I, 633: Av: Stehender Herr mit Pfeil und Bogen, Rv: Plothosche Lilie.

Zwischen 1259 und 1307 kam die Herrschaft Kyritz in den Besitz der Markgrafen von Brandenburg. In seinem „Brandenburgischen Münzwerk" hat Bahrfeldt eine Reihe von Denaren der markgräflichen Zeit zugewiesen. Markgraf Ludwig der Römer (1330–ca. 1365) befand sich immer in Geldnot und verpachtete die Münzstätte an Privatunternehmer.

Münzstätte Neuruppin

Die Stadt Neuruppin ist vermutlich eine Gründung des Grafen Gebhard von Arnstein (gest. 1256), den Begründer des gräflichen Hauses Lindow-Ruppin. Das Wappen ist der Adler der Grafen von Arnstein. Neuruppin, 1237 erstmals erwähnt, erhielt 1256 das Stendaler Recht.

Die Frage, ob die Grafen von Arnstein, Linie Lindow-Ruppin, Münzen geprägt haben, muß offen bleiben. Gesicherte Urkunden und Münzen sind bisher nicht überliefert. Der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg (1619–1640) erteilte der Stadt Neuruppin 1621 die Genehmigung zum Prägen von einseitigen Pfennigen, von denen 16 auf einen Groschen gehen.
Bahrfeldt II, 697: Adler mit Eisenhaube (o. J.) N R; 698: Adler mit Eisenhaube 1621 N R; 699: Adler mit Eisenhaube 1622 N R.



Münzstätte Neuruppin. Kipperpfennig 1621 und 1622. Durchmesser 13 mm (Bahrenfeldt, II, 698 und 699)

Erzbischöfliche Münzstätte Jüterbog?

Bald nach 1157, dem Jahr der endgültigen Eroberung der Zauche durch die Askanier, hat der Erzbischof Wichmann von Magdeburg den Bezirk und Ort Jüterbog in Besitz gebracht. Im Jahre 1147 hat der Erzbischof den Ort mit Magdeburger Recht ausgestattet. Das Land Jüterbog bildete 1174 einen Archidiakonat des Bistums Brandenburg. In der Folgezeit war die Stadt der kirchliche Mittelpunkt für einen Teilbezirk im Archidiakonat. Gesicherte Nachrichten über eine Münzprägung in Jüterbog seit der Herrschaft Wichmanns (1152–1192) sind bisher nicht bekannt geworden.
Bahrfeldt hat nachgewiesen, daß 1192 im roten Meergäßchen in Jüterbog ein Münzhaus errichtet wurde. Weitere Daten über eine Jüterboger Münze gehören dem 14. Jahrhundert an.
Heineken versuchte die unbestimmten geistlichen Denare: Bahrfeldt I, 750-756, in die erzbischöfliche Münzstätte Jüterbog zu legen, wobei sicher auch die Nähe zur Grenze der Markgrafschaft Brandenburg eine Rolle spielt.
Die Darstellung der mittelalterlichen Münzstätten sind nicht nur Sammlungs- und Forschungsgegenstand für den Numismatiker, der speziell an der

Regionalgeschichte interessiert ist. Sie sind darüberhinaus auch geeignet, besonders dem Wirtschaftsgeschichtler Anregungen für seine Arbeit zu geben.

Literatur

E. Bahrfeldt: Das Münzwesen der Mark Brandenburg, Berlin 1889.
Riedel: Codex Diplomaticus Brandenburgensis
H. Heineken: Der Münzfund von Netzow bei Havelberg. In: Zeitschrift für Numismatik, XXXII, S. 114
E. Bahrfeldt: Hat in Jüterbog eine Münzstätte bestanden? In: Archiv Brandenburgica XII. Bd., 2. Teil (1907)

Zinnfiguren erzählen Geschichte

Von Hans Eulenstein

In den vergangenen Jahrzehnten gewann die kulturgeschichtliche Zinnfigur als Mittel zur Darstellung historischer Ereignisse mehr und mehr an Bedeutung. Dazu trug vor allem die vom Kulturbund der DDR geförderte Schaffung neuer Figuren und die in den Fachgruppen von Schöpfern und Sammlern geleistete erfolgreiche Arbeit bei.

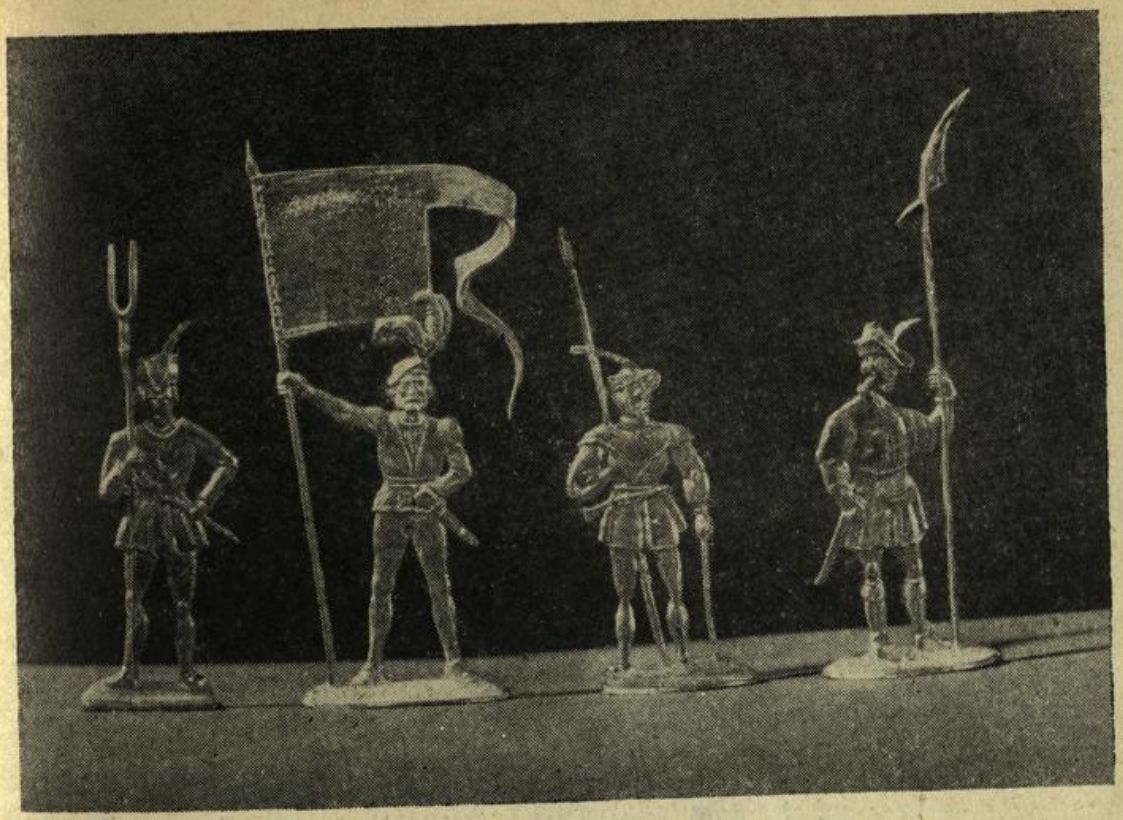
Die nach wissenschaftlich fundierten Vorlagen geformten und bemalten, zu aussagestarken Schaubildern zusammengestellten kleinen Kunstwerke besitzen nicht nur für den Fachmann, sondern auch für den Laien eine große Anziehungskraft. Im zunehmenden Maße haben sich die Museen die mit der Zinnfigur gebotenen vielfältigen Möglichkeiten nutzbar gemacht, historische Ereignisse und Persönlichkeiten weitgehend naturgetreu wiederzugeben. So hat auch die vor nunmehr über zwanzig Jahren im Potsdamer Marmorpalais eröffnete Ausstellung des Armeemuseums der DDR einige Dioramen zur Entwicklung der Taktik vom 16. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg gezeigt. So hilft die Zinnfigur neben Waffen, Uniformen, Geräten, Dokumenten, Werken der bildenden Kunst, Fotos und anderen originalen Sachzeugen politische Erkenntnisse auf der Grundlage materialistischer Geschichtsauffassung zu vertiefen.

Wenn auch bei vielen Sammlern die militärischen Motive noch den überwiegenden Teil des Figurenbestandes bilden, wird der Wert der Zinnfigur als Zeugnis der Handwerks- und Volkskunst zunehmend erkannt. Die Sammler wurden ernsthafter und anspruchsvoller und wenden sich immer mehr der Gestaltung hervorragend gravierter Figuren zu, mit denen sich fort-

schrittliche Traditionen aus der regionalen Geschichte und der Arbeiterbewegung anschaulich darstellen lassen.
Folgen wir einigen Sammlern in das Reich ihrer Schätze und betrachten diese unter den Aspekt regionalgeschichtlicher Geschehnisse in unserer Stadt und im Bezirk Potsdam.
Aus der nun fast 1000jährigen Geschichte Potsdams ist überliefert, daß auf einer kleinen Sandinsel ein slawischer Burgwall angelegt wurde, etwa an jener Stelle, wo ehemals die Heiligegeistkirche stand. Eine gut gravierte Serie Zinnfiguren entstand, die Slawen beim Bau eines Burgwalls zeigt. Solche Wälle, meist in der Nähe offener Siedlungen angelegt, dienten dem Schutz ihrer Bewohner und konnten auf Grund der günstigen Lage und umgeben von Wasser leicht verteidigt werden. Gleichem Zweck mag auch der Wall an der Havel gedient haben, jedoch verdrängte die Eroberung durch deutsche Feudalherren im 10. und 11. Jahrhundert die Slawen aus unserem Gebiet.
Die wechselvolle Geschichte Potsdams ist nicht immer zuverlässig durch Sachzeugen belegt, wir wissen aber, daß zum Schutz des Havelübergangs ein Holzerdewerk, später eine steinerne Burg mit einem dazugehörigen Dorf errichtet wurde. Die erste urkundliche Erwähnung des Namens „Poztupimi" ist uns aus dem Jahre 993 bekannt.
Potsdam hat in den folgenden Jahrhunderten kaum eine bedeutende Rolle gespielt. So scheint auch die sich von Süddeutschland ausbreitende frühbürgerliche Revolution keinen Einfluß auf unseren Raum gehabt zu haben. Unsere Sammler können aber für diese Zeit, besonders für den großen Deutschen Bauernkrieg von 1524/25, viele Figuren vorzeigen. Thomas Münzer, Florian Geyer im Kreis revolutionärer Bauern, die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Klassenschlachten dieser Zeit finden wir wiederholt in eindrucksvollen Dioramen wieder. Die zeitgenössischen Werke Albrecht Dürers und Hans Sebald Behams waren oft Vorlagen für diese Zinnfiguren (Abb. 1 und 2).
Im Dreißigjährigen Krieg wurden das Schloß und die Stadt Potsdam stark verwüstet. Im Mai 1631 ließ der Schwedenkönig Gustav II. Adolf auf dem Brauhausberg ein großes Heerlager für seine Truppen errichten. Für diese und andere, in Sammlerkreisen immer wiederkehrende Motive, wurden von den Altmeistern Frank und Mohr ausgezeichnete Figuren geschaffen. So sehen wir Gustav Adolf an der Spitze seiner Generale und Offiziere, gefolgt von bunten Regimentern Kürassiere und Dragoner. Lagerszenen in historisch getreuer Bemalung sowie der Leichenzug des Königs nach der großen Schlacht bei Lützen 1632 geben einen Einblick in die dramatischen Ereignisse dieser Zeit. Die Geschehnisse in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts beeinflußten entscheidend die Entwicklung Potsdams. Potsdam wurde Residenzstadt. Mehrere Edikte und Verordnungen sollten den absolutistischen Einfluß der brandenburg-preußischen Kurfürsten auf die Stadt sichern.



Trommler Acker Concz und Fähnrich Klos Wvczer im Bauernkrieg 1525, nach einem Kupferstich von Hans Sebald Beham (Höhe der Figur 54 mm)



Revolutionäre Bauern 1525 (Höhe der Figuren 30 mm)

Ein Diorama ist im Entstehen nach einem Gemälde von Dismar Degen, das „Potsdamer Jägertor um 1735". Es zeigt eine typische Situation an einem der Stadttore. Im Hintergrund, neben dem geöffneten Tor, ist die Wache vom 2. Grenadierbataillon aufgezogen. Bürger und Bauern bevölkern den Vorplatz. Im Vordergrund bereitet sich eine Gruppe Berittener in Uniform zur Jagd vor. Zum Schutz des Stadteingangs hat der Kommandant rechts und links Geschütze auffahren lassen. So wird vom Künstler recht anschaulich der politisch-soziale Charakter der Stadt demonstriert.

Ein junger Sammler zeigt als Schaubild ein preußisches Grenadierbattaillon im Peletonfeuer. Ausgerichtet und wechselweise feuernd bewegen sich die Peletons in Linie auf den Feind zu. Offiziere mit dem Sponton und Unteroffiziere mit dem Kurzgewehr folgen den Soldaten und stechen erbarmungslos jeden nieder, der zurückbleibt oder weichen will. Dieses Bild verfehlt seinen Eindruck auf den Betrachter nicht.

Dem am 26. September 1759 in Potsdam geborenen General York ist eine Figurengruppe gewidmet, die an seine patriotische Tat 1812 erinnert. Sie zeigt York als Kommandeur des preußischen Hilfskorps mit dem russischen General Diebitsch und ihren Pferdehaltern. Mit dem Abschluß der Konvention von Tauroggen am 30. Dezember erhielt die deutsche Befreiungsbewegung vom Napoleonischen Joch einen starken Aufschwung. Auch in Potsdam eilten Tagelöhner, Gesellen und Männer der herrschenden Klassen

zu den Fahnen. Über 800 Freiwillige waren es im April 1813. Sie wurden am 19. des Monats vereidigt und am 1. Mai verließ die erste Potsdamer Landwehrkompanie die Stadt. In den Gefechten von Großbeeren (23. August 1813) und bei Dennwitz (6. September 1813) haben die Landwehrmänner mit die Hauptlast des Kampfes getragen.

In den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann auch für Potsdam das Zeitalter der Industrie. Der Bau der Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Potsdam 1837/38, ihre Weiterführung 1846 bis Magdeburg und die Einrichtung der Dampfmühle in der Brandenburger Vorstadt brachten aber keine grundlegende Verbesserung für die arbeitende Bevölkerung der Stadt. Die schlechten sozialen Verhältnisse waren wiederholt Anlaß für Erregungen unter den Potsdamer Gewehrfabrikarbeitern und den Nowaweser Webern. So machten die im benachbarten Berlin 1848 stattfindenden Demonstrationen und Zusammenstöße auch vor den Toren einer Residenz- und Garnisonsstadt nicht Halt. An der Spitze großer Volksversammlungen stand ein junger Demokrat – der erst 21jährige Maximilian Dortu. Die Bezirksfachgruppe Zinnfiguren hat die revolutionären Ereignisse im November 1848 in einem Diorama festgehalten. Es zeigt die Verhinderung des Transports reaktionärer Potsdamer Truppen nach Berlin. Wir berichteten darüber im Heft 1 der „Märkischen Heimat".

In den folgenden Jahren bestimmte die Funktion als Residenz-, Soldaten- und Beamtenstadt die Entwicklung Potsdams. Der Ausbau der Industrie wurde bewußt unterdrückt, ein Fabrikarbeiter – Proletariat war kaum vorhanden. Nur langsam belebte sich das politische Leben der Stadt. Erste Gewerkschaften und Arbeitervereine entstanden in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Verbote, Schikane und Willkürmaßnahmen konnten aber auch während des Sozialistengesetzes die politische Tätigkeit der entstehenden Arbeiterklasse nicht unterdrücken. Sicher haben nicht nur die inneren Bedingungen in der Potsdamer Arbeiterbewegung diese Aktivitäten hervorgerufen, sondern auch äußere Einflüsse wie z. B. die heroischen Taten der Pariser Kommune. Einen bedeutenden Aufschwung erfuhr die Arbeiterbewegung im Reichstagwahlkreis Potsdam-Osthavelland durch das Wirken Karl Liebknechts. Seinem Einsatz ist es zu danken, daß sich sichtbare Erfolge in der Entwicklung der sozialistischen Parteiorganisation einstellten. Das mutige Auftreten Karl Liebknechts bei der Ablehnung der Kriegskredite im deutschen Reichstag kennzeichnet die Haltung der Mehrheit der Potsdamer Arbeiter zum imperialistischen Krieg 1914.

So wurde auch folgerichtig die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Potsdam und Nowawes zum aufrüttelnden Beispiel (Abb. 3). Die politischen Massenstreiks im Januar und November 1918 zeugten von der gewachsenen Kraft der Arbeiterklasse (Abb. 4). Mangelnde Erfahrungen und nicht immer einheitliches Handeln der Arbeiter- und Soldatenräte machten die an-



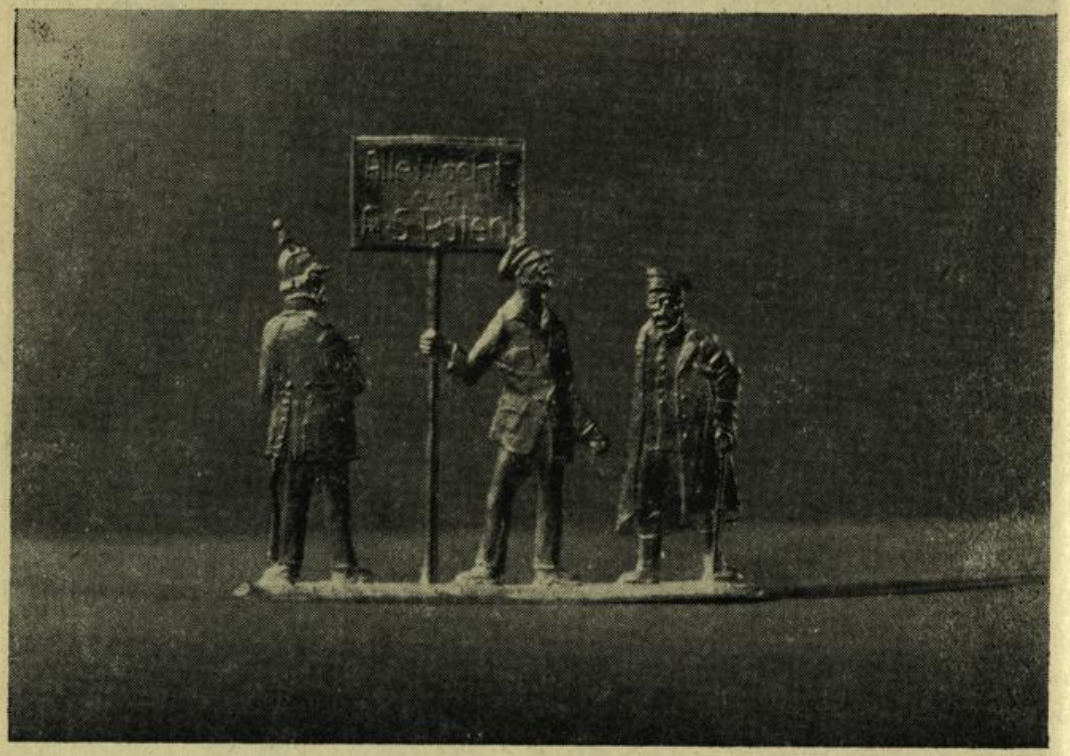
Lenin auf einem Panzerwagen 1917

fänglichen Erfolge zunichte und führten dazu, daß die reaktionären und nicht entmachteten herrschenden Kreise die Lage nach der Novemberrevolution ausnutzen konnten. Neuentstehende bürgerliche Parteien setzten die alte Politik fort.

Die Arbeiterfunktionäre wurden aus den errungenen Machtpositionen verdrängt. So blieb Potsdam weiterhin ein Zentrum militaristischer Reaktionen. Viele Sammler der Bezirksfachgruppe schließen auch diesen Teil der Geschichte Potsdams, der die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse unserer Stadt beinhaltet, in ihre Tätigkeit ein. Die wenigen Belege zeigen, daß sich auch Themen der Arbeiterbewegung unseres Jahrhunderts mit der kulturgeschichtlichen Zinnfigur darstellen lassen.

Es sollte nicht Ziel dieses Beitrages sein, unseren Lesern einen kurzen Abriß der Geschichte Potsdams zu vermitteln. Der Autor wollte vielmehr dem

interessierten Leser ein sinnvolles Hobby vorstellen, daß sehr wohl geeignet ist, im Rahmen der Gesellschaft für Heimatgeschichte Studien zu betreiben und mittels der Zinnfigur Geschichte zu „erzählen".



Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten

Bibliographie

Allgemeines

Aufgaben und Erfahrungen bei der Führung von Ortschroniken/hrsg. vom Zentralen Fachausschuß Heimatgesch./Ortschronik ... im Kulturbund d. DDR. – Berlin, 1980. – 80 S.

Ortschroniken in Vergangenheit und Gegenwart/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1982.–88 S.

Heimathistoriker und Archive/Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1981. – 88 S.: Ill.

Heimatgeschichte und Jugend/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1982. – 94 S.

Platz und Aufgaben der Ortschronik bei der geschichtswissenschaftlichen und geschichtspropagandistischen Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik: zentrale Ortschronistenkonferenz d. DDR vom 1. bis 3. Oktober 1980 in Leipzig/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1981. – 95 S.

Mark Brandenburg

Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik. – Leipzig; Jena; Berlin: Urania-Verlag.
Band 2. Die Naturschutzgebiete der Bezirke Potsdam, Frankfurt (O.) und Cottbus sowie der Hauptstadt der DDR, Berlin. –, 3., überarb. Aufl. – 1982. – 292 S.: Ill., 1 Kt.-Beil.

Die Vogelwelt Brandenburgs – Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus und Berlin, Hauptstadt d. DDR – 1. Aufl. – Jena: Fischer, 1983. – 385 S.: Ill., Kt.

Bezirk Potsdam

Bartmann-Kompa, Ingrid: Bezirk Potsdam/Ingrid Bartmann-Kompa; Aribert Kutschmar; Heinz Karn. – 1. Aufl. – Berlin; Verlag für Bauwesen, 1981. – 160 S.: Ill., Kt.
(Architekturführer DDR)

Das Havelland, mit den Augen der Liebe gesehen . . ./Fotos: Foto-Club Potsdam. Text: Gisela Heller. – 1. Aufl. – Leipzig: Brockhaus-Verlag, 1981. 191 S.: Ill.

Wanderheft für den Bezirk Potsdam/Dt. Verb. für Wandern, Bergsteigen u. Orientierungslauf d. DDR, Bezirksfachkomm. Potsdam. – 2. 1982. – 1981,

Potsdam – Stadt und Kreis

Bartoscheck, Gerd: Schloß Sanssouci: Damenflügel/hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci – 1. Aufl. – Potsdam, 1982. – 43 S.: Ill.

Belani, H. E. R.: Geschichte und Beschreibung der Fontainenanlagen in Sanssouci unter Friedrich dem Großen u. Sr. Majestät d. Könige Friedrich Wilhelm IV. . . . – unveränd. fotomech. Nachdr. d. Originalausg. 1843 . . ./ hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1981. – IV, 74 S., 2 Pl.

Drescher, Horst: Potsdam: Ansichten aus drei Jh.; Bestandskat. d. Kupferstichkabinetts u. d. Sammlung d. Zeichnungen d. Staatl. Museen zu Berlin – Hauptstadt d. DDR/Horst Drescher; Renate Kroll. Hrsg. von d. Staatl. Museen zu Berlin ... – Weimar: Hermann Böhlau, 1981. – 496 S.: Ill.

Giersberg, Hans-Joachim: Orangerie, Marstall, Filmmuseum: zur Gesch. e. Potsdamer Bauwerkes/hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1981. – 51 S.: Ill.

Giersberg, Hans-Joachim: Potsdamer Veduten: Stadt- u. Landschaftsansichten vom 17. bis 20. Jh./Hans-Joachim Giersberg; Adelheid Schendel. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1981. – 166 S.: Ill.

Giersberg, Hans-Joachim: Tourist-Stadtführer-Atlas Potsdam/Hans-Joachim Giersberg; Hartmut Knitter. – 3., verb. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1982. – 154 S.

Grützner, Günther: Cecilienhof 1945/Günther Grützner; Rosemarie Heise-Schirdewan. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1983. – 35 S.: Ill. (Sanssouci-Bildhefte; 3)

Günther, Harri: Gehölze in den Gärten von Sanssouci: dendrolog. Führer. – 2., stark überarb. Aufl. – Potsdam-Sanssouci, 1981. – 78 S.: Ill.

Kroll, Renate: Potsdam: Baugeschichte im Spiegel d. Grafik/Staatl. Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett u. Sammlung d. Zeichnungen. – Berlin, 1982. – 63 S.: Ill.

Paepke, Karola: Seiden in Sanssouci: textile Raumausstattungen d. 18. u. 19. Jh./hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1982. – 63 S.: Ill.
(Sanssouci-Bildhefte; 2)

Potsdam: Bilder auf Porzellan/bearb. von Jutta Nicht. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1982, – 89 S.: Ill.

Sanssouci im Luftbild/zsgest. von Hans-Joachim Giersberg. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1982. – 47 S.: Ill. (Sanssouci-Bildhefte; 1)

Schinkel in Potsdam: Ausstellung zum 200. Geburtstag; 1781–1841; Römische Bäder Mai-Okt. 1981/Red. Hans-Joachim Giersberg. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1981. – 135 S.: Ill.

Karl Friedrich Schinkel: sein Wirken als Architekt; ausgew. Bauten in Berlin u. Potsdam im 19. Jh./zsgest. u. bearb. von Waltraud Volk. – 1. Aufl. – Berlin: Verlag für Bauwesen, 1981. – 191 S.: Ill.

Blütenstadt Werder/Havel/Hrsg.: Rat d.Kreises Potsdam, Abt. Kultur; Kulturbund der DDR, Ortsgruppe. – Werder.

2. 1983. – 1982.

Einzelne Kreise

Brandenburger Blätter/Hrsg. Museum Brandenburg.

Band 4. – 1983. – 96 S.: Ill.

Stadtplan Brandenburg. – 5. Aufl. – Ca. 1: 17 500. – Leipzig: Tourist-Verlag, 1983. – 59 x 84 cm

Fait, Joachim: Dom und Domschatz zu Brandenburg. – 2., bearb. Aufl. – Berlin: Union-Verlag, 1981. – 61 S.: Ill. – (Das christliche Denkmal; 20/20A)

Frenzel, Max: Gesprengte Fesseln: e. Bericht über d. antifaschist. Widerstand u. d. Geschichte d. illegalen Parteiorg. d. KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945/Max Frenzel; Wilhelm Thiele; Artur Mannbar. – 4. Aufl. – Berlin: Militärverlag d. DDR, 1982. – 376 S. Ill.

Fenske, Gerhard: Kyritzer Seenkette/Hrsg.: Kreisheimatmuseum. – Wusterhausen/Dosse, 1982. – 24 S.: Ill.

Löschburg, Winfried: Rheinsberg, Neuruppin: Lindow, Zechlin; Altruppin/Winfried Löschburg; Lisa Riedel. – 1. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1981. – 64 S. Ill. – (Tourist-Wanderatlas)

Ruppiner Land: Ergebnisse d. heimatkundl. Bestandsaufnahme in d. Gebieten von Zühlen, Dierberg, Neuruppin u. Lindow. – Berlin: Akad.-Verlag, 1981. – XII, 202 S.: Ill., Kt. u. 1 Kt.-Beil. – (Werte unserer Heimat; Bd. 37)

Wanderungen durch den Kreis Nauen/hrsg. vom Kulturbund d. DDR, Kreis Nauen.

1. – 1979. – 78 S.: Ill. u. 1 Kt. –

2. – Natur- und heimatgeschichtliche Besonderheiten. – 1982. – 59 S. u. 2. Kt.

Uhlmann, Günter: 10 Jahre Kampf um den sozialistischen Frühling: vom Werden d. sozialist.Landwirtschaft im Kreis Königs Wusterhausen in d. Jahren 1952 bis 1962/Hrsg.: Komm. zur Erforschung der Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung bei d. Kreisleitung Königs Wusterhausen d. SED. – Königs Wusterhausen, 1982. – 60 S.: Ill., Tab. – (Lebendige Geschichte; 4)

Kunze, Reiner: Burg Eisenhardt Belzig/Hrsg.: Museum Burg Eisenhardt. – Belzig, 1981. – 16 S.: Ill.

Barowski, Norbert: Hennigsdorf: Geschichte u. Gegenwart/Text: Günter Wehner. Hrsg.: Rat d. Stadt Hennigsdorf. – Hennigsdorf, 1980. – 96 S.: Ill.

Sussmann, Hans: Teupitz und das Schenkenländchen/Hrsg.: Rat d. Stadt Teupitz. – Teil 3. – 1981. – 44 S.: Ill.

Der Schloßpark von Rheinsberg: e. Führer durch d. Schloßpark u. seine Geschichte/bearb. von D. Karg. Hrsg.: Rat der Stadt Rheinsberg, 1981. – 56 S.: Ill.

Sachsenhausen: Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse u. Erlebnisberichte über d. ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen. – 4., überarb. Aufl. – Berlin: Dt. Verlag d. Wissenschaften, 1982. – 162 S.: Ill.

Müller, Charlotte: Die Klempnerkolonne in Ravensbrück: Erinnerungen d. Häftlings Nr. 10/787. – Berlin: Dietz-Verlag, 1981. – 224 S.: 67 Ill.

Rathenower Heimatkalender: Beiträge zur Heimatkunde d. westl. Havellandes/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. Jg. 27. 1983. – 1982.

Wietsruk, Siegfried: Zeittafel zur Geschichte des Kreises Zossen 1952–1982/ Hrsg.: Komm. zur Erforschung der Geschichte d. örtl. Arbeiterbewegung bei d. Kreisleitung Zossen d. SED. – Zossen, 1982. – 43 S.

Heimatkalender für den Kreis Zossen/Hrsg.: Rat d.Kreises, Abt. Kultur. Jg. 26. 1983. – 1982.

Bearbeiter: Dorothee Geßner

Annotationen

Bretschneider, Anneliese: Die brandenburgische Sprachlandschaft. Zur Geschichte und Gliederung (mit Einschluß von Berlin), Gießen 1981 (Deutsche Wortforschung in europäischen Bezügen, hrsg. von Reiner Hildebrandt, Bd. 7), XXIV, 396 S. mit 23 Abbildungen im Text

Mit dieser Arbeit legt die bekannte Potsdamer Sprachwissenschaftlerin Ergebnisse ihrer jahrzehntelangen Forschungen zur sprachlichen Entwicklung im Raum der ehemaligen Provinz Brandenburg vor.

Grundlage und Leitmotiv für die sprachhistorische Darstellung ist Leben und Arbeit der Siedler in der brandenburgischen Gewässerlandschaft. Daher bilden Untersuchungen zu gemeinsprachlichen und fachsprachlichen Bezeichnungen, die mit der Thematik „Wasser/Gewässer" in Verbindung stehen, den Mittelpunkt der Monographie. Auf diesen zentralen Bezugspunkt weisen auch die Überschriften der Kapitel hin: I. Zur Hydronomik der Gewässerlandschaft, II. Sonder- und Fachsprachen der Gewässerlandschaft,

III. Schiffahrt, IV. Wasser/Gewässer, V. Entlang den Wasserstraßen im UG (Untersuchungsgebiet). Die Darstellung der Geschichte und der Bedeutung der einzelnen Wörter und der semantisch verwandten Wortgruppen wird eng mit der historischen Entwicklung des Raumes von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart verbunden. In den „Abschließenden Bemerkungen" (S. 392 ff.) faßt die Autorin die Beziehungen zwischen der gesellschaftlichen und der sprachlichen Entwicklung mit dem Blick auf die großen, übergreifenden Zusammenhänge knapp zusammen.
Wenn die Verfn. auch von sehr speziellen Aspekten ausgeht, so vermittelt das Buch dem Leser doch eine Fülle von Informationen über die Sprachgeschichte des brandenburgischen Raumes. Das wird hoffentlich manchen Interessenten auch zu eigenen Studien der sprachlichen Entwicklung im märkischen Gebiet anregen.
Das Werk kann in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek Potsdam benutzt werden.

Helmut Langner

Heinz-Dieter Krausch: „Märkische Heimat" – Erinnerungen an eine brandenburgische Heimatzeitschrift anläßlich des 75. Geburtstages von Joachim Schobeß. In: Fontane-Blätter. 1983. Band 5, Heft 3 (Heft 35 der Gesamtreihe). Hrsg.: Theodor-Fontane-Archiv der Deutschen Staatsbibliothek DDR-1500 Potsdam, Dortustraße. 30-34. (Festgabe für Joachim Schobeß zum 75. Geburtstag am 22. April 1983)
Der Verf. beschreibt die Umstände, die 1956 zur Herausgabe der „Märkischen Heimat" als Organ der Bezirkskommission der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund geführt haben. Aus der eigenen Kenntnis als Mitglied der Redaktion wird besonders der Anteil des Archivars, Bibliothekars und Heimatforschers Joachim Schobeß gewürdigt. Wenngleich die „Märkische Heimat" jetzt mit verändertem Profil erscheint, so fühlt sich die Redaktion doch dem Vorgänger von 1956 bis 1962 und ihren Herausgebern verbunden.

Joachim Schulz

Autoren

Dr. Helmut Assing, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam

Dr. Wolfgang Dost, Wittstock, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kulturgeschichte/Volkskunde

Dr. Hans Baruth, Vorsitzender des Kreisvorstandes Brandenburg der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Leiter des Museums der Stadt Brandenburg

Hans Eulenstein, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kulturhistorische Zinnfiguren Potsdam

Wolfgang Fried, Brandenburg, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Numismatik

Hans Gallinat, Karl-Marx-Werk Babelsberg

Dorothee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Sven Gustavs, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Doz. Dr. sc. Helmut Langner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam

Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Staatsarchiv Potsdam

Joachim Schulz, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksparteiarchiv der Bezirksleitung der SED Potsdam

Prof. Dr. Fritz Staude, Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin" Leipzig

Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam 1983



Märkische Heimat

Z
183
Potsdam

Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam 1984



Z
5183

Märkische Heimat

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 3

Potsdam 1984

„Märkische Heimat"
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 3, Potsdam 1984

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte
85/6/1

Pädagogische Hochschule Potsdam
Hochschulbibliothek
85: 103/Po 1

Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:
Bezirksparteiarchiv, Dannenberg, Gustavs, Hillmer, Kißling, Köster, Mallwitz, Milkert, Schulz, Staatsarchiv Potsdam
Reproduktionen: Staatsarchiv Potsdam, Wünsche

Redaktionsschluß für Heft 3 am 15. Juli 1984. Manuskriptsendungen an Redaktion „Märkische Heimat", 1500 Potsdam, Mangerstr. 34/36

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin

Druck: Druckerei „Franz Maecker", Neuruppin,
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam I-14-1 F 15/84

00500

Inhalt

Seite

Die Stadt Potsdam im Wandel fünfunddreißigjähriger DDR-Geschichte
von Manfred Uhlemann 5

Dr. Otto Korfes. Der Weg eines Generals zum Mitglied des NFKD und Kämpfer für deutsch-sowjetische Freundschaft
von Helmut Lötzke und Sigrid Wegner-Korfes 24

Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik
Die sozialistische Umgestaltung des Havelländischen Obstanbaugebietes
von Rüdiger Beetz 40

Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde
Märkische Stadtmusikanten im 18. Jahrhundert
von Vera Grützner 56

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte
Die Werte der Heimat schützen und erhalten!
von Sven Gustavs 68

Aus dem Fachbereich Numismatik
Münzfunde auf dem Gebiet des Bezirkes Potsdam
von Hans-Dieter Dannenberg 71

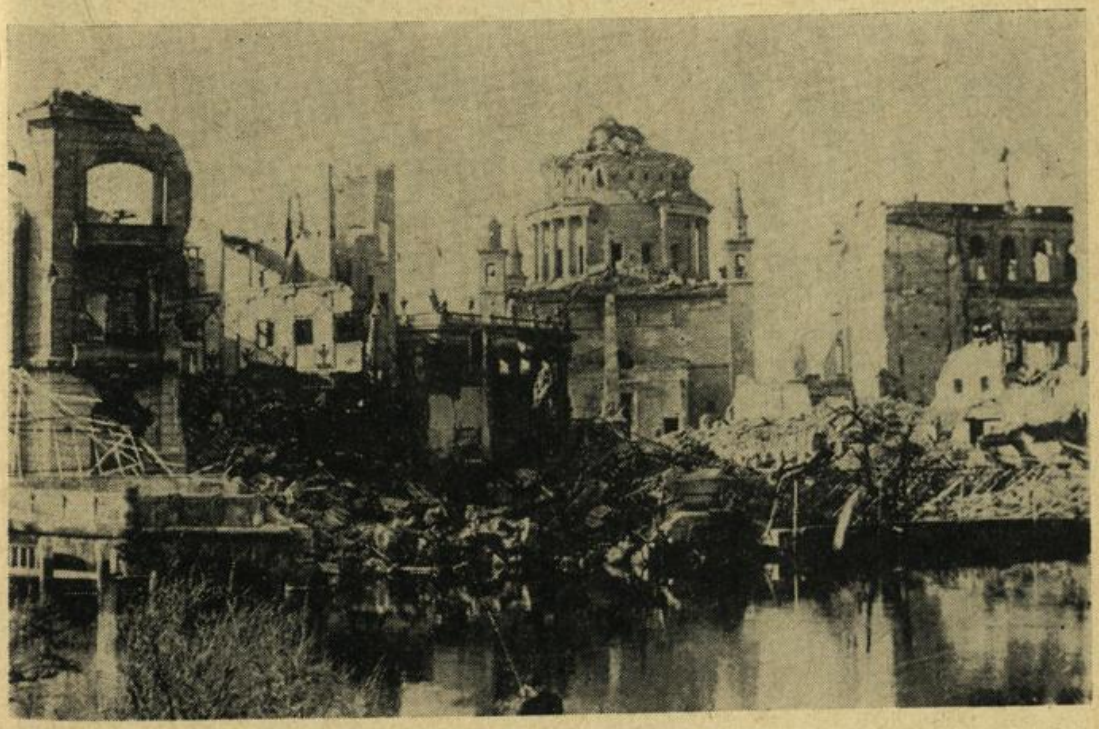
Aus dem Fachbereich kulturhistorische Zinnfiguren
Potsdamer Zinngießer
von Hans Eulenstein 85

Bibliographie / Annotationen 89

Die Stadt Potsdam im Wandel fünfunddreißigjähriger DDR-Geschichte

Von Manfred Uhlemann

Geht man heute durch Potsdam, so begegnen einem an vielen Stellen Zeugen der Geschichte vergangener Zeiten. Zugleich vermittelt eine Gesamtsicht der Stadt ihren gewandelten Charakter. Aus der ehemaligen Residenzstadt Potsdam und dem benachbarten Industrieort Nowawes, ab 1938 Babelsberg, wurde eine einheitliche Stadt. Nazioberbürgermeister General Friedrich hatte Nowawes-Babelsberg zwar bereits im Jahre 1939 an Potsdam angegliedert, aber der Dualismus zwischen Industriearbeiterstadt und bevorzugtem Wohnsitz nationalistischer und militaristischer Kräfte wurde erst im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der sozialistischen Revolution beseitigt. Mehr noch. Potsdam galt bis 1945 als Symbol für den friedensgefährendenden preußisch-deutschen Militarismus,



Die Innenstadt Potsdams war durch den Luftangriff am 14. April schwer zerstört. Blick von der Freundschaftsinsel über die Alte Fahrt auf die Nikolaikirche

für nationalistischen Herrschaftsdünkel, preußischen Drill und Untertanengeist obwohl auch in der ganzen Geschichte der Stadt humanistische und revolutionäre Kräfte und Ideen gewirkt hatten. Doch diese Hinterlassenschaft, besonders die bedeutender Baumeister und Landschaftsgestalter wie Knobelsdorff, Gontard, Schinkel, Persius, Lenné und Pückler, hervorragender Wissenschaftler von Weltruf wie Alexander von Humboldt, Hermann von Helmholtz, Ernst Haeckel und Albert Einstein und revolutionärer Kämpfer wie Max Dortu und Karl Liebknecht, konnte erst unter neuen politischen Verhältnissen zum tragenden Bestand des Charakters der Stadt werden. Ihr Wirken bereitete den Charakterwandel, den die Stadt seit 1945 erfahren hat, vor und beeinflußte diesen im bedeutenden Maße. Dies Erbe bringt zusammen mit dem Neugeschaffenen das unverwechselbare Bild der Stadt zum Ausdruck.

Potsdam wurde zu einer sozialistischen Bezirksstadt der Industrie, der Wissenschaft, der Bildung und Kultur sowie des Tourismus, in der Erbe, Tradition und sozialistische Gegenwart eng miteinander verbunden sind. Die Stadt wurde nunmehr vor allem bekannt als Stadt des Potsdamer Abkommens und in dem Maße, in dem ihre Bewohner in der Gemeinschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Geiste dieser Festlegungen handelten, ein Symbol für die Friedenspolitik des sozialistischen deutschen Staates. Auf dem Wege dahin markieren bedeutende Ereignisse Stationen der Entstehung der sozialistischen Stadt.

Potsdam zur Zeit der Gründung der DDR

Wie sehr die Gründung der DDR ein Werk der Volksmassen war, zeigte sich in jenen Herbsttagen des Jahres 1949 auch in Potsdam in vielfältiger Weise. Am 1. September hatten 30 000 mit einer eindrucksvollen Kundgebung in dem wenige Wochen zuvor (am 3. Juli 1949) eingeweihten Ernst-Thälmann-Stadion ihr Bekenntnis zu einer Politik des Friedens und zu den Zielen der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland" abgelegt. In mehreren Veranstaltungen der nachfolgenden Zeit wurde ebenso wie in einer am 4. Oktober angenommenen Entschließung der 1700 Arbeiter und Angestellten des Karl-Marx-Werkes die Forderung nach der „Bildung einer wahrhaft demokratischen deutschen Regierung mit dem Sitz in Berlin"[1] erhoben.

Am selben 7. Oktober, als sich in Berlin die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik konstituierte, bekräftigten die Vertreter des demokratischen Blocks der Landeshauptstadt Brandenburgs mit der Zustimmung zu den vom zentralen Block am 19. August 1949 verabschiedeten programmatischen Grundsätzen ihren Willen, gemeinsam auf der

Grundlage der vom 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigten Verfassung für eine deutsche demokratische Republik zu wirken.
Ausdruck der Klassenauseinandersetzung um die Bildung und noch mehr um den Charakter dieses Staates war, daß einzelne Abgeordnete der CDU und der LDPD im Potsdamer Stadtparlament Vorbehalte gegen diese Grundsätze zu erkennen gaben und sich in ihrer Tätigkeit und in den folgenden Monaten verstärkt gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, gegen den demokratischen Zentralismus, die Plandisziplin, den Ausbau und die Stärkung der bereits geschaffenen sozialistischen Elemente in Politik und Wirtschaft wandten. Gegner der Arbeiter-und-Bauern-Macht erhofften sich von den im westdeutschen Separatstaat herrschenden Kräften Unterstützung und manche von ihnen besaßen durch die offene Grenze zur imperialistischen „Frontstadt" Westberlin direkte Verbindung zu den dort bereits etablierten konterrevoluionären Kommandozentralen. Die Gründung der DDR war ein Akt des Klassenkampfes und mußte so auch von den revolutionären Kräften der Stadt verstanden werden.
Ein markanter Ausdruck der revolutionären Umgestaltung und des begonnenen Charakterwandels der Stadt war die 1948 entstandene erste Hoch-



Am 9. Dezember 1949 besuchte der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck die Stadt Potsdam. Herzlicher Empfang des Präsidenten durch Werktätige an der Stadtgrenze bei Baumgartenbrück

schule Potsdams, an der mit Beginn des neuen Studienjahres 1949, so wie auch an anderen Universitäten und Hochschulen der DDR, eine Arbeiter-und-Bauern-Fakultät gebildet wurde. Als Staatspräsident Wilhelm Pieck am 9. Dezember 1949 Potsdam besuchte, führte ihn nach der Begrüßung im Brandenburgischen Landtag sein erster Weg an die neue Landeshochschule. In der im ehemaligen Marstall des Schlosses neu geschaffenen Mensa rief er die versammelten Lehrkräfte und Studenten auf, dafür zu sorgen, daß die Feinde des Volkes nie mehr die Bildungsstätten in die Hand bekommen. Er erklärte: „Im Bündnis der Arbeiter und Bauern, wie es hier auf Eurer Fakultät zum Ausdruck kommt, liegt die Sicherung unseres Aufstiegs begründet."[2]

In den ehemaligen Produktionsstätten des faschistischen Filmunternehmens UFA in Potsdam-Babelsberg entstanden Filme, die zur Herausbildung eines neuen demokratischen Bewußtseins beitrugen. Am 9. November 1949 erfolgte in Anwesenheit von Vertretern der Regierung des Landes Brandenburg, der Parteien und Massenorganisationen sowie zahlreicher Aktivisten aus Potsdamer Betrieben in den Charlott-Lichtspielen die Uraufführung des DEFA Spielfilms „Unser täglich Brot". Mit diesem Film setzte Slatan Du-



Vor dem Gebäude des Landtages und der Landesregierung war eine Ehrenformation der Volkspolizei zum Empfang des Staatspräsidenten angetreten. Heute befindet sich in dem Haus in der Heinrich-Mann-Allee der Rat des Bezirkes

dow die Tradition des deutschen Arbeiterfilms fort. Am Schicksal einer Arbeiterfamilie wurden die Gestalter der neuen Gesellschaft lebendig. Aktiven Anteil nahm die DEFA an der Bewußtmachung der Verbrechen des deutschen Imperialismus und seiner Restauration in der BRD. Zur Zeit des Deutschlandtreffens der Jugend, Pfingsten 1950, erschien die eindrucksvolle Entlarvung des IG Farbenkonzerns in dem nach einem Buch von Friedrich Wolf von Kurt Maetzig geschaffenen Film „Der Rat der Götter". Bedeutende Kunstschaffende, Otto Nagel, Bernhard Kellermann und Hans Marchwitza, prägten nachhaltig das Potsdamer Kulturleben dieser Zeit. Sie wurden 1950 zu Mitbegründern der Akademie der Künste in Berlin. Am 25. August 1949 hatte Bernhard Kellermann als erster Potsdamer Bürger anläßlich der Goethe-Festtage in Weimar aus der Hand des Vorsitzenden des Präsidiums des deutschen Volksrates Wilhelm Pieck den Nationalpreis erhalten. Als Volkskammerabgeordneter repräsentierte er, dessen Roman „Der 9. November" 1933 von den Faschisten verboten und verbrannt worden war, das neue Verhältnis von Staatsmacht und der dem historischen Fortschritt dienenden Kultur.

Die Stadt selbst trug zu dieser Zeit noch die Kennzeichen des Krieges. Das Gebiet im Zentrum zwischen Havel und Wilhelm-Pieck-Straße war ein großes Ruinenfeld. An vielen Abenden und Wochenenden gingen freiwillige Helfer den Trümmerbergen zu Leibe. Die Potsdamer Handwerker beteiligten sich ohne Ausnahme an der im Sommer 1949 eingeleiteten Aktion „Wir bauen auf". Das Geschäftsviertel um den alten Markt, den südlichen Teil der Friedrich-Ebert-Straße und den Platz der Einheit existierte nicht mehr, doch in der Brandenburger Straße pulsierte wieder das Leben. Die noch vor kurzer Zeit mit Brettern vernagelten oder mit durchsichtigem Behelfsmaterial versehenen Schaufenster bestanden wieder aus Glas und das Warenangebot war seit der Gründung der MO im Jahre 1948 quantitativ und qualitativ gestiegen. Dennoch fehlte vieles. Auch der begehrte Bohnenkaffee konnte nur im bescheidenen Maße über die Betriebe verkauft werden und erschien selbst in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1949 nicht in den Geschäften. Auf dem Platz der Einheit und der Plantage hatte die Stadtgärtnerei Gemüse für die Versorgung der Bevölkerung angebaut.

In den volkseigenen Betrieben der Stadt rangen die Arbeiter um die Erfüllung des Zweijahrplanes 1949/50. Hier bildeten sich in den alten Betrieben neue soziale Beziehungen im Produktionsprozeß heraus. Sozialistische Arbeitskollektive in Form von Brigaden entwickelten sich, der Leistungslohn und technisch begründete Arbeitsnormen wurden durchgesetzt. Die Werktätigen begannen, die Verantwortung für den Betrieb und die Erfüllung seines Planes zu erkennen. In der Stellung der Menschen in der Produktion, in den Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihrer Kräfte für das Ganze, zur Mitentscheidung und Ausübung der Macht vollzogen sich die nachhaltigsten

Veränderungen, waren aber zugleich die kompliziertesten Widersprüche zu meistern.

Am Ende des ersten Fünfjahrplans 1955

Als die Potsdamer zum Jahreswechsel 1955/56 auf das erste abgeschlossene Planjahrfünft zurückblickten, hatten die Karl-Marx-Werker besonderen Anlaß zum Stolz. 1953 führten Rückstände und Qualitätsmängel in der Zulieferung, eigene Organisationsschwächen, Absatzschwierigkeiten und daraus resultierende Unzufriedenheit dazu, daß der Jahresplan nur mit 76 Prozent abgerechnet werden konnte. Anfang November 1953 folgten die fortgeschrittensten Brigaden im Werk dem Aufruf der Arbeiter der Schwefelsäureanlage im VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck" in Schwarza, alle Voraussetzungen zu schaffen, um das Jahr 1954 zu einem Jahr der großen Initiative werden zu lassen. Die Brigade des dreifachen Aktivisten Genossen Emil Kroffke hatte die Wettbewerbsbewegung zur Aufholung der Planrückstände und Sicherung eines guten Anlaufs 1954 ausgelöst. In ihrem Aufruf forderte sie alle Kolleginnen und Kollegen auf, Qualitätsarbeit zu liefern und den Produktionsprozeß bis zum letzten Arbeitsplatz zu überprüfen. Dazu gehörte auch die regelmäßige Durchführung der Produktionsberatungen, die Einhaltung der Liefertermine an die Lokmontage und die rechtzeitige Bereitstellung des Materials und der Halbfabrikate. Im zweiten Quartal 1954 kam dann unter der Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED eine breite Bewegung der Rationalisatoren in Gang, die sich vor allem auf den Arbeitsablauf und die Arbeitsorganisation konzentrierte. Dadurch und durch das engere Zusammenwirken der Werkleitung mit den einzelnen Abteilungen sowie den Ausbau der Technik wurde den Verlustquellen zu Leibe gerückt. Bis Ende März 1955 konnte das Werk erstmals seit 1945 einen Gewinn verbuchen. Dieser Aufschwung setzte sich im weiteren Verlauf des Jahres kontinuierlich fort. Im Ergebnis ökonomischer Konferenzen und eines Rentabilitätswettbewerbs sowie durch den zielgerichteten Einsatz von 4 Millionen Mark Investitionen wurde eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber 1954 erreicht. Statt der vorgesehenen 600 000 Mark Gewinn standen am Ende des Jahres 3 Millionen zu Buche. Die 2937 Arbeiter und Angestellten des größten Potsdamer Betriebes waren zu einem Kollektiv geworden, in dem sich die sozialistische Arbeitsweise auszuprägen begann. Das Werk produzierte im ersten Fünfjahrplan, neben zahlreichen anderen Erzeugnissen, 558 Dampfloks, darunter 54 große, und 1432 Diesellokomotiven.

Neben den beiden großen zentralgeleiteten Industriebetrieben, Karl-Marx-Werk und Reichsbahnausbesserungswerk, hatten mehrere kleinere Betriebe

mit unterschiedlichem Produktionsprofil zum erfolgreichen Abschluß des Fünfjahrplans beigetragen. Eine besondere Stellung nahm der nach der Beschäftigungszahl mit 319 Arbeitern und Angestellten größte kommunalgeleitete Betrieb, der VEB Dentaltechnik, ein. Seine Dentaleinheiten trugen die höchsten Qualitätszeichen der DDR und wurden in 32 Länder exportiert.

Nach einer Zuspitzung des Widerspruchs zwischen dem sozialistischen Sektor und dessen Repräsentanten einerseits und dem privatkapitalistischen Sektor sowie der kleinen Warenproduktion andererseits am Beginn der fünfziger Jahre war jetzt die Perspektive der kleinen und mittleren Unternehmer in der sozialistischen Gesellschaft klarer erkennbar. Während die 1259 Handwerksbetriebe im Jahre 1953 mit 4857 Arbeitskräften für 38 340 000 Mark Leistungen erbrachten, schufen 1955 1431 Betriebe mit 5969 Arbeitskräften Werte in Höhe von 56 660 000 Mark. Die 33 privaten Industriebetriebe erzeugten 1953 mit 732 Arbeitskräften Leistungen in Höhe von 9 410 000 Mark. Dem gegenüber produzierten 1955 38 Betriebe mit 857 Arbeitskräften für 12 326 000 Mark.

Besondere Förderung hatten Wissenschaft und Kunst erfahren, so daß diese in zunehmendem Maße den Charakter der Stadt prägten. Die sozialistische Filmproduktion der DEFA war beträchtlich ausgebaut worden. Die Zahl der Beschäftigten wuchs von 890 im Jahre 1949 auf 2436 im Jahre 1955. Mit den beiden Filmen „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse" (März 1954) und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse" (Oktober 1955) wurde ein bedeutender Abschnitt des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gestaltet.

Zur Ausbildung des Nachwuchses in allen filmkünstlerischen und filmtechnischen Berufen entstand im Jahre 1954 in Potsdam-Babelsberg die Deutsche Hochschule für Filmkunst. Seit 1952 war hier auch die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft angesiedelt. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der in ihrer Art einzigen Lehr- und Forschungsstätte in der DDR wirkten mit an der Erarbeitung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung und bildeten Nachwuchs für die zentralen und örtlichen Staatsorgane sowie für den außenpolitischen Dienst der DDR heran.

Die Pädagogische Hochschule im Park Sanssouci war zur größten und bedeutendsten Lehrerbildungseinrichtung der DDR herangewachsen. Die Zahl der Direktstudenten stieg von 421 im Jahre 1950 auf 1402 im Jahre 1955. 1953 wurde ein Fernstudium für Lehrer eingerichtet mit zunächst 1198 Immatrikulierten. Diese Anzahl erhöhte sich 1955 auf 2221. Daneben bestand seit 1. Oktober 1952 im Gebäudekomplex des ehemaligen Militärwaisenhauses in der Otto-Nuschke-Straße ein Institut für Lehrerbildung mit einer Kapazität von 1000 Studenten, die als Unterstufenlehrer ausgebildet wurden. Schließlich sei noch erwähnt, daß sich Potsdam zu einem Konzentrationspunkt des Archivwesens der DDR entwickelt hatte, hier auch am 1. Septem-

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

ber 1955 eine Fachschule für Archivwesen ihre Arbeit aufgenommen hatte. Die bereits vor 1945 entstandenen Forschungsinstitute der Geo- und Kosmoswissenschaften in Babelsberg und auf dem Telegrafenberg arbeiteten als Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Das neue Potsdamer Theater in der Zimmerstraße hatte sich einen festen Platz im kulturellen Leben der Stadt erworben. Ein Höhepunkt seiner ersten Entwicklungsetappe war der 7. Oktober 1952, an dem die Potsdamer Bühne den Ehrennamen des von den Faschisten ermordeten kommunistischen Schauspielers Hans Otto erhielt.

Die Schlösser und Gärten waren stärker in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbezogen worden. Als während der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1951 Potsdam neben Berlin als zweite Festivalstadt galt, wurden viele Nationalprogramme, darunter das des damals tapfer gegen die amerikanischen Interventen kämpfenden koreanischen Volkes, vor historischer Kulisse im Park Sanssouci aufgeführt. Pfingsten 1954 fanden die ersten Parkfestspiele statt. Aus einer Begegnung von Volkskunstschaffenden aus beiden deutschen Staaten entstand ein alljährliches Musikfest, wo in den Schlössern und Anlagen des Parks Berufs- und Laienkünstler den zahlreichen Zuhörern Freude und Entspannung bereiten.

Am Beginn der sechziger Jahre

Als Anfang der sechziger Jahre in der DDR der Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus festgestellt wurde, war dies auch Ausdruck eines weiteren Wandels des Charakters der Stadt. Ihre Bewohner hatten die Klassenauseinandersetzung um die Durchsetzung der sozialistischen Revolution in einem Teil eines gespaltenen Landes bei offener Grenze zum Imperialismus bewältigt und sich in ihrer Mehrheit auf die Seite der neuen Gesellschaft gestellt. Nicht wenige hatten allerdings in den zurückliegenden Jahren kein Verständnis für notwendige aber mit persönlichen Härten verbundene Maßnahmen gezeigt oder waren gar auf die andere Seite übergewechselt. Die revolutionären Kräfte, an ihrer Spitze die Mitglieder der SED, mußten lernen, die Aufgaben der sozialistischen Revolution und der Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft zu lösen. Dabei mußten sie Irrtümer hinnehmen, diese korrigieren und zu neuen Erkenntnissen vordringen.

Als am 16. und 17. Juni 1953 äußere und innere Gegner des Sozialismus zugespitzte Widersprüche in der DDR nutzen wollten, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu beseitigen, waren alle Potsdamer in die Auseinandersetzung einbezogen. Die Mehrheit bekannte sich zu den bis dahin erkämpften Positionen der neuen Gesellschaft. Am 1. Juli 1953 demonstrierten zehntausende

Potsdamer Werktätige, an der Spitze der Züge die Leitungen der SED Bezirks- und Kreisparteiorganisation, zum Platz der Nationen, um hier im Beisein von Walter Ulbricht in aller Öffentlichkeit ihr Bekenntnis zum Zentralkomitee der SED und zur Regierung der DDR abzulegen. In den Junitagen 1953 wurde sichtbar, daß Sicherung und Stärkung der DDR zugleich Sicherung und Stärkung des Friedens bedeutet. Die Bestrebungen zur Ausdehnung des Machtbereiches des deutschen Imperialismus auf die DDR führten unmittelbar an den Rand des Krieges. Sie mußten bei ihrer Verwirklichung den Krieg auslösen und falls erfolgreich für die revanchistischen Kräfte in der BRD, was 1953 und auch bei späteren Bestrebungen von uns mit großen Anstrengungen und Dank der Hilfe der befreundeten Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten verhindert wurde, zur Stärkung des deutschen Imperialismus und Erhöhung seiner Aggressivität führen. Daher setzte dann auch die Parteiorganisation der SED im Herbst 1956 die Bevölkerung in Bereitschaft, den Frontalangriff des Weltimperialismus, mit dem in Ungarn ein konterrevolutionärer Einbruch erreicht wurde, abzuwehren. Entgegen den Bestrebungen des BRD Imperialismus, nochmals den Versuch zur Auslösung des Tages X zu unternehmen, hatten die Bürger der Stadt erlebt, wie die Politik der SED und ihres Staates ihren Interessen entsprach. Durch die Märkische Volksstimme und andere Massenmedien konnten sie erfahren, wie in dieser Zeit in der BRD die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde und der Aufbau der Bundeswehr als Instrument der aggressiven Kreise des Monopolkapitals unter dem Kommando ehemaliger Hitlergenerale erfolgte. Sie mußten sogar feststellen, daß dort 11 Jahre nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus am 17. August 1956 auf Antrag der Bundesregierung die Kommunistische Partei Deutschlands wieder verboten wurde.

Mit dem Aufbau der Bundeswehr nach der erklärten Absicht, alle Gebiete des ehemaligen deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 in den Verband der Bundesrepublik einzufügen, nahm der Kampf gegen die Herausbildung eines sozialistischen Deutschlands verstärkt militärischen Charakter an. Am 13. August 1961 mußte einem mit vielfältigen Störmaßnahmen vorbereiteten militärischen Vorstoß ein fester Riegel vorgelegt werden. In diese Aktion war ein Großteil der Bürger Potsdams unmittelbar einbezogen. Die Angehörigen der Kampfgruppen Potsdamer Betriebe und Institutionen sicherten einen Grenzabschnitt zum imperialistischen Brückenkopf Westberlin. Kollegen von ihnen garantierten die Fortsetzung der Produktion. Die Werktätigen erreichten in einem Produktionsaufgebot, daß die Auswirkungen der verschärften Aggressionspolitik des BRD Imperialismus in den Jahren 1960/61 im Bereich der Volkswirtschaft abgebaut und 1962 eine Steigerung der industriellen Bruttoproduktion im Stadtkreis gegenüber 1961 auf 110,6 Prozent und in der Arbeitsproduktivität auf 109,8 Prozent erzielt wurde.

Wie die jungen Potsdamer sich zu ihrem Staat stellten, zeigte besonders eindrucksvoll das Aufgebot „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!" Viele junge Potsdamer begrüßten sofort den Aufruf des Zentralrats der FDJ vom 16. August 1961 zum Dienst in den bewaffneten Organen und zur ökonomischen Stärkung der DDR. Andere schlossen sich ihnen nach den ersten Kampfappellen und Aussprachen im Kollektiv an. Bereits am 31. August konnten auf dem Platz der Nationen die ersten beiden FDJ Freiwilligenregimenter des Bezirkes von 20 000 Potsdamer Bürgern verabschiedet werden. Am 17. September meldete die FDJ-Stadtleitung, daß bis zum Vortage 2562 junge Männer Potsdams im Alter von 18 bis 23 Jahren sich für den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee bereit erklärt hatten.

Unter großen Mühen waren bis Anfang der sechziger Jahre die Werktätigen zu Herren ihrer Stadt geworden und hatten begonnen sie für sich zu gestalten. Die in allen Betrieben und Institutionen lebendige Losung des 3. Nationalkongresses der Nationalen Front vom September 1958 „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!" kam besonders zum Ausdruck in der Mitarbeit Tausender Bürger in ständigen Kommissionen und Aktivs sowie in den Produktionsberatungen. Eine höhere Qualität sozialistischer Arbeitskollektive war in den Brigaden entstanden, die sich der seit 1959 rasch ausbreitenden Bewegung anschlossen: „Auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben".

Die sozialistischen Staatsorgane und auch die in der Stadt seit 1956 stationierten Einheiten der Nationalen Volksarmee sowie die der Sowjetarmee dienten den Werktätigen, waren ihr Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen. Sie schützten auch, wie der 13. August 1961 gezeigt hatte, zuverlässig ihr Werk. An der Spitze des Rates des Bezirkes stand der antifaschistische Widerstandskämpfer Franz Peplinski. Vorsitzender des Bezirksausschusses der Nationalen Front war Dr. Otto Korfes, der als Generalmajor der faschistischen Wehrmacht in Stalingrad kapitulieren mußte und als Mitglied des NKFD und Mitbegründer des Bundes Deutscher Offiziere und nach seiner Rückkehr in die Heimat als führendes Mitglied der NDPD den Weg zur Mitgestaltung eines sozialistischen Deutschland fand. Oberbürgermeister wurde die ehemalige Konfektionsnäherin und im sozialistischen Jugendverband bewährte Funktionärin Brunhilde Hanke.

Von den 62 014 Berufstätigen im Jahre 1962 waren 22 848 außerhalb der materiellen Produktion beschäftigt. Darin zeigt sich die Spezifik der neuen sozialistischen Bezirksstadt mit ihrem hohen Anteil an Kultur und Bildungseinrichtungen. 53 275 Werktätige waren im sozialistischen Sektor, 701 in den seit 1956 entstandenen halbstaatlichen Betrieben und 8038 in privaten-, vorwiegend Handwerksbetrieben tätig. Ausdruck des Übergangs kapitalistischer Unternehmer zu sozialistischen Werktätigen war die Tatsache, daß die halbstaatlichen Betriebe in der Industrie 1962 bereits Leistungen in Höhe von

5 972 000 Mark und in der Bauindustrie von 2 462 000 Mark erreichten, während auf die private Industrie noch 8 432 000 Mark und die private Bauindustrie 1 802 000 Mark entfielen. Die ebenfalls in den zurückliegenden Jahren entstandenen Produktionsgenossenschaften des Handwerks erzeugten zu dieser Zeit für 14 Millionen Mark Werte und damit über 20 Prozent der Gesamtleistungen des Handwerks.

Das äußere Bild der Stadt wandelt sich

Die Entwicklung des Bauwesens in Potsdam und damit die Gestaltung des äußeren Bildes der Stadt spiegelt recht deutlich Vorstellungen, Wünsche und Möglichkeiten ihrer sozialistischen Erbauer wider. Im Rahmen des ersten Fünfjahrplans war das Baugeschehen vorwiegend geprägt durch einen bescheidenen Wohnungsbau, hauptsächlich im Babelsberger Industriegebiet, Bauten für das Bildungswesen und für medizinische Einrichtungen. Im Frühjahr 1955 begann der originalgetreue Wiederaufbau der zum Teil völlig zerstörten Barockhäuser in der Wilhelm-Staab-Straße. Nach dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958 wurden Möglichkeiten gesehen, bis 1961 alle größeren Kriegsschäden zu beseitigen, bis 1965 den Aufbau des zerstörten



Beim Aufbau des Stadtzentrums von Potsdam wurde liebevoll Altes und Neues harmonisch miteinander verbunden. Rückseiten (früher Höfe!) der rekonstruierten Häuser der Kietzstraße und Hochhäuser der Wilhelm-Külz-Straße bzw. Wall am Kiez

Stadtzentrums im wesentlichen zu beenden und das Wohnungsproblem durch den Neu- und Ausbau von 7000 Wohnungen einschließlich der entsprechenden Nachfolgeeinrichtungen zu lösen. Bedeutende Teile dieses Projekts wurden realisiert, aber die hochgesteckten Ziele konnten in der vorgesehenen Frist nicht erreicht werden. Diese waren aus dem raschen Aufschwung der Jahre 1954 bis 1959 abgeleitet, überstiegen aber die damaligen Möglichkeiten und wurden vor allem durch die sich rasch ändernden Klassenkampfbedingungen 1960/61 beeinträchtigt. Dennoch stieg die Zahl der neu geschaffenen Wohnungseinheiten in der Zeit von 1958 bis 1963 auf 3984, wohingegen 1946 bis 1957 nur 1728 Wohnungseinheiten neu gebaut werden konnten. Moderne und sehenswerte neue Wohnblöcke standen 1963 zwischen Heinrich-Rau-Allee und Alter Fahrt und in der Waldstadt I.
Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in den sechziger Jahren erfolgte dann zur Gestaltung der nationalen Volkswirtschaft der DDR auf der Grundlage eines hohen Standes von Wissenschaft und Technik im Bezirk Potsdam eine starke Konzentration des Bauwesens auf Industrie- und Wohngebiete im Raum Teltow, Ludwigsfelde, Brandenburg, Hennigsdorf und Premnitz. Potsdam mußte zurückstehen. Im Republiksmaßstab fiel die Entscheidung, zunächst den Aufbau der Stadtzentren von 5 Städten mit größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung als Potsdam zu fördern. So mußten Überlegungen zur Gestaltung des Stadtkerns zurückgestellt bzw. abgeändert werden. Sogar im Wohnungsbau waren Abstriche erforderlich. Konnten 1962 bereits 632 Neubauwohnungen übergeben werden, so waren es 1963 noch 550, 1964 nur 326 und 1965 gar 197.
Der wirtschaftliche Aufschwung im Verlaufe des Fünfjahrplans 1966–1970 führte dann dazu, daß die Partei- und Staatsführung der DDR Anfang 1968 Möglichkeiten sah, alle Bezirksstädte, besonders ihre Stadtkerne, beschleunigt aufzubauen. Dem lag zweifellos auch das Bestreben zugrunde, die sozialistische Heimat für ihre Menschen schöner und lebenswerter zu gestalten und damit dazu beizutragen, das sozialistische Nationalbewußtsein herauszubilden. Bei der Realisierung der anspruchsvollen Vorhaben, die die Stadtverordnetenversammlung am 24. Mai 1968 in ihrer städtebaulichen Konzeption festgelegt hatte, ergaben sich bereits Ende 1969 Schwierigkeiten. Die Mittel waren nach wie vor knapp bemessen und ein Jahr später zeigte sich im Republikmaßstab, daß wir mit diesen und anderen zusätzlichen Planvorhaben 1968/69 die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten überzogen hatten Dennoch kam es zu einem Aufschwung im Bauwesen der Stadt. Es wurden Gesellschaftsbauten im Zentrum der Stadt begonnen und im Wohnungsbau ging es allmählich wieder aufwärts. War 1966 mit 168 Neubauwohnungen der tiefste Stand errreicht, so waren es 1967 wieder 241, 1968 gar 707, 1969 allerdings infolge großer Planrückstände nur 334 aber 1970 durch Bewältigung der Rückstände von 1969 insgesamt 906 Neubauwohnungen.



Zu einem reizvollen Ensemble wurden die Neubauten an der Neustädter Havelbucht mit dem 1841/42 von Persius im Stil einer maurischen Moschee erbautem Wasserwerk Sanssouci verbunden

Die Konzeption für die Gestaltung der Stadt knüpfte an die Überlegungen der früheren Jahre an. Sie ging davon aus, die Stadt als politisches, ökonomisches und geistig-kulturelles Zentrum für den Raum Potsdam-Teltow und den ganzen Bezirk zu entwickeln. Besondere Beachtung erhielt die Festlegung: „Potsdam und Babelsberg städtebaulich und architektonisch zu vereinigen und damit die früher bewußt betriebene Abspaltung der Arbeiterstadt Nowawes endgültig zu überwinden."[3] Dabei ging es nicht nur um die Errichtung von Bauwerken im Zentrum der Stadt, sondern um ihre sinnvolle Einordnung in das Gesamtbild, die Zuordnung weiterer Baukomplexe um den Stadtkern herum und die Einfügung des Ganzen in die Havellandschaft, die Nutzung der Hügel, Seen und Auen.

Dieser Konzeption wurde in den siebziger und achtziger Jahren Rechnung getragen. Nach dem VIII. Parteitag der SED wurde eine neue Qualität im Bauwesen erreicht. Dazu trug bei die Orientierung auf eine engere Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der höhere Stellenwert der jetzt dem Wohnungsbau zugemessen wurde und zugleich die gewachsenen Mög-



Um das architektonische Gepräge der Stadt zu erhalten, werden die notwendigen Ersatzbauten in der Innenstadt in Anlehnung an die barocken Bürgerhäuser errichtet. Der Experimentalblock in der Gutenbergstraße (Aufnahme April 1984)

lichkeiten zur Realisierung der Bauvorhaben. Bedeutenden Anteil daran hatte die durch den Parteitag geförderte Aktivität der Arbeiterklasse und ein Aufschwung der Neuererbewegung.

Im Potsdamer Wohnungsbau zeigte sich dies besonders in der Anwendung der Erkenntnisse des Komplexbrigadiers vom Moskauer Häuserkombinat N. A. Slobin. Im September 1972 wurde nach Überwindung vieler Einwände erstmals in der DDR von einem Potsdamer Taktstraßenkollektiv ein Vertrag mit der Leitung des WBK Potsdam abgeschlossen, in dem das Kollektiv der Taktstraße 5 des WBK den Bau eines fünfgeschossigen Wohnblocks vom Setzen der ersten Platte bis zur schlüsselfertigen Übergabe in eigene Regie übernahm. In Rekordzeit von 51 Tagen stand der Block. Je Wohnung waren rund 30 Stunden Arbeitszeit eingespart, eine Qualitätsnote von 1,45 im Durchschnitt erreicht und die Materialkosten wesentlich verringert worden. Das Ergebnis war vor allem dadurch entstanden, daß die einzelnen Gewerke sich stärker füreinander und für den Bau verantwortlich fühlten und dabei mehrere Neuerervorschläge hervorgebracht und unmittelbar realisiert wurden. Der Taktstraße 5 folgte bald die 9, dann die 6, die

das erste 14geschossige Wohnhochhaus nach der Slobinmethode baute. Schließlich fanden diese Erfahrungen auf allen Potsdamer Baustellen Eingang und wurden auch von anderen Wohnungsbaukombinaten der DDR genutzt. 1971 entstanden 1243 Neubauwohnungen, 1972 waren es 1242, 1973 gar 1783. 1974 lag die Zahl nach Abschluß der Arbeit auf dem Kiewitt und an der Gluckstraße wieder etwas niedriger, bei 1431 um dann 1975 wieder 1619 zu erreichen.

Obwohl in der 2. Hälfte der siebziger Jahre die internationalen Bedingungen für die Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik schlechter geworden waren, konnte 1976 bis 1980 mit 8725 Neubauwohnungen das bereits imposante Ergebnis des vergangenen Fünfjahrplans mit mehr als 1000 Wohnungen überboten werden. Schön gestaltete Wohnkomplexe mit Schulen, Kaufhallen, Kinderkombinationen, Gaststätten und anderen Versorgungseinrichtungen entstanden am Kiewitt (1966–1973), in Potsdam-West (1971–1973), Zentrum-Ost (1972–1975), Stern (1974–1980), Waldstadt II (ab 1979) und entstehen gegenwärtig noch am Schlatz.

Zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR, am 7. Oktober 1979 bot sich das Zentrum der Stadt dem Betrachter bereits in neuer Gestalt. 1966 war das 1945 zerstörte ehemalige Rathaus neu errichtet und als Kulturhaus Hans Marchwitza der Öffentlichkeit übergeben worden. 1969 stand inmitten eines großen Baugeländes das Interhotel an der Langen Brücke. 1971 konnte die Schwimmhalle am Brauhausberg eingeweiht werden. Daneben befand sich seit dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution das von Potsdamer und Minsker Bauschaffenden und Künstlern entworfene, gebaute und ausgestattete Terrassenrestaurant „Minsk". Die Klement-Gottwald-Straße war 1976 bis Ende 1978 mit Hilfe von Bauarbeitern aus allen Kreisen des Bezirkes als Hauptgeschäftsstraße im Zentrum der Stadt rekonstruiert und zu einer Fußgängerzone umgestaltet worden. Im Oktober 1974 konnte die Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek des Bezirkes mit 120 Studienplätzen und einer Freihandbibliothek übergeben werden, und im September 1977 begann das neue Studienjahr des Instituts für Lehrerbildung in einem neuen Gebäude am Alten Markt. 1979 war auch die Nikolaikirche im Äußeren wieder voll aufgebaut. Vor ihr auf dem alten Marktplatz stand wie vor dem Luftangriff vom 14. April 1945 ein Obelisk aus rotem und weißem Marmor, jetzt allerdings nicht mehr mit den Bildnissen der preußischen Könige, sondern denen der bedeutenden Potsdamer Baumeister Gontard, Knobelsdorff, Persius und Schinkel. Vom Alten Markt weitete sich der Blick über die 1973 anläßlich der Weltfestspiele in Berlin von deutschen, sowjetischen und polnischen Jugendlichen neu gestalteten Freundschaftsinsel nach Zentrum Ost und Potsdam-Babelsberg. Dorthin war auch die Verbindung durch den zweiten Havelübergang, die 1981 fertiggestellte Humboldtbrücke, enger geworden.



Monument „Herz und Flamme der Revolution – Karl Liebknecht" von Theo Balden. Genosse Karl Schirdewan, Vorsitzender des Kreiskomitees Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, spricht zur Einweihung am 20. Dezember 1983

In den nachfolgenden Jahren entstand in der Wilhelm-Külz-Straße und um die Neustädter Havelbucht ein Ensemble, in dem es besonders gelang, die Zielstellung des IX. Parteitages der SED für das innerstädtische Bauen in Potsdam zu realisieren, „eine sinnvolle Verbindung der Neubauten, vor allem des Wohnungsbaus, mit der Restauration historisch wertvoller Bauwerke zu gewährleisten."[4]
Am Beginn dieser Magistrale befindet sich das Karl-Liebknecht-Forum mit der eindrucksvollen Plastik Theo Baldens „Karl-Liebknecht – Herz und Flamme der Revolution" und den farbigen Natursteinmosaiktafeln Kurt-Hermann Kühns. Dieser Platz verbindet in besonderer Weise Potsdamer Geschichte mit dem Geschehen der Gegenwart. Hier ist das Wirken Karl Liebknechts in dieser Stadt lebendig. Hier befinden sich der als Filmmuseum der DDR ausgestaltete nach den Plänen seines Erbauers Knobelsdorff restaurierte Marstall des königlichen Schlosses, die beiden vom gleichen Baumeister geschaffenen Bürgerhäuser am Eingang zur Wilhelm-Külz-Straße mit dem Klub der Arbeiterjugend „Spartakus" und dem Klub der Künstler und Architekten „Eduard Claudius", das 1949 im Beisein von Wilhelm Pieck eingeweihte, in vielen freiwilligen Arbeitsstunden von den Potsdamern geschaffene Ernst-Thälmann-Stadion.

Manifestation für den Frieden

Die Bürger hatten sich unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei eine neue Stadt geschaffen, in der sie ihr Leben sinnvoll gestalten konnten. Um dies Erreichte zu bewahren galt es angesichts einer Eskalation imperialistischer Rüstungspolitik Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre die Anstrengungen zur Friedenssicherung zu verstärken. Am 8. September 1980 bekundeten 180 000 Einwohner der Bezirksstadt und ihrer Umgebung gemeinsam mit Einheiten, Truppenteilen und Stäben der Staaten des Warschauer Vertrages in Anwesenheit der Partei- und Staatsführung der DDR zum Auftakt des Manövers „Waffenbrüderschaft" die über der Tribüne vor dem Brandenburger Tor in Deutsch und Russisch verkündete Losung: „Waffenbrüder – vereint für Frieden und Sozialismus – dem Feind keine Chance!"
Drei Jahre später, zu Pfingsten 1983, war Potsdam Gastgeber eines Friedenstreffens der Jugend sozialistischer Länder. Auf dem nunmehr schon traditionsreichen Platz der Nationen, der diesen Namen während der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 erworben hatte, endete eine gewaltige Friedensdemonstration. Vom Karl-Liebknecht-Forum ausgehend hatte sie sich durch die neugestaltete Wilhelm-Külz-Straße und die Leninallee bewegt. An ihrer Spitze schritten Erich Honecker und weitere Mit-



Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, an der Spitze des Friedensmarsches der Jugend sozialistischer Länder Pfingsten 1983 in Potsdam

glieder der Partei- und Staatsführung mit den Repräsentanten der Jugendorganisationen der sozialistischen Länder. Wie vor drei Jahren sprach Erich Honecker erneut auf dem Platz der Nationen. Auf dem Platz und in den Nebenstraßen standen dicht gedrängt 250 000 Teilnehmer des Treffens und Potsdamer Bürger. Junge FDJler in ihren Blauhemden kündeten in ihren Sprechchören „DDR – unser Vaterland!" Erich Honecker verwies darauf, daß Potsdam besonders eindringlich an die Lehren der Geschichte erinnert. Einst Zentrum des deutschen Militarismus und Symbol des Machtantritts des Faschismus, wurde Potsdam der Ort, an dem die Antihitlerkoalition den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zog. Die Teilnehmer des „Friedenstreffens der Jugend sozialistischer Länder" stimmten dem „Ruf an die Jugend der Welt" zu: „Vereinen wir unsere Kräfte, damit die Gefahr eines dritten, die Menschheit auslöschenden Weltkrieges für immer von den Völkern abgewendet wird! Schmieden wir die Aktionseinheit der fortschrittlichen Weltjugend für den Frieden! Wir sehen nicht tatenlos zu, daß unser Leben von endloser imperialistischer Hochrüstung überschattet wird. Wir sehen nicht tatenlos zu, daß der USA-Imperialismus und seine Verbündeten Feindschaft zwischen den Völkern säen und den gesellschaftlichen



Ein festliches Konzert und ein Höhenfeuerwerk am Schloß Sanssouci bildeten den unvergeßlichen Abschluß des Friedenstreffens der Jugend sozialistischer Länder am 22. Mai 1983

Fortschritt zurückzudrängen versuchen. Wir wollen, daß die Erde dem Menschen ein wohnliches Zuhause ist. Die Welt braucht keine neuen Nuklearwaffen, sondern Schritte zur Abrüstung, kein Wettrüsten, sondern Fortsetzung der Entspannung!"[6]

Anmerkungen:

1 Märkische Volksstimme, Potsdam, 5. 10. 1949

2 Ebenda, 10./11. 12. 1949

3 Stadtarchiv, Rat der Stadt Potsdam, 0.2.226–0.2.227.

4 Protokoll des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1976, S. 438.

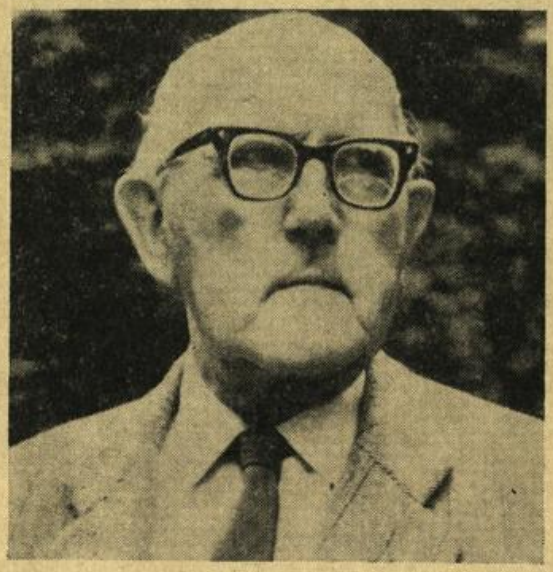
5 Märkische Volksstimme, Potsdam, 9. 9. 1980

6 Ebenda, 24. 5. 1983

Dr. Otto Korfes

Der Weg eines Generals zum Mitglied des NKFD und Kämpfer für deutsch-sowjetische Freundschaft

Von Helmut Lötzke, Sigrid Wegner-Korfes



Dr. Otto Korfes

Die Entwicklung von Generalmajor Dr. Otto Korfes zum Freund der Sowjetunion wurde vor allen Dingen durch das Erlebnis des zweiten Weltkrieges und der Schlacht um Stalingrad ausgelöst. Sie wurde ihm aber auch durch seinen vorherigen Lebensweg und die dabei erhaltenen Denkanstöße erleichtert. Otto Korfes wurde am 23. November 1889 als zweiter Sohn einer bildungsfreundlichen, humanistisch und sozial denkenden und materiell bescheiden lebenden Pfarrersfamilie geboren. 1901 zogen seine Eltern mit ihren inzwischen acht Kindern in das Pfarrhaus in Cattenstedt, einem Dorfe am Fuße des Harzes, über. Ihre fünf Söhne besuchten nun im nahe gelegenen Blankenburg das Gymnasium.

Von 1901 bis 1909 war Otto Korfes Schüler dieses Gymnasiums des kaiserlich-wilhelminischen Deutschlands. Doch der „Stumpfsinn" dieser „Penne" befriedigte ihn nicht, wie er in den letzten Jahren seiner Schulzeit seinem Tagebuch anvertraute. Wichtigere Impulse gab ihm neben dem Elternhaus ein außerschulischer, relativ demokratisch orientierter Literaturzirkel, der möglicherweise von der damals in dieser kleinen Harzstadt durch das frühe-

re Wirken von Wilhelm Pieck relativ starken Sozialdemokratie beeinflußt wurde.

Neben deutschen Schriftstellern, darunter Gerhard Hauptmann, Wilhelm Raabe und Theodor Fontane, las er damals auch viel russische Literatur, besonders Maxim Gorki und Leo Tolstoj. Diese Schriftsteller veranlaßten ihn dazu, über gesellschaftliche und soziale Probleme im allgemeinen und speziell auch im zaristischen Rußland nachzudenken. Seinem Tagebuch vertraute er damals folgendes an: „Ich versuche, das 19. Jahrhundert zu verstehen . . .“ Solche großen Geister „müssen kommen, entweder durch die Zeit oder für eine spätere Zeit hervorgebracht, genau so wie die sozialen Bewegungen unserer Zeit . . . kommen mußten; wenn man eben auf extrem materialistischem Standpunkt steht, so sind die ganzen Bestrebungen der Sozialisten gerechtfertigt.“[1] Am Ende seiner Schulzeit entstand in Otto Korfes der Wunsch, Literatur oder Geschichte zu studieren.

Doch dieser Studienwunsch und diese Geisteshaltung seines Sohnes stießen auf den heftigsten Widerstand bei Pastor Korfes und bewogen diesen dazu, sich energisch dafür einzusetzen, daß Otto Korfes vom Kommandeur des 3. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 66 die Laufbahn eines aktiven Offiziers ermöglicht wurde. Obwohl dieser Beruf nicht den Wünschen des jungen Korfes entsprach und er sehr unter dem Eingriff seines Vaters in seine eigenen Lebenspläne litt, fügte er sich schließlich doch. Noch 1952 erinnerte er sich in einem Brief an seine älteste Tochter an diese einschneidende Wendung seiner Berufspläne: „Ich hätte am liebsten Literatur und Geschichte studiert . . . Ich tat es schließlich nicht, weil die Aussicht eines Erwerbes – außer im Schulberufe – zu ungewiß war, und mein Vater noch mehr Söhne zu finanzieren hatte.“

Doch das Erlebnis des I. Weltkrieges und das Inferno an der Westfront stießen den jungen Leutnant Korfes wieder von seinem ihm aufgezwungenen Berufe ab. In Briefen von der Front an Eltern und Geschwister schilderte er seine Erlebnisse „in diesem schrecklichen Kriege“, der ihn „wie ein Kind zum ersten Mal seit vielen Jahren“ zum Weinen brachte. Die Eindrücke des Leutnants Korfes aus dem I. Weltkrieg hat später Bernhard Kellermann, mit dem Otto Korfes befreundet war, in seinem Roman „Der 9. November“ verarbeitet. Trotz seines Entsetzens über das Erlebnis des I. Weltkrieges blieb Otto Korfes jedoch, anders als zum Beispiel sein damaliger Regimentskamerad Erich Weinert, bis zum Ende des Krieges in den Traditionen des Kaiserlichen Deutschland und der imperialistischen Politik befangen. Doch als die Novemberrevolution ausbrach und der Krieg beendet wurde, und Otto Korfes im Januar 1919 von einer schweren Verwundung genesen war, kam endlich für ihn die Zeit, seine früheren Jugendpläne wenigstens annähernd in die Tat umzusetzen. Später schrieb er darüber: „Als ich dann mich selbst ernähren konnte, habe ich doch noch studiert – National-

ökonomie, Jura und Geschichte. Im ersten ... beschäftigte mich naturgemäß die damalige Gegenwart, der Zwang aber, sie zu verstehen, führte wieder zur Geschichte."[2]

Im Alter von nun schon fast dreißig Jahren begann Otto Korfes im Frühjahr 1919 sein Studium an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin und schloß es im Sommer 1922 mit der Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften bei Max Sering ab. Schon während dieser Studienjahre nahm bei ihm – sicherlich beeinflußt durch Wissenschaftler der Berliner Universität wie Otto Hoetzsch, Max Sering, Werner Sombart, Martin Hobohm u. a., bei denen er damals Vorlesungen hörte – das Interesse an der Wirtschafts- und Kriegsgeschichte Rußlands und anderer osteuropäischer Staaten, an den Veränderungen im jungen Sowjetstaat und an der Politik der Weimarer Republik gegenüber diesem 1917 entstandenen Staat zu. Das verstärkte sich, als er Archivrat in der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Reichsarchivs in Potsdam wurde. Mit dem Präsidenten des Reichsarchivs auf dem Brauhausberg, Generalmajor a. D. Hermann Mertz von Quirnheim, der 1929 sein Schwiegervater wurde, mit General Hans von Haeften (bis 1931 Leiter der Kriegsgeschichtlichen Abteilung, von 1931–1934 Präsident dieses Archivs), mit den Archivräten Dr. Wilhelm Dieckmann und Dr. Karl Ruppert verband ihn bald ein enges Vertrauensverhältnis. Otto Korfes kannte und billigte offensichtlich die Auffassungen dieser und anderer bürgerlicher bzw. konservativer und nationalistischer, doch im Bismarckschen Sinne realpolitisch denkender Männer über die Aufgaben der Außenpolitik der Weimarer Republik, nämlich, daß „eine besonnene Zurückhaltung Deutschlands ...und die behutsame Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ... der einzige Weg in die gesicherte Zukunft" Deutschlands war. Er verurteilte wie sie die extreme „nationalistische und revanchistische Hetze der Rechtsradikalen", begrüßte den Vertrag von Rapallo und billigte die Haltung des Generaloberſten von Seeckt zur Roten Armee".[3] Berichte deutscher Wissenschaftler über sowjetische Archive und Forschungsstätten und Kontakte zu sowjetischen Historikern und Offizieren, die damals die Bestände des Reichsarchivs benutzten, gaben Otto Korfes einen ersten Einblick in die sowjetische Geschichtsforschung und in die Entwicklung der Sowjetunion. Seine eigene Publikations- und Vortragstätigkeit u. a. auch im Rahmen der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in den folgenden Jahren zeigten sein wachsendes Interesse an der Entwicklung der östlichen Nachbarn Deutschlands und ihrer Geschichte und sein Eintreten für die Rapallopolitik.

Doch erkannte er damals den Charakter und die weltgeschichtliche Rolle der Oktoberrevolution noch nicht und war auch kein Freund des ersten sozialistischen Staates. Er blieb im bürgerlichen, militaristisch und nationalistisch geprägten Denken befangen, und seine Anschauungen unterschieden

sich nicht wesentlich von den damals im Reichsarchiv dominierenden. Auch seine aktive Tätigkeit im Stahlhelm bewies dies.

Ende September 1937 verließ Otto Korfes das Reichsarchiv und Potsdam und wurde als aktiver Offizier, als Major, nach Magdeburg versetzt, wo er Kommandeur eines Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 66 wurde. Zu dieser Zeit war seine anfängliche kurze Faszinierung von den ersten sozialpolitischen Maßnahmen der faschistischen Machthaber längst abgeklungen. An ihre Stelle waren starke Zweifel des Pastorensohnes an der Richtigkeit, vor allem der Kirchenpolitik Hitlers, an der auch im Reichsarchiv einsetzenden, von ihm kategorisch abgelehnten Judenverfolgungen, an der Diskriminierung anderer Völker und Rassen, an der faschistischen Kulturpolitik und am Revanchismus der Faschisten getreten. Familienangehörigen und engsten Freunden gegenüber begründete Otto Korfes seinen Eintritt in das faschistische Heer damit, sich auf diese Weise dem auch im Reichsarchiv immer stärker werdenden ideologischen Druck durch die NSDAP entziehen zu können. Mit der Möglichkeit einer baldigen Entfesselung eines zweiten Weltkrieges durch die faschistischen deutschen Machthaber hat er damals nicht gerechnet, vor allem auch nicht mit einem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion.

Später schrieb er über das Verhältnis der meisten Offiziere der faschistischen Wehrmacht zur Sowjetunion vor 1941 folgendes: Sie hätten seit 1933 zwar eine antikommunistische und antisowjetische Haltung gehabt, doch die Stärke der Roten Armee sei ihnen seit deren Kämpfen im Bürgerkrieg und deren Siegen über die Interventen wohl bekannt gewesen. Die Vorstellung, daß das deutsche Heer einmal gegen die Rote Armee kämpfen müßte, lag der Masse des Offizierskorps vollkommen fern. Als die faschistische Politik das Verhältnis zur Sowjetunion verschlechterte und Hitler gegen den Kommunismus hetzte, fürchteten die vernünftigen, einsichtigen Deutschen, es könne aus dieser Hetze Feindschaft zur Sowjetunion und ein Krieg entstehen. „Sie fühlten sich daher von einem Alpdruck befreit, als im August 1939 zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Reiche ein Nichtangriffspakt abgeschlossen wurde. Daß der Pakt von Hitler nicht ehrlich gemeint war, wußten sie nicht."[4]

Auch Otto Korfes gehörte zu diesen „vernünftigen, einsichtigen Deutschen". Die Erfahrungen Napoleons in Rußland, der Verlauf und die Ergebnisse des I. Weltkrieges, das geistige Erbe deutscher Politiker – eines Clausewitz, eines Bismarck oder eines Rathenau – und seine eigenen militär-historischen Forschungen seit den zwanziger Jahren im Potsdamer Reichsarchiv waren die Grundlage für seine feste Überzeugung, daß ein Krieg Deutschlands gegen seinen starken östlichen Nachbarn, die Sowjetunion, mit einem völligen Fiasko für Deutschland enden und das Weiterbestehen eines starken einheitlichen imperialistischen deutschen Staates ernsthaft gefährden mußte. Er

gründete dieses Urteil im Jahre 1941, wie er später vor Angehörigen der Sowjetarmee erklärte, speziell „auf die allgemeinen politischen Umstände, auf die trotz der Erfolge im Westen nach wie vor gefährdete Lage Deutschlands, auf die Weiträumigkeit und die besonderen geographischen Eigenschaften des großen Landes und ... auf den bedrückenden Gedanken, man begebe sich mutwillig in die Gefahren eines Zweifrontenkrieges". Und während er sich an den Feldzügen Hitlerdeutschlands gegen Polen und Frankreich offensichtlich ohne größere innere Konflikte beteiligt hatte, gab der vertragsbrüchige Überfall der faschistischen deutschen Armee auf die UdSSR ihm somit offensichtlich den ersten Anstoß dazu, ernsthaft über den von Deutschland entfesselten II. Weltkrieg nachzudenken. Doch obwohl er früher als andere Offiziere der Truppe von den Plänen Hitlers der Sowjetunion gegenüber informiert wurde und länger als andere Gelegenheit dazu hatte, über seine eigene Rolle dabei nachzudenken, kündigte er 1941 wie fast das gesamte deutsche Offizierkorps dem Faschismus den Gehorsam nicht auf. Zu dieser Entscheidung brauchte auch er noch fast zwei Jahre bitterster Erfahrungen – eine Tatsache, die ihn bis ans Ende seines Lebens selbst stark belastete.

Otto Korfes besuchte am 3. Januar 1941 seinen Schwager, Oberst Albrecht Mertz von Quirnheim, der damals ebenso wie dessen Freund, Oberst Graf Claus Schenk von Stauffenberg, Stabsoffizier in der Organisationsabteilung des Generalstabes war, im Generalstab in Zossen. Dort erfuhr er während eines Gesprächs mit einem Generalmajor und drei anderen Generalstabsoffizieren, daß die faschistische Heeresführung den Plan habe und bereits vorbereite, im Sommer des gleichen Jahres die Sowjetunion zu überfallen. Er trat entschieden gegen ein solches Vorhaben auf und begründete seine Haltung damit, daß Deutschland diesen Krieg dann verlieren würde. Doch der General war der festen Überzeugung, daß Hitler auch in diesem Fall den Krieg gewinnen könne.[6]

Drei Monate später lag Otto Korfes, zum Oberst befördert, mit seiner Einheit, dem Infanterie-Regiment 66, 40–60 km vor der sowjetischen Grenze in Polen. Einige Tage vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion hatte er mit Karl Heinrich von Stülpnagel, damals Oberbefehlshaber der 17. Armee an der Ostfront – später wegen seiner Beteiligung am Attentat gegen Hitler am 20. Juli 1944 hingerichtet – ein Gespräch. Beide verurteilten dieses Vorhaben und waren sich einig darin, daß Deutschland mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion in sein Verderben rannte. Stülpnagel erklärte, als sie erwogen, im letzten Augenblick noch den Überfall zu verhindern: „Nachdem wir uns so eng mit dem Handeln Hitlers verstrickt haben, ist es dazu leider zu spät."[7]

So blieben diese und andere ihnen gleichgesinnte Offiziere trotz ihrer Zweifel und ihrer Gewissensnot weiterhin aktiv im faschistischen Militärapparat

und trugen, wie Otto Korfes 1949 an Anton Ackermann schrieb, einen weiteren wesentlichen Teil zu der Schädigung des Klanges des deutschen Namens bei . . ." Obwohl sie sich von den ersten Tagen des Überfalls auf die Sowjetunion an davon überzeugen mußten, daß die sowjetischen Truppen entgegen der Behauptungen der faschistischen Propaganda, sich nicht auf einen Angriffskrieg gegen Deutschland vorbereitet hatten und daß sich die Rote Armee, überrascht von dem hinterhältigen Überfall, mit vorbildlicher Kampfmoral und unter größten Opfern gegen die deutschen Eindringlinge verteidigte, führten sie, den Befehlen der Hitlerschen Heeresführung ergeben, ihre Truppen weiter bis ins Innere der Sowjetunion vor. Sie versagten dem „Führer" den Gehorsam auch nicht, obwohl sie die faschistischen Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung, vor allem an Juden, und an sowjetischen Kriegsgefangenen entsetzte. Und wenn Otto Korfes diesen Verbrechen in seinem Wirkungsbereich soweit dies möglich war entgegentrat so erfüllte er doch weiterhin aktiv seine militärische „Pflicht" und drang mit seiner Division schließlich als einer der Ersten bis an die Wolga vor. Doch hier sollte er endlich zum Stillstand und zur Besinnung gebracht werden.

Am Inferno der Kesselschlacht um Stalingrad haben hunderttausende deutsche Männer teilgenommen und die meisten von ihnen verloren hier ihr Leben. Für viele, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft kamen, darunter auch für zahlreiche Offiziere, wurde dieses Erlebnis zum Wendepunkt ihres weiteren Lebens. Zu diesen gehörte auch Otto Korfes, Kommandeur der 295. Infanterie-Division, der inzwischen zum Generalmajor befördert worden war.

Verantwortungsbewußt denkenden Angehörigen der Führung der 6. Armee konnte der verbrecherische Charakter der faschistischen deutschen Kriegsführung während dieser Kesselschlacht nicht mehr verborgen bleiben. Hitler lehnte die Vorschläge von Generalfeldmarschall Paulus, aus dem Kessel auszubrechen, ab, verbot der 6. Armee, sich zu ergeben und befahl ihr, „bis zum letzten Mann zu kämpfen". Damit verurteilte er mehr als hunderttausend unschuldige deutsche und sowjetische Menschen zum Tode. Trotz seiner ablehnenden Haltung zu diesen Befehlen Hitlers, blieb auch Otto Korfes der militärischen Disziplin ergeben. Doch es war für ihn ein grausames Erlebnis, mitschuldig daran zu werden, daß von der von ihm geleiteten Division, die vor Beginn dieser Schlacht noch 12.000 Mann stark gewesen war, Ende Januar 1943 nur noch 3.000 am Leben geblieben waren, daß von den 235.000 Angehörigen der 6. Armee am Ende der Stalingrader Schlacht nur noch 90.000 in sowjetische Gefangenschaft kamen und daß im Kessel von Stalingrad auch viele sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten starben. Und dieses Erlebnis verfolgte ihn bis ans Ende seines Lebens. In einer seiner ersten Reden über den Sender „Freies Deutschland" des NKFD sagte er zum Beispiel dazu: „Noch heute, nach dem Abstand eines Jahres, kann ich nur

mit bedrücktem Gewissen an das Inferno der letzten Wochen von Stalingrad denken. Manchmal wache ich von Traumbildern geschreckt aus dem Schlafe auf und sehe die Gestalten der Toten vor meinen Augen. Was wollen sie von mir? Wollen sie Antwort haben auf die Frage nach dem Sinn dieses Krieges, nach dem Recht, das sie in die eisigen Steppen gezwungen hat, nach den Beweggründen Adolf Hitlers und seiner Helfer, der Generale und Offiziere, denen sie gläubig vertrauend in die Stätte des Massentodes gefolgt sind? Ja, auch nach denen der Generale und Offiziere ... Die mit erfrorenen Gliedern dahinschleichenden Kranken, die unzähligen Verwundeten und wie vor Hunger und trüben Gedanken geplagten Kämpfer fragten, wie das enden werde und Was sie tun sollten. Die Generale*mußten* das doch wissen! Unsere kurze und verschlossene Antwort lautet: „Kämpfen"...[8]

Otto Kofres zog als einer der ersten Generäle der 6. Armee aus diesem Erlebnis schließlich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft die richtigen Schlußfolgerungen. Doch dies war noch ein komplizierter Prozeß, den er allein auf sich gestellt wohl kaum mit diesem Ergebnis abgeschlossen hätte. Vor allen Dingen sowjetische und deutsche Kommunisten und Antifaschisten halfen ihm dabei, während des quälenden Durchdenken der letzten Kriegsjahre und besonders der Schlacht von Stalingrad und seiner eigenen Rolle während dieses Geschehens allmählich die richtige Antwort zu finden, aus seinen eigenen Kenntnissen der Geschichte endlich die entsprechenden Handlungen für sein weiteres Leben abzuleiten.

Schon im Kessel von Stalingrad hatte Otto Korfes auf einem letzten Gefechtsstand den Lautsprecher der sowjetischen Seite hören können, über den sich deutsche Kommunisten in deutscher Sprache an ihre eingekesselten Landsleute wandten. In mancher Nacht hörte er Erich Weinerts Stimme, die Stimme seines Regimentskameraden aus dem I. Weltkrieg, von dem er wußte, daß er ein „aufrichtiger ehrlicher Mann und ein weitsichtiger Politiker war, der als Kommunist mutig gegen den Faschismus gekämpft hatte."[9] Otto Korfes konnte damals noch nicht ahnen, welche Rolle Erich Weinert schon von den nächsten Monaten an in seinem Leben spielen und daß ihn mit ihm bis zum Tode Weinerts 1953 eine feste Freundschaft verbinden sollte.

Am 31. Januar 1943 führte W. I. Tschuikow, Oberbefehlshaber der 62. Armee, ein Gespräch mit einigen an diesem Tag gefangen genommenen deutschen Generälen, unter denen sich auch Otto Korfes befand. Der sowjetische General erklärte ihnen, daß es ihre Pflicht gewesen wäre, Hitler, der Deutschland in den Untergang stürzte, den Gehorsam zu verweigern.

Otto Korfes konnte sich „dem Eindruck der Worte des Siegers nicht entziehen". „Noch wehrte ich mich gegen die Wahrheiten, die auf mich eindrangen. Aber ich mußte mir eingestehen, daß irgend etwas in unserem Denken

Dr. Otto Korfes als Bevollmächtigter des Nationalkomitees „Freies Deutschland" an der Front des Kessels von Korsun-Schewtschenkowski im Gespräch mit kriegsgefangenen deutschen Soldaten. Am Tisch sitzend General der Artillerie Walther von Seydlitz

und Handeln falsch gewesen war und daß wir so wie bisher nicht weiterleben durften."[10]

Diesem ersten Gespräch mit einem Vertreter der sowjetischen Seite folgten in den Kriegsgefangenenlagern in Krasnogorsk, Suzdal und Woikowo, in denen die Generäle untergebracht wurden, viele andere sowohl mit den Vertretern der Lagerleitungen als auch mit sowjetischen Gästen. Besonders freudig überraschte Otto Korfes wie andere der ihm Gleichgesinnten, die Aufnahme, „die wir bei den vom Faschismus aus Deutschland vertriebenen deutschen Landsleuten und insbesondere auch bei den deutschen Kommunisten fanden. Sie hatten uns voraus die politische Erfahrung, sie waren durch ein hartes Schicksal geprüft, einige hatten in Spanien gekämpft, alle aber waren vom Tode bedroht gewesen."[11] Diese Begegnung war entscheidend und übte den größten Einfluß auf den Umdenkungsprozeß bei Otto Korfes aus. Zu ihnen gehörte Wilhelm Pieck, der in Suzdal im Frühsommer 1943 auch mit ihm sprach und „schnell durch sein ehrliches, offenes Wesen und durch die ernste Sorge, die er sich um Deutschland machte, wie durch seinen echten Patriotismus Vertrauen und Ansehen erwarb.[12] Zu ihnen gehörten Johannes R. Becher, Erich Weinert, Walter Ulbricht, Friedrich Wolf, Wolf Stern und viele andere.

Die Gespräche mit diesen und anderen deutschen Landsleuten und mit sowjetischen Offizieren, die regelmäßige Berichterstattung über den weiteren Kriegsverlauf, seine Pressestudien und die Diskussionen mit einigen anderen kriegsgefangenen Generälen, besonders mit von Seydlitz und Lattmann, lösten bei ihm folgende Gedankengänge aus: „Die psychologische Rückwirkung der grausamen Leiden bei der Verteidigung des Kessels, die Nutzlosigkeit der ungeheuren Opfer, der gemeine Mißbrauch übermenschlicher soldatischer Leistungen, der Bruch des Versprechens, den Kessel zu entsetzen, und die ganze Sinnlosigkeit dieser Schlacht empörte viele Gefangene aufs Äußerste.[13] „Die Frage nach dem Sinn dieses Geschehens" beschäftigte uns und forderte Antwort. Wir „waren zu der Überzeugung erzogen worden, daß Disziplin und Ehre verpflichten, Befehlen gehorsam Folge zu leisten, auch wenn man mit dem Inhalt des Befehls nicht einverstanden war. Die selbstquälerische Frage wurde heftig umstritten, ob wir in Stalingrad gehorchen durften . . . Eine Antwort darauf schien sich zu erübrigen, als die folgenden Ereignisse eindeutig bewiesen, daß die Niederlage von Stalingrad nur der Anfang der Niederlage der deutschen Wehrmacht gewesen war und daß Deutschland den Krieg gar nicht gewinnen konnte." Bald aber trat die Befürchtung auf, „daß nicht nur der Krieg verloren sein dürfte, sondern daß Deutschland und das deutsche Volk wie die 6. Armee zugrunde gehen würden, wenn nicht das Hitlersystem und seine starke Stütze, der Militarismus, entmachtet und der Krieg so schnell wie möglich beendet wird. . . Die alten Hitlergegner standen ihren Kameraden auf der Suche nach dem rech-

ten Wege bei und überzeugten sie, daß Deutschland nur gerettet werden könne, wenn den Feinden im *eigenen* Lande die Macht aus der Hand genommen würde." So kam Otto Korfes wie andere deutsche Offiziere und Soldaten zu der Erkenntnis, daß er als Kriegsgefangener nicht abwarten dürfe, „bis sich in Deutschland selbst die Hitlergegner erheben und die Fortsetzung des Krieges verhindern" würden, sondern „aus der Gefangenschaft heraus das deutsche Volk vor der furchtbaren Gefahr zu warnen und aufzurufen" hatte, „sein Geschick in die eigene Hand zu nehmen."[14]

Sowjetische und deutsche Kommunisten und Antifaschisten gaben Otto Korfes die Möglichkeit, diese Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Er gehörte zu den ersten drei Generälen, die sich am 11. und 12. September 1943 aktiv an der Gründung des „Bundes Deutscher Offiziere" beteiligte. Er wurde Mitglied des Vorstandes des Bundes, wenige Tage später in das Nationalkomitee „Freies Deutschland" aufgenommen und in den Geschäftsführenden Ausschuß des NKFD gewählt. Außerdem wurde er Vorsitzender der Fachgruppe Kultur des NKFD. Und von dieser Zeit an begann sein aktiver Kampf für den Sturz des Hitlerfaschismus, für die Beendigung des vom deutschen Faschismus entfesselten Völkermordens und für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen einem antimilitaristischen, demokratischen Deutschland und dem ersten sozialistischen Staat in der Welt. Dabei verhehlte er nicht, daß „für uns, die wir im bürgerlichen Denken groß geworden und in der militärischen Schule erzogen worden waren, . . . der Bruch mit allen Bindungen, die uns an die Wehrmacht und unsere Kameraden fesselten, einen tief einschneidenden Entschluß" darstellte[15] und war sich darüber klar, daß dieser Entschluß seine Familie in Deutschland, besonders seine Frau und seine fünf Töchter, in Gefahr bringen konnte. Doch seine Sorge und das weitere Schicksal der gesamten deutschen Nation war größer als diese Bedenken und bestimmte sein ganzes weiteres Handeln. Die mutige Entscheidung von Otto Korfes im September 1943 ist um so mehr hervorzuheben, als sich in dieser Zeit die meisten anderen deutschen Generäle in sowjetischer Gefangenschaft einem solchen Schritt kategorisch entgegenstellten und der größere Teil von ihnen, der sich später der Bewegung des NKFD anschloß, erst der weiteren katastrophalen Niederlage des faschistischen Heeres vor allem an der Ostfront sowie der Ereignisse des 20. Juli 1944 in Deutschland bedurfte, um sich zu dieser Entscheidung durchzuringen.

Otto Korfes' Tätigkeit im Rahmen des NKFD war sehr vielseitig. Die sowjetischen Dienststellen und seine Mitkämpfer im NKFD schufen ihm die Möglichkeit, intensive Literaturstudien zu betreiben – seine „zweite Universitätszeit" zu absolvieren. Er las Werke von Marx, Engels und Lenin, Veröffentlichungen deutscher und sowjetischer marxistischer sowie auch bürgerlicher Historiker und Kriegshistoriker und viele Romane der Weltlite-

ratur, darunter auch sowjetischer Schriftsteller. Er machte sich Aufzeichnungen aus fast allen Büchern, die er damals las, und ordnete sie nach den Problemkreisen, die ihn besonders beschäftigten. Diskussionen mit anderen Angehörigen des NKFD und sowjetischen Wissenschaftlern und Offizieren über das Gelesene halfen ihm dabei, seinen Umdenkungsprozeß zu vertiefen. Das gab ihm die Grundlage dazu, eine fundierte propagandistsche Arbeit im Rahmen des NKFD zu leisten.

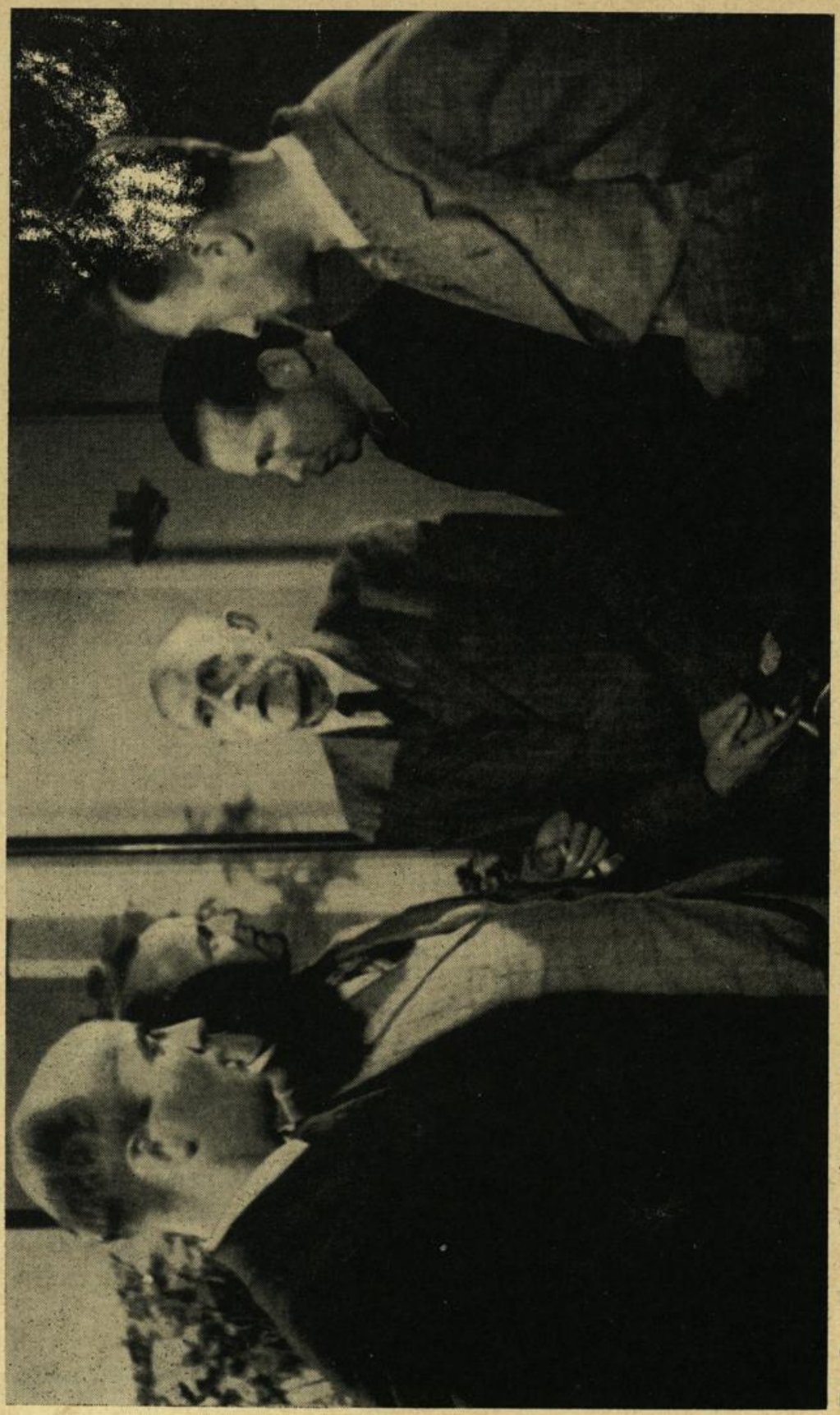
Otto Korfes schrieb zahlreiche Beiträge für die Zeitung „Freies Deutschland", die vom NKFD herausgegeben wurde. Er verfaßte Flugblätter und Aufrufe, die ebenso wie die Zeitungen „Freies Deutschland im Bild" hinter der Front abgeworfen wurden. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des NKFD fuhr er in Kriegsgefangenenlager, trat dor vtor ehemaligen deutschen Soldaten und Offizieren auf und nützte die Weihnachtstage des Jahres 1943 dazu aus, im Lager Woikowo andere kriegsgefangene Generäle für die Bewegung des NKFD zu gewinnen. Er nahm an Einsätzen des NKFD an der Front teil und sprach zum Beispiel zu seinen in Korsun eingekesselten Landsleuten. Auf den Plenarsitzungen des NKFD ergriff er mehrmals das Wort. Als Mitglied der Fachgruppe Kultur des NKFD widmete er sich der Ausarbeitung des Lehrplanes für Geschichte an den Schulen eines zukünftigen antifaschistischen Deutschland. Vor allen Dingen aber hielt er vom 11. November 1943 bis zum Juli 1945 über den Sender „Freies Deutschland" etwa 45 Reden an seine Landsleute in sowjetischer Gefangenschaft, an der Front und in Deutschland. In diesen Reden, die sich heute in seinem Nachlaß im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam befinden, stellte er sich ebenso wie in seinen Veröffentlichungen der faschistischen Ideologie und besonders der faschistischen Lügenpropaganda über die Sowjetunion entgegen, entlarvte die verbrecherische Kriegsführung Hitlerdeutschlands, analysierte den Kriegsverlauf besonders an der Ostfront und machte seine Hörer darauf aufmerksam, daß das faschistische Deutschland seiner totalen Niederlage entgegenging. Er stellte seinen eigenen Entwicklungsweg vom gehorsamen Werkzeug des faschistischen Militärapparats zum Mitkämpfer der Sowjetunion dar und ging in diesem Zusammenhang wiederholt auf den Lebensweg deutscher Patrioten, die während der Befreiungskriege gegen Napoleon dem preußischen König den Gehorsam verweigert und auf Seiten Rußlands gekämpft hatten, ein. In all diesen Reden versuchte er, seine Hörer zum Nachdenken über das weitere Schicksal Deutschlands und ihre eigene Rolle dabei zu bringen, rief sie wiederholt zum Kampf gegen den deutschen Faschismus und Militarismus und für die sofortige Beendigung aller Kriegshandlungen auf und versuchte, sie für den Aufbau eines friedliebenden demokratischen Deutschland zu gewinnen.

Und seine / Stimme wurde trotz aller Gegenmaßnahmen der hitlerschen Machthaber von seinen Landsleuten besonders in der Wehrmacht vernom-

men. Otto Korfes kann sogar mit vollem Recht das Verdienst zugesprochen werden, zu den deutschen Offizieren gehört zu haben, deren Appelle von den Patrioten des 20. Juli um Stauffenberg, die das Attentat gegen Hitler ausführten, erhört wurden. Albrecht Mertz von Quirnheim, ein enger Freund und Mitkämpfer Stauffenbergs, wußte von der Tätigkeit seines Schwagers Otto Korfes im Rahmen des NKFD, billigte diese und sah in ihr Vorbild und Ansporn für seinen eigenen Kampf gegen den Hitlerfaschismus und die sofortige Beendigung des Krieges, besonders gegen die Sowjetunion. Er wurde nach dem mißglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 in den späten Abendstunden gemeinsam mit Claus von Stauffenberg und Werner von Haeften, einem Sohn des zweiten Präsidenten des Potsdamer Reichsarchivs, in der Bendlerstraße Berlin erschossen. Und auch der Mann der einzigen Schwester der Frau von Korfes, Dr. Wilhelm Dieckmann, der bis zum 20. Juli 1944 im Reichsarchiv in Potsdam gearbeitet hatte, wußte von der Tätigkeit seines Freundes und Verwandten in der Sowjetunion und billigte sie. Er wurde Ende Juli 1944 verhaftet und für seine Verbindungen zu den Patrioten des 20. Juli und seine eigene antifaschistische Tätigkeit im Rahmen der bekennenden Kirche zum Tode verurteilt. Die Ehefrauen und Kinder von Korfes und Dieckmann und die Eltern und die Frau von Albrecht Mertz von Quirnheim wurden wegen der antifaschistischen Tätigkeit ihrer Familienangehörigen nach dem 20. Juli verfolgt, die Erwachsenen alle verhaftet. Otto Korfes' Frau, Gudrun, kehrte als einzige von ihnen erst nach dem Sturz des Hitlerfaschismus aus der Sippenhaft zu ihren fünf Kindern zurück. Sie beteiligte sich seit 1945 aktiv am Aufbau eines antifaschistischen Deutschlands.

Otto Korfes kam im Herbst 1948 in die Sowjetische Besatzungszone, nach Potsdam, zurück. Noch 16 Jahre seines Lebens war es ihm vergönnt, nun wieder auf heimatlichem Boden den von ihm 1945 eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Ab 15. Oktober 1948 übernahm er die Leitung des 1946 neugegründeten Zentralarchivs in Potsdam (des heutigen Zentralen Staatsarchivs). Hier erwarteten ihn komplizierte politische und fachliche Aufgaben und Probleme, die sich aus dem Aufbau des Zentralarchivs für eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung ergaben. Dabei waren auch, wie überall, als Folge des vom faschistischen Deutschland angezettelten Krieges enorme Alltagsschwierigkeiten im stark zerstörten Potsdam zu überwinden. Zielstrebig und tatkräftig packte Otto Korfes diese Aufgaben an und bewies in der Praxis seine in einem jahrelangen Prozeß gewonnene neue politische Haltung, seine Hartnäckigkeit und seinen Einfallsreichtum bei der Bewältigung der vielfältigen Probleme ebenso wie seine besondere Fähigkeit im Umgang mit Menschen und seine Menschenkenntnis.

Nach der Gründung der DDR und der Zuordnung des staatlichen Archivwesens in den Bereich des Ministeriums des Innern wurde Dr. Korfes mit



Dr. Otto Korfes (Mitte) während eines Heimkehrertreffens 1949

der Leitung der neugebildeten Hauptabteilung Archivwesen beauftragt. Diese verantwortliche Funktion, mit der er sich an die Spitze des Archivwesens der Republik gestellt sah, war einmal Ausdruck eines großen Vertrauens in seine Person, das er sich durch seine bisherige Entwicklung und Wirksamkeit erworben hatte. Zum anderen waren damit bedeutende Aufgaben von historischer Dimension verbunden. Es galt, die Basis für den Aufbau eines sozialistischen Archivwesens im Republikmaßstab zu schaffen, mit den dazu erforderlichen rechtlichen, organisatorischen, kadermäßigen und weiteren Voraussetzungen. Die gesellschaftliche Zielsetzung dieser Arbeit erkannte Otto Korfes klar. „Die Archive sollen aber nicht nur ordnen und sicher aufbewahren. Sie sollen auch geben", schrieb er in seinem Aufsatz zur Eröffnung der neuen Fachzeitschrift „Archivmitteilungen". „Sie müssen aus den wohlgeordneten Zeugnissen der Vergangenheit dem Kampf der Gegenwart die Hilfen zur Verfügung stellen, die ihn erleichtern und fördern können. Der in der politischen Arbeit stehende Archivar weiß, daß die Fülle des Inhalts unserer Bestände scharfe Waffen für den nationalen und sozialen Kampf zu liefern vermag, und er bedauert nur, daß diese Waffen nicht schon früher zur Verfügung gestanden haben."[16] Entsprechend dieser Forderung handelte er auch und gestaltete seine vielfältigen Leitungsaufgaben in den Jahren 1950–1952. Eine Vielzahl von Rechtsnormen, insbesondere die Verordnung des Ministerrats über das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juli 1950 bildete die Grundlage für den zügigen Aufbau eines einheitlich organisierten und zentral gelenkten staatlichen Archivwesens. Die Mehrzahl der damals begründeten Archivtypen besteht bis in die Gegenwart weiter. Für Potsdam, das u. a. auch eine Stadt der Archive ist, können hier beispielhaft genannt werden das Zentrale Staatsarchiv und das Staatsarchiv, das Stadt- und Kreisarchiv, Betriebs- und Verwaltungsarchive und Archive wissenschaftlicher Einrichtungen. Schon daran zeigt sich die umfassende Bereitstellung historischer Quellen durch die Organisation des Archivwesens für vielseitige Forschungen.

Die Auswertung des Archivgutes für vielfältige staatliche und gesellschaftliche Zwecke, vor allem für die aktuellen Fragestellungen der sich entwikkelnden marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung in der DDR, war für Dr. Otto Korfes als letztlicher Endzweck jeder archivarischen Tätigkeit ein ständiges Anliegen. Dabei engagierte er sich persönlich sehr stark für die Erforschung geschichtlicher Erfahrungen und Ursachen, die zur Herrschaft des Faschismus in Deutschland und zur Niederlage von 1945 geführt haben. Die Entlarvung des deutschen Imperialismus und seines faschistischen Stadiums mußte seiner Auffassung nach einher gehen mit der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der die Zukunft des deutschen Volkes bestimmenden Klasse und der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Hier traf er sich, auch in persönlichen Kontakten, mit

Prof. Dr. Leo Stern, Prof. Dr. Eduard Winter und sowjetischen Historikern. 1952 folgte Otto Korfes dem Ruf der bewaffneten Organe und war als Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei bis 1956 vor allem auch auf militärhistorischem Gebiet tätig. Die Militärgeschichte war naturgemäß eines seiner speziellen Arbeitsgebiete auch als Wissenschaftler. Beispielhaft hervorzuheben ist die gemeinsam mit Prof. Dr. Ernst Engelberg verfaßte Einführung in das bekannte Werk von Clausewitz, Vom Kriege.

Neben der beruflichen und wissenschaftlichen Arbeit stand seine hohe und vielseitige gesellschaftliche Aktivität, die ihm gerade auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen und Einsichten zu einer inneren Notwendigkeit geworden war.

Als Mitglied der National-Demokratischen Partei Deutschlands und auch des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wirkte er engagiert für die politische Erneuerung des deutschen Volkes und für den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, in der er die entscheidende Wende seines Lebens vollzogen hatte. Seine Tätigkeit im Nationalrat und vor allem als Vorsitzender des Bezirksausschusses Potsdam der Nationalen Front sowie als Abgeordneter des Bezirkstages Potsdam führte ihn mitten hinein in Zentren sozialistischer Demokratie, in denen er seine Fähigkeiten, sein umfassendes Wissen und seine ganze Lebenserfahrung zur Geltung bringen konnte. Das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte im Kampf um Frieden und Sozialismus war ihm ein echtes Anliegen. Im Jahre 1958 übernahm er auch den Vorsitz in der neuen Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, deren Wirken sich in dem seit 1958 herausgegebenen Mitteilungsblatt eindrucksvoll widerspiegelt.

Die Vielzahl der Aufgaben und Verpflichtungen füllte ihn ganz aus und verlangte seinen vollen Einsatz, trotz des eingeschränkten Gesundheitszustandes. Seine Leistungen haben wiederholt hohe Anerkennung gefunden. Die Vorgesehene Verleihung des Professorentitel zu seinem 75. Geburtstag konnte nicht mehr erfolgen, da er kurz vorher, am 24. August 1964 starb.

Damit erfüllte sich ein reiches und bewegtes Leben, das eng mit Potsdam und dem unterschiedlichen Charakter dieser Stadt vor und nach 1945 verbunden ist. Wer Otto Korfes noch persönlich gekannt hat, erinnert sich gern an seine beeindruckende und zugleich schlichte Persönlichkeit. Seine Lebensleistung hat eine historische Bedeutung erreicht und „sein Name bleibt für immer mit der Schaffung und den Erfolgen der Deutschen Demokratischen Republik verbunden."[17]

1 Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA Potsdam), Nachlaß Otto Korfes, Tagebuch 1907–1908. – Vgl. zu seinem Entwicklungsweg die Darstellung von S. Wegner-Korfes, Zur Biographie von Otto Korfes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1982, H. 1, S. 51 ff.

2 *O. Korfes* an seine Tochter Sigrid, 16. 1. 1952

3 *O. Korfes,* Väter und Söhne, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, 1962, H. 9. S. 5.

4 ZStA Potsdam, Nachlaß Otto Korfes, Manuskript eines Vortrages vor sowjetischen Militärangehörigen in Potsdam: Gedanken eines ehemaligen Generals der deutschen Wehrmacht zum Kriege des Faschismus gegen die Sowjetunion, S. 3 (2. Hälfte 1961)

5 Ebenda, S. 4

6 Vgl. Ebenda, S. 5

7 *O. Korfes,* Antikommunismus und politische Einsicht, in: Freiheit, 2. 5. 1962, S. 3

8 ZStA Potsdam, Nachlaß Otto Korfes, Rede über den Sender „Freies Deutschland" vom 14. 1. 1944 zum Thema: Die Unentschlossenheit. – Nur aus Erkennen wächst die Tat. S. 1 f.

9 *O. Korfes,* Die große Zäsur. Gedanken zum 20. Jahrestag der Stalingrader Schlacht, in: DDR in Wort und Bild, 1963, H. 2, S. 17

10 Ders., Mein Weg zur Deutschen Demokratischen Republik, in: Berliner Zeitung, 8. 4. 1962, S. 2; vgl. *W. I. Tschuikow,* Anfang des Weges, Berlin 1962, S. 315.

11 *O. Korfes,* Der Sieg des neuen Denkens, in: Leipziger Volkszeitung, 12. 6. 1961.

12 *Ders.,* Zum Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland", in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945, Berlin 1958, S. 237

13 *Ders.,* Stalingrad – die große Wende, in: Deutscher Dienst, Nr. 3, 1958, S. 3

14 *Ders.,* Der Sieg des neuen Denkens, a. a. O.

15 Ebenda

16 *Otto Korfes,* Unsere Aufgaben, in: Archivmitteilungen (1951) 1, S. 1

17 Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, an Frau Korfes vom 26. August 1964, in: Mitteilungsblatt a. a. O., S. 10

Die sozialistische Umgestaltung des Havelländischen Obstanbaugebietes

Von Rüdiger Beetz

Anfang 1960 war im Bezirk Potsdam die durchgehende Vergenossenschaftlichung in der Landwirtschaft durchgesetzt worden. Nicht so im Havelländischen Obstanbaugebiet (im folgenden HOG). Hier erwies sich die sozialistische Umgestaltung als besonders schwierig. Die Entwicklung der Produktivkräfte war im Obstbau vergleichsweise zurückgeblieben, die Produktion war äußerst zersplittert, und der imperialistische Gegner hatte einen sehr starken Einfluß. Die sozialistische Entwicklung des HOG erbrachte – 1956 begonnen – erst ab 1960 entscheidende Fortschritte und konnte dann in relativ kurzer Zeit zum Siege geführt werden, im wesentlichen bis Anfang 1963. Das wurde erreicht durch eine Konzentration der gesamten Bezirksparteiorganisation der SED auf die Durchsetzung des Sozialismus im Obstbau an der Havel.

Der Entwicklungsstand der Obstproduktion im Havelland vor der Umgestaltung

Zu Beginn der 60er Jahre war das Bild des Obstanbaugebietes um Potsdam und Werder noch ein völlig anderes als etwa heute. Damals beruhte der Obstbau an der Havel auf kleinen Familienbetrieben und war somit äußerst zersplittert. Es wurde noch fast alles mit der Hand, mit der Schuffel „auf barbarische Weise intensiv“[1] bearbeitet. So betrugen die Selbstkosten für 1 dz Obst 1958 im HOG 40,00 DM bei individueller Wirtschaft, im sozialistischen Großbetrieb mit Maschineneinsatz hingegen 12,00 bis 15,00 DM.[2] In den Zwergbetrieben war ein Maschineneinsatz praktisch unmöglich. Dabei ist zu beachten, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Obstbau insgesamt bei weitem noch nicht so weit fortgeschritten war wie etwa in der landwirtschaftlichen Feldwirtschaft. Maschineneinsatz war bis dahin nur möglich beim Hacken, Spritzen, Stäuben, Düngen und bei Pflegearbeiten, und auch dabei ist dies mit heute üblichen Methoden nicht zu vergleichen. Im Prinzip gab es anfangs nur Traktoren, und auch die mußten größtenteils teuer importiert werden.

Insgesamt waren hier keinerlei Voraussetzungen gegeben, die von der 8. Tagung des SED Zentralkomitees im Frühjahr 1960 geforderten 50 % Ertragssteigerung und die Umgestaltung in einen Produktionsgürtel zur Versorgung des Industriezentrums Berlin und der bezirklichen Industriezentren zu sichern.[3)]

Dazu trug auch bei, daß die politische Massenarbeit der SED hier auf besondere Schwierigkeiten stieß, die dieses Gebiet 1960 zu einem politischen Schwerpunkt werden ließen. Das hatte Ursachen, die vor allem historisch bedingt waren. Einmal wirkte vielerorts nach, daß in der Zeit der Weimarer Republik vor allem im Gebiet um Glindow sog. Zwölfender – aus der Reichswehr entlassene längerdienende Soldaten – angesiedelt worden waren. Zum anderen hatten die Obstbauern traditionell gute Handelsbeziehungen zu Berlin, dessen Obst- und Gemüseversorgung schon jahrzehntelang ihre Aufgabe war. Das betraf wegen der günstigen Verkehrswege vor allem den Westteil Berlins. Die westlichen Manipulationen mit unserer Währung ließen diesen Handelsweg noch verlockender erscheinen, so daß ein großer Teil der Erzeugnisse für die Versorgung der DDR-Bevölkerung verlorenging. Das bedeutete aber auch, daß viele Obstbauern günstige Bedingungen für ihren Warenabsatz hatten und in keiner Weise vor der Notwendigkeit standen, genossenschaftlich zu arbeiten, denn die objektiven Bedingungen für eine solche Entwicklung traten für sie – durch die offene Grenze und den manipulierten Wechselkurs begünstigt – in den Hintergrund. Hier wird schon ein weiterer hemmender Einfluß deutlich: Über diese Beziehungen zu Westberlin und durch die geographische Lage der Kreise, die das HOG erfaßt, hatte der Gegner hier außerordentlich günstige Einflußmöglichkeiten, die er auch nach Kräften nutzte. So wurde am Bodensee eine Siedlung Neu-Glindow angelegt, in der republikflüchtige Glindower Obstgärtner angesiedelt werden sollten oder man benutzte die Westkonten vieler Obstbauern, um sie damit zu erpressen und zum Verlassen der DDR zu zwingen.[4)]

Das größte Hemmnis aber war die sehr starke Zersplitterung der Produktion, wie die folgende Statistik für die Mitte der 50er Jahre zeigt:[5)]

Größengruppen (ha)	Anzahl der Betriebe	Anteil in %	Gesamtfläche (ha)	Anteil in %
0,07–0,10	224	4,5	19	0,5
0,10–0,20	526	10,6	82	2,2
0,20–0,50	1524	30,8	557	13,6
0,50–1,00	1321	26,7	975	24,2
über 1,00	1355	27,4	2394	59,5
	4950	100,0	4027	100,0

Die Durchschnittsgröße der Obstbaubetriebe betrug z. B. in Glindow 1,57 ha, in Werder 2,02 und in Caputh 0,98 ha.[6]
Diese Schwierigkeiten waren also viel gravierender als etwa in der Landwirtschaft. Hier mußte es viel schwieriger sein, große Flächen zu schaffen, um auch moderne Technik einsetzen zu können; auch konnten die Flächen nicht so ohne weiteres zusammengelegt werden.

Der Beginn der genossenschaftlichen Arbeit in der gärtnerischen Produktion

Seit März 1956 arbeitete die SED an der Schaffung von Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften (GPG) im Havelland. Grundlage für eine systematische Arbeit wurde das „Programm zur sozialistischen Umgestaltung des Obstbaues und der Steigerung der Erträge im Obst- und Gemüsebau des Kreises Potsdam", das die Kreisdelegiertenkonferenz der SED am 27. April



In der LPG Bochow, Kreis Potsdam-Land, galt es, eine Obstplantage anzulegen. Jungen und Mädchen pflanzten an einem Tag unter fachmännischer Anleitung 1500 Obstbäume. Die Kosten für die Bäume, 5600 DM, wurden von den FDJ-Grundeinheiten und den Jungen Pionieren des Bezirkes aufgebracht.

Mit Musik und Gesang zogen die Jugendfreunde aus Potsdam und anderen Städten und Dörfern hinaus. An ihrer Spitze der 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ, Genosse Fred Müller, und der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam-Land, Genosse Franz Rentmeister.

Bild und Text dieses Dokumentes sind der Illustrierten Zeitschrift „Unser Obstgarten im Havelland" entnommen, die der Bezirksausschuß der Nationalen Front 1959 herausgab

1958 verabschiedete. Schnelle Erfolge konnten aber zunächst nicht erzielt werden, nicht zuletzt wegen der massiven Einflußnahme des Gegners, aber auch, weil sich die Kräfte der Partei und der Staatsorgane zunächst vorrangig auf die Vergenossenschaftlichung in der Landwirtschaft, auf die LPG konzentrierten, was von deren ökonomischer Bedeutung her völlig gerechtfertigt und notwendig war.

Zur Schaffung der materiell-technischen Basis für eine Großproduktion wurde 1958 in Glindow eine Spezial-MTS für den Obstbau geschaffen, der sich besonders die FDJ annahm. Damit war nicht nur ein Maschinenpark in den Anfängen da, sondern auch ein Stützpunkt der Arbeiterklasse, mit dem der gesamte Prozeß geführt werden konnte. Die Einsatzmöglichkeiten der Maschinen waren aber noch im März 1960 sehr beschränkt, denn es gab zu diesem Zeitpunkt (als die Landwirtschaft vollgenossenschaftlich war) im HOG erst 20 GPG.[7] Es war auch ersichtlich, daß es nicht möglich sein würde, durchgehende sozialistische Produktionsverhältnisse schnell zu verwirklichen. Dem standen noch zu viele ideologische Vorbehalte der meisten Obstbauern entgegen, zum Beispiel das Argument von der angeblichen Obstbaumüdigkeit des Havellandes, d. h., daß die neugepflanzten Bäume kaum noch wachsen könnten aufgrund wachstumshemmender Wurzelausscheidungen. Das war aber falsch, da gerade durch die Sandböden und die Zusatzbewässerung eine ständige Auswaschung gegeben war. Die „Müdigkeit" rührte von einem akuten Humusmangel her. Den zu beheben waren gute Möglichkeiten vorhanden. Anstatt des Stalldungs aus den Potsdamer Kavalleriekasernen von einst, konnte man jetzt übergehen zur Nutzung von Schweinemist, zur Kompostierung der Sommerabfälle in Verbindung mit Stalldung, zur Nutzung von Torfmull, Seeschlick u. a. organischer Substanzen.[8]

Das Politbüro des ZK der SED bildete für die sozialistische Umgestaltung des Obstbaus einen Operativstab, der am 6. 5. 1960 neue Festlegungen für eine wirksamere massenpolitische Arbeit traf,[9] die dann auch im Verlaufe der nächsten Zeit erste Erfolge erbrachten. Danach kam es vor allem darauf an, den Obstbauern eine klare Perspektive zu zeigen – besonders durch die schon vorhandenen Genossenschaften – und kadermäßige Voraussetzungen zu schaffen, die einen Erfolg garantierten. Dazu kamen Fachkräfte auch aus anderen Bezirken ins HOG. Desweiteren wurde eine Arbeitsgruppe aus Genossen des Zentralkomitees, wissenschaftlichen Mitarbeitern und erfahrenen Obstbauern gebildet, die sofort Musterstatuten, ein Kaderprogramm, wichtige Sofortmaßnahmen und Verbesserungen der ideologischen, kulturellen und staatlichen Leitungsarbeit ausarbeiten sollte.[10] Die leitenden Genossen des Bezirkes Potsdam nutzten zudem viele Möglichkeiten, um über die Presse oder direkt mit den Bauern ins Gespräch zu kommen.[11] Erreicht wurde, daß bis zum 25. 4. 1960 im Bezirk 67 GPG bestanden, 33 davon im

Kreis Potsdam-Land.[12] Die Gemeinde Geltow war sogar schon vollgenossenschaftlich und konnte bis Mitte Juni als Beispiel schon Technik von der MTS übernehmen.[13]

Von großer politischer Bedeutung war das von den Bezirksparteifunktionären mit ausgearbeitete, von den Obstbauern breit diskutierte und von der DDR-Regierung bestätigte Musterstatut nach dem Vorbild aus der Landwirtschaft. Weiterhin wurde durch Diskussionen mit dem Genossen Kurt Seibt, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, und durch einen Offenen Brief des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Genossen Herbert Rutschke, an die Obstbauern vom 13. Mai 1960[14] eine verbreitete Unsicherheit unter den Werktätigen beseitigt und eine Basis für Vertrauen geschaffen. Dabei ging es um die Garantie einer individuellen Hauswirtschaft und eines Monatsmindesteinkommens von 600,00 DM. Diskutiert wurde auch um das neue Musterstatut (das mit dem Typ I der LPG vergleichbar ist), das eine große individuelle Wirtschaft vorsah.

Trotzdem waren zunächst kaum große Fortschritte zu erkennen, denn noch war mit vielen hemmenden oder feindlichen Einflüssen zu kämpfen. Gegnerische Elemente versuchten, die bestehenden Genossenschaften durch Austritte von Mitgliedern zu schwächen. In vielen Fällen machten die Obstbauern nach gründlicher Aussprache einen solchen Schritt wieder rückgängig. Es war aber nicht zu übersehen, daß sich gegnerische Aktivitäten mehrten. Starke Austrittsbewegungen gab es in Werder, Glindow, Ferch und Bliesendorf; im letzteren Ort verließen an einem Tag 46 Personen die Genossenschaft. In Göhlsdorf verhinderte der Pfarrer lange Zeit jede Aussprache, indem er immer zur gleichen Zeit eine Versammlung der Männer ansetzte.[15] Ebenso gab es in Glindow keine Bereitschaft zu Aussprachen und so auch keine GPG.[16] Deshalb wurde im Juli ein politischer Kampfstab für das HOG unter der Führung des 1. Kreissekretärs der SED von Potsdam-Land, Genossen Franz Rentmeister, gebildet, und ab 4. 7. arbeitete eine Gruppe von 30 Genossen aus bezirklichen Institutionen für längere Zeit in diesem Gebiet. Bald war deutlich zu sehen, welchen Wert ein starker Parteieinfluß hatte, denn in GPG, die eine Parteiorganisation der SED hatten, gab es keine Austritte.

Im Sommer konnten dann die ersten wesentlichen Fortschritte erreicht werden. Bis Mitte August wurden (seit Anfang Juli) 134 Obstbauern neu für die Genossenschaften gewonnen und 8 neue GPG gegründet: 2 in Ferch, 4 in Werder, je eine in Bliesendorf und Göhlsdorf. Damit waren vor allem in den beiden letztgenannten Orten feindliche Einflüsse zurückgedrängt worden. Mitte August bestanden 13 GPG Typ III (davon 8 mit SED-Parteiorganisation) und 11 GPG Typ I (eine mit SED-Parteiorganisation.)[17] Allein, von einem generellen Aufschwung konnte dabei noch nicht gesprochen werden. Noch gab es starke Austrittsbewegungen und auch Republik-

fluchten von Obstbauern. In vielen Genossenschaften gab es zudem große Schwierigkeiten bei der Organisierung der Gemeinschaftsarbeit, was aber bei den objektiven ökonomischen und natürlichen Gegebenheiten nicht unnormal war, denn ein Wandel der Arbeitsweise war hier langwieriger als in der Landwirtschaft.

Durch einen erneuten Einsatz von 84 Agitatoren bis Ende August kam es zu Versammlungen mit den Obstbauern in vielen Orten, so in Glindow, Ferch, Werder und Caputh sowie zu einer Ortsparteiaktivtagung in Werder. Dabei gingen die Partei- und Staatsorgane auf manchen berechtigten kritischen Hinweis der Werktätigen ein und organisierte vor allem den schnellen und möglichst verlustlosen Aufkauf der Rekordernte 1960, nachdem es dabei ernste Schwierigkeiten gegeben hatte. [18]

Ende September standen noch ca. 1400 Obstbauern abseits, etwa 1100 gehörten einer GPG an.[19] Hinzu kamen noch Obstbauern in allen Gemeinden des HOG, die Mitglied einer LPG waren. Damit waren seit dem Frühjahr 1960 schon 29 GPG gebildet worden, so daß es jetzt in jeder Obstbaugemeinde mindestens eine Genossenschaft gab.[20] Diese Erfolge wurden errungen gegen alte, überkommene und überholte Denkgewohnheiten, aber auch gegen einen z. T. organisierten Widerstand. Das zeigte sich z. B. in Göhlsdorf, wo zunächst 20, dann 30–40 Genossen wochenlang kämpften, ehe sie eine GPG mit 8 Mitgliedern gründen konnten.[21] Und nicht nur der Widerstand war organisiert und geschürt nach dem Motto feindlicher Massenmedien, die den Obstbauern suggerierten, der Typ I sei nur ein Köder – in Kürze würde sowieso alles Typ III, auch die Republikfluchten waren organisiert, denn sie traten in einigen Orten konzentriert auf, in anderen – z. B. in Ferch – gar nicht. Hingegen hatte die sozialistische Presse einen geringen Einfluß: z. B. kamen in Caputh auf 14 Einwohner 1 „Märkische Volksstimme" und auf 36 ein „Neues Deutschland", in Glindow auf 30 Einwohner eine „MV" und auf 35 ein „ND".[22] Folglich mußte sehr stark mit anderen Agitationsmitteln gearbeitet werden, von der Zeitung „Havelländischer Obstbau" bis zu Lautsprecherwagen und Vorspannfilmen in den Kinos. Auch war der Einfluß politischer Parteien und Organisationen sehr gering: Von den 29 715 Einwohnern des MTS-Bereichs Glindow waren 2,4 % Mitglied der SED, dabei waren es zudem meist ältere Genossen, deren Durchschnittsalter beispielsweise in Werder 57,3 Jahre betrug, in Bliesendorf 58,5 Jahre. 55 % aller Einwohner waren Mitglied der VdgB und von den 16 500 Frauen waren nur 7,1 % Mitglied des DFD. In nur 8 GPG von den 35 bestanden Grundorganisationen der SED. Das HOG mußte also besonders kadermäßig wesentlich gestärkt werden. Bis zum Oktober 1960 wurden 30 Genossen dort neu angesiedelt. Sie übernahmen Höfe von republikflüchtigen Bauern und stärkten damit die Genossenschaften. Darüber hinaus organisierte die SED im Sommer wichtige Bündnishilfe. Mit-

glieder der FDJ, Angehörige der NVA und der Bereitschaftspolizei sowie Schüler leisteten fast 20 000 Stunden Arbeitseinsätze zur Einbringung der sehr reichen Obsternte 1960.[23] Das war für die GPG eine sehr wertvolle Hilfe und ein Beitrag zu deren Festigung.

„Der Apfel ist reif" – die Orientierung auf die sozialistische Umgestaltung

Am 20. 5. 1960 hatte in Werder eine Konferenz des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft wichtige Beschlüsse gefaßt über eine weitreichende, systematische Hilfe für das Obstanbaugebiet. Darauf beschloß der Rat des Bezirkes Potsdam am 8. 8. 1960 ein Sofortprogramm politischer und ökonomischer Maßnahmen für das HOG. Dazu zählte die weitere Ausstattung der MTS Glindow mit Spezialmaschinen und Spezialagronomen. Statt der bis dahin geplanten 60 ha wurden im Herbst 90 ha Gewächshausanlagen neu installiert, wurden 134 ha Erdbeeren neu gepflanzt, wobei erstmals eine neuentwickelte Pflanzmaschine des Instituts für Obstbau Marquardt (Kreis Potsdam-Land) zum Einsatz kam.[24] Der zweifellos wichtigste Beschluß dieses Sofortprogramms war aber die Bildung einer Zentralen Arbeitsgemeinschaft „Havelländischer Obstbau" mit ihren 11 Arbeitsgruppen, in denen 88 Wissenschaftler und Praktiker wirkten. Schwerpunkte für deren Tätigkeit waren ökonomische Probleme, der Obstbau einschließlich Baumschule und Standortkartierung, Gemüse- und Zierpflanzenbau, Nebenbetriebszweige, Pflanzenschutz, Technik, Be- und Entwässerung, Humusversorgung, Baumaßnahmen, Marktbeschickung, Verarbeitung, Handel, sowie Schulung bzw. Qualifizierung. Das Leitungskollektiv konstituierte sich aus Vertretern der SED-Bezirksleitung und Kreisleitung, des zuständigen Ministeriums, des Rates des Bezirkes, der Räte des Kreises und der Gemeinden, aus Wissenschaftlern des Institutes für Obst- und Gemüsebau der Martin-Luther-Universität Halle–Wittenberg, der Arbeitsgemeinschaft Obstbau des Instituts für Sonderkulturen der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Fachschule für Obstbau Werder; die wissenschaftliche Anleitung lag in den Händen des Direktors des Instituts für Obstbau der Humboldt-Universität in Marquardt, Prof. Dr. H. Krümmel.[25] Mit diesem Sofortprogramm wurde Entscheidendes zur Entwicklung der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse getan und der Fortschritt der Produktivkräfte wesentlich stimuliert, eben besonders durch die Heranziehung von Wissenschaftlern, die nun hier ein breites, lohnendes Betätigungsfeld fanden.

Der Apfel ist reif!

Zu dieser Erkenntnis kommen immer mehr Obstbauern.

Sie meinen damit, daß es auch im Obstbau höchste Zeit ist, mit der sozialistischen Großproduktion zu beginnen.

Immer deutlicher wird sichtbar, daß der Vormarsch des Sozialismus unaufhaltsam ist, weil der Sozialismus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung weit überlegen ist.

Welcher Obstbauer kann uninteressiert bleiben, wenn er sich überlegt, wie in gemeinsamer Arbeit große moderne Obstanlagen und Gewächshauskomplexe geschaffen werden können, in denen durch seine Erfahrungen und seinen Fleiß, vereint mit dem Einsatz moderner Technik und Wissenschaft, die Arbeit erleichtert wird?

Und eines wird immer klarer:

Durch die gemeinschaftliche Arbeit entwickeln sich neue Beziehungen der Menschen zueinander. Diese Beziehungen bestehen darin, daß der Erfahrene seine Erfahrungen allen anderen mitteilt und die gemeinschaftlichen Interessen im Mittelpunkt stehen. Wenn jeder einzelne seine ganze Kraft für die gemeinsamen Interessen einsetzt, dann wird unsere Bevölkerung ein Leben in Glück und Wohlstand führen, wie es in Deutschland noch nie erreicht wurde.

Nur die sozialistische Gesellschaftsordnung ist Grundlage für ein Leben in sozialer Geborgenheit, in Glück und Frieden. Deshalb ist das Bekenntnis zum Sozialismus ein Bekenntnis für den Frieden.

In eine Produktionsgenossenschaft eintreten heißt deshalb, den westdeutschen Militaristen die Tür weisen, die unser Volk schon zweimal ins Verderben gestürzt haben und heute schon wieder zum Kriege hetzen.

Wie kann der sozialistische Weg im Obstbau beschritten werden?

Auch im Obstbau gibt es, ähnlich wie in der Landwirtschaft, eine einfache Form der genossenschaftlichen Bewirtschaftung (Typ I) und die höchste Form der genossenschaftlichen Bewirtschaftung (Typ III).

Auf welcher Grundlage wird im Typ I gewirtschaftet?

Dies ist gewissermaßen der erste Schritt zur sozialistischen Produktion im Obstbau.

Die genossenschaftliche Produktion beginnt hier auf Flächen (Eigentum oder Pachtland),

- die von Genossenschaftsmitgliedern in die Genossenschaft eingebracht werden,
- auf Flächen, die der Genossenschaft vom Staat zur kostenlosen Nutzung übergeben wurden,
- auf sonstigem Boden, der zur Nutzung in die genossenschaftliche Produktion übernommen wird (zum Beispiel Austauschflächen).

Flugblatt des Operativstabes des Obstbaugebietes zur sozialistischen Umgestaltung, 1960

Bei allen Hemmnissen, die zunächst natürlich zu beseitigen waren, so stellte dieses Programm einen wichtigen Schritt zur Entwicklung des HOG dar. Zur unmittelbaren Unterstützung der Obstbauern wurden neue Handels-, Absatz- und Verarbeitungseinrichtungen geschaffen.

Als außerordentlich massenwirksam erwies sich die von der SED-Bezirksleitung beschlossene „Woche des Havelobstbaugebietes", die vom 28. 11. bis 4. 12. 1960 durchgeführt wurde. Alle Veranstaltungen, Tagungen, Kundgebungen, Vorträge und Foren, hatten das Ziel, die Werktätigen mit den Vorzügen der sozialistischen Großproduktion vertraut zu machen. Anschaulich erläuterten dabei auch ausländische Delegationen ihre eigenen praktischen Erfahrungen. Besondere Hilfe leisteten dabei die Fachkollegen aus der Moldauischen SSR, zu denen bis heute ständige Verbindungen bestehen. Ende 1960 konnte mit gutem Grund von einem Umschwung gesprochen werden. Durch einen konzentrierten Einsatz der Kräfte der SED, der anderen Parteien und Massenorganisationen, des Staates wurden in dieser relativ kurzen Zeit wichtige Erfolge erzielt, die es galt, in den folgenden Jahren auszubauen und unumkehrbar zu machen. Diesem Ziel vor allem diente auch die „Woche des Havelländischen Obstbaus", die vom 25. 2. bis 4. 3. 1961 in Werder stattfand. Die SED-Kreisleitung Potsdam-Land und die verantwortlichen Staatsorgane hatten ein Programm mit 40 fachlichen Veranstaltungen zum Thema Obstbau und viele gesellige Veranstaltungen organisiert, die schließlich von ca. 3500 Obstbauern besucht wurden.[26] Das Programm war äußerst vielfältig. Es reichte von Unterhaltungs- und populärwissenschaftlichen Filmen über wissenschaftliche Vorträge anerkannter Experten bis zu Exkursionen in Betriebe und Einrichtungen, die auf dem Gebiet des Obst- und Gemüseanbaus beispielhafte Leistungen vollbracht hatten, wie z. B. die GPG Nauen, die Institute in Groß-Beeren und Marquardt oder die GPG Neu Fahrland (Kr. Potsdam-Land). Die wissenschaftlichen Vorträge beschäftigten sich mit wichtigen Fragen des HOG, wie z. B. der Humusversorgung, des Zierpflanzenbaus, des modernen Pflanzenschutzes, der Hebung der Bodenfruchtbarkeit, der Nutzung von Gewächs- und Treibhäusern, mit Vermarktungsproblemen u. a. m.[27] Der Schwerpunkt lag eindeutig – wie der Aufruf der SED-Kreisleitung Potsdam-Land zu dieser Woche[28] betonte – auf dem Erfahrungsaustausch und der Beratung von Problemen mit Wissenschaftlern und Praktikern. Dabei wurde deutlich gemacht, daß die Probleme des Havellandes im Obstanbau nur durch die Genossenschaften lösbar sind, denn beispielsweise würde kein einzelner Obstbauer in der Lage sein, die dringenden Rekultivierungsarbeiten größerer Flächen zu bewältigen oder die Neuerschließung von Anbauflächen, die Bodenverbesserung, nicht zu reden von der Lösung der Be- und Entwässerung in komplexer Art.

Die „Woche des Havelländischen Obstbaus" war aber auch durch bedeutende praktische Ereignisse gekennzeichnet. So wurde zu ihrem Auftakt erstmalig MTS-Technik aus Glindow an einige GPG übergeben. Als erste erhielt die GPG „Aufstieg" Geltow (Kr. Potsdam-Land) durch den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Kurt Seibt, einen modernen Schlepper mit Anbaugeräten leihweise überreicht.[29] Am 2. 3. legte Minister Hans Reichelt den Grundstein für den 2. Bauabschnitt der Gewächshausanlage der GPG Caputh. Am letzten Tag dieser Woche wurden die besten Betriebe ausgezeichnet: Die Wanderfahne des Landwirtschaftsministeriums erhielt die GPG Nauen; die Wanderfahne der VE-Gärtnereien errang die VE-Gärtnerei Werder.[30] Ein weiteres wichtiges Ereignis dieser Woche war die Aktivierung der Dorfklubs und die Durchführung von Kultur- und Sportveranstaltungen unter ihrer Mitwirkung.

Insgesamt konnte im I. Halbjahr 1961 eine wesentliche Festigung der GPG erreicht werden. Das gelang vor allem dadurch, daß nun schon 13 Genossenschaften mit einer SED-Grundorganisation arbeiteten, in 11 von den 23 GPG Typ III und in 2 der 14 GPG Typ I. Zur Festigung der Genossenschaften (und der außerdem in diesem Gebiet existierenden 14 LPG-Gartenbaubrigaden) trug auch bei, daß sich viele Obst- und Gemüseproduzenten im Winter hatten qualifizieren können, allein 15 % der GPG-Mitglieder. Es war auch geschafft worden, daß verlassene Obstanlagen wieder in Ordnung gebracht wurden. Vertrauen gewann die Partei und der sozialistische Staat ebenfalls durch die konsequente Verwirklichung des o. g. Sofortprogrammes des Rates des Bezirkes. Es waren z. B. neue jugoslawische Traktoren für den Obstbau erworben worden, erfahrene Kader aus der gesamten Republik halfen im HOG, VEG-Kader und Spezialisten engagierten sich für die Umgestaltung des Havellandes, neue Wasserleitungen waren gelegt worden u. a. m. Ein deutliches Zeichen für die Erfolge der Partei war in diesem Zusammenhang, daß es gelang, seit Herbst 1960 die Republikfluchten einzudämmen.[31]

Die Durchsetzung einer guten genossenschaftlichen Arbeit in den GPG

Die SED legte 1961 allgemein nicht das Schwergewicht auf die Neuwerbung von Obstbauern für die GPG, sondern auf die Konsolidierung der Betriebe (in diesem Jahr wurden nur 2 Genossenschaften neu gegründet)[32]. Im Mittelpunkt stand der Ausbau der Produktionsbasis der GPG. Waren schon 1960 3,5 ha zur Produktion von Treibhausgemüse verglast worden, 100 ha Obstanlagen neu bewirtschaftet und 55 ha rekultiviert worden, so plante man für 1961 150 ha Neupflanzungen und 120 ha Rekultivierung. Außerdem erhielt

die MTS Glindow 80 Schlepper des Typs ITM 150 und Pflanzmaschinen. Durch Direktverträge sicherten die GPG die Versorgung der Hauptstadt Berlin. In Anlehnung an die Erfahrungen aus der Landwirtschaft wurden Konsultationspunkte eingerichtet: In der GPG Neu Fahrland für Obstbau, in der GPG Geltow für den Gemüseanbau und in der GPG Glindow. Die Genossenschaften konnten auch gute Einnahmen erzielen: Das Durchschnittseinkommen pro Mitglied betrug 1960 6448,00 DM, was einem AE-Wert von durchschnittlich 15,17 DM entspricht.[33] 50 % aller GPG-Mitglieder waren Mitte 1961 als Meister oder Facharbeiter qualifiziert (vor allem durch die Dorfakademien).

Somit war eine solide Basis geschaffen, die es erlaubte, nun von Seiten der SED auf die schrittweise Übergabe der MTS-Technik an die GPG zu orientieren, auf die Vereinigung der beiden Hauptproduktionsmittel, Boden und Technik in einer Hand. Die erwähnte sozialistische Arbeitsgemeinschaft ging schon erste Schritte zur Großproduktion und bereitete die Einrichtung eines agrarwissenschaftlichen Stützpunkts, gemeinsam mit dem Institut für Obstbau Marquardt, vor. Die Jugend nahm stärker aktiv an der Umgestaltung teil; eine Jugendbrigade in Geltow übernahm z. B. den Gewächshauskomplex in Eigenverantwortung. Durch die beschriebene Intensivierung der Parteiarbeit konnten auch Republikfluchten bis dahin fast völlig verhindert werden. Mängel gab es noch im Erfahrungsaustausch der GPG verschiedenen Typs untereinander und in der Zusammenarbeit mit BHG und VdgB.

Große Hilfe erhielten die Obstbauern 1961 wiederum in der Zeit der Ernte. Beispielhaft beteiligten sich viele Jugendliche des Stadt- und Landkreises Potsdam, die einem Aufruf des Rates des Kreises, der Nationalen Front sowie der beiden FDJ-Kreisleitungen folgten. Darunter waren Oberschüler aus Beelitz ebenso wie Studenten der damaligen Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Pädagogischen Hochschule Potsdam und der Schule für Außenhandel in Plessow bei Werder.[34] Mit großer Begeisterung halfen auch sowjetische Pioniere und Komsomolzen, die vielversprechende Ernte der GPG „V. Parteitag" Glindow zu bergen.[35]

In der Zeit um den 13. August 1961 bewies sich die Stärke und Festigkeit des Sozialismus auch im Havelland. Die aufs Äußerste verstärkte Hetze des Gegners gegen die DDR und die sozialistische Landwirtschaft – vor allem von Westberlin aus – konnte die Masse der Obstbauern nicht mehr zum Umkehren bewegen. Auch die angestrebte Aufweichung der GPG von innen gelang den feindlichen Elementen nicht, lediglich 100 Genossenschaftsgärtner ließen sich zu Austrittserklärungen verleiten.[36] Auf die Masse der Obstbauern hatte der 13. August eine klärende Wirkung, auch wenn die sich zunächst vielfach nur in Zurückhaltung äußerte. Die Bauern erkannten die Stärke und die Möglichkeiten des Sozialismus sowie seine Perspektive. So konnte z. B. in Werder bis zum Oktober die Vergenossenschaftlichung im

wesentlichen abgeschlossen werden. 145 neue Mitglieder kamen aus den Reihen der Werderaner Obstzüchter.[37] Je eine neue GPG wurde in Göhlsdorf und Alttöplitz (Kr. Potsdam-Land) gegründet.[38] An dem unmittelbar nach dem 13. August initiierten Produktionsaufgebot beteiligten sich 16 GPG des Bezirkes Potsdam und nur eine GPG mußte 1961 Überbrückungskredite beantragen.[39] Das ist sicher das deutlichste Zeichen für die großartige Entwicklung der Obstbaugenossenschaften. Es konnte 1961 begonnen werden mit der Konzentration und Spezialisierung der GPG; auch kadermäßig waren dafür alle Voraussetzungen geschaffen worden, indem insgesamt 1961 weitere 200 GPG-Mitglieder qualifiziert wurden. 110 ha Erdbeeren und 150 ha Obstbäume waren neu gepflanzt worden. Aber natürlich gab es auch noch manche Probleme in den Betrieben. In der GPG „Aufstieg" Geltow konzentrierte man sich noch sehr auf die individuelle Wirtschaft und in der GPG Caputh bestanden die ehemaligen 18 Einzelbetriebe im Prinzip weiter als eine „genossenschaftliche Arbeitsgemeinschaft"[40], einige GPG hatten statutenwidrig sehr große individuelle Wirtschaften in ihren Grundsatzdokumenten festgelegt.[41] Es gab also auch hier Erscheinungen der „Doppelehe", wie sie Anfang 1962 Genosse Jordan in seinem berühmt gewordenen „Wendland-Brief"[42] kritisiert hatte, und dagegen mußte in diesem Bereich genauso gekämpft werden. Das stand auch im Produktionsaufgebot im Mittelpunkt, wo es darum ging, im Kampf gegen Überreste kleinbürgerlicher Ideologie eine feste Ordnung in den Genossenschaften herzustellen. Vorbildlich ging bei diesem Klärungsprozeß und bei der Organisierung des Produktionsaufgebotes die Kreisleitung Potsdam-Land der SED voran, in deren Bereich 7 Betriebe mit Programmen im Produktionsaufgebot standen und 9 bereits vom Typ I zum Typ III übergegangen waren[43], so daß der Typ I schon Ende 1961 keine große Bedeutung mehr hatte. Die SED war auch nach dem 13. August dazu übergegangen, bei Neugründungen gleich auf den Typ III zu orientieren, um große individuelle Wirtschaften von Anbeginn an auszuschließen, so daß die seit dem 13. August neu hinzugekommenen 850 Einzelbetriebe meist in die hochentwickelten GPG Typ III eintraten. Ende 1961 gab es im Landkreis Potsdam noch 1050 individuelle Betriebe (meist Klein- und Kleinstbetriebe) und im ganzen Bezirk gab es zu diesem Zeitpunkt noch 557 Gartenbaubetriebe mit ständig oder nichtständig beschäftigten Lohnarbeitern.

Ein weiteres Problem stellte die Anbaustruktur der GPG dar, denn viele Betriebe konzentrierten sich stark auf Gewinnbringendes, z. B. Pflaumen oder Zierpflanzen. Das hatte zur Folge, daß die Erlöse der GPG erheblich über den geplanten Werten lagen, aber beispielsweise der Plan für Treibhausgemüse per 30. 9. 1961 nur mit 60 % erfüllt wurde.[44] Hier galt es also noch wichtige Überzeugungsarbeit zu leisten, denn dadurch wurde die ganzjährige Gemüseversorgung gefährdet.

Mit den noch zu lösenden Problemen beschäftigte sich am 13. und 14. 10. 1961 auch die 1. Konferenz der Genossenschaftsgärtner in Erfurt. Sie orientierte in Anlehnung an die Landwirtschaft auf die Durchsetzung der guten genossenschaftlichen Arbeit, um die Marktproduktion zu erhöhen. Der Parteieinfluß sollte überall verstärkt werden und alle Genossenschaften sollten sich am Produktionsaufgebot beteiligen. In absehbarer Zeit sollte auch die Vollgenossenschaftlichkeit erreicht werden.[45] Die Erhöhung der Marktproduktion hatte gerade 1961 große Bedeutung im Zusammenhang mit der Mißernte in der Landwirtschaft. Darauf wies auch der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Potsdam, Genosse Franz Peplinski, in einem Brief an die GPG, die Obstbaubrigaden der LPG und alle mit dem Obst- und Gemüsebau Beschäftigten Anfang November 1961 hin, als er die Angesprochenen aufforderte, im Frühjahr in den Treibhäusern zusätzlich Gemüse anzubauen und das Gemüseangebot zu vergrößern, um die bei der Landwirtschaft entstandene Kartoffellücke zu schließen. Speziell sollten zusätzlich Mohrrüben und Frühgemüse angebaut sowie Kartoffeln vorgekeimt werden.[46] Damit leisteten die Obst- und Gemüsebauern einen wichtigen Beitrag, um die Versorgung der DDR-Bevölkerung 1962 zu entspannen.

Die Vorzüge der sozialistischen Produktion werden durchgesetzt und bringen erste Ergebnisse

Im Jahre 1962 ging die Entwicklung im Havelländischen Obstbaugebiet zügig voran. Bis zum Mai des Jahres wurden drei weitere GPG gebildet – die vorerst letzten im HOG (1967 wurde die letzte in Ferch gegründet).[47] So wurde im Juli 1962 die ca. 4000 ha umfassende Obstfläche des HOG (zu ca. 78 % zum Kreis Potsdam-Land gehörig) von etwa 2500 Genossenschaftsgärtnern und -bauern bewirtschaftet, rund 1000 davon waren Frauen. Es bestanden 38 GPG und 12 Gartenbaubrigaden in LPG. 11 ha Obst- und Gemüsefläche waren bereits verglast.[48] Damit waren alle Voraussetzungen gegeben, das Havelland zum „Obstgarten der Republik" werden zu lassen. Insgesamt gab es im Bezirk Potsdam 65 GPG, die die 8548 ha Obstland und 6688 ha Gemüseland des Bezirkes gemeinsam mit den Obstbaubrigaden der LPG bewirtschafteten.[49]

Für das Jahr 1962 stellte die Bezirksdelegiertenkonferenz der SED im Juni folgende Schwerpunkte: Großflächiger Gemüseanbau, hoher Mechanisierungsgrad, hohe Arbeitsproduktivität. Das bedeutete, es mußte die Zersplitterung des Gemüseanbaus überwunden, es mußten alle Gewächshausanlagen intensiv genutzt und stärker wissenschaftliche Erkenntnisse einbezogen und angewendet werden, vor allem bei der Rekultivierung und Neupflanzung von Plantagen.[50] Das machte es auch notwendig, die restlichen

Obstbauern an die GPG heranzuführen, damit die Zersplitterung des Bodens, die noch nicht vollständig überwunden war, beseitigt werden konnte. Mitte 1962 arbeiteten im HOG von den 5287 gärtnerischen Betrieben 64,7 % genossenschaftlich, in Werder schon alle, in Glindow gab es aber noch über 100 Privatwirtschaften. Deren Zurückhaltung konnte wirtschaftlich kaum noch begründet sein, denn die GPG hatten 1962 einen durchschnittlichen AE-Wert von 16,00 bis 17,00 DM erreicht.

1962 sollten laut Beschluß des Sekretariats der SED-Bezirksleitung 150 ha Obstanlagen rekultiviert, 250 ha Stammobst neugepflanzt, 180 ha Erdbeeren neu angelegt und 150 ha Spargelanbaufläche neu gewonnen werden.[51] Deutliche Fortschritte erreichte dabei z. B. die GPG „Pomona" Werder, die 1962 75 ha Neuanlagen unter Verwendung modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse schuf, auf 40 Morgen (10 ha) wurde die Erdbeerpflanzung maschinell vorgenommen.[52]

Ein neuer Entwicklungsabschnitt begann für das Havelländische Obstanbaugebiet Anfang 1963. In Auswertung des VI. Parteitages der SED wurde auf Beschluß der Bezirksleitung der Partei vom 14. 2. 1963 hier ein besonderes Produktionsgebiet „Havelländischer Obstbau" geschaffen, dem zunächst die Orte Werder, Glindow, Geltow, Caputh, Bliesendorf, Plötzin, Plessow, Ferch, Alttöplitz, Neu Fahrland, Potsdam, Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Marquardt und Leest, später auch die Obstbaumschule des VEG Ketzin (Kr. Nauen), angehören sollten. Das war ein Gebiet von ca. 7400 ha LN, davon 3680 ha Obst- und 389 ha Gemüsefläche. Als Leitung sollte neben dem Kreislandwirtschaftsrat und dem Büro für Landwirtschaft der SED-Kreisleitung Potsdam eine gesonderte Produktionsleitung installiert werden.[53] Das HOG umfaßte 1963 insgesamt 31 GPG[54], 6 LPG Typ III mit ausgedehntem Gemüseanbau, 6 LPG Typ I mit großer Gemüseanbaufläche, 4 VEG (einschließlich Ketzin), 1 Spezial-MTS, das Institut für Obstbau mit Lehr- und Versuchsgut Marquardt, die Fachschule für Obstbau Werder, ca. 2000 Obstbauern und Gärtner mit Betrieben unter 1 ha, die z. Z. noch individuell arbeiteten, sowie spezielle Industriebetriebe. Die Grundlagen für diese Neustrukturierungen waren 1962 geschaffen worden. Die GPG erreichten 1963 einen AE-Wert von 17,61 DM, das entspricht einer Bruttoproduktion je Beschäftigten von mehr als 15 100 DM. 1962 wurden 21 500 t Obst, ca. 7000 t Gemüse (meist Feingemüse) sowie 500 t Treibhausgemüse produziert. Es existierten 1962 in den o. g. Betrieben 30 SED-Grundorganisationen mit 329 Mitgliedern. In der Hälfte der GPG bestanden solche Grundorganisationen.[55]

Die 1956 in Angriff genommene sozialistische Umgestaltung des Havelländischen Obstanbaugebietes konnte im wesentlichen 1962 abgeschlossen werden. Das wurde erreicht, weil die SED die durch die Konzentration auf die Zuendeführung der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft bedingte

Stagnation der Entwicklung im Obstbau mit der Kraft der ganzen Parteiorganisation des Bezirkes (und darüber hinaus), mit einer klaren Strategie überwinden und die Obstbauern in die GPG führen konnte. Daran hatten alle politischen Parteien und Massenorganisationen, alle gesellschaftlichen Kräfte wesentlichen Anteil. Die SED konnte sich hierbei kaum auf Erfahrungen anderer Kreise oder Bezirke bei der sozialistischen Umgestaltung des Obstbaus stützen, hier mußte mit spezifischen Mitteln schöpferisch gearbeitet werden. Jedoch konnten die Erfahrungen aus der Landwirtschaft genutzt werden, so daß dieser Prozeß vergleichweise schnell abzuschließen war. Die Betriebe hatten sich relativ rasch stabilisiert und erreichten bald gute Produktionsleistungen. Somit konnten auch im havelländischen Obstbau Anfang der 60er Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse im wesentlichen durchgesetzt und Voraussetzungen geschaffen werden für einen derartig intensiven Obst- und Gemüseanbau, wie er das Havelland heute kennzeichnet.

Anmerkungen

1 Wochenpost, Nr. 23/1976, S. 7.
2 Wachs, H.: Die Perspektive des Havel-Obstbaugebietes. In: Potsdamer Land, Potsdam 1959, S. 71.
3 Vgl.: Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Beschluß der 8. Tagung des ZK der SED vom 2. April 1960). In: Der Kampf der sozialistischen Staaten für einen Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten und die Erhöhung der Marktproduktion der LPG in der DDR, Berlin 1960, S. 293 ff.
4 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/207.
5 Kreisarchiv Potsdam, Akte Nr. 20.01/22. Zit. nach: Schreckenbach, H.-J./van Pee, A.: 20 Jahre sozialistische Entwicklung im Havelländischen Obstanbaugebiet. Teil 1, Potsdam 1977, S. 5.
6 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/411/1045.
7 Vgl. Schreckenbach, H.-J./van Pee, A. ... a.a.O., S. 64.
8 Vgl. Wachs, H., a.a.O., S. 73 f.
9 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/219.
10 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/207.
11 Vgl. Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 36f., 38f., 41f.
12 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/206; nach: Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 64 nur 26 GPG.
13 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/206.
14 Vgl. Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 38 f.
15 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/211.
16 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/214.
17 Vgl. ebenda; nach: Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 64 waren es insgesamt 33 GPG.
18 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/215.
19 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/218.
20 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/216.

21 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/219.
22 Vgl. ebenda.
23 Vgl. ebenda.
24 Vgl. ebenda.
25 Vgl. Krümmel, H.: Vorschläge zur Rekonstruktion des Havelländischen Obstbaugebietes. In: Der deutsche Gartenbau, Nr. 10/1960. Sonderdruck.
26 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/235.
27 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 47 f.
28 Vgl. Havelländischer Obstbau vom 24. 2. 1961, S. 1. Nach: Ebenda, S. 49 f.
29 Vgl. ebenda vom 3. 3. 1961, S. 1. Nach: Ebenda, S. 52.
30 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/235.
31 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/240.
32 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 64.
33 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/244.
34 Vgl. Unser Potsdamer Land vom 2. 7. 1961, S. 3. Nach: Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 54.
35 Vgl. Märkische Union vom 14. 6. 1961, S. 6.
36 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/248.
37 Vgl. Potsdamer Blick vom 27. 10. 1961. Nach: Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 59.
38 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 64.
39 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/254.
40 Vgl. ebenda.
41 Vgl. Potsdamer Blick vom 2. 2. 1962, S. 5. Nach: Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 60.
42 Vgl. Neues Deutschland (A) vom 6. 1. 1962, S. 1.
43 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/254.
44 Vgl. ebenda.
45 Vgl. ebenda.
46 Vgl. ebenda.
47 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 64.
48 Vgl. Intensivobstbau Nr. 7/1962, S. 100.
49 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/284.
50 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/1/17.
51 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/267.
52 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/411/1079.
53 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV A-2/3/62.
54 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV A-2/3/63. (Nach Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 64 waren es 38).
55 Vgl. ebenda.

Märkische Stadtmusikanten im 18. Jahrhundert

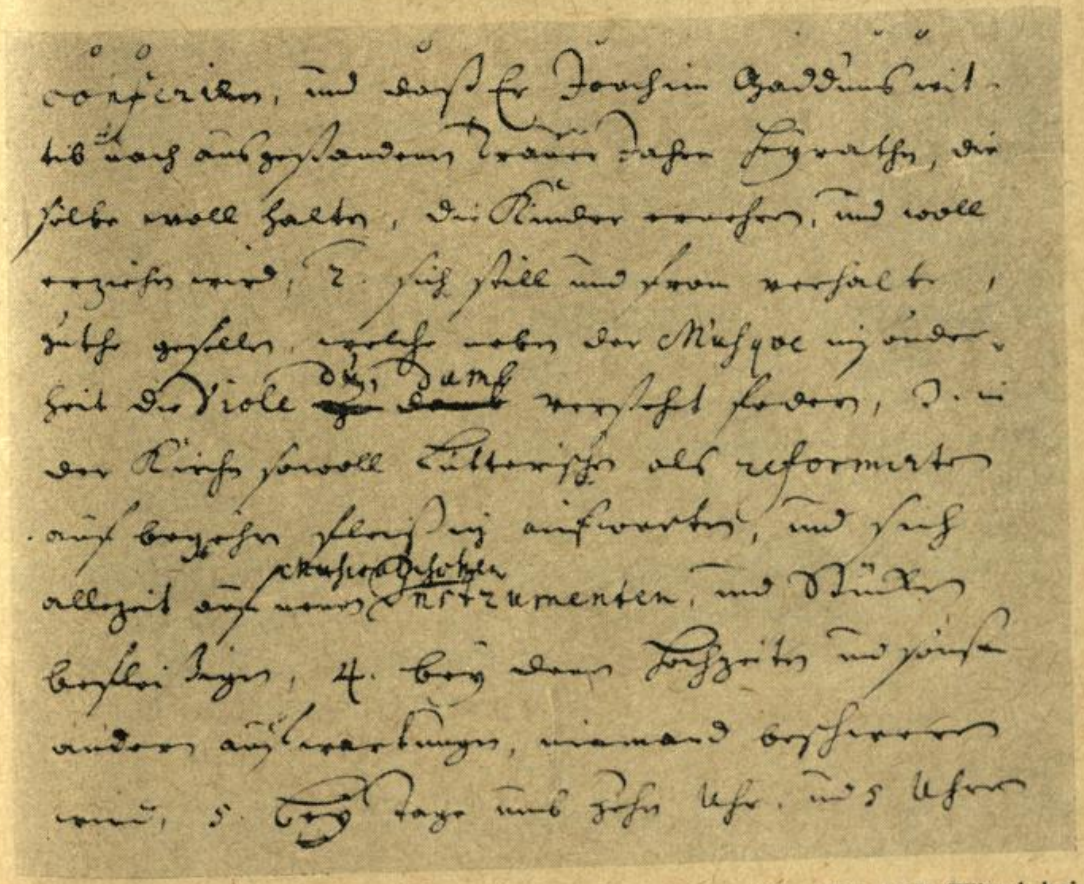
Von Vera Grützner

Die brandenburgisch-preußische Musikentfaltung im 18. Jahrhundert ist vielfach beschrieben worden. Größte Aufmerksamkeit wurde dem Aufblühen der königlichen Oper und Kammermusik um die Jahrhundertmitte unter Friedrich II. gewidmet. Die Hofmusiker – unter ihnen Repräsentanten wie Carl Philipp Emanuel Bach, Franz Benda, Johann Joachim Quantz oder Carl Heinrich Graun – gehörten zum Hofstaat; ihr interpretatorisches und kompositorisches Wirken blieb – zumindest bis zum Siebenjährigen Krieg – weitgehend dem höfischen Kreis vorbehalten. Das Volk der mittleren und kleinen Städte und des platten Landes aber blieb vom Glanze der höfischen Musik ausgeschlossen.

In den kurmärkischen Städten waren, wie auch in anderen europäischen Regionen, seit Generationen Stadtmusikanten ansässig, die das Privileg hatten, in ihren Städten und umliegenden Dörfern zu bestimmten öffentlichen und privaten Anlässen mit Musik aufzuwarten. Sie hatten oft Jahrzehnte, meist bis zu ihrem Tode, das Stadtpfeiferamt inne und waren zur Ausbildung von Lehrlingen und Gesellen verpflichtet. Sie beherrschten eine Anzahl von Instrumenten und mußten, den unterschiedlichen Anlässen entsprechend, flexibel in ihrer Handhabung sein. Das Repertoire bestand im wesentlichen aus mehrstimmigen Kirchen- und Volksweisen, feierlichen und munteren Marschsätzen sowie gravitätischen und fröhlichen Tänzen.[1] Ihr Aktionsradius und die musikalische Qualität waren unterschiedlich. Dafür sprechen u. a. die autobiographischen Zeugnisse von Johann Joachim Quantz oder Carl Friedrich Zelter. Quantz war fünf Jahre in der Lehre bei dem Merseburger Stadtmusikanten Johann Adolf Fleischhack und lernte dort alle in dieser Sphäre gebräuchlichen Instrumente wie Violine, Oboe und Trompete, aber auch Posaune, Zinken, Waldhorn, Flöte, Baßgeige, Violoncello und Viola da gamba.[2] Bevor er Hofmusiker wurde, vervollkommnete er als Stadtpfeifergeselle in verschiedenen Städten seine musikalischen Kenntnisse und Fertigkeiten. Auch Zelter war in seinen Jugendjahren im Dienste eines Stadtmusikanten. Der Berliner Stadtpfeifer Johann Friedrich George war sein Lehrmeister, und Zelter lobte die Gewandigkeit, Reinigkeit, Kraft und Präzision seines Spiels auf verschiedenen Instrumenten.[3]

Es sind uns aus den Orten des heutigen Bezirkes Potsdam Jüterbog, Lindow, Luckenwalde, Neuruppin, Potsdam-Stadt und Werder Akten aus dem 18. Jahrhundert überliefert, die Aufschluß über den sozialen Status, den

Wirkungskreis und die Befugnisse der Stadtmusikanten und damit über die Berührungen unterer Volksschichten mit der Musik geben.
In den Jahren 1720 und 1766 erließen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. eigens zur Regelung der musikalischen Aufwartung spezielle Edikte. Das geschah freilich weniger, um das bürgerlich-städtische Musikleben zu befördern als vielmehr, um auch aus den gemeinen Musikanten Steuern für die Aufbesserung der Staatskassen herauszupressen.
Dokumente des frühen 18. Jahrhunderts – bis zum Edikt von 1720 – liegen aus Ruppin, Lindow und Luckenwalde vor. Ihnen zufolge hatten die Stadtmusikanten bei Hochzeiten, Kindtaufen und anderen Ehrentagen mit Musik aufzuwarten, den musikalischen Kirchendienst zu versehen und das Abblasen vom Turm vorzunehmen. Außer diesen alle betreffenden Pflichten wurden besondere Festlegungen in den einzelnen Orten getroffen. 1703 z. B. wurde vom Ruppiner Rat fixiert, daß der Kunstpfeifer Friedrich Witzel die vakante Stadtmusikantenstelle erhält, wenn er sich „guthe Gesellen, welche neben der Music insonderheit die Viole dú Gamb" spielen, hält und sich „allezeit auf neuen Musicalischen Instrumenten, und Stücken befleißigt" und dem Senatskollegium „auf Verlangen mit einer guten Musique



Aus den Bedingungen, die der Ruppiner Rat dem Kunstpfeifer Friedrich Witzel bei der Übernahme des Amtes des Stadtmusikanten stellte, 1703

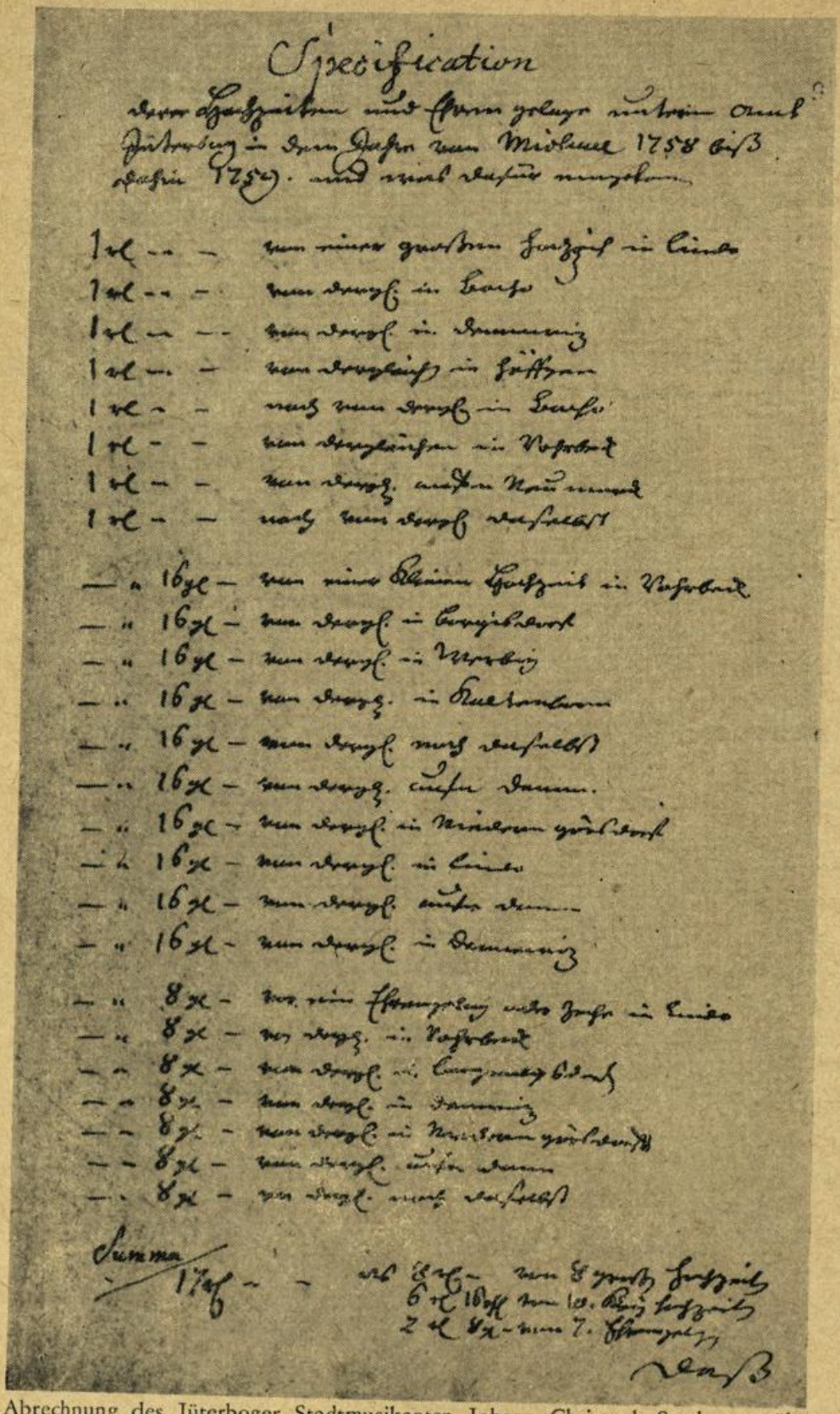
gratis aufwartet," wenn er außerdem die Kirchenglocken läutet, den Turm reinhält und im Gefahrenfalle Feueralarm gibt – und damit nicht genug! – wenn er „Joachim Gadduhns wittib [des verstorbenen Kunstpfeifers Witwe] nach ausgestandenem Trauer Jahre heyrathe, die selbe voll halte, die Kinder ernehre, und woll erziehen wird."[4] Anders geartet sind die speziellen Vereinbarungen des Amtes Zinna vom Jahre 1708 mit dem Kunstpfeifer von Luckenwalde, Martin Hertzberg. Allen „Ambts Säßigen Bürgern und Unterthanen" wurde bei Strafe befohlen, „keine anderen frembde und einheimische Musicos" zu nehmen als Hertzberg, „wenn Sie der Musicalischen Aufwartung verlangen, auf Hochzeiten, Kindtauffen, Ehren- und dergleichen Gelagen." Hertzberg war berechtigt, unbefugten „Musicanten die Instrumenta musicalia zu confisciren." Bei Zuwiderhandlungen erhielt er außerdem die Hälfte des Strafbetrages. Er war verpflichtet, „einem jedweden nach Verlangen gehörige Music gegen billige Bezahlung . . . zu verschaffen," wenn dieser wenigstens vier bis acht Tage vorher den gewünschten Tag benannte. Hertzberg versprach dafür, an das Amt jährlich 12 Taler Pacht zu entrichten, „jedoch mit diesem außdrücklichen Vorbehalt, da einige Trauer-Fälle sich ereigneten und dadurch die Music solte Verbothen werden; Er alß dann, so lange dieser Stillstandt wäret, mit abführung des angelobten Canonis würklich verschonet bleiben solte".[5] Die Bedingungen für den Kunstpfeifer Caspar Böttcher aus Lindow aus dem Jahre 1711 sind in den wesentlichen Punkten übereinstimmend. Eine Abweichung besteht darin, daß Böttcher „wegen der Kirchen Musique und abblasen vom thurm von aller Einquartierung befreyet" blieb, „hergegen gleich anderen privilegirten Kunst-Pfeiffern" eine jährliche Summe von 4 Talern zu zahlen hatte.[6]

Mit diesen Dokumenten des frühen 18. Jahrhunderts sind die Befugnisse und Aufgabenbereiche der märkischen Stadtmusikanten deutlich umrissen, die sich, wie ersichtlich ist, nicht nur auf rein musikalische Dienstleistungen beschränkten. Ihre Musik hatte unmittelbare Gebrauchsfunktion, war immer verbunden mit bestimmten Zeremonien bzw. Verrichtungen des einfachen Volkes. Für Bürger und Bauern war das Stadtmusikantentum neben Kirche und Volksmusizieren die wichtigste Quelle der Aneignung von Musik. Musikalische Veranstaltungsformen wie Opern und Konzerte waren ihnen zu jener Zeit noch unbekannt. Übrigens existierte unter Friedrich Wilhelm I. im Gegensatz zu anderen Höfen auch keine Hofkapelle. Er hatte die von Friedrich I. übernommene gleich nach seinem Regierungsantritt 1713 aufgelöst. Die Hofmusiker wurden entlassen, gingen an andere Höfe oder ins Ausland.

1720 kam es auf Grund eines Ediktes zur organisatorischen Neuregelung der musikalischen Aufwartungen in Preußen.[7] Alle Musikanten, die in Städten zu bestimmten Anlässen zum Verdienst spielten, mußten zuvor bei der Stadt-Akzisekasse einen gestempelten Zettel zu einer bestimmten fest-

gesetzten Taxe lösen. Die Höhe der Taxe war abhängig von der Größe der Städte, vom Anlaß des Musizierens und dem sozialökonomischen Status der Auftraggeber. Die Einwohner wurden als vermögende (königliche Bediente, Ratsherren, Kaufleute), mittelmäßig vermögende (Brauer, Bäcker, Schlächter) und geringe (übrige Handwerker und Bürger) klassifiziert. Der Stadtmusikus selbst gehörte freilich zu den geringen. So mußte er z. B. einen Zettel für eine Hochzeit bei vermögenden Einwohnern in einer großen Stadt mit einem Taler, bei geringen Einwohnern in einer kleinen Stadt mit 6 Groschen bezahlen. Verstöße wurden mit 6 Talern, im Wiederholungsfall mit Spielverbot bestraft. Auf dem platten Lande wurde durch die Landräte die musikalische Aufwartung in bestimmten festgelegten Distrikten an den meistbietenden Musikanten verpachtet. Die Pacht war an die Akzisekasse der Kreishauptstädte abzuführen. Hierdurch war den Ämtern der Einfluß auf die Besetzung vakanter Stellen möglich. In der Tat nahm im 18. Jahrhundert die Tendenz zu, daß ausgediente, invalide Militärmusiker in Stadtmusikantenstellen anvancierten. Das hatte notwendig ein Nachlassen der musikalischen Qualität zur Folge. Militärhautboisten und -trompeter ließ Friedrich Wilhelm I. im Potsdamer Militärwaisenhaus gleich nach dessen Gründung 1724 ausbilden.[8] Er setzte speziell einen Direktor für die Musikabteilung des Waisenhauses ein, der aus der königlichen Hofstaatkasse ein Jahresgehalt von 400 Talern erhielt. Dieses Prinzip setzte Friedrich II. fort. Der Direktor hatte im Hinblick auf die berufliche Einweisung seiner Schüler unmittelbare Kontakte mit den Regimentern. Direktor Pauly legte dar: „Es haben Se. Königliche Majestät Allergnädigst geruhet, sowohl meinen Vorfahren, als mir selbst die Erlaubniß zu ertheilen, daß ich die aus dem hiesigen großen Waisenhause zu informierenden Waisenknaben nach vollbrachter Lehrzeit an die Königlichen Regimenter als Hoboisten verkaufen kann, wo ich will."[9] Jeder ausgebildete Zögling brachte 50 Taler. Auf diese Weise wurde aus den Militärwaisen Profit geschlagen zur weiteren Militarisierung des Landes. Friedrich Wilhelm I. räumte in dem Edikt den Regiments-Hautboisten und -Trompetern das Vorrecht ein, daß sie keine Zettel zu lösen brauchten, wenn „sie den in unsern Diensten stehenden Officiers in derselben Häusern und Quartieren aufwarten."[10] Hierdurch wurde der Wirkungskreis der Stadtmusikanten deutlich beschnitten.

Leuchten wir weiter in die Musikgeschichte der benannten märkischen Orte hinein. Wie Akten aus Ruppin, Werder und Luckenwalde aus dem Zeitraum von 1720 bis zum Siebenjährigen Krieg ausweisen, gleichen sich die Pachtverträge zur musikalischen Aufwartung in den kleinen Städten und auf dem platten Lande auffallend. Die Einwohner eines bestimmten Amtes wurden verpflichtet, sich ausschließlich an den zuständigen Musikpächter zu halten und ihm den Aufwartungstermin und die gewünschte Anzahl der Musikanten vierzehn Tage vorher anzumelden. Der Kunstpfeifer als Musik-



Abrechnung des Jüterboger Stadtmusikanten Johann Christoph Strohmann über seine Einnahmen, 1758/1759

pächter mußte „mit dem, was ihm aus freyem Willen wird gereichet werden, ... zufrieden seyn," auch durfte er „wegen der Hin- und Rückfuhre Niemanden, der nicht von selbsten sich dazu offeriret, beschwerlich fallen."[11] Er war befugt, unangemeldet spielenden Musici die Instrumente abzunehmen. Die Pachtverträge beliefen sich in Ruppin auf 6, in Werder auf 10 und in Luckenwalde auf 12 Taler jährlich, ausgenommen die Zeiten angesetzter Landestrauer, in denen „mit der Music eingehalten werden" mußte.[12]

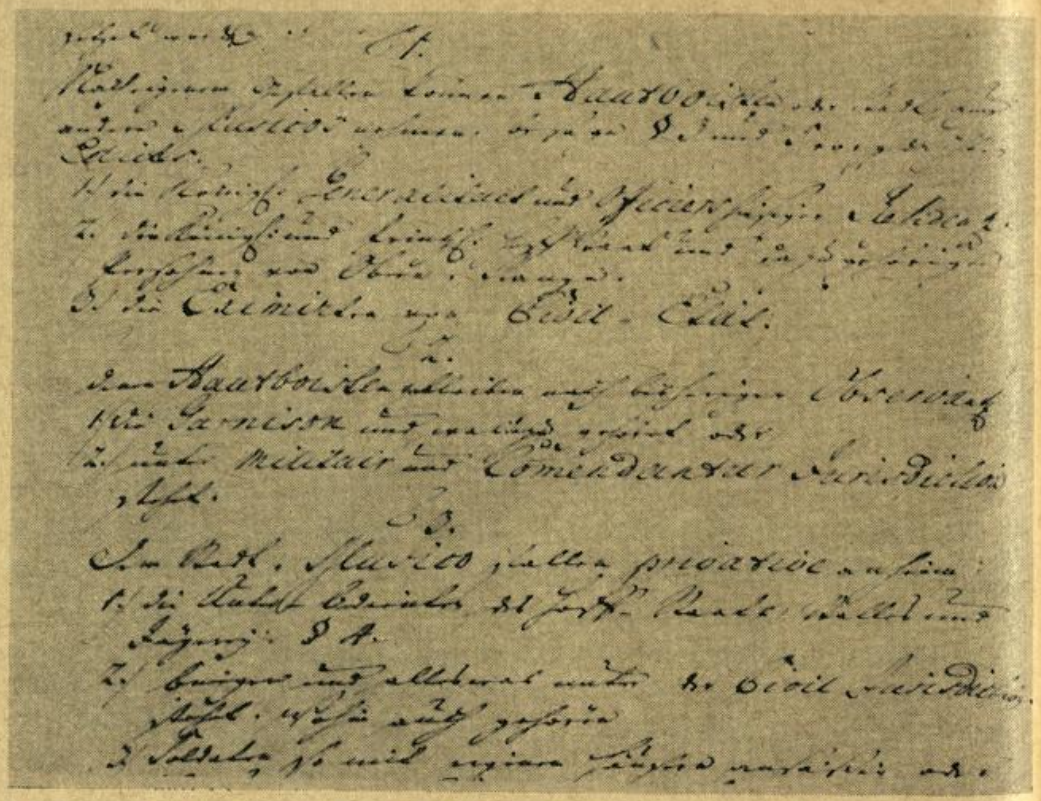
Die absoluten Einkünfte der Musiker gehen aus den Akten nicht hervor. Anhaltspunkte sind jedoch gegeben durch einige Aufstellungen auferlegter Abgaben. Der Jüterboger Stadtmusikant Johann Christoph Strohmann hatte z. B. von seinen Jahreseinnahmen Oktober 1758 bis Oktober 1759 aus Hochzeiten und Ehrengelagen 17 Taler abzuführen, die sich aus Einkünften von 8 großen Hochzeiten (je 1 Taler), 10 kleinen (je 16 Groschen) und 7 Ehrengelagen (je 8 Groschen) in Jüterbog und angrenzenden Dörfern zusammensetzten.[13] Wie die Kontrakte aussagen, zahlten die Auftraggeber nach eigenem Ermessen und freiem Willen. Zu entlohnen waren die Gesellen, die in der Regel von einem Talerverdienst des Meisters 6 Groschen abbekamen. Sämtliche Kirchendienste hatten gratis zu erfolgen. Die wirtschaftliche Lage der gemeinen Musikanten war insgesamt schlecht. Der Lindower Kunstpfeifer Caspar Böttcher mußte nachsuchen, daß ihm die „jährlich erlegten 4 Thaler erlassen werden mögten", er wollte dafür lieber „gleich anderen Bürgern die Einquartierung übernehmen."[14] Als er nach Erlaß des Ediktes zu höherer Pacht aufgefordert wurde, erwiderte er, daß er „außer dem was Er vermöge Privilegii albereits 12 Jahre dem Ambte jährlich erleget nichts declariren" könne, „weil ihm dieses abzutragen hart genug fiehle."[15] Johann Christoph Schwartz, Stadtpfeifer von Werder, klagte, daß die Einkünfte nicht hinreichend waren, „mich und die meinigen zu ernehren, habe auch mein bisgen Armuth, so ich in meinem Hautboisten Stande erworben, schon dabey zu gesetzet."[16] Der Luckenwalder Stadtmusikant Martin Hertzberg gab an, daß er durch den „schlechten Verdienst in die größte Armseligkeit gerathe, da [er] zudem noch jährliche Pacht in Königliches Amt abtragen muß."[17] Sein späterer Amtsnachfolger Heinrich Christian Creta schilderte den Zustand während des Siebenjährigen Krieges: „Ich bin dadurch ein armer Mann geworden, und bey der feindlichen Plünderung habe ich alle meine musicalische Instrumente, Kleider und Leinen verlohren. Der Verdienst hingegen ist so schlecht, daß ich meine ... Pacht nicht einmal davon abgeben kan, geschweige, daß ich mir dasjenige wiederum anzuschaffen im Stande wäre ... Die Nahrung ist hierselbst so schlecht, daß ich auf meinem Verdienst nicht einmal einen Gesellen zu halten im Stande bin."[18] Wie kraß tritt hier der Unterschied zwischen den Hof- und Stadtmusici zutage! Friedrich II., der nach seinem Regierungsantritt 1740 seine Rheinsberger Musiker

mit in die Residenzstadt genommen und den Bau des großen Opernhauses veranlaßt hatte, zahlte seiner Lieblingssängerin Giovanna Astrua jährlich 6000 Taler, dem Kastraten Felice Salimbeni 4400 Taler, seinem Hofkomponisten Johann Joachim Quantz 2000 Taler. Die Gehälter der Mitglieder der Hofkapelle lagen zwischen 300 und 1000 Talern. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für die Hofmusik im Jahre 1750 auf 28 585 und 1756 sogar auf 33 137 Taler.[19] Aufschlußreich wäre die jährliche Gesamtsumme aller Abgaben der preußischen Stadtmusikanten. Möglicherweise würde sie an die Ausgaben für die musikalische Repräsentation am Hofe heranreichen oder sie gar übersteigen. Während des Siebenjährigen Krieges versiegte allerdings auch die Hofmusik; die Instrumentalisten und Sänger waren ohne Existenz und Einkommen.

In den Nachkriegsjahren führte Friedrich II. nach französischem Vorbild eine selbständige Steuerverwaltung ein. Der Steuerdruck und die Bürokratisierung der Steuerverwaltung nahmen zu. In diesem Zusammenhang wurde 1766 ein neues Edikt zur Regelung der musikalischen Aufwartung erlassen, das aber in seinen Grundsätzen in dem von 1720 wurzelte. Neu war, daß sämtliche Abgaben aus Einkünften der Stadtmusikanten und Musikpächter der Haupt-Stempel- und Kartenkammer zufließen mußten, daß der Strafsatz auf 10 Taler erhöht wurde und daß „in Ansehung des platten Landes ... die Music ... allenfalls auch den Unterthanen selbst, auf Verlangen gegen ein locarium" überlassen werden durfte.[20] Es konnten also Nichtmusiker über die musikalische Aufwartung verfügen, wenn sie nur das geforderte Geld entrichteten! Mit dem Edikt wurden die Taxen neu festgesetzt. Ein Stadtmusiker mußte z. B. nunmehr für einen gestempelten Zettel bei der Hochzeit eines „würklichen Schutz-Juden, deren Söhne und Töchter" 5 Taler, eines Bankiers und reichen Großhändlers 4, bei höheren Bedienten und Standespersonen 1 Taler, 8 Groschen, bei Magistrats- und Gerichtspersonen, königlichen Sekretären, Amt- und Kaufleuten in mittleren und kleinen Städten 16 Groschen und bei Kossäten und Tagelöhnern auf dem Lande 4 Groschen bezahlen. In der Taxenordnung erschien jetzt auch „ein Concert publique, wo die Entrée bezahlet wird" mit 16 Groschen und ein „Ball publique oder Assamblée" mit 12 Groschen Abgaben.[21] Diese Veranstaltungsformen etablierten sich in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts und nahmen fortan mit dem Erstarken des Bügertums zu.

Die königlichen Instruktionen liefen nun stärker auf das Lösen von Musikzetteln aus. Dieses System versprach größere Akziseeinnahmen. Die Durchsetzung der Maßgabe, die Pachtsätze zu erhöhen, bereitete dagegen erhebliche Schwierigkeiten. Es heißt in einer königlichen Anweisung: „Obgleich die Musik an vielen Orten verpachtet ist, so werden dennoch Musikzettel gehalten, weil an allen Orten, sich Eximirte ... aufhalten, welche nicht zum Musikzwang des Pächters gehören, und wovon folglich der Pächter keine

Pacht bezahlet . . ., desgleichen wenn in denen Wirths-Häusern Music gemacht wird . . ., weil die Pächter eigentlich nur von der Music der Hochzeiten und Kindtaufen in denen Städten und Creysen Pacht bezahlen, daher zu allen übrigen Aufwartungen andere Musici nach gelöseten Music-Zettel adhibiret (gebraucht) werden können."[22] Es wird deutlich, daß sich die königlichen Order notwendig an die sich allmählich verändernde sozialökonomische Struktur zugunsten bürgerlicher Entfaltung anpassen mußten.
In den benannten märkischen Orten blieben offenbar im ausgehenden 18. Jahrhundert die Aufgaben der Stadtmusikanten und Musikpächter auf das Abblasen vom Turm, auf das Musizieren anläßlich von Hochzeiten und Kindtaufen und auf Kirchenmusiken beschränkt. Konzerte für Eintrittsgelder wurden zumindest in den vorhandenen Akten nicht erwähnt. Kunstpfeifer Gottfried Heinemann aus Luckenwalde hatte z. B. neben den Hochzeitsmusiken, für die er vorher Zettel kaufen mußte, laut Kontraktes von 1783 „die bisher gewöhnliche Kirchenmusic an den 3 hohen Festen den ersten Feyertag auch des Nachmittags nicht weniger am Ernte Feste und Neu Jahrs Tage unentgeldlich" auszuführen und „auch an gedachten 3 ersten hohen Heiligen Festtagen nicht nur früh von drei bis halb 4 Uhr, sondern auch nach geendigtem Gottesdienst vom Thurm" zu spielen „und so ebenmäßig den Johann und Michael" einzublasen.[23] Bemerkenswert ist, daß mancherorts auch unterschieden wurde zwischen geringer Tanz- und Unterhaltungsmusik und der Musik der gelernten Stadtmusiker. Es heißt in einem Bericht des Amtes Zinna, „daß die Fuscher und Bier-Fiedler nichts anders, als in Jahr-Markt-Zeiten und in Bier-Häusern, gegen Lösung der Music-Zettel, Music machen, und denen privilegirten und erlernten Musicis die Aufwartung mit der Music bey Ehren-Gelagen, als Hochzeiten Kind-tauffen bey denen so dem Music-Zwang unterworfen sind, gegen gleiche Lösung der Music-Zettel, allein vorbehalten seyn soll."[24] Nicht in allen Orten gab es diese fixierten Differenzierungen. Der Werdersche Kunstpfeifer Christian Bornstedt beschwerte sich darüber, „daß in den Dorfschaften auf den Hochzeiten die Pfuscher sich umschleichen und mir solcher gestald vielen Schaden thun. Den Herbst sind mir auf diese Arth 4 Hochzeiten entwand worden."[25] Für die Residenzstadt Potsdam wurde unmittelbar nach Erlaß des Ediktes 1766 ein „Regulativ in Ansehung der musikalischen Aufwartung" erlassen. Es ist zu bedenken, daß hier unterschiedliche soziale Musiziersphären nebeneinander bestanden bzw. sich gegen Ende des Jahrhunderts immer stärker durchdrangen. In Potsdam wohnten Mitglieder der Hofkapellen Friedrichs II. und des Prinzen von Preußen, die teilhatten an der Gründung und Entfaltung des bürgerlichen Konzertbetriebes. Es waren außerdem Regimentshautboisten (Militärmusiker) ansässig, ferner Kantoren und Stadtmusikanten. Die Musik war hier nicht mehr verpachtet, alle Aufwartungen bedurften grundsätzlich der Musikzettel. Das Regulativ besagte, daß „die König-



Aus einem Edikt, das die Zuständigkeit der Musiker für ihre Tätigkeit in der Stadt Potsdam regelt, 1766

liche Generalitaet und Officiers hiesiger Residentz, die Königl. und Printzl. Hoff-Staat und dazu gehöriger Persohnen von Obern Range" und „die Eximirten von Civil-Etat" sich nach eigenem Gefallen Hautboisten, Stadtmusiker oder andere Musiker nehmen konnten. Den Hautboisten verblieben „die Garnison und was dazu gehöret oder unter Militair und Comendantur Jurisdiction stehet." Den Stadtmusikanten waren vorbehalten „die Unter-bedienten des Hoff-Staates, Stalles und Jägerey, bürger und alles was unter der Civil Jurisdiction stehet. Wohin auch gehören Soldaten so mit eigenen Häusern ansäßig, oder beurlaubte von auswärtigen Regimentern, wenn sie in denen beurlaubungs Monathen hierselbst in Arbeit stehen, oder sich sonst für beständig hierselbst nähren, ingl. die so concendirte Höckre Crämer haben." Es hatten gleichberechtigt die Wahl, entweder Militär- oder Stadtmusiker zu nehmen, „die gesamten Wirthe von denen Bier, Wein und Tantzhäusern in und vor der Stadt" und „die Einwohner von Novawest."[26] Wie die Bestallung zum Stadtmusikanten in Potsdam vor sich ging, erfahren wir aus einem Bericht von 1754. Es meldeten sich für die durch den Tod des Stadtpfeifers Müller vakant gewordene Stelle zwei Anwärter, der Sohn und Geselle des Verstorbenen und der Hautboist Johann Gottfried Tannenberg. Beide mußten ein Probespiel bei den königlichen Kammermusikern Benda

und Koch ablegen. Verschiedene Konzerte waren vorzutragen. Die Hofmusiker schätzten die musikalische Berufung beider Bewerber gleich ein. Die Entscheidung aber wurde vom Magistrat gefällt. Man entschied sich für den ehemaligen Regimentshautboisten.[27] Tannenberg sah sich bald in seinen Rechten – insbesondere von Militärmusikern! – beeinträchtigt und bot der Kämmerei freiwillig einen jährlichen Betrag von 25 Talern zum Schutze seiner Existenz an.[28] Um häufig auftretenden Kollisionen entgegenwirken zu können, beantragte er sogar, das Regulativ auf eigene Kosten drucken lassen und es den „Commisarien, Bierschenkern, Concert-Tanz-Wirthen" aushändigen zu können.[29] Das wurde ihm auch gewährt. Das Zettelsystem auf der Grundlage des Regulativs war für die königliche Kammer lohnend. Nicht ohne Stolz berichtete der Kriegesrat Richter, „der Ertrag in allem ist pro 1768/9 von Potsdam gewesen = 452 Thaler 17 Groschen" – vergleichsweise betrug die Jahreseinnahme aus Luckenwalde 1768 12 Taler 22 Groschen[30] –, und er kommentierte das Potsdamer Verfahren sarkastisch: „Es ist immer gewiß, daß derjenige welcher tanzt nicht am Hunger laboriret, und folglich muß man rigoreus seyn, daß er zu denen Revenues (Einkünfte) des Staates zugleich etwas beyträgt."[31] Tannenberg hingegen, so mußte Richter in demselben Bericht einräumen, hatte „nicht 1 Thaler Tractament (Besoldung) oder Emolumenta (Nebeneinkünfte) außer einer sehr kleinen Wohnung" und mußte noch „die Musiquen in der Nicolai und St. Spiritus Kirche" unentgeldlich versehen.[32] Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich bei ihm und seinen Amtsnachfolgern Johann Carl Kruffky und Carl August Humrich zunehmend.

Bis in das 19. Jahrhundert hinein waren in den märkischen Provinzen Stadtmusikanten tätig. Ihr Glanz verblaßte aber mit dem beginnenden Niedergang des preußischen Absolutismus im 18. Jahrhundert. Einst hatten sie Bedeutung im städtischen und ländlichen Musikleben. Ihre Aufgabenbereiche unterschieden sich deutlich von denen der Hofmusiker, die an die königliche Kammer und die Hofoper gebunden waren. Sie waren in den Alltag des arbeitenden Volkes integriert, hatten als Gleiche unter Gleichen teil an seinen Freuden und Leiden. Die Stadtpfeifereien gehörten außerdem zu den frühen musikalischen Bildungseinrichtungen der unteren Bevölkerungsschichten.

Verschiedene Faktoren begünstigten ihren Verfall. Neben den Tatsachen, daß auch Nichtmusiker als Musikpächter fungierten und daß invalide Militärmusiker in den Zivildienst als Stadtmusikanten befördert wurden, ist der Hauptgrund in einer mangelnden musikalischen Spezialisierung zu sehen. Mit dem Aufsteigen des Bürgertums waren neue Veranstaltungsformen, neue musikalische Gattungen, Gestaltungsweisen und Spieltechniken verbunden, die der Spezialisierung des einzelnen Musikers bedurften. Die Hofmusiker waren von diesem gesellschaftlich determinierten Veränderungs-

zwang nicht berührt. Im Gegenteil, sie setzten die Maßstäbe, brachen aus der höfischen Enge aus und initiierten und befruchteten den bürgerlichen Musikbetrieb. Einzelne Stadtmusikanten konnten sich in ihn eingliedern. Ihr Gewerbe allgemein jedoch trat in den Hintergrund.

Quellen:

1 Sachs, C., Musikgeschichte der Stadt Berlin bis zum Jahre 1800, Berlin 1908, S. 15
2 Quantz, J. J., Autobiographie, in: Kahl, W., Selbstbiographien deutscher Musiker des 18. Jahrhunderts, Köln und Krefeld 1948, S. 104 f
3 Zelter, C. F., Autobiographie, in: Carl Friedrich Zelters Darstellungen seines Lebens, hrg. v. Schottläder, J. W., Verlag der Goethe-Gesellschaft Weimar 1931, S. 40
4 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Ruppin, Nr. 954, Bl. 11
5 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1595, Bl. 1
6 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lindow, Nr. 109, Bl. 2, 3
7 Edikt vom 7. 3. 1720, in: Mylius, Ch. O., Des corporis constitutionum marchicarum, 4. Teil, Abt. 3, Nr. 63, Berlin 1736
8 Geschichte des Königlichen Potsdamschen Militärwaisenhauses von seiner Entstehung bis auf die jetzige Zeit, hrg. zur hundertjährigen Stiftungsfeier der Anstalt im November 1824, Verlag Ernst Siegfried Mittler 1824, S. 370
9 ebenda, S. 374
10 Edikt vom 7. 3. 1720, a.a.O.
11 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br, Rep. 7, Ruppin, Nr. 413, Bl. 2, 3
12 ebenda, Bl. 4
13 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Jüterbog, Nr. 2460, Bl. 9
14 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lindow, Nr. 109, Bl. 4
15 ebenda, L. 8
16 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lehnin, Nr. 76, Bl. 8
17 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1595, Bl. 5
18 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1599, Bl. 2
19 Brachvogel, A. E., Das alte Berliner Theaterwesen. Ein Beitrag zur Geschichte Berlins und des deutschen Theaters, Berlin 1877, Bd. 1, S. 159
20 Edikt vom 13. 5. 1766, in: Mylius, Ch. O., Novum corpus constitutionum prussio-brandenburgensium praecique marchicarum, Verordnungen von 1766, Nr. 41, Berlin 1771, S. 430
21 Stadtarchiv Potsdam 7–02/36, M. III, 1765–1780
22 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1598, Bl. 11
23 ebenda, Bl. 32
24 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1597, Bl. 5
25 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lehnin, Nr. 76, Bl. 96
26 Regulativ von 1766, Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2, Potsdam, Nr. S 6569, Bl. 4
27 Stadtarchiv Potsdam, 1–3/130/1
28 Regulativ von 1766, a.a.O., Bl. 5
29 ebenda, Bl. 15
30 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1597, Bl. 82
31 ebenda, Pr. Br. Rep. 2, Potsdam, Nr. S 6569, Bl. 15
32 ebenda, Bl. 14

Märkische Stadtmusikanten im 18. Jahrhundert, Anhang

Lindow

1700– bis nach 1721 Caspar Böttcher, seine Söhne Johann Caspar und Johann Friedrich waren seine Gesellen

Ruppin

–1684 Peter Goddun
1684–1703 Joachim Goddun, Sohn d. O., 1703 gest.
1703– bis nach 1721 Friedrich Witzel

Werder

1703–1718 Jacob Herrmann
1718–1720 Martin Hempel, ehem. Hautboist, 1720 gest.
1720–1726 Jacob Herrmann, d. O. übernahm das Amt nochmals
1726–1745 Johann Christoph Schwartz, ehem. Hautboist
1745–1751 Christian Ernst Schwartz, Sohn d. O., 1751 gest.
1751–1778 Christian Bornstedt, ehem. Hautboist, 1778 gest.
1778– Christian Ludewig Bornstedt, Sohn d. O.

Luckenwalde

1708–1720 Martin Hertzberg, sein Sohn Balthasar Gottfried war sein Geselle; Martin Hertzberg 1720 gest.
1720–1730 Gottfried Otto, ehem. Hautboist, 1730 gest.
1730– die Witwe Gottfried Ottos
1749–1768 Heinrich Christian Creta
1768–1782 Wilhelm Heinrich Creta, Sohn d. O., 1782 gest.
1783– Gottfried Heinemann, ehem. Hautboist

Potsdam

–1754 Müller, sein Sohn Andreas Wilhelm war sein Geselle, Müller 1754 gest.
1754–1770 Johann Gottfried Tannenberg, ehem. Hautboist, 1770 gest.
1770– bis nach 1779 Johann Carl Kruffky, ehem. Hautboist, zw. 1779 u. 1781 gest.
–1796 Carl August Humrich, hat das Amt vor 1781 übernommen, 1796 gest.

Die Werte der Heimat schützen und erhalten!

Von Sven Gustavs

Um dieses kulturpolitisch wichtige Ziel zu verwirklichen, hat die Regierung der DDR schon bald nach der Gründung unseres Staates entsprechende gesetzliche Grundlagen erlassen, staatliche Organe geschaffen und gesellschaftliche Organisationen gefördert, deren Aufgabe es ist, im Zusammenwirken mit den Bürgern die Naturschönheiten und historischen Stätten unserer Heimat zu pflegen, sie der Bevölkerung zur Erholung und Bildung sowie der Wissenschaft zur weiteren Erforschung zu erhalten.

Der Naturschutz, die Denkmalpflege und die archäologische Bodendenkmalpflege sind tätig bemüht, das Naturschutzgesetz, das Denkmalpflegegesetz und die Bodendenkmalpflegeverordnung – so die landläufigen Kurzbezeichnungen – zu verwirklichen. Die in vieler Hinsicht ähnlichen Aufgaben führten bisher leider nur gelegentlich zu gemeinsamen Unternehmungen wie z. B. auch am 12. 6. 1980. An diese sei hier, ungeachtet der seitdem bereits verstrichenen Zeit, angeknüpft, um zur Schließung einer offenbar teilweise noch bestehenden Informationslücke speziell über *archäologische Funde und Ausgrabungen* beizutragen[1].

Der Kreisnaturschutzbeauftragte des Kreises Königs Wusterhausen, Oberförster H.-J. Koch, und der Autor führten an dem genannten Tag eine Kontrollfahrt zu eindrucksvollen eiszeitlichen Geländeformen, Dünenbildungen und Gewässerpartien sowie zu ur- und frühgeschichtlichen Bodendenkmalen und Fundplätzen durch, um deren Zustand zu überprüfen. Zwar gab es die Verunreinigung einer einst sorgfältig eingefaßten Quellmulde unmittelbar am Dahmeufer mit Gerümpel und den Scherben zerschlagener gläserner Harztöpfe zu beanstanden, doch im übrigen stand anscheinend ein recht befriedigendes Ergebnis in Aussicht.

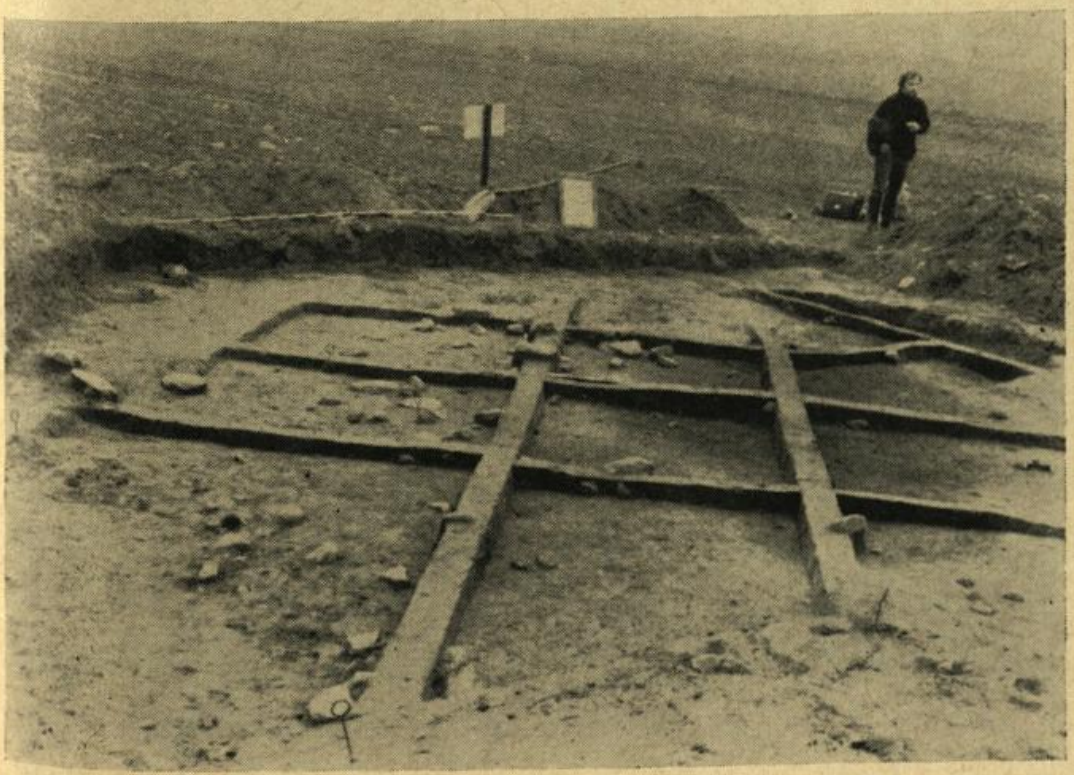
Leider bot sich an der letzten Station ein sehr schlechtes Bild! Der sagenumwobene „Hungrige Wolf", eine stimmungsvolle Waldlichtung, auf der einst eine Herberge an einer alten, von Süden in Richtung Berlin verlaufenden „Heerstraße" stand, war an zwei Stellen durchwühlt. Unregelmäßige Gräben und Löcher, herausgewühlte Fundamentsteine „belebten" den Anblick. Nachdem nach Aussage von Herrn Koch bereits 1979 kleinere Löcher entstanden waren, mußte hier erst in der Woche zuvor weitergewühlt worden

sein; die umfängliche Angrabung eines kleineren Hügels, wohl den Resten eines Backofens, war noch frisch. Der unerfreuliche Tatbestand steht leider nicht ganz allein, so daß einige Hinweise auf wichtige, Bodenfunde und Ausgrabungen betreffende Grundsätze angebracht erscheinen.

Im vorliegenden Fall ist das Landschaftsbild ohne zwingenden Grund in mutwilliger Weise offensichtlich aus persönlichen Gründen und gegen das allgemeine Interesse gestört und damit auch gegen die „Verordnung zum Schutze und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer vom 28. Mai 1954" (!) verstoßen worden.

Eine „Ausgrabung" oder richtiger Raubgrabung dieser Art durch Laien zerstört historische Denkmalsubstanz, vernichtet Erkenntnismöglichkeiten und schädigt „Gegenstände von kulturhistorischer Bedeutung" (ZGB § 361,) d. h. Volkseigentum. Sie ist ganz einfach ungesetzlich, gleich welche Motive ihr im Einzelfall zugrundeliegen, ob naives Interesse, Sammelleidenschaft oder gar Streben nach unrechtmäßigem Gewinn.

Alte Befestigungsanlagen, Siedlungsstellen, wüste Orte oder Begräbnisstätten aus ur- und frühgeschichtlicher Zeit sowie Reste von Produktionsanlagen (Öfen verschiedener Art, Teerbrennereien u. a.) genießen sämtlich den



Während einer Sondierungsgrabung des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. Fläche und Profilstege sind für die Dokumentation der Befunde sorgfältig gesäubert

Schutz der genannten Verordnung und ihrer Durchführungsbestimmungen. Sie besagen, daß jede Ausgrabung an einem entsprechenden Geländeobjekt vom zuständigen Museum für Ur- und Frühgeschichte schriftlich genehmigt werden muß, wobei vom Veranstalter der Grabung eine Reihe von Forderungen zu erfüllen ist, wie sachkundige Durchführung (Abb. 1), exakte Dokumentation der Befunde und Überführung sämtlicher Fundgegenstände in eine öffentliche Sammlung (Museum). Die Rettung akut gefährdeter Bodenaltertümer vor drohender Zerstörung kann jeder Bürger vornehmen, und wenn die geschichtliche Bedeutung der gesicherten Funde und sein Einsatz dies rechtfertigen, auch eine materielle Anerkennung dafür erhalten. Voraussetzung dafür ist allerdings die raschestmögliche Information des zuständigen Museums für Ur- und Frühgeschichte, damit dessen Mitarbeiter erforderlichenfalls weitere Sofortmaßnahmen ergreifen können.
Fundgegenstände von kulturgeschichtlicher Bedeutung (und das sind nicht nur materiell wertvolle Gegenstände wie Münzen, Schmuck, Waffen, sondern ebenso weniger auffallende urgeschichtliche Funde, z. B. Steingeräte,



Kollegen der LPG Obstproduktion Groß Kreutz mit einem 800jährigen slawischen Tongefäß. Es wurde aufgrund ihrer Meldung über Scherben und Herdstellenfunde bei Erdarbeiten von Archäologen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam aus einer Vorratsgrube geborgen. Aufschlußreich ist das Kreuzzeichen des ansässigen Töpfers auf dem Gefäßboden

Knochenwerkzeuge und unglasierte Tonscherben) gehen laut § 361 des Zivilgesetzbuches mit ihrer Auffindung in Volkseigentum über. Sie sind, gleich wo und von wem sie gefunden wurden und ob dies durch Zufall geschah oder nicht bei den sachlich und regional zuständigen Museen zu melden und abzuliefern. Alle diese Gegenstände stellen Sachzeugen der kulturgeschichtlichen und historischen Entwicklung dar, sind Geschichtsquellen, die neue Erkenntnisse vermitteln helfen. Leider nimmt ihre Zahl ständig ab, denn sicher werden viele von ihnen bei den an Zahl und Ausmaß anwachsenden maschinellen Erdbewegungen nicht erkannt. Umso sorgfältiger sind deshalb diejenigen Fundstücke zu behandeln und auszuwerten, die gefunden werden. Sie gehören in ein Museum mit einer entsprechenden Sammlung, wo sie sowohl den Spezialisten wie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Wer Interesse an diesen Dingen hat, sollte Verbindung zu einem ehrenamtlichen Bodendenkmalpfleger, einem Heimatmuseum oder einem der Museen für Ur- und Frühgeschichte aufnehmen[2)], um Kontakte zu knüpfen, seine Kenntnisse zu erweitern und sie in größerem Rahmen sinnvoll und wirksam einzusetzen.

Anmerkungen

1 Vgl. auch S. Gustavs, Was tun mit Vorzeitfunden? Zu Bedeutung, Wertigkeit und Behandlung ur- und frühgeschichtlicher Bodenaltertümer. In: Heimatkalender für den Kreis Zossen 1984, S. 21–25.

2 Für die Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus ist das Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, 1502 Potsdam-Babelsberg, Schloß Babelsberg mit seinen Außenstellen in 1200 Frankfurt/Oder, Philipp-Emanuel-Bach-Straße 11 und 7500 Cottbus, Schloß Branitz, zuständig

Münzfunde auf dem Gebiet des Bezirkes Potsdam

Von Hans-Dieter Dannenberg

Münzfunde sind wichtige Zeugen der Geld-, Wirtschafts- und Territorialgeschichte. Sie geben z. B. orts- und zeitbezogene Auskünfte über Siedlungsgeschichte, Handelswege, Ware-Geld-Beziehungen, gesellschaftliche Bedingungen und natürlich zur Münzgeschichte selbst. Hierzu tragen nicht allein die Fundmünzen bei, sondern auch die Fundumstände, eventuell vorhande-

ne Aufbewahrungsbehältnisse (Gefäße usw.) und andere Fundinhalte (z. B. Schmuck). Münzfunde können weiterhin zur Orts- und Zeitbestimmung von bestimmten Ereignissen und Einrichtungen herangezogen werden.
Im wesentlichen unterscheidet man zwischen Einzel- und Verwahr- bzw. Schatzfunden. *Potin*[1] schlägt eine Einteilung in ökonomische, kultische und ethnografische Münzfunde vor. Interessant sind vielfach die Fundumstände, d. h. die Art des Auffindens und des Verbleibs der Münzen, auf die hier nicht umfassend eingegangen werden kann, ebenso nicht auf die Münzbehältnisse und anderen Fundinhalte.
Als Forschungsleistung der Fachgruppe Numismatik Potsdam in der Gesellschaft für Heimatgeschichte wurde in den letzten Jahren versucht, die Münzfunde auf dem Gebiet des heutigen Bezirkes Potsdam zu erfassen. Aus dieser Münzfundzusammenstellung sollen hier vor allem bemerkenswerte Verwahr- und Schatzfunde dargestellt werden.
Es gibt über Münzfunde zahlreiche verstreute Literaturangaben, die hier nicht sämtlich angeführt werden können. Vor rund 50 Jahren hat *Suhle*[2,3] eine Reihe von Münzfunden in der ehemaligen Mark Brandenburg zusammenfassend beschrieben.
Einige Museen unseres Bezirkes und der Hauptstadt Berlin sowie Numismatiker gaben uns mit Hinweisen wertvolle Unterstützung, wofür an dieser Stelle gedankt sei. Leider bleiben nicht wenige Münzfunde, vor allem Einzelfunde, unbekannt, da sie entweder nicht veröffentlicht oder von den Findern verheimlicht werden.
Die Münzfunde bzw. Fundmünzen lassen sich für unser Gebiet zeitlich etwa folgenden Gruppen zuordnen:

- Funde antiker römischer Münzen,
- Hacksilberfunde, Funde von Fernhandelsdenaren,
- Funde mittelalterlicher Münzen aus der Periode des Regionalpfennigs und der frühen Groschenprägung (Zeit nach der deutschen Besiedlung ab etwa 1150),
- Funde neuzeitlicher Münzen, insbesondere aus der Talerzeit.

Bei den ersten beiden Gruppen handelt es sich um Münzen, die nicht in unserem Gebiet geprägt worden sind. Diese Münzen waren für die hier ansässigen germanischen und später slawischen Stämme auch noch nicht Geld in unserem Sinne, also allgemeines Äquivalent zur Vermittlung der Warenproduktion und -zirkulation.

Funde antiker Münzen

Hierbei handelt es sich ausschließlich um Münzen des Römischen Reiches. Für das Gebiet der DDR hat *Laser*[4] sämtliche derartigen Funde bis 1980 bezirks- und kreisweise zusammengestellt, *Lehmann*[5] alle Funde bis 1945

für die Mark Brandenburg. Dabei handelt es sich zum stark überwiegenden Teil nur um Einzel- und Streufunde. So werden für den Kreis Belzig 7 Fundorte angegeben (8 Funde), für den Kreis Brandenburg (Stadt- und Landkreis) 8 Fundorte (12 Funde), den Kreis Potsdam und Zossen je 7. Dagegen haben die Kreise Kyritz und Gransee mit nur je 1 Fund und die Kreise Neuruppin, Pritzwalk und Wittstock mit je 2 Fundorten und Funden nur eine geringe Anzahl zu verzeichnen, unter Berücksichtigung einer immer anzusetzenden Dunkelziffer.
Die über Tauschhandel aus dem Römischen Reich einsickernden oder von germanischen Söldnern mitgebrachten Münzen wurden von den hier ansässigen germanischen Stämmen als Wertmetall (Silber) angesehen und als Tauschäquivalent genutzt. Vielfach dienten die Münzen als Schmuck und Grabbeigaben. Der Zufluß römischer Münzen begann mit dem Vordringen der Römer bis zum Rhein zur Zeit von Julius Cäsar und im 1. Jahrhundert u.Z., vor allem aber in der Regierungszeit Kaiser Hadrians (117–138 u.Z.) und endete in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts in der Regierungszeit Kaiser Justinians. Aus der Zeit danach bis zum 8. Jahrhundert fehlen Münzfunde im Bezirk Potsdam, bis auf einen weiter unten erwähnten.

Nachstehend einige bemerkenswerte Funde von römischen Münzen:

Niemegk Kr. Belzig 1854: 1 km nördlich des Ortes 74 Denare aus der Zeit 219 v.u.Z. bis 127 u.Z. in einer Tonurne gefunden; darunter 19 Legionsdenare, die Marc Anton, einer der Julius-Cäsar-Nachfolger, um das Jahr 31 v.u.Z. zur Besoldung seiner Legionäre prägen ließ (siehe Abb. 1).
Luckenwalde: Zu Beginn dieses Jahrhunderts 1,5 km nordwestlich der Stadt in der Hetzheide 16 bronzene Münzen gefunden.
Stangenhagen Kr. Luckenwalde 1944: Beim Anlegen eines Spargelbeetes in einem Tongefäß 46 Tetradrachmen (alexandrinische Kolonialmünzen) aus der Zeit 247–361 u.Z. aufgefunden.
Buchow-Karpzow Kr. Nauen 1869: 5 Denare, in einem Torfstich gefunden.
Fernneuendorf bzw. Sperenberg Kr. Zossen um 1860: über 40 Sesterzen (Bronzemünzen).

Hacksilberfunde, Funde von Fernhandelsdenaren

In der ersten Periode des Mittelalters, während der unser Gebiet nach Abwanderung der Germanen von slawischen Stämmen besiedelt wurde, dienten silberne Materialien nach ihrer gewogenen Masse (Gewicht) als Tausch-



Abb. 1: Römischer Legionsdenar um 31 v.d.Z., Marc Anton, Durchmesser 15–18 mm, Masse 3,38 g, Vorderseite Galeere, Rückseite Legionsadler zwischen zwei Feldzeichen. Prägeort Ephesus

äquivalente und zur Schatzbildung. Dazu gehörten ganze und zerteilte Schmuckstücke, Silberdraht und -barren sowie fremde Münzen. Es wird angenommen[6], daß die ehemaligen slawischen Besitzer der verborgenen Schätze bei Kämpfen ums Leben gekommen sind, wobei auch ihre Siedlungen zerstört wurden. Einzelne Münzen dienten oftmals auch als Grabbeigaben („Wegepfennig"), z. B. in Funden von Schmergow, Fahrland und Phöben Kr. Potsdam.

Beginnend im 8. Jahrhundert und zunehmend im 9. und 10. Jahrhundert erscheinen in den Funden Münzen aus dem arabisch-persischen Raum, vor allem Dirham, aber auch byzantinische Münzen. Sie gelangten auf Handelswegen zu Wasser über das Schwarze Meer, Wolga und Dnepr, die baltischen Länder und die Ostsee zu uns. Ab 10. Jahrhundert nehmen dann die europäischen Münzen in den Funden zu, vor allem Denare der römisch-deutschen Könige und Kaiser sowie anderer deutscher Münzherren. Neben Otto-Adelheid-Pfennigen überwiegen im 11. Jahrhundert Hochrandpfennige, die sogenannten Sachsenpfennige, silberne Denare mit angestauchtem Rand. Beide wurden vorrangig aus Harzsilber in Magdeburg, Goslar und anderen westelbischen Münzstätten geprägt. Wegen ihres häufigen Vorkommens in den ostelbischen Hacksilberfunden hießen diese Sachsenpfennige früher auch Wendenpfennige. Angesichts ihrer Beliebtheit bei den Slawen sind sie im 11. Jahrhundert in größerem Umfang für den Handel mit den Slawen geprägt worden (Abb. 2).



Abb. 2: Sachsenpfennig (Hochrandpfennig) 11. Jh., Dbg. Nr. 1330, 16 mm, 0,87 g

Die Kreise Potsdam und Nauen, also das Havelgebiet, weisen eine auffällige Häufung von solchen Hacksilberfunden auf (siehe Tab. 1), nach *Herrmann*[6] vor allem auf Grund der früheren, durch dieses Gebiet führenden Handelsstraße Magdeburg – Lebus – Poznan. Der größte Teil der Schatzfunde lag in einer Zone von etwa 5 km beiderseits dieses Handelsweges. Dagegen sind uns solche Funde aus den Kreisen Belzig, Jüterbog und Wittstock bisher nicht bekannt geworden. *Herrmann*[6] hat für den Bezirk Potsdam 24 münzenhaltige Schatzfunde aus dieser Periode angegeben. Hinzu kommt eine Reihe von Einzelfunden[7]. Außerhalb dieser Hacksilberfunde ist ein Fund von 3 byzantinischen Münzen aus der Zeit 527–775 u.Z. zu erwähnen, der 1928 in Brandenburg in der St. Annen-Straße gemacht wurde.

Funde mittelalterlicher Pfennig- und Groschenmünzen aus der Zeit etwa 1150 bis 1500

Noch unter dem letzten Slawenfürsten in unserem Gebiet, Pribislaw-Heinrich von Brandenburg, begann um 1140 die Prägung eigener Pfennigmünzen, insbesondere von silbernen Dünnpfennigen bzw. Halbbrakteaten (um 1157 wurden auch vom Sprewanenfürst Jaxa in Köpenick Brakteaten geprägt). Der bedeutsamste Fund hierzu und zur brandenburgischen Münzgeschichte kam 1880 in Michendorf bei Potsdam zutage. Beim Pflügen eines Ackers fand man annähernd 2000 Denare, neben magdeburgischen Brakteaten Dünnpfennige von Pribislaw-Heinrich und vermutlich in Brandenburg geprägte Brakteaten seiner Nachfolger, der askanischen Markgrafen Albrecht

dem Bären und Otto I., zusammen mit den Resten eines Tongefäßes. Als Entdecker des Fundes gilt der Potsdamer Fleischermeister und Amateurnumismatiker Julius Lange. Zu diesem um 1177 vergrabenen Münzschatz erschien eine Reihe von Veröffentlichungen. Unter den 11 brandenburgischen Münztypen fand man dort erstmals Dünnpfennige, auf denen neben Pribis-



Abb. 3: Dünnpfennig von Pribislaw-Heinrich von Brandenburg, Fund von Michendorf 1880, Bahrf. Nr. 3, 19,5 mm, 0,73 g, Vs. Brb. des Fürsten, Rs. Brb. seiner Gattin Petrissa, Umschrift HEIN BRAND / PETRISSA

law-Heinrich (auf der Vorderseite) seine Frau Petrissa (auf der Rückseite) dargestellt ist (Bahrfeldt Nr. 3, siehe 8). Der Fund enthielt 320 dieser Petrissa-Pfennige (siehe Abb. 3). Die Ähnlichkeiten im Münztyp dieses Fundes, auch bei anderen Brakteatenfunden, lassen erkennen, daß die brandenburgischen Dünnpfennige und Brakteaten dieser Zeit vielfach auf magedeburgische Vorbilder zurückgingen und die Münzstempel eventuell sogar von den gleichen Handwerkern (Stempelschneider) angefertigt worden sind wie die magdeburgischen. Erzbistum und Stadt Magdeburg waren im Mittelalter ein politisch-ideologischer und ökonomischer Ausgangspunkt der feudalen deutschen Ostexpansion, auch für die Münzprägung.
Von größerem Interesse sind weiterhin die Brakteatenfunde von Seelensdorf bei Pritzerbe 1876, Rothebach bei Lütte 1919/1926, Illmersdorf 1885, Trebbin 1899 und Mittenwalde 1929. Bis auf den letzteren kamen in diesen Funden vorrangig magdeburgische Brakteaten vor. (Abb. 4 u. 5)



Abb. 4: Drei Brakteaten des Erzbistums Magdeburg 1. Hälfte des 13. Jh., Fd. von Trebbin 1899, 22 mm, durchschn. 0,87 g

Die wichtigsten Denar-, Hohlpfennig- und Groschenfunde sind in Tabelle 2 aufgeführt. Hier wird eine Konzentration der Funde auf die Stadt Brandenburg und ihre Umgebung sichtbar, die Bedeutung dieser mittelalterlichen Doppelstadt als wirtschaftliches Zentrum und wichtiger Prägeort in der Markgrafschaft Brandenburg deutlich machend.
Von der Masse her wurde der größte Fund mit 7,9 kg Münzen 1909 in Gransee beim Fundamentausheben zu einem Hausneubau gemacht. Darin

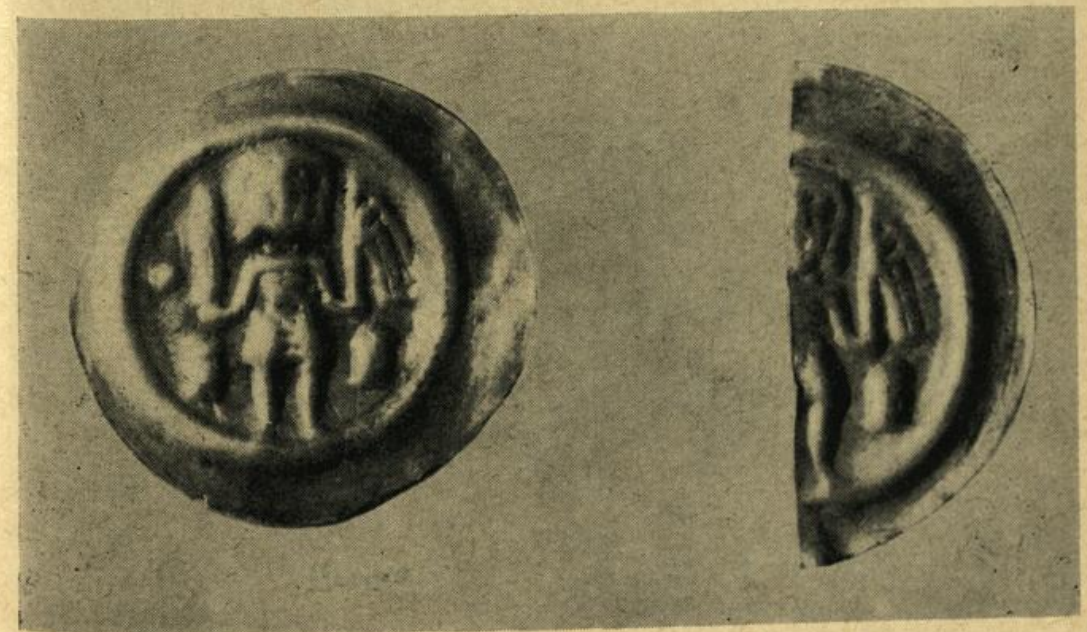


Abb. 5: Brandenburgischer Brakteat (1 und $^1/_2$) 13. Jh., Fd. von Mittenwalde 1929, Bahrf. Nr. 393, 23,5 mm, 0,63 g

befanden sich über 11 800 Denare des 14. Jahrhunderts, 4300 halbe Denare, 46 Brakteaten u.a. 4367 Stück gehörten zum Denartyp Bahrfeldt 666, als dessen Prägeort *Bahrfeldt*[9] Kyritz angenommen hat (Abb. 6).
Auch in zahlreichen anderen Denar- und Brakteatenfunden kamen in unterschiedlichem Umfang halbe Münzen vor. Die Halbierung nahm man im Mittelalter absichtlich vor, um beim Markthandel auch mit kleineren Münzeinheiten als ganzen Denaren zahlen zu können. Vielfach waren in den Funden Münzen anderer deutscher und ausländischer Münzherren vertreten, die für die damaligen Handelswege fast noch von größerem Interesse sind. Bemer-



Abb. 6: Zwei brandenburgische Denare 14. Jh., Fd. von Gransee 1909, links: Bahrf. Nr. 666, vermutl. Münzstätte Kyritz, 15 mm, 0,58 g, Vs. Steh. geflügelter Markgraf, Rs. (links unten) Lilienkreuz mit je einem Helm in den Winkeln.
Rechts: Bahrf. Nr. 751, vermutl. bischöfliche Münzstätte Havelberg/Wittstock, 14 mm, 0,63 g, Vs. Steh. Bischof mit zwei Krummstäben, Rs (rechts unten) Stern aus drei Eicheln und drei Eichenblättern

kenswert ist die große Vielfalt der Denar- und Brakteatentypen in vielen Funden. *Bahrfeldt*[8] hat z. B. für die Zeit 1140 bis 1415 über 750 verschiedene brandenburgische Pfennigtypen beschrieben. Ein Grund war hierfür neben der Vielzahl von Münzstätten die häufige Münzverrufung und -erneuerung im 12. bis 14. Jahrhundert. Es soll hier auch darauf hingewiesen werden, daß bis ins 20. Jahrhundert hinein in unserem Heimatgebiet nicht allein die in Brandenburg-Preußen geprägten Münzen als Geld angenommen wurden und der Schatzbildung dienten, sondern auch fremde Münzen, im wesentlichen entsprechend der Silber- oder Goldmasse, die sie repräsentierten. Dies gilt auch für andere Gebiete. Beispielsweise waren auf unserem Territorium in der Zeit etwa von 1350 bis 1450 Prager (Böhmische) Groschen als größere Zahlungsmittel vorherrschend. Erst danach wurden auch brandenburgische Groschen geprägt (siehe z. B. die Funde von Trebitz, Buckau und Brandenburg 1913).

Funde neuzeitlicher Münzen

Vorherrschend sind hier Verwahr- bzw. Schatzfunde aus dem 17. Jahrhundert, insbesondere aus der Zeit des 30jährigen Krieges 1618–1648 und der schwedisch-brandenburgischen Kampfhandlungen um 1675. Die Funde wurden zumeist im Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen vergraben, sei es von Soldaten als Beute, sei es von vermögenden Bewohnern aus Angst vor Plünderung.
Eine gewisse Häufung derartiger Funde zeigt sich in den Kreisen Nauen, Potsdam, Zossen und Königs Wusterhausen, also in einem Gebiet westlich, südlich und östlich (hierzu Fund von Fürstenwalde 1959) der damaligen Residenzstadt Berlin-Kölln.

Nachstehend uns bekannt gewordene größere Funde (kreisweise):

Jeserig Kr. Brandenburg 1916: 53 Gold- und 182 Silbermünzen von 18 deutschen und ausländischen Münzherren aus der Zeit 1657 bis 1795, darunter 17 niederländische Dukaten und 155 preußische Taler, vergraben gewesen im Keller eines alten Hauses.
Seelensdorf Kr. Brandenburg 1846: 16 Taler von 7 Münzherren aus der Zeit 1619 bis 1660, beim Ackerpflügen gefunden.
Jüterbog 1935: Beim Umbau eines Restauranthauses am Markt in 3 Gefäßen 10 277 Münzen aus dem 16. und 17. Jahrhundert gefunden, neben Talern und Groschen über 9000 Pfennigmünzen von über 70 Münzherren, vergraben um 1627.

Ragow Kr. Königs Wusterhausen 1936/1938: Im Abstand von 2 Jahren rd. 1250 Silbermünzen des 17. Jahrhunderts am früheren Standort einer Windmühle gefunden. Überwiegend brandenburgische Groschen und Dritteltaler. Vergraben um 1680.

Zachow Kr. Nauen 1835: Größere Anzahl von Talern und Talerteilstücken aus der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts auf einem Bauerngehöft gefunden.

Bergholz bei Potsdam 1929: Bei Gartenarbeiten Fund von 29 Talern und 8 Goldmünzen verschiedener deutscher und ausländischer Münzherren aus dem 16./17. Jahrhundert.

Bliesendorf Kr. Potsdam 1845: Im Garten des Pfarrhauses 12 Gold- und 43 Silbermünzen aus der Zeit 1542 bis 1640 sowie Schmuck gefunden, vermutlich von einem Söldner vergraben.

Sommersberg bei Pritzwalk 1965: Bei Planierungsarbeiten durch einen Traktoristen 785 Silbermünzen aus dem 16. Jahrhundert gefunden, vornehmlich Doppelschillinge der Hansestädte und von Holstein, vergraben um 1600.

Kuhsdorf Kr. Pritzwalk 1913: Zahlreiche Taler und Talerteilstücke aus der Zeit 1672–1766 sowie 2 französische Goldmünzen. Gefunden an der Stelle eines abgerissenen Hauses.

Königsberg Kr. Wittstock 1968: 41 Silber- und 4 Goldmünzen aus der Zeit 1861–1915 sowie Schmuck. Gefunden von Waldarbeitern und von der Volkspolizei sichergestellt.

Gröben (Kietz) Kr. Zossen 1899: Fund von 15 bis 18 Talern und etwa 1 kg kleineren Münzen aus dem 17. Jahrhundert bei einem Hausneubau. Vermutlich im 30jährigen Krieg vergraben.

Groß Kienitz Kr. Zossen 1932: Beim Grabenausheben hinter einer Scheune 407 Silbermünzen aus dem 16. und 17. Jahrhundert gefunden, darunter 33 Taler, 11 halbe Taler, der Rest Groschen. Vergraben um 1636.

Kummersdorf Kr. Zossen 1938: Bei Erdarbeiten zum Bau eines Schuppens 70–80 Silbermünzen des 16./17. Jahrhunderts aufgefunden, neben einigen Talern und Gulden vor allem Groschen und Dreier; vergraben um 1636.

Rehagen Kr. Zossen Ende des 19. Jahrhunderts: 93 Münzen aus dem 16./17. Jahrhundert, darunter 8 Taler aus den Niederlanden.

Zu den Verwahrfunden sind auch solche zu zählen, die in ausgewählten Bauten niedergelegt wurden und bei Rekonstruktionsarbeiten wiedergefunden werden, so z. B.

- 1971 bei der Reparatur des Rathausturmes von Belzig (Münzen aus den Jahren 1834 und 1901),
- 1979 in Potsdam bei Aufbrucharbeiten am Sockel des ehemaligen Denkmals von König Friedrich Wilhelm III. auf dem jetzigen Platz der Nationen (8 preußische Taler aus der Zeit 1770–1844),

- 1938/1978 bei der Reparatur des Turmkopfes des Brandenburger Doms (2 preußische Taler und 2 Pfennigmünzen von 1836, 1978 auch Münzen von 1938),
- 1849 im Turm der Brandenburger Petrikapelle (brandenburgische Pfennig- und Groschenmünzen von 1676/79 sowie 1 Gulden von 1720).
- um 1950 im Turmknauf der Kirche von Rosenwinkel Kr. Pritzwalk (17 Münzen, davon 15 aus der Zeit Friedrich II. von Preußen).

Für den Bearbeiter eines Themas wie Münzfunde wird es schwierig sein zu entscheiden, ob und wann alle aufgetretenen Funde erfaßt sind. Der Autor ist deshalb für Hinweise zu weiteren Funden oder Ergänzungen dankbar, wie er auch zu näheren Angaben über einzelne Funde gern bereit ist.[10]

Es erscheint unbedingt notwendig, an dieser Stelle nochmals auf die gesetzliche Melde- und Ablieferungspflicht für Münzfunde hinzuweisen, wie sie im Zivilgesetzbuch der DDR vom 19. 6. 1975 (§ 361) und in der Verordnung zum Schutz und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer vom 28. 5. 1954 (GBl. Nr. 54, S. 547) festgelegt ist. Solche Funde stellen ausgehend von dem einleitend dargestellten territorial-, kultur- und geldgeschichtlichem Wert zumeist wertvolles Kulturgut dar. Bei ordnungsgemäßer Meldung und Abgabe des Fundes wird der Finder eine angemessene Belohnung oder Entschädigung erhalten.

Anmerkungen:

1 Potin, V. M.: Systematisierung der Münzfunde und ihre Bedeutung für die numismatische Forschung.
Actes du 8. congrès international de numismatique, New York/Washington 1973, Paris–Basel 1976, S. 13.

2 Suhle, A.: Brandenburgische Münzfunde aus voraskanischer Zeit. Brandb. Jahrb. Berlin 1936, S. 34.

3 Suhle, A.: Die märkischen Münzfunde und ihre Probleme. Brandenburgia 40 (1931), S. 155.

4 Laser, R.: Die römischen und frühbyzantinischen Fundmünzen auf dem Gebiet der DDR. Akademie Verlag Berlin 1980.

5 Lehmann, H.: Römische Fundmünzen der Mark Brandenburg. Berliner Blätter f. Vor- u. Frühgeschichte 10 (1963), S. 28 u. 147.

6 Herrmann, J.: Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe. Akademie Verlag Berlin 1968.

7 Herrmann, J. und Donat, P.: Corpus archäologischer Quellen zur Frühgeschichte auf dem Gebiet der DDR (7.–12. Jh.). Akademie Verlag Berlin 3. Lieferung 1979.

8 Bahrfeldt, E.: Das Münzwesen der Mark Brandenburg. Verlag W. H. Kühl Berlin 1889 und 1895.

9 Bahrfeldt, E.: Mittelaltermünzen. Verlag der Berliner Münzblätter 1915, S. 212.

10 Anschrift des Autors: Dr. H.-D. Dannenberg, 1500 Potsdam, Brauhausberg 14

Tabelle 1 Schatzfunde aus der Hacksilber- und Fernhandelsdenar-Periode (kreisweise)

Bei Brandenburg vor 1861	Schatz aus dem 11. Jh. mit zerstückeltem Schmuck und ca. 13 arabischen Münzen.
Barsdorf Kr. Gransee 1850	9 Münzen aus dem 11. Jh. in einem Grabhügel.
Zehdenick Kr. Gransee 1891	Hacksilber u. Münzen aus dem 10./11. Jh. beim Brückenbau in slaw. Gefäß gefunden.
Kyritz vor 1842	In einem Gefäß 36 Silbermünzen, vor allem Sachsenpfennige, vergraben um 1060.
Mechow Kr. Kyritz 1882	Gefäß mit 240 Münzen, darunter 9 Typen magdeburgischer Sachsenpfennige, um 1080 vergraben.
Bredow Kr. Nauen vor 1892	Gefäß mit ca. 400 g Münzen aus der Mitte 12 Jh., darunter 5 von Jaxa v. Köpenick.
Paretz Kr. Nauen 1882	Zerhacktes Silber, Schmuck, arabische, italienische und deutsche Münzen (frühe Sachsenpfennige vergraben um 975.
Quermathen bei Nauen 1926	In einem Gefäß 15 Münzen, darunter 7 Sachsenpfennige, aus der 2. Hälfte des 11. Jh. sowie Schmuck.
Wachow Kr. Nauen 1902	Hacksilber (arabische Schmuckreste) und rd. 150 Münzen, zumeist jüngere Sachsenpfennige (22 Typen), vergraben um 1070.
Alt Ruppin Kr. Neuruppin 1898	400 g Münzen aus dem 11./12. Jh.
Oranienburg 1861	Schmuck und 78 Münzen Anfang 11. Jh., darunter 7 arabische u. 49 deutsche.
Alt Töplitz Kr. Potsdam 1902	In einem Gefäß 126 Denare des 10./11. Jh., darunter 83 jüngere Sachsenpfennige, vergraben um 1070.
Golm Kr. Potsdam 1935	Schmuck und 65 Denare Ende 11. Jh., in Magdeburg und vermutlich Arneburg geprägt, mit Resten eines Tongefäßes, vergraben um 1100.
Leest Kr. Potsdam 1878	In einem Topf 530 jüngere Sachsenpfennige und magdeburgische Denare, vergraben um 1120.

Leest 1906	In einem Gefäß rd. 600 Münzen, darunter rd. 500 Sachsenpfennige, aus dem 11. Jh. und Schmuck.
Potsdam (Hermannswerder) 1936	Neben Bernstein und Schmuckperlen rd. 70 Sachsenpfennige, um 1050 geprägt.
Seeburg Kr. Potsdam 1941	204 Sachsenpfennige, daneben Hacksilber und Schmuck in einem Gefäß, 11. Jh.
Bamme Kr. Rathenow 1839	Schatzfund aus dem 10. Jh. mit Münzen, vor allem in Köln geprägte.
Klein Beeren vor 1837	18 Münzen aus dem 10./11. Jh., darunter Sachsenpfennige, sowie Schmuckgegenstände.

Tabelle 2 *Münzschatzfunde aus der Periode des Regionalpfennigs und der frühen Groschenprägung (1150–1500; kreisweise)*

Belzig 1941	1772 vorwiegend brandenburgische Denare u. a. vergraben um 1300.
Rothebach bei Lütte Kr. Belzig 1919/1926	258 und nochmals 1200 magdeburgische Brakteaten aus der 1. Hälfte des 13. Jh.
Trebitz Kr. Belzig 1892	555 zumeist brandenb. Hohlpfennige und 342 überwiegend meißnische und Prager Groschen aus dem 15. Jh.
Brandenburg um 1600	Denare der askanischen Markgrafen.
Brandenburg 1894	Rd. 1000 Denare der brandenb. Markgrafen und von 12 anderen deutschen Münzherren, vergraben um 1305.
Brandenburg 1899	Rd. 1900 zumeist brandenb. Denare, vergraben um 1300.
Brandenburg 1902	1350 zumeist brandenb. Denare aus der 1. Hälfte des 14. Jh.
Brandenburg um 1913	19 Prager Groschen aus der Zeit um 1400.
Brandenburg 1968	1188 brandenb. Hohlpfennige des 15. Jh., vergraben um 1470.
Buckau Kr. Brandenburg 1958	303 meißnische Groschen aus der Zeit um 1400.
Götz Kr. Brandenburg 1882	Rd. 2,5 kg zumeist brandenburgische Denare, vergraben Ende des 13. Jh.

Krahne Kr. Brandenburg um 1900	46 brandenb. Denare (wie Fd. Brandenburg 1902).
Schmölln bei Brandenburg 1899	1858 brandenb. Denare des 13. Jh.
Seelensdorf Kr. Brandenburg 1876	Rd. 2000 Brakteaten des brandenb. Markgrafen Otto II. und des Erzbistums Magdeburg, vergraben um 1205.
Gransee 1909	Über 11 800 zumeist brandenb. Denare aus dem 14. Jh., Brakteaten, 1 Goldgulden und Schmuckstücke.
Illmersdorf Kr. Jüterbog 1885	684 magdeburgische und sächsische Brakteaten, vergraben um 1200.
Mittenwalde Kr. Königs Wusterhausen um 1828	vermutlich brandenb. Dünnpfennige von Pribislaw-Heinrich um 1140.
Mittenwalde 1929	88 brandenb. Brakteaten aus dem 13. Jh. (nur 1 Typ).
Lühsdorf Kr. Luckenwalde 1881	Etwa 400 zumeist brandenb. Denare, vergraben um 1300.
Trebbin Kr. Luckenwalde 1899	537 zumeist magdeburgische Brakteaten des 13. Jh.
Grünefeld Kr. Nauen 1886	21 Goldgulden westdeutscher Münzherren und mehrere brandenb. Groschen aus dem 15. Jh.
Markee Kr. Nauen 1834	380 Brakteaten aus dem 12. Jahrhundert.
Molchow Kr. Neuruppin 1947	Rd. 1100 zumeist brandenb. Denare des 14. Jh. und 2 Prager Groschen.
Groß Glienicke Kr. Potsdam 1868	Einige Hundert zumeist brandenb. Denare aus der Zeit um 1300.
Michendorf Kr. Potsdam 1880	Etwa 2000 magdeburgische und brandenb. Brakteaten und Dünnpfennige, vergraben um 1177.
Potsdam um 1833	Brakteaten des 13. Jh., überwiegend niederlausitzer.
Klein Woltersdorf Kr. Pritzwalk 1906	Rd. 1700 Münzen aus der Zeit um 1400, zumeist mecklenburgische und pommersche Witten, vergraben um 1430.
Langnow Kr. Pritzwalk 1952	116 zumeist brandenb. Denare des 13. Jh.
Vieritz Kr. Rathenow 1910	123 magdeburgische Brakteaten aus der Zeit um 1150.

Herzsprung Kr. Wittstock 1882	Zahlreiche zumeist brandenb. Denare des 13. Jh.
Groß Beeren Kr. Zossen 1884	Zahlreiche Münzen aus dem 15. und beginnenden 16. Jh., darunter brandenb. Hohlpfennige und Groschen, vergraben um 1541.
Mahlow Kr. Zossen 1880	418 brandenb. Denare aus der Zeit um 1300.
Wünsdorf Kr. Zossen 1887	Rd. 2200 zumeist brandenb. Hohlpfennige und Groschen des 15. Jh.

Potsdamer Zinngießer

Von Hans Eulenstein

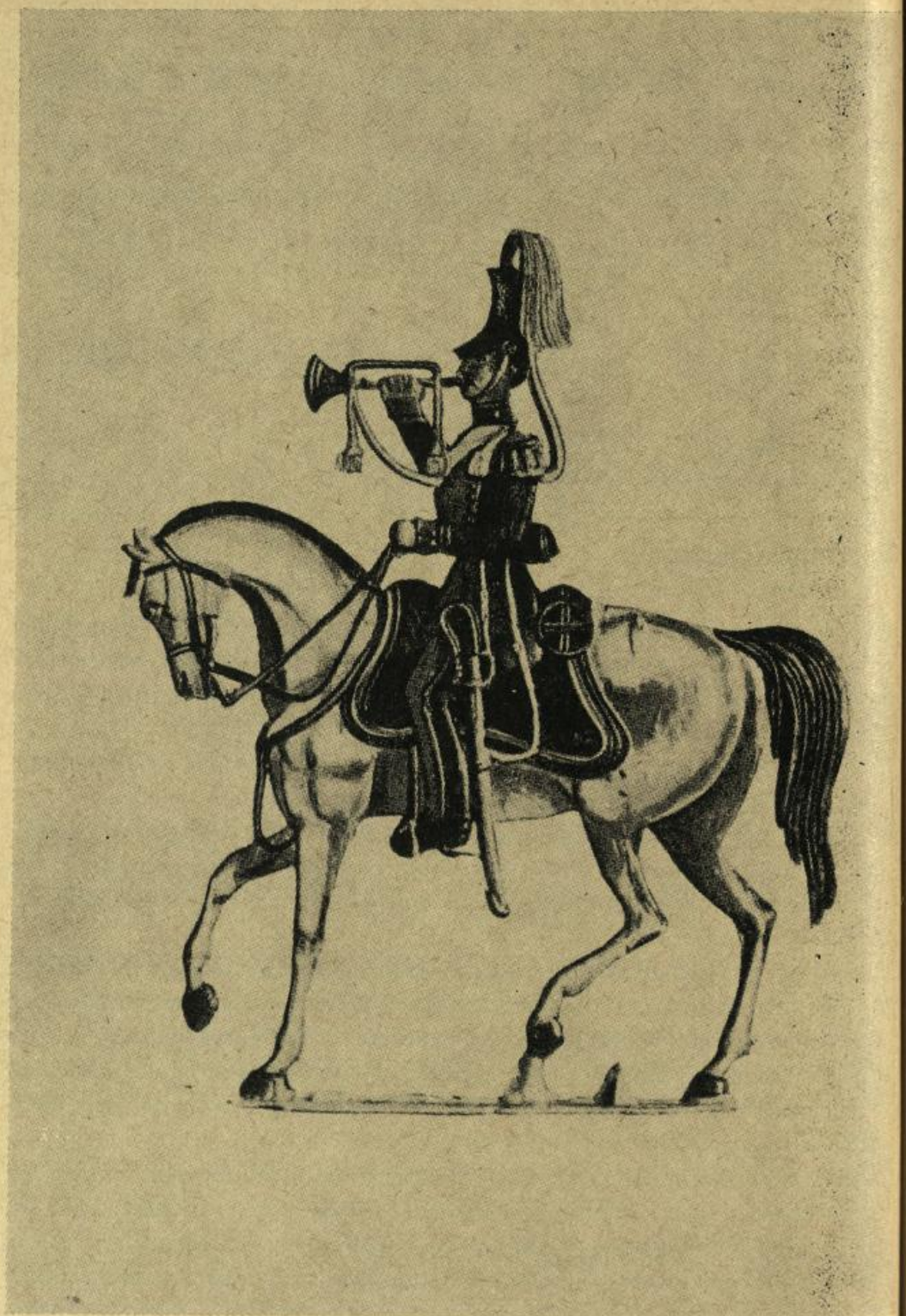
Die Wiedereröffnung des Potsdam-Museums 1984 in der Wilhelm-Külz-Straße gibt Veranlassung, sich einen der Exponate zuzuwenden, welches immer wieder die Blicke der Besucher anzieht – den Zinnfiguren der Offizin Meyerheine.

Etwa 600 Figuren unterschiedlicher Größe zeigt das Museum, deren Formen zwischen 1850 bis 1875 von begabten Graveuren geschaffen wurden.

So können wir das Marktleben um 1870, ländliche Vorstellungen im Biedermeier, Park-, Jagd- und Zirkusszenen bewundern. Daneben paradiert das 1. Potsdamer Garde-Regiment zu Fuß und demonstriert ein Stück militanter Stadtgeschichte.

Die kunstvoll geschaffenen Zinnfiguren sind meist Abgüsse der historischen Formen, die in mühevoller Arbeit von den Fürstenwalder Sammlerfreunden Horst und Florian Wilke restauriert wurden. Die Figuren verdienen auch deshalb Beachtung, weil sie sich von der zu dieser Zeit üblichen Massenware unterscheiden und im Detail die Qualität von Spielzeugfiguren weit übertrafen.

Johann Carl Meyerheine, der Gründer der Offizin (Werkstatt), wurde am 5. Dezember 1793 in Klein-Aschersleben geboren. Am 2. Oktober 1818 erfolgte seine Vereidigung als Bürger zu Potsdam. Er heiratete die Tochter des Zinngießers Johann Gottlieb Hollberg, der ebenfalls Potsdamer Bürger war. Sein Sohn, Adolf Meyerheine, geboren im Jahre 1819, übernahm das väterliche Geschäft 1845 und stellte es im hohen Alter 1896 ein. Dessen einziger Sohn Rudolf erlernte gleichfalls den Beruf eines Zinngießers, hat diesen jedoch später nicht mehr ausgeübt.



Trompeter des 1. Potsdamer Garde-Ulanen-Regiments 1870 der Offizin Meyerheine (Höhe der Figur 10 cm)

Als Rudolf Meyerheine durch die Inflation sein Hausgrundstück verlor, vergrub er in dessen Garten die Zinnfiguren-Formen.
Damit schienen die Formen für immer verloren zu sein.
Die Bemühungen des Rechnungsdirektors Otto Herrmann aus Berlin-Lichtenfelde, der sich sehr für den Verbleib der Formen interessierte, waren erfolgreich. 1927 konnten die Formen ausgegraben und sichergestellt werden. Sie befinden sich seitdem im Besitz des Heimatmuseums Potsdam.
Meyerheine stellte Figuren in den Größen 10,0; 8,5; 6,5; 5,0 und 3,5 Zentimeter her. Aus der Zeit Hollbergs sind nur wenige Figuren bekannt, da Adolf Meyerheine 1845 die vorhandenen alten, in der Werkstatt hergestellten Formen als minderwertig zerschnitt oder abschliff und zur Benutzung der Außenseiten an den Graveur Wildt abgegeben hat. Seit 1860 wurden, da Meyerheine von dieser Zeit an nicht mehr selbst gravierte, nur noch die von Wildt gelieferten Formen geschäftlich verwertet. Ein Teil der Figuren, die das Museum zeigt, stammen aus den Formen dieses Graveurs.
Sehr gut lassen sich noch die 10,0 Zentimeter großen Figuren der Potsdamer Paradeserien, vor allem Garde-Kavallerie um 1860 abgießen. So weit die Formen noch intakt sind, erfolgt der Guß recht mühelos, eine gute Eigenschaft, die man bei alten Formen sehr oft beobachten kann.
1956 hat der Arbeitskreis Kulturgeschichtliche Zinnfiguren im Kulturbund am Stadtmuseum Weimar 155 Formen aus Potsdam zum Abguß erhalten, in mühevoller Arbeit diese historischen Formen hergerichtet und auch abgegossen. Das war nach der Ausgrabung 1927 erstmalig geschehen und erlaubt uns somit einen interessanten Überblick über die Potsdamer Offizin.
Wenn auch die Werkstatt Meyerheines nur örtliche Bedeutung erlangte, gehörte sie doch zu den bedeutendsten im norddeutschen Raum.
Mit dem Beginn der industriellen Revolution Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland vollzog sich auch im Handwerk ein Struktur- und Funktionswandel. Aber nur den konkurrenzfähigsten Handwerkern gelang der Übergang zur kapitalistischen Warenproduktion. Der Offizin Meyerheine ist das offensichtlich nicht gelungen.
Als weit bedeutendere Firmen entwickelten sich die „Zinn-Compositions-Figuren-Fabrik Ernst Heinrichsen" in Nürnberg (1839) und die Offizin Allgeyer in Fürth (1840). Ihnen folgte die Fabrikgründung von Theodor Krause in Gotha (1853). Diese führenden Firmen bestimmten in den folgenden Jahren bis in die 1. Hälften des 20. Jahrhunderts die Zinnfigurenproduktion in Deutschland. Heinrichsen wurde zur größten Zinnfiguren-Offizin der Welt. 1920 führte diese Firma allein ca. 10 000 Modelle. Es gibt kaum ein historisches Ereignis, das nicht in Heinrichsenfiguren lebendig erhalten blieb. Dazu kommen die wichtigsten zeitgenössischen Ereignisse und die Darstellung des Militärs vieler Völker und Zeiten.
Die Zinngießer lieferten die Figuren bemalt. Als Grundlage galt der Ver-

trieb nach Gewicht. Die Käufer konnten die ovalen Spanschachteln, ein großer Teil wurde im Sonneberger Gebiet angefertigt, zu 1, 1/2, 1/4 oder 1/8 Pfund Gewicht erwerben. Sie enthielten entweder 200, 100, 50 oder 25 Fußsoldaten. Dieser Anzahl entsprach das Gewicht von 100, 50, 25 oder 12 Reitern. Andere Packungen enthielten Wagen, Kanonen und Zubehör. Häufig lagen gedruckte Beschreibungen zur „patriotischen" Belehrung der Jugend bei.

Die Preise für Zinnfiguren waren im allgemeinen sehr niedrig. Geringe Löhne für die Heimarbeiterinnen, Preisdrückerei und intensiver Einsatz der Kinder bei der Herstellung der Figuren waren die Ursachen dafür.

Um 1900 betrug der Wochenlohn für die Heimarbeiterinnen bei unbegrenzter Arbeitszeit 5 bis 6 Mark. Zum gleichen Zeitpunkt waren in Nürnberg und Fürth etwa 400 bis 500 Heimarbeiterinnen tätig. Überarbeitung führte bei ihnen häufig zu Augenleiden. Eine Statistik verzeichnet für 1898 allein in Fürth noch 151 Schulkinder im Alter von 6 bis 13 Jahren, die in Heimarbeit regelmäßig Zinnfiguren bemalten.

In der Gegenwart sind Zinnfiguren ein Dokument der Kulturgeschichte. Viele Museen und ernsthafte Sammler verwenden sie zur modellgerechten Darstellung kulturgeschichtlicher Ereignisse. Namhafte Sammler der DDR treten zugleich als Herausgeber neuer Serien auf. Die nach wissenschaftlichen Vorlagen geschaffenen Figuren gelten als wertvolle Zeugnisse künstlerischen Volksschaffens. Auch in Potsdam bemüht sich eine kleine Gruppe von Zinnfigurensammlern diese Tradition fortzusetzen. Als Mitglieder der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR widmen sie sich der Herstellung und dem Bemalen der kleinen faszinierenden Figuren. Der Sinn ist die Veranschaulichung geschichtlicher und kulturgeschichtlicher Ereignisse. Es gibt wohl kein Gebiet, keine Epoche in der Entwicklung der Menschheit, die nicht illustrativ mit Zinnfiguren in Schaubildern und Dioramen dargestellt werden könnte. So sind sie ein ausgezeichnetes Mittel in der Erziehung unserer Menschen zur Liebe und zum Verständnis unserer Heimat.

Bibliographie

Allgemeines

Blätter für Heimatgeschichte / Zentralvorstand d. Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund d. DDR. – Berlin.
Heft 1. – 1983. – 64 S.
Heft 2. – 1983. – 64 S.

Heimathistoriker und Museen / Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Gesellschaft für Heimatgeschichte, Zentraler Fachausschuß Heimatgeschichte/Ortschronik. – Berlin, 1983. – 64 S. – (Heimatgeschichte: Arbeitsmaterial für die Fachgruppen Heimatgeschichte/Ortschronik d. Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR; Heft 15)

Lauerwald, Paul: Ortschroniken, Warum, was, wie? / Paul Lauerwald; Siegfried Wietstruk. – 1. Aufl. – Berlin: Staatsverlag der DDR, 1983. – 73 S.: Ill. – (Der sozialistische Staat)

Sprache – Heimatgeschichte: Mundart, Gruppensprachen, Umgangssprache, Namengut als Gegenstand von Forschung u. Pflege. Red.: Helmut Schönfeld / Hrsg.: Zentralvorstand d. Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund d. DDR, Zentraler Fachausschuß Kulturgesch./Volkskunde. – Berlin 1983. – 59 S.

Wurlitzer, Bernd: Museen: Galerien, Sammlungen, Gedenkstätten. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1984. – 208 S.: Ill.

Mark Brandenburg

Berliner Wald- und Seengebiet: Wanderkt. mit Angaben für Wassersport. – 3. Aufl. – 1 : 50 000. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1983. – 1 Kt. 63 x 96 cm Ges.-Größe. Mit 4 Nebenkt.

Bodenfunde und Heimatforschung: Mitt. d. Kulturbundes d. DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte. Bezirksfachausschüsse für Ur- u. Frühgesch. d. Bezirke Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam / hrsg. vom Kulturbund d. DDR, in Verbindung mit d. Museum für Ur- u. Frühgesch. Potsdam. – Potsdam.
Heft 12. – 1982. – 56 S.

Fontane-Blätter / Hrsg.: Dt. Staatsbibliothek, Theodor-Fontane-Archiv. – Potsdam. Band 5. Heft 3 (35). Festgabe für Joachim Schobeß zum 75. Geburtstag am 22. April 1983. – 1983. – S. 245–384

Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler / begr. vom Tag für Denkmalpflege 1900. Georg Dehio. – Berlin: Akademie-Verlag. Bezirke Berlin/DDR und Potsdam / bearb. von d. Abt. Forschung d. Inst. für Denkmalpflege. – 1983. – VI, 522 S.: Kt. & Beil. (XIV S., 1 Bl.)

Kadatz, Hans-Joachim: Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff: Baumeister Friedrichs II. – 1. Aufl. – Leipzig: E. A. Seemann Verlag, 1983. – 353 S.: Ill.

Kunstdenkmäler in der DDR: e. Bildhandbuch / Erläuterungen u. Bildausw. von Joachim Fait. Aufn. von Klaus G. Beyer. – Leipzig: Edition. Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam und Berlin Hauptstadt der DDR. – 3., verb. Aufl. – 1983. – XXXI, 374 S: Ill.

Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg / Hrsg.: Akad. d. Landwirtschaftswissenschaften d. DDR; Räte d. Bezirke Potsdam, Frankfurt (O.) u. Cottbus u. Magistrat von Berlin, Hauptstadt d. DDR. Red.: Inst. für Landschaftsforschung u. Naturschutz, Arbeitsgruppe Potsdam. – Potsdam. Jg. 19. – 1983. – Heft 1–3

Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam / hrsg. von Bernhard Gramsch. – Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften. Band 17. – 1983. – 291 S.: Ill.

Bezirk Potsdam

Bezirk Potsdam 1981–1983: Fakten, Zahlen, Übersichten / Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED. – Potsdam, 1984. – 19 S.

Das Havelland, mit den Augen der Liebe gesehen . . . / Fotos: Foto-Club Potsdam. Text: Gisela Heller. – 2. Aufl. – Leipzig: F. A. Brockhaus-Verlag, 1984. – 191 S.: überwiegend Ill.

Schulte, Dieter: Historische Gedenkstätten der Arbeiterbewegung, des antifaschistischen Widerstandskampfes und der Befreiung vom Faschismus im Bezirk Potsdam: von d. Anfängen bis zum Jahre 1945 / bearb. von Dieter Schulte. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit. u. Prop. . . . – Potsdam, 1984. – 160 S.: Ill.

Wanderheft für den Bezirk Potsdam / Dt. Verband für Wandern, Bergsteigen u. Orientierungslauf d. DDR, Bezirksfachausschuß Potsdam. – Potsdam. 1984. 111 öffentliche Wanderungen. – 1984. – 47 S.

Potsdam – Stadt und Kreis

Bildhauerkunst des 18. Jahrhunderts in Potsdam: Ausstellung vom 2. Juli bis 11. Sept. 1983 in d. Orangerie im Neuen Garten Potsdam / zsgest. u. bearb. von Saskia Hüneke. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1983. – 68 S.: Ill.

Grützner, Günther: Cecilienhof 1945: historische Fotos d. Potsdamer Konferenz / Günther Grützner; Rosemarie Heise-Schirdewan. Red. u. Gestaltung: Barbara Spindler. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1983. – 35 S.: Ill. (Sanssouci-Bildhefte; 3)

Handrick, Roland: Das alte Potsdam heute: 18 Farbaufnahmen. – 1. Aufl. – Berlin: Henschelverlag, 1983. – 18 Bl.: nur Ill. (farb.)

Kitschke, Andreas: Kirchen in Potsdam: aus d. Geschichte d. Gotteshäuser u. Gemeinden. – 1. Aufl. – Berlin: Evangelische Verlagsanstalt, 1983. – 170 S.: Ill.

Noa, Wolfgang: Leben in Preußen: Sieben Porträts. – 1. Aufl. – Berlin; Weimar: Aufbau-Verlag, 1983. – 206 S.: Ill. (Edition Neue Texte)

Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam: kurzer Abriß d. Geschichte e. Lehrerbildungsstätte / Autorenkoll.: Kurt Finker, Kurt Adamy . . . Hrsg.: Pädag. Hochschule „Karl Liebknecht". – Potsdam
Teil 1. 1948–1961. – 1983. – 232 S.: Ill.

Der Potsdamer Kiez / Red.: Manfred Feiler; Hartmut Knitter. Hrsg.: Potsdam-Museum. – Potsdam, 1983. – 16 S.: Ill.

Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst / Hrsg.: Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 1. Aufl. – Leipzig: Brockhaus-Verlag, 1984. – 208 S.: Ill.

Schnittpunkte und Tangenten: Vorbilder d. sozialist. Arbeitens, Lernens und Lebens für d. Kollektive d. RAW Potsdam / Hrsg.: SED BPO d. Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam. – Potsdam.
Teil. 1. Erwin Kramer: Eisenbahner u. Kommunist. – 1982. – 48 S.: Ill.

Staatsarchiv Potsdam / Hrsg.: Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatsarchiv Potsdam. – Potsdam, 1983. – 36 S.: Ill.

Stadtplan Potsdam: ca. 1 : 20 000. – 10. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1984. – 65 x 96 cm Ges.-Größe

Wilkening, Albert: Betriebsgeschichte des VEB DEFA Studio für Spielfilme / Hrsg.: VEB DEFA – Studio für Spielfilme. – Potsdam-Babelsberg.
Teil 1. Geschichte der DEFA von 1945–1950. – 1981. – 159 S.
Teil 2. Die DEFA in der Etappe 1950 bis 1953. – 1984. – 82 S.
Teil 3. (Berichte der Aktivisten der ersten Stunde). – 1984. – 82 S.

Einzelne Kreise

Belziger Heimatkalender: Kreis Belzig / Hrsg.: Rat d. Kreises, Abt. Kultur. – Belzig. 1984. – 1983.

Heimatkalender für den Kreis Zossen / Hrsg.: Rat d. Kreises, Abt. Kultur. – Zossen. Jg. 27. 1984. – 1984.

Rathenower Heimatkalender: Beitr. zur Heimatkunde d. westl. Havellandes. / Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. – Rathenow. Jg. 28. 1984. – 1983.

Sagen aus dem Kreis Wittstock / Sammlung, Ausw. u. Bearb.: Thomas Berlin . . . Textgestaltung: Wolfgang Dost. Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Wittstock. – Wittstock.
Heft 1. – 1983. – 16 S.: Ill.
Heft 2. – 1983. – 16 S.: Ill.

Einzelne Orte

Badstübner, Ernst: Rheinsberg – Schloß und Park / Ernst Badstübner; Detlef Karg. – 1. Aufl. – Leipzig: Seemann, Buch- u. Kunstverlag, 1983. – 16 S.: Ill. – (Baudenkmale; 54)

Bauernmuseum Blankensee / Hrsg.: Rat d. Kreises Luckenwalde, Abt. Kultur. – Luckenwalde, 1983. – 1 Bl. (gefalt.): Ill.

Begall, Ulrich: 1909–1984: 75 Jahre Wustermark Rangierbahnhof / Hrsg.: BPO Bahnhof Wustermark Rbf. Autoren: Ulrich Begall; Edith Böttge. – Wustermark, 1984. – 39 S.: Ill.

Blütenstadt Werder/Havel: grünes Zentrum im Havelland / Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Ortsgruppe Werder, Interessengemeinschaft Heimatgeschichte u. Denkmalpflege. – Werder. (Heimatgeschichtliche Beiträge) (3). 1984. – 1983.

Bearbeiter: Dorothee Geßner

Geschichte und Kunst in einem repräsentativen Bildband

Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst. Hrsg.: Staatliche Archivverwaltung der DDR; Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci. Brockhaus-Verlag Leipzig 1984. 208 S., Ill. 40,00 Mark

Bewährte Autoren – Udo Dräger, Gebhard Falk, Hans-Joachim Giersberg, Hans-Joachim Schreckenbach, Heinrich Waldmann – haben sich zusammengefunden, um im Auftrage der Staatlichen Archivverwaltung der DDR und der Generaldirektion der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci einen repräsentativen Bildband zu erarbeiten. Das Vorbild des erfolgreichen „. . . mit Brief und Siegel" von Beck/Unger ist nicht zu verleugnen, jedoch sind die Verf. dabei nicht stehengeblieben, sondern haben zahlreiche neue Ideen in den prachtvoll ausgestatteten Band eingebracht. Der Hauptvorzug liegt in der gelungenen Synthese zwischen Geschichte und Kunst. Es scheint auf der Hand zu liegen, daß sich die Staatlichen Schlösser und das Staatsarchiv Potsdam (das seinen Sitz in der Orangerie hat und „Bewohner" ist) auch zu einem größeren Vorhaben zusammenfinden. Groß ist jetzt die Freude über das gelungene Ergebnis. Beide Seiten profitieren davon: Die Kunst wird stärker und organischer mit der Zeit verbunden, in der sie entstand und wirkte und die Geschichte wird anschaulicher, lebendiger und vorstellbarer durch die Darstellung der Umgebung, in der politische und historische Entscheidungen getroffen wurden.

In acht Kapiteln und mit einer Fülle von Material besonders aus dem Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, und dem Staatsarchiv Potsdam liefert der Band einen bislang einmaligen Blick in die historische Entwicklung der weltberühmten Potsdamer Schloß- und Parkanlagen von 1660 bis zur Gegenwart.

Joachim Schulz

Quer durch die Mark vom Fläming zur Dosse

Walter Menzel: Die Brandenburgische Städtebahn. transpress VEB Verlag für Verkehrswesen, Berlin 1984, 184 S., 177 Abb., 27 Tab., brosch., 13,80 Mark

Die Brandenburgische Städtebahn existierte als eigenständiges Unternehmen bis Ende 1949, als alle ehemaligen Privateisenbahnen im Gebiet der DDR von der Deutschen Reichsbahn übernommen wurden. Die „Städtebahn" ging 1904 in Betrieb als Querverbindung zwischen den sternförmig von Berlin in westlicher Richtung ausstrahlenden Hauptstrecken. Ursprünglich war sie einmal als großer äußerer Ring um Berlin gedacht. Es blieb bei einer vollspurigen Nebenbahn von Treuenbrietzen über Belzig – Brandenburg – Rathenow bis Neustadt (Dosse). Von Interesse sind viele Details über die Entstehungsgeschichte dieser Bahn, vor allem die ökonomischen und militärischen Beweggründe der herrschenden Kräfte im Preußen der Jahrhundertwende. Gerade der Eisenbahnbau widerspiegelt ja sehr augenfällig die Entwicklung der Produktivkräfte in jener Zeit. Darum ist die Schriftenreihe mehr als nur „Hobby-Literatur" für Eisenbahnfreunde.

Eberhard Russek
(aus „Neues Deutschland" vom 2./3. Juni 1984)

Zur Schiffahrt auf der Havel

Katharina Kreschel: „Stromauf – Stromab!" Ausstellung zur Geschichte der Havelschiffahrt im Museum Brandenburg. In: Blätter für Heimatgeschichte, Heft 2/1983. Hrsg.: Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR. S. 37–40

Die Verf., Mitarbeiterin im Museum Brandenburg und aktives Mitglied der Gesellschaft für Heimatgeschichte, berichtet über die Vorbereitung der Ausstellung „Stromauf – Stromab!", die durch die zielstrebige Einbeziehung vieler Schiffer, Schiffbauer und interessierter Bürger aus Brandenburg, Lehnin, Pritzerbe, Nahmitz, Woltersdorf, Michelsdorf, Plaue, Briest, Rietz, Göttin, Milow, Rathenow, Zehdenick, Halle (Saale) u. a. gekennzeichnet war. Dadurch wurden Erinnerungsstücke, Gebrauchsgegenstände, Schiffsmodelle, Dokumente und Fotos aufgespürt, die für die Ausstellung zusammengetragen wurden und ein lebendiges, unverfälschtes Bild vom Schifferalltag gaben. Die Ausstellung wurde zu einem guten Erfolg, 20 420 Besucher sahen die Schiffahrtsausstellung, davon 11 972 als Einzelbesucher, 8448 in Gruppen. Die Verf. analysiert aus Gesprächen und Eintragungen im Gästebuch die Gründe der Gäste für den Erfolg der Ausstellung: 1. Weil es ein heimatgeschichtliches Thema war. 2. Weil es eine exponatenreiche Ausstellung war und der Mensch im Vordergrund der Darstellung stand. 3. Weil die Ausstellung gut gestaltet war. 4. Weil Gegenstände berührt werden konnten, manche sogar zum Betätigen angeboten wurden. 5. Weil sie lehrreich war und neue Forschungsergebnisse brachte. 6. Weil vieles konkret begründet wurde. 7. Weil die Brandenburger zu diesem Thema viele Beziehungen haben. Durch die Ausstellung wurde ein Beitrag zur Geschichte der Binnenschiffahrt und der Alltagsgeschichte werktätiger Klassen und Schichten auf dem Territorium der DDR geleistet.

Joachim Schulz

Autorenverzeichnis

Dr. Rüdiger Beetz, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam

Dr. med. vet. Hans-Dieter Dannenberg, Mitglied der Fachgruppe Numismatik, Berlin

Hans Eulenstein, Mitglied der Fachgruppe Kulturhistorische Zinnfiguren, Potsdam

Dorothee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Dr. sc. Vera Grützner, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam

Sven Gustavs, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Prof. Dr. Helmut Lötzke, Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam

Eberhard Russek

Joachim Schulz, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Leiter des Bezirksparteiarchivs der Bezirksleitung der SED Potsdam

Prof. Dr. habil. Manfred Uhlemann, Vorsitzender der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Potsdam, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam

Dr. Sigrid Wegner-Korfes, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften Berlin

Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam 1985



Z
5183

Märkische Heimat

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 4

Potsdam 1985

„Märkische Heimat"
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 4, Potsdam 1985

86/27/2

Universität Potsdam Universitäts-bibliothek
Inventarnr.
05017135

Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:
Titelfoto: Stegelin; ADN/Zentralbild, Bildarchiv des Bezirksparteiarchivs, Staatsarchiv Potsadm, Bildarchiv ND,
Reproduktionen R. Wünsche, Zeichnungen S. Gustavs

Redaktionsschluß für Heft 4 am 15. August 1985. Manuskriptsendungen an Redaktion „Märkische Heimat", 1500 Potsdam, Mangerstr. 34/36
© Märkische Heimat 1985

Gestaltung: Klaus Pommerening

Druck: Druckerei „Franz Maecker", Neuruppin,
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam
I-14-1 P 137/85; F 29/85

00500

Inhalt

Seite

40 Jahre Potsdamer Abkommen 4
von Rosemarie Heise

Erinnerungen an die Bodenreform 14
von Bernhard Bechler

Das Potsdamer Edikt von 1685 23
von Lieselott Enders

Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik
Rüstungsproduktion und antifaschistischer Widerstandskampf 36
in Genshagen/Ludwigsfelde
von Gerhard Birk

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte
Slawisch-deutsche Frühgeschichte vom 9. bis 14. Jahrhundert 44
im Raum um Jüterbog. Ein Beitrag auf Grund neuer
archäologischer Funde
von Hans Dietz und Sven Gustavs

Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde
Ein „Schutzbrief" aus Blankenfelde 55
von Jan Peters

Alte Bauerntagebücher – wichtige neue Quelle. 61

Aus dem Fachbereich Numismatik
Münzen und Medaillen zum Jahrestag des Sieges 63
über den Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes
von Bernhard Liebe

Bibliographie 66
Bearbeitet von Dorothee Geßner

40 Jahre Potsdamer Abkommen

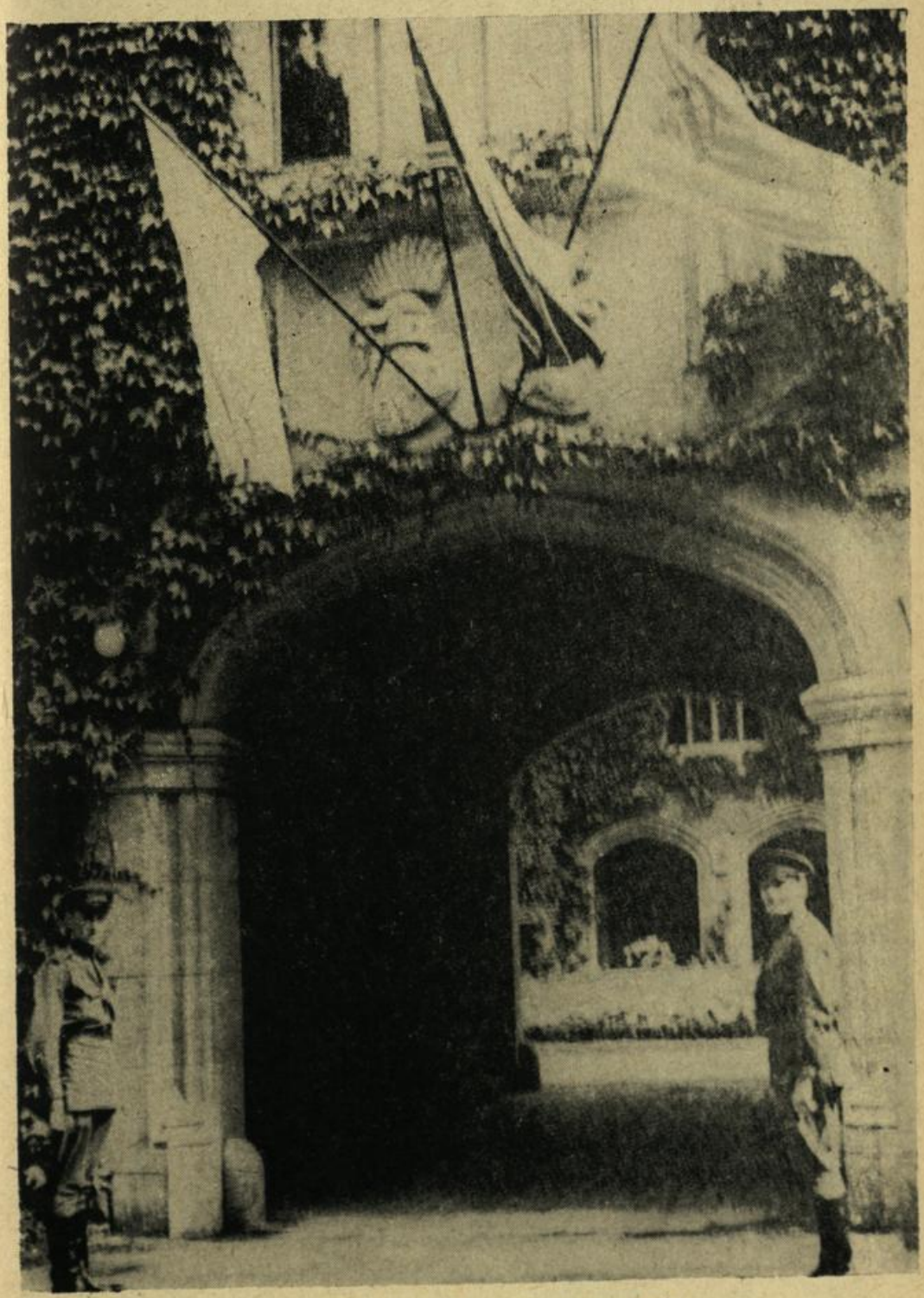
Von Rosemarie Heise

Am 2. August 1985 jährt sich zum 40. Mal der Tag, an dem die Siegermächte der Antihitlerkoalition – die UdSSR, die USA und Großbritannien – die gemeinsam gefaßten Beschlüsse von Potsdam unterzeichneten, um über das Nachkriegsschicksal Europas zu entscheiden.

Am 8. Mai 1945 unterzeichnete in Berlin-Karlshorst das Oberkommando der faschistischen deutschen Wehrmacht die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation gegenüber den Mächten der Antihitlerkoalition. Schwer und opferreich war der Kampf der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sowie der Antifaschisten vieler Länder gegen Krieg und Faschismus, grausam die Bilanz des vom deutschen Imperialismus entfesselten zweiten Weltkrieges: über 50 Millionen Tote; die Sowjetunion allein verlor 20 Millionen ihrer Bürger. Fünf Jahre, acht Monate und neun Tage hatte der Krieg gedauert. Die Rote Armee zerschlug 507 der insgesamt 585 deutschen Divisionen und der 100 Divisionen der mit Hitlerdeutschland verbündeten Staaten. Der Sieg über den Faschismus war das Ergebnis der Schaffung und der Festigung der Antihitlerkoalition, die nicht nur in der Zusammenarbeit der drei Regierungen wirksam wurde, sondern der vor allem das gemeinsame Bemühen der Völker der überfallenen und okkupierten Länder zugrunde lag, sich von der Nazibarbarei zu befreien.

Nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus war ein erneutes Zusammentreffen der Regierungschefs Stalin, Churchill und Truman notwendig geworden, um Garantien dafür zu schaffen, daß der Weltfrieden niemals wieder bedroht werden kann. Ernsthafte Meinungsverschiedenheiten über den Ort des Zusammentreffens hatte es schon bei der Vorbereitung des ersten Gipfeltreffens gegeben, das schließlich in Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 durchgeführt wurde. Solche Meinungsverschiedenheiten über die folgenden Konferenzorte Jalta (4.–11. Februar 1945) und Potsdam (17. Juli–2. August 1945) konnten schneller ausgeräumt werden, da die Ereignisse an der sowjetisch-deutschen Front eine neue Lage in Europa geschaffen hatten. Die amerikanischen und britischen Verbündeten waren nun selbst um so brennender an diesen Konferenzen interessiert, je unaufhaltsamer die sowjetischen Streitkräfte den europäischen Völkern die Freiheit und Unabhängigkeit brachten und die Autorität der UdSSR als führende Kraft der Antihitlerkoalition in der Welt an Bedeutung immer mehr zunahm. Am 27. Mai 1945 schrieb Stalin an Churchill: „Herr Hopkins, der in Mos-

kau eingetroffen ist, hat im Namen des Präsidenten ein Dreiertreffen für die nächste Zeit vorgeschlagen. Ich halte dieses Treffen für notwendig und glaube, daß es am bequemsten in der Umgebung von Berlin durchzuführen



Haupteinfahrt des Schlosses Cecilienhof (historische Aufnahme)



Militärposten der drei alliierten Siegermächte auf der Chaussee von Berlin nach Potsdam in der Nähe von Wannsee (heute Westberlin)

sein würde. Das wäre richtig und politisch gut."[1] Truman schlug als Termin den 15. Juli, Churchill den 1., 2. oder 3. Juli vor. Die Positionen des britischen Imperialismus waren bereits stark erschüttert, das Empire drohte aus den Fugen zu brechen.

Churchills politische Ziele waren in Bezug auf Polen ebenso gescheitert wie seine Balkanstrategie. Über die Maitage 1945 berichtete Churchill: „So war ich auf dem Höhepunkt eines anscheinend grenzenlosen Erfolgs ein sehr unglücklicher Mann. Ich bewegte mich inmitten jubelnder Mengen oder saß an einem mit den Glück- und Segenswünschen aller Vereinigten Nationen überhäuften Tisch mit wehem Herzen und einem von düsteren Vorahnungen geplagten Geist.„[2] In Großbritannien lief die Wahlkampagne inzwischen auf Hochtouren. Am 14. Juni sandte Churchill an Stalin die Mitteilung, daß die „am 15. Juli in Berlin beginnende Konferenz wahrscheinlich andauert, bis die britischen Wahlergebnisse bekannt werden", und er es für richtig halte, „Herrn Attlee, den offiziellen Oppositionsführer, mitzubringen, um die völlige Kontinuität der britischen Politik zu gewährleisten"[3]. Tatsächlich nimmt Attlee am 28. Juli 1945 am runden Verhandlungstisch in Potsdam als neuer britischer Premierminister Platz.

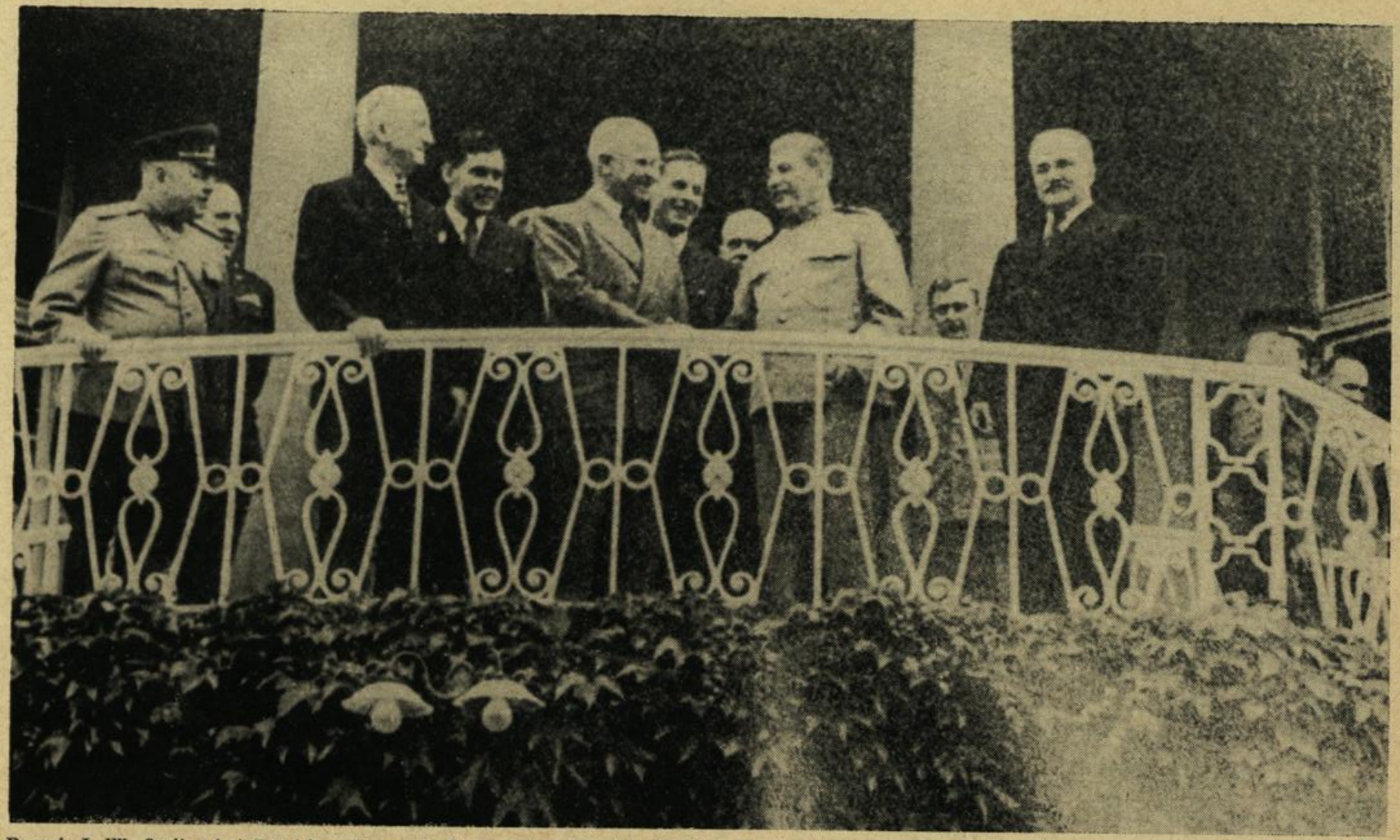
Während eines weiteren Meinungsaustausches zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien wurden grundlegende organisatorische Fragen über die Durchführung des Gipfeltreffens geklärt. Stalin telegrafierte am 18. Juni 1945 an Churchill: „Alle drei Delegationen werden in Babelsberg, südöstlich von Potsdam, untergebracht.

Als vierte Räumlichkeit ist für die gemeinsamen Sitzungen das Palais des deutschen Kronprinzen in Potsdam vorgesehne".[4] Den Vorschlag für den Konferenzort hatte Marschall Šukov nach eingehender Prüfung Stalin unterbreitet; London und Washington gaben ihre Zustimmung.

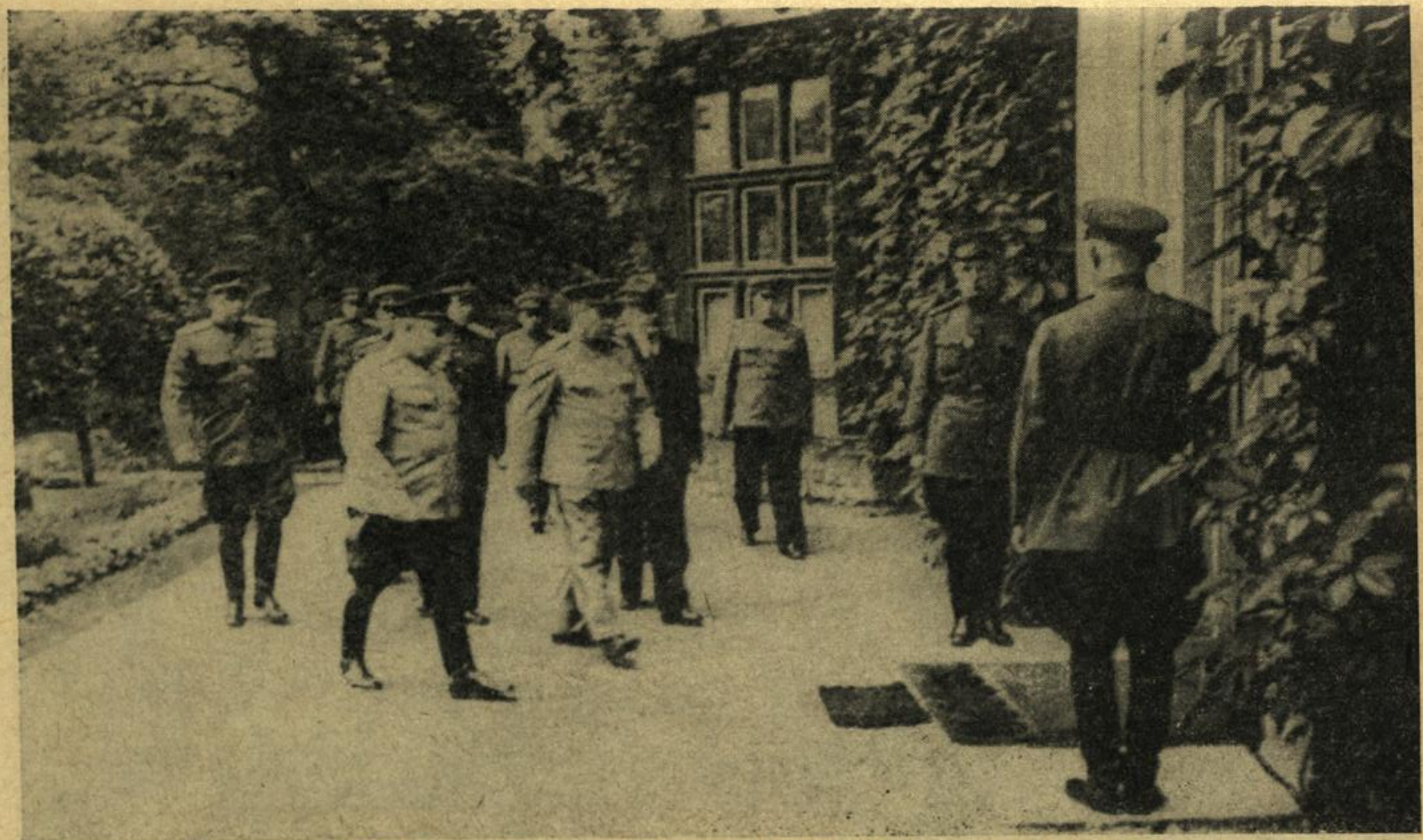
In fieberhafter Eile begannen in Potsdam umfangreiche Instandsetzungsarbeiten: 6 km Asphaltstraßen wurden neu gebaut, 15 km beschädigte Straßen instand gesetzt, eine Pontonbrücke wurde über die Havel geschlagen, Blumen, Büsche und Bäume wurden gepflanzt. 36 Räume und die große Empfangshalle – die spätere Konferenzhalle – im Schloß Cecilienhof renoviert. Im Innenraum des Schlosses wurde ein roter Stern aus Geranien angelegt, der jedes Jahr traditionsgemäß neu bepflanzt wird. Am 10. Juli 1945 waren sämtliche Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Kurz darauf trafen die Delegationen ein. Am 16. Juli kam Stalin auf dem Potsdamer Bahnhof an. Einen Tag zuvor waren Truman und Churchill in Berlin-Gatow gelandet.

Am 17. Juli 1945 um 17.00 Uhr begann die Konferenz; sie endete am 2. August 1945 um 0.30 Uhr nach oftmals harten Auseinandersetzungen.

Das von den drei Großmächten unterzeichnete Abkommen gehört zu den



Besuch J. W. Stalins bei Präsident Harry S. Trumen im „Kleinen Weißen Haus“



Die sowjetische Delegation mit J. W. Stalin und Außenminister Molotow betritt den Konferenzort durch den Weißen Salon des Schlosses



J. W. Stalin, Harry S. Truman und Winston S. Churchill in der ersten Konferenzphase



Clement R. Attlee, Harry S. Truman und Josef W. Stalin in der zweiten Konferenzphase, dahinter stehend (von links) Admiral Leahy, die Außenminister Bevin, Byrnes und Molotow.

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

bedeutungsvollsten internationalen Vereinbarungen. Die Beschlüsse waren auf die vollständige Beseitigung des deutschen Faschismus und Militarismus mit all ihren Wurzeln und auf die Schaffung eines dauerhaften und gerechten Friedens gerichtet. Diesem Anliegen diente insbesondere die von den Siegermächten übernommene Verpflichtung, das Leben des deutschen Volkes auf der Grundlage einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung neu zu gestalten.



Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz (zweite Phase)

Churchill hatte die Potsdamer Konferenz bezeichnenderweise mit dem Decknamen „Terminal" (Endstation) versehen. Er trat damals schon dafür ein, von den vereinbarten Beschlüssen und der Zusammenarbeit mit der UdSSR abzugehen, während sich die USA noch nicht offen dazu bekannten. Noch stand ein schwerer Kampf mit Japan bevor, und die UdSSR hatte zugesagt, drei Monate nach Kriegsende auf dem europäischen Kontinent in die Kampfhandlungen gegen die japanische Guandongarmee einzutreten, um den Krieg auch im Fernen Osten schneller zu beenden. Truman hatte in Potsdam sozusagen schon die abwurfbereiten Atombomben im Gepäck; am 24. Juli 1945 gab er von Potsdam-Babelsberg aus die Anordnung, unmittelbar nach Beendigung der Konferenz auf zwei japanische Städte diese Bomben abzuwerfen.

Eine Phase des kalten Krieges und der Konfrontation gegen die UdSSR und die sich herausbildenden Volksdemokratien begann. Dennoch gelang

es der Sowjetunion gemeinsam mit ihren Bruderländern in unermüdlichem und hartem Ringen, den Völkern Europas 40 Jahre lang den Frieden zu erhalten. Immer mehr Menschen haben sich dem Kampf um den Frieden angeschlossen. Das Potsdamer Abkommen und die anderen Beschlüsse der Antihitlerkoalition haben gezeigt, daß Staaten mit unterschiedlichen sozialen und politischen Ordnungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Interesse der Sicherheit und der Erhaltung des Friedens miteinander existieren können und müssen.

Daran ständig zu erinnern, ist eine der gegenwartsbezogenen Aufgaben der Historischen Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens, Cecilienhof, die seit dem 10. Januar 1952 besteht und inzwischen von fast 8,5 Millionen Gästen aus 140 Staaten aus aller Welt besucht wurde. Unter den jährlich etwa 400 000 Gästen der Gedenkstätte befinden sich viele Jugendliche. Zahlreiche Persönlichkeiten aus dem gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, darunter so bedeutende Repräsentanten des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates wie Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, ausländische Staatsoberhäupter, Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler, Künstler und viele andere Gäste haben mit ihrem Besuch der Gedenkstätte den aktuellen Kampf um den Frieden gewürdigt.

Täglich werden in der Gedenkstätte Cecilienhof vielseitge sachliche Gespräche und Diskussionen zu den aktuellen Lehren des Potsdamer Abkommens geführt. Das stellt an die Mitarbeiter hohe Anforderungen, denn immer wieder gilt es, sich mit der einen oder anderen Auffassung auseinanderzusetzen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens ist heute eine wichtige Institution der Friedenssicherung, der Vermittlung der historischen Wahrheit und der internationalen Verständigung.

1 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Rosevelt und Truman 1941–1945 – Berlin: Rütten & Loening, 1961. – S. 443

2 Churchill, W. S.: Der zweite Weltkrieg; Bd. 6. – Stuttgart und Hamburg, 1952 – S. 134.

3 Briefwechsel. – A. a. O. – S. 447.

4 Ebenda. – S. 452.

Der Artikel erschien in „Archivmitteilungen" 4/1985, S. 114

Erinnerungen an die Bodenreform

Von Bernhard Bechler

In meiner Eigenschaft als damaliger Vorsitzender der Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Brandenburg[1] freue ich mich, den Lesern der „Märkischen Heimat" einige Gedanken darlegen zu können, die die praktische Seite der Durchführung der Bodenreform behandeln. Ich möchte damit aus Anlaß des 40. Jahrestages der Verkündung der Bodenreform Erinnerungen wachrufen, zum anderen aber auch einen kleinen Beitrag zur Sammlung und Auswertung von Erfahrungen für die Geschichtsschreibung über die Durchführung der Bodenreform leisten.

Am 6. September 1945 erließ die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg die Verordnung über die Bodenreform. Es fällt auf, daß diese Verordnung nicht die Unterschrift aller Mitglieder der Provinzialverwaltung trägt.

Zum ersten Mal schieden sich bei diesem wichtigen politischen Schritt die Geister. Einer der bürgerlichen Vizepräsidenten verweigerte die Unterschrift und schied anschließend aus der Provinzialregierung aus. Hauptargument des Vizepräsidenten Remak war der Auffassung, daß die Enteignung des Grund und Bodens nicht entschädigungslos erfolgen dürfe. Vielleicht war dies auch nur ein Vorwand. Interessant ist das Verhalten des uns allen bekannten Herrn Schleusener von der CDU, der als Vizepräsident ebenfalls Mitglied der Provinzialverwaltung war. Er gehörte damals zu der reaktionären Gruppe dieser Partei und gab nur deshalb die Unterschrift zur Verordnung über die Bodenreform, weil diese Gruppe noch immer glaubte, von innen heraus die Macht wieder an sich reißen zu können. Später setzten sich die fortschrittlichen Kräfte im Rahmen des Differenzierungsprozesses in der Partei und durch die sich bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entwickelnden Tatsachen immer mehr durch und unterstützten ehrlich und tatkräftig die Durchführung der Bodenreformverordnung.

So zeigte sich in der oberen Ebene ebenso wie – noch stärker – in den einzelnen Gemeinden, daß die Durchführung der Bodenreform harter Klassenkampf war.

In den Gemeinden, Kreisen und Verwaltungsbezirken wurden entsprechende Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform gebildet. Dazu kam die Schaffung der Provinzialkommission, die unter Leitung des 1. Vizepräsideten stand. Ihr gehörten ferner an die Vizepräsidenten Rau und Schleusener, der Oberlandrat in Bernau Neddermeyer, der Landrat in Cottbus Saisowa, der Vorsitzende des FDGB Möricke und Bauer Sommer, Kreis Westhavelland.



Bernhard Bechler (Aufnahme 1946)

Die Durchführung der Bodenreform war in erster Linie eine wichtige *politische* Maßnahme, die ihren Niederschlag auch in der Zusammensetzung der Provinzialkommission fand. Das kam u. a. darin zum Ausdruck, daß der 1. Vizepräsident, der ja praktisch die Funktion des Innenministers ausübte – und nicht der Vizepräsident für die wirtschaftlichen Fragen, damals der Genosse Heinrich Rau – den Vorsitz der Kommission erhielt und dadurch für die Durchführung der Bodenreform im Land Brandenburg der Partei und Regierung gegenüber voll verantwortlich war.
Sie war weiterhin eine *wirtschaftliche* Maßnahme, indem sie der damaligen Lage entsprechend – es gab keine Maschinen, keine Technik auf dem Land – eine intensivere Bearbeitung des Bodens ermöglichte.
Und schließlich war sie eine *soziale* Maßnahme, die Tausende von Umsiedlern wieder Grund und Boden und damit eine neue Heimat gab; ganz im Gegenteil zu Westdeutschland, wo zwar Entschädigungen gezahlt, aber die Umsiedler aus politischen Gründen nicht seßhaft gemacht wurden.
Bereits am 23. September 1945 wurden die ersten Bodenurkunden feierlich überreicht:
Auf der Wiese des alten Gutsparkes von Plänitz im Kreis Ruppin – heute zum Kreis Kyritz gehörend – fand der feierliche Auftakt für die Verteilung des Junkerlandes statt.

60 Bewerbern – 22 landarmen Bauern und Landarbeitern, acht Handwerkern, drei neuen Siedlern, 13 Umsiedlern aus Plänitz und 14 landarmen Bauern und Landarbeitern aus Neustadt an der Dosse – wurden die Besitzerurkunden überreicht. Die erste Urkunde- und zwar über acht Hektar Ackerland und einen Hektar Wiese, konnte der Siedler Ernst Paris, Vater von 11 Kindern, in Empfang nehmen. Dem historischen Akt war eine angestrengte Tätigkeit der Gemeindekommission zur Durchführung der Bodenreform vorangegangen, die den Besitz des Herrn von Rathenow aufgeteilt und die einzelnen Parzellen an die Bewerber verlost hatte. Ich selbst nahm als Vorsitzender der Provinzialkommission ebenfalls daran teil, überbrachte den Alt- und Neubauern die Grüße der Landesregierung und beglückwünschte sie zum Erhalt des Bodens. Gleichzeitig benutzte ich die Gelegenheit, um damals auftretenden Gerüchten entgegenzutreten, daß nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes über 100 ha die Großbauern enteignet würden, die über mehr als 50 ha Land verfügten. Pfarrer Müller, der mit den Trecks aus den Gebieten jenseits der Oder nach Plänitz gekommen war, versprach, daß die Neusiedler sich gegenseitig helfen werden, mit dem ihnen überantworteten Boden eine neue Lebenszelle für das deutsche Volk zu schaffen.

Auch der Kreissekretär der KPD Schebeck und ein Offizier der SMA ergriffen das Wort.

In dem Zusammenhang ist es notwendig, einige Bemerkungen zur Rolle der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht zu machen.

Die wichtigsten ersten Maßnahmen zur Schaffung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung sind durch die sowjetische Militäradministration bzw. durch die örtlichen Kommandanturen in Form von Befehlen durchgeführt worden. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß nicht wenige Menschen unserer Bevölkerung damals glaubten, die demokratische Umgestaltung in der damaligen Ostzone sei nicht auf den Willen der Bevölkerung, sondern ausschließlich auf die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen, unsere sozialistische Revolution sei letzten Endes auf den Bajonetten der Sowjetarmee importiert und errichtet worden. Diese falsche Meinung wurde – und wird auch heute noch – von unseren Gegnern vertreten und propagandiert.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Inhalt der von der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht gegebenen Befehle und Anordnungen in jedem Falle ausschließlich der Erfüllung des Potsdamer Abkommens diente und mit unserer Zielstellung, mit der Zielstellung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, mit der Zielstellung der Kommunistischen Partei Deutschlands bzw. später der SED vollkommen übereinstimmte. Es gab keine Befehle und keine anderen Dokumente, die nicht

V e r o r d n u n g

über die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg

Entsprechend den Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern und Landarbeiter, darunter auch an diejenigen deutschen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten, beschließt die Verwaltung der Provinz Mark Brandenburg folgende Verordnung:

Artikel 1

1.) Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudalen junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion d
te und ei
kriege ge
jahrhunde
Landarbei
erfüllt w
setzung d
Aufstiege

Der
feste, ge
vateigent

2.) Das Ziel

a) das Ac
vergrö

b) neue s
beiter

c) an Ums
rische
geben;

d) zur Ve
Fleisch
zu sch
Arbeit
Grundl

e) die be
zwecke
ren st
organi

Provinzialverwaltung.

Artikel 5

1.) Wirtschaften, die durch die Bodenreform Land zugeteilt erhielten, haben für den Boden eine Summe zu entrichten, die dem Werte einer Jahresernte entspricht, d.h. auf den ha 1.000 bis 1.500 kg Roggen, je nach der Bodenbeschaffenheit und gemäß den Ablieferungspreisen vom Herbst 1945.

Der Preis für zugeteilte Waldstücke wird entsprechend den örtlichen Nutzungsbedingungen von der Preiskommission zur Durchführung der Bodenreform festgesetzt und soll je ha nicht weniger als die Hälfte des Preises für den übrigen zugeteilten Boden betragen. Die Ausführungsbestimmungen hierzu erläßt die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg.

Die Bezahlung in Geld oder natura geschieht folgendermaßen:

Der erste Beitrag in Form einer Summe von 10% des Gesamtpreises ist bis Ende 1945 zu entrichten, die übrige Summe wird in gleichmäßigen Geld- oder Naturalbeiträgen entrichtet, für die landarmen Bauern im Laufe von 10 Jahren, für Umsiedler und landlose Bauern im Laufe von 20 Jahren.

Den bisherigen landlosen Bauern, Kleinpächtern, Landarbeitern und Umsiedlern kann von der Preiskommission für die Bodenreform eine Stundung des ersten Beitrages bis zu 3 Jahren gewährt werden.

Artikel 6

1.) Die auf Grund dieser Verordnung geschaffenen Wirtschaften dürfen weder geteilt noch ganz oder teilweise verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. In Ausnahmefällen kann die Aufteilung oder Verpachtung der Wirtschaften nur auf Beschluß der Provinzialverwaltung geschehen.

2.) Die Wirtschaften erhalten den Besitz schuldenfrei. Die Abgabeverpflichtung für das Jahr 1945 wird von den Personen geleistet, die von dem betreffenden Boden die Ernte einbringen.

Artikel 7

1.) Technische Fragen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform stehen, und die juristische Gestaltung der notwendigen Dokumente werden in den Ausführungsbestimmungen geregelt.

2.) Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Potsdam, den 6. September 1945

Die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg

Der Präsident: (Dr. Steinhoff)

Der Erste Vizepräsident: (Bechler)

Die Vizepräsidenten:

(Rau) (Rücker) (Schleusener)

Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg (Blatt 1 und 5)

vorher mit antifaschistischen Persönlichkeiten, besonders mit den Vertretern der Arbeiterklasse, mit den Vertretern der zugelassenen Parteien abgestimmt waren. Jawohl, wir erklären ganz offen, das waren auch „unsere Befehle". Als Beweis dafür sei auf den Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 verwiesen, in dem gefordert wird:

> Übernahme aller entscheidenden Funktionen in den Verwaltungsorganen und in der Wirtschaft durch Antifaschisten und Demokraten, entschädigungslose Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer und Aufteilung ihres Landes, Bestrafung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und Übernahme der Konzerne, Banken und Großbetriebe in die Hände des Volkes, Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk und Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Kultur.

Diese Aufgabenstellung entsprach nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse, sondern denen aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes, mit Ausnahme der verbrecherischen Clique von Monopolisten, Militaristen und Junkern.

Die Forderungen des Aufrufs der Kommunistischen Partei Deutschlands entsprachen vollkommen den Forderungen des Potsdamer Abkommens und ließen keinerlei Widersprüche oder Gegensätze zu den zu erfüllenden Aufgaben durch die sowjetische Militärverwaltung zu. Diesen Forderungen entsprachen auch alle gegebenen Befehle der Sowjetarmee, die sich – ganz im Gegensatz zu der Lage und dem Verhalten der Besatzungsmächte in Westdeutschland – auf die wichtigsten Fragen beschränkten, *während die Lösung grundsätzlicher Fragen der demokratischen Entwicklung ausschließlich durch die deutschen Organe beschlossen und durchgeführt wurde. Alle Entscheidungen über die grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen betrachtete die sowjetische Militärverwaltung als ureigenste Sache des deutschen Volkes und handelte auch danach.*

Als Beispiel möchte ich gerade die Verordnung über die Durchführung der Bodenreform erwähnen, die vollkommen von den Verwaltungsorganen der damaligen Ostzone beschlossen und durchgeführt wurde. Dabei zeigte sich bereits, wie die führende Kraft der damaligen demokratischen Kräfte, die Arbeiterklasse und ihre Partei, ihre Führungsrolle dadurch verwirklichte, daß sie den damaligen Landes- bzw. Provinzialverwaltungen Entwürfe wichtiger Verordnungen – wie z. B. der Verordnung über die Bodenreform – mit dem Vorschlag zuleitete, sie durch die entsprechenden Organe annehmen zu lassen.

So wurde in dieser Form die Verordnung über die Bodenreform durch die Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen beschlossen, die dann als Beispiel

für alle Provinzial- und Landesverwaltungen galt und dort in gleicher Weise beschlossen wurde.
Diesem Beschluß ging eine dreitägige Diskussion unter Leitung des Genossen Walter Ulbricht bei der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen voraus.
In der Provinz Brandenburg wurde in dem gleichen Maße gehandelt wie in der Provinz Sachsen. Genosse Walter Ulbricht sagte dazu auf einer Bauernversammlung in Schlaitz am 3. Juli 1960:

> „Aber wir haben das nicht in der Weise gemacht, daß wir oben in den Verwaltungen ausrechneten, wie das Land verteilt werden soll, sondern haben den Arbeitern und Bauern gesagt: Ihr habt selbst die Schule besucht, ihr wißt selbst, wie der Boden am besten verteilt werden kann. Wir müssen gemeinsam ein Gesetz über die Bodenreform ausarbeiten, aber die Aufteilung des Bodens führt ihr selbst durch!"

Ich möchte in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß wir in dieser Frage sehr oft im Widerspruch zu den Vertretern der bürgerlich-demokratischen Parteien – besonders der CDU – standen, die gerade umgekehrt den Erlaß von Verordnungen von oben forderten, ohne die Entwicklungen unten zu berücksichtigen bzw. abzuwarten.
Nun noch einige Einzelheiten, die mir wichtig erscheinen. Es ist notwendig, bei der Beurteilung der Durchführung der Bodenreform nicht den heutigen Maßstab anzulegen. Wir müssen verstehen, daß damals die heutige politische Reife auf dem Dorf natürlich noch nicht erreicht war, daß die Durchführung der Bodenreform einen harten Klassenkampf bedeutete, der nicht ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Dabei wurde nicht unmittelbar sichtbare Sabotage getrieben. Ein Teil der Großgrundbesitzer war bereits geflüchtet. Die Reaktion hatte keine echte Basis mehr, weil ja vorher bereits der alte Staatsapparat zerschlagen war. Dennoch gab es Überspitzungen, Widerstand und auch Sabotageversuche, besonders durch die ehemaligen Inspektoren der Großgrundbesitzer, die als Fachleute zum Teil keine untergeordnete Rolle in den Bodenkommissionen spielten. Im ganzen entwickelte sich jedoch in den Dörfern eine große Initiative, so daß lediglich eine bestimmte Anleitung durch die demokratischen Verwaltungsorgane erforderlich war. Bei Kontrollen unsererseits kam es deshalb vorwiegend darauf an, Überspitzungen abzustellen wie z. B. die Aufteilung von Kirchengütern, den Abriß von Kirchen (z. B. in Felgentreu, Kreis Luckenwalde) oder den Versuch, Restgüter für sogenannte „fortschrittliche" Gutsbesitzer zu belassen, die Abholzung des übergebenen Waldes zu verhindern usw.
Eine große Arbeit wurde bei der Eintragung in die Grundbücher zur rechtlichen Sicherung der Bodenreform geleistet.

Durchführung der Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg

Die Bodenverteilung hat begonnen!

Den landarmen Bauern, Landarbeitern und Flüchtlingen von Plänitz, Brünn und Neustadt (Kreis Ruppin) wurde auf Grund des Gesetzes über die Bodenreform Land zugeteilt.

Am 23. 9. 1945 begann die Gemeindekommission von Plänitz und Brünn mit der Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer, die laut Verordnung zur Durchführung der Bodenreform der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg vom 6. 9. 1945 enteignet wurden.

Wie die Gemeindekommission arbeitete

Die Gemeindekommission wurde am 14. 9. auf der Bauernversammlung des Dorfes gewählt. Sie überprüfte 52 Anträge und befürwortete die Landzuteilung an 46 Familien. In erster Linie bekamen die landarmen Bauern Boden, so z. B. der Bauer Paul Hermann 6 ha und der Bauer Anton Zwich 5 ha. Den Landarbeitern wurde ebenfalls Land zugeteilt, davon dem Gutsarbeiter Ernst Paris, Vater von elf Kindern, 8 ha, sowie einigen nichtortsansässigen Landarbeitern. Die Kommission lehnte sechs Anträge auf Bodenzuteilung ab, davon den Antrag von Papplie, eines aktiven Mitglieds der NSDAP. und die Anträge der enteigneten Grundbesitzerinnen von Rathenow.

Wie die Kreiskommission von Neuruppin arbeitete

Die Kreiskommission fuhr nach Plänitz, unterstützte die Gemeindekommission bei der technischen Durchführung und genehmigte die Liste der Landanwärter, die von der Gemeindekommission vorgelegt wurde.

Die Kreiskommission überprüfte an Ort und Stelle die Anträge der Landanwärter und stand der Gemeindekommission beratend zur Seite.

Wie die Versammlung zur tatsächlichen Aufteilung des Bodens verlief

Am Sonntag, den 23. 9. wurde in Gut Rathenow eine feierliche Versammlung abgehalten. Musik erklang in dem festlich geschmückten Park. Unter den Anwesenden befanden sich Vertreter der Kreisleitung der KPD und SPD, der Vorsitzende der Provinzialkommission, Herr erster Vizepräsident Bechler, Herr Landrat Jerks und verschiedene Pressevertreter. Die Bevölkerung gab ihr lebhaftes Interesse dadurch Ausdruck, daß sie sehr zahlreich erschienen war. Über 300 Personen waren anwesend.

Herr Landrat Jerks händigte den Neusiedlern künstlerisch ausgestattete Urkunden aus, die ihnen das zugeteilte Eigentum bestätigten.

Wie die Aufteilung des Bodens vor sich ging

Die Aufteilung fand in 2 Abschnitten statt. Zuerst wurden die Schläge verlost, dann wurde die unmittelbare Aufteilung vorgenommen.

Ein Plan des aufzuteilenden Gutes Rathenow wurde ausgehangt. Die ganze Fläche des Gutes war auf dem Plan in numerierte Grundstücke zu durchschnittlich 5 ha Fläche eingeteilt. Zwei kleine Mädchen zogen die Lose. Erst wurde der Boden für landarme Bauern zu 3 oder 4 ha verlost, dann kamen die Siedlerstellen von 5 ha zur Verlosung. Damit wurde erreicht, daß Streitigkeiten oder Klagen über Ungerechtigkeiten bei der Bodenverteilung unmöglich gemacht wurden. Jeder Besitzer konnte auf dem Plan sein Grundstück sofort finden.

Nach der Verlosung begaben sich alle Anwesenden aufs Feld, wo die Landmesser die Parzellen aufzuteilen begannen.

Nachdem die Aufteilung vollzogen war, sprach der Pfarrer von Wusterhausen, Herr Müller. Er sagte u. a.: „Ich bin einer von denen, die wissen, was es für den Landmann heißt landlos zu sein. Ich freue mich mit Euch über Euren neuen Besitz, daß Ihr jetzt eine neue Heimat gewonnen habt. Uns stehen große Schwierigkeiten bevor, die wir überwinden müssen. Darin müssen wir einander helfen. Einheit gibt uns Kraft und Mut, es steht uns harte Arbeit bevor. Wir werden sie schaffen und gemeinsam ein neues demokratisches Deutschland aufbauen."

An demselben Tage fand die Bodenverteilung und eine feierliche Versammlung in der Gemeinde Brünn statt. 38 Landarbeiter, landarme Bauern und Umsiedler bekamen hier das Land zugeteilt.

So geht die Bodenreform in Erfüllung.

Die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform
Provinz Mark Brandenburg

G 2005 Herausgeber Provinzialverwaltung Mark Brandenburg Reg. Nr. 4

Flugblatt: Durchführung der Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Die Bodenverteilung hat begonnen!

Eine weitere Maßnahme zur Sicherung der Bodenreform war die Durchführung des Befehls der SMA Nr. 209 – Bodenreformbauprogramm –, der im September 1947 erlassen wurde und ebenfalls als ein Bestandteil der Durchführung und Sicherung der Bodenreform betrachtet werden muß. Das war eine besonders schwierige Aufgabe, für die ebenfalls der Innenminister verantwortlich gemacht wurde. Ich sage ganz offen: Die Erfüllung dieser Aufgabe machte uns allen große Sorgen.

Allein im Land Brandenburg mußten in der 1. Etappe 10.000 Neubauernhöfe geschaffen werden (von 37.000 insgesamt in der damaligen Ostzone), für die jedoch nur etwa ein Drittel an Material planmäßig zur Verfügung gestellt werden konnte. Alles mußte in eigener Initiative beschafft werden (Abriß von Ruinen für die Gewinnung von Ziegelsteinen, Errichtung von Lehmbauten usw.).

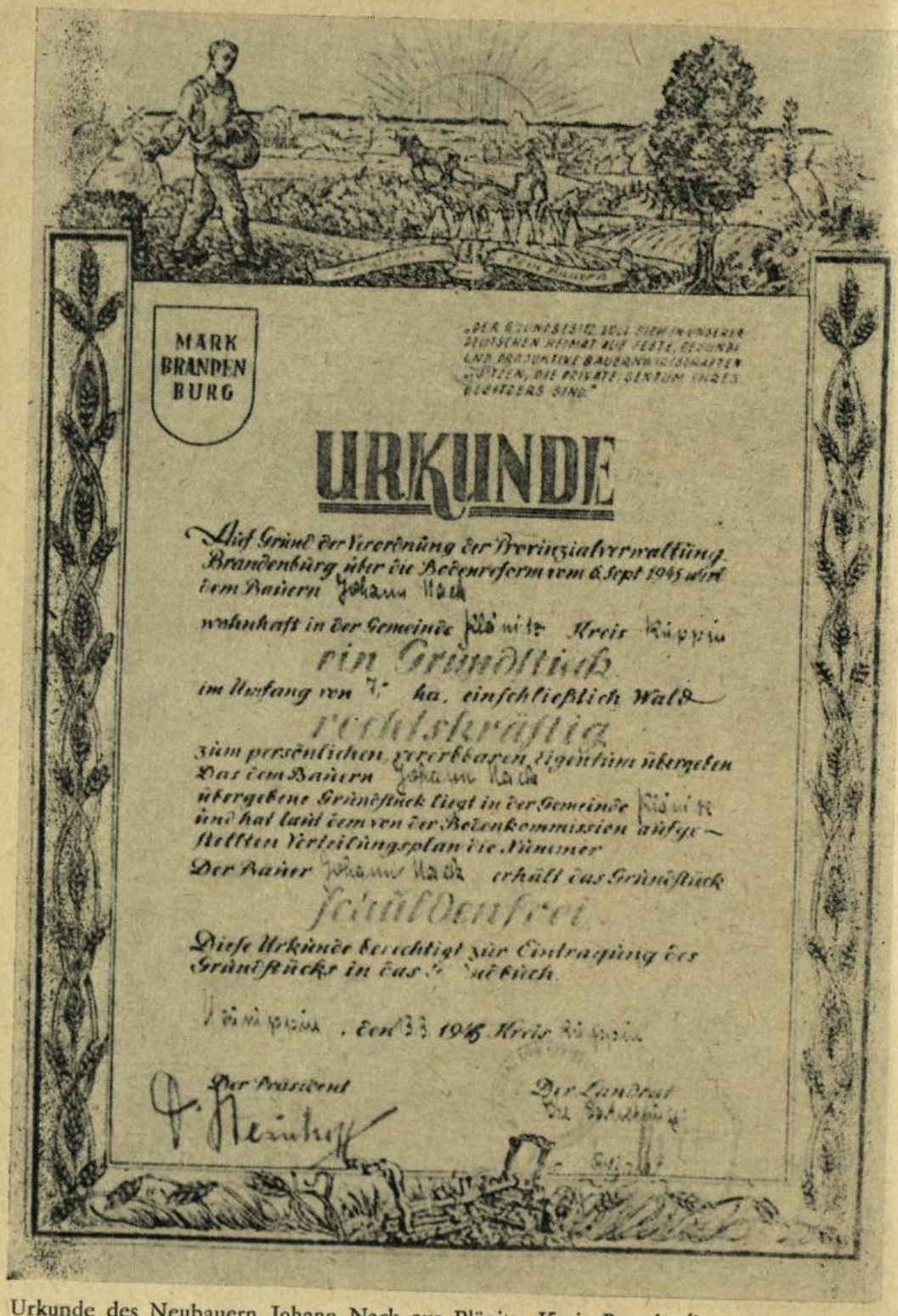
Bei der Durcharbeitung der damaligen Presseveröffentlichungen – vor allem in der „Märkischen Volksstimme" – fällt als besonders interessant die Arbeitsmethode der damaligen Oberbauleitung Brandenburg auf, die vieles mit heutigen Arbeitsmethoden gemeinsam hatte: Schaffung von sogenannten Musterdörfern, wie Wernitz (Kreis Nauen), Kruge (Kreis Oberbarnim), Mittenwalde (Kreis Templin) u. a.: Abhaltung der Sitzungen der Oberbauleitung unter Vorsitz des Innenministers als öffentliche Sitzung in den wichtigen Schwerpunktgemeinden unter Hinzuziehung der Neusiedler; Ausschreibung eines Wettbewerbs der Oberbauleitung mit Prämien von 300 bis 400 Mark; Übernahme von Patenschaften, Tage der sogenannten Bereitschaft usw.

Ich möchte schließen mit den Gedanken, die ich damals im Rahmen einer Diskussion des bekannten Schriftstellers Bernhard Kellermann unter der Überschrift „Was sollen wir tun" in der damaligen „Täglichen Rundschau" zum Ausdruck gebracht habe:

„Die Notwendigkeit, den Militarismus in seinen Wurzeln auszurotten, richtet unser aller Blick heute auf das Land. Die Bodenreform ist das erste große, sichtbare Zeichen eines neuen Weges. Was heute auf dem Lande geschieht, ist nichts weiter als der erste Schritt zu unserer neuen kämpferischen Volksdemokratie.

Man muß die ersten Aufteilungen von Rittergütern selbst miterlebt haben, um aus diesen Erlebnissen schöpfend, frohen Herzens in die Zukunft blicken zu können, man muß gesehen haben, mit welcher Initiative ans Werk gegangen wird. Ist es ein Zufall, daß kaum drei Wochen nach Verkündung der Bodenreform die praktische Aufteilung des Landes, z. b. in der Provinz Mark Brandenburg, bereits im vollen Gange ist?

Ist es ein Zufall, daß bei den Kundgebungen für die Aufteilung des Bodens der Landarbeiter neben dem Bauern, die Vertreter der politischen Parteien



MARK BRANDEN BURG

„DER BAUERNBESITZ SOLL SICH IN UNSERER DEUTSCHEN HEIMAT ALS FESTE, GESUNDE UND PRODUKTIVE BAUERNWIRTSCHAFTEN AUSWEISEN, DIE PRIVATES EIGENTUM DES BESITZERS SIND."

URKUNDE

Auf Grund der Verordnung der Provinzialverwaltung Brandenburg über die Bodenreform vom 6. Sept 1945 wird dem Bauern Johann Nack

wohnhaft in der Gemeinde Plänitz Kreis Ruppin

ein Grundstück

im Umfang von 7,- ha, einschließlich Wald

restlebendig

zum persönlichen vererbbaren Eigentum übergeben

Das dem Bauern Johann Nack

übergebene Grundstück liegt in der Gemeinde Plänitz

und hat laut vom der Bodenkommission aufgestellten Verteilungsplan die Nummer

Der Bauer Johann Nack erhält das Grundstück

steuerfrei.

Diese Urkunde berechtigt zur Eintragung des Grundstücks in das Gutsbuch.

Ruppin, den 3.3.1945 Kreis Ruppin

Der Präsident

Der Landrat

Urkunde des Neubauern Johann Nack aus Plänitz, Kreis Ruppin (jetzt Kreis Kyritz). Original im Besitz der Tochter

neben denen der Verwaltungen, neben dem Pfarrer stehen? Nein, wer es miterlebt hat, fühlte ganz instinktiv, daß die Masse des deutschen Volkes aus den Erlebnissen dieses zweiten grausamen Weltkrieges und aus der Geschichte verstanden hat, um was es heute geht.
Wenn wir – und davon bin ich heute schon fest überzeugt – Ende Oktober dem deutschen Volk und der Welt verkünden können, daß die Neuverteilung des Bodens in nicht einmal zwei Monaten praktisch verwirklicht wurde, dann haben wir damit bewiesen, daß wir nicht nur gewillt, sondern auch fähig sind, unseren neuen deutschen Weg erfolgreich zu beschreiten. Damit wird der erste Schritt, der erste Erfolg zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt getan sein."[2]

Anmerkungen

1 Die Provinz Brandenburg wurde erst im Juli 1947 in „Land Brandenburg" umbenannt. Die am 4. Juli 1945 von der SMA bestätigte Provinzialverwaltung wurde im Dezember 1946 nach den ersten freien demokratischen Wahlen in eine Provinzialregierung umgewandelt. Ab Juli 1947 führt sie dann die Bezeichnung Landesregierung.

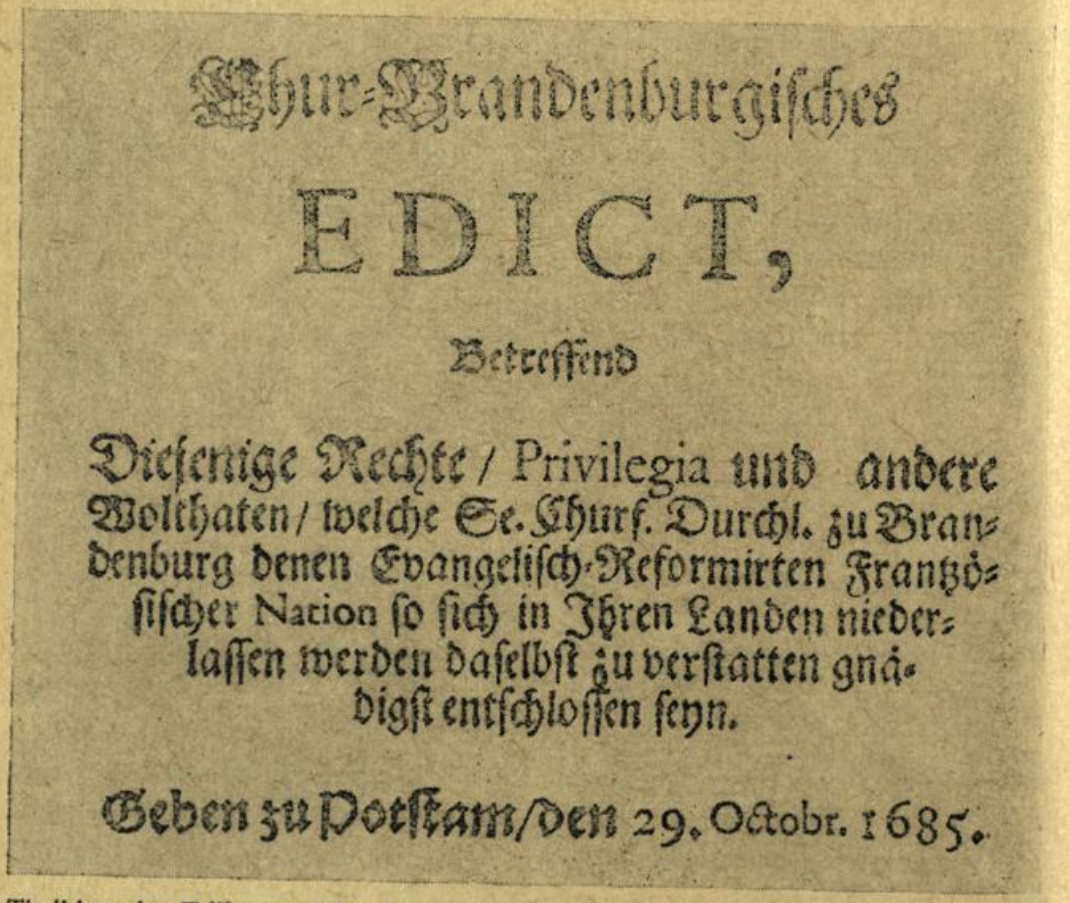
2 „Tägliche Rundschau" vom 3. 10. 1945

Das Potsdamer Edikt von 1685

Von Lieselott Enders

Im Jahre 1785 gedachten die Hugenotten und anderen Glaubensflüchtlinge bzw. deren Nachkommen des hundert Jahre zuvor erlassenen Edikts von Potsdam, das den verfolgten und ihres Glaubens wegen Heimat, Familie und oft auch Vermögen verlassenden Calvinisten Aufnahme in den brandenburg-preußischen Landen zu günstigen Bedingungen gewährte. Es waren Privilegien, die sie noch immer von großen Teilen der vor allem rechtlich schlechter gestellten Bevölkerung abhoben, ungeachtet der Tatsache, daß sie immer wieder um deren Einhaltung kämpfen mußten. Das verbriefte Recht stand auf ihrer Seite. Alle Nachfolger Kurfürst Friedrich Wilhelms hatten das Edikt bestätigt und durch Zusatzbestimmungen erweitert. Erst die Stein-Hardenbergschen Reformen, die den Grund für eine bürgerlich-kapitalistische Staatsordnung legten, hoben 1809 die Sonderrechte der französischen Kolonie auf, im juristischen wie im dialektischen Sinne. Nur

das kirchliche Gemeindeleben war davon vorerst unberührt. Im Verlaufe des 19. Jh. reduzierte es sich auf relativ wenige Parochien, die französisch-reformiert blieben, indessen viele andere sich mit deutsch-reformierten oder lutherischen Gemeinden uniert hatten. Die Erinnerung an die Vergangenheit war verblaßt. Die Hugenotten waren längst Deutsche geworden.
Die zweite Säkularfeier im Jahre 1885 weckte ein neues Traditionsbewußtsein und führte zur Gründung von Vereinigungen und Zeitschriften. Die Geschichte der Hugenotten, Orts- und Familiengeschichte wurden seitdem


Chur-Brandenburgisches
EDICT,
Betreffend
Diejenige Rechte / Privilegia und andere Wolthaten / welche Se. Churf. Durchl. zu Brandenburg denen Evangelisch-Reformirten Frantzösischer Nation so sich in Ihren Landen niederlassen werden daselbst zu verstatten gnädigst entschlossen seyn.
Geben zu Potsdam/den 29. Octobr. 1685.

Titelblatt des Edikts von Potsdam vom 29. Oktober 1685

zunehmend erforscht. Entstand im Zusammenhang mit der ersten Hundertjahrfeier die mehrbändige Geschichte der Hugenotten von Erman und Réclam[1], so verdanken wir der Zweihundertjahrfeier unter anderem die Geschichte der französisch-reformierten Gemeinden von Eduard Muret,[2] ein Standardwerk auch heute noch, um nur eines unter vielen zu nennen, die schon vorher und dann danach, mit und ohne Jubiläumsanlaß entstanden. Die 300. Wiederkehr des Tages, an dem das Potsdamer Edikt erlassen wur-

de, ist uns Heutigen, abgesehen von persönlichen Interessen der Hugenottennachkommen, Gelegenheit, auch dieses Ereignis und seine historischen Auswirkungen in die Besinnung über Tradition und Erbe einzubeziehen, das Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein präzisieren und beleben zu helfen. Dieses Bild schließt die Persönlichkeit des Großen Kurfürsten mit ein, deren Würdigung durchaus noch umstritten ist.[3]

Das Edikt wurde vermutlich von langer Hand vorbereitet.

Die Calvinisten waren in Frankreich zeit ihres Bestehens Verfolgungen ausgesetzt. Höhepunkt im 16. Jh. war die Pariser Bluthochzeit in der Bartholomäusnacht von 1572. Öffentliche Duldung verschaffte ihnen Heinrich IV. im Jahre 1598 mit dem Edikt von Nantes. Doch die katholische Partei in den herrschenden Klassen Frankreichs gewann im 17. Jh. die Übermacht, und der absolutistische König Ludwig XIV. konnte, obwohl die Hugenotten als königstreu galten, keine von seiner Ideologie und Alleinherrlichkeit abweichende Glaubenslehre in seinem Reiche dulden.[4] Unterdrückung, Verfolgung, mehrten sich, die Residenten der evangelischen Fürsten Europas in Paris beobachteten das aus nächster Nähe. Die Proteste der Fürsten, auch Kurfürst Friedrich Wilhelms von Brandenburg-Preußen, bewirkten nichts; doch bot man Flüchtlingen Asyl, so in der Schweiz, der Pfalz, in den Niederlanden und in England.[5] Die erste Kolonie der Refugiés in der Mark Brandenburg bildete sich auf Grund des Einwanderungsedikts von 1661 in Berlin.[6] Ihr schlossen sich 1672 die Hugenotten an, denen der brandenburgische Oberpräsident Otto Freiherr von Schwerin seine Herrschaft Altlandsberg östlich von Berlin kurz zuvor geöffnet hatte. Die Aufhebung des Toleranzedikts von Nantes lag in der Luft, kam nicht unerwartet und traf nicht Unvorbereitete. Nur so erklärt es sich, daß das Potsdamer Gegen-Edikt bereits kurze Zeit danach verkündet werden konnte. Es galt zunächst der Aufnahme bereits Geflohener, machte aber auch denen Mut, die noch in Frankreich verharrten und denen die Flucht nunmehr bei Androhung härtester Strafen verboten war.[7]

Das Edikt von Potsdam war realistisch in Bezug auf die zu erwartenden Siedler wie auf die Vorbedingungen im Lande selbst und das nicht von ungefähr. Die den Refugiés versprochenen Freiheiten stachen weit von der Rechtsstellung eines großen Teils der brandenburg-preußischen Bevölkerung ab. Freijahre gab es auch für deutsche „Neuanbauende", in der Regel sechs. Den Glaubensflüchtlingen jedoch gewährte man zehn Jahre Befreiung von allen Auflagen, Einquartierungs- und anderen öffentlichen Lasten (mit Ausnahme der Konsumtionsakzise) für den Aufbau wüster Stellen mit dazugehörigen Gärten, Wiesen und Ackerland (später um weitere zehn Jahre halber Abgabenfreiheit verlängert), Grundbesitz zu erblichem Eigentum, persönliche Freiheit und Gerichtsstand vor eigenen Koloniegerichten, freie

Wahl des Aufenhaltsortes und damit Freizügigkeit, freies Bürger- und Gewerberecht in den Städten, Befreiung vom Heimfallsrecht des Aufnahmeortes gegenüber Ausländern, Gleichstellung des französischen Adels mit dem einheimischen; außerdem natürlich Freiheit im kirchlichen Gemeindeleben gemäß den reformierten Regeln und Gewohnheiten. Ergänzt wurden diese Privilegien durch weitere, vor allem das der Befreiung von Frondiensten gegen Erlegung eines jährlichen, niedrigen Dienstgeldes.[8])



Kurfürst Friedrich Wilhelm empfängt aus Frankreich geflüchtete Hugenotten
(Stich von Chodowicki)

Das alles bedeute die auf einen bestimmten Personenkreis begrenzte, jedoch gesetzlich fixierte Vorwegnahme eines Rechts- und Sozialstatuts', wie er sich gesamtgesellschaftlich erst nach dem Zusammenbruch des ancien régime mit den preußischen Reformen entwickeln konnte. Er stand zum Teil in krassem Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Lande und in den Städten sowie zur orthodoxen Intoleranz gegenüber den vom Herrscherhaus geschützten Reformierten und anderen Minderheiten. Am

schwerstwiegenden war sicherlich die kurfürstliche Bestätigung der Leibeigenschaft in „denen Ohrten, da sie introduciret und gebreuchlich",[9] zugunsten des gutsherrlichen Adels als Preis für die Steuerbewilligungen von 1653, die der Landesherr zur Reorganisation von Staat und Heer so dringend benötigte. Die Leibeigenschaft der Bauern sollte die wenigen vom Krieg übriggebliebenen an Hof und Gutsherrn binden, die Geflüchteten zurückzwingen und die Abwerbung seitens anderer Gutsherren verhindern, schreckte aber natürlich auch aufbauwillige Zuzügler ab. Das traf auf Grund der Dienstbarkeit der Bürger auch für die Mediatstädte zu.

Die Mark Brandenburg insgesamt hatte unter den Durchmärschen und Kämpfen der verschiedenen Kriegsvölker im Dreißigjährigen Krieg unvorstellbar gelitten. Die Bevölkerungsverluste sind aus den Berichten der Landreiter von 1652, soweit erhalten, zu errechnen.[10] Die Peuplierung des Landes, die Herbeiziehung von Menschen als wichtigster Produktivkraft in Stadt und Land und damit auch als Steuerzahler lag dem Kurfürsten zeit seiner Regierung am Herzen. Durch seine Verbindung zu den Niederlanden von Jugend an kannte er die dortigen Produktionsmethoden und -techniken. Bereits im Jahre 1650 ließ er die vom Krieg besonders stark ruinierten Ämter Chorin und Gramzow-Seehausen in der Uckermark an Holländer verpachten, ließ er hier und in den Ämtern Liebenwalde und Zehdenick leistungsstarke Kolonisten aus Holland und Friesland ansiedeln.[11] Das uckermärkische Unternehmen schlug fehl, teils wegen Unfähigkeit der Pächter, teils aber, und das wiegt schwerer, wegen der Abgaben- und Dienstforderungen an die Kolonisten, die das von Haus aus nicht gewohnt waren, die Lasten verweigerten, mit Wegzug drohten und dann auch tatsächlich abwanderten. Mehr Erfolg hatte die aus dem Hause Oranien stammende Kurfürstin Luise Henriette in ihrer Herrschaft Bötzow, nunmehr Oranienburg genannt, in der sie reformierte Kolonisten wirtschaften und siedeln ließ.[12] Der holländische Admiral Gysels van Lier ließ die Lenzener Elbwische meliorieren und besiedeln; der aus dem Niederrheinischen stammende Jobst Gerhard Freiherr von Hertefeld auf Liebenberg sorgte für die Urbarmachung und Besiedlung großer Teile des Havelbruchs, Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg, seit 1662 im Besitz der Herrschaft Neustadt/Dosse, veranlaßte Ähnliches im Dossebruch.[13] Günstige Bedingungen lockten und hielten die Neusiedler.

Doch blieben noch immer weite Teile vor allem der nördlichen Mark Brandenburg verödet, nicht zuletzt auch infolge erneuter Kriegsschäden, die im schwedisch-polnischen Krieg der fünfziger und in den schwedischen Kriegen der siebziger Jahre besonders die an Schwedisch-Pommern angrenzende Uckermark trafen. Die Volkszählung der achtziger Jahre des 17. Jh. in Gestalt des revidierten Kontributionskatasters von 1687/88 weist, soweit erhalten, aus, daß noch 40 Jahre nach dem Ende des Großen Krieges zahl-

reiche Dörfer völlig wüst oder erst teilweise wieder bewohnt waren; in der Uckermark waren erst knapp 29 % aller vor dem Kriege bestehenden Bauern- und Kossätenhöfe wieder besetzt.[14] Ähnliches trifft für die Städte zu.[15]

Aufgeschlossenheit für die Not der Glaubensbrüder, ungestillter Bedarf an Menschen und die Erwartung in Belebung und Innovation von Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Manufakturwesen waren die Hauptmotive der Gesetzgebung von 1685; ihre inhaltliche Gestaltung jedoch war das Ergebnis jahrzehntelanger Erfahrungen, der Fehlschläge der fünfziger Jahre wie der bleibenden Erfolge der sechziger und siebziger Jahre, die größeres Entgegenkommen gegenüber den auswärtigen Kolonisten, großzügige finanzielle und materielle Starthilfe einerseits und rechtlich und sozial annehmbare Lebensbedingungen andererseits bewirkten. Interessiert war man in diesem blutarmen Land in erster Linie an wohlhabenden Flüchtlingen, die Vermögen und materielle Werte mitbrachten. Realistisches Toleranzdenken und Wirtschaftssinn hatte bereits 1670 vertriebenen Wiener Juden die Tore Berlins geöffnet.[16] Doch war Vermögen nicht ausschließende Bedingung. Aufgenommen wurden alle, die sich bewarben; denn die Arbeitskraft, technische Fähigkeiten und Erfahrungen zählten ebensosehr. Aufgenommen wurden natürlich auch die Geistlichen und die Familienangehörigen, also auch Ältere und Kinder. Daher mußte in jedem Falle Geld aus dem Staatsschatz bereitgestellt werden, um die erste Versorgung und Unterkunft zu sichern, sowie Baumaterial zur Errichtung von Häusern und Ausbau von Wohnungen.[17]

Das Edikt galt zunächst den französischen Glaubensflüchtlingen, den Hugenotten im engeren Sinne. Es bezog sehr bald alle reformierten Refugiés ein, die sogenannten Pfälzer, die seit den Raubkriegen Ludwigs XIV. in der Pfalz diese ihre erste Zufluchtsstätte verlassen mußten, die Wallonen aus dem französich besetzten Flandern und dem Hennegau sowie die aus Savoyen und Piemont zunächst in die Schweiz geflohenen Waldenser. Insgesamt wird mit etwa 200 000 Refugierten in Europa gerechnet, davon ließen sich etwa 20 000 in den brandenburg-preußischen Staaten nieder.[18] Ihre Anzahl ist schwer zu schätzen; denn ihre Mobilität war groß. Wer einmal seines Glaubens wegen Land und Leute verließ, war das auch ein zweites oder drittes Mal zu tun bereit, wenn es ihm notwendig erschien. So kamen Hugenotten aus dem Ruppinschen in die Uckermark,[19] zogen Landlose aus der Uckermark nach Pasewalk, suchten Kolonisten eine neue Heimat in Dänemark, als in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms I. ihre Privilegien in Gefahr sahen.[20] Schon um 1710 folgten Hugenotten dem Aufruf, die von Krieg und Pest verödeten Landstriche (Ost) Preußens zu besiedeln, auch wenn sie bereits Haus und Land besaßen.[21]

Die Anzahl von 20 000 Einwanderern mag gering erscheinen, zumal etwa ein viertel davon in Berlin blieb.[22] Weitere 900 verteilten sich auf andere brandenburgische Städte und Orte. Für die Uckermark, das Hauptgebiet der ländlichen Franzosenkolonien in der Mark, wird mit etwa 2000 Personen gerechnet. Gründe gibt es vielerlei. Brandenburg-Preußen war nicht das einzige Aufnahmeland in Europa; es war zudem wirtschaftlich besonders rückständig und arm. Ebendeshalb waren ja die Aufnahmebedingungen besonders günstig. Jedoch: durchsetzen konnte sie der Kurfürst nur in seinem unmittelbaren Machtbereich, gegenüber den Magistraten der Immediatstädte wie Brandenburg, Frankfurt und Müncheberg, in Magdeburg, Halle und Burg, in den Städten der rheinischen Provinzen und in Preußen, sowie in den landesherrlichen Ämtern. Die örtlichen Obrigkeiten im ritterschaftlichen Bereich konnte er nicht zwingen. Diese aber, so notwendig auch sie Arbeitskräfte in den entvölkerten Gutsdörfern brauchten, hatten ja gerade auf die Leibeigenschaft für ihre Untertanen gesetzt, gedachten also nicht, die Privilegien der Hugenotten zu akzeptieren. Daher erklärt es sich, daß, mit Ausnahme des Versuchs von Altlandsberg, des refugierten Gutsherrn von Rheinsberg und der französischen Kolonie zu Tornow bei Hohenfinow, französisch-reformierte Kolonisten ausschließlich in kurfürstlichen und markgräflichen Domänenämtern und Städten ansässig wurden.

Schwergewicht bildete, außer Berlin, die fruchtbare Uckermark.[23] Kolonien entstanden in den Städten Prenzlau, Strasburg und Angermünde sowie in der markgräflichen Herrschaft Schwedt-Vierraden. Französische Bauern übernahmen Hüfner- und Kossätenhöfe in den Ämtern Chorin und Gramzow sowie in der 1685 vom Landesherrn eingezogenen v. d. Schulenburgschen Herrschaft Löcknitz an der Grenze gegen Schwedisch-Vorpommern. Im Bereich des heutigen Bezirks Potsdam wurden einige Dörfer der Ämter Ruppin, Zechlin und Lindow (Braunsberg, Kagar, Kunkelberg, Repente, Zühlen und Wallitz) Zuflucht für Franzosen und Wallonen, seit Ende des 17. Jh. auch für Schweizer Kolonisten. Kolonien entstanden, zum Teil nur kurzlebig und vereinzelt, in Brandenburg/Havel, Neustadt/Dosse und Oranienburg[24], Pinnow, Pritzwalk, Rheinsberg und Wittstock sowie auf dem Hammer im Amt Liebenwalde.[25] Doch alle diese, quasi in der Diaspora lebend, schlossen sich bald mit den Deutsch-Reformierten zusammen und gingen überhaupt eher in der einheimischen Bevölkerung auf als so geschlossene Kolonien wie in Berlin oder in der Uckermark.

Sehr spät, erst 1723, erwuchs auch eine französische Kolonie in Potsdam.[26] Die Bedeutung der Ansiedlung in den Dörfern bestand zunächst im Wiederaufbau wüster Hofstellen und in der Urbarmachung des verwilderten Kulturlandes. In dem Maße, wie die Refugiés Fuß faßten und allmählich Gewinn erzielten, zahlten sie die Vorschüsse zurück und erkauften weitere



Die Französische Kirche in Potsdam (historische Aufnahme)

Rechte. So erwarben die Strasburger Hugenotten 1703 die 63 Hufen der Stadtfeldmark, die ihnen zur Bestellung zugewiesen waren, durch eine Kapitalzahlung von 4000 Taler als freies Eigentum.[27] Neben dem gewöhnlichen Ackerbau betrieben sie vor allem den Anbau von Tabak nebst Tabakspinnerei und -handel.[28] In Zeiten starker Konjunktur kamen sie dadurch zu einiger Wohlhabenheit.

In den Städten überwogen in der Regel die für die Hugenotten typischen Gewerbe der Textil- und Lederindustrie, aber auch der Nahrungs- und Genußmittelproduktion. Sie brachten neue Techniken, Maschinen, Materialien mit, verfeinerten die Waren und steigerten, unter anderem durch Einführung des Stücklohns, die Produktivität. Da sie privilegiert waren, konnten sie nicht durch Zunftzwang bedrängt werden; jedoch gab es Boykottversuche. Problematisch war auch die Marktlage. Zu unstabiler Kaufkraft kam mangelndes Konsumbedürfnis. Nicht alle Hugenottenunternehmen florierten, manche gingen wieder ein, z. B. in Brandenburg/Havel,[29] während andere Monopolstellung erwarben wie die Spiegelmanufaktur in Neustadt/Dosse.[30] Strumpfwirkereien, Hut- und Handschuhmacher, Hersteller und Verarbeiter feiner Seiden- und anderer Stoffe und ähnliche Gewerbe kamen in Blüte, als nicht nur der Hof und die höfische Gesellschaft, sondern auch andere sozial gehobene Klassen und Schichten die eingeführten französichen Gewohnheiten, Manieren und Moden übernommen hatten.

Neuerungen führten die Hugenotten auch im Handel ein. Sie trennten den Geld- vom Warenhandel, betrieben vielfältig Export- und Messegeschäfte und weckten den Bedarf für Kultur- und Modewaren aller Art. In Berlin bestand seit 1692 das bald nachgeahmte „Bureau d'Adresse", Pfandleihe und Vermittlungsstelle für vielerlei Zwecke.[31] In den Städten schließlich konzentrierten sich auch die Vertreter der Intelligenz, des Kultur- und Geisteslebens; ein Drittel aller Mitglieder der neuen Akademie der Wissenschaften zu Berlin war Hugenotten. Refugierte Adlige erhielten Beamten- und Offizierststellen; in Prenzlau wurde eigens für sie eine Garnison der Grands Mousquetaires geschaffen.[32]

Die Gewöhnung und Anpassung an die neue Umwelt geschah allmählich und keineswegs einseitig. Seit dem Frieden von Rijswijk 1697 wußten die Franzosen, daß eine Heimkehr nicht mehr möglich sei. Ihre Dankbarkeit für Aufnahme, Unterstützung, Privilegierung und Glaubensfreiheit war groß und beständig, konsequent aber auch ihr Bestehen auf den ihnen zugesicherten Rechten. Versuchen der „Früheingliederung", d. h. Gleichstellung mit den minderberechtigten deutschen Nachbarn, Eingriffen in ihr Gemeindeleben widersetzten sie sich beharrlich und würdevoll, mitunter radikal. Es gab für sie keinen Grund, auf auch nur einen Vorteil zu verzichten. Für die offensichtlich schlechtere Rechtsstellung der Einheimischen waren nicht sie verantwortlich. Andererseits lebten sie ihrer Konfession gemäß tolerant, waren barmherzig und hilfsbereit auch gegenüber Andersgläubigen, zeichneten sich durch Glaubensstrenge, Fleiß und tiefe Moralität aus.
Verstöße gegen die allzu strengen Regeln der Calvinschen Kirchenzucht kamen freilich in jeder Gemeinde vor, mußten vor dem Presbyterium der Gemeinde („consistoire") verhandelt und ggf. bestraft werden.

Trink- und Tanzfreudigkeit mit ihren Begleiterscheinungen waren die Hauptsorgen der Geistlichkeit.[33] War der Besuch von Gasthäusern überhaupt verpönt, so stand er unter Strafe an Sonn- und Feiertagen. Immer neue Edikte mußten von den Kanzeln verlesen werden, kamen schließlich dem Geselligkeitstrieb entgegen, beschränkten das Verdikt auf bestimmte Tageszeiten, am Ende nur noch auf die Zeit des Gottesdienstes.[34] Als ebenso sündhaft galten Tanzveranstaltungen und Kartenspiel, sowohl in Gasthäusern wie unter privaten Dächern. Auch hier vermochten sich die Hüter der Discipline ecclésiastique auf Dauer nicht durchzusetzen, schon gar nicht genüber der Jugend, aber auch nicht bei gesetzten Hausvätern, die durch Veranstaltung von Tanzfesten ihre heiratsfähigen Töchter buchstäblich an den Mann bringen wollten.

Verständigten sich wahrscheinlich am frühesten die Kinder der verschiedenen Nationen beim Spielen miteinander – die Schulen waren, da Gemeindesache, ja getrennt –, so taten es alsbald auch die jüngeren und älteren

Leute aus gegebenem Anlaß. Viele Südfranzosen waren ohne Frauen geflüchtet; in vielen Kolonien bestand zunächst Männerüberschuß.[35] Sie heirateten deutsche Frauen, reformierte, aber auch lutherische. Französische Witwen ehelichten deutsche Männer, zumal wenn ein Hof zu bewirtschaften war. Es gab Streitfälle in geistlichen und rechtlichen Fragen, über die Erziehung der Kinder aus solchen „Mischehen", über Erbrechte der Kinder erster Ehe, Wahrnehmung der Kolonieprivilegien durch Deutsche auf „französischen" Höfen.

Die Koloniegerichte und das Französische Oberdirektorium taten das ihre, um die persönlichen und dinglichen Rechte zu schützen. König und Generaldirektorium respektierten das in der Regel; Gegensätze und Konflikte gab es meist auf der örtlichen Ebene.[36] Nur Friedrich Wilhelm I. hatte versucht, die Gemeinderechte nach Gutdünken einzuschränken.[37]

Geschlossene Kolonien größeren Umfangs wahrten Sprache und Kultur länger als Kolonisten in Mischsiedlungen oder gar in der Diaspora, d. h. vereinzelt lebend und entfernt von ihrer Kirchengemeinde. Berechnungen ergaben, daß schon die dritte Generation der Refugiés kaum noch französisch sprach oder verstand,[38] weshalb in der zweiten Hälfte des 18. Jh. viele Gemeinden darum baten, die Predigten abwechselnd in deutscher Sprache zu halten, damit sie überhaupt Wirkung zeitigen. Das Französische Oberkonsistorium widerstrebte lange Zeit, sicher nicht nur aus Konservativismus, sondern weil die Sprache Ausdruck der Herkunft, Markenzeichen der zu bewahrenden Privilegien war. Die Prediger selbst beherrschten, im Gegensatz zu den Lehrern, in der Regel das Französische als ihnen gemäßes Bildungsgut; sie schrieben die Kirchenregister und -protokolle bis ins 19. Jh. hinein in französischer Sprache. Dabei gingen deutsche Wörter ins Französische ein, z. B. Hufe als „houffe", Reichstaler als „risdal", Branntweinbrenner als „brandevinier". Umgekehrt übernahmen die Deutschen französische Idiome, sprachen und schrieben sie mundgerecht ebenso wie französische Personen- und Ortsnamen, so daß sie heute oft nur schwer zu idendifizieren sind.[39]

Die Franzosen, Wallonen, „Pfälzer" und Schweizer blieben nicht die einzigen Ausländer in der Mark. Der anhaltende Peuplierungswunsch der Regierung, Toleranz gegenüber oder Solidarität mit Glaubensflüchtlingen und Bedarf an Arbeitskräften öffneten das Land auch während des ganzen 18. Jh. Asylsuchenden. Seit 1732 strömten Salzburger Exulanten in die Mark und nach Preußen. Hüttenindustrie und Gewehrfabriken zogen katholische Arbeiter aus Belgien nach Spandau, Zehdenick, Potsdam und Berlin. Die großangelegte Binnenkolonisation Friedrichs II. lockte bäuerliche Siedler und Handwerker aus der Pfalz und Württemberg, Böhmen und Mecklenburg ins Land.[40] Auch ihnen wurde im landesherrlichen Domanium Erb-

zinsrecht gewährt. Sie mehrten den Grundbestand, das Element relativ freier Bauern. Die Aufklärung setzte sich auf dem Gebiet der Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung, wenn auch nur im Domanialbereich, durch Einführung staatlicher Justizämter seit 1770 durch.

Bahnbrechend hatte bei alledem sicher die Sonderstellung der Hugenotten gewirkt. Sie weckte nicht nur verständlichen Neid und Mißgunst der minderberechtigten Nachbarn, sondern aktivierte sie auch zum Kampf um ähnliche Rechte. Nachweislich wurden sie dabei von Hugenotten unterstützt. Der Prenzlauer Pastor Perreault mußte sich wegen „Aufwiegelung" der Choriner und Gramzower Amtsbauern, die wie die Franzosen statt der Frondienste lieber Dienstgeld zahlen wollten, schon 1736 verantworten; er tat es sehr geschickt.[41]

Die historische Bedeutung des Potsdamer Edikts ist weniger quantitativ, an der Zahl der Einwanderer und der Höhe ihres Vermögens zu messen, als an der materiellen und geistigen Kultur im weitesten Sinne, die die aus einem wirtschaftlich und kulturell sehr hochstehenden Land Kommenden importierten und hier produktiv und nachhaltig zur Wirkung brachten. Und es war ein bürgerlich-demokratisches Rechts- und Sozialdenken, das von den Kolonien ausstrahlte und seine Langzeitwirkung nicht verfehlte.

Anmerkungen

1 J. P. Erman u. P.C.F. Réclam, Mémoires pour servir à la histoire des Réfugiés français dans les Etats du Roi, Berlin 1782–1800.

2 E. Muret, Geschichte der französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Gemeinde, Berlin 1885.

3 Vgl. u. a. E. Opgenoorth, Friedrich Wilhelm. Der große Kurfürst von Brandenburg, Göttingen 1971/78.

4 Vgl. F. Ebrard, Das Flüchtlingsschicksal der Hugenotten in der Sicht unserer Zeit, in: Archiv f. Sippenforschung und alle verwandten Gebiete 28/1967, S. 241 f.

5 Siehe u. a. H. Erbe, Die Hugenotten in Deutschland, Essen 1937, S. 21 ff., 257 ff.: Anlage 2.

6 S. Jersch-Wenzel, Juden und „Franzosen" in der Wirtschaft der Raumes Berlin Brandenburg zur Zeit des Merkantilismus, Berlin (-West) 1978 (Einzelveröff. d. Hist. Komm. zu Berlin, Bd. 23), S. 31 f.; 1667 und 1669 weitere Freiheiten.

7 Ebrard (s. Anm. 4), S. 244.

8 Zentrales Staatsarchiv, Merseburg, Rep. 9, D 8 fasc. 1; Zusammenstellung der wichtigsten Edikte s. bei M. Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Colonisationen, Leipzig 1874, S. 627 ff.

9 M. Klinkenborg, Das Archiv der Brandenburgischen Provinzialverwaltung, Bd. 1: Das kurmärkische Ständearchiv, Strausberg (1920), S. 465 (Landtagsrevers von 1653).

10 J. Schultze, Die Mark Brandenburg, Bd. 5, Berlin (-West) 1969, S. 14 f.

11 Zentrales Staatsarchiv, Merseburg, Rep. 21 Nr. 59 und 183; Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 32 Joachimsthalsches Gymnasium Nr. 769.

12 Muret (s. Anm. 2), S. 254 f.; Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 Kurmärk. Kriegs- und Domänenkammer D. 14943.

13 Schultze (s. Anm. 10), S. 47 ff
14 Ermittelt durch Vergleich mit der Summe der Bauern- und Kossätenhöfe im Jahre 1624 nach rekonstruiertem Schoßkataster.
15 Siehe u. a. die Tabelle bei Schultze (s. Anm. 10), S. 106.
16 Jersch-Wenzel (s. Anm. 6), S. 26 f., 43 ff; s. auch S. 40 ff.
17 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7 Amt Ruppin Nr. 91: 1686/1688 betrugen die Ausgaben fär 23 Franzosen fast 2850 Taler.
18 Vgl. Erbe (s. Anm. 5), S. 21 ff., 39; Jersch-Wenzel (s. Anm. 6), S. 29; H. Meermann, Vorboten des Fortschritts. Einwanderung der Hugenotten nach Deutschland, in: Der Deusche Hugenott 47, 1983, S. 76.
19 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 7 Amt Gramzow Nr. 1132; Pr.Br.Rep. 5 C Französisches Koloniegericht zu Strasburg Nr. 3.
20 Siehe u. a. H. Du Vinage, Geschichte der französischen Kolonie und der Evangelisch-Reformierten Gemeinde zu Pasewalk, in: Baltische Studien NF 28/1926, S. 69 ff.
21 W. Beuleke, Die Hugenottenkolonie zu Strasburg in der Uckermark, Sickte 1982 (Geschichtsbll. des Dt. Hugenotten-Vereins e.V. XVIII. Zehnt, H. 9/10), S. 10; ders., Die Refugiés – eine mobile Bevölkerungsgruppe, in: Der Deutsche Hugenott 48/1984, 1, S. 2–20.
22 Muret (s. Anm. 2), S. 313 ff.; R. Béringuier, Die Colonieliste von 1699, Berlin 1888.
23 Außer Muret (s. Anm. 2), siehe für das folgende vor allem K. Manoury, Die Geschichte der französisch-reformierten Provinz-Gemeinden, Berlin 1961.
24 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 2, D. 14930: Erbpachtkontrakt von 1699 mit 8 Refugiés über den Vorwerkstacker zu Oranienburg.
25 Pfarrarchiv zu Falkenthal, Kirchenbuch von Neuholland I.
26 Manoury (s. Anm. 23), S. 2–20.
27 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 5 C (s. Anm. 19), Nr. 4.
28 Siehe unter anderem Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 8 Stadt Strasburg Nr. 529; Pr.Br.Rep. 19 Steuerrat Potsdam Nr. 1590 und 1592, Sreit mit Tabakshändlern in Brandenburg/H.
29 Ebenda Nr. 1679 über die Schönfärberei des Le Cornu.
30 Manoury (s. Anm. 23), S. 160 nach Muret, S. 200 ff., 254; Jersch-Wenzel (s. Anm. 6), S. 83.
31 Jersch-Wenzel, S. 84 f.
32 Zum Einfluß der Hugenotten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens s. Erbe (s. Anm. 5), S. 66 ff.; zur Bedeutung für die Gewerbepolitik der achtziger Jahre des 17. Jh. s. Opgenoorth (s. Anm. 3), Bd. 2, S. 301 ff.
33 Manoury (s. Anm. 23), S. 3, 30 und passim.
34 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 5 C (s. Anm. 19), Nr. 7.
35 W. Beuleke, Die Südfranzosen in den uckermärkischen Hugenottenkolonien Prenzlau, Potzlow und Strasburg, Sickte 1980 (Geschichtsbll. d. Dt. Hugenotten-Vereins e.V. XVIII, Zehnt, H. 7); ders., Die Hugenottengemeinde Prenzlau, in: Genealogie 14/1965, S. 416 f.
36 Manoury (s. Anm. 23), S. 86 ff. und passim.
37 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 7 Amt Zechlin Nr. 672 und Nr. 660; Pr.Br.Rep. 2, D. 16441, betr. Braunsberg und Kagar.
38 Meermann (s. Anm. 18), S. 78; Pr.Br.Rep. 7 Zechlin Nr. 672.
39 Erbe (s. Anm. 5). S. 285 ff.; W. Beuleke, Studien zum uckermärkischen Refuge und zur Stammheimat seiner Mitglieder, in: Genealogie 14/1965, S. 597 ff.
40 Immer noch wichtig: Beheim-Schwarzbach (s. Anm. 8).
41 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 2, D. 9939.

Hugenotten (Kolonien) in der Mark Brandenburg im 17./18. Jh.

Angermünde[1]	1687 gegr.	Lychen[1]	18. Jh.
Bagemühl[1]	1687 gegr.	Malchow b. Berlin	1697 gen.
Battin[1]	1688 gegr.	Meichow	1687 gegr.
Beenz b. Prenzlau[1]	1699 gegr.	Melzow[1]	vor 1703 gegr.
Bergholz[1]	1687 gegr.	Müncheberg	1691 gegr.
Altlandsberg	1671 gegr.	Neustadt/Dosse[2]	1697 gegr.
Berlin	1661 gegr.	Oranienburg[2]	1699 gegr.
Bernau	1699 gegr.	Pankow b. Berlin	1697 gen.
Blankenburg[1]	1700 gen.	Parstein[1]	1687 gegr.
Brandenburg/H.[2]	1686 gegr.	Pinnow[2]	1690 gen.
Braunsberg[2]	vor 1701 gegr.	Plöwen[1]	1687 gegr.
Briest[1]	1687 gegr.	Potsdam[2]	1723 gegr.
Brodowin[1]	1690 gegr.	Potzlow[1]	1687 gegr.
Brüssow[1]	1774 gen.	Prenzlau[1]	1687 gegr.
Buchholz[1] b. Prenzlau	1703 gegr	Pritzwalk[2]	1700 gen.
Buchholz b. Berlin	1688 gegr.	Repente[2]	1686 gegr.
Chorin[1]	1699 gegr.	Rheinsberg[2]	1686 gegr.
Cottbus	1701 gegr.	Rossow[1]	1687 gegr.
Fahrenwalde[1]	1687 gegr.	Schmargendorf[1]	1688 gegr.
Fergitz[1]	1741 gen.	Schmöllin[1]	1691 gegr.
Frankfurt/O.	1686 gegr.	Schwedt/O.[1]	1686 gegr.
Fredersdorf[1]	1687 gegr.	Seehausen[1]	1726 gegr.
Friedrichsthal[2]	1781 gegr.	Spandau	1688 gegr.
Gramzow[1]	1687 gegr.	Stegelitz[1] (oder Weselitz?)	
Grenz[1]	1686 gegr.	Stendal/Altmark	1688 gegr.
Grimme[1]	1687 gegr.	Strasburg/UM[1]	1691 gegr.
Grünow[1] b. Prenzlau v.	1697 gegr.	Tornow b. Ebersw.	1704 gegr.
Hammelspring[1]	1701 gegr.	Vierraden[1]	1686 gegr.
Hammer[2]	1710 gegr.	Wallitz[2]	1686 gegr.
Herzsprung[1]	1690 gegr.	Wallmow[2]	1691 gegr.
Kagar[2]	1686 gegr.	Wittstock[2]	1697 gen.
Köpenick	1685 gegr.	Woddow[1]	1691 gegr.
Kunkelberg[2]	1686 gegr.	Zerrenthin[1]	1687 gegr.
Lindenhagen[1]	1697 gegr.	Groß Ziethen[1]	1686 gegr.
Lindow[2]	1697 gen.	Klein Ziethen[1]	1686 gegr.
Lüdersdorf[1]	1697 gegr.	Zühlen[2]	1686 gegr.

---

1 = Uckermark; 2 = Bezirk Potsdam;
gegr. = (Kolonie gegründet; gen. = (Franzosen) genannt.

Rüstungsproduktion und antifaschistischer Widerstandskampf in Genshagen/Ludwigsfelde

Von Gerhard Birk

Die Atomobilbauer-Stadt Ludwigsfelde hat in der DDR und weit darüber hinaus einen guten Ruf. Allein dieser Tatbestand läßt es uns leichter fallen, auch auf weniger erfreuliche Phasen der Ortsgeschichte einzugehen. Warum auch sollten die jungen Einwohner unserer Stadt und vor allem die vielen Zugezogenen nicht erfahren, daß sich in Ludwigsfelde vor nicht allzulanger Zeit eine nazistische Rüstungsschmiede, Zwangsarbeitslager und ein Außenkommando des Konzentrationslagers Ravensbrück befunden haben?

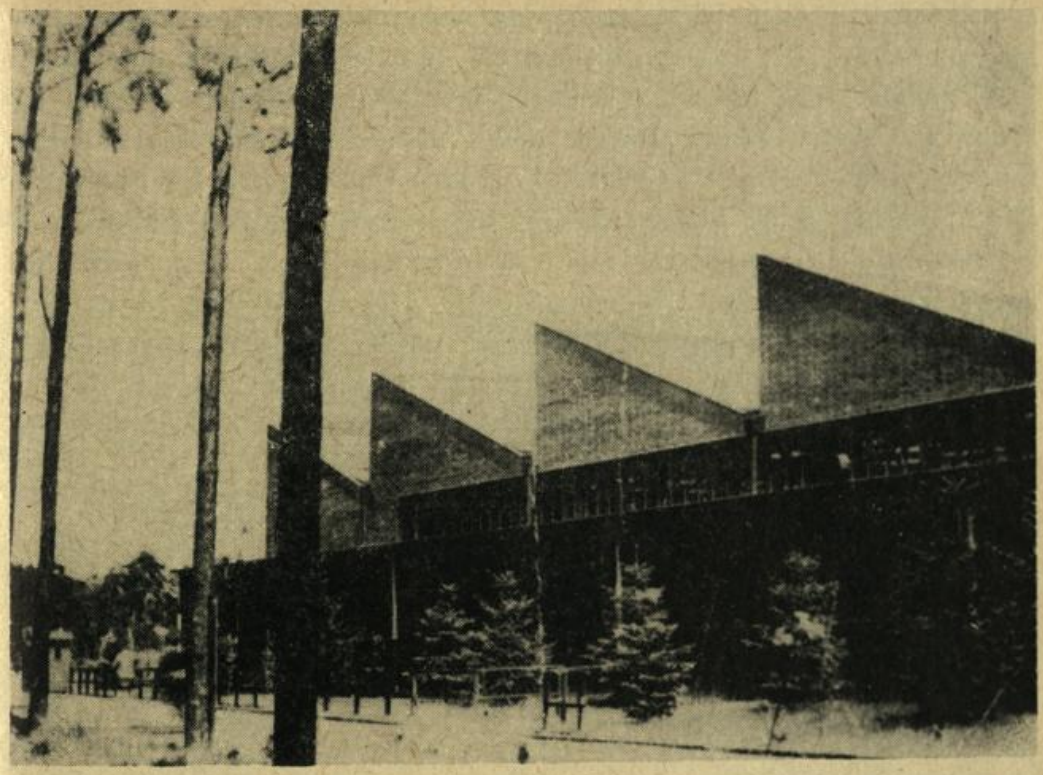
Im 1935/1936 errichteten Daimler-Benz-Flugzeugmotorenwerk in der Genshagener Heide wurden Moteren für Kriegsflugzeuge hergestellt.

Da mit Kriegsbeginn 1939 die Aufträge sprunghaft anstiegen, sahen sich die Konzernherren von Daimler-Benz nach weiteren, vor allem billigen Arbeitskräften um. Sie brauchten nicht lange zu suchen, denn die Nazis hatten eine Vielzahl von Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern errichtet. Die KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen wurden zum großen Teil für 3,00 bis 6,00 RM pro Tag an die Rüstungsindustrie, so auch an das Daimler-Benz-Werk in der Genshagener Heide, vermietet. Um diese Sklaven der Neuzeit unterzubringen, war in Ludwigsfelde eine gane Barackenstadt errichtet worden.

Wenn man in alten Statistiken nachblättert, wird Ludwigsfelde für das Jahr 1944 mit etwa 5000 Einwohnern erwähnt. Den ebenfalls nach Tausenden zu zählenden Rest bezog man nicht mit in die Einwohnerzahl ein, da es sich – dem nazistischen Sprachgebrauch entsprechend – um Untermenschen handelte. Was waren das für Menschen?

Es waren vor allem Kriegsgefangene und 1100 Frauen und Mädchen aus dem KZ Ravensbrück. Unter diesen zur „Vernichtung durch Arbeit" bestimmten Menschen befanden sich neben etwa zehn deutschen Frauen Häftlinge aus den verschiedensten Ländern Europas. Eine dieser Frauen, Friedel Malter, lebt heute in Berlin.

Um in eines der düsteren Kapitel der Ludwigsfelder Geschichte ein wenig mehr Licht zu bringen, baten wir sie um ein Gespräch. Wir lernten eine intelligente, selbstbewußte und bescheidene Frau kennen. Sie ist, wie man sich





Das Motorenwerk von Daimler-Benz. Halle vor dem Luftangriff (oben), zerstörte Reste nach dem Angriff

ausrechnen kann, den Jahren nach nicht mehr die Jüngste, dennoch ist sie jung geblieben. Im folgenden sei nun ein Teil des Gesprächs, das wir am 5. November 1984 führten, wiedergegeben. Uns interessierte vorerst die Frage, wie Friedel Malter ins KZ und schließlich zur Sklavenarbeit nach Ludwigsfelde gekommen ist? Dazu in groben Umrissen die Vorgeschichte: Die Weberin Friedel Malter ist 1933 wegen ihrer illegalen Tätigkeit als Kommunistin – sie ist Frauenleiterin der KPD in Schlesien und KPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag gewesen – verhaftet worden. In der fünfjährigen Haft, davon drei Jahre Zuchthaus und zwei Jahre im KZ, lernte sie größte Entwürdigung und alle Tiefen des menschlichen Daseins kennen. Eines Tages im Jahre 1933 erschien der Chef der Gestapo, Heinrich Himmler, im Konzentrationslager Lichtenburg, um einen Teil der sogenannten Langjährigen zu entlassen. Was Himmler als menschliche Geste verstanden wissen wollte, war in Wirklichkeit eine Notlösung, zu der sich die Nazis angesichts des zum Bersten überfüllten KZ Lichtenburg veranlaßt sahen. Zu den Entlassenen gehörte auch Friedel Malter. Sie war fortan bei einem Stundenlohn von 46 Pfennigen in einer Pfefferkuchen- und danach in einer Nudelfabrik tätig. Später arbeitete sie in einer Lotterieannahmestelle.

Einen großen Teil ihrer Freizeit nutzte sie, um sich als Kontoristin auszubilden. Obwohl sie unter Polizeiaufsicht stand, gelang es ihr, den Kontakt zur Partei aufrechtzuerhalten.

Am 22. April 1944, dem Tag, an dem die Rote Armee die Grenze des faschistischen Deutschlands überschritt, wurde unter dem Code-Wort Gitter-Aktion eine Verhaftungswelle ausgelöst. Im Zuge dieser Aktion wurden viele Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch viele progressive Christen und bürgerliche Demokraten verhaftet. Unter ihnen befand sich auch die ehemalige Landtagsabgeordnete der KPD, Friedel Malter. Nach mehreren Zwischenstationen kam sie ins KZ Ravensbrück. Hier gehörte sie zu jenen, die preisgünstig an das Auerwerk in Oranienburg, wo Gasmasken hergestellt wurden, vermietet wurde. Am 2. Dezember 1944 wurde sie in das KZ-Außenkommando in der Genshagener Heide gebracht, wo sie in der Daimler-Benz-Rüstungsfabrik Zwangsarbeit verrichten mußte. Das dem KZ Sachsenhausen unterstellte KZ-Außenkommando befand sich ursprünglich in einem Barackenlager außerhalb des Daimler-Benz-Werkes. Die Häftlinge wurden täglich durch den Ort ins Werk getrieben.

Nach dem großen anglo-amerikanischen Bombenangriff auf das Rüstungswerk am 6. August 1944 wurden die Frauen – praktisch als Geiseln – in die Kellerräume der sogenannten Deutschlandhalle verlegt. Bei jedem Fliegeralarm mußten sie damit rechnen, unter den Trümmern der ohnehin schon stark beschädigten Halle begraben zu werden.

Was erlebte Friedel Malter im Daimler-Benz-Werk Genshagen/Ludwigsfelde?
Sie wurde als Schreiberin im Büro des Leiters des KZ-Außenkommandos eingesetzt. Der Kommandoleiter, Oberscharführer Mantzel, drohte ihr, während er mit seiner Pistole spielte: Wenn sie hier konspirieren, erschieße ich sie wie einen tollen Hund." Die Tätigkeit als Schreiberin gab ihr die



Friedel Malter (Aufnahme um 1948)

Möglichkeit, Ensicht über die Verhältnisse im Lager zu bekommen. Friedel Malter erzählt:

Untergebracht waren sie in den niedrigen und dumpfen Luftschutzkellerräumen der getarnten Halle 24, einer gigantischen Montage- und Demontagehalle, die sich zwischen Autobahn und Birkengrund ausdehnte. Die Halle war mit einem elektrisch geladenen Zaun umgeben. An einem Mittelgang, der sich unter der Halle erstreckte, befanden sich viele türlose Räume, in denen die Häftlinge in dreifach übereinander errichteten Holzpritschen schliefen. Ihr Leben spielte sich, wenn man von den Zählappellen absieht, weitgehend zwischen diesen Kellerräumen und der darüber befindlichen Halle ab.

Täglich um 5.30 Uhr wurden die Frauen aus dem Schlaf gerissen. Nach dem Zählappell erhielten sie ein klägliches Frühstück. Es bestand aus 100 g Brot und einer Scheibe Wurst, die bald so dünn war, daß man hindurchschauen konnte. Bei der Wurst handelte es sich um sogenannte „Schwerstarbeiterzulage", die es nur für die Rüstungsarbeiter- und arbeiterinnen gab. Mit dieser „Sonderration" sollte angeblich die Arbeitsfähigkeit der Häftlinge erhalten werden. Mittags wurde fast ausschließlich Eintopf aus Kohlrüben und Graupen ausgegeben. Abends gab es Brot und Margarine. Gegen Kriegsende wurde die Verpflegung immer schlechter. Schließlich wurde sogar noch das Salz im Mittagessen eingespart. Die Aufseherinnen, die in der Halle untätig herumstanden, sofern sie nicht gerade die Frauen zur Arbeit antrieben, hatten keine Skrupel, ihr Frühstücksbrot vor den Augen der hungernden Frauen zu verzehren. Von medizinischer Betreuung konnte keine Rede sein. Unter den Häftlingen befanden sich auch zwei sowjetische Ärztinnen. Bei ihnen handelte es sich um Kriegsgefangene, die im Widerspruch zu den internationalen Abkommen ins KZ gesteckt worden waren. Diese beiden Ärztinnen waren für die Betreuung der Häftlinge zuständig. Da sie aber kaum über Medikamente verfügten, waren ihrer Hilfe Grenzen gesetzt. Es kam häufig zu Unfällen. Manche Frau brach unter der Last der schweren Eisenteile zusammen. Schwerverletzte wurden nicht behandelt.

Man brachte sie nach Ravensbrück zurück, wo sie nachweislich vergast wurden. Diesen Weg mußten viele Häftlinge gehen, denn die Rüstungsindustrie war nur an jenen Arbeitskräften interessiert, die ihr Profit brachten. Friedel Malter gelang es in zwei Fällen, Transportlisten mit den Namen von verstorbenen Kameradinnen zu versehen, wodurch mehrere Frauen dem Tode entgingen. Eine von ihnen war Malerin aus Budapest, zu der sie noch lange Jahre Kontakt hatte. Immer, wenn Frauen aus der Halle 24 starben, wurde der mit der SS vertraglich vereinbarte „Nachschub" aus Ravensbrück angefordert. Die 1 100 KZ-Frauen mußten als ungelernte Kräfte alle anfallenden Arbeiten verrichten. Mehr gefürchtet als die zumeist qualvolle Arbeit

waren die Zählappelle, die bei Wind und Wetter und selbst bei klirrendem Frost im Freien stattfanden. Sie erstreckten sich manchmal über mehrere Stunden. Fielen Frauen vor Kälte oder vor Entkräftung ohnmächtig zu Boden, wurden sie vom Kommandoleiter als Simulanten beschimpft und häufig mit Fußtritten traktiert. Für die Überlebenden werden die Worte Daimler-Benz, Genshagen und Ludwigsfelde stets wie ein Fluch klingen. Und sie werden sicher stets aufs neue schmerzlich berührt zusammenzucken, wenn sie von den Aktienkursen, Gewinnausschüttungen und Bestechungsskandalen solcher Konzerne wie Daimler-Benz hören. Daimler-Benz besteht nach wie vor, heute als einer der größten Autoproduzenten der BRD, auch wieder am Rüstungsgeschäft verdienend, fort, als hätte es die Kriegsverbrechen, die Verbrechen an den Zwangsarbeitern und die profitbringenden mörderischen Geschäfte mit der SS nie gegeben.

Daß die Mehrzahl der in Ludwigsfelde/Genshagen schamlos ausgebeuteten Frauen ihren Lebensmut nicht verloren, ist der Hilfe untereinander wie auch der Solidarität klassenbewußter Arbeiter des Werkes zu verdanken. Einige von ihnen suchten nach Möglichkeiten, um mit den Häftlingen Kontakt aufzunehmen. Jean Tinti, ebenfalls Dreher in der Halle 24, schrieb in einem Brief vom 22. März 1964 an Friedel Malter u. a., daß er „das Schreckliche, was die armen, unglücklichen Frauen erleiden mußten, mit angesehen und versucht (habe), so weit es möglich war, zu helfen." Des weiteren nahm der in der Halle 24 tätige Genosse Kurt Schneider, der eine Widerstandsgruppe leitete, Kontakt zu Friedel Malter auf und übermittelte ihr laufend neueste Nachrichten, die er von Fronturlaubern, aber auch aus heimlich abgehörten Sendungen des Londoner und Moskauer Rundfunks erfahren hatte. Diese Nachrichten wie auch die Solidarität einzelner Arbeiter gaben den Frauen stets aufs neue Mut zum Weiterleben. Daran konnten auch die Aufseherinnen und der Kommandoleiter nichts ändern, die noch immer vom Endsieg des „Führers" faselten und an die Ausrottung aller Nazigegner glaubten. Selbst in jenen Tagen, als die Rote Armee begann, den Ring um Berlin zu schließen, hielten sie an ihren Durchhalteparolen fest.

Bei der Weitergabe der Nachrichten über den Frontverlauf war größte Vorsicht geboten, zumal sich unter den Häftlingen auch Kriminelle befanden, die für persönliche Vorteile anderer Häftlinge denunzierten.

Die Nachricht über die näherrückende Front und der damit zu erwartenden Befreiung waren für manche der gequälten Frauen häufig von lebenserhaltender Bedeutung. Die Hoffnung auf die kurz bevorstehende Befreiung konnte auch nicht durch die Drohung der Aufseherinnen getrübt werden, indem sie den Häftlingen wiederholt zuriefen: „Wenn Ihr denkt, die Russen werden euch retten, habt ihr euch geirrt. Vorher geht ihr alle in die Luft!" Arbeitern des Werkes, die von dieser Absicht erfahren hatten, ge-

lang es, Maßnahmen zur Verhinderung dieses Verbrechens zu treffen. Sie ließen die Frauen wissen, daß sie sich vor der angedrohten Sprengung nicht zu fürchten brauchten.

Schließlich hatte man es sich doch noch anders überlegt und beschlossen, die Häftlinge zu evakuieren. Mitte April 1945, nur wenige Tage vor der Befreiung von Ludwigsfelde, mußten sie antreten, sich entkleiden und die zumeist völlig verschlissenen und verschmutzten Kleidungsstücke auf einen Haufen werfen. Sie wurden mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet. Den Weg ins Feuer nahmen auch alle KZ-Akten des Außenkommandos. In frischer Häftlingskleidung traten die durch die schwere Arbeit und unzureichende Nahrung völlig ausgemergelten Frauen an einem Sonntagmorgen den Marsch in Richtung Sachsenhausen an. In der stark bewachten Kolonne befanden sich einige Plattenwagen, die die Frauen selbst ziehen mußten. Mit diesen Wagen wurden das Gepäck der Aufseherinnen, bald aber auch die vor Erschöpfung zusammengebrochenen Häftlinge transportiert.

Viele Menschen, auch mancher Einwohner von Ludwigsfelde, sahen diesen Elendszug vorüberziehen. Mancher wandte sich ab und versuchte, diesen Anblick zu vergessen oder diesen furchtbaren Eindruck zu verdrängen; andere waren entsetzt und wieder andere machten sich sicher Gedanken oder auch Sorgen über das weitere Schicksal dieser leidgeprüften Frauen. Der Marsch in Richtung Sachsenhausen mußte wegen völliger Erschöpfung vieler Frauen bald unterbrochen werden. Man wählte einen anderen Weg. In Berlin-Zehlendorf wurden die 1 100 Frauen in einen S-Bahn-Sonderzug gepfercht und nach Oranienburg transportiert. Von dort ging es wieder zu Fuß weiter ins KZ Sachsenhausen, wo sie in drei Baracken untergebracht wurden. Jeweils zwei Frauen mußten sich eine Pritsche teilen. Schon nach sechs Tagen, am 20. und 21. April 1945, wurde das KZ geräumt. Es wurden annähernd 70 Kolonnen zu je 500 Personen, darunter jeweils ca. 50 Frauen, zusammengestellt. Da die Bewacher nicht mehr ausreichten, steckten die Nazis Häftlinge mit grünen Winkeln, also Berufsverbrecher, in SS-Uniformen und setzten sie als Bewacher ein. Die Nazi-„Herrenmenschen" sahen die Schwerverbrecher als ihre letzten Verbündeten an. Dieser Vorgang entbehrt nicht einer tiefen Symbolik. Es begann der mit Leichen gesäumte Todesmarsch. Wer erschöpft zusammenbrach, wurde erschossen. Kolonne um Kolonne wurde nordwärts getrieben. Wie der spätere Sachsenhausen-Kriegsverbrecher-Prozeß ergab, sollten die Häftlinge auf Schiffe verladen und in der Ostsee versenkt werden.

In einem Dorf nahe der Stadt Rheinsberg wurden die Häftlinge in einem Schafstall untergebracht. Am nächsten Morgen ging es weiter. Kurz hinter Rheinsberg tauchte ein Kradmelder der faschistischen Wehrmacht auf und

berichtete, daß die Rote Armee die Straße bereits abgeriegelt habe. Die Kolonne mußte einen anderen Weg nehmen. Bei dem dabei entstandenen Durcheinander konnten einige Häftlinge, darunter Friedel Malter, fliehen. Sie verbergen sich etwa zehn Tage in den Wäldern, bis es zur Gewißheit geworden war: Die Stunde der Freiheit hatte geschlagen. Dank des raschen Vormarsches der Roten Armee konnte der Todesmarsch, eher als von seinen Urhebern vorgesehen, beendet werden. Doch mit der Befreiung waren all die Probleme, die auf das deutsche Volk geladen worden waren, nicht gelöst. Im Gegenteil, gerade auf jene, die unter dem Nazismus am meisten gelitten hatten, kamen schwere Aufgaben zu. Auch Friedel Malter gehörte zu jenen, die sofort bereit waren, Verantwortung zu übernehmen. Sie leitete zunächst fünf Monate das Ernährungsamt von Wittenberge und wurde im September 1945 nach Berlin berufen. Dort übernahm sie im ZK der KPD die Leitung der Abteilung Frauen. Mit Gründung des FDGB wurde sie in die oberste Leitung des geschäftsführenden Vorstandes gewählt. 1950 wurde sie zum Staatssekretär in das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung berufen. Diese Tätigkeit übte sie sechs Jahre lang aus.

Friedel Malter war in den Jahren nach 1945 wiederholt in Ludwigsfelde. Der Vergleich zwischen dem Ludwigsfelde von 1944/45 und von heute bestätigt ihr, daß es sich lohnt, auch in den schwersten Stunden standhaft zu bleiben und immer auf die Kraft der Arbeiterklasse und ihre Partei zu bauen. Sie hat viel Schmach und Erniedrigung erlitten; sie war unter menschenunwürdigen Bedingungen als Sklavin der Neuzeit im Daimler-Benz-Werk in der Genshagener Heide zur Zwangsarbeit gezwungen worden.

Die Erfahrungen mit dem Imperialismus im allgemeinen und die schrecklichen Erlebnisse bei Daimler-Benz im speziellen haben ihren Lebenslauf und ihren Klassenstandpunkt zutiefst geprägt. Auch heute als Rentnerin ist sie trotz ihrer über 80 Jahre noch immer politisch aktiv. So ist sie seit 25 Jahren Vorsitzende des DDR-Komitee für Menschenrechte und gehört – neben anderen Funktionen – seit Gründung des FDGB dem Bundesvorstand an.

Friedel Malter genießt hohes Ansehen, das zeigt sich nicht zuletzt auch darin, daß sie Trägerin des Karl-Marx-Ordens und einer Reihe weiterer höchster gesellschaftlicher und staatlicher Auszeichnungen ist.

Was mag in Friedel Malter vorgehen, wenn sie heute von den Bestechungsskandalen in der BRD hört, wenn sie sieht, daß Herren wie Flick und Aktionäre von Daimler-Benz, die ihr und vielen, vielen anderen das Blut aus den Adern gesogen haben und deren Reichtum nicht zuletzt auch der skrupellosen und gnadenlosen Ausbeutung der Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen stammt, Millionen und aber Millionen ausgeben, um ihre Macht und ihren Profit zu sichern? Und was mag in ihr vorgehen, wenn sie liest, daß

humanistisch gesonnene BRD-Bürger, die sich mit der Erforschung der Geschichte von KZ-Außenkommandos befassen, als Nestbeschmutzer verunglimpft und beruflich und gesellschaftlich benachteiligt werden?
Zeitgenossen wie sie erwarten mit Recht viel von uns. Wir, die Jüngeren, sollten uns unserer Verantwortung stets bewußt sein, um das Vermächtnis der antifaschistichen Widerstandskämpfer in Ehren zu erfüllen.

Slawisch-deutsche Frühgeschichte vom 9. bis 14. Jahrhundert im Raum um Jüterbog Ein Beitrag auf Grund neuer archäologischer Funde

Von Hans Dietz und Sven Gustavs

Jutriboc wird zur Zeit König Heinrich I. zum Jahre 1007 in der Chronik Thietmars von Merseburg ohne erläuternde Zusätze erstmals genannt.[1] Der Ort besaß wohl bereits in dieser Zeit eine zentrale Bedeutung für das umliegende slawische Siedlungsgebiet. Diesr Schluß kann aus der Entwicklung des Platzes nach der Eroberung der Zauche durch die Askanier (1157) gezogen werden. Jüterbog, damals bestehend aus dem Burgwall (Jüterbog, Fpl. 3) und vermutlich mindestens einer zugehörigen offenen Siedlung[2], wurde nach 1157 durch den Erzbischof von Magdeburg zugleich mit dem zugehörigen Territorium in Besitz genommen.

Burg/Ort und Gebiet erscheinen in den Quellen 1161 als „burgward", 1174 – die neu entstehende Stadt erhält Magdeburger Recht – als „provincia", die zu dieser Zeit zugleich einen Archidiakonat des Bistums Brandenburg bildete und auch später kirchlicher Mittelpunkt für die Städte Luckenwalde, Jüterbog, Jessen und 60 Dörfer war, und ab 1185 als „terra", die sich zwischen Zauche, Teltow, der Herrschaft Baruth und der Lausitz erstreckte, also das Gebiet des Niederen Fläming umfaßte.[3]

Jüterbog lag an einer rege begangenen Straßenverbindung Magdeburg-Bel-

zig (bzw. Zerbst)-Jüterbog-Freesdorf/Liubusua in die Lausitz. Später führte die Straße über Luckau-Cottbus-Forst nach Osten.[4]

Die insgesamt sieben für das Gebiet um Jüterbog im Corpus[5] nachgewiesenen slawischen Fundstellen – darunter zwei Burgwälle und zwei nicht lokalisierbare Fundplätze[6], denen noch der bis dahin gleichfalls nicht lokalisierte „Burgwall auf der Haderwiese" bei Jüterbog[7] zuzurechnen war – standen zur skizzierten Bedeutung von Jüterbog in so offensichtlichem Mißverhältnis, daß eine Forschungslücke vorliegen mußte. Die von H. Dietz seit 1975 durchgeführte bodendenkmalpflegerische Betreuung des Gebietes durch planmäßige Flurbegehungen hat dies voll bestätigt und für alle ur- und frühgeschichtlichen Perioden neue Fundstellen erbracht. Einen wesentlichen Anteil haben die slawischen, aber auch die frühdeutsch-mittelalterlichen Neufunde.

Auf der Karte (Abb. 1) sind nur fünf slawische Fundplätze nach dem Corpus eingetragen,[8] die übrigen 25 Fundplätze dieses Zeitabschnittes stellen Neuentdeckungen der letzten zehn Jahre dar. So sind gegenwärtig im dargestellten Gebiet drei Burgwälle, 13 durch Oberflächenbefunde und -funde belegte Siedlungen sowie 14 Plätze mit Besiedlungsaktivitäten begrenzteren Ausmaßes und nur wenigen Funden, insgesamt also 30 slawische Fundstellen nachgewiesen. Im Nahbereich des Burgwalles (Fpl. 3) und an den westlich und nördlich von ihm gelegenen Niederungsrändern konnten – abgesehen von den östlich im heutigen Altstadtgebiet bekannten Siedlungsspuren – keine slawischen Fundstellen lokalisiert werden. In diesem weitgehend von den Außenbezirken Jüterbogs eingenommenen Gebiet ließen sich außer dem nicht lokalisierten Fundplatz „Weinberg" evtl. noch ein oder zwei weitere annehmen. Der Schwerpunkt der Siedeltätigkeit lag aber nach gegenwärtiger Kenntnis deutlich am Oberlauf der Nuthe im Raum Rohrbeck-Bochow, während drei Fundstellen dem kleinen Burgwall Jüterbog (Fpl. 19) und zwei dem mittelgroßen Burgwall Grüna (Fpl. 1) zugeordnet werden können. Vier der kleinen Fundstellen liegen südöstlich der Jüterboger Siedlungskammer auf der Fläming-Nordabdachung an kleinen Wasserstellen bzw. Tümpeln und stehen wohl mit der Wegeverbindung in die Lausitz, vielleicht auch mit Einzelgehöften oder temporären Aufenthalten bei Holzgewinnung, Jagd, Kriegsereignissen oder ähnlichem in Zusammenhang.

Die von J. Herrmann vergeblich angestrebte,[9] im Januar 1982 durch H. Dietz erreichte Lokalisierung des zweiten Jüterboger Burgwalls kann als verdienter Erfolg beharrlicher Geländearbeit gelten. Die letzten Reste der Anlage (Jüterbog, Fpl. 19. Mbl. 4044, Jüterbog; H 57 62 860; R 45 76 290) (Abb. 3) befinden sich knapp 3 km östlich des „Schloßberges" (Fpl. 3) mitten in dem stets dafür genannten Gebiet, den heutigen „Bürgerwiesen". Die

exakte Lagebestimmung der Fundstelle in dem 1979 umgestalteten Niederungsgebiet erfolgte mit Hilfe der Planunterlagen des Meliorationsbetriebes.[10]

Es handelt sich um kleine, flache, zum Teil von ringförmigen Einsenkungen umgebene zweigeteilte Geländeerhebung, die auf kleinen Kahlstellen slawische Keramik und auf einem Maulwurfshaufen massiert Holzkohle aus dem Wallrest als Hinweis auf eine Brandkatastrophe erbrachte. Der gesam-

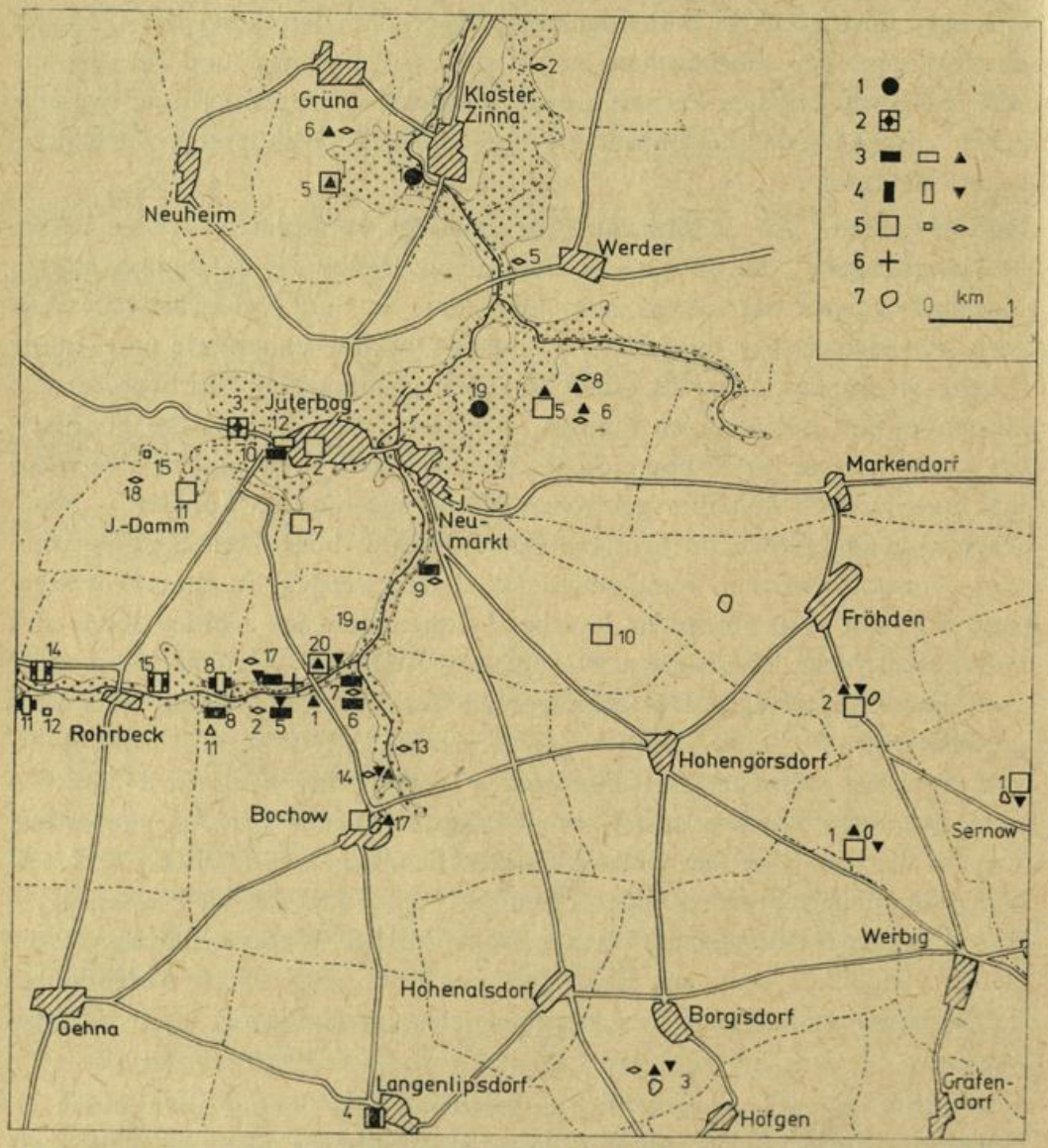


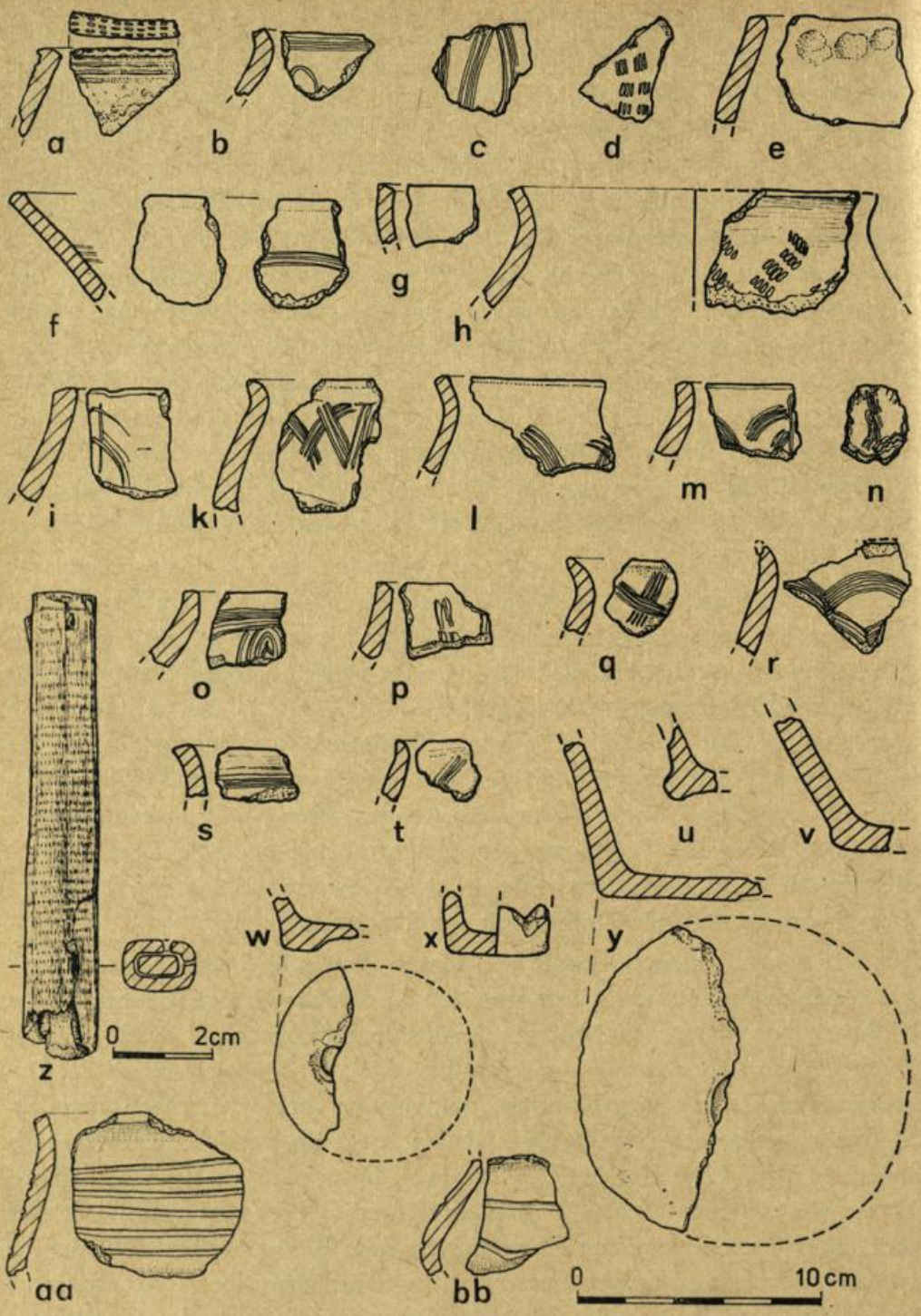
Abb. 1: Slawische und mittelalterliche deutsche Fundstellen um Jüterbog. 1 Altslawischer Burgwall; 2 altslawisch-jungslawisch-mittelalterliche Burg/Befestigung, wahrscheinlich mit offener Siedlung; 3 altslawische Siedlung, sicher, wahrscheinlich/möglich, wenige Scherben; 4 jungslawische Siedlung, Wertigkeiten wie bei 3; 5 frühdeutsch-mittelalterliche Siedlung, Wertigkeiten wie bei 3; 6 slawische Körpergräber; 7 Tümpel

te Ostteil ist sehr stark eingeebnet, im Südteil hat es tiefergreifende Veränderungen durch Erdabfuhr gegeben. An einigen Stellen konnten Bewuchsunterschiede zur Festlegung der Meßpunkte bei der Grobvermessung mit herangezogen werden. Aus der Grundrißskizze (Abb. 4) lassen sich ein Außendurchmesser von 50–60 m und ein Innendurchmesser von ca. 25 m ermitteln. Zwischen der Innenfläche und dem verbliebenen Wallrest liegen max. 0,4 m Höhenunterschied. Die Grabenbreite kann nur mit etwa 10–15 m angenommen werden, während Angaben zur Lage des Zugangs u. ä. nur durch eine Ausgrabung zu gewinnen sind. Eine eventuell zugehörige offene Siedlung kann erst nach dem nächsten Wiesenumbruch gesucht werden. Bisher fanden sich die meisten Scherben unmittelbar im Südwesten der Wallreste, die nach C. Ch. Heffter[11] Mitte des vorigen Jahrhunderts immerhin noch 5 Fuß hoch waren, doch könnte es sich dabei auch um bei der Einebnung der Anlage verschlepptes Fundgut handeln. Nach dem Relief der Umgebung wäre eine Vorburgsiedlung auch nordöstlich des Walles möglich.

Innerhalb eines Radius von knapp 2 km befinden sich damit drei slawische Burgwälle (Grüna, Fpl. 1, und Jüterbog, Fpl. 3 und 19), von denen nach bisheriger Kenntnis nur der vermutlich größte bis in die spätslawisch-deutsche Zeit fortbestanden hat, nämlich der auch verkehrsgeographisch offenbar am günstigsten gelegene „Schloßberg" (Fpl. 3). Infolge der weitgehenden Umgestaltung des Geländes in einen Stadtpark und mangels archäologischer Befunde können nur künftige Untersuchungen Aufschluß über Größe, Aufbau und Entwicklung dieser bedeutenden slawisch-deutschen Befestigung, der Keimzelle Jüterbogs, geben. Durch spätslawische Lesescherben ist inzwischen ein erster bescheidener archäologischer Beleg für die historisch ableitbare zeitliche Kontinuität des Platzes geliefert.

Der zum mittelgroßen Burgwall von Grüna (Innendurchmesser 50–60 m)[12] gehörende Siedlungsraum wurde von den Zisterziensern des Klosters Zinna in Besitz genommen,[13] wobei ein unmittelbarer Anschluß durch spätslawische Funde bisher noch nicht belegt ist (Abb. 1). Dagegen brach die Besiedlung der kleinen Burg Jüterbog (Fpl. 19) und ihres Wirtschaftsareals ab. Am östlich gelegenen Niederungsrand liegt zwar im Bereich der drei fundarmen, in ihrer Lage klar auf den Burgwall bezogenen altslawischen Fundstellen ein mittelalterlicher Wohnplatz (Jüterbog-Neumarkt, Fpl. 5), der aber nur für eine begrenzte Zeit existiert hat. Einige weitere Wüstungen zwischen oder nahe heutigen Ortschaften verdeutlichen den Konzentrationsprozeß nach der Periode der mittelalterlichen Aufsiedlung des Gebietes.

Zu den deutschen Fundplätzen auf der Karte (Abb. 1) ist zu sagen, daß nur durch entsprechende Keramik nachgewiesene Fundstellen eingetragen sind. Für die meisten Dorflagen können aber mittelalterliche Funde ohne weiteres vorausgesetzt werden. Eine planmäßige Ortslagebegehung ist le-


a
b
c
d
e
f
g
h
i
k
l
m
n
o
p
q
r
s
t
u
v
w
x
y
z
0
2cm
aa
bb
0
10cm

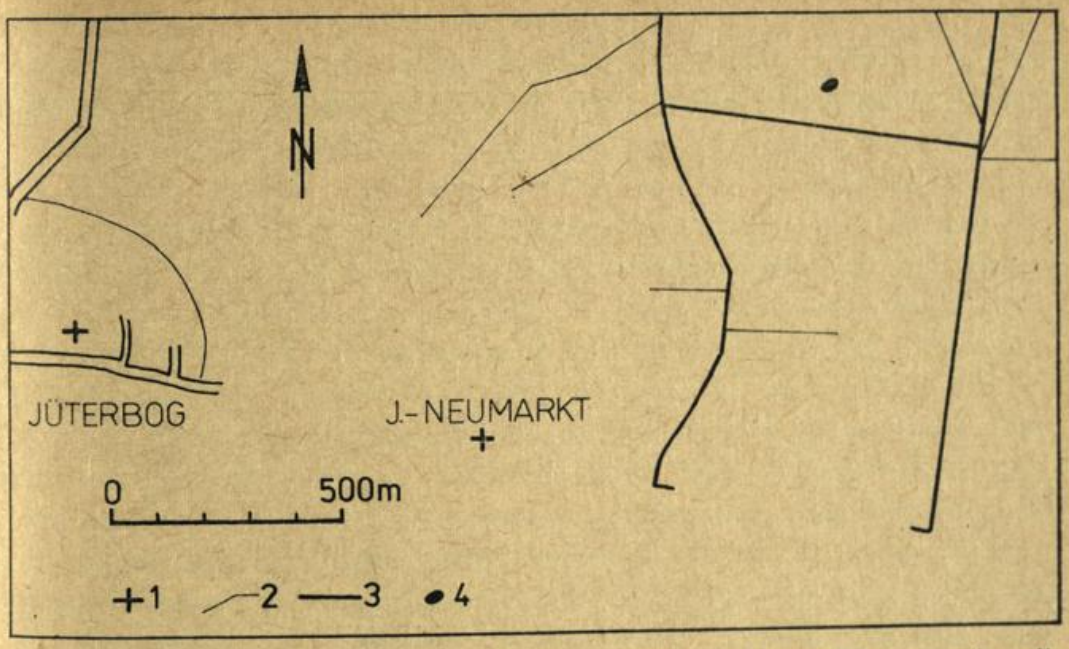


Abb. 3: Jüterbog, Bez. Potsdam. Lage der Burgwallstelle Fpl. 19. 1 Kirche; 2 ehemaliger Graben; 3 Graben; 4 Burgwallrest

diglich in Bochow zur Klärung der Frage durchgeführt worden, ob dieser slawische Dorfname – der einzige nahe der slawischen Siedlungskonzentration um Rohrbeck – auf einen slawischen Vorläuferort zurückgeht. Im nördlichen Nahbereich des Dorfteiches waren nur ca. 10% des bewachsenen bzw. nach Süd mit einer einfachen, nach Nord mit einer doppelten Höfezeile bebauten Geländes überprüfbar und ergaben neben blaugrauer deutscher Keramik wenige unverzierte, möglicherweise slawische Scherben. Außerhalb der Höfe fanden sich nur am östlichen Dorfrand wenige Scherben altslawischen Charakters. Dieses Ergebnis erlaubt vorerst nicht, eine slawische Siedlung als direkten Vorgänger des deutschen Dorfes anzunehmen, läßt aber die Vermutung einer Namensübertragung aus dem Bereich der genannten Fundplatzhäufung zu. Eine gewisse Stütze hierfür bietet vielleicht der Flurname „Lüttgen Bochow" für die im Nuthebogen gelegenen Ackerflächen. Er könnte ursprünglich eine wenig südlich an der Nuthe gelegene slawische Siedlung bezeichnet haben. Allerdings befindet sich in diesem Bereich auch eine Fundstelle mit blaugrauer mittlalterlicher Keramik (Jüterbog-Damm, Fpl. 20). Hier ist anscheinend zunächst – ähnlich wie bei den westlicher und ebenfalls vorwiegend nördlich der Nuthe gelegenen jungslawisch-deutschen Fundplätzen – eine unmittelbare Fortführung der slawi-

Abb. 2: slawische Funde von Bochow, Fpl. 5 (a-z; a-d von angepflügter Verfärbung 23) und Borgisdorf, Fpl. 3 (aa, bb). z Knochen und Eisen

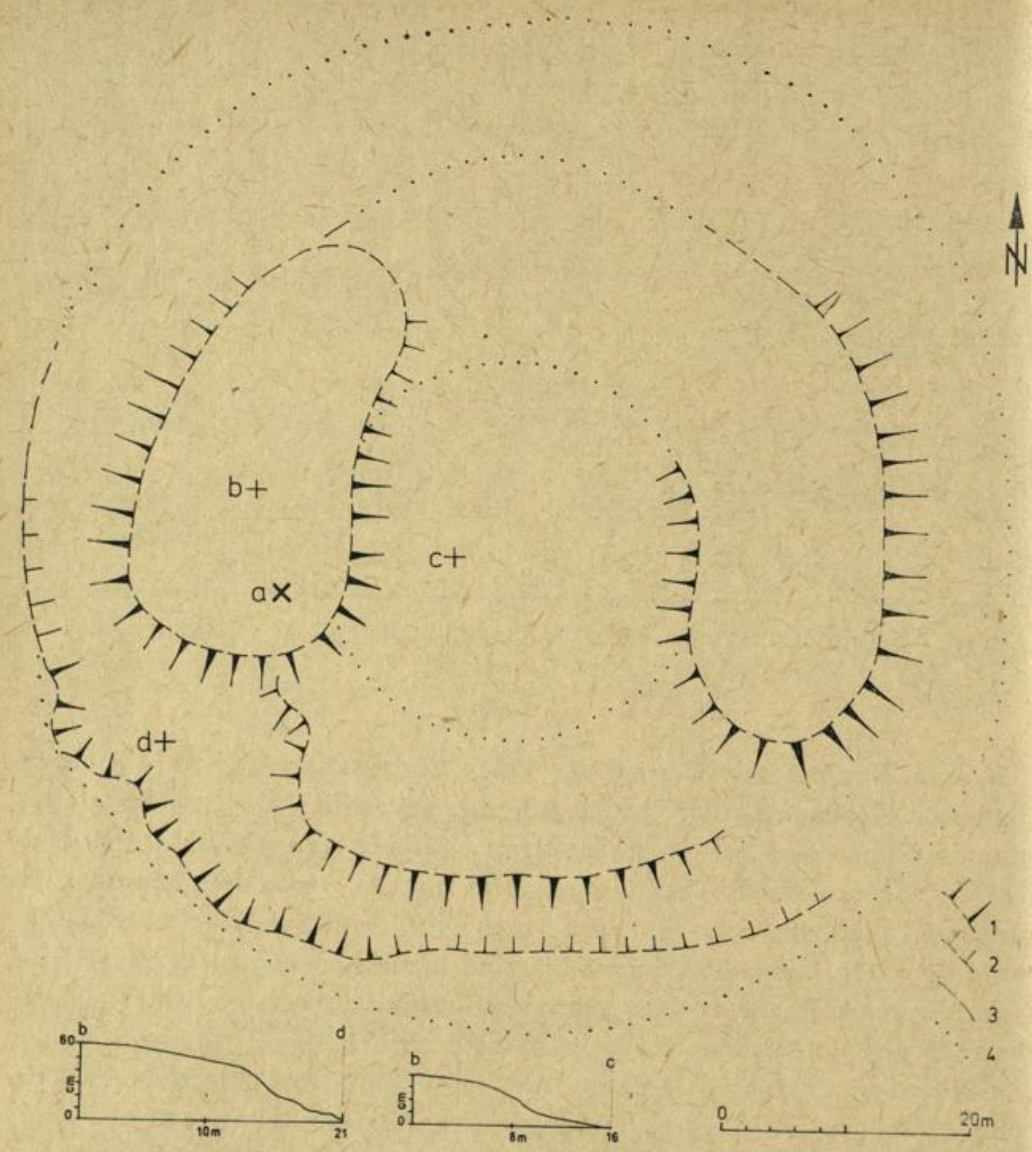


Abb. 4: Jüterbog, Bez. Potsdam, Fpl. 19 Vermessungsskizze der Burgwallstelle Kontur mit deutlicher (1), schwacher (2) und angedeuteter (Bewuchsunterschiede) Höhendifferenz (3) sowie ergänzte Abschnitte (4). a x Holzkohlekonzentration in Maulwurfshaufen

schen Besiedlung gegeben, eventuell teilweise durch Slawen, die bereits deutsche Keramik verwendeten (Lüttgen Bochow = Klein bzw. Wendisch [?] Bochow). Daneben wäre außerdem die Gründung eines weiteren (vorwiegend deutschen?) Bochow durchaus möglich. Nach der Aufgabe von „Lüttgen Bochow" ist seine Flur später der Gemarkung Jüterbog-Damm angeschlossen worden.

Die im folgenden vorgestellten Lesefunde sollen nur einen ersten allgemeinen Eindruck des neuen Fundmaterials vermitteln. Bei den vom Burgwall

Jüterbog (Fpl. 19) stammenden alt-/mittelslawischen Keramikresten (Abb. 5) handelt es sich um sechs verzierte und vier unverzierte Rand-, 19 verzierte und 75 Wandungsscherben und einen steilen Bodenansatz. Ferner liegen fünf blaugraue Scherben, ein Silexabschlag und 120 g Holzkohle aus dem Wallrest vor. Die slawischen Scherben sind von brauner (Abb. 5c, f, g, m), graubrauner (Abb. 5a, e, h, i), grauer (Abb. 5d, l) sowie dunkelgrauer (Abb. 5k) Farbe und einmal auch altziegelfarben (Abb. 5b). Sie zeigen, wie auch diejenigen von Bochow (Fpl. 5) (Abb. 2b–t), bekannte Motive in Kammstrichtechnik, wie waagerechte und senkrechte Welle, Kassetten-, Tannenzweige- und Tupfenmuster. Die kantigen oder auch rundlichen, gelegentlich innen abgestrichenen Ränder biegen meist kurz aus, sind aber manchmal auch geschwungen oder steil. Auch Böden mit Achseindrücken treten auf. Die zu weniger als 5 % vertretene blaugraue Keramik steht wohl nicht mit einem planmäßigen fortifikatorischen Ausbau der Anlage in Verbindung, sondern ist eher als Niederschlag gelegentlicher Aufenthalte bei der Urbarmachung und Nutzung des umgebenden Areals zu werten.

Auf jenen Fundplätzen, die mehrfach auch von Grubenverfärbungen geborgene spätslawische Oberflächenfunde erbracht haben, dominiert gemäß den für das Gebiet zwischen Elbe und Havel von H. A. Knorr[14] und J. Herrmann[15] getroffenen diesbezüglichen Feststellungen die alt-/mittelslawische Keramik, und zwar so deutlich, daß wegen des Fehlens von gesicherten Grabungsbefunden auf der Karte (Abb. 1) die Signatur „jungslawische Siedlung" für sie nur in der Wertigkeit „wahrscheinlich/möglich" eingesetzt ist, obwohl angesichts der hier abgelaufenen Keramikentwicklung ein geringer jungslawischer Fundniederschlag diesen Zeitabschnitt bereits relativ zuverlässig belegt.

Im Fundmaterial von Bochow (Fpl. 5) ist neben einem schlichten knöchernen Messergriff (Abb. 2, z) besonders eine Randscherbe mit deutlichem Feldbergeinfluß, erkennbar am gewölbten Oberteil, der Randstellung und -verzierung (Abb. 2a) zu nennen, die neben wenigen anderen Scherben (Abb. 2 b-d) von der Verfärbung 23 aufgelesen wurde. Zwar liegt der gesamte Keramikbestand dieser Grube bisher nicht vor, doch deutet der Menkendorf-Charakter der vom Fundplatz vorliegenden Scherben auf einen Zusammenhang mit der späteren, aus nördlicher Richtung bis ins Havel-Spree-Gebiet nachgewiesenen Feldberger Einflußnahme hin. Damit ist die von K. Grebe für den Bezirk Potsdam festgestellte Südverbreitung des Feldberger Typs[16] nunmehr bis an den Flämingsattel am Oberlauf der Nuthe erweitert. Die Scherbe vom Tornower Typ[17] von Borgisdorf (Fpl. 3) (Abb. 2aa) stellt dagegen in Anbetracht des erwähnten Verbindungsweges zur benachbarten Niederlausitz und der von dort nach Nordwesten bis ins Havelgebiet ereichenden Nachweise dieses Typs[18] keine Überraschung dar.

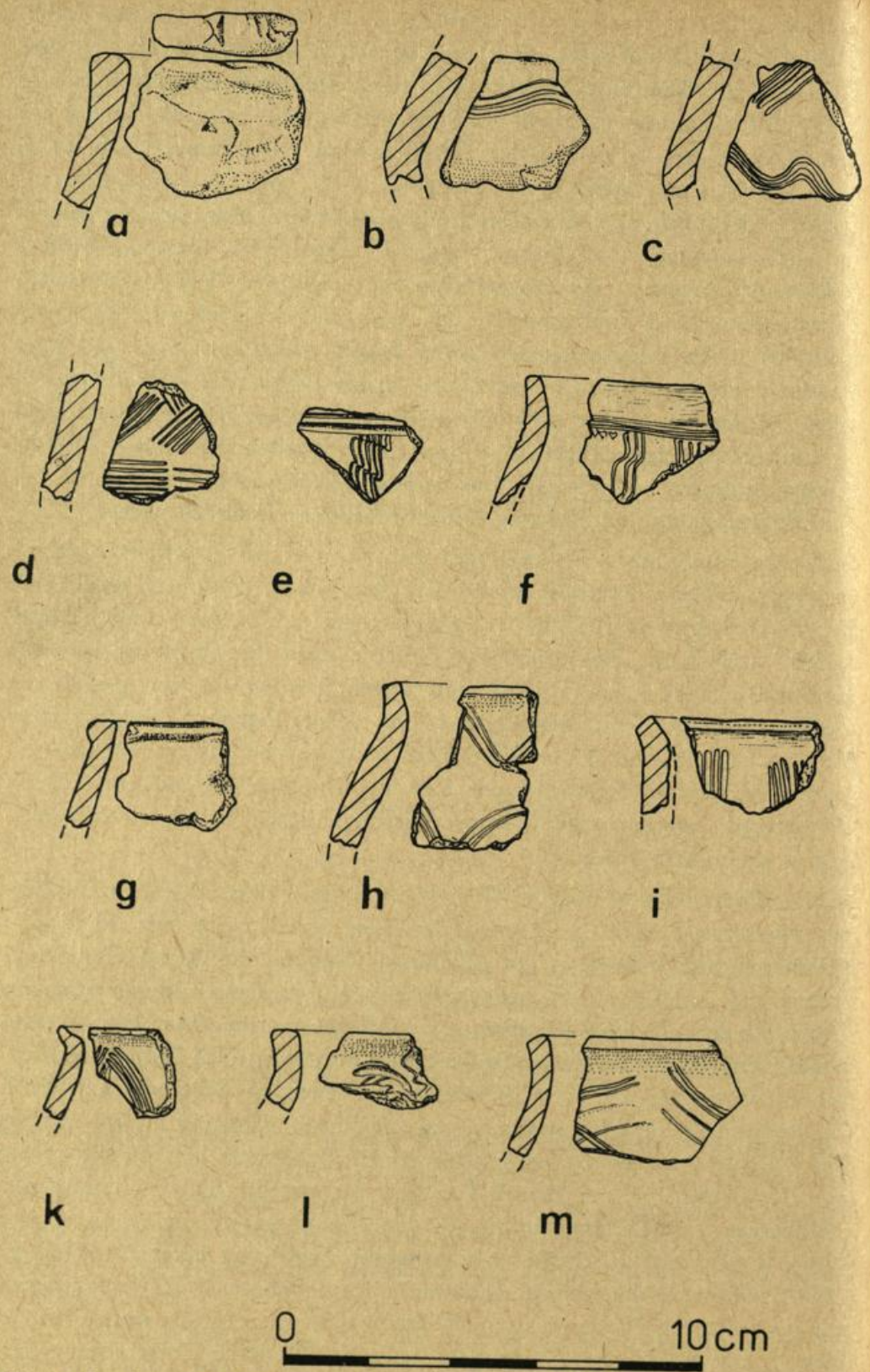


Abb. 5: Jüterbog, Bez. Potsdam, Fpl. 19. Funde von der Burgwallstelle

Ausgehend von 18 im Kreis Jüterbog nachgewiesenen slawischen Fundstellen[19] – darunter nicht lokalisierte und unsicher datierte – ist nach zehnjähriger stetiger Geländearbeit mit nunmehr insgesamt 44 Nachweisen ein wesentlich verbesserter Stand erreicht worden. Er macht zum einen den mit einfachen Mitteln (Sammeln und Kartieren von Oberflächenfunden) archäologisch erzielbaren siedlungsgeschichtlichen Erkenntniszuwachs deutlich und verspricht zum anderen bei eingehender Fundanalyse über die hier vorgelegten Angaben hinausführende Ergebnisse.

Anmerkungen

1 Thietmar von Merseburg. Chronik, VI, 33 (Ausgewählte Quellen zur Geschichte des deutschen Mittelalters. Freiherr vom Stein, Gedächtnisausgabe Band IX). Berlin.

2 J. Herrmann, Die vor- und frühgeschichtlichen Burgwälle Groß-Berlins und des Bezirkes Potsdam. Berlin 1960, S. 142, Nr. 103. Dort die ältere Lit. Der Nachweis einer Vorburgsiedlung ist auf Grund der gegenwärtigen Bebauungs- und Nutzungsverhältnisse bis auf weiteres nicht möglich. Auch Jüterbog, Fpl. 10/12, dürften zur Burg in Beziehung gestanden haben.

3 Vgl. G. Heinrich (Hrsg.), Berlin und Brandenburg. Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 10, Stuttgart 1973, S. 229 ff.

4 J. Herrmann, Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe. Berlin 1968, S. 121 f.

5 Corpus archäologischer Quellen zur Frühgeschichte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (7.–12. Jahrhundert). 3. Lieferung, Berlin 1979.

6 Corpus 3, 1979, Nr. 84/4 Grüna, Fpl. 1; 84/6 Jüterbog, Fpl. 3; 84/7 Jüterbog, Fpl. 10; 84/8 Jüterbog, Fpl. 12 (120 m nord-nordöstlich von Fpl. 10); 84/9 Jüterbog „Weinberge", nicht lokalisiert; 84/10 Langenlipsdorf, Fpl. 4; 84/18 Zinna, nicht lokalisiert.

7 J. Herrmann 1960, S. 142 f., Nr. 105.

8 Vgl. Anm. 6.

9 Vgl. Anm. 7.

10 Der Betriebsleitung der Meliorationsgenossenschaft „Obere Nuthe", Jüterbog, insbesondere Herrn B. Rüdiger, danken wir auch an dieser Stelle sehr herzlich für die freundliche Unterstützung.

11 C. Ch. Heffter, Urkundliche Chronik der alten Kreisstadt Jüterbog und ihrer Umgebungen, namentlich des Klosters Zinna, der Fabrikstadt Luckenwalde, der Herrschaft Baruth, der vormaligen Herrschaft Dahme, des Ländchens Beerwalde und auch der Stadt Treuenbrietzen. Jüterbog 1851.

12 J. Herrmann 1960, S. 142.

13 J. Herrmann 1960, S. 100 f. mit Lit., in der das Anknüpfen dieses Ordens an slawische Vorbesiedlung als vielfach geübte Praxis genannt wird.

14 H. A. Knorr, Die slawische Keramik zwischen Elbe und Oder. Leipzig 1937, S. 171.

15 J. Herrmann 1960, S. 124 ff., 132, 142, 144, 157 (Burgwälle von Belzig, Buckau, Görzke, Jüterbog (inzwischen mit spätslawischen Neufunden), Luckenwalde, Mörz, Niemegk, Treuenbrietzen, Wiesenburg.

16 K. Grebe, Zur frühslawischen Besiedlung des Havelgebietes, in: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam 10, 1976, S. 191 ff., bes. S. 192, Abb. 16. Südlichste Fundpunkte: Bützer, Kr. Rathenow; Brandenburg; Phöben (fraglich-freundliche Mitteilung von Herrn dipl. phil. K. Grebe) und Potsdam-Römerschanze, Kr. Potsdam; (statt Mittenwalde richtig:) Nächst Neuendorf, Kr. Zossen – Burgwall – (Mitt. K. Grebe); Neuzelle, Kr. Eisenhüttenstadt.

17 Form B_5 nach J. Herrmann, Die germanischen und slawischen Siedlungen und das mittelalterliche Dorf von Tornow, Kr. Calau. Berlin 1973, S. 45 f.

18 K. Grebe 1976, 193, Abb. 16. Nordlichste Fundpunkte: Lochow, Kr. Rathenow; Ketzin, Kr. Nauen; Berlin-Blankenburg.

19 Vgl. Anm. 5, Nr. 84/1 bis 84/18.

Ein „Schutzbrief" aus Blankenfelde

Von Jan Peters

Der nachfolgend abgedruckte „Schutzbrief" aus Blankenfelde (Kr.Zossen)[1] ist ein Dokument des zählebigen Volksglaubens. „Abergläubische" Vorstellungen der hier festgeschriebenen Art spielen in der Geschichte des Denkens eine große Rolle. Ihnen sollte darum in der Heimat- und Regionalgeschichtsforschung, die ja den konkreten Alltagsverhältnissen zugewandt ist, der gebührende Platz eingeräumt werden.

Der Schutzbrief stellt eine schriftlich fixierte, weiterentwickelte und erweiterte Zauberformel dar, die demjenigen, der sie bei sich trug, bestimmte Arten von Schutz gewähren sollte. In unserem Falle handelt es sich um Schutz vor feindlichen Kugeln, vor Gefangennahme, vor Dieben und Mördern, vor Unwetter, Feuer und Wasser, vor Blutverlust und vor Schadenszauber. Der Schutz vor Feinden im Kriege steht hier im Vordergrund, weshalb der Blankenfelder Schutzbrief zur Kategorie der „Soldatenbriefe" mit ihrem „Kugelsegen" gehört. Solche Briefe waren besonders im 19. Jahrhundert weit verbreitet. Viele Soldaten trugen sie bei sich, auch noch im ersten und sogar im zweiten Weltkrieg.[2]

Die Firma Gustav Kühn in Neuruppin und andere Firmen nutzten diesen Volksglauben kommerziell und vertrieben Briefe dieser Art in großer Zahl. Der Verlagsort Neuruppin läßt die Annahme zu, daß sich gerade im Bezirk Potsdam weitere Briefe dieser Art auffinden lassen. Die eigentliche „Wirkung" der Schutzbriefe hing nach dem Volksglauben davon ab, daß man sie mit der Hand abschrieb. Darum waren den Verdienstmöglichkeiten der Verleger Grenzen gesetzt. Auch unser Brief ist wohl die Abschrift einer gedruckten Vorlage (oder die Abschrift einer Abschrift), wie aus dem letzten Satz geschlossen werden kann.

Das Geschäft mit dem „Aberglauben" läßt sich so lange betreiben, wie dieser Glaube noch lebt bzw. am Leben erhalten wird. Wo aber der Volksglaube an Boden verlor und die Erkenntnis reifte, daß gegen Kriege und Kugeln nicht formelhaft beschriebenes Papier half, da sind wohl manche überkommene Schutzbriefe in den Ofen gewandert – so sicher auch in der DDR, wo der Volksglaube dieser Art eben nicht am Leben erhalten wird. Jedoch finden sich in unserem Land solche und ähnliche Dokumente vermutlich noch in mancher Schublade für Familienraritäten. Es wäre gut, wenn sie der Forschung zur Verfügung stünden.

Seit Anfang unseres Jahrhunderts sind die Schutzbriefe und verwandte Zeugnisse des Volksglaubens zum Forschungsgegenstand der Volkskunde/

Kulturgeschichte geworden. Eine Anzahl solcher Briefe ist bis heute in meist regionalgeschichtlichen Blättern veröffentlicht worden.[3] Zusammen mit vielen anderen überlieferten Dokumenten des Volksglaubens wurden sie seit 1909 in der „Sammlung der deutschen Segen und Beschwörungsformeln" zusammengefaßt, die erst nach 1945 zu einem umfassenden „Corpus der deutschen Segen und Beschwörungsformeln" aufgebaut werden konnte. Diese größte deutsche Zauberspruchsammlung (zur Zeit 28 000 Belege) befindet sich heute im Besitz der Akademie der Wissenschaften der DDR.[4]

Die Merkmale unseres Schutzbriefes weisen ihn als zum Typ der „Himmelsbriefe" gehörend aus. Himmelsbriefe sind ebenfalls allgemeine Schutzbriefe für Mensch und Haus, ihre Besonderheit besteht in der Vorstellung, daß sich göttlicher Wille in schriftlicher Form offenbart habe. Gott selbst oder sein Sohn hätten einen an die Menschen gerichteten Brief verfaßt, den ein Engel zur Erde gebracht habe oder der einfach vom Himmel gefallen sei. Dieses Bild findet sich auch in unserem Schutzbrief, der „vom Himmel gesandt und in Holstein gefunden" worden sei. Der Himmelsbrief erscheint hier in der Variante des sogen. Holsteiner-Typs. Danach wird sein erstes Erscheinen nach Holstein in das Jahr 1724 verlegt. Der „schreibende Gott" habe seine Mitteilung nur demjenigen zugänglich gemacht, der den schwebenden Brief abschreiben, nicht etwa ergreifen wollte (weshalb eben nur der abgeschriebene Brief als wirksam galt).

Die Vorstellung vom herniederfallenden oder schwebenden Brief findet sich schon in frühmittelalterlichen europäischen Zeugnissen. (In orientalischen Quellen läßt sich der Himmelsbrief bis weit vor den Beginn unserer Zeitrechnung zurückverfolgen).[5] Auch andere Merkmale des Schutz- oder Himmelsbriefes gehen auf alte Wurzeln zurück, auf unterschiedliche Formen von Segen und Wortmagie im Volksglauben. Die für den Ursprung des Himmelsbriefes typische Mahnung zur Sonntagsheiligung findet sich auch in unserem Schutzbrief. Mit dem in verschiedenen Varianten ausgesprochenen Kugelschutz ist die Verbindungslinie zum mittelalterlichen „Waffensegen" gezogen. Auch der „Ölbergspruch" („So wie Christus im Ölgarten stille stand . . .") geht auf alte Schutzsprüche gegen Schwerter und Schußwaffen zurück. Ebenso die Buchstabenmagie des sogen. „Grafenamuletts", also die Erzählung vom Grafen und seinem Knecht, den Zauberbuchstaben vor der Enthauptung schützen. Buchstabenzauber offenbart sich in unserem Brief auch im Lähmen des Schießvermögens von Gewehren, die (wie in dem vorliegenden Brief empfohlen wird) zu diesem Zweck mit bestimmten Buchstaben beschrieben werden sollen.

Überhaupt: Die Vorstellung von der magischen Wirkung von Zeichen, Buchstaben und Worten reicht weit in die feudale Gesellschaft zurück. Im Feudalismus spielte die schriftlich fixierte Zauberformel, die „Verbalmagie" eine große Rolle. Dabei „verchristlichten" allmählich die alten Zaubersprüche,

indem sie unter dem Einfluß des Christentums die Form der Segen annahmen.[6] Der volkstümliche Glaube erschien mit der christlichen Religion im Gemenge, oder genauer: Der „reine Aberglaube" bediente sich einer christlichen Hülle,[7] mußte dies wohl auch, weil der erhoffte Schutz durch Magie allein nicht ganz erreichbar schien, jedenfalls nicht ohne göttliche Mit- und Einwirkung im Denken jener vorstellbar war, die die Schutzbriefe bei sich trugen. So mischen sich in den Schutz- und Himmelsbriefen religiöse Ermahnungen, Segensverheißungen und Strafandrohungen mit allerlei magischen Schutzmitteln in Gestalt erweiterter Zauberformeln.[8] Daß die von feudalen Lasten, Krieg und Krankheit bedrückte und heimgesuchte Bevölkerung auch nach dieser Art von Hilfe griff, daß sie in höchst unsicherer Welt der Sicherheit bedurfte und sie in magischen Formeln gefunden zu haben meinte, verwundert im Grunde nicht. Die im Spätfeudalismus stark ansteigende Zahl der überlieferten Kugel- und Waffensegen zeigt, in wie unsicherer Umwelt das Volk lebte und seinen Glauben entwickelte.

Da in die Schutz- und Himmelsbriefe verschiedene Arten der mittelalterlichen Wortmagie einmündeten, präsentieren sie sich uns als „Segenkompilationen", als Zusammenstellungen allgemeiner und besonderer Schutzsegen zusammenhangloser Art. Der zum zusammengesetzten Schutzbrief gewandelte, ursprüngliche Himmelsbrief[9] trägt darum zunehmend „verwilderte" Züge. Auch der hier abgedruckte Brief weist das Merkmal der Uneinheitlichkeit auf: Segenanhäufungen und erweiterte Zaubersprüche stehen ohne Bezug nebeneinander, wiederholen sich sogar und wechseln die Erzählform.[10] Im Volksglauben war das allerdings verkraftbar, ja ohne Belang, da die Träger oder Benutzer des Zauberbriefes nicht nach Logik fragten, sondern an die schützende Kraft der magischen Worte und Sätze glaubten. Unser Brief ist sogar eine Wiederholung in sich: Er ist zweimal hintereinander mit nur geringfügigen Abweichungen abgeschrieben, offenbar um seine Zauberkraft zu erhöhen. Die fehlende Kundigkeit des Schreibers verursachte so manche Fehler in „entscheidenden" Passagen. So stimmen selbst die Zauberbuchstaben (Grafenamulett) in den beiden Fassungen nicht überein.

Die Zählebigkeit volkstümlicher Glaubensvorstellungen, das zur Verwilderung der Schutzbriefe führende starre Festhalten an zusammenhanglosen Elementen uralten Schutzzaubers, die unbekümmerte Einkleidung von Beschwörung, Magie und Wortzauber in christliche Formen und die weit verbreitete Aufnahme alles dessen noch im 19. Jahrhundert gibt zu denken. Wenn sich „abergläubische" Vorstellungen neben und trotz Wissenschaft und wissenschaftlicher Weltanschauung noch lange hielten und in kapitalistisch-kommerzieller Umwelt noch heute oft genug erhalten, um wieviel lebensprägender müssen volkstümliche Glaubensvorstellungen im Alltag des Feudalismus gewirkt haben! Die Heimatgeschichtsforschung wird ohne diesen

Aspekt umso weniger auskommen können, als Wortmagie und Zauberglaube (z. B. Hexenwahn) besonders in spätfeudaler Zeit, in der die Heimatgeschichtsforschung ja einzusetzen pflegt, neuen Auftrieb erfuhren. Die beachtlichen Einnahmen der Verleger von Schutz- und Himmelsbriefen im 19. Jahrhundert läßt die Größe der Aufgabe ahnen, vor die sich die junge Arbeiterbewegung mit ihrer ebenso jungen wissenschaftlichen Weltanschauung gestellt sah.

Der hier zum Druck beförderte Schutzbrief ist eine undatierte Handschrift. Der Schrift nach stammt sie aus der Mitte (oder zweiten Hälfte) des 19. Jahrhunderts. Sie besteht aus acht Blättern und ist mit einem dunklen, grob zurechtgeschnittenen Pappeinband im handlichen, leicht am Körper zu tragenden Format (11 mal 16 cm) versehen. Die beiden nacheinander abgeschriebenen Fassungen enthalten die Verständlichkeit beeinträchtigende sprachliche und orthographische Fehler. Der Abschreiber ist des Schreibens ungewohnt. Ihm unterlaufen Fehler, die vermutlich auch Verständigungsfehler beim Vorlesen des Abzuschreibenden sind. Als Vorlage wurde die erste Fassung gewählt, die buchstabengetreu wiedergegeben wird. Es ist nur die Interpunktion modernisiert worden. Schwer Verständliches ist in Fußnoten gedeutet.[11)]

x x x

Haussegen oder Schutzbrief, die Buchstaben der Gnade

in Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. So wie Khristus im Ölgarten stille stand, so solln alles Geschütz stille stehen.
Wer diesen Brief bei sich trägt, den wird nichts Trefen von des Feindes Geschütz, und er wird vor diesen[1)] Mörder gesichert sein. Er darf sich nich früchten vor Degen, Geweren, Pistolen, denn so wie man auf ihnen anschlägt, so müssen durch den Tod und Befreien[2)] Jesu Christi alle Geschütze stille stehen, ob sichbar oder unsichbar. Alles durch den Befehln des Engels Michaelis im Namen Gottes des Waters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Gott sei mit uns. Wer diesen Segen gegen die Feinde bei sich trägt, der wird vor den Feindlicher Kugel geschützt bleiben.
Wer dieses nich glauben will, der schreibe sich[3)] ab, hänge ihn einen Hunde um Hals und schiese auf ihn, so wird er sehen, daß der Hund nicht getrofen und daß es wahr ist. Auch wird dergenige, der an ihn glaubt, nicht gefangen genomen werden. So war ist, daß iegust[4)] Kristus auf Erden gewandelt und gen Himmel gefahren ist, so wahr ist es, das ieder, der an diesen Brift glaubt, von allen lige wehren und Wast[5)] in Namen des lebendigen Gottes, des Vaters und Krislichen[6)] Geiste unbeschädichgt bleiben soll.

Ich liebe[7] *in Namen unsers Herrn Jesu Kristin Blut, das nich keine Kugel treffen möge, sie sei von Gold, Silber oder Blei. Gott im Himmel halte mich vor allen*[8] *frei in Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geiste.*

Dieser Brift ist von Himel gesand und in Holstein gefunden worden [im] Jahre 1724 und schwebt über der Taufe Magdalean.[9] *Wenn man ich*[10] *aber angreifen wollte, wich er zurük, bis zun Jahre 1791, bis sich jemand mit den gedanken nöherte, ihn abzuschreiben.*

Ferner gebietet er, das derjenige, welcher an Sontage arbeitet, von Gott werdan[11] *ist. Ich geben Euch sechs Tage euer Arbeit fortzusetzen und an Sontage in die Kirche zu gehen, die heilich Predig und Gottes Wort zu hören. Werdet ihr das nicht tuhn, so werde ich Euch strafen. Ich gebite Euch, daß ihr des Sontages in die Kirche mit Innig Als andächtig [für] eure Sünde beten, damit sie Euch vergeben werden. Schwöret nicht boshaftig bei meinen Namen, begeret nich Silber oder gold und sehet nicht auf fleischichen Lüsten und Begierden, den so bald kan ich euch auch wieder vernichten.*[12] *Einer soll dem Anderm nicht Beten*[13] *mit der Zunge und sollt nicht falsch gegen eurem Nächten*[14] *hinter dem Rüken sein. Freuet Euch eures Güter und eures Reichthums nicht. Ehret Water und Mutter. Redet nich falsch zeuchniß wieder Eu[ren] nächten, so gebe ich auch Gesundheit und Segen. Wer aber diesen Brif nicht globt und sich darnach nicht richtet, der wird kein Gluck und Segen haben.*

Diesen Brift soll einer den anderm abgeschriben werden [oder] gedrukt zukomen lassen. Und wenn ihr so vil Sünden gehtan hattet als Sand am Meer und Wurner an himmel sind[15]*, sollen euch vergeben werden, wenn ihr glaubet und thut was dieser Brif euch lert und sagt. Wer aber nicht glaubt, der soll sterben.*

Bekeret euch oder ihr werdet ewiglich gepeinich werden, und ich werde euch fragen am jünsten Tage, dem[16] *werdet ihr mir Antwort geben müssen wegen eurer vielen Sünden.*

Wer diesen Brif im seinen Hause hatt oder bei sich trägt, den wird kein Donerwetter schaden und ihr sollt vor Feuer, Waser und aller Gewalt des Feindes behütet werden. Ein Brif an Jederman, vornehmich aber für meinn Schleswig Holstein.

Ein Grafe hatte einen Diener, welcher sich für seinen Vater G.G.H. das Haupt abschlagen lassen wollet. Als nun solches geschehen sollte, versagte des Scharfrichter Schwerdt und er konte ihm das Haupt nicht abschlagen. Als der Gruf[17] *dieses sah, fagte er den diener, wie es zuginge daß das schwerdt ihm keinen Schaden zufüge, worauf der diener ihm diesem Brif mit den Buchstaben L.J.F.H.L.K.N.K.K.*[18] *zeigte. Als der Graf dieses sah, befahl er, daß ein Jeder diesen Brift bei sich trägen sollte.*

Wenn Jemand [die] Nase Blutet oder sonst blutigen Schaden hatt und das Blut nich stillen kann, so nehme er diesen Brief und lege ihn darauf, so wird er das Blut gleich stillen. Wer dieses nicht glauben will, der schreibe Buchstaben auf einen Degen oder Gewerhr und stelle ihn alsdann an einen bestimmten Ploß[19], so wird er sich nicht werwudern[20] können. Auch kan deriege nich bezaubert werden und seine Feinde können ihm [keinen Schaden zufügen].[21] [Wer] diesen Brief bei sich trägt ist besser als Golld.

L.J.F.K.H.L.K.N.

Neu Ruppin zu haben Bei Gustav Kühn.

Anmerkungen zur Einleitung

1 Im Besitz der Familie W. Krüger aus Blankenfelde.
2 Adolf Spamer, Romanusbüchlein. Historisch-philologischer Kommentar zu einem deutschen Zauberbuch, bearb. v. Johanna Nickel, Berlin 1958, S. 343 ff.
3 Auf Literaturnachweise kann hier verzichtet werden, da es sich in der Regel um einzelne, geographisch weit verstreute Funde handelt. Siehe (jeweils unter „Schutzbriefe" oder „Himmelsbriefe") die laufenden Bände der Internationalen volkskundlichen Bibliographie, Bonn.
4 Johanna Jaenecke-Nickel, Zauberspruch, in: Deutsche Volksdichtung, Leipzig 1979, S. 220. – Der Autor dankt Frau Dr. Jaenecke-Nickel für viele wichtige Hinweise.
5 Maximilian Bittner, Der vom Himmel gefallene Brief Christi in seinen morgenländischen Versionen und Rezensionen. Denkschriften der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Philos.-histor. Klasse, Bd. 51, Wien 1906, S. 1–234; R. Stübe, Der Himmelsbrief. Ein Beitrag zur allgemeinen Religionsgeschichte, Tübingen 1918, S. 25 ff.
6 J. Jaenecke-Nickel, S. 199, 204 f.
7 Vgl. jüngst Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 1, Berlin 1980, S. 124 ff.
8 R. Stübe, S. 5 f.; Adolf Spamer, Die deutsche Volkskunde, Bd. 2, Leipzig 1935, S. 2; siehe auch Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens, Bd. 7, Berlin/Leipzig 1935/36, Sp. 1385; Bd. 3, Sp. 1111 f.; Bd. 4, Sp. 21 ff., 261, 1006 f.; Bd. 6, Sp. 1246.
9 Erste deutschsprachige Fassung der Himmelsbriefe im 15. Jahrhundert. A. Spamer, Die deutsche Volkskunde, Bd. 2, S. 2.
10 Vgl. R. Stübe, S. 9 f.
11 In der Textbehandlung folgen wir genau der Vorlage, um die Realität der ungelenken Hand, des ungewohnten Abschreibens sichtbar zu machen. Im übrigen stützen wir uns auf die von Johannes Schultze erarbeiteten „Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte", in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 98. Jg. (1962), S. 1–11.

Anmerkungen zum Text des Schutzbriefes

1 Vermutlich Abschreibfehler: Dieben und ...
2 In der zweiten Fassung: Befehl
3 ihn
4 Jesus
5 Gewehren und Waffen
6 Gemeint ist: heiligen
7 Gemeint ist: bitte
8 von allem
9 Magdalena
10 ihn
11 verdammt
12 In der zweiten Fassung: so bald ich euch erschaffen habe, so bald kann ich euch wieder vernichten.
13 töten
14 nächsten
15 In der zweiten Fassung: Sand am Meere, Laub auf den Bäumen und Sturm am Himmel sind.
16 dann
17 Graf
18 In der zweiten Fassung: L.J.F.K.H.L.K.N.K.
19 Platz
20 verwunden. In der zweiten Fassung: so wird er sich verwundern können.
21 So in der zweiten Fassung (hier ausgelassen).

Alte Bauerntagebücher – wichtig neue Quelle

In manchen Haushalten sind sie heute noch zu finden, die Tage- oder Anschreibebücher, die unsere Vorfahren vor hundert, zweihundert oder noch mehr Jahren führten. Sie werden bestenfalls als altes Familienerbstück oder aber achtlos in einem Pappkarton auf dem Boden aufbewahrt. Wie auch immer: Es sind sehr wichtige Quellen für die historische Forschung, die unbedingt bewahrt werden müssen.

Wovon handeln diese Aufzeichnungen? Mit ungelenker Hand, in knapper und oft unsystematischer Form, manchmal über zwei oder drei Generationen hinweg ist das notiert, woran zu denken das Leben selbst gezwungen hat: Aussaat und Ernte, Preise, fällige Löhne für Knecht und Magd, Hof- und Dorfbeschreibung, Dorfnachrichten, Vereinbarungen mit der Herrschaft

über Besitzrechte an Haus und Hof, Wetter und täglicher Arbeitsablauf, Reisen und Besuche, Truppendurchmärsche und Abgabenforderungen, Geburten, Hochzeiten und Sterbefälle in der Familie, Erbschaftssachen, Krankheiten von Mensch und Tier, Hausmitel und Rezepte, Volksglauben und Feste. Natürlich ist nicht immer diese ganze Palette vertreten, manchmal aber reflektiert der Schreiber auch über allgemeine Probleme des Daseins, über Kämpfe und Mühen mehr allgemeiner Art. Dann ist der Wert dieser Quelle umso größer, besonders für die Alltagsgeschichte, Sozialgeschichte und Kulturgeschichte, die ja heute die Aufmerksamkeit der Historiker immer stärker zu fesseln beginnen.

Warum sind eigenhändige Notizen, Berichte und Reflexionen dieser Art eine so wichtige Quelle für die historische Forschung? Weil es sonst kaum Selbstzeugnisse der Werktätigen aus der Vergangenheit gibt. Das „offizielle" alte Schriftgut sagt nur wenig über das aus, was die Menschen im Alltag wirklich dachten und machten. In den „Hausbüchern" des 17., 18. und 19. Jahrhunderts aber erfahren wir es unmittelbar und gewinnen so einen direkten Zugang zum Weltbild unserer Vorfahren.

Es ist hohe Zeit, privates Schriftgut der genannten Art für die Forschung zu sichern. Vorbereitungsarbeiten sind darum angelaufen, die den Zweck haben, die alten Tage- und Anschreibebücher von Bauern und Handwerkern vor Zerstörung durch Unachtsamkeit zu schützen, sie zu erfassen und zu registrieren und sie schließlich auch wissenschaftlich auszuwerten. Einige kommentierte bäuerliche Anschreibebücher aus dem 18./19. Jahrhundert werden vom Staatsarchiv Potsdam schon zur Veröffentlichung vorbereitet.

Leider wird wohl nicht jeder, der solche Quellen zu Hause aufbewahrt, bereit sein, die Originale selbst für die Forschung zur Verfügung zu stellen. In solchen Fällen könnten Kopien angefertigt werden. Auf jeden Fall aber sollte das Vorhandensein solcher „Hausbücher" mitgeteilt werden Aber wem? Und wem gegebenenfalls auch gegen Entgeld, überlassen? Die örtlichen, nächstgelegenen Museen und Archive oder das Staatarchiv Potsdam, sind dafür am geeignetsten. An deren Mitarbeiter sollte man sich also wenden. Die zentrale und wissenschaftliche Auswertung der Kopien wird voraussichtlich an der Akademie der Wissenschaften erfolgen.

Darum also dieser Aufruf: Sie, der Sie der Heimatgeschichte verbunden sind, versuchen Sie solche historischen Quellen festzustellen, sprechen Sie mit den Besitzern, helfen Sie, alte Tagebücher von Bauern, Handwerkern u. a. als neue Geschichtsquellen zu bewahren und für die Wissenschaft zu erschließen!

Prof. Dr. Jan Peters
Akademie der Wissenschaften der DDR
Institut für Wirtschaftsgeschichte

Münzen und Medaillen zum Jahrestag des Sieges über den Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes

Von Bernhard Liebe

Die welthistorische Bedeutung des Sieges über den deutschen Faschismus, der den zweiten Weltkrieg in Europa beendet und die Völker Europas, darunter auch das deutsche Volk, von der verbrecherischen Hitlerherrschaft befreite, war und ist für Regierungen und Institutionen Anlaß zur Herausgabe von Münzen und Medaillen. Auch der 40. Jahrestag des Sieges und der Befreiung 1985 wurde zur Herausgabe von Medaillen und Münzen genutzt.

Im Auftrage der Regierung der UdSSR wurde eine 1-Rubel-Münze herausgegeben. Den Sammlern sind viele Medaillen bekannt, in denen das Thema des Großen Vaterländischen Krieges und des Sieges behandelt sind. Hervorragende Bildhauer wie W. Ragaischis, J. Archipowa, W. Dronow und A. Schagin haben dafür die Motive geschaffen.





In der DDR ist seit dem 17. April 1985 eine Gedenkmünze als gesetzliches Zahlungsmittel im Umlauf. Die Entwürfe wurden vom Bildhauer Gerhard Rommel und vom Grafiker Dietrich Dorfstecher gestaltet. Auf der Vor-

derseite trägt sie das Staatswappen der DDR mit der Umschrift DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK 1985 10 MARK.
Auf der Rückseite ist das Ehrenmal in Berlin-Treptow wiedergegeben, dazu die Inschrift: 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Die Münze hat einen Durchmesser von 31 Millimetern, eine Masse von 12,0 Gramm und besteht aus einer Neusilberlegierung. (Abb.)



Seit vielen Jahren geben auch Gedenk- und Erinnerungsstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes Medaillen heraus. Vielen Sammlern sind die Medaillen aus Porzellan oder Metall der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück gut bekannt.
Seit einer Reihe von Jahren ist auch der Rat der Stadt Brandenburg aktiv bei der Herausgabe von Medaillen, die insbesondere der Befreiung der politischen Gefangenen des faschistischen Zuchthauses Brandenburg-Görden gewidmet sind. Über 2000 antifaschistische Widerstandskämpfer wurden in diesem Zuchthaus mit der Guilottine ermordet – die letzten am 20. April 1945, sieben Tage vor der Befreiung durch die sowjetischen Soldaten.
Nach einem Entwurf von Günter Wormbter wurde 1975 eine Medaille herausgegeben, die als Erinnerungsgabe für Ehrengäste und verdiente Persönlichkeiten diente. Auf der Vorderseite sind die Schwerpunkte der Stadt – das Altstädtische Rathaus, die Friedensbrücke, das Stahl- und Walzwerk – dargestellt. Die Rückseite zeigt das Stadtwappen mit der Unterschrift BRANDENBURG HAVEL DDR. Die Medaille ist Messing versilbert und hat einen Durchmesser von 60 Millimeter.
Im gleichen Jahre wurde zum 30. Jahrestag der Befreiung der politischen Häftlinge des Zuchthauses eine Medaille herausgegeben, die Günter Wei-

gelt, Brandenburg, gestaltet. Die Vorderseite zeigt den Augenblick der Öffnung des Zuchthausgitters, aus dem der politische Gefangene nunmehr, befreit durch die Rote Armee, hervortreten kann.

Daneben befindet sich das historische Datum: 27. April 1945. Bei der Kundgebung am Denkmal auf dem Marienberg wurde die Medaille an den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, übergeben. Bekanntlich war Genosse Honecker selbst als politischer Gefangener im Zuchthaus Brandenburg-Görden eingekerkert.

1980 wurde mit dem gleichen Motiv eine Medaille aus Aluminium als Abzeichen mit einer Tragevorrichtung herausgegeben.

Ebenfalls nach einem Entwurf von Günter Weigelt wurde 1985 eine Medaille herausgegeben, auf der der gemeinsame Kampf der Antifaschisten und der Sowjetsoldaten symbolisch dargestellt wird. Durch die Gitterstäbe hindurch reichen sich der politische Gefangene und der Sowjetsoldat die Hand; in der anderen Hand hält der politische Gefangene steil aufgerichtet einen Karabiner, der Soldat seine Maschinenpistole.

Die im VEB Präwana Markneukirchen hergestellte Medaille hat einen Durchmesser von 60 Millimeter. (Abb.)

Die Mitteilungen über die Medaillen aus Brandenburg vermitteln nur einen ganz geringen Ausschnitt aus einem größeren Vorhaben zur Erfassung aller Medaillen, die in der Stadt und dem Bezirk Potsdam herausgegeben wurden oder Motive unseres Heimatbezirkes zum Inhalt haben. Das Ziel besteht darin, eine Dokumentation der Medaillen unseres Bezirkes zu erarbeiten. Dabei sollen erfaßt werden: Auftraggeber, Auftragnehmer, Ausgabeanlaß, Charakter der Ausgabe, Entwurf von (Name und Anschrift), Medailleur (Name und Anschrift), Material, Auflagenhöhe, Herausgabejahr, Durchmesser, Masse, Beschreibung des Bildmotivs (Foto), Sonstiges. Eine solche Dokumentation wird es den Sammlern erleichtern, erforderliche Angaben zu ermitteln, Medaillen zu identifizieren und die Systematik der Sammlung zu erhöhen.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner

Allgemeines

Blätter für Heimatgeschichte/Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR. – Berlin.
Heft 1. – 1984. – 64 S.
Heft 2. – 1984. – 79 S.

Brandenburgische Literatur: Regionalbibliographie für d. Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam / bearb. von Dorothee Geßner – Potsdam: Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bezirkes Potsdam.
14. Neuerscheinungen der Jahre 1981–82 mit Nachträgen aus früheren Jahren. – 1985. – 206 S.

Gill, Manfred: Ortsgeschichte erforschen und propagieren/ Manfred Gill; Paul Lauerwald; Siegfried Wietstruk. Hrsg.: Kulturbund d. DDR.-Berlin, 1984. – 72 S. – (Heimatgeschichte: Arbeitsmaterial für d. Fachgruppen Heimatgeschichte/Ortschronik d. Gesellschaft für Heimatgeschichte d. DDR; Heft 17)

Gloger, Bruno: Friedrich Wilhelm: Kurfürst von Brandenburg; Biogr. – Berlin: Verlag Neues Leben, 1985. – 375 S.: Ill.
Mittenzwei, Ingrid: Friedrich II. von Preußen: e. Biogr. – 2., überarb. Aufl. – Berlin: Dt. Verlag d. Wissenschaften, 1984. – 253 S. : Ill., 5 Kt.

Mark Brandenburg

Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg/eingel. u. ausgew. von Friedrich Beck, Kurt Finker, Kurt Libera, Hans-Joachim Lippert, Joachim Schulz, Werner Wölk. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED in Verb. mit . . . – Potsdam.
Teil 2 1939–1945. – 1985. – 576 S. : Ill.

Bodenfunde und Heimatforschung: Mitt. d. Kulturbundes d. DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksfachausschüsse für Ur- und Frühgesch. d. Bez. Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. – Potsdam.
Heft 13. – 1984. – 58 S.: Ill.

Brandenburgisches Namenbuch. – Weimar: Böhlau. – (Berliner Beiträge zur Namensforschung.) Teil 5. Die Ortsnamen des Barnim / von Gerhard Schlimpert.
Mit e. siedlungsgesch. Beitr. von R. Barthel. – 1984. – 455 S. (. . . ; Bd. 6)

Menzel,Walter: Die Brandenburgische Städtebahn. – 1. Aufl. – Berlin: Transpress, 1984. – 184 S.: Ill. – (Transpress-Verkehrsgeschichte)

Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam / hrsg. von Bernhard Gramsch. – Berlin: Deutscher Verlag d. Wissenschaften.
Band 18. – 1984. – 252 S.: Ill. & 8 Beil.

Bezirk Potsdam

Kreschel, Katharina: Stromauf & stromab: zur Geschichte d. Havelschiffahrt; Ausstellung 1982/83 Museum Brandenburg / Katharina Kreschel; Ulrich Buchholz. Hrsg.: Museum Brandenburg. – Brandenburg, 1984. – 52 S.: Ill.

Malerei, Grafik, Plastik: Kunstausstellung d. Bezirkes Potsdam 1984; Ausstellung veranstaltet vom VBK/DDR Bezirksverband u. d. Rat d. Bezirkes Potsdam 30. Sept. bis 4. Nov. 1984/Einf.: Wally Poltiniak. – Potsdam, 1984. – 116 S.: Ill. & Ausstellungsverz.

Der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes: e. Material für d. Grundorganisationen d. SED (Bez. Potsdam) / Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Abt. Agit./Prop. – Potsdam, 1985. – 27 S.

Potsdam – Stadt und Kreis

Arlt, Klaus: Der Bornstedter Friedhof in Potsdam: e. Verz. d. Grabstätten bedeutender historischer Persönlichkeiten vom 17. bis 20. Jahrh. / Red.: Hans-Joachim Giersberg. Hrsg. vom Bezirksvorstand Potsdam d. Ges. für Denkmalpflege im Kulturbund d. DDR. – Potsdam, 1984. – 27 S.: Ill. – (Mitteilungen der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand Potsdam; 6/1984)

Denkmale des Kreises Potsdam / Detlef Heuts . . . Hrsg. vom Rat d. Kreises Potsdam, Abt. Kultur. – 1. Aufl. – Potsdam, 1984. – 56 S.: Ill.

Gallinat, Hans: Zeittafel zur Entwicklung des VEB Maschinenbau „Karl Marx" Potsdam-Babelsberg: 1945–1983 / Hrsg.: Betriebsparteiorg. d. SED. – Potsdam-Babelsberg, 1984. – 26 S.

Gertler, Carljürgen: Die Nikolaikirche zu Potsdam. – 1. Aufl. – Berlin: Union-Verlag, 1984. – 30 S.: Ill. – (Das christliche Denkmal; Heft 123)

Giersberg, Hans-Joachim: Potsdamer Veduten: Stadt- u. Landschaftsansichten vom 17. bis 20. Jh. / Hans-Joachim Giersberg, Adelheid Schendel. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 3., unveränd. Aufl. – Potsdam, 1984. – 166 S. Ill.

Hamann, Heinrich: Der Park Babelsberg / hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1984. – 48 S.: Ill.

Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst / Hrsg.: Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 1. Aufl. – Leipzig: Brockhaus-Verlag, 1984. – 208 S.: Ill.

Potsdam-Literatur / Bearb.: Dorothee Geßner. Hrsg.: Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bezirkes Potsdam. – 4., veränd. Ausg. – Potsdam, 1983. – 14 S. – (Literatur für Sie; 2/1983)

Protokollband der Konferenz zur Geschichte der Stadt Potsdam zum Thema „Potsdam / Erbe, Tradition und sozialistische Gegenwart" am 15./16. Mai 1984 in Potsdam / Hrsg.: Pädag. Hochschule Potsdam. – Potsdam, 1984. – 232 S. – (Schriften zur Traditionspflege)

Ruinen mahnen: künstlerische Zeugnisse d. Zerstörung Potsdams im April 1945; Ausstellung d. Potsdam-Museums u. d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci im Pavillon auf d. Freundschaftsinsel vom 13. April bis 12. Mai 1985. – Potsdam, 1985. – 24 S.: Ill.

Sachse, Rudolf: Der Grottensaal im Neuen Palais / Rudolf Sachse; Georg Rohde. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1984. – 68 S. Ill.

Sanssouci: Schlösser, Gärten, Kunstwerke / bearb. von e. Autorenkoll. u. d. Leitung von Hans-Joachim Giersberg. Hrsg.: Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 12., erw. u. verb. Aufl. – Potsdam, 1984. –134 S.: Ill.

Wolf, Heinz: Betriebsgeschichte des VEB DEFA Studio für Spielfilme in Bildern 1945 bis 1953 / Hrsg.: BPO d. SED im VEB DEFA Studio für Spielfilme. – Potsdam-Babelsberg, 1984. – 181 S.: Ill.

Einzelne Kreise

Aus der Geschichte des Kreises Gransee / Hrsg.: Komm. zur Erforschung d. Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung bei d. Kreisleitung Gransee d. SED. – Gransee.
Folge 1. – 1984. – 51 S.
Folge 2. – 1984. – 48 S.

Belziger Heimatkalender: Kreis Belzig / Rat d. Kreises Belzig, Abt. Kultur. – Belzig. 1985. – 1984. – 56 S.: Ill.

Bogedain, Bernhard: Revolutionäre Gedenkstätten in Brandenburg / Bernhard Bogedain; Klaus Heß. Hrsg.: Kreisleitung Brandenburg d. SED, Komm. zur Erforschung d. Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung. – Brandenburg, 1985. – 96 S.: Ill. (Kreisgebiet)

Brandenburger Blätter: Beiträge zur Regionalgeschichte d. Brandenburger Havellandes / hrsg. von Günter Mangelsdorf im Auftrag d. Museums Brandenburg (Havel). Band 4. – 1983. – 96 S.: Ill.

Freunde für immer: Geschichten aus vier Jahrzehnten dt.-sowj. Freundschaft in unserem Kreis / Hrsg.: SED-Kreisleitung Neuruppin. – Neuruppin, 1985. – 51 S.: Ill. – (Revolutionäre Traditionen – lebendige Geschichte; 4)

Heimatkalender für den Kreis Zossen / Hrsg.: Rat d. Kreises Zossen, Abt. Kultur.–Zossen. Jg. 28. 1985. – 1984. – 96 S.: Ill.

Rathenower Heimatkalender: Beiträge zur Heimatkunde des westlichen Havellandes / Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. – Rathenow. Jg. 29. 1985. – 1984. –96 S.: Ill.

Rathenower Wanderbuch / Red.:Albrecht Brommauer. Autoren: Heinz Kirschnick; Günter Mangelsdorf; Rainer Raute; Willi Schulz. Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. – Rathenow, 1984. – 64 S.: Ill.

Wanderungen durch den Kreis Nauen: natur- u. heimatgeschichtl. Betrachtungen / hrsg. vom Kulturbund d. DDR, Kreis Nauen . . . – Nauen.
3. – 1984. – 72 S.: Ill. & 1 Kt.

Wiborny, W.: Kreismuseum Oranienburg / Hrsg.: Kreismuseum. – Oranienburg, 1984. – 15 S.: Ill.

Einzelne Orte

Blütenstadt Werder/Havel: heimatgeschichtl. Beiträge / Hrsg.: Rat d. Kreises Potsdam, Abt. Kultur ... – Werder/H. 1984. – 1984. – 68 S.: Ill.

Brandes,Heino: Börnicke im Osthavelland: e. dokumentarischer Bericht / hrsg. vom Rat d. Kreises Nauen, Abt. Kultur in Verb. mit d. Kreiskomitee Antifaschist. Widerstandskämpfer ... – Nauen, 1985. – 39 S. – (Betr. Konzentrationslager Börnicke)

Giersberg, Hans-Joachim: Potsdam / Hans-Joachim Giersberg; Hartmut Knitter. – 4. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1984. – 160 S.: Ill., Kt., 20 Kt.-S. – (Tourist-Stadtführer-Atlas; 2)

Heller, Gisela: Potsdamer Geschichte. – 1. Aufl. – Berlin: Verlag der Nation, 1984. – 512 S.: Ill.

1285 (Zwölfhundertfünfundachtzig) – 1985: 700 Jahre Meyenburg / Red.: Ernst Witte ... Hrsg.: Rat d. Stadt Meyenburg. – Meyenburg, 1985. – 52 S.: Ill.

Bearbeiter: Dorothee Geßner

Autoren des Heftes 4/1985

Bernhard Bechler, Parteiveteran, Kleinmachnow

Dr. Gerhard Birk, Ludwigsfelde, Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

Hans Dietz, Jüterbog, ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger im Kreis Jüterbog

Dr. Lieselott Enders, Potsdam, Mitglied der Bezirksleitung des Kulturbundes der DDR, Staatsarchiv Potsdam

Dorothee Geßner, Posdam, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Sven Gustavs, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Rosemarie Heise, Leiterin der Historischen Gedenkstätte Cecilienhof, Potsdam

Bernhard Liebe, Jurist/Rentner, Mitglied der Fachgruppe Numismatik, Potsdam

Prof. Dr. Jan Peters, Blankenfelde, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam 1986



Z
5183
PH Potsdam

Märkische Heimat

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 5

Potsdam 1986

„Märkische Heimat"
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 5, Potsdam 1986

87/49/1
Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

Universität Potsdam
Universitäts-bibliothek
Inventarnr.
05017136

Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:
Titelfoto: Schloß Rheinsberg; Manfred Haseloff; Bildarchiv des Bezirksparteiarchivs, Steiner (privat), Weidner (privat), Staatsarchiv Potsdam, Bildarchiv der „Märkischen Volksstimme", Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam/D. Sommer, Koppatz (privat).

Redaktionsschluß für Heft 5 am 6. Mai 1986.
Manuskriptsendungen an Redaktion „Märkische Heimat", Mangerstr. 34–36, Potsdam, 1500.
© Märkische Heimat 1986
P 93/86,

Gestaltung: Klaus Pommerening
Druck: Druckerei „Franz Maecker", Neuruppin,
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam

F 25/86
00500

Inhalt

Genosse Willy Sägebrecht an der Spitze der Bezirksparteiorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse (1945–1946)
von Werner Bystry 4

Zum preußischen Münzwesen unter König Friedrich II. Zum 200. Todestag des Preußenkönigs
von Jürgen Koppatz 36

Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik
Carl Wilhelm Fröhlich, die Eisenhütte und der Dorfschulmeister Picard in Gottow, Kreis Luckenwalde
von Gerhard Steiner 57

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte
Die Stadtwüstung Freyenstein, Kreis Wittstock
von Christa und Friedrich Plate 72

Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde
Der Backofen, das kleinste Bauwerk im Dorf
von Kurt Weiden 80

Gründung der Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte"
von Rolf Bock und Helmut Langner 89

Bibliographie
bearbeitet von Dorothee Geßner 91

Genosse Willy Sägebrecht an der Spitze der Bezirksparteiorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946)

Von Werner Bystry

Im Leben und Wirken des revolutionären Arbeiters und Kommunisten Willy Sägebrecht nimmt seine Rolle im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse in der Provinz Brandenburg einen besonderen Platz ein. Als politischer Sekretär der Bezirksleitung der KPD war er mit großem persönlichen Einsatz bemüht, die Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden. Er betrachtete sie als „. . . entscheidende Voraussetzung" – wie er in seinen Erinnerungen dalegte – „um den deutschen Imperialismus, den Schuldigen am Faschismus und Krieg, für immer zu beseitigen und ein neues, demokratisches Deutschland zu schaffen."[1]

Mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SPD im Jahre 1946 wurde die grundlegende Lehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezogen. „Die Arbeiterklasse kann" – so heißt es in den Thesen des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983 – „ihre historische Mission nur erfüllen, wenn sie den Opportunismus überwindet und von einer zielklaren, geschlossenen und kampfgestählten marxistisch-leninistischen Partei geführt wird, die eng mit den Massen verbunden ist."[2]

Die vorliegende Arbeit möchte dazu beitragen, den Anteil Willy Sägebrechts bei der Lösung dieser historischen Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung sichtbar zu machen und damit zugleich einen konkreten Beitrag für die Erforschung und Propagierung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Bezirk Potsdam leisten.

Aktivist der ersten Stunde

Was in unzähligen Gesprächen, auch vom Kommunisten Willy Sägebrecht, zu Beginn des feigen, räuberischen Überfalls der deutschen Faschisten auf die Sowjetunion vorausgesagt wurde, daß die Kriegsmaschinerie Hitlerdeutsch-

lands unter den Schlägen der Roten Armee zusammenbrechen werde, war in den Maitagen 1945 unumstößliche historische Wahrheit geworden.
Die grausame Nacht des Faschismus war zu Ende. Große Teile Deutschlands waren verwüstet, darunter das einst blühende Land Brandenburg. Hunderttausende Wohnungen, Brücken, Straßen und Verkehrseinrichtungen lagen in Schutt und Trümmern. Menschen irrten durch das Land, hockten in ihren Kellern oder hausten in Ställen und Erdhütten. Für sie schien alles verloren.
Den Aktivisten der ersten Stunde – allen voran die führenden Mitglieder der KPD – verdanken sie es, daß letztendlich das materielle und geistig-kulturelle Chaos in Deutschland, die Hinterlassenschaft des Hitlerfaschismus, überwunden werden konnte. Jene Kräfte erkannten:
Mit dem Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Völker über den fachistischen Aggressor erhielt das deutsche Volk die historische Chance, eine grundlegende Wende in seiner Geschichte zu vollziehen.[3]
Entscheidend war, daß die Sowjetarmee, entsprechend den Zielen der Antihitlerkoalition, die wichtigsten Machtorgane des faschistischen Staates wie die Armee, Polizei und andere politische Machtorgane der Faschisten zerschlagen hatte. Dadurch entstanden günstige Bedingungen zur Überwindung des Imperialismus und Militarismus auf deutschem Boden, für die Ausrottung der preußischen Junker und Großgrundbesizter.[4]
Die KPD selbst besaß in den historischen Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1935) sowie der Brüsseler (1935) und Berner (1939) Parteikonferenzen des ZK der KPD das notwendige theoretische Rüstzeug, um breite Kreise des deutschen Volkes zusammenzuführen, die ehrlich bemüht waren, daß niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht und sich der jungen Generation eine Perspektive frei von Ausbeutung und Unterdrückung eröffnete.
Die damit verbundenen Aufgaben konnten jedoch nur unter Führung der Arbeiterklasse gelöst werden. Es war erforderlich, die Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden und eine einheitliche marxistisch-leninistische Arbeiterpartei zu schaffen. Die Realisierung dieser Aufgabe war angesichts der Lage, daß große Teile führender Miglieder der KPD in faschistischen Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern eingekerkert waren, andere jahrelang in der Illegalität bzw. im Exil gelebt hatten und viele bedeutende Funktionäre hingerichtet worden waren, sehr kompliziert.
Die Überlebenden aus ihren Reihen standen vor schier unlösbaren Problemen. Sie gaben aber nicht auf, sondern packten fest zu. Sie begannen, das neue Leben mit allen Antifaschisten zu organisieren.

Einer von ihnen war Willy Sägebrecht. Erprobt und erfahren in vielen Schlachten seiner Klasse, kämpfte er seit 1921 in den Reihen der Arbeiterjugend und seit 1925 in denen der Kommunistischen Partei Deutschlands und wurde ihr Funktionär.

Von seinen Freunden und Genossen geachtet und aktiv teilnehmend am illegalen antifaschistischen Widerstand war er den Hitlerschergen ein Dorn im Auge. Sie sperrten ihn in das Zuchthaus Luckau ein und schleppten ihn durch die Konzentrationslager.

Nach erfolgreicher Flucht aus den Kolonnen des Todesmarsches des KZ Sachsenhausen in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945, im Walde von Below bei Lübs (im heutigen Bezirk Schwerin), wurde die kleine Gruppe, etwa 15 Genossen, deren Leitung Genosse Sägebrecht übernommen hatte, von der Roten Armee befreit. Sie meldeten sich beim Kommandeur der Einheit. Willy Sägebrecht erinnerte sich:

„Wir stießen auf einige Offiziere und meldeten, daß wir aus dem Konzentrationslager kämen und nach Hause wollten. Die Offiziere glaubten uns nicht sofort. Ein junger Leutnant, der ziemlich gut deutsch sprach, übersetzte: 'Der Offizier sagt, ihr könnt ja auch deutsche Faschisten oder vielleicht sogar SS-Offiziere sein. Heute wollen alle Deutsche Kommunisten sein – alle, die uns entgegenkommen. Keiner will Faschist gewesen sein.'

Doch bald konnten wir uns mit den sowjetischen Offizieren zusammensetzen. Ich erzählte ihnen, daß ich 1929 in Moskau gewesen war und beschrieb ihnen das ehemalige Moskau. Wir sangen Kampf- und Arbeiterlieder vor. Dann stimmten wir gemeinsam mit den sowjetischen Offizieren und Soldaten die Internationale an. Die Offiziere luden uns zum Bleiben ein und bewirteten uns."[5]

Noch waren die Kampfhandlungen nicht beendet, die sowjetischen Genossen mußten weiter. Die Gruppe mit Willy Sägebrecht ruhte sich aus und machte sich am nächsten Morgen quer durch Mecklenburg in Richtung Provinz Brandenburg-Berlin auf den Weg.

Die Genossen erinnerten sich an die Diskussion im Konzentrationslager über die Brüsseler und Berner Konferenzen der KPD und dachten an das neue Deutschland, das sie mit aufbauen wollten. So war es für sie selbstverständlich, daß sie sich in Dörfern und Städten, die sie durchquerten, bei den sowjetischen Kommandanturen meldeten und nach Genossen der KPD und SPD fragten, zu denen sie Verbindung aufnahmen. Sie sprachen mit ihnen über den Aufbau der KPD und halfen ihnen mit Vorschlägen für die Besetzung der Funktionen des Bürgermeisters.

Ihr Weg führte sie in die Provinz Brandenburg. Sie kamen nach Fürstenberg, Gransee, Löwenberg und Oranienburg. In Oranienburg blieben sie einige

Tage, da sie physisch erschöpft waren. Dann machte sich Willy Sägebrecht mit Artur Franke auf den Weg nach Berlin.[6]

Zu Hause war die Freude groß, als Willy Sägebrecht nach jahrelanger Trennung Frau und Tochter Ursel wiedersah.

Viel war von dem Durchlebten zu erzählen.

Trotz schlechter körperlicher Verfassung gönnte er sich keine Ruhe. Gleich in den ersten Tagen stellte er Kontakt zu den Genossen der KPD im Wohngebiet Moabit her. Dort reihte er sich sofort in die Arbeit ein und half, ein System von Haus- und Straßenvertrauensleuten zu schaffen. Er organisierte ihre Schulungen und führte erste öffentliche Versammlungen durch.

Bereits Mitte Mai war die Verbindung zum Genossen Walter Ulbricht, dem Leiter der Beauftragtengruppe des ZK der KPD, die am 30. April 1945 aus der Sowjetunion kommend bei Berlin landete, hergestellt.

Genosse Sägebrecht ließ dem Genossen Ulbricht ausrichten, daß er der Partei zum weiteren Einsatz zur Verfügung stehe. Wenige Tage später wurde er in die Gruppe Ulbricht eingereiht. Er erhielt die Aufgabe, im Neuen Stadthaus in Berlin-Friedrichsfelde, dem Sitz der Gruppe, die Genossen, die sich, aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen kommend, dort meldeten, zu sammeln und ihren künftigen Einsatz festzulegen. Zugleich sollte er mit einigen Genossen eine provisorische Bezirksleitung der KPD für die Provinz Brandenburg aufbauen.[7]

Genosse Sägebrecht gehörte zu den Parteikadern, die klar erkannten, daß nunmehr die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten eine große Aufgabe zu lösen hatten. Die Fehler von 1918 durften sich nicht wiederholen.

Die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung stand auf der Tagesordnung. Über diesen Weg mußte die Arbeiterklasse auch in Deutschland ihre historische Mission erfüllen.

„Es war daher nicht zufällig, daß Genosse Sägebrecht nach der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus vom ZK der KPD mit der Funktion des politischen Sekretärs der Bezirksleitung betraut wurde."[8], schrieb Genosse Kurt Seibt.

Ihm zur Seite gestellt wurden erfahrene Genossen wie Bruno Brockhoff und Gerda Sucker, etwas später Genosse Kurt Seibt. Sie leisteten in dieser Zeit eine umfangreiche propagandistische und organisatorische Arbeit.

Dabei lag ihnen am Herzen, insbesondere mit den Arbeitern ins Gespräch zu kommen.

Genosse Sägebrecht sagte zu dieser Frage: „. . . sobald das Proletariat sich überall aus dem Banne der Verwirrung, in welcher es vielfach durch die jahrelange Verdummungspolitik des Faschismus sich noch befindet, freigemacht hat, so wird es sein historisches Amt des internationalen Kampfes gegen Kapitalismus und Militarismus wieder auf sich nehmen."[9]

Der Aufbau der Parteiorganisationen

Bereits in den ersten Tagen nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus entstanden vielfach spontan in großen Städten, einigen Betrieben und Gemeinden der Provinz Brandenburg Parteiorganisationen der KPD.[10]

Aber erst mit dem am 10. Juni 1945 erlassenen historischen Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration erhielt die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften ihre entsprechende Grundlage.[11]

Die KPD trat als erste Partei an die Öffentlichkeit. Bereits am 11. Juni 1945 wandte sich das ZK der KPD mit dem Aufruf an das schaffende Volk in Stadt und Land. Über seine wegweisende Rolle sagte Genosse Sägebrecht: „Erst mit dem Aufruf des ZK vom 11. Juni vollzog sich allmählich eine politische Ausrichtung der Partei in Brandenburg und damit ergab sich auch die konkrete Aufgabenstellung für die Kreise und Orte. Jetzt ging es überall an die ideologische Durcharbeitung des ZK-Aktionsprogramms."[12]

Genosse Sägebrecht und die anderen Genossen der Bezirksleitung leisteten den Parteiorganisationen in den Städten und Dörfern persönliche Hilfe. Am 20. Juni 1945 trat Genosse Sägebrecht in Luckenwalde, am 12. Juli 1945 in Mühlenbeck (Kreis Niederbarnim) und am 22. Juli 1945 in Bernau und im Kreisgebiet, seiner Wirkungsstätte Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre, sowie in anderen Orten auf.[13] Dabei galt es, viele Fragen zu beantworten. Geduldig erläuterte er die nächsten Aufgaben und trat konsequent und prinzipienfest für die Aktionseinheit mit den Genossen der SPD ein.

Der Neuaufbau der Parteiorganisationen war mit vielen dringend zu lösenden Aufgaben verbunden: Das betraf die Liquidierung der Reste des Faschismus, den Aufbau der neuen Selbstverwaltungsorgane, den Kampf gegen Abenteuertum, Provokateure, Korruption, Opportunismus und Sektierertum, die geschichtlich notwendige Bodenreform, die Sicherung der Ernte, aber auch den Kampf gegen Not und Elend, die Schulreform und den Aufbau der Gewerkschaften sowie der Frauen- und Jugendausschüsse.[14]

In dieser komplizierten Situation kam es darauf an, für die Partei neue Kräfte zu gewinnen und sie mit dem Bewußtsein eines Kommunisten auszurüsten. Mit tiefem Ernst versicherte Genosse Sägebrecht immer wieder: „Wir treiben kein demagogisches Spiel, wir meinen es ernst...
Die Partei ist das treibende Element, die Partei muß erfüllt sein von der Erkenntnis, daß im deutschen Volk eine große Umschulung vor sich gehen muß. Wir sind uns darüber klar, daß wir eine schwere Arbeit vor uns haben. Der Kommunist muß der erste Arbeiter sein, gleich wo er steht."[15]



Willy Sägebrecht, 21. Februar 1904 bis 8. April 1981

Er betonte, daß viele Menschen jetzt auf die KPD schauen und ihr sowohl abwartend als auch erwartungsvoll gegenüberstanden.[16]
Der neue Parteiaufbau mußte der großen Verantwortung, die die KPD vor der Arbeiterklasse und dem Volk besitzt, voll entsprechen.
Dazu war es notwendig, die Partei in allen Bereichen, Städten und Dörfern fest zu verankern. Das bisherige System des Parteiaufbaus vor 1933 war dafür nicht in allen Fällen geeignet. Bis 1933 gab es keine selbständige Bezirksparteiorganisation der Mark Brandenburg. Jene war Bestandteil der Parteiorganisation Berlin-Brandenburg, Lausitz-Grenzmark.[17]
Genosse Max Herm als politischer Leiter und Willy Sägebrecht als Organisationsleiter hatten zwar Ende 1932 den Auftrag, eine Leitung für die Provinz Brandenburg zu bilden, jedoch war die Zeit, in der sie noch legal Parteiarbeit leisten konnten, zu kurz, um eine stabile Struktur zu schaffen.[18]
Die traditionelle Verbindung zu Berliner Unterbezirken, die je nach ihrer geographischen Lage und wirtschaftlichen Struktur mit Teilen der Provinz zu einem Unterbezirk vereinigt waren, lebte besonders in den Randgebieten von Berlin 1945 wieder auf. Die wachsende führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung verlangte aber den Organisationsaufbau der territorialen Verwaltungsstruktur anzupassen.[19]

Einige Parteiorganisationen der KPD wie die Bernauer wünschten sich daher schon am 9. Juni 1945 eine selbständige Bezirksleitung für die Provinz Brandenburg, die eine enge Verbindung zu den Kreisen und Ortsgruppen hält.[20]
Genosse Sägebrecht stellte zu diesen Vorschlägen fest:
„Genossen, die Aufgabe ist gestellt. Der Bezirk Brandenburg ist durch die klare Einsicht des ZK über die Erfahrung der vergangenen Zeit und die Rolle der Partei in der Zukunft zu dem Entschluß gekommen, den Bezirk Brandenburg selbständig zu machen."[21]

Wie in einem Brief des Genossen Sägebrecht an die Ortsleitung der KPD in Oranienburg zu lesen ist, setzte sich der Parteiaufbau nach der neuen Struktur nicht überall sofort durch. Er schrieb: „Wie Euch bekannt ist, gibt es bei dem Neuaufbau der Partei keinen Unterbezirk Oranienburg mehr, sondern der ganze Kreis Niederbarnim, wozu auch Oranienburg gehört, untersteht der Kreisleitung Bernau. Es ist notwendig, daß auch der Kreis in verschiedene Arbeitsgebiete aufgegliedert und daß zu diesem Zweck eine Arbeitsgebietsleitung in Oranienburg geschaffen wird mit allen Ortsgruppen an der Nordbahn sowie der umliegenden Orte in Oranienburg. Die genaue Einteilung müßt Ihr mit der Kreisleitung in Bernau vornehmen."[22]
Andere Probleme traten auf. Politische Leiter einer Ortsgruppe waren gleichzeitig Kreisleiter der KPD. Auch hier half Genosse Sägebrecht, durch den Einsatz von jungen Kadern diese Personalunion zu beseitigen.[23]

Auch sektiererische Tendenzen wurden in einigen Ortsgruppen sichtbar. Sie lehnten die Entwicklung zur Massenpartei ab oder kümmerten sich nur um den Parteiaufbau und nicht auch um die Entwicklung des neuen Lebens.
Wieder andere Organisationen der KPD nahmen alle willigen Sozialdemokraten in ihre Parteiorganisation auf. Damt wurde der Aufbau der Organisationen der SPD verspätet und die ideologische Vorbereitung zur Vereinigung beider Parteien verzögert.[24]
Diese und andere Erscheinungen konnten durch das Auftreten erfahrener Marxisten-Leninisten wie Willy Sägebrecht bald beseitigt werden. Der Aufbau der Parteiorganisationen in allen wichtigen Orten ging rasch vor sich. Der Zustrom neuer Mitglieder der KPD in der Provinz Brandenburg war groß. Das zeigt, stellte Willy Sägebrecht fest„... . . auch das große Vertrauen der Massen in der Provinz Brandenburg zur KPD, wobei auch gleichzeitig eine große Gefahr vorhanden ist bei nicht sofortiger organisatorischer und kassentechnischer Erfassung sowie politischer Betreuung auch mit kleinsten Aufgaben. Neun Zehntel unserer Partei sind neue Mitglieder . . ." und er forderte deshalb „. . . . noch mehr Aufmerksamkeit auf die Entwicklung junger Kräfte zu guten Funktionären"[25] zu konzentrieren.
Der Aufbau der Parteiorganisationen in einigen Dörfern vollzog sich zunächst schleppend. Das erklärt sich vor allem daraus, daß die ostelbischen Junker die traditionellen Träger des verderblichen „Dranges nach dem Osten", die Träger des preußisch-deutschen Militarismus vor allem im ehemaligen Brandenburg und Mecklenburg waren.
Mit Hilfe des Antikommunismus und anderer volksfeindlicher Auffassungen hatten sie jahrhundertelang ihre Aggression gegen die slavischen Nachbarvölker begründet. Große Teile der Landbevölkerung waren davon beeinflußt. Ihr Vertrauen zur neuen Entwicklung wuchs langsam. Die KPD orientierte speziell auf die kleinen Bauern, die Landarmen und Landarbeiter und setzte sich für deren Recht auf eigenes Land ein. In diesem Zusammenhang war die Politik der KPD zur Bodenreform äußerst bedeutsam. „Das muß uns jetzt die Bauernmassen näher bringen, damit sich die KPD in den Orten verankert, wo wir keine Ortsgruppen haben. In Luckenwalde und Ostprignitz haben wir schon einen Teil der Bauern gewonnen, bis zu 15 % der Gesamtmitgliedschaft . . ."[26] „Im Zuge der Bodenreform wurden (dann) 270 neue Ortsgruppen der KPD geschaffen und über 3000 Bauern aufgenommen, davon 2600 Neubauern."[27], analysierte Genosse Sägebrecht.

Die erste Bezirks-Funktionärskonferenz der KPD

Für die Arbeit der Kommunisten und den Aufbau ihrer Organisationen war die Funktionärskonferenz der KPD für die Provinz Brandenburg am 27. 6. 1945 in Berlin von Bedeutung. Noch gab es keine genaue Übersicht

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

über den Stand des Parteiaufbaus. Nicht alle Ortsleitungen waren erfaßt. Die Verkehrsverbindungen nach Berlin waren denkbar schlecht.
Auf dieser Beratung wurden die vielfältigen Aufgaben erläutert, die vor den Parteiorganisationen standen. Genosse Ulbricht, der diese Beratung leitete, erklärte die Richtlinien für den Parteiaufbau und die Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verwaltungsorgane. Vor allem wurde auf die weitere Entwicklung der führenden Rolle der Partei orientiert.
Im Zusammenhang mit der Berichterstattung der Ortsgruppenleiter auf der Funktionärskonferenz orientierte sie auf die Aufnahme neuer Mitglieder der KPD aus den Reihen der Antifaschisten, insbesondere der Jugendlichen. Das half einigen Genossen bei der Überwindung solcher Auffassungen, wie sie sich in Blankenfelde in dieser Zeit zeigten. Der Ortsleiter berichtete, daß sie nur eine „schlagkräftige" Gruppe von 10 bis 20 Kommunisten aufbauen werden und wandte sich damit gegen das Prinzip der Massenpartei.
In Werder hatten 12 Genossen bereits in den Maitagen mit dem Parteiaufbau begonnen und eine Gruppe von 400 Genossen geschaffen. Davon waren 150 schon früher in der KPD, 250 wurden neu aufgenommen. Unter den Neuaufgenommenen waren viele frühere Mitglieder der SPD. Das wirkte sich hemmend auf die weitere Entwicklung der Aktionseinheit in Werder aus.
Die erforderliche feste Verbindung der KPD auf dem Lande war eine weitere Aufgabe, die die Funktionärskonferenz stellte. Dazu war die Einbringung der Ernte zu sichern.
Das hieß, mit den Bauern zusammenzuarbeiten, so daß sich das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauern entwickelt und festigt. Als eine wichtige Maßnahme dabei nannte Genosse Ulbricht die Übergabe eines Teils des Grundbesitzes der Großagrarier und Naziverbrecher an die armen Bauern und Landarbeiter.
Mit wichtigen anderen Aufgaben wie dem Vertrieb der Parteipresse, dem Wiederaufbau der Wirtschaft, der Demokratisierung des Schulwesens, der Gewerkschafts- und Jugendarbeit wurden die Funktionäre vertraut gemacht. Prinzipiell wurde auf der Konferenz herausgearbeitet, daß die umfangreiche Arbeit nur erfolgreich zu bewältigen ist, wenn die Aktionseinheit zwischen SPD und KPD dazu die Grundlage ist.[28]

Aktionsausschüsse von KPD und SPD

Willy Sägebrecht stellte in Gesprächen und Versammlungen immer wieder in den Mittelpunkt, daß es keine Wiederholung der Fehler von 1918 geben darf. Ausgehend von den Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung erläuterte er die Rolle des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes, der sozialen Basis für Faschismus und Militarismus.

Mit seiner Argumentationskraft orientierte er auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Nazismus und Reaktion, auf das engste Zusammenwirken beider Arbeiterparteien im antifaschistischen Umwälzungsprozeß.[29] Dabei stützte er sich auf die Lehren der Geschichte des deutschen Volkes, daß Hitler nur deshalb an die Macht kommen und den zweiten Weltkrieg entfachen konnte, weil die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen gespalten waren. Erst nach dem Verbot beider Arbeiterparteien in Deutschland fanden im Kampf gegen Faschismus und Krieg immer mehr Kommunisten und klassenbewußte Sozialdemokraten zueinander.

Genosse Sägebrecht leitete die Schlußfolgerung ab: „Nie wieder soll die Reaktion uns uneinig oder gespalten vorfinden. Darum waren wir sofort nach der Niederschlagung Hitler-Deutschlands durch die Rote Armee und seiner Verbündeten einer Auffassung. Nie wieder Bruderstreit, sondern enge Zusammenarbeit, feste Aktionseinheit."[30]

So wie in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen suchte er auch jetzt die Zusammenarbeit mit seinen Klassenbrüdern aus der SPD.

Ende Juni 1945 erfuhren die Genossen der Bezirksleitung der KPD, daß sich der Vorstand der SPD für die Provinz Brandenburg gebildet hat.[31] Genosse Friedrich Ebert erhielt vom Zentralausschuß der SPD den Auftrag, gemeinsam mit Georg Spiegel die Leitung des Bezirksvorstandes der SPD zu übernehmen.[32]

Um rasch eine Verbindung zur Leitung der SPD herzustellen, wurde Genosse Kurt Seibt vom Genossen Sägebrecht gebeten, den Genossen Ebert zu besuchen und zu fragen, wann sie zusammentreffen können.

Wenige Tage später im Haus des ZK der KPD, in dem auch der Sitz der Bezirksleitung für die Provinz Brandenburg war, kam es zu einer ersten Unterredung zwischen den Genossen Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht.[33]

Zunächst war es noch ein vorsichtiges Abtasten. Sie sprachen über das, was sie während der faschistischen Terrorherrschaft durchgemacht hatten. Schnell waren sie sich einig, solche Zustände in Deutschland nicht wieder zuzulassen. „Dann gelobten wir, den Schwur zu erfüllen, den wir in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern gemeinsam abgelegt hatten: in Zukunft einheitlich und brüderlich zu handeln."[34]: erinnerte sich Willy Sägebrecht an dieses Gespräch. Sie einigten sich auf der Grundlage des Abkommens zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD über die Herstellung der Aktionseinheit in der Provinz Brandenburg und versprachen einander, die Parteiorganisationen beider Parteien so zu orientieren. Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Gespräch war die gemeinsame Vorbereitung einer Provinzialverwaltung für Brandenburg.

Auch unterbreitete Genosse Sägebrecht dem Genossen Ebert den Vorschlag, den Sitz der beiden Leitungen von Berlin nach Potsdam zu verlegen. Da der

Vorsitzende des Bezirksvorstandes der SPD, Genosse Georg Spiegel, in Potsdam wohnte, stimmte Friedrich Ebert diesem Vorschlag zu.[35]

Auf der Grundlage der zentralen Vereinbarung und des Gespräches zwischen den Genossen Ebert und Sägebrecht bildeten sich in allen Orten und Kreisen in der Provinz viele Arbeitsausschüsse beider Parteien. Mancherorts fehlten aber das richtige Verständnis und der Wille zum einheitlichen Handeln.[36]

Genosse Sägebrecht studierte die ersten Erfahrungen dieser gemeinsamen Arbeit in der Praxis. Anläßlich der Teilnahme an der Funktionärsberatung am 27. Juli 1945 und seines Arbeitsbesuches im Kreisgebiet Bernau ließ er sich über die ersten Schritte dieser Arbeit berichten. Der schon seit einigen Tagen arbeitende Aktionsausschuß hatte sich in Bernau für die Lösung der örtlichen Probleme Aufgaben gestellt.[37]

Neu war in dieser Etappe der herauszubildenden Aktionsausschüsse, daß die Genossen der KPD und SPD auf der Grundlage antifaschistischer Positionen den Willen bekundeten, demokratische Verhältnisse zu schaffen und Maßnahmen einzuleiten, um die Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern.[38]

Auch im Provinzmaßstab wurde am 1. September 1945 der Einheitsausschuß KPD-SPD ins Leben gerufen.

In der 1. Ausgabe der Zeitung „Volkswille", dem Organ der KPD für die Provinz Brandenburg, wurde die getroffene Vereinbarung zwischen den 5 Vertretern der KPD, den Genossen Willy Sägebrecht, Bruno Brockhoff, Gerda Sucker, Willi Seeger, Kurt Seibt und den 5 Vertretern der SPD, den Genossen Georg Spiegel, Franz Büchel, Friedrich Ebert, Richard Küter, Else Bauer, veröffentlicht.[39]

Willy Sägebrecht hatte einen entscheidenden Anteil an der sich rasch entwickelnden guten Arbeit im Einheitsausschuß. Auch im Sekretariat der Bezirksleitung der KPD war es Willy Sägebrecht, der immer wieder aus den Analysen der Lage die gemeinsamen Aufgaben für die Aktionsausschüsse herausarbeitete. So forderte er zum Beispiel, als der Winteraufbauplan 1945/46 behandelt wurde:

„Das im Kreis gestellte Aufbauprogramm muß gemeinsam im Aktionsausschuß besprochen werden ... Es ist dadurch die Verantwortung auf alle Schultern geladen und nimmt von vornherein jede Opposition ... Die Durchführung jedes Sofortprogramms ist nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage."[40]

In der Besetzung der Funktionen für die demokratischen Verwaltungsorgane sah Genosse Sägebrecht eine wichtige Möglichkeit, das Vertrauensverhältnis zur SPD zu festigen. Er schlug den Genossen des Provinzialvorstandes der SPD vor, ihrerseits Vorschläge für die Stellenbesetzung der neuen Machtorgane zu unterbreiten, die dann gemeinsam beraten werden sollen. Nach

gründlicher Diskussion im Sekretariat der Bezirksleitung der KPD empfahl er dem Einheitsausschuß in Angermünde, Beeskow, Luckenwalde und Wittstock, die Landräte aus den Reihen der SPD zu besetzen und Mitglieder der KPD als Stellvertreter einzusetzen.

Den Kreisleitungen der KPD wurde unter dem Blickwinkel der Vorbereitung der Einheit beider Parteien durch den Genossen Sägebrecht und den anderen Genossen der Bezirksleitung geholfen, in der praktischen Zusammenarbeit mit der SPD beim demokratischen Aufbau, so auch bei den Stellenbesetzungen, das Vertrauensverhältnis zwischen beiden Parteien zu festigen.[41]

Für das einheitliche Auftreten in den Zusammenkünften des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien unterbreitete Genosse Sägebrecht den Vorschlag, vor allem Kaderfragen zur Besetzung von Funktionen in den demokratischen Verwaltungsorganen vorher mit den SPD-Funktionären zu beraten. Er vertrat den Standpunkt: „Im Block muß unsere Linie sein, daß wir immer mit der SPD konform gehen . . .“[42]

Immer stärker setzte sich auch in den Kreisparteiorganisationen die Auffassung vom Genossen Sägebrecht durch. „Die Einheit der Arbeiterklasse kann nicht durch Beschluß des ZK allein gewährleistet werden. Sie muß von unten geschmiedet werden.“[43] Die Aktionsabkommen im Bezirk, in den Kreisen und Gemeinden wurden in der praktischen Arbeit von den Kommunisten und der Mehrheit der Sozialdemokraten realisiert. Die Aktionseinheit hat sich von Anfang an als entscheidende Kraft, um Not und Elend allmählich zu überwinden und der Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß beim antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau zu sichern, bewährt.

Weitere Klärung des Klasseninhaltes der Aktionseinheit

Genosse Sägebrecht ließ sich von den Erfahrungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung leiten. Er wußte, daß eine revolutionäre Einheitspartei nur durch die Aktionseinheit und die Klärung politisch-ideologischer Fragen vorzubereiten ist.

Unter der Arbeiterklasse gab es viele Unklarheiten über den Charakter der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, der antiimperialistischen Demokratie, die Rolle der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, Illusionen über den Charakter der imperialistischen Besatzungsmächte und anderes, die überwunden werden mußten. Deshalb legte er großen Wert auf die Befähigung der Kommunisten, sich mit ihren sozialdemokratischen Klassenbrüdern überzeugend auseinandersetzen zu können.

Er selbst trat entschieden ideologischen Unklarheiten entgegen. Unter anderem setzte er sich mit der These der rechten Führer der Sozialdemokratie auseinander, die behauptete, daß es keinen Kapitalismus und Imperialismus

in Deutschland mehr gäbe und deshalb der Sozialismus auf der Tagesordnung stehe.

Diese verderbliche Phrasologie prangerte er an. Damit wollten die Sozialdemokraten um Schumacher von der Notwendigkeit der Abrechnung mit dem Monopolkapital und dem Junkertum ablenken.[44] Er wies darauf hin, daß der politische Machtmechanismus des deutschen Imperialismus zwar weitgehend lahmgelegt, jedoch die Eigentumsverhältnisse und die Institutionen des imperialistischen Systems weiter existierten.

Mit dem Akt, Betriebe durch Treuhänder zu verwalten, haben sich die Eigentumsverhältnisse nicht geändert. Es gibt noch kein sozialistisches Eigentum an Produktionsmitteln und damit keine Wirkungsbedingungen für ökonomische Gesetze des Sozialismus. Der eingeleitete gesellschaftliche Umwälzungsprozeß stand noch ganz am Anfang. In diesem Zusammenhang forderte Willy Sägebrecht von den Kreisleitungen, entschiedener die Genossen mit der Theorie des Marxismus-Leninismus auszurüsten. Es kam darauf an, die ganze Arbeiterklasse und ihre Verbündeten für die Lösung der komplizierten Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ideologisch zu gewinnen.[45]

Das war ganz im Leninschen Sinne, der die ideologisch gewonnene Avantgarde als Vorbedingungen einer jeden Revolution sieht.

„Ohne diese Vorbedingung kann man nicht einmal den ersten Schritt zum Sieg tun . . . Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die breiten Massen nicht Position eingenommen haben . . . wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse . . . zu dieser Position gelange, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zu wenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen."[46] Diese politischen Erfahrungen erwarben sich die Kommunisten und Sozialdemokraten im Bündnis mit allen werktätigen Schichten in vielfältigen gemeinsamen Aktionen. Zur weiteren Klärung ideologischer Fragen schlug Willy Sägebrecht vor, die Durchführung gemeinsamer Schulungsabende und anderer Veranstaltungen mit den Genossen der SPD zu organisieren und die Herausgabe von Schulungsmaterialien in Angriff zu nehmen.[47] Die KPD selbst hatte schon ein Schulungssystem. In den Zusammenkünften wurde die auf marxistisch-leninistischer Grundlage erarbeitete Strategie und Taktik des ZK der KPD vermittelt, die eine wesentliche politisch-ideologische Voraussetzung für die Herausbildung einer revolutionären Einheitspartei war.[48]

Die neue Etappe im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse – die politisch-ideologische und organisatorische Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei

Der sich im Herbst 1945 verschärfende Klassenkampf auf deutschem Boden wurde hervorgerufen durch die reaktionären Kreise der USA und der anderen imperialistischen Staaten. Sie übten einen Druck auf ihre Regierung aus, von der gemeinsamen Politk der Antihitlerkoalition abzurücken. Ihr Ziel bestand darin: das Erstarken der UdSSR und das Übergreifen des revolutionären Weltprozesses auf andere Länder zu verhindern und die revolutionären Errungenschaften der ost- und südeuropäischen Länder sowie die wachsende Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in einigen kapitalistischen Ländern rückgängig zu machen. Die Reaktion in Deutschland wurde immer aktiver. In den westlichen Besatzungszonen erlitt der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse sogar erste Rückschläge. Die konterrevolutionären Kräfte setzten alles daran, auch in der sowjetisch besetzten Zone das Voranschreiten einer geeinten Arbeiterklasse zu verhindern, denn „die Schaffung einer sozialistischen Enheitspartei war schließlich die Grundbedingung, um die bereits erzielten revolutionären Errungenschaften zu sichern und die antifaschistisch-demokratische Umwälzung voranzubringen."[49]
Auch in der Provinz Brandenburg rückte die politisch-ideologische Vorbereitung zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien immer mehr in das Zentrum des politischen Kampfes.

Die erste größere Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz der KPD

Genosse Sägebrecht bereitete mit dem Sekretariat der Bezirksleitung die erste große Parteiarbeiterkonferenz der Provinz Brandenburg für den 29. 11. 1945 vor. In Anwesenheit vieler Parteifunktionäre des Bezirkes und des Vertreters des ZK, Genossen Walter Ulbricht, wurde die Bilanz über die geleistete Arbeit der letzten Wochen und Monate gezogen und Schlußfolgerungen für die nächste Etappe formuliert.
Genosse Sägebrecht, der das Referat hielt, konnte einschätzen, daß mit dem Aufbau der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, der Sicherung und Einbringung der Ernte, der Durchführung der ersten Etappe der Bodenreform wichtige Aufgaben gelöst worden waren.[50]
Das wohl bedeutendste Ergebnis aber war das Drängen der Arbeiter, die Hegemonie ihrer Klasse durch eine geeinte Führung zu stärken und Anschläge der Reaktion zurückzuweisen. Genosse Sägebrecht stellte dazu fest:
„Das Wesentlichste ist wohl, daß wir die Einheit der breiten Massen schon in einigen Kreisen, Städten und Orten verwirklicht haben und vertiefen konnten."[51] Auch die zum 7. und 9. November mit den Genossen der SPD

durchgeführten Kundgebungen und die Feiern zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels waren wichtige Aktionen für die Klärung ideologischer Fragen und die Entwicklung des Klassenbewußtseins. Auf ihnen wurden Bekenntnisse zur Vertiefung der Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien abgegeben. Bedeutsam war, daß Genossen der SPD, die in den Betrieben mit den Genossen der KPD praktisch zusammenarbeiteten, auf diesen Kundgebungen am klarsten den Gedanken der Einheit vertraten und die Forderung nach der Vereinigung von SPD und KPD erhoben.[52]

Willy Sägebrecht arbeitete in seinem Referat heraus, daß die Verschmelzung beider Arbeiterparteien nicht durch einen Beschluß des ZK oder der Bezirksleitung verwirklicht wird, sondern durch die konkrete Parteiarbeit, durch die gemeinsame Lösung der Aufgaben in den Betrieben, Städten und Dörfern.[53] Es kam darauf an, die wachsende Hegemonie der Arbeiterklasse in der neuen Etappe des Kampfes gegen den Widerstand der Reaktion auszubauen.

Der immer stärker werdenden Zusammenarbeit mit der SPD, insbesondere in den Betrieben, wurden neue Impulse verliehen.

Genosse Sägebrecht erläuterte in seinem Referat, daß die immer näher rückende Notwendigkeit der revolutionären Einheit beider Arbeiterparteien vor allem in den Betrieben entschieden werden muß. Deshalb riet er den Genossen, die Organisationen der KPD im Leninschen Sinne zu festigen und sie aufs engste mit den werktätigen Massen zu verbinden.

In diesem Zusammenhang argumentierte er:

„Wenn wir durch unsere eigene Arbeit und Organisationsfähigkeit die Massen hinter uns haben, können wir stolz sein. Dieses Verhältnis ist eine feste beständige Basis und kann nicht umgestoßen werden."[54]

Der Wiederaufbau der Wirtschaft und die Ingangsetzung weiterer Betriebe erforderte, daß sich die Partei auf die Bildung weiterer Betriebsgruppen orientierte. Deshalb drängte Genosse Sägebrecht die Kreis- und Stadtleitungen, planmäßig für ... die Schaffung von Betriebsgruppen in den größten und wichtigsten Betrieben"[55] zu sorgen und die besten Betriebsarbeiter für deren Führung auszuwählen. Vor allem sind die jungen Betriebsgenossen zu schulen. Den erfahrenen Genossen Arbeiter der KPD wurden in den meisten Kreis- und Ortsleitungen der Partei und in den demokratischen Selbstverwaltungsorganen bereits wichtige Funktionen übertragen, so daß in den Betriebsgruppen oft nur 12 bis 15 Genossen arbeiteten. Die Gewerkschaftsorganisationen in diesen Betrieben waren um das zehn- bzw. zwanzigfache größer.[56] Entsprechend dieser Lage war es deshalb notwendig, wie Genosse Sägebrecht darlegte, die Verantwortung der Gewerkschaften als Klassenorganisation „... bei der Säuberung der Betriebe von allen Nazisten (die weiter versuchten, Industriesyndikate sowie Konzerne zu retten) sowie bei der Überleitung bestimmter Beriebe in kommunale Hände"[57] zu erhöhen. Es kam darauf an,

die politische Massenarbeit in den Betrieben zu verbessern. Es galt die besten Gewerkschaftsfunktionäre für die KPD bzw. für die Durchsetzung der Linie der Partei zu gewinnen.

Der Initiative des Genossen Sägebrecht war es zu danken, daß in den Betrieben mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen begonnen wurde. Zu ihrer Vorbereitung wurden gemeinsame Mitgliederversammlungen der KPD und SPD durchgeführt. Ohne Vorbehalte, so schlug Genosse Sägebrecht vor, sollten einheitliche Listen für die Betriebsrätewahlen erarbeitet werden, auf denen die besten Genossen, die besten Gewerkschafter, die ehrlich zur Einheit der Arbeiterklasse standen, erfaßt werden.[58]

Dieses Herangehen der Genossen der KPD traf auch für die Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande und in der Forstwirtschaft zu.

In diesem Zusammenhang machte Genosse Sägebrecht darauf aufmerksam, daß Neusiedler Bauern sind, die sich in den Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) organisieren und nicht in den Gewerkschaften.

„Die Bauern sollen ihre eigenen Ausschüsse schaffen, sollen sich dort eine Basis schaffen, damit sie das Gefühl bekommen, nicht mehr Landarbeiter, sondern Bauern auf eigener Scholle zu sein."[59]

Viele weitere konkrete Hinweise gab Willy Sägebrecht den Kreis- und Ortsleitungen für die Arbeit auf dem Lande, in deren Mittelpunkt die Festigung der neuen Ordnung, die Sicherung der Ernährung des Volkes, die Säuberung der Schulen von den faschistischen Irrlehren und Durchsetzung der Bildungsideale der Arbeiterklasse auch auf dem Lande standen.

Dabei kritisierte er die noch mancherorts anzutreffende mangelnde Organisationsarbeit der KPD in den Dörfern.

So gab es im Arbeitsgebiet Vetschau zum Beispiel nur Stützpunkte der KPD. Dort hatten die Genossen der KPD mit der SPD Abkommen getroffen, nach denen sich die KPD verpflichtete, in weiteren Dörfern keine Organisationen zu bilden. Diese Genossen hatten – wie Genosse Sägebrecht erklärte – „die Einheit falsch verstanden." Er rief die Genossen auf, in keinem Dorf auf eigene Organisationen zu verzichten,[60] denn für die politisch-ideologische Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien war die Entwicklung von kampfstarken Parteiorganisationen der KPD von großer Bedeutung. Das war der einzige Weg, um die Einheit beider Arbeiterparteien auf revolutionärer Grundlage zu gewährleisten.

In einem weiteren Punkt befaßte sich Genosse Sägebrecht mit dem Problem der revolutionären Wachsamkeit.

Die Schärfe des Klassenkampfes zu diesem Zeitpunkt wurde sichtbar an der wachsenden Aktivität der Konterrevolution, auch in der Provinz Brandenburg. Vertreter der Konzerne verfolgten die Absicht, Betriebsteile nach Westberlin zu verlagern. Ihre Helfer sabotierten die Wiederinbetriebnahme von

Fabriken. Gegner der Bodenreform setzten alles daran, den Neubauern den Beginn unmöglich zu machen. Schieber und Spekulanten brachten die Werktätigen um die Früchte ihrer fleißigen Arbeit. Faschistische Elemente schafften Unsicherheit und Unruhe.[61] Deshalb forderte die KPD, wie Willy Sägebrecht anführte, ständig revolutionäre Wachsamkeit zu üben, die faschistischen Elemente aufzuspüren und ihnen das Handwerk zu legen.

Für die Wiederingangsetzung der Betriebe und den Beginn ihrer planmäßigen Arbeit war die Erarbeitung eines Wirtschaftsprogramms erforderlich. Zu diesem Zweck hatte das ZK der KPD Willy Sägebrecht, der als Mitglied in das ZK kooptiert worden war, beauftragt, ein solches Wirtschaftsprogramm für das Land Brandenburg auszuarbeiten. Er wurde dabei vom Genossen Kurt Seibt, dem damaligen Wirtschaftssekretär der Bezirksleitung, unterstützt. Es war das erste Wirtschaftsprogramm, das für ein Land bzw. für eine Provinz in der sowjetischen besetzten Zone erarbeitet wurde. Bereits am 10. 10. 1945 auf einer Konferenz der Kreissekretäre, auf der Wilhelm Pieck anwesend war, stellte Willy Sägebrecht diesen Plan zur Diskussion.[62]

Auch auf der Konferenz vom 29. 11. 1945 befaßte er sich in seinem Referat mit diesen Fragen. Er forderte, überall den Wirtschaftsplan so zu erarbeiten, daß er "... mit Hilfe der Partei, der Gewerkschaften und der Parteien des antifaschistischen Blocks zu einer lebendigen Angelegenheit des ganzen Volkes wird."[63] Das entspricht einem wesentlichen leninschen Prinzip der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, das in der bewußten Einbeziehung der werktätigen Massen in diese Arbeit die Garantie für die Lösung komplizierter ökonomischer Aufgaben sieht. Entscheidend war damals, zum normalen Leben zurückzukommen. Das bedeutete, die Betriebe in Gang zu setzen, um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Genosse Sägebrecht beendete die Analyse der Lage in der Provinz Brandenburg und die Aufgabenstellung mit der Aufforderung, die nächsten Tage und Wochen zur Mobilisierung der Parteikader und der mit der KPD verbundenen antifaschistischen Kräfte zu nutzen. Er schloß mit den Worten:

„Unsere Partei, getragen von den breiten Arbeitermassen in den Betrieben und Industriegebieten, verwurzelt auf dem flachen Lande unter den Bauern und Landarbeitern, verankert in der schaffenden Mittelschicht sowie der städtischen Intelligenz ... wird ... an der Spitze marschieren gemeinsam mit allen demokratischen Kräften und Volksteilen, ideologisch und organisatorisch vorbereitet, an die Durchführung der gestellten Aufgaben gehen."[64]

Die Dezemberkonferenz des ZK der KPD und des ZA der SPD und ihre Ausstrahlung

Das ZK der KPD ergriff, ausgehend von der Klassenkampfsituation und dem Entwicklungsstand der in der Aktionseinheit erreichten Ergebnisse, die

Initiative und unterbreitete dem ZA den Vorschlag, beide Parteien zur Vereinigung in die revolutionäre Einheitspartei vorzubereiten.

Genosse Willy Sägebrecht, Teilnehmer der 1. Sechzigerkonferenz, berichtet: „Die historische Sitzung des ZK der KPD und des ZA der SPD mit den Vertretern aus den Bezirken, die am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin getagt hat, war von ungeheurer Bedeutung. Diese Konferenz hat in der ganzen russischen Besatzungszone die Entwicklung zur organisatorischen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eingeleitet."[65] In der gründlichen Aussprache dieser Konferenz wurden Vorbehalte, die noch bei einigen Sozialdemokraten vorhanden waren, ausgeräumt. Es herrschte Einigkeit über den Charakter der Partei als einer Partei, die auf marxistisch-leninistischer Position steht.

In vielen Aussprachen mit Genossen der SPD sowie auf dem 1. Bezirksparteitag der SPD am 3. und 4. November betonte Willy Sägebrecht: „Wir haben mehr Gemeinsames, als Trennendes und einstmal werden wir alle Mitglieder der Einheitspartei der Arbeiter sein."[66] Seiner prinzipiellen Haltung war es mit zu verdanken, daß am 28. 1. 1946 der Enheitsausschuß der KPD und SPD der Provinz Brandenburg in einem Beschluß die Entschließung der Sechziger Konferenz begrüßte und ein Übereinkommen traf.

Die Mitglieder beider Parteien wurden aufgerufen, noch enger und kameradschaftlicher zusammenzuarbeiten und gemeinsam gegen Saboteure und reaktionäre Kräfte aufzutreten. Der starke Druck reaktionärer Kräfte aus den westlichen Besatzungszonen, vor allem aus Westberlin, auf die Funktionäre und Mitglieder der SPD, gegen die Vereinigung beider Parteien aufzutreten, verfehlte seine Wirkung nicht. Im Sekretariat der Bezirksleitung der KPD wurde zu solchen Erscheinungen im Zusammenhang mit den Einschätzungen – Verhältnis zur SPD – vom Genossen Sägebrecht darauf hingewiesen, „Wir müssen uns bemühen, das Trennende zu beseitigen. Es zeigt sich, daß wir zu wenig mit den Sozialdemokraten zusammenkommen. Es gibt bestimmt mehr ehrliche Anhänger der Einheit als Spiegel und Küter. Wir müssen mit unseren Fragen diese Funktionäre auch von oben festlegen, nicht nur von unten und müssen Kontakte mit ihnen auch persönlicher Natur suchen."[67] Genosse Sägebrecht nahm diese Forderung selbst sehr ernst. Darüber berichtete Genosse Friedrich Ebert:

„In ständigen Beratungen und Aussprachen, in enger werdender Zusammenarbeit entwickelte sich zwischen Genossen Sägebrecht und mir ein Freundschaftsverhältnis . . ."[68] Genosse Fritz Rücker, ehemaliger Vizepräsident im Land Brandenburg, bestätigte ebenfalls, daß W. Sägebrecht um ein freundschaftliches und konstruktives Verhältnis mit SPD-Genossen bemüht war. Er schrieb darüber:

„Bei Willy Sägebrecht fand ich stets Rat und Hilfe. Von seiner unbeirrbaren Fertigkeit in entscheidenden Fragen konnte ich viel lernen."[69]
Genosse Karl Steinhoff, ehemaliger Präsident der Provinzialverwaltung des Landes Brandenburg, wußte zu dieser Problematik zu berichten: „Die Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD auf der Provinzebene war ausgesprochen gut. In meiner Arbeit als Sozialdemokrat und als Präsident der Provinzialverwaltung gewann ich von vornherein ohne die geringsten Schwierigkeiten ein positives Verhältnis zur KPD. Das lag nicht zuletzt an der Persönlichkeit des ehemaligen Sekretärs der KPD, Willy Sägebrecht, dessen Bescheidenheit und menschliche Wärme mir ebenso zugetan wie seine große Verbindlichkeit im Umgang mit Menschen bei aller gebotenen Festigkeit in entscheidenden Fragen. Er verfolgte auch vom ersten Augenblick die richtige Linie gegenüber den sozialdemokratischen Genossen. Allen Mitgliedern der SPD, die guten Willens waren, reichte er vorbehaltlos die Hand, ohne die geringste Spur von Überheblichkeit zu zeigen oder eine Vorrangstellung zu beanspruchen. Mich hat er vom ersten Tage an voll unterstützt und auch später manchmal direkte und indirekte Versuche von seiten der rechten SPD-Leute abgewehrt, die wohl hofften, durch Personalwechsel oder, wenn dies nicht möglich erschien, durch Veränderungen im Präsidium den ihnen nicht genehmen Kurs zu ändern. Genosse Sägebrecht war damals für mich das Vorbild. Er zeigte mir, wie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu verwirklichen war."[70]

Im Kampf gegen die Feinde der Einheit

Prinzipienfest trat Genosse Sägebrecht vor allem gegen die Wortführer der Einheitsgegner in den Reihen der Mitglieder der SPD auf. So auch in seinem Artikel „Vollendet den Bau". Genosse Sägebrecht wies in ihm nach, daß Dr. Schumacher als Helfer des deutschen Monopolkapitals seine eigene Partei spaltete und auch sonst vor nichts zurückschreckte, wenn es gegen die Einheitsbestrebungen der Arbeiter ging.[71] Um die Arbeiter zu täuschen, redete Schumacher vom Aufbau des Sozialismus in den westlich besetzten Zonen und vom Aufbau des Staatskapitalismus im Osten. „Aber ausgerechnet bei ihnen geben sich die reaktionären Kräfte wie Dr. Schwalbe von Telefunken, Schlange-Schöningen, Wull und andere ein gesundes und fröhliches Stelldichein. Ausgerechnet mit diesen Leuten will Dr. Schumacher den Sozialismus machen?"[72]
In seiner Rede, die mit dem Titel beschrieben war „Die Lehren der Vergangenheit: Einheit und nochmals Einheit", setzte er sich mit den zwei Wegen auseinander, die sich der Arbeiterklasse öffneten. Er erläuterte, daß der erste Weg der Weg der Einheit ist. „Nur damit sichert sich die Arbeiterschaft eine Machtstellung und erfüllt ihre historische Aufgabe bei der Schaffung eines

neuen demokratischen Deutschlands in enger Zusammenarbeit mit den bürgerlichen, demokratischen Parteien."[73]
Den zweiten Weg, den des Dr. Schumacher, charakterisierte er als den Weg der Spaltung der Arbeiterklasse und den des Triumphes der Reaktion, der Kräfte des Imperialismus, den Weg des Antikommunismus, der Hetze gegen die Sowjetunion. Indem die Arbeiterklasse gegen die Feinde der Einheit kämpft, kämpft sie zugleich auch gegen die Feinde des ganzen deutschen Volkes, „Darum wollen wir uns auch von diesen Gedanken leiten lassen" – schlußfolgerte Genosse Sägebrecht – „Alles was ... der Einheit dient, dient dem deutschen Volke, dient seiner Zukunft und der Erreichung des sozialistischen Endzieles".[74]
In der Arbeit als Sekretär der Bezirksleitung der KPD war dieser Leitgedanke für Genossen Sägebrecht bestimmend beim Aufbau der Organisationen der KPD, der klassenmäßigen Erziehung der Arbeiterklasse und der Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften, der Durchführung der Bodenreform und der Festigung des Bündnisses mit den Bauern, der Schaffung demokratischer Verwaltungsorgane, der Blockpolitik und beim Wiederingangsetzen des Lebens.
Durch seine unermüdliche Arbeit sowie die des ganzen Parteikollektivs der Kommunisten und der klassenbewußten Sozialdemokraten konnten die Angriffe der Gegner der Einheit zurückgeschlagen werden. In dieser Auseinandersetzung wuchs die junge Demokratie und bewährte sich. Immer mehr Arbeiter verstanden die Rolle ihrer Klasse und die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns, vor allem einer geeigneten Avantgarde. Dafür war die Provinzkonferenz des FDGB am 3. und 4. Februar 1946 ein überzeugender Beweis. Auf ihr sprach Genosse Sägebrecht zur Begrüßung, charakterisierte die Lage und erläuterte die Aufgaben in der damaligen Eappe des Kampfes.
Er arbeitete die große Verantwortung der Gewerkschaften heraus, die sie gemeinsam mit den vier antifaschistisch-demokratischen Parteien für den friedlichen Aufbau und das Hineinwachsen in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker hatten.
Der Wirtschaftsplan 1946 stellte die Gewerkschaften vor weitere Aufgaben, speziell bei der Versorgung der Bevölkerung.
Genosse Sägebrecht forderte zur erhöhten Klassenwachsamkeit auf und hob die Kraft des FDGB hervor, die sich vielerorts bei der Abwehr reaktionärer Anschläge bewährt hatte. Er warnte vor den Täuschungsmanövern der arbeiterfeindlichen Elemente, die im Auftrage der Kartelle, Trust und Konzerne die Arbeiter betören wollten.
„Es sind die selben Leute, die sich als die schlimmsten Ausbeuter und Einpeischer unter dem Hitlersystem gegen die Arbeiter benommen hatten ... Sie waren die Geldgeber für Hitlers braune Mordkolonnen und SS, die in

Deutschland dieses Terrorregiment ausgeübt haben."[75]
Genosse Sägebrecht wies nach, daß sich diese Elemente nicht selten als Demokraten verkleideten und danach trachteten, die Betriebe wieder unter ihren Einfluß zu bringen. Er rief den Delegierten zu: „sichert Eure Arbeit als Gewerkschaftler in euren Betrieben. Die Gewerkschaften haben heute das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben ... wie ... noch nie in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung." Genosse Sägebrecht wußte, daß das erworbene Recht alle Tage aufs neue erkämpft und gesichert werden muß. Darum schlug er auch vor, die gemeinsamen Arbeiterinteressen und das Mitbestimmungsrecht durch gemeinsame Arbeitervertretungen in den Betrieben zu sichern.
Vor allem bei der Schaffung kollektiver Arbeitsverträge war das geschlossene Auftreten notwendig. Es kam darauf an, keinen Vertrag ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften abzuschließen.[76]
Auf die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien eingehend sagte er: „Je schneller wir zur Einheit kommen, um so größer wird die Kraft unserer Arbeiterklasse. Keine Macht kann gegen diese Klasse ... Entscheidungen treffen, wenn wir als ein Block dagegen Stellung nehmen."[77]
Er zeigte den Delegierten anschaulich am Beispiel des getrennten Kampfes von KPD und SPD in den westlichen Besatzungszonen, in denen die Besatzungsmächte alles taten, um die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern, wie dadurch die Reaktionäre aller Schattierungen erneut Positionen gewinnen konnten.
Eindringlich erläuterte er, daß jetzt die Einheit zu schaffen ist und nicht erst dann, wenn sich „die Reaktion gesammelt hat." Das Beispiel der Gewerkschaft, die große einheitliche Organisation der Arbeiterklasse in der Provinz Brandenburg hervorhebend, forderte er: „Sorgen wir dafür, daß in den nächsten Wochen und Monaten die Verschmelzung der beiden Parteien zu einer politischen Arbeiterpartei Wirklichkeit wird. Erst dann ist die Voraussetzung gegeben, daß man mit Ruhe und Sicherheit sagen kann, in Zukunft wird die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr Amboß, sondern Hammer sein."[78]

Die Etappe der unmittelbaren politisch-organisatorischen Vereinigung von KPD und SPD

Nachdem sich beim Aufbau der Gewerkschaft in der Provinz Brandenburg die Aktionseinheit beider Parteien erneut bewährt hatte, setzte sich Genosse Sägebrecht aktiv ein, um die Zusammenarbeit von KPD und SPD auf weiteren Gebieten zu entwickeln und in gemeinsamen Aktionen zu festigen. Mit Leidenschaft und großem Engagement trat er für die endgültige Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung im Land Brandenburg ein.
Dabei konnte er sich auf das einheitlich-handelnde Kollektiv der Bezirkslei-

tung stützen. An seiner Seite waren kampferfahrene Genossen wie die Genossen Gerda Sucker, Bruno Brockhoff, Kurt Seibt und Franz Brüning.[79]
Genosse Seibt erinnerte sich an diese Zeit und schrieb: „Obwohl Genosse Sägebrecht nur vier Jahre älter war, habe ich in der Zeit unserer Zusammenarbeit viel von ihm gelernt ... Er verstand es ausgezeichnet, uns seine langjährigen Erfahrungen und seine Kenntnisse als Parteifunktionär zu vermitteln. Dabei bewies er die Fähigkeit, sie bei der Lösung der komplizierten Probleme in der damaligen Zeit anzuwenden."[80] Andere Genossen, mit denen Willy Sägebrecht ebenfalls eng zusammenarbeitete, brachten immer wieder die Vorbildwirkung Willy Sägebrechts zum Ausdruck. Genosse Otto Wiesner, damals Jugendsekretär der Bezirksleitung der KPD, sagte über ihn: „Er hat uns keine Illusionen über die Größe der Aufgaben gemacht, aber auf Willys Rat haben wir gebaut."[81]
Unter seiner Leitung entwickelte sich die Kollektivität der Bezirksleitung und ihres Sekretariats. Auch im Einheitsausschuß der KPD und SPD für die Provinz war es in erster Linie seinem prinzipiellen Eintreten für die Aktionseinheit beider Parteien zu verdanken, daß unter den Genossen die kollektive Verantwortung für die Lösung der wichtigsten Aufgaben wuchs.
Jeder Schritt in dieser Arbeit wurde mit Friedrich Ebert und im Kollektiv des Einheitsausschusses beraten.
„Vom ersten Tage seines Wirkens an suchte er den Kontakt (zur SPD). Getreu dem Schwur der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in den faschistischen Konzentrationslagern, setzte er sich sofort für die Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei ein. Die enge Freundschaft mit Friedrich Ebert ... überwand so manches Hindernis bei der Vereinigung der Parteien."[82], erinnerte sich Gerda Sucker.
Wenn es um die Durchsetzung der Beschlüsse und Festlegungen ging, war Willy Sägebrecht an den Schwerpunkten der Provinz einer der ersten. Er war auch immer dabei, wenn es darum ging, Unklarheiten zu beseitigen oder den tiefen Inhalt des Aufrufes der KPD vom 11. Juni 1945 und der Dezemberkonferenz der SPD und KPD zu erläutern.
Auf der gemeinsamen Konferenz der KPD und SPD am 10. Januar 1946 des Landkreises Potsdam vermittelte er Erfahrungen aus dem bisherigen Kampf und sagte im Schlußteil seiner Rede: „Diese gemeinsame Funktionärsversammlung in Potsdam war ein hoffnungsvoller Auftakt für die weitere Entwicklung der beiden Arbeiterparteien. Jetzt müssen die letzten Schranken fallen, die uns von unseren sozialistischen Brüdern trennen. In der täglichen Kleinarbeit in den Verwaltungen, in den Betrieben ... überall muß bei der Arbeit der Gedanke der Einheit an erster Stelle stehen, müssen alle Fragen gemeinsam beraten werden."[83]

Erste gemeinsame Bezirks-Funktionärskonferenz

Die Beschlüsse der Dezemberkonferenz der KPD und SPD wurden immer mehr zum Hauptinhalt der Arbeit beider Parteien. Die Vereinigung der KPD und SPD von unten nach oben rückte bis zum Februar 1946 unmittelbar auf die Tagesordnung. Genosse Sägebrecht erinnerte sich und schrieb: „Wie groß die Popularität der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien bereits bei den parteilosen Massen war, zeigte sich unter anderem darin, daß bei der Werbung neuer Mitglieder für die KPD oder die SPD immer mehr Arbeiter und Werktätigen erklärten: Wir treten der Partei erst später bei, wenn die Vereinigung vollzogen ist. Bei den Leitungen der KPD und SPD und später im Organisationsbüro zur Vorbereitung der Vereinigung beider Arbeiterparteien in der Provinz Brandenburg lagen viele Tausende Beitrittserklärungen für die neue Einheitspartei vor.[84]

Die gemeinsame Funktionärskonferenz der Provinz am 16. Februar 1946 beschloß die Verschmelzung beider Parteien in der Provinz Brandenburg.[85]

Die Genossen Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht sprachen zu den fast 500 Funktionären beider Parteien. Auf der Grundlage der Beschlüsse der Dezemberkonferenz, der Analyse der Lage in der Provinz und der bisher gesammelten Erfahrungen wurde das nächste Ziel, die Verschmelzung beider Parteien, angesteuert.

Genosse Sägebrecht stützte sich in seinem Referat auf den Wunsch nach der Vereinigung beider Parteien, den der größte Teil der Genossen der Bezirksparteiorganisationen der KPD und SPD wie auch viele Parteilose vielfältig ausdrückten. Er ging noch einmal auf die Bedeutung der geeinten Arbeiterklasse und ihrer Parteien ein. Am Beispiel der Erfahrungen der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus in Frankreich (1936) und Belgien (1937) zeigte er die große Kraft der Einheit, die dem Faschismus in diesen Ländern eine bedeutende Niederlage bereitete.

Auf die Erfahrungen des eigenen Kampfes vor 1933 eingehend, wies er anschaulich nach: immer wenn die Arbeiterklasse einheitlich handelte, versetzte sie der Reaktion einen Schlag und dort, wo sie getrennt marschierte, lachte die Reaktion.“[86] Deshalb kann die Lehre, wie Genosse Sägebrecht betonte, „nur heißen: Einheit, Einheit und nochmals Einheit.“[87]

Ausführlich legte er dar, daß zur Bereitschaft, beide Parteien zu vereinigen, „ein gemeinsames Programm, gemeinsame Prinzipien, eine gemeinsame Ideologie“[88] erforderlich seien.

Zu den Aufgaben im Minimalprogramm zählte er “... die Verbesserung der Lebensmöglichkeiten“[89] des Volkes. Das konnte nur im Prozeß der Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik mit weit-

gehenden politischen wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter, die gesetzlich zu sichern waren, erreicht werden.[90]

Zu dem Grundanliegen des zu formulierenden Maximalprogramms führte Genosse Sägebrecht aus, daß diesem die Erkenntnis über die kapitalistische Entwicklung, die Erkenntnis der Ursachen von Krisen und Kriegen zugrunde liegen müsse. Der „Imperialismus ist die Etappe des sterbenden Kapitalismus. Das muß erkannt werden und daraus (sind auf der Grundlage) der Kenntnis der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft die Schlußfolgerungen zu ziehen."[91]

Die Übereinstimmung zwischen beiden Parteien in Grundfragen der Strategie und Taktik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus war eine wichtige Voraussetzung für die Vereinigung. Anläßlich eines von Friedrich Ebert vorgeschlagenen gemeinsamen Besuches bei Eugen Ernst, einem Veteran der SPD in Werder, gab es darüber ein erkenntnisreiches Gespräch. Willy Sägebrecht erinnerte sich: „Im Verlaufe der Unterhaltung stimmte Eugen Ernst unseren Maßnahmen zur Vorbereitung des Zusammenschlusses beider Arbeiterparteien zu und wollte wissen, welche weiteren Aufgaben nach der Bodenreform in Angriff genommen werden sollten. Genosse Ebert berichtete ihm ... 'Gut, gut' sagte Eugen Ernst, 'aber wie soll es dann weitergehen?' 'Schließlich'„ antwortete Friedrich Ebert, 'werden wir auch dem Sozialismus zusteuern'. 'Einverstanden', stimmte Eugen Ernst zu und klopfte Genossen Ebert kameradschaftlich auf die Schulter. 'Ja Fritz, aber ohne die Macht der Arbeiterklasse geht das nicht.' Es überraschte mich, daß Eugen Ernst, der in der Weimarer Republik auch einmal sozialdemokratischer Polizeipräsident von Berlin gewesen war, eine solche Auffassung äußerte. Mit Genossen Ebert hatte ich zwar schon über die Entwicklung zum Sozialismus diskutiert, doch hatten die dringenden Aufgaben des täglichen Lebens im Vordergrund gestanden. 'Es ist gut, Genossen', warf ich ein, 'daß es jetzt auch darüber keine Meinungsverschiedenheiten mehr zwischen uns gibt.' 'Ja', entgegnete Eugen Ernst, 'ich habe mich in der letzten Zeit viel mit dieser Frage beschäftigt.' Und zu Genossen Ebert gewandt, meinte er: 'Wir müssen wieder Karl Marx und Friedrich Engels studieren.'"[92]

Auf der gemeinsamen Konferenz am 16. Februar äußerte sich Genosse Sägebrecht zu diesen Fragen und formulierte: „Die Kritik von Marx und Engels zu dem 1875 beschlossenen Programm bietet der Arbeiterklasse die geistige Waffe für diesen Kampf. Daher wird mit recht gefordert, daß das Gedankengut dieser Kritik Bestandteil des Programms der Einheitspartei wird. Daher soll das Minimalprogramm der Einheitspartei den Plan zur vollen Verwirklichung der Demokratie enthalten. Das Maximalprogramm dagegen soll darüber aussagen, was nach Erreichung dieser Phase der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun notwendig ist."[93]

Für die Erarbeitung des Programmentwurfs der Einheitspartei wurde eine Kommission von Vertretern des ZK der KPD und des ZA der SPD auf der Dezemberkonferenz beauftragt. Sie sollten die revolutionären Erfahrungen beider Parteien nutzen und in die neue Partei einbringen. Um bestehende Unstimmigkeiten in der gemeinsamen Arbeit zu beseitigen, schlug Genosse Sägebrecht gemeinsame Schulungen und die Bildung eines Einheitsbüros für die Provinz Brandenburg bestehend aus Mitgliedern beider Parteien vor. Einmütig wurde dieser Vorschlag von der Funktionärkonferenz beschlossen. Der Prozeß der unmittelbaren organisatorischen Vorbereitung konnte nunmehr beginnen.

Das Bezirks-Organisationsbüro

In das Organisationsbüro zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei für die Provinz Brandenburg wurden die Genossen Ebert, Sägebrecht, Spiegel und Brüning gewählt. Vier Tage später am 20. Februar 1946 fand die erste Sitzung dieses Büros statt. Sie beschloß konkrete Maßnahmen für den Vereinigungsprozeß in der Provinz Brandenburg. Es sollte für die Presseorgane beider Parteien die Herausgabe einer gemeinsamen Beilage mit dem Titel „Einheit" geschaffen werden. Um die Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Provinz zu erweitern, wurde festgelegt, neue gemeinsame Arbeitsausschüsse zu bilden. Für die gemeinsamen Schulungen, auf die Genosse Sägebrecht ganz besonderen Wert legte, wurden einheitliche Themen festgelegt. Bis zum 24. März 1946 sollte erst in getrennten und dann in gemeinsamen Kreisdelegiertenkonferenzen über die Vereinigung abgestimmt sowie die Leitungen und Delegierten gewählt werden. Außerdem wurde Einigung darüber erzielt, zunächst getrennte Parteitage der SPD und KPD für den 6. April 1946 einzuberufen.

Am 7. April sollte dann gemeinsam die Vereinigung der Arbeiterparteien in der Provinz Brandenburg vollzogen werden. Der Delegiertenschlüssel sah vor, daß jede Partei zum Vereinigungsparteitag der Provinz Brandenburg 250 Delegierte mit beschließender und 20 mit beratender Stimme entsendet. Zu Sekretären des Büros wurden die Genossen Kurt Laube von der KPD und Karl Gadow von der SPD gewählt.[94]

Bereits am 23. Februar 1946 fand die gemeinsame Delegiertenkonferenz der SPD und KPD des Kreises Ruppin statt.

Das war die erste dieser Art im Land Brandenburg, ja überhaupt die erste in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, die zum Zusammenschluß von KPD und SPD auf der Ebene der Kreisorganisation führte.[95]

Mit diesen Erfahrungen und Beschlüssen ausgerüstet, fuhren die Vertreter beider Parteien der Provinz Brandenburg zur zweiten gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD

am 26. 2. 1946 nach Berlin. Dort wurden die Entwürfe, „Grundsätze und Ziele" und das „Statut der SED" verabschiedet und den Mitgliedern beider Parteien zur Diskussion übergeben. Gleichzeitig beauftragte diese Konferenz die Leitungen beider Parteien, für den 21. und 22. April 1946 den Vereinigungsparteitag einzuberufen.

Der massenweise Zusammenschluß

Nun begann die Etappe des massenweisen Zusammenschlusses der Betriebs- und Ortsgruppen beider Parteien. Im Mittelpunkt der vielen Diskussionen in den gemeinsamen Versammlungen und Schulungen standen die nächsten Ziele der Arbeiterklasse und der Weg zum Sozialismus.

Das paßte den Feinden der Einheit überhaupt nicht. Sie operierten speziell von den westlichen Besatzungszonen und Westberlin aus und verstärkten ihre Aktivitäten unter den Mitgliedern der SPD. Demagogisch erklärten sie, daß nur ein Reichsparteitag die Vereinigung entscheiden könnte bzw. sei eine Urabstimmung darüber erforderlich.

Auch in der Provinz Brandenburg mußte man sich mit diesen Argumenten auseinandersetzen. Bezeichnend für die Lage war, daß selbst dort „. . . wo eine geheime Urabstimmung durchgeführt wurde – wie Genosse Sägebrecht berichtete – wie zum Beispiel in Angermünde, sich die ungeheure Mehrheit der Mitglieder der SPD für die Vereinigung der Mitglieder der SPD für die Vereinigung mit der KPD entschieden hatte."[96]

Den geschichtlichen Lehren der Arbeiterklasse folgend und die bewährte Kampfgemeinschaft beider Arbeiterparteien weiter festigend, wurde das Banner der Einheit von den erfahrenen Genossen der KPD und SPD hochgehalten.

„. . . in allen Orten und Städten unserer Provinz, in allen Betriebs- und Straßengruppen, in Mitgliederversammlungen und Kreisdelegiertenkonferenzen" wurde, so schrieb Genosse Sägebrecht in seinem Artikel „Vollendet den Bau" vom 21. 4. 1946, „die endgültige Verschmelzung der KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei erörtert und beschlossen."[97]

Er brachte zum Ausdruck, daß nicht nur über die Aufgaben der Gegenwart, sondern auch über das endgültige Ziel, der Errichtung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, bei den meisten Genossen der KPD und SPD und ihren Leitungen Einmütigkeit besteht. „Am 6. und 7. April soll die Reaktion in Potsdam überall spüren, daß die Feinde des werktätigen Volkes ausgespielt haben", schrieb Genosse Sägebrecht und beendete seinen Artikel „Bei unserer Arbeit wird uns Leitgedanke sein: Alles für unser Volk, aber auch alles durch das Volk. Darum vollendet den Bau."[98]

Wie in den anderen Kreisen so wurde auch im Brandenburger Volkshaus für die Delegierten beider Parteien der 24. März 1946, nach den getrennten

Kreisparteitagen am 23. März 1946, zu einem historischen Tag in der Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung. „Nach dem Hauptreferat des Genossen Willy Sägebrecht, in dem er aufzeigt, daß der Sieg der Arbeiterklasse und der Sieg des Sozialismus nur möglich sind, wenn die Arbeiterklasse geschlossen auftritt, vollzogen 200 Delegierte, die rund 4 000 Parteimitglieder vertraten, durch einstimmigen Beschluß die Vereinigung der beiden Kreisparteiorganisationen."[99]

Der Bezirksparteitag der KPD

Die getrennten Parteitage der KPD und SPD wurden für den 6. April 1946 von 78 000 Sozialdemokraten und 65 000 Kommunisten in allen Kreisen der Provinz vorbereitet.

Auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Analyse der Lage im Bezirk wurde mit dem Referat des Genossen Sägebrecht auf dem KPD-Bezirksparteitag an die vom Vertreter des ZK der SPD Genossen Franz Dahlem dargelegte Klassenkampfsituation angeknüpft. Dabei ging Genosse Sägebrecht von der schwierigen Lage aus, die in der Provinz Brandenburg zu meistern war. Er machte deutlich, daß in den Reihen der KPD nicht nur klare Kampfpositionen, sondern auch sektiererisches Verhalten hinsichtlich der Aktionseinheit anzutreffen war.

Passivität und Skepsis gegenüber dem Aufbau des neuen Lebens war unter der Arbeiterklasse und den anderen Klassen und Schichten verbreitet. Der programmatische Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 gab vielen Ziel und Richtung für das weitere Leben und weckte Initiativen bei der Überwindung des geistigen und materiellen Chaos. Willy Sägebrecht wurde nie müde, gerade den Inhalt und das Wesen dieses Aufrufes den Mitgliedern der KPD und den anderen Werktätigen zu erläutern.

Dadurch gab er vielen Mut, sich einzureihen und die Kraft zu entwickeln, die für die Lösung mancher schwierigen Aufgabe notwendig war.

Im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse war die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins gerade durch die gemeinsamen Aktionen beider Arbeiterparteien von großer Bedeutung., wurde doch der politisch-ideologische Klärungsprozeß nicht im luftleeren Raum, sondern in konkreten Klassenschlachten geführt.

„Im Bezirk stellten wir von Anfang an," resümierte Genosse Sägebrecht, „die Ausrichtung unserer Zusammenarbeit mit den SPD-Genossen auf die organisatorische Verschmelzung ein. Dazu war eine tiefe und breite Aktionseinheit die Voraussetzung, die ebenso notwendig war, wie die ideologische Klärung von grundsätzlichen Fragen."[100]

Die im Kampf für die Einheit beider Parteien und mit den ersten Schritten der antifaschistischen Umwälzung gewonnenen Erfahrungen unterzog Ge-

nosse Sägebrecht einer exakten Analyse. Es entsprach zutiefst seinem Wesen, wenn Willy Sägebrecht auf dem Bezirksparteitag der KPD klar und unmißverständlich aussprach: „Wir gehen nicht in die neue SED überheblich und von unserer bisherigen Arbeit berauscht, sondern vorbildlich, kameradschaftlich, diszipliniert. Wir kennen in der SED keinen Unterschied von Genossen, Kommunist oder Sozialdemokrat, sondern wir kennen nur Genossen der SED mit gleichen Rechten und Pflichten ... In Zukunft betrachten wir jedes Mitglied so, mit welcher Hingabe, mit welchem Ernst und welcher Aktivität arbeitet er und wie bewährt er sich."[101]

Mit dieser Haltung, die den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung entsprach, gingen die Kommunisten zum Vereinigungsparteitag. „Wir trennen uns schwer", sagte Genosse Sägebrecht, „von unseren alten Namen, für den so viele wertvolle Arbeiter und prächtige Genossen sich heroisch geopfert haben."[102]

Genosse Sägebrecht würdigte auf dem Bezirksparteitag der KPD die großartige Unterstützung der sowjetischen Genossen, die dazu beitrugen, das Leben neu zu organisieren, damit die historische Chance, eine Wende in der deutschen Geschichte einzuleiten, voll genutzt werden konnte. Die Zusammenarbeit zwischen den Aktivisten der ersten Stunde und den Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht trug wesentlich dazu bei, die ersten Schritte in das neue Leben zu setzen. Sie leitete auch eine Etappe der wachsenden Freundschaft zwischen den Sowjetvölkern und dem deutschen Volk ein. Für den Genossen Sägebrecht waren die sowjetischen Militärangehörigen nicht schlechthin Besatzungsmacht, sondern Klassenbrüder, die, wie er immer wieder betonte, das deutsche Volk von der Terrorbande des Hitlerfaschismus befreite. In diesem Sinne trat er auf und legte den Genossen ans Herz: „Vergessen wir nie, daß wir leben und wieder aufwärtsschauen können, verdanken wir der Roten Armee."[103]

„Genosse Sägebrecht ist seinem Wesen nach", so schrieb Genosse Seibt, „ein überzeugter Internationalist und treuer Freund der Sowjetunion. Zu den sowjetischen Genossen, ... hatte er stets ein herzliches Verhältnis."[104]

Willy Sägebrecht setzte sich, wo er nur konnte, für die wachsende Freundschaft zur KPdSU und den Völkern der UdSSR und ihren Vertretern im Waffenrock ein. Er selbst hatte eine enge Verbindung zu den Genossen Offizieren der SMAD. Er suchte den Rat der Klassengenossen, die zu ihm ein großes Vertrauen hatten.

Genosse Generalmajor W. M. Scharow, damals Chef der sowjetischen Militäradministration für die Provinz Brandenburg, erinnerte mit größter Hochachtung an solche Genossen wie Willy Sägebrecht.[105] Als er später Gast unserer Republik war, führten ihn seine ersten Schritte zu dem alten Kampfgefährten Willy Sägebrecht.[106]

Viele persönliche Freundschaften zwischen sowjetischen und deutschen Genossen haben in dieser Zeit begonnen. Die Kampferfahrungen der sowjetischen Klassengenossen halfen, viele, äußerst schwierige Probleme, die in den Dörfern, Städten und Betrieben anstanden, richtig anzupacken und zu lösen. Die sowjetischen Genossen waren dabei beiden Arbeiterparteien behilflich und gaben ihnen jede erdenkliche Unterstützung. Das war der Ausgangspunkt dafür, daß die Freundschaft zur KPdSU zur Herzenssache des ganzen deutschen Volkes wurde.

Der Vereinigungsparteitag

Nach den letzten Bezirksparteitagen der KPD und SPD fand am 7. April 1946 im Gesellschaftshaus in Potsdam, Zimmerstraße 10 der Vereinigungsparteitag für die Provinz statt. Alle Delegierten waren von einer freudigen, hoffnungsvollen Stimmung erfaßt. Sie hatten in monatelangem, hartem, erfolgreichem Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse gerungen. Getragen von dieser Stimmung haben die Genossen Ebert und Sägebrecht ihre Referate über „das Wesen und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei" bzw. „die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei in der Provinz Mark Brandenburg" gehalten. Willy Sägebrecht wies in seiner Rede auf die Probleme und Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer geeinten Partei im Kampf um das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland hin.

Er faßte die Erfahrungen der bisherigen gemeinsamen Arbeit zusammen und sagte:

„So haben wir alle ... geläutert durch unsere eigene Erkenntnis der Geschichte und durch blutige Erfahrungen aus der Vergangenheit die Folgen unserer Fehler und Schwächen erkannt und für die Zukunft ernste politische Schlüsse daraus gezogen." Seine Rede beendete er mit dem Aufruf an die Delegierten: „Laßt hoch die roten Fahnen über uns wehen. Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse marschiert, eine neue Zeit, eine neue Epoche bricht an. Hört es alle, werktätige Männer und Frauen, hört uns arbeitende deutsche Jugend, ein Wort gilt nun in alle Zukunft: Ihr habt die Macht in den Händen, wenn ihr nur einig seid."[107]

Mit der Wahl des Provinzialvorstandes der SED und den Genossen Ebert und Sägebrecht als gleichberechtigte Vorsitzende, fand der Vereinigungsparteitag seinen Abschluß.

Anläßlich der Übergabe von Erlebnisberichten der Widerstandskämpfer und Aktivisten der ersten Stunde zum 25. Jahrestag der Gründung der SED in Brandenburg wurde ein Gruß des Genossen Sägebrecht, der zu dieser Zeit krank war, von einer Tonbandaufzeichnung abgespielt. In ihm erinnerte er sich an den 7. April 1946: „Ich denke oft noch an jene Stunde zurück, wo wir in Potsdam die historische Vereinigung beschlossen. Mit Friedrich Ebert ver-

ließ ich als letzter die Tagungsstätte. Wir reihten uns ein in die Demonstration der Potsdamer Bürger, die spontan entstanden war. Mit dem Gesang der Arbeiterlieder zogen wir durch Potsdam bis nach Babelsberg. Und wenn ich heute an diese Stunde zurückdenke, dann muß ich sagen: Unser Kampf hat sich gelohnt."[108]

Anmerkungen

1 Willy Sägebrecht „Nicht Amboß, sondern Hammer sein" Erinnerungen, DVB 1968, S. 331
2 Thesen des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983 ND vom 1. Dezember 1982 S. 2
3 Vg. Geschichte der SED Abriß DVB S. 73
4 Vgl. Ebenda S. 74
5 Willy Sägebrecht – Erinnerungen – a.a.O. S. 301
6 Vgl. Ebenda S. 302
7 Vgl. Ebenda S. 306
8 Ebenda S. 8
9 BPA-Potsdam, Nr. I/2/8
10 Vgl. Karl Urban „Abriß der Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Provinz Brandenburg
Potsdam 1976 S. 12
11 Vgl. Dokument Nr. 32 in „Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg, Potsdam 1976 S. 102
12 BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
13 BPA-Potsdam, Nr. I/2/3, I/2/6, I/2/7, I/2/8, I/2/10, I/2/13.
14 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
15 BPA-Potsdam, Nr. I/2/8
16 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
17 Ebenda
18 Vgl. Kämpfer seiner Klasse – Erinnerungen aus dem Leben und Kampf des Genossen Max Herm und seiner Kampfgefährten (Herausgeber: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Brandenburg), S. 25
19 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/2
20 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/7, Niederschrift des Genossen Gypter über eine Funktionärversammlung der KPD in Bernau am 9. 6. 1945
21 BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
22 BPA-Potsdam, Nr. I/2/6
Vgl. auch Brief des Genossen Sägebrecht an die Kreisleitung der KPD Zauch-Belzig, BPA-Potsdam, Nr. I/2/10
23 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/7
24 Vgl. Karl Urban a.a.O. S. 20
25 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
26 BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
27 BPA-Potsdam, Nr.I/1/1, Vgl. auch I/2/2
28 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3, Vgl auch Karl Urban a.a.O. S. 20
29 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/8, Vgl. auch Nr. II/1/1, 4/154
30 BPA-Potsdam, Nr. IV/1/125
31 Vgl. Willy Sägebrecht – Erinnnerungen – a.a.O. S. 309

32 Vgl. BZG 1/1982, S. 108
33 Vgl. „Vereint sind wir alles" – Erinnerungen an die Gründung der SED – DVB 1966 S. 539/540
34 Willy Sägebrecht – Erinnerungen – a.a.O., S. 309/310
35 Vgl. Ebenda
36 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
37 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/7
38 Vgl. Karl Urban a.a.O., S. 24
39 Vgl. „Volkswille" Nr. 1, 1. Jahrgang vom 15. September 1945, S. 6
40 BPA-Potsdam, Nr. I/2/2
41 Vgl. Ebenda
42 Ebenda
43 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
44 Vgl. Ebenda
45 Vgl. Ebenda
46 Lenin Werke Bd. 31, S. 80
47 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
48 Vgl. Karl Urban a.a.O., S. 25
49 Geschichte der SED a.a.O., S. 107
50 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. I/2/3
51 Ebenda
52 Vgl. Ebenda
53 Vgl. Ebenda
54 Ebenda
55 Ebenda
56 Vgl. Ebenda
57 Ebenda
58 Vgl. Ebenda
59 Ebenda
60 Vgl. Ebenda
61 Vgl. Karl Urban a.a.O., S. 53
62 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. V/5/122, Vgl. auch „Volkswille" Nr. 6/1 Jahrgang 1945 vom 20. Oktober 1945 „Die Kommunisten zeigen den Weg"
63 BPA-Potsdam, Nr. I//2/3
64 Ebenda
65 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts", S. 12
66 BPA-Potsdam, Nr. II/II/1/1
Vgl. auch Dokument 129 in „Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg".
Potsdam 1976, S. 204
67 BPA-Potsdam, Nr. I/2/2
68 Vereint sind wir alles – Erinnerungen an die Gründung der SED DVB 1966, S. 542
69 Die ersten Jahre – Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltung DVB 1979, S. 306
70 Vereint sind wir alles a.a.O., S. 574
71 Vgl. Die Einheit, Nr. 4 vom 21. März 1946, Beilage der KPD-Zeitung „Volkswille" vom 21. März 1946

72 BPA-Potsdam, Nr. IV/1/125
73 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts", S. 14
74 Ebenda
75 „Der Märker" Nr. 16/1 Jahrgang vom 8. 2. 1946, S. 1
76 Ebenda
77 „Der Märker" Nr. 17/1 Jahrgang vom 10. 2. 1946, S. 2
78 Ebenda
79 BPA-Potsdam, Nr. I/2/8
80 Willy Sägebrecht – Erinnerungen a.a.O., Vorwort, S. 8 und 9
81 Märkische Volksstimme vom 21. Februar 1964, S. 3
82 Ebenda
83 „Volkswille" Nr. 7/2 Jahrgang vom 15. Januar 1946, S. 1
84 Willy Sägebrecht – Erinnerungen a.a.O., S. 339
85 Vgl. Dokument 180 in „Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg", S. 269
86 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts", S. 13
87 Ebenda, S. 14
88 Ebenda
89 Ebenda
90 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6,
DVB 1966 – Dokumente, S. 388
91 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts", S. 14/15
92 Willy Sägebrecht – Erinnerungen – a.a.O., S. 343
93 BPA-Potsdam, Nr. V/7/301 Broschürensammlung
Willy Sägebrecht „Vorwärts und Aufwärts", S. 15
94 Vgl. BPA-Potsdam, Nr. III/2/2
95 Vgl. „Vom schweren Anfang" 1. Heft 1978 – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Neuruppin der SED, S. 30
96 Märkische Volksstimme vom 7. April 1966, S. 4
97 „Die Einheit" Nr. 4 vom 21. März 1946 – Beilage im Volkswille vom
21. März 1946
98 Ebenda
99 Chronik – Der Stadt Brandenburg (Havel) 1945–1946
Herausgeber: Rat der Stadt Brandenburg/Stadtarchiv, S. 37
Vgl. auch: Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED (Bilder und Dokumente)
DVB 1976, S. 240
100 BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
101 BPA-Potsdam, Nr. I/1/1
102 Ebenda
103 Brandenburger Bauernkalender 1946
Herausgeber Verlag Volkswille, S. 4
104 Willy Sägebrecht – Erinnerungen a.a.O., Vorwort, S. 13
105 Vgl. Freundschaft werden und wachsen 1945–1949, Potsdam 1975, S. 355
106 Vgl. Willy Sägebrecht – Erinnerungen – a.a.O., Vorwort, S. 13
107 BPA-Potsdam, Nr. IV/1/128
108 Brandenburgische Neueste Nachrichten Nr. 37 vom 13. und 14. Februar 1971

Zum preußischen Münzwesen unter König Friedrich II.

Zum 200. Todestag des Preußenkönigs

Von Jürgen Koppatz

Der preußische König Friedrich II. veranlaßte grundsätzliche Veränderungen im Münzwesen seines Landes. Die Notwendigkeit ergab sich sowohl aus dem damaligen ökonomischen Entwicklungsstand als auch aus dem Expansionsdrang Preußens.[1]

Einen gewissen Aufschluß hierzu geben schon die statistischen Daten aus den Jahren des Regierungsbeginns und des Todes Friedrichs II. im Vergleich mit dem Jahr der Thronbesteigung seines Vater, des „Soldatenkönigs" Friedrich Wilhelm I.[2]

Jahr	Staatseinkünfte Mill. Taler	Ausgaben für militär. Zwecke Mill. Taler	Größe der Armee Tsd. Mann	Einwohner des Königreiches in Mill.
1713	3,4 = 100 %	2,5 = 100 %	38 = 100 %	1,65 = 100 %
1740	7 = 206 %	5– 6 = 200 %	72 = 190 %	2,24 = 136 %
1786	23 = 677 %	12–13 = 500 %	195 = 513 %	5,43 = 329 %

Das Staatsgebiet erweiterte sich von 2186 Quadratmeilen im Jahre 1740 auf 3456 Quadratmeilen im Jahre 1786,[3] also um 58,1 %. Vergleicht man die Zahlen, so ergibt sich, daß die Einwohnerzahl auf 329 %, die Militärausgaben aber auf 500 % stiegen!

Als Friedrich II. den Thron bestieg, befand sich das Münzwesen seines Landes weitgehend in Abhängigkeit vom Ausland. Die nach dem Reichsmünzfuß ausgebrachten vollwertigen Kurantmünzen hatten einen zu hohen Silbergehalt und wurden deshalb im Ausland mit Gewinn eingeschmolzen. An deren Stelle flossen weniger gute, insbesondere französische Münzen ein (sog. Franzgeld[4]) und mußten notwendigerweise auch von den staatlichen Kassen geduldet werden. Lediglich die unterwertig ausgebrachten Scheidemünzen (Kleingeld, sog. „Landmünzen") hielten sich einigermaßen im Lande. „Die Potsdamer Garnison wurde 1735 mit Franzgeld und deutschen 2-Groschenstücken gelöhnt."[5] Die das Wirtschaftsleben hemmende ungenügende Prägetätigkeit hatte schon dem „Soldatenkönig" Sorge bereitet. Als sein Sohn

1740 die Regierung antrat, stand er vor der Frage, entweder nicht bzw. nur wenig Münzen prägen zu lassen oder den Edelmetallgehalt der Münzen zu verringern. Die letztere Möglichkeit setzte normalerweise die Änderung des Reichsmünzfußes voraus. Die entsprechenden Verhandlungen des Reichstages verliefen jedoch auch 1740 im Sande.

Die erste Münzperiode

In diesem Zeitabschnitt (1740–1750) ließ Friedrich zunächst nur wenige Münzen prägen. Im Jahre 1741 wurden aus propagandistischen Gründen Kurantmünzen mit dem Bildnis des jungen Königs nach einem Entwurf des Hofmalers Antoine Pesne hergestellt. Es waren nur 1981 Stück Taler im Reichs- oder 9-Taler-Fuß (d. h. 9 Taler aus der feinen kölnischen Mark, die 233,856 g wog) sowie 3096 Zwei- und 7704 Eindritteltaler-Stücke im Leipziger- oder 12-Taler-Fuß (in Brandenburg-Preußen von 1687 bis 1750 für Kurantmünzen, außer Taler, angewendet).[6] An Goldmünzen wurden Friedrichsdors und Dukaten geprägt. Doch Goldmünzen hielt man mehr für eine Ware, deren Wert im Verhältnis zur silbernen Kurantmünze ständig schwankte.



Taler aus der Zeit des Regierungsantrittes, 1741, ∅ 41 mm, 889/1000 Silber. Münzmeisterzeichen „EGN" (Ernst Georg Neubauer, Berliner Münzmeister 1725–1749)

„Die Hauptmünzen, die damals in Berlin geprägt wurden, die 1/12. Taler (Doppelgroschen) und 6-Pfennigstücke (Halbgroschen) hatte Friedrich im Gehalt verringern lassen, weil die Anforderungen des (ersten schlesischen) Krieges einen größeren Münzgewinn verlangten".[7] Dieser Münzgewinn (Schlagschatz) ergab sich aus der Differenz zwischen Metall-plus Herstellungskosten und dem Nominalwert.[8] Unter den erläuterten Bedingungen war nur bei der Scheidemünzprägung ein Gewinn möglich, nicht aber bei der Kurantprägung. Bei den letztgenannten Münzen ergab sich wegen der hohen

Selbstkosten finanzieller Verlust, weshalb in Brandenburg-Preußen zum Beispiel zwischen 1727 und 1750 (außer 1741) keine Taler geprägt wurden.
Die Rand- und Streugebiete des Königreiches machten die Prägung von speziellen Provinzialmünzen, die aus früheren Münzsystemen des eigenen Territoriums hervorgingen und sich nun dem Münzwesen der benachbarten Staaten anglichen, nötig (Einzelheiten in den Tabellen und auf S. 41 f.).
Die Goldmünzen, die silbernen Kurantmünzen (Taler bis Zwölfteltaler) sowie einige Probeprägungen der Vierundzwanzigsteltaler zeigen im Avers den Kopf oder das Brustbild des Königs mit der Umschrift „FRIDERICUS BORUSSORUM REX", während die brandenburgischen Scheidemünzen fast alle das gekrönte „FR" (Fridericus Rex) tragen. Bei den Münzen der anderen Provinzen kommen im Avers außer den vorgenannten Darstellungen auch Wappenmotive, wie das clevische Lilienhaspel, der preußische oder der schlesische Adler, vor. Die Wertangaben, teilweise verbunden mit anderen bildlichen Darstellungen, befinden sich bei allen Münzen im Revers.
Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die im Königreich Preußen geprägten Münzen in den Perioden

1. 1740–1750 (vom Regierungsantritt Friedrichs II. bis zur Graumanschen Münzreform)
2. 1750–1756/57 (Münzen im Graumanschen 14-Taler-Fuß)
3. 1756/57–1763 (Münzen des Siebenjährigen Krieges mit fortlaufend verschlechterten Edemetallgehalt)
4. 1764–1786 (Münzen im verbesserten Graumanschen 14-Taler-Fuß bis zum Tode Friedrichs II.)

Münzen der 1. Periode, 1740–1750 — Tabelle 1

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägsjahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
Goldmünzen				
1. Doppelfriedrichsdor	Berlin Breslau	1749 1747–1749	13,460	12,245
2. Friedrichsdor*	Berlin Breslau	1741–1749 1744–1750	6,730	6,122
3. Halbfriedrichsdor	Berlin	1749	3,365	3,061
4. Doppeldukat	Berlin	1749	6,980	6,221
5. Dukat	Berlin Breslau	1741–1749 1743–1748	3,490	3,442

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich				
6. Taler	Berlin	1741	29,232	25,984
7. Zweidrittel-taler	Berlin	1741	17,323	12,992
8. Eindrittel-taler	Berlin	1741	8,661	6,496
9. Zwölfteltaler* (Doppelgroschen)	Berlin	1740–1741	3,598	1,574
	Kleve	1741		
	Berlin	1741–1745	3,598	1,462
	Berlin	1745/1746	3,598	1,349
	Esens	1746	3,598	1,550
	Aurich	1747	3,543	1,550
Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg				
10. Vierundzwanzigsteltaler (Groschen)	Esens	1746	1,949	0,731
	Aurich	1748		
11. Achtundvierzigsteltaler* (Sechspfennig)	Berlin	1741–1749	1,426	0,312
	Breslau	1750		
	Kleve	1740–1750		
12. Dreipfennig	Berlin	1742	0,831	0,156
13. Pfennig	Berlin	1741–1743	0,536	0,050
Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete				
14. Zweimariengroschen	Esens	1746	2,598	0,974
15. Mariengroschen	Esens	1746	1,503	0,470
	Aurich	1747		
16. Vierpfennig (Halbmariengroschen, Grote)	Aurich	1746–1748	0,844	0,212
17. Viertelstüber (Örtgen)	Esens	1746	0,866	0,054
	Aurich	1747		
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen				
– keine Prägungen in der ersten Periode –				

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien				
18. Fünfzehnkreuzer	Breslau	1743–1746	6,363	3,580
19. Sechskreuzer	Breslau	1743–1747	3,294	1,390
20. Dreikreuzer	Breslau	1743	1,732	0,622
(Silbergroschen,	Breslau	1745–1747	0,958	0,130
Böhm)	Breslau	1745–1747	1,141	0,249
21. Kreuzer	Breslau	1747–1750	1,141	0,180
22. Doppelgröschel	Breslau	1744	? ca.	1,120
23. Poltura	Breslau	1749/1750	1,900	–
Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen				
24. Deute	Kleve	1746/1747	2,598	–
25. Denar	Breslau	1747–1749		

Die mit* gekennzeichneten Münzsorten sind nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden.

Die zweite Münzperiode

Grundsätzliche Veränderungen im Münzwesen des Königreiches Preußen erfolgten durch die Graumanschen Münzreformen im Jahre 1750. Johann Philipp Grauman (1690–1762) leitete die herzoglich-braunschweigische Handels- und Finanzverwaltung und hatte mit seinen Veröffentlichungen zu aktuellen Fragen des Münzwesens Aufsehen erregt. Seine Auffassungen über die Notwendigkeit der Herabsetzung des Edelmetallgehaltes bei Kurantmünzen – daraus ergab sich die Möglichkeit hoher Staatseinahmen durch Schlagschatzbildung – deckten sich mit den Ansichten des preußischen Königs. Grauman erhielt Anfang Januar 1750 den Titel eines Geheimen Finanzrates und wurde noch im gleichen Monat Generaldirektor der brandenburgisch-preußischen Münzstätten.

Graumans Hauptverdienst war es, einen den Bedürfnissen seiner Zeit entsprechenden Münzfuß, 14 Taler aus der feinen kölnischen Mark erarbeitet und durch die Münzordnung vom 14. Juli 1750 eingeführt zu haben. Hierdurch wurde das Abfließen der Kurantmünzen verhindert und der Handel ebenso wie die Staatskassen von Auslandsmünzen unabhängig gemacht. Vorteilhaft wirkte sich auch die verstärkte Goldmünzenprägung aus, sowie deren

ständige Annahme bei den Staatskassen. Gescheitert ist Grauman aber bei dem Versuch, den neuen Münzen im Ausland zu hohem Wechselkurs zu verhelfen und mit ihnen billiger Edelmetall für neue Prägungen zu kaufen, als es die anderen Staaten mit ihren Münzen vermochten.

Um die geplante hohe Ausprägung von jährlich 10 bis 12 Millionen Taler realisieren zu können, wurde das Personal der vorhandenen Münzstätten wesentlich erweitert und neue Münzstätten, z. B. in Magdeburg, Stettin sowie eine zweite in Berlin, errichtet. Die Münzreform war verbunden mit einer grundsätzlichen Reorganisation der Münzstättenverwaltung. So löste man die Münzmeister mit ihren aus dem Mittelalter stammenden Rechten durch Münzbeamte mit festen Gehältern ab. Das entsprach den dem Absolutismus eigenen Bestrebungen zur Zentralisation und Vereinheitlichung des Behördenapparates. Auf den Münzen fand das seinen sichtbaren Ausdruck darin, daß sie nicht mehr das Zeichen des Münzmeisters, sondern den Buchstaben, mit der jede Münzstätte gekennzeichnet wurde, trugen. In der Reihenfolge, in der die preußischen Münzstätten reorganisiert wurden, erfolgte die Bezeichnung mit dem Alphabet:

A Berlin 1750 (bis zur Gegenwart), B Breslau 1750 (bis 1826),
C Kleve 1750 bis 1767, D Aurich 1750 bis 1768,
E Königsberg 1750 (bis 1798), F Magdeburg 1750 bis 1769,
G Stettin 1752 bis 1754 (unter dem gleichen Buchstaben ist 1763, wahrscheinlich in Plön, geprägt worden.[9]

Handelsmünzen (Speziestaler von 1755, Bankotaler von 1765, Levantetaler von 1766/67, Albertustaler der gleichen Jahre und Piaster von 1751) können aus Platzgründen nicht näher erläutert werden. Sie erlangten ohnehin keine größere Bedeutung.

Währungseinheit war der real umlaufende Taler, den der König als „Reichstaler" bezeichnen ließ, weil er annahm, daß diese Münze sich auch in den anderen deutschen Partikularstaaten durchsetzen würde. In Talern erfolgten die Steuerzahlungen der einzelnen Provinzen an die zentralen Staatskassen. Neben den Talern und seinen Teilstücken gab es noch Provinzialmünzen, die in der Regel nur in der jeweiligen Provinz umlauffähig waren und nur im beschränkten Maße Anerkennung als Steuermünzen fanden. Provinzialmünzen waren aber notwendig, um in den Rand- und Streugebieten einen reibungslosen Handel und Verkehr mit den Nachbarstaaten zu garantieren. Die Prägung von Provinzialmünzen endete im Königreich Preußen erst im Jahre 1817.

Nach der Graumanschen Reform von 1750 ergab sich für den brandenburgisch-preußischen Reichstaler (Rtlr.) folgende differenzierte Stückelung:

Kurmark Brandenburg und Randgebiete
1 Rtlr. = 24 Gute Groschen = 288 Gute Pfennige
1 Guter Groschen = 12 Gute Pfennige
Fürstentum Ostfriesland (1744 an Preußen)
1 Rtlr. = 54 Stüber
1 Marinegroschen = 8 Gute Pfennige
1 Rtlr. = 36 Mariengroschen = 288 Gute Pfennige
Westfälische Provinzen (Grafschaften Lingen, Tecklenburg, Ravensberg, Bistum Minden usw.)
1 Rtlr. = 36 Mariengroschen = 288 Gute Pfennige
1 Mariengroschen = 8 Gute Pfennige
Rheinische Provinzen (Herzogtum Kleve, Grafschaft Mark usw.)
1 Rtlr. = 60 Stüber = 480 Deut
1 Stüber = 8 Deut
Herzogtum Schlesien (1742 an Preußen)
1 Rtlr. = 30 Silbergroschen = 90 Kreuzer
1 Silbergroschen (Böhm) = 3 Kreuzer
1 Rtlr. = 60 Poltura
1 Rtlr. = 120 Gröschel = 360 Gute Pfennige
1 Gröschel = 3 Gute Pfennige
1 Rtlr. = 150 Denare
Herzogtum Preußen (dazu 1772 Westpreußen, Netzedistrikt, Kulmerland usw.)
1 Rtlr. = 30 Dreigröscher = 90 Groschen = 270 Schillinge
1 Dreigröscher = 3 Groschen = 90 Schillinge
1 Groschen = 30 Schillinge

Münzen der 2. Periode, 1750–1756/57 Tabelle 2

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
Goldmünzen				
1. Doppelfriedrichsdor*	Berlin	1750–1755	13,363	12,110
	Breslau	1751/1752		
	Kleve	1752/1753		
2. Friedrichsdor	Berlin	1750–1757	6,682	6,055
	Breslau	1750–1757		
	Kleve	1751–1755		
	Aurich	1752/1753		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
3. Halbfriedrichsdor*	Berlin	1750–1756	3,341	3,028
	Breslau	1750–1753		
	Kleve	1753		
4. Dukat	Berlin	1753	3,439	3,296
	Berlin	1753/1754	3,439	3,367
	Breslau	1754,1757	3,458	3,386
Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich				
5. Taler	Berlin	1750–1752	22,272	16,704
	Breslau	1750–1752		
	Kleve	1751–1753		
6. Halbtaler	Berlin	1750	11,136	8,352
	Breslau	1751/1752		
	Kleve	1751		
7. Vierteltaler	Berlin	1750/1751	5,568	4,176
	Breslau	1751/1752		
8. Dritteltaler	Berlin	1754	8,661	5,413
9. Achtgroschen* (Dritteltaler)	Berlin	1753–1757	8,661	5,413
	Kleve	1755		
	Aurich	1754–1756		
	Königsberg	1754		
	Magdeburg	1753–1757		
	Stettin	1753/1754		
10. Sechsteltaler* (Viergroschen)	Berlin	1750–1756	5,490	2,735
	Breslau	1750–1754		
	Kleve	1752–1754		
	Königsberg	1754		
	Magdeburg	1752–1756		
	Stettin	1753/1754		
11. Zwölfteltaler (Doppelgroschen)	Berlin	1750–1754	3,647	1,368
	Breslau	1750–1755		
	Kleve	1751–1755		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
	Aurich	1752		
	Königsberg	1754		
	Magdeburg	1752/1753		
	Stettin	1753/1754		
Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg				
12. Vierundzwanzigsteltaler* (Groschen)	Berlin	1752–1757	2,079	0,650
	Breslau	1751/1752		
	Kleve	1751–1755		
	Magdeburg	1752–1757		
	Stettin	1753/1754		
13. Achtundvierzigsteltaler* (Sechspfennig)	Berlin	1750–1756	1,392	0,314
	Breslau	1750		
	Magdeburg	1753–1757		
	Stettin	1753		
Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete				
14. Viermariengroschen (Neunteltaler)	Aurich	1755–1757	4,331	1,624
	Magdeburg	1752	4,847	1,818
15. Zweimariengroschen	Aurich	1752	2,767	0,865
	Magdeburg	1752		
16. Mariengroschen	Aurich	1752–1756	1,856	0,419
	Magdeburg	1752		
17 Vierpfennig (Halbmariengroschen, Grote)	Aurich	1752/1753	1,083	0,203
	Magdeburg	1752/1753		
18. Doppelstüber	Kleve	1751–1756	2,310	0,433
19. Stüber	Kleve	1751/1752	1,155	0,216
20. Viertelstüber	Aurich	1752	0,400	?

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
21. Vierkreuzer (Batzen)	Kleve	1754/1755	1,850	?
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen				
22. Achtzehngröscher (Tympf)	Königsberg	1751–1755	5,920	2,919
	Königsberg	1755–1758	5,846	3,055
	Stettin	1753	5,920	2,919
23. Sechsgröscher (Szostak)	Königsberg	1752	2,598	0,956
	Königsberg	1752/1753	3,118	1,072
	Königsberg	1753–1757	3,118	0,974
	Stettin	1753		
24. Dreigröscher (Düttchen)	Königsberg	1751/1752	1,511	0,972
	Königsberg	1752–1754	1,596	0,488
25. Zweigröscher	Königsberg	1752–1757	1,540	0,289
26. Groschen	Königsberg	1752	0,770	0,144
27. Schilling	Königsberg	1752–1756	0,715	0,045
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien				
28. Achtzehnkreuzer (Tympf)	Breslau	1752	5,920	2,919
29. Sechskreuzer	Breslau	1755–1757	3,118	0,974
30. Dreikreuzer (Silbergroschen, Böhm)	Breslau	1752–1756	1,596	0,488
31. Kreuzer*	Breslau	1752–1757	0,770	0,144

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
32. Doppelgröschel	Breslau	1750–1754		0,216
33. Gröschel (Fledermäuse)	Breslau	1752–1757	0,577	0,108
Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen				
34. Dreipfennig*	Berlin	1752–1755	7,308	
	Magdeburg	1754		
35. Pfennig	Berlin	1751–1755	2,436	
	Magdeburg	1754		
36. Viertelstüber* (Füchse)	Kleve	1753–1755	3,246	
	Aurich	1753/1754		
37. Deut	Kleve	1752/1753	1,900	

Die mit * gekennzeichneten Münzsorten sind nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden

Die ersten beiden schlesischen Kriege hatten dem preußischen König die Notwendigkeit hoher Finanzreserven vor Augen geführt. Da die von Grauman in Aussicht gestellten hohen Gewinne aus der Münzprägung nur teilweise realisiert werden konnten, fand neben der ordentlichen Prägung vorgenannter Münzen noch eine streng geheime statt. Ohne Wissen Graumans wurden vor, während und nach dem Siebenjährigen Krieg in der Berliner Münze insbesondere holländische, aber auch französische, polnische und russische Münzen von besonders vereidigten Münzarbeitern gefälscht.[10] Die Prägestempel schnitt der begabte Hofmedailleur D. F. Loos.[11]

Die dritte Münzperiode

Im Oktober 1755 wurde die Münzstätte Königsberg an die Brüder Moses und Abraham Fränkel verpachtet. Die sich daraus ergebenen Einnahmen waren für Friedrich höher als voher. Das war für ihn Grund genug, um auch die Münzstätten in Breslau, Berlin, Magdeburg, Aurich und Kleve an ein Konsortium pachtweise zu übertragen. Den Generalpachtvertrag schloß im Auftrag des Königs Generalmajor von Retzow am 6. Oktober 1755 in Pots-

dam mit der Unternehmergruppe Gumperts – Isaac – Itzig ab. Nach der militärischen Eroberung Sachsens im Herbst 1756 wurden auch die dortigen Münzstätten Dresden und Leipzig an das Konsortium verpachtet. Dieses ließ mit vorgefundenen, später nachgefertigten Stempeln Geld mit immer schlechter werdenden Edelmetallgehalt prägen. Der Münzfuß der sächsisch-polnischen Münzen verringerte sich bis zum 40–, der Münzfuß der preußischen Münzen bis zum 30-Taler-Fuß. Auch die meisten der auf der Rechnung des Staates in Berlin geprägten preußischen Goldmünzen unterlagen der Verschlechterung. Um das Volk zu täuschen, wurde der verringerte Edelmetallanteil durch Kupfer ersetzt, wurden Jahreszahlen der Vorkriegszeit auf die Münzen gesetzt usw.[12] Demgegenüber waren die im Auftrag der Zarin Elisabeth in der von russischen Truppen besetzten Stadt Königsberg (und teilweise in der Moskauer Münzstätte) geschlagenen Silbermünzen entsprechend dem Graumanschen Münzfuß vollwertig.[13] Die preußischen Kriegsmünzen wurden durch das kaiserliche Edikt vom 16. August 1759 „in allen des Heil. Röm. Reichs Landen und Gebieten" verrufen. Das blieb jedoch ohne praktische Auswirkungen. Selbst die Kriegsgegner Preußens zahlten ihren Soldaten den Sold zum Teil mit „Ephraimiten".

Die Pachtverträge mit den jüdischen Unternehmern, an deren Spitze sich schließlich Veitel Ephraim setzte, sind jährlich neu abgeschlossen worden und sanktionierten den ständig fallenden Feingehalt der Münzen. Hinsichtlich der sich anbahnenden Friedensverhandlungen verlangte der Kontrakt vom 17. Dezember 1762 für die Prägungen im Zeitraum März 1763 bis Februar 1764 die Verbesserung auf den 19 3/4-Taler-Fuß. Eine sofortige Rückkehr zum Vorkriegs-Münzfuß war wegen des fehlenden Silbers nicht möglich. Ferner wären in diesem Fall auch die Abgaben der Münzpächter geringer gewesen. Da England seit 1760 die Subsidienzahlung eingestellt hatte, konnte Friedrich nicht auf mögliche Einnahmen verzichten.

Von den Münzpächtern erhielt der preußische König in der Zeit von 1758 bis 1763 insgesamt 30 868 333 Reichstaler. Die Kosten des Siebenjährigen Krieges betrugen 139 Millionen Reichstaler.[14] Somit wurden rund 22 Prozent der Kriegskosten durch die Münzstättenverpachtung und die damit verbundene Münzverschlechterung finanziert! In dieser Summe sind nicht enthalten die Einnahmen aus der staatlichen Goldmünzenprägung, die, wie bereits erwähnt, größtenteils ebenfalls unterwertig war..

Preußische Münzen aus der dritten, der Kriegsperiode, sind heute selten. Die Ursachen hierfür liegen darin, daß die Münzpächter vorwiegend sächsische Münzen prägten, da deren besonders minderwertige Ausbringung profitabler war als die besser auszuprägenden preußischen Münzen. Ferner wurden nach dem Krieg die minderwertigen Münzen fast restlos zum Umschmelzen aufgekauft.

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
Goldmünzen				
1. Doppelfriedrichsdor	Berlin	1756/1757	13,280 ± 0,080	8,490 ± 0,100
2. Friedrichsdor	Berlin	1755–1757	6,650 ± 0,040	4,203 ± 0,076
3. Halbfriedrichsdor	Berlin	1755	3,320 ± 0,020	2,111 ± 0,014
Diese Goldmünzen sind tatsächlich geprägt worden in den Jahren 1758 bis 1763				
Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich				
4. Taler	Berlin	1761	ca. 23,000	ca. 7,795
5. Dritteltaler	Berlin	1759	7,940 ± 0,180	3,966 ± 0,131
	Dresden	1758/1759	ca. 8,170	ca. 4,028
6. Achtgroschen (Dritteltaler)	Berlin	1759/1763	7,940 ± 0,180	3,922 ± 0,024
	Breslau	1759/1763		
	Magdeburg*	1756–1763		
7. Sechsteltaler (Viergroschen)	Berlin	1756	4,110 ± 0,150	1,636 ± 0,337
	Breslau	1763		
	Magdeburg	1759/1763		
8. Zwölfteltaler (Doppelgroschen)	Breslau	1763	ca. 2,960	ca. 0,832
Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg				
9. Vierundzwanzigsteltaler (Groschen)	Berlin Breslau Kleve Magdeburg Stettin**	1763	1,970	0,390
10. Achtundvierzigsteltaler (Sechspfennig)	Berlin Stettin**	1760	1,300	0,163

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete				
11. Zwölfmariengroschen	Dresden***	1758	8,060	3,019
12. Sechsmariengroschen	Dresden***	1758	4,770	1,989
13. Mariengroschen	Aurich	1761	1,400	?
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen				
14. Sechsgröscher	Königsberg	1763	2,830	0,866
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien				
15. Achtzehnkreuzer	Berlin	1757/1758	5,850	3,200
	Berlin	1759	5,700	2,630
	Breslau	1758	± 0,400	± 0,230
	Magdeburg	1758		
16. Sechskreuzer	Kleve	1756/1757	2,830	0,866
17. Dreikreuzer	Breslau	1763	1,300	0,257
18. Kreuzer	Breslau	1763	0,650	0,072
Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen				
19. Dreipfennig	Berlin	1760–1762	4,000	
	Esens	1763		

Die mit* gekennzeichnete Münzsorte ist nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden

** Diese Münzsorten sind mit dem Münzstättenzeichen Stettins wahrscheinlich in Plön geprägt worden

*** Diese Münzsorten wurden mit einem Stern als Münzstättenzeichen in Dresden geprägt

Die vierte Münzperiode

Die endgültige Rückkehr zum 14-Taler-Fuß erfolgte durch das Edikt vom 29. März 1764. Gleichzeitig wurde der Graumansche Münzfuß verbessert, da

ab jetzt auch kleinere Kurantmünzen (Dritteltaler, Sechsteltaler, Zwölfteltaler und Achtzehngröscher) im 14-Taler-Fuß ausgebracht wurden. Geringere Verschlechterungen des Edelmetallgehaltes ergaben sich nochmals um 1770 bei einigen Sorten (vgl. Tabelle 4).
Die preußischen Staatskassen nahmen die Kriegsmünzen ab Mai 1763 nur noch zum Silberwert an. So galten 100 Taler in sächsischen Dritteltalern nur noch 37 1/2 Reichstaler, d. h., daß die Besitzer des schlechten Geldes 62 1/2 Prozent einbüßten. Die Kosten der Wiederherstellung des Vorkriegsmünzfußes wurden also dem Volk aufgebürdet und führten zur Finanzkrise und zur ökonomischen Depression, die bis zum Jahre 1767 anhielten.[15]



1/24. Reichstaler (Groschen), brandenburgische Provinzialmünzen, 1754, ∅ 20 mm, 313/1000 Silber und 1781, ∅ 19 mm, 222/1000 Silber

Durch Veränderung der Münzbilder grenzten sich die Münzen der vierten Periode (1764–1786) optisch eindeutig von den Prägungen früherer Perioden

ab. Zeigten die Münzen vorher Stilmerkmale des Spätbarocks, so traten jetzt die des frühen Klassizismus auf. Am deutlichsten zeigte sich das bei Scheidemünzen, die bis 1763 das Monogramm „FR" in Verschnörkelungen mit Akanthusblättern aufweisen. Ab 1764 hat das Monogramm – mit Ausnahme von einigen Mariengroschen und schlesischen Gröscheln – eine einfache, klare Gestaltung. Die Vorderseiten der höheren Münzwerte zeigen jetzt das Kopfbildnis des Königs in klassizistischer Klarheit und immer mit Lorbeerkranz, der vorher bei den fridrizianischen Münzen nie auftrat. Die Darstellung des Königs mit Greisenantlitz kommt erstmals 1774 bei Dritteltalern und 1775 bei ganzen Talern vor, bei Halb- und Vierteltalern z. B. aber erst im Sterbejahr 1786.



Taler aus dem Sterbejahr Friedrichs II., 1786, ∅ 37 mm, 750/1000 Silber

Münzen der 4. Periode, 1764–1786 — Tabelle 4

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
Goldmünzen				
1. Doppelfriedrichsdor*	Berlin	1764–1770	13,363	12,110
		1770–1776	13,363	12,064
2. Friedrichsdor	Berlin	1764–1770	6,682	6,055
	Breslau	1764–1770		
	Berlin	1770–1786	6,682	6,032
	Breslau	1770–1786		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
3. Halbfriedrichsdor*	Berlin	1756–1770	3,341	3,028
	Breslau	1765–1770		
	Berlin	1770–1786	3,341	3,016
	Breslau	1770–1777		
Silbermünzen, Prägungen für das gesamte Königreich				
4. Taler	Berlin	1764–1786	22,272	16,704
	Breslau	1764–1786		
	Kleve	1764/1765		
	Aurich	1765		
	Königsberg	1764–1786		
	Magdeburg	1764–1767		
5. Halbtaler*	Berlin	1764–1786	11,136	8,352
	Breslau	1767		
	Königsberg	1764		
	Magdeburg	1764/1765		
6. Dritteltaler*	Berlin	1764–1786	8,352	5,568
	Breslau	1765–1786		
	Königsberg	1768–1786		
	Magdeburg	1764/1765		
7. Vierteltaler*	Berlin	1764–1786	5,568	4,176
	Breslau	1786		
	Königsberg	1764		
	Magdeburg	1764		
8. Sechsteltaler* (Viergroschen)	Berlin	1764–1786	5,345	2,784
	Breslau	1764–1770		
	Kleve	1764/1765		
	Aurich	1764–1767		

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
	Königsberg	1764–1778		
	Magdeburg	1764–1766		
9. Zwölfteltaler* (Doppelgroschen)	Berlin	1764–1786	3,712	1,392
	Breslau	1764–1769		
	Kleve	1764–1767		
	Aurich	1764–1768		
	Königsberg	1764–1772		
	Magdeburg	1764–1767		
Silbermünzen, Prägungen für die Zentralprovinz Brandenburg				
10. Vierundzwanzigsteltaler* (Groschen)	Berlin	1764–1781	2,079	0,650
	Magdeburg	1764–1766		
	Berlin	1781–1786	2,070	0,464
	Breslau	1781		
	Königsberg	1782		
11. Achtundvierzigsteltaler (Sechspfennig)	Berlin	1764–1770	1,444	0,271
	Magdeburg	1764–1766		
	Berlin	1770–1780	1,392	0,232
12. Dreipfennig*	Berlin	1764–1770	0,779	0,135
	Magdeburg	1764–1765		
	Berlin	1770–1786	0,812	0,102
13. Einpfennig	Berlin	1768–1770	0,650	0,045
	Berlin	1770–1786	0,650	0,034
Silbermünzen, Provinzialprägungen für die westlichen Gebiete				
14. Zweimariengroschen	Magdeburg	1764	2,589	0,812
15. Einmarien-	Aurich	1767/1768	1,624	0,361

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/Korn) g
groschen*	Magdeburg	1764		
	Berlin	1771–1775	1,591	0,309
16. Vierpfennig (Halbmariengroschen, Grote)	Aurich	1764–1768	1,035	0,181
	Magdeburg	1764		
	Berlin	1764, 1766		
	Berlin	1774	1,083	0,136
17. Doppelstüber*	Berlin	1772, 1775	1,670	0,371
18. Stüber*	Cleve	1764	1,247	0,217
	Berlin	1771–1783	1,299	0,162
19. Halbstüber*	Berlin	1772–1781	0,650	0,081
	Berlin	1781–1782	0,722	0,090
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Preußen				
20. Achtzehngröscher (Tympf)	Königsb.	1764/1765	5,939	3,341
21. Sechsgröscher* (Szostak)	Königsb.	1764–1784	3,118	1,039
22. Dreigröscher (Düttchen)	Königsb.	1765–1767	1,641	0,433
	Königsb.	1771–1786	1,670	0,371
	Berlin	1774–1785		
23. Zweigröscher	Königsb.	1764, 1768	1,540	0,289
	Königsb.	1773	1,458	0,247
24. Gröscher	Königsb.	1764–1770	0,831	0,144
	Königsb.	1771–1786	0,866	0,108
	Berlin	1776		
25. Schilling*	Königsb.	1764–1770	0,715	0,045
	Königsb.	1771–1786	0,693	0,036
	Berlin	1776		
Silbermünzen, Provinzialprägungen für das Hzm. Schlesien				
26. Dreikreuzer* (Silbergroschen, Böhm)	Breslau	1764/1765	1,641	0,433
		1771–1786	1,670	0,371
27. Kreuzer	Breslau	1766/1767	0,831	0,144
		1771–1786	0,866	0,108

Münzsorten	geprägt in den Münzstätten	Prägejahre	Masse (Rauhgewicht/ Schrot) g	Edelmetallgehalt (Feingewicht/ Korn) g
28. Doppelgröschel	Breslau	1771–1786	1,299	0,162
29. Gröschel	Breslau	1769/1770	0,624	0,180
(Fledermäuse)	Breslau	1771–1780	0,650	0,081
	Breslau	1781–1786	0,722	0,090
Kupfermünzen, Prägungen für die Provinzen				
30. Dreipfennig	Berlin	1770	(Probemünze)	
31. Viertelstüber*	Aurich	1764–1767	3,256	
(Füchse)	Berlin	1774–1784		

Die mit* gekennzeichneten Münzsorten sind nicht in jedem angegebenen Jahr geprägt worden

Die Münzen aus der Zeit König Friedrichs II. spiegeln den Entwicklungsstand der Politik, Wirtschaft und Kultur im Königreich Preußen am Ende der Feudalperiode wider.

Mit der Graumanschen Reform wurde einem dringenden ökonomischen Problem entsprochen. Friedrich II. besaß den Mut, die grundsätzlichen Veränderungen des Münzwesens in seinem Staatsgebiet separat durchzusetzen, da eine für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zentrale Regelung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten war. Genutzt hat die Reform vorwiegend militärischen Zwecken.

Der 14-Taler-Fuß setzte sich in der Folge in den meisten deutschen Territorialstaaten durch[16] und brauchte entsprechend der ökonomischen Entwicklung später nur unbedeutend präzisiert zu werden. Der Münzfuß blieb dabei stets unverändert. Erst durch den Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 erfolgten für das deutsche Münzwesen grundsätzliche Veränderungen.

Anmerkungen

1 Mittenzwei/Noack: Das absolutistische Preußen in der DDR-Geschichtswissenschaft, in: Preußen in der deutschen Geschichte vor 1789, Berlin 1983, S. (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 2)

2 Absolute Zahlen nach: Schmoller, Gustav: Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1898, S. 138, 180

3 1 Meile^2 = 56,738 km^2. Somit betrug die Größe des Königreiches im Jahre 1740 124 029,3 km^2 und 1786 196 086,5 km^2

4 Vgl. Tewes, Lothar: Das „Franzgeld" – Ein Bild des Geldumlaufes in Preußen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: VI. Bezirksmünzausstellung Berlin 1985 (Katalog, Numismatische Hefte, Heft 11) S. 32–38

5 Schrötter, Friedrich von: Die Münzverwaltung Friedrich des Großen, in: Hohenzollernjahrbuch, Berlin-Leipzig 1911, S. 92

6 Schrötter, Friedrich von: Das Preußische Münzwesen im 18. Jahrhundert, 2. Bd., Berlin 1908, S. 6 (Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert)

7 Schrötter, Münzverwaltung, S. 93

8 Vgl. Koppatz, Jürgen: Zur Schlagschatzbildung durch Münzverschlechterungen und -fälschungen unter König Friedrich II., in: Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus, Bd. 3, Berlin 1979, S. 417–441

9 Martin, Klaus: Die Preußischen Münzprägungen von 1701–1786, Berlin 1976, S.24

10 Schrötter, Münzwesen, 2. Bd. S. 217 f., 4. Bd. S. 191–211 und S. 291 f.

11 Vgl. Sommer, Klaus: Die Medaillen des Königlich Preußischen Hof-Medailleurs Daniel Friedrich Loos und seine Ateliers, Osnabrück 1981, S. 5

12 Einzelheiten hierzu insbesonders bei Schrötter, Münzwesen, 3. Bd. (Das Geld des siebenjährigen Krieges . . .)

13 Vgl. Brause-Mansfeld, August: Feld-, Not- und Belagerungsmünzen von Deutschland . . ., Berlin 1897, S. 27 sowie Spasski, I. G.: Das russische Münzsystem, Berlin 1983, S. 187

14 Vgl. Groehler, O.: Die Kriege Friedrich II., Berlin 1966, S. 170 und Vogler, G./Vetter, K.: Preußen von den Anfängen bis zur Reichsgründung, 3. Aufl., Berlin 1974, S. 93. v. Schrötter errechnete sogar 144,7 Mill. Reichstaler Kriegskosten, vgl. Das Geld des Siebenjährigen Krieges, in: Deutsche Münzblätter 60/1940, S. 50

15 Vgl. Mittenzwei, I.: Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, 2. Aufl., Berlin 1984, S. 145 f.

16 Das Königreich Sachsen führte diesen Münzfuß jedoch erst nach Abschluß des Dresdener Münzvertrages vom 30. Juli 1838 ein, bei dem sich fast alle deutschen Territorialstaaten auf den 12-Taler-Fuß = 24 1/2-Gulden-Fuß im Rahmen des Deutschen Zollvereins einigten

Bei falschen oder lückenhaften Angaben, insbesondere in den Tabellen, bittet der Autor um kritische Hinweise.

Carl Wilhelm Frölich, die Eisenhütte und der Dorfschulmeister Picard in Gottow, Kreis Luckenwalde

Von Gerhard Steiner

Aus einer profunden Kenntnis der preußischen Landschulverhältnisse um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert hat 1847 der preußische Staatsbeamte Magnus Friedrich von Bassewitz eine Schilderung der elf Hauptursachen für die „elende Beschaffenheit der ehemaligen Elementarschulen auf dem Lande" geboten.[1] Er zeichnet ein überaus düsteres Bild. Das Landschulwesen stand im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts unter einer doppelten Belastung. Zum einen ließ das ausbeuterische System der feudalabsolutistischen Gesellschaft keinerlei Entwicklung der Landschulen zu, zum anderen beengte die Ideologie des sich kräfigenden, zur Herrschaft drängenden Bürgertums die schulische Hebung der untersten Gesellschaftsschichten. Die Bemühungen um diese beschränkten ich von bürgerlicher Seite, wie Helmut König überzeugend und mit Literaturbelegen dargestellt hat[2], auf das vom ökonomischen Standpunkt der Bourgeoisie aus Notwendigste an Ausbildung und waren demnach äußerst dürftig. Der „gemeine Mann" soll den über ihm stehenden Klassen möglichst nützlich und dienstbar sein.

Aber König schränkt ein:

„Wenn auch nur vereinzelt, so begegnen wir doch schon Stimmen, die sich für die Aufklärung des sich entwickelnden Proletariats einsetzen und eine entsprechende Schulbildung fordern. Die bestehenden Manufakturen und die sich entwickelnden Fabriken benötigen immer mehr Arbeitskräfte."

Hier soll – gleichsam als Beleg für das obige Zitat Königs – von der Situation in einem besonders strukturierten Dorf der Mark Brandenburg berichtet werden, von den Lebens- und Schulverhältnissen, um deren Verbesserung sich der utopische Sozialist Carl Wilhelm Frölich bemühte.

Der utopische Sozialist Carl Wilhelm Frölich

Was die Lexika bisher noch nicht verzeichnen und ich selbst bei der Abfassung meiner Frölich-Monographie „Der Traum vom Menschenglück"[3] nicht wußte, wissen wir jetzt: Er ist am 22. Dezember[4] 1759 in Landsberg an der Warthe (heute Gorzów Wielkopolski, VRP) geboren. Sein Lebensweg verlief ganz im damaligen Preußen. Der Sohn eines ehemaligen preußischen Feld-

predigers wuchs im Pfarrhaus von Groß-Rosenburg bei Schönebeck a. d. Elbe auf, besuchte sechs Jahre die Lateinschule des Franckeschen Pädagogiums und von 1778 an die juristische Fakultät in Halle. Von 1789 bis 1792 wirkte er als hoher Beamter, als Geheimsekretär, am Generalpostamt in Berlin. Nach dem Erscheinen seiner mit einem nur wenig verschlüsselten Pseudonym veröffentlichten brisanten Schrift „Über den Menschen und seine Verhältnisse" (Berlin 1792) quittierte er den Staatsdienst und übernahm das stark besteuerte und nicht sehr ergiebige Erbpachtgut in Scharfenbrück bei Luckenwalde. Geschult im Geiste der deutschen Aufklärung, begeistert vor allem von den Staatsromanen Wielands, beeinflußt von den französischen Materialisten und Utopisten, insbesondere von Rousseau, hatte Frölich mit kritischem Blick und offenem Herzen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der bereits frühproletarischen Massen Berlins und die elende Lage der Kleinbauern und Landarbeiter, des „gekrümmten Landmanns" in der Mark Brandenburg beobachtet. Das sind die Grundlagen der Ideen seiner Erstlingsschrift: In zehn Dialogen zwischen dem Bourgeois Erast, der um die Erziehung seiner Kinder besorgt ist, und dem seiner Zeit vorauseilenden Philemon, aus dem der Autor spricht, geht Frölich von der Frage nach dem Sinn des Daseins und den Zielen der Menschenbildung aus. Er fordert den Gebrauch der Vernunft, weiß aber, daß dieser von den gesellschaftlichen Verhältnissen bedingt ist, ebenso wie moralisches Handeln und Denken von „Zeit und Umständen" abhängen. Die Gesellschaft muß so gestaltet werden, daß richtiges Denken und sittliches Handeln möglich sind. Frölich muß jedoch feststellen, daß die vorhandene gesellschaftliche Ordnung „wenig geschickt sei, eine allgemeine Glückseligkeit zu verbreiten". Die Ursache für die meisten moralischen Unvollkommenheiten sieht er in dem rücksichtslosen Streben nach Eigentum: „Sollte die Habsucht einst vom Throne steigen; sollte es möglich sein, daß Privateigentum aufhörte, das einzige allzu verführerische Mittel zu sein, sein Ich auszudehnen, ... welche ungeheure Menge von Verbrechen, mehr noch der lichtscheuen Vergehungen, alle Kinder des Luxus, würden da verschwinden!" Er propagiert eine Gesellschaft, die auf gemeinsamem Eigentum beruht, und weist den Einwand, daß der Gewerbefleiß in einer solchen Ordnung erlahmen würde, damit zurück, daß die „Aufhebung des Privateigentums den Fleiß nicht nur nicht erschlafft, sondern veredelt", und daß die Menschen durch die neuen Verhältnisse ja auch eine neue geistig-sittliche Formung erhalten würden. Eine Industrie, die nicht auf Gewinnstreben bedacht ist, könne vielmehr eine vernünftige Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen erreichen. Dem Hinweis auf die ungleichen menschlichen Fähigkeiten begegnet Frölich mit der These, daß jeder Mensch, der seine Pflichten nach Kräften erfülle, ein Recht auf die Unterstützung durch die Gesellschaft habe, das nicht durch die ungleichen Fähigkeiten beeinträchtigt werde, da es

sich allein auf die Bedürfnisse gründe, die grundsätzlich gleich seien. Zur Verdeutlichung seiner Gedanken entwirft Philemon am Ende der Aussprache das heitere Bild des friedlichen Lebens einer dörflichen Gemeinschaft, in der alle Familien sich geeinigt haben, ihren Besitz „als Eigentum der Gesellschaft zu betrachten, wovon die Bedürfnisse jedes Einzelnen befriedigt würden". Dadurch vermögen sich alle gegenseitig zu helfen, und auch der Schwache ist gegen Not und Unglück gesichert. In einem höheren Sinne sei jeder Nutznießer allen Eigentums, denn, so ruft der glühende Menschenfreund aus, „die Gesellschaft nahm nicht, um dich zu *verarmen,* sondern daß du *mehr haben,* daß keiner darben möchte".

Frölich entfernt sich mit diesen Thesen vom bürgerlichen Naturrecht, das die Freiheit auf Eigentum nicht beschränken will. Es ist beachtlich, daß er die Entwicklung der Manufaktur und die Lenkung der gewerblichen Tätigkeit durch das Volksganze in seine Konzeption mit einschließt.

Die Lehre des gediegenen, von den Gedanken der Humanität und des Fortschritts beherrschten Denkers zielt auf die Befreiung und die ökonomische wie geistige Hebung der arbeitenden Volksschichten.

Er will vor allem die – wie er sagt – „dienende Klasse" von Unterdrückung und Ausbeutung befreien, „die unzähligen Menschen", die verdammt sind, „vom Morgen bis an den Abend auf Mittel gegen Hunger und Dürftigkeit zu sinnen". Denn nur in einer Gesellschaft, in der das Eigentum nicht zur Erniedrigung eines großen Teils des Volkes führt, kann – so legt er dar – eine *allgemeine* Volkskultur erblühen und sich ein Nationalgeist entwickeln. Die vom kollektiven Eigentum geprägte Gesellschaft wird das „Beste des Allgemeinen" im Bewußtsein der Menschen verwurzeln und eine der wahren menschlichen Natur entsprechende Gestaltung des Lebens ermöglichen.

Frölich erwartet, daß „die größere und stärkere Klasse zu reinern Begriffen über sich selbst und den Zweck ihres Seins gelangt", bis sie einst so bewußt und mächtig ist, daß eine „Abänderung lästiger, zweckwidriger Verhältnisse eine notwendige Folge" sein wird. Angesichts des Beginns der Französischen Revolution steht ihm nicht die Entfaltung der Bourgeoisie vor Augen, sondern die revolutionäre Lösung der gesellschaftlichen Situation der unteren Klassen, eine politische Aufgabe, die nach seiner Ansicht erst in der Zukunft bewältigt werden kann. Frölich machte sich jetzt schon zum Sprecher derer, die ihren Bedürfnissen noch nicht publizistischen Ausdruck geben konnten. Seine kleine Schrift veranlaßte zu seiner Zeit nicht nur einen Georg Forster in Paris zu beachtlichen Überlegungen über die Eigentumsfrage, seine Ideen griff auch seine Frau Henriette, die ihm zehn Kinder gebar, auf und führte sie in dem bemerkenswerten Roman „Virginia oder die Kolonie am Kentucky" (Berlin 1820) weiter. Auch in Wien beachtete man Frölichs Schrift und setzte sie auf die Verbotsliste.

In Scharfenbruück schrieb der vielseitig interessierte Jurist neben mehreren nützlichen Aufsätzen – unter diesen einen in Wielands „Teutschem Merkur" über den Englischen Garten – ein „Thierarzneibuch" (2 Bde. Berlin 1801) als theoretischen und praktischen Beitrag zur Aufklärung auf dem Lande, und die anregende und gehaltvolle Essaysammlung „Gemälde nach der Natur" (Berlin 1802), die erzieherische und gesellschaftliche Gedanken seiner Erstlingsschrift veranschaulicht und untermauert.

Bis 1812 versuchte Frölich unermüdlich, dem Erbpachtgut trotz mehrfacher Plünderungen im Befreiungskrieg und immer drückenderen Steuerlasten eine gedeihliche Entwicklung zu geben. Aber als ihm das nicht gelang, er gepfändet wurde und sein Plan, das Gut unter die Scharfenbrücker Büdner und Leineweber aufzuteilen, ebenso abgelehnt wurde wie sein Gesuch um erneute Übernahme in den Staatsdienst, siedelte er mit seiner Familie nach Berlin über.

Dort widmete er sich einer neuen volksaufklärerischen und -bildnerischen Tätigkeit: Er übernahm eine große deutsche und französische Leihbibliothek und gründete und betrieb zu einer Zeit, in der dem Bürger ein immer festerer Maulkorb umgelegt wurde, in der Niederlagstraße Nr. 1 mit seinem Bruder eine öffentliche Zeitungs- und Zeitschriftenhalle als ein jedermann zugängliches Informations- und Diskussionszentrum, ein „Museum", in dem auch politische Flugschriften, Neuerscheinungen und Landkarten ausgelegt wurden, wo fünf Lesesäle und ein Konversationsraum von 9.00–20.00 Uhr, im Winter auch sonntags, den Besuchern zur Verfügung standen. Das konnte er aber nur bis 1820 durchhalten, er mußte in immer billigere und abseitigere Wohnungen ausweichen. Der Mann, der den Weg zu Gerechtigkeit und Glück für alle Menschen gesucht hatte, starb völlig verarmt am 23. Mai 1828 in Charlottenburg bei Berlin, ein Opfer der Verhältnisse, deren Beseitigung er anstrebte.

Trotz der utopischen Züge seines Gedankenwerkes – es fehlte ihm die Einsicht in die realen Klassenantagonismen – achten wir Frölich als ein Glied in der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" und freuen uns als seine geistigen Erben mit Friedrich Engels seiner „genialen Gedankenkeime und Gedanken, die unter der phantastischen Hülle überall hervorbrechen".

Die Eisenhütte in Gottow

Rund 5 km von Frölichs Erbpachtgut Scharfenbrück entfernt liegt das Dorf Gottow, 7 km östlich von Luckenwalde. Es hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur 26 Feuerstellen und 185 Einwohner, aber fand dennoch in einem einbändigen geographischen Werk, das die ganze Welt behandelte, Erwähnung, wie auch in Joseph Meyers erster Ausgabe des Konversationslexikons.[5]

Der Grund dafür lag in der Bedeutung des Dorfes für den preußischen Staat: Gottow beherbergte eine königliche Eisenhütte. Ein Eisenhammer hat in Gottow schon im Mittelalter bestanden, und zwar als landesherrlich-brandenburgischer Besitz, ebenso wie der 1397 beurkundete Scharfenbrücker Hammer, der noch im 17. Jahrhundert arbeitete.[6] Ende des Jahres 1506 gestatteten die Brüder Kurfürst Joachim und Markgraf Albrecht von Brandenburg dem Hammermeister Michel Nitzke, auf dem Gottower Eisenhammer eine Mahlmühle zu betreiben.[7]

Das direkt am Dorfe liegende Werk bestand aus einem Eisenstein- und Kalkpochwerk und einem Stabhammer mit der Frischesse. Im Zuge der manufaktur-kapitalistischen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und aufgrund des kriegerischen Machtstrebens Friedrichs II., der in der Eisengewinnung und -verarbeitung vom Ausland unabhängig sein wollte und Kanonenkugeln für seine Armee brauchte, wurde etwa 2 km von diesem „alten Werk" entfernt 1754 ein neues Werk errichtet.

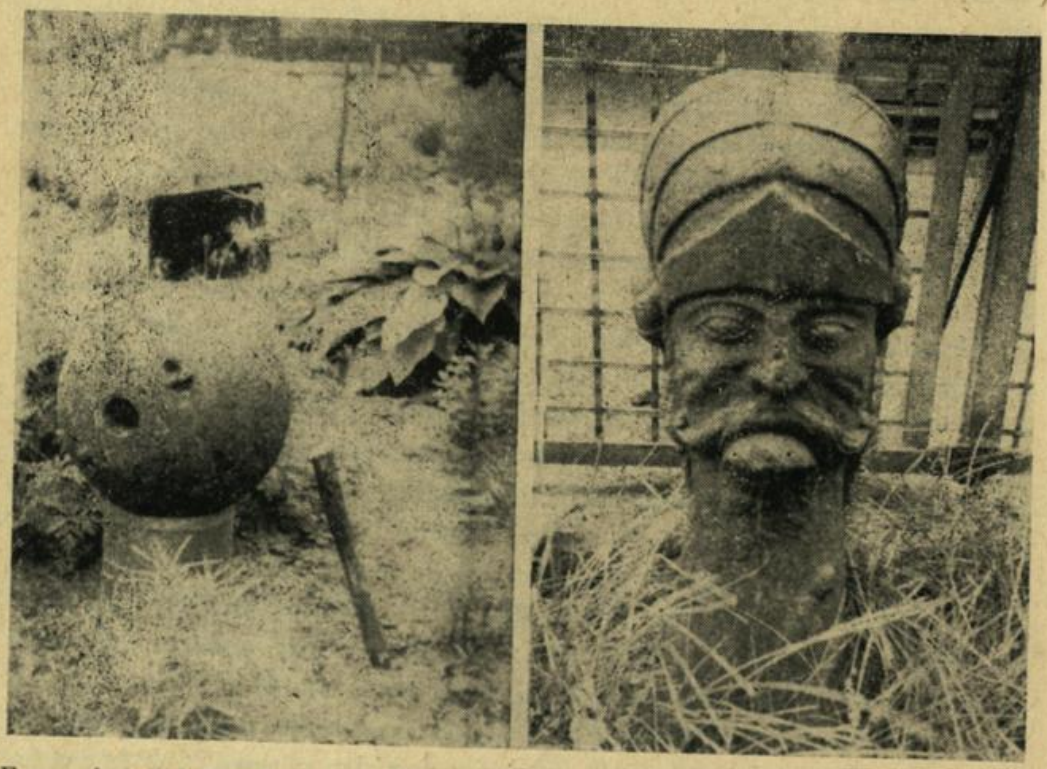
Im gleichen Jahre wurde der Hüttenbetrieb aus der Amtsverwaltung in die der Berg- und Hüttenadministration überantwortet.

Diese etablierte 1760 ein Frischfeuer mit Stabhammer und fügte 1764 einen Zainhammer hinzu. Das durch Gottow laufende Hammerfließ, das die Hämmer antrieb, war beim alten Werk zu einem Teich angestaut worden und floß dann zu dem neuen Werk. Zu dieser nunmehr respektablen industriellen Anlage gehörten um 1800 drei Kohlenschuppen, drei Magazine, das Hüttenamtshaus mit den Stallgebäuden, drei für 15 Familien berechnete Wohngebäude für die Hüttenarbeiter, eine Hufschmiede und eine Brauerei, die das Bier und den Branntwein für die im Werk Beschäftigten herstellte.

Die Grundlage für die Verhüttung bildeten die bis zu einen halben Meter mächtigen alluvialen Raseneisensteinlager der Umgebung. Das Wiesenerz, das im Gebiet der Nuthe und ihrer Nebengewässer zwischen Zossen und Luckenwalde bis Baruth und zum unteren Spreewald lagerte, konnte verhältnismäßig leicht abgebaut werden. Das Ausgraben des Eisensteines für das Gottower Werk leisteten unter der Aufsicht eines Schmelzers 24 Arbeiter. Sie hatten in Gebieten, die eine halbe bis zwei Meilen von Gottow entfernt lagen, den Eisenstein zu orten, zu fördern und zu waschen und mußten ihn dann nach „Kummern", d. h. etwa 630 kiloweise (was 230 bis 235 Kilo Eisen ergab) auf den Hüttenhof fahren. Dort wurde das Material in „Halden" zu abgestumpften Kegeln oder Pyramiden aufgeschichtet, die eine schnelle Inhaltsberechnung ermöglichten. Der Eisenstein wurde nun im Pochwerk zerkleinert und dann vergattert, d. h., mehrere verschieden flüssige Sorten wurden miteinander vermischt. Um den Schlackenfluß zu fördern, wurden hierauf die Eisensteine mit Kalk beschickt, mit den nötigen Kohlen aufgesetzt und verblasen, d. h. geschmolzen. Das Roheisen wurde in der Stabeisen-



Darstellung des Unterhammers (Teil der Eisenhütte von Gottow) auf einer Postkarte, um 1900



Erzeugnisse der Eisenhütte von Gottow: Kanonenkugel (links) und Radabweiser für Toreinfahrten (rechts)

fabrikation von den fremdartigen Bestandteilen befreit: Im Frischfeuer wurde mit Holzkohlen aus dem überkohlten Gußeisen ein geschmeidiges Schmiedeeisen gewonnen. Das waren komplizierte, arbeitsaufwendige Vorgänge. Das im Frischprozeß entstandene Eisen (Zain) wurde unter dem Zainhammer ausgestreckt und dann weiter verarbeitet. Zwei Köhler, die wiederum 12 Knechte beschäftigten, sorgten für die nötige Holzkohle. Über den Ertrag des Gottower Hüttenwerkes informiert uns Friedrich Nicolai, der 1806 das Werk beschreibt: Wenn der Hochofen in Betrieb ist, so liefert er während der „Kampagne", der 30 bis 40 Wochen der Eisensteinschmelze, durchschnittlich 160 Zentner Roh- oder Gußeisen pro Woche. Ein späterer Historiker führt an, daß das Gesamtwerk von 1770 bis 1823 „über 74 000 Zentner Roheisen, 25 000 Zentner Munition, rund 14 000 Zentner sonstige Gußwaren (Töpfe, Kasserollen, Kessel, Mörser usw.) und gegen 77 000 Zentner Schmiedeeisen" geliefert habe.[8]

In dem umfassenden Werk von Otto Büsch über „Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800–1850[9] wird das Gottower Eisenhüttenwerk nur erwähnt, nicht beschrieben. Die Eisenhämmer hätten, heißt es dort, „in der Regel nicht mehr als zwischen 5 und 30 Arbeitern –; eine Ausnahme in der Größenordnung bildete das Ruhlaer Werk[10] mit schon 114 Arbeitern." Gottow dürfte insgesamt mindestens ebensoviel Arbeiter in der Hütte beschäftigt haben, oder vielleicht sogar mehr. Denn Nicolai schreibt 1806: „Die Anzahl der Seelen, welche dieses Werk ernährt, erstrecken sich auf 156.[11]

Neben den dort Beschäftigten gab es ein landwirtschaftliches Frühproletariat, das sich mit Spinnen und der Bearbeitung von etwas Gartenland und einer Wiese für eine Kuh zu ernähren suchte, aber auch gegen einen niedrigen Tagelohn für das Vorwerk Handdienste leisten mußte. Es war ein dürftiges Leben bei harter Arbeit.

Der Dorfschulmeister Johann Christian Picard

Der einzige Schulmeister des Ortes hatte 1810 73 Kinder zu unterrichten, und diese Zahl wird zur Jahrhundertwende nicht geringer gewesen sein. Er hieß Johann Christian Picard, ist um 1764 geboren, durchlief eine Schneiderlehre bis zur Gesellenprüfung, ging um 1790, vermutlich aus Neigung, in den Schuldienst und starb am 20. Oktober 1838 in seinem Wirkungsort nach fast fünfzigjähriger Lehrtätigkeit.

Die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft Gottows spiegelt die der Bevölkerung wider. Im Jahre 1810 bestand jene aus 2 Kindern des Hüttenoberinspektors, 3 Kindern des Dorfschulzen und des Gastwirts, 21 Kindern von Hüttenarbeitern, u. a. vom Platzknecht, von Hochöfnern, vom Vorschmied, Aufgießer, Köhler und Brauer, 5 Kossätenkindern, 16 Büdnerkindern und

7 Kindern von Tagelöhnerinnen, Knechten, Viehhirten. Dazu kamen noch 19 Kinder aus den Dörfern der Umgebung, deren Eltern zumeist Kolonisten, Tagelöhner, Kossäten oder Büdner waren.

In Gottow wurde Picard nun nicht nur durch Frölich gefördert, sondern auch durch dessen Hallenser Studienfreund, den Gottower Hüttenfaktor Johann Christian Siber, der bald zum obersten Offizianten des Hüttenwerkes, zum Inspektor und Rendanten aufstieg. Aufschlußreich sind Frölichs enthusiastische „Nachrichten von der Dorfschulanstalt in Gottow", die er 1797 zur Ehre des Schulmeisters veröffentlichte.[12] Frölich ist beeindruckt von den Kenntnissen und pädagogischen Fähigkeiten, die sich der Autodidakt Picard angeeignet hat, und über die Erfolge, zu denen er eine Dorfschule führte. Eröffnete doch dieser Schulmeister, der noch vor acht Jahren Schneidergeselle war, die Schulprüfung mit einer Rede „in so richtigem, reinen Deutsch, mit jener Gedankenfülle, die alle sich selbst gebildete Köpfe charakterisiert".[13] Auch der Schulinspektor hebt lobend hervor, daß Picard nach „immer zweckmäßigerer Verbesserung der Lehrmethode" strebe und „die Schriften eines Pestalozzi, Stephani, Riemann und Niemeyer" miteinander vergleiche, „um sich auch mit den Ideen neuer Pädagogen bekannt zu machen". Hier erweist sich die oben angeführte Feststellung, daß die mit der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse enstandenen Fabriken immer mehr und besser geschulte Arbeitskräfte benötigten. Das Eisenhüttendorf Gottow schulisch zu heben, lag im Interesse der ökonomischen, die bürgerliche Emanzipation fördernden Entwicklung, war aber auch weitestgehend auf die Initiative einzelner Persönlichkeiten angewiesen. Frölich gehörte zu den Vertretern einer progressiven Pädagogik, die die Forderung, daß die Aufklärung allen Gliedern der Gesellschaft zugute kommen soll, in der Praxis zu verwirklichen suchten.

Das pädagogische Leitbild, das den Lebensweg eines Menschen begleitet, ist oft abhängig von den eigenen Schulerfahrungen. Wir wissen heute auch, wo Frölich die Impulse für sein pädagogisches Wirken empfing. Was mir bei der Abfassung meiner Monographie gleichfalls noch nicht bekannt war: Er besuchte vom 7. Oktober 1772 an bis 1778 das Franckesche Pädagogium in Halle[14], eine Schulstadt, die mit einer vielschichtigen und z. T. zwiespältigen pädagogischen Ausstrahlung das kritische Durchleuchten und Entscheiden herausforderte. Dort war Frölich Schüler der Lateinischen Hauptschule, der Latina, an der neben Latein, Griechisch und Hebräisch auch eine moderne Sprache, Französisch, eingeführt worden war und das Deutsche besonders durch Übungen im Reden und Briefschreiben und im Schmieden deutscher Verse gepflegt wurde. Vor allem aber erhielt der Unterricht durch neue, dem praktischen Leben dienende Fächer Gewicht: Zoologie, Anatomie des Menschen als Grundlage der Gesundheitspflege, Botanik, Physik der Erde und Meteorologie, Astronomie und Ökonomie (Landwirtschaft) sowie Anfänge

der Technologie durch Besuch von Werkstätten. Auch Fertigkeiten wurden nicht vernachlässigt; Zeichnen und „mechanische Disziplin" wie Drechseln, Glasschleifen und Papparbeit vervollständigten den Unterricht.

Wie stark die durch die hallenser Schulung in Frölich verankerten aufklärerischen und philanthropischen Tendenzen in die Gottower Schule eindrangen, spiegelte sich in deren Lehrinhalt und in Picards pädagogischer Haltung wider. Bei der Abfassung seines Artikels über die Gottower Schule stellte Fröhlich in seiner Begeisterung über das Bemühen und das Können des Schulmeisters seinen Einfluß auf diesen zurück. Denn sicher ist es Frölich zuzuschreiben, wenn Picard nicht nur einen elementaren Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Religion erteilte, sondern als neue, mehr oder weniger ausgebaute Fachgebiete die Naturkunde, die Geographie, die Gesundheitslehre pflegte, daß er zu rationalem Denken hinführte, den Versuch unternahm, die praktische Vernunft auszubilden; zum Beispiel im Kampf gegen Aberglauben und Gespensterfurcht. In Anlehnung an die Schulpraxis der Latina führte Picard auch in die für den Kleinbauern und Landarbeiter wichtige Wetterkunde ein und vermittelte das Wissen von all dem, was der heimische Boden hervorbringt (Botanik verbunden mit Ökonomie). Mit diesen Unterrichtseinheiten unterschied sich die Gottower Schule grundlegend von den Landschulen der Umgebung, ja von brandenburgischen Landschulen überhaupt.

Das galt auch für die Unterrichtsmethode, die Frölichs Einfluß spüren läßt, und die erzieherische Einstellung des Lehrers. Zum ersten war Picards Lehrmethode gleich der am Halleschen Pädagogium praktizierten in den naturwissenschaftlichen Fächern weitestgehend auf Anschauung eingestellt. Und wenn Frölich in seinem Artikel über die Gottower Schule anhand eines von dem Lehrer ausgearbeiteten, von drei Knaben geführten Unterrichtsgesprächs über die Entstehung der Gespensterfurcht die didaktische Methode des Schülerdialogs hervorhebt, denken wir daran, daß der pädagogische Philosoph selbst seine beiden Hauptschriften, die Abhandlung „Über den Menschen und seine Verhältnisse" und das „Thierarzneibuch für den Landmann und Ökonomen" in Dialogform veröffentlichte. Andere Themen, die Picard mit dem didaktischen Mittel des Schülerdialogs seinen Zöglingen nahebrachte, lauteten: „Wie soll man mit Tieren umgehen?" und „Über die Erhaltung der Gesundheit". Ferner hatte Fröhlich in Halle die Grundsätze der „naturgemäßen" Pädagogik kennengelernt. Die Schüler sollen mit Liebe und Freundlichkeit für die Aufnahme der Lehrgegenstände und für die moralischen Belehrungen gewonnen werden. Leitbilder boten dem Gottower Lehrer, gewiß auch auf Frölichs Anleitung, die Vertreter der Aufklärungspädagogik, deren Erziehungssysteme eine starke demokratische Note haben, vor allem Johann Heinrich Pestalozzi[15], Heinrich Stephani[16] und August Her-

mann Niemeyer[17]. Dieser, als Urenkel August Hermann Franckes selbst am Pädagogium erzogen, wirkte, als Frölich in Halle studierte, an der Universität als Professor der Theologie und wurde 1780 außerordentlicher Professor. Der von Rousseau und der Philanthropie beeinflußte Theologe vertrat in seinen beachtlichen pädagogischen Schriften unter anderem, die lange auch vom Bürgertum bestrittene Meinung, daß das Kind des ärmsten Landbewohners ebensogut verständig werden könne wie das des Edelmanns oder Fürsten.[18]

Von dem gleichen Gedanken ging Friedrich Eberhard von Rochow aus, der den Bildungsstand der ausgebeuteten Landbevölkerung heben wollte, indem er forderte, ökonomische Maßnahmen mit erzieherischen zu verbinden[19], und dies selbst auf seinen Gütern in Reckahn und drei weiteren Dörfern vorbildlich praktizierte. Für dessen pädagogische Ziele wiederum setzte sich der Picardsche Gewährsmann Karl Friedrich Riemann ein, indem er unermüdlich Rochows Musterschule zu Reckahn und dessen Lehrart empfahl.[20]

Ganz anders als in Gottow stand es um die Schulverhältnisse der Büdner- und Kolonistendörfer in der Umgebung des Eisenhüttendorfes. Der lobende Bericht Frölichs über die Gottower pädagogische Praxis sollte beispielhaft wirken, da noch überall auf dem Lande trotz des „Königlich-Preußischen General-Land-Schul-Reglements" vom 12. August 1763 katastrophale Schulverhältnisse herrschten. In seinem Gutsort Scharfenbrück selbst hatte Frölich 1792 ein erschütterndes Schulerbe zu übernehmen. Die Bildung und Erziehung der Landjugend litt dort bei völliger Vernachlässigung durch den Staat vor allem durch die auf die armen Eltern abgewälzte Entlohnung des Schulhaltes, die diesen veranlaßte, das Lehren als einen Nebenberuf zu betrachten, durch die nur geringe oder ganz fehlende Ausbildung des Schulhalters und durch das Nichtvorhandensein eines Schulhauses.

Die Schulinspektoren, waren nur an der Verbesserung der Schulen wirtschaftlich wichtiger Dörfer wie Gottow interessiert oder doch wenigstens nicht mutig genug, sich den Berliner Oberbehörden gegenüber für die Kinder der Landarbeiter und Kolonisten einzusetzen. Sie konzentrierten ihre Bmühungen auf die städtischen Schulen.

Wenn man sich die großartigen vorwärtsweisenden pädagogischen Ideen der bedeutenden Schriftsteller der letzten Jahrzehnte des 18. und des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts vor Augen hält, dann wird deren großer Abstand zur ländlichen Schulwirklichkeit in Brandenburg erschreckend deutlich.

Wegen der miserablen Schulverhältnisse in Scharfenbrück, die die Regierung trotz des Erbpächters Bemühen nicht änderte, schickten Frölich und der Müllermeister Deneve ihre Kinder nach Gottow in die Schule. Frölich ermunterte seine Kolonisten mehrfach, diesem Beispiel zu folgen, aber kein Kolonist war dazu bereit. Die Gründe dafür teilte Frölich der Schulinspektion mit: In

ihrer Armut konnten die Kolonisten nicht die nötige Kleidung und das Schuhwerk beschaffen, um ihre Kinder über Land laufen zu lassen.
Aber auch in Gottow konnten die gepriesenen schulischen Erfolge nur im unausgesetzten Kampf gegen die widrigen Lebensbedingungen der Landbevölkerung errungen werden. Es war unendlich schwer für Picard, ein ihn einigermaßen befriedigendes Unterrichtsergebnis bei den Kindern der armen Hüttenarbeiter und bäuerlichen Tagelöhner zu erreichen. Denn wie in Scharfenbrück und ringsum auf den Dörfern besuchten auch in Gottow die meisten Kinder, wie Frölich feststellte, die Schule nur drei bis vier Monate im Jahr, die wenigsten volle sechs Monate.
Noch 1827 betont Picard, wie mühevoll seine Arbeit sei, da von den Schülern der größere Teil jährlich kaum fünf Monate und dazu noch unzusammenhängend dem Unterricht beiwohne.

Ein realistisches Gedicht des Schulmeisters

Picard scheute sich nicht, schon frühzeitig möglichst eindrucksvoll auf diese Notlage und deren Ursachen hinzuweisen. Den Anlaß dazu bot ihm die von der Königlichen Bergwerks- und Hüttenadministration angeordnete jährlich vor Ostern abzuhaltende Schulprüfung, an der die Hüttenoffizienten, der Prediger und die Gemeinderatsmitglieder teilnahmen, zu der sich aber auch benachbarte Honoratioren, Beamte, Prediger und Lehrer, einfinden sollten. Angesichts einer solchen respektablen Öffentlichkeit schuf der damals dreiunddreißigjährige Picard ein Dialektgedicht, in dem er ungehemmt bloßlegte, wie die sozialen Verhältnisse eines brandenburgischen Hüttendorfes die Bemühungen des Lehrers beeinflußten. Picard schreibt am 6. September 1816 an das Schulamt: „Im Jahre 1797, wo vorzüglich viele auswärtige Schulfreunde der Prüfung beiwohnen wollten, wollte ich am Schluß derselben durch einen Schulknaben die Ursachen der häufigen Schulversäumnisse darlegen und zugleich den Anwesenden danken und sie um Nachsicht mit den vorgekommenen Mängeln bitten lassen. Zu dem Ende entwarf ich beikommend das plattdeutsche Gedicht, welches von dem darauf benannten Bauernknaben kraftvoll und mit Beifall vorgetragen wurde.[21] Der Bauernknabe hieß Friedrich Bergemann, der diese Verse am 19. April 1797 sprach:

So seit Sei denn, o leven Heern!
Hüt her gekamen uns to hörn.
Sei seit tom deel wiet hergeföhrt,
Un höhn den Knecht fröh rutgestöhrt.

Det freuet uns nu wol recht sehr
Un brenkt uns ok een Hupen Ehr.
Ja, wenn uns eener Gulden gew,
Det wäre uns doch nicht so lev.

Et is frilich kaum nennenswarrth,
Wat Sie bei uns hüt hähn gehört:
Alleen ick häh denn doch gesehen,
Dat mänjer nickte: det is schön!

Mie was wol erst recht sehre bang,
Doch as ick dachte breet un lang
Da feel mir in: wennt ok nich gaat
Wie bi den Schöler in de Stadt,

So willst du di recht dreiste stelle,
Un willst de Heeren wol vertelle,
Wie kömmt, daß wer nich lese so fix
Un unse Kümpelment un Knix

Nich so maneerlich ut sik nemt,
As wenn man bi de Stadtmann kömmt,
Nu fängt sik an der Grawetiet
Da brikt de Landmann sienen Fliet,

Mockt det hee Erfte un Knullen steckt,
Plant weißen Kohl, de ok goot smeckt
Sät Lien un Herse ok darbei,
Davon mackt Mutter oft een Brei.

Da möt wei denn to Huse bliewn
Un mötn det Vieh störn Herde triewn:
Mötn ok wol sülwiß de Ossen kehrn,
Damet sei nich det Kaarn vertern.

Denn wenn det Kaarn wert afefrätn
Wat söln wei denn im Winter ätn?
Kömmt nu de kleene Plante rut,
So kommt ok fäl son böset Krut.

Wenn det nicht reen wärt uteplückt,
So wart de Plante unterdrückt.
Da möt wei weten frö un spat,
Bes all det Krut is ut de Saat.

Nu is noch nich de Ernde ran,
Da möt wei in de Hede gahn,
Un plücken swarte Heedelbeern:
De smecken söt as Mandelkeern.

Kömmt denn de leve Erntetiet
As söken wei met allen Fliet
De Aerkens ut de Toppeln rut.
De fudern uns ne Hinne ut.

De Eier legt tum Eierkoukn:
Sei seit ok süß noch goot to brukn.
Im Herweß hohln wie Holt un Keen:
Denn sittn wei warm un känen sehn,

Wenn de Wint met Sneiflocken driewt,
De Schäper gern to Huse bliewt,
Un sick bien heten Aven sett,
Wo em för Angst recht düchtig swett.

Nu derwn wei erst tor Schole gahn,
Mötn aber doch noch fröh upstahn
Un spinnen bes de Schol angeit,
Det Awens ok bes't teine schleit.

Oft segt denn unse Mutter woll:
Woto de Junge schriewen soll?
Woto soll hee Papeer versemeern?
Hee soll wol gar stodeeren lern?

So geit nu in der Stadt wol nich!
Da kann dee Junge flietiglich
Jahr ut Jahr in tow Schole gahn.
Will her det Morgens fröh upstahn.

Un stäken siene Näß int Book,
Denn kann hee go wol werden klook.
Da lät sick denn wol bookstabeern
Un ok fix rekn un lesen lehrn.

Da geit det woll! Nat mockt uns ut!
Ich wehre mei ok minen Hut.
Ick weet det twelf een Dutzend is;
Un det de Mus keen Osse is;

Un keen Eke Plumen drägt.
Un wer mei um wat mehret frägt
Dem seg ick: frag hee soone Lüd,
Dee sick to sowat nehmen Tiet.

Un plüken mei een Kesperblatt
Un piep een Ding det recht bunt gaat,
Un danze in dee Krüz un Quer.
Nu seg ick ok keen Wort nich mehr

As eenen smucken groten Dank,
(Süß wert Oehr woll de Tiet to lang)
Det Sei sich hähn dee Möh genomen
Un sint to uns hüt her gekomen:

Det sei uns flitig togehört,
Un sick ok gar nich dranne kehrt,
Wenn wei ok men Dörpkinder sind.
Sei wetn bi uns bloß ok de Wint

So gaat as in de grote Stadt
Un stövt den drögen Sand so watt.
Heer kömmt hee rin, da geit hee rut,
Un is för hüte alles ut.

Die Kinder werden als Arbeitskräfte benötigt und müssen deshalb der Schule fernbleiben, solange die Eltern nicht allein mit der Arbeit fertig werden: Sie müssen beim Säen und Stecken helfen, das Vieh austreiben und hüten, Un-

kraut jäten. Vor der Ernte sind die Waldbeeren zu pflücken. Nach der Ernte wird gestoppelt, damit die Körner eine Henne ernähren können. Dann kommt der Herbst und zwingt die Kinder, Holz und Kien zu sammeln und nach Hause zu schleppen. Mit diesen Andeutungen greift Picard nur Beispiele aus dem Alltag der Kinder heraus, schildert er auf keinen Fall deren volle Arbeitslast; nicht gesagt ist auch, daß die Kleinen dies alles mit dürftiger Kleidung und barfuß oder auch mit mangelhaftem Schuhwerk bei jeder Witterung bewältigen müssen. Sie bekommen früh die Härte der Armut zu spüren, die ihre Eltern bedrückt. Erst im Winter kann für die Dorfkinder die Schulzeit beginnen. Aber auch dann haben sie vor dem Unterricht ein Arbeitspensum zu erledigen. Sie müssen sehr früh aufstehen und erst einmal beim Spinnen ein Stück harter Arbeit leisten. Ohne die Hilfe der Kinder würde der Lohn der Eltern für das Gesponnene noch geringer ausfallen.

Nicht vermerkt hat Picard in seinem Gedicht, daß die jämmerlichen Wohnverhältnisse gerade in der winterlichen Schulzeit die Leistungen der Kinder beeinträchtigten. Eine Kolonistenfamilie z. B. verfügte nur über eine Stube und eine Kammer und teilte die Küche mit einer anderen Familie. Die Arbeiter und Tagelöhner dürften nicht besser mit Wohnraum bedacht gewesen sein. Die ökonomische Situation der Dorfarmen und Hüttenarbeiter zwang die Familien dazu, die Kinder mit einzuspannen und die Arbeit in Haus und Hof für wichtiger zu halten als das Studieren und Papier-Vollschmieren. Picard hat das in seinem Gedicht überzeugend zum Ausdruck gebracht.

Man spürt aus Picards Versen sein pädagogisches Ethos, seinen Altruismus und sein Verständnis für die Schüler, das auf einer genauen Kenntnis und Berücksichtigung ihrer sozialen Situation beruht.

Aus dem Gedicht ist auch ablesbar, wie groß der den Gottower Lehrer bedrückende Unterschied zu den Schulverhältnissen der Stadt ist.

Die Belastung der Kinder mit häuslicher Arbeit und die dadurch beeinträchtigten Schulverhältnisse in Gottow hatten sich im Jahre 1810 noch nicht geändert, so daß Picard bei der Schulprüfung am 9. April das Gedicht von 1797 noch einmal vortragen lassen konnte. Es war immer noch hochaktuell. Frölich, der in seiner Erstlingsschrift „Über den Menschen und seine Verhältnisse[22] seine pädagogischen Ambitionen erwiesen hatte und sich auf seinem Erbpachtgut ohne Erfolg an den harten Realitäten der preußischen Landschulverhältnisse rieb, erhoffte sich zunächst Erfolge für die Ausbildung der Schulmeister durch die modernen pädagogischen Methoden, die das „Schulmeister-Seminarium zu Berlin“ vermittelt. Aber er erkannte, daß das – wie ihm der Fall des Scharfenbrücker Schulhalters Fürstenau bewies – wirkungslos ist, wenn nicht durch eine ausreichende Bezahlung die Lebensverhältnisse der Landlehrer verbessert und durch ausreichende Schulbauten Schülern und Lehrern eine günstigere Arbeitsgrundlage geboten wird.

In seinem Essayband „Gemälde nach der Natur“[24] bringt Frölich eine fingierte „Antwort eines Fürsten auf die Klagen der Schullehrer über geringes Gehalt“. Auf seines Schulhalters Beyers Beschwerden, die in mehr als ein Dutzend Schreiben dem König vorgetragen wurden, antwortete der Inspektor, es sei doch selbstverständlich, daß ein Schullehrer „eine Profession versehen“ müsse, „wo er sich vorzüglich seinen Unterhalt zu erwerben imstande“ sei. Frölich aber lehnt in seinem Essay die Invaliden- und Korporallehrer ab, wendet sich auch dagegen, daß Schneider und Krüger im Nebenberuf als Schulhalter fungieren. Er tritt für eine „bestimmte Bildung“, das heißt eine gute Fachausbildung für alle Berufe ein: Auf der einen Seite sollen Handwerker beruflich so gut ausgerüstet sein, daß sie von ihrem Handwerk allein ihre Familie ernähren können, andererseits sollen gut ausgebildete Lehrer eine ausreichende Besoldung erhalten und nicht genötigt sein, nebenbei Geld zu verdienen oder gar zu erbetteln, wie der Scharfenbrücker Schulmeister Beyer.

Freilich ist sich Frölich dessen bewußt, daß eine grundlegende Besserung des Landschulwesens nur erreicht werden kann, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung sich soweit gewandelt haben, daß die Kinder nicht für den Familienunterhalt mitarbeiten müssen, sondern regelmäßig, auch im Sommer, die Schule besuchen können. So fordert er in seinem Essay auf, über die Besserung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens nachzudenken und sich für diese einzusetzen, denn „Ändern nach Kräften, das geziemt dem Manne“.

Anmerkungen:

1 Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar nach dem Ausbruche des franz. Krieges im Oktober 1806. Von einem ehemaligen höheren Staatsbeamten. Leipzig 1847. S. 342–345.

2 Helmut König: Zur Geschichte der Nationalerziehung in Deutschland im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts.
Berlin 1960, S. 61–69, die folgende Auf. S. 69.

3 Akademie-Verlag Berlin 1959.

4 Archiv für Sippenforschung, Jg. 19, H. 10, S. 235 f.
Den Hinweis verdanke ich der freundlichen Aufmerksamkeit des Bibliotheksrats Peter P. Rohrlach, Stadtbibliothek Berlin.

5 J. G. F. Cannebich, Lehrbuch der Geographie. 12. Aufl. Ilmenau 1829, S. 541.
Dort werden 265, in Joseph Meyer, Das große Conversations-Lexikon, 13. Bd. Hildburghausen usw. 1848, S. 565 300 Einwohner genannt.

6 Berthold Schulze: Besitz- und siedlungsgeschichtliche Statistik der brandenburgischen Ämter und Städte 1540–1800. Berlin 1935, S. 79.

7 Adolf Friedrich Johann Riedel: Codex Diplomaticus Brandenburgensis. Bd. XI, Berlin 1856, S. 279.

8 Friedrich Nicolai: Beschreibung der königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam..., Bd. 3, Berlin 1806, S. 1044 f. –
Hermann Hahn: Das Hüttenwerk Gottow bei Luckenwalde. In: Die Provinz Brandenburg in Wort und Bild, 2. Bd. Leipzig und Berlin 1912, S. 395.

9 Berlin (West) 1971, S. 82, die folg. Anf. S. 83.

10 „Ruhlaer Kolonie" nannte man die Vorstadt von Neustadt Eberswalde, weil sich dort zahlreiche Eisen- und Stahlarbeiter aus dem damals Sachsen-Weimar-Eisenachischen Ort Ruhla angesiedelt hatten.

11 A. a. O., S. 1045.

12 Der Traum vom Menschenglück. S. 192–194, 230 f.

13 Abschrift dieses Artikels: Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Pr. Br. Rep. 2A Regierung Potsdam, Abt. II. Kreis Jüterbog-Luckenwalde. Schule zu Gottow. Bl. 88–91; die folgende Anf. Bl. 63.

14 Siehe Fußnote 5 und Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, Halle, Archiv der Franckeschen Stiftungen, Abt. Schularchiv, Schülerverzeichnis.

15 Wie Gertrud ihre Kinder lehrt. Bern und Zürich 1801; Buch der Mütter, ebd. 1803; Anschauungslehre der Zahlenverhältnisse, ebd. 1804.

16 Grundriß der Staatserziehungswissenschaft. Weißenfels und Leipzig 1797. Kurzer Unterricht in der leichtesten und kürzesten Methode, Kindern lesen zu lehren. Erlangen 1803.

17 Ansichten der deutschen Pädagogik und ihre Geschichte im 18. Jahrhundert. Halle 1801; Leitfaden der Pädagogik und Dialektik, Halle 1802.

18 Siehe König a.a.O., S. 413 f.

19 Ebenda, S. 200–208.

20 Beschreibung meiner Reise von Berlin über Potsdam nach Reckan. 2. Aufl. Frankfurt und Leipzig 1780; Versuch einer Beschreibung der Reckanischen Schuleinrichtung. Berlin und Stettin 1781; Neue Beschreibung der Reckanischen Schule. Berlin und Stettin 1792; Über Arbeitsschulen, Berlinische Monatsschrift 1792 St 10.

21 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. A, Regierung Potsdam, Abt. II, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, Schule zu Gottow, Bl. 135–140.

22 Neu herausgegeben von Gerhard Steiner, Akademieverlag, Berlin 1960.

23 Die näheren Umstände enthält „Der Traum vom Menschenglück".

24 Verlag Unger, Berlin 1802.

Die Stadtwüstung Freyenstein, Kreis Wittstock

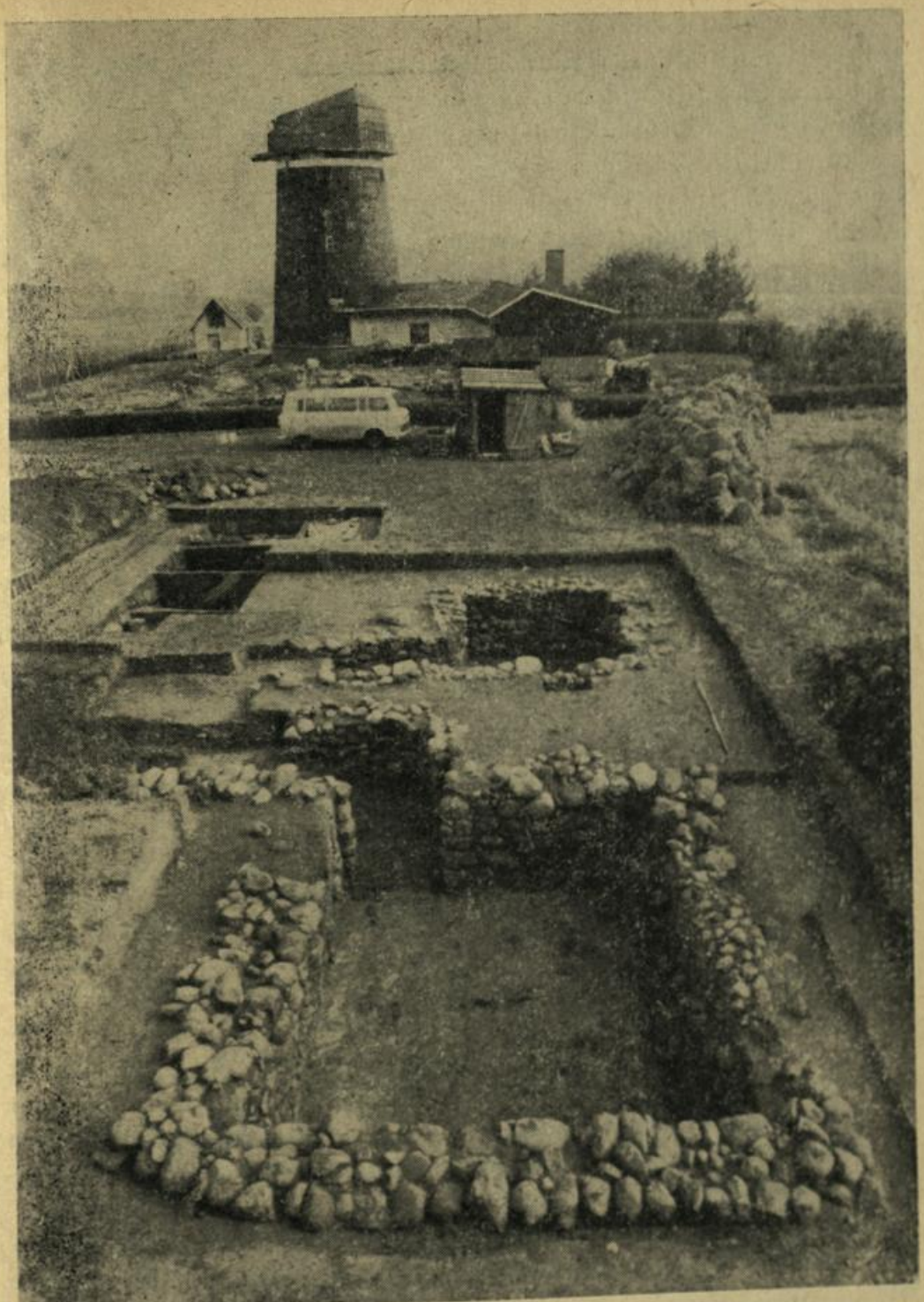
Von Christa und Friedrich Plate

Eine Anhöhe westsüdwestlich der Stadt, unmittelbar an deren Befestigungssystem grenzend, erweckt schon seit längerem die Aufmerksamkeit von Historikern und Archäologen.

Die Stelle trägt den Flurnamen „Altstadt" und ist der Platz, auf dem Freyenstein ursprünglich gegründet worden war und bis zum Jahre 1287 gestanden hat. In diesem Jahr erfolgte eine Neugründung durch die brandenburgischen Markgrafen Otto IV. und Konrad, verbunden mit der Verleihung des Stadtrechtes von Brandenburg. Aus dem Text der Urkunde geht auch der Grund für die Neugründung und die gleichzeitig erfolgte Verlegung an die heutige Stelle hervor: die Stadt war mehrmals in Grenzkämpfen zwischen den brandenburgischen Markgrafen und den mecklenburgischen Herren von Werle, die die Besitzer der unmittelbar angrenzenden Gebiete im Süden Mecklenburgs waren, zerstört worden.

Der Zeitpunkt der Erstgründung ist nicht überliefert. Der Beginn der Besiedlung wird anhand der Gründungsdaten anderer Prignitzstädte und der bisherigen Ausgrabungsergebnisse im Altstadtgelände, über die im Folgenden berichtet wird, in den Zeitraum vom Ende des 12. und den Beginn des 13. Jahrhunderts gesetzt. Zeitlich älteres slawisches Fundmaterial fehlt ganz. Die Stadt wurde in einem in slawischer Zeit nur dünn besiedelten Gebiet angelegt, das von Wäldern eingenommen wurde, welche die Gebiete der slawischen Stämme der Došane an der Dosse und der Müritzer im Müritzseengebiet voneinander trennte. Nach der Eroberung der Prignitz im Zuge des von Havelberg 1147 ausgehenden Wendenkreuzzuges durch deutsche Feudalherren wurden hier elf Herrschaftsbezirke, sogenannte terrae gebildet. Freyenstein liegt im Gebiet der terra Wittstock, die zum Besitz der Bischöfe von Havelberg gehörte. Erste nachweisbare Eigentümer, wohl seit 1244, sind die mecklenburgischen Herren von Werle, die die Stadt von den Bischöfen zu Lehen hatten. Sie kommen deshalb neben den Havelberger Bischöfen als Stadtgründer in Betracht.

1263 oder 1267 eroberten die Markgrafen von Brandenburg die Stadt und den nördlichen Teil der Herrschaft Wittstock. Die Nordgrenze dieses Gebietes war noch bis in den Anfang des 14. Jahrhunderts hinein heftig umkämpft. Neben den schweren Verwüstungen, die die Stadt im 13. Jahrhundert betrof-



Übersicht über die Grabungsfläche 1984 mit zwei freigelegten Feldsteinkellern

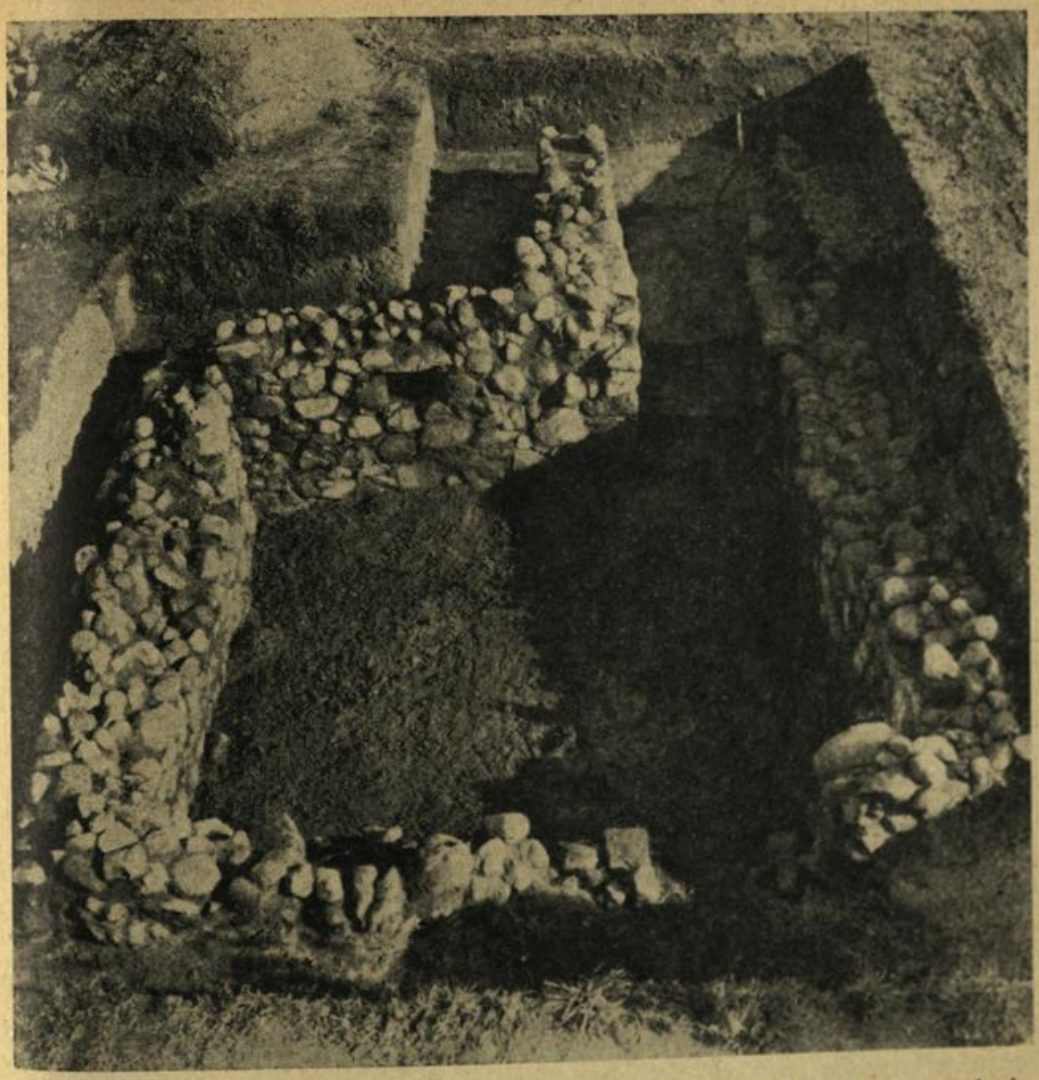
fen hatten und die einen Wiederaufbau an gleicher Stelle sinnlos erscheinen ließ, spielte sicherlich auch die günstige strategische Lage des neu gewählten Standortes eine entscheidende Rolle für die Neugründung. Freyenstein wurde damals von der Hochfläche in ein Niederungsgebiet verlegt, wodurch zusammen mit der Verkleinerung des Stadtareals und der Errichtung einer neuen Stadtbefestigung offensichtlich ein besserer Schutz vor Angreifern erreicht wurde. Gleichzeitig rückte die Stadt in die unmittelbare Nähe einer wohl schon vorher angelegten Burg an der Stelle des heutigen Alten Schlosses im Süden der Stadt. Ursprünglich befand sich hier eine ganz von einem Wassergraben umgebene rechteckige Befestigung von 45 x 40 Meter Seitenlänge, auf der 1556 ein Renaissance-Schloß erbaut wurde. Burgen dieses Typs wurden in der 2. Hälfte des 12. und im 13. Jahrhundert von deutschen Feudalherren in der Mark Brandenburg errichtet. Eine genaue zeitliche Einordnung wäre jedoch nur durch eine Ausgrabung zu erreichen.

Auf dem Altstadtgelände sind für eine Ausgrabung sehr günstige Bedingungen gegeben. Die Ausdehnung des alten Stadtgeländes kann durch die heutige Topographie – abfallende Hänge und Reste der ehemaligen Stadtbefestigung, die als Wall und Graben im Westen und Nordwesten noch erkennbar sind – mit 680 Meter in West-Ost-Richtung und 480 Meter in Nord-Süd-Richtung gut bestimmt werden.

In diesem Areal fanden nur an zwei Stellen, bei einem Schulneubau und durch den Bau einer Windmühle, größere Erdbewegungen statt. Da das ganze übrige Gelände ackerbaulich und gärtnerisch genutzt wird, stünde es somit einer archäologischen Untersuchung zur Verfügung, ohne daß wesentliche Störungen der im Boden erhaltenen Strukturen der alten Stadt zu erwarten wären. Diese Umstände sind für die Erforschung der Anlageform, der Bauweise von Wohnhäusern und Wirtschaftsgebäuden, der Untersuchung von Produktionsstätten und der Art der Nutzung eines städtischen Areals in der Frühphase der Stadtentwicklung von großer Bedeutung, da diese Bedingungen in Städten, die nicht verlegt wurden, wegen der bis in die Neuzeit hinein erfolgten Eingriffe in den Boden, ungleich schlechter sind. Die dort zwangsläufig vorhandenen Bodenstörungen lassen nur unter sehr günstigen Bedingungen und immer nur in begrenztem Umfang Beobachtungen von Baustrukturen aus älteren Zeitabschnitten zu.

Der Anlaß für den Beginn der Grabungen im Altstadtgelände waren 1979 beim Verlegen einer Telefonleitung zur Mühle aufgefundene Fundamente eines Feldsteingebäudes zusammen mit Scherbenfunden. Das Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, Forschungsstelle für die Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. erhielt damals Meldung über die Funde von ehrenamtlichen Mitarbeitern des Museums in Freyenstein und Wittstock.

Seit 1980 wurden in jährlich ca. acht Wochen andauernden Grabungskampag-



Grundriß des später oberirdisch markierten Feldsteinkellers mit Wandnische nach der Freilegung. In Vordergrund Fensteröffnung

nen bis 1985 zwei ca. 50 Meter voneinander entfernte Flächen von insgesamt 925 m² Größe untersucht. Dabei wurden 17 Komplexe angeschnitten, von denen zwölf vollständig untersucht wurden. Wegen der Größe des Fundplatzes und der nach den ersten Grabungskampagnen festgestellten fundleeren Flächen zwischen den einzelnen Bauwerken, wurde 1983 eine geomagnetische Erkundung von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften Berlin durchgeführt. Hierdurch wurde eine Reihe von Arealen erkannt, in denen sich Funde und Befunde konzentrierten. Die Grabung konnte dadurch ab 1984 zielgerichtet fortgesetzt werden. Auf einer Fläche von nur 390 m² westlich des Mühlengrundstückes wurden zehn Komplexe nachgewiesen.
Die bisher ergrabenen Objekte können wie folgt untergliedert werden: Vier

Feldsteinkeller, zwei Holzkeller, ein Pfostenbau (Backhaus), ein ebenerdiges Bauwerk mit Feldsteinfundamenten und Schleppdach (vermutlich Hufschmiede), drei Gruben und ein Bronzeverarbeitungsplatz mit kleiner Herdstelle. Bei den übrigen fünf angeschnittenen Bauwerken handelt es sich um Holzkeller, die z. T. noch untersucht werden.

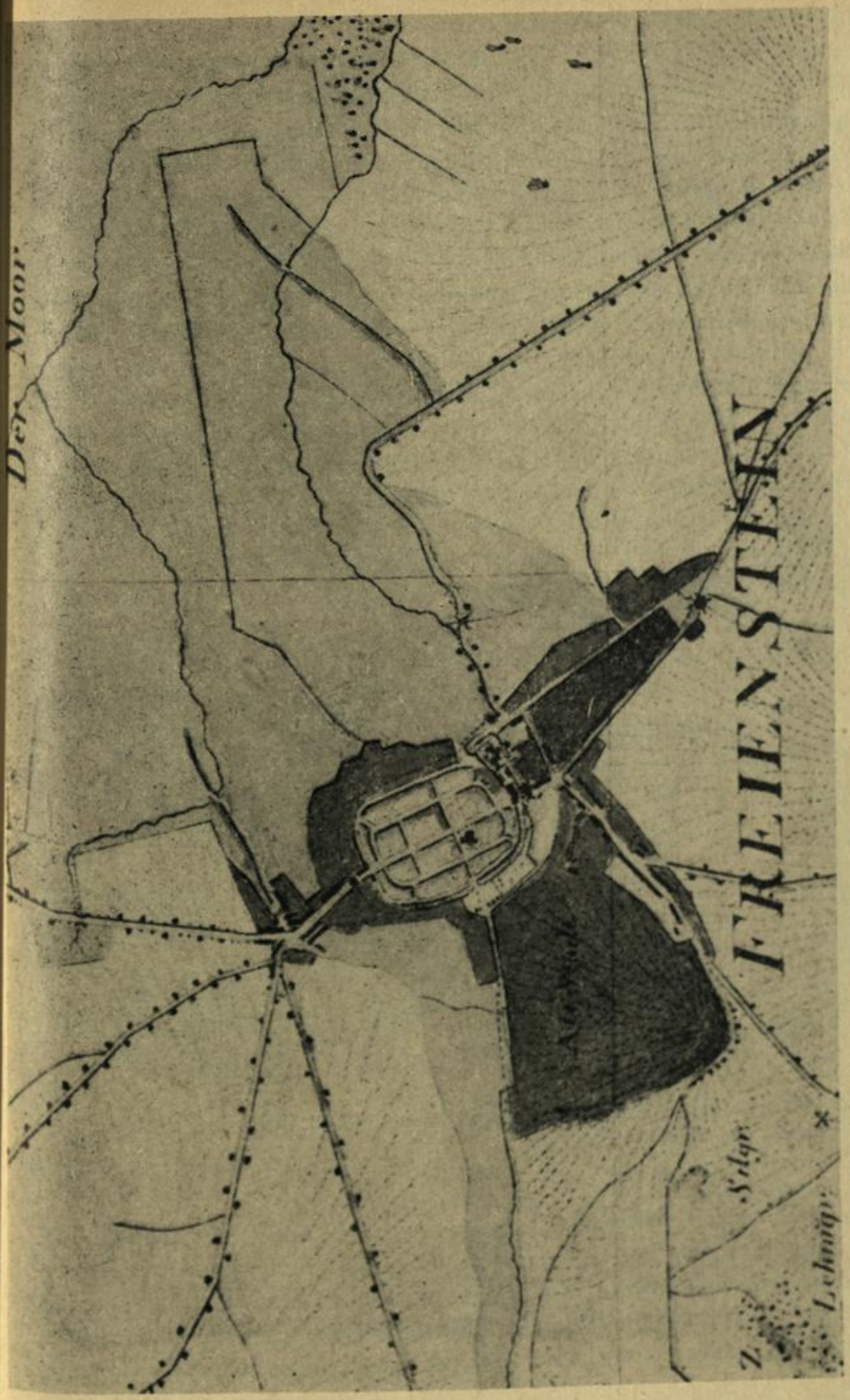
Aus der Übersicht geht hervor, daß bisher vorwiegend Reste von Gebäuden freigelegt wurden, die unterkellert waren, oder Fundamente bzw. Pfostensetzungen hatten, die unter das alte Oberflächenniveau reichten. Der Nachweis von ebenerdigen Bauwerken, die hier auch vermutet werden, sowie von Straßen und Wegen gelang bisher nicht, da die alte Oberfläche nicht mehr erhalten ist.

Die Fundamente der vier bisher freigelegten Steinkeller bestanden aus sorgfältig in Lehm verlegten Feldsteinen mit einem durchschnittlich 4,0 x 4,0 m großen Innenraum und ca. 1,40 m Tiefe. Sie besaßen vorgebaute Eingangsrampen unterschiedlicher Konstruktionen z. T. mit noch erhaltenen Feldsteintreppen. Diese Keller wurden sicherlich zur Aufbewahrung von Vorräten genutzt und besaßen, wie die Verfüllschichten beweisen, ein oberes Stockwerk in Fachwerkbauweise, das auf dem ursprünglich ca. 1,0 m über die heutige Oberfläche reichenden Feldsteinfundament aufgebaut war.

Neben diesem Obergeschoß können auch ebenerdige Anbauten bestanden haben, die jedoch aus den oben angeführten Gründen nicht mehr nachgewiesen werden konnten. Der Keller wäre dann nur ein Teil des Hauses mit einer größeren Grundfläche. Neben der Nutzung als Vorratsraum muß mit einer ursprünglich wohl auch vorhandenen Schutzfunktion der Keller gerechnet werden.

Zwei ausgegrabene und zwei weitere angeschnittene Holzkeller haben langgestreckt rechteckige Grundrisse von maximal 2,50 m Breite, durchschnittlich 4,00 m Länge und 1,60 m Tiefe. Hölzerne Eingangstreppen befanden sich an den Schmalseiten. Die Holzwände und Eckpfosten waren als Verfärbung erhalten. Der Fußboden markierte sich, ebenso wie in den Steinkellern, als dünne Schicht von dunkler Färbung über dem anstehenden lehmigen Sand; er war also nicht befestigt gewesen. Eindringendes Regenwasser wurde in kleinen Gruben, die an der tiefsten Stelle des Kellers angelegt waren, aufgefangen.

Der Grundriß des 1982 freigelegten Backhauses in Pfostenbauweise war annähernd trapezförmig. Deutlich markierte sich der Eingang an der Nordseite. Im Zentrum des Gebäudes befanden sich drei übereinanderliegende runde bis ovale Tennen von Backöfen. Sie waren seitlich etwas versetzt angeordnet und sind nacheinander in Gebrauch gewesen. Die Lehmtennen mit sehr glatter, hartgebrannter Oberfläche waren auf einem Fundament aus Lehm errichtet worden. Steinsetzungen markierten die Feuerlöcher, während die aus einer



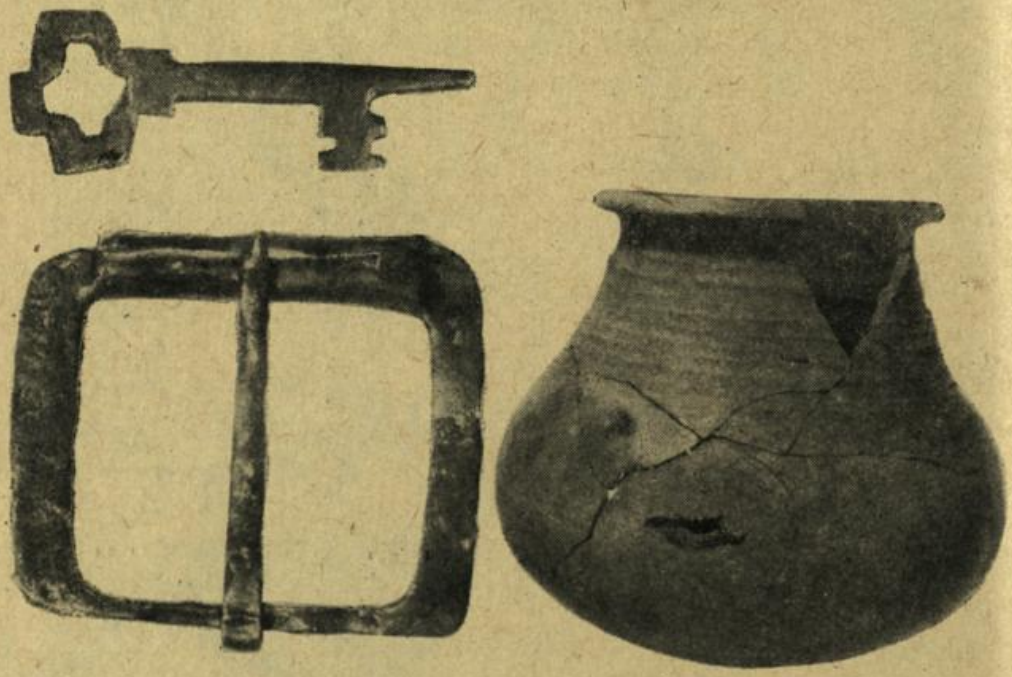
Ausschnitt aus dem Urmeßtischblatt 1823

Holz-Lehm-Konstruktion bestehenden Kuppeln nicht mehr vorhanden waren.

Nach den bisherigen Untersuchungen zeigt sich bereits, daß die Bauwerke regelmäßig zueinander ausgerichtet waren. Zwischen ihnen befanden sich teilweise größere fundleere Flächen, die möglicherweise Hofgrundstücke oder Gartenland waren. Weitere Aussagen über die innere Struktur der Stadt können noch nicht gemacht werden.

In den einzelnen Bauwerken und deren unmittelbarer Umgebung wurden zahlreiche Geräte und andere Gebrauchsgegenstände, sowie Bruchstücke von ihnen, aus Keramik, Metall, Glas, Holz und Knochen geborgen. Dabei handelt es sich sowohl um Siedlungsabfälle als auch um Gegenstände, die verloren wurden oder nach dem Zusammensturz der Häuser nicht mehr zugänglich waren.

Die größte Fundgruppe umfaßt das Keramikmaterial, welches sich überwiegend aus Scherben oder größeren Gefäßbruchstücken zusammensetzt. Neben



Funde aus dem verschiedenen Komplexen. Bronzeschlüssel (links oben), Eisenschnalle (links unten) und Kugeltopf (rechts)

den für diese Zeit typischen Scherben von grauen Töpfen, Kannen und Tassen mit halbrundem Boden, den sogenannten Kugeltöpfen, wurde in Freyenstein erstmals ein größerer Komplex gut erhaltener Gefäße anderer Materialstruktur und Formgebung gefunden. Die teilweise glasierten Gefäße werden einmal Rückschlüsse auf Handelsverbindungen möglich machen.

Zahlreiche Metallgegenstände aus allen Bereichen des täglichen Lebens erlauben Aussagen zur Wirtschaftstätigkeit, dem Haushaltsgerät und der Bewaffnung der Bewohner, Tierknochen und pflanzliche Reste, die als Abfälle fortgeworfen wurden, werden nach Abschluß der Untersuchungen von Fachwissenschaftlern ausgewertet.

Wegen seiner besonderen Bedeutung steht der Fundplatz unter staatlichem Schutz. Alle Veränderungen, insbesondere Eingriffe in den Boden, bedürfen der Genehmigung durch das Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. Funde, die bei der Bearbeitung des Bodens oder oberflächlich zutage kommen, sind, wie alle Funde aus ur- und frühgeschichtlicher Zeit, ablieferungspflichtig.

Die Grabungen sollen in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, um die bisher gewonnenen Ergebnisse zu vervollständigen. Für die Zukunft ist auch ein Grabungsschnitt durch die ehemalige Stadtbefestigung geplant, um deren Aufbau zu klären. Mit Hilfe von Sondierungen soll versucht werden, die Lage der Kirche festzustellen, über deren Standort nur Vermutungen vorliegen. Über die Grabungsergebnisse wird in Publikationen und Ausstellungen berichtet werden; geplant ist eine Präsentation eines Teils des Fundmaterials in der Burg Freyenstein.

Der Grundriß des ersten, 1980 untersuchten Feldsteinkellers, wurde mit Mitteln des Rates des Kreises Wittstock oberirdisch sichtbar markiert. Zu diesem Zweck wurden die freigelegten Fundamentmauern bis über das Oberflächenniveaus hochgemauert, so daß der Besucher heute den Kellergrundriß in seiner Originalgröße und -ausrichtung an der Fundstelle besichtigen kann.

Literatur

Lieselott Enders, Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil 1, Prignitz Weimar 1962

Walter Matthes, Urgeschichte des Kreises Ostprignitz. Leipzig 1929.

Johannes Schulze, Die Prignitz. Köln-Graz 1956.

Der Backofen, das kleinste Bauwerk im Dorf

Von Kurt Weiden

Er war zwar das kleinste; aber gleichzeitig ein lebenswichtiges Bauwerk im Dorf, von denen es meist mehrere gab. Die Backöfen galten als feuergefährlich, ein Grund, daß sich die „Obrigkeit" wiederholt mit ihnen beschäftigen mußte. Im Reglement „Über die Anlegung von Backöfen in den Dörfen vom 16. 4. 1761" wies die Kriegs- und Domänenkammer auf die Feuersbrünste hin, welche durch die Nähe der Backöfen an Gebäuden und vor allem durch mangelhafte Aufsicht entstanden sind. Sie hielt es für rationeller, nur einen Backofen im Dorf zu haben, diesen voll auszunutzen, durch eine zuverlässige Person ständig betreuen zu lassen und „nicht in der Wirtschaft für das Brotbacken einen halben Tag aufzubringen."

Die Kriegs- und Domänenkammer wies daher an:

1. Es sollen nicht mehr als höchstens 4 Backöfen in einem Dorf gehalten werden.
2. Der Ofen soll, wenn im Dorf genügend Platz vorhanden ist, so groß gebaut werden, daß mehrere Wirte gleichzeitig darin backen können.
3. Wenn möglich, können mehrere Seiten eines Dorfes für die Errichtung von Backöfen verwendet werden, (um zu weite Wege zu vermeiden.)
4. Die Backöfen müssen künftig mit Schornstein versehen werden und eine Mindestentfernung von 30–40 Schritten von den Gebäuden haben.
5. Nur in Ausnahmefällen dürfen Backöfen im Garten gebaut werden.
6. In jedem Dorf mit einem gemeinsamen Backofen sind Personen wie „arme Leuthe, wie Schäfer- und Nachtwächterfrauen zur Aufsicht zu bestellen", die das Heizen und Abbacken beaufsichtigen sollten.
7. Das Holz muß jeder selber liefern.
8. Holz und Stroh dürfen nicht eher gebraucht werden, ehe geheizt wird.
9. Bei Sturm darf ein Ofen nicht geheizt, das Backen muß auf einen anderen Tag verschoben werden.
10. Es ist mit großer Vorsicht beim Heizen vorzugehen. Flachs soll möglichst in der Sonne und nicht im Ofen geröstet werden.
11. Mit Ende des Jahres sollen die gefährlichen Backöfen aus den Dörfern entfernt werden. (1761)

Es mußte allerdings „mißfällig vernommen werden", daß nicht nach dem Reglement verfahren wurde. (13. 7. 1767) Nun entschloß sich die Kriegs- und

Domänenkammer, einen Backofentyp zu entwickeln, der vor allem den Forderungen nach Sicherheit entsprach. Hierzu war eine Befragung der Bevölkerung vorausgegangen. Diese sah wohl die Notwendigkeit ein, dennoch war es recht schwer, alte Gewohnheiten und Traditionen aufzugeben. Grundsätzlich waren vor allem die Frauen gegen ein gemeinsames Backen, wobei in einigen Dörfern die Auffassungen auseinandergingen. Es gab auch damals keine Hausfrau, die eine „olle Schmuddeljuste" an den Backtrog ließ oder an den Ofen stellte. Die Furcht vor Feuersbrünsten war groß; aber die Kosten für die Errichtung eines Backofens waren auch nicht gering. Die Amtmänner, Lehnschulzen, Gerichtsmänner und einsichtigen Dorfbewohner legten Wert auf den Schutz ihrer Gehöfte vor Feuersbrünsten.

Das Ergebnis der Räte in der Kriegs- und Domänenkammer war ein „Anschlag zur Anfertigung eines publiquen Backofens von 10–12 Fuß im Durchmesser Größe, Gewölbt, mit Dachstein in Lehm belegt, mit einem massiven Vorgelege und Schornstein versehen nach anliegender Zeichnung." Die Originalzeichnung, farbig angelegt, ist ein kleines Kunstwerk. Man verstand es bereits damals, eine Sache schmackhaft zu machen. Hierzu wurde folgender Kostenanschlag gemacht:

„*An Arbeitslohn*	Th	sgr
Das Fundament zum Backofen 3 Fuß in und über der Erde hoch gerechnet 2 Fuß aequirt stark von Feldsteinen auszulegen, und den Backofen selbst 10–12 F Durchmesser, 4 F hoch auf 1/2 Stein, mit Gurten auf ein Stein stark wölben, in Lehm gemauert.	6	12
Das Verlegen davor 6 F im Quadrat groß mit Schornstein auf Kappe darüber zus. incl. Berappen	4	–
Den Ofen mit Lehm zu bewerfen 3–4 Zoll stark	–	16
Solchen mit Dachstein in Lehm eingedeckt zu belegen	1	–
facit Maurerarbeitslohn	12	4
Dem Tischler, Schlösser und Schmidt		
1 glatt geleimte Thüre außerhalb vor das Vorgelege, mit Bänder, Mauerhaken und Schließ-Krammen	1	18
1 starke eiserne Ofen Thüre mit Mauerhaken und Schließ-Kramme	3	4
3 eiserne Anker in die Schornsteinkappe a 18 gr	2	6
1 doppelte Ofen Eisen im Sturz des Mundloches	1	6
facit vom Tischler, Schlösser und Schmidt	8	10
An Materialien		
24 Fudersteine zum Fundament des Backofens und des		

	Vorgeleges a 14 Cubicfuß Größe erforderlich, diese fahren die Gemeinen selbst an von Orthen wie dergleichen in der Nähe zu haben		
4000	Mauersteine kosten auf denen Ziegeleyen im Durchschnitt 18 sgr das Hundert. Hier also	30	–
1300	Dachsteine zur Decke des Backofens erforderlich dito a 18 sgr das Hundert auf der Ziegeley	9	18
3	Tonnen Kalk zum Fundament und dem Berappen des Vorgeleges und Schornsteins von außen a 1 Th 16 sgr auf denen factoreyen gegenwärtig	5	–
–	Lehm, Sand auch Stroh zum Bewerfen des Ofens fahren die Gemeinen unentgeltlich an		
	facit der Materialien	44	18

Recapitulation

1. dem Maurer an Arbeitslohn	12	4
2. dem Tischler, Schlösser und Schmidt	8	10
3. An Materialien	44	18
in Summen	65	8

Berlin den 6ten Februar 92 (1792)"

Die Baukosten mit ca. 65 Talern (eine Kuh kostete 15 Taler) waren bewußt so niedrig gehalten. Tatsächlich betrugen diese, wie an anderer Stelle festgestellt wurde, 80–90 Taler. Als die Dorfbewohner den Kostenanschlag sahen, gab es erneute Diskussionen.

Die Verminderung der Feuergefährlichkeit wurde anerkannt. Dem gegenüber standen die Wünsche Einzelner. Die Räte der Kriegs- und Domänenkammer legten den Landräten nahe," ... gemeinschaftliche Backöfen nicht durch Zwang zu bewürken, sie hielten dafür: daß solche denen Unterthanen als freier Sache überlassen bliebe."

Sie würden schon selber erkennen, daß ein gut gebauter gemeinschaftlicher Backofen „von 70 bis 80 Thaler" billiger und besser ist, als wenn jeder Wirt selbst baut und dabei sein Gehöft und andere gefährdet. Die Kammer schlug vor, für 20 bis 30 bäuerliche Familien 3 bis 4 gewölbte Backöfen „mit massiven Vorgelegen" zu errichten, in denen auch Obst und Flachs (!) getrocknet werden kann.

Die Kammerräte wußten aber auch recht gut, daß das Backen von den wirtschaftlichen Belangen in den Haushaltungen und den recht unterschiedlichen Bedürfnissen abhängig war, was an den Feiertagen zu einem großen Andrang auf den gemeinschaftlichen Backofen führte." Auch würden die kleinen Leuthe, Hirten und Tagelöhner sehr leiden, die nicht viel mit einem mal backen könnten, daher öfter backen müßten, diese würden also

erst den Ofen heiß machen müssen." Brenn- und Raffholz war bereits damals sehr knapp. Während es die Bauern mit Pferd und Wagen nach Hause fahren konnten, mußten sich die Tagelöhner und Büdner mit der schwer beladenen Karre durch den Sand quälen. Hier dachten bereits einige Kammerräte sozial. Am meisten wurden die Backöfen in der Zeit von Michaelis (29. 9.) bis Martini (11. 11.) benutzt. Im Vordergrung stand nun die Brennholzersparnis." Die Wirthe sollen hieran gewöhnt werden und das Holtz nach Proportion liefern." Also hat bereits damals manch einer gern auf Kosten des andern gelebt.

Die gemeinschaftliche Benutzung und Instandsetzung des Backofens führte zwangsläufig zu Auseinandersetzungen in der Gemeinde. Örtliche Regelungen wurden vorgeschlagen. Zum besseren Schutz war der Backofen mit einem Ziegeldach zu versehen und sollte nicht wie bisher mit einem Bretterdach oder sogar mit Stroh (!) abgedeckt werden.

Von wesentlicher Bedeutung waren die Sicherheitsabstände von den nächsten Gebäuden, die wenigstens 40 bis 50 Schritt betragen mußten.

Grundsätzlich wurde das Bretterdach über dem Backofen verboten. Auch damals wurde nicht auf die Mitarbeit der Bevölkerung verzichtet, wie aus folgenden Vorschlägen hervorgeht:

- Der Backofen darf nur vormittags und nicht abends geheizt werden, weil tagsüber derselbe besser „beobachtet werden könne."
- Jeder Wirt ist verpflichtet, den Ofen zu überwachen „bei nahmhafter körperlicher Strafe dafür zu sorgen, daß beim Herausnehmen des Feuers alle mögliche Behutsamkeit beobachtet, solches sogleich vor dem Backofen eingegraben oder mit Wasser ausgelöscht werden." Es wurde niemand gestattet „die aus dem Ofen gescharrte glühende Asche oder Kohlen nach seinem Hause zu bringen."
- Flachs und Hanf durften nicht vor dem Ofen ausgebreitet werden, weil die Spreu die Feuergefahr vermehrte.
- Das Holz zum Heizen des Ofens war 10–12 Schritt entfernt von diesem zu lagern. (Es war leicht brennbares Reisig.)

Die Maßnahmen waren alle sehr gut, wenn man sie beachtet. Eine nachhaltige Wirkung versprach sich die Kriegs- und Domänenkammer mit der Einschaltung der Ortsschulzen als Beauftragte der Dorfgerichte, indem von den Wirten das Anheizen der Backöfen vorher zu melden war. Einen weiteren Schutz sah man im Anpflanzen von Obstbäumen und Weiden um die Backöfen herum, um einen Funkenflug zu verhindern. Zum Schluß schlugen die Kammerräte vor, in jedem Dorf zunächst den Versuch mit einem gemeinschaftlichen Backofen zu machen.

Leider mußte die Kriegs- und Domänenkammer abermals „mit großem Mißfallen gewahr werden", daß aus „Vorurtheil, Widerspruch und Einwendun-

gen" der Feuersicherheit nicht Rechnung getragen wurde und erließ eine Verordnung „Wegen besserer Einrichtung der Backöfen in den Dörfern der Churmark" am 16. 4. 1794. Hieraus ist zu ersehen, wie schwer es selbst im autoritär regierten Staat war, die Menschen von der Einsicht in Notwendigkeiten zu überzeugen, weil stets deren Egoismus im Vordergrund stand.
Mit der Verordnung mußte notgedrungen der Weg des Zwanges beschritten werden. Hierzu erfolgten Bestimmungen:

§ 1 Backöfen müssen in 50 Schritt Entfernung von Gebäuden errichtet werden. Hölzerne Ofentüren und das Abdecken der Öfen mit Brettern, Stroh oder Rohr wird verboten. Es sind Obstbäume um die Öfen herum zu pflanzen.

§ 2 Bei einem geringeren Abstand, welcher der Zustimmung des Landrats bedarf, ist der Ofen mit einem massiven Schornstein und mit Dachziegeln zu decken.

§ 3 Auf den Dorfstraßen dürfen keine Backöfen gelitten werden.

§ 4 Ohne Zustimmung der Gerichtsbarkeit dürfen keine Backöfen errichtet werden. Diese enstcheidet über die Platzwahl.

§ 5 Backöfen, die den Vorschriften nicht entsprechen, müssen innerhalb einer bestimmten Frist „eingeschlagen" werden.
Außerdem sind 10 Taler Strafe zu bezahlen.

§ 6 Die Land- und Kreisausreiter „haben die Backöfen in den Dörfern fleißig in Augenschein zu nehmen, und wenn sie Mißbräuche finden, solches bei nachdrücklichen Strafen sofort anzeigen."

Diese Verordnung sollte gedruckt, „in den Intelligenzblättern und Zeitungen eingerückt und in den Dorfschänken angeschlagen werden. „Hinzu kam die sonntägliche Verlesung von den Kanzeln durch die Prediger.
Immer wieder bereitete der Sicherheitsabstand von den Gebäuden der „Obrigkeit" Sorgen. Da gegen diesen häufig verstoßen wurde, waren die Kontrollen sehr streng und damit der Abriß des Backofens verbunden.[1]

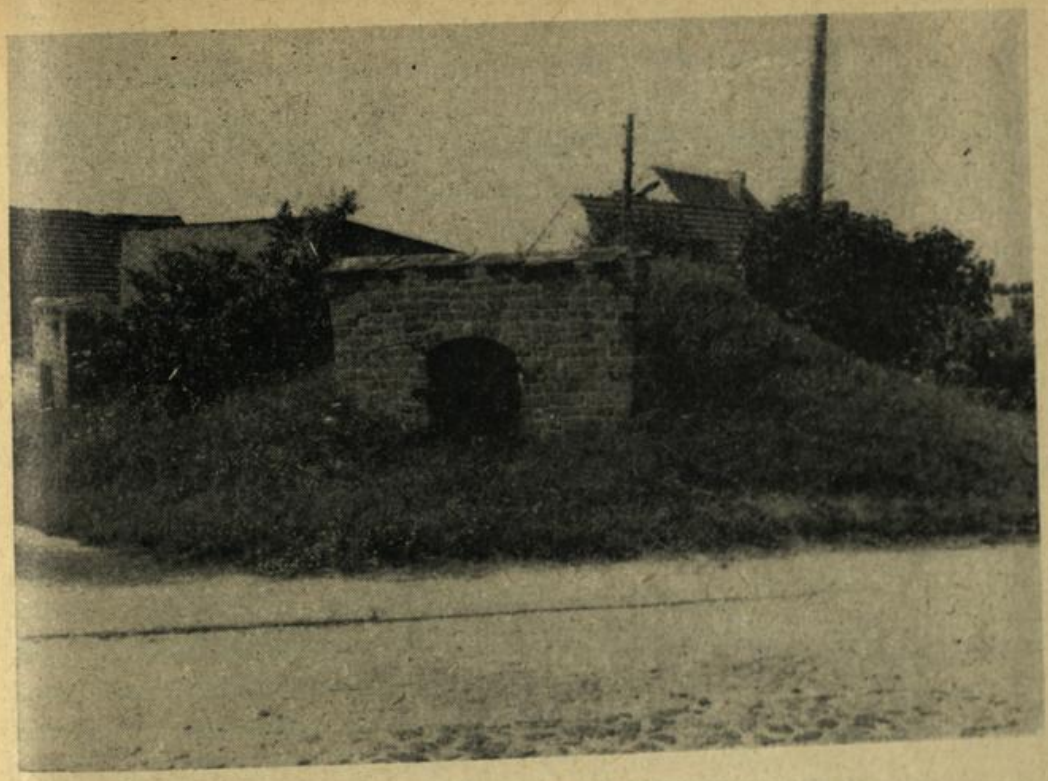
Wie bauten die Märker ihre Backöfen um 1850?

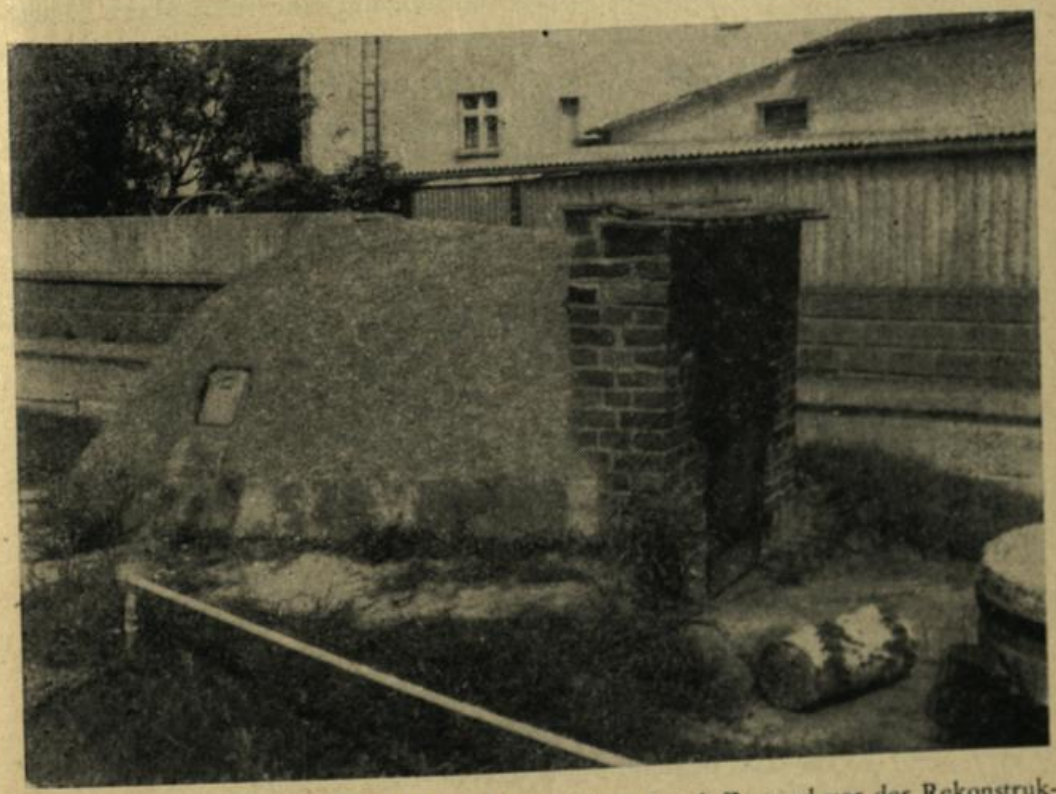
Vielfältig waren die Ausführungen, wie die noch vorhandenen Reste mancher Backöfen zeigen. Einen Eindruck vermittelt der vom Autor vermessene Backofenrest eines solchen auf dem Neuendorfer Anger in Potsdam-Babelsberg. Es war ein recht dauerhaft gebauter Ofen, bei dem jedoch die Entfernung von 50 Schritt (37,50 m) nicht eingehalten wurde, sondern nur 70 Fuß (21 m) betrug. Dieser vor dem Jahr 1866 erbaute Backofen, der von Fliederbüschen umgeben war, wurde noch 1918 benutzt.[2]
Vor dem Bau eines Backofens prüften die Erbauer, ob die gedachte Stelle einen ausreichenden Sicherheitsabstand von den Gehöften und der Nachbargrenze hatte; vor allem aber bequem lag, worauf die Hausfrau besonderen

Zeichnung für einen öffentlichen Backofen in den Dörfern (Empfehlung der Kriegs- und Domänenkammer, nach 1767)

Wert legte. Der Ofenmaurer mit seinem Gehilfen schippte die 10 Fuß breite Grundfläche aus und zogen einen Graben für das Fundament. In den runden Teil wurden große Feldsteine eingegraben, die großen nach außen die kleinen in die Mitte mit Glasscherben ausgefüllt, 3 Fuß über die Erdoberkante und das Ganze mit Lehm ausgestrichen. Die Vorderfront wurde ebenfalls mit Lehm hochgemauert, denn Kalk durfte beim Backofenbau für diesen Zweck nicht verwendet werden. Zunächst mauerte der Maurer am Ofenloch die beiden Seiten hoch. Dazu verwendete er ein Stück vom alten Wagenreifen und legte es bei der gewünschten Höhe über das Ofenloch. Damit entstand eine Wölbung. Auf diese legte er die Steine hochkant. Dieser Bogen wurde etwa 3 Fuß hoch übermauert. Damit war die Vorderfront fertig. Links und rechts vom Ofenloch war je eine Nische. In der einen stand der Mehltopf, in der anderen lagen Stahl und Zunder. Nun begann die Backofenmaurerei. Die Mauersteine wurden auf die flache Kante in kreisform gelegt, nach außen etwas höher. Es folgte die zweite Schicht; aber immer so, daß nicht Fuge auf Fuge kam. Etwa 2 Fuß hoch wurde immer rund gemauert. Mit Hilfe eines Holzbogens entstand durch die hochkant gesetzten Mauersteine die Wölbung. Es war ein Lehrgrüst. Nun begannen Maurer und Lehmer zwischen die auf dem Grüst liegenden Steine Lehm zu schütten, nach außen etwas mehr. Um die Trägfähigkeit zu erhöhen, wurde das Gewölbe wie eine „preußische Kappe" gemauert. Dazu verwendete man nur leicht und keine hart gebrannten Steine, weil letztere leicht ausbrennen und platzen. Die leicht gebrannten Steine hingegen wurden beim Heizen des Backofens hart. Der Maurer achtete darauf, daß die Steine in der Vorderfront im Verband gemauert waren. Damit die Hitze die Vorderfront nicht auseinanderreißen konnte, wurden über dem Ofenloch eiserne Anker eingebaut. An den beiden Seiten und dem hinteren Teil des Ofens ließ der Maurer drei Rauchlöcher, die so angelegt waren, daß kein Regenwasser in den Ofen dringen konnte. Sie dienten dazu, nach dem der Rauch abgezogen war, beim Backen nicht die Hitze entweichen zu lassen, denn sie wurden, nachdem die Glut aus dem Ofen genommen war, mit Mauersteinen, die in einen feuchten Lappen gewickelt waren, zugestopft, oder wenn es der Bäuerin zu heiß erschien, wieder nach Bedarf herausgenommen. War alles genügend getrocknet, nahm der Ofenmaurer die Holzbögen aus dem Ofen heraus, machte ein kleines Feuer an, um denselben vorzuwärmen, aber auch undichte Stellen mit Hilfe des herausquellenden Rauches zu erkennen.

Nun folgte der nächste Arbeitsgang. Dazu wurde in der Nähe des Backofens auf einer ebenen Fläche ein Lehmhaufen hingeschüttet, eine Vertiefung gemacht und in diese Wasser hineingegossen, damit der Lehm zähe werden sollte. Das darüber gestreute recht glatte Stroh wurde mit den Beinen eingerteten, um beides zu vermischen. Schlechtes Stroh durfte nicht verwendet





Historischer Backofen in Emstal, Kreis Brandenburg-Land. Zustand vor der Rekonstruktion (oben) und nach der Rekonstruktion

werden. Nachdem alles gut vermischt war, kam wieder eine Schicht Lehm darüber, die erneut mit den Füßen vermischt wurde. Abermals folgte eine Schicht Stroh, bis man glaubte, es wäre genug. Der Haufen wurde von der Mitte her nach außen mit einem Misthaken, der nur einen Zinken hatte, auseinandergezogen. Die so erhaltenen einzelnen Stücke wurden als „Pese" bezeichnet. Der Misthaken wurde dazu etwa 10 mal gedreht, bis sich der Lehm mit dem Sroh herumgewickelt hatte. Nun saß der Maurer (Lehmer) auf dem Backofen und sein Helfer stand auf einer Bank und langte die Pesen zu. Der Mann auf dem Backofen nahm die Stücken immer so, daß die dünnen Enden nach innen und die dicken nach außen zu liegen kamen. Dann begann der Lehmer alles von unten nach oben schön glatt zu streichen, damit der Ofen sauber aussah. Danach fugte der Maurer sehr sauber die Vorderfront. Solch Backofen sah dann von außen recht schön aus.

Anschließend wurde der „Herd" (die Innenflächen des Ofens) gelegt. Vorn, innen am Ofenbloch, lagen die Steine hochkannt. Es folgte eine Schicht trockener, weißer Sand, in welche die Steine mit der flachen Seite hineingedrückt wurden, sodaß sie dennoch „ganz weich" lagen. So ging es von vorn nach hinten in den Ofen hinein. Um die Rundung zu bekommen, mußten die letzten, außen liegenden Steine etwas abgeschlagen werden. Das ganze rieb der Maurer mit einem scharfen Mauerstein ab, um eine recht glatte Fläche zu erhalten. Befand sich zwischen den Steinen eine Fuge, dann mußte mit dem Mauerstein solange gerieben werden, bis das Steinmehl diese ausfüllte. Mitunter wurde alles mit feinem weißen Sand beworfen und durchgerieben. Die Rückstände kehrte der Maurer oder sein Helfer mit einem Handfeger (Gänseflügel) aus dem Ofen heraus. Der Herd mußte glatt sein, damit die Hausfrau nicht mit dem „Schützele" (Schieber) beim Hereinschieben des Brotes oder beim Herausholen hängen blieb.

Der letzte Arbeitsgang war die Überdachung des Backofens und die Errichtung eines kleinen Vorraumes, in welchem das frisch gebackene Brot „aus der Hand gelegt" werden konnte. Die Lebensdauer eines Backofens hing von seiner pfleglichen Behandlung ab. Dazu gehörte, daß er nach Ablauf einiger Jahre einen neuen „Rock" bekommen mußte, d. h. die verwitterte Lehmschicht mußte erneuert werden. Dann konnte er älter als ein Menschenleben werden.

Anmerkung

1. Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A Reg. Pdm, I Hb Nr. 2029. Anlegen von Backöfen in den Dörfern 1767–1847
2. Weiden, Kurt: Amtsdorf Neuendorf, S. 278–285

Gründung der Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte"

Von Rolf Bock/Helmut Langner

Am 20. Februar 1986 wurde die Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte" gegründet, die dem Bezirksfachausschuß „Kulturgeschichte/Volkskunde" der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR zugeordnet ist. Die Mitglieder der Bezirksarbeitsgruppe wollen sich etwa zwei- bis dreimal im Jahr treffen und Ergebnisse von Untersuchungen zur Mundart und Umgangssprache in Kurzvorträgen vorstellen und diskutieren, Erfahrungen bei der Arbeit an diesen und anderen Themen der brandenburgischen Sprachgeschichte austauschen sowie versuchen, wichtige Arbeiten zu koordinieren. Daher ist anzustreben, auch in den Kreisen und Orten des Bezirkes Potsdam Arbeitsgruppen zur brandenburgischen Sprachgeschichte zu gründen, deren Arbeit durch die Bezirksarbeitsgruppe unterstützt werden kann.

Auf der Gründungsveranstaltung wurden drei Vorträge gehalten, die sich mit einigen Problemen der regionalen Sprachgeschichtsforschung beschäftigten. OL Rolf Bock erläuterte Grundzüge der brandenburgischen Sprachgeschichte sowie Besonderheiten der brandenburgischen Mundarten, indem er die zum Brandenburgischen (Märkischen) gehörenden Dialekte voneinander abgrenzte. Dozent Dr. Helmut Langner sprach über das gegenwärtige Verhältnis der Existenzformen Literatursprache (Schriftsprache), Umgangssprache und Mundart zueinander, insbesondere über den Einfluß der Umgangssprache auf die Literatursprache. Er wies auf die dringende Notwendigkeit hin, die Umgangssprache – auch im Interesse der allgemeinbildenden Schulen – umfassend zu erforschen. Dr. Wolfgang Dost stellte die Sprachsituation in der Prignitz vor und demonstrierte an Hand von instruktiven Beispielen die Bewertung von Mundart, Umgangssprache und Literatursprache durch Bewohner dieses Sprachraumes im Norden des Bezirks Potsdam.

Der Bezirksarbeitsgruppe und den Arbeitsgruppen in den Orten und Kreisen muß es in erster Linie darum gehen, den Sprachgebrauch in Vergangenheit und Gegenwart als Zeugnis für die Auseinandersetzung des Menschen mit der objektiven Realität zu erfassen und damit die Sprache als spezifisches Element des kulturellen Erbes zu erschließen und zu pflegen. Im Vordergrund stehen Untersuchungen zur Mundart und Umgangssprache, speziell zu ihrem Gebrauch und zu ihrer Entwicklung im 19. und im 20. Jahrhundert.

Dabei sind Sprachgebrauch und Sprachverhalten als Bestandteile der Kultur und Lebensweise der Menschen zu betrachten, also stets in größere Zusammenhänge einzuordnen; denn die Entwicklung der Sprache als Ganzes, der Teilsysteme und der Sprachverwendung sind gesellschaftlich (sozial und historisch) determiniert.

Im einzelnen geht es um die Lösung folgender Aufgaben, die selbstverständlich nicht überall und nicht zu gleicher Zeit zu erfüllen sind:

(1) Erforschung des Gebrauchs und der Entwicklung von Mundart und Umgangssprache, Erschließung von Mundartdichtungen aus Vergangenheit und Gegenwart,

(2) Untersuchungen zum Sprachgebrauch einzelner sozialer Gruppen, Klassen und Schichten,

(3) Untersuchungen zum Sprachgebrauch im Zusammenhang mit bestimmten Feiern, Festen und anderen Bereichen der Lebensweise,

(4) Erforschung von Personen-, Flur-, Straßen- und Ortsnamen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der starken Veränderungen in der jüngsten Vergangenheit,

(5) Sammlung und Erläuterung von Sagen, Märchen und anderen volkskundlichen Überlieferungen im Bezirk Potsdam,

(6) Erschließung von Ortschroniken und anderen älteren Texten unter sprachhistorischen Gesichtspunkten; bei der Lösung dieser Aufgabe ist eine enge Zusammenarbeit mit den Ortschronisten bzw. mit entsprechenden Arbeitsgemeinschaften erforderlich.

Bei der Bearbeitung aller Themen sind auch die Faktoren und Bedingungen zu beachten, die den Sprachgebrauch bestimmter Gruppen beeinflussen und die u. a. ihren Ausdruck in der Haltung der Menschen zur Mundart, zur Umgangssprache und zur Literatursprache finden.

Die Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte" hofft, daß sich in vielen Kreisen des Bezirks Bundesfreunde für die Lösung dieser und anderer Aufgaben interessieren und in Arbeitsgruppen zusammenschließen. Informationen und Anfragen zu entsprechenden Vorhaben sowie zur Mitarbeit in der Bezirksarbeitsgruppe sind an den Bezirksfachausschuß „Kulturgeschichte/Volkskunde" beim Bezirksvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte zu richten.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner

Allgemeines

Badstübner, Ernst: Kirchen der Mönche: d. Baukunst d. Reformorden im Mittelalter. – 1. Aufl. – Leipzig: Koehler & Amelang, 1984. – 290 S.: Ill.

Corpus archäologischer Quellen zur Frühgeschichte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (7.–12. Jh.). – Berlin: Akad.-Verl. Lfg. 4. Bezirke Cottbus, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig. – 1985. – Textband & Tafelteil

Heimatgeschichtliche Arbeit – Positionen, Probleme, Erfahrungen/Kulturbund d. DDR. – Berlin, 1985. – 84 S. – (Heimatgeschichte; H. 18.)

Die Slawen in Deutschland. – 4., neubearb. Aufl. – Berlin: Akad.-Verl., 1985. – 530 S.: Ill.

Wurlitzer, Bernd: Museen: Galerien, Sammlungen, Gedenkstätten. – 2. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verl., 1985.–208 S.

Mark Brandenburg

Bodenfunde und Heimatforschung/Bezirksfachausschüsse für Ur- und Frühgesch. d. Bez. Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. 14. – 1985. – 64 S.: Ill.

Das Edikt von Potsdam 1685: d. franz. Einwanderung in Brandenburg-Preußen . . .; Ausstellung d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1985. – 108 S.: Ill. & Anl.

Fischer, Gerhard: Die Hugenotten in Berlin. – Berlin, 1985. – 70 S. – (Hefte aus Burgscheidungen; 229/230)

Gustavs, Sven: Geschützte Bodendenkmale der Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. / Sven Gustavs; Friedrich Plate. – Potsdam, 1985. – 87 S.: Ill.

Menzel, Walter: Die Brandenburgische Städtebahn. – 1. Aufl. – Berlin: Transpress, 1984. – 184 S.: Ill.

Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg /Hrsg.: Akad. d. Landwirtschaftswissenschaften d. DDR; Räte d. Bezirke Potsdam . . . – Potsdam. – Jg. 21. – 1985. – Heft 1–3

Urban, Karl: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg: d. Beginn d. antifaschist.-demokrat. Umwälzung 1945–1946 / Karl Urban; Joachim Schulz. – Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945–1952 / Autorenkoll. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Komm. zur Erforschung d. Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung. – Potsdam, 1985. – 172 S.: Ill.

Bezirk Potsdam

Regionalgeschichtliche Dokumente aus dem Havelbezirk / Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED. – Potsdam.
Heft 1. Als unsere Republik entstand. – 1985. – 24 S.: Ill.
Heft 2. Ernst Thälmann in Brandenburg, Prieros und Ziegenhals. – 1985. – 44 S.: Ill.

Gleditzsch, Wolfgang: Die SED-Bezirksparteiorganisation als Organisator des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus im Havelbezirk (1952–1955) / W. Gleditzsch; Manfred Uhlemann. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Geschichtskomm. – Potsdam, 1985. – 176 S.: Ill.

Potsdam – Stadt und Kreis

Bussler, Robert: Der Rafael-Saal: Verz. d. im Königl. Orangeriehause zu Sans-Souci auf allerhöchsten Befehl aufgestellten Copien nach Gemälden von Rafael Sanzio. – Nachdr. d. 2. Aufl. Berlin 1861. – Potsdam, 1983. – 64 S.: Ill.

Filmgeschichte im Museum: Filmmuseum d. DDR Potsdam. – Berlin: Henschelverl. Kunst u. Gesellschaft, 1984. – 93 S.: Ill.

Grützner, Günter: Cecilienhof 1945: histor. Fotos d. Potsdamer Konferenz / G. Grützner; R. Heise-Schirdewan. – 2., stark überarb. Aufl. – Potsdam, 1985. – 60 S.: Ill.

Potsdam 1750–1850 / Hrsg. Generaldirektion Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1985. – 10 Bl.

Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst / Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 2. Aufl. – Potsdam, 1984. – 208 S.: Ill.

Ratgeber für den Bürger der Stadt Potsdam / Rat d. Stadt. – Potsdam, 1985. – 223 S.

Ruinen mahnen: künstlerische Zeugnisse d. Zerstörung Potsdams im April 1945; Ausstellung d. Potsdam-Museums . . . – Potsdam, 1985. – 24 S.: Ill.

Einzelne Kreise

Belziger Heimatkalender / Rat d. Kreises Belzig, Abt. Kultur. 1986. – 1985.– 56 S.: Ill.

Aktivisten der ersten Stunde: Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpfer / Autoren: Gerhard Prill; Walter Jekal. Hrsg.: Kreisleitung *Pritzwalk* d. SED, Gesch.-Komm. – Pritzwalk, 1983. – 35 S.: Ill.

Beiträge aus der Geschichte der Kreisparteiorganisation *Pritzwalk* der SED 1952–1961 / Hrsg.: Kreisleitung Pritzwalk d. SED, Gesch.-Komm. – Pritzwalk, 1985. – 31 S.: Ill.

Dank Euch ihr Sowjetsoldaten: zur Befreiung d. Kreises *Jüterbog* 1945 / Hrsg.: Kreisleitung Jüterbog d. SED. – Jüterbog, 1985. – 56 S.: Ill.

Heimatkalender für den Kreis *Jüterbog* / Rat d. Kreises Jüterbog, Abt. Kultur. – Jüterbog.
Jg. 1. 1986. – 1986. – 56 S.: Ill.

Sie standen in der Reihe der Sieger / Kreisleitung *Königs Wusterhausen* d. SED. – Königs Wusterhausen, 1985. – 48 S.: Ill.

Rathenower Heimatkalender / Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. Jg. 30. 1986. – 1985. – 96 S.: Ill.

Heimatkalender für den Kreis *Zossen* / Rat d. Kreises, Zossen, Abt. Kultur. Jg. 29. 1986. – 1985. – 96 S.: Ill.

Einzelne Orte

Chronik der Stadt *Brandenburg* (Havel) / Autor: Vera Langnickel.
Hrsg.: Rat d. Stadt, Abt. Kultur. – Brandenburg/H.
Mai 1955 bis Juli 1958. – 1984. – 56 S.: Ill.
Juli 1958 bis August 1961. – 1985. – 48 S.: Ill.

1385–1985: 600 Jahre *Dippmannsdorf* Kreis Belzig; Dorfchronik / Rat d. Gemeinde. – Dippmannsdorf, 1985. – 32 S.: Ill.

Schumann, Ilse: Von der Städtischen Volksbibliothek *Jüterbog* zur Stadt- und Kreisbibliothek / hrsg. von d. Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bez. Potsdam. – Potsdam, 1985. – 46 S.

Kühle, Barbara: Die Todesmärsche der Häftlinge des KZ *Sachsenhausen* / Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. – Oranienburg, 1985. – 52 S.: Ill.

Blütenstadt *Werder/Havel* / Kulturbund d. DDR, Ortsgruppe Werder, 1986. – 1985. – 63 S.: Ill.

Personen

Ein Garten der Erinnerung: 7 Kap. von u. über Karl *Foerster* / hrgs. von Eva Foerster u. Gerhard Rostin. – 2., überarb. Aufl. – Berlin: Union-Verl., 1985. – 439 S.: Ill.

Das Wirken Friedrich Eberhard von *Rochows* und die Wahrung seines progressiven Erbes in der sozialistischen Schulentwicklung: Kolloquium 12. Okt. 1984. – Potsdam: Pädag. Hochschule, 1985. – 87 S. (Schriften zur Traditionspflege)

Friedrich Eberhard von *Rochow* (1734–1805): zum fortschrittlichen pädag. Erbe d. märkischen Schulreformators / Rat d. Bezirkes, Abt. Volksbildung. – Potsdam, 1984. – 47 S.: Ill.

Oberlehrer Rolf Bock, Mitglied der Bezirksarbeitsgruppe „Brandenburgische Sprachgeschichte"

Werner Bytry, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Lehrer an der Bezirksparteischule „Friedrich Engels" Berlin

Dororthee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek, Potsdam

Jürgen Koppatz, Mitglied der Fachgruppe Numismatik, Potsdam-Museum, Potsdam

Dr. sc. Helmut Langner, Dozent, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht", Potsdam

Christa Plate, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Friedrich Plate, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Prof. em. Dr. phil. habil. Gerhard Steiner, Berlin

Kurt Weiden, Potsdam – Babelsberg

Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam 1987



Märkische Heimat

Z
88
5183
PH Potsdam

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 6

Potsdam 1987

„Märkische Heimat"
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 6
Potsdam 1987

88/54/1
Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

D402
Pädagogische Hochschule Potsdam
Hochschulbibliothek
88/901/P01

Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals,
Dorothee Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente: Titelbild: Hilgenfeldt
Museum Brandenburg, Staatsarchiv Potsdam, Windelband, Bellin, Fried; Zeichnung: Breddin
Redaktionsschluß: 31. Mai 1987.
Manuskriptsendungen an Redaktion „Märkische Heimat", Mangerstr. 34–36, Potsdam, 1500.
© „Märkische Heimat" Potsdam

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin
Druck: Druckerei „Franz Maecker" Neuruppin,
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam, P 129/87, F 43/87

00500

Inhalt

Unbesiegbare Freundschaft. Ein Beitrag zu den deutsch-sowjetischen Freundschaftsbeziehungen in Brandenburg
von Hans Baruth 4

Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik
Die Überführung der Ortsparteiorganisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands in Potsdam und Nowawes unter Führung der Bezirksleitung Berlin in die Illegalität 1933/1935
von Werner Bethge 20

Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde
Aus der Geschichte des Apothekenwesens im Territorium Neuruppin
von Karen Bellin 42

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte
Grabhügeluntersuchungen in der Prignitz
von Rolf Breddin 56

Aus dem Fachbereich Numismatik
Sozialistische Betriebsgeschichte auf Medaillen des Bezirkes Potsdam
von Bernhard Liebe 64

Zwei mittelalterliche Einzelmünzfunde der Stadt Brandenburg
von Wolfgang Fried 77

Aus dem Fachbereich kulturhistorische Zinnfiguren
Zinnfiguren – einst und heute
von Siegfried Kühn 81

Bibliographie
bearbeitet von Dorothee Geßner 85

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte 91

Unbesiegbare Freundschaft. Ein Beitrag zu den deutsch-sowjetischen Freundschaftsbeziehungen in Brandenburg

Von Hans Baruth

Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vor nunmehr siebzig Jahren war es den revolutionären deutschen Arbeitern und den mit ihnen verbündeten Kräften ein Hauptanliegen, unermüdlich für die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den befreiten Völkern des Sowjetstaates einzutreten. Karl Liebknecht brachte ihre Gedanken mit den Worten zum Ausdruck: „Ein großartiges Werk voll gigantischer Energie und edelsten Idealen. Eine neue bessere Welt nimmt ihren Anfang." [1]

In diesem Sinne handelten 1918 die Genossen Richard Müller, Erich Baron, Hugo Schulder und Franz Gemoll, als sie am 8. November 1918 beschlossen, mit dem Kaiser „russisch zu reden", den revolutionären Umsturz am nächsten Tag zu beginnen. Erich Baron, vor seiner Einberufung Redakteur der sozialdemokratischen „Brandenburger Zeitung", wurde zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD stimmten die beiden Delegierten aus Brandenburg, Richard Müller und Karl Giesch, dem Grußtelegramm an die Sowjetrepublik zu: „Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die heute die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Räterepublik, den russischen Mitkämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewußtsein, daß bei euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke." [2]

Nach dem 1. Weltkrieg, der Revolution, der Intervention und dem Bürgerkrieg hatte der junge Sowjetstaat 1920/21 durch das Ausbleiben der Getreideernte auf der ausgebrannten russischen Erde mit einem weiteren Feind zu kämpfen.

Dieser Feind hieß „Hunger" für 20 bis 30 Millionen Menschen. Darum war die Forderung „Hunger – Hilfe für Sowjetrußland" durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) eine Lebensnotwendigkeit für den jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat. Diese Aktion war ein echter Prüfstein des proletarischen Internationalismus, der sich unter Führung der KPD viele deutsche Arbeiter und Vertreter des Kleinbürgertums anschlossen. Das

deutsche Komitee „Arbeiterhilfe Sowjetrußland" wurde im August 1921 gegründet und stand unter der Leitung von Clara Zetkin und W. Münzenberg. Dieses Komitee übernahm die Koordinierung und Organisierung der vielen lokalen Hilfsgruppen in Deutschland. Namhafte Wissenschaftler und Künstler standen an der Spitze dieser Hilfskomitees.

Der Zusammenschluß von Vertretern der deutschen Intelligenz in der Internationalen Arbeiterhilfe machten die JAH zum Ausgangspunkt einer Vereinigung von Personen, die am neuen Leben in Rußland interessiert waren. Aus diesem Kreis entstand die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland", die sich am 1. Juni 1923 in Berlin konstituierte.

Um dieses komplizierte Vorhaben wirkungsvoll in die Tat umzusetzen, beschloß die Gesellschaft einen Arbeitsplan mit folgenden Punkten:

1. Einrichtung einer Geschäftsstelle (Informationsbüro), die zuverlässiges Material über die Verhältnisse in Rußland sammelt, Auskünfte erteilt und organisatorische Aufgaben übernimmt.
2. Regelmäßige Zusammenkünfte der Mitglieder; Vortrags- und Diskussionsabende über Fragen der Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Kunst, Erziehung, soziale Fürsorge, Rechtsprechung usw.
3. Veranstaltung von Ausstellungen in Deutschland und Rußland, wirtschaftlicher, technischer, wissenschaftlicher und künstlerischer Art; Aufführung russischer Bühnenwerke der neueren Zeit, Kunstabende, Lichtbildervorführungen usw.
4. Herausgabe eines Organs für russische Kultur- und Wirtschaftsfragen.
5. Einrichtung einer russisch-deutschen Bibliothek für die Mitglieder und einer Bibliothek über Rußland u. a.

Weiterhin bemühte sich die Gesellschaft um die Herausgabe von Schriften und Übersetzungen. Auch der Austausch Lehrender und Lernender sowie Studienreisen für Einzelpersonen und Gruppen sollten ermöglicht werden. Mit diesem umfassenden Arbeitsprogramm befand sich die Gesellschaft in wesentlicher Übereinstimmung mit der kulturpolitischen Aufgabenstellung der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH).

Dieser Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland gehörten solche Persönlichkeiten an, wie – Helene Stoecker, Max Ostborn, Studienrat Hilker, Max Bartel, Lehmann, Lukas u. a. Ein Genosse, der die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinflußt hat, war Erich Baron.

Ab 1. Februar 1924 übernahm der Arbeiterfunktionär und kommunistische Redakteur Erich Baron die Funktion des Sekretärs der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland. Gleichzeitig übertrug man ihm die Verantwortung als Herausgeber der Zeitschrift „Das Neue Rußland". Unter seiner Leitung wurde die Zeitschrift ein wirksames Publikationsorgan zur Verbreitung

des Gedankens der Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR.

Die Zeitschrift wurde qualitativ verbessert und quantitativ erweitert und unterschied sich in ihrer politischen Aussagekraft von der vorhergehenden Literatur der Gesellschaft wesentlich. Dies war in erster Linie auf die publizistischen Fähigkeiten Erich Barons zurückzuführen.

Die Tätigkeit Erich Barons wirkte sich nach der Übernahme verantwortlicher Funktionen in Berlin nachhaltig auf die Stadt Brandenburg aus. So ist es nicht zuletzt seinen Bemühungen zu verdanken, daß am 12. Oktober 1926 eine große Veranstaltung im „Schweizer Garten" mit dem weltbekannten „Roten Geiger" Soermus zu einer begeisternden Manifestation und Solidaritätskundgebung für die junge Sowjetmacht wurde.

Mit stürmischen Ovationen dankten die Brandenburger Arbeiter für die Darbietungen und bekundeten ihre uneingeschränkte Freundschaft mit der Sowjetunion.

Von einem weiteren Beispiel möchten wir berichten, das die kommerzielle Seite der Verbindung unserer Stadt zur Sowjetunion zum Inhalt hat. Im Jahre 1930 erhielt die Firma Sonntag, ein kleiner Gießereibetrieb, von der so-



Für die sowjetische Botschaft in Berlin wurde 1930 das Staatswappen der UdSSR durch die Firma Paul Sonntag, Brandenburg, Neustädtischer Markt, gegossen

wjetischen Botschaft den Auftrag, nach einem vorliegenden Modell, das ein Brandenburger Holzbildhauer angefertigt hatte, ein 1½ Meter hohes Staatswappen für die Botschaft in Berlin anzufertigen.

Die „Gesellschaft" und besonders ihr Generalsekretär stellten sich stets den antisowjetischen Angriffen des imperialistischen Deutschlands entgegen.

Beweis für die hohe Wertschätzung, die die Gesellschaft in der Sowjetunion hatte, war ein Brief des Volkskommissars für Volksbildung und Kultur, Lunatscharski, vom Jahre 1925 an Erich Baron:

> „Das Werk der Annäherung der beiden großen und mächtigen Nationen und Völker ... wird schon seit Jahren auf das entschiedenste und klarste von Ihrer Gesellschaft gefördert und unterstützt. Und diese schwere und opfervolle Arbeit trägt bereits die besten Früchte. Überall höre und sehe ich, daß der Wall von Lüge und Verleumdung, dem die alte Welt um Sowjetrußland seit Jahren errichtet, daß dieser Wall bereits erschüttert und durchbrochen ist ... Und hier haben Sie in vorderster Reihe mitgeholfen."[3]

Zu den verhafteten Mitgliedern und Funktionären der Arbeiterparteien im Februar 1933 gehörte auch Erich Baron. In Berlin, in der Kavalierstraße 22 im Stadtbezirk Pankow, wurde eine vom Bildhauer Heinz Worner geschaffene Gedenktafel enthüllt mit dem Text:

> „Hier arbeitete und wohnte der Widerstandskämpfer
> Erich Baron, Generalsekretär der Freunde des
> neuen Rußland, bis zu seiner Ermordung.
> 20. Juli 1881 – 26. April 1933".

Wenn heute in der Stadt Brandenburg eine Kaserne der Nationalen Volksarmee, eine Polytechnische Oberschule und eine Straße im Ortsteil Kirchmöser den Namen Erich Baron tragen, dann aus tiefer Sympathie und Verehrung für Erich Baron und seines aufopferungsvollen Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse, für eine feste Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion.

1928 wurde in Köln der „Bund der Freunde der Sowjetunion" gegründet. Dies war die deutsche Sektion einer internationalen Organisation, die sich bereits 1927 anläßlich des Weltkongresses der Freunde der Sowjetunion in Moskau konstituiert hatte.

Dem Gründungskomitee gehörten solche hervorragenden Kommunisten wie Franz Dahlem und Fritz Heckert an.

Der Bund war eine Organisation, der vor allem unter den Arbeitern eine breite Massenbasis hatte.

Er stellte sich die Aufgabe, das Aufbauwerk der sowjetischen Klassengenossen zu unterstützen und Anschläge auf den jungen Sowjetstaat zu verhindern. Die Mitglieder des Bundes widmeten sich vor allem der Aufklärungsarbeit

zur Entlarvung des Antisowjetismus und organisierten das Kennenlernen der Wahrheit durch die Entsendung von Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion.

Als es dem deutschen Imperialismus gelungen war, in Deutschland das faschistische Regime zu errichten, und besonders während des blutigen Aggressionskrieges des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion wurde das Band der Freundschaft härtesten Zerreißproben ausgesetzt. Die Faschisten wüteten barbarisch im Sowjetland und verhafteten, folterten, ermordeten gleichzeitig zahllose deutsche Freunde der Sowjetunion.

Im faschistischen Zuchthaus Brandenburg hielten zu dieser Zeit aufrechte Antifaschisten, neben Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten und Patrioten, das Banner der Freundschaft hoch.

Mit dem welthistorischen Sieg über den Hitlerfaschismus befreite die Sowjetunion das deutsche Volk vom Faschismus. Symbolisch dafür ist die Befreiung der politischen Gefangenen des Zuchthauses Brandenburg.

Nach langen harten Jahren des Kerkers begrüßten die politischen Häftlinge des faschistischen Zuchthauses Brandenburg am 27. 4. 1945 die 1. sowjetische Panzerbesatzung. Es waren Rotarmisten, Freunde und Klassenbrüder. Panzerkommandant war Konstantin Sacharow. Als sein T-34 Panzer mit der Nummer 35 mit Soldaten des 32. Garde-Panzerregiments und des 62. Garde-Kavallerieregiments der 16. Tschernigower Garde-Kavalleriedivision durch das Tor des berüchtigten faschistischen Zuchthauses, der Hinrichtungsstätte von Tausenden Antifaschisten, auf den Innenhof rollte, brach für die Häftlinge nach Jahren der illegalen Arbeit und des Terrors im Zuchthaus endgültig die Stunde der Freiheit an. Die befreiten Antifaschisten umarmten sich und stimmten die „Internationale" an.

Erich Honecker, einer der politischen Gefangenen, erinnert sich in seiner Autobiographie „Aus meinem Leben":

> „Unvergessen wird mir immer die Begeisterung bleiben, mit der wir die Sowjetsoldaten in die Arme schlossen. Wohl keiner – auch ich nicht – schämte sich der Freudentränen, als wir die Rotarmisten begrüßten, die als Befreier, als Klassenbrüder und Freunde, als Bahnbrecher einer neuen, einer besseren Zukunft der Menschheit gekommen waren." [4]

Das Zuchthaus lag noch im Kampfgebiet. Deshalb mußten die befreiten ehemaligen Gefangenen am 28. April das Zuchthausgelände verlassen. In Gruppen oder einzeln begannen sie den Weg in die Freiheit. Eine größere Gruppe mit über 100 Kommunisten und Sozialdemokraten begab sich geschlossen auf den Weg nach Berlin. Die Nacht vom 28. zum 29. April verbrachten sie im Dorf Radewege. Am folgenden Tag schafften die durch die jahrelange Haft Geschwächten nur eine kurze Strecke.

In den Nachmittagsstunden des 29. April 1945 erreichte der Zug der befreiten politischen Gefangenen Bagow. Bei einem Teil von ihnen machten sich erhebliche Erschöpfungszustände bemerkbar. Der Sozialdemokrat Otto Buchwitz konnte den Weg von Radewege nach Bagow nur zurücklegen, weil die Genossen ihn auf einen Handwagen, der als Küchenwagen diente, setzten.

In Bagow führten die Kommunisten und Sozialdemokraten getrennt ihre ersten Parteiversammlungen nach der Befreiung durch. In einer gemeinsamen Beratung legten sie das Gelöbnis zur Einheit der Arbeiterparteien ab:

„Wir politischen Gefangenen haben den Weg zur politischen Einheit zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern beschritten . . .
Wir haben gelernt, die Einheit als eine Lebensfrage zu erkennen . . .
Wir haben nur einen gemeinsamen Feind:
Faschismus und Reaktion; wir haben nur ein gemeinsames
Ziel: den Sozialismus!"

(Aus dem Gelöbnis von Bagow vom 30. April 1945) [5]

In den April- und Maitagen 1945 traten die Antifaschisten in Aktion. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Hitlergegner aus dem bürgerlichen Lager wirkten als „Aktivisten der ersten Stunde" und erwiesen sich als Geburtshelfer eines neuen Lebens. Viele von ihnen hatte die Sowjetarmee aus KZ und Zuchthäusern befreit, andere kamen aus dem illegalen antifaschistischen Widerstand.

In diesen schweren Tagen und Wochen des Neubeginns halfen die Sowjetsoldaten, wo sie nur konnten. Aus ihren Händen empfing die Bevölkerung das erste Stück Brot des Friedens. Der Stadtkommandant sorgte sich um die Normalisierung des Lebens und stand im Geiste des proletarischen Internationalismus den Antifaschisten mit Rat und Tat zur Seite.

In Brandenburg wird auf Vorschlag des Aktionsausschusses der KPD/SPD vom Stadtkommandanten Oberst Wolkow ein neuer Magistrat eingesetzt. Oberbürgermeister wird der Kommunist Max Herm. 5 Stadträte sind Kommunisten, 5 Sozialdemokraten, 3 Stadträte sind bürgerliche Antifaschisten. Eine Volkspolizei wird aufgestellt, die bald eine Stärke von 370 Mann erreicht.

Viele Aufgaben sind gleichzeitig zu lösen.

In den Betrieben bilden die Arbeiter antifaschistische Betriebsausschüsse und wählen Vertrauensleute. Mit knurrendem Magen vollbringen die Arbeiter mit Unterstützung des neuen Magistrats zäh und umsichtig die Wiederaufnahme der Produktion.

Vorbildlich für das ganze Land Brandenburg führte der Aktionsausschuß der KPD/SPD den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und die demokratische Umwälzung. Hervorragenden Anteil daran haben vor allem die Genossen Ernst Altenkirch und Max Herm von der KPD, Paul Voigt und Willi



Freundschaftliches Zusammentreffen der Offiziere der sowjetischen Kommandantur und Genossen der KPD und SPD in Brandenburg. 5. von rechts Genosse Ernst Altenkirch (KPD) und links unten Genosse Paul Voigt (SPD)

Weichenhein von der SPD.

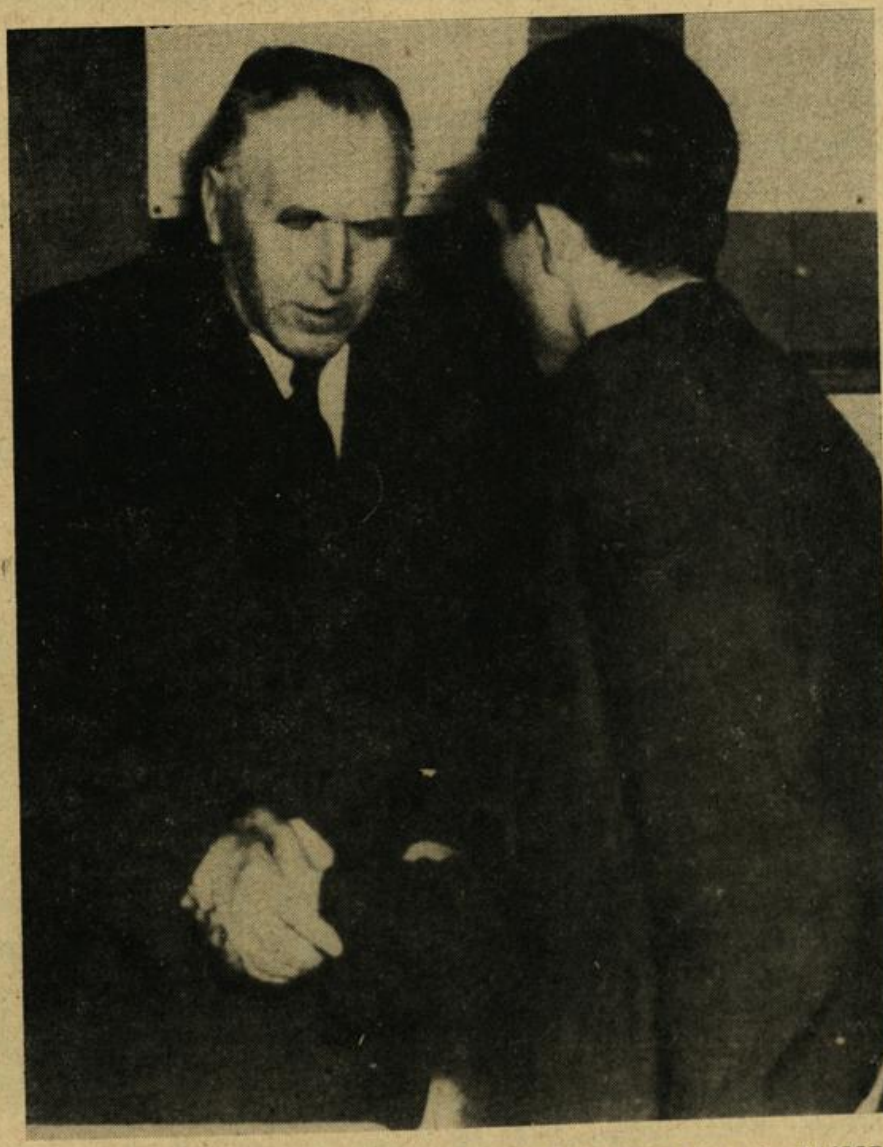
In einem Aufruf des Aktionsausschusses an die Werktätigen Brandenburgs steht:

„Durch die siegreiche Rote Armee und ihre Verbündeten wurde der Hitlerfaschismus militärisch zerschmettert. Eine Politik des Wahnsinns und grauenhafter Verbrechen fand damit ihr Ende. Wir stehen jetzt am Anfang eines neuen Lebens, am Anfang eines friedlichen Neuaufbaus unserer Stadt. Die Herstellung der demokratischen, antifaschistischen Einheit der Brandenburger Bevölkerung unter Überwindung der Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse ist die Grundbedingung dazu . . .

Wir schlagen vor: Reinigung der Stadtverwaltung von aktiven Nazis . . . Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten des Volkes . . . Beschlagnahme des Eigentums der aktiven Nazis zugunsten der Stadtverwaltung . . . Feststellung der Arbeitskräfte, Umstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft . . . Sperrung der Ausgabe von Lebensmittelkarten für Leute, die nicht arbeiten wollen . . .

Bildung einer Ernährungskommission . . . Heraussetzen der aktiven Nazis aus

ihren Wohnungen. Vermietung dieser Wohnungen an antifaschistische und obdachlose Arbeiter . . .
Die kommunistische Partei und die sozialdemokratische Partei erklären, brüderlich vereint: Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not, aus Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein würdiges Leben entstehen.
In diesen schweren Tagen legten die Aktivisten der ersten Stunde in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Offizieren der sowjetischen Besatzungsmacht wichtige Grundlagen für unsere erfolgreiche sozialistische Entwicklung. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben das Werden und



Professor Bardin, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, wird im Stahl- und Walzwerk vor Ort vom Genossen Bernd Podzimek begrüßt

Wachsen der deutsch-sowjetischen Freundschaft individuell sehr unterschiedlich erlebt. In der Schule, im Studienjahr der FDJ, durch die Literatur, vor allem aber durch die Begegnung mit sowjetischen Menschen, durch Erfahrungen in der politischen Arbeit ist aus dem Befreier der Freund und Genosse geworden. Vielfältige Beispiele dafür liefern in Brandenburg die Freunde und Kollegen aus dem Stahl- und Walzwerk.

Die Begegnung 1945 des in diesem Jahre erst 15jährigen Joachim Marrack mit einem sowjetischen General nach der Gefangennahme im furchtbaren Kessel von Wendisch-Buchholz/Halbe war recht kurz. Der sowjetische General sagte: „Nun kleiner Fritz, schnell nach Hause zu Mutter." [7]

Ein anderes Beispiel: Der Kommunist Robert Fremde, seit 1931 Mitglied der Partei, war zu dieser Zeit in der Sowjetunion in einem Kriegsgefangenenlager, um den von den Faschisten Verblendeten und Irregeführten zu einem neuen Denken zu verhelfen. Für ihn selbst war wichtig, daß er 1947 eine Antifa-Schule in der SU besuchen konnte. Zahlreiche Briefe und Karten aus der SU zeugen von seinem kommunistischen Denken. In einem Brief vom 17. 3. 1948 schrieb er: „Wir haben durch unseren Einfall in die Sowjetunion das schaffende Volk ungeheuer gestört, in seinem Aufbau des Sozialismus. An uns allen, an der Haltung des deutschen Volkes liegt es, solch ein Verbrechen in Zukunft



Genosse Gunther Rotter, Genosse Franz Haub und Genosse Walter Knappe (v.l.n.r.) freuen sich gemeinsam mit ihrem sowjetischen Genossen aus dem Werk „Iljitsch" über die während der „Schmelze der Freundschaft" erzielten Arbeitsergebnisse

zu verhindern. Wir wollen uns die Achtung und Freundschaft der großen Sowjetunion, aller demokratischen fortschrittlichen Länder, welche wir mit Verwüstungen verheerten, wieder erwerben." [8]

Die Achtung und Freundschaft der Sowjetunion erwarben sich die Arbeiter des ehemaligen Flickschen Mittelstahlwerkes Brandenburg dadurch, daß 400 Arbeiter auf einer Versammlung am 22. 11. 1945 in einer Resolution die Absetzung der Flickschen Mittelsmänner und die Enteignung des Betriebes forderten.[9]

Auf dem Weg zum Sozialismus unterstützten uns sowjetische Klassenbrüder dadurch, daß sie für den Aufbau des Walzwerkes in Kirchmöser 1949 eine Feineisen-, eine Grobblechstraße und die dafür notwendigen Hallen zur Verfügung stellten. Gleichzeitig war das eine Hilfe, gegen die Absichten des wiedererstandenen Imperialismus in der BRD, uns ökonomisch und durch Embargo in die Knie zu zwingen. 1950, mit der Grundsteinlegung zum neuen volkseigenen Stahl- und Walzwerk Brandenburg (SWB), beginnt ein neues Hauptkapitel vielfältiger freundschaftlicher Beziehungen unseres Betriebes zur Sowjetunion. Der politische und fachliche Rat sowjetischer Genossen war für uns genauso unentbehrlich wie die materielle Hilfe. Die materielle Hilfe begann mit der Zurverfügungstellung des von der Sowjetarmee als Lazarett genutzten ehemaligen Verwaltungsgebäudes und einiger Wohnhäuser am 1. Mai 1950 und setzte sich fort bis in die Gegenwart. Ohne sowjetisches Erz, sowjetisches Erdöl und Erdgas gäbe und gibt es keinen Stahl und keinen Wohlstand für uns.

Von besonderem Wert war, angefangen von den Planungsarbeiten für unser Werk bis zur Gegenwart, der politische und fachliche Rat sowjetischer Genossen. Die sich ergebenden persönlichen Kontakte, die vielfältigen ganz persönlichen Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, waren und sind eine wichtige Quelle für das Wachsen enger freundschaftlicher Beziehungen. Die erste Fachdelegation sowjetischer Metallurgen besuchte am 6. 4. 1950 die Baustelle des künftigen SWB. Unzählig viele folgten ihr. Nur auf einige sei näher eingegangen: Am 9. 11. 1953 führten die Anregungen des Schmelzmeisters Aljeschkin zu einem Schmelzrekord von 14,74 t/h. Am 3. 11. 1953 besuchte der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Professor Bardin das SWB und gab wertvolle Anregungen. 1956 halfen die sowjetischen Ingenieure Ipatow und Schwiaschenko die neue Drahtstraße gemäß den Bedingungen des SWB zu verändern. Alle Kollegen waren von der Sachlichkeit, Freundlichkeit und Bescheidenheit der beiden sowjetischen Ingenieure beeindruckt. Im November/Dezember 1961 arbeiteten der Genosse Schabunin vom Werk „Hammer und Sichel" in Moskau und der Genosse Torschilow, Leiter des Ofenbaus eines Werkes in Nishni-Tagil, im SWB.

Jahrelang vergebens bemühte sich das SWB, eine Institution zu finden, die

half, einen gutarbeitenden Teerölbrenner zu konstruieren. Der Genosse Schabunin löste gemeinsam mit dem Kollegen Homann vom Konstruktionsbüro in einer Nacht das Problem. Mit „Moskauer Tempo" wurden binnen einiger Tage alle Zeichnungen gefertigt und der Schabunin-Brenner am SM-Ofen II eingebaut, wo er sich bestens bewährte. Ein Leistungsanstieg von 0,5 t/h wurde erreicht. Genosse Torschilow machte 21 Vorschläge zur Erleichterung, Beschleunigung und Verbesserung der Arbeit in der Ofenbauabteilung, welche mit zur führenden Stellung der Ofenbauabteilung des SWB in der Metallurgie der DDR beitrugen.

Allein im ersten Halbjahr 1962 wurden durch die Vorschläge der sowjetischen Genossen 150 000,00 Mark eingespart.[10]

Man sagt allgemein, daß der Wert einer persönlichen Freundschaft sich erst in komplizierten Situationen zeige. Auf die Freundschaft zwischen der UdSSR und der DDR bezogen, kann man das hundertprozentig bestätigen. In den komplizierten Jahren 1953 bzw. 1961 versicherten uns in vielen Briefen sowjetische Arbeiter ihre Solidarität mit uns. Auch bei innerbetrieblich bedingten komplizierten Situationen erhielt das SWB Hilfe.

Viele sowjetische Neuerermethoden, wie die Schnellschmelzen nach Amossow, die Bassow-Methode, die Slobinmethode u. v. a. halfen uns, den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Zahlreiche Studiendelegationen aus dem SWB weilten in der Sowjetunion, um fortschrittliche Arbeitsmethoden zu studieren. In einer der ersten vom August 1953 bis zum Juni 1954 studierten die Schmelzer H.-Heinz Piontek und Karl Klinke in Saporoshje. Nach ihrer Rückkunft erreichten sie, daß im SWB die t/h-Leistung um 2 t/h erhöht wurde und die Herdreparaturen um 2 % sanken.

Zahlreiche Kollegen des SWB erwarben an sowjetischen Hochschulen und Universitäten akademische Grade. Ausdruck der wachsenden freundschaftlichen Beziehungen war auch die Entwicklung der Grundeinheit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft seit ihrer Gründung am 19. Mai 1950. Von einst 320 Mitgliedern wuchs diese Gesellschaft bis zu den ca. 8 500 Mitgliedern 1986. Der erste ehrenamtliche Vorsitzende der DSF GO des SWB war der Genosse Dipl.-Ing. Friedrich Franz, damals als Technischer Direktor für den Bau des Werkes verantwortlich. Beim Aufbau der Maxhütte Unterwellenborn war er über die Zusammenarbeit mit sowjetischen Genossen zum Freund der Sowjetunion geworden.

Die erste Brigade im SWB, die im Juni des Jahres 1959 den Titel „Brigade der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" erhielt, war die Brigade der Stahlwerksschmiede. Großen Anteil daran hatte der Brigadeleiter, der kampferprobte Genosse Willi Stoof, der schon im Flick-Konzern als SPD-Mitglied gemeinsam mit Kommunisten wie Paul Nita und Max Herm für die Belange der Arbeiter und für die Klassensolidarität mit der UdSSR eintrat.

Selbst als Rentner war er einer der Initiatoren, die dafür sorgten, daß 1972 innerhalb der Veteranengruppe eine selbständige DSF-Gruppe gegründet wurde.

Ausdruck der vielfältigen brüderlichen Beziehungen sind auch viele Brigadenamen. Mit großer Begeisterung nahmen die Kumpel des SWB von der Erforschung des Weltraumes Kenntnis. Namen von Brigaden wie „Popowitsch", „Kosmos", „Juri Gagarin" künden davon. Anfang 1962 erhielt die Brigade der Ankerwickelei, die Juri Gagarin gebeten hatten, seinen Namen tragen zu dürfen, die lang ersehnte Antwort. Schon die ersten Zeilen brachten wesentliche Eigenschaften eines Kommunisten zum Ausdruck. Juri Gagarin schrieb: „Ich bin über Ihre Bitte gerührt und betrachte dieselbe als eine hohe Ehre, die Sie mir als Vertreter des sowjetischen Volkes . . . erweisen." [11]

Unsere erfolgreiche Entwicklung verdanken wir zu einem beträchtlichen Teil der Tatsache, daß wir den Vorlauf, die Erfahrungen, die sich die Sowjetunion seit 1917 erarbeitet hatte, nutzen konnten. Um auch künftigen Aufgaben gerecht werden zu können, wurde 1978 zwischen dem Werk „Iljitsch"/Stalumow und dem SWB Brandenburg ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Die im Vertrag festgelegte Zusammenarbeit erstreckt sich auf folgende Gebiete: Methoden und Formen der politisch-ideologischen Tätigkeit der Parteiorganisation, Erfahrungsaustausch über die Organisation des sozialistischen Wettbewerbs und der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten. Dieser Erfahrungsaustausch führte zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, Arbeiteraustausch, Zusammenarbeit mit Gewerkschafts- und Jugendorganisation. Er war in den letzten Jahren fruchtbar für beide Seiten. Selbst wenn wir Tausende Kilometer voneinander entfernt unsere Aufgaben erfüllen, so kämpfen wir doch gemeinsam auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Weltanschauung und für ein gemeinsames Ziel: den Erhalt des Friedens und den erfolgreichen Aufbau des Kommunismus.

Ausdruck des gemeinsamen Voranschreitens im Kampf um den Weltfrieden sind die seit 1967 durchgeführten Schmelzen der Freundschaft.

Im September 1979 fand vor dem 30. Jahrestag der DDR ein bedeutendes Kampfmeeting zum Auftakt der Schmelze der Freundschaft im SWB statt. Herzlich begrüßt von den Metallurgen des SWB wurden die 33 sowjetischen Stahl- und Walzwerker und die zahlreichen Gäste, unter ihnen Genosse Singhuber, Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Genosse Norikow, Vorsitzender des Zentralkomitees der Gewerkschaft der sowjetischen Hüttenarbeiter, Genosse Günther Jahn, Mitglied des ZK der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam, Genosse Sommer, Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Metall, Genosse Arthur Czadzeck, Vorsitzender des FDGB-Bezirksvorstandes und Genosse Reinhold Kietz, Mitglied der SED-Bezirksleitung und 1. Sekretär der SED-Kreisleitung.

Auf der Ofenbühne, an den Walz- und Ziehaggregaten begann dann die internationale Zusammenarbeit vor Ort. Interessiert machten sich die sowjetischen Schmelzer mit den Gegebenheiten im SWB vertraut, um die hochgesteckten Tagesziele zu erreichen. Wie sie selbst sagten, sollte das ihr Beitrag zur würdigen Vorbereitung des 30. Jahrestages der DDR und des Planes 1980 sein.

Wenn sowjetische und Schmelzer der DDR Schulter an Schulter Schweiß vergießen bei gemeinsamer Arbeit, ihre Erfahrungen austauschen, symbolisiert das in anschaulicher Weise unsere gemeinsame Absicht: zum Wohle der Menschen unsere Volkswirtschaften und Staaten allseitig zu stärken, um der Menschheit den Frieden zu bewahren.

Die historische Befreiungstat der Roten Armee wird heute durch ein eindrucksvolles Denkmal gewürdigt. Es ist ein Symbol der deutsch-sowjetischen Freundschaft.

Wie einst der Panzer des damaligen Leutnants und jetzigen Oberstleutnants Konstantin Sacharow, der am 27. April auf den Zuchthaushof rollte, trägt der T 34 auf dem Denkmalsockel den roten fünfzackigen Stern und die Nummer 35 am Turm. Unter dem Beifall der Versammelten und Hochrufen „Drushba – Freundschaft" enthüllte das Mitglied des ZK und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Günther Jahn, die Gedenktafel, die die Inschrift trägt:

> „Dank euch, ihr Sowjetsoldaten des 32. Gardepanzerregiments und des 62. Gardekavallerieregiments für die Befreiung der antifaschistischen Widerstandskämpfer aus dem ehemaligen faschistischen Zuchthaus Brandenburg am 27. 4. 1945."

In einer kurzen Ansprache hatte Günther Jahn an den heldenhaften Kampfweg der Sowjetarmee von Stalingrad bis Brandenburg und schließlich Berlin zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus erinnert. Er nannte es eine Stunde innerer Bewegung, die sowjetischen Kämpfer während dieses feierlichen Augenblicks an der Seite zu wissen, die den Antifaschisten vor 35 Jahren das Tor in die Freiheit aufstießen. Und an den ehemaligen Panzerkommandanten Konstantin Sacharow sowie den ehemaligen Kommandeur der 16. Tschernigower Gardekavalleriedivision, die seit 1945 den Ehrennamen „Brandenburgskaja" trägt, den Ehrenbürger der Stahlwerkerstadt, Generalleutnant Grigori Below, gewandt, rief er: „Wir schließen euch in unsere Arme, liebe sowjetischen Freunde." Herzlicher Beifall bekräftigte diese Feststellung.

Genosse Jahn führte weiter aus:

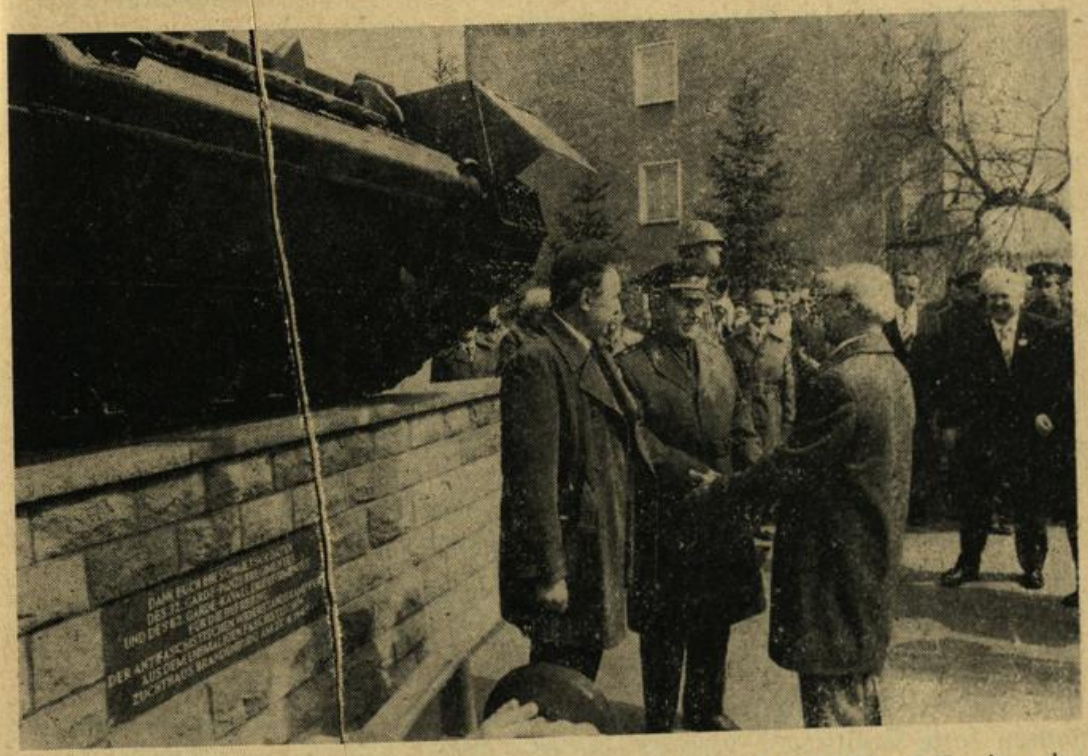
„Brandenburg ist die Stadt der Aktivisten und der Schmelzen der Freundschaft". An die Arbeit der Stahlschmelzer anknüpfend hob er hervor: „Die deutsch-sowjetische Freundschaft, die Kampfgemeinschaft zwischen der SED und der KPdSU, der Bruderbund zwischen unseren beiden Staaten ist unverbrüchlich und weist in die Zukunft, er ist für uns die allerbeste politische Le-

gierung, die es gibt. Und wenn heute im Marschtritt unserer Epoche FDJler und Komsomolzen, Thälmann- und Leninpioniere im gleichen Takt gehen, dann ist das die schönste Frucht der Befreiertat."

Er fand die einhellige Zustimmung der Teilnehmer, als er zum Schluß erklärte: „Weihen wir das Denkmal ein als bleibendes Zeugnis für die Befreiertat, als Monument unseres Dankes, als Ehrenmal für die Gefallenen, als Mahnmal für die Lebenden, als Traditionsstätte unserer Jugend, als Symbol echter deutsch-sowjetischer Freundschaft." [12]

Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, würdigte anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung der politischen Gefangenen des faschistischen Zuchthauses Brandenburg am 27. April 1985 auf einer Kundgebung auf dem Marienberg vor über 100 000 Teilnehmern die welthistorische Bedeutung des Sieges über den Faschismus.

„Der Sieg über den Hitlerfaschismus war von welthistorischer Größe. Für ihn vollbrachte die Sowjetunion unter Führung der KPdSU mit beispiellosem Heldentum ihrer Söhne und Töchter im Waffenrock der Roten Armee die gewaltigste Leistung. An der entscheidenden Front des zweiten Weltkrieges warf



Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, im Gespräch mit Generalleutnant Grigori Below anläßlich der Einweihung des Panzermonumentes am 26. April 1980. Links Genosse Günther Jahn, 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der SED



Während der Kundgebung zum 40. Jahrestag der Befreiung der antifaschistischen Widerstandskämpfer auf dem Marienberg in Brandenburg gestalteten Sportler die Grundidee des Ehrenmals in Berlin-Treptow

sie den Aggressor, der ganz Europa mit Mord und Brand überzogen hatte, immer weiter zurück und besiegelte seinen schmählichen Untergang.
20 Millionen Angehörige des Sowjetvolkes fanden den Tod. Mit Ehrfurcht verneigen wir uns vor ihrem Andenken. Unser Gedenken gilt zugleich ihren Mitkämpfern in der Antihitlerkoalition, aus Polen, Jugoslawien, Griechenland, Italien, den USA, England, Frankreich, Dänemark und Norwegen, die an den verschiedensten Fronten ihr Leben für die Befreiung von der braunen Pest gaben . . .
Ohne den 8. Mai wäre die Welt von heute nicht so, wie sie ist. Der Sieg über den Hitlerfaschismus leitete jene Umwälzungen ein, durch die sich der Sozialismus zum Weltsystem entwickelte, die nationale und soziale Befreiungsbewegung der Völker einen machtvollen Aufschwung nahm und die kolonialen Ketten gesprengt wurden. So gewannen Freiheit, Demokratie und Menschenwürde, die das Naziregime mit Füßen getreten hatte, auf vielen Kontinenten feste Positionen. Ungeachtet aller Widerstände wird sich der Fortschritt der Menschheit, wird sich die Freiheit Bahn brechen.
Auch unser Volk konnte vor 40 Jahren einen neuen Weg einschlagen, der zur Gründung der DDR, des ersten sozialistischen Staates der Arbeiter und Bau-

ern auf deutschem Boden, führte. Durch unsere Republik, ihr Blühen und Gedeihen im Zentrum Europas ist die Welt um eine Hoffnung reicher geworden. Die DDR ist die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Hier wurde mit der verhängnisvollen reaktionären Vergangenheit des Imperialismus und Militarismus gebrochen. Die DDR verkörpert die Ideale des antifaschistischen Kampfes. Für sie ist der Frieden oberstes Grundgesetz der Politik, und jeder in der Welt kann darauf vertrauen, daß von unserem neuen, vom sozialistischen Deutschland nie Krieg ausgehen wird.

Was wir in der DDR bisher erreicht haben, was wir heute tun und für morgen planen, hat seine zuverlässige Stütze im Bruderbund mit der Sowjetunion, in unserer immerwährenden Freundschaft." [13]

Anmerkungen

1 Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1971, Bd. IX, S. 588/589
2 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957, Reihe II, Bd. 2, S. 689
3 Michael Rehse, Den Wall der Lüge durchbrochen: Erich Baron, Pionier einer großen Freundschaft. In: Wochenpost 33/1981
4 Erich Honecker, Aus meinem Leben, Berlin 1981, S. 110
5 Zitiert nach: Antifaschistische Gedenkstätte Bagow. Brandenburg 1982, (Faltblatt)
6 Der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes. (Material für die Grundorganisationen der SED), Potsdam 1985, S. 17–19
7 „Roter Stahl" (Betriebszeitung des SWB), Nr. 15 vom 17. 4. 1965
8 Brief von R. Fremde an seine Angehörigen vom 17. 3. 1948, Kopie im Besitz F. Stresow
9 Vgl. Bezirksparteiarchiv Potsdam der Bezirksleitung der SED, I/2/40
10 Vgl. Stadtarchiv Brandenburg, Nr. 35 vom 1. 9. 1962
11 Original des Briefes bei der AGL der Elektroabteilung des SWB
12 Märkische Volksstimme, 28. 4. 1980
13 Märkische Volksstimme, 29. 4. 1985

Der Autor dankt den Bfrd. Dr. Klaus Heß, Stadtarchiv, und Dr. Friedhelm Stresow, SWB, für die Unterstützung bei der Materialsammlung.

Die Überführung der Ortsparteiorganisationen der KPD in Potsdam und Nowawes unter Führung der Bezirksleitung Berlin in die Illegalität 1933/1935

Von Werner Bethge

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur am 30. Januar 1933 standen Kommunisten und alle anderen Antifaschisten vor einer schweren Aufgabe. Im Interesse des ganzen deutschen Volkes mußte alles getan werden, um die Konsolidierung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Es waren besonders die Kommunisten, die sich diesem Anliegen stellten. Trotz des Wissens darum, wie schwer die Aufgabe sein würde, orientierte Ernst Thälmann auf der Tagung des ZK der KPD vom 7. Februar 1933 „auf die Sicherung der Partei und ihre Fortführung trotz aller Anschläge des faschistischen Terrors." [1] Frühzeitig schon hatte die KPD die Gefahr der Errichtung der faschistischen Diktatur erkannt, eindringlich davor gewarnt und sich mit ihrer ganzen Kraft dagegen gestemmt. Gleichzeitig stellten sie sich jedoch langfristig auf eine solche brisante Zuspitzung der Widersprüche und damit auf eine mögliche Illegalität ein. Einen entsprechenden Beschluß faßte die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg bereits auf ihrem 17. Parteitag im März 1929. Dabei verwies sie vor allem darauf, daß die Umstellung auf die illegale Arbeit „keine einseitige technische Frage (Druckmöglichkeiten, Vervielfältigungsapparate, Kuriere usw.), sondern in erster Linie eine politische Aufgabe" ist, wobei es vor allem darauf ankommt, „die Bereitschaft der Partei auf die Illegalität" [2] zu erzeugen. Ganz in diesem Sinne beschlossen auf der Grundlage entsprechender Orientierungen der Bezirksleitung die Ortsparteiorganisationen in Potsdam und Nowawes – mit 135 bzw. 300 Mitgliedern – angesichts der immer größer werdenden Gefahr einer faschistischen Diktatur im Sommer und Herbst 1932, sich langfristig auf die Illegalität vorzubereiten.[3]

Vorliegende Überlieferungen der damals eingeleiteten Maßnahmen demonstrieren, wie ernsthaft sie sich dieser Aufgabe widmeten, und zeugen davon, daß die Kommunisten in beiden Städten gewillt waren, den antifaschistischen Kampf auch nach der Errichtung der faschistischen Diktatur konsequent fortzusetzen. Sicher galt es dabei zu überlegen, wie sich unter den Bedingungen der Illegalität die Organisationen weiterführen ließen. Die folgenden Aus-

führungen geben dazu einen kleinen Einblick. Arthur Berkholz – 1932/33 Organisationsleiter der Zelle 3 in Nowawes – erinnerte sich an diese Aufgabe, und wie sie durchgeführt wurde. Unter Anleitung von Stanislaus Böhme – Instrukteur der Unterbezirksleitung Berlin-Schöneberg – bereitete sich die Nowaweser Organisation in einer Ortsparteileitungssitzung auf die Maßnahmen für eine drohende Illegalität vor. Dabei orientierte die Leitung auf folgende Aufgaben, um eine illegale politische Arbeit zu ermöglichen:

- Teilung der bestehenden sechs Parteizellen und ihre Aufgliederung in Dreiergruppen, die straßenweise zusammengestellt wurden
- Festlegung der Parteimitglieder, die zum Kern einer illegalen Arbeit zu rechnen waren
- Übergang zur Kassierung der Parteimitglieder ohne Beitragsmarken

Die Zellenteilung wurde bereits im Herbst 1932 durchgeführt, da diese z. T. mit mehr als 50 Mitgliedern quantitativ zu umfangreich geworden waren und damit eine straffe Leitung nicht mehr gewährleistet war. Aus den bis dahin bestehenden Parteizellen wurden etwa 12 Zellen gebildet.[4]

Offensichtlich unter der Anleitung des Instrukteurs der Unterbezirksleitung Berlin-Steglitz, Dr. Wolfgang Steinitz,[5] vollzogen die Kommunisten in Potsdam die Vorbereitung auf die Illegalität. Verantwortlich für diese Aufgabe wurde Ernst Reiser, der im Sommer 1932 aus der Ortsparteileitung der KPD ausschied, um sich ganz diesem Auftrag widmen zu können. Ähnlich wie in Nowawes verlief auch die Vorbereitung in Potsdam. Im Ergebnis wurde auch in der Potsdamer Parteiorganisation jener Kern benannt, der dann Träger der illegalen Arbeit wurde.[6]

Mit der gleichen Konsequenz, wie die Kommunisten in beiden Organisationen einen möglichen Übergang in die Illegalität vorbereiteten, bekämpften sie auch von Beginn an die faschistische Diktatur. Bereits am 30. Januar 1933 wandten sie sich in einer von Nowawes ausgehenden machtvollen Demonstration gegen die Berufung der Hitlerregierung durch den Reichspräsidenten. Ein Nowaweser Kommunist – Willi Zinnemann – war Zeuge, wie die Ortsparteileitung der KPD in Nowawes diesen Aufmarsch vorbereitete, und berichtete davon, wie dieser verlief. Nach einer kurzen Kampfberatung wurde durch die Leitung der Beschluß gefaßt, eine Demonstration mit zwei roten Fahnen durchzuführen und die Mitglieder in den einzelnen Zellen durch Kuriere von diesem Beschluß zu informieren. Bereits nach kurzer Zeit waren auf dem Friedrich-Ebert-Platz (heute Plantagenplatz) über 300 Kommunisten und Sympathisierende versammelt. Das war der Auftakt einer nach Potsdam und zurück nach Nowawes führenden Demonstration, der sich unterwegs weitere Kommunisten und andere Antifaschisten anschlossen. „An der Spitze marschieren", so berichtet Willi Zinnemann weiter, „die Genossen der Partei, in den ersten Reihen unsere größten und kräftigsten Genossen, dann Ge-



18. Jahrg. / Nr. 25 Preis 15 Pfennig

Berlin, Sonntag, 25. Januar 1931

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Alarm! Alarm! Neuer 20. Juli droht!

Einheitsfront der Tat gegen den faschistischen Generalangriff!

Schleicher zurückgetreten – Papen von Hindenburg beauftragt – „Präsidial"- oder Hitlerdiktatur zur Niederwerfung des revolutionären Massenwiderstandes – Die sozialdemokratischen Führer für eine „parlamentarische" Hitlerregierung

Drohender Ausnahmezustand gegen die rote Freiheitspartei

Betriebsräte-Vollversammlung!

Sie schlagen schon los

KPD.-Einheitskundgebung verboten!

nossen des Kampfbundes gegen den Faschismus, vermischt mit Genossinnen der Partei und ... Massenorganisationen, dazwischen auch Sympathisierende. Den Schluß bildeten Teile der Einheit (RFB)".[7] Alle Versuche der Polizei, den Demonstrationszug aufzulösen, mißlangen.

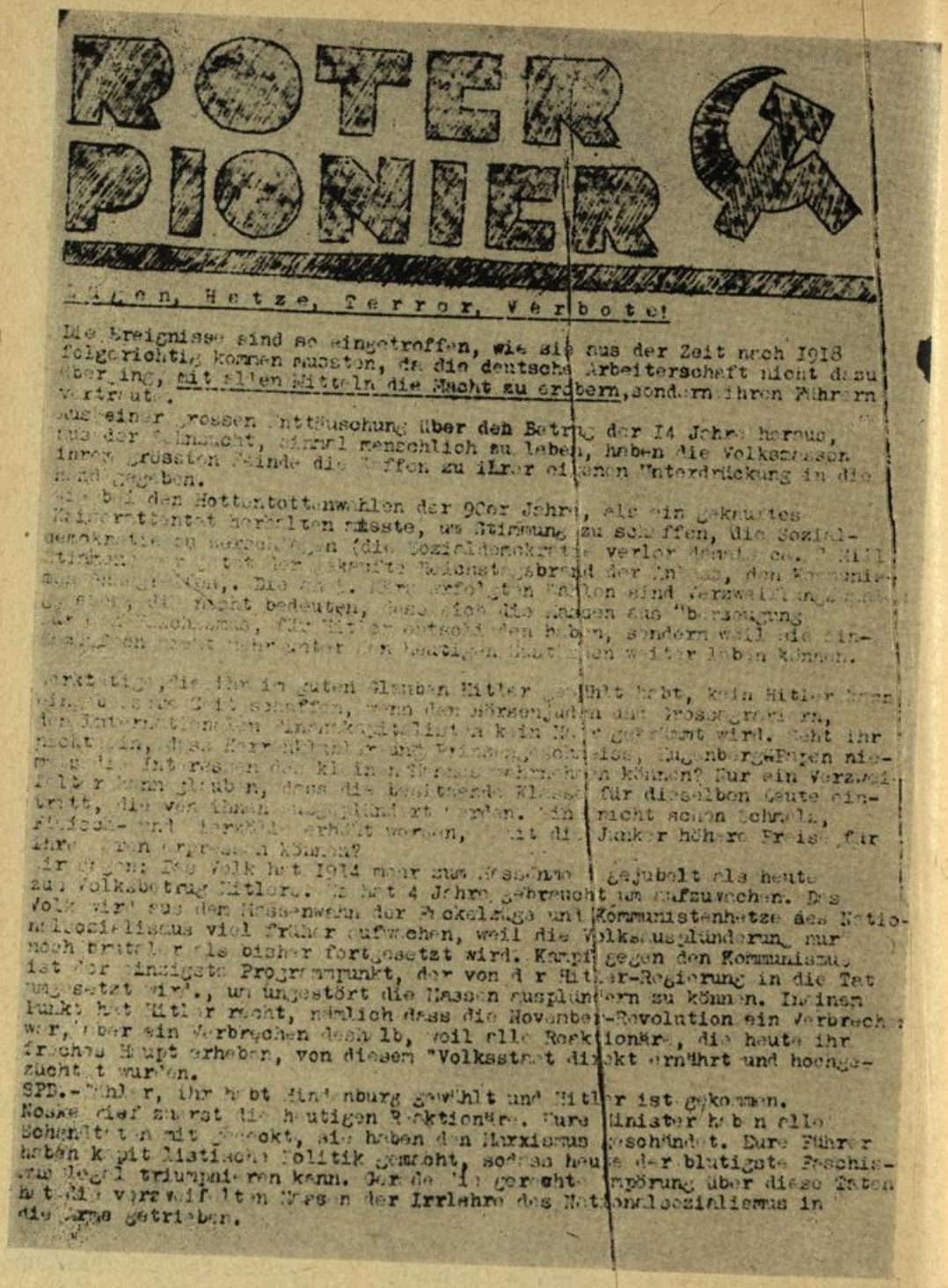
Nach Abschluß der Demonstration blieb die Leitung der Nowaweser Kommunisten und des illegalen RFB zusammen. Sie erwarteten einen Kurier aus Berlin, der allerdings nicht eintraf. Am Morgen kam Hans Ulrich – Maschinenmeister in der Druckerei der Roten Fahne – von der Schicht und brachte Flugblätter mit, in denen das ZK der KPD zum Generalstreik aufrief. Noch am gleichen Morgen verteilten Elli Seifert/Schneemann, Walter Klausch und Hans Ulrich diese vor dem Reichsbahnausbesserungswerk in Potsdam und dem Lokomotivwerk Orenstein & Koppel.

Zielstrebig begannen die Hitlerfaschisten ihre Diktatur auszubauen, den Terror gegen alle Andersdenkenden zu verschärfen. Mit der Reichstagsbrandprovokation am Abend des 27. Februar 1933 und der daraufhin vom Reichspräsidenten am 28. Februar 1933 erlassenen Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat" wurde die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt und der politische Ausnahmezustand geschaffen. Damit inszenierten die Nazis den entscheidenden Auftakt für die blutige Verfolgung aller antifaschistischen Kräfte, insbesondere aber der Kommunisten mit dem erklärten Ziel, diese Partei und damit ihren konsequentesten Gegner zu vernichten.

Unter diesen Voraussetzungen gestaltete sich die Aufgabe der Kommunisten, auch in Potsdam und Nowawes ihre Organisationen in die Illegalität zu überführen, sicher viel komplizierter, als sie es sich bis dahin vorstellen konnten. An einigen Beispielen soll diese Feststellung veranschaulicht werden.

Die der Reichstagsbrandprovokation folgende schlagartige Verhaftungswelle führte – vor allem in Potsdam – zum Ausfall aller Funktionäre und aktiven Mitglieder der KPD, was deutlich unterstreicht, wie gründlich die Nazis sich auf diese Situation vorbereitet hatten. In der vom Potsdamer Polizeipräsidenten herausgegebenen Pressenotiz vom 3. März 1933 heißt es dazu: „Die in den letzten beiden Tagen und Nächten in den Orten Potsdam, Nowawes, Bornstedt und Bornim unternommene Fahndungsaktion nach führenden Mitgliedern und Funktionären der KPD hat nunmehr zu dem Erfolg geführt, daß 24 Personen in polizeiliche Schutzhaft genommen worden sind. Nach der Festnahme der gestern mitgeteilten 10 Führerpersönlichkeiten sind sofort neue Führer an ihre Stelle getreten. Es ist aber auch gelungen, auch dieser Persönlichkeiten im Laufe der letzten Nacht habhaft zu werden. Die Durchsuchungen förderten ein reichhaltiges Material an Hetz- und Zersetzungsschriften ...

Titelseite der „Roten Fahne", Zentralorgan der KPD, zur Schaffung der Einheitsfront aller Werktätigen gegen den faschistischen Generalangriff vom 29. Januar 1933



ROTER PIONIER

Lügen, Hetze, Terror, Verbote!

Die Ereignisse sind so eingetroffen, wie sie aus der Zeit nach 1918 folgerichtig kommen mussten, da die deutsche Arbeiterschaft nicht dazu überging, mit allen Mitteln die Macht zu erobern, sondern ihren Führern vertraute.

Aus einer grossen Enttäuschung über den Betrug der 14 Jahre heraus, aus der Sehnsucht, einmal menschlich zu leben, haben die Volksmassen ihren grössten Feinde die Waffen zu ihrer eigenen Unterdrückung in die Hand gegeben.

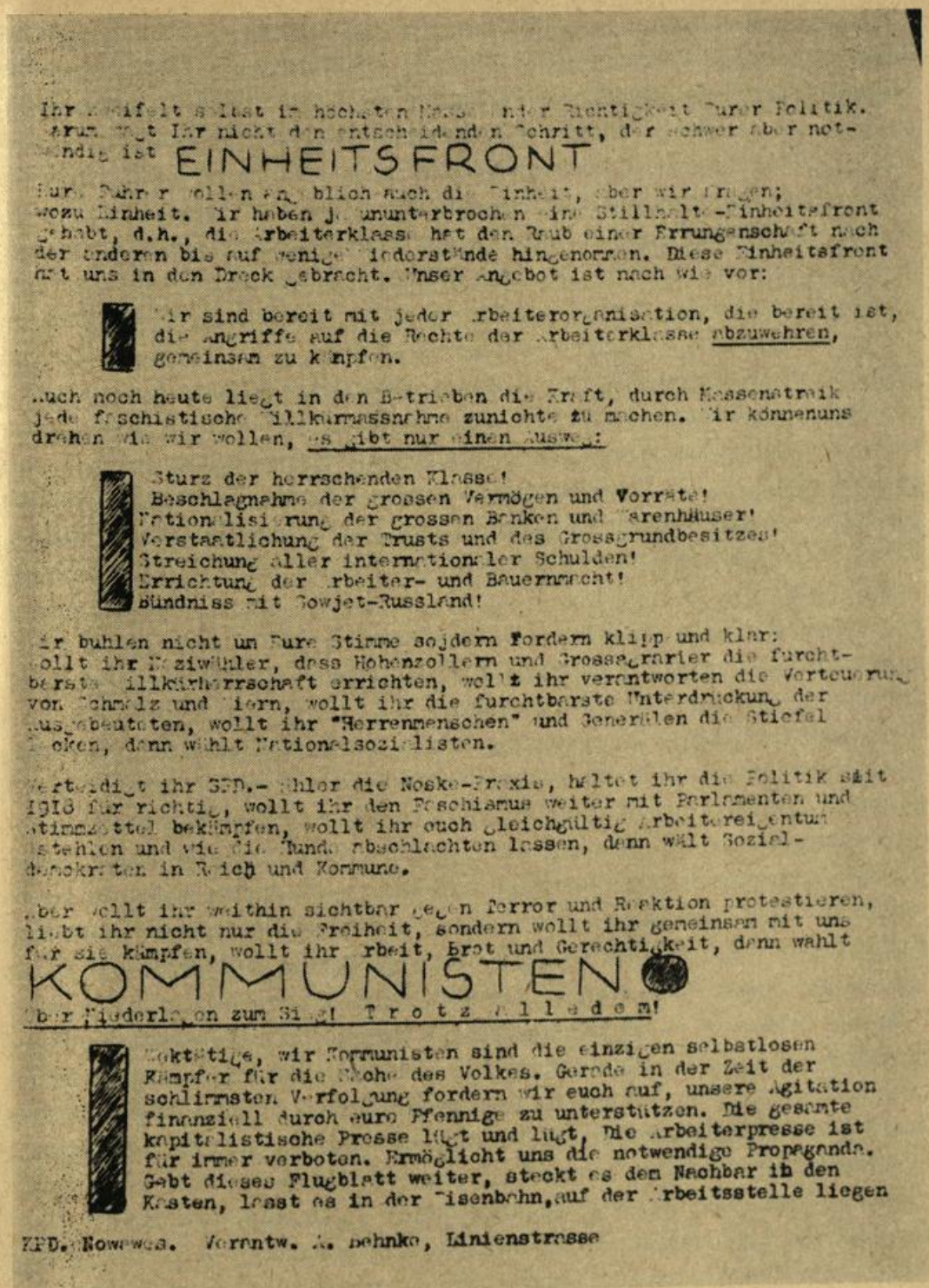
Wie bei den Hottentottenwahlen der 90er Jahre, als ein gekrauntes Kaiserattentat herhalten musste, um Stimmung zu schaffen, die Sozialdemokratie zu vernichten (die Sozialdemokratie verlor damals ca. 2 Mill. Stimmen), so tritt der gekaufte Reichstagsbrand der Lüge, den Kommunismus [illegible]. Die [illegible] verfolgten Massen sind verzweifelt genug, die nicht bedeuten, dass sie die Lügen des "Dritten Reiches", für Hitler entschieden haben, sondern weil sie einfach nicht mehr unter den heutigen Bedingungen weiter leben können.

Arbeiter, die ihr im guten Glauben Hitler gewählt habt, kein Hitler kann [illegible] schaffen, wenn den Börsenjuden und Grossgrundbesitzern, den Interessenten Brüning-Schiele-Lambach nicht gewehrt wird. Seht ihr nicht ein, dass Herr Hitler und Brüning, Schiele, Lambach, Thyssen, Krupp, Hugenberg-Papen niemals die Interessen der kleinen Bauern vertreten können? Nur ein Verzweifelter kann glauben, dass die herrschende Klasse für dieselben Leute eintritt, die von ihnen ausgeplündert werden. Ihr seid schon schuldig, [illegible] und betrogen worden, damit die Junker höhere Preise für ihre Produkte erpressen können.

Wir sagen: Das Volk hat 1914 mehr zum Massenmord gejubelt als heute zum Volksbetrug Hitlers. Es hat 4 Jahre gebraucht um aufzuwachen. Das Volk wird aus dem Massenwahn der Hakenkreuzlüge und Kommunistenhetze des Nationalsozialismus viel früher aufwachen, weil die Volksausplünderung nur noch brutaler als bisher fortgesetzt wird. Kampf gegen den Kommunismus ist der einzigste Programmpunkt, der von der Hitler-Regierung in die Tat umgesetzt wird, um ungestört die Massen ausplündern zu können. In einem Punkt hat Hitler recht, nämlich dass die November-Revolution ein Verbrechen war, aber ein Verbrechen deshalb, weil alle Reaktionäre, die heute ihr freches Haupt erheben, von diesen "Volksstaat direkt ernährt und hochgezüchtet wurden.

SPD.-Wähler, Ihr habt Hindenburg gewählt und Hitler ist gekommen. Noske rief zur Not die heutigen Reaktionäre. Eure Minister haben alle Schandtaten mit gedeckt, sie haben den Marxismus geschändet. Eure Führer haben kapitalistische Politik getrieben, sodass heute der blutigste Faschismus dagegen triumphieren kann. Aus der berechtigten Empörung über diese Taten hat die verzweifelten Massen der Irrlehre des Nationalsozialismus in die Arme getrieben.

„Roter Pionier", Agitationsblatt der Ortsparteiorganisation Nowawes der Kommunistischen Partei Deutschlands, Mitte März 1933, Original im Potsdam-Museum



Ihr zweifelt selbst im höchsten Masse an der Richtigkeit Eurer Politik. Warum wagt Ihr nicht den entscheidenden Schritt, der schwer aber notwendig ist

EINHEITSFRONT

Eure Führer wollen angeblich auch die Einheit, aber wir fragen; wozu Einheit. Wir haben ja ununterbrochen eine Stillhalte-Einheitsfront gehabt, d.h., die Arbeiterklasse hat den Raub einer Errungenschaft nach der anderen bis auf wenige Wiederstände hingenommen. Diese Einheitsfront hat uns in den Dreck gebracht. Unser Angebot ist nach wie vor:

Wir sind bereit mit jeder Arbeiterorganisation, die bereit ist, die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse abzuwehren, gemeinsam zu kämpfen.

Auch noch heute liegt in den Betrieben die Kraft, durch Massenstreik jede faschistische Willkürmassnahme zunichte zu machen. Wir können uns drehen wie wir wollen, es gibt nur einen Ausweg:

Sturz der herrschenden Klasse!
Beschlagnahme der grossen Vermögen und Vorräte!
Nationalisierung der grossen Banken und Warenhäuser!
Verstaatlichung der Trusts und des Grossgrundbesitzes!
Streichung aller internationaler Schulden!
Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht!
Bündniss mit Sowjet-Russland!

Wir buhlen nicht um Eure Stimme sojdern fordern klipp und klar: wollt ihr Naziwähler, dass Hohenzollern und Grossagrarier die furchtbarste Willkürherrschaft errichten, wollt ihr verantworten die Verteuerung von Schmalz und Wiern, wollt ihr die furchtbarste Unterdrückung der Ausgebeuteten, wollt ihr "Herrenmenschen" und Generälen die Stiefel lecken, dann wählt Nationalsozialisten.

Verteidigt ihr SPD.-Wähler die Noske-Praxis, haltet ihr die Politik seit 1918 für richtig, wollt ihr den Faschismus weiter mit Parlamenten und Stimmzettel bekämpfen, wollt ihr euch gleichgültig Arbeitereigentum stehlen und wie die Hunde abschlachten lassen, dann wält Sozialdemokraten in Reich und Kommune.

Aber wollt ihr weithin sichtbar gegen Terror und Reaktion protestieren, liebt ihr nicht nur die Freiheit, sondern wollt ihr gemeinsam mit uns für sie kämpfen, wollt ihr Arbeit, Brot und Gerechtigkeit, dann wählt

KOMMUNISTEN

Über Niederlagen zum Sieg! T r o t z a l l e d e m!

Wektätige, wir Kommunisten sind die einzigen selbstlosen Kämpfer für die Sache des Volkes. Gerade in der Zeit der schlimmsten Verfolgung fordern wir euch auf, unsere Agitation finanziell durch eure Pfennige zu unterstützen. Die gesamte kapitalistische Presse lügt und lügt, Die Arbeiterpresse ist für immer verboten. Ermöglicht uns die notwendige Propaganda. Gebt dieses Flugblatt weiter, steckt es dem Nachbar in den Kasten, lasst es in der Eisenbahn, auf der Arbeitsstelle liegen

KPD. Nowawes. Verantw. A. Behnke, Linienstrasse

zutage . . . "[8]. Hinter Gefängnismauern verbannt, in der Mehrzahl jedoch in schnell eingerichtete Konzentrationslager eingeliefert, wurden die meisten von ihnen erst gegen Ende des Jahres wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gleichzeitig bauten die Faschisten ihre Repressivorgane weiter aus. Der bis dahin amtierende Polizeipräsident, von Zitzewitz, der sich nicht als ein bedingungsloser Gefolgsmann der Nazis erwies, wurde abgelöst. Seine Stelle übernahm – auf Befehl Hitlers – ab 1. April 1933 Wolf Heinrich Graf von Helldorf. Als einer der berüchtigtsten SA-Führer von Berlin hatte er sich bereits im Terror gegen die Kommunisten ausgezeichnet. So leitete er z. B. auch die widerrechtliche Besetzung und Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin durch die SA. Bei der Übergabe des Hauses an die neugegründete Abteilung zur Bekämpfung des Bolschewismus bei der faschistischen Staatspolizei äußerte er u. a.: „Ich erkläre hiermit, daß für jeden SA-Mann, der von heute ab in Berlin oder in Brandenburg ermordet wird, drei Kommunisten mit dem Tode büßen müssen."[9] Mit diesen Worten, die demagogisch die bestehenden politischen Verhältnisse verkehrten, legitimierte er jeden Terror gegenüber den in die Illegalität gezwungenen Kommunisten und gab damit seinen SA-Leuten freie Hand zur brutalsten Verfolgung aller Antifaschisten. Erheblich verstärkte Helldorff die politische Polizei durch Angehörige der SA und SS.

Erschwerend gestalteten sich die Bedingungen für den Übergang in die Illegalität auch dadurch, daß nur wenige Kommunisten über entsprechende Erfahrungen – etwa aus dem Kampfjahre 1923 – verfügten. Über dieses Problem resümierte Arno Hausmann. Es „fehlte(n) den meisten Mitgliedern konkrete Vorstellungen über die praktische Seite einer illegalen Arbeit. Es gab konkrete Vorstellungen über den Faschismus, wie z. B. die wachsende Gefahr eines Krieges durch die faschistische Diktatur oder über den brutalen faschistischen Terror als eine Waffe der Hitlerfaschisten besonders gegen die Kommunisten. Aber eine klare Vorstellung, wie sich die Entwicklung unter den Bedingungen der Illegalität wirklich vollziehen würde, hatte keiner."[10]

Zu den genannten Problemen kamen noch weitere. Die Verhältnisse in Potsdam und Nowawes waren so gelagert, daß der Polizei nicht nur die Funktionäre, sondern viele Mitglieder der KPD auch persönlich bekannt und deshalb auch leichter zu übersehen und zu überwachen waren. Und zu diesen objektiven Schwierigkeiten kamen auch Verunsicherungen aus den eigenen Reihen. „Unbeständige, wankelmütige und schwankende Elemente", wie es sie „in jeder lebendigen und sich entwickelnden Partei"[11] gibt, vom faschistischen Terror oder der Demagogie tief beeindruckt, wichen zurück oder – wie in vereinzelten Fällen – liefen zum Gegner über, wurden zu Verrätern an ihren einstigen politischen Idealen und ehemaligen Mitkämpfern.

Den genannten und sicher weiteren Schwierigkeiten trotzten die Kommunisten in Potsdam und Nowawes. Es gelang den Faschisten zwar, ihre Zahl zu dezimieren und ihre Kampfkraft zu schwächen, aber es gelang ihnen nicht, ihre Moral zu unterminieren.

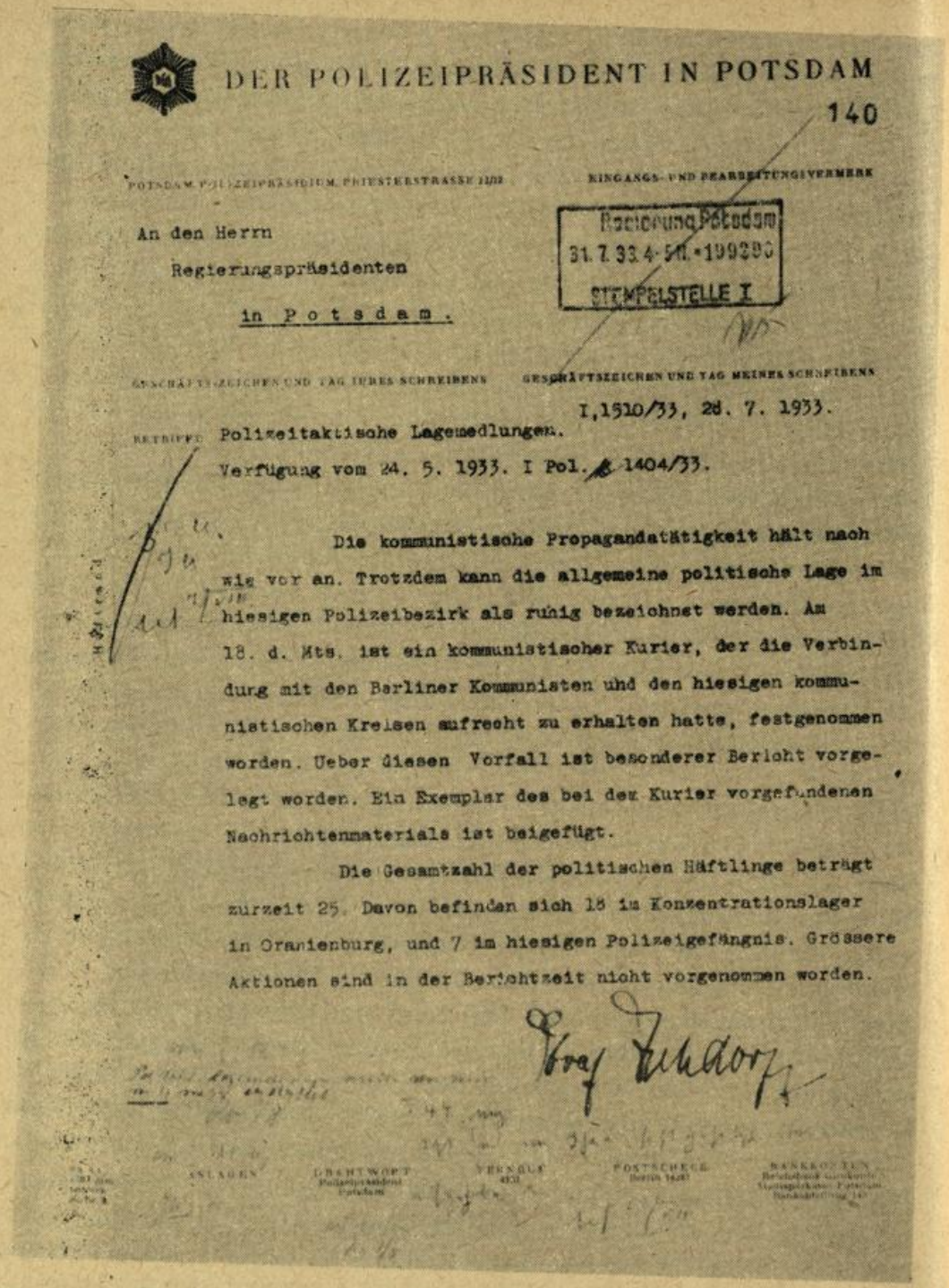
Ideologische und materielle Unterstützung in dieser gefährlichen und verantwortungsvollen politischen Arbeit erhielten die Potsdamer und Nowaweser Kommunisten durch die Berliner Parteiorganisation. Dabei war die Verbindung zwischen den Kommunisten der beiden Städte zu den für sie verantwortlichen Unterbezirksleitungen in Berlin nur zum Teil durch die Verhaftungen im Zusammenhang mit der Reichstagsbrandprovokation unterbrochen.

Während die Beziehungen von Nowawes nach Berlin-Schöneberg zunächst durch den Instrukteur Stanislaus Böhme aufrechterhalten wurden, gab es eine etwas längere Pause in der Zusammenarbeit zwischen den Potsdamer Kommunisten und der Unterbezirksleitung Berlin-Steglitz. Das war sicher auf die umfangreichen Verhaftungen im Unterbezirk Berlin-Steglitz und in Potsdam zurückzuführen. In Berlin-Steglitz mußten die vorhandenen Kräfte neu geordnet und in Potsdam neue Anlaufpunkte erschlossen werden.

Offensichtliche Versuche, wie z. B. durch den Berliner Instrukteur Heinz Haagen im Juli 1933, scheiterten zunächst. Denunziert, geriet er in die Fänge der Gestapo und wurde, da er illegales Material bei sich trug, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt.[12] Erst ab der Jahreswende 1933/34 kam es wieder zu einem festen Zusammenwirken zwischen der Unterbezirksleitung und den Potsdamer Kommunisten. Geknüpft und stabilisiert wurde die Verbindung wieder durch den schon vor der Errichtung der faschistischen Diktatur bekannten Instrukteur Dr. Wolfgang Steinitz.[13]

In der Zwischenzeit waren einige Veränderungen in der Struktur der Bezirksleitung der KPD vorgenommen worden, die auch relevant für Potsdam und Nowawes waren. Im Interesse einer intensiveren politischen Wirksamkeit in Berlin bzw. den ländlichen Gebieten wurden im August 1933 aus dem Parteibezirk Berlin–Brandenburg–Lausitz–Grenzmark zwei Parteibezirke mit den entsprechenden Leitungen gebildet: die Bezirke Berlin (Stadt und Umgebung) und Brandenburg–Lausitz–Grenzmark. Im Jahre 1934 teilte die Berliner Bezirksleitung – sicher zur besseren Anleitung und Führung der Parteiorganisation unter den Bedingungen der Illegalität – den Bezirk Berlin in einzelne Gebiete ein, denen jeweils etwa drei Unterbezirke bei voller Aufrechterhaltung ihrer Funktion und Leitung zugeordnet wurden.[14]

Potsdam und Nowawes – als Randgebiete dem Bezirk Berlin zugeordnet – gehörten zu dem Gebiet Berlin-Südwest, dessen erster Gebietsberater Paul Scholz war, bis zur Übernahme dieser Funktion Politischer Leiter des Unterbezirkes Berlin-Steglitz. Sein Nachfolger in dieser Funktion in Berlin-Steglitz wurde Olaf Becker. Als Gebietsberater hatte Paul Scholz die Aufgabe, zunächst den Bezirk Berlin-Südwest neu aufzubauen und zu organisieren.[15] Etwa um die Jahreswende 1934/35 bekam er von der Bezirksleitung Berlin eine neue Aufgabe. Sein Nachfolger als Gebietsberater in Berlin-Südwest wurde



DER POLIZEIPRÄSIDENT IN POTSDAM

140

POTSDAM, POLIZEIPRÄSIDIUM, PRIESTERSTRASSE 11/12 — EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

Regierung Potsdam
31. 7. 33. 4-5 N. • 199290
STEMPELSTELLE I

An den Herrn
Regierungspräsidenten
in Potsdam.

GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS — GESCHÄFTSZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

I,1510/33, 28. 7. 1933.

BETRIFFT: Polizeitaktische Lagemedlungen.
Verfügung vom 24. 5. 1933. I Pol. 1404/33.

Die kommunistische Propagandatätigkeit hält nach wie vor an. Trotzdem kann die allgemeine politische Lage im hiesigen Polizeibezirk als ruhig bezeichnet werden. Am 18. d. Mts. ist ein kommunistischer Kurier, der die Verbindung mit den Berliner Kommunisten und den hiesigen kommunistischen Kreisen aufrecht zu erhalten hatte, festgenommen worden. Ueber diesen Vorfall ist besonderer Bericht vorgelegt worden. Ein Exemplar des bei dem Kurier vorgefundenen Nachrichtenmaterials ist beigefügt.

Die Gesamtzahl der politischen Häftlinge beträgt zurzeit 25. Davon befinden sich 18 im Konzentrationslager in Oranienburg, und 7 im hiesigen Polizeigefängnis. Grössere Aktionen sind in der Berichtzeit nicht vorgenommen worden.

Graf Zehdorff

ANLAGEN — DRAHTWORT Polizeipräsident Potsdam — FERNRUF 4131 — POSTSCHECK Berlin 14287 — BANKKONTEN

Kuriertätigkeit der illegalen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei Deutschlands in Potsdam. Lagemeldung des Polizeipräsidenten von Potsdam an den Regierungspräsidenten vom 28. Juli 1933.
Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A I Pol. Nr. 349, Bl. 140

der Schlosser Willi Schirmeister, der bis zu seiner Verhaftung im Frühjahr 1937 diese Funktion ausübte.

Parallel zu dieser Umstellung der Bezirksparteiorganisation überführten die Kommunisten in Potsdam und Nowawes mit Unterstützung der Berliner Leitungen – wie noch zu zeigen sein wird – ihre Organisationen erfolgreich in die Illegalität. Bei einer näheren Betrachtung der Umstellung der Organisationen kristallisieren sich zwei unterschiedliche Entwicklungsphasen heraus.

Die erste Phase, die mit den oben bereits dargestellten Vorbereitungen im Sommer 1932 begann und natürlich nach der Errichtung der faschistischen Diktatur konkretere Formen annahm, endete im Herbst 1933. Im Ergebnis dieser Entwicklung hatten die Kommunisten in beiden Städten unabhängig voneinander entstandene und politisch wirkende illegale Organisationen der KPD gebildet. Dabei war symptomatisch für die Einsatzbereitschaft der Kommunisten, daß Mitglieder aus der zweiten Reihe an die Stelle der Verhafteten oder zur Emigration Gezwungenen traten, die Führung übernahmen und den Kampf gegen die faschistische Diktatur begannen. Daß es ihnen andererseits aber nicht gelang, geschlossene Organisationen in die Illegalität zu führen, muß sicher als ein Zeichen dafür gewertet werden, wie kompliziert die Aufgabe unter den damals bestehenden Bedingungen war. Jedoch gewillt, der faschistischen Diktatur entgegenzutreten, nutzten sie die sich jeweils anbietenden organisatorischen und politischen Gegebenheiten, um die langfristig vorbereiteten Maßnahmen erfolgreich umzusetzen.

In Potsdam übernahmen Wilhelm Zimdars, Paul Gramm und Kurt Austert, nachdem die Funktionäre verhaftet worden waren, die Initiative. Bereits einen Tag nach der Verhaftungswelle trat Wilhelm Zimdars an den zu dieser Zeit noch nicht verhafteten Franz Guggenberger heran und beriet mit ihm, was nunmehr zu tun sei. Sie einigten sich darauf, den Kampf gegen den Faschismus weiter fortzusetzen. Zunächst übernahm Franz Guggenberger die Aufgabe, ein Flugblatt zu entwerfen, in dem der faschistische Terror angeprangert und die Arbeiter aufgerufen werden sollten, sich diesem entgegenzustellen.[16]

Diese ersten Schritte unter den Bedingungen der Illegalität, in die systematisch andere Kommunisten wie Clara Schulze, Wilhelm Schulze, Hermann Wehrstedt, Alfred Heine, Willi Kretke und Hermann Jünemann einbezogen wurden, führten dazu, daß in den folgenden Monaten in der Stadtmitte Potsdam eine Organisation unter der politischen Führung von Wilhelm Zimdars entstand. Der Grundstock dieser Organisation waren die Mitglieder des inzwischen verbotenen kommunistisch orientierten Fußballvereins „Vorwärts 20", an dessen Spitze Wilhelm Zimdars gestanden hatte.[17] Indem es gelang, einen beträchtlichen Teil der ehemaligen Mitglieder des Vereins für den Kampf gegen den Faschismus zu aktivieren, konnten die Kommunisten eine

ganze Reihe mit der KPD sympathisierende Parteilose in die antifaschistische Front einbeziehen.

Mit der Überführung der in der Innenstadt Potsdams wohnenden Kommunisten in die Illegalität gelang es auch dem Vorsitzenden der KJVD-Gruppe, Werner Friedrich, einen Teil seiner kleinen, aber kampfbereiten Gruppe auf die neuen Bedingungen einzustellen. Es war auch hier Wilhelm Zimdars, der Werner Friedrich ermuntert hatte, seine Jugendgruppe zusammenzuhalten. Das war sicher nicht einfach, da bei den jungen Kommunisten die oben genannten politischen und moralischen Bedingungen sicher noch gravierender wirkten als bei den älteren und erfahreneren. Von den ehemals 17 Mitgliedern vor der Errichtung der faschistischen Diktatur waren es sieben Jungkommunisten, die weiter zusammenstanden und sich – wenn auch zunächst vorsichtig, dann aber mit wachsendem Engagement – dem faschistischen Regime entgegenstellten. Besonders kompliziert, so berichtete Werner Friedrich, gestaltete sich für ihn die Aufgabe, die politischen Auseinandersetzungen unter den jungen Antifaschisten zu bewältigen. Während vor dem 30. Januar 1933 viele ältere und erfahrene Mitglieder der KPD-Organisation mit ihnen diskutiert hatten, fielen diese Gespräche – sicher aus konspirativen Gründen – fort. Dabei erwiesen sich diese besonders unter den neuen Bedingungen als viel bedeutsamer, da den Jugendlichen andere Informationswege verschlossen blieben. Um diese Lücke zumindestens partiell auszufüllen, übernahm Werner Friedrich, beraten von Wilhelm Zimdars, die politische Schulung der illegalen Gruppe.[18]

Unabhängig von der im Stadtzentrum entstandenen illegalen KPD-Organisation bildeten Kommunisten Ende 1933 im westlichen und nordwestlichen Außenring der Stadt eine zweite illegale KPD-Organisation. Initiator dafür – angeregt durch ein Zusammentreffen mit Dr. Wolfgang Steinitz – war Otto Köbe, der die Kommunisten vorwiegend im äußeren Bereich des Territoriums der KPD-Zelle Brandenburger Vorstadt erfaßte. Eng zusammen wirkte er in der Führung mit Georg Fickelscheer, der sich im Frühjahr 1934 – nach Ablauf einer 14monatigen Gefängnisstrafe wegen Fortführung des verbotenen RFB – wieder in die antifaschistische Kampffront einreihte. Zu den führenden Kräften dieser Gruppe gehörte auch der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete des Potsdamer Stadtparlamentes Wilhelm Vahle. Er und seine Frau Mia – ebenfalls bis 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei – zogen als einzige Sozialdemokraten in Potsdam die entscheidende Lehre aus der Errichtung der faschistischen Diktatur und kämpften nunmehr gemeinsam mit den Kommunisten.

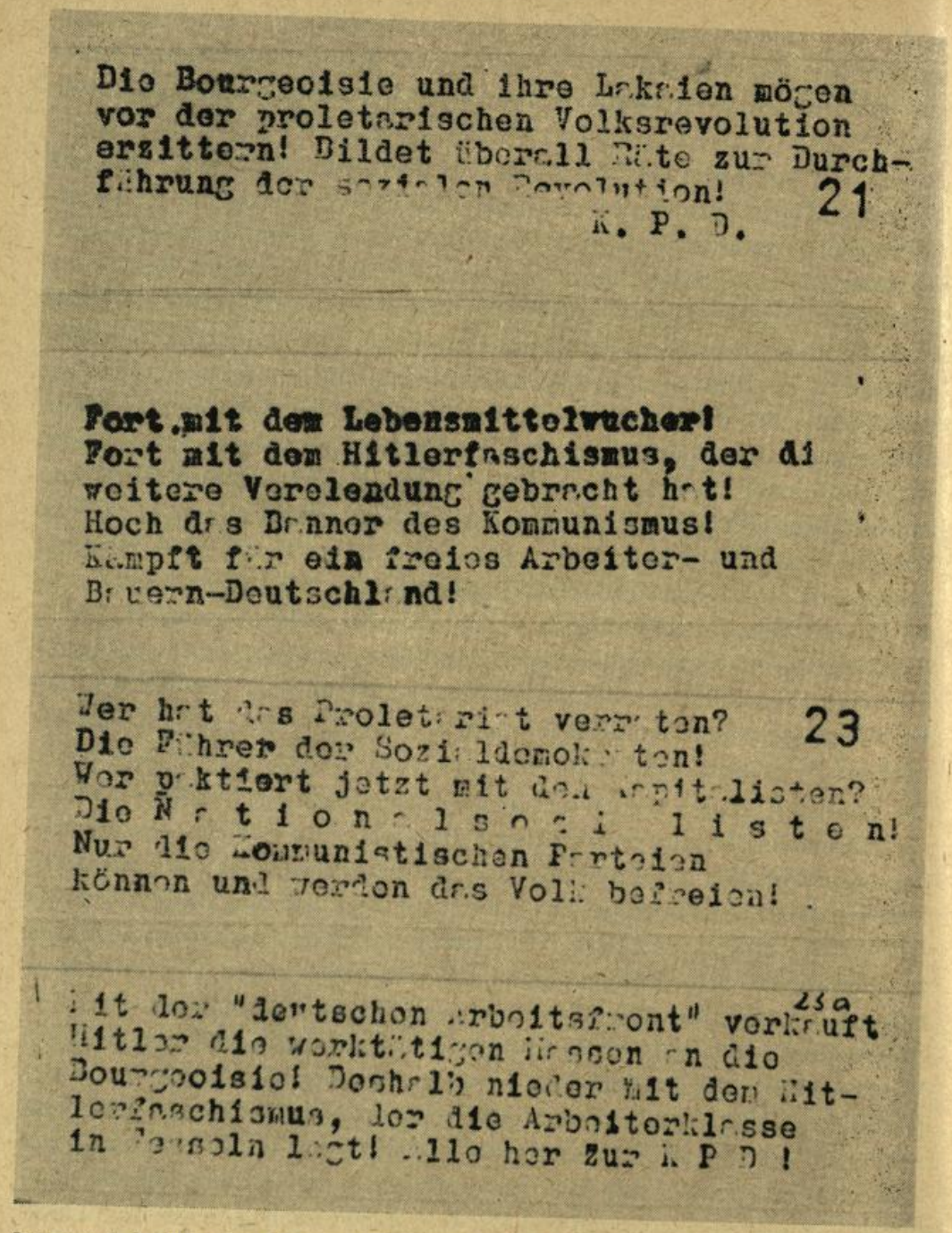
Bemühungen der im Außenring der Stadt wirkenden Kommunisten, Verbindung mit ihren Gesinnungsgenossen der Innenstadt aufzunehmen, blieben zunächst noch erfolglos. Fruchtbarer erwiesen sich ihre Bestrebungen, über die

Stadtgrenze hinaus in einer Reihe von Ortschaften südlich, westlich und nordwestlich von Potsdam mit dort kampfbereiten Kommunisten und anderen Antifaschisten zusammenzuarbeiten und diese in ihrem Kampf zu unterstützen.

Es war wohl zu Beginn des Jahres 1934, als sie Verbindung mit den Kommunisten in Werder aufnahmen, wo Paul Hahn bis Ende 1933 eine illegale KPD-Gruppe gebildet hatte. Entscheidenden Anteil daran, daß dieser Kontakt zustande kam, hatte Hermann Elflein. Darüber berichtete Paul Hahn: „Nach dem Reichstagsbrandprozeß 1933 kam Hermann Elflein mit seinem Freund Richard Schuchardt aus Werder zu mir ... Die Unterhaltung brachte den Schluß ... Elflein schlug vor, mit Potsdam eine politische Verbindung aufrechtzuerhalten. Kamerad Meinicke übernahm den Posten als Verbindungsmann nach Potsdam bis 1936." [19] Enge Beziehungen bestanden auch nach Beelitz, wo unter der Leitung von Gerhard Jänichen, Hermann Möhlenkamp und Fritz Röh die KPD-Organisation erfolgreich umgestellt worden war. Aus den zugänglichen Unterlagen ergibt sich darüber hinaus, daß die unter Leitung von Otto Köbe stehende Organisation nicht unbeteiligt an der weiteren Entwicklung der KPD-Organisation in Beelitz gewesen sein soll.[20] Aber auch nach Glindow und Bornstedt vermochten sie Kontakte herzustellen. Über diese Verbindungen wurden die Kommunisten in den genannten Orten mit illegalem Material und Flugblättern versorgt, die sie selbst herstellten oder aus Berlin bekamen.[21]

Dr. Wolfgang Steinitz war es, der um die Jahreswende 1933/34 – immer noch als Instrukteur der Unterbezirksleitung Berlin-Steglitz – wieder die Verbindung nach Potsdam geknüpft hatte. Er wurde offensichtlich aktiviert durch Paul Scholz, der Ende des Jahres 1933 von der Bezirksleitung Berlin der KPD die Aufgabe übertragen bekam, die Leitung des Unterbezirks Berlin-Steglitz zu übernehmen. Seine Hauptaufgabe sah Paul Scholz darin, die durch Verhaftungen stark geschwächte Parteiorganisation wieder aufzubauen. „Im Vordergrund stand dabei", so Paul Scholz in seinem Erinnerungsbericht, „die Wiederherstellung von Kontakten zu nicht verhafteten Mitgliedern von Betriebs- bzw. Wohnbezirks- und Straßenzellen sowie die Wieder- und Neugewinnung ehemaliger Sympathisanten der KPD für die Unterstützung des Widerstandskampfes.[22] Im Rahmen dieser Aufgabenstellung knüpfte Paul Scholz – nach den Aktivitäten von Dr. Wolfgang Steinitz – unter dem Decknamen „Arno" im Frühjahr 1934 persönlich die Verbindung nach Potsdam und Beelitz.

Vermittelt durch Dr. Wolfgang Steinitz, führte Paul Scholz im Frühjahr 1934 drei Zusammenkünfte durch, an denen auch Potsdamer Kommunisten teilnahmen. In einer Wohnlaube in Fichtenwalde bei Beelitz fand der erste Treff statt, an dem neben Potsdamer Kommunisten auch solche aus Borkheide und



Die Bourgeoisie und ihre Lakaien mögen vor der proletarischen Volksrevolution erzittern! Bildet überall Räte zur Durchführung der sozialen Revolution! 21

K. P. D.

Fort mit dem Lebensmittelwucher!
Fort mit dem Hitlerfaschismus, der di weitere Verelendung gebracht hat!
Hoch das Banner des Kommunismus!
Kämpft für ein freies Arbeiter- und Bauern-Deutschland!

Wer hat das Proletariat verraten? 23
Die Führer der Sozialdemokraten!
Wer paktiert jetzt mit den Kapitalisten?
Die Nationalsozialisten!
Nur die Kommunistischen Parteien
können und werden das Volk befreien!

Mit der "deutschen Arbeitsfront" verkauft 23a
Hitler die werktätigen Massen an die Bourgeoisie! Deshalb nieder mit dem Hitlerfaschismus, der die Arbeiterklasse in Ketten legt! Alle her zur K P D !

Streuzettel der illegalen Ortsparteiorganisation der Kommunistischen Partei in Potsdam vom Juni 1933
Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. 2 A I Pol. Nr. 349, Bl. 21–23 a

Beelitz anwesend waren. Der Besitzer der Wohnlaube war Siegfried Behnisch, er war als Techniker bzw. Werkmeister in einem Berliner Betrieb tätig. Früher deutschnational gesinnt und organisiert, hatte er sich nach der Errich-

tung der faschistischen Diktatur Gerhard Jänichen angeschlossen. Er stellte mit seiner Frau Gertrud – 1934 nach Berlin verzogen – auch seine dortige Wohnung der Unterbezirksleitung als Anlaufstelle zur Verfügung. Eine zweite Zusammenkunft fand in Beelitz statt. Sie wurde von einem Potsdamer Kommunisten organisiert. Paul Scholz erinnerte sich auch an die dritte Zusammenkunft in Potsdam in einer Laubenkolonie, wobei es sich offensichtlich um die Laube von Otto Köbe in der Laubenkolonie „Unverzagt" am Wildpark handelte.[23]

Erst nach der Aufnahme der Verbindung von Paul Scholz zur KPD-Organisation im Außenring Potsdams wurde der Politische Leiter der Organisation in der Stadtmitte, Wilhelm Zimdars, über die Vermittlung von Hermann Elflein und Dr. Wolfgang Steinitz mit Paul Scholz zusammengeführt.

Auf den obengenannten Zusammenkünften übermittelte Paul Scholz die Erfahrungen und Orientierungen der Bezirksleitung Berlin für den Aufbau der illegalen Organisationen und über Mittel und Methoden eines erfolgreichen Kampfes gegen die faschistische Diktatur, wie sie im Org.-Brief der Bezirksleitung Berlin der KPD von Ende Oktober 1933 ausgewiesen worden waren. Sie basierten auf den Erfahrungen des bisherigen Kampfes der Kommunisten. Als das ausschlaggebende Problem bei der Lösung der Aufgabe, den Faschismus erfolgreich zu bekämpfen, wurde in dem Org.-Brief hervorgehoben, daß es notwendig sei, „unter den illegalen Bedingungen, wie sie sich zum erstenmal in der ganzen Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Deutschland zeigen, nicht nur unsere, nach hunderttausend zählende revolutionäre Massenbewegung weiterzuführen und auszubauen . . . , sondern vor allen Dingen diese hunderttausende revolutionäre Kämpfer anzusetzen für die Hauptaufgabe, die praktische Organisierung der Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur durchzuführen. Das letzte Parteimitglied in der letzten Zelle muß sich darüber klar sein, daß von der Lösung dieser Aufgabe der Sturz der faschistischen Diktatur abhängig ist." [24]

Da Dr. Wolfgang Steinitz emigrieren mußte und damit als zuständiger Instrukteur auch für Potsdam ausfiel, hielt Paul Scholz die Verbindungen zu den Organisationen in Beelitz und Potsdam aufrecht. Auch die Kommunisten in Werder wurden von Paul Scholz einbezogen. Auch nach seinem Einsatz als Gebietsberater für Berlin-Südwest ab Sommer 1934 änderte er an dieser Praxis nichts. Da gleichzeitig die auch für Potsdam verantwortliche Unterbezirksleitung sich besonders auf die Anleitung und Führung der vor allen Dingen in Berlin liegenden Territorien konzentrierte, ist es sicher nicht falsch, anzunehmen, daß hier eine Art Arbeitsteilung zwischen Gebietsberater und der Unterbezirksleitung vorlag.

Einen etwas anderen Verlauf, der aber auf das gleiche Ergebnis hinauslief, nahm die Entwicklung in Nowawes. Wie und unter welchen spezifischen Be-

dingungen die Kommunisten dort ihre Organisation auf die konspirativen Anforderungen einstellten und welche Anstrengungen sie unternahmen, um die Kampfkraft der Parteiorganisation zu erhalten, fand im Sommer 1933 eine dramatische Zuspitzung. Zunächst blieb – im Gegensatz zur Entwicklung in Potsdam – in Nowawes die Ortsparteiorganisation unter der bewährten Führung von Walter Junker erhalten. Daß Walter Junker im Zuge der Reichstagsbrandprovokation durch die Nazis nicht verhaftet wurde, lag möglicherweise daran, daß er zwar in Nowawes organisiert und politisch aktiv war, jedoch in Berlin-Wannsee wohnte. So war es für ihn sicher nicht schwierig, sich einer Verhaftung zu entziehen. Er konnte deshalb auch maßgeblichen Anteil an dem Zusammenhalt der Kommunisten in Nowawes nehmen. So gelang es auch zunächst, alle Zellen der Organisation arbeitsfähig zu erhalten und diese – wenn auch nicht geschlossen – in die Illegalität zu überführen und auf die konspirative Arbeit einzustellen.[25]

Gleichzeitig blieb auch die Verbindung zur Unterbezirksleitung Berlin-Schöneberg über den Instrukteur Stanislaus Böhme erhalten, der etwa seit Beginn des Jahres 1932 diese Funktion inne hatte und dessen Hauptfeld offensichtlich darin bestand, die Kommunisten in Nowawes zu beraten und zu führen.

Im Gegensatz zu Potsdam vollzog sich so die gesamte Entwicklung der Nowaweser KPD-Ortsorganisation und der Kampf gegen die faschistische Diktatur in den ersten Jahren der Naziherrschaft nahtlos unter unmittelbarer Betreuung und Führung der zuständigen Unterbezirksleitung Berlin-Schöneberg. Und dieser Unterbezirk war nach den Feststellungen der Gestapo in dieser Zeit einer der „regsamsten in Berlin. Er hatte einen festgefügten Zusammenhalt, verfügte über einen tadellos funktionierenden technischen Apparat, einen durchgebildeten Kurierapparat und über gute Verbindungen nach oben." [26]

Unter diesen Voraussetzungen war es sicher verständlich, daß die Kommunisten in Nowawes ihre Organisation schneller auf die illegalen Bedingungen einstellten und in breiter, organisierter Front die faschistische Diktatur bekämpften. Dabei konzentrierten sie sich vor allem auf die schriftliche Agitation und Propaganda. So gaben sie weiterhin – wie schon vor der Nazidiktatur – illegale Flugschriften heraus. Die bekannteste unter diesen war der „Rote Pionier". Daneben erarbeiteten sie auch spezifische Flugschriften für die Arbeiter der Großbetriebe in Nowawes, aber auch in Potsdam heraus, wie „Rote Lokomotive", „Rote Spinne" und „RAW". Alle diese Flugschriften erschienen illegal bis zum Sommer 1933. Ein Teil davon wurde in der Laube von Fritz Bosse abgezogen, die in der vor allem von Kommunisten und ihren Sympathisanten genutzten Laubenkolonie „Moosgraben" lag.[27] Gleichzeitig verteilten sie größere Mengen Flugblätter, die sie über die Unterbezirkslei-

tung erhielten. Bei deren Transport und der Verteilung auf die einzelnen Zellen zeichneten sich besonders Else Graening/Guggenberger, Erna Schuster und Heinrich Eichler aus.[28]

Auch das Parteileben paßten sie diesen neuen Bedingungen an. Die illegalen Treffs, Zellen- und Gruppenversammlungen fanden vor allem in den an Nowawes grenzenden Wäldern statt. Der Forderung der Parteiführung, eine breite Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur zu schaffen, konnten sie jedoch auch nicht gerecht werden. Alle Versuche, die im Ringen gegen die Gefahr der Errichtung der faschistischen Diktatur herausgebildeten politischen Gemeinsamkeiten mit einer Reihe von führenden Sozialdemokraten auch für den Kampf gegen die faschistische Diktatur fortzusetzen, scheiterten. Die Sozialdemokraten auch in Nowawes folgten zunächst der Stillhaltepolitik ihres Parteivorstandes.

Besonders wütend über den konsequenten Widerstand der Kommunisten und vor allem darüber, daß es ihnen – trotz wachsender Unterdrückung und Verfolgung aller antifaschistischen Regungen – nicht gelang, eine Bresche in die Phalanx des Widerstandes zu schlagen, verschärften die Nazis den Terror. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Überfälle auf Antifaschisten, unmenschliche Folterungen in den SA-Quartieren häuften sich. Außerdem holten sie Hilfe von außen. Es waren SA-Männer des berüchtigten Maikowski-Sturms aus Berlin,[29] der wegen seiner blutigen Taten – auf sein Konto kam die Ermordung von fünf Arbeitern und einem Polizisten – im Volksmund Mordsturm genannt wurde.[30] Dieser Eskalation des Terrors fielen eine ganze Reihe Kommunisten – darunter auch Walter Klausch – zum Opfer. Beschuldigt, Flugblätter gedruckt und verbreitet zu haben, wurde er verhaftet und am 16. Juni 1933 nach Oranienburg in das berüchtigte SA-Lager „Alte Brauerei" verschleppt. Dort wurde er noch am gleichen Tage zu Tode gefoltert – ohne daß ihm auch nur der Name eines seiner antifaschistischen Mitstreiter abgepreßt werden konnte. Er war das erste Opfer der Faschisten in Nowawes. Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Antifaschisten, gestalteten seine Beerdigung in Nowawes zu einer eindrucksvollen Protestdemonstration.

Der wachsende Naziterror, die brutale Ermordung von Walter Klausch, die Verhaftung und Verurteilung einer ganzen Reihe von Kommunisten zu Gefängnisstrafen, aber auch der Verrat von Waffenverstecken und illegal wirkenden Kommunisten durch Überläufer führte zu einer gefährlichen Situation für die kämpfenden Kommunisten. Es wuchs – besonders für die Funktionäre – die Gefahr, ein ähnliches Schicksal zu erleiden, wie es Walter Klausch getroffen hatte. Die dadurch hervorgerufene Verunsicherung führte im Verlauf des Sommers 1933 dazu, daß die Funktionäre und andere im antifaschistischen Kampf profilierte Kommunisten in die ČSR emigrierten, wo sie zum großen Teil wieder in die Parteiarbeit einbezogen wurden.

Durch die Emigration der führenden Funktionäre fehlte nunmehr eine wichtige politische und moralische Klammer, die die Kommunisten in ihrem Kampf zusammengehalten hatte. Denn es wäre sicher eine Illusion, zu glauben, daß diese spontane Emigrationswelle ohne Einfluß auf die Bereitschaft der Kommunisten für den Kampf gegen die faschistische Diktatur blieb. Die Ortsorganisation – nunmehr führerlos – zerfiel in einzelne Gruppen und Zellen, die – z. T. noch immer mit einer festen Verbindung zur Unterbezirksleitung Berlin-Schöneberg – den konsequenten Kampf gegen das faschistische System fortsetzten.

Jedoch aus der Erkenntnis, daß es notwendig war, die Konsolidierung des Faschismus energisch zu bekämpfen und den daraus resultierenden festen Willen, alle Antifaschisten dafür zu gewinnen, fanden sich – wie vordem in Potsdam und sicher in vielen anderen Ortschaften Deutschlands – auch in Nowawes Kommunisten aus der zweiten Reihe, die eine neue Ortsparteiorganisation formierten und den antifaschistischen Kampf aktivierten. Es war Alfred Schneider – bis dahin Politischer Leiter der Zelle 3 – der noch im Sommer 1933 begann, systematisch bestehende illegale kommunistische Gruppen und Zellen wieder zu einer geschlossenen Organisation zusammenzuschließen, die er zu Recht als Ortsorganisation der KPD bezeichnete. Ihm, der als Politischer Leiter die Führung der illegalen Parteiorganisation übernahm, standen Erich Brachwitz, Hermann Schultze und Arthur Berkholz – letzterer als Verbindungsmann zum Lokomotivwerk Orenstein & Koppel – zur Seite.

Initiiert wurde die organisatorische Zusammenfassung durch den Instrukteur der Unterbezirksleitung Berlin-Schöneberg Bruno Braunsdorf mit dem Decknamen „Ferdinand".[31] Es war Kurt Laube, dem es gelungen war, haarscharf einer Verhaftung durch die Gestapo zu entgehen, und der nunmehr in Berlin untertauchen mußte, der in letzter Minute Alfred Schneider Tag und Uhrzeit eines Treffs mit Bruno Braunsdorf übermittelte. Alfred Schneider berichtet über diese und die folgende Zusammenkunft: „Ich fand mich auch dort ein und bekam von dem Genossen ... den Auftrag, gute und zuverlässige Genossen zu sammeln.

Ich selbst sollte nur mit drei bekannt sein. Wir vereinbarten einen neuen Treff am Polosee bei Wannsee, wohin ich diese Genossen mitbringen sollte. Dorthin nahm ich dann die von mir für die illegale Arbeit gewonnenen Genossen ... mit. Von da an begann der systematische konspirative Aufbau einer illegalen Ortsgruppe der KPD Nowawes. Wir sind ungefähr 40 Genossen gewesen ..." [32]

Mit der Zusammenfassung der in Nowawes bestehenden kommunistischen Gruppen und Zellen durch Alfred Schneider zur Ortsparteiorganisation in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 endete die erste und damit entscheidende Phase, in der die kommunistischen Parteiorganisationen in beiden Städten auf

KLASSENGENOSSEN

Durch Deutschland rast der faschistische Terror 50000 klassenbewusste Arbeiter schmachten in Konzentrationslager, die Polizeigefängnisse sind überfüllt und neuer Mord rast durch Deutschland, und trotzdem lebt und kämpft die K P D, täglich werden in den Lagern Genossen "AUF DER FLUCHT" erschossen, oder IN NOTWEHR erschossen, täglich sterben in Polizeigefängnissen und staat krankenhäusern misshandelte Arbeiter an "Lungenentzündung und Nierenleiden" Denkt immer daran! Die Erklärung der Regierung in April seien nur 2 politische Morde vorgekommen, wird sehr eindrucksvoll durch die offizielle Mitteilung des berliner Leichenschauhaus ergänzt wonach im Laufe des Monats April 46 unkenntlicheleichen eingeliefert wurden bei denen die Gesichtzüge bis zur völligen Unkenntlichkeit entstellt waren.

Rote Kameraden Genossen

Wir klagen nicht. Wir zittern nicht. Wir machen kein ohnmächtiges Geschrei. Wir gehen an unsere harte Arbeit undunsere Gedanken sind bei den Helden derRevolution' Genossen wenn die Henker es wagen sollten, unsere Genossen zu morden, denkt daran: Sie sind nie vergessen, Der Tag der Rache ist den Mördern gwiss, Die zähne zusammen, unser Hass und der Wille zur Revolution sind stärker als die Macht der Henker, Werdet niemals müde die Tatsachen des faschistischen Terrors in den Massen zu verbreiten, Kämpft mit uns für die Freilassung Ernst Thälmann und aller übrigen verhafteten Arbeiter. Rettet die zum Tode verurteilten Klassenbrüder, es lebe die internationale proletarische Solidarität.

Volk ans Gewehr Ergreift das Banner des grossen Führers Lenin und kämpft für ein Sowjet= Deutschland

Rot Front

Flugblatt der illegalen Ortsparteiorganisation der KPD in Potsdam gegen den faschistischen Mordterror, Juli 1933.
Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A I Pol. Nr. 349, Bl. 103

die neuen Kampfbedingungen eingestellt wurden. Alle Versuche der Faschisten, durch Terror, Folterungen, hohe Gefängnisstrafen und selbst durch Mord diese Umstellung zu verhindern, waren gescheitert. Regelmäßig hatten die Berliner Leitungen diese Entwicklung durch politische Anleitungen und mit illegalen Materialien unterstützt.

Wie erfolgreich und kontinuierlich die Kommunisten bereits in dieser Zeit den antifaschistischen Widerstand führten, dafür ist auch ein Blick in die Akten der Staatspolizeistelle Potsdam aufschlußreich. Charakteristisch für jene Zeit waren Berichte, die deutlich machten, daß es der Gestapo nicht gelang, den Widerstand aus dem Untergrund zu brechen. Feststellungen wie z. B. „Steigerung der kommunistischen Flugblattpropaganda“ [33] im Lagebericht vom 27. Juni 1933 oder „Die kommunistische Propaganda hält nach wie vor an“ [34] im Lagebericht vom 28. Juli 1933 wiederholten sich. Auch der seinerzeitige Preußische Ministerpräsident, Hermann Göring, konnte nicht umhin, seiner Verwunderung über die „Reorganisationsarbeit“ der Kommunisten Ausdruck zu geben. In einem Schreiben vom Mai 1933 an den Regierungspräsidenten des Bezirkes Potsdam stellte er u. a. fest:

„Diese überraschend schnelle Reaktion auf den ersten nahezu völligen Zusammenbruch verdient uns größere Beachtung, als nach dem Erfolg des polizeilichen Zugriffs im März damit gerechnet werden durfte, daß es bei rücksichtslosem Vorgehen gegen den Führernachwuchs, den Geld- und Nachrichtenverkehr gelingen würde, auch den im Entstehen begriffenen illegalen Apparat des Kommunismus in Deutschland als einsatzfähige Massenorganisation zu zerschlagen.“ [35]

In der zweiten Phase der Überführung der KPD-Organisationen in die Illegalität, die Anfang 1935 endete, gelang es unter der Führung der Bezirksleitung der KPD Berlin, die illegale Parteiarbeit in Potsdam und Nowawes politisch-ideologisch und organisatorisch zu konsolidieren. Die jeweils in beiden Städten unabhängig voneinander wirkenden Organisationen der KPD wurden zusammengeschlossen. Indem weiterhin auch die nunmehr geschaffenen einheitlichen Parteiorganisationen in beiden Städten Verbindung untereinander aufnahmen, wurden weitere Potenzen für den antifaschistischen Widerstandskampf freigesetzt.

Wesentlichen Einfluß auf diese Entwicklung nahm der von der Berliner Bezirksleitung der KPD eingesetzte Gebietsberater für Berlin-Südwest, Paul Scholz. Im Verlaufe des Jahres 1934 – die Angaben darüber schwanken – beauftragte er Hermann Elflein – der in keiner Funktion eingesetzt war, aber immer wieder von seinen Genossen herangezogen wurde, wenn es darum ging, schwierige Aufgaben zu lösen – die Verbindung der Kommunisten in Potsdam untereinander und zwischen Potsdam und Nowawes herzustellen. Hermann Elflein wandte sich an Franz Guggenberger, der über diese Begeg-

nung schrieb: „Im Sommer 1934 kamen wir überein, daß wir in Potsdam und Nowawes mit dem Neuaufbau der Partei beginnen. Er (H. Elflein, d. V.) sagte zu mir, daß in Potsdam einige Gruppen existieren, die untereinander wenig oder keine Verbindung haben. Wir wollen diese Gruppen zusammenfassen und die Zusammenarbeit mit Nowawes herstellen.[36]

Franz Guggenberger übernahm die Aufgabe, einen zuverlässigen Kommunisten in Nowawes ausfindig zu machen, der sich für die illegale Arbeit eignete, und diesen mit Wilhelm Zimdars in Verbindung zu bringen. Diese Aufgabe erfüllte er. Da er von der Organisation unter Alfred Schneider nichts wußte, gewann er Alfred Lehnert, der sich bereit erklärte, illegale Arbeit in Nowawes zu übernehmen. Im Verlaufe des Herbstes 1934 entstand so auch in Nowawes neben der Organisation von Alfred Schneider eine zweite illegale Gruppe unter Alfred Lehnert, der wiederum über Hermann Elflein mit Paul Scholz bekannt gemacht wurde. Nur so ist es auch verständlich, daß Alfred Lehnert – wenn auch recht spät – von der Existenz der Organisation unter Alfred Schneider erfuhr. Von Paul Scholz beauftragt, ergriff er die Initiative zur Vereinigung der illegal organisierten Kommunisten in Nowawes. Gemeinsam mit Alfred Schneider und Hermann Schulze übernahm er die Leitung nach dem Zusammenschluß beider Organisationen.

Weniger Erfolg als Franz Guggenberger hatte Hermann Elflein, der wohl die Aufgabe übernommen hatte, die Potsdamer Organisationen der KPD zusammenzuführen. Hilfe fand er bei dem inzwischen neu eingesetzten Gebietsberater Willi Schirmeister.

Von der Fülle der Aufgaben, die vor Willi Schirmeister standen, waren es vor allem zwei, die auch Potsdam und Nowawes betrafen. Zum einen hatte er die Aufgabe, die inzwischen vermutlich durch Verhaftungen in ihrer Wirksamkeit stark beeinträchtigte Unterbezirksleitung Berlin-Schöneberg neu aufzubauen.[37] Ergebnisse dieser wohl außerordentlich komplizierten Arbeit waren besonders nach der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935 auch in Nowawes spürbar. Zum anderen sah er auch eine wichtige Aufgabe darin, den Zusammenhalt zwischen den Kommunisten in Potsdam herzustellen, um ihre Schlagkraft zu stärken.[38] Auch dieser Aufgabe unterzog er sich mit Erfolg. Im Sommer 1935 fand in der Laube von Otto Köbe eine Zusammenkunft der Funktionäre beider illegalen Organisationen statt, an der auch Willi Schirmeister teilnahm. Dort wurde eine neue Führung der KPD für den Stadtteil Potsdam gebildet, da natürlich an eine Wahl unter den konspirativen Bedingungen nicht zu denken war. Auf Vorschlag von Willi Schirmeister wurde Paul Gramm als Politischer Leiter, Richard Schneemann als Org.-Leiter und Otto Köbe als Agitpropleiter eingesetzt.[39]

Mit dieser organisatorischen Zusammenfassung der illegal wirkenden Kommunisten in Potsdam wurde der letzte Akt im Prozeß des Übergangs der

KPD-Organisationen beider Städte in die Illegalität abgeschlossen. Im antifaschistischen Widerstand bestanden die Kommunisten in Potsdam und Nowawes auch weiterhin die politische Bewährungsprobe.[40]

Anmerkungen

1 Ernst Thälmann, Aus der Rede auf der illegalen Tagung des ZK der KPD im Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme, in: Geschichte und Politik, Berlin 1979, S. 235.

2 Zitiert in: Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933–1939, Potsdam 1978, S. 43.

3 Vgl. Werner Bethge: Die Überführung der Ortsorganisationen der KPD in Potsdam/Nowawes in die Illegalität, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 4/1986, S. 527 f.

4 Vgl. Zusammenfassung einer Befragung des Genossen Arthur Berkholz vom 9. August 1984, im Bes. der Verf.

5 Dr. Wolfgang Steinitz emigrierte im September 1934 in die Sowjetunion. In Leningrad erhielt er eine Professur für sibirische Sprachen. Seit 1946 war er Professor in Berlin und ab 1954 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der DDR.

6 Vgl. Zusammenfassung einer Befragung von Arno Hausmann vom Mai 1986, im Bes. d. Verf.

7 Willy Zinnemann, Am 30. Januar 1933: Kampfdemonstration des roten Nowawes, in: Märkische Volksstimme, 29. Januar 1956.

8 StA Potsdam, Pr. Br. Rep 2 A, I Pol. Nr. 1089, B. 149.

9 Deutsche Zeitung, Nr. 58, 9. März 1933.

10 Zusammenfassung einer Befragung von Arno Hausmann . . .

11 W. I. Lenin, Über die Reorganisation der Partei, in: Werke, Bd. 10, Berlin 1959, S. 16.

12 Vgl. Verwaltungsarchiv (im folgenden: VA) des Magistrats von Berlin, VdN, Nr. 27965.

13 Vgl. IML, ZPA, NJ 4052/1.

14 Vgl. Margot Pikarski, Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1933–1939. Beiträge zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1978, S. 67 ff.

15 Nach Paul Scholz hatte „die Beraterfunktion als Bindeglied zwischen der Bezirksleitung und der Unterbezirksleitung . . . die Aufgabe, Unterbezirksleitungen anhand zentraler Direktiven, Materialien oder Erfahrungen politisch zu informieren, sie anzuleiten und bei der Organisierung der Arbeit zu unterstützen." Paul Scholz, Erinnerungsbericht, Manuskript, S. 6, im Bes. d. Verf. Offensichtlich – und das zeigen andere Beispiele – leiteten die Gebietsberater einzelne Parteiorganisationen auch speziell an.

16 Das Flugblatt wurde im Juli 1933 in größeren Mengen verbreitet. Vgl. StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A, I Pol., Nr. 349, Bl. 103.

17 Vgl. VA Rat des Bezirkes Potsdam, VdN, Nr. 4257.

18 Vgl. Zusammenfassung einer Befragung von Werner Friedrich, 16. November 1985, im Bes. d. Verf.

19 VA Rat des Bezirkes Potsdam, VdN, Nr. 1185.

20 Vgl. IML, ZPA, NJ 15023.

21 Die Kommunisten in Werder hatten eine weitere Verbindung nach Berlin-Reinicken-

dorf, über die sie ebenfalls mit illegalem Material versorgt wurden. Vgl. Bezirksparteiarchiv, SED-Bezirksleitung Potsdam, L IV/2/11/1135.

22 Paul Scholz, Erinnerungsbericht, Manuskript, S. 5, im Bes. d. Verf.

23 Vgl. IML, ZPA, NJ 15023. Paul Scholz nannte offensichtlich irrtümlich Borkheide. Vgl. Zusammenfassung einer Befragung von Paul Scholz, im Bes. d. Verf.

24 StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A, I Pol. Nr. 1090, Bl. 387.

25 Vgl. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes in Nowawes/Babelsberg 1930–1933, Manuskript, S. 26.

26 IML, ZPA, NJ 1243.

27 Vgl. Zusammenfassung einer Befragung des Genossen Arthur Berkholz . . .

28 Vgl. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes . . . , S. 26, 31.

29 Vgl. ebenda.

30 Vgl. Die Rote Fahne, 4. Februar 1933.

31 Auch Hans Riebau hatte bis Mitte der dreißiger Jahre persönlichen Kontakt zu Bruno Braunsdorf, mündliche Mitteilung a. d. Verf.

32 Zusammenfassung einer Befragung von Alfred Schneider vom 14. September 1984, im Bes. d. Verf.

33 StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A, I Pol, Nr. 349, Bl. 71.

34 Ebenda, Bl. 140.

35 StA Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A, I Pol. Nr. 1156, Bl. 393.

36 Kurzbiographie Franz Guggenberger, in: Sammlung: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Potsdam.

37 Vgl. IML, ZPA, NJ 1243.

38 Vgl. IML, ZPA, NJ 375/3.

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. Werner Bethge, Zum Kampf der illegalen KPD-Organisationen in Potsdam und Nowawes unter der Führung der Bezirksleitung Berlin gegen faschistische Diktatur und Kriegsvorbereitung 1935 bis 1937, in: 750 Jahre Berlin – Beiträge zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung (I), in: Forschungsinformation der Sektion Marxismus-Leninismus der Hochschule für Ökonomie Bruno Leuschner, Heft 35, Berlin 1986.

Nachbemerkung

Der Verfasser beschäftigt sich seit einigen Jahren mit der Untersuchung von Opposition und Widerstand der Einwohner der Stadt Potsdam gegen die faschistische Diktatur. Im Interesse einer allseitigen historischen Darstellung des Ringens der Potsdamer gegen faschistische Diktatur und Krieg bittet er alle jene, die darüber noch Aussagen machen können bzw. im Besitz schriftlicher Überlieferungen sind, sich mit ihm in Verbindung zu setzen.

Aus der Geschichte des Apothekenwesens im Territorium Neuruppin

Von Karen Bellin

Der Staufenkaiser Friedrich II. hatte 1240 ein Medizinalstatut erlassen, durch das die Aufgaben des Arztes und des Apothekers getrennt wurden. Die Erlaubnis des Landesherrn zur Errichtung einer Apotheke (Privileg) war bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts nötig. Das Privileg, das anfänglich an die Person des Apothekers gebunden war, wurde später zum verkäuflichen Recht, unterteilt in das subjektiv-*persönliche* Realrecht und das subjektiv-*dingliche* Realrecht, das an das Hausgrundstück gebunden war.

Ab Beginn des 19. Jahrhunderts, wohl unter dem Einfluß der französischen Revolution, wurden neu nur noch Konzessionen erteilt, und zwar zunächst eine verkäufliche Realkonzession (der Nachfolger mußte aber von der Regierung genehmigt werden).

Ab 1894 gab es dann nur noch eine personengebundene sogenannte Personalkonzession, bei der nach dem Tode des Apothekers die Konzession an den Staat zurückfiel.

In den 30er Jahren unseres Jahrhunderts fand eine Lockerung dieser Bestimmung statt durch das Verpachtungsrecht, das der Witwe des Apothekers eingeräumt wurde. Dieses Pachtrecht wurde 1949 wieder aufgehoben, wobei die Konzessionen in Staatseigentum überführt wurden. Auch die noch bestehenden Privilegien der vor 1800 gegründeten Apotheken wurden 1949 aufgehoben und die Besitzer finanziell entschädigt mit der Maßgabe, daß der Privatinhaber bis zu seinem Tode die Apotheke weiter privat führen darf.

Beim Studium der Privilegien kann man feststellen, daß die darin enthaltenen Bestimmungen jeweils ein deutliches Spiegelbild sowohl der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung als auch der Entwicklung des Arzneimittelwesens sind. Werfen wir nun einen Blick in die Geschichte einiger Apotheken des Territoriums Neuruppin.

1. Die Adler-Apotheke in Neuruppin

Im 2. Band der Feldmannschen Chronik „Miscellanea historica der Stadt Neu-Ruppin" ist die älteste Apotheke Neuruppins, die Adler-Apotheke, erwähnt:

In einer Gedächtnispredigt für einen in Lögow verstorbenen Pfarrer Johann

Stenger wird gesagt: „Urältervater väterlicher Linie, Herr Moyses Stenger, ist der erste Apotheker zu Neuruppin privative anno 1564 geworden und hat die Confirmation (gleich Bestätigung) darüber vom Churfürsten Johann George anno 1571 erhalten." In diesem Jahr war Johann Georg Kurfürst geworden, und es war üblich, daß bei einem Regierungswechsel der neue Fürst den Untertanen die Rechte bestätigte. Das Privileg hat also offensichtlich schon vor 1571 bestanden.

Der erste Apotheker starb am 29. Juli 1587. Die Witwe führte die Apotheke zunächst weiter, übergab sie aber dann 1591 ihrem Sohn, ebenfalls Moyses genannt. Das diesem Apotheker vom Rat der Stadt Neuruppin ausgestellte Privileg ist in einer Abschrift erhalten und gibt interessante Aufschlüsse über die Rechte und Pflichten eines Apothekers des 16. Jahrhunderts.

„Wir Bürgermeister und Ratmänner der Stadt Neuen Ruppin bekennen:

Es lautet etwa so:

nachdem vor 3 Jahren unser bestallter Apotheker Moyses Stenger gestorben und dessen Witwe die Apotheke nun ihrem Sohn Moisi übergeben will, hat dieser uns ersucht, ihn zu unserem Apotheker zu bestellen und anzunehmen. Weil nun der selige Moyses Stenger sehr fleißig gewesen, eine gute Apotheke angerichtet und erhalten, auch darin aufrichtig und ehrbarlich gehandelt, und weil wir hoffen, der junge Moyses werde in seines Vaters Fußtapfen treten, er auch nunmehr zu seinen mündigen Jahren gekommen und sich in der Apothekerkunst ziemlich versucht, und dann die Apotheke wie sie von D. Samuele, Physico zu Brandenburg, auch Joachimo Reuchlin, unserem Medico, und dem Laurentio Bahlemann, Apotheker zu Wittstock, – visitiert und in eine übliche Taxe gebracht, dergestalt wohl versehen und genugsam befunden, daß sie darin nichts Verwerfliches oder Mangelhaftes gespürt, so daß wir demnach auch diesen Moyses Stenger den jüngeren zu unserem Apotheker bestellt und privilegiert haben

1) daß er mit allen bürgerlichen Dienstbarkeiten oder Hofediensten verschont sein soll,
2) die Apotheke und alle Aromatica sollen wie in anderen Städten frei sein und nicht mit Schössen (= Abgaben) usw. beschweret werden; seine anderen Güter aber wie Haus und Hof, Äcker und Gärten soll er gleich andern Bürgern verschossen,
3) soll er allerlei gestoßenes Gewürz und gefärbtes Wachs allein verkaufen und solches keinem Krämer erlaubt sein,
4) sollen die Landfahrer (Hausierer), die mit Gewürz, Tyriak (Theriaca, Gemisch von aromatischen Stoffen), Olien und anderen Spezereien umlaufen, hinfort außerhalb der freien Jahrmärkte solche hier nicht verkaufen noch in die Häuser tragen,
5) wollen wir außer ihm bei uns keinen anderen Apotheker oder Zucker-

bäcker dulden, doch sollen die Krämer auch wie bisher Zucker verkaufen können,

6) daß nach seinem Tode seine Witwe einen erfahrenen, frommen Apothekergehilfen mit unserem Wissen und Willen wiederum ehelichen oder aber einen Sohn im Leben verlassen, der alsdann die Apothekerkunst genugsam begriffen und einen guten Namen hat, daß wir sie oder denselben dazu befördern sollen und wollen, auf welchen Fall der Witwe und den Erben die Apotheke 1 1/2 Jahr aufzuhalten frei sein soll. (Sonst soll die Apotheke dem Rat angeboten oder einem anderen vom Rat bestellten Apotheker zum Kauf gegeben werden,)

Dagegen hat Moyses Stenger eidlich angelobt, lauter gute, tüchtige Spezereien und Arzneien anzuschaffen, zu bereiten und zu billigem Preis zu verkaufen. Wir haben uns auch vorbehalten, die Apotheke jährlich und so oft es nötig sein möchte, durch unseren Medicum und andere visitieren zu lassen, und das Unkräftige, alt Befundene soll er dann wegtun.

Der Apotheker soll auch schuldig sein, jährlich montags in den Osterfeiertagen, wenn wir altem Gebrauch nach Vorsatzung haben, 2 kleine Marzipane neben anderem dazu gehörigen Konfekt aufs Rathaus zu schicken und zu verehren ...

Geschehen Dienstag nach Matthäi im 1591. Jahr."

Bereits Anfang Mai 1592 starb Moyses Stenger junior, und die 20jährige Witwe verheiratete sich 1593 mit dem Apotheker Matthias Bergemann, dem Sohn eines Professors der Medizin in Frankfurt an der Oder. Diesem neuen Apotheker wurde das Privileg erneuert mit einer interessanten Erweiterung unter 6) ... sonst soll den Erben des Moyses Stenger senior nach dessen Privilegio die Apotheke um die vorgeschriebene Taxe gelassen werden. In die Bestimmung ist ferner zusätzlich aufgenommen worden:

„Er soll auch neben dem Medico auf Erfordern die Kranken zu besuchen bereit sein. Ohne Vorwissen des Medici soll er keine Recepte der Chirurgen, Oculisten, Steinschneider-zubereiten. (Diese Berufsgruppen waren früher lediglich praktisch ausgebildete Therapeuten ohne ein Medizinstudium). Er soll auch vor sich niemandem Arznei verordnen und eingeben." An den Rat mußte außerdem Siegelwachs und Tintenpulver für den Stadtschreiber geliefert werden.

1 1/2 Jahrhunderte lang war stets ein Bergemann der privilegierte Apotheker, bis 1758 die Familie ausstarb und verschiedene Apotheker bis 1843 die Apotheke besaßen. 1843 übernahm Georg Gottfried Wilcke die Adler-Apotheke. Bis 1968 war die Apotheke im Besitz der Familie Wilcke, dann wurde sie verstaatlicht und beherbergt jetzt seit 1974 die Produktion von Rezepturen für den Kreis Neuruppin.

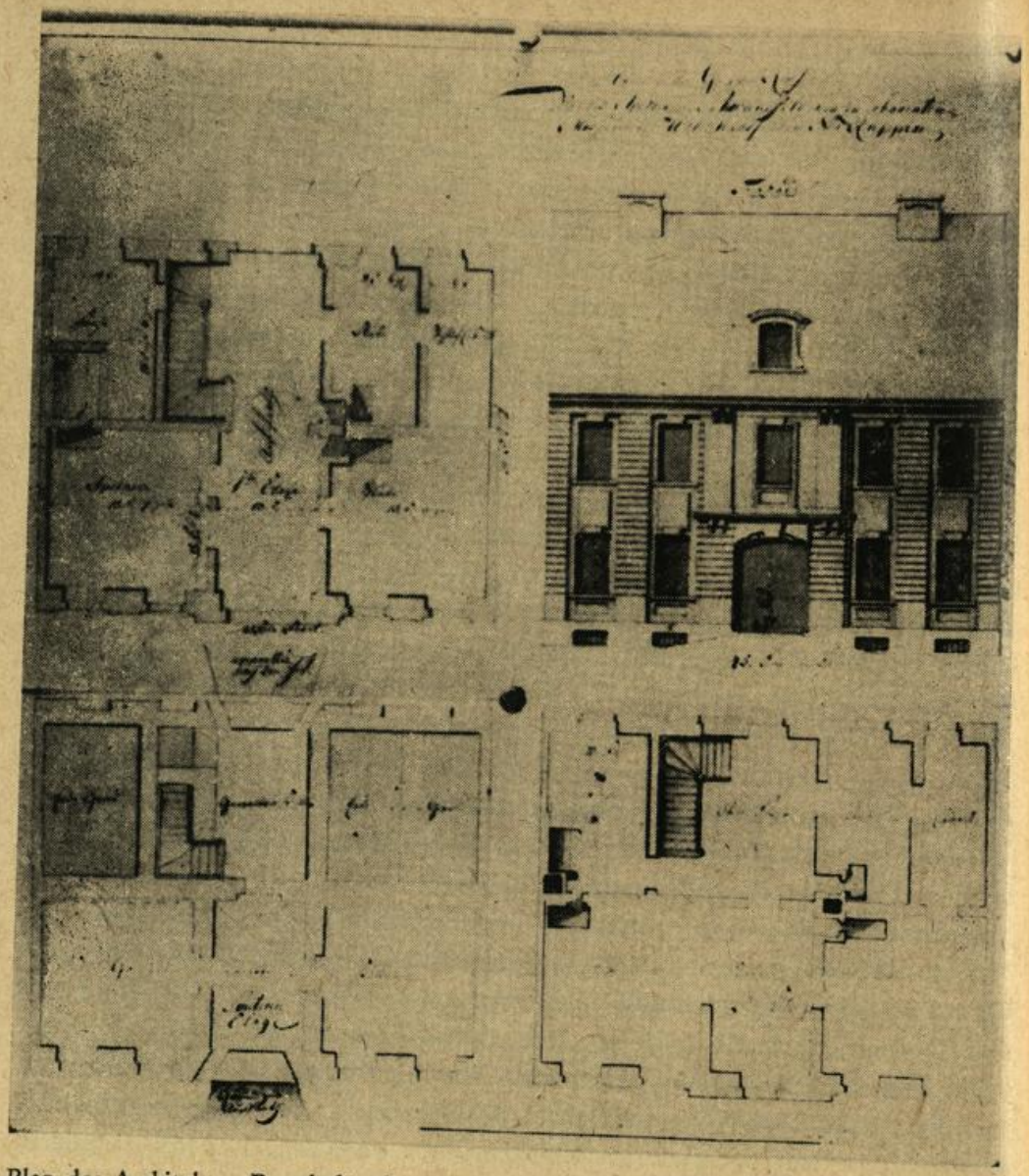
2. Die Löwen-Apotheke in Neuruppin

Durch die Bevölkerungspolitik der Brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm und Friedrich III. mit Ansiedlung von Hugenotten nach dem Edikt von Potsdam 1685 war die Bevölkerungszahl Neuruppins und der Umgegend stark gestiegen. Das erforderte eine zweite Apotheke in Neuruppin. 1698 wurde die zweite, nachmals Löwen-Apotheke genannte Apotheke unter Apotheker Rudloff privilegiert. Im gleichen Jahr wurde mit der Herausgabe des „Dispensatorium Brandenburgicum" zum erstenmal im deutschsprachigen Raum ein Arzneibuch von landesweiter Bedeutung geschaffen. Nur wenige Jahre zuvor, 1693, war durch die Medizinalordnung Friedrichs III. ein großer Fortschritt in der Entwicklung des brandenburgisch-preußischen Apothekenwesens erreicht worden. Das Dispensatorium enthielt Aufstellungen über Preise, Festlegungen zum Apothekereid und Bestimmungen über Visitationen.

Dem fortschrittlichen Gedankengut waren aber auch Grenzen gesetzt. Es war unter Androhung von Strafe „allen Weibs-Personen untersagt, Artzney zu praepariren".

1787 brannte die Apotheke beim großen Stadtbrand Neuruppins ab und wurde an bevorzugter Stelle im Zentrum des frühklassizistischen Neuruppin im Zuge der Friedrich-Wilhelm, jetzt Karl-Marx-Straße, wieder aufgebaut. Dem Apotheker Schwanefeldt wurde das verlorengegangene Privileg vom Preußischen König Friedrich Wilhelm II. erneuert:

„Wir Friderich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc. Thun kund und bekennen hiemit für Uns, Unsre Erben und Nachkommen, als Chur Fürsten zu Brandenburg auch sonst gegen jedermänniglich. Nachdem der Apothecker Schwanefeldt zu Neu Ruppin Uns allerunterthänigst angezeigt, daß die Apothecke des verstorbenen Apothecker Friederich Schultze von diesem an einen Nahmens Behrends, und von Letzterem an ihn verkauft worden, das dem p. Friederich Schultze unter dem 30. May 1729 erneuerte Privilegium aber bey dem in diesem Jahre die Stadt Neu Ruppin und auch ihn den Schwanefeldt betroffenen großen Brande verlohren gegangen, und derselbe Uns zugleich allerunterthänigst gebethen, daß wir in Gnaden geruheten, vorerwähntes auf ihn gekommenes Privilegium zu erneuern, und zu bestätigen, nach geschehener Untersuchung durch Unsere Churmärkischen Kriegesund Domainen=Cammer aber diese Umstände in der Wahrheit begründet befunden auch den Apotheker Schwanefeldt bey Aequisition der Apothecke von Unserm Ober=Collegio=Medico nach geschehener Prüfung approbiret worden. Als haben Wir das allerunterthänigste Gesuch des Schwanefeldt in Gnaden Statt finden laßen, erneuern, bestätigen, und transferiren das Schultzische Apothecker=Privilegium auf vorhin benannten Schwanefeldt, seine Er-



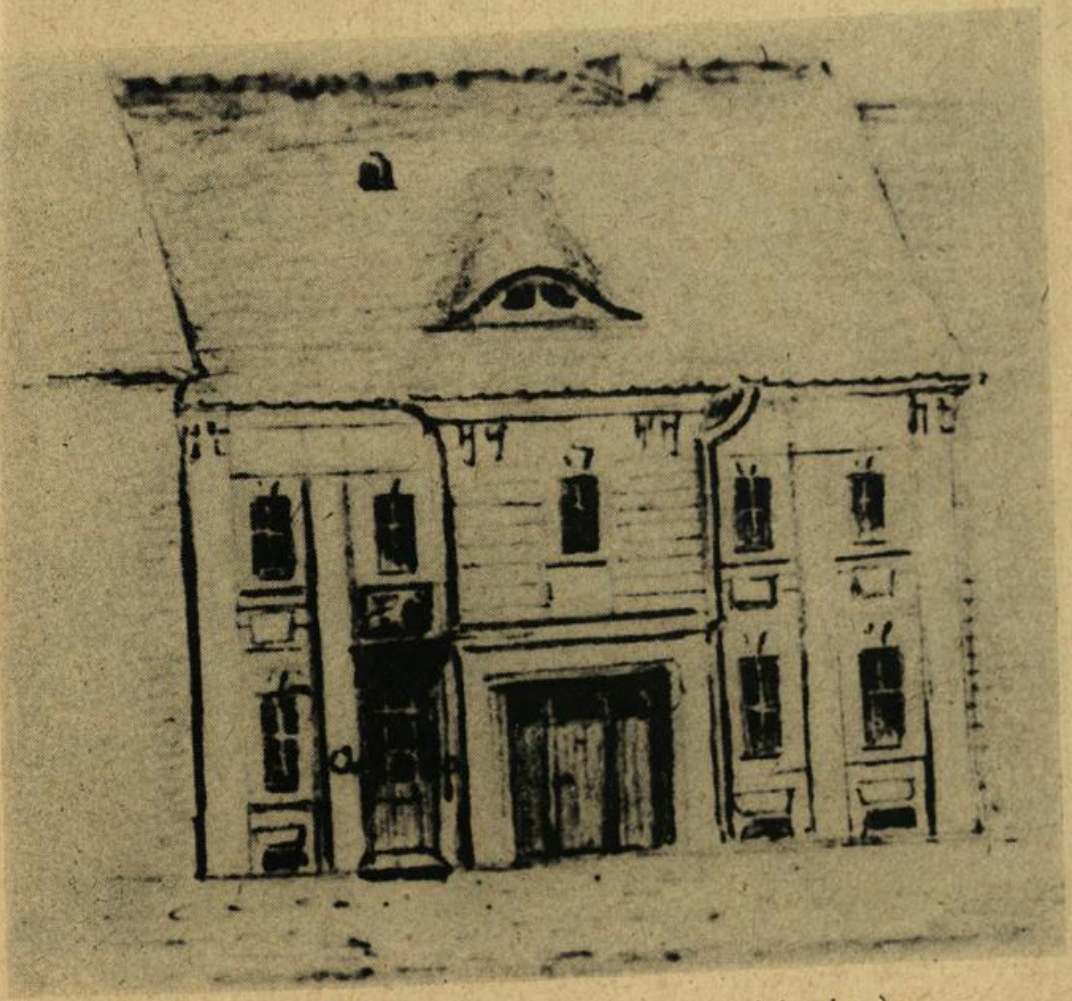
Plan des Architekten Brasch für den Neubau der Löwen-Apotheke nach dem Brand von 1787

ben und künftigen Erbnehmer dergestalt und also, daß er dieses auf ihn transferirte Apothecker=Privilegium erb=und eigenthümlich conservire und alle, denen Apotheckern zustehenden Gerechtigkeiten zu genießen habe, seine Officin allezeit mit tüchtigen, guten und frischen Medicamenten versehen, geschickte Provisores halten, und sich darunter überall der Medicinal=Ordnung und den sonstigen jetzigen und künftigen Medicinal=Gesetzen, gemäß verhalten solle.

Wir befehlen auch Unserm Krieges-Steuer Rath und Commißario Loci und

dem Magistrat der Stadt Neu=Ruppin hiemit in Gnaden, den Apothecker Schwanefeldt bey diesem auf ihn allergnädigst transferirten und erneuerten Privilegio zu schützen und zu mainteniren.
Zu Urkunden dessen haben Wir dieses Privilegium von Unserm General=Directorio unterschreiben, und mit Unserm vorgedruckten Königlichen Insiegel bekräftigen laßen. So geschehen Berlin, den 7. November 1787. (Siegel)
Auf Seiner Königlichen Majestät allergnädigsten Special=Befehl
gez.: v. Marwitz gez.: Schulenburg
Privilegium für
den Apothecker Schwanefeldt
zu Neu=Ruppin"

Das erste Privileg vom 28. Februar 1698 wurde bei einem Brand von Ruppin im Jahre 1729 vernichtet, das zweite Privileg beim großen Brand am 26. August 1787. Aus dem oben zitierten Privileg erkennt man deutlich den gewalti-



Löwen-Apotheke zur Zeit Theodor Fontanes (Mitte des 19. Jahrhunderts)

gen Fortschritt im Medizinal- und Arzneimittelwesen durch den darin enthaltenen Hinweis auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, auch der in Zukunft noch zu erlassenden.

1819 kaufte der Vater des Dichters Theodor Fontane, Apotheker Louis Henri Fontane, die heutige Löwen-Apotheke als wahrscheinlich 7. Besitzer. Der „Candidat der Pharmazie Ludwig Heinrich Fontane" erhielt am 30. 1. 1819 die Approbation als Apotheker und wurde am 16. 5. 1819 vereidigt. In einem Schreiben an die Königliche Regierung in Potsdam teilte er den Kauf der Apotheke mit. Am 30. Dezember 1819 wurde im Hause der Löwen-Apotheke Theodor Fontane geboren, der ebenso wie sein Vater zunächst auf dessen Wunsch Apotheker I. Klasse wurde, sich dann aber dem Schriftstellerberuf zuwandte. Die Besitzer der Löwen-Apotheke wechselten im Laufe des 19. Jahrhunderts häufig. Am 1. 1. 1848 tauchte erstmals der Name „Löwen-Apotheke" auf.

Unter dem letzten Besitzer der Apotheke, Kreisapotheker Pharmazierat W. Calov wurde die Einrichtung am 1. 1. 1959 staatlich, und sie fungiert jetzt als Kreis-Depot-Apotheke.



Löwen-Apotheke im Bauzustand bis 1932



Die Löwen-Apotheke (Fontanehaus) in Neuruppin heute

3. Die Uhlen-Apotheke in Neuruppin

Die 3. Neuruppiner Apotheke wurde mit Personalkonzession vom Apotheker Adolf Ule im November 1924 eröffnet. Sie trug damals den Namen „Zieten-Apotheke". Die Gründung fiel in eine wirtschaftlich schwierige Zeit, doch Apotheker Ule überwand alle Schwierigkeiten mit Geschick und Fleiß, denn er besaß langjährige Erfahrung als Verwalter einer Apotheke in Berlin.
Sein besonderes Augenmerk richtete er auf die Gestaltung der Schaufenster, die er für gesundheitserzieherische Ausstellungen nutzte.
1945 wurde die Apotheke in „Uhlen-Apotheke" umbenannt und im November 1949 bereits in eine staatliche Apotheke umgewandelt.

4. Die Adler-Apotheke in Rheinsberg

Am 11. August 1780 wurde die Apotheke Rheinsberg erstmalig in einem Privileg erwähnt:
„Wir Friderich von Gottes Gnaden König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wißen, daß nachdem der Apothequer Johann Friderich Kühn allerunterthänigst vorgestaltet, wie er gesonnen um eine Apotheque in Rheinsberg anzulegen und um Ertheilung eines Privilequ dazu angesuchet, wie demselben solches um so mehr allergnädigst zu bewilligen geruhet haben, da der-

selbe nach dem Zeugniß Unseres Ober-Collegii Medici bey der mit ihm angestellten Prüfung gut bestanden hat, und noch keine Apotheque in Rheinsberg vorhanden ist, dergleichen doch ein jeder wohl eingerichtete Ort nöthig hat."

In dem im Privileg erwähnten „Allgemeinen und neu geschärften Medicinal=Edikt und Verordnung" von 1727 war unter anderem enthalten, daß Über- bzw. Unterschreitung der Arzneitaxe strafbar war, daß nur Apotheker privilegierte Apotheken leiten konnten, daß den Apothekern neben Medikamenten der Verkauf von anderen Materialien und Gewürzwaren gestattet war, sowie Bestimmungen zur Revisionsordnung und zur Ausbildung der Apotheker. Damals unterschied man Apotheker II. Klasse, die nach einer Lehrzeit von 5 Jahren eine Prüfung ablegten, und Apotheker I. Klasse, die nach einer entsprechenden 7jährigen Gehilfenzeit nach Absolvierung bestimmter Lektionen an Universitäten die Approbation durch das Ober-Medizinal-Kollegium erhielten. Diese Apotheker I. Klasse durften Apotheken in größeren Städten des Königreiches Preußen übernehmen. Durch die ab 1854 einheitliche Apothekerausbildung wurde die Zweiteilung in Apotheker I. und II. Klasse aufgehoben.

Daß ein Apotheker I. Klasse die Apotheke in Rheinsberg erhielt, dürfte mit der Hofhaltung in Rheinsberg zu erklären sein. Zur Zeit der Privilegierung der Apotheke hatte die Stadt Rheinsberg 1 260 Einwohner. Die Lage der damaligen Apotheke ist nicht bekannt, erst 1799 kaufte der Apotheker Landt das in der heutigen Straße der Jugend gelegene Apothekengrundstück, in dem sich die Apotheke noch heute befindet.

In den folgenden Jahrzehnten wechselten die Besitzer der Rheinsberger Apotheke ebenfalls häufig, wobei bei dem jeweiligen Verkauf beträchtliche Gewinne erzielt wurden. Ein Apotheker Johann Friedrich Pollnow gründete eine Steingutfabrik in Rheinsberg Anfang des 19. Jahrhunderts.

In Rheinsberg gab es 2 Apotheker mit französischem Namen, die vermutlich wieder Nachfolger von eingewanderten Hugenotten waren.

Ende des 19. Jahrhunderts erhielt die Apotheke in Rheinsberg offensichtlich erstmals den Namen „Adler-Apotheke". 1958 wurde die Apotheke in Rheinsberg verstaatlicht. 1966 wurde Oberpharmazierat Geisler zunächst Kreisapotheker, und seit 1974 ist er Direktor des Versorgungsbetriebes für Pharmazie und Medizintechnik.

5. Die Adler-Apotheke in Alt Ruppin

In der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte der Hofapotheker Moll aus Schwedt in Alt Ruppin eine Apotheke eingerichtet, erhielt aber kein Privileg dafür. Sie ging mit seinem Tode ein. Der Neuruppiner Apotheker Behrend beantragte danach vergeblich ein Privileg. Sein Sohn machte 1795 abermals den Versuch,

aber nach dem Protest der Neuruppiner Apotheker erfolgte am 2. 9. 1795 die Ablehnung des Gesuchs.
In ihrem Protestschreiben vom 4. 6. 1795 wiesen die Neuruppiner Apotheker darauf hin, daß diese Absicht des Behrend nicht ohne größeste Kränkung ihrer Gerechtsame wie ihres Nahrungsstandes begünstigt werden kann, da sie mit Privilegien versehen seien, die sich nicht allein auf die Stadt Neuruppin beschränken können, sondern das umliegende platte Land einbeziehen, und daß eine dritte Apotheke zur Beeinträchtigung ihres Einkommens führen müsse. Die beiden Apotheker führten weiter an, daß durch den großen Brand Neuruppins die Bevölkerung verarmt und die Zahl gesunken sei. Sie selber hätten dabei viel Vermögen verloren, während der Vater des Antragstellers die Löwen-Apotheke mit gutem Gewinn verkauft und mit dem Vermögen dem Brandunglück entronnen sei.
1805 stellte ein Apotheker Arendt einen erneuten Antrag auf ein Apothekenprivileg. Obgleich die Neuruppiner Apotheker wiederum protestierten, wurde 1806 eine Apotheke in Alt Ruppin privilegiert.
1825 wird im Zusammenhang mit der Erlaubnis zum Salzhandel die Veranlagung der Apothekerwitwe Arendt mit einer Salzsteuer erwähnt. 1842 wurden die Ausschankstätten Alt Ruppins registriert und dabei auch die Apotheke als Ausschankstätte erwähnt. Offensichtlich wurde hier eine auch in anderen Orten übliche Kombination zwischen Apotheke und Weinstube betrieben. Die Apotheke in Alt Ruppin befand sich von Anfang an bis zum heutigen Tage im gleichen Gebäude, wie Nachforschungen im Liegenschaftsdienst bewiesen. Erst 1931 ist in einem Schriftwechsel der Name „Adler-Apotheke" Alt Ruppin erwähnt.
1953 wurde die Apotheke verstaatlicht und gehört jetzt zum Versorgungsbetrieb für Pharmazie und Medizintechnik des Kreises Neuruppin.

6. Die Linden-Apotheke in Lindow

Die Stadt Lindow entwickelte sich aus einem ehemaligen Zisterzienser- Nonnenkloster mit umgebender kleiner Siedlung. Ackerbürger und Handwerker bildeten die Bürgerschaft.
1778 bekam die Stadt eine eigene Apotheke. Der Apotheker Caspar Tornow aus Zehdenick erhielt in diesem Jahre das Apothekerprivileg.
Auch in diesem Privileg ist wiederum ausdrücklich der Handel mit Materialwaren und Wein erwähnt, wie er zur damaligen Zeit allgemein üblich war.
Nach mehreren Zwischenbesitzern der Apotheke übernahm am 1. 1. 1830 ein Apotheker Heinrich George Christian Günther die Apotheke. Als wiederum interessantes zeitgeschichtliches Dokument sei der Amtseid des Apothekers Günther wiedergegeben: „Ich Heinrich Günther, schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwißenden, daß ich, nachdem ich zum Apotheker bestellt

und angenommen bin, meine Pflicht in rechtmäßiger und genauer Aufsicht meiner Apotheke treulich wahrnehmen, Sr. Königlichen Majestät von Preußen publicirten Medicinal=Ordnung revidirten Apothekerordnung und Arznei=Taxe, sowie auch allen andern, die Ausübung meiner Kunst betreffenden Verordnungen und Gesetzen jedesmal überall genau nachkommen, die verordneten Arzneien und Recepte weder im Namen, Gewicht und Maaß, noch sonst auf irgendeine Art abändern, kein Arzneimittel für das andere substituiren, oder meinen Gehülfen und Lehrlingen solches zu thun gestatten, sondern vielmehr die Verordnungen der Aerzte genau und sorgfältig erfüllen und durch meine Leute erfüllen laßen wolle.
Ferner schwöre ich, mich alles eigenen Dispensirens strenge zu enthalten, ohne Vorschrift des Arztes keine Brechmittel, drastische Purganzien, Opiate oder andern heftig wirkende, oder sogenannte treibende Arzneien aus meiner Officin zu verkaufen oder verkaufen zu laßen und keine Gifte anders als auf die in der Verordnung:

wegen sorgfältiger Aufbewahrung
und vorsichtiger Verabfolgung der
Giftwaaren

vorgeschriebene Art verabfolgen zu laßen,
auch in allem Übrigen mich so verhalten wolle, wie es einem rechtschaffenen Apotheker eignet und gebühret.
So wahr mir Gott helfe, durch seinen Sohn Jesum Christum zur ewigen Seeligkeit, Amen.

gez.: Heinrich Günther"

In den folgenden Jahrzehnten wurde die Apotheke Lindow mehrmals mit beträchtlichem Gewinn veräußert. Vom kapitalistischen Geschäftsgebahren wurden auch Apotheken ergriffen. Anfang des 20. Jahrhunderts taucht erstmals der Name „Königlich privilegierte Adler-Apotheke Lindow" mit dem Preußenadler im Briefkopf auf.
1945 erhielt die Lindower Apotheke den Namen „Linden-Apotheke" und wurde 1954 verstaatlicht. Am 1. 1. 1974 wurde auch diese Apotheke dem staatlichen Versorgungsbetrieb für Pharmazie und Medizintechnik angeschlossen.

7. Die Adler-Apotheke in Fehrbellin

Fehrbellin erhielt auf Antrag des Apothekers Damitz eine Apotheke. Dieser schrieb am 28. Juni 1755 an König Friedrich II., daß er, nachdem er vom Ober-Collegium Medicum examiniert, geraume Jahre als Provisor gearbeitet und in vielen preußischen Apotheken gedient habe, sich nun in Fehrbellin etablieren und eine Medicin-Apotheke errichten wolle. Auch er bat um die Erlaubnis, mit Materialwaren, Salz und Franzwein handeln zu dürfen. Am

14. 10. 1755 wurde die Apotheke Fehrbellin von König Friedrich II. von Preußen privilegiert, jedoch war das Privileg trotz großer Bemühungen nicht mehr auffindbar.
Nach einigen Zwischenbesitzern ging die Apotheke am 22. 12. 1818 an Karl Ludwig Bertrand, bei welchem es sich offensichtlich wiederum um einen Hugenottenabkömmling handelte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wechselten die Besitzer der Fehrbelliner Apotheke recht häufig.
Im Jahre 1960 wurde die Adler-Apotheke Fehrbellin verstaatlicht und ist jetzt ebenfalls dem Versorgungsbetrieb für Pharmazie und Medizintechnik angegliedert.

8. Die Grüne Apotheke Wildberg

Das Haus der Wildberger Apotheke wurde im Jahre 1845 von dem Apotheker Otto Schunke gebaut, und 1849 erhielt er von der Preußischen Regierung die Konzession zur Eröffnung einer Apotheke (also nicht mehr ein Privileg!). Er begründete die Schunke-Stiftung in Wildberg, aus der bedürftige Einwohner unterstützt wurden.
Ab 1. 10. 1865 war die Postexpedition mit der Apotheke verbunden, und der damalige Apotheker erhielt für die Verwaltung 150 Taler Gehalt. Außerdem wurden ihm Mittel für einen Unterbeamten, für Büromaterialien und Kontogebühren zugestanden. 1882 wurde aber die Post wieder von der Apotheke getrennt.
1899 wurde die Wildberger Kirchturmkugel geöffnet während einer Reparatur. Es wurde eine Schrift vom damaligen Apotheker dort deponiert mit dem Rezept der sogenannten Wildberger Pillen, eines Abführmittels. Im Jahre 1929 erhielt die Apotheke den Namen „Grüne Apotheke".
Bei der Durchsicht der Apothekenakten der Grünen Apotheke Wildberg fiel auf, daß verhältnismäßig häufig ein promovierter Apotheker in Wildberg tätig war, obgleich es sich um ein allerdings großes Dorf handelte, das nach dem 30jährigen Krieg aus einer ehemaligen Kleinstadt durch den Rückgang der Bevölkerungszahl entstand (sogenannter „Flecken").
Am 1. 1. 1957 wurde die Apotheke verstaatlicht und wegen des geringen Umsatzes 1970 zur Arzneimittelausgabestelle erklärt.
Im Herbst 1962 wurde im Rahmen einer Renovierung des 57 m hohen Wildberger Kirchturms erneut die Kugel geöffnet. Daher sind die historischen Daten und das Rezept der Wildberger Gesundheitspillen bekanntgeworden. Ein ergänzender Bericht seit 1899 wurde der Kirchturmkugel anvertraut. Er kündet folgenden Chronisten und Generationen von Ereignissen unserer Zeit.

9. Die Apotheke im Bezirkskrankenhaus Neuruppin

Die Krankenhaus-Apotheke Neuruppin entstand aus einer Arzneimittelausgabestelle, welche von Diakonissen geführt wurde.

Als Verwalterinnen von Anstalts-Apotheken wurden Diakonissen erstmalig 1847 in dem Statut des durch Stiftung begründeten Diakonissenhauses Bethanien in Berlin erwähnt. Interessant dürfte in diesem Zusammenhang sein, daß Theodor Fontane nach den revolutionären Ereignissen 1848, für die er sich stark engagiert hatte, kurzzeitig als Ausbilder der Diakonissen im Bethanien-Stift Zuflucht fand.

Am 1. Oktober 1949 wurde die Apotheke der Brandenburgischen Landesanstalt unter der Leitung des Magisters der Pharmazie Bachmann eröffnet. Die Räume wurden einer gründlichen Rekonstruktion unterzogen.

In den letzten Jahren wurde die Apotheke ständig ausgebaut, und es wurden Voraussetzungen geschaffen, um Augentropfen und keimfreie Lösungen herzustellen. Außerdem versorgt die Apotheke auch die Dialyse-Abteilung des Bezirkskrankenhauses. Sie ist Aus- und Weiterbildungseinrichtung und eine der profiliertesten und leistungsfähigsten Einrichtungen im Bezirk Potsdam.

Zusammenfassung

Bei der Beschäftigung mit der Geschichte der Apotheken im Territorium Neuruppin fiel auf, daß der Name „Adler-Apotheke" sehr häufig vorkam, so in Neuruppin, Alt Ruppin, Rheinsberg, Lindow und Fehrbellin. Zum alten Kreis Ruppin gehörte früher das Land Wusterhausen, wo es ebenfalls in Wusterhausen und Neustadt/Dosse eine Adler-Apotheke gab. Diese häufige Bezeichnung dürfte mit dem Herrschaftssymbol des Privilegien-Verleihers, also der Kurfürsten von Brandenburg, ab 1701 Könige in Preußen, zusammenhängen.

Nach einer persönlichen Mitteilung von Herrn Pharmazierat Dr. Lüdtke, Breddin, der sich mit der Apothekengeschichte in der Prignitz und in Mecklenburg beschäftigte, gab es im damaligen Regierungsbezirk Potsdam im Jahre 1935 180 Apotheken in 134 Orten. Davon führten 44 den Namen Adler-Apotheke, das sind 25 %. Bezogen auf die Zahl der Städte ergab sich die Zahl von 33 %. Zum Vergleich sei Mecklenburg herangezogen: Im Jahre 1935 gab es 96 Apotheken in 66 Orten (also insgesamt erheblich weniger als im Regierungsbezirk Potsdam!). Davon führten nur 4 den Namen Adler-Apotheke, also nur 4 % der Apotheken, oder auf Städte bezogen 6 %. Interessant ist hierbei die Tatsache, daß der Name Adler-Apotheke oft erst viel später angenommen wurde, als die Einrichtungen gegründet wurden, so im 19. oder beginnenden 20. Jahrhundert.

Nach 1945 haben viele Apotheken den Namen Adler-Apotheke abgelegt, da er unliebsame Assoziationen weckte, so z. B. die Apotheke in Lindow, Neu-

stadt und Wusterhausen, so daß heute die Zahl der Adler-Apotheken erheblich geringer ist.

Die Stellung der Frau im Gesundheits- und Apothekenwesen ist ein deutlicher Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse. Während in der Preußischen Medizinalordnung „allen Weibspersonen untersagt" war, „Artzney zu praepariren", findet man auch noch 1936 die Aktennotiz, daß es dem Apothekerstand nicht zuträglich sei, eine Apotheke unter die Leitung einer Frau zu stellen. Seit 1945 stehen auch im Apothekenwesen den Frauen alle Leitungsfunktionen offen, die sie im Territorium Neuruppin besonders eindrucksvoll mit Engagement und Geschick demonstrieren.

Die Apotheken, die oft mit Stolz auf eine jahrhundertelange Tradition zurückblicken können, lösen heute gewaltige Aufgaben in der ständig wachsenden medizinischen Betreuung der Bevölkerung.

Literatur

Bellin, R.:	Vor 400 Jahren erste Neuruppiner Apotheke, Märkische Volksstimme, 1. 1. 1966
Nürnberger, H.:	Theodor Fontane in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten Rowohlt Verlag 1968, S. 63
Rühmland, H.:	Informationsdienst des Versorgungsbetriebes für Pharmazie und Medinzintechnik Neuruppin Jahrgang 1980 und 1981
Sperlich, Anita:	Chronik der „Grünen Apotheke" Wildberg
Schultze, J.:	Geschichte der Stadt Neuruppin 1932
ders.:	Die Anfänge der medizinischen Versorgung der Amtsstadt Alt Ruppin und die Proteste gegen die Gründung einer Apotheke (Sonderdruck)
Staatsarchiv Potsdam:	Rep. 2 A Regierung Potsdam I Med Nr. 364, 446, 539, 540, 573, 574, 575, 576, 577, 649, 650 betreffend Apotheken des Kreises Neuruppin

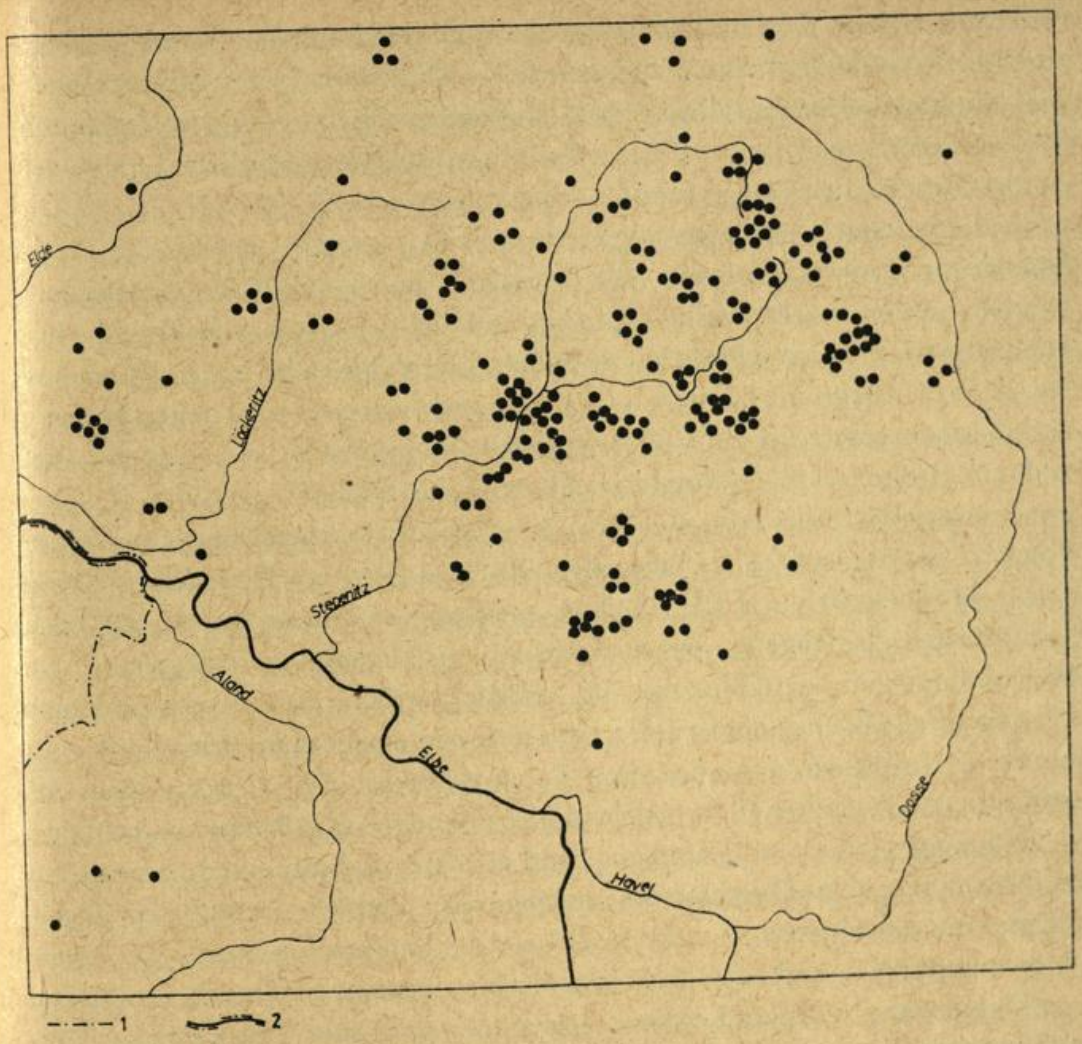
Die Autorin dankt der Fa. Gerlich und Frau Maria Calov für die freundliche Genehmigung zur Verwendung der Bilder und Reproduktionen.

Grabhügeluntersuchungen in der Prignitz

Von Rolf Breddin

1. Die Prignitz ist heute noch reich an urgeschichtlichen Grabhügeln. Verstreute Grabhügel und Hügelgruppen haben sich im Gegensatz zu anderen Landschaften nicht nur in Waldgebieten sondern zahlreich auch im Ackerland, oftmals durch Lesesteine erhöht, erhalten. Ihre Bindung an das Prignitzer Höhenland ist offensichtlich (Abb. 1). Untersuchungen in Frehne, Preddöhl, Sarnow und Schmolde, Kr. Pritzwalk, ergaben fundlose, steinhügelähnliche Lesesteinhaufen, deren Zahl sich durch Ausgrabungen noch erhöhen wird. Die landwirtschaftliche Betriebsweise der Vergangenheit zwang nicht notwendigerweise zur Grabhügelbeseitigung. Trotzdem muß festgestellt werden, daß seit dem 18. Jahrhundert durch Steingewinnung, Straßenbau, Abtragung und Untersuchung nachweislich über 800 Grabhügel in der Prignitz verschwunden sind. Mit Einführung des Ausgrabungsgesetzes 1914 (1920) ging die Hügelbeseitigung zurück. Die moderne landwirtschaftliche Großflächennutzung hat in der Prignitz entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen den Schutz der Grabhügel zumeist respektiert. Durch intensive bodendenkmalpflegerische Tätigkeit, besonders der ehrenamtlichen Mitarbeiter des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, konnten weitere Grabhügel entdeckt werden, so daß die Liste der geschützten Bodendenkmale aus den Kreisen Kyritz, Pritzwalk und Wittstock 300 Grabhügel enthält. Untersuchungen, vor allem zwischen 1870 und 1900, ergaben, daß zumeist bronzezeitliche (1800–600 v.u.Z.) Stein- und Erdhügel mit Steinpackung und Steinkranz in der Prignitz vorherrschen.

2. Aus der älteren Bronzezeit sind Grabhügel von 1,50–2,50 m Höhe und 10–30 m Durchmesser bekannt. In Hohenvier, Kr. Perleberg, Brünkendorf, Lindenberg, Sadenbeck, Weitgendorf, Kr. Pritzwalk und Zaatzke, Kr. Wittstock, ließen sich Körperbestattungen nachweisen. Zumeist wurden die Reste verbrannter Toten zusammen mit den Rückständen des Scheiterhaufens in Steinkisten und Gruben (Scheiterhaufengräber), selten in Urnen (Beveringen, Kr. Pritzwalk) beigesetzt. Die meist bronzenen Beigaben bestehen aus Waffen (Schwert, Lanze- und Pfeilspitze, Dolch), Rasiermesser und Pinzette zur Bartpflege der Männer und Schmuck (Hals-, Arm-, Knöchel- und Fingerring, Lockenspirale, Zierhütchen als Kleiderbesatz, Nadel und Fibel als Gewandverschluß) und Beigefäßen aus Ton. Die Körpergräber aus Hügel 2 und 17 von Weitgendorf, Kr. Pritzwalk, mit erhaltenen Zähnen eines erwachsenen Menschen sind durch die Mitgabe von Schwert, Dolch, Lanzenspitze und



Verbreitung der Grabhügel in der Prignitz
1 Staatsgrenze
2 Staatsgrenze im Wasserlauf

Rasiermesser als Bestattungen von Männern, eine der beiden Beisetzungen aus Hügel 16 durch die Mitgabe von Arm- und Fingerring und Mecklenburger Fibel als weiblich ausgewiesen. Trotz unzureichender Fundüberlieferung und Dokumentation ist es auffällig, daß Hinweise auf Kinderbestattungen fehlen. Das trifft auch zu auf gleichalte, reichausgestattete Flachgräber, wie die von Breddin, Görike, Kötzlin und Vehlow, Kr. Kyritz. Unterschiede in der Beigabenmitgabe (sog. reiche und arme Gräber) berechtigen, umfängliche Bronzemitgabe als Anzeichen für einen bevorrechteten Toten zu werten, wobei die Schwerter und Fibeln durch komplizierte guß- und herstellungstechnische Verfahren, die nicht allen Metallbearbeitern bekannt waren, einen hohen

Wert darstellten. Die katalogmäßige Vorlage der im Jahre 1877 z.T. untersuchten 18 Grabhügel von Weitgendorf, Kr. Pritzwalk (1987) läßt erkennen, daß die kaum gestörten Gräber alle umfängliche Bronzemitgabe enthielten. Wir müssen demzufolge annehmen, daß diese älterbronzezeitliche Grabhügelgruppe Bestattungen einer gentilen Oberschicht umfaßt, die abseits der Gemeinschaftsbestattungsplätze beigesetzt wurden. 1974/75 mußte die Grabhügelgruppe von Sadenbeck, Kr. Pritzwalk, der Großfeldbewirtschaftung weichen und untersucht werden. Sie bestand aus 5, bis zu 1 m hohen, aus lehmigem Sand errichteten Hügeln mit Steinkränzen von 10 bis 12 m Durchmesser, deren Untergrund planiert und abgebrannt war und von denen Hügel 1 und 4 je ein rechteckiges, W-O-orientiertes Steinpflaster von 3,40 m Länge und 2 m Breite besaß. Während im Hügel I das Steinpflaster über der Verbrennungsstelle (Scheiterhaufenreste) geschütteten Leichenbrand eines weiblichen Erwachsenen (ca. 35 Jahre alt) mit brandverzog. Tongefäßen, Armring- und Fibelteilen und Zierscheiben aus Bronze enthielt, waren auf dem Steinpflaster des Hügels 4 neben zerscherbten Tongefäßen Pfeilspitzen, ein Messerklingenteil, ein Doppelknopf, ein Zierhütchen, eine Nadel und eine Fibelnadel aus Bronze niedergelegt, die sicher zu einem männlichen und wohl zu einem weiblichen, unverbrannten Toten gehörten. Die Untersuchung des gestörten, 1,20 m hohen Grabhügels in Krempendorf, Kr. Pritzwalk, im Jahre 1977, der auf planiertem Grund aus Sand errichtet und mit einem 2 m breiten Steinkranz von 20 m Durchmesser umgeben war, enthielt ebenfalls ein Steinpflaster mit geschüttetem Leichenbrand eines männlichen Erwachsenen unter einer Steinpackung und am Rande eine Nachbestattung, eine runde Grube von 2 m Durchmesser mit dem Leichenbrand eines männlichen Erwachsenen, Tongefäßen und Pfeilspitzen, auf die nach Ausweis der Holzkohle von Eiche, Esche und Feldahorn die Reste des Scheiterhaufens geschüttet waren. Vier flache Bodenerhebungen mit Steinen im umliegenden Acker lassen annehmen, daß sich in Krempendorf ehemals eine Grabhügelgruppe befunden hat. Die Untersuchungen bei Sadenbeck und Krempendorf haben unsere Kenntnisse über den Hügelaufbau erweitert. Sie bestätigen die Sonderstellung der in Hügeln beigesetzten Toten, sowohl der männlichen als auch der weiblichen Erwachsenen. Das ist bedeutungsvoll für den Charakter der spätbronzezeitlichen Bevorrechteten in der Prignitz, da für sie eine Entwicklung vorauszusetzen ist.

Das Nebeneinander von reichausgestatteten männlichen und weiblichen (um 50 % geringeren) Bestattungen in älterbronzezeitlichen Grabhügeln des nördlichen Mitteleuropas zeigt, daß die Bevorrechtung nicht nur auf Männer beschränkt ist. Eine Ausnahme bilden die aufeinanderfolgenden Bestattungen in den Männergrabhügeln von Schönningstedt, Kr. Stormarn und Bargstädt, Kr. Stade, beide BRD, wobei in Schönningstedt vererbte Anomalien am Skelett von 2 übereinander bestatteten Männern deren Verwandschaft ausweist.

Diese Befunde stützen die Auffassung, daß ausgewählte, sozial bevorrechtete Tote getrennt von ihren Familien beigesetzt wurden.

3. Grabhügel der jüngeren Bronzezeit sind in der Prignitz bisher gering vertreten. Das hat offensichtlich seine Ursache in der geringen und untypischen Bronzemitgabe und der Schwierigkeit, Tongefäße zeitlich enger einzuordnen. Südliche Einflüsse aus der sog. Urnenfelderkultur machen sich in dieser Zeit bemerkbar. Die Restuntersuchung des 0,70 m hohen Steinhügels von Reckenthin, Kr. Pritzwalk, ergab 1972 in einem Steinkranz von 11 m Durchmesser eine Grube mit Urne und Deckschale, die den Leichenbrand eines männlichen Erwachsenen, brandverzogene Spiralteile und einen Pfriem aus Bronze enthielt. Südlich sind dem Hügel unter einer Steinschicht 4 jungbronzezeitlichen Urnenflachgräbern zuzuordnen. Im Jahre 1985 mußte ein 1 m hoher Steinhügel mit einem Steinkranz von 8 m Durchmesser bei Rohlsdorf-Ellershagen, Kr. Pritzwalk, einem Wasserspeicherbecken weichen. Er war über 4 Urnenflachgräbern errichtet und enthielt unter einem Steinkern von 3 m Durchmesser eine rechteckige Verbrennungsstelle und neben einer 1 m hohen Steinstele eine Steinkiste mit Urne, Beigefäß, Armring und Pfriem aus Bronze sowie geschütteten Leichenbrand mit Bronzeresten. Bei der Randgestaltung des Wasserbeckens wird zu beobachten sein, ob sich weitere Flachgräber um den exponierten Hügel feststellen lassen. Diese Befunde spiegeln kleine jungbronzezeitliche Gemeinschaften wider, die entweder ihre Grabfeldbelegung mit einem Grabhügel beginnen oder erst zu einem späteren Zeitpunkt für einen Hervorragenden errichten. Die Untersuchungen von 1887 in den Grabhügelgruppen von Krams, Kr. Kyritz, und Kehrberg, Kr. Pritzwalk, beweisen die Beisetzung sozial Bevorrechteter von der Jungbronzezeit bis in die späte Bronzezeit. Der Erdhügel mit zwei Steinkisten unter einer Steinpackung von Krams ist durch Plattenfibel und Messerteile aus Bronze sowie eine Tontasse der Jungbronzezeit zuzuordnen, während die beiden teiluntersuchten Steinhügel bereits der späten Bronzezeit angehören. Die Grabhügel 3, 10 und 12 von Kehrberg gehören durch umrillte, umbruchgekerbte, doppelkonische Tongefäße und Bronzepfeilspitzen in die Jungbronzezeit, während sechs Grabhügel als spätbronzezeitliche Gräber anzusprechen sind, wobei im Hügel 12 darüber hinaus eine spätbronzezeitliche Nachbestattung, eine Steinkiste mit umriefter, lausitzisch beeinflußter Urne, eingetieft war.

4. Die meisten Funde aus Prignitzer Grabhügeln gehören zur spätbronzezeitlichen „Seddiner Gruppe" zwischen Elbe, Elde und Dosse, die sich durch die hohe Zahl von Grabhügeln mit Brandbestattung von der mitteleuropäischen Sitte der Urnenflachgräber abhebt. Grabhügelgruppen mit reichausgestatteten Urnengräbern in Dithmarschen und im Ilmenaugebiet sowie reich ausgestattete Einzelhügel im Elb-Havel-Gebiet sind weitere Ausnahmen im nördlichen Mitteleuropa und lassen die Eigenständigkeit dieser Landschaften

erkennen, wobei der begrenzte Umfang der Grabhügelgruppen offensichtlich nicht die Größe der Siedlungsgemeinschaft repräsentiert. Zu den bedeutendsten Grabhügeln in der Prignitz zählen das bereits 1853 untersuchte Steinhügelgrab 1 mit Steinkiste von Kemnitz, Kr. Pritzwalk (Höhe: ca. 10 m; Durchmesser: ca. 30 m), das in einem Tongefäß ein getriebenes Bronzegefäß mit Leichenbrand und daneben ein Schwert mit goldverziertem Griff, einen Armring und einen goldblechplattierten Ring sowie weitere, verlorengegangene Bronzegegenstände enthielt, und das auf einer Anhöhe von 11 m und 80 m Durchmesser gelegene Steinhügelgrab von Seddin, Kr. Perleberg (sog. Königsgrab), das 1899 bei der Steingewinnung eine neunblöckige, polygonale Grabkammer mit falschem Gewölbe von 2 m Durchmesser und 1,60 m Höhe freigab, wobei Fußboden und Wände lehmverkleidet und mit rot-weißen Mustern (Teppichimitation?) bemalt waren. Darin befanden sich 3 Bestattungen. Auf den verbrannten Resten eines erwachsenen Mannes in einer importierten Bronzeterrine mit Deckel, die in einem großen, ungewöhnlichen Tongefäß mit Deckel stand, lagen ein Seddiner Tüllenbeil, ein nordisches Messer, ein Armring und zwei aus dem Süden importierte Tassen aus Bronze. Zugeordnet werden diesem Toten ein Seddiner Kurzschwert, ein Meißel, ein Messer, ein Kamm, ein Rasiermesser, eine Pinzette, ein Armring, ein Fingerring, eine Öse und ein Knebel aus Bronze. Den beiden in Urnen mit Deckschalen zugesetzten, weiblichen, 20–30jährigen, verbrannten Erwachsenen sind je ein Fingerring, Fingerspirale, ein Knopf, Halsring/Halskette mit Perlen und eine aus dem Süden importierte, eiserne Nadel zuzurechnen. Beide Grabhügel liegen am Rande von Hügelgruppierungen mit spätbronze- und früheisenzeitlichen Gräbern, Der polygonale Unterbau und das falsche Gewölbe der Steinkammer von Seddin sind sowohl in Steinhügeln (Kehrberg, Nettelbeck, Kr. Pritzwalk) als auch in Erdhügeln mit Steinpackung (Beveringen, Nettelbeck, Preddöhl, Kr. Pritzwalk; Maulbeerwalde, Kr. Wittstock; Krams, Kr. Kyritz) nachweisbar und bezeugen im Gegensatz zu älteren Auffassungen, einheimische Tradition. Steinkisten mit polygonaler Steinkiste und polygonalen Steinpackungen, im Innenraum und im Freiraum zwischen Leichenbrand und Deckschalen in den Urnen mit weißem Sand verfüllt, besitzen die 1979 untersuchten Gräber der Steinhügel 2 und 4 und des Erdhügels 3 von Nettelbeck, Kr. Pritzwalk. Darüberhinaus waren zwecks Festigung der Konstruktion, die Steine der Packungen und Kisten in weißen Sand gebettet. Demzufolge muß für den Hügel von Seddin der vermutete Zugang von der Seite abgelehnt werden. Den Abschluß bildete der letzte Deckstein des falschen Gewölbes, dem ebenfalls keine Bedeutung als Zugang zukommt. Kammerbau und Grablegung sind offensichtlich in einem Zuge erfolgt. H. Wüstemann hat 1974 die archäologisch faßbaren Besonderheiten der Prignitz als Nachweis für ein Stammesgebiet angesehen, anhand der Grabhügelanalyse eine

relativ breite und sozial besonders profilierte gentilaristokratische Schicht militanten Charakters herausgestellt und die Grabhügel von Seddin und Kemnitz als Bestattungsplätze von Stammeshäuptlingen gedeutet.

Ursachen für die soziale Differenzierung der spätbronzezeitlichen Prignitzer sieht er u. a. im durch die verkehrsgünstge Lage ständigen Tauschhandel, der damit verbundenen bodenständigen Bronzeverarbeitung (Nordische Bronzeformen, Tüllenbeile vom Typ Lenzersilge, Seddin) und der ständigen kriegerischen Tätigkeit (Raubkriege, Schwertmitgabe) einer Oberschicht. Die Erweiterung der Bronzeverarbeitung machte sicherlich einen Teil des gesellschaftlichen Mehrproduktes, das für den Austausch zur Verfügung stand, aus. Auch auf die Nutzung der wohl durch spätere Erdbeben versiegten Salzvorkommen der Prignitz für den Austausch könnten die briquetageähnlichen Tonstützen aus Grabhügel 2 von Nettelbeck aus einer Siedlungsgrube neben der Grabhügelgruppe westlich von Freyenstein, Kr. Wittstock, und dem Steinhügel mit lederverkleideter Steinkiste von Steffenshagen, Kr. Pritzwalk, hindeuten. Für die Agrarproduktion lassen sich nur Vermutungen äußern. Die günstigen physiogeographischen Verhältnisse könnten ein Überwiegen der Viehhaltung annehmen lassen, aus der ein Anteil des erzeugten Mehrprodukts gewonnen werden konnte, das nach Ausweis der Grabfunde den in den Hügeln bestatteten durch den Handel zufloß. Gestützt wird diese Annahme durch Grabhügelkonzentrationen im Quellgebiet von Dömnitz, Redlitz und Stepenitz. Andererseits lassen die Grabhügelballungen um Seddin und Zaatzke, Kr. Wittstock auf der Hochfläche keine offensichtliche Bindungen an die Niederung erkennen. Die Lage der Grabhügel von Nettelbeck neben einer Quelle ist eher kultisch zu deuten, da das Wasservogelsymbol während der europäischen Bronzezeit mit dem Sonnensymbol verknüpft ist und somit dem Fruchtbarkeitskult zuzurechnen ist. Die Verbrennung der Toten nach Planierung des Hügelgrundes und die Beisetzung sowie Hügelerrichtung über dem Scheiterhaufen wird durch die Ausgrabung der Hügelgruppe von Nettelbeck im Jahre 1979 bestätigt. Die Sitte, das spätbronzezeitliche Grab auf planiertem Hügelgrund zu errichten, geht in der Prignitz auf einheimische Tradition zurück. Dagegen sind eingetiefte Grabgruben im nördlichen Mitteleuropa als südlicher Einfluß anzusehen, der mit Importbronzen aus dem ungarischen und nordalpinen Raum und Tongefäßformen und -verzierungen aus der Lausitzer Kultur die weitreichenden Beziehungen der spätbronzezeitlichen Prignitzer Bewohner aufzeigt. Die Grabhügel von Nettelbeck enthielten nur erwachsene Tote. Hügel 1–3 sind Beisetzungen von je zwei Menschen, einem Mann und einer Frau. Auch in Jütland, Schleswig, der Elbemündung, der Lüneburger Heide, Mecklenburg, dem Saalemündungsgebiet und im Elb-Havel-Gebiet sind Mann-Frau-Bestattungen nachweisbar. Die Beisetzung von einem Mann mit 2 Frauen im älterbronzezeitlichen Grabhügel 17 von Deutsch-Evern,

Kr. Lüneburg/BRD, im jungbronzezeitlichen Grabhügel Kung Björns Hög bei Uppsala/Südschweden und im spätbronzezeitlichen sog. Königshügel von Seddin/Prignitz zeigen die Tradition weiblicher Totenfolge im nördlichen Europa, die in einfacher Form auch für die nicht so reich ausgestatteten Grabhügel von Nettelbeck festzustellen ist. Das Fehlen von Kindergräbern in Prignitzer Grabhügeln ist ein Hinweis auf die hervorragende Stellung der bestatteten, spätbronzezeitlichen Männer. Der Leichenbrand aus Hügel 2 und 3 von Nettelbeck enthielt keine den männlichen Leichen zugehörige Kopfteile. Sie wurden offensichtlich ohne Kopf verbrannt. Hinweise auf bronzezeitliche Bestattungen mit abgetrennten Köpfen und Schädelbestattungen finden sich mehrfach im mitteleuropäischen Raum. Sie sind auf Beisetzungen von Bevorrechteten beschränkt und zusammen mit einem hohen Prozentsatz von Verletzungen (Hiebspuren, Pfeilschußlöcher) an bronzezeitlichen Skeletten Mitteleuropas Anzeichen kriegerischer Tätigkeiten, obgleich gerade in den Nettelbecker Hügeln Waffenbeigaben fehlen. Früheisenzeitliche Grabhügel, wie in Kemnitz und Triglitz, Kr. Pritzwalk, mit Eisenschwertern und Pferdegeschirrteilen (Kandarrenstäbe, Trensen) sowie Radfelgenbeschlägen weisen darüberhinaus auf die Bindung des Pferdes an die Bevorrechteten in der Prignitz. Hügel 7 von Nettelbeck enthielt Reste eines 35jährigen Mannes in einer Urne der Jastorf-Kultur, dem außer Bronzeschmuck ein eisener Dolch mitgegeben wurde, und zeigt damit ein teilweises Fortbestehen des sozialen Gefüges bis 500 v.u.Z. Die Errichtung der vielen Grabhügel in der Prignitz ist oftmals als Hinweis für das Vorhandensein einer Gentilaristokratis gewertet worden, da im Gegensatz zu anderen Landschaften befestigte Siedlungen fehlen. Die Beschränkung der Bestattungen auf erwachsene Männer, mit z. T. Beiordnungen von weiblichen Erwachsenen, lassen jedoch keine spätbronzezeitliche Oberschicht mit vererbbaren Rechten erkennen. Der Zusammenhang von Grabhügelgruppe und Urnengräberfeld in Nettelbeck-Porep ist durch Siedlungshinweise am Rande der Stepenitz-Niederung aufgezeigt. Abgesondert von der gentilen Beisetzungsgemeinschaft auf dem Urnenfeld werden Bevorrechtete, wohl um ihrer Verdienste willen, in Grabhügeln beigesetzt. Hervorragende gesellschaftliche Leistungen – im Tauschhandel, in der Bronzeverarbeitung, als Viehhalter, als Krieger, als Salzsieder – wurden von den spätbronzezeitlichen Gemeinschaften in der Prignitz durch Grabhügelerrichtungen gewürdigt. Die Herausstellung von einzelnen, oftmals kriegerischen Männern, in den vielen Grabhügeln der Prignitz, läßt erkennen, daß diese Absonderung permanenter Bestandteil der späten Gentilgesellschaft war. Weitere Ausgrabungen sind notwendig, um die Verhältnisse der bevorrechteten Toten in den Grabhügeln und der spätbronzezeitlichen Siedlungsgemeinschaften sowie deren Herausbildung während der älteren und jüngeren Bronzezeit in der Prignitzer Gruppe (Seddiner Kulturgebiet) zu ergründen.

Ahrens, C., 1966: Ein Männergrabhügel der mittleren Bronzezeit in Schönningstedt, Kr. Stormarn. In: Offa 23, 1966, S. 79 ff.
Almgren, O., 1905: Kung Björns Hög. Stockholm 1905
Bohm, W., 1937: Die Vorgeschichte des Kreises Westprignitz. Leipzig 1937
Breddin, R., 1973: Untersuchungen eines jungbronzezeitlichen Grabhügels von Reckenthin, Kr. Pritzwalk. In: Ausgrabungen und Funde 18, 1973, S. 129 ff.
Breddin, R., 1979: Untersuchung eines älterbronzezeitlichen Grabhügels von Krempendorf, Kr. Pritzwalk. In: Ausgrabungen und Funde 24, 1979, S. 69 ff.
Breddin, R., 1979: Untersuchung einer älterbronzezeitlichen Grabhügelgruppe von Sadenbeck, Kr. Pritzwalk. In: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, 12, 1979, S. 59. ff.
Breddin, R., 1983: Untersuchung eines spätbronzezeitlichen Grabhügelfeldes der Seddiner Gruppe bei Nettelbeck, Kr. Pritzwalk. In: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam 17, 1983, S. 49 ff.
Breddin, R., Ein jungbronzezeitlicher Grabhügel von Rohlsdorf-Ellershagen, Kr. Pritzwalk (in Vorbereitung)
Götze, A., 1907: Die vor- und frühgeschichtlichen Denkmäler des Kreises Ostprignitz. Berlin 1907
Götze, A, 1912: Die vor- und frühgeschichtlichen Denkmäler des Kreises Westprignitz. Berlin 1912
Horst., F., Das mittelbronzezeitliche Hügelgräberfeld von Weitgendorf, Kr. Pritzwalk. In: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam 21, 1987, S. 131 ff.
Jacob-Friesen, G., 1975: Zu einigen chronologischen und kulturhistorischen Problemen der Periode III. In: Jahresberichte des Instituts für Vorgeschichte der Universität Frankfurt/M., 1975, S. 119 ff.
Kiekebusch, A., 1928: Das Königsgrab von Seddin. Augsburg 1928.
Körner, F., 1959: Ein bronzezeitlicher Mehrperiodenhügel bei Deutsch-Evern im Landkreis Lüneburg. In: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte 28, 1959, S. 3 ff.
Krause, E., 1891: Hügelgräber zu Kehrberg. In: Zeitschrift für Ethnologie (Verhandlungen) 23, 1891, S. (262) ff.
Matthes, W., 1929: Urgeschichte des Kreises Ostprignitz, Leipzig 1929.
Müller-Brauel, H., 1913: Drei bronzezeitliche Hügelgräber im Kreise Stade. In: Prähistorische Zeitschrift 5, 1913, S. 215 ff.
Wüstemann, H., 1978: Zur Sozialentwicklung während der Bronzezeit im Norden der DDR. In: Mitteleuropäische Bronzezeit, Berlin 1978, S. 195 ff.
Wüstemann, H., 1974: Zur Sozialstruktur im Seddiner Kulturgebiet. In: Zeitschrift für Archäologie 8, 1974, S. 67 ff.

Sozialistische Betriebsgeschichte auf Medaillen des Bezirkes Potsdam

Von Bernhard Liebe

Die verschiedenartigsten Anlässe waren und sind der Grund dafür, Erinnerungs- und zugleich Schauobjekte herzustellen. Schon aus der Antike sind uns solche Medaillen überliefert. In Europa verbreiteten sie sich besonders seit dem 16. und 17. Jahrhundert. Sie wurden herausgegeben zur Krönungsfeier, bei Hochzeiten und Geburtstagen der Herrscher, anläßlich siegreicher Schlachten und zu Gedenktagen. Für den Historiker sind Medaillen Sachzeugen bestimmter Ereignisse, der Sammler interessiert sich mehr für den kunst- und kulturhistorischen Wert.

Die Tradition, zu bestimmten Anlässen Medaillen herauszugeben, wird in der Deutschen Demokratischen Republik gewahrt. Sie sind zum Unterschied von Münzen und Gedenkmünzen keine gesetzlichen Zahlungsmittel, dürfen also trotz mancher äußerlichen Ähnlichkeit nicht mit Geld verwechselt werden. Zu unterscheiden ist auch, daß einige Medaillen Bestandteil staatlicher Ehrenzeichen sind und demzufolge nur im Zusammenhang mit einer Auszeichnung verliehen werden, bei anderen das jedoch nicht der Fall ist, selbst wenn sie als Geschenk überreicht werden oder Teil einer betrieblichen Ehrung oder Anerkennung sind.

Betriebe aus dem Bezirk Potsdam haben Medaillen zu gesellschaftlichen Höhepunkten herausgegeben, sie ehrten damit die Persönlichkeit, dessen Namen sie tragen oder erinnerten an ein für die Betriebsgeschichte bedeutendes Ereignis.

Die folgenden Beispiele stellen nur eine Auswahl dar. Es wird die Vorderseite und (soweit gestaltet) die Rückseite abgebildet. Die Angaben sind dem Medaillenpaß entnommen, der von jedem ernsthaften Sammler angelegt wird und alle für die Kennzeichnung der Medaille erforderlichen Angaben enthält. Trotzdem waren Lücken in den Angaben auch bei den hier ausgewählten Medaillen nicht zu schließen. Der Autor hat die Bitte, daß ihm Kenntnisse über die hier abgebildeten Medaillen aber auch über andere Medaillen und Plaketten aus dem Bezirk Potsdam mitgeteilt werden.

Anschrift: Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte, für Bdfrd. Bernhard Liebe, Mangerstr. 34/36, Potsdam 1560.





Herausgeber:	Stahl- und Walzwerk Brandenburg Stammbetrieb des Qualitäts- und Edelstahl-Kombinats (QEK) Brandenburg
Hersteller:	VEB Prägewerke Markneukirchen (Präwema)
Material:	Neusilber
Durchmesser:	35 mm
Vorderseite:	Darstellung des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, darunter Schrift: Stahl aus Brandenburg
Rückseite:	Schrift nach links: Stadt der Stahl- und Walzwerker darüber: Stadtwappen von Brandenburg

Ehrengeschenk für verdienstvolle Mitarbeiter und Gäste des Betriebes. – Der Beschluß über den Aufbau des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg ist einer der ersten bedeutenden wirtschaftspolitischen Beschlüsse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Der Aufbau war erforderlich, um für die Industrie der DDR eine eigene metallurgische Grundlage zu schaffen. Bereits auf dem III. Parteitag der SED, am 20. Juli 1950, konnte die erste Stahlprobe an Wilhelm Pieck überreicht werden.





Herausgeber:	VEB Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin" Hennigsdorf
Herausgabejahr:	1973
Ausgabeanlaß:	Führung des sozialistischen Wettbewerbs
Material:	Kupfer
Durchmesser:	60 mm
Vorderseite:	Umschrift oben: 1948–1973 Stern Umschrift nach links: 25 Jahre Friedensstahl Darstellung Schmelzvorgang mit Ofen und Stahltiegel
Rückseite:	Umschrift nach oben rechts: VEB Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin" Hennigsdorf Stern nach unten links im VEB QEK Mitte: Signet des Betriebes

Auszeichnung für verdienstvolle Mitarbeiter. – Nach dem Kriege wurde das zum Flick-Konzern gehörende Werk demontiert. Nach der Enteignung der Betriebe des Flick-Konzerns konnte 1948 die Stahlproduktion wieder aufgenommen werden.



Herausgeber:	Kombinat Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke (LEW) „Hans Beimler" Hennigsdorf, Betriebsgewerkschaftsleitung
Ausgabeanlaß:	Auszeichnung für verdienstvolle Mitarbeiter
Material:	Nickel
Durchmesser:	60 mm
Vorderseite:	Porträt Hans Beimler Umschrift von unten nach oben: Hans Beimler 1895–1936, einseitige Gedenkmedaille

Der Stammbetrieb des Kombinates LEW Hennigsdorf ist ein leistungsstarker Großbetrieb. Er wurde in den letzten Jahren besonders bekannt durch seine Elektro-Lokomotiven und die neuen Züge für die Berliner S- und U-Bahn. Das Kombinat trägt den Namen Hans Beimler. Hans *Beimler*, geboren am 2. Juli 1895, gefallen vor Madrid am 1. Dezember 1936. Der junge Schlosser wurde 1918 Mitglied des Spartakusbundes und trat nach ihrer Gründung der KPD bei. 1919 war er Mitglied der bayrischen Räteregierung, 1920 wurde er zum Mitglied des bayrischen Landtages gewählt. 1932 wurde er Mitglied des Reichstages. Die Faschisten verhafteten den beliebten Arbeiterführer am 11. April 1933. Aus dem KZ Dachau gelang ihm die Flucht. In der ČSR und in Frankreich wirkte er für die Volksfrontbewegung. Er gehörte zu den ersten Freiwilligen, die nach Spanien gingen. Als politischer Kommissar des Thälmann-Bataillons ist Hans Beimler vor Madrid gefallen.





Herausgeber:	VEB IFA – Automobilwerk Ludwigsfelde
Herausgabezeit:	1972
Entwurf:	Rolf Bober, Horst Kruspe, Gerd Petersmann
Hersteller:	Münze Berlin
Ausgabeanlaß:	Fertigung des 100.000 LKW W 50
Material:	Tomback 85/15 gelb gebrannt raponiert
Durchmesser:	60 mm
Vorderseite:	Umschrift oben: VEB IFA Automobilwerke unten: Ludwigsfelde in der Mitte: Signet des Betriebes
Rückseite:	Vorderansicht des LKW W 50 darunter: 100 000 IFA W 50 1972

In der Genshagener Heide bei Ludwigsfelde hatten die Deimler-Benz-Werke einen Rüstungsbetrieb für Flugzeugmotoren errichtet. Entscheidende Teile des Betriebes wurden durch einen Luftangriff zerstört, der Rest des Rüstungsbetriebes vernichtet. Aus schwerem Anfang entstand ein neuer sozialistischer Großbetrieb, der sich zum führenden Produzenten von Lastkraftwagen entwickelte. Er ist heute der Stammbetrieb des Kombinates für Nutzkraftwagen.





Herausgeber:	VEB Zahnradwerk Pritzwalk
Herausgabezeit:	1981
Hersteller:	VEB Prägewerke Markneukirchen (Präwema)
Ausgabeanlaß:	Zehnjähriges Bestehen des Werkes
Material:	Neusilber
Durchmesser:	35 mm
Vorderseite:	Umschrift nach rechts: VEB Zahnradwerk Pritzwalk Lorbeerzweig von unten bis zur Mitte Darstellung des Werkes, darüber: Signet des Betriebes
Rückseite:	Darstellung eines Zahnrades, im Zahnrad Stadtwappen von Pritzwalk, Pritzwalk

Zur Industrialisierung der Nordkreise des Bezirkes Potsdam entstand 1971 das Zahnradwerk Pritzwalk als leistungsstarker und moderner Betrieb des Maschinenbaus. Er ist jetzt der größte Betrieb des Kreises Pritzwalk und hat entscheidend dazu beigetragen, das Gesicht der Stadt und des Kreises Pritzwalk zu verändern.





Herausgeber:	VEB Feuerlöschgerätewerk Neuruppin
Herausgabezeit:	1980
Hersteller:	VEB Prägewerke Markneukirchen (Präwema)
Ausgabeanlaß:	Fünfundsiebzigjähriges Bestehen des Betriebes
Material:	Neusilber
Durchmesser:	35 mm
Vorderseite:	Mitte: 75 Jahre, darüber 1980 Umschrift nach links: Feuerlöschgeräte aus Neuruppin, dazwischen: Punktreihe
Rückseite:	Umschrift nach rechts: Feuerlöschgerätewerk Umschrift nach links: Neuruppin, dazwischen Punktreihe in der Mitte: Signet des Werkes

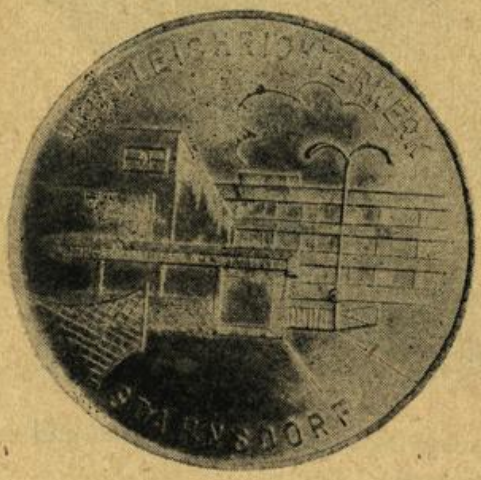
Mit der Bildung des Feuerlöschgerätewerkes wurde 1905 erfolgreich versucht, einen Industriezweig neuer Art in Neuruppin zu errichten, dessen Erzeugnisse unter der Firmenbezeichnung „Minimax" eine gewisse Popularität erreichten. Als volkseigener Betrieb wurde die Produktionskapazität bedeutend erweitert und mit anderen Betrieben koordiniert.



Herausgeber:	Werk für Bauelemente der Nachrichtentechnik „Carl von Ossietzky" Teltow, jetzt: Betrieb des Kombinates Elektronische Bauelemente VEB
Herausgabeanlaß:	Auszeichnung für besondere Verdienste bei der Entwicklung des Werkes
Material:	Porzellan (Handarbeit)
Durchmesser:	75 mm
Vorderseite:	Umschrift: Carl von Ossietzky Friedensnobelpreisträger Porträt nach rechts
Rückseite:	Umschrift oben: VEB Elektronische Bauelemente Umschrift unten: Teltow (Stern) DDR Mitte: Signet des Betriebes (Rückseite nicht abgebildet)

Der Stammbetrieb des Kombinates in Teltow trägt den Namen Carl von *Ossietzky*. Carl von Ossietzky wurde am 3. Oktober 1889 als Sohn eines Angestellten geboren. Schon vor dem Weltkrieg führte er als Journalist den Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus, was ihm u. a. im Jahre 1912 sechs Monate Haft einbrachte. Nach dem I. Weltkrieg war er führend in

der bürgerlich-pazifistischen Bewegung „Nie wieder Krieg“ tätig. 1927 übernahm er die Leitung der „Weltbühne“, die bald zu einer herausragenden Publikation der antifaschistischen Kräfte wurde. Schon 1932 wegen seiner Entlarvungen der Geheimrüstungen verurteilt, wurde er von den Faschisten 1933 erneut verhaftet und durch die KZ Sonnenburg, Börgermoor und Papenburg-Esterwegen geschleppt. 1936 wurde Carl von Ossietzky mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die Weltöffentlichkeit erzwang seine Freilassung aus dem KZ. Er kehrte jedoch als todkranker Mann zurück, am 4. Mai 1938 verstarb er an den Folgen der KZ-Haft.





Herausgeber:	VEB Gleichrichterwerk Stahnsdorf, jetzt: VEB Mikroelektronik „Karl Liebknecht“ Stahnsdorf
Ausgabeanlaß:	Auszeichnung für verdienstvolle Mitarbeiter
Material:	Kupfer
Durchmesser:	37 mm
Vorderseite:	Umschrift nach rechts: VEB Gleichrichterwerk Umschrift nach links: Stahnsdorf Darstellung des neu entstandenen Hauptgebäudes
Rückseite:	Ineinandergehende Zweige, Inschrift: Verdienstvolle Mitarbeiter des VEB Gleichrichterwerk

Der Betrieb ist im Ergebnis der sich in der DDR schnell entwickelnden elektronischen Industrie entstanden. Entstanden ist er aus dem Institut für Halbleitertechnik, das damals noch eng mit dem Carl-von-Ossietzky-Werk verbunden war. Später war der Betrieb eng mit dem Halbleiterwerk Frankfurt/Oder verbunden. Jetzt ist er Bestandteil des Kombinates Mikroelektronik Erfurt.





Herausgeber:	VEB Geräte- und Regler-Werke Teltow Stammwerk „Wilhelm Pieck", Teltow
Herausgabejahr:	1978
Ausgabeanlaß:	30. Jahrestag der Bildung der Geräte- und Regler-Werke Teltow als volkseigener Betrieb, entstanden aus dem Zusammenschluß der enteigneten kapitalistischen Betriebe Askania GmbH, Heinrich List und Elektro-Feinbau GmbH.
Material:	Kupfer/Nickel
Durchmesser:	60 mm
Vorderseite:	gestaltete Inschrift 30 Jahre VEB GRW Teltow 1978
Rückseite:	Werktätiger vor einem Reglerpult, im Hintergrund Betriebsanlage. Inschrift: VEB Geräte- und Regler-Werke Teltow. Zentraler Anlagenbau der BMSR-Technik



Herausgeber:	Reichsbahnausbesserungswerk „Erwin Kramer" Potsdam
Herausgabezeit:	1982
Hersteller:	VEB Prägewerke Markneukirchen (Präwema)
Ausgabeanlaß:	Namensverleihung an das RAW Potsdam
Material:	Kupfer/Zn 15 versilbert oxidiert
Durchmesser:	50 mm
Vorderseite:	Umschrift nach rechts: Erinnerungsmedaille zur Namensverleihung Umschrift unten: 22. 8. 1982 Porträt
Rückseite:	oben Umschrift nach rechts: RAW Potsdam unten: Potsdam Mitte: Personenwagen (nicht abgebildet)

Ausgabe an verdienstvolle Mitarbeiter anläßlich der Namensverleihung. – Erwin *Kramer* wurde am 22. August 1902 in einer Eisenbahnerfamilie geboren. Die Eltern ermöglichten es ihm, das Abitur zu machen. An der Technischen Hochschule Berlin erwarb er als „Werkstudent" den Grad eines Diplomingenieur und wurde als Bauführer bei der Reichsbahn angestellt. In dieser Zeit führte sein Weg über die Organisation der „roten Studenten" in die KPD. Als ihm 1932 ein Hochverratsprozeß drohte, ging er auf Beschluß der Partei in die Emigration und arbeitete im Eisenbahnwesen der Sowjetunion.

1936 ging Erwin Kramer nach Spanien und kämpfte als Pionieroffizier in der 44. Division des spanischen Volksheeres. Während des Großen Vaterländischen Krieges arbeitete er wieder bei der sowjetischen Eisenbahn und als Übersetzer. 1945 kam er nach Berlin zurück und übernahm leitende Funktionen bei der Deutschen Reichsbahn.
Auf dem IV. Parteitag der SED wurde Erwin Kramer in das Zentralkomitee der SED gewählt, von 1954 bis 1970 war er Verkehrsminister in der Regierung der DDR. Für seine Leistungen wurde er mit dem „Karl-Marx-Orden" und dem Titel „Held der Arbeit" ausgezeichnet. Erwin Kramer verstarb am 10. November 1979.





Herausgeber:	Werk für Gleisbaumechanik und Weichenwerk Brandenburg-Kirchmöser
Herausgabeanlaß:	Würdigung besonderer Leistungen. Auszeichnung an Werktätige des Betriebes und an Persönlichkeiten, die sich um den Betrieb besonders verdient gemacht haben.
Hersteller:	Münze Berlin
Material:	Neusilber
Durchmesser:	35 mm
Vorderseite:	Darstellung, Schienenstrang mit Weichen, oben links: Signet der Deutschen Reichsbahn, oben rechts: Darstellung des Ordens „Banner der Arbeit"
Rückseite:	von unten nach oben gehende Lorbeerzweige, Inschrift: In Würdigung ihrer Leistungen und zur Erinnerung darunter: Staatswappen der DDR

Das Werk ist ein für die Deutsche Reichsbahn wichtiger Betrieb. Die Leistungen der Werktätigen wurden durch die Auszeichnung des Betriebes mit dem Orden „Banner der Arbeit" gewürdigt.





Herausgeber:	DEFA-Studio für Spielfilme Potsdam-Babelsberg
Herausgabezeit:	1976
Entwurf:	Alfred Hirschmeier, Potsdam-Babelsberg
Medailleur:	Fa. Jürgen Schellbach, Meißen
Hersteller:	Porzellanmanufaktur Meißen
Ausgabeanlaß:	30jähriges Bestehen der DEFA
Material:	Porzellan
Durchmesser:	63 mm
Vorderseite:	Baum mit drei Fahnen an Masten vor Synchronstudio und Kinotheater DEFA 70, Umschrift: Studio für Spielfilme Potsdam-Babelsberg
Rückseite:	untereinander die Jahreszahlen 1946–1976, Umschrift oben: 30 Jahre DEFA, unten: gekreuzte Lorbeerzweige mit Beeren, Signet der Porzellanmanufaktur Meißen

DEFA-Spielfilme sind für jeden Kinobesucher und Fernsehzuschauer der DDR ein fester Begriff, der nicht näher erklärt werden muß. Nicht so bewußt ist jedem Filmfreund, daß das Kunstwerk Film einen erheblichen Aufwand technischer und materieller Mittel erfordert, das Studio ist ein „Großbetrieb". Deshalb hat sich der Autor entschlossen, das DEFA-Studio für Spielfilme in die Reihe der Betriebe einzuordnen.

Zwei mittelalterliche Einzelmünzfunde der Stadt Brandenburg

Wolfgang Fried

Funde einzelner Münzen, die auf Feldern, in Ruinen, an der Stelle verschwundener Siedlungen zufällig verloren, oder aus einem unbekannten Grund verborgen wurden, bezeichnet man als Einzelmünz- oder Zufallsmünzfunde. Dabei unterscheidet man Schatzfunde ohne Münzen, Münzfunde und gemischte Schätze.

Die Zufallsfunde, d. h. Münzen, die an der Oberfläche entdeckt wurden, verdienen ohne Zweifel Aufmerksamkeit, können aber nur bedingt zu den freien ökonomischen Funden aus Kulturschichten von Siedlungen gezählt werden, da sie aus einer Kulturschicht dieser oder jener Siedlung, aus Gräben und Schätzen unterschiedlicher Art stammen können. Ihr Erscheinen an der Erdoberfläche ist das Ergebnis entweder menschlicher Tätigkeit oder der Kräfte der Natur.

Zu diesen Funden gehört eine mittelalterliche Münze, die ein Bürger aus Brandenburg im Jahre 1981 bei einer Flurbegehung in Plaue, Fundplatz „Kahler Kopf" entdeckte.

Bestimmung: Markgrafschaft Brandenburg, Unbestimmter Denar, II. Hälfte 13. Jahrhundert

E. Bahrfeldt I, S. 219, Nr. 572

Vorderseite: Der Markgraf von vorn hält in der Linken ein Schwert, in der Rechten einen Adlerschild, darüber ein Kreuz

Rückseite: Aus den Winkeln eines Tatzenkreuzes ragen vier kleine Tatzenkreuze.

Durchmesser: 15mm Gewicht: 0,58 g (Abb. 1)

Bahrfeldt hat die Münzen aus der II. Hälfte des 13. Jahrhunderts in seinem Münzwerk zusammengefaßt.

Der chronologische Längsschnitt zeigt die Jahre 1266–1267, die den Tod der beiden gemeinschaftlich regierenden Markgrafen Johann I. und Otto III. anzeigen. Es sind Denare und Brakteaten, die sich weder durch Angabe der Münzherren, noch einer Münzstätte bestimmen lassen.

Der Querschnitt sagt aus, daß nach Typus und Fabrik, Feingehalt und Gewicht die unbestimmten Münzen im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts geprägt sein könnten.

Im Mittelalter wurde in der Mark Brandenburg der Denar oder Pfennig



Fund von Plaue, links Vorderseite, rechts Rückseite

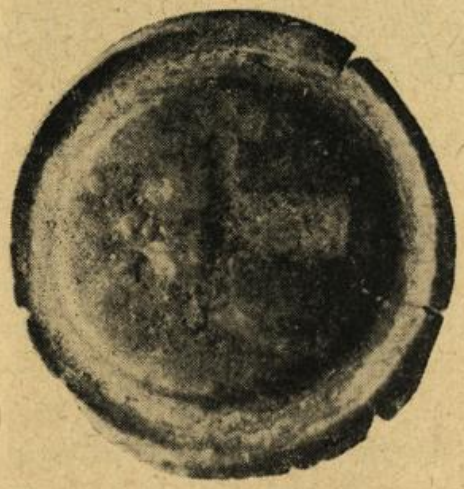
als einzige Münzeinheit zweiseitig geprägt. Daneben entstand in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts in den Gebieten östlich der Weser der einseitig geprägte Denar, der später den Namen Brakteat oder Hohlpfennig erhielt. Der halbe Pfennig (Obol) ist nur selten in Münzschatzfunden zu finden und wurde wohl nur in geringen Mengen ausgeprägt. Im Laufe des 12. Jahrhunderts folgte die Münzprägung in der Mark Brandenburg der Gewichtsmark, aus der 240 Pfennige geprägt werden sollte.

Die Pfennige wurden nicht einzeln justiert, sondern die Justierung vollzog sich in der Weise, daß 240 Pfennige das Gewicht einer Mark ausmachen sollten. Die überwichtigen und unterwichtigen Stücke sollten sich ausgleichen. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts war man in der Mark Brandenburg längst von dem vorgegebenen Richtwert abgewichen, es gingen in dieser Zeit bereits 340 Pfennige auf die Mark.

Die Markgrafen sahen in der Münzprägung ein gewinnträchtiges Monopol, indem sie den Feingehalt und das Gewicht der Münzen verringerten.

Eine zusätzliche Einnahmequelle ist in der um Jakobi jeden Jahres in Brandenburg stattfinden Geldumwechselung zu suchen. Die Steuer auf das Handelskapital betrug 25 %, d. h. gegen zwölf alte Münzen erhielt der Einlieferer nur neun neue Münzen. Diese Tatsache ist mit ein Grund, daß die Münzmeister für die Münzprägestempel immer nach neuen Münzbildern Ausschau halten mußten. So nahmen sie die Vorbilder nicht allein von Städte- und Adelswappen, sondern fanden diese auch in Darstellungen des täglichen Lebens. Deshalb ist während der ganzen Periode bis zur Einführung des ewigen Pfennig ein mannigfaltiger bunter Wechsel der Münzbilder bemerkbar, und für eine exakte Bestimmung in unserer Zeit oft schwierig oder gar unmöglich. E. Bahrfeldt hat über siebenhundert verschiedene Münzbilder festgestellt.

In die Kategorie kultischer Funde gehören einzelne Münzen, die entweder bei der Grundsteinlegung von Gebäuden unterlegt, oder im Fundament eingemauert wurden. Zu den Votivfunden rechnet man die Hinterlegung von Münzen als Opfer oder Weihegabe in kirchliche Kultgegenstände, besonders in Altären. Im Jahre 1965 entdeckte man in Berlin bei der Restaurierung des Böhmischen Altars vom Dom Brandenburg hinter der Rückwand der zehnten Figur einen Hohlpfennig.
Bestimmung: Erzbistum Magdeburg Erzbischof Albrecht IV. von Brandenburg (1513–1545).
Münzbild: Kreuzstab zwischen Stifts- und Adlerschild, Hohlpfennig ohne Jahrgang
Durchmesser: 15 mm Gewicht: 0,65 g
von Schrötter 216 (Abb. 2)



Fund vom Dom Brandenburg

Erzbischof Albrecht, der jüngere Bruder des brandenburgischen Kurfürsten Joachim I., war seit 1513 gleichzeitig Administrator für das Bistum Halberstadt, erhielt 1514 die Weihe für das Erzbistum Mainz, war Primas der Erzbischöfe im Deutschen Reich und seit 1518 auch Kardinal.
Die Palette der erzbischöflich magdeburgischen Münzprägungen reicht von Talern mit mehrfachem Gewicht über Taler, 1/2 Taler, Groschen, glatten Pfennigen, Hohlpfennigen mit und ohne Jahrgang, und als kleinste Münzsorte den halben Pfennig.
Der im südlichen Querschiff des Domes St. Peter und St. Paul in Brandenburg aufgestellte Flügelaltar von beträchtlichem Ausmaß ist als der ursprüngliche Hauptaltar anzusehen.
Die Annahme, daß der Altar eine Stiftung Karls IV. aus Anlaß eines Aufenthaltes in der Mark Brandenburg im Sommer 1377 ist, oder des Bischof Dietrich von der Schulenburg, der dem luxemburgischen Herrscherhaus nahestand, gilt baugeschichtlich naheliegend.

Die Gestaltung des Altars läßt eine Herkunft aus Tangermünde möglich erscheinen.

Der Hohlpfennig kann in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts als Votivgabe in den Altar gelegt worden sein.

In der Zeit um die Wende des 15.–16. Jahrhunderts waren viele Menschen den unterschiedlichsten Möglichkeiten von Wallfahrten, Pilgerreisen und dem Gebrauch von Wallfahrtszeichen und Medaillen besonders aufgeschlossen.

Literatur:

V. Potin, Einführung in die Numismatik westeuropäischer Länder, Staatliche Museen zu Berlin, Münzkabinett, Berlin 1976

E. Bahrfeldt, Das Münzwesen der Mark Brandenburg, Berlin 1889

F. v. Schrötter, Beschreibung der neuzeitlichen Münzen des Erzstifts und der Stadt Magdeburg (1400–1682) Magdeburg 1909

Herr Dr. Kluge vom Münzkabinett Berlin führte freundlicherweise die Bestimmung des magdeburgischen Hohlpfennig durch.

Zinnfiguren - einst und heute

Von Siegfried Kühn

Zinnfiguren! Dieses Wort fasziniert heute wieder eine sich ständig vergrößernde Anzahl von Liebhabern dieser kleinen bunten Miniaturen aus Metall. Das einstige Kinderspielzeug, mit dem viele Kindergenerationen aufwuchsen, erlebt eine neue Renaissance. Allerdings ist die heutige Beschäftigung mit kuturhistorischen Zinnfiguren nicht mehr mit dem Spielen mit Zinnsoldaten vor 100 Jahren zu vergleichen. Jetzt steht vorrangig der Aspekt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit historischen Ereignissen und deren publikumswirksame Darstellung mit Hilfe von bis ins Detail exakten Figuren aus Zinn im Mittelpunkt. Zinnfiguren sind also inzwischen weit mehr als ein Spielzeug.

Das stellte bereits Joachim Ringelnatz in seinem Gedicht „Zinnfiguren" fest:

Die Zinnfiguren sind
Verbindung zwischen Kunst und Kind.
Sie schildern alle Zeiten.
Da schreiten, stehn und reiten
Klein-märchenbunt aus jedem Land:
Indianer, Ritter, Sachsen,
Und was der Schöpfer sonst erfand.

Auch Bäume, schön gewachsen,
Auch Häuser, Schiffe, Eisenbahn,
Flugzeuge, Autos, Pelikan
wie jedes andere Getier;
Kurz: Allerlei und Jederlei ist hier –
Studiert nach Farbe, Form und Sinn –
Schön ausgeprägt in Zinn.

Mitunter ist das Zinn aus Blei.

Sinnvoll, mit Liebe aufgestellt,
Zeigt das im Kleinen große Welt.

Wenn das uns Alten noch gefällt,
Will das für mich bedeuten:
Die Zinnfiguren sind
Verbindung zwischen Kunst und Kind
Und uns, den alten Leuten.

So haben Scharen von Kindern und Erwachsenen der Generationen unserer Eltern und Großeltern ihre Liebe zu den kleinen Figuren entwickelt, ohne allerdings die häufig genug wenig spielerischen Interessen der geschäftstüchtigen Förderer dieser Sammelleidenschaft immer zu durchschauen. Genausowenig wie das Elend derer, die in der Vergangenheit diese kleinen Kunstwerke schufen.

Woher stammt die Zinnfigur, wer erfand sie?

Die Beantwortung dieser Frage führt uns weit zurück in die Menschheitsgeschichte. Figürliche Darstellungen aus Holz und Ton von Menschen, Tieren, Pflanzen und anderen Dingen der Umwelt gab es bereits in der Altsteinzeit. Sie dienten kultischen Zwecken.

Bereits im 2. Jahrtausend v. u. Z. werden solche Kleinplastiken als Lehr- und Ausbildungsobjekte benutzt. Mit solchen mitunter sogar bunt bemalten Figuren konnten viele Einzelheiten des täglichen Lebens anschaulich demonstriert werden. Gleichzeitig dienten solche Miniaturen aber auch weiterhin kultischen Zwecken, z. B. als Grabbeigaben. Die Entwicklung des Metallgusses – besonders leicht schmelzbarer Erze – schuf die Möglichkeit, relativ schnell eine große Anzahl gleichartiger Stücke herzustellen. Aus dem 1. Jahrtausend v. u. Z. sind Bleifiguren bekannt und in der griechischen Antike waren kleine Figuren aus Blei, Bronze, Zinn u. a. beliebt und weit verbreitet. Die ältesten auf dem Gebiet der DDR nachweisbaren Zinnfiguren stammen aber erst aus dem 13. Jahrhundert. Sie wurden bei Ausgrabungsarbeiten 1956 in Magdeburg gefunden. Eigentlich handelt es sich dabei um einen einseitig gravierten Zinnstreifen auf dem eine Burg, Ritter, Bäume und ein Riesenvogel sowie ein Liebespaar dargestellt sind. Wozu solche Streifen verwendet wurden, ist nicht bekannt, wahrscheinlich dienten sie als Gewandapplikation. Spielzeug waren sie nicht. Zinnfiguren als Spielzeug sind erst im 16. Jahrhundert nachweisbar, wenngleich auch sicherlich schon früher Kinder mit Figuren aus Blei und Zinn gespielt haben mögen. Die Verwendung als Spielzeug blieb nur den Kindern von Wohlhabenden vorbehalten. Auf einer Darstellung Hans Burgkmairs im „Weißkunig" spielt der spätere Kaiser Maximilian I. mit kleinen Reiterfiguren.

Das Mittelalter kennt einseitig gravierte Zinnfiguren vorwiegend als Abzeichen für Wallfahrer. Diese Abzeichen zeigten bereits eine überraschende Gestaltungsvielfalt und dienten sicherlich nicht nur als Pilgerkennzeichen, sondern mögen auch als Spielzeug benutzt worden sein.

1578 erhielten die Zinngießer und Geschmeidemacher in Nürnberg die Erlaubnis Zinnfiguren als „Kindswerk" anzufertigen. Ihre Erzeugnisse erfreuten sich bald zunehmender Beliebtheit und wurden auch in die benachbarten Länder geliefert. Man stellte u. a. bewegliche vollplastische Figuren in komplizierten technologischen Prozessen her. Da solche kleinen Kunstwerke sehr

teuer waren, konnten sie in der Regel nur von vermögenden Angehörigen der Feudalklasse und des Bürgertums erworben werden. So besaß Ludwig XIV. von Frankreich eine stattliche Armee solcher Miniaturen im Werte vo 50 000 Talern.

Für seinen Sohn ließ er ebenfalls in Nürnberg Figuren anfertigen, wobei jedoch mit Sicherheit auch edlere Metalle Verwendung fanden.

Eine größere Verbreitung fanden erst die flachen Zinnfiguren, die Anfang des 18. Jahrhunderts begann. Sie waren leichter und billiger herzustellen und benötigten erheblich weniger Material. Gleichzeitig konnten sie zu „wohlfeileren" Preisen verkauft werden. Das Figurenangebot wurde umfangreicher, die Formen meist einfacher. Trotzdem entstanden auch in dieser Zeit künstlerisch anspruchsvolle Objekte. Häufig stammten die Vorlagen aus den volkstümlichen Holzschnitten der weitverbreiteten kolorierten Bilderbögen. Diese Entwicklung sprengte allmählich den Rahmen der hauptsächlich auf das Militärische begrenzte Sortiment der Werkstätten. Anfang des 19. Jahrhunderts findet man in einer Angebotsliste bereits 39 Sorten „Militaire", 22 „ländliche Vorstellungen", 8 „Jägereyen", 1 „Lustbarkeit auf dem Eis", verschiedene Tiere und andere Objekte.

Mit der Verbilligung des Zinns und der Einführung einer Standardgröße von 3 Zentimetern für den „Fußgänger" um die Mitte des 19. Jahrhunderts durch die berühmte Offizin (Werkstatt) Heinrichsen in Nürnberg nahm dann die Zinnfigur ihren Weg in die Kinderzimmer. Aus heutiger Sicht waren die Figuren billig. In Schachteln verpackt wurden sie meist nach dem Gewicht verkauft. Aber welcher Arbeiterhaushalt konnte schon für Kinderspielzeug Geld erübrigen?

Die plastische Zinnfigur trat wegen der Kompliziertheit der Formenherstellung und des damit verbundenen höheren Preises vorübergehend in den Hintergrund. Sie konnte mit der inzwischen in zahlreichen Offizinen hergestellten Flachfigur nicht konkurrieren. Ende des 19. Jahrhunderts entstehen halbplastische Figuren, die eine gewisse Zwitterstellung zwischen den flachen und plastischen einnehmen. Sie waren für den Guß in zweiteiligen Formen geeignet und vermittelten einen besseren Eindruck der Plastizität und der Räumlichkeit.

Der ernsthafte Sammler tritt erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf, wenn es auch sicherlich schon früher vereinzelte Zinnfigurensammler gegeben haben dürfte. In den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts werden durch sie Vereine und Gesellschaften gegründet. Die Sammler nehmen jetzt aktiv auf die Produktion und die Herausgabe von Zinnfiguren Einfluß. Sie geben neue Formen in Auftrag, achten auf historische Exaktheit der Zeichnungen, regen das Erscheinen ganzer Figurenserien an und fördern auf vielfältige Weise die Entwicklung der Zinnfigur vom Spielzeug zum

Sammelobjekt. Für die anspruchsvollen Anforderungen genügen nicht mehr die durch die Firmen vorgenommenen Bemalungen, das übernimmt der Sammler jetzt meist selbst, ja teilweise werden von ihm auch die Figuren hergestellt. Diese Tendenz wird in der Gegenwart durch den Einsatz neuer Formmaterialien, wie zum Beispiel kaltvulkanisierende Silikonkautschukmassen und warmaushärtende Modelliermassen begünstigt. Gleichzeitig ist mit diesen relativ leicht zu handhabenden Materialien auch dem Sammler von plastischen Zinnfiguren wieder eine Möglichkeit gegeben, neue Figuren anzufertigen.

In der DDR sind schon seit längerer Zeit unter der Schirmherrschaft der Gesellschaft für Heimatgeschichte des Kulturbundes vielfältige Aktivitäten zu verzeichnen, um dieses schöne Hobby zu fördern. Die im Kulturbund zusammengeschlossenen Herausgeber und Sammler von Zinnfiguren haben sich dabei die Aufgabe gestellt, mit Hilfe einer bis ins Detail historisch exakten Darstellung von historischen Ereignissen und Begebenheiten einen Beitrag zur klassenmäßigen Erziehung zu leisten. Zahlreiche Dioramen in Museen, Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen zeugen von dieser Arbeit. Der zunehmende Erfolg von Zinnfigurenausstellungen verdeutlicht die große Anziehungskraft und emotionale Wirkung dieser kleinen Abbilder unserer Umwelt. Solche Effekte werden natürlich nur erzielt, wenn es gelungen ist, auf der Grundlage eines tiefgründigen Studiums Momente der gesellschaftlichen Entwicklung optisch wirksam darzustellen. Das ist stets mit großen Mühen verbunden. Neben dem Studium sind die hauptsächlichen Arbeiten das Bemalen der Figuren und das Bauen von Dioramen. Die Freude über jedes gelungene Werk läßt alle Anstrengungen vergessen, die vielen Stunden angestrengter „Pinselei", des Aufbaus der Kulissen, der Aufstellung der Figuren und der fachgerechten Installation der Beleuchtung.

Denn die dargestellten Ereignisse müssen ja auch ins rechte Licht gerückt werden. Dabei genügt es vielen Sammlern und Gestaltern nicht, daß alles auf den ersten Blick „stimmt", auch unter der Lupe müssen die Figuren bis auf den letzten Knopf der Kritik des Fachmannes standhalten. Ganzes und Detail sollen dabei harmonieren, sind doch an das Ergebnis auch künslerische Anforderungen zu stellen.

So tragen die kleinen faszinierenden Figuren bei, Geschichte und Kultur zu veranschaulichen und bereichern damit unser gesellschaftliches Leben.

Literatur:

Müller/Lachmann: Militärhistorische Miniaturen, Berlin 1983
Ortmann: Zinnfiguren einst und jetzt, Leipzig 1973

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner

Allgemeines

Bachmann, Peter: Der deutsche Militarismus: ill. Geschichte / Peter Bachmann; Kurt Zeisler. – Berlin: Militärverlag d. Dt. Demokratischen Republik. Band 1. Vom brandenburgisch-preußischen zum deutschen Militarismus. – 2. überarb. u. erw. Aufl. – 1986. – 436 S.: Ill.

Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg. – Weimar: Böhlau. – (Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam) Teil 5. Altmark / bearb. von Helmut Schönfeld unter Mitarb. von Hans-Joachim Schreckenbach. – 1986. – 379 S. (. . . : 20)

Blätter für Heimatgeschichte / Zentralvorstand d. Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR. – Berlin. Heft 1. – 1986. – 75. S.

Bodenfunde und Heimatforschung: Mitt. d. Kulturbundes d. DDR / Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksfachausschüsse d. Bez. Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. – Potsdam. 15. – 1986. – 40 S.

Brandenburgisches Album: e. Sammlung in Stahlstich ausgeführter Ansichten d. Städte, Architecturen u. Denkmäler. – Reprint d. Orig.-Ausg. Hamburg 1860 / mit e. Nachw. von Reinhard Schmook. – Leipzig: Zentralantiquariat der DDR. 1985. – 60 Bl., IV S.: überwiegend Ill.

Bahrfeldt, Emil: Brandenburgisch-preußische Münzstudien: 18 Aufsätze zur brandenburg. u. preuß. Münzgeschichte vom Autor zsgest. aus d. „Berliner Münzblättern". – 1. Ausg., unveränd. fotomech. Nachdr. d. Orig. Berlin 1913. – Berlin: Transpress, 1986 – 171 S.: Ill. – (Transpress-Reprint)

Breuer, Manfred: MS Spree – Fahrgastschiffahrt zwischen Elbe und Oder. – 1. Aufl. – Berlin: transpress Verlag für Verkehrswesen, 1986. – 144 S.: Ill. – (transpress Verkehrsgeschichte) – (Fahrgastschiffahrt im Raum Berlin S. 54 f.)

Fabian, Franz: An der Havel und im märkischen Land. – 1. Aufl. – Leipzig: Brockhaus Verlag, 1986. – 227 S.: Ill. (z. T. farbig)

Schmidt, Günther: Schiffe unterm roten Adler: mit Rissen und Zeichnungen des Autors. – 1. Aufl. – Rostock: Hinstorff-Verlag, 1986. – 84 S.: Ill.

Die Slawen in Deutschland: Geschichte u. Kultur d. slaw. Stämme westl. von Oder u. Neiße vom 6. bis 12. Jh.: e. Handbuch / hrsg. von Joachim Herrmann. Autorenkoll. Hans Holm Bielfeldt. – Neubearb. (4. neubearb. Aufl.) – Berlin: Akademie-Verlag, 1985. – V, 629 S.: Ill. u. Kt & Kt.-Beil. (1 Bl.)

Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam / hrsg. von Bernhard Gramsch. – Berlin: Dt. Verlag d. Wissenschaften

Band 20. Siedlung, Wirtschaft und Gesellschaft während der jüngeren Bronze- und Hallsteinzeit in Mitteleuropa: Intern Symposium Potsdam, 25. bis 29. April 1983: Bericht / hrsg. von Dietmar-Wilfried R. Buck u. Bernhard Gramsch. – 1986. – 328 S.: Ill.

Bezirk Potsdam

Götze, Bettina: Der weitere Aufbau der Grundlagen des Sozialismus unter Führung der SED-Bezirksparteiorganisation im Havelbezirk (1955–1958). / Bettina Götze, Manfred Uhlemann. – (Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam, Teil 2). – Hrsg. Bezirksleitung der SED Potsdam, Kommission z. Erforschung d. Gesch. d. örtlichen Arbeiterbew. – Potsdam, 1986. – 152 S.: Ill.

Bezirk *Potsdam* 1981–1985: Fakten, Zahlen, Übersichten / Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit.-Prop. – Potsdam, 1986. – 24 S.

Chronik der Gewerkschaftsbewegung in der Provinz und im Land Brandenburg 1945–1952. / Kurt Baller. / Hrsg. Bezirksvorstand Potsdam des FDGB, Abteilung Agitation/Propaganda. – Potsdam o.J. (1986). – 176 S.: Ill.

Einzelne Kreise und Orte

750 (siebenhundertfünfzig) Jahre *Bliesendorf* / Festkomitee d. Gemeinde: Rat d. Kreises Potsdam, Abt. Kultur. – Bliesendorf, 1986. – 28 S.: Ill. (Abriß d. Ortsgeschichte / Gebhard Falk. – S. 8–10)

Natur und Umwelt in der Stadt und im Kreis *Brandenburg* / Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR, Kreisvorstand Brandenburg: Rat d. Stadt . . . Brandenburg. Teil 1. – 1986. – 40 S.

Chronik der Stadt *Brandenburg* (Havel), August 1961 bis Dezember 1965 / Vera Langnickel. – Hrsg. Rat der Stadt Brandenburg, Abteilung Kultur. – Brandenburg, o. J. (1986). – 52 S.: Ill.

Brandenburg Stadtführer / Helmut Assing, Klaus Heß, Günter Weigelt. – (Brandenburger Blätter – Band 5). – Brandenburg, 1986. – 104 S.: Ill.

Wald,- Blütendorf und Strandbad *Caputh:* heimatgeschichtl. Beiträge / Hrsg.: Rat d. Kreises Potsdam, Abt. Kultur; Rat der Gemeinde Caputh, 1986. – 56 S.: Ill. (1 Kt.)

Wand, Lothar; Birk, Gerhard: Zu Tode geschunden: Forschungsbericht über die Leiden und den Widerstand der von den Nazis zwangsverschleppten und in Arbeitserziehungshaft genommenen Antifaschisten im Gestapolager *Großbeeren* von 1942 bis 1945. – Hrsg.: SED-Kreisleitung Zossen und Kreiskomitee Zossen der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR. – o. J. (1987). – 75 S. – Ill.

Institut für Gemüseproduktion *Großbeeren* / Autoren: Georg Vogel ... Hrsg. Akad. d. Landwirtschaftswissenschaften, Inst. f. Gemüseproduktion. – Großbeeren, 1986. – 24 S.: Ill.

300 (Dreihundert) Jahre Schweizer Kolonie am Golmischen Bruch bei Potsdam 1685–1985: Festschrift zur Erinnerung an d. Landung d. Schweizer am 18. Juni 1685: e. Beitr. zur Ortsgeschichte von *Golm*, Nattwerder und Neutöplitz / hrsg. von Henning Heese. – 1. u. 2. verb. Aufl. – Sankt Augustin: H. Heese (Selbstverl.) 1985. – 160 S.: Ill.

Heimatkalender des Kreises *Jüterbog* / Rat d. Kreises, Abt. Kultur. – Jüterbog, 1987. – 64 S.: Ill.

Stephan, Herbert: Die demokratische Bodenreform – objektiv notwendiger Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Landwirtschaft. / Hrsg.: Komm. z. Erforschung der Geschichte d. örtlichen Arbeiterbew. bei der Kreisleitung der SED *Kyritz*. – 2., überarb. Aufl. – Kyritz, 1985. – 75 S. & Anl. (23 S.)

Stadtchronik 750 (siebenhundertfünfzig) Jahre *Kyritz*. Hrsg.: Rat d. Stadt Kyritz, Festkomitee, Arbeitsgruppe Chronik. – 1987. – 64 S.: Ill.

Birk, Gerhard: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten: *Ludwigsfelde* von der Entstehung bis zur sozialistischen Gegenwart / Hrsg. Rat d. Stadt. – Ludwigsfelde, 1986. – 84 S.: Ill.

1285 (Zwölfhundertfünfundachtzig) – 1985: 700 Jahre *Meyenburg* / Red. Ernst Witte ... Hrsg.: Rat d. Stadt Meyenburg. – Meyenburg, 1985. – 52 S.: Ill.

Riedel, Lisa: Zur Geschichte der *Neuruppiner* Bilderbogen: m. e. Aufsatz „Gustav Kühn" von Theodor Fontane / hrsg. vom Heimatmuseum Neuruppin. – Neuruppin, 1984. – 48 S.: Ill.

Wichtige Ereignisse im historischen Prozeß der Vereinigung von KPD und SPD zur SED auf dem Territorium des heutigen Kreises *Oranienburg* /

Hrsg.: Komm. z. Erforschung d. Geschichte d. örtlichen Arbeiterbew. bei der Kreisleitung der SED Oranienburg. – o. J. (1986) – 20 S.: Ill.

Beiträge zur Geschichte des VEB Maschinenbau „Karl Marx" *Potsdam-Babelsberg*. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED.

Heft 1: Gallinat, Hans: Aus der Entwicklung des Betriebes von 1899 bis 1945. – o. J. (1986). – 22 S.: Ill.

Heft 2: Gallinat, Hans: Aus der Entwicklung des Betriebes zwischen 1945 und 1952. – o. J. (1986). – 34 S.: Ill.

Heft 3: Gallinat, Hans: Der VEB Lokomotivbau „Karl Marx" auf dem Wege zum sozialistischen Großbetrieb 1951–1956. – Potsdam, 1987. – 51 S.: Ill.

Bethge, Werner: Zum Kampf der illegalen KPD-Organisation in *Potsdam* und Nowawes unter der Führung der Bezirksleitung Berlin gegen faschistische Diktatur und Kriegsvorbereitung, 1935–1937.: in: Forschungsinformation der Hochschule für Ökonomie Bruno Leuschner Berlin, Sektion Marxismus-Leninismus, Heft 35, Ausgabe A. – Berlin, 1986. – S. 7–35.

Armeemuseum *Potsdam*: Wegweiser durch d. Ausstellung / Text u. Red.: Dieter Gärtner. Hrsg. vom Armeemuseum Potsdam. – Potsdam, 1985. – 32 S.: Ill.

Filmgeschichte im Museum: Filmmuseum der DDR *Potsdam* / Autoren: Gerhard Weise; Horst Suchner. – Berlin, Henschel-Verl. Kunst u. Gesellschaft, 1984. – 93 S.: Ill.

Hermann, Georg: Spaziergang durch *Potsdam*. – 1. Aufl. – Berlin, Verl. Das Neue Berlin, 1985. – 160 S.: Ill.

Farbiges *Potsdam* / Fotos: Lothar Willmann; Text: Jürgen Jessel. – 1. Aufl. – Leipzig: F. A. Brockhaus Verlag, 1986. – 136 S.: Ill.

Fellien, Hermann: Das Gesundheits- und Sozialwesen in *Potsdam*: 15.–18. Jahrhundert. Golm, 1986. – 52 Bl., 1 Übers., 2 Kt. (1683, 1777)

Fellien, Hermann: *Potsdam* 1525. – Potsdam-Golm, 1986. – 59 83,5 cm (handgezeichnet u. coloriert)

Günther, Harry: Cecilienhof und der Neue Garten / Harry Günther; Heinz Schönemann. Hrsg.: Generaldirektion d. Staatl. Schlösser und Gärten *Potsdam*-Sanssouci. – Potsdam, 1985. – 84 S.: Ill.

Potsdam: Geschichte der Stadt in Wort und Bild. – 1. Aufl. – Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1986. – 246 S.: Ill.

Potsdamer Kaleidoskop / Text: Ursula Müller; Marion Reinsch. Hrsg.: Potsdam-Information. – Potsdam, 1986. – 16 ungez. Blätter, (überwieg. Ill).

Schwieger, Hans-Jörg: Morphologische Untersuchungen zur räumlichen Verteilung von Naßstellen auf Grundmoränenplatten sowie zu einigen Aspekten der Wasserdynamik (Dränwasser) von hydromeliorierten Flächen in Obstplantagen bei *Potsdam*. Diss. A. – Potsdam: Pädagog. Hochschule, Math.-Nat. Fak., 1986. – 140 S. & Anl.

Stadtplan *Potsdam:* Maßstab 1 : 20 000. – 11. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1986.–96 65 cm. Ges.-Größe

Wanderungen in und um *Potsdam* / Red. Helmut Zielke.
Potsdam: Station Junger Techniker und Naturforscher.
3. Radwanderroute rund um die Potsdamer Havelseen. – 1986. – 12 S.
4. Radwanderroute Wildpark–Golm–Grube–Bornim. – 1986. – 12 S.

Prignitz-Kataster 1686–1687 / hrsg. von Werner Vogel. – Köln; Wien: Böhlau, 1985. – 482 S. – (Mitteldeutsche Forschungen: Bd. 92)

Modrow, Günter: Das „Rote Rheinsberg". : vom Kampf der *Rheinsberger* Arbeiter unter Führung d. KPD in d. zwanziger Jahren / Komm. z. Erforschung d. Geschichte d. örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Neuruppin . . . / Neuruppin, 1985. – 40 S.: Ill. (Revolutionäre Traditionen – Lebendige Geschichte: Heft 5)

Kühle, Barbara: Die Todesmärsche der Häftlinge des KZ *Sachsenhausen* / Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. – Oranienburg, 1985. – 52 S.: Ill. (Sachsenhausen: 1)

Rathenower Heimatkalender: Beiträge zur Heimatkunde d. westl. Havellandes / Hrsg.: Kulturbund der DDR, Kreisleitung Rathenow. – Rathenow.
30. 1986. – 1985. – 96 S.: Ill.

Ravensbrücker Schriften zur Traditionspflege / Hrsg. Nationale Mahn- und Gedenkstätte *Ravensbrück*. – Ravensbrück.
Heft 1. – 1986. – 28 S. – (Käte Niederkirchner zum 40. Todestag. – Rosa Thälmann zum 95. Geburtstag)

Blütenstadt *Werder*/Havel: heimatgeschichtl. Beiträge / Kulturbund der DDR, Ortsgruppe Werder, Interessengemeinschaft Heimatgeschichte und Denkmalpflege. – Werder/H., 1987. – 1986. – 63 S.: Ill.

Heimatkalender für den Kreis *Zossen* / Rat d. Kreises Zossen, Abt. Kultur. – Zossen, Jg. 30. 1987. – 1986. – 96 S.: Ill.

Hans *Beimler* 2. Juli 1895 bis 1. Dezember 1936. Hrsg.: Geschichtskommission der BPO des VEB LEW „Hans Beimler" Hennigsdorf. – o. J. (1986). – 12 S.: Ill.

Friedrich II. und die Kunst: Ausstellung zum 200. Todestag 19. Juli bis 12. Okt. 1986 Neues Palais in Sanssouci / Red.: Hans-Joachim Giersberg; Claudia Meckel. Hrsg. von der Generaldirektion d. Staatl. Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1986. – 264 S.: Ill. (in 2 Teilen)

Schlicht, Alfred: Vom Kampf der örtlichen revolutionären Arbeiterbewegung dargestellt am unbeugsamen Wirken des Zehdenicker Kommunisten Robert *Heinrich* / Hrsg. Komm. z. Erforschung d. Geschichte d. örtl. Arbeiterbew. d. Kreisleitung der SED Gransee. – Gransee, 1986. – 73 S.
(Revolutionäre Traditionen: Heft 6)

Kanow, Martha: Aus dem Leben der *Martha Kanow*: Erinnerungen e. Aktivistin d. ersten Stunde auf dem Lande / Hrsg. Komm. z. Erforschung d. Geschichte d. örtl. Arbeiterbew. d. Kreisleitung der SED Gransee. – Gransee, 1985. – 57 S. (Revolutionäre Traditionen: Heft 4)

Walter *Kuphal:* Maler in Neuruppin / Text u. Bildausw.: Günter Rieger. Hrsg.: Heimatmuseum Neuruppin. – Neuruppin, 1985. – 44 S.: Ill. (z. T. farbig)

Lenné, Peter Joseph: Gärten, Parke, Landschaften / Peter Joseph Lenné; Harri Günther. – 1. Aufl. – Berlin: Verl. für Bauwesen, 1985. – 195 S.: überwiegend Ill. (z. T. farbig)

Mitgestalter der Geschichte – Wegbereiter unserer Zeit: biografische Skizzen Potsdamer revolutionärer Persönlichkeiten. Hrsg. Komm. z. Erforschung d. Geschichte d. örtl. Arbeiterbew. der Kreisleitung der SED Potsdam. – Potsdam, 1986. – 128 S.: Ill.: Biografische Skizzen von Anna *Bachmann*, Hans *Baumgarten*, Hermann *Elflein*, Otto *Korfes*, *Johannes Kreiselmaier*, Wally *Lehnert*, Paul *Kühne*, Jewgenij *Ludschuweit*, Herrmann *Maaß*, Franz *Ruschen*, Herbert *Rutschke*, Georg *Spiegel*, Walter *Spira*, Ernst *Türk*.
Nachbemerkung von Kurt Adamy: Das Biographische in der Geschichtspropaganda. Methodische Erfahrungen bei der Erarbeitung biographischer Skizzen (S. 119–122)

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte

Am 14. März 1987 fand im Kulturbundhaus „Bernhard Kellermann" in Potsdam die Bezirksdelegiertenkonferenz der Gesellschaft für Heimatgeschichte statt. Dr. Hans-Joachim Schreckenbach wurde zum Vorsitzenden wiedergewählt. Die Delegierten stimmten der folgenden Entschließung zu.

Entschließung der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz der Gesellschaft für Heimatgeschichte Potsdam

Zur weiteren Verwirklichung der „Leitsätze der Gesellschaft für Heimatgeschichte" und zur Erhöhung der geschichtspropagandistischen Wirksamkeit legt die 2. Bezirksdelegiertenkonferenz der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Bezirk Potsdam für die Tätigkeit aller Leitungen und Mitglieder in den Fachbereichen Heimatgeschichte/Ortschronik, Ur- und Frühgeschichte, Kulturgeschichte/Volkskunde, Numismatik und Kulturhistorische Zinnfiguren fest:

I.

Mit Kraft und Leidenschaft unterstützen alle Mitglieder der Gesellschaft für Heimatgeschichte die *Friedenspolitik* der Deutschen Demokratischen Republik. Gerade auf Grund ihrer Konkretheit und Anschaulichkeit besitzt die Regional- und Heimatgeschichte zahlreiche Möglichkeiten, den jahrhundertelangen Kampf für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt deutlich sichtbar zu machen und für unsere heutige Zeit zu nutzen. Durch langfristige Vorhaben zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR im Jahr 1989 sowie zum mahnenden Gedenken an den Beginn der imperialistischen Weltkriege 1914 und 1939 sollten die Traditionen des Friedenskampfes und des antifaschistischen Widerstandskampfes in besonderem Maße erforscht und propagiert werden. Der 40. Jahrestag der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und der 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bieten vielfältige Möglichkeiten, die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaftsbeziehungen im Territorium zu untersuchen und zu fördern. Alle Kreisvorstände und Gruppen sind zu eigenständigen Überlegungen und Vorhaben aufgerufen. Der Bezirksvorstand führt anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gemeinsam mit

dem Bezirksvorstand der Gesellschaft für Denkmalpflege ein Kolloquium zur welthistorischen Bedeutung dieses Ereignisses und seinen Auswirkungen in unserem Territorium durch.

II.

Für die Vertiefung der Geschichtskenntnisse und die weitere Ausprägung des Geschichtsbewußtseins als wesentlicher Teil des sozialistischen Bewußtseins besitzt die *Heimatgeschichte* eine wachsende Bedeutung. Sie trägt dazu bei, die Verbundenheit der Bürger mit ihrer sozialistischen Heimat zu stärken und ihre Bereitschaft zu erhöhen, das Vorhandene zu schützen, zu pflegen und zu mehren. Deshalb ist es notwendig, bei der Erforschung und Propagierung der Heimatgeschichte folgende Schwerpunkte zu beachten:

- Geschichte der Städte und Gemeinden seit 1945
- Entwicklung der Produktivkräfte in Vergangenheit und Gegenwart
- Geschichte von Betrieben, Schulen, Kultureinrichtungen
- Geschichte des Kulturbundes und anderer gesellschaftlicher Organisationen
- Arbeits- und Lebensweise werktätiger Klassen und Schichten in Vergangenheit und Gegenwart
- Kulturgeschichte.

Dabei ist die enge Zusammenarbeit mit den Geschichtskommissionen der SED, mit Archiven, Bibliotheken und Museen zu vertiefen.

III.

Die Erschließung, Aneignung, Pflege und Verbreitung des *historischen Erbes* und der damit verbundenen *Traditionen* sind eine Hauptaufgabe der Gesellschaft für Heimatgeschichte. Ausgehend von dem bisher erreichten Stand ist es erforderlich, das historische Erbe noch tiefer und differenzierter zu erforschen und für die Lösung gegenwärtiger und zukünftiger Aufgaben umfassend zu nutzen. Dabei stellen wir an die erste Stelle die Erkundung und Pflege der Traditionen aus dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und des antifaschistischen Widerstandskampfes sowie der Traditionen, die in den vier Jahrzehnten der DDR-Entwicklung entstanden sind. Unsere Aufmerksamkeit gilt aber auch den demokratischen, humanistischen und progressiven Traditionen und dem progressiven Wirken von Vertretern herrschender Klassen aus den Epochen des Feudalismus und Kapitalismus.

Die Kreisvorstände, Fachgruppen und Interessengemeinschaften der Gesellschaft für Heimatgeschichte sind aufgerufen, historische Jahrestage, Jubiläen von Städten, Gemeinden, Betrieben und Einrichtungen, Heimatfeste und historische Festumzüge umfassend für ihre Arbeit zu nutzen und sich an deren Vorbereitung und Durchführung aktiv zu beteiligen.

Im Zusammenhang mit der Erbepflege stellt sich die Gesellschaft für Heimat-

geschichte die Aufgabe, die Erarbeitung von Erbekonzeptionen der Räte der Kreise und Städte zu unterstützen. Langfristig werden inhaltliche Vorarbeiten für die Tausendjahrfeier der urkundlichen Ersterwähnung von Potsdam und Geltow geleistet sowie andere Ortsjubiläen vorbereitet.

IV.

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte wird auch weiterhin die *sozialistische Staatsmacht* mit ihren Mitteln und Möglichkeiten unterstützen, und zwar insbesondere durch die Mitwirkung bei der Anleitung und Qualifizierung der Ortschronisten sowie bei der Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen und Erbekonzeptionen. Nachdem nunmehr in 68 % aller Orte des Bezirkes Potsdam Ortschronisten berufen worden sind, rückt jetzt die Qualifizierung der Chronisten und die öffentliche Auswertung ihrer Arbeiten in den Vordergrund.

Bei der Lösung dieser Aufgaben werden die Vorstände der Gesellschaft für Heimatgeschichte eng mit den Abgeordneten des Kulturbundes der DDR zusammenwirken.

Eine breit angelegte, langfristig geplante und effektive *Öffentlichkeitsarbeit* erhöht die Wirksamkeit und Ausstrahlungskraft der Gesellschaft für Heimatgeschichte. In Auswertung der guten Erfahrungen einzelner Kreisvorstände und Interessengemeinschaften, insbesondere aus dem Fachbereich Numismatik, werden folgende Maßnahmen für eine Erweiterung und Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit empfohlen:

- Durchführung von jährlichen Kreiskonferenzen, „Tage der Heimatgeschichte" in jedem Kreis
- planmäßige Pressearbeit durch enge Kooperation und Planung mit den Kreisredaktionen der sozialistischen Tagespresse und den Redaktionen von Betriebszeitungen
- Durchführung von Vortragszyklen
- Nutzung von Jahrhundertfeiern, anderen örtlichen Jahrestagen, Volks- und Heimatfesten für die heimatgeschichtliche Mitarbeit und Propagierung
- Gestaltung von Kleinstausstellungen bei Konferenzen, Erfahrungsaustauschen, Rechenschaftslegungen der Volksvertretungen, Bürgermeisterschulungen und anderen Veranstaltungen.

VI.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der Gesellschaft für Heimatgeschichte ist schließlich auch der weitere Ausbau und die Festigung der *Organisation* notwendig. Die volle Arbeitsfähigkeit der Bezirksfachausschüsse ist zu gewährleisten. In den Kreisen Gransee, Rathenow, Belzig und Wittstock sind Kreisvorstände der Gesellschaft für Heimatgeschichte zu bilden.

Es gilt, die Mitgliederzahl durch die Gewinnung neuer interessierter Bürger, insbesondere aus den Reihen der Jugend und der Intelligenz, zu erhöhen und neue Interessengemeinschaften und Fachgruppen zu bilden. Dabei muß die Zusammenarbeit mit der Volksbildung, den landwirtschaftlichen Fachschulen und Betrieben sowie den bewaffneten Organen verstärkt werden. Die Beziehungen zu den Archiven, Bibliotheken und Museen in Kreisen und Städten sind weiter zu festigen, um durch gemeinsame Veranstaltungen die Wirksamkeit und Ausstrahlungskraft der Gesellschaft für Heimatgeschichte zu erhöhen.

Autorenverzeichnis

Dr. Hans Baruth, Vorsitzender des Kreisvorstandes Brandenburg der Gesellschaft für Heimatgeschichte

Medizinalrat Dr. med. *Karen Bellin,* Neuruppin

Dr. sc. Werner Bethge, Potsdam, Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner" Berlin

Rolf Breddin, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Wolfgang Fried, Brandenburg, Mitglied des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Fachgruppe Numismatik

Dorothee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Siegfried Kühn, Potsdam, Mitglied der Fachgruppe kulturgeschichtliche Zinnfiguren

Bernhard Liebe, Jurist/Rentner, Mitglied der Fachgruppe Numismatik



Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam 1988



Z
5183
PH Potsdam

Märkische Heimat

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 7

Potsdam 1988

„Märkische Heimat“
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 7
Potsdam 1988

Titelbild: Denkmal des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Johann Georg Glume nach einem Modell von Berthold Damart, 1736/1738, in Rathenow. Foto: Hilgenfeldt

Herausgeber:
Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:
Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Dorothee Geßner, Wolfgang Kusior, Helmut Langner, Regina Rousavy, Siegfried Schubert

Bilder und Dokumente:
Staatsarchiv Potsdam, RAW „Erwin Kramer“ Potsdam, Bezirksparteiarchiv, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Potsdam-Museum; Zeichnung: Inge Grabow

Redaktionsschluß: 23. Juni 1988. Manuskriptsendungen an die Redaktion „Märkische Heimat“, Mangerstraße 34–36, Potsdam, 1560.
© „Märkische Heimat“ Potsdam

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin
Druck: Druckerei „Franz Maecker“, Neuruppin,
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam, F 56/88

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte
Pädagogische Hochschule Potsdam D402
Hochschulbibliothek
00500
89/136/2
BS: 1967/P01
2. Ex.

Inhalt

Seite

Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620–1688) und Potsdam 5
von Hannelore Lehmann

Traditionen des Befreiungskrieges im Bezirk Potsdam 18
von Helmut Päpke

Mit Dampf auf den ersten Schienen in Preußen 28
von Kurt Ernert

Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik
Die staatliche Leitung der demokratischen Schulreform 49
im Land Brandenburg 1945–1949
von Siegfried Wietstruk

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte
Der Feldzug Karl des Großen gegen die Wilzen 61
– Nachrichten aus dem Havelland zum Jahre 789 –
von Manfred Kluger

Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde
Das Schullehrer-Seminar in Potsdam (1817–1851) – 74
ein Werk der preußischen Reformer
von Wolfgang Rocksch

Aus dem Fachbereich Numismatik
Der Befreiungskrieg im Spiegel von Münzen und Medaillen 86
von Hans-Peter Warnecke

Bibliographie
bearbeitet von Dorothee Geßner 89

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte
Initiative „40 Jahre DDR – Erkundungen zu einem 93
erfolgreichen Weg"

Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620-1688) und Potsdam

Von Hannelore Lehmann

Jeder Interessierte kann sich heute mit Hilfe der von B. Gloger verfaßten populärwissenschaftlichen Biographie Friedrich Wilhelms[1] und der vortrefflich bebilderten Geschichte Brandenburg-Preußens im Absolutismus von I. Mittenzwei und E. Herzfeld[2] mit Leben, Wirksamkeit und marxistischer Wertung des Mannes vertraut machen, der Potsdam neben der alten kurmärkischen Haupt- und Residenzstadt Berlin zur zweiten Residenz machte. Das wird im Folgenden vorausgesetzt. Anders steht es mit der Frage nach der Beziehung zwischen dem Kurfürsten und Potsdam, bzw. der Geschichte Potsdams in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms, die in der genannten und anderer entsprechender Literatur naturgemäß nur gestreift wird.[3] Die empirische Forschung hat sich hier seit dem Erscheinen der „Geschichte der Stadt Potsdam" 1912[4] wenig bewegt. Bei der Kürze des entsprechenden Abschnitts in der 1986 erschienenen marxistischen Geschichte Potsdams[5] sieht man sich in der Faktensuche nach wie vor auf diese alte Potsdam-Geschichte bzw. versprengte Details, wie sie die „Werte der deutschen Heimat"[6] und die jüngst erschienene Broschüre „1000 Jahre Potsdam"[7] dankenswerterweise bieten, zurückverwiesen. Entsprechend dem gegenwärtigen Forschungsstand einerseits und der Vielseitigkeit des Themas andererseits, wird sich der Verfasser darauf beschränken, einige grundlegende Bezüge zwischen dem Werden der Residenzstadt Potsdam und Politik und Privatleben Friedrich Wilhelms zu skizzieren und einen kleinen Beitrag zur Befestigung unserer Kenntnisse zur Stadtgeschichte zu leisten.

Mittenzwei hat herausgestellt, daß der Krieg im Prozeß der Durchsetzung des brandenburgisch-preußischen Absolutismus eine wesentliche Rolle spielte. Zwischen Dreißigjährigem und Schwedisch-polnischem Krieg (1655–1660) konnte sich Friedrich Wilhelm lediglich gegenüber den märkischen Ständen eine stärkere Position erobern (Landtagsrezeß von 1653).

Im Schwedisch-polnischen Krieg und unmittelbar darauf gelangen ihm in allen Landesteilen Schritte in Richtung auf den Absolutismus. Der Schwedisch-brandenburgische Krieg (1675–1679) markierte die nächste Entwicklungsetappe. Dem absolutistischen Streben nach Machtkonzentration und Zentralisation entsprach die Tendenz, auch räumlich von der Gesellschaft abzurücken, sich überhöht und herausgehoben, ja in neuen Residenzen zu

etablieren. Auffällig stimmen die Anfänge der großen Baugeschehen 1660 und 1679 am Schlosse Potsdam mit den Friedensschlüssen als Kulminationspunkten außen- und innenpolitischer Erfolge des brandenburg-preußischen Absolutismus überein. Auch in Versailles leitete der Friede von Aachen 1668 die erste, der Friede von Nymwegen 1678 die zweite große Bauphase ein, nachdem 1661, als der junge französische König zwei Jahre nach dem Pyrenäenfrieden mit dem Tode seines Premierministers Mazarin die Herrschaft selbst in die Hand genommen hatte, zunächst lediglich auf die Verschönerung des dortigen väterlichen Jagdschlosses orientiert worden war.[8] Zweifellos gab der Aufstieg aus der polnischen Vasallität zum Souverän im Herzogtum Preußen durch den Frieden von Oliva 1660 Friedrich Wilhelm einen gewaltigen Auftrieb, und das absolutistische Selbstverständnis drängte wohl nach politisch-militärischen Erfolgen besonders stark nach Repräsentation und Machtdokumentation. Aber der Vergleich der Bauumstände von Potsdam und Versailles legt doch nahe, nicht in den Durchsetzungsschritten des Absolutismus, der in Frankreich damals ja bereits seinen Zenit überschritt, sondern in den Möglichkeiten, die der Friede bot, diese Übereinstimmung zwischen Friedensschlüssen und Einsetzen neuer Bauphasen zu suchen.[9]

Es wurden Gelder, Arbeitskräfte, Material frei, und die Bauherren hatten wieder Muße, ihrer latenten sprichwörtlichen Bauleidenschaft zu frönen. Daß die Bauvorhaben in Potsdam 1660 wie in Versailles die Verschönerungen 1661 mit der Absicht in Gang gesetzt wurden, Vorzugsresidenzen zu begründen, dafür gibt es m. W. in beiden Fällen keine Belege. Es bestanden hier wie dort ältere traditionelle Beziehungen der Dynastien zu Schloß und Umgebung wie zu anderen Orten auch.[10] Langsam scheint bei Friedrich Wilhelm unter dem Eindruck niederländischer und clevischer Vorbilder der Wunsch gereift zu sein, aus dem schönen wald-, wild- und wasserreichen Fleckchen Erde etwas Besonderes zu machen. Doch es gab ein Hindernis: Die Adelsfamilie Haake hatte Schloß und Amt Potsdam seit 1611 in Pfandbesitz. Die zähe Auseinandersetzung mit dieser Familie zeigt einen kleinen Ausschnitt aus dem allgemeinen Tauziehen zwischen Absolutismus und adligen Familien um entfremdete Domänen. 1646 scheiterte der Versuch, der Tante Friedrich Wilhelms und Witwe des Schwedenkönigs Gustav Adolf einen Witwensitz in Potsdam einzurichten an überhöhten Forderungen der Haakes. Ebensowenig fand sich der Kurfürst in der Lage, die 1650 vereinbarte Auslösungssumme von 6000 Thalern für das Amt Potsdam aus dem Elbzoll bei Lenzen zu zahlen.[11] Noch während des Dreißigjährigen Kriegs, Dezember 1646, hatte er Louise Henriette von Oranien, die Tochter des Erbstatthalters der Niederlande geheiratet, mit der er bis 1652 in Cleve, der Hauptstadt seines gleichnamigen Herzogtums residierte. Dann



Der Grosse Kurfürst

ging es nach Berlin zurück. Der Westfälische Friede (1648) hatte die Hohenzollern im Besitz eines weit auseinandergezogenen Länderkonglomerats bestätigt, und Berlin erwies sich von der zentralen Lage her als geeigneter Festpunkt für eine Langzeitkombination von intensiver Reiseherrschaft des Kurfürsten zur Durchsetzung des Absolutismus in allen Territorien und Verwaltungszentrum der Kurmark. Diese Kombination drückte sich in der Spaltung des Geheimen Rats in Reisebegleiter des Herrschers und ein in Berlin verbleibendes Gremium aus.[12] Die Ergebnisse des letzten märkischen Landtags von 1652–1653, die von erheblicher Bedeutung für Durchsetzung und Charakter des preußischen Absolutismus wurden, stärkten das Gewicht der Mitte, obwohl Brandenburg im Vergleich zu den westelbischen Territorien schwächer entwickelt und durch den Dreißigjährigen Krieg besonders mitgenommen war. Die Rolle Berlins nährte das Interesse an dem nahen Potsdam. 1660 war die Stellung des Kurfürsten bereits eine ganz andere als 1650. Jetzt konnte er Haake die Verwahrlosung des Schlosses so hoch ankreiden, daß dieser um die Herausgabe von Amt und Schloß Potsdam nicht mehr herumkam. Die Einkehr des Friedenszustandes begünstigte die Realisierung eines Bauvorhabens, dessen Beginn 1660 als erster Schritt zur Entwicklung Potsdams als Residenz-, Garnison- und Manufakturstadt des Absolutismus gewertet wird.

Schon 1652, 1653, 1654 und 1658 soll Johann Moritz von Nassau-Siegen, seit 1647 Statthalter des Kurfürsten in Cleve und Mark und sein enger Vertrauter, in Potsdam gewesen sein.[13] Dieser dem niederländischen Fortschritt verpflichtete, vielseitig befähigte Mann besaß wie kein zweiter den Blick für die Möglichkeit zur weiträumigen Gestaltung des ganzen „Potsdambschen Werders", der Insel mit Stadt und Dörfern, wie sie auch dem Kurfürsten vorschwebte. Am 16. April 1661 entschied der Kurfürst im Geheimen Rat in Cleve über die Klage des Potsdamer Schneiders Meisner, „daß Herr Memhard ihm die 3000 Dachsteine vom alten Gebäude, so Seine Churfürstliche Durchlaucht ihm verehret, nicht abfolgen lassen wollte". Meisner sollte die Steine bekommen, wenn der Kurfürst „ihrer nicht selber bedürften".[14] Das ist ein Anhaltspunkt für den Abriß der alten Burg- und Schloßanlagen. Wer das neue Schloß erbaute, Philippe de Chieze, Johann Gregor Memhardt, oder beide, darüber gehen die Auffassungen auseinander.[15] Am Jahresende 1661 weilte Moritz in Potsdam, „einen Entwurf zu machen, wie sie vermeinen, dass es recht zu bauen und anzulegen ist".[16] Er schreibt selbst, Friedrich Wilhelm habe ihm befohlen, allhier ein andres anzugeben, auch Fontainen zu suchen, welches alles also geglückt ist". Er sei schon drei Wochen in Potsdam (14. 12. 1661) und habe tüchtig gearbeitet.[17] Auch der Kurfürst selbst war im Herbst des Jahres von seiner Auseinandersetzung mit den Ständen in Cleve 1660/61 nach Berlin zurückgekehrt.

Am 16. März 1662 schrieb er aus Cölln an der Spree: „Ich gehe morgen frue nach Potzdam, alda ich in etlichen Wochen nicht gewesen, weill ich ahn den podagra (Gicht, H. L.) zihmlich hardt darnieder gelegen habe".[18] Vor seiner Abreise nach Königsberg am 14. September 1662 zum Landtag der preußischen Stände, scheint der Schloßbau bereits so vorangeschritten gewesen zu sein, daß der Kurfürst konkrete Vorstellungen davon hatte, wohl auch schon da wohnen konnte. Die Empfehlung vom 18. Dezember 1662, Otto v. Schwerin, der bei Ausbruch der Pocken mit den von den Eltern in Berlin zurückgelassenen Prinzen nach Spandau gegangen war, möge vielleicht besser nach Potsdam umziehen, weil dort „die Gemacher kleiner und wermer sein als zu Spandau"[19], klingt doch ganz danach. Am 1. Juni 1663 erhält Otto v. Schwerin aus Königsberg die Anweisung, daß Gelder, die die Halberstädter Regierung geschickt hat, „Meister Michellen dem Zimmermann zu fortstellung des Baues gegeben werden" sollten.[20] Der bereits 1662 erwähnte Zimmermann Meister Michel[21] war mit Sicherheit der öfter so benannte Michael Matthias Smids, dessen Mitwirkung bisher erst für spätere Zeiträume angenommen wurde[22]. Er war unmittelbar für den Schloßbau zuständig und baute in Abwesenheit des Kurfürsten weiter. Wenn nun Chieze nur als administrative Bauaufsicht über das Stadtschloß Potsdam und dies vielleicht erst in einem späteren Stadium in Frage kam[23], so wird man tatsächlich einkalkulieren müssen, daß Moritz Einfluß auf das Baugeschehen, nicht nur die gärtnerischen Anlagen, beachtlicher war, als lange gedacht.[24] Da er allerdings keine Architektenausbildung hatte, könnte zwischen ihm und Smids noch Memhardt als derjenige gestanden haben, der die Ideenskizzen des Fürsten in regelrechte Baupläne umsetzte, die dann von Smids verwirklicht wurden.

Doch wie dem auch sei, als der Kurfürst 1663 endlich das von Moritz unter Schwierigkeiten besorgte Werk des 1657 verstorbenen berühmten Architekten Jakob van Campen in die Hand bekam[25], war er so fasziniert, daß ihm der Potsdamer Bau nicht mehr zusagte. Noch saß er in Königsberg, wo die preußischen Stände auf ihrem Landtag von 1661–1663 mit dem Kurfürst um die Erhaltung ihrer Privilegien rangen, doch hatte er schon „Dinge daraus gezeignet", die er „zu Potsdam applicieren" wollte (9. 3. 1663)[26]. Endlich ging der Landtag in Königsberg zu Ende. Nachdem es Friedrich Wilhelm dann auch noch gelungen war, am 18. 10. 1663 die Erbhuldigung der preußischen Stände zu empfangen, kehrte er Ende Oktober aus Königsberg, wo er unter ständigen Gichtanfällen gelitten hatte, „in die liebe Marck" zurück. Man kann sicher die These aufstellen, auf dem Mittelpavillon des nun ab 1664 entstehenden gegenüber den ursprünglichen Plänen stark veränderten Baues habe sich ein Johanniterkreuz befunden und daraus ableiten, daß der Johanniterritter Moritz, welcher seine Zugehörigkeit zu diesem Orden

gern herausgestellt habe, auch besonderen Einfluß auf die neue Gestalt des Potsdamer Schlosses gehabt habe.[27] Wenn jedoch diese These mit der Auffassung gestützt werden soll, daß Friedrich Wilhelm zwischen 1662 und Juni 1668 nicht in Potsdam gewesen sei und Moritz daher 1664/65 dessen Wünsche und Interessen in Potsdam wahrnahm,[28] so ist dies offensichtlich falsch. Dagegen spricht Friedrich Wilhelms Brief vom 12. 8. 1664 an Moritz, er freue sich, daß der Bau zu Cleve so schnell vorwärts gehe, der seinige gehe desto langsamer zu „Ich verender Potzdam gantz undt baue ahn den grossen stock ahn beiden enden 2 grosse pavillions undt in der mitte auch eins, welches der saahl sein soll."[29] Als er 1664 endlich alle Dörfer auf der Insel Potsdam erworben hatte, wobei ihm von der Familie Haake wieder besondere Schwierigkeiten bereitet worden waren,[30] gratulierte ihm Moritz: „Das ganze Eiland Potsdam muß ein Paradies werden, weil die Edelleute, wie vernehme (Sperrung H. L.), daraus sind."[31] Am 19. Mai 1665 schreibt er diesem: „Ich habe jetzt einen schönen Tiergarten zu Potsdam anlegen lassen, welcher Ew. Liebden sehr wohl gefallen wird; er ist 7500 Schritt in der Runde groß, ich werde ihn inskünftig noch vergrößern; er liegt dem Schlosse gerade gegenüber, und ist der Weinberg (der heutige Brauhausberg) mit darin begriffen, wie auch der ganze Tornow."[32] Wenn des Kurfürsten kleiner Sohn Friedrich dann noch 1666 in seinem Schreibheft schreibt: „Mein Herr Vatter hat Potsdam sehr lieb. Er ist auch ein lüstiger ohrt; Ich bin gern da und mein bruder auch"[33], so dürfte dies eigentlich genügen um festzustellen, daß alles dafür spricht, daß Friedrich Wilhelm seine Angelegenheiten in Potsdam selbst wahrnahm, nicht Moritz für ihn, und daß Potsdam für die kurfürstliche Familie schon bevor es eigentliche Residenzstadt wurde, ein vertrauter Aufenthalt war. Die Lustschlösser, die der Kurfürst in der Umgebung Potsdams bauen ließ[34], hat seine erste Frau allerdings nicht mehr kennen gelernt. Sie starb bereits im Juni 1667.

Ein Jahr später heiratete der Kurfürst Dorothea, die Witwe seines ehemaligen Freundes, des Herzogs von Braunschweig-Zelle. Der eigentliche Residenzcharakter Potsdams wird in der Literatur zum Jahr 1671 angesetzt, als Friedrich Wilhelm regelmäßig längere Zeit des Jahres in Potsdam Hof zu halten begann[35]. Friedrich Nicolai hat 100 Jahre später diesen Schritt mit der Vorliebe Dorotheas für Potsdam erklärt: „Kurfürst Friedrich Wilhelm hielt sich vornehmlich Ihr zu Gefallen daselbst so viel auf. Sie bekam auch die Stadt nach dessen Tode, zum Witwensitz".[36] Sicher spricht vieles dafür, daß Dorothea das neugebaute Schloß, 1669/70 soll es fertig geworden sein[37], bevorzugte. Als der Kurfürst im Herbst 1669 aus Preußen zurückkam, wohin er bald nach der Hochzeit mit ihr gegangen war, um sich um die dortigen Domänen zu kümmern und mit ihr die Jagdfreuden zu ge-

nießen, fühlte er sich offenbar in Potsdam sehr wohl. Er kümmerte sich um die Weinlese, die über Vermuten gut ausgefallen war[38], und hatte „1200 schock Setzlinge gefischet", die er gern verkaufen wollte. „. . . ich hab aber keine kaufleutte", schrieb er an Schwerin, „konnte Ihr mir etliche zu weissen wurde es mir sehr lieb sein, . . . "[39]. Er freute sich auf seine Kinder und bestellte sie nach Potsdam als Belohnung für fleißiges Lernen. Auch die Stadt- und Kirchenordnung, die der Kurfürst der Stadt am 25. Februar 1671 oktroierte, geht in ihrer Einleitung davon aus, daß er an Potsdam „sondere lust gewonnen" habe.[40] Da der Rückzug aus den alten Reszidenzen jedoch kein Einzelfall war, bleibt zu hinterfragen, ob den Herrschern etwas die Lust an ihren traditionellen Hauptstädten und Residenzen verleidete? So hält man die Erinnerung an die Rebellion der Pariser in der Zeit der Fronde für eine Ursache des Abzugs Ludwigs XIV. nach Versailles.[41]

Die neuen Forschungen von H. Schultz zur Berliner Sozialgeschichte weisen aus, daß in der Haupt- und Residenzstadt, die an 10 000 Einwohner zählte, ein latentes Klima begründeter Angst vor Krieg, Hunger und Pest herrschte und die absolutistische Militär-, Steuer- und Kirchenpolitik zu häufigen Unruhen führte.[42] Gewiß wird man den Tumult in Berlin, von dem Friedrich Wilhelm am 16. Juli 1670 an den Oberpräsidenten des Geheimen Raths, Otto von Schwerin, schrieb, es hätte ihm, dem Kurfürst, Unglück daraus zuwachsen können[43], keine exemplarische Bedeutung für die Rolle Potsdams seit 1671 zumessen dürfen, zumal gerade die Jahre 1668 bis 1674 im Ergebnis der Friedensperiode auch für Berlin vorübergehend bessere Zeiten brachten.[44] Wenn aber Friedrich Wilhelm 1679 sogar die festgesetzte Trauung des Kurprinzen Friedrich in Potsdam verschob, weil ihm zu viel neugierige Berliner herübergeströmt waren[45], so gibt dies doch dem Gedanken Raum, dem Schultz im Vergleich von Hof und Stadt Berlin Ausdruck verlieh: „daß der Gegensatz zum Leben der Berliner eben doch der Gegensatz von feudaler und bürgerlicher Lebensweise war."[46]

Im Unterschied zu Ludwig XIV., der 1683 seine Residenz per Dekret aus Paris nach Versailles verlegte und es zum Regierungssitz machte[47], nahm der Kurfürst 1671 seine obersten Behörden nicht mit nach Potsdam; sie blieben in Berlin. Dadurch kam es zu einer zunehmenden Trennung Friedrich Wilhelms vom Geheimen Rat[48], der seine Sitzungen in der Regel unter von Schwerins Leitung im Berliner Schloß abhielt, auch wenn der Kurfürst nicht aus Potsdam nach Berlin reinkam.[49] Es rundet das Bild des nun bewußt in Potsdam Residierens ab, wenn der Kurfürst einen an den Polenkönig gerichteten Brief vom 10. Juni 1671 in lateinischer Sprache ungewöhnlich formulierend überschrieb: „in arce nostra Potstamiensi", auf unserem Potsdamer Schloß.[50] Betrachtet man die Potsdamer Stadt- und Kirchenordnung von 1671, so springt einem immer wieder der Gegensatz zwischen

dem Charakter einer Residenzstadt und dem Typ dieses kleinen Ackerbürgerstädtchens in die Augen. Die Ordnung ist in der Literatur bisher nicht gebührend gewürdigt worden und bedarf einer Analyse, für die hier nicht der Platz ist. Sie besteht aus 26 Punkten für die Stadt-, 8 für die Kirchenordnung und spiegelt das Alltagsleben anschaulich wider, was sich aus der einfachen Aufzählung der Ordnungsgegenstände, wie sie bisher üblich war, nicht erschließt. Sie gering zu schätzen, weil sie sich an Ackerbürger, Fischer, kleine Handwerker und verwandte soziale Gruppen wendet, ist um so weniger angebracht, als dieser unentwickelte Städtetyp ja häufig und charakteristisch für die Mark war. Natürlich geht es um eine umfassende Reglementierung des Stadt-, respektive Landlebens im Interesse des Hofs und der gewünschten Vergrößerung der Residenzstadt, damit „diejenigen von Frembden auch, so sich anhero zu begeben gewilliget sein, nicht abgeschrecket, sondern vielmehr angereizet werden mögen". Betrifft dies auf der einen Seite wirklich Regelungen, die Sauberkeit, Hygiene, Ordnung und Sicherheit angingen, so wurde andererseits der Lebensspielraum durch andere erheblich eingeschränkt. Man erfährt, daß es kaum Tagelöhner in der Stadt gab, da die, die hier wohnten, bei Frühlings- oder Sommeranbruch „sich aufm Lande oder Holzflößen an solch örther begeben, da sie etwas mehr, als das ordentliche Lohn bekommen", und nicht nur tage- und wochenweise, sondern ganze Monate hintereinander an fremden Orten arbeiteten. Das soll nun verboten und der freie Verkauf der Arbeitskraft unterbunden werden. Auch wurde der Tagelohn festgesetzt, und wer mehr forderte oder gab, sollte mit Gefängnis bestraft werden. Auch war es üblich, die Fische an Aufkäufer, die gut zahlten und die Fische nach Berlin[51] und andere Orte weiterverkauften, zu geben. Das soll jetzt geändert werden, damit Schloßküche und Potsdamer Bürger genug bekämen. An jedem Tag der Woche sollten der Reihe nach die Fischer vom Kiez und von der Burgstraße Fische feilhalten, die Neuendorfer aber Sonntags um 2 (14.00 Uhr), „weilen sie sonsten wegen der Hofdienste keinen anderen Tag haben können". Sie mußten also, was ja für diese Zeit nichts so Ungewöhnliches wäre, ungemessene Frondienste leisten.

Auch das Problem des Verfalls der Häuser spielte in der Stadtordnung eine Rolle. Potsdam war, wie bekannt, durch Sümpfe und Wasser im Umfang begrenzt und durch den Dreißigjährigen Krieg ruiniert worden. 1660 lagen von ehemals 198 Häusern 119 wüst. Schon 1662 wollte der Wasserkunstmeister Saur, den man aus der Neumark nach Potsdam geholt hatte, wieder abziehen, weil er zu schlecht untergebracht war.[52] Als der französische Gesandte 1671 mit einer Mietkutsche nach Potsdam kommen wollte, wußte Friedrich Wilhelm, der Bedenken trug, ihn ins Schloß zu nehmen, nicht, wo er ihn unterbringen sollte.[53] Kurz, Potsdam war als Residenz zu klein.

Memhardt legte 1672 den Entwurf für die Neuanlage der Stadt vor. Sie erscheint symmetrisch auf das Schloß ausgerichtet[54], wie es für absolutistische Stadtanlagen typisch war. Es kam jedoch nicht zur Realisierung des Plans. Die längste, zwölfjährige Friedensperiode der Regierungszeit des Kurfürsten ging 1772 zu Ende. Erst 1679, nach dem Schwedisch-brandenburgischen Krieg, hob das Bauen wieder an. Friedrich Wilhelm hatte im Ergebnis dieses, in mancher Hinsicht populären Krieges, von Zeitgenossen den Beinamen der „Große Kurfürst" erhalten[55]. Der Absolutismus setzte sich in allen wesentlichen Bereichen durch. Realisiert wurde in Potsdam jedoch, – wohl infolge der natürlichen Hindernisse –, nicht die klassische Variante der absolutistischen Residenzanlage von 1672. Der durch verschiedene Abbildungen bekannte Schloßbau der 60er Jahre[56] schob sich 1679 bis 1682 durch Verlängerung der Seitenflügel mit der Hoffront weit auf den städtischen Markt vor, so seine Dominanz gegenüber der Stadt betonend.[57] Diese aber wuchs kaum über ihren mittelalterlichen Rahmen hinaus. Residenz und wirtschaftliche Belebungsversuche[58] vermochten nicht einmal bis zum Tode des Sohnes und Nachfolgers des Kurfürsten, König Friedrich I., Potsdams Bürgerschaft wieder auf die alte Einwohnerzahl vor dem Dreißigjährigen Krieg zu bringen.

Friedrich Wilhelm verwuchs, immer leidender werdend, in den letzten Lebensjahren noch fester mit der Havelresidenz. So begann sich der im 18. Jahrhundert voll ausgeprägte Regierungsdualismus zwischen dem Kabinett in Potsdam und den Behörden in Berlin, bereits in seiner Regierung auszubilden.[59] Mit dem Hugenottenedikt vom 21. Oktober 1685 und dem Empfang französischer Flüchtlinge am 10. Januar 1686 verknüpfte sich ein für ganz Brandenburg-Preußen wichtiger politisch progressiver Akt mit dem Namen der Stadt[60]. Friedrich Wilhelm starb hier am 9. Mai 1688. Er wurde im alten Dom zu Berlin beigesetzt.

Wenn wir den Absolutismus als einen notwendigen Anpassungsprozeß des Feudalstaates an die Gesetzmäßigkeiten der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus verstehen, so ist die Neigung des Kurfürsten zu dem vier Meilen (ca. 30 km) von Berlin entfernten Potsdamer Schloß und seiner schönen Umgebung und schließlich die faktische Umwandlung der kleinen Stadt in eine Residenzstadt wohl am ehesten als ein Ausweichen vor dem Druck zu werten, dem sich der Herrscher in der Hauptstadt mit all den stärker entwickelten Gegensätzen und Problemen der Übergangsepoche ausgesetzt sah. Hierin liegt vielleicht auch die tiefere Ursache dafür, daß die Hohenzollern an dieser hauptstadtnahen zweiten Residenz festhielten, die in ihrer Entwicklung stark durch sie und die spezifischen Seiten des preußischen Absolutismus geprägt wurde.

Anmerkungen

1 B. Gloger, Friedrich Wilhelm Kurfürst von Brandenburg, Berlin 1985

2 I. Mittenzwei/E. Herzfeld, Brandenburg-Preußen 1648–1789. Das Zeitalter des Absolutismus in Wort und Bild, Berlin 1987.

3 Vgl. z. B. E. Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg. Eine politische Biographie, T. 2, Göttingen 1977, s. 63 ff.

4 Geschichte der Stadt Potsdam unter Mitwirkung von R. Boschan, M. Heinze, H. Kania und H. Rademacher hrsg. von J. Haeckel, Potsdam 1912 (zit. Haeckel, Geschichte). H. Kania, Der Große Kurfürst, Leipzig und Berlin 1930, bes. S. 79–86, hat dem Aspekt stärkere Beachtung geschenkt.

5 Potsdam. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin 1986 (zit. Potsdam, Geschichte). Der fragliche Abschnitt wird in der Neuauflage erweitert werden.

6 Potsdam und seine Umgebung, Berlin 1969 (Werte der deutschen Heimat, Bd. 15), (zit. Werte).

7 1000 Jahre Potsdam. Blätter aus der Stadtgeschichte T. 1, Potsdam 1987.

8 Siehe in Kürze dazu: Wiss. Mitt. der HG d. DDR: H. Lehmann, Potsdam-Versailles. Zum Problem der hauptstadtnahen Residenzstadt. – Der Pyrenäenfrieden beendete den Spanisch-französischen Krieg von 1635–1659.

9 In Potsdam sei auch an die Übereinstimmung zwischen dem Ende des 2. Schlesischen Kriegs und dem Baubeginn von Sanssouci und dem Ende des Siebenjährigen Kriegs und dem Neuen Palais erinnert.

10 Es gab sowohl in der Nähe von Paris als auch in der Umgebung Berlins mehr Schlösser, die dem König bzw. dem Kurfürsten zu zeitweiligem Aufenthalt dienen konnten. Vgl. B. Champigneulle, Versailles und Fontainebleau 1971, S. 9; Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder), Leizpig, Jena, Berlin, 1987, S. 39: „Die Schlösser Oranienburg ... Potsdam ... u. a., sollten die Hauptresidenz Berlin wie eine Plejade umsäumen".

11 Haeckel, Geschichte, S. 33.

12 Vgl. Mittenzwei/Herzfeld, Brandenburg-Preußen, S. 43 f.

13 Kania, Kurfürst, S. 79; Abb. in: Mittenzwei/Herzfeld, Brandenburg-Preußen, S. 44.

14 Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rates aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, von Otto Meinardus, 6. Bd., Leipzig 1917, (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven, Bd. 89) S. 328 (zit. P. u. R.)

15 Wie es scheint, gehen alle, die sich für Chieze entschieden, zurück auf F. Nicolai, Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, 3. Bd., Berlin 1786. Auf ihn bezieht sich O. Meinardus, Eigenhändige Briefe des Großen Kurfürsten an Johann Moritz von Nassau, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 19, Leipzig 1906, S. 125 Anm. 4.
Für Chieze auch Haeckel, Geschichte, S. 161 u. Kania, Kurfürst, S. 79; Werte, S. 51: „ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm 1664–1670 durch Ph. de Chieze an der Stelle des späteren Stadtschlosses einen Neubau errichten"; 1000 Jahre, S. 46. Über Chieze heißt es bei U. Kieling/U. Hecker, Berliner Architekten und Baumeister bis 1800, Berlin 1983 (Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalspflege Berlins, Nr. 9), S. 15: „hatte keine Bau-Fachausbildung", S. 16 „Administrative Aufsicht über eine Reihe kfstl. Bauten (u. a. ... Stadtschloß Potsdam)". – Für Memhardt: Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst, 2. Aufl., Leipzig 1984, S. 10; Potsdam, Geschichte, S. 24; anders Kieling/Hecker, Berliner Architekten, S. 40 nur „beteiligt am Bau des Hauptgebäudes des Stadtschlosses in Potsdam (nach eig. Entwürfen, 1673–1678)?".
Für die „Folgezeit" schreiben aber auch Werte, S. 51 „Erweiterung der Seitenflügel

und Umbauten, an denen G. Memhard, M. M. Smids und J. A. Nering beteiligt waren".
– Für Chieze u. Memhard als Architekten: Opgenoorth, S. 63: „. . . von de Chieze und Memhardt erbaut." Bezieht sich auf den Bau der 60er Jahre. So auch D. Schulte-H. Knitter, Potsdam im Bild der Geschichte, T. 1, Potsdam 1979, S. 4.

16 L. v. Orlich, Geschichte des preußischen Staates im 17. Jahrhundert, Berlin 1838/39, Bd. 1, S. 464 Quelle für alle späteren Zitate (Meinardus, Kania, F. Mielke, Johann Moritz und das Potsdamer Stadtschloß, in: Soweit der Erdkreis reicht, Johann Moritz von Nassau-Siegen 1604–1679, Cleve 1979, S. 161 Anm. 15)

17 Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. 9, 6, hrsg. v. Th. Hirsch, Berlin 1879, S. 473: 14. Dez. 1661 (zit. U. u. A.)

18 Ebd., S. 837 16. März 1662. Die Formulierung macht deutlich, daß er keineswegs am 3. bis 7. April 1662 zum ersten Mal dort war und wohl auch vor der Abreise von Berlin nach Königsberg am 14. 9. 1662 nicht das letzte Mal zu diesem Zeitpunkt, wie Mielke, Johann Moritz, S. 162 f. vermutet: „Erst vom 3. bis 7. April 1662 war er (zum ersten Mal?) dort. Der nächste Besuch folgte am 4. und 3. Juni 1668."

19 U. u. A., Bd. 9, 6, S. 844, 18. Dez. 1662.

20 Ebd., S. 857, 1. Juni 1663

21 P. u. R., a. a. O., S. 626 f.

22 Vgl. Werte, S. 51; Kieling/Hecker, Berliner Architekten, S. 50 f.: „. . . Hofzimmermann . . . 1653 Hofbaumeister (Bestätigung 1659, 1689), anfangs J. G. Memhardt unterstellt . . . wenig als schöpferischer Architekt tätig . . . Mitwirkung am Stadtschloß in Potsdam (1669 sowie ab 1678)". Ich danke A. Schendel (Staatl. Schlösser und Gärten Potsdam) für den Hinweis auf Identität des Meister Michel mit Michael Matthias Smids.

23 Vgl. Anm. 15.

24 Vgl. Mielke, Johann Moritz, a. a. O.

25 Ebd., S. 160 f. überzeugend dargelegt, daß nicht Pieter Post und das Huis ten Bosch bei Den Haag das Vorbild für Potsdam waren sondern van Campens Werk.

26 Meinardus, Briefe, S. 123, Nr. 10 Königsberg, 9. März 1663.

27 Mielke, Johann Moritz, S. 162.

28 Vgl. Anm. 18. An das dort von mir zitierte anschließend, fährt Mielke, Johann Moritz, S. 163 fort: „Die Daten zeigen, daß der Kurfürst keine Zeit fand, sich persönlich in Potsdam mit seinem Bau zu beschäftigen. Vermutlich war dies der Grund, seinen in Bauangelegenheiten erfahrenen Statthalter in Kleve um Vertretung seiner Wünsche und Interessen zu bitten. Das kann allerdings nur bis 1665 der Fall gewesen sein, weil der Fürst Johann Moritz danach als Oberbefehlshaber der Generalstaaten in deren Feldzügen aktiv werden mußte."

29 Meinardus, Briefe, S. 125, Nr. 13; schon Kania, Kurfürst, S. 80, hat die Bedeutung dieses Briefs erkannt und danach datiert. Ebenso Mielke, Johann Moritz, S. 162, der Kania seltsamerweise in seinen Anmerkungen nicht erwähnt. Irrig Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, S. 64 Anm. 116, der meint, dieses Schreiben sei übersehen worden. Vielmehr scheint er den Umbau von 1664 mit dem Ausbau von 1779–1782 zu verwechseln.

30 U. u. A., Bd. 9, 6, S. 838, 2. Nov. 1662 Königsberg; S. 847, 1. Februar 1663 Königsberg.

31 Kania, Kurfürst, S. 84.

32 Meinardus, Briefe, S. 125 f., Nr. 14. Cölln a./S., (19) Mai 1665, S. 126.

33 1000 Jahre Potsdam, S. 55.

34 Ebd., S. 45–47.
35 Spätere Literatur scheint hierin auf Haeckel, Geschichte, S. 35 zurückzugehen.
36 Nicolai, Beschreibung, 3. Bd., S. 1113 f.
37 Potsdamer Schlösser, S. 10; vgl. auch S. 12: Bericht des Generalquartiermeister Philipp de Chieze an den Kurfürsten vom 29./30. August 1669 darüber, daß sich das „Schloß zu Potstamb . . . in sehr gutem Stande" befindet und daß der Hofmaler Martini „fast die meiste gemächer gemahlet" hat. – 1000 Jahre Potsdam; S. 42: 1670
38 U. u. A., Bd. 12, 8, Berlin 1892, S. 934, 27. Oktober 1669 Potzdam. Zum Weinbau vgl. Werte, S. 67: 1678 lieferten die kurfürstlichen Weinberge der Insel Potsdam 848 Tonnen (932 hl) Wein.
39 U. u. A., vgl. Anm. 38.
40 Akten des Magistrats zu Potsdam; Stadt- und Kirchenordnung vom 25. Februar 1671. Stadtarchiv Potsdam Nr. 34.
41 H. Köller/B. Töpfer, Frankreich. Ein historischer Abriß, 4. überarb. u. erg. Aufl., Berlin 1980, Bd. 1, S. 40; M. Mourre, Dictionnaire encyclopédique d'Histoire, Bd. T–Z, 1986, S. 4845: «le roi, qui tenait rancune aux Parisiens des troubles de la Fronde, avait décidé de faire de Versailles le centre de son règne.»
42 H. Schultz, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz, Berlin 1987, S. 28 f., 33, 35, 43; vgl. auch die Aversion des Kurfürsten gegen die traditionellen Umzüge und Feste der Handwerker, sowie das Armenproblem, ebd. S. 77 u. 51.
43 U. u. A., Bd. 12, 8, S. 937 f.; um was für einen Tumult es sich handelte, konnte ich bisher nicht ermitteln.
44 Vgl. Schultz, Berlin, S. 37.
45 Kania, Kurfürst, S. 81 f.
46 Schultz, Berlin, S. 41.
47 Vgl. Anm. 8.
48 Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, S. 65 f.
49 U. u. A., Bd. 12, 8, S. 938, 8. Januar 1671 Potzdam.
50 Ebd., S. 509. Zur Bedeutung vgl. H. Haas/R. v. Kienle, Lateinisch-Deutsches Wörterbuch, Heidelberg 1952: arx, arcis: Burg, . . . als Mittelpunkt eines Reiches, Mittel-, Höhepunkt, Stadtburgen . . . ; Begriff auch auf Kupferstich von Pieter Schenk 1702 nach einer Vorlage von J. G. Bartsch nach J. G. Memhardt aus dem Jahre 1672(!); abgebildet in Potsdamer Schlösser, S. 13. Hier: Arx Electoralis una cum horto Potsdami . . . Es wäre zu untersuchen, ob dieser lateinische Ausdruck (holl. Übersetzung ebd. Das kurfürstliche Schloß und Lustgarten zu Potsdam) damals 1771/72 einen programmatischen Inhalt hatte. Im 18. Jahrhundert wurde auch das Berliner Schloß als „arx regia" (übers. königliches Schloß) bezeichnet.
51 Schultz, Berlin, S. 37, zitiert einen Reisebericht von 1667 für Berlin: „An Victualien, sonderlichen an Fischen und Krebsen ist zwar hier viel Überfluß, . . . "
52 P. u. R., a. a. O., S. 626 f.
53 U. u. A., Bd. 12, 8, S. 945, 30. April 1671 Potzdam: „wegen des losaments bin ich bekummeret, in der Stadt ist es sehr schlegt, aufs haus zu legen ist bedencklich".
54 H.-J. Giersberg, Das Potsdamer Bürgerhaus um 1800, Potsdam 1965 (Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, Nr. 10), S. 11 und 95.
55 Gloger, Friedrich Wilhelm, S. 259.
56 Potsdam. Geschichte, S. 24, 25; Potsdamer Schlösser, S. 13; 1000 Jahre Potsdam, S. 25, siehe auch S. 44.
57 Gut erkennbar auf dem Suchodoletz-Atlas von 1685, vgl. Potsdamer Schlösser, S. 20/21. Zur Datierung: 1000 Jahre Potsdam, S. 44.
58 Da ich über das bisher Bekannte und Publizierte kein neues Material erarbeitet habe,

bin ich auf diesen wichtigen Punkt nicht eingegangen. Siehe: 1000 Jahre Potsdam, S. 52; Potsdam. Geschichte, S. 26; Haeckel, Geschichte, S. 37 f.; interessant war mir: Potsdamer Schlösser, S. 13 die Beschriftung des Kupferstichs nach Memhardt 1672, wo es entweder für die kurfürstliche Freiheit oder einen Teil derselben: f. Wohnungen vor die Churfürstlichen Manufacturen und Handwercker, heißt.

59 Opgenoorth, Friedrich Wilhelm, S. 66.

60 Vgl. die einschlägigen Artikel in: Hugenotten in Brandenburg-Preußen, hrsg. von I. Mittenzwei, Berlin 1987 (Studien zur Geschichte, Bd. 8); Blätter für Heimatgeschichte, Studienmaterial 1986, hrsg. v. Zentralvorstand d. Gesellschaft f. Heimatgesch. im KB d. DDR; 1000 Jahre Potsdam, S. 78.

Traditionen des Befreiungskrieges im Bezirk Potsdam

Von Helmut Päpke

Vor 175 Jahren war unser Bezirk Schauplatz bedeutender militärischer Auseinandersetzungen, die einen bedeutenden Einfluß auf die Vorbereitung der Völkerschlacht bei Leipzig und damit auf den Ausgang des Befreiungskrieges hatten. Das Jahr 1812 hatte mit der Vernichtung der großen napoleonischen Armee auf dem Rückzug von Moskau einen entscheidenden Wendepunkt in den internationalen Beziehungen des ganzen Zeitalters herbeigeführt und das Signal zum allgemeinen Aufstand gegen die französische Oberherrschaft im Westen gegeben.

Zur „Großen Armee" Napoleons – insgesamt eine halbe Million Soldaten – gehörte auch ein preußisches Hilfskorps von 15 000 Mann. Es hatte die Aufgabe, im X. Armeekorps unter Marschall Macdonald den linken Flügel zu bilden und das Gros der Armee bei dem Vormarsch auf Moskau gegen Überraschungen aus dem Norden zu sichern. Kommandeur des Hilfskorps war der preußische General Hans David Ludwig von York (Yorck), geb. 1759 in Potsdam, gest. 1830. Unter dem Eindruck der Niederlage Napoleons und des beginnenden Volkswiderstandes in Ostpreußen entschloß sich General York zu einem politisch und militärisch bedeutungsvollem Schritt. Ohne Zustimmung des Königs von Preußen schloß er mit dem zaristischen General Diebitsch in der Mühle des Dorfes Poscherun bei Tauroggen eine Konvention, in der sich das preußische Hilfskorps zunächst zur Neutralität verpflichtete, um dann später im Bündnis mit Rußland am Kampf gegen Napoleon teilzunehmen. Mit der Konvention von Tauroggen löste sich Preußen faktisch aus der militärischen Unterordnung, in die es Napoleon nach der Niederlage von Jena und Auerstedt und dem Frieden von Tilsit gezwungen hatte. Die Konvention führte zu einer erheblichen Schwächung der Nordflanke der „Großen Armee" und ermöglichte den russischen Truppen ein weitaus schnelleres Nachdringen hinter den geschlagenen Truppen Napoleons. Yorks Entschluß wurde zum Vorbild und zur Ermutigung für alle deutschen Patrioten; es war sichtbar geworden, daß nun der Befreiungskrieg gegen die französischen Eroberer begonnen hatte.

Für den König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., waren dadurch Tatsachen geschaffen worden, die er bei aller Willfährigkeit gegenüber den französischen Forderungen nicht aus der Welt schaffen konnte. Widerstrebend konnte er nicht umhin, die Konvention zu billigen.

Die Volkserhebung in Preußen. Der Verlauf des Befreiungskrieges bis zum Sommer 1813

Das Volk, insbesondere die Jugend, strömte zu den Waffen. Zunächst wurden Abteilungen freiwilliger Jäger gebildet. Die bekannteste Abteilung wurde das von Lützow geführte Freikorps, in dessen Reihen unter dem Namen August Renz auch die Potsdamerin Eleonore Prohaska kämpfte. In diesem Freikorps wurde der patriotische Charakter des Befreiungskampfes besonders deutlich. Seine Mitglieder wurden nicht auf den König von Preußen, sondern „auf das Vaterland" vereidigt. Diejenigen, die nicht selbst ins Feld ziehen konnten, unterstützten die Volksbewaffnung durch Geld. „Gold gab ich für Eisen" war die Losung, unter der in kurzer Zeit 6 ½ Millionen Taler gesammelt wurden.

Bedeutend langsamer fand sich der König von Preußen in die neue Lage. Sein Mißtrauen gegenüber der Volksbewegung war mindestens so groß wie seine Angst vor Napoleon. Erst am 27./28. Februar wurde der Bündnisvertrag mit Rußland geschlossen. Am 11. März zogen russische Truppen in Berlin ein, von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Am 16. März konnte Hardenberg dem französischen Gesandten die Kriegserklärung übergeben. Am nächsten Tag erschien der Aufruf des Königs „An mein Volk". Zum ersten Mal wandte sich ein Hohenzollernfürst unmittelbar an das Volk. Aber der Aufruf war nicht die Ursache der Volksbewegung. Der König konnte einfach nicht umhin, sich an die Spitze zu stellen, da die Volksbewegung sonst an ihn vorbei oder sogar über ihn hinweg gegangen wäre.

Von größter militärischer Bedeutung war die am gleichen Tage erlassene „Verordnung über die Organisation der Landwehr", die die Verpflichtung aller männlichen Bürger vom 17. bis zum 45. Lebensjahr zum Kriegsdienst enthielt. Bekleidung und Ausrüstung mußte der Landwehrmann selbst aufbringen: eine Litewka aus blauem oder schwarzem Tuch, Schirmmütze, Mantel, Leinenhose und Schuhwerk, dazu Koch- und Trinkgeschirr, Beil, Tornister und Patronentasche. Da sich die Landwehren überwiegend aus den ärmeren und ärmsten Kreisen zusammensetzten, konnten viele die Ausrüstung nicht selbst beschaffen oder finanzieren. Das geschah aus den Sammlungen in den Kreisen. Für die Reaktion war die Landwehrverordnung zugleich ein Mittel, die allgemeine Volksbewaffnung in gesetzliche Bahnen zu lenken und unter Kontrolle zu behalten.

Die Kampfkraft der Landwehr wurde sehr unterschiedlich bewertet. Nach einer Inspektion der Ausrüstung und Ausbildung meldete der preußische General Hirschfeld: „Ich würde pflichtwidrig handeln, würde ich sie für den ernsthaften Gebrauch tauglich erachten." Ähnliche Auffassungen äußerten französische Offiziere und Soldaten, die die Landwehrsoldaten spottend

als „Kreuzbauern" (nach dem Landwehrkreuz, das an der Mütze neben der preußischen Kokarde getragen wurde) bezeichneten und glaubten, mit ihnen leichtes Spiel zu haben. Völlig anders urteilten die Heeresreformer Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz. Sie setzten – und wie sich herausstellen sollte, mit Recht – auf den von Patriotismus getragenen Mut und die Einsatzbereitschaft der aufgestellten Einheiten.

Napoleon leitete von Paris aus die Aufstellung einer neuen Armee. Der Kaiser der Franzosen war sich zwar dessen bewußt, daß er einen Feldzug verloren hatte, dachte aber nicht daran, seine Sache aufzugeben. In dieser Frage hatte er im Frühjahr 1813 die französische Bourgeoisie im wesentlichen auf seiner Seite. Neben umfangreichen Aushebungen in Frankreich hatten auch die verbündeten Rheinbundstaaten erhebliche Kontingente zu stellen.

Beide Seiten suchten Zeit zu gewinnen. Kaiser Napoleon versuchte erfolgreich, die Elblinie als Ausgangsbasis für militärische Aktionen aufzubauen, wo sein Stiefsohn Eugen Beauharnais die zurückflutenden Reste der „Großen Armee" sammelte und neu formierte. Die Hauptkräfte wurden im Raum Dresden konzentriert. König Friedrich Wilhelm von Preußen brauchte die Zeit, um das Bündnis zu erweitern und den Kaiser von Österreich für den Krieg gegen Frankreich zu gewinnen. Der Feldzugsplan von Scharnhorst, der vorgeschlagen hatte, den zurückgehenden Franzosen sofort zu folgen und einen raschen Angriff einzuleiten, fand bei den Verbündeten keine Zustimmung. Die für die französische Seite erfolgreichen 20 Schlachten bei Großgörschen (2. Mai 1813) und Bautzen (20./21. Mai 1813)zeigten, daß Napoleon die Zwischenzeit gut genutzt hatte. Es gelang ihm jedoch nicht, den Verbündeten eine entscheidende Niederlage beizubringen. So wurde am 4. Juni in Poischwitz ein Waffenstillstand vereinbart, der mehrfach verlängert wurde und am 11. August 1813 ablief.

Der Feldzug vom Ablauf des Waffenstillstandes bis zur Völkerschlacht bei Leipzig

Nach Ablauf des Waffenstillstandes hatten die nunmehr drei verbündeten Mächte drei Armeen aufgestellt, die konzentrisch gegen Napoleon vorgehen sollten. Die südliche Hauptarmee befand sich in Böhmen, Oberkommandierender war der österreichische Feldmarschall Fürst Schwarzenberg, die Armee bestand aus österreichischen, russischen und preußischen Truppen. Südlich von Berlin stand die Nordarmee, Oberkommandierender war der Kronprinz von Schweden, (das sich ebenfalls der Koalition angeschlossen hatte) der ehemalige napoleonische Marschall Bernadotte, die Armee bestand aus Schweden, Russen und Preußen. In Schlesien war die dritte,

(kleinste) Armee stationiert, Oberkommandierender war der preußische General Blücher, der „Marschall Vorwärts", sein Generalquartiermeister (Stabschef) Gneisenau; in der Armee waren Russen und Preußen.
Der russische Oberbefehlshaber Fürst Kutusow war inzwischen in Kalisch schwer erkrankt und verstorben, sein Nachfolger wurde der General Wittgenstein.
Die Gesamtstärke der verbündeten Truppen betrug etwa 480 000 Mann.
Dieser Streitmacht hatte Napoleon etwa 450 000 Mann entgegenzusetzen, das Gros hatte im Raum Dresden Aufstellung genommen. Natürlich erkannte Napoleon die Absicht der Verbündeten, ihn zu einer entscheidenden Schlacht zu zwingen. Sein strategischer Plan bestand darin, durch schnelle Angriffe auf die drei Armeen der Verbündeten sie mit überlegenen Kräften einzeln zu schlagen und so eine Entscheidung zu erzwingen. Ein erster Schlag sollte gegen die Nordarmee geführt werden.

Die Schlacht bei Großbeeren, 23. August 1813

Mit der Vernichtung der Nordarmee und der Eroberung Berlins wurde von Napoleon der Marschall Oudinot beauftragt, dem dazu drei Korps und eine Kavalleriebrigade, insgesamt 68 000 Soldaten, zur Verfügung standen, die



Kampfszene auf dem Friedhof von Großbeeren am 23. August 1813, einer großartigen Bewährung der preußischen Landwehr. Gemälde von C. Röchling (Ausschnitt)

im Raum Wittenberg konzentriert waren. Am 21. August wurden die auf der Linie Trebbin – Zossen stehenden Gefechtsvorposten der Nordarmee von den Truppen Oudinots angegriffen. Nach verschiedenen Gefechten stießen die französischen Truppen bei Großbeeren auf das Korps des Generals von Bülow. Die sich schnell entwickelnde Schlacht wurde zu einer hervorragenden Bewährungsprobe für die Landwehrsoldaten. Sie waren zwar wenig ausgebildet und schlecht ausgerüstet, dazu durch lange Märsche erschöpft, griffen aber doch mit großem Ungestüm an. Während der Schlacht begann es zu regnen und die veralteten Gewehre der Landwehr versagten, da das Pulver naß wurde. Beim Sturm auf den Friedhof von Großbeeren drehten die Landwehrsoldaten die Gewehre um und schlugen mit dem Kolben drein. „Dat fluscht beter!" wird den pommerschen Landwehrsoldaten dabei in den Mund gelegt und ist seitdem sprichwörtlich geworden.

In der Schlacht von Großbeeren bewährte sich auch das Zusammenwirken zwischen preußischen und russischen Truppen. In seinen Erinnerungen schreibt darüber der bekannte Militärreformer General von Boyen: „Das dritte Armeekorps formierte sich sehr schnell mit unverkennbarer Kampflust. Der Oberstleutnant Holtzendorff führte die Reserveartillerie, in der sich auch zwei russische zwölfpfündige Batterien unter dem Befehl des Obersten Dietrich befanden, dies war also ein schwieriges Dienstverhältnis. Holtzendorff ritt bei der Eröffnung der Kanonade an Dietrich heran und ersuchte ihn, mit seinen zwei Batterien neben ihm aufzufahren. Dietrich schien zu zaudern. Holtzendorff fuhr mit den preußischen Batterien einige hundert Schritt vor und begann sein Feuer. Dietrich sah einige Augenblicke zu, rückte dann entschlossen in die Gefechtslinie und nahm ehrenvoll am Kampf teil. Seit diesem Augenblick bestand nicht allein ein musterhaftes Einvernehmen zwischen den beiden Artillerieoffizieren, sondern Dietrich und seine Batterien wurden auch unsere treuen, ehrenwerten Kampfgenossen im ganzen Feldzuge."

Die französische Armee erlitt eine empfindliche Niederlage und zog sich zurück. Der strategische Plan Napoleons, die Nordarmee zu schlagen und Berlin in die Hand zu bekommen, war gescheitert. Oudinot zog sich nach Wittenberg zurück. In Berlin wurde aus diesem Anlaß ein großes Siegesfest gefeiert, für das der in Treuenbrietzen geborene Hofkapellmeister Heinrich Himmel (1765–1814) die Siegeskantate komponierte.

Aus Magdeburg war inzwischen ein französisches Korps unter General Girard bis Belzig vorgedrungen und wurde bei Hagelberg von der preußischen Landwehrdivision unter General von Hirschfeld in einem heftigen Kampf vernichtend geschlagen. Auch die Schlacht bei Hagelberg am 27. August 1813 bewies die Kampftüchtigkeit der Landwehr, die Hirschfeld selbst vor kurzem noch beweifelt hatte.



Denkmal der Schlacht von Großbeeren von Karl Friedrich Schinkel. Nach Veränderungen im vorigen Jahrhundert wurde bei der Rekonstruktion 1978 die ursprüngliche Form wiederhergestellt. Ein gleiches Denkmal befindet sich bei Dennewitz.

Napoleon hatte inzwischen den Kampf auch gegen die beiden anderen Armeen der Verbündeten aufgenommen. Er konnte auch eine Schlacht gegen die (südliche) Hauptarmee Schwarzenbergs bei Dresden gewinnen, doch am gleichen Tage errang die schlesische Armee unter Blücher einen Sieg in der Schlacht an der Katzbach. Unter diesen Bedingungen entschloß sich Napoleon, den Stoß auf Berlin zu wiederholen, um die strategische Initiative wieder in die Hand zu bekommen.

Neuer Oberkommandierender wurde Marschall Ney, dem für die Eroberung Berlins 58 000 Soldaten zur Verfügung standen. Er rückte sogleich vor und schon am gleichen Tage, am 5. September, kam es bei Zahna, Kreis Jüterbog, zu einem Gefecht mit dem Korps des Generals Tauentzien von der Nordarmee. Bereits am nächsten Tage, am 6. September 1813, stießen die Truppen Neys bei Dennewitz erneut auf das Korps Tauentzien, welches kaum standzuhalten vermochte. Nun aber fiel das Korps Bülow in die Flanke der überraschten Angreifer. Französische Reserven brachten wiederum eine kritische Lage für Tauentzien und Bülow. Den Ausschlag gab die von Bülow (gegen den Willen des Oberbefehlshabers Bernadotte) herbeigerufene Division des Generals Borstell. Wieder bewährte sich das Zusammenwirken mit den russischen Waffengefährten, wobei der Kampf der Batterien des Obersten Dietrich – wie in Großbeeren – besonders herausragte. Charakteristisch für die moralische Haltung der Landwehrsoldaten war das Beispiel von Friderike Krüger, dem „Heldenmädchen von Dennewitz". Trotz dreimaliger Verwundung setzte sie den Kampf weiter fort.

Sophie Dorothea Friderike Krüger wurde am 4. Oktober 1789 in Friedland als Tochter eines Ackerbürgers geboren. Im März 1813 trat sie unter dem Namen August Lübeck als Schneider in das Kolbergsche Regiment der preußischen Armee ein, wurde aber bald Soldat. Das Kolbergsche Regiment hatte sich 1807 bei der Belagerung Kolbergs durch französische Truppen formiert. In ihrer Biographie begründet sie ihren Entschluß: „Tief fühlte gewiß jedes deutsche Herz die Schmach, die dem Volke widerfahren war. . . . Doch nicht allein das männliche Geschlecht eiferte unter sich . . . Nein, würdig ihren alten Vorfahren, die mutig mit in den Kampf zogen, trat auch das andere Geschlecht auf und opferte alles, Schmuck und Putz. Was sollte ich tun? – die letzteren besaß ich nicht . . . Mitwirken wollte ich aber, und so faßte ich den Entschluß, mit Verleugnung meines Geschlechts, mich den Fahnen der Ausziehenden anzuschließen." Für ihre Tapferkeit in der Schlacht bei Dennewitz wurde sie zum Unteroffizier befördert und mit dem Eisernen Kreuz und später mit dem russischen Georgs-Kreuz ausgezeichnet. Als sie 1815 aus der Armee ausschied, schrieb ihr



Denkmal der Schlacht von Dennewitz, zwei Landwehrmänner aus Bronze, am Steinsockel ein Bronzerelief des Generals von Bülow. Victor Seifert, 1913



Sophie Dorothea Friderike Krüger, (1789–1848) das „Heldenmädchen von Dennewitz". Zeichnung nach einem alten Gemälde von Inge Grabow

Kommandeur in der Schlacht bei Dennewitz, General Borstell, über sie voller Achtung und Anerkennung. Seit Großbeeren war allgemein bekannt, daß sie ein Mädchen war. 1816 heiratete sie den Unteroffizier Karl Köhler, am 31. Mai 1848 ist sie in Templin verstorben. Dort ist ihr Grab und das ihres Ehemannes als Erinnerungsstätte an den Befreiungskrieg würdig gestaltet worden.

Die Armee des Marschalls Ney wurde durch die Niederlage bei Dennewitz in völlige Auflösung versetzt. Sie verlor 22 000 Mann.

Damit war der strategische Plan Napoleons endgültig gescheitert. Aber die veränderte Lage wurde durch Schwarzenberg (Hauptarmee) und Bernadotte (Nordarmee) nicht genutzt, der Krieg war in eine Sackgasse geraten. Blücher (Schlesische Armee) und sein Stabchef Gneisenau ergriffen wiederum die Initiative. Von Ostsachsen aus zogen sie die Elbe abwärts und überquerten den Strom bei Wartenburg (am 3. Oktober). Napoleon sah seine rückwärtigen Verbindungen gefährdet und zog sich in Richtung Leipzig zurück. Dadurch wurde der zögernde Bernadotte mit der Nordarmee veranlaßt, ebenfalls die Elbe zu überschreiten. Schwarzenberg folgte Napoleon mit der Hauptarmee. Die Völkerschlacht bei Leipzig bereitete sich vor.

Der „militärisch höchst verwegene" (Marx) Marsch Blüchers war nur möglich durch das Scheitern der napoleonischen Pläne zur Eroberung Berlins durch die Niederlagen von Großbeeren und Dennewitz. Es waren nicht die größten Schlachten, aber harte und verlustreiche Kämpfe, die den weiteren Verlauf des Befreiungskrieges nicht unwesentlich beeinflußt haben.

Literatur

1813–1963 Sturmzeichen des Befreiungskampfes. Zur 150-Jahr-Feier der Schlacht bei Großbeeren, der Rettung der Hauptstadt. Hrsg.: Ideologische Kommission der Kreisleitung der SED und Abteilung Kultur des Rates des Kreises Zossen. Zossen 1963. 40 S., Abb.

1988 Heimatkalender für den Kreis Jüterbog. Hrsg.: Rat des Kreises Jüterbog, Abt. Kultur. Enthält Artikel von E. Liese, H. Schulze und H. Päpke über die Schlacht bei Dennewitz (S. 38 ff)

Belziger Heimatkalender '88. Hrsg.: Rat des Kreises Belzig, Abt. Kultur. Enthält Artikel von R. Kunze über das Gefecht bei Hagelberg (S. 6 ff)

Hagelberg 1813: zum 175. Jahrestag des Gefechtes bei Hagelberg vom 27. August 1813. Hrsg.: Rat der Gemeinde Hagelberg mit Unterstützung der Abteilung Kultur des Rates des Kreises Belzig und der Gesellschaft für Heimatgeschichte. Autor: Frank Bauer. – Hagelberg 1988. m. Ill. und Karten

Mit Dampf auf den ersten Schienen in Preußen

von Kurt Ernert

Vom Beginn der deutschen Eisenbahnen

Als im Dezember 1835 die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth den öffentlichen Fahrbetrieb aufnahm, waren seit der Beendigung des Befreiungskampfes von der napoleonischen Fremdherrschaft 20 Jahre vergangen. Den Fürsten war es in diesem Zeitraum gelungen, ihre spätfeudale Restaurationspolitik in den Ländern des auf dem Wiener Kongreß geschaffenen Deutschen Bundes durchzusetzen. Im Widerspruch dazu war aber die volle Entfaltung der industriellen Revolution in den Staaten des deutschen Bundes nicht mehr aufzuhalten, die sich unter dem Einfluß der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas zunehmend durchsetzte. Die Entwicklung der Industrie und des Handels nahm in Deutschland einen solch raschen Aufschwung, daß die damals übliche Beförderung von Gütern und Menschen mit Planwagen und Postkutschen nicht mehr genügen konnte. Die ständig zunehmende kapitalistische Produktionsweise forderte deshalb Transportkapazitäten mit Massencharakter.

Nachdem in England die von George Stephenson konstruierten Dampfeisenbahnen erfolgreich ein neues Zeitalter eingeleitet hatten, befaßte sich auch die Bourgeoisie in Deutschland mit der Notwendigkeit des Eisenbahnbaus. Aber, bedingt durch die Kleinstaaterei stellten sich hier erhebliche Widersprüche und Schwierigkeiten für den Bau von Eisenbahnen ein, die auch den Entwurf für ein weitreichendes deutsches Eisenbahnnetz von Friedrich List, dem bedeutendsten Vertreter der deutschen Eisenbahnpioniere, scheitern ließen.

Die unaufhaltsame Entwicklung von Industrie und Handel zwang jedoch die Staaten des Deutschen Bundes, sich mit einer Änderung der drückenden Zollverhältnisse zu befassen. Jeder Durchgangsverkehr wurde durch etwa 36 Zollschranken behindert und dadurch auch verteuert. Diese Situation hemmte auch die Ausdehnung und Entwicklung des inneren Marktes. Infolge der zunehmenden Forderungen der jungen Bourgeoisie gründete diese unter Führung des preußischen Staates 1834 den „Deutschen Zollverein", der in seiner weiteren Entwicklung fast ganz Deutschland als einheitliches Zollgebiet zusammenfaßte.

Die deutsche Zolleinigung eröffnete dem Kapital einen großen einheitlichen Markt und bot wichtige Voraussetzungen dafür, das Verkehrswesen durch

die Ausnutzung der Dampfkraft zu revolutionieren und damit eine der größten Umwälzungen auf wirtschaftlichem und auch auf gesellschaftlichem Gebiet einzuleiten. Anfang der dreißiger Jahre setzten in Deutschland die allmählichen Vorbereitungen für den Bau der ersten Bahnlinien ein.
Die erste deutsche Eisenbahnstrecke von Nürnberg nach Fürth sowie der Bau der Leipzig-Dresdener Bahnlinie – dicht vor den Toren Preußens – ermunterten die preußische Bourgeoisie und zwangen die preußische Regierung zu Beratungen über eine Konzessionserteilung an Eisenbahngesellschaften. Der Druck der Bourgeoisie wurde in der Eisenbahnfrage so stark, daß sich das Staatsministerium dringend mit den allgemeinen Richtlinien für das völlig neue Transportunternehmen befassen mußte.
Nach Abschluß der Vorarbeiten zur Leipzig-Dresdener Eisenbahn wandte sich Friedrich List nach Preußen. Er bewarb sich im Mai 1835 mit zwei Eingaben an den preußischen König um eine Konzession für den Bau der Strecken Hamburg–Berlin und Magdeburg–Leipzig.
Auch hier ging es ihm um das Entstehen eines Eisenbahnnetzes und nicht um eine einzelne Linie. Friedrich List hob in seinen Eingaben hervor, daß die fortgeschrittene ökonomische Entwicklung einiger preußischer Provinzen nicht nur ansehnliche Profite durch den Eisenbahnbetrieb erbringt, sondern sich auch der Güter- und Personenverkehr auf den von ihm vorgeschlagenen weiteren Strecken im Zeitraum eines Jahrzehnts verdoppeln würde. Anfangs wurden die Pläne von Friedrich List mit großem Interesse in Preußen aufgenommen. Sein persönliches Anliegen, nämlich eine feste Anstellung zu erhalten, wurde ihm allerdings nicht gewährt. Trotzdem ist es erstaunlich, wie das Eisenbahnnetz, das List schon 1833 für Deutschland entworfen hatte, später in vollem Umfang verwirklicht wurde.

Die erste Eisenbahnstrecke in Preußen von Berlin nach Potsdam

1833 und in den folgenden Jahren wurden der Staatsregierung Preußens mehrere Projekte zum Eisenbahnbau vorgelegt, von denen das aus dem Jahre 1834 unsere besondere Beachtung verdient. Am 27. Januar des gleichen Jahres beantragten der Justizminister Robert und der Bankier Arons in Berlin die staatliche Genehmigung für den Bahnbau Berlin–Leipzig. Dazu verlangten sie eine zweijährige Garantie zum Schutz der vorzubereitenden Maßnahmen und zum Ausschluß jeglicher Konkurrenz. Als der Bauentwurf von der Regierung angefordert wurde, zog sich jedoch Arons von der Beteiligung zurück, aber der andere Teilhaber gab seine Bemühungen nicht auf; er erweiterte sogar seinen Entwurf Berlin–Magdeburg–Leipzig in die nördliche Richtung bis nach Hamburg.
Da sich Robert zur Aufwendung der Kosten nicht entschließen konnte, be-

schränkte er sich auf eine kurze Strecke und reichte den Bauplan mit dem Gesuch zur Konzessionserteilung für eine Eisenbahnstrecke Berlin–Potsdam am 4. Mai 1835 an den König von Preußen ein. Als fachlichen Berater hatte Robert den Oberbaurat Crelle aus Berlin gewonnen, und dieser arbeitete die Baupläne unter strengster Geheimhaltung aus.

In einem Entwurf vom 1. Mai 1835 gab Crelle folgende Begründung für den Bahnbau: „Der Verkehr wird zunehmen. Auf der Chaussee ist er schon jetzt 10mal so stark wie auf den sandigen unbefestigten Wegen. Fast ebenso wird die Steigerung durch die Eisenbahn gegen die Chaussee werden. (Von Berlin nach Potsdam 3 Stunden gegen früher 6–8 Stunden. Mit Eisenbahn 1½, ja 1 Stunde)."[1]

Robert rang beharrlich und mit großer Geduld um die Verwirklichung seines Projektes, dem Bau der Berlin-Potsdamer Eisenbahn. In seinen Empfehlungen hob er die Vorzüge und Annehmlichkeiten der Eisenbahnfahrt besonders hervor: „Der leichtere und schnellere Verkehr wird eine annehmliche Gelegenheit zur Erholung und zum Genuß der freien Luft und Ländlichkeit bieten, die den Berlinern so sehr fehlen. Ja es werden sogar Personen, die gern außerhalb der Stadt wohnen, Potsdam zum Aufenthalt wählen. Potsdam wird zu Berlin beinahe in die gleiche Lage wie Charlottenburg kommen. Besonders wichtig ist der schnellere Verkehr mit der Eisenbahn für den Genuß der öffentlichen Vergnügungen in beiden Städten, der jetzt nur mit Nachtquartier möglich war. Wer aber um 4½ Uhr nachmittags mit der Eisenbahn nach Berlin zum Schauspiel, Konzert u. a. fährt, kann um 11 Uhr abends wieder zurücksein. Also auch hier ähnliche Verhältnisse wie in Charlottenburg. Insbesondere wird noch die Eisenbahn für die Stadt Potsdam nützlich sein. Sie wird ihr ungemein viel neuen Verkehr, insbesondere Güterfrachten zuführen."[2]

Am 14. Mai 1835 hatte der preußische König nach dem Gesuch Roberts um Konzessionserteilung ein Gutachten von den beteiligten Behörden gefordert. Dieses wurde ihm am 27. November 1835 vorgelegt. Darin heißt es: „Die Anlage einer Eisenbahn von Berlin nach Potsdam kann zwar, als selbständiges Ganzes betrachtet, weder in kommerzieller noch in strategischer Hinsicht als besonders wichtig betrachtet werden. Erwägt man aber, daß sie künftig in der Richtung nach Magdeburg oder Halle fortgesetzt werden könnte, so erscheint sie als der Anfang einer größeren und folgenreichen Unternehmung. Als die erste Eisenbahn in der Monarchie, die als Landstraße zu dienen bestimmt ist und wahrscheinlich sich einer hinlänglichen Frequenz, wenigstens für den Personenverkehr, erfreuen wird, nimmt sie durch ihre Verbindung mit der Hauptstadt das Interesse der Techniker, ja selbst des ganzen Publikums in hohem Grade in Anspruch."[3]

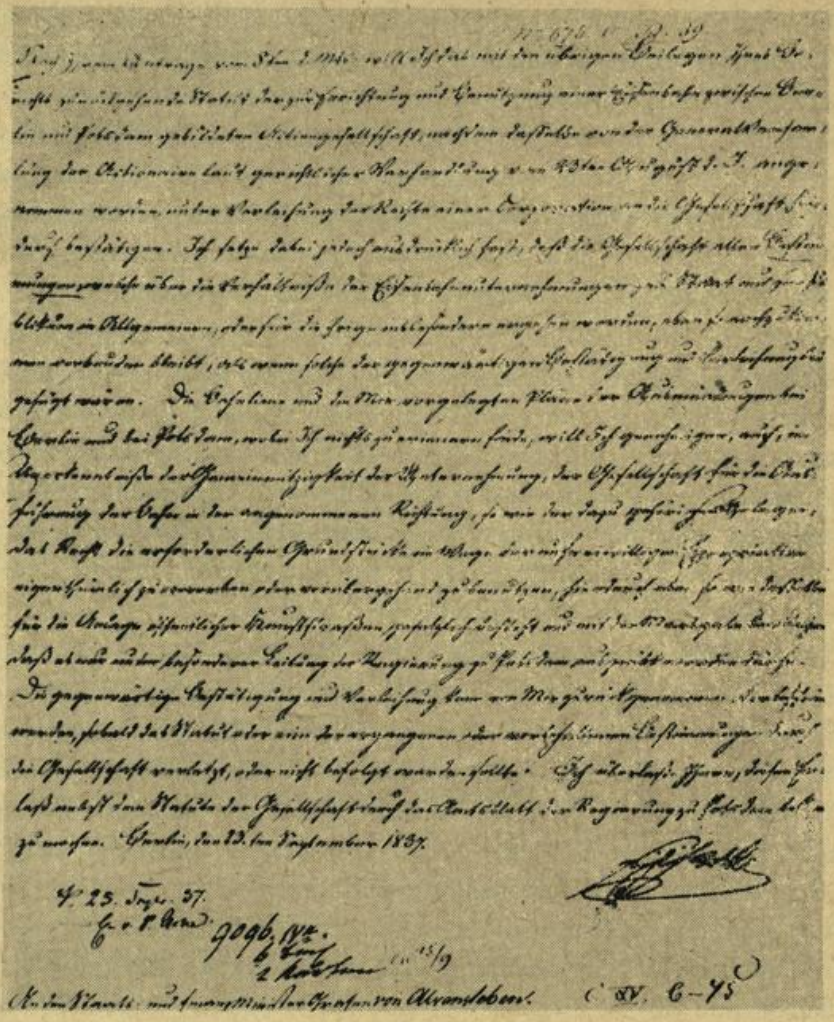
Eine grundlegende Voraussetzung für den Bahnbau war, daß der Eisen-

bahngesellschaft mit der Übergabe der staatlichen Konzession auch das Expropriationsrecht (Enteignungsrecht) verliehen wurde. Die Grundbesitzer waren in diesem Fall gezwungen, das benötigte Terrain für den Bahnbau der jeweiligen Eisenbahngesellschaft gegen volle Entschädigung abzutreten. Dagegen leisteten die preußischen Junker hartnäckigen Widerstand, weil sie die für den Bahnbau vorgesehenen Landstriche hergeben mußten und darüber hinaus auch Arbeitskräfte verloren. Viele Landarbeiter verließen die Güter, um für höheren Lohn beim Eisenbahnbau zu arbeiten.

Nachdem endlich die Erteilung des Enteignungsrechts für den Bau der Berlin-Potsdamer Eisenbahn in Aussicht gestellt war, konnte Roberts Projekt Wirklichkeit werden. Er hatte inzwischen ein Verzeichnis über die für den Bahnbau benötigten Grundstücke, einen Tarifentwurf sowie ein Statut für die Gründung einer Eisenbahngesellschaft einschließlich einer Aufstellung der beteiligten Aktionäre ausgearbeitet und der Staatsregierung vorgelegt. So konnte am 26. Februar 1836 die erste Hauptversammlung der Gesellschaftsaktionäre in Berlin stattfinden.

Diese junge Eisenbahngesellschaft mußte bis zum Beginn des Bahnbaus noch einige bürokratische Hindernisse des preußischen Staates überwinden. Auch das Statut wurde im Laufe des Jahres 1836 noch mehrmals umgearbeitet. Für einen sicheren Eisenbahnverkehr auf der künftigen Strecke Berlin–Potsdam formulierte der Vorstand der Gesellschaft ein Bahnpolizeireglement; darin heißt es, „daß, wenn Dampfkraft gefahren werde, nicht gleichzeitig Bahnwagenbeförderung durch Tierkräfte zugelassen sei. So lange die Bahn eingleisig bleibt, soll zwischen zwei aufeinanderfolgenden Zugabfahrten mindestens ein Zeitraum von zwei Stunden für die gleiche und von einer Stunde für die entgegengesetzte Fahrtrichtung liegen. In der Regel genügt alle zwei Stunden eine Fahrt, um die Bedürfnisse des Publikums zu befördern, und zwar sehr präzis beim Schlage der Uhr, vom 1. April bis 1. Oktober neunmal, im Winter achtmal täglich ein Dampfwagen. Auf die Bahnwagen verteilt sollen vier Wagenmeister mitfahren, die auf den Lauf der Wagen und die Bahn genau acht geben. Die bevorstehende Ankunft und den Abgang des Wagenzuges an den Endpunkten gibt der vordere Wagenmeister durch Trompetenstöße kund, damit man sich bereit halte. Auf 1000 Ruthen Entfernung kommt ein Wegewärter zum Abfegen der Schienen, Ausbessern der Strecke, Geben von Zeichen. Vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang kommen ebensoviele Hilfswärter dazu, ebenso bei Nebel, Schneegestöber und Glatteis.“[4]

Besondere Schwierigkeiten machte die Auseinandersetzung mit der Post. Die Bedingungen der Post waren gegenüber der Eisenbahn als aufkommende Konkurrenz sehr hart. So verlangte sie für die Entziehung des gesamten Lokalpersonenverkehrs eine Entschädigung. Beim Eisenbahntransport von



Konzessionserteilung für die Eisenbahn von Berlin nach Potsdam vom 23. September 1837

Brief-, Paket- und Geldsendungen wollte die Post den niedrigsten Frachtsatz zahlen, und die begleitenden Postbeamten sollten unentgeltlich befördert werden. Die Eisenbahngesellschaft war mit diesen Bedingungen nicht einverstanden. Nach mehreren Verhandlungen kam es dann am 4. Januar 1837 zu einer Einigung. Entsprechend den neuen Bedingungen sollte die Eisenbahn bei Inbetriebnahme der Strecke Berlin–Potsdam für die Post in jedem Zug die Fahr- und Schnellposten und Briefsäcke unentgeltlich mit einem Post- und Beiwagen befördern. Als Entschädigung hatte die Eisenbahngesellschaft an die Post jährlich 5000 Taler zu zahlen, und wenn Fahrten der Eisenbahn nicht eingehalten werden, dann sollte die Post Schadenersatz bekommen. Dieses Abkommen wurde am 24. April 1837 von dem Generalpostmeister Nagler genehmigt. Kurze Zeit darauf gab die Eisenbahngesell-

schaft zu einigen Änderungen des Statutes und zu dem Vertrag mit der Post ihre Zustimmung.[5]

Als im Sommer 1839 die ersten Erfahrungen mit der in Betrieb befindlichen Berlin-Potsdamer Eisenbahn vorlagen, äußerte sich der Generalpostmeister Nagler, der anfangs ein großer Widersacher dem Eisenbahnbau gegenüber war, in einer Denkschrift an einen preußischen Staatsminister wie folgt: „Es ist unmöglich, gegen die neue Erfindung in Konkurrenz zu treten. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß Post- und Eisenbahnbetrieb mit möglichster Einheit ineinander greifen."[6]

Inzwischen war durch die Kabinettsorder vom 31. März 1837 der Eisenbahngesellschaft mitgeteilt worden, daß dem Enteignungsrecht nichts mehr im Wege stehe. Gleichzeitig waren aber noch die Befugnisse und Verbindlichkeiten der Gesellschaft im Verhältnis zu Staat und Publikum zu klären.

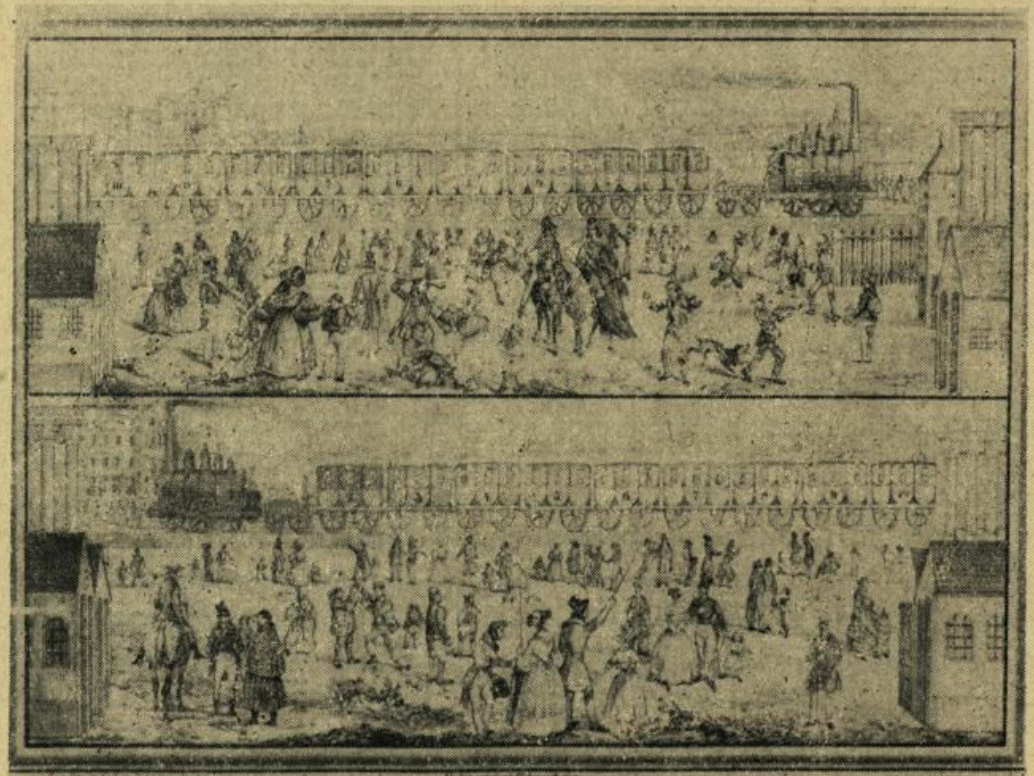
Nach Überwindung der Schwierigkeiten, die hier nur auszugsweise dargestellt werden konnten, erhielt die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft am 23. September 1837 die Konzessions- und Korporationsrechte verliehen. Die Festlegung des Anfangs- und Endpunktes der Bahnlinie bereitete in Berlin keine Probleme, während die Wahl des Endpunktes in Potsdam kompliziert war. Denn außer dem Zugang zur Stadt war eine spätere Weiterführung der Bahn nach Magdeburg oder nach Sachsen-Anhalt zu berücksichtigen. Deshalb standen für Potsdam drei Varianten für eine Bahnstation zur Debatte: Die Alte Königstraße (heute Friedrich-Engels-Straße), der Platz gegenüber der (ehemaligen) Heiligengeistkirche und die Wendlerschen Grundstücke an der Langen Brücke. Die Wendlerschen Grundstücke boten den besten Anlauf zur Stadt und die Möglichkeit, den Bahnhof an der Langen Brücke aufzubauen, aber dieser Plan scheiterte zunächst an dem Widerspruch der damaligen Besitzerin Frau Wendler. Sie hatte bereits 1814 dieses Land als Rittergut von ihrem Vater August Kähne aus Petzow als Erbe erworben. Sie wollte nicht ihren Besitz zwischen der Alten Königsstraße und der Havel aufgrund einer Eisenbahnlinie durchschneiden lassen.[7]

Auf der Grundlage des Konzessions- und Enteignungsrechts entschied sich die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft trotz Widerstandes für die Bahnführung durch die Wendlerschen Grundstücke. Das bewog Frau Wendler, sofort Verhandlungen über den Grundstücksverkauf einzugehen. Deshalb bot sie 44 Morgen Acker und Wiese zwischen Alter Königsstraße, Nuthe und Havel für den Preis von 40 000,– Taler der Eisenbahngesellschaft an. Die Gesellschaft ging auf dieses Angebot ein, kaufte aber zunächst nur 22 Morgen für 19 186,– Taler.[8]

Am 18. November 1837 hatte der König mit einer Kabinettsorder auch die Ausmündung der Eisenbahn an der Langen Brücke genehmigt, womit zugleich der Bauplan für die gesamte Linienführung der Strecke Berlin–Pots-

dam bestätigt war. Somit war der Start für den Bau der Eisenbahnlinie Berlin–Potsdam freigegeben.

Schon während des Baues stellte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft fest, daß ihr Aktienkapital wegen unvorhergesehener Mehrausgaben erheblich erhöht werden mußte. Da man doch mit zwei gleichzeitigen Fahrten von Berlin nach Potsdam rechnete, bestellte die Gesellschaft in der Stephensonschen Fabrik in Newcastle statt 3 gleich 6 Dampflokomotiven vom Typ Adler, Pegasus und Iris zu je 14 000 Taler. Dazu wurde auch noch eine größere Zahl von Personenwagen in einer englischen Waggonfabrik bestellt. Hinzu kam, daß bei Kohlhasenbrück mit einem Kostenaufwand von 8500 Talern Pfähle in den Sumpf gerammt werden mußten. Für 28 Bahnwärter wurden Wohnungen zu je 3000 Taler gebaut. Der Potsdamer Bahnhof in Berlin hatte allein 60 000 Taler mehr gekostet als geplant, und der Bahnhofsbau in Potsdam, der an der Heiligengeistkirche 15 105 Taler kosten sollte, erforderte an der Langen Brücke eine Summe von 48 507 Talern. Wegen dieser Mehrkosten hatte eine Generalversammlung der Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft am 5. Februar 1838 eine Erhöhung der Aktien um 300 000 Taler beschlossen.



Die Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam.

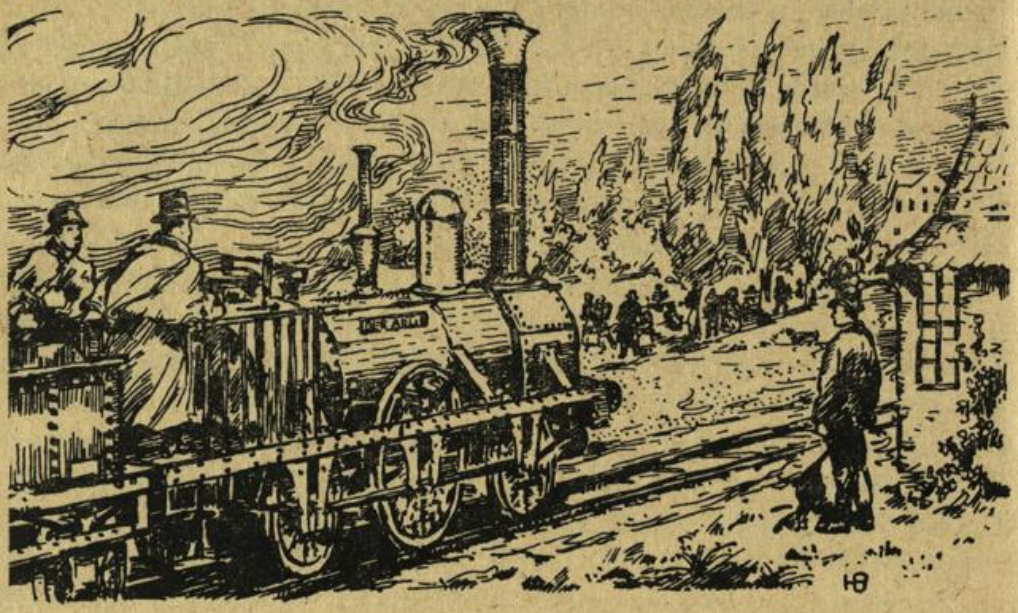
Einige Wochen danach mußte die Eisenbahngesellschaft eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 400 000 Taler beschließen, die auch vom König genehmigt wurde. Die Gesamtkosten für den Bau der Berlin-Potsdamer Eisenbahn betrugen mit allem was dazu gehört wie Grundstückserwerb, Gleisanlagen, Transportmittel, Bahnhöfe, Brücken u. a., rund 1 038 564 Taler.[9]

Im Sommer 1838 wurde nach 14monatiger Bauzeit der Bau der Teilstrecke Potsdam–Zehlendorf vollendet. Wenn auch nur eingleisig, mit Ausweichstellen versehen, war es unter den damaligen Bedingungen eine beachtenswerte Leistung, wenn man bedenkt, daß der erste Chausseebau auf derselben Strecke drei Jahre gedauert hat.

Anfang September begannen auf der zuerst fertig gewordenen Strecke von Zehlendorf nach Potsdam die täglichen Probefahrten. Die beiden englischen Lokomotiven „Pegasus" und „Adler" fuhren abwechselnd vormittags von Potsdam nach Zehlendorf und von da zurück, wobei eine Reihe Waggons angehängt wurden. Der Andrang der Potsdamer Bürger war sehr groß, wollte doch ein jeder die fauchenden Dampfrosse durch die Landschaft fahren sehen.

Am 22. September 1838 konnte die Strecke von Zehlendorf nach Potsdam für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden. Die feierliche Eröffnungsfahrt am 21. September 1838 wurde zu einem wahren Volksfest.

An der Eröffnungsfahrt von Potsdam nach Zehlendorf nahm Ludwig Rellstab als Berichterstatter der Vossischen Zeitung teil. Er schilderte die Fahrt wie folgt: „Die Eröffnung der Berlin-Potsdamer Eisenbahn auf der Strecke von Potsdam nach Zehlendorf, hat heut, unter den günstigsten Verhältnissen statt gefunden. In gewisser Beziehung ist dieses Ereignis, da es den Anfangspunkt der Benutzung der Eisenbahnen im preußischen Staat bildet für diesen eines der wichtigsten des Jahrhunderts. In der Geschichte der Industrie wenigstens dürfte ihm keins an die Seite zu setzen sein. Der Potsdamer Bahnhof, dessen schöne Gebäude noch nicht ganz vollendet sind, war mit einem interimistischen Aufbau versehen, welcher einen größeren Salon und zwei kleinere elegant eingerichtete Gemächer, als Versammlungsorte für die Abreisenden bei üblem Wetter, enthält. Den Weg dahin hatte man mit Kränzen, Blumengewinden und Fahnen verziert. Schon am frühen Morgen an bot die Gegend um den Bahnhof ein belebtes Schauspiel dar; gegen die Mittagszeit aber waren Tausende von Zuschauern herbeigeströmt, welche auf der Brücke, in den ringsum gelegenen Gärten, Wiesen, Feldern und Wegen, sich in bunte Gruppen verteilt hatten, um der Abfahrt beizuwohnen. Es waren zu derselben über dreihundert Billette ausgegeben worden, und sechzehn Wagen wurden von den Lokomotiven ‚Adler' und ‚Pegasus' gezogen. Auf den vordersten Wagen wehten Fahnen in den preußischen Farben und



mit dem preußischen Adler geschmückt. Diese und die Lokomotiven waren gleichfalls mit Laubgewinden geschmückt. Kurz vor zwölf Uhr wurde das Zeichen zum Einsteigen gegeben; auf dem ersten Wagen befand sich ein Musikcorps und unter schmetterndem Hörner- und Trompetenklang und den Freudenschüssen aufgestellter Böller, setzte sich mit dem Schlag zwölf Uhr der Zug in Bewegung. Ein schneidendes Pfeifen gab das Signal zur Abfahrt. Sie begann im langsamen Tempo, wuchs aber mit jeder Sekunde, bis sie jene rapide Schnelligkeit erreicht hatte, wodurch die Eisenbahnen ihren so glänzenden Sieg über alle sonstigen Mittel des Fortkommens erfechten. Einige Reiter versuchten eine Zeitlang den Wagenzug zu begleiten, doch schon nach wenigen Minuten konnten die erschöpften Pferde nicht mehr in gleicher Schnelligkeit folgen. In nicht voll zweiundzwanzig Minuten war der Anhaltspunkt Zehlendorf, eine Strecke von 3850 Ruthen, erreicht. Da in der Folge bei größerer Einübung der Leute gewiß die Fahrt sich noch beschleunigen läßt, überdies diese Strecke die größere ist, indem die folgende nur noch 1350 Ruthen beträgt, so wird der ganze Weg von Potsdam nach Berlin künftig in 40 Minuten zurückgelegt werden.

Nach einem etwa halbstündigen Aufenthalt wurde die Rückfahrt nach Potsdam angetreten, welche der Berichterstatter jedoch nicht mitmachte.

Die höheren Beamten der Regierungs- und städtischen Behörden in Potsdam waren zu der Fahrt eingeladen und hatten derselben zum größten Teil beigewohnt. Mittags wird ein großes Gastmahl in Potsdam die Direktoren, viele Aktionäre und Ehrengäste vereinigen. Durch die zweckmäßigen Einrichtungen, welche seitens der Post-Behörde zur Beförderung nach Zehlendorf ge-

troffen sind, so wie durch die Aufstellung der Kremser Fuhrwerke, wird es möglich sein, diese fertige Bahnstrecke schon jetzt, sowohl zu Vergnügungsfahrten, wie zur Beschleunigung des Verkehrs zu benutzen. Zu den ersteren ladet das schöne Herbstwetter noch ganz besonders ein; der bei Zehlendorf durch Heinz Heinzelmann erbaute Salon, so wie das elegante von d/ nselben eingerichtete Lokal in Potsdam nächst dem Bahnhofe, bieten den Spazierfahrern auch zugleich angenehme Aufenthaltsplätze dar, um die Zeit der Abfahrt abzuwarten. Der glückliche Anfang ist gemacht; möge der Fortschritt in gleicher Weise erfolgen. Bald wird das Publikum es allgemeiner zu würdigen wissen, welche unschätzbare Wohltat demselben durch die Anlegung der Eisenbahn geworden ist, die nach Vollendung Berlin aus seiner ärmlichen Gegend gewissermaßen in die nahe Nachbarschaft der anmutigen Umgebungen versetzen wird." [10]

Nachdem die Teilstrecke bis Zehlendorf in vollem Betrieb war, wurde mit hohem Arbeitseinsatz an der Vollendung des zweiten Streckenabschnittes bis nach Berlin-Steglitz gearbeitet. Die Gesamtsrecke Potsdam–Zehlendorf–Berlin wurde dann am 29. Oktober 1838 dem öffentlichen Verkehr übergeben. Auch an diesem Tag ertönte Punkt zwölf Uhr das Signal zum Einsteigen, und wenige Minuten später setzte sich der Zug, gezogen durch die Lokomotiven „Pegasus" und „Iris", in Bewegung. Auf dieser Strecke verkehrten täglich vier Züge mit je elf Wagen. Bei Kohlhasenbrück, dem heutigen Bahnhof Griebnitzsee, in der Machnower Heide, in Zehlendorf und Steglitz befanden sich die Haltestellen. Zu dieser Zeit konnten die Nowaweser und Neuendorfer Einwohner nur die vorbeifahrenden Züge bewundern, denn erst 1866 wurde für beide Ortschaften eine gemeinsame Haltestelle errichtet.

Jeder Fahrgast konnte 30 Pfund Freigepäck mitnehmen. Eine Fahrt zwischen Berlin und Potsdam kostete 1. Klasse 17 1/2, 2. Klasse 12 1/2, 3. Klasse 7 1/2 Silbergroschen. „Damit war der erste Eisenbahnbetrieb in Preußen in vollem Gange und fand zunehmend großen Zuspruch. Täglich nutzten ungefähr 2000 und an Festtagen sogar 4000 Menschen dieses neue Verkehrsmittel." [11]

Dem preußischen König waren die Dampfwagen allerdings noch nicht recht geheuer, und deshalb ließ er es sich nicht nehmen, noch eine Zeitlang in seinem Kutschwagen neben der Bahn herzufahren. Aber bei der Geschwindigkeit merkte er selbst, daß seine edlen Trakehner mit der Lokomotive nicht Schritt halten konnten, und so erfuhren die Berliner zu ihrer Überraschung, daß der König mit der Eisenbahn nach Potsdam gereist sei.[12]

Die Berlin-Potsdamer Eisenbahn wurde unmittelbar nach der Eröffnung als neues Verkehrsmittel in steigendem Maße in Anspruch genommen. Infolge dessen mußte die Anzahl der täglich fahrenden Züge erhöht werden. Dazu

war es erforderlich, den Fahrzeugbestand erheblich zu erweitern. Deshalb kaufte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft im Jahre 1839 weitere 7 Dampflokomotiven; 2 amerikanische 2-A-Lokomotiven, „Amerika" und „Prussia" von William Norris, Philadelphia USA, 1 englische Lokomotive von C. Taylor, Warrington, die jedoch nicht in Gang kam, und 4 englische Lokomotiven von Stephenson, außerdem weitere 30 Personenwagen und 10 Güterwagen.

Im selben Jahr wurde auch die erste deutsche Dampflokomotive von der Fabrik des Dr. Kufahl, Berlin, geliefert, der nach 1842 eine weitere der Eisengießerei Eggels, Berlin, folgte.[13]

Berlin = Potsdamer Eisenbahn.

Fahrten.

Tage, an welchen die Fahrt geschieht	Von Berlin nach Potsdam.	Von Berlin nach Steglitz.	Von Potsdam nach Berlin.	Von Steglitz nach Berlin.	Von Potsdam nach Kohlhasenbrück.	Von Kohlhasenbrück nach Potsdam.
Sonntag, Dienstag, Donnerstag.	5¼. 7. 10¼. 1¼. 3. 6. 9¼.	2. 3¼. 7. 9. Nachmittags.	8¼. 12. 4¼. 7¼. 8. 9¼. 11. Letztere Fahrt findet nur dann statt, wenn sämmtliche Billete zu den vorhergehenden 3 Fahrten verkauft sind.	2¾. 4. 7¼. 10¼ Nachmittags.	5 Nachmittags.	8¼ Abends.
Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend.	7. 10¼. 1¼. 3. 6. 11. letztere Fahrt mit Pferden.	2. 3¼. 7. 9. Nachmittags.	5. 8¼. 12. 4¼. 8. 9¼. Die erste Fahrt um 5 Uhr mit Pferden.	2¾. 4. 7¼. 9¼ Nachmittags.	5 Nachmittags.	8¼ Abends.

Am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend hält der Zug von Potsdam um 5 Uhr, und der Zug von Berlin um 1¼ Uhr in Steglitz, Zehlendorf und am Machnower Wege, Wärter-Bude Nr. 36. an, um Passagiere zu verhältnißmäßigen Fahrpreisen aufzunehmen und abzusetzen. (ad VIII.)

Die Sitze der Wagen 2ter und 3ter Classe sind ohne Nummern und die Belegung einzelner Plätze ist nicht zulässig.

Die Sitze 1ster Wagenklasse sind numerirt und man kann sich solche einzeln für Coupées und für ganze Wagen im Voraus sichern. Es wird gebeten, die Fahrbillets mindestens 5 Minuten vor der zur Abfahrt bestimmten Zeit zu lösen, weil von dieser Zeit an kein neuer Wagen mehr in den Zug hineingeschoben werden kann und nur die etwa noch unbesetzt gebliebenen Plätze verkauft werden.

Ganze Coupées und Wagen werden auf Verlangen in allen Wagenclassen verkauft, müssen jedoch ½ Stunde vor Abgang des Zuges bestellt werden.

Ein Platz 1ster Classe wird für 6 — 2ter — — — 8 u. 10 — 3ter — — — 10 — } Personen berechnet. Dergleichen Coupées werden mit Bestellzettel bezeichnet und bleiben den Bestellern für die Fahrt reservirt.

Das Publikum wird bei Empfangnahme der Billets ersucht, sich genau zu überzeugen, ob die erhaltenen auch zu der gewünschten Fahrt ausgestellt sind, indem ein späterer Umtausch nicht statthaft ist. Für Schaden durch herumfliegende Funken ꝛc. wird nur bei den innern Plätzen der Wagen 1ster und 2ter Classe garantirt, wenn der herbeigeführte Verlust auf der Stelle nachgewiesen worden ist.

I. Fahr-Taxe für Passagiere.

Zwischen Berlin und Potsdam.

Ein Platz erster Classe . . . . . 17½ Sgr.
Ein Platz zweiter Classe und der obern Sitzplätze . . . . . 12½ Sgr.
Ein Platz dritter Classe . . . . . 7½ Sgr.

Jeder Reisende hat 30 Pfund Reisegepäck frei. Ueberfracht wird bis zu jeden 10 Pfunden mit 1 Sgr. berechnet, wenn es nicht Frachtgüter sind, die nach

Bei der Berlin-Potsdamer Eisenbahn setzte man sich zunächst stark für die Norris-Lokomotiven ein. Sie besaßen gegenüber den zeitgenössischen englischen Lokomotiven eine Reihe beachtlicher Vorteile. So war z. B. bei den Norrisschen Lokomotiven „Amerika" und „Prussia" das Triebwerk nach außen verlegt. Damit sind die zu Brüchen neigenden Kropfachsen der englischen Innenzylinderlokomotiven vermieden worden.[14]

Noch bessere Betriebseigenschaften besaßen erst die 1845/46 gelieferten acht 1-A-1 Lokomotiven von Friedrich August Borsig, Berlin, dem eine fünfjährige Erfahrung beim Bau von 60 Lokomotiven für andere deutsche Eisenbahngesellschaften zugute kam. „Beachtenswert ist die Tatsache, daß sich Friedrich August Borsig bei der Gestaltung der ersten von ihm hergestellten Dampflokomotive nach den Norris-Lokomotiven der Berlin-Potsdamer Eisenbahn orientiert hat. Der Gesamtaufbau der ersten Borsigschen Dampflokomotive lehnte sich nämlich eng an die ‚Amerika' und ‚Prussia' von Norris an."[15]

Bei einer ersten Bilanz durch die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft stellte man fest, daß sich die betriebswirschaftlichen Ergebnisse mit einer steigenden Tendenz abzeichneten.

Im Unterschied zu der technisch-ökonomischen Entwicklung des Eisenbahnbetriebes in Preußen hielten die vom preußischen Staat herausgegebenen gesetzlichen Grundlagen zeitlich nicht Schritt. Sie wurden von Staats wegen erst in den folgenden Monaten modifiziert. Das äußerte sich darin, daß das preußische Eisenbahngesetz erst am 3. November 1838 erlassen wurde. Deshalb erfolgte bis zu dieser Zeit der Fahrbetrieb auf der Grundlage einer Notverordnung, um Unglücksfällen vorzubeugen. Erst am 19. Januar 1839 erließ der preußische Finanzminister ein Polizei-Reglement für die Berlin-Potsdamer Eisenbahn. Neben eingehenden Vorschriften über den gesamten Transportbetrieb wird besonders auf Gefahren bei Nachtzeit hingewiesen. Während bei der Aufnahme des Bahnbetriebes die Züge ab Einbruch der Dunkelheit von Pferden gezogen wurden, ging man allmählich dazu über, auch bei Nachtfahrten Lokomotiven einzusetzen. Zur Beleuchtung der Strecke waren die Triebfahrzeuge mit zwei großen weißen Reverber-Laternen und zwei roten Lampen ausgestattet, um dem Publikum das Herannahen des Zuges sichtbar zu machen. Die benötigten Laternen wurden auch zunächst aus England bezogen.[17]

Nach dem Erlaß des preußischen Polizei-Reglements wurden täglich Polizeirapporte über den Verkehr auf der Berlin-Potsdamer Eisenbahn durchgeführt, die die Aufgabe hatten, nicht nur die Anzahl der Reisenden, sondern auch besondere Vorkommnisse während der Fahrt zu registrieren. In diesem Zusammenhang soll aus einem Polizeirapport von 1839 die Unfallgefahr auf dem Bahngelände der damaligen Zeit verdeutlicht werden:

„Berlin, 25. Mai 1839. Nachmittags 3 Uhr wurde der Bahnwärter Fuhrmann auf seinem Posten vor dem Wachthaus Nr. 42 bei Kohlhasenbrück bei der Vorbeifahrt des Zuges verletzt. Dem letzten Personenwagen war ein Lastwagen beladen mit Hölzern angehangen. Von den Hölzern legte sich eines quer und verletzte den Bahnwärter im Gesicht. Er mußte ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen." [18]

„Berlin, 30. Mai 1839. Zwischen Zehlendorf und Steglitz 8.00 Uhr abends ist ein Fohlen erschreckt durch das Pfeifen von der Stute gelöst in Richtung fahrenden Zug gelaufen. Der Maschinist gab sofort Zeichen zum Bremsen. Ein Überfahren des Fohlens konnte verhindert werden. Als der Zug stand, sprang ein Passagier vom offenen Wagen und wollte nachschauen, was passiert sei. Der Zug setzte sich in Bewegung. Durch den Ruck verlor der Passagier das Gleichgewicht und fiel zwischen die Wagen glücklicher Weise zwischen die Schienen. Ihm wurde zugerufen, still liegen zu bleiben. Der Maschinist erhielt wiederum das Haltesignal, was unmittelbar geschah. Der Passagier erlitt außer dem Schock keinen Schaden." [19]

Der erste Eisenbahnpostdienst auf der Berlin-Potsdamer Eisenbahn wurde auf der Grundlage der gemeinsamen Einigung zwischen der Eisenbahngesellschaft und der Post vom 4. Januar 1837 in Betrieb genommen. Dabei wurden die Postwagen vor jeder Fahrt auf Wagenuntergestelle der Eisenbahn geschoben. Auf dem Postillionsitz nahm der Schirrmeister Platz, der als Begleiter des Postwagens unterwegs den Austausch des Postgutes zu besorgen hatte. Er war dabei aber nicht nur den Unbilden der Witterung, sondern bei dem häufigen Schaukeln des Wagens auch nicht geringen Gefahren ausgesetzt. Diese Art der Postbeförderung fand nur auf kurzen Strecken statt und fiel 1846 ganz weg. Denn bereits 1841 hatte man zwischen Berlin und Leipzig besondere, auf Schienen laufende Eisenbahnpostwagen zunächst versuchsweise eingesetzt. Diese waren in ihrer äußeren Form den Fahrzeugen der Eisenbahngesellschaften angepaßt. Das Innere der Wagen bestand aus einem Packraum, der mit Schreibpult, Sitz und Vorrichtungen für die Postablage ausgestattet war. Zur Beleuchtung dienten an der Wagendecke angebrachte Öllampen. Um Schienenstöße abzuschwächen, war der Wagenboden mit einer Polsterung aus Segeltuch und Roßhaar ausgelegt.[20]

Zur Entstehung der Eisenbahnwerkstatt in Potsdam

Bereits einige Monate vor der Teileröffnung der Berlin-Potsdamer Eisenbahn am 22. September 1838 war neben dem Bahnhof in Potsdam auf den Wendlerschen Grundstücken eine Werkstatt für Lokomotiven und Wagen fertiggestellt worden. In ihr wurden vorerst die aus England eingeführten Lokomotiven zusammengebaut und für die Probefahrten vorbereitet. Kei-

neswegs war dies eine Werkstatt oder ein Ausbesserungswerk im späteren oder gar heutigen Sinne. Die Einrichtung erfüllte aber bei aller Einfachheit der Ausstattung lange Zeit ihre sehr wichtigen Aufgaben, nämlich den Zusammenbau, die Ausbesserung und Unterhaltung der Fahrzeuge und sonstigen Betriebsmittel.

Die erste deutsche Eisenbahnwerkstatt war bereits mit der Inbetriebnahme der Eisenbahnstrecke Nürnberg–Fürth entstanden. Am Anfang der Strecke bei Nürnberg befanden sich an den Seiten der Bahn zwei Remisen (Wagenschuppen), in denen die Wagen aufgestellt und mit Hilfe von Drehscheiben und einer amerikanischen Plattenschienenverbindung von einer Remise in die andere befördert werden konnten. Diese einfache Werkstatt war für die Ausführung der Erhaltungsarbeiten an einer Lokomotive und an neun Personenwagen, dem ersten Fahrzeugbestand der Ludwigsbahn, ausreichend. Anfangs der siebziger Jahre wurde diese Werkstatt, inzwischen mehrmals vergrößert, jedoch wieder abgerissen. Deshalb sind im Unterschied zum Bahnbau in Bayern die Potsdamer Eisenbahnwerkstätten die ältesten auf deutschem Boden.[22]

In den ersten Jahren des deutschen Eisenbahnbaus mußten sich die Eisenbahngesellschaften, die knapp zehn Jahre nach den ersten englischen entstanden waren, ausschließlich am englischen Vorbild orientieren. In Deutschland war in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts die Industrie, insbesondere der Maschinenbau, noch nicht so technisch entwickelt, um den Bau der Eisenbahntransportmittel und die dazu erforderlichen Ausrüstungen selbst zu produzieren. Deshalb waren die Gesellschaften darauf angewiesen, Lokomotiven, Schienen, Bahnwagen und anderes Eisenbahnmaterial aus England zu importieren.

Da noch kein erfahrenes deutsches Eisenbahnpersonal zur Verfügung stand, wurden anfangs englische und amerikanische Maschinisten und Eisenbahnhandwerker in den deutschen Eisenbahngesellschaften eingestellt. So war es nicht verwunderlich, daß in Potsdam der englische Ingenieur William Turner die Leitung der Eisenbahnwerkstatt übernahm. Bereits 1837 hatte er die ersten sechs Stephensonschen Lokomotiven aus England mitgebracht sowie englische und amerikanische Werkstattarbeiter, die unter seiner Leitung die Lokomotiven aufbauten und später die anfallenden Reparaturen durchführten.

Eine Schmiede mit Werkbänken und Schraubstöcken, ein massiver Dampfwagenschuppen, eine Kohlenhalle und ein kleines Bürogebäude waren die damalige Betriebsanlage. In Berlin, in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs, baute man eine ähnliche Werkstatt. Sie bestand aus einem Dampfwagen- und zwei Wagenschuppen. In den ersten Betriebsmonaten mußten in Berlin und Potsdam sechs Dampflokomotiven von etwa 30 bis 35 PS und einer

Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h betreut werden. Ferner waren zwei Staatswagen, fünf Personenwagen 1. Klasse, neun Personenwagen 2. Klasse, achtundzwanzig Personenwagen 3. Klasse sowie vier Viehwagen und acht Bahnkarren zu unterhalten.

Für die notwendigen Reparaturen, einschließlich der Untergestelle der Wagen, der Achsen und Räder mußten aus England alle Ersatzteile eingeführt werden, da es in Deutschland zu dieser Zeit noch keine Produktionsstätten für die Ersatzteilfertigung gab. Als erste Eigenproduktion fertigte man in Berlin nach englischem Muster Wagenkästen.[23]

Unmittelbar nach der Eröffnung der gesamten Strecke Berlin–Potsdam begannen am 1. November 1838 die ersten vier deutschen Handwerker, zwei Schlosser, ein Schmied und ein Tischler, ihre Tätigkeit in der Potsdamer Eisenbahnwerkstatt. Die völlig neuen technischen Einrichtungen an den Lokomotiven und Wagen bedingten eine gründliche Ausbildung der Handwerker.

In den folgenden Jahren wurden die ausländischen Fachkräfte auf Grund ihrer zu hohen Lohnforderungen durch deutsche Handwerker ersetzt. Außerdem befürchtete die Eisenbahngesellschaft, daß die deutschen Arbeiter mit den gewerkschaftlichen Erfahrungen des englischen Proletariats vertraut gemacht werden könnten.[24]

Im Jahre 1845 waren schon 38 Handwerker in der Potsdamer Werkstatt beschäftigt. Somit war inmitten der Hochburg des preußischen Adels und



Das Bahnhofsgebäude in Potsdam 1838

Militarismus die erste kleine Gruppe des jungen Industrieproletariats entstanden.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren inzwischen die englischen und amerikanischen Lokomotiven auf der Strecke Berlin–Potsdam 56 000 km gefahren. In den ersten Jahren des Eisenbahnbetriebes hatte es die Eisenbahngesellschaft mit der Pflege und der turnusgemäßen Untersuchung der Lokomotiven nicht ernst genug genommen. Diese Vernachlässigung rächte sich, denn die amerikanischen Lokomotiven „Amerika" und „Prussia" mußten bereits mit der ersten deutschen Lokomotive schon 1845 aus dem Betrieb genommen werden. Sie fanden nur noch als stehende Dampfmaschinen zum Antrieb von Werkzeugmaschinen und zum Wasserschöpfen Verwendung.[25] Der Bestand wurde 1845/46 mit acht in den Borsig-Werken hergestellten Lokomotiven wieder aufgefüllt. Für die anfallenden Ausbesserungsarbeiten an den Lokomotiven und Wagen waren 1845 in den Potsdamer Eisenbahnwerkstätten von den 38 Handwerkern folgende Fachgruppen vertreten: 13 Schmiede, 16 Schlosser, 2 Maschinisten, 1 Feuermann (Heizer), 4 Stellmacher und Tischler, 1 Drechsler und 1 Lackierer.

Einige Angaben zum wöchentlichen Arbeitslohn der Eisenbahnhandwerker.

Schmied: 1 Taler, 5 Silbergroschen bis 1 Taler 25 Silbergroschen

Stellmacher: 25 Silbergroschen bis zu 1 Taler und 10 Silbergroschen.[26]

Vergleicht man den Arbeitslohn mit dem Fahrpreis für eine Eisenbahnfahrt von Potsdam nach Zehlendorf 3. Klasse = 5 Silbergroschen, so war die Eisenbahn in dieser Zeit ein sehr teures Verkehrsmittel, das die Arbeiter jedoch nur bedingt in Anspruch nehmen konnten. In diesem Zeitraum konnte sich in Potsdam das Industrieproletariat nicht so konzentriert herausbilden, wie es in anderen Städten der Fall war. Es gab noch keine Betriebe, in denen die Einführung der maschinellen Produktionsweise wirksam wurde. Lediglich in der Zuckersiederei von Jacobs an der Alten Fahrt ging man schon 1833 dazu über, mit einer Dampfmaschine die Maschinenarbeit einzuführen, wobei 10 Jahre später in der Brandenburger Vorstadt die Mühle gleichfalls mit Dampfkraft betrieben wurde. Dann gab es noch die Potsdamer Gewehrfabrik; sie war mit ihren 141 Arbeitskräften die größte Manufaktur Potsdams.

In der Weberkolonie Nowawes zogen zu dieser Zeit Hunger und Elend ein. Durch die Einführung der maschinellen Fertigung im Textilgewerbe entwickelte sich im Ausland und in anderen Staaten des Deutschen Bundes eine mächtige Textilindustrie. Dieser harten kapitalistischen Konkurrenz konnten die Nowaweser Hausweber nicht standhalten, und in der Folge wurde eine große Zahl von Weberfamilien arbeitslos. Sie waren gezwungen, mit den verschiedensten Gelegenheitsarbeiten ihre Notlage zu lindern.[28]

Der Anschluß der Berlin-Potsdamer Eisenbahn an ein größeres Eisenbahnnetz

Nach der Eröffnung der ersten Eisenbahnlinien in Deutschland war der Bann gebrochen. In Preußen wurde 6 Wochen nach der Inbetriebnahme der Berlin-Potsdamer Bahn die kleine Strecke von Düsseldorf nach Erkrath in Betrieb genommen.[29] Die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft beobachtete die gesamte Entwicklung des Eisenbahnbaus sehr sorgfältig, denn sie war aus ökonomischen Gründen daran interessiert, in ein größeres Eisenbahnnetz mit einbezogen zu werden. Dafür war Magdeburg als Industrie- und Handelsstadt auf dem Wege nach dem Westen mit seinen Anschlüssen an Mittel- und Westdeutschland ein sehr aussichtsvoller Eisenbahnzielpunkt von Berlin aus.

Eine Weiterführung der Bahnlinie von Potsdam nach Magdeburg bereitete anfangs große Schwierigkeiten, denn die Überwindung des Potsdamer Kessels wurde scheinbar zu einem unlösbaren Problem, das jedoch in den folgenden Jahren durch Aufschüttung von Dämmen und den Bau von Brücken bewältigt werden konnte. Zu dieser Zeit waren bereits im mitteldeutschen Raum weitere Eisenbahnstrecken im Bau, so z. B. 1839 die Gesamtstrecke Leipzig–Dresden. Eine Verbindung Leipzig–Halle–Magdeburg sollte folgen. An diese aufschließende Querbahn, die nach Süd-, Ost-, West- und Nordwestdeutschland Verbindung erhoffen ließ, mußten Potsdam und Berlin Anschluß suchen.

Als der geeignete Anschluß zwischen Leipzig und Dresden erschien Riesa an der Elbe.

Das preußische Staatsministerium war sogar zunächst mit einer über Luckenwalde führenden Linie bis zur Grenzstation Nieska (südlich von Liebenwerda) einverstanden. Aber in Preußen sowie auch in den anderen Ländern des Deutschen Bundes hatten sich zu dieser Zeit eine große Zahl von Komitees für den Bau von Eisenbahnstrecken gebildet, die ihre Projekte zur Erlangung der Konzession an ihre Staatsregierungen einreichten. Unter diesen Komitees entwickelte sich ein scharfer Konkurrenzkampf, in den auch die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft mit ihrem Bauvorhaben in Richtung Süden verwickelt wurde. Es entstand nämlich mit Unterstützung eines Bankiers in Berlin ein Komitee, was sich gleichfalls für den Ausbau der Eisenbahn von Berlin in Richtung Süden interessierte und sogar schon vom König die Genehmigung für eine Bahnlinie von Potsdam nach Riesa erhalten hatte. Nach sorgfältiger Untersuchung des Projekts und der dabei sichtbar gewordenen Schwierigkeiten gab das Berliner Komitee das Projekt mit dem Ausgangspunkt Potsdam auf. Das nächste Bauvorhaben des Berliner Komitees, wiederum vom König genehmigt, sollte, die Berlin-Potsdamer Bahn beiseite

lassend, über Trebbin, Luckenwalde und Jüterbog nach Riesa führen. Wegen Grenzangelegenheiten gab es zu diesem Projekt staatsrechtliche Bedenken. Ein weiteres Projekt für den Bau der Linie Berlin–Riesa konnte das Komitee, was sich nun Berlin-Sächsisches Komitee nannte, ebenfalls nicht verwirklichen, da der preußische Staat keine Unterstützung gewährte.

Die Bemühungen der einzelnen Gesellschaften um den Bau einer südlichen Bahnlinie gingen beharrlich weiter. So stellte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft ihr Projekt um und wählte die Bahnlinie Potsdam–Beelitz–Treuenbrietzen–Raben–Roßlau. Das Projekt Potsdam–Roßlau erweckte bei der Konkurrenz, dem Komitee der Berlin-Sächsischen Eisenbahn, großes Mißtrauen. Sie ließ mit ihren Gegenmaßnahmen nicht lange auf sich warten und machte das Projekt zunichte, indem mit Höhenmessungen die mangelnde Genauigkeit des Projektes sowie zu hohe Kalkulationskosten nachgewiesen wurden.

Der Streit dieser beiden Eisenbahngesellschaften wurde sogar mit einem heftigen Zeitungskrieg in der Vossischen und Spenerschen Zeitung ausgefochten. Berlin blieb dabei Sieger.[30]

Nachdem der Versuch eines Vorstoßes nach dem Süden mißlungen war, mußte die Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft den schwierigen Ausweg aus dem Potsdamer Kessel in Richtung Magdeburg in Angriff nehmen. Dazu teilte die Eisenbahngesellschaft im Januar 1842 ihren Aktionären mit, daß sie die Verlängerung der Bahn von Potsdam nach Magdeburg plant. Argwöhnisch wachte auch diesmal die Berlin-Sächsische Eisenbahn über das neue Projekt, denn sie fürchtete, daß ihr ein Teil des Verkehrs nach Mitteldeutschland durch die Berlin-Magdeburger Bahn entzogen werden könnte. Diese Befürchtungen verloren durch den Bau der Thüringer Bahn 1844 an Bedeutung, da sich für den Berlin-Potsdamer Konkurrenten durch die Eisenbahnlinie von Halle nach Kassel mit Anschluß an die Köln-Mindener Bahn ein besserer Anschlußverkehr nach Mittel- und Westdeutschland anbot. Somit wurde endlich der heftige Streit um die Bahnlinie nach dem Süden bereinigt, und der Bau der Linie Potsdam–Magdeburg konnte vorbereitet und durchgeführt werden.[31]

Zur Weiterführung der Strecke von Berlin über Potsdam nach Magdeburg

Durch ein erweitertes Komitee wurden nun von der Berlin-Potsdamer Bahn die Verhandlungen über den Bahnbau Potsdam–Magdeburg wieder aufgenommen. Dabei gelangten die Aktionäre der Gesellschaft zu der Erkenntnis, daß die erforderlichen Projekte für die Bahnlinie durch den Potsdamer Kessel mit seinen Havelseen und Bergen enorme Finanzschwierigkeiten bereite-

ten. Diese komplizierte Situation veranlaßte die Direktion der Berlin-Potsdamer Bahn am 5. November 1844 zu erklären, daß sie mit dem Verkauf ihrer Bahn im Wert von 2 000 000,– Talern einverstanden ist.

Inzwischen hatte sich eine Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft gebildet, die an dem Kauf interessiert war. Nachdem die Generalversammlung der Berlin-Potsdamer Bahn am 11. Dezember 1844 dem Verkauf zugestimmt hatte, wurde mit der neugegründeten Gesellschaft der Kaufvertrag abgeschlossen. Die neue Firma nannte sich nun Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft und wurde mit dieser Bezeichnung in das Berliner Handelsgericht eingetragen.

Um den Baubeginn einleiten zu können, mußte zuerst das schwierigste Problem, die Festlegung der Trasse durch den Potsdamer Kessel, gelöst werden. Dabei sollte unbedingt darauf geachtet werden, daß die Eisenbahntrasse nicht den Park von Sanssouci und den Wildpark berührt sowie das Städtebild verändert. Deshalb wollte der berühmte Gartengestalter Lenné die Bahn über den Tornow im spitzen Winkel über den Templiner See zur Pirschheide lenken. Ein anderer Vorschlag zum Trassenbau führte durch die Kiezstraße. Die Eisenbahngesellschaft kam trotz Mehrkosten auf das ursprüngliche Projekt der geraden Linie über die Havel bis zum nördlichen Rand des Wildparkes zurück. Da man aus Gründen des Naturschutzes die Planitzinseln nicht benutzen wollte, wurde der Bahndamm daneben in die Neustädter Havelbucht geschüttet.[32]

Im weiteren Verlauf der Bauvorbereitungen kam es zwischen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft und einigen Landjunkern bei der Enteignung des erforderlichen Geländes zu harten Auseinandersetzungen. Eine besonders hartnäckige und widerstrebende Haltung nahm der Rittergutsbesitzer von Arnstedt aus Groß Kreutz ein. Er stellte maßlose Forderungen an die Eisenbahngesellschaft: „mehr als 450 Taler pro Morgen, 25 000 Taler Entschädigung für eine Schafwäsche für mehrere tausend Schafe, die durch den Bau der Eisenbahnlinie angeblich unbenutzbar würde. Er führte weiterhin an, daß seine Landarbeiter später nach den Zügen gucken würden, so oft sie vorbeiführen, währenddessen alle Arbeit natürlich ... ganz ruht. Rechnete man auf einen Verkehr von vier Zugpaaren, so ergäben sich bei je einer Viertelstunde Arbeitsunterbrechung pro Tag und Arbeiter zwei Stunden Arbeitsausfall. Der Schaden wäre um so größer, je mehr Arbeiter man beschäftigte. Er, von Arnstedt, hätte 40–50 Mäher auf dem Feld, und beanspruche Entschädigung für die dementsprechend großen Verluste."[34]

Ob von Arnstedt die von ihm beanspruchten Entschädigungen gegenüber der Eisenbahngesellschaft durchsetzen konnte, ist nicht bekannt. Tatsache ist, daß der Bahnbau eingeleitet wurde, und die Eisenbahnstrecke Berlin–Pots-

dam–Magdeburg am 7. August 1846 dem öffentlichen Verkehr übergeben werden konnte.

Die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft hatte jetzt den ersehnten und notwendigen Anschluß nach Westen und die unmittelbare Verbindung mit den Eisenbahnlinien in anderen Ländern erreicht.

Zum reibungslosen Ablauf des Reiseverkehrs wurde von der Eisenbahngesellschaft im gleichen Jahr folgende Regelung getroffen: „Die aus Berlin in Potsdam mit der Bahn eintreffenden Reisenden wurden, weil die Havelbrücke in Potsdam noch nicht fertig war, mit Pferdefuhrwerken durch die Stadt zum Einsteigeplatz auf dem Kiewitt befördert, um dort in den Magdeburger Zug umzusteigen." In Magdeburg endete die Fahrt auf dem provisorischen Potsdamer Bahnhof in Friedrichstadt auf dem östlichen Elbeufer. Von dort fuhren dann die Reisenden gleichfalls mit Fuhrwerken in die Stadt. Dieses Provisorium nahm ein Ende, als am 19. August 1848 die Elbbrücke eingeweiht wurde.

Die fertiggestellte Havelbrücke in Potsdam lag auf je einem Uferfundament sowie sechs Strompfeilern von 7,20 Meter Länge, 2,50 Meter Breite und einem runden Strompfeiler mit 6,65 Meter Durchmesser. Über sechs Durchfahrten befanden sich festliegende Brückenteile, die beiden mittelsten wurden für die damals noch mit hochstehendem Mast fahrenden Lastkähne mit einer zweiflügeligen Drehbrücke versehen. Für das Ausfahren der Brücke genügten zwei Mann, die diese Arbeit in zwei Minuten verrichteten.[35]

Auf der neu eröffneten Eisenbahnstrecke Berlin–Magdeburg stieg nun der Verkehr zunehmend an. Das hatte zur Folge, daß in Berlin neue Lokomotiv- und Wagenschuppen errichtet und der Bahnsteig vergrößert werden mußten. Auch in Potsdam waren Veränderungen und Erweiterungen der Bahnanlagen erforderlich. So mußte unter anderem zur Gleisverbindung mit der neuen Havelbrücke das Gleisbett um 65 cm erhöht werden. Dabei wurden noch einmal einige Nächte hindurch Pferde im Bahnbetrieb eingesetzt. Sie transportierten mit Güterwagen Schienen. Das war eine letzte Erinnerung an die Schienenbahn mit Pferdebetrieb.

Außerdem wurde auf der Strecke Berlin–Potsdam ein zweites Gleis verlegt, was bereits im Mai 1847 über Potsdam hinaus bis zur Station Wildpark verlegt war. Bis 1858 war die gesamte Strecke von Potsdam nach Magdeburg zweigleisig ausgebaut.[36]

Anmerkungen und Belege

1 Oberbaurat Crelle, zitiert nach: Haeckel, J. Die Anfänge der Berlin-Potsdamer Bahn. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Potsdam, Band 11, 1927/32, S. 369.

2 Justizminister Robert zitiert nach: Ebenda, S. 373.

[3] Ebenda, S. 376.
[4] Ebenda, S. 380 f.
[5] Vgl. Ebenda.
[6] Ebenda, S. 377.
[7] Vgl. Ebenda, S. 384.
[8] Vgl. Ebenda, S. 391.
[9] Vgl. Ebenda, S. 393.
[10] Rellstab, Ludwig: Vossische Zeitung. Zitiert nach: Ebenda, S. 399.
[11] Hundert Jahre deutsche Eisenbahn, Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, Leipzig 1938, S. 28 f.
[12] Vgl. Ebenda.
[13] Vgl. Hundert Jahre Eisenbahn Berlin–Potsdam, Festschrift zur Jahrhundertfeier der Berlin-Potsdamer Eisenbahn, Leipzig 1938, S. 35.
[14] Vgl. Kutschik, D.: Die Lokomotivfabrik Borsig, transpress Berlin 1985, S. 22 f.
[15] Vgl. Ebenda.
[16] Vgl. Hundert Jahre Eisenbahn Berlin–Potsdam, Leipzig 1938, S. 15.
[17] Vgl. Haeckel, J.: a. a. O., S. 397.
[18] Zentrales Staatsarchiv Dienststelle Merseburg, (ZSTA) Rep. 77 Tit. 260, Nr. 6, vol. 3, Bl. 7.
[19] Ebenda, Bl. 8.
[20] Vgl. Hundert Jahre Deutsche Eisenbahnen 1835–1935, Broschüre, herausgegeben vom Reichsbahn-Werbeamt für den Personen- und Güterverkehr, Berlin 1935, S. 7/8.
[21] Vgl. Hundert Jahre Eisenbahn Berlin–Potsdam, Leipzig 1938, S. 19.
[22] Vgl. Hundert Jahre deutsche Eisenbahn, Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, Leipzig 1938, S. 276.
[23] Vgl. Unser Werk: Betriebsgeschichte zum 125jährigen Jubiläum des RAW Potsdam, Potsdam 1963, S. 12.
[24] Vgl. Ebenda, S. 13.
[25] Vgl. Ebenda, S. 15.
[26] Vgl. Ebenda, S. 14.
[27] Vgl. Hundert Jahre RAW Potsdam, o. O., o. J., S. 3.
[28] Vgl. Potsdam: Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Hrsg. v. M. Uhlemann u. O. Rückert, Berlin 1986, S. 67/68.
[29] Hundert Jahre deutsche Eisenbahn, Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, Leipzig 1938, S. 28.
[30] Vgl. Haeckel, J.: Potsdam im Eisenbahnspiegel, die Weiterführung der Berlin-Potsdamer Bahn bis Magdeburg. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Potsdams, Band 12, 1933/39, S. 93.
[31] Vgl. Ebenda, S. 104/105.
[32] Vgl. Ebenda, S. 106/107.
[33] Vgl. Deutsche Eisenbahnen 1835 bis 1985, transpress, Berlin 1985, S. 31.
[34] Vgl. Eichholtz, D.: Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962, S. 46.
[35] Vgl. Fellien, H.: Die Vorläufer der Bahnbrücke. In: Brandenburgische Neueste Nachrichten (BNN), v. 24. 3. 1972.
[36] Vgl. Unser Werk: Betriebsgeschichte zum 125jährigen Jubiläum des RAW Potsdam, Potsdam 1963, S. 16.

Die staatliche Leitung der demokratischen Schulreform im Land Brandenburg 1945-1949

Von Siegfried Wietstruk

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf ausgewählte Fragen der Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der staatlichen Organe zur Leitung des Schulwesens in der Provinz bzw. ab 1947 im Land Brandenburg im Zeitraum von der Befreiung vom Faschismus 1945 bis zur Gründung der DDR 1949 und kann angesichts des möglichen Umfangs nur als ein Abriß betrachtet werden.[1]

Die Situation im Schulwesen der Provinz 1945

Brandenburg gehörte neben Mecklenburg zu jenen Gebieten, in denen die faschistische deutsche Wehrmacht der vordringenden Roten Armee einen besonders erbitterten Widerstand entgegensetzte. Das führte auch im Schulwesen zu schweren materiellen Schäden. So waren von den rund 2 000 Schulgebäuden in der Provinz Brandenburg die Hälfte zerstört, 170 schwer und 800 leicht beschädigt.[2] Besonders schwer wurde der Kreis Seelow betroffen. Allein bei den Kämpfen um die Seelower Höhen im Oderbruch waren die Schulen Alttucheband, Görlsdorf, Kleinneuendorf, Ortwig und Zechin völlig, die Schulen in Kietz, Mallnow, Podelzig, Sophiental und Trebnitz zu 90 Prozent und weitere neun Schulen in diesem Raum zwischen 50 und 80 Prozent zerstört worden.[3]

Zu den materiellen Schäden kamen die Auswirkungen der faschistischen Ideologie auf die Jugend und die Tatsache, daß die große Mehrheit der bisher tätigen und noch vorhandenen Lehrer wegen ihrer nazistischen Tätigkeit aus dem Schuldienst entlassen werden mußte, um eine antifaschistische und demokratische Bildung und Erziehung zu gewährleisten. Die Schwierigkeiten des demokratischen Neubeginns wurden schließlich dadurch erhöht, daß sich mit dem Zustrom der Flüchtlinge vor den Kämpfen und der Umsiedler in der nachfolgenden Zeit die Schülerzahl stark erhöhte.

Neue staatliche Volksbildungsorgane entstehen

Nachdem mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands am 8. Mai 1945 das 1871 gegründete Deutsche Reich völkerrechtlich unterge-

gangen war und die Mächte der Anti-Hitler-Koalition die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hatten, setzte sich der bereits unmittelbar nach der Befreiung begonnene Prozeß der Bildung neuer, antifaschistisch-demokratischer Verwaltungen auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone fort. Mit den neuen, von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten geführten Verwaltungen entstanden dem Charakter nach revolutionär-demokratische Staatsorgane, die die Macht der Arbeiter und Bauern im Bündnis mit weiteren Schichten des Volkes verkörperten und ein wesentlicher Ausdruck der Zerschlagung des faschistisch-bürgerlichen Staatsapparates wurden.

Mit dem Aufbau der neuen Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen wurden auch entsprechende Organe zur staatlichen Leitung der Volksbildung geschaffen, die Volksbildungsabteilungen (auch Volksbildungsämter genannt) in größeren Gemeinden, in den Städten und in allen Kreisen, zuständig für Volksbildung und Kultur. Zugleich erfolgte der Einsatz neuer Schulräte in den Kreisen. In der Provinz Brandenburg mit 21 Land- und zunächst 4 Stadtkreisen waren bis zum Herbst 1945 insgesamt 33 Schulräte eingesetzt worden.[4] Diese Zahl erklärt sich daraus, daß in einigen Landkreisen mehrere Schulaufsichtskreise mit je einem Schulrat existierten, so zum Beispiel im Kreis Teltow die Schulaufsichtskreise Teltow-Ost und Teltow-West. Der Parteizugehörigkeit nach gehörten von den 33 Schulräten der Provinz im November 1945 7 der KPD, 18 der SPD und je einer der CDU und LDPD an, 6 waren parteilos.[5]

Zu den Besonderheiten in der Provinz Brandenburg gehörte hinsichtlich der Struktur der Staatsorgane die vorübergehende Existenz von Zwischeninstanzen zwischen Kreisverwaltungen und Stadt- und Gemeindeverwaltungen, sogenannte Bezirksverwaltungen mit Bezirksbürgermeistern für jeweils etwa 12 bis 15 Orte. Bei diesen Bezirksverwaltungen, die analog zu den sowjetischen Bezirkskommandanturen entstanden, wurden auch Bezirksschulleiter eingesetzt, so beispielsweise im Kreis Teltow in Teltow, Trebbin und Teupitz.[6]

Mit der Bildung der Provinzialverwaltung Brandenburg in Potsdam durch die Bestätigung der Vorschläge für das Präsidium am 4. Juli 1945 durch Marschall Shukow, dem Obersten Chef der SMAD, entstand unter Leitung des 3. Vizepräsidenten Fritz Rücker, Mitglied der SPD und Mitbegründer des NKFD, die Abteilung Volksbildung. Im November 1945 umfaßte die Abteilung das Dezernat Schulwesen mit den Referaten Oberschulen, Volks- und Mittelschulen, Berufs-, Gewerbe- und Fachschulen, Lehrerbildung und Jugendausschüsse, sowie die Dezernate Kultur und Archiv- und Büchereiwesen.[7] Es gab kein Hochschuldezernat, da Brandenburg zu diesem Zeitpunkt noch keine Hochschule besaß.



Vizepräsident Fritz Rücker

Innerhalb der Provinz Brandenburg entstanden durch den SMAD-Befehl Nr. 13 vom 25. Juli 1945 vier Verwaltungsbezirke als ebenfalls vorübergehende Zwischeninstanzen zwischen der Provinzialverwaltung und den Kreisverwaltungen: Bezirk Brandenburg (Sitz Brandenburg), Bezirk Berlin (Sitz Bernau), Bezirk Eberswalde (Sitz Eberswalde) und Bezirk Cottbus (Sitz Cottbus). Die Stadt Potsdam wurde unmittelbar der Provinzialverwaltung unterstellt.[8] Oberlandräte waren im November 1945 für Brandenburg Oswald Klotzenburg, für Berlin Robert Neddermeyer, für Eberswalde Karl Laube und für Cottbus Werner Lufft.[9] Die Leiter der bei diesen Bezirksverwaltungen entstehenden Volksbildungabteilungen wurden als Oberschulräte bezeichnet. Die Auflösung dieser Bezirksverwaltungen (Oberlandratsämter) in der Provinz Brandenburg erfolgte mit Wirkung vom 31. Januar 1947, zumal sie nach den Wahlen vom Oktober 1946 keine demokratische Legitimation besaßen.[10]

Mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 wurden 11 Deutsche Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone mit Sitz in Berlin gebildet, darunter die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) unter Leitung von Paul Wandel (KPD). Von Anfang an wirkten die Deutschen Zentralverwaltungen nicht nur beratend für die entsprechenden Abteilungen der SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst, sondern unter deren Anleitung und Kontrolle auch in differenzierter Weise anleitend und koordinierend gegenüber den entsprechenden Abteilungen der Landes- und Provinzialverwaltungen und später der Ministerien der Länder.[11]

Damit war innerhalb weniger Monate nach der Befreiung vom Faschismus ein neues System staatlicher Volksbildungsorgane entstanden, an deren Spitze Vertreter der KPD und SPD und somit der Arbeiterklasse standen.

Erste Schritte zur Demokratisierung der Schule

Bereits in den ersten Wochen nach der Befreiung war auf Veranlassung sowjetischer Offiziere durch deutsche Antifaschisten in zahlreichen Orten begonnen worden, die Schulen von faschistischen Lehrbüchern und Unterrichtsmitteln zu säubern, zum Teil Ausweichräume für den Unterricht vorzubereiten und durch Einbeziehung von Laienkräften und unter Verzicht auf Nazilehrer mit einem provisorischen Unterricht in einigen Fächern zu beginnen. Das belegen solche Beispiele wie die Schuleröffnung mit vier Lehrern und etwa 500 Schülern in Rangsdorf, Kreis Teltow, am 2. Mai 1945[12], in Potsdam am 22. Mai 1945 oder in Golzow, Kreis Seelow, am 6. Juni 1945.[13]

Die Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und der Abteilungen Volksbildung der Landes- und Provinzialverwaltungen waren

wichtige Voraussetzungen, um eine allgemeine Schuleröffnung vorzubereiten, die durch den SMAD-Befehl Nr. 40 vom 25. August 1945, gemeinsam mit der DZVV ausgearbeitet, für den 1. Oktober 1945 angeordnet wurde. Ergänzend dazu erließ die DZVV Ausführungsbestimmungen mit Hinweisen zu neuen Lehrplänen und Stundentafeln sowie Themenplänen für die Schulung der Lehrer in Vorbereitung der Schuleröffnung. Mit Unterstützung der sowjetischen Kultur- und Bildungsoffiziere wurde durch die deutschen Staatsorgane eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit geleistet, um nicht nur die materiellen, sondern auch die personellen und politisch-ideologischen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehörte die Entfernung der aktiven Nazilehrer und die Gewinnung von Werktätigen als Neulehrer, die ohne oder nur mit einer Kurzausbildung am 1. Oktober den Schuldienst aufnehmen konnten. Im Kreis Teltow hatte bereits am 6. August 1945 ein erster Neulehrerlehrgang mit 40 Teilnehmern in Blankenfelde begonnen.[14] In allen Ländern und Provinzen wurden Ende August/Anfang September 1945 Beratungen mit den Schulräten durchgeführt, für die Provinz Brandenburg vom 29. bis 31. August in Potsdam. Otto Grotewohl, der Vorsitzende



Der erste Neulehrerlehrgang des Kreises Teltow, Land Brandenburg, im August/September 1945 in der Karl-Liebknecht-Schule Blankenfelde. In der ersten Reihe Bernhard Bechler, 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg (5. von links), Oberlandrat Robert Neddermeyer (4. v. l.) und Landrat Richard Meschkat (1. von rechts)

des ZA der SPD, referierte zum Thema „Die Lehren des verbrecherischen Hitlerkrieges" und Vizepräsident Fritz Rücker über „Die Rolle der Lehrerschaft bei der Demokratisierung der Schule und Deutschlands".[15] Diese und weitere Themen zur Entlarvung des preußisch-deutschen Militarismus und des Faschismus sowie zur Erläuterung der Aufgaben wurden in der zweiten Septemberhälfte in Schulungen aller für den Schuldienst vorgesehenen Alt- und Neulehrer in den Kreisen behandelt.[16] Zu diesen vorrangigen Themen referierten auch sowjetische Kulturoffiziere und antifaschistische Staats- und Schulfunktionäre auf den im September stattfindenden ersten Kreislehrerkonferenzen, so in Mahlow auf der Kreislehrerkonferenz Teltow am 20. September 1945 der sowjetische Major Kukuschkin, Landrat Richard Meschkat, der Schriftsteller Ernst Niekisch und der Schulreformer Paul Oestreich.[17]

So konnten am 1. Oktober 1945 in der Provinz Brandenburg 2 009 Volksschulen und 16 Hilfsschulen mit 5 862 Lehrern und 332 640 Schülern wieder eröffnet werden.[18] Das war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer antifaschistisch-demokratischen Schule.

Natürlich mangelte es noch an Unterrichtsräumen und -mitteln, insbesondere auch an Lehrbüchern, die erst für einige Fächer und Stufen ab Ende 1945 von dem im September 1945 gegründeten Schulbuchverlag Volk und Wissen ausgeliefert werden konnten. Vor allem jedoch fehlten weiterhin Lehrer, waren doch etwa 80 Prozent aller bis 1945 tätigen Lehrer wegen ihrer faschistischen Tätigkeit entfernt worden. Deshalb begannen ab Januar 1946 in allen Ländern und Provinzen Achtmonatelehrgänge zur Ausbildung weiterer Neulehrer, in der Provinz Brandenburg in Kleinmachnow, Potsdam, Brandenburg, Neuruppin, Oranienburg, Dallmin, Wittenberge, Angermünde, Eberswalde, Bernau, Luckau, Jüterbog und Cottbus.[19] Erstmals wurden auch mehrmonatige Lehrgänge für die Ausbildung von Fachlehrern, so für Geschichte und Russisch, organisiert. In der Provinz Brandenburg stieg der Anteil der Neulehrer unter der Lehrerschaft bis zum 1. September 1946 auf 60 Prozent an.[20] Damit begann sich eine neue Lehrerschaft herauszubilden, die vorwiegend aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und weiterer Werktätiger stammte und sich überwiegend engagiert für den gesellschaftlichen Fortschritt einsetzte.

Der Aufbau der demokratischen Einheitsschule beginnt

Für die Ausarbeitung eines antifaschistisch-demokratischen Schulgesetzes wurde der unter Mitwirkung der DZVV erarbeitete Aufruf des ZK der KPD und des ZA der SPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945 die entscheidende Grundlage.[21] Dieser Aufruf stellte das schul-

politische Programm der Arbeiterklasse für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung dar.

Unter Leitung der DZVV und in enger Zusammenarbeit mit den Abteilungen Volksbildung der Landes- und Provinzialverwaltungen entstand in den folgenden Monaten ein einheitlicher Entwurf des Schulgesetzes, der eine demokratische Einheitsschule mit der achtklassigen Grundschule und zwei weiterführenden Bildungswegen, der dreijährigen Berufsschule bzw. der vierjährigen Oberschule, vorsah und solche Grundsätze zum Ausdruck brachte, wie die Staatlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens, die Trennung von Schule und Kirche und das gleiche Recht auf Bildung für alle Kinder. Dazu gehörte die Möglichkeit, über die Berufs- und Fachschule ebenso die Hochschulreife zu erwerben wie über die Oberschule. Die antifaschistisch-demokratische Ziel- und Aufgabenstellung der Schule, ihre staatliche Leitung und ihr Aufbau gaben die Möglichkeit, endgültig das Bildungsprivileg besitzender Klassen und Schichten zu überwinden. In der Zeit vom 22. Mai bis 2. Juni 1946 wurde das einheitliche „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" von den Präsidien der Landes- und Provinzialverwaltungen beschlossen, vom Präsidium der Provinzialverwaltung Brandenburg am 31. Mai 1946.[22]

Zur Verwirklichung des einheitlichen Schulgesetzes fanden regelmäßige Beratungen des Präsidenten der DZVV, Paul Wandel, mit den Leitern der Abteilungen Volksbildung der Landes- und Provinzialverwaltungen und später mit den Ministern für Volksbildung der Länder statt, die wiederum regelmäßig mit den Schulräten Stand und Aufgaben der Arbeit berieten. Ausdruck des Wirkens des demokratischen Zentralismus wurden auch die Pädagogischen Kongresse, zu denen auf Kreis- und Landeslehrerkonferenzen die Delegierten gewählt wurden, so erstmalig zum I. Pädagogischen Kongreß im August 1946.

Diese demokratische Mitwirkung bezog sich nicht nur auf die Pädagogen. Die demokratische Schulreform wurde zunehmend zu einer Sache vieler Eltern und weiterer Werktätiger, so durch die Mitarbeit in teilweise entstehenden ersten Elternausschüssen sowie in Kommissionen und Ausschüssen bei den örtlichen Staatsorganen in den Orten und Kreisen. Im Januar 1946 war unter Leitung von Fritz Rücker bei der Provinzialverwaltung ein Provinzialausschuß für Schul- und Erziehungsfragen gebildet worden, um die Mitwirkung der Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Frauenausschüsse und der Elternschaft am Aufbau der demokratischen Schule zu fördern. Zugleich wurde die Bildung von Kreis-, Stadt- und Gemeindeausschüssen für Schul- und Erziehungsfragen und von Elternausschüssen angewiesen.[23]

In Auswertung des I. Pädagogischen Kongresses, der Bilanz über das erste Nachkriegsjahr zog und die Aufgaben nach Annahme des Schulgesetzes er-

läuterte, begann mit dem Schuljahr 1946/47 das Ringen um die Verwirklichung der demokratischen Einheitsschule. Eine wesentliche Hilfe waren die von Fachkommissionen erarbeiteten ersten einheitlichen Lehrpläne, die am 1. September 1946 für alle Grund- und Oberschulen verbindlich wurden, sowie weitere neue Lehrbücher.

Die staatlichen Volksbildungsorgane nach den Wahlen 1946

Nach den Gemeindewahlen in der Zeit vom 1. bis 15. September fanden am 20. Oktober 1946 die Wahlen zu den Kreis- und Landtagen statt. Bei diesen ersten Wahlen antifaschistisch-demokratischer Volksvertretungen ging die SED als stärkste Partei hervor. Sie stellte unter anderem in den nunmehr gebildeten Landes- und Provinzialregierungen alle Minister für Volksbildung. In Brandenburg konnte erst nach längeren Verhandlungen mit der CDU und LDPD die Provinzialregierung als letzte Landesregierung am 18. Dezember 1946 gebildet werden, in der Fritz Rücker die Funktion des Ministers für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst übernahm.[24]
Die bisherigen Volksbildungsabteilungen wurden in Ministerien für Volksbildung umgewandelt, ihre Struktur in der folgenden Zeit allmählich an die der DZVV (ab 1946 auch Deutsche Verwaltung für Volksbildung/DVV genannt) angeglichen. Im Oktober 1947 gliederte sich die Schulabteilung des Ministeriums für Volksbildung im Land Brandenburg in die Referate Vorschulische Erziehung, Grundschulen, Berufs- und Fachschulen, Oberschulen, Lehreraus- und Fortbildung sowie Russisch.[25]
In allen Volksbildungsministerien der Länder stieg die Zahl der Mitarbeiter stark an, so allein in Brandenburg von 116 im Jahre 1947 auf 227 im Jahre 1948, darunter die der Schulabteilung von 24 auf 45.[26]
Ende September 1946 wurden die 1945 gebildeten Bezirksverwaltungen in den Kreisen aufgelöst, danach auch die Bezirksverwaltungen (Oberlandratsämter) in der Provinz. Nachdem 1947 die Provinz Brandenburg in ein Land umgewandelt wurde, war damit eine einheitliche Hauptstruktur der Staatsorgane in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone hergestellt.
Versuche, die überkommenen differenzierten Kompetenzen zwischen den Volksbildungsabteilungen der Kreise, als Bestandteil der Kommunalverwaltung verantwortlich für die „äußeren Schulangelegenheiten", und den Schulräten, als Beauftragte der Landesregierung verantwortlich für die „inneren Schulangelegenheiten", und damit den historisch überholten Gegensatz zwischen kommunaler Selbstverwaltung und Staatsverwaltung zu überwinden, scheiterten zunächst und führten erst 1949 zu einer Eingliederung der Schulräte in die Abteilungen Volksbildung.[27] In den Jahren 1948 bis 1950 vollzog sich zugleich ein Prozeß von der starken Erweiterung der Zahl der

Schulaufsichtskreise und damit Schulräte zu einer Reduzierung. Nach der Eingliederung der Schulräte in die Abteilungen Volksbildung der Kreise wurde auch der Übergang zum Kreisschulrat vollzogen, d. h. daß die politischen Kreise zugleich ein Schulaufsichtskreis wurden. Diese Entwicklung sowie die Festigung der Führungsrolle der Partei der Arbeiterklasse widerspiegelt die folgende Übersicht im Vergleich des Standes von Herbst 1948 und Sommer 1950:[28]

Zahl der Schulräte		davon					
		SED		CDU		LDPD	
1948	1950	1948	1950	1948	1950	1948	1950
45	28	43	28	1	–	1	–

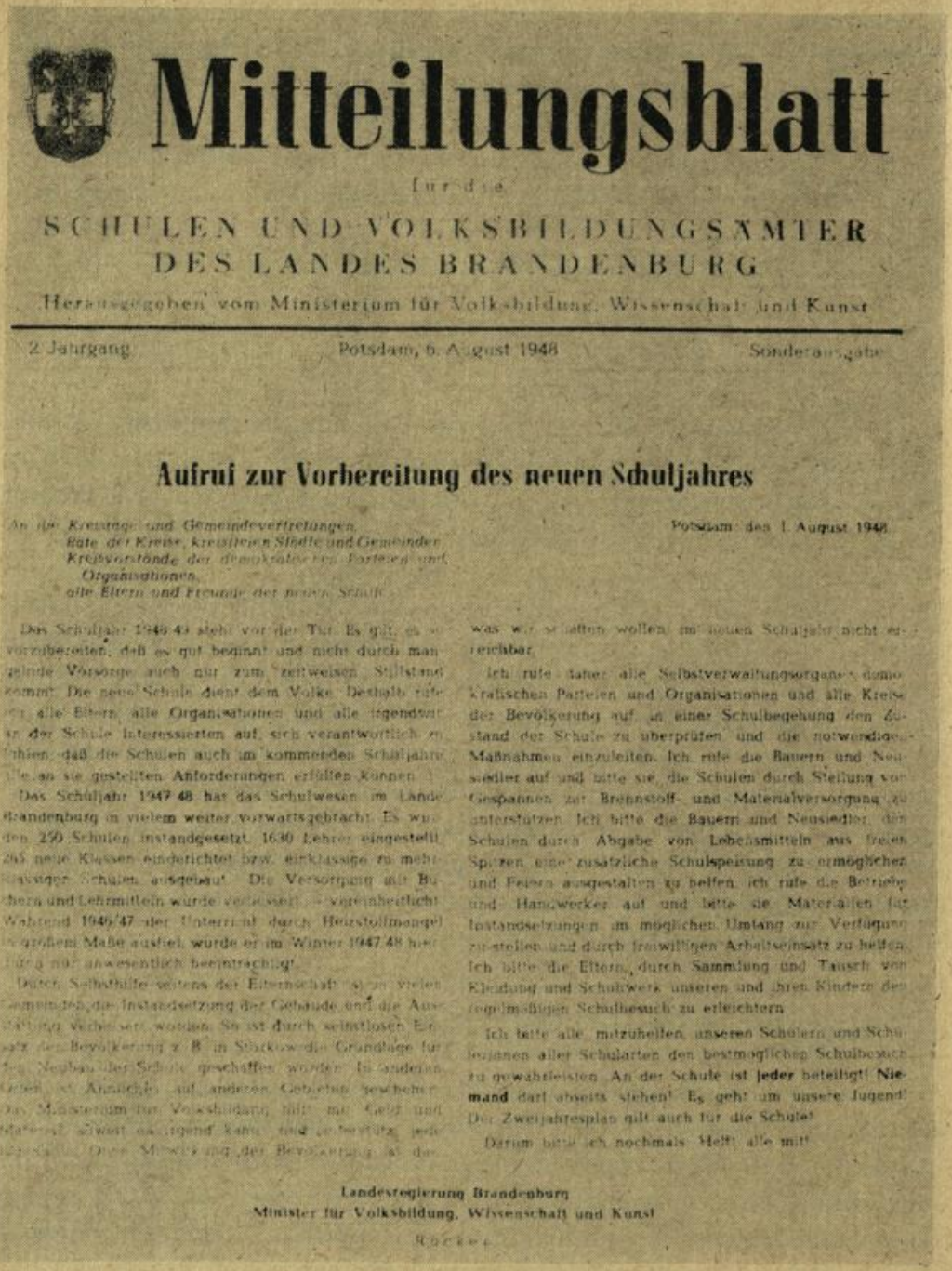
Die Führungsrolle der Arbeiterklasse wurde auch in der politischen Zusammensetzung der Mitarbeiter im Ministerium für Volksbildung Brandenburg sichtbar. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1948 gehörten 38,8 Prozent der SED an, 1,2 Prozent der CDU und 2,5 Prozent der LDPD, die weiteren waren parteilos.[29]

Die demokratische Mitwirkung der Eltern und der Öffentlichkeit am Aufbau der demokratischen Einheitsschule vollzog sich bis zu den ersten Wahlen von Elternbeiräten 1951 vor allem durch die sich ab 1947 entwickelnde Bewegung „Freunde der neuen Schule" in Gestalt von Arbeitsgemeinschaften mit Vertretern zahlreicher Massenorganisationen. Am 12. Januar 1948 wurde die Landesarbeitsgemeinschaft Brandenburg unter Leitung der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher gebildet, die zugleich zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften in den Kreisen und Schulorten aufrief.[30] In die Arbeitsgemeinschaften „Freunde der neuen Schule" wurden 1949 auch bestehende Elternausschüsse aufgenommen.

Festigung der demokratischen Schulreform

Bei der Verwirklichung des antifaschistisch-demokratischen Schulgesetzes wurde die Landschulreform als Bestandteil der demokratischen Schulreform ein bedeutender Schwerpunkt der staatlichen Leitungstätigkeit. Mecklenburg mit 60,8 Prozent und Brandenburg mit 55,1 Prozent einklassiger Schulen standen damit zu Beginn der Schulreform an der Spitze aller Länder in der sowjetischen Besatzungszone.[31] In der Schaffung von Zentralschulen und mehrklassigen Landschulen zur Überwindung der Rückständigkeit des ländlichen Schulwesens erreichte das Land Brandenburg in diesen Jahren große Fortschritte. Bis 1949 wurden auf dem Gebiet der DDR 675 Zentralschulen errichtet, darunter 201 in Mecklenburg und 213 in Brandenburg.[32]

Ein weiterer Schwerpunkt der Sicherung und Festigung der demokratischen Schulreform war die Weiterführung der Neulehrerausbildung und der Qua-



Mitteilungsblatt

für die

SCHULEN UND VOLKSBILDUNGSÄMTER DES LANDES BRANDENBURG

Herausgegeben vom Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst

2. Jahrgang — Potsdam, 6. August 1948 — Sonderausgabe

Aufruf zur Vorbereitung des neuen Schuljahres

An die Kreistags- und Gemeindevertretungen,
Räte der Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden,
Kreisvorstände der demokratischen Parteien und Organisationen,
alle Eltern und Freunde der neuen Schule

Potsdam, den 1. August 1948

Das Schuljahr 1948/49 steht vor der Tür. Es gilt, es so vorzubereiten, daß es gut beginnt und nicht durch mangelnde Vorsorge auch nur zum zeitweisen Stillstand kommt. Die neue Schule dient dem Volke. Deshalb rufen wir alle Eltern, alle Organisationen und alle irgendwie an der Schule Interessierten auf, sich verantwortlich zu fühlen, daß die Schulen auch im kommenden Schuljahr die an sie gestellten Anforderungen erfüllen können.

Das Schuljahr 1947/48 hat das Schulwesen im Lande Brandenburg in vielem weiter vorwärtsgebracht. Es wurden 250 Schulen instandgesetzt, 1630 Lehrer eingestellt, 265 neue Klassen eingerichtet bzw. einklassige zu mehrklassigen Schulen ausgebaut. Die Versorgung mit Büchern und Lehrmitteln wurde verbessert. — Vereinheitlicht. Während 1946/47 der Unterricht durch Heizstoffmangel in großem Maße ausfiel, wurde er im Winter 1947/48 hier [illegible] nur unwesentlich beeinträchtigt.

Durch Selbsthilfe seitens der Elternschaft [illegible] vielen Gemeinden die Instandsetzung der Gebäude und die Ausstattung verbessert worden. So ist durch freiwilligen Einsatz der Bevölkerung z. B. in Storkow die Grundlage für den Neubau der Schule geschaffen worden. In anderen Orten ist Ähnliches auf anderen Gebieten geschehen. Das Ministerium für Volksbildung hilft mit Geld und Material soweit es irgend kann, und es bewilligt jede [illegible]. Diese Mithilfe der Bevölkerung ist die [illegible] was wir schaffen wollen, im neuen Schuljahr nicht erreichbar.

Ich rufe daher alle Selbstverwaltungsorgane, demokratischen Parteien und Organisationen und alle Kreise der Bevölkerung auf, in einer Schulbegehung den Zustand der Schule zu überprüfen und die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Ich rufe die Bauern und Neusiedler auf und bitte sie, die Schulen durch Stellung von Gespannen zur Brennstoff- und Materialversorgung zu unterstützen. Ich bitte die Bauern und Neusiedler, den Schulen durch Abgabe von Lebensmitteln aus freien Spitzen eine zusätzliche Schulspeisung zu ermöglichen und Feiern auszugestalten zu helfen. Ich rufe die Betriebe und Handwerker auf und bitte sie, Materialien für Instandsetzungen im möglichen Umfang zur Verfügung zu stellen und durch freiwilligen Arbeitseinsatz zu helfen. Ich bitte die Eltern, durch Sammlung und Tausch von Kleidung und Schuhwerk unseren und ihren Kindern den regelmäßigen Schulbesuch zu erleichtern.

Ich bitte alle, mitzuhelfen, unseren Schülern und Schülerinnen aller Schularten den bestmöglichen Schulbesuch zu gewährleisten. An der Schule ist **jeder** beteiligt! **Niemand** darf abseits stehen! Es geht um unsere Jugend! Der Zweijahresplan gilt auch für die Schule!

Darum bitte ich nochmals: Helft alle mit!

Landesregierung Brandenburg
Minister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst
Rocker

lifizierung der im Schuldienst tätigen Neulehrer. Dem diente vor allem die Entscheidung zur Fortführung der Ausbildung von Neulehrern in Kursen, deren Dauer von 8 auf 12 Monate erhöht wurde. Der nach wie vor vorhandene Lehrermangel wurde durch steigende Schülerzahlen, die Erweiterung des Zentralschulnetzes, aber auch durch eine Fluktuation bedingt, weil unter

anderem nicht wenige Lehrer wieder in ihren alten Beruf zurückkehrten. So verringerte sich – trotz neuer Absolventen von Lehrgängen – im Schuljahr 1948/49 erstmals die Zahl der Lehrer gegenüber dem vorhergegangenen Schuljahr.[33] Dennoch erhöhte sich schrittweise der Anteil der Neulehrer an der Gesamtlehrerschaft, so im Land Brandenburg von 61 Prozent Ende 1947 auf 65,4 Prozent Ende 1948.[34] Die Herausbildung einer eng mit der Arbeiterklasse verbundenen neuen Lehrerschaft wurde eines der wichtigsten Ergebnisse der demokratischen Schulreform.

Trotz schwieriger, aber sich allmählich verbessernder materieller Bedingungen sowie unter Auseinandersetzungen mit feindlichen Auffassungen, aber auch zahlreichen Vorbehalten und Bedenken unter Eltern und anderen Werktätigen wurden bis zur Gründung der DDR wesentliche Aufgaben des schulpolitischen Programms der Arbeiterklasse für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung erfüllt. Die demokratische Einheitsschule war entstanden. Die Jugend erhielt eine Bildung und Erziehung im Geiste des Fortschritts und des Friedens. Das Bildungsprivileg besitzender Klassen und Schichten war gebrochen worden. Alle diese Errungenschaften fanden Eingang in die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 und bildeten zugleich eine Voraussetzung für die folgende sozialistische Umgestaltung unseres Schulwesens.

Anmerkungen

1 Grundlage der Darstellung sind vorwiegend Forschungsergebnisse, die enthalten sind in: Siegfried Wietstruk, Der Aufbau und die Entwicklung der staatlichen Volksbildungsorgane bei der Durchführung der demokratischen Schulreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, Diss. B, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1982

2 Vgl. Karl Urban/Joachim Schulz, Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1946, Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945–1952, Teil 1, Potsdam 1985, S. 118

3 Vgl. Max Unterlauf, Geschichte der Schule des Kreises Seelow, Manuskript (1979)

4 Zentrales Staatsarchiv (ZStA) Potsdam, R-2, Nr. 254, Bl. 3–5

5 Vgl. a. a. O.

6 Vgl. Siegfried Wietstruk, Die kulturell-erzieherische Funktion der antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane, dargestellt an der Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen (Volksschulen) im Kreis Teltow von Mai 1945 bis Frühjahr 1946, Diss. A, Pädagogische Hochschule Potsdam, Potsdam 1970, S. 111 ff.

7 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 917, Bl. 3

8 Vgl. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland,

Sammelheft 1, Berlin 1946, S. 15 f.

9 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 254, Bl. 3

10 Vgl. Hans-Joachim Schreckenbach, Bezirksverwaltungen in Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. I, Leipzig/Dresden 1965, S. 56 ff.

11 Vgl. Wolfgang Merker, Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, Diss. A, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1980

12 Vgl. 600 Jahre Rangsdorf, Rangsdorf 1975, S. 54

13 Vgl. Karl Urbau/Joachim Schulz, Die Vereinigung . . ., a. a. O., S. 117 und 119

14 Vgl. mündliche Berichte und schriftliche Unterlagen von Richard Meschkat, damaliger Landrat des Kreises Teltow, Margot Bier, geb. Schust, Teilnehmerin am Lehrgang, und weiterer Lehrgangsteilnehmer

15 Vgl. Staatsarchiv (StA) Potsdam, Ld. Br. Rep. 205 A, Ministerium für Volksbildung, Nr. 38

16 Vgl. Archiv des Rates des Kreises Potsdam-Land, Akte Rat der Gemeinde Schenkenhorst, Nr. 31

17 Vgl. Volkswille, 6. 10. 1945

18 Vgl. Karl Urbau/Joachim Schulz, Die Vereinigung . . ., a. a. O., S. 119

20 Vgl. Otto Wermter, Die Neulehrerausbildung für die allgemeinbildenden Schulen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vom Mai 1945 bis Juli 1948 – dargestellt am Land Brandenburg, Diss., DPZI Berlin, o. J., S. 122

21 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 381 ff.

22 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 1081, Bl. 4

23 Vgl. StA Potsdam, Ld. Br. Rep. 205 A, Ministerium für Volksbildung, Nr. 12, Bl. 16 f.; Nr. 13, Bl. 144 f. (Runderlaß Nr. 164/IV vom 15. 1. 1946).

24 Vgl. Helene Fiedler, SED und Staatsmacht, Zur staatspolitischen Konzeption und Tätigkeit der SED 1946–1948, Berlin 1974, S. 117 f.

25 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 408, Bl. 79

26 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 920, Bl. 30

27 Detaillierter siehe: Siegfried Wietstruk, Der Aufbau und die Entwicklung der staatlichen Volksbildungsorgane . . ., a. a. O., S. 145 ff. und 206 ff.

28 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 995, Bl. 1 und 12

29 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 963, Bl. 9

30 Vgl. ZStA Potsdam, R-2, Nr. 860, Bl. 50

31 Vgl. Auf dem Wege zur sozialistischen Landschule, Berlin 1959, S. 49

32 Vgl. a. a. O., S. 50

33 Vgl. dazu ausführlicher: Siegfried Wietstruk, Der Aufbau und die Entwicklung der staatlichen Volksbildungsorgane . . ., a. a. O., S. 186 ff.

34 Vgl. Alois Syniawa, Die Schaffung eines neuen demokratischen Lehrkörpers – entscheidende Voraussetzung und wichtigste Garantie zur Durchsetzung der Schulreform (nachgewiesen in Brandenburg 1945–1949), in: Pädagogische Forschung, Sonderheft 1964, S. 35

Der Feldzug Karl des Großen gegen die Wilzen - Nachrichten aus dem Havelland zum Jahr 789

Von Manfred Kluger

Die erste sichere schriftliche Überlieferung aus dem Havelland ist eine Nachricht von der Havel aus dem Jahre 789. Die Annalen des Fränkischen Reiches berichten, daß in jenem Jahre im Rahmen eines Feldzuges Karl des Großen eine friesische Flotte die Havel entlang ('per Habola fluvium') vordrang, um die Landstreitkräfte des fränkischen Königs bei der Unterwerfung des slawischen Volksstammes der Wilzen zu unterstützen. Höhepunkt und Ende der kriegerischen Aktionen war die Unterwerfung des wilzischen Oberhauptes König Dragowit vor seiner Burg. Wo sich genau die Burg des König Dragowit befand, wird in den Annalen nicht beschrieben.

Zu dieser frühslawischen Zeit säumten zahlreiche Burgen die Havel und ihre Nebenarme (s. Karte 1). Durch diese Konzentration von Burgen gekennzeichnet, und deutlich durch einen siedlungsleeren Gürtel abgegrenzt, markiert sich in der Landschaft des südlichen Havelbogens ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet frühslawischer Zeitstellung. Die Datierung der Burgen ist durch archäologische Funde gesichert, zu denen insbesondere Tonscherben der Sukower Keramik, Keramik der Dyrotzer Phase und Feldberger Keramik gehören.

Über die Besonderheiten des slawischen Burgenbaues berichten andere Quellen. Der slawische Burgenbau erweckte in jener Zeit das weite Interesse. Der arabische Gelehrte Abu Obaid Abdallah al Bekri († 1094) hielt die Schilderung des jüdischen Kaufmannes Ibrahim ibn Jacub, der im 10. Jh. die slawischen Länder zwischen Mecklenburg und Prag bereiste, für so bedeutsam, daß er sie in seinem 'Buch der Wege und Länder' wörtlich wiedergibt: „So bauen die Slawen die meisten ihrer Burgen:

Sie gehen zu Wiesen, reich an Wasser und Gestrüpp, stecken dort einen runden oder viereckigen Platz ab, nach Form und Umfang der Burg, wie sie sie beabsichtigen, graben ringsherum und schütten die ausgehobene Erde auf, wobei sie mit Planken und Pfählen nach Weise der Bastionen gefestigt wird, bis die Mauer die beabsichtigte Höhe erreicht. Auch wird ein Tor für die Burg abgemessen, an welcher Seite man will, und man geht auf einer hölzernen Brücke aus und ein."



ziert auf die vor 1652 aufgenommene Karte der Mittelmark von J. Blaeu, Amsterdam.
(Kartensammlung der Staatsbibliothek Berlin N12, Blatt 10)
M. Kluger

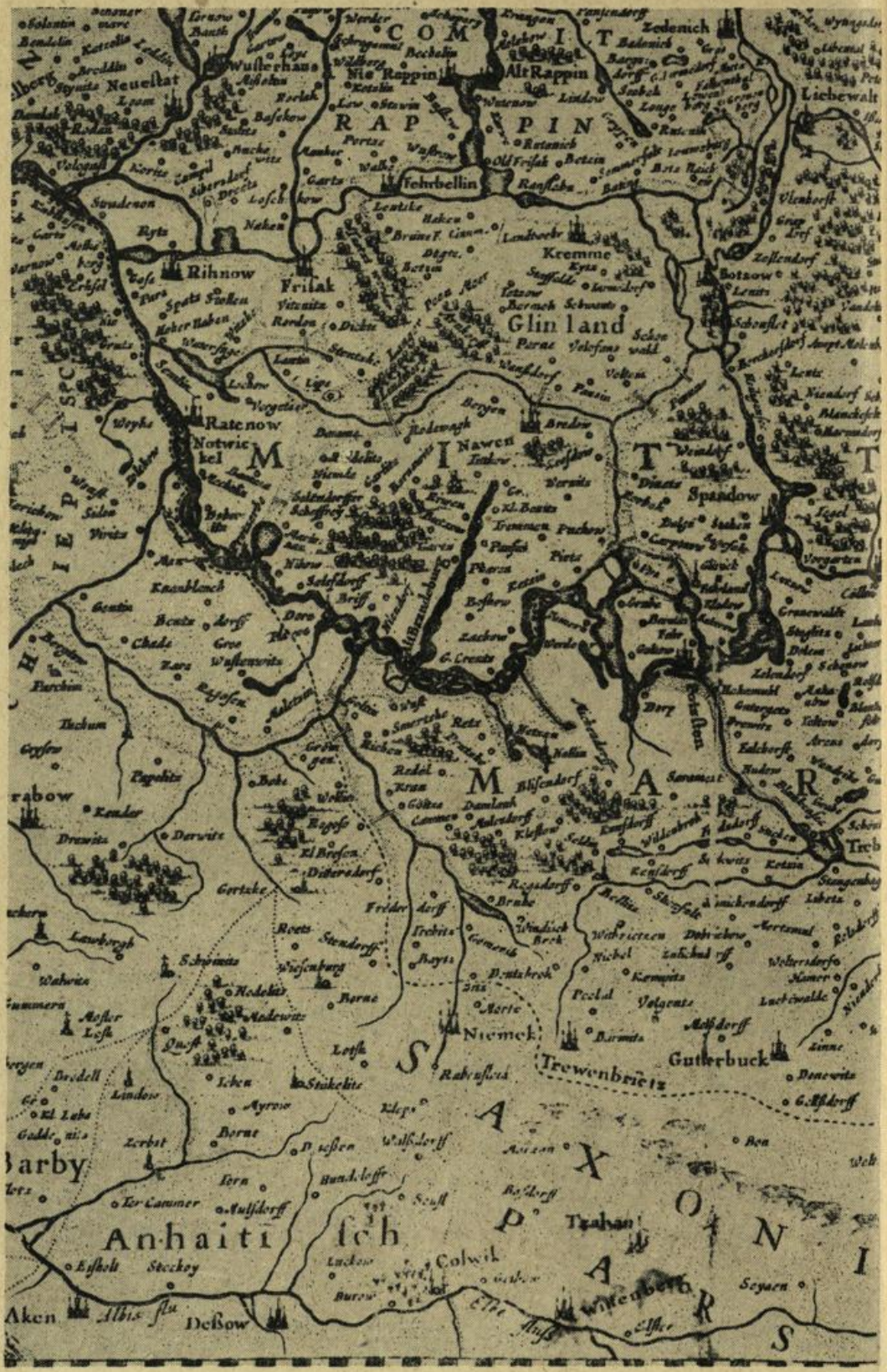
Moderne Ausgrabungen bestätigen diese Schilderungen.
Hauptbestandteil der slawischen Burganlagen war jeweils die ringförmige Holz-Erde-Mauer, die durch kompakte Holzeinbauten „gefestigt" wurde. Entsprechend dem Hozreichtum der Wälder, war zu frühslawischer Zeit der Wehrmauerbau in Rostkonstruktion verbreitet. Dazu verlegte man zunächst



Karte 1
Auf der Karte ist deutlich zu erkennen, daß die frühslawischen Burgwälle entlang der Havel oder an mit der Havel verbundenen Gewässern liegen. Ergänzung zur Legende der Karte: 20 Hohennauen, Fundplatz 8; 21 Ketzin, Fundplatz 1; 22 Wusterhausen (auf der Karte nicht verzeichnet); 23 Wildberg (auf der Karte nicht verzeichnet) und 24 Altfriesack, Fundplatz 2

Titel der Karte der Mark Brandenburg (Ausschnitt) von Olof Hanson Örnehufud, genannt Gotho (1600–1644), Kupferstich von Joan Blaeu, Amsterdam, um 1635
Original der Karte in der Deutschen Staatsbibliothek, N 12 Blatt 7.
Die folgende Seite zeigt einen Ausschnitt aus der Karte, in dem der Havelbogen deutlich erkennbar ist. Im nördlichen Teil der Karte, zwischen den Orten Frisak (Friesack) und Kremme (Kremmen) ist die Eintragung *Langer Peen Moer.*

Dieser Teil der Karte ist auf der nächstfolgenden Seite in einem Ausschnitt noch einmal vergrößert dargestellt.


COM
IT
RAP
PIN
Neuestat
Wusterhaus
Nie Rappin
Alt Rappin
Zedenich
Liebewalt
Fehrbellin
Kremme
Rihnow
Frisak
Glin land
Botzow
Ratenow
Notwickel
Nawen
Spandow
M
I
T
M
A
R
Niemek
Trewenbrietz
Gutterbuck
S
A
X
O
N
I
P
A
R
S
Barby
Anhaiti
sch
Colwik
Aken
Deßow
Albis flu
Wittenberg
Seyaen



in gewissen Abständen quer zur geplanten Wallrichtung Baumstämme als Basis für die Wehrmauer. Darauf folgte eine geschlossene Lage von Stämmen längs zur Wallrichtung, darüber wieder Stämme quer zur Wallrichtung usw., bis dieser rostartig geschichtete und mit Erde verfüllte Holz-Erde-Wall die nötige Höhe erreicht hatte. Verschiedenartige Verankerungen und dazwischen geschüttete Erde verhinderten das Abrollen der Baumstammlagen. Einerseits zur Festigung, andererseits zum Schutz gegen Feuer, war in Riewend (15) die Außenfront durch eine starke Lehmschicht geschützt. In Brandenburg (14) war die Außenfront der Wehrmauer mit Ton verstrichen. Die Höhe der ringförmigen Holz-Erde-Mauer muß oft sehr beträchtlich gewesen sein. Obwohl durch die Vergänglichkeit der Holzeinbauten und die Bodenerosion der Ringwall von Ketzin (21) sicher stark zusammengesackt war, erhob sich die Burg von Ketzin nach den Angaben Rudolf Virchows 1881 noch 7,5 m über den Wasserspiegel der Havel. Meist umgaben Annäherungshindernisse, wie in Ketzin, und eine Berme den Wall, wozu oft auch weitere Palisaden gehörten sowie ein Wehrgang auf der Krone des Walles.

Im Havelland zwischen Rhin und südlichem Havelbogen gab es zu frühslawischer Zeit zwanzig Burgen.

Auf drei dieser Burgen wurde nur Sukower Keramik gefunden. Dabei handelt es sich je um kleine Burgen unter 0,5 ha, die anscheinend bereits im 8. Jh. aufgegeben wurden (Leegebruch, (8), Bamme (3), Hohennauen (20). Auf den anderen siebzehn frühslawischen Burganlagen des Havellandes wurde Sukower Keramik, Keramik der Dyrotzer Phase und, bis auf zwei unsichere Fälle, auch typische Feldberger Keramik gefunden. Damit er-

scheint die Präsenz dieser Burgen im 8. Jh. und am Anfang des 9. Jh. als gesichert.

Drei dieser Burgen haben einen nutzbaren Innenraum unter 0,5 ha (Spandau (9), Riewend (15) und Bartschendorf (19). In Spandau bestand bereits zu dieser Zeit auf einer der Inselburg benachbarten Insel eine befestigte Siedlung, in der verschiedene Handwerker ansässig waren. Wegen der erheblich stärkeren Befestigung der Ostseite wird von den Ausgräbern angenommen, daß die kleine Burg die Grenzburg der Sicherung des Havellandes gedient habe. Auch zur inmitten des Havellandes gelegenen Burg Riewend an der Nordspitze des Riewendsees gehört eine befestigte Vorburgsiedlung. Der Grundriß der Gesamtanlage erinnert sehr stark an das kultische Zentrum von Groß Raden/Kreis Sternberg. Wie in Groß Raden liegt der Burgwall an der Spitze einer Halbinsel, auf der sich eine Vorburgsiedlung befindet, die durch einen Abschnittswall mit Graben vom Festland getrennt war. Der heute noch 5,5 m über den Spiegel des Riewendsees ragende Burgwall von 0,4 ha Innenraum ist durch einen 11 m breiten umlaufenden Graben von der 1,7 ha großen Vorburgsiedlung getrennt. In der befestigten Vorburgsiedlung heben sich in junger Getreidesaat bei längerer Trockenheit deutlich in Reihen geordnete viereckige Verfärbungen ab, die ehemaligen Hausreihen entsprechen könnten. Dieses Phänomen bietet sich auch einige Zeit nach dem Umpflügen und längerer Trockenheit. In Groß Raden gehörte zu der Vorsiedlung ein größerer Holztempel. Die in der Vorburgsiedlung von Riewend gefundene Feldberger Keramik und eine als Import aus Franken geltende bunt verzierte Glasperle erlauben eine Datierung der Siedlung in die zweite Hälfte des 8. Jh., die bis in das 12. Jh. kontinuierlich weiter benutzt wurde.

Zu den großen Burgen von 0,6 bis 2 ha gehören die Burgen von Kietz (18) bei Rhinow, Deetz (16), Nauen (5), Brandenburg (14), Ketzin (21) und Parey (17). In Brandenburg (14) ergaben Ausgrabungen auf der 948 anläßlich der Bistumsgründung urkundlich erwähnten Burgstelle auf der Dominsel, daß dort zunächst eine offene Siedlung bestand, deren Datierung durch eine Radiocarbonanalyse in das 6. Jh., spätestens in den Anfang des 7. Jh. gesichert ist. Doch über dem Zerstörungshorizont dieser ersten Ansiedlung, auf dem sich noch die Pflugspuren eines Hakenpfluges befanden, entstand eine neue Siedlung, in deren Kulturschicht neben der unverzierten Keramik insbesondere bereits Keramik der Dyrotzer Phase des Feldberger Typs zu finden war. Noch im 7. Jh. wurde diese Siedlung durch eine Burg ersetzt, wobei seitdem der Anteil der Feldberger Keramik zunahm, aber Anfang des 9. Jh. verschwand. Bereits zu dieser Zeit wird von dem Ausgräber eine Vorburg vermutet. Bis zum 10. Jh. wurde diese Burg sieben mal erneuert.

Durch ihre außergewöhnliche Größe von etwa 3 bis 6,6 ha heben sich acht Burgen ab, die jeweils in eine Hauptburg und ein bis drei Vorburgen unterteilt sind. Zu den derartig großen Burganlagen gehören die Burgen von Dyrotz (7), Bützer (11), Gülpe (1), Lochow (3), Potsdam-Sakrow (10), Berge (4), Hohennauen (2) und Nauen (6). Eigentümlicherweise gehört die Burg Brandenburg (14) zu frühslawischer Zeit nicht zu diesen besonders großen Burganlagen des Havellandes, obwohl sie in den schriftlichen Quellen später als Fürstensitz überliefert wird.

Nur wenige der frühslawischen Burgwälle prägen noch heute das Bild der havelländischen Landschaft. Im Laufe der Jahrhunderte sind die oberhalb des Grundwassers liegenden Holzkonstruktionen vergangen, so daß die ringförmigen Holz-Erde-Wälle zusammengesackt sind. Bodenerosion und landwirtschaftliche Planierungen veränderten die Burgen oft bis zur Unkenntlichkeit.

Die Römerschanze von Potsdam-Sakrow (10) erhebt sich noch heute etwa 20 m über dem Lehnitz-See bei Krampnitz. Sie zählt zu den besterhaltenen Burgwällen der DDR. Zu frühslawischer Zeit wurde diese bronzezeitliche Burg wieder ausgebaut und mit zwei Vorburgen versehen.

Der Burgwall „Bussenwall" von Nauen (6) bei Alt Brieselang ist auf dem geologischen Meßtischblatt des preußischen Generalstabes 1868, Section Nauen, noch als ein 200 x 140 m messender ovaler Ringwall dargestellt, an den sich östlich offenbar eine Vorburg anschließt. Die demnach aus einer Hauptburg und einer Vorburg bestehende Anlage hatte somit eine Innenfläche von gut 3 ha. Nach der handgezeichneten Forstkarte des Hegemeisters Brandt von 1722 umschlossen einst zwei Arme des Flüßchens „Die Muhr" den Bussenwall. Die Anlage ist heute nicht mehr als Burgwall zu erkennen.

Der Burgwall Berge (4) war nach den Angaben von O. Monke im Jahre 1884 noch „ein sehr umfangreicher, von mehreren Erdringen umgebener Burgwall". Die Burganlage hatte demnach eine Hauptburg und mindestens zwei Vorburgen und umfaßte nach alten Karten zu urteilen mindestens eine Innenfläche von 3,3 ha.

Vom Burgwall Ketzin (21) ragt heute spornartig der Rest des Burgwalles als eine sichelförmige Insel in die Havel, an die sich eine wassergefüllte Tongrube anschließt, die einst die Hauptfläche des 2 ha großen Burgwalles ausmachte, bevor die Burg 1881 dem Tonabbau zum Opfer fiel (stromab am Nordufer der Havel, von Ketzin aus hinter der Hochspannungsleitung und vor der Kanaleinfahrt zum Brückenkopf).

Im Bereich des alten Schlosses von Hohennauen (2) wurden 1985 bei Schachtarbeiten für einen Schulneubau Überreste einer Burg entdeckt. Ausgrabungen ergaben, daß dort im 8. Jh. eine 3,1 ha große slawische Burg-

anlage bestand, die in eine Haupt- und eine Vorburg unterteilt war. In der Vorburg selbst konnten ebenerdige Blockhäuser festgestellt werden. Die Außenfront der Vorburg bildete eine Kombination von Burggraben, Wall und einer Grubenhausreihe, die parallel zum Wall verlief. Die Grubenhausreihe war 5 m breit und war in Blockbauweise errichtet. Derartige Reihengrubenhäuser sind auch von der gut untersuchten Burg von Feldberg Kreis Neustrelitz bekannt, nach der die Feldberger Keramik ihren Namen erhielt. Aufgrund des Luftbildes und der Vermessungen sind Reihengrubenhäuser auch auf dem Burgwall von Dyrotz (7) parallel zur Wallfront anzunehmen. In Hohennauen wurde die Grubenhausreihe lange und intensiv genutzt. In der ältesten Phase der Grubenhausreihe, aber auch in der Vorburgsiedlung, fand sich vor allem Keramik der von Dyrotz bekannten Entwicklungsphase und ein starker Anteil an Sukower und Feldberger Keramik, die sich auch in der zweiten Phase der Grubenhausreihe nachweisen ließ. Diese Typenzusammensetzung setzte sich im Havelland spätestens bis zur Mitte des 8. Jh. durch und bestimmte bis zum Anfang des 9. Jh. das archäologisch kulturelle Bild.

Die Burganlage von Dyrotz (7) ist mit 6,6 ha Nutzfläche die bislang größte bekannte frühslawische Burg des Havellandes. Sie ist in eine Hauptburg und drei Vorburgen unterteilt. Am Pflanzenbewuchs, verdeutlicht im Luftbild, lassen sich auf der heute durch den Ackerbau verschliffenen einstigen Anlage vier exzentrisch ineinanderliegende rundlich bis ovale Ringe erkennen, die dem Verlauf der zugepflügten einstigen Burggräben entsprechen. Die einstigen Wehrmauern deuten sich nur noch als flache Bodenwellen an. Nach den Vermessungsergebnissen hatte die an der höchsten Stelle gelegene Hauptburg einen Durchmesser von etwa 100 m, wobei die ringförmige Wallmauer etwa 10 m breit war. Im Luftbild deutet sich eine ringförmige Innenbebauung hinter der Wallmauer an, bei der es sich vermutlich um Reihengrubenhäuser handelt, die sich innen an die ringförmige Wallmauer anlehnten. Die Burg liegt an einem der seltenen natürlichen Paßwege durch das „Lange Peen Moor" (alter Name des Havelländischen Luches[1]) sowie an einem heute verlandeten Flußmäander, das einst über die Wublitz mit der Havel und der havelländischen Peene[1], dem natürlichen Vorläufer des Havelländischen Hauptkanales, verbunden war (vgl. Kartenbeilage 1). Dieses Mäander muß noch in gegenwartsnaher Zeitstellung zumindest als Altarm ein so großes offenes Gewässer gewesen sein, daß es dem 1624 urkundlich erwähnten Fischer von Rohrbeck genügend Wasserfläche bot, um dem Fischfang nachzugehen, obwohl in jener Zeit auch in Dyrotz und Wustermark jeweils noch Fischereien bestanden. 1718 war unter der Bezeichnung „der Weltz" in diesem Bereich nur noch ein Graben bekannt, dessen Wasser in die Wublitz floß. Nach dem heute reichlich vorhandenen Fundmaterial

zu urteilen, war die Burg von Dyrotz im 8. Jh. präsent und wurde Anfang des 9. Jh. aufgegeben.

Im Verhältnis zu der doch recht großen Anzahl der Burgen sind aus diesem Zeitraum im Havelland nur relativ wenige offene Siedlungen bekannt. Das kann nur bedeuten, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in diesen großen und sehr großen Burgen wohnte. Entsprechend den Berechnungen für die Burg von Feldberg, für die bei 2 ha Innenraum eine ständige Wohnbevölkerung von 600 bis 1 200 Menschen errechnet wurde, ist für die 6,6 ha große Burg von Dyrotz eine ständige Wohnbevölkerung von 2 000 bis 4 000 Menschen zu veranschlagen. Das ist wegen der mangelnden Ausgrabungsbefunde natürlich nur eine grob orientierende Hochrechnung. Hochgerechnet konzentrierte sich in den großen und sehr großen Burgen des Havellandes zu jener Zeit eine Bevölkerung von 12 000 bis 25 000 Menschen. Diese Bevölkerungskonzentration in den Burgen deutet auf eine kriegsgewohnte oder kriegerische Bevölkerung. Die Anlage derartiger Burgen läßt eine ordnende Hand vermuten. Die Mehrteiligkeit der großen Burgen spricht für eine soziale Differenzierung. Es wäre denkbar, daß in den Hauptburgen der mehrteiligen Anlagen die Oberhäuptlinge oder Kleinkönige mit ihren Hauptmannschaften saßen, während in den Vorburgen das übrige Volk wohnte, das ethnisch nicht unbedingt einheitlich sein mußte (was sich in den unterschiedlichen Keramikeinflüssen zeigen könnte). Nach ihrer außergewöhnlichen Größe und der besonderen Anzahl der Vorburgen muß die Burg von Dyrotz (7) eine hervorragende Stellung besessen haben.

Aus der Zeit, da sich diese großen und sehr großen Burgen so zahlreich an den havelländischen Flüssen Havel und Peene konzentrieren, findet sich die erste schriftliche Nachricht aus dem Havelland. In verschiedenen fränkischen Annalen dieser Zeit wird berichtet, daß ein Feldzug Karl des Großen gegen die Wilzen im Jahre 789 die Franken und ihre Verbündeten an Havel (c, d, h) und Peene (a) führte.

Der modernen Forschung blieb es bis heute verborgen, daß es auch im Havelland einen Fluß Peene[1] gab, der bis zur Melioration 1718–1724 als natürlicher Vorläufer des Havelländischen Hauptkanals durch das Havelländische Luch führte, das auf etlichen älteren Landkarten zuvor mit „Langer Peen moor“ bezeichnet wurde (s. Kartenbeilage 1). Ohne von der havelländischen Peene etwas zu wissen, entbrannte unter den Forschern ein sehr heftiger Disput, ob das Hauptziel des Feldzuges, die Civitas des wilzischen König Dragowit, im Land an der Havel[2], oder an der mecklenburgisch-vorpommerschen Peene[3] zu lokalisieren sei.

Der Feldzug fand in der fränkischen Annalistik ein außerordentlich großes Echo. Aus den Einzeldarstellungen der verschiedenen Annalen ergibt sich folgendes Bild:

„789. Damals gelangte König Karl zum zweiten Male durch Sachsen[4] bis zu den Slawen, die man Wilzen nennt . . . " (f), „ . . . jenseits der Elbe . . . " (g). Bereits 780, nachdem König Karl durch Sachsen bis an die Elbe gelangt war, „und an einem Ort, wo Ohre und Elbe zusammenfließen[5] bei einem (bereits) in Besitz befindlichen Heeresstandquartier das Lager aufgeschlagen hatte, widmete er die Zeit für die zu schlichtenden Angelegenheiten sowohl der Sachsen, die diesseitig, als auch der Slawen, die jenseits des Flußufers wohnen . . . " (b) – also der Slawen auf der havelländischen Seite der Elbe.

Über die Zielstellung wird berichtet, König Karl „trachtete danach, sich das Wilzenland in Richtung des Nordostwindes bis zum Meer zu verschaffen . . . " , hatte es aber aus einem in dieser Quelle nicht extra genannten Grunde nicht mehr nötig, im Rahmen des Feldzuges bis an das Meer vorzudringen (e).

Als Begründung des Feldzuges wird angegeben, daß die Wilzen aus Feindschaft gegen die Franken deren Unterworfene oder Verbündete durch Kriege bedrückten (b, m).

Der Aufbruch zum Feldzug erfolgte im Sommer (i). Von Aachen aus, und im Einverständnis mit Sachsen und Franken, überschritt er mit einem ungeheuren aufgestellten Heere bei Köln den Rhein und drang durch Sachsen bis zur Elbe vor (b, c, d, h). Nach der Errichtung eines Standlagers schlug er zwei Brücken über die Elbe. Einer davon sicherte er beidseits die Brückenköpfe durch Wallanlagen in Holz-Erde-Konstruktion, in die er eine Besatzung stationierte (b, c, d, h). Für den Brückenschlag kommt allein der grenzbildende Elbabschnitt des damaligen Sachsens bei Magdeburg in Betracht, der fränkischerseits bereits 780 durch ein Heeresstandquartier gesichert war und dessen Terrain König Karl persönlich kennen gelernt hatte, als er 780 an der Ohremündung weilte (s. o.) und auch als er 784 über Thüringen kommend bis an die Elbe und von dort bis Steinfurt an der Ohre vorgedrungen war (c, h). Da die Annalen (b, c, f, h) aussagen, daß der Marsch bis zur Elbe durch Sachsen erfolgte, ohne daß bis zur Elbe einer durch ein slawisches Land erwähnt wird, kommt der nördlich an das Ohremündungsgebiet anschließende Elbabschnitt bis zur Jeetzemündung nicht für den Brückenschlag in Frage, denn dort war auch das westelbische Land slawisch, wie es von den Annalen (c, d) zu 822 ausgesagt wird und es auch der archäologische Befund bestätigt.

Unmittelbar nach dem Überschreiten der Elbe wurde das Wilzenland betreten (d, b). Auch in späteren Aufzeichnungen wird bestätigt, daß das Wilzenland unmittelbar an das damalige Sachsen grenzte. So beschreibt König Alfred der Große (871–900) in seiner westsächsischen Orosiusbearbeitung (o) „ostnördlich" (also 60° NO) von den Altsachsen die „Wilzen, die man

Havelländer heißt" („Wilte, the mon Haefeldan haett"). Der sogenannte Bayrische Geograph (p) erwähnt in seiner Aufzeichnung die Region der Wilzen mit vier Unterregionen, zu denen er die Linonen. die Smeldinger, die Morizani und die Heveller zählt, und betont dabei ganz ausdrücklich, daß die Region der Wilzen zu den Regionen gehört, „die an unserem Grenzgebiet angrenzen." (also dem Reichsgebiet zur Zeit der Aufzeichnung nach 895). Er erwähnt bei den Hevellern acht 'civitates' (mit Städten oder (Burg-) Gemeinden zu übersetzen). Die Übersetzung von Heveller, in den Quellen Haefeldan, Hehfeldi, Heveldun, Heveldi und Hevelli, bedeutet soviel wie 'die Haveller, Havelländer'. Die Deutung des Namens Wilzen, in den Quellen Wiltzi (b), Wilze (c), Wilti (f), die sich in ihrer eigenen Sprache Welatabi (b, m) nennen, mit 'die Wölfe' oder 'die Riesen' ist dagegen noch unsicher.

„Nachdem er selbst (e. Anm.: König Karl) den Fluß überschritten und das Land der Wilzen betreten hatte, wozu er hatte Formation beziehen lassen und (selbst) das Heer anführte, befahl er alles mit Feuer und Schwert zu verwüsten." (b; im gleichen Sinne d). Wie zuvor durch Sachsen, also geradeaus und ohne nach rechts oder links abzuschwenken, rückte er vom Elbübergang weiter und unterwarf die Wilzen seiner Herrschaft (c), wobei sich ihm zu Schiff auf der Havel entlang die Friesen mit etlichen Franken an Bord verbunden hatten (c, d, h). Neben den Franken, den Sachsen und der die Havel entlang zur Unterstützung vorrückenden Flotte, gehörten zu den Invasionsstreitkräften auch die slawischen Obodriten mit ihrem Fürsten Witzan aus dem heutigen Westmecklenburg und die schon erwähnten Sorben (c, d, h). Und obwohl der Volksstamm der Wilzen kriegerisch, mutig zahlreich war, war er nicht in der Lage dem Angriff des ungeheuer großen königlichen Heeres lange standzuhalten (b).

Und als die Vorhut die 'civitas' des Dragowit erreichte, der bei weitem die übrigen 'reguli' (Häuptlinge, Fürsten oder Kleinkönige) der Wilzen sowohl durch den Adel seines Geschlechtes als auch durch die Autorität seines Alters übertraf, kam Dragowit mit all den Seinen sofort König Karl von der 'civitas' her entgegengeschritten (b). Die meisten Annalen, die Dragowit nennen (a, e, f, h, i, k, l), bezeichnen ihn konkret als König. Dragowit versicherte, daß er Herrschaftsgewalt und Königswürde einst von dem unbesiegbaren Gebieter Karl erhalten habe (vgl. zu 780 oben), und gab seine Königswürde über Gebiete der Franken zurück (h). Er gab aufgelegte Geiseln und versprach schließlich mit Eid, daß er sich König Karl und dessen Franken dienstbar machen werde (b). Diesem Beispiel folgend, unterwarfen sich alle Würdenträger und 'reguli' der Slawen den königlichen Vereinbarungen (b). König Karl vertraute Dragowit sein Vaterland zum zweiten Male an (k). Als König Karl *nach* der Unterwerfung den „Pana"-

Fluß[1] erreichte, ist er schließlich ins Frankenland zurückgekehrt (a) und verbrachte das Weihnachtsfest in der 'civitas' Worms (c). Einem Brief des Abtes Alkuin (n), der sich erkundigte, „ob die Wilzen oder Wenden das Christentum annehmen, die unlängst ('nuper') der König dazuerwarb", und der darin den Bischof Willehad von Bremen grüßte, dessen Todesdatum vom 8. 11. 789 bekannt ist, ist zu entnehmen, daß der im Sommer begonnene Wilzenfeldzug König Karls etwa zwischen dem 15. 9. bis 15. 10. 789 nach dem Julianischen Kalender beendet war ('nuper' – DCCLXXXVIIII. VI[0] idus Novembris).

Die relativ kurze Feldzugdauer, die unmittelbar nach dem Elbübergang beginnenden Kampfhandlungen auf bereits wilzischem Territorium und die Nachricht von der friesischen Flottenoperation auf der Havel entlang im Verbund mit den Landstreitkräften, zumal die Annalen nirgendwo von einem längeren Marsch nach dem Elbübergang berichten, lassen eine Gleichsetzung des „Pana"-Flusses mit der mecklenburgisch-pommerschen Peene äußerst unwahrscheinlich erscheinen. Die Gleichsetzung des „Pana"-Flusses mit der havelländischen Peene[1], dem Nebenfluß der Havel durch das Lange Peen moor[1] (s. Kartenbeilage 1) fügt sich völlig widerspruchslos in das von den zeitgenössischen Annalen zum Jahre 789 gezeichnete Bild und dem der etwas späteren, oben genannten Aufzeichnungen. Nach dem einzigen Annalentext, der diesen Fluß erwähnt (a), ist eine Lokalisation der 'civitas' des König Dragowit an der mecklenburgisch-pommerschen Peene ohnehin ausgeschlossen.[6]

Wo sich im Havelland die 'civitas' des tonangebenden wilzischen Königs Dragowit exakt befand, ist den historischen Quellen nicht zu entnehmen. Die Tradition spricht für die Brandenburg (11), Größe und Mehrteiligkeit lassen dagegen an eine Burganlage von der Größenordnung wie Dyrotz (7) denken.

Historische Quellen:

a) Fragmentum annalium Chesnii
b) Annales qui dicuntur Einhardi
c) Annales regni Francorum
d) Annales Fuldenses
e) Annales Guelferbytani
f) Annales Laureshamenses
g) Annales Laurissenses minores
h) Annales Mettenses priores
i) Annales Mosellani
k) Annales Nazariani
l) Annales Petaviani
m) *Einhardi* vita Karoli Magni
n) Epistolae *Alcvini* VI
o) *King Alfred's* Orosius
p) sog. Bayrischer Geograph
q) *Widukindi* monachi Corbiensis rerum gestarum Saxonicarum
r) *Thietmari* Merseburgensis episcopi chronicon
s) al-Massudi, Reisebericht des . . .
t) Magistri *Adam* Bremenses ecclesiae pontificum
u) Landkarten der Mark Brandenburg aus dem 17. Jh. von O. J. Gotho, Hondius, J. Blaeu (verschiedene), J. Waesberg, S. Schwarz, P. Schenk und im Atlas des Großen Kurfürsten
v) Ph. Cluver 1616, III c. 25 p. 101

Anmerkungen:

1 *Die Peene* [789 *Pana* fluvius (a), 1616 *Pene* (v), im 17. Jh. *Peen* (u)] – Nebenfluß der Havel durch das vor der Melioration 1718–1724 auf älteren Karten (u) „Langer *Peen* Moer" bzw. „Langer *Peen* moor" genannte Havelländische Luch. Eine ganze Serie von Flurnamen entsprechender Lautung erhielt sich auch nach der Melioration entlang des einstigen Flußufers. Das Synonym, die Peene, ndt. Peen, in Mecklenburg zeigt in den historischen Quellen die gleichen Lautungen, sowie auch analoge Wortbildungen für einen Stamm, Orte und Moore an dem Flußlauf.
Der GN *Peene* ist germanisch. Anzusetzen ist germanisch *fanja* (mndt. ven, vene = ndt. Fenn), das in slawischer Lautgestalt mit *Pana* (f zu p) wiedergegeben wurde und ins Deutsche mit mndt. *Pene*, ndt. *Peen* und hdt. *Peene* übernommen wurde.

2 F. Kurze 1911, Deutsche Geschichte I, S. 37; H. Ludat 1936, S. 20 und 1971, S. 15; L. Dralle 1981, Slawen an Havel und Spree; u. a.

3 M. Bathe 1940, S. 8 (in Demmin); J. Herrmann 1969 in: Ausgrabungen und Funde S. 196 und zuletzt 1986, Welt der Slawen, S. 256 (bei Demmin in Vorwerk).

4 Im wesentlichen umfaßte szt. Sachsen Westfalen und Niedersachsen einschließlich der Magdeburger Börde bis zur Ohremündung.

5 Um 1009 wurde Wolmirstedt slawisch auch Ustiure genannt (r), was übersetzt Ohremünde heißt. Auf der Karte der Altmark und der Prignitz von P. Schenk ca. 1690 wird ein Flußarm ab Wolmirstedt bis Magdeburg mit „Ora flu." und einer bis Rogätz mit „Vechtaflu." bezeichnet (letztere Bezeichnung auch auf Karten von J. Blaeu)

6 Nach Adam von Bremen (t), (um 1066), wohnten in Demmin die Ranen, die in keiner Quelle zu den Wilzen gerechnet werden. Adam äußert sich über die Wilzen im Anschluß an ein Zitat von Einhard (m) zum Krieg 789 nur im Rahmen historischer Erwägungen. (II/18–22 mit Scholie 16).

Kartenanhang:

1. Ausschnitt aus der Karte der Mittelmark
   Kartenautor unbekannt, vor 1652 aufgenommen
   Kupferstich von Joan Blaeu, Amsterdam 1663
   Maßstab 1:400 000
   Kartennachweis: Deutsche Staatsbibliothek N 12 Blatt 10.
   Auf diese Karte wurden die frühslawischen Burgwälle projeziert
2. Ausschnitt aus der Karte der Mark Brandenburg
   Kartenautor Olof Hanson Örnehufud, gennant Gotho (1600–1644)
   Kupferstich von Joan Blaeu, Amsterdam 1635?
   Maßstab etwa 1:800 000
   Kartennachweis: Deutsche Staatsbibliothek N 12 Blatt 7.

Literatur:

Grebe, Klaus (1976), Zur frühslawischen Besiedlung des Havelgebietes. In: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam 10, S. 167 ff.

Grebe, Klaus (1981), Zur Datierung des Burgwalles von Berge, Kreis Nauen. In: Ausgrabungen und Funde 26, S. 104 ff. (zus. mit R. Kirsch)

Grebe, Klaus (1987), Ausgrabungen auf einem frühslawischen Fundplatz in Hohennauen, Kreis Rathenow, In: Ausgrabungen und Funde 32, S. 82 ff. (zus. mit W. Bünnig)

Grebe, Klaus (1988): Eine frühslawische Burg in Bützer.
In: Ausgrabungen und Funde 33, S. 82 ff. (zus. mit W. Bünnig)

Herrmann, Joachim, Hrsg. (Autorenkollektiv) (1985) Die Slawen in Deutschland.
(Mit zahlreichen Literaturhinweisen.)
Kluger, Manfred (1988), Zur Ur- und Frühgeschichte des Kreises Nauen.
(Östliches Havelland), Teil IV.
In: Wanderungen durch den Kreis Nauen Heft 5
Kluger, Manfred, Ur- und frühgeschichtliches Kreisinventar des Kreises Nauen, Stand 1988
(Kartei in Maschinenschrift).

Das Schullehrerseminar in Potsdam (1817 bis 1851) - ein Werk der preußischen Reformer

Von Wolfgang Rocksch

Fragt man heute nach den Bildungseinrichtungen, die das geistig-kulturelle Profil des neuen Potsdam prägen, so wird sicher auch die Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht", die 1988 ihr 40jähriges Bestehen feiert, und das ihr seit kurzem angegliederte Institut für Lehrerbildung genannt. Weniger bekannt wird sein, daß Potsdam progressive Traditionen in der Lehrerausbildung besitzt, die bis in die Zeit des Kampfes gegen die napoleonische Fremdherrschaft zurückreichen. Hier wurde 1817 durch fortschrittliche Kräfte ein Lehrerseminar geschaffen, das für damalige Verhältnisse beispielhaft war.
Um das Besondere dieses Potsdamer Seminars erfassen zu können, soll zunächst ein Blick auf seine Vorgeschichte, auf die Lage der Volksschule und der Volksschullehrer zu Beginn des 19. Jahrhunderts geworfen werden.

Zur Vorgeschichte des Potsdamer Lehrerseminars

Die niederen Schulen in Stadt und Land entsprachen in keiner Weise mehr den Anforderungen, die das Zeitalter der Aufklärung und das Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise an die Bildung der Kinder auch aus den unteren sozialen Schichten stellten. Die drastische Schilderung, die K. H. Neumann in seinem 1811 in Potsdam erschienenen Buch „Über die

jetzt eingeleitete Verbesserung des Elementarunterrichts in der Preußischen Monarchie" gab, ist keineswegs ein Einzelbeispiel:

„Überall entweihten verdorbene Schneider, Garnweber, Tischler und abgedankte Soldaten das heilige Geschäft der Erziehung, die Bildung des Volks war in den Händen unwissender, roher, kraftloser, unsittlicher, halbverhungerter Menschen, die Schulen waren zum Teil wirkliche Kerker und Zuchthäuser. Überall herrschte Unordnung und Willkür, Sklavensinn und Widerwille, Buchstaben- und Formelwesen, Geistlosigkeit und Schlendrian, Unwissenheit und Stumpfsinn, Erbitterung und Feindschaft unter Lehrern, Eltern und Kindern. Damit die Kinder lesen und den Katechismus auswendig und einige Wenige ein paar Buchstabenreihen abmalen lernten: dazu sollten die Kleinen 7 bis 8 Stunden in engen, dunklen und ungesunden Höhlen zusammengepreßt und oft grausam mißhandelt werden."[1]

Der Lehrer auf dem Lande war vom Pfarrer abhängig und hatte zugleich den Küsterdienst zu verrichten. Nur wenige Elementarschullehrer waren beruflich vorgebildet. 1806 gab es in der gesamten preußischen Monarchie 11 Lehrerseminare; in der Kurmark bestand lediglich das 1747 von J. J. Hecker gegründete „Kurmärkische Schullehrer- und Küsterseminar" in Berlin.

Die vernichtende Niederlage, die Napoleon der preußischen Armee 1806 bei Jena und Auerstadt zufügte, bedeutete den Zusammenbruch des alten feudalabsolutistischen preußischen Staates. Während König Friedrich Wilhelm III. mit dem Hof nach Memel flüchtete, führten liberale Adlige mit dem Freiherrn v. Stein an der Spitze und Vertreter der bürgerlichen Intelligenz Preußen auf den Weg bürgerlicher Reformen, von denen auch das Bildungswesen erfaßt wurde.

Die fortschrittliche pädagogische Bewegung in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts war vor allem durch ihr Bekenntnis zu Pestalozzi (1746–1827) geprägt. Dessen Fürsorge galt den Kindern der Armen, die er zu allgemeiner Menschenbildung emporheben wollte. Grundlage seines Unterrichts war die von ihm entwickelte Elementarmethode, die der allseitigen Entwicklung der kindlichen Kräfte, der Ausbildung von „Kopf, Herz und Hand" diente. Zu den eifrigsten Verfechtern und Propagandisten der Anliegen Pestalozzis in Deutschland gehörte schon vor der Zeit der französischen Fremdherrschaft Wilhelm v. Türk.

Die herausragende Persönlichkeit bei der Reformierung des preußischen Bildungswesens war Wilhelm v. Humboldt, der 1809 zum Leiter des Departements für Kultus und öffentlichen Unterricht im Ministerium des Innern berufen wurde. Während seiner kurzen Tätigkeit an der Spitze des preußischen Bildungswesens leitete er wesentliche Veränderungen ein. Er

veranlaßte nicht nur die Aufhebung des 1803 ausgesprochenen Verbots der Pestalozzischen Methode, sondern er entsandte auch eine Schar junger Schulleute zu Pestalozzi, die seine Erziehungspraxis in Iferten studieren und ihre Erkenntnisse dann im preußischen Schulwesen anwenden sollten. Unter Humboldt wurden die Grundzüge eines Schulreformplans konzipiert, der die Hebung der Bildung des gesamten Volkes vorsah. Vor allem aber gelang es ihm, entscheidende Funktionen im Departement und in den neugeschaffenen Regierungsbezirken mit Kräften zu besetzen, die fähig und willens waren, in die preußischen Schulstuben einen neuen Geist hineinzutragen.

Zu denen, die Humboldt persönlich als Mitarbeiter warb, gehörte der Prediger und Pädagoge Ludwig Natorp (1774–1846) aus Essen. Er hatte 1804 einen „Grundriß zur Organisation allgemeiner Stadtschulen" vorgelegt, in dem er die Gedanken Pestalozzis über allgemeine Menschenbildung aufgriff. Humboldt schrieb ihm 1809, um ihn als Mitglied und Schulrat der Kurmärkischen Regierung zu gewinnen:

> „Sie und der brave und thätige Herr v. Vincke sind gerade die Männer, zu denen ich das sichere Vertrauen hegen kann, daß die Schulen der Kurmark zu einem solchen Grade der Güte und Vollkommenheit gebracht werden können, daß sie denen der anderen Provinzen zum Muster und zur Nachbildung dienen."[2]

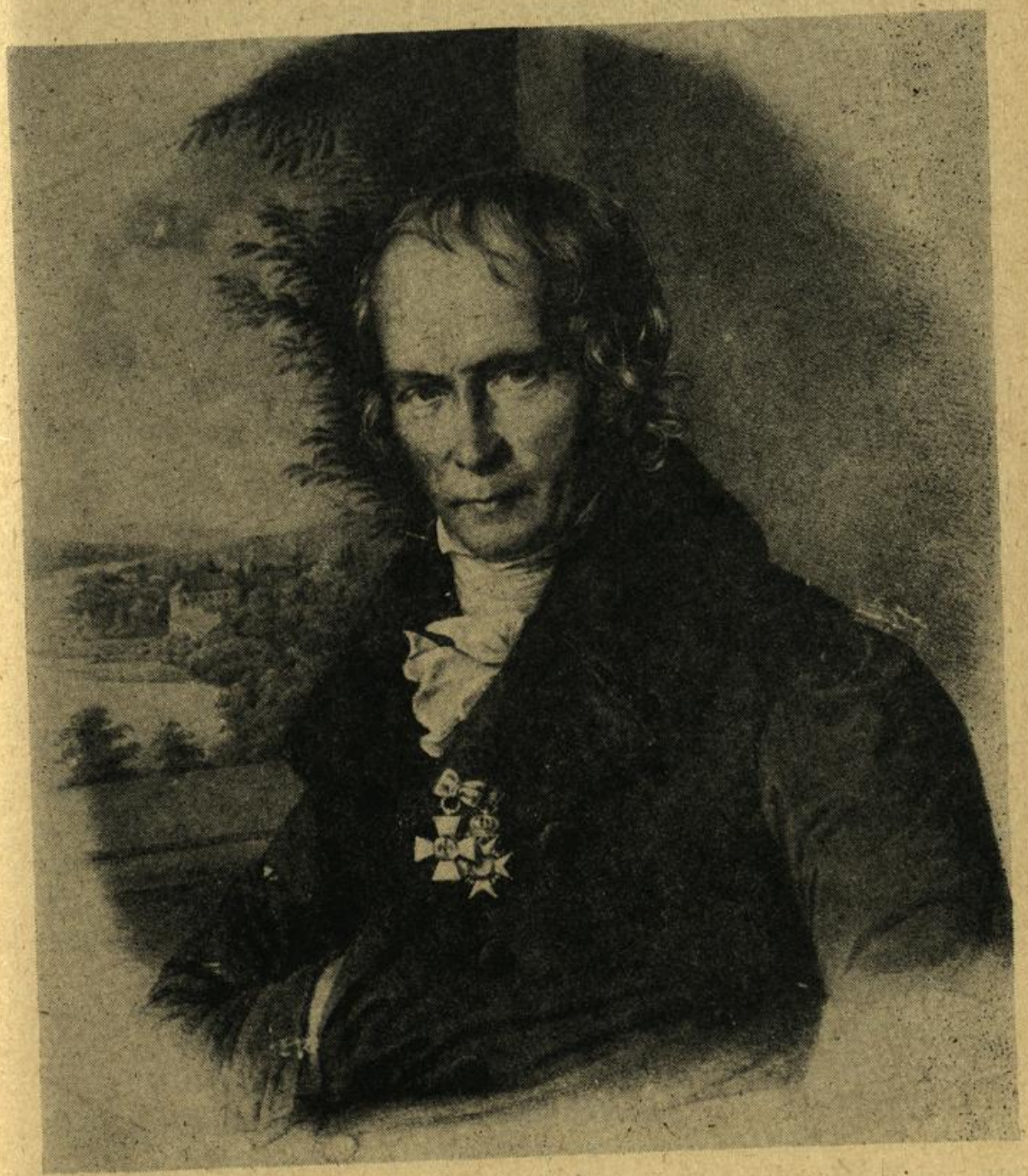
Natorp wurde Humboldts rechte Hand in Fragen der Volksschullehrerausbildung und der Initiator zur Gründung des Potsdamer Lehrerseminars. Die Kurmärkische Regierung war 1809 von Berlin nach Potsdam verlegt worden; sie nannte sich fortan „Regierung zu Potsdam". Ihr Sitz befand sich in der Priesterstraße (heute Bauhofstraße, Gebäude der Bezirksbehörde der Volkspolizei). An ihrer Spitze stand der im Brief Humboldts genannte Frh. v. Vincke. Er stammte wie Natorp aus Westfalen, war mit ihm befreundet und hatte ebenfalls eine Ausbildung bei Niemeyer am Pädagogium in Halle erhalten.

Natorp nahm eine Überprüfung des Kurmärkischen Schullehrer- und Küster-Seminars in Berlin vor und gelangte zu einem vernichtendem Urteil:

„Der Geist der Anstalt ist der Geist der Geistlosigkeit ... Das Berliner Seminarium ist nach allen Versuchen, es in einzelnen Partikeln oder im Ganzen zu verbessern, als unverbesserlich befunden worden."[3]

Das Departement und die Kurmärkische Regierung stimmten Natorps Antrag zu, die Einrichtung in Berlin zu schließen und an ihrer Stelle eine neue zu schaffen, für die er 1812 den „Grundriß eines Schullehrer-Seminariums für die Kurmark" entwarf. Als Orte waren zunächst Brandenburg und Havelberg in der Diskussion, bevor sich die Kurmärkische Regierung 1815 auf Potsdam festlegte. Die offizielle Verfügung vom 1. August 1816, mit der die

Gründung eines Seminars in Potsdam angekündigt wurde, trug noch die Unterschrift Natorps, obwohl er Potsdam bereits im Juli 1816 verlassen hatte. Auf Wunsch v. Vinckes, der inzwischen Oberpräsident der Provinz Westfalen geworden war, kehrte auch Natorp in seine Heimat zurück. Die letzten inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen zur Eröffnung des Potsdamer Seminars erfolgten durch seinen Nachfolger Wilhelm v. Türk (1774–1846 – also gleiche Lebensdaten wie Natorp).
Türk, als Sohn eines herzoglichen Kammerpräsidenten in Meiningen gebo-



Wilhelm von Türk (1774–1846)

ren, hatte nach seinem rechtswissenschaftlichen Studium in Jena eine Anstellung beim Herzog von Mecklenburg-Strelitz gefunden, in der er bereits mit Erziehungs- und Schulfragen konfrontiert wurde. 1804 erfolgte in Münchenbuchsee seine erste Begegnung mit Pestalozzi. Als die französische Besatzung seine Reformpläne zunichte machte, siedelte Türk 1808 an die berühmte Erziehungsanstalt seines Vorbildes und Freundes nach Iferten über. Er unterrichtete hier vor allem in Naturgeschichte und betreute zugleich eine Gruppe von Kindern deutscher Patrioten, vorwiegend aus adligen Kreisen, die ihm in persönliche Obhut gegeben worden waren. Mit ihnen zog er, als es im Lehrerkollegium in Iferten zu Spannungen kam, 1811 nach Vevay am Genfer See, wo er eine eigene Erziehungsanstalt im Geiste Pestalozzis errichtete. Nach der Vertreibung Napoleons bot er dem Freiherrn v. Stein demonstrativ seine Mitarbeit bei der Neugestaltung des preußischen Staates an. Vor seiner Rückreise in die Heimat stattete ihm Pestalozzi einen Abschiedsbesuch ab. Türk war zunächst als Mitglied der Regierung der Neumark in Frankfurt/Oder tätig, bevor er 1817 als Regierungs- und Schulrat der Regierung zu Potsdam berufen wurde, die nun von v. Bassewitz, seinem Freund aus der Jenaer Studienzeit, geleitet wurde.

Die Blütezeit des Seminars unter dem Direktorat Klödens

Das Königliche Schullehrer-Seminar zu Potsdam wurde am 13. Oktober 1817 durch Wilhelm v. Türk eröffnet. Es befand sich im Gebäude einer ehemaligen Tabakfabrik Am Kanal 62 (heute Heinrich-Rau-Allee) gegenüber dem Schauspielhaus. Im Unterschied zum inzwischen aufgelösten Berliner Seminar, das der Realschule angegliedert war und zugleich Küster ausbildete, war es eine selbständige Einrichtung, die ausschließlich der Lehrerbildung diente.

Der Unterricht wurde mit einer Klasse von 31 Seminaristen aufgenommen. Ihr Mindestalter betrug 18 Jahre. Sie kamen in der Regel aus armen Bevölkerungskreisen. Die meisten erhielten ganze oder halbe Freistellen, die ihnen ermöglichten, die Aufwendungen für Unterbringung, Beköstigung und Bekleidung zu bestreiten. Die Gesamtkapazität des Seminars war auf 75–80 Zöglinge berechnet, die man jeweils in 2 Klassen erfaßte (die Aufnahme bzw. Entlassung erfolgte im Rhythmus von 1 oder 1½ Jahren).

Türk war sich bewußt, daß die Qualität der Ausbildung letztlich von der Persönlichkeit der Lehrkräfte abhing. Deshalb verwendete er viel Mühe, für die 4 vollen Lehrerstellen geeignete Kandidaten ausfindig zu machen. Sie sollten Pestalozzianer sein und sich sowohl durch besondere Leistungen auf ihrem speziellen Fachgebiet als auch durch pädagogisches Können auszeichnen. Er fand sie in Klöden, Runge, Schärtlich und Löffler.



Karl Friedrich Klöden (1786–1856)

Als besonderen Erfolg rechnete sich Türk an, Karl Friedrich Klöden (1786–1856) als Ersten Lehrer (ab 1819 zugleich Direktor des Seminars) gewonnen zu haben. In Armut aufgewachsen, hatte sich Klöden seine umfangreiche Bildung vor allem autodidaktisch angeeignet. Neben seiner Tätigkeit als Kartenzeichner bei einer Berliner Firma gab er Unterrichtsstunden an der bekannten Plamannschen Anstalt, einem Zentrum der Pestalozzianer und der patriotischen Bewegung. 1813 erhielt er an ihr eine Planstelle als Lehrer für Formenlehre, Geometrie und Mineralogie, gleichzeitig studierte er an der Berliner Universität vor allem Naturwissenschaften. Türk schrieb über ihn:

„Gründliche, umfassende Kenntnisse in den wichtigsten Fächern des Seminarunterrichts, ein redlicher Charakter, Anspruchslosigkeit, verbunden mit der gehörigen Umsicht zeichneten ihn vorteilhaft aus."[4]

Klöden unterrichtete am Potsdamer Seminar in den Fächern Pädagogik, Didaktik, Formenlehre und Geometrie, Geographie, Naturlehre und Naturgeschichte.

Runge gehörte zu den Lehrern, die von der preußischen Regierung 1816/17 zu Pestalozzi nach Iferten geschickt worden waren. Schärtlich und Löffler holte Türk aus Annaberg; sie waren Lehrer am dortigen Militärwaisenhaus. Unter dem Direktorat Klödens und unter maßgeblicher Mitwirkung Türks (er kam nach der Aussage Klödens fast täglich, mitunter sogar mehrmals, ins Seminar, um alle wichtigen Fragen mit ihm zu besprechen) entwickelte sich das Potsdamer Seminar zu einer vorbildlichen Ausbildungsstätte für Volksschullehrer.

Auf Antrag Klödens wurde die zunächst 2jährige Ausbildung auf 3 Jahre erweitert. Das Potsdamer Lehrerseminar war das erste in Preußen mit einem 3jährigen Kurs.

Klöden führte ein Ausbildungsprogramm ein, das fachlich und pädagogisch hohen Ansprüchen gerecht wurde:

1. Semester: Religion, Rechnen, Geometrie, deutsche Sprache, Lesen, Schreiben, Zeichnen, Gesang
2. Semester: wie 1. Semester – zusätzlich Geschichte, Naturgeschichte, Naturlehre, Erdkunde, Stilübungen, Harmonielehre
3. Semester: wie 2. Semester
4. Semester: anstelle der Fächer Schreiben, Lesen und deutsche Sprache traten Pädagogik und Methodik – sonst wie im 2./3. Semester
5. Semester: Methodik, Harmonielehre, Geschichte, Naturgeschichte, Erdkunde, Rechnen, Zeichnen, Gesang
6. Semester: 3 Tage eigene Unterrichtstätigkeit – Orgelspiel, Gesang, Welt- und Staatenkunde[5]

Dieses Programm ging wesentlich über die bisher übliche handwerkliche „Abrichtung" der Seminaristen für den Religions-, Lese-, Schreib- und Rechenunterricht hinaus. Großes Gewicht hatten die „Realien", besonders die Naturwissenschaften. Bemerkenswert war der völlige Verzicht auf das Fach Religion in den letzten beiden Semestern. Die Seminaristen sollten zum selbständigen, wissenschaftlich begründeten Denken geführt werden. Außerhalb des offiziellen Programms machte sie der Gärtner Woigt auf einem Gelände nahe des Nauener Tores mit dem Gartenbau und der Obstbaumzucht vertraut. Auch das Turnen wurde durch Türk und Klöden gefördert. Als die Reaktion 1819 das Turnen verbot, verlagerten sie die sportliche Betätigung der Seminaristen in die Schwimmanstalt an der Havel (am Ende der heutigen Türkstraße), die W. v. Türk bereits im Jahre zuvor – zur Hälfte aus eigenen Mitteln – anlegen ließ.

Die pädagogische Ausbildung verband Theorie und Praxis. Als Übungsschule (ihr Leiter war Löffler) wurde dem Seminar auf Initiative Türks die Höhere Bürgerschule angegliedert, die L. Natorp bereits 1811 als „Musterschule", d. h. als gehobene Elementarschule, gegründet hatte. Die Wahl dieser Schule war bewußt getroffen worden, denn Türk und Klöden gingen von der Prämisse aus, daß die künftige Volksschule (auch auf dem Lande), die mit Hilfe der Seminarabsolventen geschaffen werden sollte, ein viel höheres Niveau haben mußte als die bestehende.

Der neue Geist, der am Potsdamer Seminar herrschte, widerspiegelte sich auch im Verhältnis zwischen Lehrkräften und Seminaristen. Klöden war der Meinung, daß die Seminaristen, wenn sie sich zu selbständigen, verantwortungsbewußten Menschen entwickeln sollen, nicht in klösterlicher Weise von der Welt abgesperrt werden dürfen. Frei von Standesdünkel bezog er die Seminaristen auch in private Unternehmungen ein, z. B. in die Veranstaltungen des Gesangvereins, dem er angehörte, und in das „musikalische Kränzchen" im Familien- und Freundeskreis. Klöden schrieb:

> „Im Seminar wie in der Schule war ein schönes, regsames Leben; meine Seminaristen fühlten sich in eine bessere Welt versetzt und liebten mich, was sie mir auf die unzweideutigste Weise kundtaten."[6]

Das Seminar widmete sich auch der Weiterbildung der Lehrer im Potsdamer Territorium, für die sonnabendnachmittags Kurse durchgeführt wurden. Außerdem bestand am Seminar zeitweilig eine Sonntagsschule mit kostenlosem Unterricht für Gesellen und Lehrlinge.

Obwohl Klödens Bestrebungen durch Türk und den Chefpräsidenten der Regierung zu Potsdam, v. Bassewitz, gefördert wurden, war unübersehbar, daß es im Zusammenhang mit der fortschreitenden Restauration der feudalen Verhältnisse auch zunehmende Widerstände gab. Höhepunkt der Restaurationspolitik waren die Karlsbader Beschlüsse 1819, die den Auftakt zu einer großangelegten „Demagogen"-Verfolgung bildeten. Nachdem es bereits zur Maßregelung fortschrittlicher Kräfte an den Universitäten und Gymnasien gekommen war, sollte nun auch „demagogischen Umtrieben" an Lehrerseminaren Einhalt geboten werden. Die Leitung dieser Aktion wurde dem Geheimen Oberregierungsrat v. Beckedorf übertragen, den die Reaktion als ihren Mann in das preußische Kultusministerium gebracht hatte.

Als Klöden von der Absicht Beckedorfs erfuhr, das Seminar im April 1823 zu inspizieren, wußte er, daß seine Tage in Potsdam gezählt waren. Beckedorf wollte das Schulwesen wieder völlig an die Kirche binden. Er war nach den Worten Klödens „von der Verderbtheit der Jugend überzeugt und glaubte, die falschen Wege erkannt zu haben, auf welchen man ihre Bildung befördern wolle."[7] Das waren eben die Wege, die Klöden beschritten hatte.

Bevor Beckedorf nach Potsdam kam, hatte er das Lehrerseminar der Neumark in Neuzelle inspiziert und der straffen Leitung der Anstalt durch den Direktor Striez höchstes Lob gespendet. Mit den Zuständen in Potsdam war er, wie zu erwarten, weit weniger zufrieden. Klöden wurde durch ein Reskript aufgefordert, das bisherige Ausbildungsprogramm über Bord zu werfen und ein neues auszuarbeiten. Die Religion sollte stärker betont, die Naturgeschichte reduziert, der Unterricht in Algebra, Geometrie, Welt- und Staatenkunde gänzlich gestrichen werden.

Klöden versuchte in einem Schreiben an das Ministerium, seine Positionen zu verteidigen. Als Antwort erhielt er eine Mißbilligung wegen unangemessenen Tones. Unter solchen Bedingungen war es ihm unmöglich gemacht, seine Tätigkeit in Potsdam fortzusetzen. Er konstatierte:

> „Ich hätte mir selber, ich hätte allem, was ich als wahr und gut in meinem erfahrungsreichen Leben erkannt hatte, untreu werden müssen, wenn ich anders geurteilt hätte. Solche Ansichten konnte ich nicht zu den meinigen machen: die Zeit meines Wirkens im Seminar war vorüber, das erkannte ich deutlich."[8]

Klöden übernahm 1824 die „Berlinische Gewerbeschule", eine kommunale Einrichtung, die er bis kurz vor seinem Tode 1856 leitete. W. v. Türk, der an der Ausarbeitung des Planes für die Berliner Gewerbeschule mitwirkte, hatte maßgeblichen Anteil daran, daß ihm diese neue Aufgabe übertragen wurde. Aus Türks folgenden Worten wird zugleich seine Solidarität mit Klöden sichtbar:

> „Zum Direktor schlug ich meinen Freund, den Seminardirektor Klöden vor; teils weil er sich ganz vorzüglich für dies Amt eignete, teils um ihn, den ich nach Potsdam berufen hatte, und der jetzt durch die Umwandlung des Lehrplans des Seminars und die Veränderung der Ansichten in seinem Thun sich überall beengt und gehemmt fühlte, in eine freiere, ihm erwünschtere Lage zu versetzen. Mein Vorschlag fand Eingang, und ich verlor einen der wenigen Männer aus meiner Nähe, deren freundschaftlicher Umgang meine Tage erheiterte. Für mich ein unersetzlicher, sehr schmerzlicher Verlust."[9]

Türk war selbst in eine schwierige Lage geraten. Die restaurativen Kräfte drängten seinen Einfluß in der Regierung spürbar zurück. Auch Türk blieb von den Auswirkungen der Karlsbader Beschlüsse nicht verschont. Der König, so schrieb er in seiner Autobiographie, hatte zu dieser Zeit „eine unvorteilhafte Meinung von mir", denn „böswillige Menschen hatten ihm mich als einen Demagogen vorgestellt."[10]

Der Abbau der demokratischen Errungenschaften unter dem Druck der Reaktion

Mit Klöden verließen auch Runge, Löffler und die beiden Hilfslehrer das Potsdamer Seminar. Als neuer Direktor wurde gegen den Willen Türks Friedrich Ludwig Striez eingesetzt – jener Mann, der als Leiter des Seminars in Neuzelle die volle Zustimmung Beckedorfs gefunden hatte.

Striez begann sofort mit der Amputation der Ausbildungsprogramme in dem von Beckedorf geforderten Sinne. Das entsprach auch völlig den Ansichten, die er selbst über die Ziele der Volksschul- und Seminarbildung hatte:

„Weit mehr als für diese Erde und für die Zeit ist der Mensch für den Himmel, für die Ewigkeit bestimmt. Sein Heil in der Ewigkeit aber ist . . . von seiner innern Beschaffenheit und moralischen Vollkommenheit, also von seiner Religiosität und Moralität, abhängig."[11]

„Die religiös-moralische Bildung der jungen Leute ist uns die wichtigste."[12]

Striez löste die Verbindung des Seminars zur Höheren Bürgerschule, deren Niveau ihm zu hoch für die Vorbereitung künftiger Landschullehrer war. Zur neuen Seminarschule entwickelte er einen Teil der im Armenhaus in der Berliner Vorstadt befindlichen Freischule. Der Magistrat verpflichtete sich, 150–160 „reinlich gehaltene Armenkinder regelmäßig in diese Schule zu schicken."[13]

Vor allem aber setzte Striez nun auch in Potsdam eine strenge Ordnung und Disziplin durch, die ihm den Ruf eintrug, das typisch preußische Lehrerseminar geprägt zu haben. Die von ihm verfaßte Hausordnung reglementierte alle Bereiche des Lebens der Seminaristen. Ihr Ausgang war wochentags nur in Dringlichkeitsfällen mit besonderer Genehmigung gestattet. Für die Sonntage legte sie fest, „daß die Zöglinge . . . bis 11 Uhr nur unter der Bedingung, daß sie die Kirche besuchen, ausgehen dürfen, in diesem Falle aber und von 11 Uhr bis nachmittag gegen 5 Uhr ohne Urlaub sich entfernen können, wenn sie nur spazieren gehen, nicht aber irgend ein Haus oder einen Ort besuchen wollen, wozu jedenfalls Erlaubnis eingeholt werden müßte." Um sicher zu gehen, daß die Seminaristen auch wirklich den Gottesdienst besuchten, hieß es:

„sie müssen am Montage Rechenschaft geben können, in welcher Kirche sie gewesen sind, und was sie gehört haben."[14]

Die Regierung zu Potsdam berief Striez – welche Ironie! – 1827 zum Stellvertreter und 1833 zum Nachfolger W. v. Türks, der aus gesundheitlichen Gründen seine vorzeitige Pensionierung beantragt hatte. Striez übte bis 1833 zugleich die Funktion des Seminardirektors aus.

Die Leitung des Seminars wurde nun Johann Gottfried Hientzsch, bisher

Seminaroberlehrer in Breslau, übertragen. Während seines Direktorats wurde die 3jährige Ausbildungszeit 1844 wieder auf 2 Jahre reduziert. Es wäre jedoch falsch, diese Rückschritte lediglich den jeweiligen Direktoren anzulasten. Inzwischen hatte sich die Schulreaktion wieder fest in den leitenden Stellungen etabliert, insbesondere nach der Ablösung des seit 1817 amtierenden Kultusministers v. Altenstein durch Eichhorn im Jahre 1840. Die Seminare, die wie in Potsdam „gleich anfangs im Charakter von Schulmeisteruniversitäten angelegt" worden waren und die Seminaristen nicht „abrichteten", sondern „selbst denken, selbst versuchen, selbst lesen, wählen, kombinieren" lehrten[15], sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Eichhorn griff sogar eilfertig den Impuls Friedrich Wilhelms IV. auf, nach der Tradition Friedrichs II. ausgediente Unteroffiziere als Volksschullehrer zu gewinnen. In preußischem Beamten-Deutsch forderte er die Schulbehörden auf, „auf dergleichen Unteroffiziersmaterial zu fahnden und im Betretungsfalle in ein Seminar abzuliefern."[16]

Hientzsch bemühte sich redlich, auch Fortschritte zu erreichen. Er richtete eine Präparandenklasse ein, schuf ausgezeichnete Bedingungen für die Ausbildung in Musik, veranstaltete eine Feier zum 100. Geburtstag Pestalozzis usw.[17] In vielen seiner Aktivitäten widerspiegelten sich die engen Beziehungen Hientzschs zur Lehrerbewegung, die sich unter dem Einfluß Diesterwegs und Wanders kräftig entwickelte. Er hatte bereits in den zwanziger Jahren in Breslau Lehrergesangsfeste initiiert. Aber seinen Bestrebungen fehlte ein klares politisches und schulpolitisches Profil.

Weit eindeutiger in der Stoßrichtung als die Pestalozzi-Feier am Potsdamer Seminar war die Aktion, die Diesterweg am Himmelfahrtstag 1843 unternahm. Er zog an der Spitze von über 100 Berliner Lehrern zum Wohnsitz W. v. Türks in Klein Glienicke, um dem verdienstvollen Mitstreiter Pestalozzis seine Reverenz zu erweisen.[18] Damit demonstrierte er zugleich, auf welchen Traditionen er bei der Leitung des Berliner Stadtschullehrerseminars aufbaute, das 1832 gegründet worden war und aus dem er 1847 durch die Reaktion vertrieben wurde.

Beachtung verdient, daß Hientzsch zu den Unterzeichnern des „Aufrufs an Deutschlands Lehrer" gehörte, der von Wander verfaßt und am 4. August 1848 auf einer Lehrerversammlung in Dresden von ihm vorgetragen wurde: er forderte zur Teilnahme an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins in Eisenach auf.

Hientzsch übernahm 1849 die Leitung der Blindenanstalt in Berlin, nachdem das Kultusministerium bereits 1847 beschlossen hatte, das Potsdamer Seminar nach Köpenick zu verlegen. Nach einer kurzen Amtszeit Bogens wurde Wetzel vom Berliner Stadtschullehrerseminar 1850 zum Seminardirektor berufen. Er hatte die Aufgabe, den Umzug der Lehrkräfte und

Seminaristen zu organisieren. Die Eröffnung des Seminars in Köpenick erfolgte am 15. Oktober 1851.

Als Hauptgrund für die Verlegung wurde die Baufälligkeit des Potsdamer Seminargebäudes genannt. Entscheidend war aber wohl ein anderer Aspekt. Das Kultusministerium vertrat die Meinung, daß die Seminare in kleineren Orten angesiedelt werden sollten, in denen sie besser unter Kontrolle gehalten werden konnten. Auf der Seminarlehrerkonferenz im Januar 1849, zu deren Vorbereitung auch die Lehrkräfte des Potsdamer Seminars ein 11 Punkte umfassendes Papier mit Vorschlägen zur Gestaltung von Lehrerseminaren erarbeitet hatten, erklärte Friedrich Wilhelm IV. unumwunden:

„Zunächst müssen die Seminarien sämtlich aus den großen Städten nach kleinen Orten verlegt werden, um den unheilvollen Einflüssen eines verpesteten Zeitgeistes entzogen zu werden."[19]

Insofern hatte der Seminarlehrer Lange recht, wenn er nach dem Wegzug von Potsdam feststellte: „Wir sind in Köpenick das erste Opfer der Reaktion."[20]

1 Zitiert nach J. Tews: Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte. Leipzig 1914. S. 47.
2 O. Natorp: B. Chr. Ludwig Natorp. Ein Lebens- und Zeitbild. Essen 1894. S. 84.
3 Zitiert nach F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare und die ihnen angegliederten Präparandenanstalten. Berlin (West) 1961. S. 17 und 18.
4 Leben und Wirken des Regierungs- und Schulrats Wilhelm von Türk, von ihm selbst niedergeschrieben. Potsdam 1904. S. 80.
5 Vgl. F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare . . . , a.a.O., S. 28.
6 K. F. Klöden: Von Berlin nach Berlin. Berlin 1976. S. 450.
7 Ebenda, S. 456.
8 Ebenda, S. 466.
9 Leben und Wirken des Regierungs- und Schulrats Wilhelm von Türk . . . , a.a.O., S. 72.
10 Ebenda, S. 69.
11 F. L. Striez: Nachricht von dem Königlichen Schullehrer-Seminar zu Potsdam. Potsdam 1826, S. 26.
12 Ebenda, S. 27.
13 Zitiert nach F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare . . . , a.a.O., S. 29.
14 Ebenda, S. 36, und F. L. Striez: Nachricht von dem Königlichen Schullehrer-Seminar zu Potsdam, a.a.O., S. 29.
15 Zitiert nach J. Tews: Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte, a.a.O., S. 98.
16 Ebenda, S. 116.
17 Vgl. J. G. Hientzsch: Geschichte des Königlichen Schullehrer-Seminars zu Potsdam während seines 31jährigen Bestehens daselbst. Potsdam 1848.
18 Vgl. R. Rissmann: Geschichte des Deutschen Lehrervereins. Leipzig 1908. S. 26.
19 Zitiert nach F. Buchholz/G. Buchwald: Die Brandenburgischen Lehrerseminare . . . , a.a.O., S. 50.
20 Ebenda.

Der Befreiungskrieg im Spiegel von Münzen und Medaillen der DDR

Von Hans-Peter Warnecke

Mit der Gründung der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR 1979, in der auch die Fachgruppen für Numismatik organisiert sind, hat sich die Arbeit der Numismatiker verstärkt heimatgeschichtlichen Themen zugewandt.

Der Fachgruppe Numismatik Potsdam, die bereits seit 1966 besteht, erwachsen daraus neue Aufgaben. „Sammeln – forschen – gestalten" ist ihre Kulturbundarbeit überschrieben.

Das bedeutet zunächst, alle numismatischen Sachzeugen, besonders aus unserem Territorium, zu erfassen. Dazu sind in den letzten Jahren verschiedene interessante Arbeiten erschienen. So gab W. Fried einen Überblick über die mittelalterlichen Münzstätten unseres Territoriums („Märkische Heimat", Heft 1982 und 1983), H.-D. Dannenberg gab einen Überblick über Münzfunde („Märkische Heimat", Heft 1984), J. Koppatz vermittelte besonders durch die Übersichten einen Einblick in das preußische Münzwesen unter König Friedrich II. („Märkische Heimat", Heft 1986) und B. Liebe stellte Medaillen aus unserem Bezirk vor („Märkische Heimat", Hefte 1985 und 1987).

In der eigentlichen numismatischen Forschung gilt es, tiefer in die Geschichte einzudringen. Vielfältige Aussagen kann man von Münzen erhalten, denn sie dienten neben ihrer Funktion als Zahlungsmittel von Anfang an auch gleichzeitig als „Zeitung", d. h. sie vermittelten verschiedenartige, unterschiedliche Informationen. Dazu wurden Abkürzungen und Symbole geschaffen, um, gezwungenermaßen, auf kleinstem Raum das Wesentliche auszudrücken.

Die Numismatiker, die aufgrund ihrer besonderen Tätigkeit auch zu besonderen Erkenntnissen fähig sind, wollen diese nicht für sich behalten, sondern sie nach Möglichkeit der Öffentlichkeit bekannt machen. Die wirksamste Form sind Münzausstellungen, für die Münzen und Medaillen nach verschiedenen historischen, sachthematischen oder künstlerischen Aspekten ausgewählt und mit entsprechendem Text zu Ausstellungsobjekten gestaltet werden. Auch durch Vorträge und Publikationen wird ein Beitrag zur Geschichtspropaganda geleistet.

Als im Dezember 1987 Genosse Günther Jahn auf der Bezirksleitungssitzung der SED auf die würdige Vorbereitung des 175. Jahrestages des Be-

freiungskrieges 1813 hinwies, hatte die Fachgruppe Numismatik bereits Vorarbeiten geleistet. Das Ausstellungsobjekt „Die Zeit des Befreiungskrieges im Spiegel deutscher Münzen und Medaillen" wurde bereits seit 1983 auf Kreis- und Bezirksmünzausstellungen und 1987 auf der Zentralen Münzausstellung der DDR in Berlin gezeigt.

Aus der großen Zahl der Münzen und Medaillen soll hier auf drei etwas näher eingegangen werden.

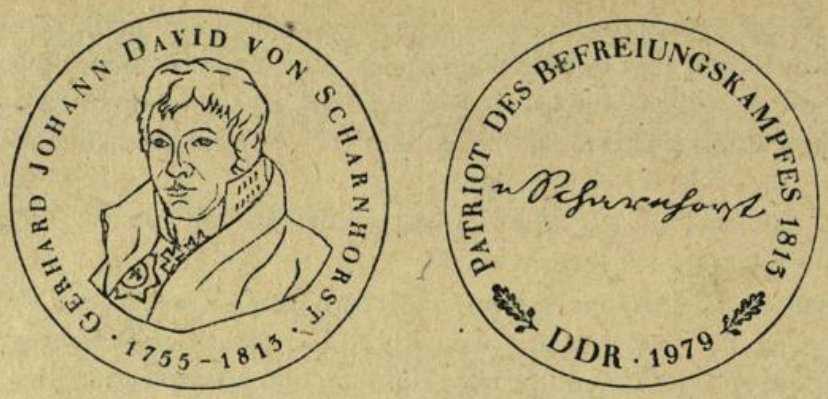
Legt man die Gedenkmedaillen für Scharnhorst, Körner und Prochaska nebeneinander, so hat man drei wesentliche Elemente des Befreiungskrieges vereint: die vorbildliche militärische Führung und Vorbereitung, den Enthusiasmus der Kämpfer und den Kampf der Volksmassen, „wo selbst Frauen ihren Mann standen".

Gerhard Johann David von Scharnhorst (1755 bis 1813) war preußischer General, fortschrittlicher Militärtheoretiker, führend bei der Heeresreform in Preußen, wo er die Grundlagen des Volksheeres schuf; maßgeblich war er am Feldzugsplan 1813 beteiligt.

Theodor Körner ist der „Sänger des Befreiungskrieges". In seiner Kindheit war er mit Friedrich Schiller zusammengetroffen, der im Hause seiner Eltern zu Besuch weilte. Freiwillig meldete er sich zum Freikorps, das Adolf von Lützow führte. Diesem Korps ist sein wohl bekanntestes Lied „Lützows wilde verwegene Jagd" gewidmet, als Offizier der Lützower ist er 1813 gefallen.

Eleonore Prochaska (1785 bis 1813) ist Potsdamerin. Einen Teil ihrer Kindheit verbrachte sie im Militärwaisenhaus. Unter dem Namen August Renz trat sie als Freiwilliger in das Lützowsche Freikorps ein und nahm an den Kämpfen teil. Erst bei ihrem Tode offenbarte sie, daß sie ein Mädchen ist. Auf dem Alten Friedhof in Potsdam errichteten Potsdamer Bürger zu ihrem Gedenken eine Säule.

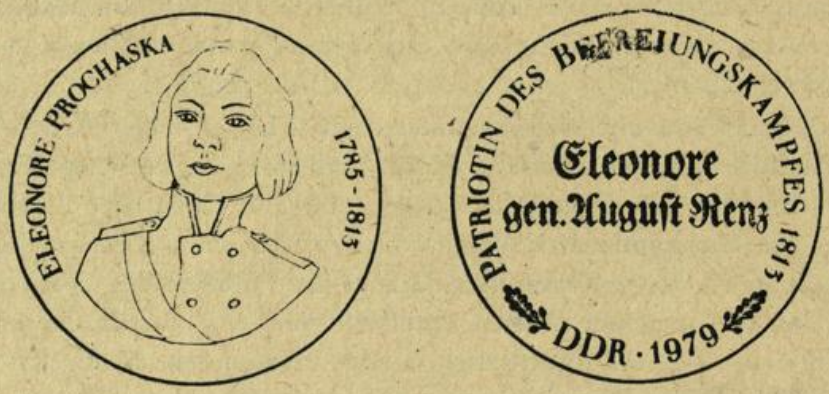
Natürlich betrachtet der Numismatiker auch kritisch seinen Arbeitsgegenstand. Es fällt auf, daß zwar die Führer und bedeutende Persönlichkeiten des Befreiungskrieges dargestellt werden, aber der eigentliche „Held", die Volksmassen, die Landwehrsoldaten, auf den Medaillen nicht gezeigt werden. Doch gerade in der Organisierung und der Führung des Volkskampfes liegt ja das Verdienst der „besten Preußen" von 1813, gerade das macht ja ihre Größe aus. Dieser Anforderung werden auch andere Medaillen – Blücher, Arndt, Lützow, Boyen – nicht gerecht. Sicher muß anerkannt werden, daß die Größe der Medaille und die künstlerische Gestaltung sowie die technische Ausführung der Darstellung von Massenszenen Grenzen setzen. Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer solchen Darstellung der Volksmassen zeigt der sowjetische Gedenkrubel zum 175. Jahrestag der Schlacht von Borodino 1812 (Herausgabe 1987).



Gerhard Johann David von Scharnhorst 1755-1815



Theodor Körner 1791-1813



Eleonore Prochaska 1785-1813

Die Fachgruppe Numismatik hat dem Rat der Stadt Potsdam den Vorschlag unterbreitet, bei der Gestaltung einer Medaille für Eleonore Prochaska eine Massenszene darzustellen.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner

Allgemeines

Eisenbahnatlas DDR / Hans-Joachim Kirsche u. Hans Müller. – 1. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1987. – 328 S.: Ill., Kt.-Anh.

Mark Brandenburg

Bodenfunde und Heimatforschung / Bezirksfachausschüsse für Ur- u. Frühgeschichte d. Bezirke Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. Heft 16. – 1987. – 60 S.: Ill.

Denkmale in Berlin und in der Mark Brandenburg: ihre Erhaltung u. Pflege in d. Hauptstadt d. DDR u. in d. Bez. Frankfurt/Oder u. Potsdam / erarb. im Inst. f. Denkmalpflege, Arbeitsstelle Berlin. – Weimar: Böhlau, 1987. – 568 S.: Ill. – (Schriften zur Denkmalpflege in der DDR)

Heller, Gisela: Neuer Märkischer Bilderbogen: Reporterin zwischen Havel u. Oder. – 1. Aufl. – Berlin: Verlag d. Nation, 1986. – 465 S.: Ill.

Hugenotten in Brandenburg-Preußen / hrsg. von Ingrid Mittenzwei. – Berlin: Akad. d. Wissenschaften, Zentralinst. für Geschichte, 1987. – 366 S.

Mittenzwei, Ingrid: Brandenburg-Preußen 1648 bis 1789: d. Zeitalter d. Absolutismus in Text u. Bild / Ingrid Mittenzwei; Erika Herzfeld. – 1. Aufl. – Berlin: Verlag der Nation, 1987. – 441 S.: Ill.

Weyl, Adolph: Die Paul Henckelsche Sammlung Brandenburg-preußischer Münzen und Medaillen: mit e. Nachtr. – Unveränd. fotomechan. Nachdr. d. Originalausg. Berlin 1876–1877. – 1. Aufl. – Berlin: Transpress, 1987. – 608 S.: 4. Taf.

Bezirk Potsdam

Dem Frieden verpflichtet: zur Entstehung u. Entwicklung d. Gesellschaft für Dt.-Sowj. Freundschaft. – Potsdam: Bezirksleitung der SED, 1987. – 36 S.: Ill. – (Regionalgeschichtliche Dokumente aus dem Havelbezirk; Heft 3)

Denkmalpflege im Bezirk Potsdam: Ergebnisse/ Mönchenkirche Jüterbog, Dampfmaschine Dessow, Interessengemeinschaft Denkmalpflege Ziesar. (Mitteilungen der Gesellschaft für Denkmalpflege, Bezirksvorstand Potsdam) Potsdam 1987. – 23 S.: Ill.

Geschichte der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED / Bezirksleitung Potsdam d. SED, Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung.
Teil 1. 1952–1955. – 1985. – 176 S.: Ill.
Teil 2. 1955–1958. – 1986. – 152 S.: Ill.
Teil 3. 1958–1961. – 1987. – 175 S.; Ill.

Historischer Führer. – Leipzig; Jena; Berlin: Urania-Verlag.
Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) / Autoren: Helmut Assing . . . – 1. Aufl. – 1987. – 400 S.: Ill., Kt.

Kunstdenkmäler der Bezirke Berlin/DDR und Potsdam: Bildband. – Berlin: Akademie-Verlag, 1987. – 168 S., Bildt. – (Kunstdenkmäler; Bildband 4)

Potsdam-Stadt

Bauten und Plastiken im Park Sanssouci / bearb. von Hans Hoffmann, neubearb. von Saskia Hüneke.–Potsdam: Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci, 1987. – 112 S.: Ill.

Hamann, Heinrich: Der Park Babelsberg. – Potsdam: Staatl. Schlösser u. Gärten, 1986. – 47 S.: Ill.

Potsdam im Bild der Geschichte. – Potsdam: Potsdam-Museum.
Teil 2. Dieter Schulte: 1945 bis zur sozialistischen Gegenwart. – 1986. – 105 S.: Ill. & Anl.

60 Jahre Fußball in Bornim (1927–1987) / Sekt. Fußball d. SG Bornim. – Potsdam, 1987. – 23 S.: Ill.

1000 Jahre Potsdam: Blätter aus d. Stadtgeschichte. – Potsdam: Rat d. Stadt.
Teil 1. Heimatgeschichtliche Serie in der Märkischen Volksstimme Jan. 1984 – Febr. 1986. – 1988. – 163 S.: Ill.

Wanderungen in und um Potsdam / Station Junger Techniker u. Naturforscher. – Potsdam.
Heft 5. Wanderweg Nuthetal. · Potsdam-Saarmund / Red.: D. Kern; H. Zielke. – 1987. – 12 S.
Heft 6. Wanderwege im Raum Nedlitz, Fahrland, Krampnitz / Red.: H. Zielke. – 1987. – 12 S.

Weidner: Die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des Schulwesens in Potsdam: 1945 bis zur Gründung d. DDR 1949. – Potsdam: Rat d. Stadt, Abt. Volksbildung, 1987. – 60 S.: Ill.

Einzelne Kreise

Belziger Heimatkalender '88. Hrsg.: Rat des Kreises Belzig, Abt. Kultur. – 56 S.: Ill.

Heimatkalender des Kreises *Jüterbog* / Rat d. Kreises, Abt. Kultur. 1988. – 1988. – 64 S.: Ill.

Rathenower Heimatkalender / Kulturbund d. DDR Rathenow. Jg. 32. 1988. – 1987. – 95 S.: Ill.

Heimatkalender für den Kreis *Zossen* / Rat d. Kreises, Abt. Kultur. Jg. 31. 1988. – 1987. – 96 S.: Ill.

Wietstruk, Siegfried: Der Kreis *Zossen*: heimatgeschichtl. Überblick. – Zossen: Rat d. Kreises, 1987. – 16 S.: Ill.

Einzelne Orte

90 Jahre Straßenbahn *Brandenburg* / Texte: Respondek. – Reichenbach: Bild u. Heimat, 1987. – 15 Postkt. in Mappe

Straka, Alois: Schlacht bei *Fehrbellin* 18. Juni 1675. – Fehrbellin: Rat d. Stadt, 1987. – 18 S.: Ill.

Chronik zur 700-Jahr-Feier der Stadt *Fürstenberg* im Juni 1987. – Fürstenberg: Rat d. Stadt, 1987. – 46 S.: Ill.

Bauer, Frank: *Hagelberg* 1813: Zum 175. Jahrestag des Gefechtes bei Hagelberg vom 27. August 1813. – Hrsg.: Rat der Gemeinde Hagelberg . . . Hagelberg, 1988; mit Karten

Die Pfarrkirche St. Marien zu *Neuruppin*: ihre Zerstörung vor 200 Jahren u. ihr Neubau. – Neuruppin: Gemeindekirchenrat, 1986. – 12 S.: Ill.

Gernitz, Rudi: Von der Stadtbücherei *Rathenow* zur Stadt- und Kreisbibliothek: e. historischer Abriß . . . 1909–1979. – Potsdam: Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bez. Potsdam, 1987. – 38 S., Bildanh. – (Bibliotheken im Bezirk Potsdam – gestern u. heute; 7)

Festschrift 775 Jahre Stadt *Trebbin* 1213–1987. – Trebbin: Ortsleitung d. SED, 1987. – 80 S.: Ill.

Blütenstadt *Werder/Havel*: heimatgeschichtl. Beiträge/Kulturbund d. DDR. 1988. – 1987. – 72 S.: Ill.

Personen

Böhm, Heinz: Malerei Staudenhofgalerie Potsdam am alten Markt Febr. 1987–April 1987. – Potsdam: VEB Umweltgestaltung u. bildende Kunst, 1987. – 80 S.: Ill.

Kühn, Kurt-Hermann: Frauen: Malerei u. Zeichn.; Ausstellung 14. 9.–14. 11. 1986. – Potsdam: Rat d. Bezirkes . . . , 1986. – 88 S.: überw. Ill.

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte

40 Jahre DDR – Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg

Initiative der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

In zwei Jahren werden die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik den 40. Jahrestag unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates festlich begehen. Vier Jahrzehnte Deutsche Demokratische Republik, das sind Jahrzehnte tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungen und erfolgreicher Aufbauarbeit, das sind Jahrzehnte des Ringens um die Sicherung des Friedens und an Kämpfen und Leistungen reiche Jahre zum Wohle des Volkes. Das ist Geschichte, die wir mitgeschrieben haben und die deshalb unsere Geschichte ist. Sie zu erkunden heißt, sich selbst zu entwickeln.

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte lenkt die Aufmerksamkeit aller Mitglieder und Freunde des Kulturbundes der DDR auf die umfassende Vorbereitung dieser Ereignisse. Sie ruft alle Mitglieder, Fachgruppen, Interessengemeinschaften und Freundeskreise sowie ihre Vorstände dazu auf, ihre Vorhaben und Anstrengungen zur Vorbereitung unseres Jubiläums in die Initiative

„40 Jahre DDR – Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg"

einzubringen. Damit leisten wir einen spezifischen Beitrag zur Erfüllung der Beschlüsse des XI. Bundeskongresses und der 2. Zentralen Delegiertenkonferenz der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR.

I.

Anliegen dieser Initiative ist es:

- verstärkt Forschungen zur Entwicklung unseres sozialistischen Vaterlandes anzuregen und einen heimatgeschichtlichen Beitrag für ein differenziertes und lebensnahes Geschichtsbild vom Werden und Wachsen unseres Staates und seiner Bürger zu leisten, wobei es um die ganze Breite

der politischen, ökonomischen, sozialen, wissenschaftlich-technischen, künstlerischen und geistig-kulturellen Entwicklung geht;
- die besondere Aufmerksamkeit regionalgeschichtlicher Arbeit auf die Anstrengungen zur Sicherung des Friedens, zur Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den 70er und 80er Jahren zu lenken;
- in vielfältigen Formen die Geschichte der DDR, ihrer Territorien, Städte und Gemeinden zu propagieren, Erfahrungen, Ereignisse, Leistungen und Persönlichkeiten dieser Jahrzehnte einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen und die Bindung der Bürger an die sozialistische Heimat zu stärken;
- das reiche historische und kulturelle Erbe unseres Volkes erschließen zu helfen, es unseren Mitbürgern zugänglich zu machen und so einen Beitrag zur Bereicherung des geistig-kulturellen Lebens zu leisten;
- die Zusammenarbeit mit staatlichen Organen, den Geschichtskommissionen der SED, der Nationalen Front und der FDJ, wissenschaftlichen Institutionen sowie mit den Bereichen, Gesellschaften und Verbänden des Kulturbundes zu fördern und zielstrebig zu entwickeln sowie die Ausstrahlung unserer Gesellschaft insbesondere auf die Jugend zu erhöhen, neue aktive Mitstreiter zu gewinnen und die Organisation zu festigen.

Unser Anliegen verlangt den Beitrag aller. In unserer Initiative soll das gesamte Spektrum der Gesellschaft für Heimatgeschichte zum Tragen kommen. Sie versteht sich als Beitrag zu den Aktionsprogrammen des Kulturbundes in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR und schließt deren heimatgeschichtliche Vorhaben ein.

Wir wenden uns mit dieser Initiative auch an alle anderen Verbände, Gesellschaften und Zentralen Kommissionen des Kulturbundes mit der Bitte, das Anliegen der Gesellschaft für Heimatgeschichte auf den verschiedenen Ebenen zu unterstützen und gemeinsame Vorhaben zu fördern.

Die erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist eine große Herausforderung für alle Interessenbereiche unserer Gesellschaft. Widmen wir deshalb unsere Ideen und unsere Kraft der Vorbereitung des 40. Jahrestages unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

II.

Entsprechend den genannten Schwerpunkten orientieren wir auf folgende Aktivitäten und Leistungen:

- Forschungsergebnisse zur Geschichte der DDR und ihrer historischen Wurzeln;

- die Mitwirkung bei der Erarbeitung der Konzeptionen zur Pflege und Verbreitung des Erbes in den Territorien, Städten und Gemeinden;
- die Durchführung von „Tagen der Heimatgeschichte";
- die Mitwirkung bei der Führung der Ortschroniken in Städten und Gemeinden;
- die Entwicklung einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit mit spezifischen Mitteln der Bereiche der Gesellschaft für Heimatgeschichte (mit Plakaten, Medaillen, Postern, Faltblättern, Pressebeiträgen);
- Vorbereitung und Durchführung von Heimatfesten und Ortsjubiläen sowie Erforschung und Pflege von Festen und Bräuchen;
- die Sammlung von Lebenserinnerungen, Erlebnisberichten, Fotografien und Erzählstoffen sowie die Erarbeitung von Lebensbildern und biographischen Skizzen;
- die Durchführung von Spezialistenlagern für Jugendliche zur Heimatgeschichte;
- das Anlegen von heimatgeschichtlichen Wanderwegen;
- die Mitwirkung bei der Einrichtung und Betreuung von Heimatstuben;
- Publikationen bzw. publikationsfähige Manuskripte oder andere spezielle Veröffentlichungen der Fachbereiche;
- Herstellung von Zinnfiguren-Dioramen oder Serien zur DDR-Geschichte;
- Fotos zur Heimatgeschichte, Bilder oder Dia-Serien zu heimatgeschichtlichen Themen;
- die Anfertigung von numismatischen und faleristischen Objekten sowie Ausstellungen zu heimatgeschichtlichen Themen;
- Übersichten über Ergebnisse und Leistungen der heimatgeschichtlichen Arbeit;
- Arbeitsberichte, Ausstellungsobjekte und Forschungsergebnisse zur Bodendenkmalpflege.

III.

Die Kreisvorstände und Bezirksvorstände sowie die Kreis- und Bezirksfachausschüsse der Gesellschaft für Heimatgeschichte beraten mit den Interessengemeinschaften, Fachgruppen und deren Mitgliedern über ihre Teilnahme an der Initiative

„40 Jahre DDR – Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg"

Sie legen gemeinsam fest, mit welchen Objekten und Leistungen sie sich an der Initiative beteiligen.

Die Ergebnisse der Initiative werden bei den Kreisvorständen der Gesellschaft für Heimatgeschichte eingereicht.

Anläßlich der *„Tage für Heimatgeschichte 1989"* werden im Zusammenwirken mit den regionalen Museen und Heimatstuben Ergebnisse aus der Initiative vorgestellt.
Ausgewählte Forschungsergebnisse werden in den „Blättern für Heimatgeschichte" und anderen Publikationen der Gesellschaft für Heimatgeschichte und ihrer Bereiche veröffentlicht sowie den Autorenkollektiven der zwölfbändigen „Deutschen Geschichte" zur Verfügung gestellt.
Die Bezirksvorstände der Gesellschaft für Heimatgeschichte sollten in Durchführung der Initiative mit den Redaktionen der Bezirkspresse und anderen regionalen Presseorganen und Periodika Absprachen zur Veröffentlichung von Forschungsergebnissen treffen.

Die Bezirksvorstände und Bezirksfachausschüsse reichen die besten heimatgeschichtlichen Objekte und Forschungsergebnisse bis zum 30. Juni 1989 an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte ein.
Kennwort: „40 Jahre DDR".

Anschrift: Bundessekretariat des Kulturbundes der DDR
– Abteilung Heimatgeschichte –
Otto-Nuschke-Straße 1, Berlin 1080

In einer Ausstellung werden vom Zentralvorstand der Gesellschaft ausgewählte Forschungsergebnisse und heimatgeschichtliche Objekte vorgestellt.
In einer Auszeichnungsveranstaltung des Präsidiums des Kulturbundes der DDR werden die in der Initiative vollbrachten Leistungen der Bundesfreunde gewürdigt.
In die Auswertung werden nur Vorhaben und Resultate einbezogen, die in den Jahren 1987 bis 1989 fertiggestellt wurden.
Es ist erforderlich, allen Vorschlägen eine schriftliche Stellungnahme bzw. ein Gutachten des Bezirksvorstandes beizufügen.
Die Koordinierung der Initiative und die Auswertung der besten Leistungen erfolgt durch eine Arbeitsgruppe des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte.
Berlin, im Oktober 1987

Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte
im Kulturbund der DDR

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1989



Z
5183
89
182
PH Potsdam

Märkische Heimat

Z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 8

40 Jahre DDR
Erkundungen zu einem erfolgreichen Weg

Potsdam 1989

„Märkische Heimat"
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 8
Potsdam 1989

89/182/1
Hochschulbiblothek
Bibliothek Geschichte

Titelbild: Der 1. Mai 1989 in Potsdam, Manfred Haseloff

Herausgeber: Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand Potsdam, mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des Staatsarchivs Potsdam

Redaktion: Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Dorothee Geßner, Wolfgang Kusior, Helmut Langner, Regina Rousavy, Siegfried Schubert

Bilder und Dokumente: Akademie der Künste, Betriebsarchiv des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, Bezirksparteiarchiv, Märkische Volksstimme/Brehmer, Czeninga, Lemcke, Liebke; Staatsarchiv Potsdam/Bogemihl, Stadtarchiv Brandenburg, Gallinat (privat), Zentralbild/Sturm, Weiß/Junge

Reproduktionen: Hilgenfeldt, Wünsche

Redaktionsschluß: 2. Mai 1989. Manuskriptsendungen an die Redaktion „Märkische Heimat", Mangerstraße 34/36, Potsdam 1560.

„Märkische Heimat" Potsdam

Druck: Bezirksdruckerei Märkische Volksstimme Potsdam, Betriebsteil Hegelallee
I 16 01 F 58/89 A 3815/89

D 402
Pädagogische Hochschule Potsdam
Hochschulbibliothek
89 : 2956 / Po 1

00500

Inhalt

	Seite
Thomas-Müntzer-Ehrung der DDR 1989 „Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk" Thomas Müntzer in Jüterbog 1519 Von Gerhard Brendler	4
Potsdam in der Zeit der Französischen Revolution Von Frank Göse	10
Arbeiterfunktionär, Antifaschist, Oberbürgermeister — zum Gedenken an Max Herm Von Wolfgang Kusior	15
Die Deutsche Demokratische Republik — ein Staat des Friedens von Geburt an Zur Entstehung von Friedenskomitees im Land Brandenburg 1949/50 Von Jürgen Pfeiler	39
Richard Schmidt — der „Hennecke der Metallurgie" Von Friedhelm Stresow	49
Bruno Wilke — ein Bauer wird Nationalpreisträger Nach Erinnerungen von Bruno Wilke und Artur Leske	53
Arthur Scheunert — ein humanistischer Wissenschaftler Von Joachim Schulz	56
Die „kleine Schwester" von Berlin — Nachbetrachtung zum 750. Jubiläum der Stadt Kyritz Autorenkollektiv „Arbeitsgruppe Chronik" beim Festkomitee der 750-Jahr-Feier	59
40 Jahre Staatsarchiv Potsdam — Entwicklung, Ergebnisse, Perspektiven Von Friedrich Beck	69
Bibliographie Bearbeitet von Dorothee Geßner	83
Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte	88

Thomas Müntzer
Ehrung der DDR 1989

„Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk"
Thomas Müntzer in Jüterbog 1519

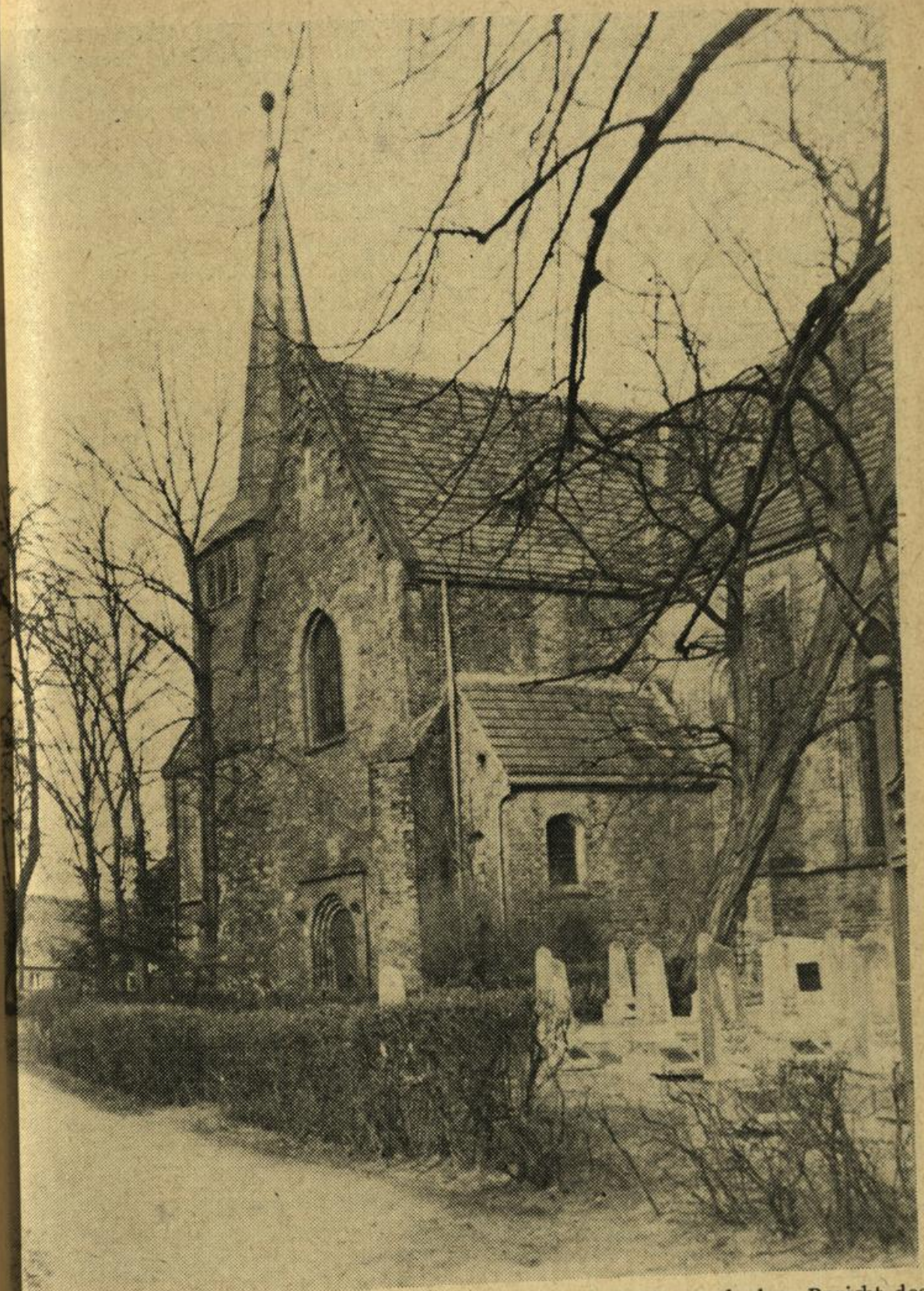
Von Gerhard Brendler

Thomas Müntzer stammte aus der gleichen landschaftlichen Gegend wie Marti Luther. Über seine Jugend und die frühen Mannesjahre ist freilich wenig bekann Vermutlich 1489 in Stolberg am Harz geboren, wurde er 1506 an der Universit Leipzig immatrikuliert; 1512 taucht sein Name in der Matrikel der Universit Frankfurt (Oder) auf. Wahrscheinlich wurde er im Jahre 1513 in Halberstadt zu Priester geweiht. Zwischen 1514 und 1517 hielt er sich in Braunschweig, Halle un Aschersleben auf. Dankenswert sind die engen Beziehungen, die Thomas Müntz damals insbesondere in Braunschweig zu Fernhändlern, Goldschmieden und Buc druckern knüpfte. Auch mit dem Nürnberger Kuxenbesitzer und Unternehmer i Montangewerbe Fürer stand er im Briefwechsel.

1517/18 trat Thomas Müntzer in erste Kontakte zu Martin Luther. Im Frühjahr 151 agitierte Thomas Müntzer als Prediger für die Reformation in Jüterbog. Es wa der Jüterboger Franziskaner Bernhard Dappen, der erste anklagende Berich über Müntzers Predigten verfaßte und den Bischof von Brandenburg aufforderte die Tätigkeit der „Lutheraner" in Jüterbog zu unterbinden. So ist es gerade Thoma Müntzer, auf den 1519 erstmals in der Geschichte der damals diffamierend gemeint Parteiname „Lutheraner" angewandt wurde.

Offensichtlich hatte Müntzer Kontakt zu den kampflustigen jungen Männern un Luther, die alles daran setzten, aus dem Gelehrtenstreit um Luthers Thesen ein Volksbewegung zu machen. Von diesen jungen Männern um Luther hörte Thoma Müntzer den denkwürdigen Satz, daß man einem gemeinen Mann mit der Bibel i der Hand mehr vertrauen solle als einem Prälaten, Fürsten, Grafen oder Herre ohne Bibel. Darin drückte sich eine Grundüberzeugung der fortschrittlichen Geiste der damaligen Zeit aus, daß nämlich die Hilfe gegen die Gebrechen in Reich un Kirche nur dann gefunden werden könne, wenn die Menschen den Willen Gotte tun; den Willen Gottes aber hoffte man in der Bibel und nur in der Bibel un nirgends sonst zu finden. Dies war auch der historische wie religiöse Beweggrun dafür, daß Martin Luther die Bibel ins Deutsche übersetzte.

Müntzer teilte Luthers Grundüberzeugung davon, daß die Menschen den Wille Gottes tun müssen, um eine Reformation herbeizuführen. Doch scheint er scho frühzeitig Zweifel daran gehabt zu haben, daß nur die Bibel Auskunft über de Willen Gottes geben könne. In Zwickau, wo Müntzer 1520/21 als Prediger täti war, hatte er die Erfahrung gemacht, daß ungelehrte Leute, einfache Handwerke und Tagelöhner ohne jegliche Universitätsbildung durchaus in der Lage waren, sic Gott ganz hinzugeben, ohne doch die Bibel gelesen zu haben. Zudem hatte er beob achten müssen, daß hochgebildete Männer, die des Lateinischen und Griechischen ja sogar des Hebräischen mächtig waren — und also die Bibel im Urtext lese konnten, in Sitte und Moral, Gemüt und Seele und in all den vielen Problemen un Anfechtungen des Alltags keinen Deut besser waren als etwa ungelehrte Handwerke und Bauern; ja mehr noch, er fand, daß diese scheinheiligen Gelehrten zwar de



Pfarrkirche St. Marien (Liebfrauenkirche) in Jüterbog, in der nach dem Bericht des Franziskaners Bernhard Dappen Thomas Müntzer seine erste Predigt in Jüterbog hielt. Die Kirche wurde später mehrfach umgebaut. Foto: Brehmer

Buchstaben der Bibel kannten, daß aber die einfachen Leute ehrlicher und hingebungsvoller den Worten der Bibel lauschen und auf den Geist hören, der aus ihr spricht. Erfahrungen, Beobachtungen und Überlegungen dieser Art lenkten das theologische Interesse Müntzers auf das einfache Volk. Je mehr er daran zweifelte, daß die Intellektuellen die Wahrheit sagen und die Bibel richtig deuten, desto stärker brachte er seine Hoffnung auf die kurze Formel: „Doch am Volke zweifle ich nicht." So wurde Thomas Müntzer zu jenem revolutionären Denker in der deutschen Geschichte, der als erster die Rolle der Volksmassen als Kraft der Geschichte erahnte und dies mit theologischen Argumenten begründete.

Thomas Müntzer war ein unruhiger Geist. Die Idee, daß das Volk selbst die Reformation in die Hände nehmen müsse, trieb ihn in immer neue Konflikte und Gegensätze zu den herrschenden Gewalten hinein. Als er nach monatelangem Suchen und Umherirren schließlich im Frühjahr 1523 Pfarrer in Allstedt in Thüringen wurde, ging er daran, einen lange gehegten Plan zu verwirklichen: Er reformierte den Gottesdienst und schrieb eine deutsche Messe. Diese deutsche Messe Müntzers fand so begeisterten Zulauf aus der näheren und ferneren Umgebung Allstedts, insbesondere aus den Gebieten katholischer Obrigkeiten, daß die katholischen Grafen von Mansfeld ihren Untertanen den Besuch des Allstedter Gottesdienstes verboten.

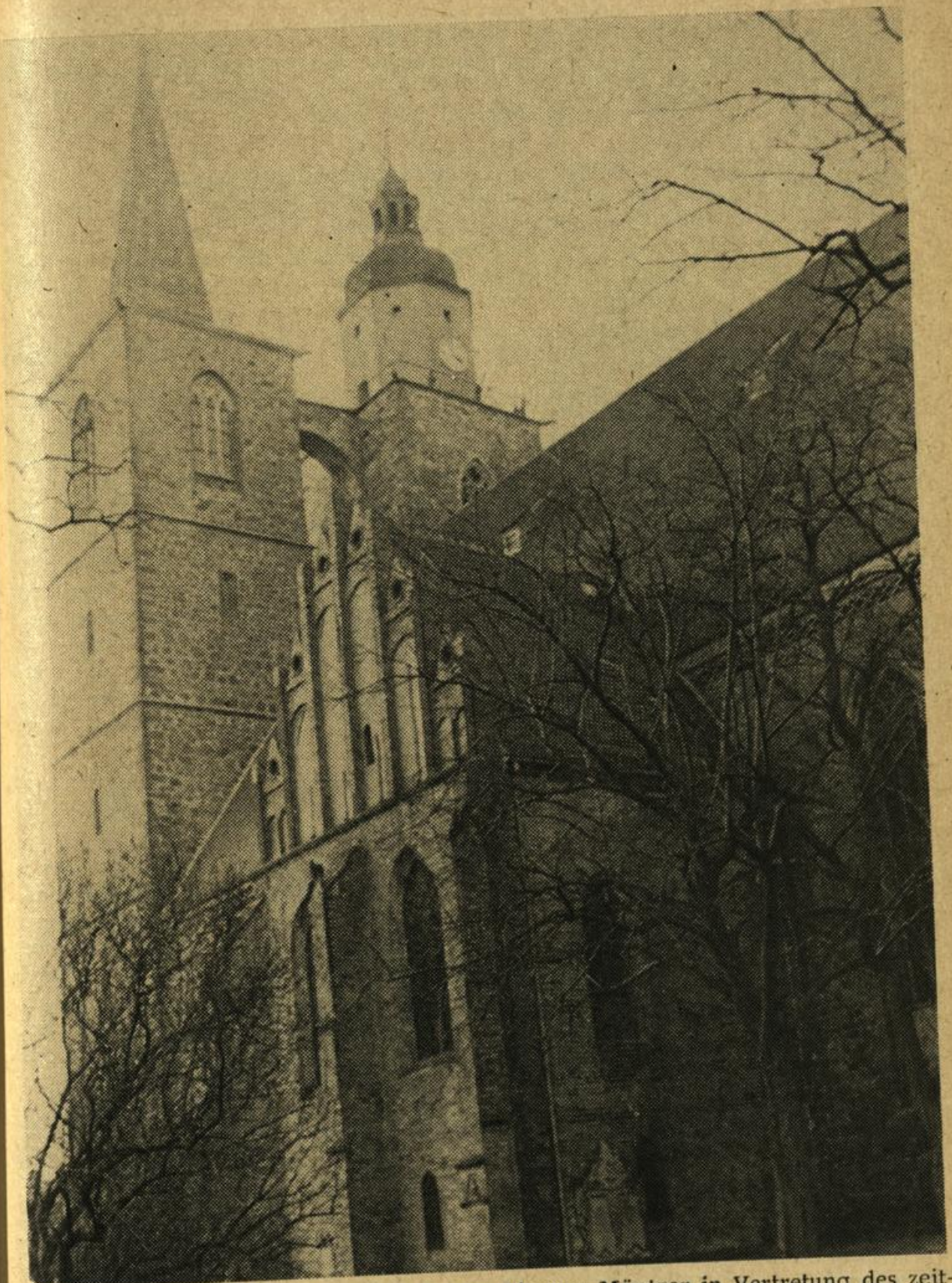
In dieser Situation, da das Gotteswort mit Gewalt unterdrückt werden sollte, gebar Thomas Müntzer seine zweite grundlegende Idee hinsichtlich der Durchführung der Reformation: Wenn die Obrigkeiten das Evangelium mit Gewalt unterdrücken, dann muß das Volk Gewalt gegen die Obrigkeiten anwenden, um das Gotteswort zu schützen und zu verbreiten. Damit bewirkte Thomas Müntzer eine Radikalisierung der reformatorischen Bewegung und geriet in einen unüberbrückbaren politischen Gegensatz zu den Landesherren und zugleich in theologische Gegnerschaft zu Martin Luther, seinem einstigen Vorbild.

Mit dem Ziel, seine Gottesdienste zu schützen und den Volkskampf zu organisieren, hatte Thomas Müntzer in Allstedt einen Bund gegründet. Als dieser Bund Anfang August 1524 verboten wurde und Müntzer die Verhaftung drohte, floh er aus Allstedt nach Mühlhausen. Dort fand er bei den Leinewebern und bei der armen Vorstadtbevölkerung schnell Anhang. Schon nach wenigen Wochen vom Rat der Stadt wiederum vertrieben, lenkte Müntzer seine Schritte nach Südwestdeutschland, wo in diesen Wochen soeben die ersten Aufstandsaktionen des deutschen Bauernkrieges ausgebrochen waren.

Als er im Februar 1525 nach Mühlhausen zurückkehrte, hatte dort inzwischen die Reformation gesiegt, und Müntzer wurde als Pfarrer an der Marienkirche angestellt. Unter dem Einfluß Müntzers entwickelte sich Mühlhausen im Frühjahr 1525 zu einem Zentrum der revolutionären Bewegung in Thüringen.

Der Bauernkrieg entflammte im Frühjahr 1525 mit noch größerer Wucht als 1524 und erfaßte bald auch ganz Thüringen. Damit war nun jene Situation eingetreten, für die Müntzers Denken geradezu prädestiniert schien. Jetzt erwies es sich, daß Müntzer — wie wir heute sagen würden — eine Theologie der Revolution kreiert hatte. Nach dem Vorbild der Propheten des Alten Testaments feuerte Thomas Müntzer die aufständischen Bauern an, nunmehr keinen Schritt zurückzuweichen, den Herren den Turm zu Boden zu werfen und selber die Macht zu übernehmen.

„Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk" — dies war die denkwürdige Losung, mit der Thomas Müntzer die Errichtung einer von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft durchsetzen wollte. Doch militärisch unerfahren, politisch gutgläubig und ohne weitreichende überlokale Verbindungen wurden die aufständigen thüringischen Ortschaften von den Fürstenheeren teils einzeln und nach-



Pfarrkirche St. Nikolai in Jüterbog, in der Thomas Müntzer in Vertretung des zeitweilig suspendierten Pfarrers Franz Günther 1519 predigte. Die große dreischiffige Backstein-Hallenkirche wurde in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts erbaut; später Erweiterungen und Ergänzungen. Foto: Brehmer

einander befriedet, teils liefen die Bauernhaufen beim Herannahen der fürstlichen Truppen kampflos auseinander. Das Bauernheer, das sich bei Frankenhausen versammelt hatte, wurde am 15. Mai 1525 vernichtend geschlagen. Thomas Müntzer geriet in Gefangenschaft, wurde gefoltert und am 27. Mai 1525 bei Mühlhausen hingerichtet.

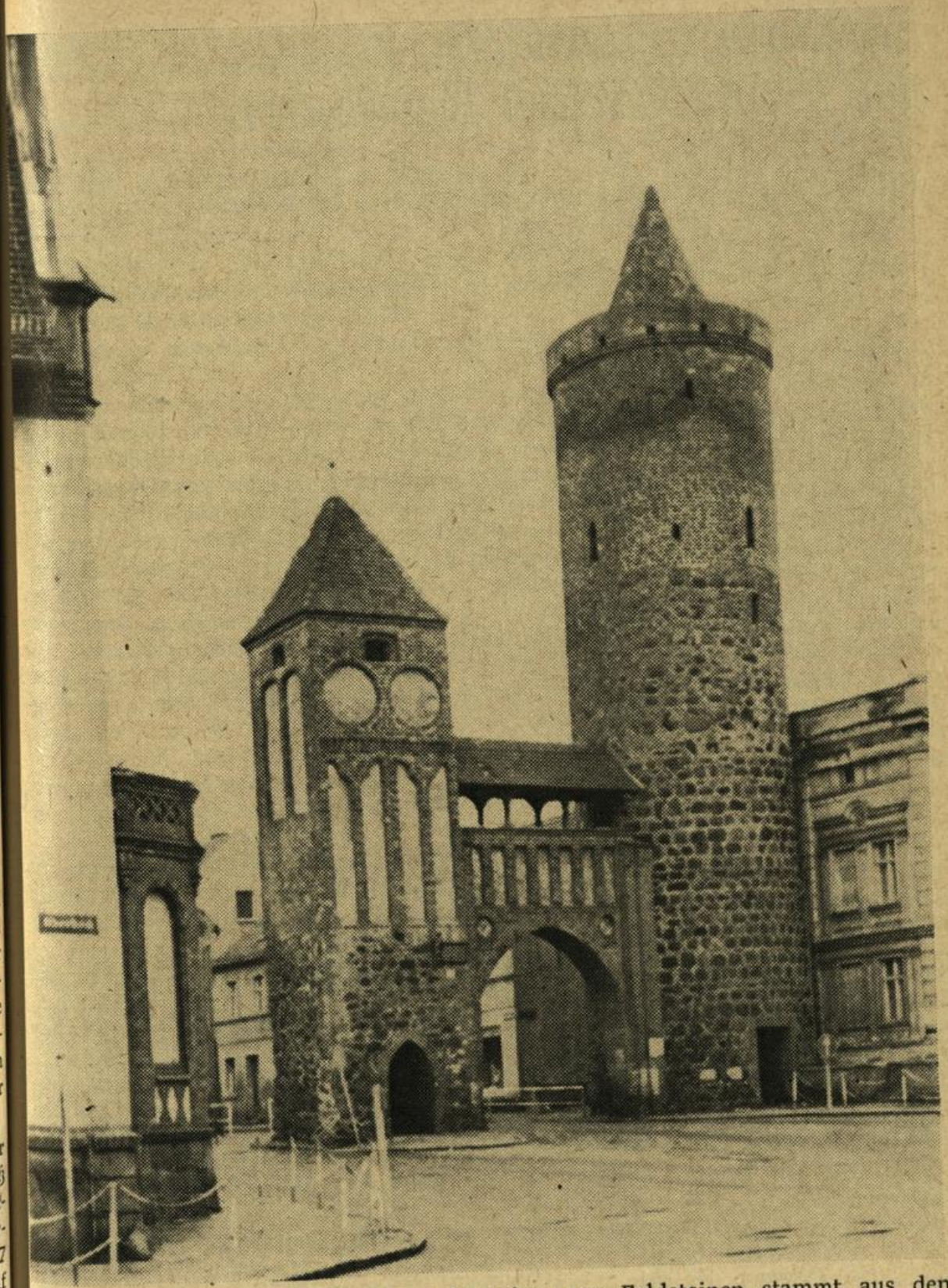
Die Auseinandersetzung zwischen Luther und Müntzer über den Weg der Reformation gehört zu den spannendsten und lehrreichsten Kapiteln der deutschen Geschichte und zugleich zu den kompliziertesten Problemen des Erbe- und Traditionsverständnisses der DDR. Gerade Müntzers Auftreten in Jüterbog zeigt, daß beide anfangs in einer gemeinsamen Front für die Durchsetzung der Reformation standen. Mehr noch: Luther war unbestreitbar der große Bahnbrecher, dessen Kampf die reformatorische Bewegung auslöste und so erst die Problemlage schuf, bei deren Bewältigung Thomas Müntzer zu historischer Größe emporwuchs.

Luther war zutiefst davon überzeugt, daß Gesetze, Erlasse, Verordnungen oder gar der gewaltsame Sturz der Obrigkeit nichts oder doch nur herzlich wenig dafür ausrichten könnten, um den Willen Gottes zu verwirklichen und also eine bessere Gesellschaft herbeizuführen. Gewaltanwendung konnte seiner Meinung nach nur zu neuen Ungerechtigkeiten, Betrügereien und Winkelzügen führen. Stattdessen müsse man die Gewissen mit dem Worte Gottes unterrichten und darauf vertrauen, daß das Wort Gottes seinen Lauf nehme. Sofern juristische und verfassungsmäßige Regelungen nötig seien, solle man diese den dafür zuständigen Obrigkeiten überlassen. Eine Reformation „ohne Foltern und Brechen" war sein Ziel. Dies entsprach recht genau den Entwicklungsbedingungen der frühen Reformationsjahre, und diese Taktik hatte maßgeblich dazu beigetragen, daß sich die Reformation überhaupt entfalten konnte, ohne schon bei den ersten Regungen gewaltsam unterdrückt zu werden. Dies bewirkt zu haben, ist das untilgbare historische Verdienst Martin Luthers.

Mit einer solchen Vorgehensweise konnten freilich nur solche Veränderungen im Kirchenwesen erzielt werden, die dem Bürgertum oder zum Teil auch dem Adel zugute kamen; die Bauern jedoch gingen dabei leer aus.

Sobald jedoch die plebejischen Schichten der Städte und dann auch die Bauern in die reformatorische Bewegung eingriffen, wurden die Interessen des Bürgertums und des Adels gefährdet, und es trat eine Konfliktsituation ein, bei der die Interessen des einfachen Volkes nur noch mit Gewalt durchgesetzt werden konnten. Dies war die historische Stunde, wo Luthers Weg nicht mehr gangbar war und seine Vorstellungen sich als Hemmnis für den weiteren Kampf erwiesen. Und dies war auch die Situation, wo die über Luther hinausweisende Agitation Müntzers historisch notwendig wurde. Wo Luther stehen blieb, dachte und kämpfte Müntzer weiter. In diesem Sinne bezeichnet die Auseinandersetzung zwischen Luther und Müntzer keine triviale Freund-Feind-Problematik, sondern echte geschichtliche Dialektik.

Für die Erbe- und Traditionspflege der DDR bedeutet dies, daß wir uns nicht für oder gegen Luther bzw. für oder gegen Müntzer zu entscheiden haben, sondern daß wir die jeweilige historische Funktion des einen wie des anderen in den Klassenkämpfen der Reformation und des Bauernkrieges zu verstehen haben: der Universitätsprofessor Martin Luther löste mit seinen Wittenberger Thesen vom Herbst 1517 die reformatorische Bewegung aus; der Prediger Thomas Müntzer führte sie auf ihren revolutionären Höhepunkt. Die Auseinandersetzung zwischen beiden war nicht der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution, sondern der Kampf unterschiedlicher Wege für den Fortschritt und unterschiedlicher Klasseninteressen innerhalb der frühbürgerlichen Revolution.



Das Zinnaer Tor in Jüterbog. Der Unterbau aus Feldsteinen stammt aus dem 14. Jahrhundert, der obere Teil aus Backsteinen wurde erst 1480/90 fertiggestellt. In ähnlicher Form hat Thomas Müntzer dieses Tor gesehen. Foto: Brehmer

Potsdam in der Zeit der Französischen Revolution

Von Frank Göse

Französische Revolution und Potsdam! Ein sich gegenseitig ausschließenderes Begriffspaar kann man sich kaum vorstellen. Stehen sich hier mit der Revolution française und dem „preußischen Versailles" nicht zwei Prinzipien, zwei Welten gegenüber?

In Potsdam wurde seit dem 17. Jahrhundert eine Entwicklung eingeleitet, die diesen Ort von anderen Städten der Mark Brandenburg in gewisser Beziehung abhob. Initiiert wurde dies durch die Erhebung zur Residenzstadt im Jahre 1660 und die einige Jahrzehnte später einsetzende Stationierung preußischer Truppen. Während des 18. Jahrhunderts war eine im Vergleich zu anderen brandenburgischen Städten umfangreiche Entwicklung von Handwerk, Handel und Manufakturwesen zu verzeichnen. Aufträge von Hof und Garnison garantierten eine relativ gut funktionierende Produktion und einen ständigen Absatz. Vor allem die den Hof und die Garnison beliefernden Gewerke kamen dabei in den Genuß staatlicher Privilegien und finanzieller Unterstützungen, die im Zuge merkantilistischer Wirtschaftspolitik gewährt wurde. Am Ende des 18. Jahrhunderts war Potsdam — als Residenz-, Garnison- und Manufakturstadt charakterisiert — ein wichtiges Zentrum der preußischen Monarchie geworden.

Das Militär bestimmte vorrangig die Geschicke dieser Stadt. Seinen Interessen hatten sich alle sozialen Klassen und Schichten unterzuordnen. Untertanengeist, eine ausgeprägte Autoritätsgläubigkeit und Liebedienerei (vor allem bei den sogenannten Hoflieferanten) waren die Folge dieser besonderen Kräftekonstellation. Von einem bürgerlichen Selbstbewußtsein, das sich z. B. im nahen Berlin deutlich manifestierte, konnte in Potsdam bestenfalls nur in Ansätzen gesprochen werden. Ist unter diesen Bedingungen nun überhaupt eine andere Resonanz auf die revolutionären Ereignisse in Frankreich zu erwarten als Unverständnis und Ignoranz?

Zeitgenössische Chroniken und Stadtgeschichten des 18./19. Jahrhunderts geben auf diese Frage keine Antwort, oder sparen sie diese Problematik vielleicht bewußt aus? Beschäftigen wir uns deshalb vor allem mit den noch vorhandenen archivalischen Quellen.

Die Jahre 1789 — 1795 waren in Potsdam charakterisiert durch verschiedene Auseinandersetzungen im Handwerk, die die historische Überlebtheit des feudalen Zunftwesens verdeutlichten. Mehrere Potsdamer Textilunternehmer versuchten z. B. 1792 durch Petitionen die immer mehr als unerträglich empfundenen Fesseln des Zunftzwanges zu lockern.[1] Bereits 1789 kam es zu Auseinandersetzungen im Leinwebergewerk, die in ihrer Grundtendenz gegen die patriarchalisch geordnete Hierarchie in der Zunftorganisation gerichtet waren. Vor allem am Machtmißbrauch und an der Amtsanmaßung des Altmeisters entlud sich der Unmut der Gesellenschaft; ein Vorgang, der sich in den nächsten Jahren auch in anderen Potsdamer Gewerken wiederholen sollte.[2] Ebenfalls im Jahre 1789 beschäftigten die städtischen und territorialen Behörden Zwistigkeiten zwischen den in der Zunft organisierten Tabakspinnmeistern und den bereits im Fabriksystem arbeitenden Handwerkern

des gleichen Gewerkes. Die noch auf der Grundlage der einfachen Warenproduktion arbeitenden Tabakspinner beklagten sich über die immer stärker werdende Konkurrenz der Fabrikanten, die ihnen nun auch noch Arbeitskräfte entziehen, so „daß wir dabei total zu Grunde gehen müssen."[3]

Die Ära des Zunfthandwerks neigte sich ihrem Ende zu, von den Betroffenen meist schmerzhaft erfahren und mit der Aufgabe der hart verteidigten Unabhängigkeit einhergehend. Die entstehenden Manufakturen und Fabriken zogen ihrerseits dank erstarkender Wirtschaftskraft Handwerker an, die sich oft — wie im Falle der Potsdamer Tabakspinner — in arbeitsteiligem Verhältnis, in Symbiose mit der Manufaktur entwickelten. Die alte Zunftverfassung begann zu bröckeln, und Vorboten einer neuen Produktionsweise traten auf die Tagesordnung.

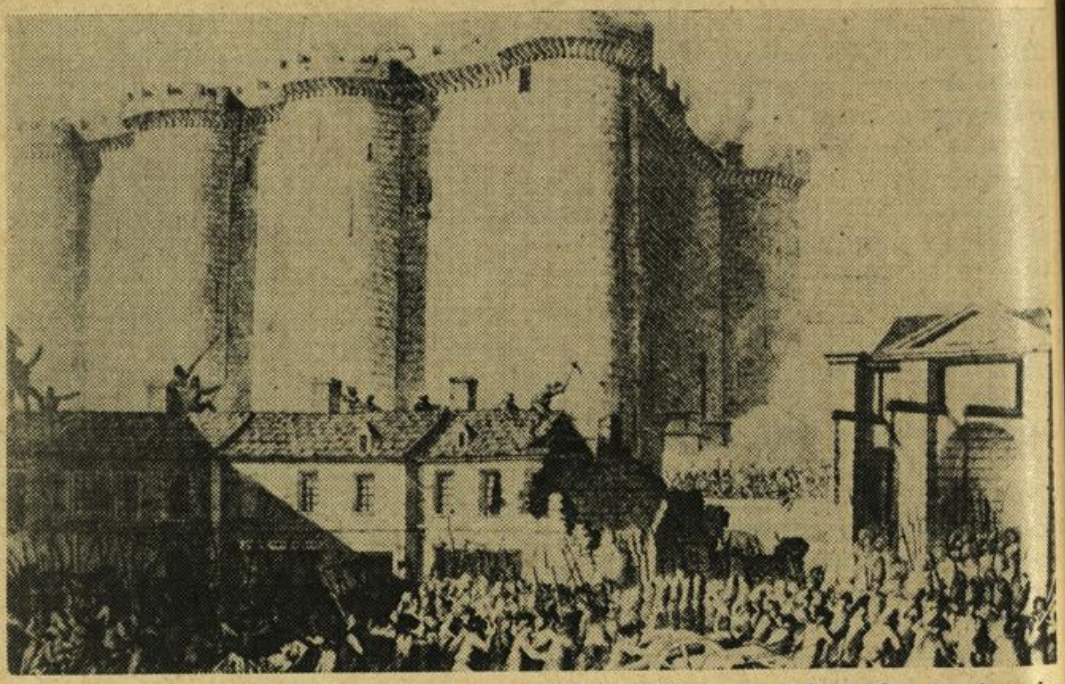
Nun hieße es sicher die Geschichte überzuinterpretieren, würden wir die geschilderten Vorgänge direkt auf die Große Französische Revolution zurückführen. Das ist gewiß nicht der Fall, aber auch in Potsdam wirkten die gleichen Gesetzmäßigkeiten, die in Frankreich — hier natürlich in ganz anderer Dimension — den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus zur Folge hatten.

Doch versuchen wir, direkte Reaktionen in Potsdam auf das epochale Ereignis zu ermitteln. Wie reflektierten sowohl die Herrschenden als auch die große Masse der Handwerksmeister, Gesellen und Tagelöhner, aber auch die in Potsdam präsenten Militärangehörigen, Beamten und Bildungsbürger die Meldungen aus Frankreich? Zweifellos bildeten auch in Potsdam die ersten Nachrichten, die aus Frankreich kamen, viel Gesprächsstoff in der Bevölkerung. Zeitungen, die in Preußen vor 1789 als „höchst unpolitisch, inhaltlos und langweilig" galten, füllten sich mit interessanten Meldungen aus dem revolutionären Frankreich.[4] Vor allem Berliner Publikationsorgane, u. a. „Berl. Monatsschrift", waren es, die auch in Potsdam Absatz fanden. Vergleiche zwischen der Bourbonendynastie und dem eigenen Herrscher wurden angestellt und fielen sicher nicht zum Vorteil des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. aus. Gerade unter diesem Monarchen, im Volke verächtlich der „Dicke" genannt, offenbarte sich die historisch überlebte Feudalgesellschaft auch in ihrer ganzen moralischen Verworfenheit. Die Potsdamer Bevölkerung erlebte damals aus nächster Nähe, daß die Mätressenwirtschaft und Verschwendungssucht des preußischen Hofes dem Pariser in keiner Beziehung nachstand.

Doch die Lektüre der Akten des Potsdamer Magistrats und der Potsdam betreffenden königlichen Kabinettsordern führen den nach wirkungsvoller Resonanz suchenden Leser erst einmal zu ernüchternden Ergebnissen:

Als in Paris die Nationalversammlung am 11. 8. 1789 die Aufhebung aller feudalen Lasten gegenüber der Bauernschaft und damit das Ende des grundherrlichen Feudalregimes proklamierte, erwarb in Potsdam der Geheime Kämmerer Ritz per königlicher Kabinettsorder ein neues Grundstück.[5] Ein untertänigster Dankesbrief dieses kgl. Beamten an seinen König war die Folge. Am 2. 11. 1789 nationalisierte die französische Konstituante die gesamten Kirchengüter. Auch in Potsdam ging es in diesen ersten Novembertagen um kirchliche Angelegenheiten. Die Reparatur der Uhr an der Garnisonkirche veranlaßte Friedrich Wilhelm II., sich persönlich um diese Frage zu kümmern.[6] Als in Frankreich Ende Juli 1794 die nicht nur meteorologisch heißen Tage des Thermidor die absteigende Linie der Revolution einleiteten, erhitzten sich die Gemüter der Potsdamer Stadtväter um schlecht bilanzierte Reparaturkosten an Kasernengebäuden der Stadt. Nichts konnte offenbar den gewohnten Alltag der Residenzstadt aus der Ruhe bringen.

Offenbar müssen die ständig zunehmenden Nachrichten aus dem revolutionären Frankreich doch etwas bewirkt haben. Wie sonst ist die Verschärfung des bereits

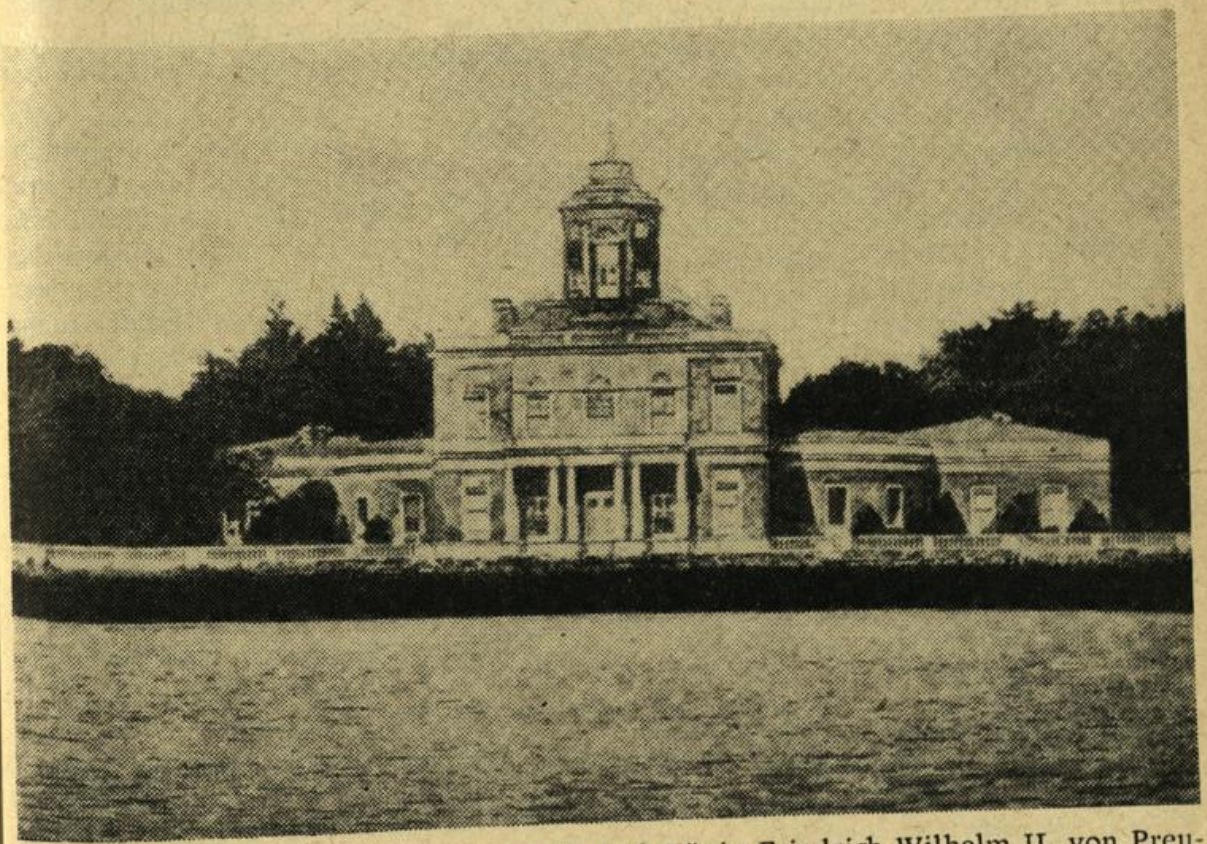


Der Sturm auf die Bastille in Paris am 14. Juli 1789 kennzeichnet den Beginn der Großen Französischen Revolution. Die in der alten Festung eingekerkerten Gefangenen wurden befreit, das Bauwerk als Symbol der Unterdrückung abgerissen. Zeitgenössische französische Darstellung. Reproduktion: Wünsche

1788 vor allem gegen aufklärerische Tendenzen erlassenen Zensurediktes im Jahre 1790 zu verstehen? Am 28. 2. 1792 erließ die preußische Regierung gar die „Maßregeln zur Erhaltung des Ruhestandes, der Sicherheit und Ordnung in den preußischen Staaten", wahrscheinlich zur innenpolitischen Absicherung der drei Wochen vorher mit dem Kaiser abgeschlossenen antifranzösischen Allianz. Die Bestimmungen dieser „Maßregeln" liefen darauf hinaus, die mit der Revolution sympathisierenden „Bulletins und gut geschriebenen Zeitungen" sofort zu beschlagnahmen. Ferner sollte die Polizei dafür Sorge tragen, „daß sich nicht fremde verdächtige Personen einschleichen und gesetzwidrige Grundsätze und Meinungen vertreten."[8] Es ist verständlich, daß die Westprovinzen der preußischen Monarchie in weitaus stärkerem Maße von solchen „Gefahren" betroffen waren. Für Potsdam selbst gibt es keinen Beleg über das Auftreten einer „suspekten" Person. Auch die Frequentierung durch die zu Tausenden nach Deutschland strömenden adligen Emigranten muß hier nach Aussage älterer Stadtgeschichten „unerheblich" gewesen sein.[9] Neben einigen französischen Nonnen, die zeitweise in der Priesterstraße gewohnt haben sollen, hat lediglich der ehemalige französische Gesandte in Berlin, Comte de Moustier, Aufnahme in der Stadt gefunden. Daß etwa Potsdamer Handwerksgesellen, die sich während ihrer Wanderschaft in Frankreich oder angrenzenden deutschen Territorien aufhielten und von dort revolutionäres Gedankengut mitbrachten, ist nach unseren Ermittlungen weitgehend auszuschließen. Potsdamer Gesellen bewegten sich in diesen Jahren nur innerhalb ostelbischer Territorien, vor allem im Berliner und Magdeburger Raum.[10]
Direkte Folgen der Ereignisse in Frankreich sind aber zweifelsohne in der Geschichte der Potsdamer Garnison zu erkennen. Mehrere Potsdamer Truppeneinheiten gehör-

ten zu dem preußischen Hilfskorps, das an der Seite der kaiserlich-österreichischen Armee am Interventionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich kämpfte. Nach Einschätzung von H. MÜLLER muß die Aussicht dieses Krieges „zu einer Zunahme der Desertionsfälle der Angehörigen der Garnison geführt haben, so daß sich die Behörden zu außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen entschlossen."[11] Der für die Intervention schmähliche Ausgang dieses Krieges zog Massendesertionen in unvorstellbarem Ausmaß nach sich, so daß sich der König 1794 gezwungen sah, ein „Publicandum betreffend Bestrafung der desertierten Einländer besonders von der Rheinarmee" zu erlassen, das den Desertierten für eine bestimmte Frist bis zu ihrer freiwilligen Rückkehr zur Truppe Straffreiheit gewährte.[12] Im Sommer 1795 kehrten die erheblich reduzierten Potsdamer Einheiten in ihre Garnison zurück: Das 1. Bataillon Garde, das Grenadiergardebataillon v. Rohdich, die Ingenieurgeographen, die Colonnenjäger und mehrere Generalstabsbediente.[13]

Doch nicht nur in politischer Repression und militärischer Gewaltanwendung erschöpften sich die Reaktionen der Regierenden in Preußen auf die französische Herausforderung. Der offensichtlich wirksamen revolutionären Propaganda mußte Paroli auch in ideologischer Hinsicht geboten werden. Als ein Beispiel dafür soll hier ein im Frühjahr 1793 auch in Potsdam verbreiteter „Aufruf an die Patrioten Preußens zu Geldsammlungen" näher vorgestellt werden. Mit dem Schreckensruf „Das Vaterland ist in Gefahr! Umsturz drohet seiner Verfassung, seiner Religion, dem Eigentum jedes Bürgers" sollte den bis zu diesem Zeitpunkt vielleicht den Ereignissen in Frankreich wohlwollend gegenüberstehenden Bevölkerungsteilen Angst



Als in Paris die Bastille gestürmt wurde, ließ König Friedrich Wilhelm II. von Preußen ein neues Schloß bauen: Das Marmorpalais am Heiligen See (erbaut zwischen 1787 und 1791). Darstellung nach einer alten Postkarte.

eingejagt werden. Aber wohl wissend, daß ein frontales Angehen gegen die Wirkungen der Revolution nicht den erwünschten Umschwung im Denken der einstigen Sympathisanten erbringen könnte, gibt der anonyme Verfasser dieses Aufrufes für die einzelnen Etappen der Revolution differenzierte Wertungen. Solange eine gütliche Einigung zwischen König, liberaler Adelsfraktion und Bourgeoisie möglich schien, verlief die Entwicklung noch im normalen Gleise. Im Aufruf heißt es: „Jeder Freund der Menschheit mußte mit Vergnügen die ersten Schritte gehen, die ein unter dem Druck verjährter Mißbräuche ... seufzendes Volk, vereint mit seinem König, zu einem glücklichen Dasein tat."[14]

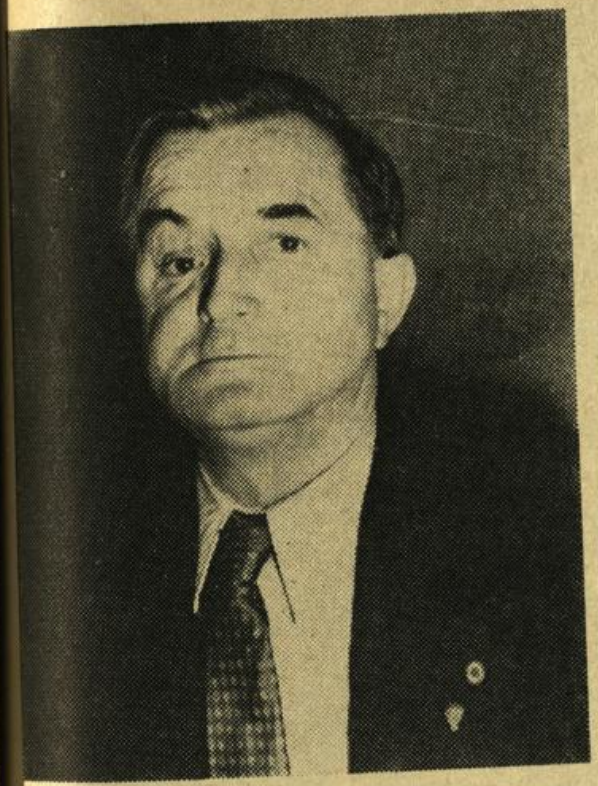
Diese Haltung entsprach generell dem Verhältnis des preußischen Bürgertums zur französischen Revolution. Den Maßstab zur Bewertung der Vorgänge in Frankreich bildete die Realität des eigenen Staatswesens, das nach Meinung eines erheblichen Teils des Bürgertums durch die Wirkungen des aufgeklärten Absolutismus friderizianischer Prägung eine Stufe erreicht hätte, die auch für Frankreich als erstrebenswert angesehen wurde. Ursachen der Revolution wurden in der Unfähigkeit der französischen Könige gesehen, Forderungen des Volkes aufzugreifen. Somit wurde geschlußfolgert, ein guter, aufgeklärter König mache eine Revolution überflüssig.

Als aber das Königtum im August 1792 beseitigt, die Republik ausgerufen und gar im Januar 1793 der einstige König von Gottes Gnaden enthauptet wurde, traten — so im Aufruf zu lesen — die „bluttriefenden Grundsätze der französischen Ruhestörer" offen zutage.[15] Im folgenden wurde der Aufruf mit entsprechenden Details ausgeschmückt über den rasenden Terror der französischen Revolution, um die Bürger daheim zu möglichst hohen Geldspenden für die Ausrüstung der Interventionsarmee zu veranlassen. (Wohl gemerkt: Der Aufruf entstand noch während der Herrschaft der Girondisten; jeder kann sich unschwer vorstellen, wie dann erst die Reaktion auf die Jakobinerdiktatur gewesen sein mußte!)

Zum Fazit unserer Darlegungen: Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Potsdam konnten nur mittelbare gewesen sein. Die Problematik liegt eingebettet in die Diskussion um die Periodisierung der deutschen Geschichte (1789 oder 1806/07). Unbestreitbar ist die initiatorische Funktion dieser klassischen bürgerlichen Revolution. Die Krise der preußischen Monarchie und damit auch ihrer Residenzstadt trat in den Jahren nach diesem welthistorischen Ereignis deutlicher zutage, wurde irreversibel und im Bewußtsein einer zunehmenden Bevölkerungszahl reflektiert. Unmittelbar bekamen es die Potsdamer dann mit dem „Degen" der Französischen Revolution, Napoleon Bonaparte, zu tun, der als ihr Testamentsvollstrecker im Jahre 1806 die Niederlage des altpreußischen Staates perfekt machte.

Anmerkungen und Belege:

1 Vgl.: Staatsarchiv Potsdam. Rep. 19, Nr. 752, Bl. 19 f.
2 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1–3/232.
3 Stadtarchiv Potsdam 1–3/430, Bl. 1.
4 Schwieger, K., Das Bürgertum in Preußen vor der Französischen Revolution, Diss., Kiel 1971, S. 366.
5 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1–1/618, Bl. 88.
6 Vgl.: Ebenda, Bl. 90.
7 Vgl.: Ebenda, Bl. 94.
8 Staatsarchiv Potsdam. Pr. Br. Rep. 2S 122.
9 Haeckel, J. (Hrsg.), Geschichte der Stadt Potsdam, Potsdam 1912, S. 105.
10 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1–3/51.
11 Müller, H., Zur Geschichte der Stadt Potsdam von 1789 bis 1871, Potsdam 1968, S. 9.
12 Vgl.: Stadtarchiv Potsdam 1–5/9.
13 Vgl.: Ebenda, 1–5/146.
14 Ebenda, 1–5/2.
15 Ebenda.



Max Herm 1899 – 1982

Arbeiterfunktionär, Antifaschist, Oberbürgermeister — zum Gedenken an Max Herm

Von Wolfgang Kusior

Am 11. Dezember 1989 wäre der – nun schon legendäre – Funktionär der Brandenburger Arbeiterbewegung, Oberbürgermeister der Stadt und Ehrenbürger Brandenburgs Max Herm 90 Jahre alt geworden.

Es war sein Wunsch gewesen, daß einmal, an seinem Grabe, das alte proletarische Lied gesungen werden sollte: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben". Und so ist er im Herzen aller Brandenburger geblieben, die ihn persönlich kannten, die ihn im gemeinsamen Kampf um ein blühendes sozialistisches Brandenburg schätzen, verehren und lieben gelernt hatten – in einem Kampf, der seinen Ausgangspunkt in den Jahren des ersten Weltkrieges nahm und seine Erfüllung fand in der Gestaltung einer entwickelten sozialistischen Industriestadt Brandenburg, dem industriellen Herz des Bezirks Potsdam.

Sein politischer Weg führte von der ersten Brandenburger Arbeiterjugend-Gruppe unter der Leitung von Erich Baron und Franz Buchheim bis zum Ehrenbürger der Stadt Brandenburg, der noch in der Zeit des verdienten Ruhestandes nach der angestrengten Tätigkeit als Oberbürgermeister keine Ruhe fand und sich gemeinsam

mit seiner Frau und Mitkämpferin Mia Herm stellte, wenn es galt, der Jugend und Kollektiven von Werktätigen aus dem reichen, kampferfüllten Leben zu berichten, oder wenn es darum ging, wichtige Zusammenhänge bei der Erforschung der Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung aufzuhellen.

Und so ist er uns in Erinnerung geblieben: Ein Sohn der Brandenburger Arbeiterklasse, der mit revolutionärer Ungeduld gegen Unternehmerwillkür im Klassenkampf mit großem Geschick aufzutreten verstand, der faschistischem Terror die Stirne bot und der in den Jahren des Neuaufbruchs ab 1945 bis in die Zeit des umfassenden Aufbaus des Sozialismus immer da zu finden war, wo Neuland zu betreten war. Mit vorwärtsdrängender Unruhe — immer das Wohl der werktätigen Menschen im Herzen — war er unbeugsam gegen den Klassenfeind, aber auch hartnäckig gegen engherzig-bürokratisches Denken in den eigenen Reihen.

So gilt er heute noch vielen Brandenburgern als Vorbild, als Beispiel eines Kommunisten.

In dieser biografischen Skizze über Max Herm wird selbstverständlich sein Platz in der Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung und der Stadt Brandenburg gewürdigt, es wird versucht, seinen Kampf- und Lebensweg mit den Lehren des 70jährigen Kampfes der deutschen Kommunisten und des 40jährigen Aufbauwerkes



Gruppenbild der Arbeiter-Jugend Brandenburg 1913. Auf dem Bild rechts unten Genosse Max Herm, rechts neben dem Kind mit Hut Genosse Erich Baron. Das Bild wurde 1965 in der Arbeit von Alfred Zeitz „Zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Brandenburg vor dem ersten Weltkrieg" (S. 71) bereits in einem Ausschnitt veröffentlicht. Max Herm war damals auf dem Bild nicht identifiziert worden, und zur Herstellung des erforderlichen Bildformats wurde fast ein Viertel von der rechten Bildseite nicht veröffentlicht. Stadtarchiv Brandenburg. Reproduktion: Wünsche

der sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu verbinden. Mit seinem Namen verbindet sich der Kampf um die Durchsetzung revolutionären Denkens und Handelns in der Brandenburger Arbeiterbewegung seit 70 Jahren; er selbst hat ihre Geschichte durch sein Handeln mit geschrieben, und so entsprechen die Hauptetappen seines Lebensweges auch den Perioden der Geschichte Brandenburgs in diesem Jahrhundert.

Dazu hat es schon eine Reihe von Veröffentlichungen gegeben. Der umfangreichste Versuch einer Biografie ist die Schrift „Kämpfer seiner Klasse" von Günter Pätzold und Hans Baruth,[1] der eine Reihe von Fakten entnommen wird. Ein besonderer Akzent dieses Beitrages wird jedoch auf dem Versuch einer Darstellung seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister von 1957 bis 1965 liegen.

Insgesamt wird damit versucht, seinen Lebensweg als politischen Reifeprozeß darzustellen, als Prozeß des Sammelns von Erfahrungen im politischen Kampf über Erfolge und Niederlagen, über Fortschritte wie auch über Fehler oder Irrtümer, aber immer als Prozeß des Fortschritts, des Voranschreitens im Kampf gegen Gegner, Feinde oder Widerstände unterschiedlichster Art, oft auch unter schwierigsten persönlichen Lebensbedingungen, aber immer mit seiner Frau und Genossin Mia Herm an seiner Seite. Somit soll also eine differenzierte — aus der historischen Situation verstandene — und mit historischem Abstand gesehene Wertung versucht werden.[2] Damit soll zur Verdeutlichung der Bedingungen, unter denen der Kampf der deutschen Kommunisten geführt wurde, beigetragen werden — ein Kampf dafür, daß „... ein aufblühender sozialistischer Staat (entstand), der fest mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten verbunden ist und eine reale Alternative zur menschenfeindlichen kapitalistischen Ausbeuterordnung darstellt".[3]

Als Arbeiterjunge auf dem Weg zum jungen Revolutionär

Am 11. Dezember 1899 wurde in Brandenburg Max Herm als Sohn von Eltern geboren, die der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften angehörten: Wilhelm Herm (gestorben 1918) und Martha Herm (gestorben 1948). Ihm folgten 1901 und 1903 zwei Geschwister — Margarete und Paul. In dieser Familie war es selbstverständlich, daß über den Gegensatz von Arbeitern und Unternehmern gesprochen wurde; der Vater war Funktionär seiner Partei. So war es auch selbstverständlich, daß Max von seinem Vater am 1. Mai mitgenommen wurde, wenn die Brandenburger Arbeiterschaft mit roten Fahnen, oft von kaiserlicher Polizei angegriffen, nach Wilhelmsdorf in den Krugpark marschierte, um für politische und soziale Rechte zu demonstrieren.

1907 zog die Familie in eine größere Wohnung in der Linienstraße 2, in ein Wohngebiet, welches gerade um 1900 als Arbeiterviertel entstanden war — oft mit menschenunwürdigen Wohnbedingungen (das Viertel heißt wegen des damaligen Bauschwindels noch heute „Schwindelschweiz").

Dort kam Max auf der Straße mit anderen Arbeiterkindern, oft auch Kindern aktiver Arbeiterfunktionäre zusammen.

Gemeinsam mit solchen Familien fuhren die Eltern sonntags mit ihren Kindern auf mühsam erworbenen Fahrrädern im Rahmen des „Arbeiter-Radfahrerbundes ‚Solidarität'" ins Grüne. Gemeinsam mit diesen Kindern ging Max auch sonntags abends in das Jugendheim der „Arbeiterjugend", auf dem Hof des Hauses der „Konsumgenossenschaft ‚Vorwärts'" Steinstraße.[4] Hier war am 7. Februar 1909 die erste Ortsgruppe der „Arbeiterjugend" unter maßgeblicher Leitung von Erich Baron, des linken Sozialdemokraten und Redakteurs der „Brandenburger Zeitung" — des Tages-

blattes der SPD in Brandenburg — entstanden. Dieser talentierte Propagandist und Agitator des Marxismus war zugleich pädagogischer Betreuer und Wanderleiter für die Jugendgruppe und schließlich am 27. Juli 1914 derjenige, der vor 4000 Brandenburgern im Garten des Volkshauses in aufrüttelnden Worten zum Widerstand gegen die Kriegspolitik und für die Erringung der Macht der Arbeiterklasse aufrief.[5] Unter diesem Einfluß war Max Herm schon als Schuljunge aufgeschlossen für den sozialen und politischen Kampf seiner Eltern und deren Genossen. Diese Aufgeschlossenheit hing jedoch auch mit seiner überdurchschnittlichen Auffassungsgabe und seiner sich entwickelnden Emotionalität zusammen.

So gehörte er zu den besten Schülern in der „Volksschule" (1906 — Rochowschule, 1907 — Jahnschule, 1912 bis 1914 Rolandschule).[6] Das veranlaßte seine Lehrer, den Eltern den Besuch der Mittelschule (auch „Bürgerschule" genannt) durch Max zu empfehlen.

Sicher waren es Gründe der sozialen Belastung, aber auch der Möglichkeit der sozialen Entfremdung, wenn sein Vater diesen Vorschlag mit der Bemerkung ablehnte: „Deine beiden Geschwister sind in der Volksschule, und du bleibst auch in der Volksschule."[7]

Schon als Schulkind fiel sein Bedürfnis auf, sich mit starker innerer Bewegung zu engagieren. Er war der Beste, wenn es um das Aufsagen von Gedichten ging. Ehemalige Schulkameraden erinnerten sich, mit welcher Leidenschaftlichkeit er Gedichte wie „Die Glocke" von Schiller oder „Prometheus" von Goethe aufsagte. Im Jugendheim der „Arbeiterjugend" regte er — nun schon ab 1914 Lehrling — andere Jugendfreunde an, sich mit Gedichten der Klassiker zu beschäftigen.[8]

Mit der gleichen Leidenschaftlichkeit nahm er Vorträge im Jugendheim auf und beteiligte sich an Diskussionen.

1914 bis 1917 erlernte er bei der Firma Spingat & Seelig in Brandenburg den Beruf eines Elektrikers. In diesen Jahren entschied sich seine weitere Entwicklung.

Der Kriegsbeginn 1914, die Auseinandersetzungen um die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion der SPD, hatte nicht zuletzt auch in den Gruppen der „Arbeiterjugend" zu erregten Debatten über das Verhältnis zu diesem Krieg und diesem „Vaterland" geführt. Die 1908 in Berlin unter der Leitung von Friedrich Ebert sen. gebildete „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" — das Leitorgan für die Arbeiterjugendgruppen — hatte ab 1914 über ihre Zeitschrift „Arbeiterjugend" damit begonnen, Einfluß im Sinne der Erziehung zur „Vaterlandsverteidigung", zu „Heldentum" und „Tapferkeit" im Krieg auszuüben. Diese neue Situation, aber auch die Bemühungen der vom Brandenburger SPD-Vorstand eingesetzten pädagogischen Betreuer zur Entpolitisierung, zur indifferenten Freizeitgestaltung der Arbeiterjugendgruppe lösten unter den Jugendlichen erste Zweifel, Widersprüche und Unsicherheiten im Vertrauen zu den älteren Genossen aus.

Bereits in seiner Lehrlingszeit wurde Max Herm von seinen Jugendfreunden zum Vorsitzenden der Gruppe gewählt.[9]

In dieses Spannungsfeld hinein drang nun ein Einfluß von außen — aus Berlin. Durch Treffen bei Wanderungen waren Freundschaftskontakte zu Berliner Arbeiterjugend-Gruppen geschlossen worden, die in Opposition zur Burgfriedenspolitik der SPD-Führung standen. Ihre aktivsten Vertreter, die regelmäßig nach Brandenburg kamen, waren Grete Haupt (Neukölln), Max Franke und Erna Fraenger (Weißensee).[10]

Sie lösten neuartige Diskussionen über die Kriegsziele des kaiserlich-imperialistischen Deutschland, über den Klassencharakter des Krieges und über die Notwendigkeit, den Krieg auf revolutionärem Wege zu beenden, aus.

Nach der Bildung der Gruppe „Spartakus" 1916 hatten sich oppositionelle Arbeiterjugendgruppen unter der Leitung von Karl Liebknecht am 23. und 24. April 1916 in Jena auf einer illegalen Reichskonferenz getroffen und beschlossen, wo es möglich sei, revolutionäre Aktionen zu organisieren, sich vom Opportunismus abzugrenzen, den proletarisch-revolutionären Geist der Anfangsjahre in den Arbeiterjugend-Gruppen (1904 bis 1908) wiederherzustellen und sich der sozialistischen Jugendinternationale (Zentrale: Bern) anzuschließen. Diese Beschlüsse waren ohne wesentliche Wirkung geblieben. Verhaftungen, Kriegsopfer unter den Jugendgenossen und Resignation lähmten die Aktivität der Arbeiterjugend-Gruppen.[11]

In Brandenburg war es den „Berlinern" gelungen, bereits 1916 Aktionen auszulösen, die schließlich zu losen Formierungen einer Jugendopposition führten. Max Franke, ein junger Lithograph und hervorragender Redner aus Weißensee, war regelmäßig bei den Jugendtreffs sonntags abends in der Steinstraße zugegen, bis einmal durch das Eingreifen des sozialdemokratischen Redakteurs Franz Mitzkat eine Ansprache von Max Franke unterbunden werden konnte, die dann schließlich doch an einem anderen Ort mit 30 bis 40 Teilnehmern stattfand. Die weiteren Treffs 1916 und 1917 fanden vorwiegend in den Wohnungen der Jugendgenossen statt, deren aktivster Max Herm war.

Er stellte gemeinsam mit anderen Jugendfreunden auf Anregung von Grete Haupt Kontakte mit Rekruten des Füsilierregiments 35 her, um ihnen Flugblätter zu übermitteln.

Zu den Aktivitäten gehörte auch die Verteilung der Zeitung „Jugend-Internationale", welche ab 1915 unter dem unmittelbaren Einfluß Lenins in Bern herausgegeben wurde.

Ein neuer Aufschwung der oppositionellen Jugendbewegung wurde im Frühjahr 1918 von Berliner Jugendgruppen ausgelöst, welche alte Verbindungen zu Gruppen in ganz Deutschland wieder aufnahmen.

Funktionäre der „Berliner" trafen sich regelmäßig in der Wohnung von Hermann und Käte Duncker („Dunckerabende"). Dabei spielten die „Neuköllner" (u. a. mit Conrad Blenkle) und „Weißenseer" eine besonders aktive Rolle.

Die spätere führende Funktionärin des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands Marta Globig äußerte in ihren Erinnerungen dazu: „Es war, als fielen uns Schuppen von den Augen. Ja, wir mußten es so machen, wie es die Russen getan hatten."[12] Am Vorabend der Novemberrevolution war es schließlich so weit: unter der Leitung von Karl Liebknecht wurde auf einer Reichskonferenz am 26./27. Oktober 1918 die oppositionelle sozialistische Jugendorganisation gebildet – die „Freie Sozialistische Jugend".

Max Herm hatte indessen seine Lehre 1917 beendet, arbeitete danach vorübergehend in Premnitz und Lauta als Elektriker und wurde 1918 zuguterletzt noch zum Kriegsdienst nach Frankreich eingezogen.

In dieser Zeit unterhielt er einen lebhaften Briefwechsel mit Jugendgenossen der Arbeiterjugend-Gruppe, welche er aufforderte, sich am Antikriegskampf zu beteiligen. In brieflichem Kontakt beteiligte er sich an der Vorbereitung der Bildung einer oppositionellen Jugendorganisation in Brandenburg. Auch mit seinem Vater unterhielt er einen aktiven Briefwechsel und Gedankenaustausch. Diesem alten parteitreuen Sozialdemokraten waren die revolutionären Aktivitäten seines Sohnes nicht geheuer. So schrieb er ihm z. B. nach Frankreich: „Kümmere dich nicht so um die Rote Rosa!" Ein Heimaturlaub anläßlich des Ablebens seines Vaters im Oktober 1918 nutzte Max, um gemeinsam mit anderen Jugendgenossen die Bildung einer Brandenburger Gruppe der „Freien Sozialistischen Jugend" vorzubereiten.[13]

Zugleich nahm er Verbindung zu der Brandenburger Spartakusgruppe auf (Richard Müller, Karl Giesch, Wilhelm Benner u. a.), welche sich Januar 1919 unter Beteiligung von Max Herm zur KPD konstituierte.

Im Klassenkampf zwischen Novemberrevolution und 1933

Auch für Max Herm war die Novemberrevolution 1918 die erste bedeutende Erfahrungsetappe im Klassenkampf — noch in seiner Jugendzeit — gewesen. Er erlebte diese größte antiimperialistische Massenbewegung nach der vor einem Jahr in Rußland siegreich vollzogenen Oktoberrevolution noch als Soldat. Am Nachmittag des 9. November hatte sich im Volkshaus in Brandenburg im Verlaufe einer Massenansammlung in der Steinstraße ein Arbeiter-und-Soldatenrat unter dem gemeinsamen Vorsitz von Erich Baron, dem Sergeanten Hugo Schulder und dem Gewerkschaftsfunktionär Franz Gemoll konstituiert.
In einem überwältigenden Umzug durch die Stadt zogen viele Tausende von Arbeitern, Soldaten — nunmehr ohne militärische Abzeichen — durch die Stadt zu den Kasernen.
Die allgemeine Begeisterung über das Kriegsende, die Flucht des Kaisers und die Ausrufung der Republik erweckte große Hoffnungen auf die Zukunft. Obwohl auch in Brandenburg durch die ersten Maßnahmen des Arbeiter-und-Soldatenrates revolutionäre Potenzen und der Ansatz zu einer revolutionär-demokratischen Diktatur sichtbar wurden (revolutionär-militärische Einheiten, Einsetzung von Kommissaren, Verhinderung eines Putschversuches u. a.), blieb eine Differenzierung der Kräfte nicht aus.
Am 7. Januar 1919 war es rechten SPD- und Gewerkschaftsfunktionären gelungen, eine Massendemonstration gegen „spartakistische Unruhen" zu organisieren, um die revolutionären Kräfte, die im Arbeiter-und-Soldatenrat die Mehrheit bildeten, zu isolieren. Am 9. Januar lehnten die Offiziere der Garnison die Vollmachten der Soldatenräte ab. Danach formierten sich die Soldaten des 35. Füsilierregiments und des Feldartillerie-Regiments 3 zu einer Demonstration, in der sie die Entlassung der Offiziere forderten. In dieser zugespitzten Entscheidungssituation stellte sich Max Herm — selber noch Soldat — an die Spitze seiner Kameraden und forderte in der St. Annenstraße am Ziel ihrer Demonstration von den im Arbeiter-und-Soldatenrat tätigen SPD-Funktionären, die Meinung der Soldaten zu respektieren. Nach dem Rückmarsch in die Kasernen sprach er erneut zu den Soldaten und forderte sie auf, die Offiziere zu entmachten und sich zur Kommandogewalt des Vollzugsausschusses der Soldatenräte zu bekennen. Am 14. Januar schließlich gelang es, das erklärte Ziel zu erreichen und zugleich mit dem Rücktritt der Offiziere die Aufstellung eines konterrevolutionären „Freiwilligen-Regiments" zu verhindern.[14] Mit dieser dramatischen Episode verbindet sich also das erste öffentliche Auftreten Max Herms.
Die Tätigkeit des Arbeiter-und-Soldatenrates wurde zunehmend durch den Einfluß opportunistischer und später sogar bürgerlicher Kräfte bestimmt, und am 23. Januar 1919 mußten schließlich nach einer heftigen Kampagne gegen das „Spartakus-Unwesen" die revolutionären Mitglieder des Rates ihr Amt aufgeben. Erich Baron verließ am 1. Februar Brandenburg und zog in seine Heimatstadt Berlin zurück.
Eine weitere Auseinandersetzung über den Charakter der weiteren Entwicklung, in der Max Herm als aktive Kraft auftrat, entwickelte sich im Zusammenhang mit der Neuformierung der „Arbeiterjugend". Durch die Annullierung des „Reichsvereinsgesetzes" von 1908 im Zuge der Novemberrevolution war es nunmehr möglich, eine einheitliche gesamtdeutsche Arbeiterjugend-Organisation zu bilden. Die erneute

Gründungsversammlung der „Arbeiterjugend" Anfang 1919 (das genaue Datum ist bisher nicht feststellbar) im Brandenburger Volkshaus hatte als Vorsitzenden — wie früher bereits — Max Herm vorgeschlagen.
Diese Wahl wurde durch das Eingreifen des SPD-Vereinsvorstandes hintertrieben. Somit blieb den Linken in der Arbeiterjugend als Alternative zum reformistischen Kurs in der Jugendarbeit keine andere Wahl als die Gründung einer Brandenburger Gruppe der „Freien Sozialistischen Jugend", die sich ab 1920 „Kommunistische Jugend Deutschlands" (KJD und ab 1925 KJVD) nannte.
Zu den ersten Mitgliedern gehörten u. a. Max Herm, Willi Hamann, Grete Krüger (-Bartsch) und Liese Schwidewski.[15]
Bei der Gründungsversammlung der „Arbeiterjugend" (später SAJ) kam es zu einer Begegnung mit Helmut Schinkel, einem Lehrerstudenten. Das war der Ausgangspunkt einer langwährenden Freundschaft und der Entwicklung Helmut Schinkels zu einem kommunistischen Pädagogen, der neben Bruno Kühn zu den Vorkämpfern der proletarisch-revolutionären Kinderbewegung wurde. Mit ihm verbindet sich die Erinnerung an das von ihm verfaßte „Proletarische Spielbuch", an die deutschen Texte der Lieder „Matrosen von Kronstadt" oder „Das Lied der roten Flieger", „Dunja, unser Blümelein" oder „Marussja".
Als Mitarbeiter des Kinderbüros der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau und späterer Direktor der deutschsprachigen „Karl-Liebknecht-Schule" in Moskau wurde er international wirksam. Sein tragischer Tod 1946 in der Sowjetunion im Zusammenhang mit falschen Beschuldigungen zwingt zu einer Neubewertung seiner Leistungen und Bedeutung.
Eine erneute Entscheidungssituation, die Max Herm zum besonderen Einsatz herausforderte, war der Kapp-Putsch 1920. In jener Zeit arbeitete er wieder als Elektriker in seiner früheren Firma Spingat & Seelig. Wie die Formierung der Kommunistischen Partei von Anbeginn im Spannungsfeld zwischen Revolution und Konterrevolution verlief, so auch entwickelte sich der politische Werdegang von Max Herm.
Im März 1920 hielten die extrem-reaktionären Kräfte des Finanzkapitals, Junkertums und Militarismus den Zeitpunkt für gekommen, das Kräfteverhältnis endgültig für sich zu entscheiden.
Wie in ganz Deutschland so legten auch in Brandenburg die Arbeiter am 13. März einmütig die Arbeit nieder. Im schnell gebildeten Aktionsausschuß der Brandenburger Arbeiterparteien vertraten Max Herm und Otto Ganske die KPD (4 Vertreter der SPD, 3 der USPD und 2 der KPD).
Bemerkenswert ist im Aufruf des Ausschusses vom 14. März die Feststellung: „Der Bruderzwist hat uns genug geschadet. Es wird Zeit, daß sich die Arbeiterschaft vereint in den Kampf für ihre Ideale begibt. Vereinzelt sind wir nichts, vereint alles! ..."[16]
Das Handeln von Max Herm im Rahmen des Aktionsausschusses war bestimmt von dem Bemühen, die Machtergreifung durch das Militär in Brandenburg abzuwehren. Trotz unterschiedlicher Auffassungen im Aktionsausschuß über die Arbeiterbewaffnung war es richtig, nach der provokativen Besetzung des SPD-Verlages in der St. Annenstraße durch Kürassiere auf Befehl des Garnisonsältesten am 14. März und nach deren Vertreibung durch die Teilnehmer einer gewaltigen Massendemonstration das Artillerie-Depot zu besetzen und Waffen und Munition zu beschaffen. In einem weiteren Einsatz durch Max Herm, Otto Ganske und das USPD-Mitglied Langsam im Schloß Plaue des Grafen von Königsmark gelang es, illegale Bestände von Waffen und Munition sicherzustellen. Das konnte aber den vom Garnisonsältesten ausgelösten Einmarsch Potsdamer Reichswehr am 15. März nicht verhindern,

in dessen Verlauf 3 Arbeiter, ein Dienstmädchen und ein 9jähriger Schüler erschossen und 4 weitere Personen schwer verletzt wurden.[17]

Die Geschlossenheit der Brandenburger Arbeiterklasse — z. B. bei der einmütigen Fortsetzung und Ausdehnung des Streiks — trug schließlich auch in Brandenburg zum Scheitern des Putsches bei und erwies sich auch in Brandenburg als Bewährung, „die zur wirksamsten Aktion der einheitlich handelnden Arbeiterklasse in der Weimarer Republik wurde."[18]

Das war eine wichtige Erfahrung im weiteren Prozeß der Erkenntnis der Notwendigkeit einer breiten, massenverbundenen Bündnispolitik mit dem Ziel der Sicherung und Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte im Rahmen der Weimarer Republik.

In den folgenden Jahren nach dem Kapp-Putsch blieb Max Herm unermüdlich im politischen Kampf seiner Partei tätig: von 1920 bis 1921 in der Genthiner Elektrizitätsgesellschaft, von 1921 bis 1922 im Brandenburger Stahl- und Walzwerk der Hugenbergschen „Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG" und von 1922 bis 1924 in den „Berlin-Burger Eisenwerken" in Burg. Dort lernte er Hermann Matern kennen und beteiligte sich nach dem Verbot der KPD 1923 durch den damaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert an der illegalen Weiterführung der KPD-Arbeit. Deshalb wurde er Ende 1923 in Burg für 4 Monate zur Untersuchung inhaftiert, danach vor Gericht gestellt und schließlich wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.[19]

In den Inflationsjahren 1922/23 blieb er mit seinen Jugendfreunden in engem Kontakt. Dabei lernte er 1923 anläßlich eines Konzertes des Touristenvereins „Die Naturfreunde" im Schweizergarten (heute: Brandenburger Theater) seine spätere Ehefrau Mia kennen. Dem proletarischen Touristenverein gehörten vorübergehend die späteren kommunistischen Jugendfunktionäre und Freunde des Ehepaares Herm Ernst Altenkirch, Richard Kofke und Erna Bleike(-Nicolai) an.[20]

Mia war aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie in Deetz an der Havel gekommen, war seit dem 13. Lebensjahr Dienstmagd und später Fabrikarbeiterin gewesen und 1922 bereits als Sechzehnjährige wegen der Teilnahme an einem „wilden Streik" und einer Flugblattaktion gemaßregelt worden. Aus dem Erleben proletarischen Elends und bourgeoiser Unterdrückung entwickelte sie sich zur kommunistischen Funktionärin, die sich selbstlos an der Seite ihres Mannes den Belastungen der Parteiarbeit und des Klassenkampfes stellte.

1924 versuchte Max Herm in Brandenburg Arbeit zu bekommen. Der Arbeitsmarkt in Burg blieb ihm verschlossen.

Aus dem Brennabor-Werk, seinem nunmehr ersten Einstellungsversuch, wurde er nach etwa 4 Wochen als „unruhiges Element" entlassen. Im Oktober 1924 kam er auf die „Schwarze Liste" des Brandenburger Fabrikantenvereins.

Schließlich konnte er 1924 und 1925 bei zwei kleineren Unternehmen Arbeit bekommen, bis er 1926 in die Brandenburger Elektrizitätswerke eingestellt wurde. Sehr bald erwarb er dort das Vertrauen seiner Kollegen und wurde noch 1926 Betriebsrat.

In der Zeit der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1929 — den sogenannten „Goldenen Zwanziger Jahren" blieb das Lebensniveau der Brandenburger Arbeiterklasse unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt, so daß der Redakteur der „Brandenburger Zeitung", der Vorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion Friedrich Ebert jun., später vor dem Stadtparlament erklären mußte, „daß die Löhne nirgends so niedrig sind wie in Brandenburg."[21]

In dieser Zeit entwickelte sich Max Herm zu einem führenden KPD-Funktionär der Stadt Brandenburg und des gesamten Bezirkes."[22] Dazu gehörten folgende Funktio-

nen: 1924 Vorsitzender der Brandenburger „Roten Hilfe", 1926 Org.-Leiter des KPD-Unterbezirks Brandenburg und ab 1926 Abgeordneter der Brandenburger Stadtverordnetenversammlung und bald Fraktionsvorsitzender der KPD. Zum Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages wurde er 1931 und im November 1932 zum Mitglied des Deutschen Reichstages gewählt.

Hartnäckige Kämpfe waren notwendig, um den Abbau demokratischer und sozialer Errungenschaften insbesondere seit den Notverordnungen 1924 und das Vordringen nationalistisch-reaktionärer Kräfte abzuwehren, um andererseits im unermüdlichen Kleinkampf Verbesserungen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu erringen.

Das galt um so mehr, als der tendenzielle Anstieg des Realeinkommens der Arbeiterklasse in Deutschland ab 1924/25 in Brandenburg fast nicht spürbar war und im Gegensatz dazu die Arbeitslosigkeit von 1924 = 200 auf 1927 = 4606 anstieg.[23]

In differenzierter Abwägung der Dialektik zwischen Tagesziel – Teilziel und Fernziel unter strenger Beachtung der Priorität der Interessen der Werktätigen kam es darauf an, Erfahrungen zu sammeln für die Schaffung der Aktionseinheit mit der Masse der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft, aber auch mit anderen sozial benachteiligten Schichten. Für diesen Reifeprozeß war die Bildung des Thälmannschen ZK 1925 die entscheidende Zäsur.

Das hatte für Brandenburg eine spezifische Bedeutung, standen doch neben etwa 200 sehr aktiven Kommunisten etwa 4500 Sozialdemokraten mit großem Masseneinfluß (Gewerkschaften, eine Vielzahl proletarischer Freizeitvereine). Dieses proletarische Potential der roten Arbeiterstadt Brandenburg wurde erneut sichtbar, als



Fahrkarte für das Mitglied des Deutschen Reichstages Max Herm. November 1932. Stadtarchiv Brandenburg.

1925 im größten Streik in der Geschichte Brandenburgs — dem Metallarbeiterstreik (Juli bis September) — geeint gehandelt wurde. Am 2. August gelang es Kräften des RFB und Reichsbanners, einen Stahlhelmaufmarsch abzuwehren. Bei der Protestdemonstration bewies Max Herm Kaltblütigkeit, indem er einen Faschisten entwaffnete. In seinem Betrieb — den Elektrizitätswerken — gelang es ihm als „rotem Betriebsrat", zur Beseitigung außerordentlicher Unzulänglichkeiten im Gesundheits- und Arbeitsschutz beizutragen.

Ein wichtiger Höhepunkt im Klärungsprozeß zur Gestaltung einer flexiblen revolutionären Massenpolitik und zur Überwindung von Sektierertum und dogmatischen Positionen war der Rote Tag Pfingsten 1926 mit Ernst Thälmann. In der anschließenden Auswertung in der Gaststätte „Kähnes Volksgarten" stellte er die kritische Frage: „Wo sind die Sozialdemokraten — wo ist das Reichsbanner?"[24]

Zum Lob über die Mobilisierung von über 3000 Sympathisanten der KPD kam die Kritik: „Ihr habt zwar Menschen mobilisiert, aber ihr habt nicht verstanden, die Werktätigen für den gemeinsamen Kampf zu organisieren."[25]

Max Herm berichtete später: „Uns hat der Rote Tag und der Besuch von ‚Teddy' sehr geholfen. Wir haben erkannt, daß es notwendig war, noch wirksamer Kleinarbeit in Betrieben, in Gewerkschaften und in Wohngruppen zu leisten, die Interessen der Werktätigen zu vertreten, Kämpfe zu organisieren und die Einheitsfront herzustellen."[26]

Noch im selben Jahr 1926 gab es dazu zwei besondere Gelegenheiten: der Volksentscheid über die Fürstenenteignung am 20. Juni 1926 und die Oberbürgermeisterwahl im November. In einmütiger Auffassung mit der SPD gelang es, in Brandenburg ein Ergebnis von etwa 56 Prozent für die Fürstenenteignung (im Vergleich zu Deutschland = 36,4 Prozent) zu erreichen. Im November 1926 wurde durch die gemeinsame Wahl eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung die Wahl eines konservativ-reaktionären Kandidaten verhindert.

In den darauffolgenden Jahren verstärkte sich die Ausstrahlungskraft der Brandenburger Kommunisten unter der Arbeiterschaft durch eine konsequente Politik ihrer Interessenvertretung und durch die immer bessere Beherrschung der von Thälmann geforderten Methoden der Massenarbeit. Besonders in den Jahren von 1929 bis 1933, als die Arbeitslosigkeit über die Hälfte aller Brandenburger Arbeiterfamilien erfaßt hatte, erreichte der Kampf um die Sicherung elementarer Lebensbedingungen eine höhere Qualität. Die Brandenburger Unterbezirks-Parteiorganisation der KPD stand unter der Leitung von Paul Redlich, einem hervorragenden Propagandisten und Agitator, von Max Herm, Ernst Altenkirch und Gertrud Piter. 1931 besuchte Max Herm die Reichsparteischule der KPD „Rosa Luxemburg" in Berlin-Fichtenau.

Aus den Jahren der Weltwirtschaftskrise läßt sich eine Reihe von bemerkenswerten Aktionen aufzählen, in denen Max Herm eine führende Rolle gespielt hatte: Hilfsaktionen gegen die Exmittierung von Erwerbslosen, Aktionen zur Herabsetzung der Strompreise, Abwehrkämpfe gegen angedrohte Lohnsenkungen (z. B. 1932 in der Kammgarnspinnerei Kummerlé).

Zeitweilig war er verantwortlicher Herausgeber der KPD-Zeitung „Rote BZ". So trug auch er dazu bei, daß die Anzahl der Wählerstimmen für die KPD anläßlich der Reichstagswahlen z. B. von etwa 2,5 Tausend 1928 auf über 5 Tausend 1935 und auf etwa 6,7 Tausend 1932 anstieg.

Ein besonderer Höhepunkt in seiner bisherigen politischen Entwicklung war im November 1932 die Wahl Max Herms in den Reichstag.

Auf der Sitzung am 7. Dezember prangerte er die Leitung des Premnitzer IG Farben-Werkes an, die wegen unzureichender Sicherheitsmaßnahmen eine große Explosionskatastrophe verschuldet hatte.

Die größten Erfahrungen im parlamentarischen Kampf erwarb er als Fraktionsvorsitzender der KPD in der Brandenburger Stadtverordnetenversammlung. Seit 1924 hatten beide Arbeiterparteien KPD und SPD die Stimmenmehrheit im Brandenburger Stadtparlament gegenüber dem sogenannten „Bürgerblock". Unter Zurückstellung der — oft heftigen — Meinungsgegensätze gegenüber der SPD-Fraktion kamen mit den gemeinsamen Stimmen beider Arbeiterparteien gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien wichtige Beschlüsse im Interesse der Werktätigen zustande wie Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, der Sicherung fester Niedrigmieten, des Brückenbaus und des Baus eines „Wohlfahrtsforums" (heute: die Poliklinik im Bauhaus-Stil). Andererseits wurden solche Möglichkeiten des Zusammenwirkens nicht ausreichend genutzt.

Eine zugespitzte Situation war am 3. Februar 1932 im Stadtparlament entstanden, als der Bürgerblock mit seiner Mandatsniederlegung versucht hatte, die Stadtverordnetenversammlung zu sprengen und ein neues Kräfteverhältnis zu schaffen. Dabei versuchten sie, die Gegensätze zwischen KPD und SPD auszunutzen und die KPD-Fraktion ebenfalls zur Mandatsniederlegung zu bewegen.

Max Herm erklärte im Namen seiner Fraktion, daß zwar ein sozialdemokratisch regierter Magistrat die Brüningsche Notverordnungspolitik zwangsläufig mitmachen muß, aber die KPD in Brandenburg grundsätzlich sich nicht von den bürgerlichen Parteien gegen die SPD mißbrauchen läßt.

In diesem Zusammenhang hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Ebert am 6. Februar 1932 in der „Brandenburger Zeitung" anerkannt, daß Max Herm und Genossen die Strategie und Taktik Lenins anzuwenden gelernt hätten.[27] Später schätzte er ein, daß es ihnen beiden — den Repräsentanten der Brandenburger Arbeiterklasse — in jener Zeit noch nicht gelungen wäre, sich gegenseitig differenziert zu bewerten im Interesse einer wirksamen Aktionseinheit in Abwehr der faschistischen Gefahr.[28]

Es war u. a. Max Herm, der ihn vor der Illusion über das Verhalten des Reichspräsidenten Hindenburg nach seiner erneuten evtl. Wahl warnte und von dem ab Mai 1932 Angebote zur Mitwirkung bei der Bildung eines Einheitsausschusses der Arbeiter und der Organisierung außerparlamentarischer Kampfmaßnahmen gegen den zunehmenden Naziterror ausgingen.[29] Diese wurden selbst im Januar 1933 noch abgelehnt.

Sicher hatte dazu auch beigetragen, daß noch bis Ende 1932/Anfang 1933 nicht die volle Kampfkraft gegen den Faschismus gerichtet wurde.[30]

Als Antifaschist von 1933 bis zur Befreiung

Das öffentliche Auftreten Max Herms in den parlamentarischen Einrichtungen der Weimarer Republik, aber auch im außerparlamentarischen Kampf, immer mit dem Ziel verbunden, konkrete Arbeiterinteressen in harter Klassenauseinandersetzung durchzusetzen, hatte ihm bereits vor der faschistischen Machtübernahme in Brandenburg eine hohe Achtung und Wertschätzung in der Brandenburger Arbeiterklasse eingebracht, auch bei vielen sozialdemokratisch orientierten Arbeitern. So hatte auch er dazu beigetragen, daß in der Zeit des Faschismus eine große Mehrheit der Arbeiter in Brandenburg sich nicht von der faschistischen Demagogie demoralisieren ließ.

Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 wurde er erneut als Reichstagsabgeordneter gewählt. Dabei stimmten etwa 15 Prozent mehr Wähler für die Arbeiterparteien in Brandenburg als im Reichsdurchschnitt (46 Prozent : 30,6 Prozent).

Am 12. März 1933, dem Wahltag zum Provinziallandtag und zur Stadtverordnetenversammlung, erhielt er auch wieder das Mandat für diese Abgeordnetentätigkeit. Der Nazipartei war es in Brandenburg nicht gelungen, eine Mehrheit im Stadtparlament zu erringen. Brandenburg blieb „rot".[31]

Obwohl bis 1936 die sich verschiedentlich formierenden antifaschistischen Gruppen zerschlagen wurden (1934 der KPD und 1936 der SAP), blieb der Einfluß der Faschisten auf die Arbeiterklasse Brandenburgs relativ gering. Andererseits gab es während der Kriegszeit in der Rüstungsindustrie eine Vielzahl spontaner und illegaler Solidaritätsleistungen von Arbeitern gegenüber Zwangsverschleppten und Kriegsgefangenen aus ganz Europa.

Die Faschisten entwickelten Brandenburg zu einem Zentrum der Rüstung und des Terrors. Mit 9772 Euthanasiemorden, 1807 Hinrichtungen politischer Widerstandskämpfer[32], der Ermordung von 18 Brandenburger Antifaschisten, von etwa 190 jüdischen Bürgern und dem Tod von 1111 Kriegsgefangenen oder Zwangsverschleppten (etwa ein Zehntel der nach Brandenburg Verschleppten) läßt sich pro Nazi-Tag eine Bilanz von durchschnittlich 2 bis 3 Morden in Brandenburg feststellen.

In Erwartung einer solchen Entwicklung wurden bereits Ende 1932 auf Beschluß des ZK der KPD Vorkehrungen für den eventuellen Übergang zur illegalen Arbeit getroffen. Max Herm erhielt den Auftrag, als politischer Leiter gemeinsam mit Willi Sägebrecht als Organisationsleiter eine selbständige Bezirksleitung für die Arbeit in der Provinz Brandenburg zu formieren.[33] So war er ab November 1932 außerhalb Brandenburgs tätig.



Max Herm (Mitte) als politischer Gefangener im faschistischen Konzentrationslager Lichtenburg. Foto im Besitz von Mia Herm

Nach der faschistischen Machtübernahme bemüht er sich, die Organisiertheit und Führung der Parteiarbeit zu erhalten[34] und sie den neuen Bedingungen anzupassen. Dazu gehörte die Schaffung eines Systems von Zellen und Instrukteuren.

Deshalb bemühten sich die Faschisten sehr bald, seiner habhaft zu werden. Sie nutzten im Februar 1933 die bevorstehenden Wahlen aus, indem sie mit brieflichen Aufforderungen an ihn zur erneuten Kandidatur seinen Aufenthalt zu ermitteln versuchten. Mit Hilfe seines Schwagers Siegfried Schultze gelang es ihm, das zu verhindern.

Wenige Stunden nach der Entfesselung des Reichstagsbrandes unternahm die Polizei in den frühen Morgenstunden des 28. Februar in seiner Wohnung in Brandenburg, Vereinsstraße 18, vergeblich eine Hausdurchsuchung.

Am 24. März – nach den Wahlen – versuchte sie erneut – über Funkspruch –, ihn zu finden und zu verhaften. Das gelang erst am 4. April 1933 in Berlin anläßlich eines Treffs gemeinsam mit Willi Sägebrecht und einem Genossen aus Wittstock in der Schönhauser Allee. Dieser hatte sich als Verräter erwiesen und beide Leiter der illegalen Provinzleitung der KPD den Faschisten ausgeliefert. Dieser Verhaftung folgten 14 Tage in der berüchtigten Folterstätte der SS in der General-Pape-Straße in Berlin: „Verhöre" mit Schlägen und z. T. lebensgefährlichen Foltern.

Weitere 14 Tage blieben die Genossen Herm und Sägebrecht im Polizeipräsidium in „Schutzhaft"; dieser folgten kurze Inhaftierungen in Spandau und Sachsenhausen, wo er den Fraktionsvorsitzenden der SPD und Brandenburger Stadtverordnetenvorsteher Friedrich Ebert traf. Dort hatte er Gelegenheit, mit Friedrich Ebert „ausgedehnte Gespräche über die Vergangenheit und über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus"[35] zu führen.

Mit Standhaftigkeit ertrug er alle Mißhandlungen und wurde unter Entzug seines Immunitätsrechtes ohne Gerichtsurteil für 6 Jahre in die Konzentrationslager Sonnenburg, Lichtenburg und Buchenwald gesperrt. Dort traf er erneut auf Brandenburger Genossen, nicht nur seiner Partei, sondern auch der SPD, wie z. B. 1933 im KZ Sonnenburg den Brandenburger Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Heinrich Witt, ein Sozialdemokrat, mit dem besonders heftige Auseinandersetzungen der Brandenburger Kommunisten über eine konsequente proletarische Klassenpolitik stattgefunden hatten in den Jahren der Weimarer Republik. Nun kamen sie auf neue Weise aufeinander zu.

Solche Begegnungen hatte Max Herm auch 1944, als er in dem KZ Sachsenhausen inhaftiert wurde und dort die Brandenburger SPD-Funktionäre Paul Voigt, Karl Petzli u. a. traf. Hier „entstanden Anfänge einer vertrauensvollen Zusammenarbeit deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten"[36] – ein Vorgang, der oftmals mit schmerzhaften Auseinandersetzungen über die Lehren dieser größten Niederlage in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verbunden war.

In den Jahren des KZ-Aufenthaltes bemühte sich Max Herm vor allem, dazu beizutragen, daß den Gefangenen der Lebensmut erhalten blieb. Er half anderen Genossen, z. B. seinem Brandenburger Mitkämpfer Paul Nita, bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen, und ermöglichte durch die geschickte Beschaffung eines Radios im KZ Lichtenburg Informationen zur politischen Entwicklung, insbesondere vom Moskauer Sender.

Ein Versuch der Faschisten 1934, ihn wegen der Herausgabe der „Roten BZ" vor seiner Verhaftung gerichtlich zu verurteilen, schlug wegen mangelnder Beweise fehl.

Danach kam er in das KZ Lichtenburg und 1937 nach Buchenwald, wo er ebenfalls Brandenburger Genossen der KPD traf. Aus Buchenwald wurde er 1939 entlassen.

Das geschah im Zusammenhang mit den außenpolitischen Bemühungen der Faschisten, ab Mai 1939 die Beziehungen mit der Sowjetunion im Vorfeld der Kriegsentfesselung im Interesse einer für sie günstigen Konstellation vorübergehend zu „normalisieren".

Kurz zuvor — im April — wurden Entlassungen aus den KZ vorgenommen.

Max Herm wurde durch die Gestapo eine Arbeit in seinem alten Betrieb, den Elektrizitätswerken Brandenburg, zugewiesen. Die wiedererlangte „Freiheit" bedeutete, daß er unter Polizeiaufsicht stand, daß sein Arbeitseinsatz streng von der Gestapo überwacht wurde, daß er zum Schweigen über die Zustände in den KZ verpflichtet war und ihm jeder Kontakt mit Genossen verboten war. Eine entscheidende Erleichterung war aber die Möglichkeit, mit seinem Sohn Günter wieder zusammen sein zu können. Seit Oktober/November 1932 bereits war dieser in der Familie seines Onkels Siegfried Schultze in Pflege, das heißt ohne Vater und Mutter.

Mia Herm hatte im Oktober 1932 den Auftrag zu einem Schulbesuch in Moskau erhalten. Sie kam im Mai 1934 zurück und arbeitete illegal in Halle-Merseburg und dann zum Wiederaufbau der Parteiorganisation im Bezirk Magdeburg-Anhalt. Sie wurde am 3. Februar 1935 in Magdeburg verhaftet und am 8. August zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Danach kam sie in die Strafanstalt Jauer, wo sie 10 Jahre vorwiegend in Einzelhaft zubrachte. Sie im Zuchthaus, Max im KZ, und der Sohn wächst in der Familie ihrer Schwägerin und ihres Schwagers auf: das waren Belastungen, die nur schwer nachempfunden werden können. Trotzdem schrieb ihre Mitgefangene, die Brandenburger Genossin der SAP Friedel Hoffmann später über sie: „Trotz dieser hohen Strafe zeigte sich Mia Herm nie verzweifelt oder niedergedrückt. Sie bemühte sich immer, allen anderen Mut und Hoffnung zuzusprechen. Ihre tapfere Haltung, ihre vorbildliche solidarische Verbundenheit trugen ihr Liebe und Achtung aller Genossinnen ein."[38]

Mia und Max Herm brachten in den langen Jahren der Trennung eine geradezu übermenschliche Kraft auf, um sich gegenseitig zu stärken, sich Mut zu machen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu erhalten. Im Mai 1935 schrieb sie an Max, daß er der größere Optimist sei, aber noch im Juni 1944 — nach jahrelangen schweren seelischen und physischen Belastungen — schrieb sie ihm: „Trotz aller Gefahr und Not wollen wir die Hoffnung und die feste Zuversicht, daß wir uns bald gesund wiedersehen, nicht verlieren."[39]

Alle Sorgen und Ängste gipfelten in dem Gedanken: „Ich muß immer an die Kinder, an unseren Jungen denken. Wieviel Entsetzen, Grauen und Elend müssen diese Kinder sehen und miterleben. Ihre Seelen werden erschüttert, ihre Gesichter bekommen harte Züge, früh hören sie auf, Kinder zu sein."

Da offene Bekenntnisse gefährlich waren, dienten oftmals literarische oder kulturgeschichtliche Hinweise dem gegenseitigen Verstehen, z. B. auf Fidelio, auf Torquato Tasso oder Galilei.

Im August 1941 bekannte Max Herm seiner Frau und Genossin in einem Brief: „Ja, wir leben in einer großen, für den einzelnen aber schweren und harten Zeit ... Ich denke immer, es wird für uns noch einen Mai geben."

Zwischen 1939 und 1944 — dem Jahr seiner erneuten Inhaftierung — gelang es Max Herm, da er als Elektriker durch seine Firma viel herum kam, in einigen Fällen Verbindung zu Genossen im Zuchthaus Görden zu bekommen, wie z. B. im Brennabor-Werk 1941 mit Waldemar und Martin Schmidt, die dort als Arbeitsgefangene eingesetzt waren[40], und 1943 im Zuchthaus mit Ernst Altenkirch und Max Maddalena[41].

Im August 1944 wurde er erneut verhaftet und in dem KZ Sachsenhausen inhaftiert. Dort traf er mit ehemaligen Funktionären der Brandenburger SPD zusammen. Insbesondere in den Gesprächen mit Paul Voigt wurde die feste Entschlossenheit gemeinsam entwickelt, nach der Befreiung mit aller Kraft zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse beizutragen.

Sein Einsatz in einer Außenstelle in Berlin-Siemensstadt ermöglichte es ihm, Kontakte zu sowjetischen Mithäftlingen und Zwangsverschleppten aufzunehmen,[42] zu helfen, wo es möglich war und schließlich im Verlauf des Todesmarsches, gemeinsam mit Ottomar Geschke, im Moment der Befreiung wirksam zu handeln. Am 1. Mai 1945 konnte seine Kolonne bei Annäherung der Roten Armee in der Nähe von Zechlin die SS-Leute überwältigen, entwaffnen und der Roten Armee übergeben.[43]

Diese zwölf Jahre des Hitlerfaschismus, insbesondere die 7 Jahre Haft in den KZ, hatten seine Standfestigkeit und seine kämpferischen Eigenschaften außerordentlich gefestigt.

Als Aktivist der ersten Stunde — in vorderster Linie beim Neubeginn

Somit gehörte Max Herm zu den im jahrzehntelangen Klassenkampf gestählten und erfahrenen Kadern, denen es oblag, wie im Widerstand als aktive Kraft so auch bei der Beseitigung der Kriegsfolgen und dem Übergang zum Neuaufbau wiederum an der Spitze zu stehen. So sehen die Jahre von 1945 bis 1957 Max Herm überall da, wo entscheidende Schritte für die Zukunft gemacht werden: 1945 als erster Oberbürgermeister in Brandenburg, danach ab September 1945 in Berlin, beteiligt am Aufbau der Zentralverwaltungen, danach im ZK der Partei und ab 1952 im Stahl- und Walzwerk Brandenburg, in einer Zeit entscheidender Entwicklungen, aber auch Auseinandersetzungen.

Unmittelbar nach seiner Befreiung begab er sich nach Berlin, um mit der Gruppe Ulbricht Kontakt zu bekommen. Über dieses Treffen mit Walter Ulbricht schrieb er später: „Er beauftragte mich, in meine Heimatstadt Brandenburg/Havel zurückzukehren und dort die kommunale Verwaltung aufzubauen."[44] In einem sowjetischen Armeefahrzeug war er dann am 20. Mai in Brandenburg eingetroffen.

Der sowjetische Stadtkommandant Wolkow hatte indessen die bereits tätigen aktivsten Antifaschisten aufgefordert, über die Besetzung der neu zu bildenden Verwaltungsämter und insbesondere des Amtes des Oberbürgermeisters zu befinden. Nach dem Eintreffen von Max Herm und dem herzlichen Wiedersehen mit seinen Genossen schlug der Sozialdemokrat Paul Voigt vor: „Für uns ist klar, es gibt keinen Würdigeren für das Amt des Oberbürgermeisters als Max Herm. Er soll an der Spitze des Rates der Stadt stehen."[45]

Am 22. Mai konnte der neugebildete Magistrat mit 5 Kommunisten, 5 Sozialdemokraten und 5 bürgerlichen Antifaschisten dem Militärkommandanten vorgestellt werden.

Zu diesem Zeitpunkt war Mia Herm noch nicht zurückgekehrt. Sie hatte als Gefangene einen entsetzlichen Weg von Schlesien nach Lübeck zurücklegen müssen und konnte erst am 3. Juli 1945 ihren Mann in die Arme schließen. Der Sohn Günter war bis Ende 1945 noch in englischer Kriegsgefangenschaft.

In den wenigen Wochen seiner Amtstätigkeit wurden in Brandenburg wichtige Entscheidungen für die weitere Entwicklung Brandenburgs gefällt.

Die Stadt war durch die Kriegshandlungen zu 15 Prozent zerstört worden, dabei die Produktionsanlagen zu 70 Prozent, 27 Brücken waren zerstört, etwa 17 000 Obdachlose suchten eine Bleibe, alle lebensnotwendigen Verbindungen waren unterbrochen. Als entscheidender Schritt erwies sich die Bildung eines Aktionsausschusses beider Arbeiterparteien unter dem Vorsitz von Max Herm und Paul Voigt am 18. Juni, das Bekenntnis zum gemeinsamen Handeln und die Festlegung der wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen Hunger, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, zur Liquidierung der Überreste des Faschismus, zur Wiederherstellung der demokratischen Rechte u. a. m.

Unermüdlich und selbstlos war er in diesen Wochen unterwegs, um z. B. die Lebensmittelversorgung, den Brückenbau, die Wiederherstellung der Stromversorgung einzuleiten, um auf Lehrer- und Schülerkonferenzen, auf Einwohnerversammlungen und Beratungen der Handwerker über den demokratischen Neubeginn und die Aufgaben zur Überwindung der Folgen von Faschismus und Krieg zu sprechen. Ein besonderes Augenmerk galt der Schaffung von Einrichtungen einer breiten, demokratischen Mitwirkung: der Schaffung von Ausschüssen, Kommissionen, Stadtbeiräten und Einrichtungen der Arbeiterkontrolle in den Betrieben. In dieser kurzen Zeit wurde die Produktion in den Betrieben wieder begonnen und das Kulturleben mit Theater- und Konzertveranstaltungen wieder in Bewegung gebracht: eine für die jüngere Generation unvorstellbar große Kraftleistung.

Die Leistungen des Brandenburger Aktionsausschusses und des Magistrats in jener Zeit galten für das Land Brandenburg als beispielhaft für die Organisierung der Zusammenarbeit von Antifaschisten unterschiedlicher Parteibindung, insbesondere aber der beiden Arbeiterparteien.[46]

Im September 1945 wurde Max Herm auf Initiative von Walter Ulbricht zur Mitarbeit beim Aufbau von Zentralverwaltungen nach Berlin berufen. Er wurde Vize-



Oberbürgermeister Max Herm bei der Grundsteinlegung für das Hochhaus in der Friedensstraße am 6. Juni 1959.
Stadtarchiv Brandenburg



Wie ihn viele kannten: Max Herm inmitten seiner Brandenburger. Foto: Wernitz

präsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und Abteilungsleiter für Tarife, Löhne, Arbeitsschutz und Arbeitsrecht. Mit seinem Namen verbindet sich in diesem Zusammenhang die Überführung der Sozialversicherung in die Kompetenz des FDGB.[47] Für die Erarbeitung neuer Grundsätze in der Lohnpolitik, des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes leistete er in dieser Zeit eine große theoretische und praktische Arbeit, bei der ihm seine bisherigen Erfahrungen im Kampf um die Durchsetzung von Rechten der Arbeiter — besonders auch im Betrieb — von großem Nutzen waren. In dieser Funktion trat er zu verschiedenen zentralen Anlässen auf, wie z. B. im November 1946 auf einer Konferenz der Betriebsräte der Textilindustrie oder 1947 auf dem Gründungskongreß des DFD. Immer ging es ihm um das Wohl der arbeitenden Menschen, ob um die Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung oder um die Gleichberechtigung der Frau im Betrieb.

So ist es auch verständlich, daß er gemeinsam mit seiner Frau 1947 auf der Kreisdelegiertenkonferenz der Partei gegen Erscheinungen autoritären Führungsstils in der Brandenburger Stadtverwaltung auftrat. Aus dieser Sicht schätzte sein alter Kampfgefährte Ernst Altenkirch wenige Monate später ein: „Er ... hat ein stark ausgeprägtes Klassenbewußtsein ... hat ein enges Verhältnis zu den Werktätigen, entwickelt Initiativen ... und ... ist sehr kritisch veranlagt ...". Diese wertvollen Eigenschaften machten ihn sicher immer wieder zu einem unbequemen Mitstreiter. Als bewegender Höhepunkt in seinem politischen Leben gestaltete sich schließlich seine Teilnahme am Vereinigungsparteitag von KPD und SPD im April 1946 in Berlin. „Es gab wohl kaum einen Genossen im Saal ... dem nicht die Tränen in den

Augen standen, als sich Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Hand zum historischen Händedruck reichten", sagte er später.[49]
Seine Tätigkeit in Berlin verband sich aber wiederum mit großen Entbehrungen. Sein Geburtstag im Dezember 1945 war nun schon der 14. Geburtstag, den Max und Mia nicht gemeinsam feiern konnten. Es mußte eine Lösung gefunden werden. Im Oktober 1949 wurde Max Herm Abteilungsleiter im ZK der SED bis 1950, 1951 ging er zur Landesparteischule Schmerwitz und begann im August 1952 eine neue Tätigkeit — wieder in seiner Heimatstadt.
Er wurde Direktor für Arbeit im VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg (SWB), dem ersten großen Industrieneubau der jungen DDR.
„Vor Ort" stellte er sich den neuen Aufgaben, die jetzt darin bestanden, die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus — seines großen Lebensziels — zu schaffen. Es begann der Kampf um die Erfüllung der „gewaltigsten Aufgabe der Arbeiterklasse", wie es Friedrich Engels einmal ausdrückte oder auch: „die Mühen der Ebene" nahmen ihren Anfang, wie Brecht formulierte.
Der Betrieb befand sich in einer Anfangsphase seiner Entwicklung, wo es darum ging, Leitung, Planung, Technik und Produktion beherrschen zu lernen, wo es darum ging, immer mehr Stahl zu produzieren, koste es, was es wolle; denn „Stahl gibt Brot" — so lautete damals die Losung.
Entsprechend hart waren die Belastungen und Anforderungen an die Kumpel. Kaum hatte Max Herm diese verantwortungsvolle Aufgabe übernommen, mußte er schon Front machen gegen ungerechtfertigt hohe Normen, aber auch gegen ungerechtfertigt hohe Erschwerniszulagen.[50]
Die sich verschärfende Klassenkampfsituation Ende 1952, Anfang 1953 machte auch vor den Werktoren nicht Halt. Die Organisierung des Schutzes der Arbeitermacht wurde immer dringlicher, Dazu gehörte am 20. Januar 1953 die Gründung der GST-Organisation, deren erster Vorsitzender er wurde, und dazu gehörte ab März die Bildung von Selbstschutzzügen der Partei.
Daß die Konterrevolution am 17. Juni 1953 im SWB keine wirksame Basis fand, wurde auch von ihm maßgeblich beeinflußt. In dieser Entscheidungssituation „stand er ohne Schwankungen zur Partei und Regierung und half dabei tatkräftig, die Handlungen der Provokateure der Fremdfirmen zu unterbinden", hieß es später in einer Beurteilung seiner Arbeit im SWB.[51]
In den Jahren von 1953 bis 1957 konzentrierte er sich vor allem auf die Absicherung verstärkter sozialpolitischer Maßnahmen im Werk. Dazu gehörten: die Beseitigung der größten Arbeitsbelastungen (z. B. an den Generatoren und in der Gießgrube), die Schaffung neuer Garderobenräume, neuer Arbeiterschutzbekleidung, neuer Räume für Werkessen, der Baubeginn eines Kinderdorfes, die Schaffung von Kindertagesstätten, eines Ferienheimes in Bollmannsruh am Beetzsee, eines Pionierlagers dort in der Nähe und die Schaffung von Möglichkeiten für Buchverkauf und Buchausleihe (diese Maßnahme wurde vor 1953 ergriffen).
Er nahm Einfluß auf die Senkung der hohen Unfallziffern, kämpfte gegen die in jener Zeit noch hohe Fluktuation der Arbeitskräfte und setzte 1956/57 weitere Verbesserungen, z. B. für den Berufsverkehr, für das Werkessen (Wahlessen) und den Wohnungsbau durch.
Bereits am 9. September 1954 hatte er mit dem ersten Spatenstich für eine der ersten Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften der DDR, die AWG des SWB, ein bedeutsames Startsignal für die weitere Entwicklung Brandenburgs gegeben. Noch heute ist Max Herm vielen älteren SWB-Angehörigen als „unser Maxe" in Erinnerung, als Beispiel eines volksverbundenen und volkstümlichen Arbeiterfunktionärs,

der nicht müde wurde, oft im komplizierten Kleinkampf für die Erweiterung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung und die Sicherung der Rechte von Betriebsangehörigen aufzutreten. Seine Ansprache vor Agitatoren am 26. Oktober 1956 in Hennigsdorf unter dem Motto: „Fällt keine herzlosen Entscheidungen!" ist dafür ein beredtes Beispiel.[52]

Als Oberbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Brandenburg

Am 4. Juli 1957 wählte die Brandenburger Stadtverordnetenversammlung nach den Kommunalwahlen am 23. Juni einstimmig Max Herm zum neuen Oberbürgermeister der Stadt.

Diese neue Aufgabe wurde seine bisher anspruchsvollste. Seine umfangreichen kommunalpolitischen Erfahrungen und Kenntnisse — wenn auch aus den Zeiten der bürgerlichen Demokratie — wurden bei dem Wahlvorschlag der Kreisleitung der SED in Rechnung gestellt. Die Grundhaltung, mit der er dieses Amt auszuführen gedachte, kam in seinem Schlußwort auf der Versammlung zum Ausdruck, als er als Schwerpunkte Kollektivität und engste Verbindung mit der Bevölkerung nannte. „Es darf nicht vorkommen, daß Teile der Bevölkerung durch Maßnahmen überrascht werden, von denen sie selbst keine Ahnung haben. Nur so können wir die Demokratie weiterführen ..."[53]

Die ersten Jahre seiner Amtstätigkeit waren dadurch determiniert, daß die Republik sich in einem Entwicklungsabschnitt befand, der durch den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gekennzeichnet war, durch ihre „Endphase".[54]

Jeder weitere Fortschritt des Sozialismus hing davon ab, in welcher Qualität und Breite die sozialistische Demokratie zur Entfaltung kam. Das war die Zeit einer tiefgreifenden Staatsreform (Januar 1957: Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht ... und Februar 1958: Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates), der Entwicklung der sozialistischen Brigadearbeit in den Betrieben, der Entfaltung der Genossenschaftsbewegung und vieler anderer neuartiger Schritte. Bis zu ihrer Durchsetzung mußten aber noch außerordentliche Anstrengungen unternommen werden, zumeist mit härtesten Auseinandersetzungen verbunden.

Max Herm richtete seine Bemühungen zuerst und vorrangig auf Veränderungen der Arbeitsweise der Organe des Staatsapparates. Dazu gehörte u. a. eine wirksamere Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Volksvertretung, Maßnahmen der breiteren Einbeziehung der Bevölkerung — insbesondere durch ein engeres Zusammenwirken der Staatsorgane mit den Gewerkschaften und der Nationalen Front und der praktischen Einbeziehung der Abgeordneten in die Vorbereitung von Beschlüssen. Hier hatte es nicht unerhebliche Mängel und Erscheinungen einer formalen Arbeitsweise gegeben, verbunden mit Ressortgeist und Unterschätzung der Volksvertretung und ihrer Beschlüsse.[55]

In dieser Zeit wurden z. B. durchgesetzt: die operative Tätigkeit der Abgeordneten in Betrieben und Einrichtungen, insbesondere im Rahmen der Ständigen Kommissionen, der „Tag des Volksvertreters", die Bildung einer Stadtplankommission und eines Stadtbauamtes. Das war z. B. ein komplizierter Vorgang. Nach einer sehr lebhaften und kritischen Stadtverordnetenversammlung, die sich mit Mängeln im Baugeschehen auseinandersetzte, resümierte er: „So wie heute stelle ich mir eine Stadtverordnetenversammlung vor — ein Musterbeispiel für Demokratie ... ich

wünschte ... mehr kritische Auseinandersetzung. Darunter braucht die Freundschaft nicht zu leiden. Damit dienen wir unserem Werk, ... der Entwicklung unserer Stadt."[56]

Nicht jeder Mitarbeiter des Rates war bereit, sogleich ihm zu folgen. Mit hohem persönlichem Einsatz versuchte er, in der praktischen Tätigkeit die Leitung der Prozesse immer besser beherrschen zu lernen. Das war nicht einfach, hatte er doch in den zurückliegenden Jahren seines unermüdlichen Kampfes in der vordersten Linie nicht die Zeit gehabt, sich gründlich auf diese Funktion vorzubereiten. Er gehörte zu den Letzten seiner Generation, die vor allem mit lebenslangen Kampferfahrungen im praktischen Alltag es lernten, zu regieren, während die nachfolgende Generation von Kadern bereits die Möglichkeit vorfand, sich mit dem notwendigen Hochschulstudium auf verantwortungsvolle Aufgaben vorzubereiten. Um so notwendiger war es, daß die entsprechenden Fachkräfte im Ratskollektiv ihm vorbehaltlos zur Seite standen.

Das konnte 1960 nach Auseinandersetzungen erreicht werden, nachdem der Genosse Kurt Seibt, damals 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, unmittelbar zur Unterstützung des Genossen Herm in Brandenburg wirksam wurde.[57]

Als eine weitere Unterstützung für ihn erwies es sich, daß ab Frühjahr 1961 der Genosse Werner Wittig die Funktion des 1. Kreissekretärs der SED übernahm.

Diese Anstrengungen zahlten sich aus. Nachdem mit dem Jahr 1961 eine entscheidende Schlacht im Kampf um den Frieden gewonnen war, trat auch in Brandenburg ein spürbarer Aufschwung im gesamten gesellschaftlichen Leben, verbunden mit einer Stabilisierung in der Arbeit des Rates der Stadt, ein.

Max Herm war von 1957 bis 1965 Oberbürgermeister — also 8 Jahre. Überschaut man diese Zeit, werden Veränderungen, die im Leben der Bevölkerung und im äußeren Bild der Stadt erreicht wurden, erkennbar. Brandenburg wird eine moderne sozialistische Industriestadt. Eine ganze Reihe von Entwicklungen unserer sozialistischen Gegenwart nahm in jener Zeit ihren Anfang.

Das begann 1958 mit dem „Aktionsprogramm für den weiteren Aufbau des Sozialismus im Stadtkreis Brandenburg bis 1960". Diese Aufbruchstimmung widerspiegelte sich in solchen Losungen wie „Macht Brandenburg zur Stadt der Sozialisten!" oder „Brandenburg — schöner denn je!"[58]

Mit der Grundsteinlegung für den Block 1 in der Brielower Straße am 21. Juli 1959 begann der Aufbau eines neuen Stadtteils: Brandenburg-Nord. Das ist nun schon 30 Jahre her, als der extensive Wohnungsbau mit der „Großblock-Bauweise" begann. Diese Epoche der Geschichte der Stadt geht nunmehr ihrem Ende zu, und nicht ohne Stolz kann 1989 festgestellt werden, daß 55 Prozent aller Brandenburger unter modernen Wohnbedingungen leben.

Das erste Kapitel dieser Geschichte hat Max Herm mitgeschrieben. Zu seiner Amtszeit gehören außer der Entstehung von Brandenburg-Nord weiterhin: 3 neue Schulen, ein Feierabendheim, diverse Kindereinrichtungen, einige Wohnviertel in zerstörten Bereichen der Neustadt und der Bau oder Baubeginn von 4 neuen großen Brücken. Auch hier war oft harter Kampf notwendig, waren nicht zuletzt auch harte ernste Auseinandersetzungen mit dem Bezirksbauamt um die für das Wohl der Bürger bestmögliche Lösung nötig.[59]

In dieser Zeit begann die Perspektivplanung für die langfristige Entwicklung der Stadt. Die Bebauungspläne von 1961 und danach waren sicher die ersten Versuche,



Den Kämpfern gegen den Faschismus verpflichtet: Max Herm bei der Gründung des Bezirkskomitees Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, 30. Juli 1974. Foto: MV/Sperling

die schwierigsten Komponenten in ein harmonisches Gefüge zu bringen: das richtige Verhältnis zwischen Historischem und Neuem, zwischen sozialen und kulturellen Erfordernissen und ökonomischen Möglichkeiten.

Ungeachtet der Unsicherheit der ersten Schritte wurden damals Ideen geboren, die in den 70er und 80er Jahren ihre Verwirklichung fanden, wie der Zentrumsring West, oder die für die weitere Entwicklung durchaus noch bemerkenswerte Hinweise geben könnten, wie z. B. für die Straßenführung des Zentrumsringes Ost.[60]

Auch die Planung für das Wohngebiet Görden-Hohenstücken begann in jener Zeit, erstmals auf der 1. außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung am 21. März 1963 vorgetragen.[61]

Für die Entwicklung der Industrie wurden wesentliche Veränderungen eingeleitet, wie z. B. die Rekonstruktion des SWB, die Umlagerung und Umprofilierung des Traktorenwerkes und der Reichsbahnwerke in Kirchmöser. In den Bereichen der Dienstleistungen und des Handels wurden neue Schritte gegangen, so auch im Bildungswesen und in der Kulturpolitik.

1962/63 begann z. B. der Übergang zur Polytechnischen Oberschule.

Seit 1963 werden jährlich die Havelfestspiele begangen, seit 1960 hat Brandenburg seinen in der Bevölkerung begehrten „Kulturspiegel", seit dieser Zeit wirkt die Musikschule, mit der Max Herm einen sehr engen persönlichen Kontakt hatte.

Solche Kontakte waren für ihn auch selbstverständlich mit dem Fontaneklub, wo er regelmäßig in anspruchsvollen thematischen Klubabenden sich dem Forum interessierter Gäste stellte.

In diesen Jahren machte das Brandenburger Theater mit bemerkenswerten Brecht-Inszenierungen DDR-weit auf sich aufmerksam. Mia und Max Herm waren regelmäßig Besucher des Theaters. Die persönliche kulturelle Bildung war ihnen von früher Jugend an Herzensbedürfnis, und so forderte Max Herm auch von anderen Leitern eine entsprechende Haltung.

Ein herzlicher Kontakt verband beide — Max und Mia — mit dem Volkschor, dem Traditionsträger der alten Brandenburger Arbeiterkultur.

Auf der 3. Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1962 kritisierte er zu Recht: „Die aufopferungsvolle Tätigkeit dieser Pioniere unseres volkstümlichen Kunstschaffens findet zu wenig Beachtung."[62]

Am meisten lag ihm aber die Gestaltung einer lebendigen, echten, sozialistischen Demokratie am Herzen.

Immer wieder lenkte er seine Mitarbeiter und Genossen auf die Verwirklichung eines bürgernahen, volksverbundenen Arbeitsstils, so wie er ihn auch aus tiefster Überzeugung vorlebte. Nicht selten verwies er auf Gespräche mit Werktätigen wie z. B. einem Arbeiter, der sagte: „Ich mache mit, wenn es nicht nur darum geht, Sitzungen zu besuchen und zu reden, sondern wenn ich die Möglichkeit habe, mit zu entscheiden."[63]

Er mahnte: „Auf uns schaut man und erwartet, daß wir unsere Aufgaben verantwortungsbewußt lösen im Interesse der Einwohner."[64]

Als er 1965 im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen Bilanz zog, gab er ein Bekenntnis ab, welches den gesamten Entwicklungsweg unseres Landes markierte: „Vergessen wir nie, daß unser antifaschistisch-demokratischer Aufbau so schnell erfolgen konnte, weil wir uns stützen konnten auf die feste, unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion ... Groß sind die Erfolge, die wir ... erreicht haben ... Das wurde nur möglich, weil uns das Erlebnis der eigenen Kraft, die Erfahrung des eigenen Nutzens zu immer neuen Erfolgen führte."[65]

Als Max Herm im Oktober 1965 in den verdienten Ruhestand ging und mit der Ehrenbürgerwürde geehrt wurde, konnte zu Recht erklärt werden: „Sein ganzes Leben ist durch den Kampf für den Sozialismus, für den Frieden und für das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte gekennzeichnet. Dadurch erwarb er sich hohes Vertrauen unter allen Schichten der Bevölkerung unserer Stadt."[66]

Die 17 Jahre danach, die ihm noch blieben, blieb Max Herm weiterhin unermüdlich, gemeinsam mit Mia mit gewohnter Vitalität aufzutreten: vor Kindern und Jugendlichen, Soldaten und Arbeitern, jungen Abgeordneten und in Bürgerversammlungen.

Eine wichtige Seite der Arbeit nach 1965 bestand in der Tätigkeit als Vorsitzender der Revisionskommission des Städte- und Gemeindetages der DDR. Durch häufige Begegnungen mit Kommunalpolitikern — insbesondere auch aus West- und Nordeuropa — trug er dazu bei, daß in der ersten Hälfte der 70er Jahre die Hallstein-Doktrin durchbrochen werden konnte und die DDR weltweit diplomatisch anerkannt wurde.

Nach einer Begegnung mit ihm in Angers 1967 in Frankreich bekannte der Bürgermeister von Dijon: „Mein Herr, wenn alle Deutschen so wären, wie Sie, dann wären uns Hitler und die zwei Weltkriege erspart geblieben!"[67]

Am 7. April 1982 verstarb Max Herm, mit hohen Auszeichnungen geehrt, vor allem mit dem Karl-Marx-Orden.

Er verkörperte ein Stück Geschichte der Brandenburger Arbeiterbewegung, er verkörperte den 70jährigen Reifeprozeß der deutschen Kommunisten, den 40jährigen Weg unserer Republik, immer mit revolutionärer Unzufriedenheit und ungeduldigem Vorwärtsdrängen.

So trug er dazu bei, auch in Brandenburg eine Generation jüngerer Revolutionäre zu erziehen, die bereit und fähig sind, das Erbe weiterzuführen.

Anmerkungen:

1 Pätzold, Günter/Baruth, Hans, Kämpfer seiner Klasse, Brandenburg, o. J.

2 Siehe: Diehl, Ernst/Zimmermann, Fritz, Die Geschichte unserer Partei – ein Kraftquell weiteren Voranschreitens, in: Einheit 7 – 88, Berlin, S. 635 f.

3 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden für das Wohl des Volkes / Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Einheit, ebenda, S. 629

4 Aus der Erinnerung von Margarete Kusior, geb. 1900, Brandenburg, Veteranin

5 Siehe: Zeitz, Alfred, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Brandenburg vor dem ersten Weltkrieg, Potsdam 1965, S. 54

6 Auskunft der Genossin Mia Herm, Brandenburg, Veteranin

7 zit. nach Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 7

8 Erinnerung von Marg. u. Fritz Kusior

9 lt. Anmerkung 4

10 ebenda

11 Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Autorenkollektiv, Berlin 1983, S. 31 ff

12 zit. nach: ebenda S. 34

13 lt. Anmerkung 6

14 Siehe: Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 9; Mitzkat, Franz, Aus den Tagen der Revolution in Brandenburg (Havel), Brandenburg 1919, S. 50 f und Beutel, Heinz/Zeitz, Alfred, Die Novemberrevolution 1918 und die Gründung der Kommunistischen Partei in Brandenburg, Brandenburg 1958, S. 49 f

15 Erinnerung von Margarete Bartsch, Brandenburg, Veteranin

16 zit. nach: Bogedain, Bernhard, Heß, Klaus, Aktionseinheit schlug Reaktion, in: Brandenburger Kulturspiegel Nr. 3–1980, S. 3

17 ebenda, S. 6

18 siehe Anmerkung 3, a. a. O., S. 592

19 Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 13

20 Erinnerung der Genossin Mia Herm

21 Rote BZ, Nr. 8–1929, Stadtarchiv Brandenburg (StA Brdbg.)

22 Bogedain, Max Herm 80 Jahre alt, in: Brandenburger Kulturspiegel 12–1979, S. 2

23 Verwaltungsberichte der Stadt Brandenburg, StA Brdbg.

24 Erinnerung der Genossin Mia Herm

25 Ernst Thälmann in Brandenburg, Prieros und Ziegenhals, Autorenkollektiv, Potsdam 1986, S. 12

26 ebenda

27 Brandenburger Zeitung vom 6. 2. 1932, StA Brdbg.

28 Ebert, Friedrich, Der Sozialismus — die Zukunft Deutschlands, Berlin 1964, S. 300

29 Voßke, Heinz, Friedrich Ebert — ein Lebensbild, Berlin 1987, S. 53 ff

30 siehe: Die Rote BZ, Wahl-Sondernummer November 1932, StA Brdbg.

31 Bogedain/Heß, Der Kampf der Brandenburger Kommunisten gegen die faschistische Diktatur in den Jahren 1933 bis 1945, in: Brandenburger Blätter 2—1979, S. 27, Brandenburg

32 Bergschicker, Heinz, Deutsche Chronik 1933—1945, S. 417 u. 541, Berlin 1985

33 Pätzold/Baruth, a. a. O., S. 25; Heß/Bogedain, Beiträge zum antifaschistischen Widerstandskampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD in der Stadt Brandenburg in den Jahren 1933 bis 1945, Brandenburg, o. J., Teil I, S. 16

34 siehe: 70 Jahre Kampf . . ., a. a. O., S. 604

35 Voßke, Heinz, a. a. O., S. 68; Ebert, Friedrich, a. a. O., S. 222

36 70 Jahre Kampf . . ., a. a. O., S. 605 u. 607

37 Heß/Bogedain, Beiträge . . ., a. a. O., Teil I, S. 47 f

38 zit. nach: ebenda S. 48

39 siehe: Nachlaß der Familie Herm, Nationale Mahn- und Gedenkstätte Brandenburg (und folgende Zitate)

40 Frenzel, Max/Thiele, Wilhelm/Mannbar, Artur, Gesprengte Fesseln, Berlin 1975, S. 139 f

41 Heß/Bogedain, Beiträge . . ., a. a. O., Teil II, S. 25

42 siehe: Anmerkung 22

43 Bezirksparteiarchiv Potsdam der SED (BPA Pdm.), V 402/v/374; weiterhin: Information der Genossin Mia Herm

44 BPA Pdm., ebenda

45 zit. nach: Blobel, Herbert, Ein neues Zeitalter beginnt in Brandenburg!, in: Brandenburger Kulturspiegel Nr. 1—1974, S. 5

46 Der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes, Potsdam 1985, S. 18

47 BPA Pdm., a. a. O.

48 ebenda

49 zit. nach: Pätzold/Baruth, Kämpfer . . ., a. a. O., S. 46

50 Stresow, Friedhelm, Geschichte des Stahl- und Walzwerkes (Diss.)

51 BPA, Pdm., ebenda

52 siehe: Pätzold/Baruth, Kämpfer . . ., a. a. O., S. 46

53 StA Brdbg., 2010/107

54 Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Autorenkollektiv, Berlin 1981, S. 199

55 BPA Pdm., IV/402/907

56 StA Brdbg., 2010/111

57 BPA Pdm., V/402/v/374

58 StA Brdbg., 2010/126

59 siehe: StA Brdbg., 2010/224

60 Der ehrenamtliche Helfer, Nr. 7—1961, Brandenburg, S. 3 ff.

61 StA Brdbg., 2010/214

62 StA Brdbg., 2010/209

63 StA Brdbg., 2010/240

64 StA Brdbg., 2010/209

65 StA Brdbg., 2010/245

66 StA Brdbg., 2010/247

67 Stadt und Gemeinde, Nr. 9—1967, Berlin

Die Deutsche Demokratische Republik - ein Staat des Friedens von Geburt an

Zur Entstehung von Friedenskomitees im Land Brandenburg 1949/50

Von Jürgen Pfeiler

„Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands wurde ein demokratischer deutscher Staat und ein friedliebender deutscher Staat geschaffen. ... der Kampf für einen dauerhaften Frieden ist das oberste Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik."[1] Otto Grotewohl, der dies als Vorsitzender der SED auf dem III. Parteitag der SED am 21. Juli 1950 feststellte, hatte als Ministerpräsident an der Wiege des neuen Staates mit seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 den neu einzuschlagenden Weg programmatisch als „den Weg des Friedens und der Demokratie" charakterisiert.[2]

Zwischen beiden Feststellungen, die wir sinngemäß in der Rede Erich Honeckers auf der Festveranstaltung anläßlich des 70. Jahrestages der Gründung der KPD wiederfinden[3], lagen die ersten zehn Monate des jungen Staates. In seinem ersten Lebensjahr lassen sich viele Beweise dafür, daß die erklärte Absicht — jenes „oberste Gesetz" — auch in politische Praxis umgesetzt wurde, finden.

Dazu gehört auch das Entstehen einer Bewegung, die sich, mit und neben der Volkskongreßbewegung und der Nationalen Front entwickelnd, auf den Friedensgedanken konzentrierte.

Das soll hier am Land Brandenburg unter besonderer Berücksichtigung des Bezirkes Potsdam nachgewiesen werden.[4]

Auftaktbeispiel: Waldemarstraße 7 in Potsdam

Auf der Titelseite des Organs der SED „Märkische Volksstimme" vom 24. April 1950 erschien eine Mitteilung über das Haus Waldemarstraße 7 in Potsdam mit folgendem Text: „Folgt dem Beispiel — unterstützt wie diese Hausgemeinschaft die kommende Unterschriftensammlung!"[5]

Worum ging es?

Eine Kurzantwort finden wir auf der gleichen Seite, auf der auch der „Aufruf des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden — An alle, die guten Willens sind" abgedruckt war, in den folgenden Worten von Ministerpräsident Otto Grotewohl: „Es kommt jetzt darauf an, dieses Beispiel auf ganz Deutschland zu übertragen. Jedes Haus, jedes Dorf und jede Stadt muß zu einer ‚Waldemarstraße 7' werden. Ich begrüße ... die Initiative der Bewohner dieses Hauses, geschlossen durch ihre Unterschrift unter dem Aufruf des Komitees der Friedenskämpfer ihre Bereitschaft für den weltumspannenden Friedenskampf zu dokumentieren."

In welchem historischen Umfeld wurde dieses Potsdamer Beispiel geboren, und was wurde daraus?

Weltfriedensbewegung inspiriert nationale Friedensbewegung

Seit 1945 lebt die Menschheit mit der Freude über die Beendigung des zweiten großen Völkermordens in diesem Jahrhundert, aber auch mit der Angst vor einer Wiederholung dessen, was die USA Hiroshima und Nagasaki widerfahren ließen. Aus dem Widerspruch zwischen der tiefen Friedenssehnsucht der Völker und der vom Imperialismus ausgehenden Gefahr eines dritten Weltkrieges entstand 1948/49 eine weltweite Bewegung unterschiedlichster Kräfte für den Frieden.

Die USA und ihre Verbündeten waren von den Zielen der Antihitlerkoalition abgerückt, entfachten ab 1947 den kalten Krieg gegen jeglichen gesellschaftlichen Fortschritt, spalteten Deutschland und verzögerten den Abschluß eines Friedensvertrages mit ihm. Sie gründeten im April 1949 die NATO.

Die USA wollten unter Ausnutzung ihres Atomwaffenmonopols das weitere Erstarken des sozialistischen Lagers bremsen und es letztlich wieder aus der Welt schaffen. Daß imperialistische Politik dabei auch einen dritten Weltkrieg und den Einsatz von Atomwaffen ins Kalkül zog, beweisen Kriegsplanungen[7] des Pentagon wie „Offtackle" und „Dropshot" sowie das militärische Eingreifen der USA in Korea ab Sommer 1950.[8]

Dagegen verhinderte die UdSSR mit ihren Verbündeten durch vielfältige politische und diplomatische Aktivitäten sowie mit der Beseitigung des amerikanischen Atomwaffenmonopols im Jahre 1949 eine militärische Auseinandersetzung bei Einsatz von Massenvernichtungsmitteln.

Die Friedensbemühungen auf staatlicher Ebene wurden von solchen auf der gesellschaftlichen ergänzt. Sie waren hauptsächlich gegen die Atomkriegsgefahr gerichtet. Die 1949 entstandene Leitung der Weltfriedensbewegung nahm Einfluß auf die Formierung der Friedenskräfte im nationalen Rahmen. Hierfür war der Boden besonders in den sozialistischen Staaten günstig, auch in kapitalistischen Ländern mit starkem Einfluß linker Kräfte. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des I. Weltfriedenskongresses vom April 1949 entstand auf dem Gebiet der späteren DDR am 10. Mai 1949 mit dem Deutschen Komitee der Kämpfer für den Frieden das erste zentrale Leitungsgremium einer deutschen Friedensbewegung nach 1945.[9]

Im Frühjahr 1949 finden wir auch Ansätze für eine organisierte Friedensbewegung im Land Brandenburg.

Als Reaktion auf den Aufruf des Internationalen Verbindungsbüros der Intellektuellen vom 25. Februar 1949 zur Vorbereitung des 1. Weltfriedenskongresses[10] kann ein Aufruf „Bekennt euch zum Frieden!"[11] gewertet werden, der am 28. März 1949 in der „Märkischen Volksstimme" erschien. Er war von dem Landesvorsitzenden des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, dem Maler Otto Nagel, an erster Stelle unterzeichnet.[12]

Der Aufruf ist aus einer Zusammenkunft von Vertretern der Parteien und Massenorganisationen am 26. März 1949 in Potsdam hervorgegangen. Dort hatte sich ein Initiativkomitee zur Vorbereitung des 1. Weltfriedenskongresses unter Vorsitz des Schriftstellers Hans Marchwitza für das Land Brandenburg konstituiert. Auf der ersten Arbeitssitzung des Komitees am 30. März 1949 rief Marchwitza dazu auf, in den Kreisen Ausschüsse zu bilden.[13] Sie sollten Kundgebungen zur Propagierung des Weltfriedenskongresses organisieren. Solche lassen sich u. a. in Potsdam, Teltow, Luckenwalde und Perleberg nachweisen.[14] In Brandenburg (Havel) versammelten

Männer, Frauen und Jugendliche des Landes Brandenburg!

Bekennt Euch zum Frieden!

Schon wieder sind Mächte am Werk, die die Welt in einen neuen Krieg stürzen wollen. Mit allen Mitteln der modernen Propaganda versucht man, eine Kriegspsychose zu entfesseln, die brutalsten Instinkte bei den Menschen wachzurufen. **Erneut sollen Millionen Männer, Jünglinge, Frauen, Kinder geopfert und Städte und Dörfer der Vernichtung preisgegeben werden.**

Wir sind dabei, in unserem Land mit einer ungeheuren Anstrengung, unter großen Opfern und Entbehrungen die Zerstörungen des letzten Krieges zu beseitigen, Wunden zu heilen, aus Trümmern neue Städte und Industrien erstehen zu lassen, damit unser Volk wieder in einer Welt des Friedens ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Unsere ganze Arbeit wäre sinnlos, wenn es den Kriegstreibern gelänge, ihr Vorhaben zu verwirklichen. **Deutschland würde restlos der Vernichtung anheimfallen und die Welt in ein neues, noch schrecklicheres Chaos gestürzt werden. Die wenigen uns verbliebenen Kulturgüter würden endgültig verloren sein.** Es darf dazu nicht kommen und es wird dazu nicht kommen, weil wir den Absichten der Kriegshetzer unseren eisernen Friedenswillen entgegensetzen.

In vielen Ländern haben die Völker den Kriegstreibern endgültig das Handwerk gelegt. In den anderen Ländern verbreitert sich ständig die Front der Menschen, die die Gefahr erkennen und die bereit sind, ihr entgegenzutreten. **Wir Friedensfreunde in aller Welt müssen jetzt die Initiative an uns reißen, müssen durch unseren täglichen Einsatz, durch unsere entschlossene Haltung beweisen, daß es uns ernst ist in unserem Kampf um die Erhaltung des Friedens.** Die Kriegstreiber müssen erkennen, daß sie ein gewagtes Spiel spielen, in dem sie nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren haben.

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands nimmt den Ruf auf, den der Internationale Verbindungsausschuß von seiner Pariser Tagung aus zur Einberufung eines Weltfriedenskongresses ergehen ließ. Wenn am 20. April dieses Jahres die Vertreter der Kämpfer für den Frieden auch aus Brandenburg nach Paris zur Weltfriedenskonferenz fahren, dann müssen sie das Gefühl haben, daß hinter ihnen der Friedenswille der gesamten Bevölkerung ihres Landes steht.

Es lebe der Kampf um den Frieden! Vernichtung allen Kriegstreibern!

KULTURBUND ZUR DEMOKRATISCHEN ERNEUERUNG DEUTSCHLANDS
gez. Prof. OTTO NAGEL, Landesleiter

Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Landesleitung, vom 28. März 1949, dem sich die Repräsentanten der Parteien und Massenorganisationen des Landes Brandenburg anschlossen. Bezirksleitung der SED Potsdam, Bezirksparteiarchiv, V/685.

sich am 19. April 1949 rd. 10 000 Bürger, zu denen Richard Meschkat, Landessekretär des Volksausschusses für Einheit und gerechten Frieden, sprach.[15]

Ein Teil der Bevölkerung wurde so mit dem Gedanken einer Weltfriedensbewegung vertraut gemacht und in ihren Entstehungsprozeß einbezogen, stets in engem Zusammenhang mit den Aufgaben, die aus nationaler Sicht standen.

Die SED förderte und führte diesen Prozeß der Entwicklung einer nationalen Friedensbewegung in enger Zusammenarbeit mit ihren Bündnispartnern in den anderen Blockparteien und in den Massenorganisationen, vor allem mit Hilfe des Kulturbundes, der VVN, der FDJ und des DFD. Sie gab die grundlegenden Orientierungen. Dazu gehört der Appell „Verteidigt den Frieden", mit dem die erweiterte Landesvorstandstagung der SED am 2./3. April 1949 (einen Tag vor NATO-Gründung!) zum Kampf gegen die „imperialistischen Kräfte, die als Inspiratoren und Förderer des Atlantikpaktes den Frieden in höchste Gefahr bringen" aufrief.[16] Zugleich wurde auf die Friedenskräfte in allen Ländern, insbesondere in der Sowjetunion als „feste Bastion des Weltfriedens" und den Volksdemokratien, orientiert.

Nach der Propagierung des ersten Weltfriedenskongresses im April und den Wahlen zum 3. Volkskongreß im Mai 1949 stellen die Aktivitäten am 1. September und 2. Oktober 1949 weitere Schritte auf dem Wege zu einer Friedensbewegung in der DDR dar.

Aus Anlaß des 10. Jahrestages des Weltkriegsbeginns nahmen im Land Brandenburg am „Tag des Friedens" — seitdem jährliche Tradition für DDR-Bürger — fast eine Million Einwohner, d. h. jeder Dritte, an Kundgebungen teil.[17] Diese Aktion war noch von der auslaufenden Volkskongreßbewegung organisiert worden.

Bei den Friedensbekundungen am 2. Oktober, den das Ständige Komitee des Weltfriedenskongresses zum internationalen „Friedenskampftag" erklärt hatte,[18] zeigte sich etwas Neues. Hier traten das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden stärker und erstmals ein Komitee auf Landesebene in Erscheinung.

Entsprechend einem Aufruf des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden zur Durchführung des internationalen Friedenstages,[19] konstituierte sich am 20. September in Potsdam auf Initiative des Kulturbundes ein „Landes-Friedenskomitee des 2. Oktober"[20], das erste seiner Art in der sowjetischen Besatzungszone. Mit diesem Gremium unter Leitung von Otto Nagel war objektiv der Vorläufer des späteren Landesfriedenskomitees geschaffen worden. Das Komitee gab für die Gestaltung des 2. Oktober inhaltliche und organisatorische Hinweise[21], nachdem das Sekretariat des Landesvorstandes der SED sich mit dieser Thematik befaßt hatte.[22] Am 2. Oktober fanden dann in vielen Orten und Betrieben Versammlungen, Feierstunden, Erntefeste, Fackelzüge der FDJ und Großkundgebungen statt.[23] Ob die vom Landeskomitee geforderte Bildung von örtlichen Komitees für diesen Anlaß erfolgte, ging aus den gesichteten Quellen nicht hervor. Offensichtlich war die Zeit dafür zu kurz, die politische Führung schon stark auf die bevorstehende Staatsgründung konzentriert. Nach dem 2. Oktober kam es offenbar vorerst zu keinem weiteren organisatorischen Ausbau der Anfänge einer nationalen Friedensbewegung[24], da ab 4. Oktober 1949 in der massenpolitischen Arbeit dann die Herausbildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Vordergrund stand bis zum Frühjahr 1950.[25] Die hier skizzierten gesellschaftlichen Aktivitäten zugunsten der Friedenssicherung zwischen Frühjahr und Herbst 1949 sollten deshalb als Vorgeschichte — vielleicht als Zeugung, jedoch noch nicht als Geburtsstunde — der DDR-Friedensbewegung angesehen werden. Auch für diesen Entwicklungsstrang gilt die DDR-Gründung als entscheidende Zäsur und als Bindeglied zum Vorangegangenen.

Land Brandenburg unterstützt Stockholmer Appell

Der Ständige Ausschuß des Weltfriedenskongresses hatte auf seiner 3. Tagung in Stockholm vom 15. bis 19. März 1950 einen Aufruf verabschiedet, der als Stockholmer Appell in die Geschichte einging. Er forderte das Verbot der Atomwaffe, die Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Einhaltung des Verbots und die Verurteilung eines eventuellen Erstanwenders als Kriegsverbrecher. Der Aufruf erwartete von allen, „die in der ganzen Welt guten Willens sind", ein Bekenntnis durch Unterschrift zu diesen Forderungen.[26]
Daraus entwickelten demokratische Kräfte in sozialistischen und kapitalistischen Staaten die erste große Protestbewegung gegen die Atomwaffe.
SED, die anderen Parteien und Massenorganisationen sowie der Staatsapparat reagierten positiv auf den Stockholmer Appell und bereiteten ab April 1950 die Unterschriftenkampagne vor. Das erfolgte zusätzlich und in engem Zusammenhang mit anderen politischen Großaktionen, wie dem Ausbau der Nationalen Front, der Vorbereitung des III. Parteitages der SED, des Deutschlandtreffens der Jugend und der Volkskammerwahlen.
Das Sekretariat des SED-Landesvorstandes beschloß am 24. April 1950 einen Maßnahmeplan.[27] Er enthielt Aufgaben für das Landesfriedenskomitee, den Landtag und die SED-Kreissekretariate zur Propagierung der Unterschriftensammlung, zur Gründung von Kreis- und Ortsfriedenskomitees sowie zur Organisation der Aktion, die alle Haushalte erfassen sollte. Die Bereitstellung der Unterschriftenlisten erfolgte durch das Ministerium des Innern über die Landräte und Bürgermeister.
Nachdem am 21. April vom Deutschen Komitee der Kämpfer für den Frieden der Aufruf zur Unterschriftensammlung ergangen war, tagte am 25. April das Landeskomitee in Potsdam.[28] Sein Aufruf „Zerschlagt die Pläne der Kriegstreiber" erschien einen Tag später, von O. Nagel und weiteren sieben Persönlichkeiten unterzeichnet.[29] Er begründete die Unterschriftensammlung mit der Atomkriegsgefahr, orientierte auf die Vereinigung aller Friedwilligen und die Aufklärung über die Ursachen der internationalen Spannungen. Die Einsammlung der Unterschriften sollte ab 1. Mai durch Ortsfriedenskomitees erfolgen. Damit wurde angesichts des Bestehens von Ausschüssen der Nationalen Front auf jenen Dualismus orientiert, der Zeitgenossen nicht gleich verständlich[30] und kadermäßig nicht leicht verkraftbar war.[31]
Der Aufruf verwies auf die Zusammenarbeit mit der Nationalen Front, den Parteien und Massenorganisationen, mit „Persönlichkeiten aus dem Geistesleben und der Kirche", auf die „Bildung einer millionenstarken, selbständigen deutschen Friedensbewegung ... zur Stärkung der machtvollen und unbezwinglichen Weltfriedensfront."
Um selber diesen Ansprüchen Rechnung zu tragen, mußte das Landesfriedenskomitee, auf dessen Zusammensetzung vom 2. Oktober 1949 offenbar zurückgegriffen worden ist, verstärkt werden. Diese personelle und politische Erweiterung erfolgte im Mai.[32]
Einen Tag vor Beginn der Unterschriftensammlung propagierte die „Märkische Volksstimme"[33] noch einmal das Beispiel Waldemarstraße 7. Die 12 Familien in diesem Potsdamer Haus hatten danach den Stockholmer Appell schon sofort nach Erhalt der Unterschriftenlisten unterschrieben. Zitierte Äußerungen einiger ihrer Mitglieder lassen den unbedingten Willen zum Frieden erkennen. Erste Berichte[34] vom Beginn der Aktion im Land Brandenburg machen deutlich, wie diesem Beispiel gefolgt wurde.
In vielen Orten trug sich die Mehrzahl der Einwohner gleich am ersten Tage ein, manche meldeten einen hundertprozentigen Erfolg, wie z. B. Sacrow und Neufahrland bei Potsdam.

In manchen Orten gab es auch Verzögerungen als Zeichen von politischen und organisatorischen Unklarheiten bei den führenden Kräften.[35] Die Bildung der Friedenskomitees auf Kreis- und Ortsebene erfolgte Anfang Mai[36] in breitem Maße. Aber nicht überall geschah das im erforderlichen Tempo[37] und in der breiten Zusammensetzung infolge Unterschätzung ihrer Bedeutung.

Die Komitees konstituierten sich auf Initiative der politischen Führung im Kreis bzw. Ort. Sie setzten sich aus angesehenen Bürgern, anfangs vorwiegend Intellektuelle und politisch Organisierte, zusammen.[38] Sie halfen, durch verschiedene Formen des politischen Auftretens, die Bürger für das Bekenntnis zum Stockholmer Appell zu motivieren und zu mobilisieren.[39] Mit ihrer Hilfe gelang es, bis 6. Mai 1950 von über die Hälfte der über 2,6 Millionen Landeseinwohner (Eltern unterschrieben für ihre Kinder mit!) die Unterschrift zu erfassen.[40] Auch die Bildung der Kreiskomitees — mit Ausnahme des Stadtkreises Brandenburg (Havel) — erfolgte in diesem relativ kurzen Zeitraum. Jedoch bestanden bis 17. Mai erst in 940 Orten (von den 1849 in 18 Landkreisen) Friedenskomitees, was gut 50 Prozent entsprach.[41] So ging der Prozeß der Komiteebildung langsamer voran als die Erfassung der Unterschriften von jedem Bürger. Neben organisatorischen Schwächen zeigten sich auch in der ersten Woche schon Störversuche reaktionärer Kräfte.[42] Dennoch hatte bis 1. Juni 1950 mit 85,9 Prozent die große Mehrzahl der Bürger der Mark den Appell aus Stockholm unterschrieben.[43] Bis August wurde dann noch in zäher Auseinandersetzung mit Unklarheiten und feindlichen Auffassungen um die Unterschrift jedes Bürgers gerungen.

Die Unterschriftensammlung ist in der DDR zu einem großen Erfolg im Sinne der Weltfriedensbewegung und der eigenen Politik geführt worden. Dazu trug auch die Einbeziehung breitester Kräfte über alle politischen und weltanschaulichen Grenzen hinweg bei.

Die Bildung von Friedenskomitees auf allen Ebenen, zunehmend auch in den Betrieben[44], war ein Faktor der Entwicklung von Friedens- und Staatsbewußtsein. Die Komitees wurden zu Elementen einer sich herausbildenden organisierten Friedensbewegung in der DDR.

Die 1. Tagung des Landesfriedenskomitees im Juli 1950

Die Friedensbewegung erhielt durch den III. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24. Juli 1950 in Berlin tagte, kräftige Impulse. Wie bei den vorangegangenen Kreisdelegiertenkonferenzen[45] und der Landesdelegiertenkonferenz[46] geschehen, stellte seine Entschließung den Kampf um den Frieden an die Spitze aller Aufgaben. Sie verpflichtete die Parteimitglieder, „mit allen Kräften die Bildung der Friedenskomitees in allen Ländern, Kreisen, Orten und Betrieben auf breitester Grundlage zu unterstützen."[47]

Das Sekretariat des SED-Landesvorstandes hatte sich am 13. Juli 1950 mit dem Stand der Friedensbewegung und ihrer Weiterentwicklung befaßt.[48] Es wurde auch die Neukonstituierung des Landesfriedenskomitees vorgesehen. Dies fand am 26. Juli 1950 im Plenarsaal des Brandenburgischen Landtages in Potsdam statt.[49]

Die 1. Tagung des Landesfriedenskomitees[50] eröffnete O. Nagel, womit die Kontinuitätslinie zu dem im September 1949 gegründeten Komitee sichtbar wird. Die Bedeutung dieser Tagung, die einen neuen Schritt auf dem Wege zu einer eigenständigen Friedensbewegung im Lande darstellte, wurde durch die Anwesenheit von Ministerpräsident Rudi Jahn und weiteren drei Ministern der Landesregierung sowie von Delegationen der Jugend und aus Betrieben unterstrichen. Das Referat



Präsidium der 1. Landesfriedenskonferenz in Potsdam am 21. Oktober 1950 im Saal des heutigen Konsument-Kaufhauses Klement-Gottwald-Straße. Obere Reihe (von rechts): Heinz Willmann, Hans Gallinat (stehend), Prof. Dr. Arthur Scheunert, Landtagspräsident Otto Meier. Original im Besitz von H. Gallinat

hielt Heinz Willmann, Generalsekretär des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden. In der Aussprache ging es vor allem um die Verbesserung der Aufklärungsarbeit über die Krieg-Frieden-Problematik, die sich durch den Koreakrieg verschärft hatte.[51] Das Landesfriedenskomitee wählte mit Prof. Dr. Arthur Scheunert, Leiter des Ernährungswissenschaftlichen Institutes in Rehbrücke, und Prof. Dr. Arno Müller, Prorektor der Landeshochschule, seinen 1. und 2. Vorsitzenden sowie einen fünfköpfigen engeren Arbeitsausschuß.[52] Neu war auch die Wahl eines hauptamtlichen Sekretärs des Landeskomitees. Diese Funktion füllte in Fortsetzung des kommissarisch eingesetzten Paul Schoedon der damalige Student Hans Gallinat aus.[53]

Als Arbeitsgrundlage wurde einstimmig und ohne Abänderungen ein „Perspektivplan für die Arbeit der Friedensbewegung im Land Brandenburg" angenommen. Er enthielt Maßnahmen zur organisatorischen Vervollkommnung der Friedensbewegung, zur ideologischen Arbeit und zum Abschluß der Unterschriftenkampagne bis zum 15. August in den Orten. Zu den Einzelmaßnahmen gehörten in diesem Plan u. a. die Bildung fehlender Ortskomitees und Gründung von Betriebsfriedenskomitees mit Hilfe des FDGB; die Überprüfung der sozialen Zusammensetzung der Kreisfriedenskomitees, in denen Arbeiter und Bauern zu gering vertreten waren, sowie die Einsetzung hauptamtlicher Sekretäre für die Kreiskomitees.

Mit einem Aufruf wandte sich die 1. Tagung des Landesfriedenskomitees an die Bürger des Landes, sich der Friedensbewegung anzuschließen. Die Schärfe der damaligen Frage wird aus der Alternative des Aufrufes deutlich: „Für oder gegen den

Krieg, diese Gewissensfrage ist an jeden von uns zu stellen. Wer sich ihr entziehen will, wer dem Friedensappell von Stockholm nicht zustimmt, entscheidet sich für den Krieg und ist ein Feind des Friedens!"
Diese 1. Tagung des Landesfriedenskomitees leitete den Abschluß der Unterschriftenkampagne ein und beschleunigte die Formierung der Landesfriedensbewegung.

Die 1. Landeskonferenz der Kämpfer für den Frieden im Oktober 1950

In Vorbereitung auf den Ersten Deutschen Friedenskongreß und den 2. Weltfriedenskongreß in Warschau fanden in der DDR Länderkonferenzen der Friedenskräfte statt. Zuvor traten in der Zeit vom 30. September bis 12. Oktober 1950 in 19 Kreisen des Landes Brandenburg die Friedenskämpfer zu ihren Konferenzen zusammen, um die Delegierten für die Landeskonferenz zu wählen und neue Aufgaben festzulegen, die u. a. eng mit der Vorbereitung der Volkskammerwahlen am 15. Oktober verbunden waren.[54]
An der 1. Landesfriedenskonferenz, die am 21. Oktober 1950 in Potsdam (im heutigen Konsument-Warenhaus in der Klement-Gottwald-Straße) tagte, nahmen von den 580 ordentlichen Delegierten der Kreise 560 teil. Unter ihnen war die Arbeiterklasse mit 187 Vertretern repräsentiert, 44 Delegierte waren Bauern, 63 Intellektuelle, 218 Angestellte und 48 Hausfrauen.[55]
Die gewollte Breite der Friedensbewegung zeigte sich auch im Präsidium. Da saßen neben den Repräsentanten von Partei- und Staatsführung, den Vertretern der Friedensbewegung der zentralen und Landesebene auch der Vorsitzende eines Betriebsfriedenskomitees, ein Kirchenratsmitglied, der Dichter Kuba und Vertreter der Massenorganisationen, unter ihnen drei Babelsberger FDJ-Mitglieder, die wegen ihres Einsatzes für den Stockholmer Appell in den Westsektoren von der dortigen Polizei eingesperrt worden waren.
Das Referat von Heinz Willmann ging auf grundsätzliche Fragen der Friedensarbeit ein wie die Unterstützung der Friedenskräfte in der BRD in ihrem Kampf gegen die Remilitarisierung, die Klärung des Verhältnisses zur Nationalen Front, die geduldige Arbeit mit den Pfarrern und die Gewinung weiterer Anhänger für die Friedensbewegung. In der Diskussion kamen von 40 gemeldeten Rednern 23 zu Wort, die neben manchen Allgemeinplätzen vor allem Erfahrungen, Argumente und kritische Bilanzen der Friedensarbeit vermittelten, was eindrucksvoll insbesondere Pfarrer Wagner (Kreis Zauch-Belzig) tat. Die Bilanz der Landesfriedensbewegung trug sehr selbstkritisch der 1. Sekretär, H. Gallinat, vor. Dazu gehörten die Unterzeichnung des Stockholmer Appells durch 96,3 Prozent aller Bürger des Landes, die Arbeitsfähigkeit aller Kreisfriedenskomitees, die ab September über je einen hauptamtlichen Sekretär verfügten, das Bestehen von Komitees in den meisten Orten (mit Ausnahme von etwas über 100) und die Gründung von 3354 Betriebsfriedenskomitees.
Zu den Ergebnissen der Landeskonferenz gehörte eine selbstkritische, nach vorn orientierende Entschließung, die ein Bekenntnis zur Weltfriedensbewegung mit der Sowjetunion an der Spitze enthielt. Das Landeskomitee wurde auf 77 Mitglieder erweitert, und 150 Delegierte wurden für den zentralen Friedenskongreß in Berlin am 4. und 5. November gewählt.
Mit dieser 1. Landesfriedenskonferenz kann man das Ende des im April 1950 einsetzenden Entstehungsprozesses der Landesfriedensbewegung als Teil der DDR-Friedensbewegung ansetzen. Das war ein von den Interessen der Arbeiterklasse und

aller friedwilligen Kräfte bestimmter, von der Partei der Arbeiterklasse zusammen mit den in der Nationalen Front vereinten demokratischen Kräften geführter Prozeß, zugleich Ausdruck breitester Bündnispolitik. Die Landesfriedensbewegung befand sich dabei in völliger Übereinstimmung mit ihrem Staat und der Weltfriedensbewegung. Sie trug mit den gesammelten über 2,4 Mill. Unterschriften zum DDR-Ergebnis[56] von rd. 18 Mill. bei, die in das Weltergebnis von rd. 500 Millionen Bekenntnissen gegen die Atomwaffe eingingen.

Die hier angerissene Thematik verdient weitere Untersuchungen auf allen Ebenen, in allen Bereichen, wobei in einige Zusammenhänge tiefer einzudringen wäre (ideologische Wirkungen, Auswirkungen auf die Festigung des jungen Staates u. a. m.). Entstehung und Entwicklung der DDR-Friedensbewegung nachzuzeichnen kann dazu beitragen, den allgemeinen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Frieden konkret-historisch nachzuweisen.

Anmerkungen:

1 Protokoll des III. Parteitages der SED. 20. bis 24. 7. 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin. 1.–3. Verhandlungstag. Berlin 1950, S. 220, Hervorhebungen nach Original

2 O. Grotewohl, Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Bd. I. Auswahl aus den Jahren 1945–1949. Berlin 1959, S. 487. Hervorhebungen vom Verf.

3 Neues Deutschland (B) v . . . 1989

4 Der Artikel versteht sich als Beitrag zu einer noch ausstehenden historischen Darstellung über die DDR-Friedensbewegung und möchte lokale und betriebsgeschichtliche Forschungen auf diese Thematik aufmerksam machen. Die Anfänge der Friedensbewegung auf zentraler Ebene sind bisher am ausführlichsten behandelt bei G. Schmidt, Der Kulturbund zu Frieden und Demokratie 1948/49. Teil 1 u. 2. Berlin 19

5 Märkische Volksstimme (fortan: MV mit Kreisangabe). Organ der SED, Heimatzeitung für Frankfurt (Oder)/Lebus v. 24. 4. 1950, S. 1

6 Vgl. H. Willmann/F. Köhler, Die Weltfriedensbewegung – ein gewichtiger Faktor in der Weltpolitik. In: ZfG 1964, H. 2, S. 193 ff.

7 Vgl. Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1985, H. 2, S. 279 f. NATO. Chronik, Fakten, Dokumente. Zur aggressiven Militärpolitik des Nordatlantikpaktes 1949–1982. Berlin 1983, S. 21 ff.

8 Vgl. O. Groehler, Der Koreakrieg 1950 bis 1953. Das Scheitern der amerikanischen Aggression gegen die KDVR. Berlin 1980

9 Vgl. G. Schmidt a. a. O., S. 30 ff.

10 Dieser Aufruf war auch von zwei Bewohnern des Landes Brandenburg, B. Kellermann und O. Nuschke, unterzeichnet. Nuschke, Vorsitzender der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und Abgeordneter des brandenburgischen Landtages, war dann auch Teilnehmer am Weltfriedenskongreß in Paris, wo er eine Rede hielt.

11 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 28. 3. 1949, S. 1

12 Weitere Unterzeichner waren u. a. Ministerpräsident Steinhoff, die Landesvorsitzenden von SED, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, VVN, FDJ, LDP, VdgB und DFD, W. Sägebrecht, B. Kellermann, W. Mickin, H. Brasch, I. v. Kroeber, R. Neddermeyer und F. Radel.

13 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 31. 3. 1949, S. 2

14 PBM-Nachrichten. Hrsg. Landesregierung Brandenburg. Nr. 227 v. 27. 4. 1949

15 MV (Frankfurt/O) v. 20. 4. 1949, S. 1

16 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 4. 4. 1949, S. 1

17 MV (Frankfurt/O) v. 22. 9. 1949, S. 3

18 Tägliche Rundschau. Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. Berlin, v. 1. 9. 1949, S. 1

19 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 19. 9. 1949, S. 1

20 Ebd. v. 21. 9. 1949 u. PBM-Nachrichten Nr. 248 v. 28. 9. 1949, S. 3 f., ND v. 21

21 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 26. 9. 1949, S. 2

22 So in der 52. Sitzung am 22. 9.; am Tage zuvor waren die 1. Kreissekretäre dafür angeleitet worden. BPA SED Potsdam, L IV/2/3/30, Bl. 143

23 In Potsdam sprach im Nikolaisaal O. Nagel; in Frankfurt/O hörten 30 000 Bürger u. 375 Gäste aus Polen H. Warnke, Vorsitzender des FDGB; S. Lange, Vorsitzender der Zentralen Kontrollkommission, trat in Brandenburg auf. Im Kr. Teltow fanden am 2. 10. 1949 insgesamt 109 Versammlungen mit 23 400 Teilnehmern statt.

24 Für das Landeskomitee ließen sich bis Frühjahr bisher keine weiteren Aktivitäten nachweisen. Das zentrale Komitee trat am 6. 12. 1949 mit einem Weihnachtsaufruf an die Öffentlichkeit.

25 Vgl. Die Nationale Front der DDR. Geschichtlicher Überblick. Berlin 1984, S. 34 ff.
26 Die Weltfriedensbewegung, Dokumente und Beschlüsse. Hrsg. vom Deutschen Friedenskomitee, Berlin 1952 (2. Aufl.), S. 20
27 BPA SED Potsdam, L IV/2/3/33, Bl. 266 f.
28 Es muß sich hier um die Fortsetzung der Arbeit des Komitees vom 3. Okt. 1949 gehandelt haben, um keine Neugründung. Solche werden für die anderen Länder in der Presse vermeldet Thüringen u. Sachsen-Anhalt am 25. 4. 1950; Sachsen u. Mecklenburg am 26. 4. 1950; Groß-Berlin am 4. 5. 1950
29 MV (Frankfurt/O/Lebus) v. 26. 4. 1950, S. 1. Die weiteren Unterzeichner waren: Pfarrer Lic. Kehnscherper (Bad Freienwalde), Prof. Dr. Scheunert (Rehbrücke), Aktivist Striemann (Cottbus) u. aus Potsdam H. Marchwitza, Geheimrat Prof. Dr. Justi, B. Kellermann, Prof. Dr. A. Müller
30 Zur eigenständigen Rolle der Friedensbewegung im Vergleich zur Nationalen Front äußerte sich K. Seibt auf der Landesparteiarbeiterkonferenz. Vgl. MV (ebd.) v. 7./8. 5. 1950, S. 5; dazu argumentiert auch H. Gallinat, Sekretär des Landesfriedenskomitees, in einem Schreiben v. 11. 9. 1950 an den Landessender Potsdam. Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 215, Bl. 245 f.
31 Das betraf vor allem kleinere Orte, wo die geeigneten Persönlichkeiten schon im Ortsausschuß der Nationalen Front mitarbeiteten. Manche Ortsausschüsse nahmen zugleich die Funktion des Friedenskomitees wahr.
32 Das lassen zumindest Listen v. 4. und 18. 5. 1950 des Sekretariats des SED-Landesvorstandes vermuten. Damit wurde die Anzahl der Mitglieder u. die Parteizugehörigkeiten erhöht, so daß nach der Liste v. 18. 5. dem Landeskomitee 66 Mitglieder angehörten, davon: 29 SED, 6 LDP, 6 CDU, 4 NDP, 3 DBD, 18 Parteilose.
33 MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 30. 4./1. 5. 1950, S. 2
34 Vgl. MV v. 3. 5. 50 u. ff. Tage
35 Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 216. In einer Einschätzung der Kampagne v. 20. 5. 1950 wird u. a. davon gesprochen, daß in der ersten Woche „ein wirres Durcheinander" geherrscht habe.
36 Eine erste Komiteebildung ist schon Ende April aus Dahmsdorf, Kr. Beeskow-Storkow gemeldet worden, die aber Ausnahme blieb. Vgl. MV (Frankfurt/O/Lebus) v. 27. 4. 1950, S. 1
37 Während im Kr. Lübben alle Orte ein Komitee hatten, bestand im Kr. Luckenwalde noch keines. Vgl. MV (Teltow/Beeskow-Storkow) v. 6. 5. 1950, S.
38 Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 216, Bl. 38 ff.
39 Vgl. ebd. Nr. 215, Bl. 103 den Aufruf des Stadtkomitees Eberswalde
40 Ebd., Bl. 40
41 Ebd. Nr. 216, Bl. 12
42 Ebd. Nr. 215, Bl. 2 ff. u. Nr. 216, Bl. 16 ff. So gab es im Kr. Zauch-Belzig allein 717 Unterschriftsverweigerungen, vor allem von Mitgliedern der Sekte „Zeugen Jehovas". Aber auch unter dem Einfluß von Bischof Dibelius stehende Pfarrer u. Gemeindemitglieder wichen der Entscheidung für den Stockholmer Appell aus.
43 Ebd., Nr. 216, Bl. 8
44 So entstand am 30. 7. 1950 ein solches Komitee mit 25 Mitgliedern im Potsdamer Karl-Marx-Werk. Vgl. Beiträge zur Geschichte des VEB Maschinenbaus „Karl Marx" Potsdam-Babelsberg. Verfasser: Hans Gallinat. H. 3. Potsdam 1987, S. 2
Das betriebliche Friedenskomitee im RAW Potsdam wurde am 1. August 1950 gegründet und bestand anfangs aus 36 Werkstätteneisenbahnerinnen und -eisenbahnern. Vgl. Akte 0013, Betriebsarchiv RAW „Erwin Kramer" Potsdam
45 Vgl. IML, ZPA IV/2/5/1105
46 BPA SED Potsdam, L IV/1/8. W. Sägebrecht betonte im Bericht des Landesvorstandes, daß die Friedensbewegung keine „vorübergehende Kampagne", sondern eine ständige Aufgabe für die Partei sei.
47 Dokumente der SED. Bd. III. Berlin 1952, S. 86
48 BPA SED Potsdam, L IV/2/3/35, Bl. 11 ff.
49 Vgl. MV (Teltow/Fürstenwalde) v. 27. 7. 1950, S. 1
50 Nachfolgende Angaben zur Tagung am 26. 7. 1950 aus: STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 215, Bl. 261 ff.
51 Vgl. MV v. 30. 6. 1950: Aufruf des Landesfriedenskomitees „Truman droht mit Krieg — Erzwingt den Frieden" (gez. O. Nagel u. P. Schoedon)
52 Diesem gehörte u. a. Charlotte Eppinger, Sekretär des SED-Landesvorstandes, an, in deren Ressort die Friedensbewegung fiel.
53 Nach Erinnerung von H. Gallinat (Bericht im Besitz des Verf.) gab es ab August/September 1950 noch zwei hauptamtliche Sekretäre: Hella Wölk, bis dahin Mitarbeiterin der DDR-Botschaft in der VR Polen, u. Hans-Joachim Hardge, vorher Sekretär des Kreisfriedenskomitees in der Stadt Brandenburg.
54 Vgl. STAP, Ld. Br. Rep. 202 G, Amt für Informationen, Nr. 215, Bl. 286 f.
55 Ebd., Bl. 261, weitere Angaben zur 1. Landeskonferenz auch aus dieser Akte
56 Vgl. dazu weitere Aussagen von J. R. Becher in seiner Rede auf dem zentralen Friedenskongreß am 4. 11. 1950 in: ders. Gesammelte Werke. Bd. 17. Berlin u. Weimar 1979, S. 433 ff.



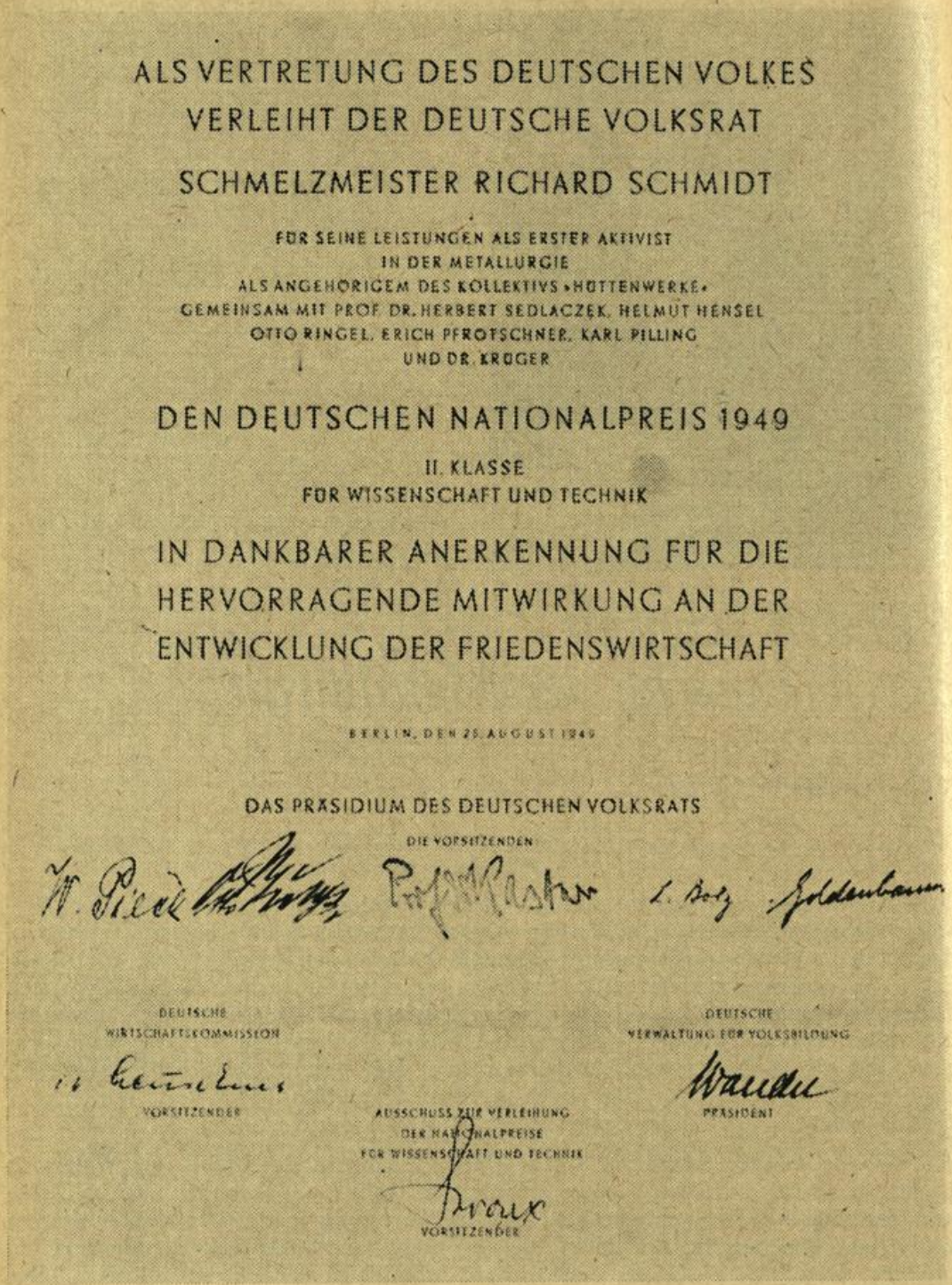
Nationalpreisträger Richard Schmidt
1903 – 1983

Richard Schmidt - der „Hennecke der Metallurgie"

Von Friedhelm Stresow

Der 40. Jahrestag der DDR ist Anlaß, sich an diejenigen zu erinnern, die, dem Beispiel Adolf Henneckes folgend, in der Aktivistenbewegung entscheidend mithalfen, den in den Anfangsjahren unserer Republik bestehenden erdrückenden wirtschaftlichen Problemen, die viele mutlos machten, tatkräftig zu begegnen. Die Aktivisten waren diejenigen, die ungeachtet gehässiger Witze und Anfeindungen, durch ihre Tat viele mitrissen, die dem neuen sozialistischen Denken und Arbeiten Bahn brachen und die dafür sorgten, daß unser Staat sich Schritt für Schritt entwickeln konnte. Stellvertretend für die vielen Aktivisten soll das Leben und Wirken des ersten Aktivisten des Landes Brandenburg betrachtet werden.[1]

Als Genosse Richard Schmidt 1951 zur Unterstützung in das Stahl- und Walzwerk Brandenburg delegiert wurde, war er bereits eine im Land Brandenburg bekannte und geachtete Arbeiterpersönlichkeit. Das lag vorrangig in der von ihm initiierten Aktivistenschicht am 18. November 1948 im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf begründet. Rückblickend schrieb Gen. Richard Schmidt in der Betriebszeitung „Roter Stahl" im Jahre 1964: „Es war im Jahre 1948. Ich arbeitete als Oberschmelzer in Hennigsdorf. Da las ich eines Tages in der Zeitung die Nachricht von der Heldentat Adolf Henneckes, und ich dachte sofort: ‚Das, was Adolf Hennecke im Bergbau erreicht hat, muß auch im Stahlwerk anzuwenden sein."



ALS VERTRETUNG DES DEUTSCHEN VOLKES
VERLEIHT DER DEUTSCHE VOLKSRAT

SCHMELZMEISTER RICHARD SCHMIDT

FÜR SEINE LEISTUNGEN ALS ERSTER AKTIVIST
IN DER METALLURGIE
ALS ANGEHÖRIGEM DES KOLLEKTIVS »HÜTTENWERKE«
GEMEINSAM MIT PROF. DR. HERBERT SEDLACZEK, HELMUT HENSEL
OTTO RINGEL, ERICH PFROTSCHNER, KARL PILLING
UND DR. KRÜGER

DEN DEUTSCHEN NATIONALPREIS 1949

II. KLASSE
FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNIK

IN DANKBARER ANERKENNUNG FÜR DIE
HERVORRAGENDE MITWIRKUNG AN DER
ENTWICKLUNG DER FRIEDENSWIRTSCHAFT

BERLIN, DEN 25. AUGUST 1949

DAS PRÄSIDIUM DES DEUTSCHEN VOLKSRATS

DIE VORSITZENDEN

DEUTSCHE
WIRTSCHAFTSKOMMISSION
VORSITZENDER

DEUTSCHE
VERWALTUNG FÜR VOLKSBILDUNG
PRÄSIDENT

AUSSCHUSS ZUR VERLEIHUNG
DER NATIONALPREISE
FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNIK
VORSITZENDER

Urkunde über die Auszeichnung von Richard Schmidt mit dem Nationalpreis.
Reproduktion: Hilgenfeldt

Nach entsprechenden Absprachen mit den staatlichen und politischen Leitungen wurde die beabsichtigte Aktivistenschicht gründlich vorbereitet. Das hieß, neben der Klärung der Materialbereitstellung u. a., vor allem, die daran beteiligten Kollegen zu begeistern, was nicht gleich auf Anhieb gelang. Weiter schrieb Richard Schmidt: „Am 18. November 1948 war es soweit. Früh um 6.00 Uhr war ich auf der Ofenbühne mit großer Spannung und ein bißchen Herzklopfen. Der Tag war zwar trübe, aber wir hatten andere Sorgen. Ich war dafür bestimmt worden, die Probe zu lenken und zu leiten. Schon in den ersten Morgenstunden zeigte sich, daß alles nach unseren Erwartungen verlief. Die erste Charge wurde um 2½ Stunden verkürzt und die nächste auch. Das Endresultat: In 24 Stunden hatten wir am Ofen II eine Steigerung um 66 Prozent erreicht."[2]

Durch diese Tat entwickelte sich an allen Öfen in Hennigsdorf der Wettbewerb. Hennigsdorf rief die Kollegen in der Maxhütte, Gröditz und Riesa zum Wettbewerb auf. Der sich entwickelnde überbetriebliche Massenwettbewerb trug entscheidend zur Erfüllung des ersten Halbjahresplanes bei. Gleichzeitig bildete er die Grundlage für die Kennziffern des Zweijahresplanes.[3]

Für die von seiner Tat ausgehende Bewegung in der Metallurgie wurde Genosse Richard Schmidt im August 1949 in Weimar mit dem Nationalpreis II. Klasse ausgezeichnet. Darüber schrieb er: „An diesem Tag hatte ich stärkeres Herzklopfen als damals auf der Ofenbühne. Es war ein ganz besonderes Erlebnis für mich und für unsere neue Ordnung, die zum ersten Mal den Nationalpreis an hervorragende Werktätige verlieh. Solch eine Feierlichkeit hatte ich noch nicht kennengelernt. Als mir Genosse Wilhelm Pieck die Hand schüttelte und mir den Orden verlieh, standen mir die Tränen in den Augen."[4]

Diese Gefühlsregung wird noch verständlicher, wenn man sich den Lebensweg von Richard Schmidt vergegenwärtigt. Am 16. November 1903 wurde er in Gorda, Kreis Spremberg, geboren. Richard Schmidt war Knecht bei einem Landwirt, Schlepper und Heuer im Bergbau, Transportarbeiter, Bauarbeiter. Seit 1922 war er gewerkschaftlich organisiert. Ab 1933 war er Stahlwerksarbeiter in Hennigsdorf.

Am eigenen Leibe hatte er hinlänglich zu spüren bekommen, was es heißt, Ausgebeuteter zu sein.

Folgerichtig wurde Richard Schmidt am 8. März 1946 Mitglied der KPD. Im Stahlwerk Hennigsdorf entwickelte er sich zum Oberschmelzer und Assistenten der Technischen Leitung.

1949 reiste er mit einer Studiendelegation in die UdSSR.

Das eigentliche Leben Richard Schmidts beginnt, wie das vieler anderer Arbeiter, erst im Jahre 1945. Auch sein weiterer Lebensweg bestätigt das. 1950 wurde Richard Schmidt zum Abgeordneten der Volkskammer gewählt.

Bis zum Jahre 1961 übte er diese Tätigkeit aus. Er war ein begreifbares Beispiel für viele Werktätige des SWB, an dem sich der neue Charakter des 1949 gegründeten Staates als Staat für die Arbeiter und Bauern und von diesen gelenkt und geleitet deutlich ablesen ließ.

Sein erster Parteiauftrag im SWB beinhaltete die Verbesserung der Arbeit in der Gießgrube. Er beriet sich mit den Kollegen der Grube und denen des SM-Stahlwerkes. Daraus ergab sich als eine erste Maßnahme, den Ofenprozeß zu staffeln, um zu vermeiden, daß alle Öfen fast gleichzeitig abstachen. Er löste nicht nur dieses,

sondern viele weitere Probleme. Das gelang vor allem, weil Richard Schmidt es verstand, die Menschen zu überzeugen und zu aktivieren.

Im SWB entwickelte er sich zum Betriebsingenieur des Stahlwerkes und zum stellvertretenden Stahlwerksleiter. In den letzten Jahren seiner Betriebszugehörigkeit des SWB bis 1969 war er Gruppenleiter für Produktionslenkung.

Genosse Richard Schmidt gehört zu den Arbeiterpersönlichkeiten, deren Entwicklung ganz eng mit der unseres Staates verknüpft ist und ohne sie nicht denkbar wäre. Bis zu seinem Tode, am 22. November 1983, blieb er mit seinem Stahl- und Walzwerk, mit seinen Genossen und Arbeitskollegen aufs engste verbunden.

Anmerkungen

1 Vgl. Bezirkleitung der SED Potsdam, Bezirksparteiarchiv, IV A/2/3/10
2 „Roter Stahl" vom 3. Okt. 1964
3 Vgl. Betriebsarchiv des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, VD 22/68
4 „Roter Stahl" vom 3. Okt. 1964



Nationalpreisträger Bruno Wilke
1919 – 1972

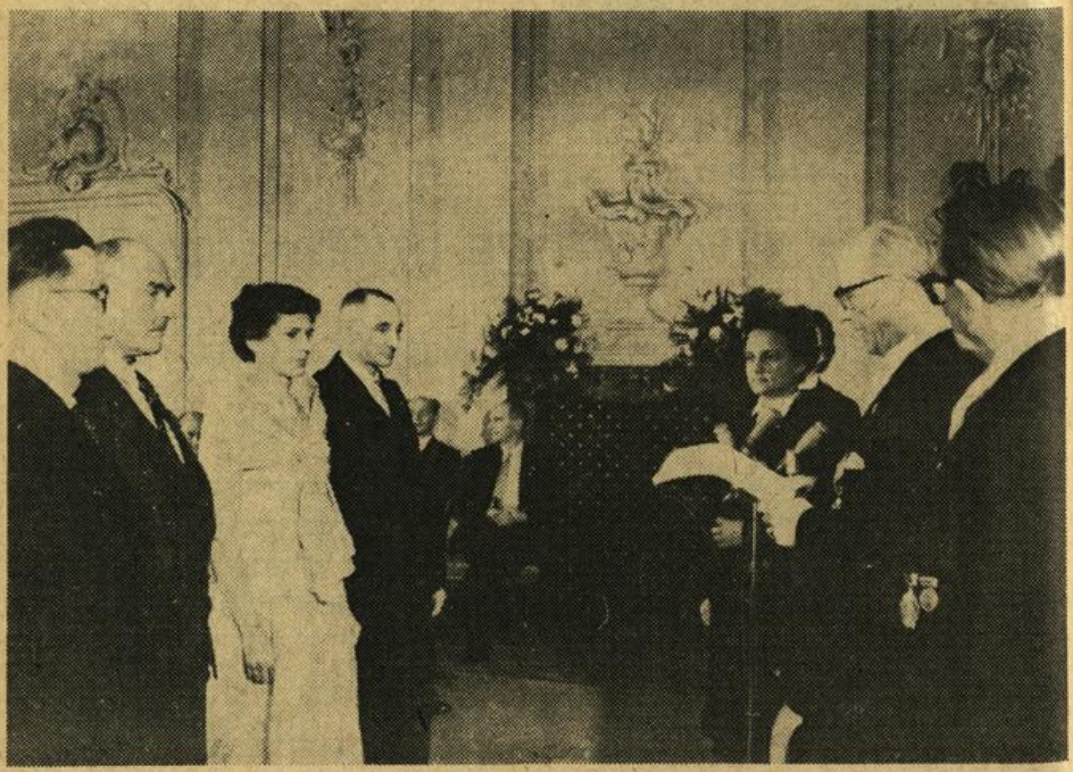
Bruno Wilke - ein Bauer wird Nationalpreisträger

Nach Erinnerungen von Bruno Wilke und Arthur Leske

Am 5. Oktober 1958 überreichte der Präsident der Volkskammer Dr. h. c. Johannes Dieckmann dem Kollektiv der LPG „Frieden" aus Schönermark, Kreis Kyritz, den Nationalpreis. Das war ein ungewöhnliches Ereignis: Bauern, Mitglieder einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, erhielten eine Auszeichnung, die für außerordentliche Leistungen auf den Gebieten Wissenschaft und Technik sowie Kunst und Literatur bestimmt ist. Unter ihnen ist Bruno Wilke, der Vorsitzende der LPG.

Bruno Wilke wurde am 3. September 1919 in Rokitten (jetzt Volksrepublik Polen) geboren. 1936/37 besuchte er in Schwerin/Warthe eine landwirtschaftliche Schule. Durch die Kriegswirren wurde der Umsiedler nach Schönermark, Kreis Kyritz, verschlagen und fand hier eine neue Heimat. Nach der Verkündung der Bodenreform

durch den Genossen Wilhelm Pieck am 2. September 1945 in Kyritz gingen auch die Schönermarker daran, die Losung „Junkerland in Bauernhand" zu verwirklichen. Bruno Wilke erzählt: „Unsere erste Aufgabe war, den 109 ha großen Gutsbesitz des Amtsvorstehers und Naziaktivisten Jäger und drei andere Betriebe von Nazis zu enteignen und unter die Landarbeiter, Umsiedler und landarmen Kleinbauern aufzuteilen. Die Herbstbestellung 1945 wurde aber noch so wie vor 1945 durchgeführt, weil noch einige glaubten, dieser Jäger und die anderen Nazis würden wieder zurückkommen. Der hatte ja auch noch starke Positionen im Dorf. Er zog sich auf seinen Pachtbetrieb zurück, nahm einen Teil der Kühe und Pferde mit und stellte noch Getreideforderungen an seine ehemaligen Landarbeiter. Aus der Gemeinde ausgewiesen, kehrte Jäger zurück und veranlaßte seine Helfershelfer, die neuen Grenzpfähle zu entfernen. Nun gut, wir mußten noch einmal vermessen, aber verhindern konnte er die Bodenreform nicht mehr."



Verleihung des Nationalpreises durch Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann am 5. Oktober 1958 an Bruno Wilke, Paul Bergmann, Anne-Margret Mielke und Wilhelm Keiling (v. l. n. r.) vom Kollektiv der LPG „Frieden" in Schönermark, Kreis Kyritz, Bezirk Potsdam. Foto: ZB/Sturm

Im Frühjahr 1946 besuchte der Politische Leiter der Kreisleitung der KPD Heinrich Mosler die Bauern. Er empfahl ihnen, zur Wahrnehmung ihrer Interessen eine Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zu gründen. Bruno Wilke wurde 1. Ortsvorsitzender der VdgB. Nun ging es schon besser. Nach den Gemeindewahlen 1946 waren die demokratischen Kräfte des Ortes schon so stark, daß — wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit — der bewährte Antifaschist Franz Hecht zum Bürgermeister gewählt werden konnte. Die ersten Jahre waren sehr schwer, aber von Jahr zu Jahr wurden die Neubauernwirtschaften ökonomisch stabiler.

Am 11. Dezember 1952 wurde in Schönermark die LPG „Frieden" gegründet. Sie hatte 11 Mitglieder und 40 ha. Bruno Wilke erzählt: „Ich gehörte nicht zu diesen Gründern. Für mich persönlich wie für viele Bauern war es nicht leicht, diesen neuen Schritt der Entwicklung zu gehen. Wir brauchten sozusagen eine längere Überlegungspause." Genosse Wilke überlegt nicht nur lange, sondern gründlich. Am 1. März 1956 war es soweit. Zusammen mit einer größeren Gruppe von Bauern wurde Bruno Wilke Mitglied der LPG, die jetzt 94 Mitglieder hatte und 560 ha bewirtschaftete. In der gleichen Versammlung, in der die Aufnahme beschlossen wurde, wurde Bruno Wilke zum Vorsitzenden der LPG gewählt. Mit der gleichen Intensität und Tatkraft, mit der der neue Vorsitzende früher auf seinem Hof gearbeitet hatte, wurde nun die sozialistische Arbeit in der Genossenschaft organisiert.

Bruno Wilke erzählt: „In der LPG waren uns die gesammelten Erfahrungen aus der gemeinsamen Arbeit der VdgB von großem Nutzen. Weil wir diese Erfahrungen auch konsequent in der Genossenschaft anwandten, ging es mit großen Schritten voran. Schon 1958 erreichten wir eine hohe Marktproduktion. 969 kg Milch pro Hektar und 258 kg Fleisch pro Hektar! Das war damals schon etwas. Für diese Leistungen wurde unsere LPG 1958 mit dem Nationalpreis 3. Klasse ausgezeichnet." An dieser Stelle wäre zu ergänzen, daß es nicht nur die hohe Marktproduktion allein war, sondern auch die Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Ergebnisse der sozialistischen Betriebswirtschaft, die mit dieser Auszeichnung ihre verdiente Würdigung fanden.

Die „Nationalpreis-LPG" wurde bekannt, ihr Vorsitzender ein gefragter Gesprächspartner nicht nur im Kreis Kyritz. Die LPG „Frieden" Schönermark gehörte zu den fortgeschrittensten LPG des Bezirkes Potsdam. Bereits 1959 wurde die Technik von der MTS an die LPG übergeben. Aus verschiedenen betriebswirtschaftlichen Gründen erfolgte der Zusammenschluß mit der LPG „Seid bereit" Stüdenitz (1960) und später auch Sophiendorf. Damit betrug 1970 die Mitgliederzahl 256 und die Hektargröße 1739. Das ging mit einer stetigen Erhöhung der Produktion einher, im Jahre 1970 konnten 1600 kg Milch pro Hektar erreicht werden. Vorsitzender war immer noch Bruno Wilke, jetzt auch Abgeordneter des Bezirkstages. Er blieb es bis zu seinem Tode am 12. September 1972. Sein Ehrenstein ist eine hochproduktive, blühende Genossenschaft, bei deren Mitgliedern sein Name lebendig geblieben ist.



Nationalpreisträger Prof. Dr. Arthur Scheunert 1879 — 1957. Porträt (Öl) von Simeon Nalbandian (1912 — 1964). Akademie der Künste

Arthur Scheunert - ein humanistischer Wissenschaftler

Von Joachim Schulz

Professor Dr. Arthur Scheunert verkörpert die besten Traditionen deutscher Wissenschaftler: Forscherdrang und unermüdlicher Arbeitseifer, Inspirator für neue Wege und Forschungsmethoden, stete Bereitschaft zur Aufnahme und schöpferischen Weiterverarbeitung neuer Erkenntnisse, persönliche Lauterkeit und humanistische Gesinnung.

Arthur Scheunert wurde am 7. Juni 1879 in Dresden geboren und erhielt eine gediegene wissenschaftliche Ausbildung. Nach dem Studium arbeitete er in verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen und veröffentlichte zahlreiche Arbeiten über die Verdauung mehrerer Nutztierarten und über die Vitaminversorgung des Menschen. Das machte ihn als Veterinärmediziner und Biochemiker bekannt und verschaffte ihm internationale Anerkennung.

Nach der Befreiung vom Faschismus erkannte er die große Verantwortung seines Wissenschaftsbereiches, zur Sicherung einer gesunden Ernährung seines Volkes

einen nutzbringenden Beitrag zu leisten. Aus dem ehemaligen Verpflegungsamt und der Reichsanstalt für Vitaminforschung entsteht unter seiner Leitung seit 1948 das Institut für Ernährung in Potsdam-Rehbrücke.

Prof. Scheunert und seine Mitarbeiter hatten mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Institut wieder den Anschluß an das internationale Niveau der Forschung erreichte. Das betraf buchstäblich alles, was für eine leistungsfähige Forschung erforderlich ist: Es begann mit der Beschaffung der wissenschaftlichen Literatur, der Laborausstattung und der Heranbildung und Qualifizierung der technischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter. Prof. Scheunert schonte sich selbst dabei nicht.

Der Autor dieser Zeilen erinnert sich, wie der Siebzigjährige mit dem Fahrrad von Rehbrücke zur Erfüllung seines Lehrauftrages bis zur Brandenburgischen Landeshochschule, der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht", in den Communs am Neuen Palais kam.

Es war eine große Anerkennung, als das Institut für Ernährung der Akademie der Wissenschaften angeschlossen wurde. Prof. Dr. Arthur Scheunert wurde Mitglied der Akademie der Wissenschaften, später auch Vizepräsident der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften.

Aus seiner humanistischen Gesinnung heraus erkannte Prof. Dr. Scheunert, daß es erforderlich war, mehr für das Wohl des Volkes und den Frieden zu tun. Bereits 1949 hatte er den Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe unterschrieben, und als 1950 der Vorschlag an ihn herangetragen wurde, aktiv in der Friedensbewegung mitzuarbeiten, stimmte er zu.

Als am 26. Juli 1950 die erste Tagung des Landesfriedenskomitees im Plenarsaal des Brandenburgischen Landtages in Potsdam stattfand, wurde Prof. Dr. Arthur Scheunert zum Vorsitzenden des Landesfriedenskomitees gewählt. Sein Stellvertreter wurde Prof. Dr. Arno Müller, den er als Prorektor der Hochschule aus gemeinsamer Arbeit gut kannte. Die Teilnahme Prof. Scheunerts an dem Deutschen Kongreß für Verständigung und Frieden am 28. und 29. November 1952 gehört zweifellos zu den Höhepunkten seines politischen Wirkens.

Auf dem Kongreß ergriff Prof. Dr. Arthur Scheunert, jetzt Vorsitzender des Bezirksfriedensrates, das Wort. Er konnte von der aktiven Tätigkeit der 1500 Friedenskomitees berichten, die sich im Bezirk konstituiert hatten. Mit einem leidenschaftlichen Appell wandte sich Prof. Dr. Arthur Scheunert an die anwesenden Gäste aus der BRD und den anderen Staaten, sich der verhängnisvollen Entwicklung der Remilitarisierung der BRD und ihrer Einbeziehung in die imperialistische Militärallianz entgegenzustellen und noch in letzter Stunde für einen Friedensvertrag mit Vertretern beider deutscher Staaten einzutreten.

Vor dem Forum des Kongresses sprach Prof. Scheunert sein politisches Credo: „Der Gelehrte, und nicht nur der deutsche, ist wenig geneigt, sich mit Dingen, welche nicht sein Arbeitsgebiet betreffen, in der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen, und mit politischen Fragen mag er sich schon gar nicht beschäftigen. Manches scheint für die Berechtigung einer solchen Einstellung zu sprechen. Wenn man ganz in seine Probleme vertieft ist, stört jede Ablenkung den schöpferischen Gedankenfluß und hindert das experimentelle Vorwärtstasten. Ein solcher Standpunkt ist aber falsch. Auch der deutsche Akademiker müßte eigentlich gelernt haben, daß politische Entwicklungen letzten Endes sein Lebenswerk beherrschen, sie unterbrechen, ja zerstören können, und es ist somit auch für ihn ein Gebot der Selbsterhaltung, sich mit allen Fragen, die die Geschichte seines Landes angehen, zu beschäftigen."

1954 wurde Prof. Dr. Arthur Scheunert mit dem Nationalpreis ausgezeichnet. Er verstarb am 11. Januar 1957 in Berlin.



Hauptgebäude des Instituts für Ernährung in Bergholz-Rehbrücke, der Wirkungsstätte Prof. Dr. Arthur Scheunerts. Foto: MV/Liebke

Die „kleine Schwester" von Berlin - Nachbetrachtung zum 750. Jubiläum der Stadt Kyritz

Autorenkollektiv „Arbeitsgruppe Chronik" beim Festkomitee zur 750-Jahr-Feier (Redaktionell gekürzt)

Das 13. Jahrhundert war bemerkenswert für viele Siedlungen unseres Territoriums. Nach der endgültigen Unterwerfung der Slawen des Havelgebietes durch den Askanier Albrecht den Bären 1157 begann die Besiedlung der Prignitz, Ruppins, des Havellandes, der Zauche, des Teltow und des Barnim durch deutsche Ritter, Handwerker, Händler und Bauern. Oft wählten sie für ihre Ansiedlungen Orte aus, die schon früher besiedelt waren; es sind Fälle bekannt, wo neben der neuen deutschen Siedlung auch alte slawische Siedlungen waren oder sogar noch bestanden. Auch in der Gemarkung Kyritz weisen die ältesten Funde bereits auf eine Besiedlung während der Jungsteinzeit hin, vor 2000 Jahren lebten hier Germanen, seit dem 7. Jahr-



Pfarrkirche St. Marien in Kyritz, erbaut in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts, zum Teil auf älterem Feldsteinsockel. In der heutigen Form nach 1849 vollendet. Foto: MV/Lemcke

hundert slawische Stämme. Eine slawische Burganlage ist wahrscheinlich. Für diese Zeit sind wir auf die Erkenntnisse der Ur- und Frühgeschichte angewiesen, die zwar sicher sind, aber auf Grund der Funde nur spärlich.

Das „Licht der Welt" erblickt Kyritz erstmals 1232; in einer Urkunde wird seine Existenz erwähnt. Bereits 1237 erhält Kyritz das Stadtrecht, es muß also schon ein ansehnlicher Ort gewesen sein. Es war Stendaler Stadtrecht. Das weist uns darauf hin, woher die Kaufleute und Handwerker, aber auch die Feudalherren kamen: offensichtlich aus der Altmark. Es war ein Herr von Plote, der für Kyritz den künftigen Rechtsstand und Besitz klärte. Die Plotes brachten auch die Lilie in das Kyritzer Stadtwappen ein. Dazu kam aber auch die Mühlengerechtigkeit, das Recht der freien Schiffahrt auf der Jäglitz; die Viergewerke (Tuchmacher, Bäcker, Fleischer und Schuhmacher) entwickelten sich; ab 1245 durfte die Stadt sogar eigene Münzen prägen („Moneta Kyricensis"). 1417 ist Kyritz sogar Mitglied der Hanse und hat Zollfreiheit bis nach Lübeck.

Trotzdem dürfen wir die Bedeutung der Stadt in dieser Zeit auch nicht überschätzen. Die Stadt war von der sie umgebenden Landwirtschaft nicht zu trennen. Die Bauern aus den Dörfern lieferten die Wolle für die Tuchmacher, Rinder und Schweine für die Fleischer, Getreide für die Mühle und die Bäcker und die Häute (das Leder) für die Schuhmacher. Überregionaler Handel (mit Tuch und dem „Mord und Totschlag" benannten Kyritzer Bier) darf uns nicht darüber hinweg täuschen, daß Kyritz wie auch die anderen Prignitz-Städte (und wie damals auch Berlin!) ein Ackerbürgerstädtchen war, ein Marktflecken, das sich behaupten mußte. Wie die Kyritzer das erfolgreich taten, bewiesen sie 1411. Der aus Mecklenburg stammende Ritter von Bassewitz versuchte, die Stadt zu erobern. Um die Stadtmauer zu überwinden, versuchte er es mit einem Tunnel; als er jedoch daraus hervorstieg, wurde er festgenommen und mit seinem eigenen Schwert enthauptet. So verfuhren die Kyritzer 1411 mit Leuten, die die Mauer nicht beachteten ...

Unter dem Einfluß des Landesfürstentums, des Absolutismus, in den schrecklichen Wirren des Dreißigjährigen Krieges, durch Pest, große Stadtbrände und Mißernten sanken die Bedeutung und die Wohlhabenheit der Stadt. 1763 war von den 300 Tuchmachern der Stadt nur ein einziger übrig geblieben, das ehemals bekannte Bier mit dem anrüchigen Namen wollte niemand mehr kaufen. Um diese Zeit (1730) hatte Kyritz 1517 Bewohner, von denen nur 480 Arbeit hatten. Dafür gab es jedoch eine Garnison von 385 Militärpersonen, deren Versorgung die Stadt fast 100 Jahre belastete. Freilich wurde auch die Jäglitz begradigt und die Gefahr der Überschwemmungen beseitigt, dazu Acker und Wiese gewonnen. Langsam stieg die Zahl der Einwohner.

Das 19. Jahrhundert begann mit vielem Drangsal. Nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt erhielt Kyritz eine französische Besetzung; die Bürger Schulze und Kersten wurden Opfer der Besatzerwillkür. Als Erinnerung an die Befreiung nach der Leipziger Völkerschlacht pflanzten die Kyritzer auf dem Markt vier Eichen, von denen eine alle Brände überstand — die „Friedenseiche". Die feudal-junkerliche Herrschaft blieb bestehen, das Stein'sche Städteedikt brachte Kyritz 1808 die Selbstverwaltung; nach der neuen Verwaltungseinteilung der Prignitz wurde Kyritz 1817 Kreisstadt der Ostprignitz (bis 1952). Die dominierende Stellung des feudalen Großgrundbesitzes um Kyritz zwang die städtische Produktion und den Handel, sich ausschließlich als dienstleistendes Handwerk der feudal-kapitalistischen Landwirtschaft unterzuordnen. Die Zahl der Handwerker wuchs und war um 1850 beachtenswert: 14 Bäcker, 9 Fleischer, 14 Tischler, 9 Böttcher, 39 Schuhmacher, 28 Schneider, 10 Schlosser, 9 Sattler und 10 Grobschmiede.



Bahnhof Kyritz. 1887 erhielt die Stadt Kyritz Bahnverbindung durch die Fertigstellung der Strecke Neustadt—Meyenburg. Foto: MV/Czeninga

Der Durchgangsverkehr von Berlin nach Hamburg, der über Kyritz führte (die heutige F 5, seit 1830 Chaussee), verlor stark an Bedeutung durch die 1846 erfolgte Eröffnung der Eisenbahn von Berlin nach Hamburg, die über Neustadt (Dosse) führte. 1887 erhielt Kyritz Bahnanschluß nach Neustadt und Pritzwalk, 1897 Kleinbahnstrecken nach Perleberg und Breddin. In diesen Jahren wurde auch die Stärkefabrik gegründet (1873), das Elektrizitätswerk und eine Molkerei entstanden. 1897 war Kyritz so weit, daß es sich ein neues Rathaus leisten konnte anstelle des 1825 abgebrannten. Es ist ein dreigeschossiger Backsteinbau, kastellartig mit einem Uhrentürmchen gestaltet.

So begann das 20. Jahrhundert. Alles schien „in Ordnung". Aber in der Stärkefabrik schufteten die Arbeiter 12 Stunden. „Ein Lohn von über 1,50 Mark ist noch nie gezahlt worden." (Aus einer Akte der Stärkefabrik). Für 12 Stunden also 1,50 Mark! Ist es da ein Wunder, daß der Berliner Zigarrenarbeiter Kiesel am 17. Februar 1895 beim Gastwirt Rogge zahlreiche Zuhörer fand, als er über das Thema „Die Bedeutung des 1. Mai" sprach und gleichzeitig den antikapitalistischen Standpunkt der Sozialdemokratie darlegte?

Es entstehen gewerkschaftliche Vereinigungen. 1899 führen 35 Maurer einen Streik durch und erreichen die Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde und die Erhöhung des Stundenlohns um $2\frac{1}{2}$ Pfennige. Die Zahl der organisierten Sozialdemokraten ist gering.



In Vorbereitung der 750-Jahr-Feier wurden zahlreiche Häuser der Innenstadt restauriert. Beachtlich ist der hohe Anteil sehr schöner Fachwerkhäuser. Foto: MV/ Czeninga



Dafür sind die Auswirkungen des ersten Weltkrieges in der Stadt durchaus spürbar. Über 160 Bürger fanden durch Kriegseinwirkungen den Tod. Aber noch versteht die Mehrheit der Kyritzer nicht den Zusammenhang zwischen den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den Opfern des Krieges. Und damit auch wirklich niemand die Novemberrevolution etwa ernst nimmt, erhält der Arbeiter-und-Soldatenrat in Kyritz aus Perleberg die Anordnung, daß keine Veränderungen der Machtverhältnisse stattfinden sollten.

Auch in der Zeit der Weimarer Republik bleibt Pritzwalk das Zentrum der Sozialdemokratie in der Prignitz, das Zentrum der KPD wird Wittstock. Hier stand lange Zeit der später von den Faschisten zu Tode gequälte Genosse Ernst Lück an der Spitze der Parteiorganisation. An der Spitze der Kyritzer Ortsgruppe der KPD stand lange Zeit Genosse Emil Hein. Weitere Mitglieder waren Wilhelm Behrendt, Eduart Grigat, Peter Link, August Petter und Frieda Lippstreu. Ein Höhepunkt der Arbeit der KPD-Ortsgruppe war die Kundgebung am 30. Oktober 1928 auf dem Marktplatz zur Verteidigung der 50 im „Landbundprozeß" angeklagten Bauern. Es sprach als Reichstagsabgeordneter der KPD Edwin Hoernle zu den 350 Teilnehmern (und zu den 30 Polizisten, die aus Potsdam zur Überwachung geschickt worden waren). Bei den Wahlen zum Kreistag 1929 erhielt die SPD von 26 Sitzen 7 und die KPD 1 Sitz. Mit dem Beginn der faschistischen Herrschaft wird der Angriff gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler geführt. Arbeiter aus der Stärkefabrik werden in das KZ Alt-Daber verschleppt. 1934 teilt der Landrat den Kyritzer Bürgern mit, wer sich alles in faschistischer „Schutzhaft" im Konzentrationslager befindet: Franz Arndt, Eduart Grigat, Helmut Böder, Johann Bednatz und Adolf Selle.

Nach dem Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte im Land begann der Krieg nach außen. Der zweite Weltkrieg brachte der Bevölkerung von Kyritz 174 Gefallene, dazu eine größere Zahl, die Gesundheit und Arbeitskraft eingebüßt hatten.

Am 2. Mai 1945 wurde Kyritz von der Roten Armee befreit. Beherzte Bürger wie Pfarrer Leutke und der Bürger Stier hatten auf dem Rathausturm die weiße Fahne gehißt.

Durch den sowjetischen Kommandanten Schukowitz wird der Tierarzt Dr. Vogel als Bürgermeister eingesetzt.

Nach über 700 Jahren ergibt sich für Kyritz die einmalige Chance, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, alte hemmende Machtstrukturen zu verändern und neue demokratische Verhältnisse zu schaffen.

Buchstäblich am Tage nach der Befreiung begannen die Aktivisten der ersten Stunde mit der Arbeit. Wilhelm Schönebeck, Wilhelm Steinicke, Elly Loyal, Peter Link, Wilhelm Behrend, Heinrich Mosler, Eduart Grigat, Franz Arndt und viele andere waren dabei. Nach dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 wurden in den Städten des Kreises Parteiorganisationen der KPD und der SPD gebildet. Zu den „alten" Parteimitgliedern (die schon vor 1933 Mitglied gewesen waren) kamen antifaschistisch eingestellte Männer, Frauen und Jugendliche hinzu.

Die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entwickelte sich im gemeinsamen Kampf um die Lösung der dringenden ökonomischen und sozialen Probleme. Die Ernährung mußte gesichert werden, Hunderte von Umsiedlern mußten in der Stadt und in den umliegenden Dörfern untergebracht werden, die Wiederaufnahme des Schulunterrichts war vorzubereiten. Von wahrhaft geschichtlicher Bedeutung war der gemeinsame Kampf um die Durchsetzung der Bodenreform.

Am 2. September 1945 sprach Wilhelm Pieck auf einer großen Bauernversammlung in Kyritz. Mit der Losung „Junkerland in Bauernhand" verkündete er die Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Wilhelm Pieck sagte in seiner Rede: „Unser Volk muß aus seinem Unglück aber auch die die große Lehre ziehen, daß es an sich selbst, in seinem Denken und Handeln, eine große Wandlung vornehmen muß. Unser Volk muß sich befreien von dem ihm von seinen Herren anerzogenen Untertanengeist, von der Hörigkeit und Knechtseligkeit. Es muß sich mit demokratischem Selbstbewußtsein, mit dem Stolz des freien, selbständig denkenden Menschen erfüllen." Und er wendet sich unmittelbar an die Bauern: „Das Problem des Lebensraumes für die Bauern besteht gerade darin, daß sie den ihnen von den Junkern und Feudalherren gestohlenen Lebensraum zurücknehmen und das Junkerland wieder in Bauernhand übernehmen. Sie brauchen sich nur die Besitzverhältnisse im Kreis Ostprignitz näher anzusehen, um zu verstehen, wie das Problem des Lebensraumes gelöst werden muß. Es gibt im Kreis allein 68 große Güter, von denen jedes weit über 100 Hektar Grundfläche hat, darunter solche wie das des Junkers von Rendor in Zaatzke mit 719 Hektar, das von Königsmark in Kötzlin mit 587 Hektar, das von Weule in Holzhausen mit 550 Hektar, das des Junkers von und zu Putlitz in Laaske mit 512 Hektar, des Gutsbesitzers Kiepert in Fretzdorf mit 463 Hektar und des Gutsbesitzers Stein in Rapshagen mit 403 Hektar ...

Nach den Forderungen der Bauern und Landarbeiter soll die entschädigungslose Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes durchgeführt werden, der sich in den Händen der Kriegsverbrecher, der Kriegsschuldigen, der Naziführer und der anderen aktiven Nazis, der Mitglieder der Gestapo, der Hitlerregierung und des faschistischen Reichstages befindet, ferner der gesamte Großgrundbesitz von über 100 Hektar mit allem lebenden und toten Inventar, Gutshäusern, Schlössern usw."

Die Rede Wilhelm Piecks löste eine große Aktivität aus, die an der Kreisstadt Kyritz natürlich nicht spurlos vorüberging. Die Gemeindekommission Kyritz enteignete fünf Wirtschaften von Großgrundbesitzern mit zusammen 682 ha, die auf dem Territorium der Stadt lagen, 98 landarme und landlose Bauern und Umsiedler erhielten eigenen Grund und Boden.

In der gemeinsamen Arbeit hatte man sich so gut kennengelernt, daß durch Vertreter der KPD und der SPD mit einer Beratung Anfang Februar 1946 die Vereinigung unmittelbar vorbereitet wurde, weil die organisatorische Wiedervereinigung der beiden Parteien eine geschichtliche Notwendigkeit ist."

Am 23. März 1946 fanden die letzten Kreisdelegiertenkonferenzen der beiden Parteien getrennt in Kyritz statt. Am 24. März 1946 fand dann in Pritzwalk die erste gemeinsame Kreisdelegiertenkonferenz zur Vereinigung statt. Gleichberechtigte Vorsitzende wurden Fritz Riwotzki (vorher SPD) und Heinrich Mosler (vorher KPD).

Vieles in Kyritz ist seit der Gründung der DDR verändert. Die Einwohnerzahl erhöhte sich von etwa 6000 zur Zeit der Befreiung durch die Rote Armee auf über 10 000. Die ersten Wohnblocks wurden 1950 bis 1952 in der Robestraße und in der Leninallee errichtet. Von 1956 bis 1960 folgte der Auf- und Ausbau der Wohnsiedlungen in Kyritz Ost und West. In der Friedensstraße entstanden die ersten Wohnblöcke der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft mit 137 Wohnungen. Von Jahr zu Jahr wurde der Eigenheimbau stärker gefördert. So ging man in der Stadt dem Wohnungsproblem zu Leibe.

Wichtige Bauten entstanden: die Wilhelm-Pieck-Schule und die Lotte-Pulewka-Schule, das Kreiskulturhaus „Wilhelm Pieck", der Komplex des Dienstleistungskombinats, die Kaufhalle Mitte und eine Poliklinik, Vorschul- und Krippeneinrichtungen.

Kyritz hat sich zu einem Zentrum wichtiger Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft entwickelt. Die wichtigsten sind der VEB Stärkefabrik, die Molkereigenossenschaft Kyritz, die Produktionsstätte des Konsum-Backwarenkombinates Potsdam, der Konsum-Fleischverarbeitungsbetrieb und das Flachkühlhaus Kyritz.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Stärkefabrik. Im Jahre 1945 wurden 26 260 t Kartoffeln zu Stärke verarbeitet, 1985 waren es 184 800 t. Um dieses Ergebnis zu erreichen, waren verschiedene Rekonstruktions- und Spezialisierungsmaßnahmen erforderlich, so erfolgte eine bedeutende Kapazitätserweiterung auf der Grundlage der Direktive des IX. Parteitages der SED. Nach der Entwicklung des Stärkehydroloseproduktes (SHP) und seines Einsatzes als Fettaustauscher zur Produktion kalorienreduzierter Nahrungsmittel entstand 1978/79 eine völlig neue Produktionsanlage mit hohem volkswirtschaftlichen Nutzen. Das Forschungskollektiv erhielt dafür den Nationalpreis II. Klasse für Wissenschaft und Technik. Die industrielle Warenproduktion der Stärkefabrik beträgt über 125 Millionen Mark.

Auch die anderen Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft konnten erhebliche Steigerungen ihrer Produktion erreichen. Von den Produkten soll hier nur der schmackhafte Gouda-Käse der Molkereigenossenschaft Kyritz genannt werden.

Mitbestimmend im Territorium ist das Kombinat Elektroanlagenbau (EAB) Kyritz. Der Betrieb entstand, um Elektroinstallationsarbeiten in der Landwirtschaft, Freileitungs- und Hochspannungsleitungsbau, Erdkabelverlegungen und Transformatorenstationenbau durchzuführen. 1973 übernahm der Betrieb die Installation eines Armaturenwerkes in Algerien. Auch an solchen Objekten wie Flughafen Berlin-Schönefeld, Elektrostahlwerk Hennigsdorf, Elektrophysikalische Werke Neuruppin, Obertrikotagenwerk Wittstock und Milchviehanlage Stüdenitz war der EAB mit Teilobjekten beteiligt. Mit der Montageleistung stieg auch die stationäre Fertigung, für die 1975 eine neue Halle mit ihren Sozialeinrichtungen in der Holzhausener Straße fertiggestellt wurde. 1981 wurde der Betrieb Stammbetrieb des Kombinates Elektroanlagenbau mit der Orientierung auf Konsumgüterproduktion.

Zu den Kyritzer Besonderheiten gehört das Flachkühlhaus, 1966 nach 13monatiger Bauzeit in Betrieb genommen. Es gehört zum VEB Kühlbetrieb Magdeburg und hat wichtige Versorgungsaufgaben für den Bezirk Potsdam und beliefert die südlichen Bezirke der DDR. In den letzten Jahren hat sich das Kühlhaus zu einem bedeutenden Exportbetrieb entwickelt.

Die Stadt Kyritz verfügt über eine beachtliche Landwirtschaft. 1954 wurde die LPG „8. März" gegründet, in der sich bis 1960 alle Alt- und Neubauern zusammenschlossen. 1985 wurde die 600er Milchviehanlage im Ortsteil Rüdow in Betrieb genommen, dazu hat die LPG noch 2400 Schweine, 500 Schafe und 500 Mastbullen.

Das volkseigene Gut Kyritz ist ein stabiler landwirtschaftlicher Großbetrieb. Durch Zuordnung der Flächen der volkseigenen Güter Vehlin und Holzhausen wird jetzt eine Betriebsgröße von fast 2000 ha erreicht. Die Produktion verdoppelte sich, und stabile Gewinne konnten erwirtschaftet werden.

Spricht man von der Kyritzer Landwirtschaft, so ist der 42 m hohe Silobau des VEB Getreidewirtschaft Pritzwalk nicht zu übersehen. Er schafft mit die Voraussetzung dafür, daß alles, was geerntet wurde, auch ordnungsgemäß gelagert und dann dem Verbraucher zugeführt werden kann.

Nicht zu überhören sind die Flugzeuge des Betriebes Agrarflug, Betriebsteil II „Mitte" der INTERFLUG. Zum Betriebsteil Kyritz-Heinrichsfelde gehören die Flugstaffeln in den Bezirken Schwerin, Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Der Stützpunkt entstand 1960 und wurde 1965 fertiggestellt. Seitdem sind die gelbroten „Traktoren der Luft" ein vertrautes Bild in unserer Landwirtschaft. Die Anwendung ist sehr vielfältig und volkswirtschaftlich von großem Nutzen. Mit Agrarflugzeugen wird Stickstoffdünger ausgebracht, bei Weizen und Gerste wird der Mehltau bekämpft, Halmstabilisatoren und Wachstumsregulatoren werden ausgebracht, der Einsatz erfolgt in Obstanbaugebieten und in der Forstwirtschaft. Sogar bei der Waldbrandbekämpfung haben sich die Flugzeuge und ihre Piloten bewährt. Hervorzuheben ist auch der Kreisbetrieb für Landtechnik, der die Traditionen der MAS, MTS und RTS fortsetzt. Die Kyritzer haben sich vor allem auf die Instandsetzung des Lkw W 50, der Traktoren RS 09 und GT 124 und der Melktechnik (Pulsatoren und Vakuumpumpen) spezialisiert. Der Betrieb ist bekannt durch ständige exakte Planerfüllung. Am 24. Oktober 1977 wurde dem VEB Kreisbetrieb für Landtechnik Kyritz der „Karl-Marx-Orden" verliehen.

Die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft (GPG) „V. Parteitag" wurde 1958 gegründet. Heute produzieren die etwa 100 Kollegen 15 000 t Gemüse, dazu Jungpflanzen für die Kleingärtner, Zierpflanzen und Schnittblumen.



Neue Wohnungen werden in Kyritz gebaut. Foto: MV/Czeninga

Auf dem Gebiet der Dienstleistungen und des Handwerks haben die Kyritzer ihre Erfahrungen sammeln müssen. Heute gibt es ein inhaltlich weitgehend abgestimmtes Produktionsprogramm und eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen dem Dienstleistungskombinat, den Produktionsgenossenschaften der Handwerker (PGH) und den privaten Einzelhandwerkern. So gehören die Haushaltgroßgeräte, Waschvollautomaten, Schleudern, Kühlschränke, Gasgeräte und Elektroherde zum Reparaturprogramm des Dienstleistungskombinates. Der Kfz-Instandsetzungsbetrieb (KIB) ist Vertragswerkstatt für die Typen Moskwitsch, Polski-Fiat und Lada; die PGH „Autodienst" für die Typen Wartburg, Trabant und Skoda. Beide Firmen kooperieren mit den privaten Firmen für Autoelektrik, Lackierung und Polsterei.

In der PGH „Frieden" haben sich Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Ofenbauer, Fliesenleger, Schlosser, Klempner und Tiefbauer zusammengeschlossen. Dieser Betrieb hat bei der Sanierung und Werterhaltung von Wohnraum in Kyritz eine sehenswerte Leistung vollbracht. Eines der ältesten Häuser der Stadt, das „Huthsche Haus" aus dem 17. Jahrhundert, wurde neu aufgebaut und 1986 von 8 Familien bezogen. Dank der Arbeit der Bauleute und mit Unterstützung des Instituts für Denkmalpflege Berlin hat dieses Gebäude auch nach der Rekonstruktion seinen historischen Charakter behalten und ist zu einem Schmuckstück gestaltet worden.

Die Fortschritte, die in den letzten 40 Jahren auf sozialpolitischem Gebiet vollbracht wurden, sind im Rahmen dieses Artikels nicht alle aufzuzählen. Für die gesundheitliche Betreuung wurde das Kreiskrankenhaus erweitert und modernisiert, 1975 begann eine großzügige Erweiterung der Poliklinik in der Leninallee. 1950 wurden die ersten sechs Kinder in die Krippe am ehemaligen Liebknecht-Luxemburg-Platz gebracht, gegenwärtig stehen bereits über 300 Krippenplätze zur Verfügung. Die Kindergärten sind über das ganze Stadtgebiet verteilt, wodurch weite Anmarschwege vermieden werden. Kindergärten sind in der Holzhausener Straße, Hagenstraße, Bahnhofstraße, Otto-Grotewohl-Straße, Am Ring, in der Straße der Jugend, aber auch im Ortsteil Mechow.

Drei neue Polytechnische Oberschulen wurden erbaut: die Wilhelm-Pieck-Schule, die Lotte-Pulewka-Schule und die Ernst-Thälmann-Schule. Zusammen mit den älteren Gebäuden, der Goethe-Schule und der Jahn-Schule, kann das Bildungsprogramm unserer sozialistischen Gesellschaft materiell abgesichert werden.

Besonders genannt werden muß das Kinderheim „Ernst Thälmann". 200 Kinder und Jugendliche, die durch den zweiten Weltkrieg von ihren Familien getrennt wurden, fanden hier eine neue Heimat. Auch heute hat dieses Heim als Einrichtung der Volksbildung durch seine Erziehungs- und Bildungsergebnisse einen guten Namen. Auf dem Gebiet der Kultur herrscht reges Leben. Einen Mittelpunkt bildet das Kreiskulturhaus, 1968 eröffnet und von Elly Winter auf den Namen ihres Vaters – Kreiskulturhaus „Wilhelm Pieck" – getauft. Es enthält als Zentrum einen Theatersaal mit fast 500 Plätzen; rund 600 Veranstaltungen finden jährlich im Kreiskulturhaus statt.

Sport, Touristik, Erholung, Freizeit – auf allen Gebieten kann sich Kyritz sehen lassen. Aus Kyritz kommt die mehrfache DDR-Meisterin im Federball Ruth Preuß, Bodo Ferl saß im Viererbob, der in Italien Vizeweltmeister wurde, Jens Köppen ist Vizeweltmeister im Doppelvierer, Renate Tensch steuerte bei der Juniorenweltmeisterschaft in Brandenburg den Vierer als Weltmeister ins Ziel, Oliver Kauß saß



Landschaft bei Kyritz. Foto: MV/Czeninga

bei der gleichen Meisterschaft im „Silbernen" Doppelvierer, Burgel Assmann gewinnt bei der X. Kinder- und Jugendspartakiade 1985 über 100 m Hürden Gold. Wie in der DDR jeder weiß, ist das nur die Spitze jener Pyramide, die mit dem Freizeit- und Erholungssport beginnt, sich über die BSG und die Trainingszentren fortsetzt und für Kyritz mit der Delegierung zum Sportclub endet. Man muß eine Segelregatta auf dem Untersee erlebt haben, um einen bleibenden Eindruck vom Kyritzer Sportleben zu erhalten — oder ein öffentliches Training im Trainingszentrum oder den Ernst-Thälmann-Gedenklauf ... oder ... oder.

Die Ziele, für die einst Emil Hein und seine KPD-Genossen eintraten, für die Franz Arndt, Eduart Grigat, Helmut Böder, Johann Bednatz und Adolf Selle in den faschistischen Konzentrationslagern kämpften und litten, für die Fritz Riwotzki und Heinrich Mosler eintraten, werden jetzt erfüllt. Die SED hat viele Verbündete um sich geschart, und alle Kyritzer können mit voller Berechtigung sagen: Es hat in der 750jährigen Geschichte unserer Stadt keinen Zeitabschnitt gegeben, der dem Vergleich mit den letzten vier Jahrzehnten standhält.

Literatur:

Stadtchronik 750 Jahre Kyritz.
Herausgeber: Rat der Stadt Kyritz. 64 Seiten.

40 Jahre Staatsarchiv Potsdam - Entwicklung - Ergebnisse - Perspektiven

Von Friedrich Beck

Vor nunmehr vier Jahrzehnten traten die als Folge des zweiten Weltkrieges bedingten Auseinandersetzungen um die nationale und staatliche Einheit des deutschen Volkes in ihr entscheidendes Stadium ein. Am 8. Mai 1949 wurde im Parlamentarischen Rat das nach Richtlinien der westlichen Militärregierungen erarbeitete „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland" durchgesetzt und damit ein entscheidender Schritt zur staatlichen Zerreißung der deutschen Nation getan. Der eingeleitete Prozeß fand seinen Abschluß mit der Konstituierung des Bundestages und der Bildung der ersten Regierung Adenauer. Demgegenüber zielte die Politik der UdSSR und der unter Führung durch die SED in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone wirkenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte auf die Erhaltung der staatlichen Einheit der Nation gemäß den Festlegungen des Potsdamer Abkommens. Dementsprechende Vorschläge der UdSSR zur Pariser Außenministerkonferenz vom Mai 1949 verfielen jedoch der Ablehnung. Am 7. Oktober 1949 bildete sich daraufhin nach breiter Diskussion des Entwurfs der Verfassung für „eine deutsche demokratische Republik" in allen Bevölkerungsschichten der Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer um und setzte die Verfassung in Kraft. Am 10. Oktober übergab die UdSSR die von der SMAD wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben den Organen der Deutschen Demokratischen Republik. Damit war erstmalig in der deutschen Geschichte von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ein eigener Staat geschaffen worden.

Vor diesem welt- und nationalgeschichtlichen Hintergrund und nicht zuletzt in innerem Zusammenhang mit ihm vollzog sich der Geburts- und Taufakt des heutigen Staatsarchivs Potsdam. Als wesentliche Voraussetzungen können dafür drei Fakten in Betracht gezogen werden:

- Weiterführende Impulse und erhöhte gesellschaftliche Wertschätzung erfuhr das Archivwesen im Goethejahr 1949 durch die von der 1. Parteikonferenz der SED beschlossenen kulturpolitischen Aufgaben.

- Eine wesentliche Bedingung bildete die mit Beginn des planmäßigen Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus eng verbundene Durchsetzung des demokratischen Zentralismus. Sie manifestierte sich im staatlichen Archivwesen einmal in der einheitlichen Unterstellung der Archive der damaligen Länder unter deren jeweilige Innenministerien — so in Brandenburg zum 21. März 1949 —, zum andern in der Schaffung einer zentralen Archivverwaltung in Form der Zentralstelle für Archivwesen bei der Deutschen Verwaltung des Innern zum 1. August 1949, ab 1. November 1949 der Hauptabteilung Archivwesen des Ministeriums des Innern der DDR. Die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen führten zu grundlegenden Veränderungen, wie sie in der „Verordnung über das staatliche Archivwesen in der DDR" vom 13. Juli 1950 ihren Niederschlag fanden.

— Den letzten entscheidenden Anstoß vermittelte schließlich nach der durch Gesetz des Alliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947 erfolgten Auflösung des Staates Preußen die Übergabe der im zweiten Weltkrieg vom Preußischen Zentralarchiv in die Salzschächte bei Staßfurt und Schönebeck an der Elbe ausgelagerten Archivbestände der ehem. Provinz Brandenburg, die von der Roten Armee 1945 sichergestellt worden waren, durch die SMAD an die neuen Verwaltungsorgane. Ihre ordnungsgemäße räumliche Unterbringung, fachgerechte Bearbeitung und Aufarbeitung für die Organe des Arbeiter-und-Bauern-Staates setzte die Existenz eines arbeitsfähigen Archivs voraus.

Der Vorbereitung und Durchführung der damit verbundenen Aufgaben diente die Verfügung des Ministers des Innern der damaligen Landesregierung vom 21. Juni 1949 zur „Einrichtung des Landesarchivs Brandenburg" — so die Bezeichnung des heutigen Staatsarchivs Potsdam. Seine Begründung stellte einen Akt von historischer Bedeutung in der Geschichte des Archivwesens unseres Territoriums dar. Mit ihm fand eine Entwicklungsetappe ihren Abschluß, die im bürgerlich-kapitalistischen Staat von unbefriedigenden provisorischen Lösungen geprägt gewesen war. Während bereits vor dem zweiten Weltkrieg in den damaligen Ländern und Provinzen auf dem Gebiet der DDR eigene Staatsarchive existierten, bildete die Provinz Brandenburg hierin eine Ausnahme. Die Archivaufgaben im Territorium oblagen einer Abteilung des Preußischen Zentralarchivs, des „Geheimen Staatsarchivs", in Berlin. Das Fehlen eines selbständigen Archivs mit eigener Leitung, eigenen Dienst- und Magazingebäuden und einem ausreichenden Bestand an qualifizierten Fachkadern in dem mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstandenen Land Brandenburg stellte dessen Organe in den schweren Jahren des Neuaufbaus und



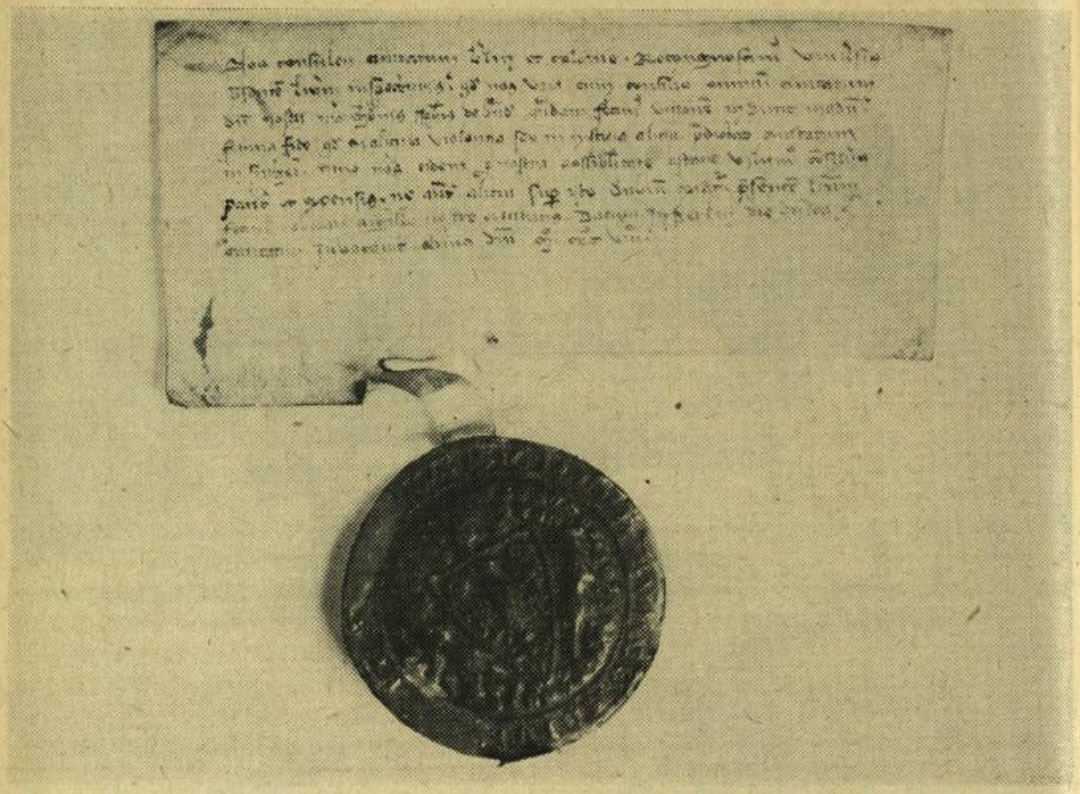
Orangerie im Park von Sanssouci. Im Westflügel (rechts im Bild) ist das Staatsarchiv Potsdam untergebracht. Foto: Bogemihl



Staatsarchiv Potsdam. Blick in den Benutzerraum. Foto: Bogemihl

der Ingangsetzung der Produktion in dem durch die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges besonders hart betroffenen Territorium vor schwierige Aufgaben. In den Jahren 1946 bis 1949 wurden die Vorhaben zur Sicherstellung wertvoller Dokumentenfonds unter Leitung des Ministeriums für Volksbildung der Landesregierung vorübergehend von dem im Sommer 1946 in Potsdam begründeten „Zentralarchiv für die Sowjetische Besatzungszone" bzw. „Deutschen Zentralarchiv", dem heutigen Zentralen Staatsarchiv mit wahrgenommen. Dessen Direktor Dr. Otto Korfes, Gründungsmitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland", späterer erster Leiter der Zentralen Archivverwaltung und langjähriger Vorsitzender des Bezirksausschusses Potsdam der Nationalen Front, unterbreitete am 1. Juni 1949 der Landesregierung Vorschläge zur „Inbetriebsetzung des Landesarchivs Brandenburg", die mit der bereits genannten Verfügung des Ministers des Innern vom 21. Juni 1949 verwirklicht wurden.

Bescheiden wie die äußere Form dieser Gründungsurkunde des Staatsarchivs Potsdam — ein halbes Aktenblatt mit den blassen Typen einer bejahrten Schreibmaschine — waren die Anfänge des jungen Archivs. Der Stellenplan umfaßte ganze 5 Planstellen. Mit den personellen und sachlichen Mitteln in Höhe von etwa 50 000 Mark würde sich wohl heute kaum ein mittleres Stadtarchiv begnügen. Äußerst begrenzt war auch die Raumsituation, in die Dienst- und Arbeitsräume in der Orangerie des Parkes Sanssouci und eine Magazinkapazität von 20 000 lfm mußten sich Zentralarchiv und Landesarchiv bis 1955 teilen.



Urkunde vom 11. März 1308. Bündnisvertrag der Städte Berlin und Cölln mit den märkischen Städten mit dem ältesten erhaltenen Siegel von Berlin. Staatsarchiv Potsdam, Rep. 5 Eberswalde, V 4.

Sicherung des Archivguts und Bestandsergänzung

Unter diesen Bedingungen begann das junge Mitarbeiterkollektiv seine Arbeit. Den alleinigen Schwerpunkt der umfangreichen Aufgaben bildete in den 50er Jahren die Sicherung des im Lande in zahlreichen unzureichenden Aufbewahrungsorten verstreuten, historisch wertvollen und für die anstehenden Aufgaben nutzbar zu machenden Archivgutes. Dieses vordringliche Vorhaben umfaßte mehrere Teilaufgaben, die im wesentlichen in zwei Arbeitsschritten bewältigt werden konnten.

In einem ersten Stadium von 1950 bis 1952 galt es, die Übernahme der im zweiten Weltkrieg vom Preußischen Zentralarchiv aus Berlin verlagerten Archivbestände in das neugegründete Archiv zu realisieren. Sie fand bereits in den Jahren 1950/51 ihren Abschluß. Im Ergebnis gelangten etwa 4000 lfm Archivgut in die Magazine in der Orangerie. Vorwiegend handelte es sich dabei um den Kern der älteren schriftlichen Überlieferung des Territoriums, in dem sich vorrangig das Erbe in seiner ganzen Breite und Widersprüchlichkeit, aber auch progressive Traditionen vom Mittelalter über den Spätfeudalismus und die bürgerliche Umwälzung bis zu den Registraturen von Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparates in der Zeit der Weimarer Republik widerspiegelten. Diese Bestände bildeten den Grundstock für wissenschaftliche Forschungen zur Regional- und Heimatgeschichte

ebenso wie zur National- und Weltgeschichte. In ihrem Rahmen kam der Überlieferung des Polizeipräsidiums Berlin herausragende Bedeutung zu.

Zeitlich nahezu gleichzeitig erfolgte die Übernahme der umfangreichen Registraturen der nach dem zweiten Weltkrieg aufgelösten Behörden und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates bis zur Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates 1945. Damit verdreifachte sich der Bestand des jungen Archivs binnen kurzem, und bedeutsame Quellen zur neueren Geschichte traten hinzu. Sie widerspiegelten vor allem den opferreichen Kampf der Arbeiterklasse unter Führung durch ihre revolutionäre Partei von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum antifaschistischen Widerstandskampf 1933 bis 1945.

Eine weitere wichtige Aufgabenstellung erwuchs aus der Erfassung des Archivguts der noch bis 1945 in der Mark Brandenburg und der Niederlausitz existierenden ständischen Korporationen und der durch die Bodenreformgesetzgebung in staatliches Eigentum übergeführten Herrschafts-, Guts- und Familienarchive des Großgrundbesitzes, dessen ostelbische Domäne bekanntlich die Mark Brandenburg bildete. Damit wurden dem Archiv neue Quellen von bedeutendem historischen Wert, vor allem zur Agrargeschichte, zugeführt, die z. T. bis ins hohe Mittelalter zurückreichten und bisher der Forschung weitgehend nicht zugänglich gewesen waren. Sie brachten einen wesentlichen Gewinn für die Erforschung der Feudalgesellschaft und darüber hinaus für das verhängnisvolle Wirken der Junker in der deutschen Geschichte bis in die Jahre der Hitlerdiktatur.

Die zweite Etappe in der Erfassungs- und Übernahmetätigkeit zur Bestandsergänzung des Archivs, das wie die anderen Staatsarchive der fünf Länder seit 1951 den Namen Landeshauptarchiv führte, begann 1955. Sie galt in der zweiten Hälfte der 50er Jahre vordringlich der Aufnahme der Registraturen von örtlichen Organen und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates, so aus den Bereichen der Kreisverwaltungen, der Justiz-, Forst-, Bau- und Steuerbehörden. Die wesentlichste Ergänzung erfuhren die Bestände des Archivs jedoch nun durch die Registraturen der im Zuge der demokratischen Verwaltungsreform von 1952 aufgelösten Landesregierung und ihrer Ministerien und örtlichen Organe. Ihrer Sicherung und fachgerechten Bearbeitung kam nunmehr die 1949 erfolgte Schaffung eines eigenen Archivs im Lande sehr zustatten. Insgesamt gelangte dabei Schriftgut im Umfang von mehreren Tausend lfm ins Archiv.

Im Ergebnis der umfangreichen Bestandsergänzungen verfügte das Archiv über einen Gesamtbestand von rund 18 000 lfm. Damit war es vom Umfang der verwahrten Bestände her an die Seite der alten großen Staatsarchive getreten. Seine Bedeutung als staatliches Hauptarchiv des Territoriums wurde schließlich durch eine, bereits im Archivwesen des bürgerlichen Staates anstehende, aber von den preußischen Archivorganen nie verwirklichte Abgrenzung mit den nach ihrer Verlagerung im zweiten Weltkrieg als Dienststelle Merseburg dem Zentralen Staatsarchiv angeschlossenen Beständen des ehem. Preußischen Zentralarchivs weiter gefestigt. Neben anderen Quellen aus der Feudalepoche gelangten 1964 etwa 5000 mittelalterliche Pergamenturkunden feudaler, insbesondere nach der Reformation säkularisierter kirchlicher Institutionen in der Mark Brandenburg in das Staatsarchiv als dem zuständigen Archiv des Territoriums.

Die weitere Bestandsergänzung wurde in den 60er und 70er Jahren bis heute durch die Rechtsvorschriften über das staatliche Archivwesen bestimmt. Durch die Verordnung vom 17. Juni 1965, die den Staatlichen Archivfonds der DDR fixierte, erhielt das nunmehrige Staatsarchiv Potsdam die archivische Zuständigkeit für das bei den Räten der drei brandenburgischen Bezirke sowie weiteren Staatsorganen

Mit diesem Blatt beginnt in schwerer Zeit das

Urkundsbuch

der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg.

Es enthält in fortlaufender Nummernfolge, nach Jahrgängen geordnet, das Verzeichnis der für die Verwaltung wichtigsten Beschlüsse des Präsidiums.

Die Urschriften von Verordnungen werden verwahrt in der Urkundensammlung der Prorinzialverwaltung Mark Brandenburg.

Die Mitglieder des Präsidiums sind

Der Präsident Dr. Karl Steinhoff,

Der Erste Vizepräsident Bernhard Bechler,

die Vizepräsidenten

Heinrich Rau, Fritz Rücker, Franz Schleusener.

Sie zeichnen

Die Arbeit des Präsidiums gilt dem Gemeinwohl.
Möge dauernder Segen auf ihr ruhen!

Potsdam, den 26. September 1945.

Urkundsbuch der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, begonnen am 26. September 1945. Staatsarchiv Potsdam, Rep. 202 A, 221, S. 1.

entstehende Archivgut. Damit war die Voraussetzung geschaffen, die bereits vorhandenen Quellenfonds zur Geschichte der sozialistischen Gesellschaft in der DDR auch im Territorium kontinuierlich zu vervollständigen. Dem dienten in gleicher Weise die Festlegungen der Verordnung vom 11. März 1976 zur Festigung des demokratischen Zentralismus und zur optimalen Konzentration des Archivgutes. Nunmehr gelangten auch die Bestände der Kombinate und Betriebe der sozialistischen Wirtschaft in das Staatsarchiv. Damit war ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Überlieferung aus der ökonomischen Basis getan, u. a. im Hinblick darauf, daß mit der Übernahme von Betriebsbeständen auch wertvolles Archivgut ehem. kapitalistischer Vorgängerbetriebe sichergestellt werden konnte.

Durch die mit der Realisierung der Rechtsvorschriften verbundenen Maßnahmen wuchs der Gesamtbestand des Staatsarchivs weiter an. Er umfaßt zum gegenwärtigen Zeitpunkt rund 21 000 lfm Akten, 12 000 Urkunden, 20 000 Karten und 100 Nachlässe. Eine wertvolle Ergänzung erfuhren diese Bestände durch das Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD vom 6. Mai 1986. Im Rahmen des darin festgelegten Archivgutaustausches gelangten im zweiten Weltkrieg in das Gebiet der BRD verlagerte Teilbestände aus der Feudalepoche und dem Kapitalismus in das Staatsarchiv, darunter 1000 mittelalterliche Originalurkunden. Aufgrund einer Sonderregelung für die in Westberlin in der sog. Stiftung Preußischer Kulturbesitz verbliebenen Restbestände aus dem Territorium erhält das Archiv umfangreiche Mikrofilmlieferungen. Darunter befinden sich etwa 6000 für die Regionalgeschichtsforschung bedeutsame historische Karten (Flur-, Grenz-, Forst-, Gewässer- u. a. Karten, Dorf- und Stadtpläne).

Die Perspektive der Bestandsergänzung bis zum Jahr 2000 sieht die kontinuierliche Fortführung der Übernahme des Archivguts der Räte der Bezirke, weiterer Staatsorgane und der Kombinate, Betriebe und Einrichtungen im Umfang von mehreren Tausend lfm vor. Neue Aufgaben erwachsen dem Archiv dabei im Zusammenhang mit Forschungsvorhaben der Geschichtswissenschaft, darunter den Forschungen zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation, der Regional-, Betriebs- und Heimatgeschichte und der Alltags- und Mentalitätsforschung. Davon ausgehend gilt es, in verstärktem Maße auch persönliche Fonds von Leitungskadern in Staat und Wirtschaft, von Bürgern und — wie mit dem FDGB abgestimmt — die Registraturen von betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, aber auch weiterer gesellschaftlicher Organisationen in die Bestandsergänzung mit einzubeziehen.

Ordnung und Erschließung

Der eben geschilderte Auf- und Ausbau der Bestände gab die Voraussetzung ab für die zweite Arbeitsetappe zur gesellschaftlichen Wirksamkeit des Staatsarchivs — die Ordnung und archivarische Erschließung seiner Bestände. In den Jahren von 1950 bis 1952 konnten mit dem geringen Personalbestand lediglich die dringendsten Ordnungsarbeiten realisiert werden. Sie galten in erster Linie den eingangs genannten, bis dahin ins Archiv übernommenen Beständen. Systematische Erschließungsvorhaben mit dem Ziele der Erarbeitung benutzerfreundlicher und die Effektivität der Archivarbeit erhöhender Findhilfsmittel konnten erst in den Jahren seit 1952 und verstärkt seit 1955 in Angriff genommen werden. Die Grundvoraussetzung dafür war der mit Unterstützung durch die Partei- und Staatsorgane erfolgte rasche weitere kadermäßige Ausbau des Archivs. Nachdem 1952 ein wissenschaftlicher Leiter berufen und die Zahl der Planstellen auf 15 erhöht worden war, verfügte das Archiv über 6 Hochschul- und 7 Fachschulkader. Dieses Stammpersonal, das bis

heute auf ein Mehrfaches angewachsen ist, sah sich einer schier unüberwindlichen Aufgabe gegenüber — über 10 000 lfm Archivgut bedurften der archivarischen Erschließung! Darin unterschied sich die Situation im Potsdamer Archiv grundsätzlich von der in den übrigen Staatsarchiven. Während diese für die Mehrzahl ihrer Bestände über qualitativ ausreichende Findhilfsmittel, Bestandsübersichten, Spezialinventare und Register der verschiedensten Art verfügten, fehlten diese in Potsdam bis auf verschwindend geringe Ausnahmen. Die Findbücher der aus der Auslagerung im zweiten Weltkrieg übernommenen Bestände waren im Preußischen Zentralarchiv in Westberlin verblieben und damit unter der veränderten politischen Situation nicht mehr zugänglich. Für die Registraturen der aufgelösten Behörden und Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates lagen keine bzw. nur ungenügende Findbehelfe vor. Gleiches galt für die nach der Auflösung der Landesregierung Brandenburg ins Archiv übernommenen Registraturen.

Zur Grundlage für die Erschließungsarbeiten wurde der Beschluß des ZK der SED vom Jahre 1955 über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR". In ihm wurden der Geschichtswissenschaft langfristige perspektivische Aufgaben vor allem bei der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gestellt und daraus präzise Aufgaben der Quellenerschließung und -bereitstellung auch für die Archive abgeleitet. Dazu zählte u. a. die zielgerichtete Erarbeitung von Findhilfsmitteln, Spezialinventaren, Bestandsübersichten und Quelleneditionen. Davon ausgehend konzentrierten sich die Erschließungsarbeiten im Staatsarchiv auf die Bestände des bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparates, insbesondere seiner Überwachungs- und Unterdrückungsorgane. In relativ kurzer Zeit konnten Findbücher für die rund 60 000 Akteneinheiten des für die historische Forschung unerläßlichen Berliner Polizeipräsidiums vorgelegt werden. Im Anschluß daran wurden in langjähriger intensiver Arbeit die mehrere 100 000 Akteneinheiten umfassenden Bestände der Regierungen Potsdam und Frankfurt (Oder) aufgearbeitet. In einem zweiten Arbeitsschritt schloß sich dann die Erschließung der Bestände von örtlichen Staatsorganen, der Landratsämter, Kreisverwaltungen und einzelner Fachbehörden an. Zur gleichen Zeit wurde mit ersten Erschließungsarbeiten an den Registraturen der Landesregierung Brandenburg, ihrer Ministerien und örtlichen Organe aus den Jahren 1945 bis 1952 begonnen. Dabei wurden die Archivare erstmals mit Quellen der eigenen Gesellschaftsordnung in Gestalt der Überlieferung zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und des Beginns der sozialistischen Revolution konfrontiert. Das setzte die eingehende Beschäftigung mit den revolutionären Veränderungen dieser Jahre und der Geschichte des jungen Arbeiter-und-Bauern-Staates voraus. Daraus ergaben sich spürbare Impulse auch für die Bewußtseinsentwicklung der Bearbeiter.

Sie bildeten zugleich die unabdingbare Voraussetzung für die in den 70er und 80er Jahren mit der kontinuierlichen Übernahme des archivwürdigen Schriftgutes der Räte der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, weiterer örtlicher Staatsorgane und der Kombinate und Betriebe anfallenden Erschließungsarbeiten. Die Aufbereitung dieser Quellen, die die Entwicklung vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserem Territorium dokumentieren, stellt eine der Schwerpunktaufgaben in der Arbeit des Staatsarchivs bis zur Jahrtausendwende dar. Zu ihrer Bewältigung werden in zunehmendem Maße neue Methoden mit Hilfe der Ergebnisse der elektronischen Datenverarbeitung entwickelt. Zur Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED hat mit dem Einzug des Computers in die Archive die neue Technik auch Eingang ins Archivwesen gefunden. Eine junge Archivarsgeneration

verfügt über die notwendige Qualifizierung für den Einsatz der neuen Arbeitsmittel und wird damit eine neue Qualität und höhere Effektivität der Erschließungsarbeiten gewährleisten.

Neben den hier skizzierten Erschließungsarbeiten bedingte die Verwirklichung des ZK-Beschlusses von 1955 sowie des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968 über „Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR" noch andere Erfolge bei der Aufbereitung der Archivbestände für die geschichtswissenschaftliche Forschung und die Aufgaben der Staats- und Wirtschaftsorgane.

Hier seien an erster Stelle die in allen Staatsarchiven inganggesetzten Arbeiten an den Spezialinventaren zur Geschichte der Arbeiterbewegung genannt. In den Jahren 1963 und 1970 konnte das Staatsarchiv in vier Teilbänden seinen Beitrag zu diesem Vorhaben leisten, mit dem der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft umfangreiche neue Quellen erschlossen wurden. In einem Spezialinventar zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände wurden weitere wertvolle Quellen erfaßt. Der Forderung des ZK-Beschlusses nach Bestandsübersichten der Archive entsprach schließlich 1964 und 1967 die Vorlage der zweibändigen Übersicht über die Bestände des Archivs, die in ihrer methodischen Anlage und inhaltlichen Aussage Pionierarbeit auf diesem Gebiet archivarischer Tätigkeit darstellte. Im Ergebnis aller Erschließungs- und Aufbereitungsarbeiten waren bis zu Beginn der 70er Jahre etwa 75 Prozent der Bestände des Archivs erschlossen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind es nahezu 100 Prozent. Damit steht der vom Staatsarchiv verwaltete Teil des staatlichen Archivfonds für die verschiedenartigen und ständig wachsenden gesellschaftlichen Aufgabenstellungen mit einem hohen Wirkungsgrad zur Verfügung.

Auswertung, Publikation, Öffentlichkeitsarbeit

Die dritte Arbeitsetappe im Staatsarchiv Potsdam umfaßte die **Auswertung,** die **Publikationstätigkeit** und die **Öffentlichkeitsarbeit.** In ihr fand die Nutzanwendung der jahrzehntelangen Sicherungs-, Bestandsergänzungs- und Erschließungsarbeiten ihren sichtbaren Ausdruck. Zugleich bildete sich damit der höchste Grad gesellschaftlicher Wirksamkeit des Archivs heraus.

Während der mangelhafte Ordnungs- und Erschließungszustand in den ersten Jahren nach Gründung des Archivs dessen Benutzung nahezu gänzlich verbot, konnte die aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Archivs vorgelegte Benutzerstatistik bereits erste bescheidene Erfolge vermelden. Von lediglich 32 Benutzungen im Jahre 1953 stieg deren Zahl bis zum Ende des Jahrzehnts auf etwa 250 Direktbenutzungen und 400 Auskünfte. Entscheidende Veränderungen brachte jedoch erst die zweite Hälfte der 60er und die 70er Jahre. Zu grundlegenden Führungsinstrumenten wurden dabei der bereits erwähnte Beschluß über die weitere Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften von 1968, die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED und die gleichfalls erwähnte Archivverordnung von 1976. Im Bemühen um deren Realisierung entwickelte sich im Zusammenhang mit der ständigen Verbesserung des Erschließungszustandes der Bestände die Informationstätigkeit des Archivs gegenüber den gesellschaftlich relevanten Nutzergruppen rasch weiter. Sie richtete sich vornehmlich auf die Unterstützung der in den zentralen Forschungsplänen der Gesellschaftswissenschaften, speziell der Geschichtswissenschaft, vorgegebenen Schwerpunktvorhaben. Zu ihnen zählten in erster Linie Standardwerke wie der „Abriß der Geschichte der SED" bzw. der vor kurzem erschienene erste Band der vierbändi-

gen Geschichte der Partei und die Arbeiten zur Geschichte der Landes- bzw. Bezirksparteiorganisation. Des weiteren seien hier genannt der Grundriß zur deutschen Geschichte und die weiterführende, bisher in fünf Teilen vorliegende zwölfbändige „Deutsche Geschichte" sowie die Geschichte der DDR.

Von wesentlicher Bedeutung für die steigende Benutzung und gesellschaftliche Auswertung erwiesen sich in den 80er Jahren schließlich die Ergebnisse der Diskussion zur Thematik „Erbe und Tradition". Indem sich die Geschichtswissenschaft dem Erbe in seiner ganzen Breite und Widersprüchlichkeit stellte und zur differenzierten und präzisierten Darstellung der Geschichte in ihren Entwicklungsstufen vorstieß, wuchs der Wert der archivalischen Quellen erheblich. Als besondere Herausforderung an das Staatsarchiv als historisches Archiv des Kernterritoriums des ehem. Staates Preußen erwies sich dabei die zunehmende Breite und Tiefe der Forschungen zur Geschichte Preußens und der Mark Brandenburg. Hier sei lediglich auf die steigenden Anforderungen aus der Arbeit der Gesellschaft für Heimatgeschichte, der Ortschronisten, der Erarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen und der wissenschaftlichen Vorbereitung von Ortsjubiläen, darunter der schon jetzt zahlreiche Aktivitäten verlangenden 1000-Jahrfeier von Potsdam, erinnert. Ein spezielles Vorhaben bilden die Arbeiten an einer Brandenburgischen Geschichte, über die zu gegebener Zeit in diesem Organ zu berichten sein wird.

In Verbindung mit der Erschließung und Nutzung der in der Regionalgeschichte für die Vertiefung des Geschichtsbewußtseins liegenden Reserven stellten sich neue Aufgaben für die Archivare. In Kooperation mit dem Bezirkskabinett für Unterricht und Weiterbildung der Lehrer und Erzieher bzw. mit der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam werden seit mehreren Jahren Kurse zur Regionalgeschichte mit Geschichtslehrern und Fachberatern im Staatsarchiv durchgeführt, die sich einer steigenden Teilnehmerzahl erfreuen. In gleicher Richtung läuft gegenwärtig ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit dem Bezirkskabinett und den Organen des örtlichen Archivwesens zur verstärkten Nutzung regionalgeschichtlicher Quellen auf der Grundlage der neugestalteten Lehrpläne für den Geschichtsunterricht.

Die genannten gesellschaftlichen Vorhaben ließen Zahl und Intensität der Benutzung des Archivs ständig ansteigen und haben seit den 60er Jahren zur Verdoppelung der Ausgangsziffern geführt. Die Statistik für das zurückliegende Jahr wies rund 700 Direktbenutzungen aus, die schriftlichen Auskünfte erreichten den bisher höchsten Stand von 1150. In Auswirkung des zwischen der DDR und der BRD abgeschlossenen Kulturabkommens erhöhte sich auch die Zahl der Benutzungen aus der BRD und Westberlin erheblich. Die Thematik der Benutzung wird in überwiegendem Maße von wissenschaftlichen Fragestellungen bestimmt. An erster Stelle stehen Forschungen zur National- und Regionalgeschichte, zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, aber auch der bürgerlichen Parteien, Interessenverbände und Organisationen.

Einen besonderen Stellenwert haben — ausgehend von der Bestandslage des Archivs als Archiv eines ostelbischen Territoriums — Vorhaben zur Agrargeschichte des Spätfeudalismus und des Kapitalismus. Hinzu treten in Verbindung mit der Industrialisierung im Ballungsgebiet um Berlin, Brandenburg (Havel) und in der Niederlausitz Forschungen zur Geschichte des Kapitalismus der freien Konkurrenz und des Imperialismus. Von erheblichem Umfang sind Forschungsvorhaben zur Schul- und

Bildungsgeschichte, über Wissenschaft, Kultur und Kunst, wobei die Berliner Theatergeschichte aufgrund ihrer internationalen Bedeutung einen besonderen Platz einnimmt. In ausgedehntem Maße werden schließlich Forschungen zur Heimat-, Orts- und Betriebsgeschichte betrieben bis hin zur Geschichte einzelner Familien und Personen.

Darüber hinaus trug das Archiv in zahlreichen Fällen aktiv zur Lösung politisch und gesellschaftlich bedeutsamer Aufgabenstellungen von Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen bei. Hier sei u. a. an die Durchführung des Ministerratsbeschlusses von 1964 „Über die Erfassung und Sicherung der in der DDR befindlichen Dokumente über die Zeit der Hitlerdiktatur" und die darauf basierenden Veröffentlichungen des „Braun-" bzw. „Graubuches" des Nationalrats der Nationalen Front über Kriegs- und Naziverbrecher erinnert. Zu dieser Aufgabenstellung gehört auch die Verwirklichung des Beschlusses „Über die Erfassung von Sachverhalten und Personen des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes 1933 – 1945" vom Jahre 1983.

Ihre Aufmerksamkeit widmen die Archivare auch der Nutzung des Archivgutes für die Anforderungen der Volkswirtschaft, um im Sinne ihrer Erfordernisse und der Parteibeschlüsse Informationen bereitzustellen, Reserven aufzudecken und Einsparungen in der Volkswirtschaft zu ermöglichen. Als ein Beispiel für viele seien hier die vom Staatsarchiv erarbeiteten Spezialinventare zur Be- und Entwässerung genannt – bekanntlich das A und O für die märkische Landwirtschaft. Dieses Hilfsmittel für die Bodenmelioration konnte 1964 und in einer der hohen Nachfrage entsprechenden erweiterten Bearbeitung 1985/86 den zuständigen Staatsorganen, Meliorationsbetrieben und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften übergeben werden. Unterstützung erhielten die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe bei der Standorterkundung und Forsteinrichtung. Gleicherweise wurde für Institutionen und Betriebe des Bauwesens beim Neubau und der Rekonstruktion von Autobahnen – wie dem Berliner Ring und der Berlin-Rostocker bzw. Hamburger Strecke – sowie für Straßen-, Brücken-, Kanal- und Schleusenbauten, für die Werterhaltung und die Rekonstruktion von Stadtzentren Material zur Verfügung gestellt.

Neben den eben genannten Aktivitäten zur Nutzung des Archivs bewährten sich die eigenen **wissenschaftlichen Publikationen.** Auch sie begannen in der Mitte der 60er Jahre und gewannen bis heute zunehmend an Umfang und Gewicht. Als hauptsächliches Publikationsorgan diente dabei die im Böhlau-Verlag Weimar erscheinende Schriftenreihe des Archivs. Von ihr konnten bisher insgesamt 25 Bände dem wachsenden Interessentenkreis vorgelegt werden. Das Profil der Reihe wird von drei Schwerpunkten bestimmt:

Deren erster beinhaltet archivische, statistisch-topographische und bibliographische Hilfsmittel. Neben der bereits erwähnten zweibändigen Bestandsübersicht rechnen dazu das zehnbändige Historische Ortslexikon für Brandenburg – dessen zwei Abschlußbände z.Z. ihre Drucklegung erwarten – und die fünfbändige Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg. Die Registerbände dieser für die Regional-, Heimat- und Ortsgeschichte, gleichermaßen aber auch für Aufgaben der örtlichen Staatsorgane inzwischen unentbehrlich gewordenen Standardwerke sind in Bearbeitung.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Quellenedition, mit der die Quellengrundlage der geschichtswissenschaftlichen Forschung erweitert und auf Teilgebieten zielgerichtet

verbessert werden soll. Unter dem Obertitel „Dokumente aus Geheimen Archiven" konnten bisher zwei Bände vorgelegt werden. Der erste enthält die Übersichten der Berliner politischen Polizei über den Kampf der revolutionären Sozialdemokratie in den Jahren 1878 bis 1889 und stellt einen Beitrag des Archivs zum Gedenken an die 100. Wiederkehr des Sieges der revolutionären Sozialdemokratie über das Bismarcksche Sozialistengesetz im kommenden Jahr dar. Ein zweiter Band machte die Berichte der Berliner Polizei über die Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin in den Jahren des ersten Weltkrieges bekannt. Er erschien aus Anlaß der 750-Jahrfeier der Hauptstadt 1987. Als Fortsetzung der Quellenveröffentlichungen sind z. Z. ein weiterer Band der Überwachungsberichte über die sozialdemokratische Bewegung in den Jahren 1890 bis 1906 und ein Band über die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851 bis 1866 im Druck. In abschließender Bearbeitung befindet sich ein Band über die sozialdemokratische Bewegung bis 1933 und über die Überwachungsberichte der Regierungspräsidenten von Potsdam, Frankfurt (Oder) und des Polizeipräsidenten von Berlin aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Mit der Edition bäuerlicher Schreibe- und Rechnungsbücher, wie sie im Staatsarchiv für das Kolonisten- und Milchviehbauerndorf Neu-Holland für das 18. bis 19. Jh. vorliegen, werden diese Bemühungen mit einer Quellengattung fortgesetzt, die nur sporadisch in den Archiven überliefert ist, deren Wert für die Erforschung der Geschichte des Alltags des arbeitenden Volkes ständig zunimmt. Ein entspr. Quellenband wird noch in diesem Jahre in der Schriftenreihe erscheinen.

In der Perspektive ist im Hinblick auf die Aufarbeitung des Erbes die Veröffentlichung von Regesten der mittelalterlichen Urkunden des Archivs vorgesehen. Damit soll dieser wertvolle, für die älteste Geschichte der Mark Brandenburg einmalige Quellenfonds, von dem erhebliche Teile in Riedels — von 1838 bis 1869 in 41 Bänden erschienenen — Codex diplomaticus Brandenburgensis zwar gedruckt sind, aufgrund der zeitbedingten Überlieferung in lateinischer bzw. mittelniederdeutscher Sprache aber manche Probleme für die Auswertung bieten, aufbereitet werden. Das Archiv erhofft sich davon die Heranführung eines breiteren Interessentenkreises, speziell aus den Reihen der Orts- und Heimatgeschichtsforscher.

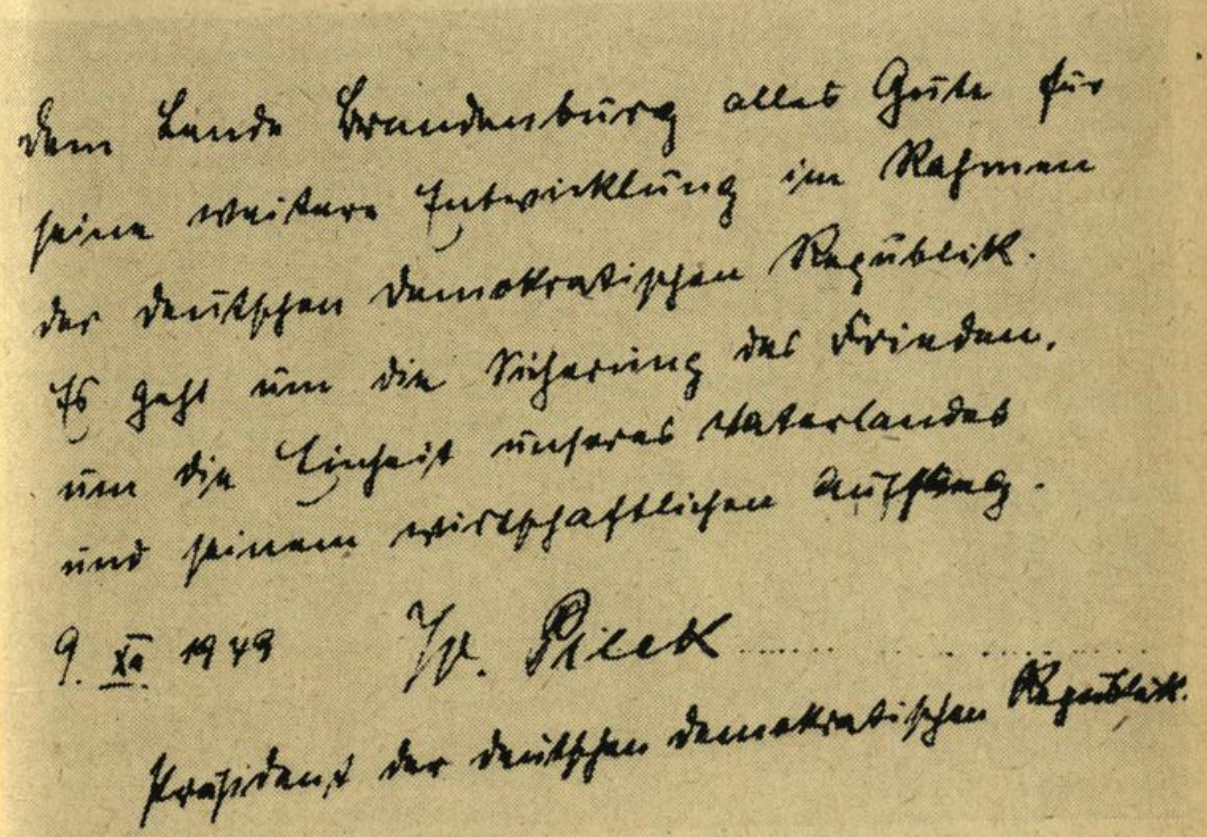
Einen dritten Schwerpunkt innerhalb der Schriftenreihe stellt schließlich die Veröffentlichung von Monographien aus wichtigen Beständen des Archivs dar. Hier seien stellvertretend die Publikationen von K. Vetter „Kurmärkischer Adel und preußische Reformen" und von H. Harnisch „Kapitalistische Agrarreformen und Industrielle Revolution" genannt, die international Beachtung fanden.

Große Aufmerksamkeit innerhalb der Publikationstätigkeit des Staatsarchivs gilt der Geschichtspropaganda und Traditionspflege. Davon zeugen vor allem Quellendokumentationen zur Regionalgeschichte. Unter dem Obertitel „Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg" erschienen in Zusammenarbeit mit den Geschichtskommissionen der SED, den Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und wissenschaftlichen Institutionen 1966 bis 1974 vier Bände für den Zeitraum 1871 bis 1933 und ein Band Dokumente zur demokratischen Bodenreform. Ihnen folgten in den Jahren bis 1985 jeweils zwei Bände zum antifaschistischen Widerstandskampf unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933 bis 1945 und zur Thematik „Freundschaft — Werden und Wachsen" für die Jahre 1945 bis 1962. Die Gedenktage 30 Jahre DDR — 30 Jahre sozialistische Staatsmacht und

30 Jahre Bezirk Potsdam gaben Anlaß zu weiteren Dokumentationen. Damit liegt eine nahezu geschlossene Quellenpublikation zur Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei im Territorium vor, die die Grundlage für weiterführende Forschungen bildet.

Ein neues Genre der Publikationstätigkeit wurde mit dem Bild- und Dokumentenband „Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst" aufgenommen, der auf Anregung des Staatsarchivs mit dem Zentralen Staatsarchiv und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci erarbeitet wurde. Mit ihm wurde in interdisziplinärer Arbeit eine Publikationsform mit neuartigem, echtem Bildungseffekt erschlossen. Der wegen seiner attraktiven Gestaltung und inhaltlichen Aussagekraft begehrte Band erlebt z. Z. seine 4. Auflage.

Neben der Auswertungs- und Publikationstätigkeit erlangte im zurückliegenden Jahrzehnt auch die **Öffentlichkeitsarbeit** des Staatsarchivs eine neue Qualität. Sie diente wie die geschichtspropagandistischen Vorhaben vorrangig der Verbreitung von Kenntnissen zur Festigung des Geschichtsbewußtseins. Dabei erwiesen sich neben Dokumentenausstellungen insbesondere Archivführungen und die Arbeit mit der Presse und den anderen Medien als erfolgreich. Einen Höhepunkt erreichte diese Arbeit mit der anläßlich der Woche des sozialistischen Archivwesens 1979 in Kooperation mit dem Zentralen Staatsarchiv und weiteren Potsdamer Archiven gezeigten


Dem Land Brandenburg allen Glück für seine weitere Entwicklung im Rahmen der deutschen demokratischen Republik.
Es gilt um die Sicherung des Friedens, um die Einheit unseres Vaterlandes und seinen wiederhaftlichen Aufstieg.
9. XI 1949 Wilh. Pieck
Präsident der deutschen demokratischen Republik.

Eintrag des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck in das Gästebuch der Landesregierung Brandenburg beim Staatsbesuch am 9. November 1949. Staatsarchiv Potsdam, Rep. 201, Nr. 12, S. 1.

großen Dokumentenausstellung zur deutschen Geschichte. Sie zählte in nur wenigen Tagen über 7000 Besucher und zeugte damit vom wachsenden Interesse der Bürger an den historischen Wurzeln ihres Staates. Andere Ausstellungen konnten in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Museen und Nachbararchiven in drei brandenburgischen Bezirken und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci veranstaltet werden. Hier seien u. a. genannt: in Frankfurt (Oder) die Ausstellungen zu den 500. Geburtstagen von Hutten und Müntzer — beide bekanntlich Studenten der dortigen Universität —, in Cottbus-Branitz die Ausstellung zum 200. Geburtstag des Park- und Landschaftsgestalters Pückler und in Potsdam die stark besuchten Ausstellungen „300 Jahre Edikt von Potsdam" zur Hugenottenansiedlung in Brandenburg, zum 150. Jubiläum der Berlin-Potsdamer Eisenbahn sowie „Friedrich II. und die Kunst" und „Der Große Kurfürst".

Der Popularisierung des Archivwesens und der Einführung in die archivalischen Quellen und ihrem Studium dienten zahlreiche Archivführungen und eine kontinuierliche Arbeit in den Medien. Im Mittelpunkt der Bemühungen des Archivs stand dabei die Arbeit mit der Jugend. In vielfältiger Weise wurden Jugendstunden zur Vorbereitung auf die Jugendweihe gestaltet. Dazu trat die zielgerichtete Arbeit mit Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrern, die als Multiplikatoren zur Erweiterung der Kenntnisse über das Archiv und seine Quellen wirksam werden konnten.

In zunehmendem Maße fanden daher auch Studenten und Schüler der EOS und POS sowie Interessenten aus staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen den Weg ins Archiv.

In den zentralen und örtlichen Presseorganen haben Beiträge von Mitarbeitern des Archivs bzw. von Autoren über die Arbeit des Staatsarchivs seit langem ihren festen Platz. In den letzten Jahren fanden jährlich etwa 20 Beiträge in der Presse Veröffentlichung, hinzu traten Rundfunkvorträge im Berliner Rundfunk und im Sender Potsdam. Als wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit erwiesen sich Archivprospekte, wie sie vom Staatsarchiv bisher zweimal in hoher Auflage vorgelegt werden konnten und die ungeteilte Aufmerksamkeit eines breiten Interessentenkreises fanden. Große Nachfrage besteht auch für die vom Staatsarchiv besorgten Siegel- und Dokumentenreproduktionen, mit denen der Bedarf nur zu einem Bruchteil befriedigt werden kann. Mit den hier genannten vielfältigen Formen der Breitenwirksamkeit entspricht das Staatsarchiv den bei der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse wachsenden geistig-kulturellen Bedürfnissen der Menschen und deren zunehmendem Interesse an geschichtswissenschaftlicher Information.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

40 Jahre Deutsche Demokratische Republik — 40 Jahre Staatsarchiv Potsdam, das sind vier Jahrzehnte tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und erfolgreicher Arbeit beim Aufbau und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates. An dieser haben das staatliche Archivwesen und das Staatsarchiv Potsdam — wie dies die Ausführungen verdeutlichen sollten — überzeugenden Anteil. Dank dieser gesellschaftlichen Entwicklung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei hat das Staatsarchiv mit Unterstützung durch die verantwortlichen Staatsorgane und die schöpferischen Initiativen seiner Mitarbeiter einen — auch im internationalen Vergleich — beachtlichen Aufstieg genommen. Ausgehend von den geschilderten Anfängen im Jahr der Grundsteinlegung der Republik findet es heute Anerkennung und Wertschätzung in der sozialistischen Gesellschaft und trägt mit seinen spezifischen Mitteln zu deren weiterer Gestaltung

bei. Dabei geht es — was ich in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR besonders unterstreichen möchte — in den kommenden Jahren vor allem darum:

- die Kenntnisse über die Geschichte der DDR zu erweitern und zu vertiefen und ein konkretes Bild vom Werden und Wachsen des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden zu vermitteln,
- einen Beitrag zur Erschließung und Pflege aller revolutionären, demokratischen und humanistischen Traditionen deutscher Geschichte zu leisten und das Erbe in seiner Breite und Widersprüchlichkeit mit aufzuarbeiten,
- den spezifischen Beitrag der Archive zur Erhaltung wertvollen Kulturgutes und zur Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und zur Sicherung des Friedens hervorzuheben,
- die Geschichtswissenschaft, insbesondere die Regional-, Heimat-, Orts- und Betriebsgeschichte an die archivalischen Quellen heranzuführen,
- die Wirksamkeit der Archive durch verstärkte Nutzung für die Aufgaben der Staats- und Wirtschaftsorgane vor allem im technisch-ökonomischen Bereich zu erhöhen,
- der Öffentlichkeit die Bedeutung und Funktion des Archivwesens zu verdeutlichen und sie über Aufgaben und Tätigkeit des Staatsarchivs Potsdam zu informieren.

Der bevorstehende XII. Parteitag der SED wird die Perspektiven bis zur Jahrtausendwende und darüber hinaus weiter präzisieren. Er wird mit seinen Beschlüssen auch die tragfähige Basis für die Arbeit des Staatsarchivs Potsdam im fünften Jahrzehnt seines Bestehens schaffen.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothea Geßner

Mark Brandenburg und Bezirk Potsdam

Helle Sterne in dunkler Nacht: Studien über d. antifaschist. Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933 — 1945. — Potsdam: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Bezirkskomitee d. Antifaschist, Widerstandskämpfer, 1988. — 320 S. : Ill.

Wilhelm, Rena: Die SED — führende Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus im Land Brandenburg April 1946 bis Mitte 1948. (Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945 — 1952, Heft 2). — Potsdam: Bezirksleitung d. SED Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, 1988. 172 S. : Ill.

Fontane, Theodor: Die schönsten Wanderungen durch die Mark Brandenburg / hrsg. mit Anm. u. e. Nachw. von Günter de Bruyn. — 1. Aufl. — Berlin: Buchverlag Der Morgen, 1988. — 382 S. (Märkischer Dichtergarten)

Fontane, Theodor: Wanderungen durch die Mark Brandenburg: e. Ausw. in zwei Bänden mit zeitgenössischen Abb. — 1. Aufl. — Berlin; Weimar: Aufbau-Verlag, 1987. Bd. 1. — 302 S. : Ill. — Bd. 2 — 319 S. : Ill.

20 Jahre Bezirksdirektion des Straßenwesens Potsdam. — Potsdam, Bezirksdirektion d. Straßenwesens, 1988. — 24 S. : Ill.

Kutschmar, Aribert: Das architektonische Erbe im Bezirk Potsdam: Versuch e. Darstellung und Wertung. — Potsdam: Bezirksvorstand d. Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR. 1988. — 23 S. : Ill. (Mitteilungen d. Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand Potsdam)

Partenheimer, Lutz: Deutsche Herrschaftsbildung im Fläming während des 12. und 13. Jahrhunderts. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht", Hist.-phil. Fak., 1988. — 136 S., 2 Kt.

Jankowiak, Christa und Johannes: Im Fläming / Fotogr. Bernd Blume. — 1. Aufl. — Leipzig: Brockhaus Verlag, 1988. 286 S. : Ill.

Bodenfunde und Heimatforschung: Mitt. d. Kulturbundes d. DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksfachausschüsse für Ur- und Frühgeschichte d. Bezirkes Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. — Potsdam. 17. — 1988. — 44 S.

Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. — Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften. Band 22. — 1988. 263 S. : Ill.

Uhlemann, Hans-Joachim: Berlin und die märkischen Wasserstraßen. — Berlin: transpress, 1987. — 192 S. : Ill.

Mangelsdorf, Günter: Studien zur mittelalterlichen Keramik des 12. bis 15. Jahrhunderts im westlichen Brandenburg. Diss. B. — Greifswald: Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Wiss. Rat., 1988.
Teil 1. Textband. — 230 S.
Teil 2. Tafelband. — 20 S. 163 Tafeln u. 3 Anl. (Kt)

Einzelne Kreise und Orte

B e l z i g

Burg Eisenhardt Belzig / Text: Reiner Kunze. — Belzig: Museum Burg Eisenhardt, 1987. — 16 Bl. : Ill.

Belziger Heimatkalender '89. Hrsg.: Rat des Kreises Belzig, Abt. Kultur. — Belzig, 1988. — 56 S. : Ill.

Bauer, Frank: Hagelberg 1813: zum 175. Jahrestag des Gefechtes bei Hagelberg vom 27. Aug. 1813. — Hagelberg, Rat der Gemeinde, 1987. — 48 S. : Ill.

B r a n d e n b u r g

Langnickel, Vera: Chronik der Stadt Brandenburg. — Brandenburg: Rat der Stadt, Abt. Kultur.
Dezember 1965 bis Januar 1970. — 1987. — 56 S. : Ill.

Vom VEB Brandenburger Traktorenwerke zum VEB IFA Getriebewerk Brandenburg: Zeittafel. 1949 bis 1988. — Brandenburg, VEB IFA Getriebewerke, 1988. — 40 S. : Ill. (40 Jahre für den Fahrzeugbau der DDR: VEB IFA Getriebewerke Brandenburg).

G r a n s e e

Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück: Museum / E. Litschke. — Ravensbrück: Nationale Mahn- und Gedenkstätte, 1988. — 12 S. : Ill.

Der Zellenbau Ravensbrück / Red. E. Litschke ... — Fürstenberg/H.: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 1987. — 12 S. : Ill.

Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück: Fachbibliographie / Hrsg: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Zsgest. von Cordula Hoffmann. — Ravensbrück: Nationale Mahn- und Gedenkstätte, 1988 — 52 — (Schriften zur Traditionspflege; 3)

Jacobeit, Sigrid: Kreuzweg Ravensbrück: Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen / Sigrid Jacobeit; Lieselotte Thoms-Heinrich. — 1. Aufl. — Leipzig: Verlag für die Frau, 1987. — 232 S. : Ill.

Wulsch, Frank: Zur Geschichte des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitseinsatzes und der Ausbeutung der Häftlinge. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht", Hist.-phil. Fak., 1987, IV, 261, 15 S.

Jüterbog
Hans-Rüdiger Merten / Kloster Zinna. — Kloster Zinna: Rat der Gemeinde, 1988. — 21 S. : Ill.

Königs Wusterhausen
12 Federstrichzeichnungen / Ill. U. Reinhardt. — Königs Wusterhausen, 1988. — 12 Bl. in Mappe

Kyritz
Neustadt/Dosse: Stadt der Pferde; 200 Jahre erfolgreiche Pferdezucht / Jürgen Müller; Heinz Hoppe; Margot Kornhaas. — Neustadt/Dosse: Pferdezuchtdirektion Mitte; VE Gestüt Neustadt/Dosse, 1988. — 40 S. : Ill.

Nauen
Wanderungen durch den Kreis Nauen: Natur und Heimat — Gestern und Heute. Hrsg. Kulturbund der DDR, Kreis Nauen, in Zusammenarbeit mit dem Rat des Kreises Nauen. 1988. — 72 S. Ill. u. Kt.

Neuruppin
Heimatmuseum Neuruppin: aus d. Sammlungen. — Neuruppin, 1987. — 39 S. : Ill.
Auf dem Wege zur KPD: In ihren Genossen lebt die Partei. — Neuruppin: Kreisleitung d. SED, 1988. — 32 S. : Ill. (Revolutionäre Traditionen — lebendige Geschichte: Schriftenreihe der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Heft VII/1988)

Naturlehrpfad Kunsterspring / Autor: Reinhard Weber. — 1. Aufl. — Neuruppin: Staatl. Forstwirtschaftsbetrieb, 1987. — 36 S. : Ill.

Oranienburg
Wiborny, W.: Oranienburger Heimatbilder. — Oranienburg: Kreismuseum, 1988. — 16 S. : Ill.

Kühle, Barbara: Die Todesmärsche der Häftlinge des KZ Sachsenhausen. — 2., überarb. Aufl. — Oranienburg: Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, 1987. — 52 S. : Ill. (Sachsenhausen; 1)

Wolff, Georg: Kalendarium der Geschichte des KZ Sachsenhausen, Strafverfolgung. — Sachsenhausen: Nationale Mahn- und Gedenkstätte, 1987. — 72 S. : Ill. — (Sachsenhausen; 3)

Potsdam
Von der kurfürstlichen Landschaftsallee zur sozialistischen Magistrale — die Wilhelm-Külz-Straße / Red.: Hartmut Knitter; Martin Schumacher; Thomas Wernicke — Potsdam: Potsdam-Museum, 1988. — 111 S. : Ill. — (Veröffentl. d. Potsdam-Museums, Heft 29)

Volk, Waltraud: Potsdam: Histor. Straßen und Plätze heute. — 1. Aufl. — Berlin: Verlag für Bauwesen, 1988. — 224 S. : zahlr. Ill.

Weidner, Gerhard: Die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des Schulwesens in Potsdam (1945 bis zur Gründung der DDR 1949) — Potsdam: Abt. Volksbildung beim Rat der Stadt, 1988. — 60 S. : Ill. (Aus der Potsdamer Schulgeschichte: Heft 1)

Greese, Edith: Der Aufbau der sozialistischen Schule in Potsdam (Von der Gründung der DDR 1949 bis 1962/63). — Potsdam: Abt. Volksbildung beim Rat der Stadt, 1988. — 76 S. : Ill. (Aus der Potsdamer Schulgeschichte; Heft 2)

Geschichte des Reichsbahnausbesserungswerkes „Erwin Kramer" Potsdam / Kurt Ernert; Günter Strübing; Dieter-Rolf Bierhals ... Hrsg.: BPO, Komm. zur Erfor-

schung und Propagierung d. Betriebsgeschichte. — Potsdam.
Teil 1. 1838 — 1945. — 1988. — 124 S. : Ill.

Gallinat, Hans: 1945 bis 1987: Zur Entwicklung des VEB Maschinenbau „Karl Marx" Potsdam-Babelsberg. — Potsdam-Babelsberg: VEB Maschinenbau., 1988. — 35 S.

VEB Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck" Teltow: 1948 — 1988; 40 Jahre. — Teltow, 1988. — 72 S. : Ill.

Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam: kurzer Abriß d. Geschichte e. Lehrerbildungsstätte / Kurt Adamy ... Potsdam: Der Rektor der Pädagogischen Hochschule.
Teil 1. 1948 — 1961. — 1983
Teil 2. 1961 — 1971. 1988
Teil 3. 1971 — 1986. — 1986

Vom Werden und Wirken der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam / Autorenkoll. — 3. überarb. Aufl. — Potsdam: Der Rektor der Pädagogischen Hochschule, 1988. — 130 S. : Ill.

Hübener, Dieter: Zur Kommunalpolitik der SPD in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung in der Zeit von 1919 bis 1933. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht", Hist.-phil. Fak., 1988. — VII, 264 Bl.

35 Jahre Kampfgruppenbataillon „Hans Beimler" Potsdam / Autorenkoll.: Drache ... Potsdam: Teltow: VEB Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck", 1988. — 87 S. : Ill.

Zur Geschichte der Kampfgruppeneinheit „Karl Liebknecht" an der Pädagogischen Hochschule Potsdam von ihren Anfängen bis zum Jahre 1987 / erarb. von Karl-Heinz Marks. — Potsdam: Pädagog. Hochschule, 1988. — 57 S. : Ill. (Schriften zur Traditionspflege)

Manger, Heinrich Ludwig: Baugeschichte von Potsdam unter der Regierung König Friedrichs des Zweiten. — Berlin, Stettin: 1789. — Reprint d. Originalausgabe 1789/1790 in 3 Bänden nach dem Exemplar d. Universitätsbibliothek Leipzig. — Leipzig: Zentralantiquariat der DDR, 1987. — 844, XII S. : Ill.

Spaziergang durch Potsdams Umgebung. — Unveränd. fotomech. Nachdr. von 1839. — Potsdam: Generaldirektion d. Staatl. Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci, 1988. — 96 S.

Die Neuen Kammern im Park Sanssouci / Verfasser: Adelheid Schendel ... — 1. Aufl. — Potsdam: Staatl. Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci, 1987. — 95 S. : Ill.

Nicht, Jutta: Porzellan in Sanssouci. — 1. Aufl. — Potsdam: Generaldirektion der Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci, 1987. — 48 S. : Ill.

Blütenstadt Werder/Havel: heimatgeschichtl. Beiträge / Kulturbund der DDR, Ortsgruppe Werder. — Potsdam: Rat d. Kreises, Abt. Kultur; Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Potsdam, 1989. — 1988. — 72 S. : Ill.

700 Jahre Langerwisch / ausgearbeit. von Carla Krüger; Frank Nest ... Langerwisch: Rat der Gemeinde, 1987. 41 S. : Ill.

1913 — 1988: 75 Jahre Fussballsport in Teltow. — Teltow: BSG Motor, Sektion Fußball, 1988. — 64 S. : Ill.

Potsdamer Wanderführer: 28 Wanderrouten im Kreis Potsdam / Autorenkoll. Helmut Zielke ... — Potsdam: Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Natur und Umwelt, Kreiswegeaktiv, 1988. — 76 S. : Ill. (40 Abb. u. 14 Kt.)
Wege- und Wanderkarte Ferch-Schwielowsee. — Ferch: Rat der Gemeinde, 1987.

Pritzwalk
Pritzwalker Heimatblätter. Pritzwalk: Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund d. DDR; Kreisheimatmuseum. — Heft 1. 1988. — 1987. 36 S. : Ill.

Rathenow

Rathenower Heimatkalender: Beiträge zur Heimatkunde d. westl. Havellandes. — Rathenow: Kulturbund der DDR, Kreisleitung Rathenow. Jg. 33. 1989. — 1988. — 95 S. : Ill.

Wittstock

Wittstock. Ein Wegweiser durch Stadt und Kreis. — Hrsg.: Kulturbund der DDR, Kreisleitung Wittstock, AG Heimatgeschichte. Wittstock, 1985. — 72 S. : Ill.

Zossen

Wietstruk, Siegfried: Geschichte des Kreisgebietes Zossen. — Zossen: Kreisleitung der SED; Rat des Kreises, 1988. — 63 S. : Ill.

Wietstruk, Siegfried: Großbeeren 1813 — 1988. — Großbeeren: Rat der Gemeinde, 1988. — 19 S. : Ill.

Rangsdorf: Vergangenheit und Gegenwart / Siegfried Wietstruk ... — Rangsdorf: Rat der Gemeinde, 1988. — 56 S. : Ill.

Hohmann, Adelheid: Chronik des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Kreis Teltow 1945 bis 1952. — Zossen: Kreisvorstand des FDGB, 1987. — 16 S. : Ill.

Chronistisches aus dem Kampfgruppenbataillon „Artur Ladwig" und dem Sicherungszug „Hans Singhuber" im VEB IFA-Automobilwerke Ludwigsfelde, Stammbetrieb des IFA-Nutzkraftwagen. — Ludwigsfelde: BPO des IFA-Automobilwerke, 1988. — 60 S. : Ill. (35 Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse auf Friedenswacht)

Birk, Gerhard: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten: Ludwigsfelde von der Entstehung bis zur sozialistischen Gegenwart. Teil 1. Hrsg.: Rat der Stadt Ludwigsfelde. — Ludwigsfelde, 1986. — 84 S. : Ill.

Birk, Gerhard: Ludwigsfelder Geschichte und Geschichten: Von den Anfängen bis zur sozialistischen Gegenwart. Teil 2. — Hrsg. Arbeitskreis Heimatgeschichte/Ortschronik beim Rat der Stadt Ludwigsfelde. — Ludwigsfelde, 1987. — 83 S. : Ill.

Personen

Käte **Agerth** 1888 — 1974. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg. — Oranienburg, 1987. — 53 S. : Ill.

Der Große Kurfürst **(Friedrich Wilhelm)**: 1620 — 1688; Sammler, Bauherr, Mäzen; Katalog der Ausstellung vom 10. Juli bis 9. Okt. 1988, Neues Palais in Sanssouci. Potsdam-Sanssouci: Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci, 1988. — 155 S. : zahlr. Ill. (z. T. farb.)

Reglin, Norbert: Carl Heinrich **Graun** — erster preußischer Hofkapellmeister und bedeutender Opernkomponist in der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Diss. A. — Potsdam: Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht", Hist.-phil. Fak., 1988. — XII, 216 S. u. Anh. (261 S.)

Franz **Moericke** ein Lebensbild 1885 — 1956 / erarb. von Kurt Baller. — Potsdam; Bezirksvorstand des FDGB, Abt. Agitation/Propaganda. — Potsdam, 1987. — 76 S. : Ill.

Gerhardt, Wolf: Sein Vermächtnis lebt durch unsere Tat; aus dem Leben u. Kampf d. Kommunisten und Interbrigadisten Walter **Junker** u. d. Kampftraditionen d. Grenzregiments „Walter Junker". — Potsdam-Babelsberg, 1988. — 85 S. : Ill.

Kurze biografische Darstellungen über antifaschistische Widerstandskämpfer, die in der Stadt und im Kreis Potsdam lebten und wirkten. (Gedruckt als Arbeitsmaterial. Enthält biogr. Angaben über 130 Widerstandskämpfer). — Potsdam: Kreiskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, 1988. — 104 S.

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte

Der Bezirksvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte hat den Kreisvorständen empfohlen, Tage der Heimatgeschichte durchzuführen. Der folgende Überblick über die Tage der Heimatgeschichte 1989 in der Bezirksstadt Potsdam sollen als Anregung für die Kreisvorstände dienen:

„Das kleine Konzert". Mozart in Potsdam. Veranstaltung im Kulturbundhaus „Bernhard Kellermann". Ausführende: Gabriele Näther (Gesang) und Werner Scholl (Klavier).

Thomas Müntzer in Jüterbog im Spiegel von Medaillen. Referent: K.-Peter Warnecke, Mitglied der Fachgruppe Numismatik.

Führung vom Kietz zum Alten Markt. Leitung: H. Knitter, Potsdam-Museum.

Schätze aus dem Staatsarchiv Potsdam. Gesprächspartner: Dr. Falk, Staatsarchiv.

„Unter das Straßenpflaster des Alten Marktes geschaut". Ausgrabungen in der Stadt Potsdam — 35 Jahre Bodendenkmalpflege in der DDR. Gesprächspartner sind die Bfrd. Probst und Grebe vom Museum für Ur- und Frühgeschichte und Dr. Assing von der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht".

Quellen zur Geschichte der Stadt Potsdam. Eine Führung durch das Stadtarchiv Potsdam. Leitung: Bdfrdn. Britting, Leiterin des Stadtarchivs.

Eine kulturhistorische Führung über den Stahnsdorfer Südwest-Kirchhof. Leitung Bdfrd. Weihrauch.

Exkursion zur Römerschanze. Leitung: Dr. Geisler, Museum für Ur- und Frühgeschichte.

Sonderführung durch das Museum für Ur- und Frühgeschichte mit der Sonderausstellung „Archäologie im Braunkohlengebiet".

Eine abschließende Wertung der Tage für Heimatgeschichte lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Autorenverzeichnis

Autorenkollektiv „Arbeitsgruppe Chronik" beim Festkomitee der 750-Jahr-Feier der Stadt Kyritz: Uwe Berndt, Peter Bittermann, Gerhard Fenske, Helmut Gebhardt, Marita Köhn, Eva Mosinski, Heinz Müller, Erwin Nowak, Manfred Teske

Friedrich Beck, Oberarchivrat, Prof. Dr., Direktor des Staatsarchivs Potsdam

Gerhard Brendler, Prof. Dr., Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

Dorothee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte. Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Frank Göse, Dr., Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht" Potsdam

Wolfgang Kusior, Betriebsakademie des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg

Jürgen Pfeiler, Dr., Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

Joachim Schulz, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte Potsdam

Friedhelm Stresow, Dr., Mitarbeiter im Stahl- und Walzwerk Brandenburg

Berichtigung von Heft 7

Dr. sc. phil. Siegfried Wietstruk, Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR

Universitätsbibliothek Potsdam

Ausleihnr.

96918806